









Udgaaet af Folketingets  
Bibliotek











# Jahrbuch des Völkerrechts.

Gegründet  
in Verbindung mit

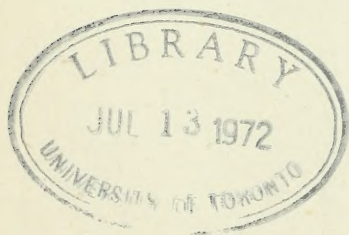
Staatsminister Asser (Haag), Prof. v. Bar (Göttingen), Dr. Barrios (London),  
Gesandter Itiberê da Cunha (Berlin), Prof. Fiore (Neapel), Prof. Fleisch-  
mann (Königsberg), Gesandter Hagerup (Kopenhagen), Prof. Huber  
(Zürich), Prof. Kohler (Berlin), Prof. v. Korff (Helsingfors), Prof. Lammasch  
(Wien), Prof. v. Liszt (Berlin), Prof. v. Martitz (Berlin), Prof. Meurer  
(Würzburg), Prof. Nys (Brüssel), Prof. Okamatsu (Kyôto), Prof. Marquès  
de Olivart (Madrid), Prof. Oppenheim (Cambridge), Prof. Renault (Paris),  
Prof. Sá Vianna (Rio de Janeiro), Prof. Schücking (Marburg), Prof.  
v. Streit (Athen), Prof. Wilson (Harvard University), Prof. Zorn (Bonn)

von

**Th. Niemeyer und K. Strupp.**

IV. Band (Sonderband):

**Politische Urkunden zur Entwicklung  
des Weltkrieges.**



JX  
21  
J2  
Bd. 4

Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1918.

By



# Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges.

Herausgegeben von

Geh. Justizrat Professor Dr. **Th. Niemeyer**

und Dr. **K. Strupp.**

II. Band:

Politische Urkunden zur Entwicklung  
des Weltkrieges.

Herausgegeben von

**Th. Niemeyer.**



Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1918.

By

## Vorwort.

---

Der vorliegende Band enthält Materialien, welche mit dem Titel „Eintritt weiterer Staaten in den Krieg“ bezeichnet sind. Dies bedarf der Erläuterung. Die Verwischung der Grenze zwischen Kriegsbeteiligung und Neutralität gehört zu den charakteristischen Erscheinungen des Weltkrieges. Kriegserklärung, Kriegseröffnung, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, aktiver und passiver Bruch der Neutralität liegen auf derselben Linie, ohne daß die Unterschiede immer erkennbar oder feststellbar sind. Es gibt Staaten, welche den Krieg erklärt haben, ohne tatsächlich Krieg zu führen und solche, welche Krieg führen, ohne sich selbst als kriegführend zu betrachten. Sowohl die völkerrechtliche Beurteilung als die Tatbestände selbst sind vielfach durchaus zweifelhaft. Um weder in der einen noch in der anderen Beziehung vorzugreifen, um aber andererseits der Beurteilung so weit als möglich das Material zu liefern, mußte in noch stärkerem Maße als in dem vorhergehenden Bande der Begriff der völkerrechtlichen Urkunde erweitert und es mußte zu Mitteilungen amtlichen und halbamtlichen Ursprunges gegriffen werden, welche wie die Wolff- und Reuter-Meldungen, die Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Times“, des „Temps“, der „Nowoje Wremja“, der „Iswestija“ u. a. m., als zwar nur beiläufige, aber doch zur Zeit unentbehrliche Unterlagen für historische Forschung und völkerrechtliche Beurteilung zu betrachten sind.



Auch sonst hat die erwähnte dem Weltkriege charakteristische Verwischung der Grenzen zur Erweiterung des Materials geführt. Beispielsweise sind Aegypten und Griechenland an dem vorliegenden Bande unter dem Stichwort „Eintritt in den Krieg“ beteiligt, obwohl Aegypten nicht kriegführendes Völkerrechtssubjekt und Griechenland doch wohl nicht Kriegspartei ist. Auch das neutral gebliebene Argentinien hat Platz gefunden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika werden in einem besonderen Band behandelt werden.

Daß die Quellen nicht überall angegeben werden konnten und die Datierung bei einigen Urkunden teils zweifelhaft geblieben ist, teils überhaupt fehlen mußte, ist durch die Umstände des Krieges veranlaßt.

Die Vorarbeiten zu diesem Bande sind in dem Seminar für Internationales Recht zu Kiel geleistet. Besonderen Dank schulde ich für die, — durch mancherlei Umstände erschwerte —, Herstellung des Bandes, meiner Tochter *Annemarie Niemeyer*, welche auch die Register ausgearbeitet hat.

Kiel, 15. Mai 1918.

*Th. Niemeyer.*

---

# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
<b>C. Eintritt weiterer Staaten in den Krieg . . . . .</b>	1—678
a) Vorgänge hinsichtlich Aegyptens . . . . .	1— 28
1. Aegyptische und englisch-aegyptische Kundgebungen . . .	1— 28
2. Türkische Kundgebungen . . . . .	29— 30
b) Eintritt der Türkei in den Krieg . . . . .	31—207
1. Türkische Kundgebungen . . . . .	31— 48
2. Kundgebungen Rußlands, Englands, Frankreichs, Belgiens	48—207
I. Rußland . . . . .	48— 87
II. England . . . . .	88—204
III. Frankreich . . . . .	204—206
IV. Belgien . . . . .	206—207
c) Eintritt Italiens in den Krieg . . . . .	208—510
1. Aus dem Dreibundvertrag . . . . .	208
2. Oesterreichisch-ungarische Kundgebungen . . . . .	209—393
I. Die österreichischen Rotbücher . . . . .	209—390
II. Sonstige österreichisch-ungarische Kundgebungen . .	390—393
3. Italienische Kundgebungen . . . . .	393—510
I. Das Italienische Grünbuch . . . . .	393—472
II. Sonstige italienische Kundgebungen . . . . .	472—495
4. Deutsche Kundgebungen . . . . .	495—506
5. Russische Veröffentlichungen 1917 . . . . .	506—510
d) Bulgariens Eintritt in den Krieg . . . . .	511—533
1. Bulgarische Kundgebungen . . . . .	511—533
2. Kundgebungen Serbiens, Rußlands, Englands, Frankreichs,	533—536
Italiens . . . . .	
e) Eintritt Portugals in den Krieg . . . . .	537—540
f) Eintritt Rumäniens in den Krieg . . . . .	541—611
1. Oesterreichisch-ungarisches Rotbuch . . . . .	541—559
2. Kundgebungen Oesterreich-Ungarns, Rumäniens, Deutsch-	600—611
lands, Bulgariens, der Türkei, Rußlands . . . . .	
g) Eintritt Chinas in den Krieg . . . . .	612—617
h) Panama . . . . .	617



	Seite
i) Cuba . . . . .	617—618
j) Brasilien . . . . .	618—623
k) Guatemala . . . . .	623
l) Bolivien . . . . .	624
m) Honduras . . . . .	624
n) Liberia . . . . .	624
o) Nicaragua . . . . .	625
p) Haiti . . . . .	625—627
q) San Domingo . . . . .	627
r) Siam . . . . .	627—629
s) Argentinien . . . . .	629—632
t) Costarica . . . . .	632—633
u) Uruguay . . . . .	633—652
I. Aus den Graubüchern der Republik Uruguay . . . . .	633—651
II. Sonstige Kundgebungen und Nachrichten . . . . .	652
v) Peru . . . . .	652
w) Vorgänge hinsichtlich Griechenlands . . . . .	653—679
x) Ecuador . . . . .	678
y) Guatemala . . . . .	678

## Nachträge zu Band I und II der völkerrechtlichen

### Urkunden des Weltkrieges . . . . . 681—704

I. Zur Vorgeschichte des Krieges (zu Band I) . . . . .	682—692
II. Luxemburg . . . . .	692—693
III. Türkei und Dardanellen . . . . .	693—698
IV. Rumänien . . . . .	698—704

## Registerteil.

A. Verzeichnis der in diesem Bande vorkommenden Buntbücher . . . . .	704
B. Verzeichnis der aufgenommenen Urkunden nach deren Zeitfolge . . . . .	706—735
C. Verzeichnis der im Urkundenregister und in den Urkunden vorkommenden Staatsmänner . . . . .	736—739
D. Inhaltsverzeichnis nach der Zeitfolge der Geschehnisse des Weltkrieges . . . . .	740—755

## Verbesserung von Druck- und Textfehlern.

Seite 31 ist in der Ueberschrift zu Nr. DCCXLIII hinzuzufügen: „**und über russische Angriffe gegen die kaukasische Grenze**“.

„ 32 Zeile 13 muß es heißen: „**Sultan Selim**“.

„ 33 muß es in der Ueberschrift zu Nr. DCCXLIV heißen: „**an Rußland, England, Frankreich**“.

„ 39 in der Anmerkung muß es heißen: „**Nr. MXXXVII**“.

„ 191 unter Nr. MXXXVI muß es anstatt **Bb. II** heißen: „**Bb. III**“.

„ 368 in der Ueberschrift zu Nr. MCCXL muß es heißen: „**Baron Burián an Freiherrn von Macchio**“.

„ 378 ist zu bemerken: Die Anmerkung stammt vom Herausgeber.

„ 495 zu Nr. MCCCCLXIII: in der Ueberschrift muß es heißen: „**27. August 1916**“.

„ 509 in der Anmerkung muß es heißen: „**Nr. MCCCLXXI letzter Absatz**“.

„ 530 Anmerkung zu Nr. MCCCLXXVI: „**Aus besonderer Quelle**“.

„ 596 in Nr. MCDXCVIII fehlt die Quellenangabe: „**Rb. Rum. 110**“.

„ 601 Anmerkung zu Nr. MDII: „**Aus besonderer Quelle**“.

„ 601 in der Anmerkung zu Nr. MDIII muß es heißen: „**1916**“ anstatt 1917.

„ 613 zu Nr. MDXa: Die Ueberschrift „**Rußland und Japan**“ und der erste Absatz rühren von der Uebersetzungsstelle her.

„ 618 zu Nr. MDXIII b: in der Ueberschrift muß es heißen: „**Oesterreich-Ungarn**“ anstatt Deutschland.

„ 719 bei 12. XI. muß hinzugefügt werden „**England und Frankreich**“.

---



## C. Eintritt weiterer Staaten in den Krieg.

### a) Vorgänge hinsichtlich Aegyptens.

#### 1. Aegyptische und englisch-aegyptische Kundgebungen. \*)

**Nr. DCCXVII. Aegyptische Anweisung vom 3. Aug. 1914 betr. Schiffe der Kriegführenden in aegyptischen Gewässern.**  
(Aegyptisches „Journal Officiel“: Supplémentaire du Mardi 4 Août 1914. — Nr. 96. — **Aeg. Rb. I** 4—8.)

#### Ministère Des Affaires Etrangères.

Instructions à appliquer dans les Ports Egyptiens aux Navires des Belligérants pendant la Guerre entre les Empires d'Allemagne et de Russie, ainsi qu'entre l'Empire d'Autriche-Hongrie et le Royaume de Serbie.

##### 1. Canal de Suez et ses Ports d'Accès.

Attendu que la guerre vient d'éclater entre les Empires d'Allemagne et de Russie, ainsi qu'entre l'Empire d'Autriche-Hongrie et le Royaume de Serbie, le Conseil des Ministres de S.A. le Khédive a décidé, dans sa séance du lundi 11 Ramadan 1332 (3 août 1914), d'envoyer les instructions suivantes aux Gouvernorats et aux autorités des Ports du Canal de Suez, en conformité du traité du 20 octobre 1888 établissant la neutralité du Canal de Suez, à savoir: —

1. Pendant la durée des hostilités il ne sera délivré de charbon aux navires de guerre de l'une ou de l'autre des Puissances belligérantes dans le

#### \*) Aus den **aegyptischen Rotbüchern**:

Ministère des Finances, Égypte. Bureau des Publications du Gouvernement. Recueil des documents relatifs à la guerre publiés au „Journal officiel“ du 3 août 1914 au 31 juillet 1915. Le Caire. Imprimerie Nationale. 1915. XIX u. 325 Seiten.

(Angeführt als **Aeg. Rb. I**.)

Ministère des Finances, Égypte. Imprimerie Nationale. Recueil des documents relatifs à la guerre publiés au „Journal officiel“ du 1<sup>er</sup> août 1915 au 31 juillet 1916. 2<sup>me</sup> année. Le Caire. Imprimerie Nationale. 1916. XVIII u. 706 u. V Seiten.

(Angeführt als **Aeg. Rb. II**.)

Canal ou dans un de ses ports d'accès, sans une autorisation écrite des autorités compétentes du port qui spécifiera la quantité de charbon qui peut être fournie.

2. Avant d'accorder l'autorisation pour la fourniture de charbon à un navire de guerre quelconque des belligérants, les autorités du port devront obtenir une déclaration par écrit signée par l'officier commandant le navire énonçant la destination du navire et la quantité de charbon déjà à bord.

3. Il pourra être fourni à un navire de guerre d'un des belligérants la quantité de charbon nécessaire en tenant compte de la quantité déjà à bord, pour lui permettre de se rendre au plus prochain port accessible dans lequel il puisse obtenir l'approvisionnement nécessaire pour la continuation de son voyage. Toutefois, cette règle ne devra pas avoir pour effet d'empêcher qu'il soit fourni au navire à un port quelconque du Canal la quantité de charbon suffisante pour obvier à la nécessité d'en redemander à tout autre port d'accès du Canal.

4. Tout navire de guerre belligérant effectuera le transit du Canal de Suez dans le plus bref délai et sans s'arrêter si ce n'est en cas de nécessité ou par ordre des autorités du Canal.

5. Le séjour de tout navire de guerre des belligérants à Port-Saïd ou dans la rade de Suez ne pourra dépasser vingt-quatre heures, à moins qu'il n'ait pas fini de prendre livraison du charbon dans ce délai ou en cas de nécessité; et tout navire qui serait ainsi obligé d'y rester plus de vingt-quatre heures, quittera le plus tôt possible.

6. Aucun navire appartenant à une des Puissances belligérantes ne quittera le Canal ou un de ses ports d'accès moins de vingt-quatre heures après le départ du même port d'un navire de guerre appartenant à l'autre Puissance belligérante.

7. Aucune Puissance belligérante n'embarquera ni ne débarquera dans le Canal ou un de ses ports d'accès, des troupes, armes, munitions de guerre, approvisionnements ou autre matériel.

Toutefois, dans le cas d'un empêchement accidentel dans le Canal, tout corps de troupe n'excédant pas mille hommes à la fois, pourra être débarqué à Suez ou à Port-Saïd jusqu'à ce que la navigation soit rétablie.

8. Aux fins des présentes instructions le mot „navire de guerre“ comprend tout vaisseau armé ou non qui est employé par une Puissance belligérante comme transport ou auxiliaire d'une flotte, ou de toute autre façon en vue des hostilités sur terre ou sur mer, mais ne comprend pas un vaisseau équipé pour servir de bateau-hôpital et employé exclusivement comme tel.

*Déclaration à faire par l'officier commandant un navire de guerre des belligérants demandant du charbon dans un port égyptien.*

Je . . . . .  
commandant le navire de guerre . . . . . au service de Sa Majesté  
. . . . . déclare sur l'honneur, par la présente,  
que la quantité de charbon actuellement à bord du navire sous mon com-



mandement ne dépasse pas . . . . . tonnes, et je m'engage sur l'honneur que le navire sous mon commandement, après avoir quitté le port de . . . . .<sup>1)</sup>, procédera immédiatement et par la route directe vers le port de . . . . .<sup>2)</sup>.

## 2. Pour les Autres Ports Egyptiens.

Attendu que la guerre vient d'éclater entre les Empires d'Allemagne et de Russie, ainsi qu'entre l'Empire d'Autriche-Hongrie et le Royaume de Serbie, et attendu que certaines obligations sont imposées aux neutres en temps de guerre par le droit des gens, le Conseil des Ministres de S.A. le Khédive a décidé, dans sa séance du lundi 11 Ramadan 1332 (3 août 1914), que pendant la durée du présent état de guerre, les dispositions suivantes recevront leur exécution dans toutes eaux territoriales, rades et ports égyptiens, sauf dans le Canal de Suez et ses ports d'accès: —

1. Il est défendu à tout navire de guerre de l'une ou l'autre partie belligérante d'employer comme station ou comme lieu de séjour toutes eaux territoriales, rades ou ports égyptiens dans le but de se procurer des facilités pour son équipement militaire.

2. A partir de ce jour il est défendu à tout navire de guerre de l'un des belligérants de quitter toutes eaux territoriales, rades ou ports égyptiens d'où est parti un navire quelconque de l'autre belligérant (que ce dernier soit un navire de guerre ou un navire marchand) avant l'expiration d'un délai de vingt-quatre heures au moins depuis que ce dernier vaisseau est sorti du domaine sur lequel s'exerce la juridiction territoriale du Gouvernement Egyptien.

3. Si un navire de guerre quelconque de l'un des belligérants entre dans les eaux territoriales, rades ou ports égyptiens, il devra quitter et prendre la mer dans les vingt-quatre heures qui suivront son entrée, sauf en cas de tempête ou pour prendre des vivres ou autres choses nécessaires à la subsistance de l'équipage, ou pour faire des réparations. Tout navire se trouvant dans un de ces cas devra partir et prendre la mer aussitôt que possible après l'expiration du délai de vingt-quatre heures après son arrivée, pourvu toutefois que par l'application de cette règle il ne soit pas dérogé à la règle 2 ci-dessus.

4. Il est, à partir de ce jour, défendu à tout navire de guerre de l'un des belligérants pendant son séjour dans les eaux territoriales, rades ou ports égyptiens, d'y prendre des armes, munitions, ou objets d'équipement quelconques, ou d'y faire tous autres approvisionnements, si ce n'est en vivres ou autres choses nécessaires pour la subsistance de l'équipage. Il ne pourra prendre également qu'une quantité de charbon suffisante pour atteindre le port le plus proche de son pays ou une autre destination neutre plus proche désignée par l'officier commandant; et il ne sera de nouveau fourni du char-

<sup>1)</sup> Port égyptien.

<sup>2)</sup> Port de destination.

bon à ce navire de guerre dans le même ou dans un autre port ou rade égyptiens, ou dans les eaux territoriales égyptiennes, sans une autorisation spéciale, avant l'expiration d'un délai de trois mois à partir du moment de la dernière fourniture de charbon à ce navire de guerre effectuée dans les eaux égyptiennes comme il est dit ci-dessus.

5. Aucun navire de guerre de l'une des Puissances belligérantes ne pourra faire du charbon avant d'avoir obtenu des autorités compétentes du Port une autorisation écrite spécifiant la quantité de charbon qui peut être fournie. Les autorités des Ports ne donneront semblable autorisation qu'après avoir obtenu de l'officier commandant le navire une déclaration écrite renfermant l'indication de la destination du navire et de la quantité de charbon déjà à bord.

6. Aucun navire de guerre de l'un des belligérants ne conduira une prise dans les eaux territoriales, rades ou ports égyptiens.

7. Il est défendu de recruter des soldats ou des marins pour le service de l'une des Puissances belligérantes dans le domaine de la juridiction territoriale du Gouvernement Egyptien.

8. Il est défendu à tout égyptien sujet local de s'enrôler comme soldat ou comme marin au service de l'une des Puissances belligérantes.

9. Aucun navire ne sera construit ou armé pour un service militaire ou naval, ou transformé de façon à accroître sa puissance militaire, dans le domaine de la juridiction territoriale du Gouvernement Egyptien, si ce navire est destiné au service de l'une des Puissances belligérantes.

*Déclaration à faire par l'officier commandant un navire de guerre des belligérants demandant du charbon dans un port égyptien.*

Je . . . . .  
commandant le navire de guerre . . . . . au service de Sa Majesté  
. . . . . déclare sur l'honneur, par la présente,  
que la quantité de charbon actuellement à bord du navire sous mon commandement ne dépasse pas . . . . . tonnes, et je m'engage sur l'honneur que le navire sous mon commandement, après avoir quitté le port de . . . . .<sup>1)</sup>, procédera immédiatement et par la route directe vers le port de . . . . .<sup>2)</sup>.

#### **Nr. DCCXVIII. Aegyptisches Moratorium vom 4. Aug. 1914.**

(Aegyptisches „Journal Officiel“: 5 Août 1914. — Nr. 97.

— Aeg. Rb. I 9.)

Décret ordonnant un Moratorium Partiel.

Nous, Khédivé d'Egypte,

Sur la proposition de Notre Ministre de la Justice et l'avis conforme de Notre Conseil des Ministres;

<sup>1)</sup> Port égyptien.

<sup>2)</sup> Port de destination.



## Décrétons:

Art. 1. Sont prorogés jusqu'au 1<sup>er</sup> novembre 1914, les délais dans lesquels doivent être faits les protêts et tous actes concernant les recours, pour toutes valeurs négociables.

Le remboursement ne pourra être demandé aux endosseurs et autres obligés pendant les délais de prorogation.

Les intérêts sont dus depuis l'échéance jusqu'au paiement.

Art. 2. Notre Ministre de la Justice est chargé de l'exécution du présent décret, qui entrera en vigueur dès sa publication au „Journal Officiel“.

Fait à Alexandrie, le 12 Ramadan 1332 (4 août 1914).

Pour le Khédive:

*Hussein Ruchdi.*

Par le Khédive:

Le Président du Conseil des Ministres,

*Hussein Ruchdi.*

Le Ministre de la Justice,

*Sarait.*

(Traduction.)

**Nr. DCCXIX. Aegyptische Verordnungen betr. Postverkehr mit dem Ausland vom 1. u. 3. Aug. 1914.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: 5 Août 1914. — Nr. 47; — **Aeg. Rb. I** S. 10 u. 11.)\*)

Ministry of Finance.

Postal Administration.

Owing to the present situation the Parcel Service between Egypt on the one hand, and Servia and Montenegro on the other, is suspended until further notice.

Alexandria, August 1, 1914.

In view of the present situation in Europe, the issue of Foreign Money Orders is suspended until further notice.

Alexandria, August 3, 1914.

**Nr. DCCXX. Verordnung des aegyptischen Ministerrates vom 5. Aug. 1914 betr. die Verteidigung Aegyptens.** (Aegyptisches „Journal officiel“: Supplémentaire du Jeudi 6 Août 1914. Nr. 98. — **Aeg. Rb. I** 11—17).

Présidence du Conseil des Ministres.

Décision tendant à assurer la Défense de l'Egypte dans la Guerre entre l'Allemagne et la Grande-Bretagne.

Considérant que la guerre est malheureusement déclarée entre Sa Majesté le Roi de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Dépendances Britanniques d'outre-mer, Empereur des Indes, et l'Empereur Allemand;

\*) Anm.: Im **Aeg. Rb.** sind die beiden Verordnungen auch in französischem Text abgedruckt. — Herausgeber.

Considérant que la présence en Egypte de l'Armée d'Occupation de sa Majesté Britannique rend le pays susceptible d'être attaqué par les ennemis de Sa Majesté;

Considérant qu'à raison de cette situation de fait il est nécessaire que toutes les mesures puissent être prises pour défendre le pays contre le risque d'une telle attaque;

Qu'à cet effet le Gouvernement Egyptien est avisé à prendre les mesures suivantes;

A ces causes, il est porté à la connaissance de tous les intéressés que dans une réunion du Conseil des Ministres, tenue le 5 août 1914, sous la présidence de S. E. le Régent, il a été décidé ce qui suit:—

Art. 1. Aucune personne résidant ou de passage en Egypte ne pourra tant que durera l'état de guerre:

1. Faire de contrat ni convention quelconque, soit directement, soit indirectement, avec le Gouvernement en guerre avec Sa Majesté Britannique non plus qu'avec aucun agent de ce Gouvernement;

2. Ni contribuer ni prendre part à l'émission d'aucun emprunt pour ce Gouvernement, ni lui prêter de l'argent.

Art. 2. Aucune personne résidant ou de passage en Egypte ne pourra conclure de police ou contrat d'assurance avec une personne ou au profit d'une personne résidant ou de passage dans le pays en guerre avec Sa Majesté Britannique, et ne pourra non plus sur la base de toute police ou contrat d'assurance déjà existant effectuer aucun paiement du chef de toute perte due aux actes de guerre des forces de Sa Majesté Britannique ou de tout allié de Sa Majesté Britannique.

Art. 3. Aucune personne résidant ou de passage en Egypte ne pourra conclure de nouveau contrat ou obligation de nature commerciale, financière ou autre avec une personne ou au profit d'une personne résidant ou de passage dans le pays ci-dessus visé.

Art. 4. Les dispositions des deux articles qui précèdent s'appliqueront également à toute relation avec toute personne faisant des affaires dans le pays ci-dessus visé, bien que n'y résidant pas, mais seulement pour ce qui concerne les affaires qui y sont faites.

Art. 5. Aucun navire égyptien ne devra entrer dans un port allemand ni communiquer avec lui.

Art. 6. A moins d'une autorisation délivrée par le fonctionnaire désigné à cet effet, il ne pourra être exporté d'Egypte aucun des articles suivants:—

- a) Les armes et les munitions et toutes les parties qui les composent;
- b) La poudre à canon ou tout autre explosif;
- c) Les uniformes, équipements militaires et fournitures de campement;
- d) Les animaux de selle, de bât et de trait susceptibles d'être employés en guerre;

- e) Les machines et camions à combustion interne capables de porter une charge de 1,250 kilos ou davantage, ainsi que les parties qui les composent;
- f) Le pétrole et la benzine;
- g) Véhicules à quatre roues capables de porter une tonne ou plus;
- h) Véhicules à deux roues capables de porter une charge de 750 kilos ou davantage;
- i) Ballons, dirigeables et aéroplanes, et les parties qui les composent
- j) Sacs à charbon;
- k) Charbon et briquettes.

Art. 7. A moins d'une permission délivrée par un fonctionnaire désigné à cet effet, il est interdit d'exporter de tout port égyptien aucun article de marchandise quelconque à destination d'un port allemand ainsi que de transborder dans un port égyptien tout article ou marchandise ayant une semblable destination.

Art. 8. Aucun navire ne recevra l'autorisation de sortir d'un port égyptien tant qu'un fonctionnaire désigné à cet effet ne se sera pas assuré qu'aucune infraction n'a été commise aux dispositions de l'un quelconque des quatre articles qui précèdent.

Art. 9. Tout navire neutre qui serait lui-même contrebande de guerre, conformément à la définition de la contrebande adoptée par Sa Majesté Britannique, ou qui aurait à bord de la contrebande de guerre ou qui rendrait à l'ennemi des services contraires à la neutralité, sera retenu dans tout port égyptien quelconque.

Art. 10. Sera passible d'être capturé tout navire neutre qui après la date de la présente décision embarquera de la contrebande de guerre dans un port égyptien.

Art. 11. Tout navire se trouvant dans un port égyptien sur lequel de la contrebande de guerre aura été chargée à la date de la présente décision devra la décharger immédiatement.

Art. 12. Aucun article ou marchandise chargé dans un port allemand ne pourra être déchargé dans un port égyptien à moins que le dit article ou marchandise ne fût déjà en mer à la date de la présente décision.

Art. 13. Les forces navales et militaires de Sa Majesté Britannique pourront exercer tout droit de guerre dans les ports et territoire égyptiens, et les vaisseaux de guerre, les navires marchands et les marchandises capturés dans les ports ou territoire égyptiens pourront être déférés en jugement devant un tribunal des prises britannique.

Art. 14. Sous la stricte observation des clauses qui précèdent, tout navire allemand qui se trouvait dans un port égyptien à la date de l'ouverture des hostilités ou qui, ayant quitté son dernier port avant cette date, est entré ou entrera dans un port égyptien sans avoir connaissance de la guerre, sera autorisé jusqu'au coucher du soleil du 14 août 1914 à procéder à son chargement ou déchargement et à quitter le port en donnant tels engagements



écrits qui pourront être requis par les autorités navales britanniques en conformité des dispositions du chapitre 3 de la Convention de 1907 relative à certaines restrictions à l'exercice du droit de capture dans la guerre maritime.

Art. 15. Les navires de commerce allemands qui auront quitté leur dernier port avant la déclaration de guerre et qui, sans avoir connaissance de la guerre, arriveront dans un port égyptien après le coucher du soleil, le 14 août 1914, et seront autorisés à entrer pourront être requis de repartir soit immédiatement soit après le délai estimé nécessaire par les autorités du Port pour le déchargement de telle partie de la cargaison qu'ils seraient requis d'effectuer ou spécialement autorisés à effectuer, tout en donnant préalablement dans les deux cas les engagements écrits prévus à l'article précédent.

Art. 16. Si à bord d'un navire régi par l'un quelconque des articles précédents, il se trouve un chargement qui d'après les règles appliquées par les tribunaux des prises britanniques constitue un chargement ennemi, ou bien un chargement que les autorités navales ou militaires britanniques voudraient réquisitionner moyennant compensation pour les besoins de la guerre, ce navire ne quittera pas le port tant que ce chargement n'aura pas été déchargé.

Art. 17. Le bénéfice des articles 14 et 15 ne s'étendra pas aux navires affectés à la pose des câbles télégraphiques, aux navires destinés à effectuer le transport en haute mer des combustibles liquides, aux navires dont le tonnage dépasse 5.000 tonnes brut, ni aux navires dont la vitesse est de 14 nœuds et au-dessus, ainsi que cela sera établi à suffisance de droit par les indications du „Lloyds Register," ni enfin aux navires de commerce dont la construction démontrera qu'ils étaient faits pour pouvoir être convertis en navires de guerre.

Art. 18. Toutes les personnes que cela concerne devront donner aux forces navales et militaires de Sa Majesté Britannique l'assistance dont elles pourront être requises.

Art. 19. Sont soumis à la présente décision non seulement les individus, mais encore tout groupement, association ou compagnie ayant une existence légale ou de fait, sous cette réserve cependant que dans le cas où un de ces groupements, associations ou compagnies ferait des affaires tant en Egypte qu'ailleurs, il n'encourra aucune pénalité pour infraction aux dispositions de la présente décision du chef de tout acte accompli hors d'Egypte et sans aucun rapport avec les affaires poursuivies en Egypte.

Art. 20. Pour ce qui concerne les ports d'accès au Canal de Suez, la présente décision sera appliquée avec les modifications suivantes:—

a) Les navires de commerce qui ont traversé ou veulent traverser le Canal, quel que soit leur nationalité ou leur chargement auront pleine liberté d'aborder et de quitter les ports d'accès ou de traverser le Canal sans encourir la capture ou la rétention, pourvu que la traversée du Canal et le départ du port d'accès se fassent de façon normale et sans retard injustifié:

b) Ces navires pourront recevoir telle fourniture, y compris le charbon de soute, qui sera raisonnablement nécessaire pour le voyage dans lequel ils sont engagés;

c) Les marchandises de toute nature qui ont traversé le Canal peuvent être transbordées au port de départ;

d) L'article 13 de la présente décision sera interprété suivant la Convention du Canal de Suez de 1888.

*Hussein Ruchdi.*

**Nr. DCCXXI. Aegyptische Verordnung betr. Postverkehr mit dem Ausland.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: 8 Août 1914. — Nr. 99. — **Aeg. Rb. I**, S. 18.)\*)

Ministry of Finance.

Postal Administration.

The following services are suspended until further notice:

1. The exchange of Insured articles with abroad.
2. The Collection Order Service with abroad.
3. The Foreign Parcel Service except as regards:
  - a) Italy;
  - b) Great Britain and transit (via Gibraltar exclusively).

**Nr. DCCXXII. Aegyptisches Moratorium vom 9. Aug. 1914.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Supplémentaire du Lundi 10 Août 1914. — Nr. 100. — **Aeg. Rb. I**, S. 19—21.)

Décret ordonnant le Moratorium en Matière Commerciale.  
Nous, Khédive d'Egypte.

Vu Notre Décret du 4 août 1914;

Considérant que les circonstances ne permettent plus de s'en tenir aux seules mesures moratoires prescrites par ce décret et qu'il est devenu indispensable d'étendre uniformément la remise à toutes les affaires commerciales actuellement en cours;

Considérant qu'il y aurait péril en la demeure;

Sur la proposition de Notre Ministre de la Justice et l'avis conforme de Notre Conseil des Ministres:

Décrétons.

Art. 1. Sont suspendues jusqu'au 15 septembre 1914 toutes exigibilités et obligations de paiement ou d'autres prestations résultant ou pouvant résulter d'opérations, contrats et actes commerciaux généralement quelconques. Pendant ce délai, les intérêts dus continuent à courir.

\*) Anm.: Das **Aeg. Rb.** gibt an zweiter Stelle den Text französisch.  
Herausgeber.

Nonobstant cette suspension, les Banques et Etablissements de crédit demeurent tenus de rembourser les déposants sur leur demande et respectivement jusqu'à concurrence de 5 % de leurs dépôts exigibles, sans que, toutefois, le maximum du remboursement puisse excéder 3,000 livres égyptiennes pour chacun d'eux.

Art. 2. Sont pareillement suspendues pendant le même délai et devant toutes les juridictions toutes procédures, poursuites et exécutions judiciaires du chef des opérations, contrats ou actes commerciaux sus-visés, ainsi que les jugements qui en résulteraient.

Art. 3. Aucune prescription, péremption, annulation, résiliation, déchéance ou forclusion légale, judiciaire ou conventionnelle ne sera encourue pendant ce même délai du chef des opérations, contrats, actes et jugements commerciaux suspendus, tous les droits des intéressés demeurant respectivement et intégralement réservés.

Art. 4. Les dispositions des trois articles précédents ne s'appliquent ni aux jugements d'ores et déjà définitifs ou exécutoires par provision, ni aux mesures purement provisoires ou conservatoires à prendre dans l'intérêt des créanciers, ni, d'autre part, aux tractations commerciales, qui auraient lieu postérieurement à la publication du présent décret.

Art. 5. Les dispositions des articles 1, 2 et 3 ci-dessus ne s'appliquent pas non plus aux loyers, traitements, salaires et autres frais courants d'exploitation commerciale, qui demeurent régis, de même que les obligations purement civiles, par le droit commun en vigueur.

Notre Ministre de la Justice est chargé de l'exécution du présent décret, qui entrera en vigueur dès sa publication au „Journal Officiel.“

Fait au Caire, le 17 Ramadan 1332 (9 août 1914).

Pour le Khédive :

*Hussein Ruchdi.*

Par le Khédive :

Le Président du Conseil des Ministres,

*Hussein Ruchdi.*

Le Ministre de la Justice,

*Sarait.*

(Traduction.)

**Nr. DCCXXIII. Mitteilung des aegyptischen Ministerrats vom 8. Aug. 1914 über die Auslegung der Verordnung des Ministerrats vom 5. Aug. betr. die Verteidigung Aegyptens. (Aegyptisches „Journal Officiel“: 10 Août 1914. — Nr. 101. — Aeg. Rb. I, S. 21.)**

Présidence du Conseil des Ministres.

Il revient au Gouvernement que le public aurait compris que la décision du Conseil des Ministres du 5 août interdirait d'une façon absolue et générale toute tractation d'affaires en Egypte avec les ressortissants de l'Allemagne.



Cette interprétation est erronée. Ce qui a été interdit par la décision du Conseil c'est uniquement la tractation d'affaires en Egypte ayant leur résultat sur le territoire ou au profit de l'Allemagne, quelle que soit d'ailleurs la nationalité des intermédiaires qui ont contracté.

Il n'est donc nullement défendu de faire des affaires ordinaires avec les Allemands résidant en Egypte sous la seule réserve de ce qui a été expliqué ci-dessus.

Le Caire, le 8 août 1914.

**Nr. DCCXXIV. Verordnung des aegyptischen Ministerrats vom 13. Aug. 1914 betr. die Verteidigung Aegyptens.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Supplémentaire du Jeudi 13 Août 1914. — Nr. 103. — **Aeg. Rb. I, S. 21.**)

Présidence du Conseil des Ministres.

Décision tendant à assurer la Défense de l'Egypte dans la Guerre entre l'Autriche-Hongrie et la Grande-Bretagne.

Vu la décision prise par le Conseil des Ministres en date du 5 août 1914 à l'occasion de la déclaration du guerre entre la Grande-Bretagne et l'Empereur Allemand;

Considérant que l'état de guerre vient également d'être déclaré entre Sa Majesté Britannique et l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie;

Le Conseil des Ministres, réuni le 13 août 1914 sous la présidence de S. E. le Régent, décide:

Sont étendues à l'Autriche-Hongrie toutes les dispositions de la décision du Conseil en date du 5 août 1914 sus-visée, sous la modification suivante:

Pour l'application aux navires marchands austro-hongrois des articles 14 et 15 de la décision du Conseil, la date du samedi 22 août 1914 est substituée à celle du vendredi 14 août 1914. *Hussein Ruchdi.*

**Nr. DCCXXV. Aegyptische Verordnung vom 31. Aug. 1914 betr. Postverkehr mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: 2 Septembre 1914. — Nr. 113. — **Aeg. Rb. I, S. 67.)\***)

Ministry of Finance.

Postal Administration.

The despatch of registered correspondence to Austria and Germany is suspended until further notice.

Registered correspondence for other countries is only accepted at the risk of the sender and the Post Office declines any responsibility in case of loss arising from the present international situation.

\*) Anm.: Das **Aeg. Rb.** gibt an zweiter Stelle den Text französisch. Herausgeber.

**Nr. DCCXXVI. Aegyptische Verordnung betr. das Moratorium und die Verordnungen des Ministerrats vom 5. und 13. Aug. 1914.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: 26 Octobre 1914. — Nr. 141. — **Aeg. Rb. I**, S. 135.)

Interprétation de Certains Points ayant trait au Décret ordonnant le Moratorium en Matière Commerciale et aux Décisions du Conseil des Ministres des 5 et 13 Août 1914.

Des doutes se sont élevés sur l'interprétation de certains points ayant trait au Décret ordonnant le Moratorium en matière commerciale et aux décisions du Conseil des Ministres des 5 et 13 août 1914 tendant à assurer la défense de l'Egypte dans la guerre actuelle.

En vue de dissiper ces doutes, le Conseil des Ministres a décidé de donner les éclaircissements suivants:

*Art. 1. Les Compagnies d'Assurances peuvent-elles, en cas de sinistre, invoquer le bénéfice du Moratorium pour les polices émises après sa promulgation ou sont-elles tenues de payer dans les conditions normales l'indemnité fixée?*

L'article 4 du Décret du Moratorium répond que les polices d'assurances émises après sa promulgation ne peuvent pas en bénéficier et qu'elles sont donc normalement payables dans les conditions stipulées.

*Art. 2. Les Compagnies d'Assurances représentées en Egypte peuvent-elles assurer des risques égyptiens appartenant à des Sociétés qui ont leur siège en Allemagne ou en Autriche-Hongrie?*

Les Compagnies d'Assurances en Egypte ne peuvent plus contracter d'aucune manière avec des Sociétés ayant leur siège en Allemagne ou en Autriche-Hongrie (article 3 de la Décision du Conseil des Ministres concernant l'état de guerre).

*Art. 3. Le renouvellement d'un contrat d'assurances déjà existant peut-il être considéré comme une nouvelle affaire?*

Le renouvellement d'un contrat d'assurances-incendie par une police nouvelle, souscrite après l'expiration d'une précédente police, est certainement en droit une nouvelle affaire, encore bien qu'il s'agisse du même assuré, de la même chose et de la même Compagnie.

Si, par contre, le renouvellement se produit automatiquement, par tacite reconduction en quelque sorte, moyennant le simple paiement de la prime d'assurance et sans besoin d'un nouvel accord, il est difficile de ne pas admettre que c'est la même affaire qui se continue.

En matière d'assurance-incendie la forme aurait donc une influence prédominante sur le fond.

Il n'en serait pas de même en matière d'assurance sur la vie: alors quel que fût le mode de renouvellement, il faudrait admettre que, l'assuré étant le même et la Compagnie d'Assurance aussi, les conditions et risques du contrat d'assurance forment un tout indivisible comme la personne de

l'individu dont la vie est assurée, et que, par conséquent le renouvellement nécessaire en vue du résultat final à obtenir ne serait pas une nouvelle affaire.

Art. 4. *Les Agences des Compagnies Allemandes et Austro-Hongroises peuvent-elles continuer à émettre des polices d'assurances contre l'incendie en Egypte ?*

Les Agences des Compagnies Allemandes et Austro-Hongroises siégeant en Allemagne et Autriche-Hongrie, y ayant donc leur domicile, ne peuvent plus émettre de polices d'assurances quelconques en Egypte contre l'incendie (toujours en vertu de l'article 3 de la Décision du Conseil sus-visée).

Art. 5. *Une Compagnie d'Assurances d'une autre nationalité peut-elle accepter des co-assurances avec des Compagnies Allemandes ou Austro-Hongroises en Egypte ?*

Une compagnie d'Assurances d'une autre nationalité ne peut pas accepter en Egypte de co-assurance combinée conjointe ou solidaire avec des Compagnies ayant leur siège en Allemagne ou Autriche-Hongrie, mais elle peut séparément et individuellement accepter une assurance partielle pour quelque chose qui est partiellement assuré, d'autre part, suivant contrats distincts et indépendants par de telles Compagnies.

Art. 6. *Une Compagnie d'Assurances d'une autre nationalité peut-elle réassurer une Compagnie Allemande ou Austro-Hongroise en Egypte ?*

Une Compagnie d'Assurances d'une autre nationalité ne peut pas réassurer une Compagnie ayant son siège en Allemagne ou Autriche-Hongrie, puisque aux termes de l'article 3 précité de la décision du Conseil elle ne peut plus contracter avec une telle Compagnie en Egypte.

**Nr. DCCXXVII. Englische Proklamation des Belagerungszustandes in Aegypten vom 2. Nov. 1914.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Supplémentaire du Lundi 2 Novembre 1914. — Nr. 146. — **Aeg. Rb. I**, S. 148.)

Proclamation by the General Officer Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

Notice is hereby given that I have been directed by His Britannic Majesty's Government to assume military control of Egypt in order to secure its protection. The country is therefore placed under Martial Law from this date.

*J. G. Maxwell*, Lieutenant-General.

Commanding His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

Cairo, November 2, 1914.

Proclamation de par le Général Commandant les Forces de Sa Majesté Britannique en Egypte.

Je donne avis par ces présents que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique m'a ordonné de me charger du contrôle militaire de l'Egypte afin d'en assurer la protection.



Le pays à partir de ce jour d'hui est placé en Etat de Siège.  
Le Caire, le 2 novembre 1914.

(Signé): *J. G. Maxwell*, Lieutenant-Général,  
Commandant les Forces de Sa Majesté Britannique en Egypte.

**Nr. DCCXXVIII. Englische Proklamation vom 2. Nov. 1914 betr. die Geltung des Kriegsrechtes in Aegypten.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Supplémentaire du Lundi 2 Novembre 1914. — Nr. 146. — **Aeg. Rb. I**, S. 149.)\*)

Proclamation by the General Officer Commanding in Chief  
His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

I, *John Grenfell Maxwell*, Lieutenant-General, Commanding His Britannic Majesty's Forces in Egypt, entrusted with the application of Martial Law, hereby give notice as follows:

1. The powers to be exercised under my authority by the Military Authorities are intended to supplement and not to supersede the Civil Administration, and all civil officials in the service of the Egyptian Government are hereby required to continue the punctual discharge of their respective duties.

2. Private citizens will best serve the common end by abstaining from all action of a nature to disturb the public peace, to stir up disaffection, or to aid the enemies of his Britannic Majesty and His Allies, and by conforming promptly and cheerfully to all orders given under my authority for the maintenance of public peace and good order; and so long as they do so, they will be subject to no interference from the Military Authorities.

3. All requisitions of services or of property which may be necessitated by military exigencies will be the subject of full compensation, to be assessed, in default of agreement, by an independent authority.

*J. G. Maxwell*, Lieutenant-General,

Commanding His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

Cairo, November 2, 1914.

**Nr. DCCXXIX. Kriegserklärung an die Türkei durch den Oberbefehlshaber der englischen Streitkräfte in Aegypten.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Supplémentaire du Samedi 7 Novembre 1914. — Nr. 148. — **Aeg. Rb. I**, S. 154.\*\*) )

Proclamation by the General Officer Commanding in Chief  
His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

I, *John Grenfell Maxwell*, Lieutenant-General, Commanding His Britannic Majesty's Forces in Egypt, am instructed to announce that as from

\*) Anm.: Das **Aeg. Rb.** gibt an zweiter Stelle den Text auch französisch. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Das **Aeg. Rb.** gibt an zweiter Stelle einen französischen Text als „Traduction“. — Herausgeber.

the fifth day of November 1914, a state of war exists between Great Britain and Turkey.

Although from the outset of the war between His Majesty and the Emperors of Germany and Austria, the Ottoman Government, under the influence of His Majesty's enemies, have repeatedly violated the rights secured to His Majesty by international law and by treaty, His Majesty's Government have scrupulously abstained from any retaliatory action until compelled thereto, not only by military preparations in Syria which can only be directed against Egypt, but by the violation of the Egyptian frontier by armed bands and by an open and unprovoked attack by the Ottoman Naval Forces, under German officers, upon the territories of one of His Majesty's Allies.

Great Britain is now fighting both to protect the rights and liberties of Egypt, which were originally won upon the battlefield by *Mehemet Ali*, and to secure to her the continuance of the peace and prosperity which she has enjoyed during the thirty years of the British Occupation.

Recognizing the respect and veneration with which the Sultan, in his religious capacity, is regarded by the Mohammedans of Egypt, Great Britain takes upon Herself the sole burden of the present war, without calling upon the Egyptian people for aid therein: but She expects and requires, in return, that the population shall refrain from any action of a nature to hamper Her military operations or to render aid to the enemy.

Cairo, November 6, 1914.

*J. G. Maxwell*, Lieutenant-General,  
Commanding His Britannic Majesty's Forces in Egypt.  
God save the King!

**Nr. DCCXXX. Korrespondenz zwischen dem englischen Geschäftsträger und dem Präsidenten des Ministerrats vom 7. Nov. 1914.** (Aegyptisches „Journal Officiel“ Supplémentaire du Samedi 7 Novembre 1914. — Nr. 148. — **Aeg. Rb. I**, S. 157.)

Correspondence échangée entre le Gérant de l'Agence Diplomatique de Sa Majesté Britannique en Egypte et Son Excellence le Président du Conseil des Ministres. British Agency,  
Cairo.  
November 7, 1914\*).

Monsieur le Ministre,

I have the honour to transmit to you herewith copy of a Proclamation which has been promulgated by the General Officer commanding the British Forces in Egypt.

You will see from this Proclamation that the General Officer Commanding takes entire responsibility, during the continuance of hostilities, for all mili-

---

\*) Anm.: Das **Aeg. Rb.** gibt an zweiter Stelle einen französischen Text als „Traduction“. — Herausgeber.

tary measures necessary for the defence of Egypt, as well as for all measures relating to this defence, while the Egyptian Ministers retain the direction of the purely civil services of their respective Departments.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurance of my high consideration.

*Milne Cheetham.*

His Excellency *Hussein Ruchdi Pasha*,  
President of the Council of Ministers.

Le Caire, le 7 Novembre 1914.

Monsieur le Gérant.

J'ai pris connaissance de la nouvelle Proclamation du Général Commandant en Chef des Forces Britanniques en Egypte que vous venez de me transmettre.

Vu l'absence de Son Altesse le Khédivé dont nous tenons notre mandat, j'ai l'honneur de vous faire connaître que nous continuerons, mes collègues et moi, à assurer les services civils de nos départements respectifs, afin de ne pas interrompre, au détriment de la population, la vie administrative du pays. Veuillez agréer, Monsieur le Gérant, l'assurance de ma haute considération.

Le Président du Conseil des Ministres,  
*H. Ruchdi.*

Monsieur *Milne Cheetham*, C.M.G.,  
Gérant l'Agence Diplomatique de la Grande-Bretagne en Egypte.

**Nr. DCCXXXI. Aegyptische Proklamation vom 7. Nov. 1914 betr. Ausdehnung der Verordnung des Ministerrats vom 5. Aug. 1914 auf die Türkei.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Supplémentaire du Samedi 7 Novembre 1914. — Nr. 149. — **Aeg. Rb. I**, S. 159.)\*)

Proclamation by the General Officer Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

I, *John Grenfell Maxwell*, in exercise of the powers vested in me as Lieutenant-General Commanding His Majesty's Forces in Egypt,

Hereby order as follows:

In view of the state of war existing between Great Britain and Turkey, all the provisions of the Decision of the Egyptian Council of Ministers dated August 5, 1914, and issued upon the occasion of the outbreak of war between His Majesty and the German Emperor, shall apply to the Ottoman Empire, save only that Ottoman merchant ships being in or entering Egyptian ports shall not be given any days of grace in which to depart therefrom.

God save the King!

Cairo, November 7, 1914.

*J. G. Maxwell*, Lieutenant-General,  
Commanding His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

---

\*) Anm.: Das **Aeg. Rb.** gibt an zweiter Stelle einen französischen Text als „Traduction“. — Herausgeber.



**Nr. DCCXXXII. Englische Proklamation des Protektorates über Aegypten vom 18. Dez. 1914.**<sup>1)</sup> (Aegyptisches „Journal Officiel“: Extraordinaire du Vendredi, 18 Décembre 1914. — Nr. 170. — **Aeg. Rb. I**, S. 189.)<sup>2)</sup>

Proclamation.

His Britannic Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs gives notice that, in view of the state of war arising out of the action of Turkey, Egypt is placed under the Protection of his Majesty and will henceforth constitute a British Protectorate.

The Suzerainty of Turkey over Egypt is thus terminated, and His Majesty's Government will adopt all measures necessary for the defence of Egypt, and protect its inhabitants and interests.

Cairo, December 18, 1914

**Nr. DCCXXXIII. Englische Proklamation vom 19. Dez. 1914 über die Absetzung des Khediven und die Ernennung des Prinzen Hussein Kamil zum Khediven mit dem Titel „Sultan von Aegypten“.**<sup>3)</sup> (Aegyptisches „Journal Officiel“: Extraordinaire du Samedi 19 Décembre 1914. — Nr. 171. — **Aeg. Rb. I**, S. 190.)

His Britannic Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs gives notice that, in view of the action of His Highness *Abbas Hilmi Pasha*, lately Khedive of Egypt, who has adhered to the King's enemies, His Majesty's Government have seen fit to depose him from the Khedivate, and that high dignity has been offered, with the title of Sultan of Egypt, to His Highness Prince *Hussein Kamel Pasha*, eldest living Prince of the family of *Mohammed Ali*, and has been accepted by Him.

Cairo, December 19, 1914.

<sup>1)</sup> Anm.: In der „London Gazette“ vom 18. Dezember 1914, Nr. 29011, S. 10803 ist folgende „notice“ gegeben:

His Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs gives notice that, in view of the state of war arising out of the action of Turkey, Egypt is placed under the protection of His Majesty and will henceforth constitute a British Protectorate.

The suzerainty of Turkey over Egypt is thus terminated, and His Majesty's Government will adopt all measures necessary for the defence of Egypt and the protection of its inhabitants and interests.

December 18th, 1914.

Herausgeber.

<sup>2)</sup> Anm.: Das **Aeg. Rb.** gibt an zweiter Stelle einen französischen Text als „Traduction“. — Herausgeber.

<sup>3)</sup> Anm.: In der „London Gazette“ vom 22. Dezember 1914, Nr. 29015, S. 10911 ist folgende „notice“ gegeben:

In view of the action of His Highness *Abbas Hilmi Pasha*, lately Khedive of Egypt, who has adhered to the King's enemies, His Majesty's Government have seen fit to depose him from the Khedivate, and that high dignity has been offered, with the title of Sultan of Egypt, to His Highness Prince *Hussein Kamel Pasha*, eldest living Prince of the family of *Mahomet Ali*, and has been accepted by Him.

December 19th, 1914.

Herausgeber.

**Nr. DCCXXXIV. Note der englischen Regierung an den Prinzen Hussein Kamil Pascha betr. das englische Protektorat über Aegypten und die Einsetzung des Prinzen zum Khediven mit dem Titel „Sultan von Aegypten“.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Extraordinaire du Samedi 19 Décembre 1914. — Nr. 172. — *Aeg. Rb.* I, S. 191.)\*)

Copie de la Communication transmise à Sa Hautesse le Sultan de la part du Gouvernement Britannique.

To His Highness Prince *Hussein Kamil Pasha*.

Your Highness,

I am instructed by His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to bring to the notice of Your Highness the circumstances preceding the outbreak of war between His Britannic Majesty and the Sultan of Turkey and the changes which that war entails in the statuts of Egypt.

In the Ottoman Cabinet there were two parties: On the one side was a moderate party, mindful of the sympathy extended by Great Britain to every effort towards reform in Turkey, who recognized that in the war in which His Majesty was already engaged no Turkish interests were concerned, and welcomed the assurances of His Majesty and his Allies that neither in Egypt nor elsewhere would the war be used as a pretext for any action injurious to Ottoman interests. On the other side: a band of unscrupulous military adventurers looked to find in a war of aggression waged in concert with His Majesty's enemies, the means of retrieving the disasters, military, financial, and economic, into which they had already plunged their country. Hoping to the last that wiser counsels might prevail, His Majesty and his Allies, in spite of repeated violations of their rights, abstained from retaliatory action until compelled thereto by the crossing of the Egyptian frontier by armed bands, and by the unprovoked attacks on Russian open ports by the Turkish naval forces under German officers.

His Majesty's Government are in possession of ample evidence that ever since the outbreak of war with Germany His Highness Abbas Hilmi Pasha, late Khedive of Egypt, has definitely thrown in his lot with His Majesty's enemies.

From the facts above set out it results that the rights over Egypt, whether of the Sultan or of the late Khedive are forfeit to His Majesty.

His Majesty's Government have already, through the General Officer Commanding His Majesty's Forces in Egypt, accepted exclusive responsibility for the defence of Egypt in the present war. It remains to lay down the form of the future Government of the country freed, as I have stated,

---

\*) Anm.: Das *Aeg. Rb.* gibt an zweiter Stelle einen französischen Text als „Traduction“. — Herausgeber.

from all rights of suzerainty or other rights heretofore claimed by the Ottoman Government.

Of the rights thus accruing to His Majesty, no less than of those exercised in Egypt during the last thirty years of reform, His Majesty's Government regard themselves as trustees for the inhabitants of Egypt. And His Majesty's Government have decided that Great Britain can best fulfil the responsibilities she has incurred towards Egypt by the formal declaration of a British Protectorate and by the government of the country under such Protectorate by a Prince of the Khedivial Family.

In these circumstances I am instructed by His Majesty's Government to inform Your Highness that by reason of your age and experience you have been chosen as the Prince of the family of Mehemet Aly most worthy to occupy the Khedivial position, with the title and style of the Sultan of Egypt; and in inviting Your Highness to accept the responsibilities of Your high office, I am to give you the formal assurance that Great Britain accepts the fullest responsibility for the defence of the territories under Your Highness against all aggression whencesoever coming. And His Majesty's Government authorize me to declare that, after the establishment of the British Protectorate now announced, all Egyptain subjects, wherever they may be, will be entitled to receive the protection of His Majesty's Government.

With the Ottoman suzerainty there will disappear the restrictions heretofore placed by the Ottoman firmans upon the numbers and organization of Your Highness's Army and upon the grant by Your Highness of honorific distinctions.

As regards foreign relations, His Majesty's Government deem it most consistent with the new responsibilities assumed by Great Britain that the relations between Your Highness's Government and the Representatives of Foreign Powers should be henceforth conducted through His Majesty's Representative in Cairo.

His Majesty's Government have repeatedly placed on record that the system of Treaties known as the Capitulations, by which Your Highness's Government is bound, are no longer in harmony with the development of the country; but in the opinion of His Majesty's Government the revision of those Treaties may most conveniently be postponed until the end of the present war.

In the field of internal administration I am to remind Your Highness that, in consonance with the traditions of British Policy, it has been the aim of His Majesty's Government, while working through, and in the closest association with, the constituted Egyptian authorities, to secure individual liberty, to promote the spread of education, to further the development of the natural resources of the country, and in such measure as the degree of enlightenment of public opinion may permit, to associate the governed in the task of Government. Not only is it the intention of His Majesty's



Government to remain faithful to such policy, but they are convinced that the clearer definition of Great Britain's position in the country will accelerate progress towards selfgovernment.

The religious convictions of Egyptian subjects will be scrupulously respected, as are those of His Majesty's own subjects, whatever their creed: nor need I affirm to Your Highness that in declaring Egypt free from any duty of obedience to those who have usurped political power at Constantinople His Majesty's Government are animated by no hostility towards the Khaliphate. The past history of Egypt shows indeed that the loyalty of Egyptian Mahomedans towards the Khaliphate is independent of any political bonds between Egypt and Constantinople.

The strengthening and progress of Mahomedan institutions in Egypt is naturally a matter in which His Majesty's Government take a deep interest and with which Your Highness will be specially concerned, and, in carrying out such reforms as may be considered necessary, Your Highness may count upon the sympathetic support of His Majesty's Government.

I am to add that His Majesty's Government rely with confidence upon the loyalty, the good sense, and self-restraint of Egyptian subjects to facilitate the task of the General Officer Commanding His Majesty's Forces, who is entrusted with the maintenance of internal order, and with the prevention of the rendering of aid to the enemy.

I avail myself of this opportunity to present to Your Highness the assurance of my highest respect.

*Milne Cheetham.*

December 19, 1914.

**Nr. DCCXXXV. Reskript des Sultans von Aegypten an Hussein Ruchdi Pascha vom 19. Dez. 1914 und dessen Ernennung zum Ministerpräsidenten und Antwort Hussein Ruchdi Paschas.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Extraordinaire du Samedi 19 Décembre 1914. — Nr. 172. — **Aeg. Rb. I**, S. 199.)

Rescrit Sultanien adressé à S. E. *Hussein Ruchdi Pacha* en date du 2 Safar 1333 (19 Décembre 1914).

Mon cher *Ruchdi Pacha*,

Les récents événements politiques ont amené l'établissement par la Grande-Bretagne de son protectorat sur l'Egypte ainsi que la vacance du trône khédivial.

Par la communication dont Nous vous transmettons copie pour être portée à la connaissance du peuple égyptien, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a fait appel, dans cette circonstance, à Notre dévouement pour Notre pays afin que nous prenions le Khédivat d'Egypte avec le titre de Sultan, le Sultanat devant, d'ailleurs, être héréditaire dans la famille *Mohammad Ali*, suivant un ordre de succession à établir.

Après une vie consacrée au service du pays, Nous pouvions aspirer au repos; Nous considérons néanmoins comme un devoir, dans la situation particulièrement délicate que les événements actuels ont créée à l'Egypte, d'assumer cette lourde charge et, fidèle à Notre passé, de continuer à mettre Nos forces au service de la Patrie.

Nous le devons à l'Egypte et à Notre glorieux aïeul le *Grand Mohammed Ali* dont nous voulons perpétuer la dynastie.

Dans Notre sollicitude pour les intérêts du pays, Nous veillerons toujours à assurer le bien-être moral et matériel de ses habitants par la continuation du programme de réformes déjà entamé. Notre Gouvernement aura donc pour constante préoccupation la diffusion et le perfectionnement de l'enseignement à tous ses degrés, l'administration d'une brune justice et son organisation dans une direction plus appropriée aux conditions actuelles du pays: il accordera le soin le plus vigilant aux questions intéressant la tranquillité et la sèavrité des habitants, et donnera, une nouvelle impulsion au développement économique de l'Egypte.

En ci qui concerne les institutions représentatives, Nous avons à coeur d'associer de plus en plus les gouvernés au gouvernement du pays.

Dans la réalisation de ce programme, Nous avons l'assurance de trouver auprès du Gouvernement de Sa Majesté Britannique l'appui le plus sympathique et Nous sommes convaincu que la définition la plus précise de la situation de la Grande-Bretagne en Egypte, en dissipant toutes causes de malentendu, facilitera la collaboration, en vue d'un but commun, de tous les éléments politiques du pays.

Pour la tâche qui Nous attend. Nous Comptons sur l'aide loyale de tout Notre peuple.

Connaissant votre expérience et vos hautes qualités, Nous faisons appel à votre patriotisme pour vous demander votre concours dans l'accomplissement de cette tâche. Nous vous appelons en conséquence à la Présidence de Notre Conseil des Ministres et nous vous invitons à former le Cabinet et à soumettre à Notre haute approbation les noms des collaborateurs que vous croirez devoir Nous proposer.

Nous prions le Tout-puissant de bénir nos efforts dans cette oeuvre patriotique.

(Traduction.)

*Hussein Kamil.*

Réponse de S. E. *Hussein Ruchdi Pasha.*

Hautesse,

Je remercie Votre Hautesse du grand honneur qu'Elle daigne me faire en me confiant par le Rescrit qu'Elle vient de m'adresser la mission de former le Cabinet.

Aucien mandataire du précédent Souverain, mais égyptien avant tout, j'ai considéré qu'il est de mon devoir d'égyptien d'essayer, sous les auspices de Votre Hautesse, d'être utile à mon pays, et l'intérêt supérieur de la Patrie, qui m'a toujours guidé, l'a remporté sur les considérations personnelles.

J'accepte donc la mission que Votre Hautesse a daigné me confier. Mais par les mêmes sentiments que moi, mes anciens collaborateurs, actuellement en Egypte, sont disposés à me continuer leur concours.

J'ai en conséquence l'honneur de soumettre à la haute approbation de Votre Hautesse le projet de décret ci-joint constituant le nouveau Ministère.

Je suis avec le plus profond respect, de Votre Hautesse, le très humble, très obéissant et très dévoué serviteur,

*Hussein Ruchdi.*

Le Caire, le 2 Safar 1333 (19 décembre 1914).

(Traduction.)

**Nr. DCCXXXVI. Dekret des Sultans von Aegypten vom 19. Dez. 1914 betr. die Einsetzung des Ministeriums.**  
(Aegyptisches „Journal Officiel“: Extraordinaire du Samedi 19 Décembre 1914. — Nr. 172. — Aeg. Rb. I, S. 202.)

Décret constituant le Ministère.

Nous, Sultan d'Egypte,

Vu le Rescrit du 21 septembre 1879; Vu Notre Rescrit en date de ce jour: Sur la proposition du Président de Notre Conseil des Ministres:

Décrétons:

Art. 1. Sont nommés:

*Hussein Ruchdi Pacha*, Ministre de l'Intérieur;

*Ismail Sirry Pacha*, Ministre des Travaux Publics, de la Guerre et de la Marine;

*Almed Helmi Pacha*, Ministre de l'Agriculture;

*Youssef Wahba Pacha*, Ministre des Finances;

*Adly Yeghen Pacha*, Ministre de l'Instruction Publique;

*Abdel Khalek Saroit Pacha*, Ministre de la Justice;

*Ismail Sedlly Pacha*, Ministre des Wakfs.

Art. 2. Le Président de Notre Conseil des Ministres est chargé de l'exécution du présent décret.

Fait au Caire, le 2 Safar 1333 (19 décembre 1914).

*Hussein Kamil.*

Par le Sultan:

Le Président du Conseil des Ministres.

*Hussein Ruchdi.*

(Traduction.)



**Nr. DCCXXXVII. Englische Proklamation vom 25. Jan. 1915  
betr. Handel mit Personen in feindlichem Gebiet.**  
(Aegyptisches „Journal Officiel“; Extraordinaire du  
Lundi 25 Janvier 1915. — Nr. 12. — Aeg. Rb. I, S. 224.)\*)

Proclamation by the General Officer Commanding in Chief His  
Britannic Majesty's Forces in Egypt.

Where as by a Decision of the Egyptian Council of Ministers, dated  
August 5, 1914, certain restrictions were placed upon trading with persons  
resident in German territory;

And Where as by a subsequent Decision of the said council, dated  
August 13, 1914, the application of the above-mentioned Decision was  
extended to Austro-Hungarian territory, and by a Proclamation dated  
November 7, 1914, it was further extended to Ottoman territory;

And Where as persons violating the provisions of the said Decisions  
and Proclamation are by reason of the declaration of martial law liable to  
be dealt with under martial law and it is therefore expedient that the effect  
of such provisions should be more precisely defined;

And Where as it is likewise expedient that further measures should  
be taken for better securing the objects aimed at by the said Decisions and  
Proclamation;

Now I, *John Grenfell Maxwell*, in exercise of the powers with which  
I am invested as General Officer Commanding in Chief His Britannic Majesty's  
Forces in Egypt.

Hereby Order As Follows:

1. For the purposes of the present Proclamation,
  - a) The term „person“ includes companies, partnerships and associations  
of persons, corporate or unincorporate;
  - b) The term „enemy territory“ includes all German, Austro-Hungarian  
and Ottoman territories;
  - c) The term „the commencement of the war“ means the fifth day of  
August, 1914, as regards persons resident in German territory; the  
twelfth day of August, 1914, as regards persons resident in Austro-  
Hungarian territory; and the fourth day of November 1914 as regards  
persons resident in Ottoman territory.
2. For the purposes of the present Proclamation, as also for those of  
the above recited Decisions and Proclamation,
  - a) Provisions as to persons resident in enemy territory shall apply  
to persons there temporarily resident or there carrying on business.
  - b) Companies or business firms the head offices of which are situate  
elsewhere than in enemy territory shall not be deemed to be resident

\*) Anm.: Hier ist an zweiter Stelle ein französischer Text als „Traduction“ gegeben. — Herausgeber.

in enemy territory by reason of the sole fact that they have branches therein situate, save so far as regards transactions connected with such branches.

3. The prohibition against entering into contracts with persons resident in enemy territory, contained in the Decision of the Council of Ministers of August 5, 1914, shall apply to contracts entered into with third parties for the benefit of persons so resident.

4. As regards companies and business firms having their head offices in enemy territory but having branches in Egypt, it shall be lawful, notwithstanding the prohibition contained in the Decision of the Council of Ministers of August 5, 1914, to enter into contracts with the said branches, provided that such contracts, can be carried into effect without any participation therein of the head office or of any branch situate in enemy or in neutral territory.

5. No payment of any kind shall, during the continuance of the war, be made for the benefit of any person resident in enemy territory.

Provided that this Article shall not apply to payments made to branch houses in Egypt in respect of contracts which, whether made before or after the commencement of the war, satisfy the conditions mentioned in the last preceding Article.

Provided also that this Article shall not apply to the deposit with a bank carrying in business on Egypt of sums due to any person resident in enemy territory, if the bank gives an undertaking not to pay the said sums to such person during the continuance of the war nor to apply the same for his benefit otherwise than in the discharge of his current liabilities in Egypt.

6. As regards sums payable in respect of dividends or interest upon bearer securities, the person entrusted with the payment thereof shall incur no liability in respect of such payment if he shall take from the person receioing the same a written declaration that the securities in respect of which such payment is made are not the property of a person resident in enemy territory and that to the best of his knowledge and belief they have not been the property of any such person since the commencement of the war.

7. No person who is resident in enemy territory shall during the continuance of the war be competent to commence any civil or commercial suit before any Court in Egypt nor to persecute any suit already begun.

The like provision shall apply to all persons acting as agents for persons so resident or as assignees under an assignment made by any such person since the commencement of the war.

8. The General Officer Commanding in Chief may appoint or cause to be appointed controllers who shall be entrusted with the supervision of the working of branches in Egypt of companies or business firms the head offices of which are situate in enemy territory.

In any such case the approval by the controller of any contract entered into with the branch or of any payment made to it shall be a complete protection to all persons concerned in such contract or payment.

9. The General Officer Commanding in Chief may in like manner appoint or cause to be appointed receivers of all or any part of the property in Egypt of any person who is resident in enemy territory, and shall in such case give instructions as to the powers to be exercised by the receiver.

Every receiver shall have such powers as shall be prescribed in his instructions for managing the property entrusted to him. He shall, in particular, have power, subject to the terms of his instructions, to take and defend legal proceedings, to get in debts and give receipts, to grant leases and to enter into compromises, without it being open to any person to plead, as against him, that any of such acts is forbidden by this Proclamation or by the Decision of the Council of Ministers of August 5, 1914.

10. The provisions of either of the two articles last preceding may be applied in the case of any company or business firm as to which the General Officer Commanding in Chief shall be of opinion that such action is called for by reason of the enemy character of a preponderating number of the shareholders or partners, notwithstanding that the head office of the company or business firm may be situate elsewhere than in enemy territory or even that it is situate in Egypt.

11. The General Officer Commanding in Chief may, for good and sufficient reason, and upon the request of any person whose interests are involved, grant or cause to be granted licences to do any act forbidden by this Proclamation or by the Decision of the Council of Ministers of August 5, 1914.

12. The provisions of this Proclamation and of the Decision of the Council of Ministers of August 5, 1914, shall be deemed to relate to matters of public policy, and all Courts in Egypt shall give effect thereto, whether or not they are pleaded by the parties.

*J. G. Maxwell*, Lieutenant-General.

Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt.  
God save the King!

**Nr. DCCXXXVIII. Englische Proklamation vom 16. Aug. 1915 betr. Handelsverkehr mit feindlichen Personen in Aegypten.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: 16 Août 1915. — Nr. 78 (Supplément). — **Aeg. Rb. II**, S. 329.)\*)

Proclamation by the General Officer Commanding in Chief  
His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

Whereas it is expedient that measures should be taken for the better control of trading in Egypt by or on behalf of persons of enemy nationality:

\*) Anm.: Hier ist an zweiter Stelle ein französischer Text als „Traduction“ gegeben. — Herausgeber.



Now I, *John Grenfell Maxwell*, in exercise of the powers with which I am invested as General Officer Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt;

Hereby Order as Follows:

1. For the purposes of this Proclamation,
  1. The term „persons of enemy nationality“ includes:
    - a) Individuals who are German or Austrian subjects;
    - b) Firms one of whose partners is or was immediately before the commencement of the war a German or Austrian subject or resident or carrying on business in enemy territory;
    - c) Companies in which one-third or more of the issued share capital or of the directorate is or was immediately before the commencement of the war held by or on behalf of or composed of German or Austrian subjects or persons resident or carrying on business in enemy territory;
    - d) Branches carrying on business in Egypt of firms or companies falling under b) and c) of this article.
  2. The term „commencement of the war“ has the meaning given to it by the Proclamation of the General Officer Commanding in Chief of the 25th day of January 1915.

2. Persons of enemy nationality are forbidden during the continuance of the war to carry on business in Egypt except under a licence given under the authority of the General Officer Commanding in Chief and in accordance with the terms of such licence.

The like prohibition shall apply to agents for persons of enemy nationality, so far as concerns business done or to be done on behalf of any such persons.

Provided that, where a person of enemy nationality or his agent shall, on or before the first day of September 1915, have made application for a licence in accordance with the terms of Article 6 of the present Proclamation, the prohibition contained in the present article shall not apply unless and until the licence applied for has been refused and the refusal has been published in the *Journal Officiel* of the Egyptian Government.

3. The granting and refusal of licences and the conditions of licences granted shall be within the absolute discretion of the General Officer Commanding in Chief or such Officer or Officers as he may appoint for that purpose, all of whom shall further have full discretion at any time to alter or revoke any such licence.

Any licence may, in particular, be granted only for the purpose of liquidating the business to which the same relates.

4. The refusal or revocation of licences shall be notified by publication in the *Journal Officiel* of the Egyptian Government.

In case of revocation the licence shall be forthwith returned to the Licensing Officer.

5. As from a date to be hereafter notified, the provisions of the Decision of the Egyptian Council of Ministers of August 5, 1914, and of the Proclamation of January 25, 1915, applicable to persons resident in enemy territory, shall apply to persons of enemy nationality and agents for such persons, who are not in possession of such licence as is required by this Proclamation, and any person knowingly contravening the said provisions so applied shall be liable to be dealt with under Martial Law.

6. Applications for licences must be made by registered letter to the Licensing Officer, Ministry of Finance, Cairo. They must be accompanied by a signed declaration in the form annexed to the present Proclamation.

7. Any person carrying on business in contravention of the terms of this Proclamation, and any person knowingly making a false statement in support of an application for a licence will be liable to be dealt with under Martial Law.

August, 16, 1915.

*J. G. Maxwell*, Lieutenant-General,

Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

God save the King!

**Nr. DCCXXXIX. Bekanntgabe des Kriegszustandes zwischen Großbritannien und Bulgarien vom 16. Okt. 1915.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Extraordinaire du Dimanche 17 Octobre-1915. — Nr. 98. — **Aeg. Rb. II**, S. 372.)\*)

Proclamation by the General Officer Commanding in Chief  
His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

I, *John Grenfell Maxwell*, Lieutenant-General, Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt, am instructed to announce that as from the fifteenth day of October 1915, a state of war exists between Great Britain and Bulgaria.

Cairo, October 16, 1915.

*J. G. Maxwell*, Lieutenant-General,

Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

God save the King!

**Nr. DCCXL. Englische Proklamation vom 16. Okt. 1915 betr. Ausdehnung der Verordnungen des Ministerrats vom 5. Aug. 1915 und der Proklamationen vom 25. Jan. und 16. Aug. 1915 auf Bulgarien.** (Aegyptisches „Journal Officiel“: Extraordinaire du Dimanche 17 Octobre 1915. — Nr. 98. — **Aeg. Rb. II**, S. 373.)\*)

\*) Anm.: Hier ist an zweiter Stelle ein französischer Text als „Traduction“ gegeben. — Herausgeber.

Proclamation by the General Officer Commanding in Chief  
His Britannic Majesty's Forces in Egypt.

I, *John Grenfell Maxwell*, in exercise of the powers with which I am invested as General Officer Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt;

Hereby Order as Follows:

1. In view of the state of war existing between Great Britain and Bulgaria, all the provisions of the Decision of the Egyptian Council of Ministers dated August 5, 1914, and issued upon the occasion of the outbreak of war between His Majesty and the German Emperor, shall, as modified and extended by the Proclamation of the General Officer Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt of January 25, 1915, apply to Bulgaria, save only that Bulgarian merchant ships being in or entering Egyptian ports shall not be given any days of grace in which to depart therefrom.

As regards persons resident in Bulgarian territory, the term "the commencement of the war" shall, for the purposes of the above mentioned Proclamation, be interpreted to mean the fifteenth day of October 1915.

2. The Proclamation of the General Officer Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt, of August 16, 1915, prescribing measures for the better control of trading in Egypt by or on behalf of persons of enemy nationality shall take effect as if, in Article 1 thereof, whenever German or Austrian subjects are mentioned, Bulgarian subjects had also been mentioned.

Provided that as regards persons, companies or firms who, by reason of the provision above contained or by reason of the fact that Bulgarian territory has become enemy territory, are forbidden to carry on business in Egypt except under the authority of the General Officer Commanding in Chief, the first day of November 1915 is hereby substituted for the first day of September 1915 as the latest date for making application for such license.

Cairo, October 16, 1915.

*J. G. Maxwell*, Lieutenant-General,  
Commanding in Chief His Britannic Majesty's Forces in Egypt.  
God save the King!



## 2. Türkische Kundgebungen.

**Nr. DCCXLI. Fetwas des Schaichul'Isam gegen Zaid den Rebellen (Husain Kāmil), vom Dez. 1914.)\*** (Aus „die Welt des Islams“, Zeitschrift der deutschen Gesellschaft für Islamkunde, hrsggeg. v. Prof. Dr. G. Kampffmeyer, Bd. III Heft 2, S. 129.)

Nr. 1. Wenn der Muslim *Zaid* sich mit der gegen das islamische Kalifat kriegführenden englischen Regierung verbündet und unternimmt, das Ejalet Aegypten, welches einen Teil der Länder des osmanischen Reiches bildet, aus dem Staatsgebiet des islamischen Kalifats zu lösen und in die Reihe der Länder Englands überzuführen, und unter dem Schutze der erwähnten Regierung sich als Sultan geberdet — hat er dann schmachlichen Verrat geübt an dem Gewaltigen und Erhabenen Gott, seinem großen Gesandten und der Gemeine der Muslime?

Antwort: Ja.

Nr. 2. Wenn *Zaid* in dieser Weise rebellisch ist und sich nicht abkehrt von der von ihm begonnenen Unternehmung, der Einhaltung zu tun Pflicht ist und sich weigert, dem Kalifen der Muslime Gehorsam zu leisten — ist dann, in Gemäßheit des Erhabenen Textes (Kor. 49, 9): „(Und, wenn eine von diesen beiden Gruppen gegen die andre sich auflehnt), so bekämpft diejenige, die sich auflehnt, bis sie zurückkehrt zum Befehle Gottes“, seine Bekämpfung eine Pflicht für die Masse der Muslime?

Antwort: Ja.

Nr. 3. Hat unter solchen Umständen *Zaid* die schwerste Strafe verwirkt, die Vergeltung ist für dieses sein schmachliches Verhalten und seine aufrührerischen Handlungen, ja, sogar den Tod?

Antwort: Ja.

Geschrieben von dem Gottesbedürftigen *Chairī Ben 'Awīn Al'urkūbī*.

**Nr. DCCXLII. Türkische Bekanntmachung betr. Husain Kāmil vom Dez. 1914 \*).** (Aus „die Welt des Islams“, Zeitschrift der deutschen Gesellschaft für Islamkunde, hrsggeg. v. Prof. Dr. G. Kampffmeyer, Bd. III Heft 2, S. 130.)

*Husain Kāmil*, Sohn des früheren Khediven *Ismail Pascha*, hat ein verabscheuenswerthes Verhalten gezeigt, das dazu führen sollte, die geheiligte

\*) Anm. zu Nr. DCCXLI und Nr. DCCXLII.

Professor Dr. G. Kampffmeyer bemerkt in „die Welt des Islams“, Bd. III 1915, Heft 2, S. 130. „Fetwas und „Offizielle Bekanntmachungen“ liegen mir vor: 1. türkisch in *Sabah* Nr. 9083 vom 12. Sefer 1333 (30. Dezember 1914); 2. arabisch in *Al'adl* Nr. 413 vom 13. Sefer 1333 (31. Dezember 1914); persisch in *Chāwer* Nr. 16 vom gleichen Tage wie 2. — Beide Urkunden sind nicht datiert. Als Quelle ist in *Sabah* angegeben. *Osmanly*, d. h. die Zeitung *Osmanly*, die das offizielle Organ der Regierung ist.“

Herausgeber.

Herrschaft des Kalifen in dem Ejalet Aegypten, das zu den Ländern des osmanischen Reiches gehört, zu stören und zu beseitigen und das erwähnte Ejalet unter die Herrschaft von England zu bringen; es ist über die gesetzlichen Bestimmungen, die inbezug auf ihm wegen jenes Verhaltens in Anwendung zu kommen haben, ein Rechtsgutachten verlangt worden, und daraufhin ist das Heilige Fetwa, das hier oben beigebracht ist, erflossen; es ist ferner von Seiten des Reiches der Beschluß gefaßt worden, die Rangstufen und Orden, die ihm verliehen waren, für erloschen zu erklären und von ihm zurückzufordern, es ist ferner, da das Land Aegypten, in dem sich der Erwähnte befindet, in der Zone des vierten Kaiserlichen Armeekorps liegt, der Kommandantur des erwähnten Armeekorps aufgetragen worden, ihn vor das Kriegsgericht zu stellen.

## b) Eintritt der Türkei in den Krieg.

### 1. Türkische Kundgebungen.

#### **Nr. DCCXLIII. Bekanntmachungen der Pforte über Feindseligkeiten zwischen der türkischen und der russischen Flotte im Schwarzen Meer.**

**1. Betr. Angriff der russischen Flotte auf türkische Schiffe.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 1. November 1914, Nr. 269. Erste Ausgabe.)

„Die Frankfurter Zeitung meldet aus Konstantinopel: Die türkische Regierung teilt amtlich mit:

Während ein kleiner Teil der ottomanischen Flotte am 28. Oktober im Schwarzen Meere Uebungen vornahm, eröffnete die russische Flotte, nachdem sie längere Zeit diesen Uebungen gefolgt war und sie zu stören suchte, am Donnerstag die Feindseligkeiten, indem sie die ottomanischen Schiffe angriff. Im Laufe des sich nunmehr entspinrenden Kampfes gelang es unserer Flotte durch die Gnade des Allmächtigen, den Minendampfer „Prut“, der 5000 Tonnen verdrängte und ungefähr 700 Minen trug, zu versenken, einem der russischen Torpedoboote schwere Beschädigungen beizubringen und einen Kohlendampfer zu kapern. Ein vom türkischen Torpedoboot „Hairet-Millie“ abgeschossener Torpedo hat den russischen Torpedojäger „Kubanez“, der 1100 t verdrängte, versenkt und ein anderer, vom Torpedoboot „Mouapenit-Millie“ abgeschossener Torpedo hat einem anderen russischen Küstenwachtschiff sehr schweren Schaden zugefügt. Drei russische Offiziere und 72 Matrosen wurden von den Unseren gerettet und, da sie zur Bemannung der versenkten und zerstörten Schiffe gehörten, gefangen genommen. Die Kaiserliche Flotte hat durch die Gnade Gottes keinerlei Schaden erlitten, und der Kampf geht günstig für unsere Flotte weiter. Die Kaiserliche Regierung wird ohne Zweifel mit äußerstem Nachdruck gegen diese feindselige Handlung Einspruch erheben, die von der russischen Flotte gegen einen geringfügigen Teil unserer Flotte unternommen worden ist.“

**2. Betr. drohende russische Minensperre.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 2. November 1914, Nr. 270.)

„Konstantinopel, 31. Oktober. Eine amtliche Mitteilung besagt:

Aus Aussagen von gefangenen russischen Matrosen und aus der Anwesenheit eines Minenlegers bei der russischen Flotte geht hervor, daß sie die Absicht hatte, den Eingang zum Bosphorus durch Minen zu sperren, um die türkische Flotte, die durch diese Minensperre in zwei Teile getrennt worden wäre, vollständig zu vernichten. In der Annahme, daß sie hierdurch der Gefahr eines Ueberfalls ausgesetzt sein würde, und in der Voraussetzung, daß die Russen die Feindseligkeiten ohne vorhergegangene Kriegserklärung



eröffnet hätten, machte sich die türkische Flotte an die Verfolgung der russischen und zersprengte sie. Sie bombardierte Sebastopol, zerstörte im Hafen Noworossijsk 50 Petroleumdepots, 11 Militärtransportschiffe sowie mehrere Getreidemagazine und die Station für drahtlose Telegraphie. Ein Kreuzer wurde in den Grund gebohrt, ein anderer russischer Kreuzer schwer beschädigt, der gleichfalls gesunken sein dürfte. Auch ein Schiff der russischen freiwilligen Flotte ist gesunken. In Odessa und Sebastopol sind fünf Petroleumbehälter durch unser Feuer vernichtet worden.“

**3. Betr. Angriff türkischer Kriegsschiffe auf die russische Küste.**  
(Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 1. November 1914, Nr. 269.  
Zweite Ausgabe.)

„Konstantinopel, 31. Oktober. Aus amtlicher Quelle:

Der Panzerkreuzer „Sultan Selmi“ hat ein russisches, mit 300 Minen beladenes Schiff versenkt und ein Kohlentransportschiff sowie ein russisches Kanonenboot schwer beschädigt. Außerdem hat er Sebastopol mit Erfolg beschossen.

Der Kreuzer „Midilli“ hat in Naruski die Petroleum- und Getreideläger zerstört und vierzehn Transportdampfer versenkt. Der Torpedobootszerstörer „Bex-i-Satwet“ hat in Noworossisk die funkentelegraphische Station zerstört. Der Torpedobootszerstörer „Muavenet-i-Millije“ hat ein anderes Schiff derselben Gattung beschädigt.

In Odessa sind die Petroleumbehälter und fünf russische Schiffe beschädigt worden.

Der Kreuzer „Hamidije“ hat Theodosia beschossen und in Kertsch ein Transportschiff versenkt.“

**4. Betr. drohende russische Minensperre.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 3. November 1914, Nr. 271. Erste Ausgabe.)

„Konstantinopel, 2. November. Eine amtliche Mitteilung gibt bekannt, daß die Offiziere und Matrosen des russischen Minenschiffes „Pruth“ in einem Verhör zugestanden haben, daß der „Pruth“ in Sebastopol mit Minen beladen sei. Den Offizieren und der Besatzung des „Pruth“, die Jahre hindurch auf dem russischen Stationschiff in Konstantinopel gedient hatten, waren die Gewässer des Bosphorus vollkommen vertraut. Als die russische Flotte erfuhr, daß ein schwacher Teil der türkischen Flotte sich zu Übungszwecken in das Schwarze Meer begeben hatte, ging sie am 27. Oktober von Sebastopol in südlicher Richtung in See und ließ nur ein Verteidigungsgeschwader vor Sebastopol zurück. Auch der „Pruth“ fuhr in südlicher Richtung ab. Die Absicht der russischen Schiffe war, vor der Bosphorismündung Minen zu legen, das kleine sich im Schwarzen Meer aufhaltende türkische Geschwader anzugreifen und die türkische Hauptflotte, wenn sie diesem Geschwader zu Hilfe eilen sollte, durch Minen zu vernichten. Die türkische Flotte aber bemerkte das russische

Minenschiff, das von Torpedoboote begleitet war, zur rechten Zeit und brachte es, wie dies in den letzten amtlichen Darstellungen bereits geschildert worden ist, zum Sinken. Von den russischen Offizieren sind fünf gerettet worden, darunter ein Fregattenkapitän. Alle Gefangenen wurden nach Ismid gebracht.“

**5. Betr. russische Angriffe gegen die kaukasische Grenze.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 4. November 1914, Nr. 272. Erste Ausgabe.)

„Konstantinopel, 2. November. Eine offizielle, durch die Agence Ottomane veröffentlichte Mitteilung besagt:

Nach amtlichen Nachrichten von der kaukasischen Grenze haben die Russen an mehreren Punkten unsre Grenztruppen angegriffen. Sie wurden aber gezwungen, sich zurückzuziehen, wobei sie zum Teil dank dem energischen Widerstand, der von den türkischen Truppen ihnen entgegengesetzt wurde, Verluste erlitten.

Im Mittelmeer haben englische Kreuzer das Feuer eröffnet und ein griechisches Torpedoboot, das sich ihnen näherte, zum Sinken gebracht, da sie es für ein türkisches Torpedoboot hielten. Diese beiden Ereignisse zeigen, daß unsre Feinde zu Lande und zu Wasser die Feindseligkeiten gegen uns eröffnet haben, die sie seit langer Zeit gegen uns vorhatten. Die ganze ottomanische Nation ist bereit, vertrauend auf den Schutz Gottes, des einzigen Schützers von Recht und Billigkeit, auf diese Angriffe zu antworten, die darauf abzielen, unsre Existenz zu vernichten.“

**Nr. DCCXLIV. Kaiserliches Irade vom 12. November 1914. Kriegserklärung an Rußland.\*)** (Wolff's Telegraphisches Bureau 1914. — Nr. 233.)

„Am 29. Oktober hat in dem Augenblicke, wo ein Teil der ottomanischen Flotte im Schwarzen Meer ein Manöver vornahm, ein Teil der russischen

---

\*) In „Die Welt des Islams. Zeitschrift der deutschen Gesellschaft für Islamkunde. Herausgegeben von Prof. Dr. Kampffmeyer“ Bd. III Heft 1, März 1915, (Berlin, Dietrich Reimer) ist folgende Uebersetzung mitgeteilt:

*„Der Allerhöchste Erlaß Seiner Majestät des Kalifen darüber, daß die hohe Regierung sich im Kriegszustand befindet mit den Staaten Rußland, Frankreich und England.“*

Als am 16. des gegenwärtigen Monats ein Teil der Kaiserlichen Flotte im Schwarzen Meer Uebungen ausführte, wurde festgestellt, daß ein Teil der russischen Flotte mit der Aufgabe betraut war, im Bosphorus Minen zu legen; schließlich störten diese russischen Schiffe unsere Uebungen und bewegten sich in feindseliger Haltung direkt auf den Bosphorus zu. Vonseiten der Kaiserlichen Flotte wurde dem entgegengetreten, zugleich wurden aber

Flotte, der, wie später bekannt wurde, in Bewegung gesetzt worden war, um am Eingang des Bosphorus Minen zu streuen, das Manöver gestört und ist unter Verübung eines Aktes von Feindseligkeit gegen die Meerenge vorgeführt. Die kaiserliche Flotte hat den Kampf angenommen. Die ottomanische Regierung hat sich jedoch angesichts dieses bedauerlichen Ereignisses an die russische Regierung gewandt und die Einleitung einer Untersuchung vorgeschlagen, um die Ursachen des Ereignisses klarzustellen und auf diese Weise die Neutralität zu erhalten. Die russische Regierung hat jedoch, ohne auf dieses Ersuchen eine Antwort zu erteilen, ihren Botschafter abberufen und die Feindseligkeiten begonnen, indem sie ihren bewaffneten Streitkräften den Befehl erteilte, die Grenze von Erzerum an verschiedenen Punkten zu überschreiten. Während dieser Zeit beriefen die englische und französische Regierung ihre Botschafter ab und begannen effektive Feindseligkeiten, indem sie die englische und die französische Flotte gegen die Dardanellen und englische Kreuzer gegen Akaba feuern ließen. Da diese Mächte sodann erklärt haben, daß sie sich mit der ottomanischen Regierung im Kriegszustande befinden, ordne ich im Vertrauen auf den Beistand des Allmächtigen die Kriegserklärung an die genannten Staaten an.“

---

hinsichtlich dieses beklagenswerten Vorfalles vonseiten der hohen Regierung dem russischen Reiche Vorstellungen gemacht, und es wurde aufgefordert, Untersuchungen über die Ursache des Vorfalles anzustellen. Während in solcher Weise Anstrengungen gemacht wurden, die Neutralität zu wahren, gab die russische Regierung auf die Anfrage keine Antwort, rief vielmehr ihren Botschafter ab, und ließ ihre Truppen an verschiedenen Punkten die Erzerum-Grenze überschreiten. Zu gleicher Zeit riefen auch Frankreich und England ihre Botschafter ab und die englische und französische Flotte beschossen gemeinsam Tschanak-Kale, und englische Kreuzer beschossen Akaba, und so wurden die Feindseligkeiten tatsächlich eröffnet. Schließlich erklärten die erwähnten Mächte, daß sie sich mit dem Osmanischen Reiche im Krieg befinden. Mit Rücksicht hierauf bestimme ich, daß auch hinsichtlich der Osmanischen Regierung im Vertrauen auf die Hilfe Gottes der Kriegszustand mit den erwähnten drei Mächten erklärt werden soll. Mit der Ausführung dieses Allerhöchsten Erlasses ist das Gesamtministerium beauftragt.

*Mehmed Reschad.*

Den 22. Zilhidschdsche 1332/29. Oktober 1330 (12. 11. 14).

Der Großwesir und Minister des Auswärtigen, *Mehmed Said*. Der Schaich ul 'Islam und der Minister der Kaiserlichen Stiftungen, *Hairi*. Der Kriegsminister, *Enver*. Der Minister des Innern und stellvertretender Finanzminister, *Talaat*. Der Justizminister und Vizepräsident des Staatsrats, *Ibrahim*. Der Marineminister, *Ahmed Dschamal*. Der Minister der öffentlichen Arbeiten . . . . . Der Unterrichtsminister und stellvertretende Minister für Post, Telegraph und Telefon, *Schükri*. Der Minister für Handel und Ackerbau, *Ahmed Nesimi*.“

Herausgeber.



**Nr. DCCXLV. Manifeste an Heer und Flotte vom 12. November 1914.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 15. November 1914, Nr. 283. Erste Ausgabe.)

**1. Manifest des Sultans.**

„Der Sultan hat folgendes Manifest erlassen: \*)

Konstantinopel, 13. November.

An meine Armee und Flotte!

Infolge der Erklärung des Krieges zwischen den Großmächten ward Ihr unter die Fahnen berufen, um nötigenfalls gegen die auf eine Gelegenheit lauernden Feinde die Rechte und den Bestand unserer Regierung und unseres Landes zu verteidigen, das stets ungerechten, unerwarteten Angriffen ausgesetzt war. Während wir so in bewaffneter Neutralität lebten, eröffnete die russische Flotte, die in das Schwarze Meer ausgelaufen war, um im Bosphorus Minen zu legen, plötzlich das Feuer gegen einen Teil unsrer Flotte, der gerade Manöver abhielt, und während wir erwarteten, daß Rußland diesen dem Völkerrecht widersprechenden Angriff wieder gutmachen werde.

---

\*) Anm: In „die Welt des Islams.“ „Zeitschrift der deutschen Gesellschaft für Islamkunde“, a. a. O. ist folgende Uebersetzung mitgeteilt:

„Kaiserliche Erklärung.

An mein Heer und meine Flotte!

Da unter den Großmächten der Krieg erklärt worden ist, sind mein Reich und mein Land beständig plötzlichen und ungerechten Angriffen ausgesetzt. Um deren Rechte und Existenz gegen die lauernden Feinde im Ernstfalle zu verteidigen, hatte Ich euch unter die Waffen gerufen. So lebten wir in einer bewaffneten Neutralität. Da eröffnete die zum Minenlegen im Bosphorus aufgebrochene russische Flotte unerwartet das Feuer auf einen Teil unserer mit Uebungen beschäftigten Flotte. Es wurde erwartet, daß diese völkerrechtswidrige Ausschreitung vonseiten Rußlands korrigiert werde, aber sowohl die russische Regierung als die mit ihr verbündeten Staaten England und Frankreich riefen ihre Botschafter ab und brachen damit die politischen Beziehungen ab. In der Folge überschritten die russischen Truppen unsere Ostgrenze, die Flotten Frankreichs und Englands beschossen gemeinsam Tschanak-Kale, und die englischen Schiffe Akaba. Auf Grund solcher ununterbrochen einander folgenden verräterischen Feindseligkeiten mußten Wir den von jeher gewünschten Frieden aufgeben, und Wir wurden gezwungen, die Waffen zu ergreifen, um in Gemeinschaft mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn unsere berechtigten Interessen zu verteidigen. Das russische Reich hat seit drei Jahrhunderten dem Besitzstande Unseres Hohen Reiches sehr schweren Schaden zugefügt und hat sich bemüht, je und je die Reformarbeiten, die unsere nationale Größe und Macht mehren sollten, durch Kriege und tausendfache Listen und Künste zu vernichten.

hat es ebenso wie seine Verbündeten, Frankreich und England, die Beziehungen zu unserer Regierung abgebrochen, indem es seinen Botschafter abberief. Unmittelbar darauf überschritt die russische Armee unsere Ostgrenze, während die vereinigte englische und französische Flotte die Dardanellen, sowie englische Schiffe Akaba beschossen. Angesichts derartiger aufeinanderfolgender Akte verräterischer Feindseligkeiten waren wir gezwungen, den Frieden aufzugeben, den wir immer wünschten, und im Vereine mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu den Waffen zu greifen, um unsere gesetzmäßigen Rechte zu verteidigen. Seit drei Jahrhunderten hat Rußland unserm Reiche schwere Nachteile zugefügt und sich immer bemüht, sei es durch Krieg, sei es durch jede Art von List und Intrige, jede sich kundgebende Aufrichtung, die zur Erhöhung unserer nationalen Kraft und Größe hätte führen können, zu unterdrücken. Rußland, England und Frankreich, die Millionen von Muselmanen unter ihrer tyrannischen Verwaltung halten, haben niemals auf gehört, Hintergedanken gegen unser erlauchtes Kalifat zu hegen, mit dem diese Muselmanen durch Religion und Gefühl verbunden sind. Sie wurden die Urheber und Anstifter allen Unglücks und Ungemachs, das gegen uns

---

Die Staaten Rußland, England und Frankreich sind nie müde geworden. Böses zu ersinnen gegen Unser Hohes Kalifat, mit welchem wie die unter ihrer gewalttätigen Verwaltung seufzenden Millionen so auch die gesamte Islamwelt durch Religion und Herzensneigung verbunden ist, und sind jedes Unglücks und Mißgeschicks Ursach und Erreger für uns geworden. Nun jetzt werden Wir mit Hilfe des großen Glaubenskampfes, mit dem Wir uns an Gott wenden, den Angriffen, die immerwährend einerseits gegen das Ansehen Unseres Khalifats, andererseits gegen die Rechte Unseres Sultanats gerichtet werden, so Gott will für ewige Zeiten ein Ende machen.

Die ersten Schläge, die durch die Hilfe und Gnade des Höchsten und den geistlichen Beistand des Propheten Unsere Flotte im Schwarzen Meer und Meine tapferen Truppen in Tschanak-Kale, in Akaba und an den Grenzen Kaukasiens den Feinden versetzt haben, haben Unsere Zuversicht, daß Unser um des Rechtes willen geführter Feldzug mit Sieg gekrönt sein werde, noch vermehrt. Diese Unsere Zuversicht ist ferner dadurch bestärkt worden, daß heute Land und Heer unserer Feinde unter dem unerschrockenen Angriffe Unserer Verbündeten zusammenbrechen.

Meine Helden-Soldaten! Laßt nicht einen Augenblick ab von Energie und Opferfreudigkeit auf dem Pfade dieses gesegneten Glaubenskampfes, den Wir gegen die Feinde eröffneten, welche unsere klare Religion und unser teures Vaterland bedrohten! Stürzt euch wie die Löwen auf den Feind! Denn nicht bloß Bestand Unseres Reiches, sondern auch Leben und Zukunft der 300 Millionen Muslime, die Ich durch die heilige Fetwa zum großen Glaubenskampfe laden ließ, sind an euren Sieg gebunden, die herzlichen Gebete und Segenswünsche von 300 Millionen unschuldiger und vergewaltigter Gläubigen, die sich in vollkommener Begeisterung und Versenkung in den

gerichtet war. Durch den großen heiligen Krieg, den wir heute unternehmen, werden wir mit Gottes Hilfe den Angriffen ein Ende setzen, die einerseits gegen den Ruhm unseres Kalifats, anderseits gegen die Rechte unseres Reichs gerichtet waren. Die ersten Schläge, die wir mit der Hilfe Gottes und dem Beistande des Propheten unseren Feinden durch unsere Flotte im Schwarzen Meere und durch unsere tapfere Armee in den Dardanellen, bei Akaba und an der Grenze des Kaukasus versetzten, haben unsere Ueberzeugung bestärkt, daß unser Kampf auf dem Wege des Rechtes vom Siege gekrönt sein wird. Die Tatsache, daß die Gebiete und die Armeen unserer Feinde heute unter dem festen Druck unserer Verbündeten stehen, erhöht noch diese Ueberzeugung.

Meine heldenmütigen Soldaten! Laßt nie ab von der Festigkeit und Ausdauer in diesem heiligen Kriege, den wir gegen die Feinde eröffnen, die unsere heilige Religion und unser teures Vaterland angreifen wollen! Stürzt Euch wie Löwen ungestüm auf den Feind, weil ebenso wie unser Reich auch das Leben und die künftige Existenz von 300 Millionen Muselmanen, die ich durch das heilige Fetwa zum heiligen Kriege aufrufe, von Eurem Siege

---

großen und kleinen Moscheen und in der Ka'ba Gottes an den Herrn der Welten wenden, sind mit euch.

Soldaten, meine Kinder! Die Aufgabe, die heute euch anvertraut ist, ist bis jetzt in der ganzen Welt noch nie einem Heere zuteil geworden. Zeiget, indem ihr diese Aufgabe erfüllt, daß ihr die besten Nachfolger jener osmanischen Heere seid, die einstmals die Welt erzittern ließen, auf daß der Feind von Religion und Staat nicht noch einmal sich erühne, auf unseren geheiligten Boden den Fuß zu setzen und die Ruhe des gesegneten Hidschazlandes zu stören, das die Ka'ba Gottes und die erleuchtete Ruhestatt des Propheten in sich schließt. Zeigt dem Feinde in eindringlicher Weise, daß es noch ein osmanisches Heer und eine osmanische Flotte gibt, die imstande sind ihre Religion, ihr Vaterland, ihre militärische Ehre mit der Waffe zu verteidigen und um des Padischahs willen den Tod zu verachten. Recht und Gerechtigkeit ist bei uns, Unrecht und Gewalt ist bei den Feinden: es ist kein Zweifel, daß die ewige Gnade des gerechten Gottes und der moralische Beistand unsres hochgeehrten Propheten uns Freund und Helfer sein werden, um unsere Feinde zu bezwingen. Ich bin sicher, daß wir aus diesem Glaubenskampfe als ein angesehenes und starkes Reich hervorgehen werden, das die Schäden der Vergangenheit wieder gut gemacht hat. Vergeßt nicht, daß ihr in dem gegenwärtigen Kriege Waffenbrüderschaft geschlossen habt mit den beiden tapfersten Heeren der Welt, mit denen Wir in dem gegenwärtigen Kriege gemeinschaftlich in's Feld gezogen sind. Eure Blutzengen sollen den vergangenen Blutzengen die Botschaft des Sieges bringen. Der Feldzug derer, die von Euch gesund bleiben, möge gesegnet, ihr Schwert scharf sein!

Den 22. Zilhidschdsche 1332 und 29. Oktober 1914 (12. November 1914)

*Mehmed Reschid*<sup>2</sup>

Herausgeber



abhängen. Die Wünsche und Gebete von 300 Millionen unschuldiger, bedrückter Gläubigen, die in den Moscheen und Medschids sowie in der Kaaba sich mit Inbrunst an den Herrn der Welten wenden, sie begleiten Euch! Soldaten, meine Kinder! Die Pflicht, die Euch heute obliegt, war niemals bis jetzt irgend einer andern Armee der Welt auferlegt. Zeiget, indem Ihr diese Pflicht erfüllt, daß Ihr würdige Nachfolger der Armeen der Ottomanen seid, die einst die ganze Welt erzittern ließen, damit der Feind nicht mehr wage, an unser heiliges Gebiet zu rühren und die geweihte Erde von Hedschas, die die göttliche Kaaba und das Grab des Propheten birgt, zu stören. Zeigt in wirksamer Weise den Feinden, daß eine Armee und Flotte der Ottomanen bestehen, die dem Tode für den Herrscher trotzen und ihre Religion, ihr Vaterland und ihre militärische Ehre mit den Waffen zu verteidigen wissen, da das Recht und die Gerechtigkeit auf unserer Seite, die Ungerechtigkeit und die Unterdrückung auf der Seite unserer Feinde sind. Es besteht kein Zweifel, daß zur Vernichtung unserer Feinde uns die Gnade des Allmächtigen und der geistige Beistand des Propheten helfen und uns beschützen werden. Ich bin überzeugt, daß wir aus diesem Kriege glorreich und mächtig hervorgehen werden. Vergesst nicht, daß Ihr in diesem Kriege die Waffenbrüderschaft eingeht mit zwei der bedeutendsten und mächtigsten Armeen der Welt. Mögen Eure Märtyrer den Märtyrern, die Euch vorangegangen sind, einen neuen glücklichen Sieg bringen, möge der Säbel derjenigen, die überleben werden, scharf sein.

(gez.): *Mehmed Reschad*."

## 2. Proklamation Enver Paschas.

„Die *Agence Ottomane* veröffentlicht folgende vom Vizegeneralissimus *Enver Pascha* an die Armee gerichtete Proklamation:

Kameraden! Ich teile Euch hiermit das erhebende Irade unseres geliebten Oberkommandanten, Seiner Majestät des Kalifen, unseres erlauchten Herrn, mit. Unsere Armee wird mit der Hilfe Gottes und dem Beistand des Propheten und durch die frommen Gebete unseres Souveräns unsere Feinde vernichten. Der bis heute von den Offizieren und Soldaten, unseren Kameraden, zu Lande und zu Wasser bezeugte Heldenmut ist der beste Beweis dafür, daß unsere Feinde werden vernichtet werden. Kein Offizier und kein Soldat darf vergessen, daß das Schlachtfeld ein Feld des Opfers ist. Die Geschichte ist eine Zeugin dafür, daß es keine so standhafte und so opferbereite Armee gibt, wie die ottomanische. Wir alle müssen daran denken, daß über uns die Seelen des Propheten und der übrigen Heiligen schweben, und daß unsere ruhmreichen Vorfahren unsere Taten verfolgen. Wenn Ihr beweisen wollt, daß wir ihre wahren Kinder sind, wenn Ihr dem Fluch der Nachwelt entrinnen wollt, dann laßt uns arbeiten. 300 Millionen Muselmanen, darunter unsere ehemaligen Landsleute, beten alle für unseren Sieg. Niemand kann dem Tode entrinnen. Wie glücklich sind diejenigen, die vorwärts stürmen, wie glücklich diejenigen, die als Märtyrer fallen auf dem Wege für den Glauben und das Vaterland! Vorwärts, immer vorwärts! Sieg, Ruhm und das Paradies sind vor uns. Tod und Schande hinter uns. Es lebe unser Padischah!"

**Nr. DCCXLVI. Antwort der Pforte auf die von der englischen Regierung am 31. Oktober 1914 erlassene Kundgebung \*).** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 15. November 1914, Nr. 283. Zweite Ausgabe.)

„Konstantinopel, 14. November. Die Mitteilung der türkischen Regierung als Antwort auf die englische Kundgebung liegt nunmehr im Wortlaut vor. Sie lautet:

In der Hoffnung, seinen Angriff auf das Reich des Kalifen zu rechtfertigen, hat England sich kein Gewissen daraus gemacht, in der Kundgebung, die es soeben aus Anlaß der Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen dem Osmanischen Kaiserreich und England und seinen Bundesgenossen veröffentlicht hat, die Tatsachen zu entstellen.

Da diese Kundgebung den Hauptzweck hat, die muselmanische Welt irrezuführen, legen wir Gewicht darauf, die Tatsachen in richtiger Beleuchtung darzulegen, um zu beweisen, bis zu welchem Grade England der Feind des Kalifats ist.

England macht der Kaiserlichen Regierung einen Vorwurf daraus, daß sie zwei Kriegsschiffe von Deutschland gekauft habe, ohne jedoch ein Wort von den Gründen verlauten zu lassen, die sie zu diesem Kauf bestimmt haben.

Tatsächlich hat England lange vor Erklärung des Kriegszustandes unsere beiden auf seinen Werften erbauten Panzerschiffe beschlagnahmt, eines davon, den „Sultan Osman“, eine halbe Stunde, bevor die ottomanische Flagge auf ihm gehißt werden sollte, und zwar, ohne uns den gezahlten Preis wieder zu erstatten. Die Kaiserliche Regierung, so grausam ihrer beiden Kriegsschiffe beraubt, die für das Bestehen der Türkei notwendig sind, hat sich natürlich beeilt, sie durch die beiden Kriegsschiffe zu ersetzen, die Deutschland so freundschaftlich anbot.

England beklagt sich über die Schließung der Dardanellen.

Folgendes sind die Gründe der Schließung: Trotz der Neutralität der Kaiserlichen Regierung hat England sich unter dem Vorwande, daß eine Anzahl deutscher Offiziere im Dienste der Türkei anwesend ist, herausgenommen, amtlich zu erklären, daß die ottomanischen Kriegsschiffe wie feindliche Kriegsschiffe betrachtet und von der am Eingange der Meerengen liegenden englischen Flotte angegriffen werden würden. Gegenüber einer derartigen feindseligen Erklärung war die Kaiserliche Regierung gezwungen, die Dardanellen zu schließen. Es versteht sich von selbst, daß die Anstellung deutscher Offiziere im ottomanischen Dienst eine rein innere Angelegenheit ist und von einer fremden Macht nicht beanstandet werden darf.

Was die Versicherungen anbetrifft, die England uns hinsichtlich der Unverletzlichkeit des Reichsgebietes gegeben zu haben erklärt, so kennen wir gar zu gut den wirklichen Wert dieser Versicherungen. Denn hat nicht in Wirklichkeit England den ersten Angriff auf diese so feierlich durch den

\*) Anm.: Siehe unten Nr. DCCLIV. — Herausgeber.

Berliner Vertrag verkündete Unverletzlichkeit des türkischen Gebietes gemacht, indem es Aegypten besetzte?

England hat auf die Bitte, dem Ottomanischen Reiche im Balkankriege zu Hilfe zu kommen, im Gegenteil alles getan, um dessen Verfall herbeizuführen. Es hat den Balkanbund gegen die Türkei durch die Bemühungen der Buxtons und anderer Feinde des Islam vorbereitet und zu Ende des Krieges seine ganze diplomatische Tätigkeit darauf gerichtet, die Abtretung aller ottomanischen Gebiete in Europa an die Balkanstaaten zu sichern. Und doch war es gerade England, das vor Eröffnung der Feindseligkeiten mit besonderem Eifer erklärt hatte, daß die damalige Gebietsverteilung geachtet werden solle, welches auch der Ausgang des Krieges sein möge.

Die Tatsachen haben gezeigt, daß die einzige Absicht dieser Erklärung war, die Türkei der Früchte ihrer Eroberungen im Falle eines Sieges zu berauben.

Tatsächlich hat M. *Asquith*, der englische Premierminister, gelegentlich der Wiederbesetzung von Adrianopel durch die Kaiserlichen Truppen sich nicht besonnen, die Türkei mit dem Blitzstrahl Europas zu bedrohen, falls die Heere des Kalifen diese Stadt nicht räumten.

Die Quertreibereien Englands haben sich nicht auf Europa beschränkt: wir haben es planmäßig an der Ausführung eines Zieles seiner Staatsmänner arbeiten sehen, die ottomanische Souveränität im persischen Golf zu beschränken und sich in diesem Reichsteile eine Eintrittspforte nach Arabien zu öffnen, nach welchem England seit langem begierig ist. Es hat nichts unterlassen, was die Araberscheiks jener Gegenden für seine Sache hätte gewinnen können, aber Gott sei Dank sind alle seine Versuche gescheitert, und alle diese Stammeshäupter erheben sich heute wie ein Mann, um die höchsten Interessen des Islam unter dem Banner ihres Sultans und Kalifen zu verteidigen. Fest beharrend bei seiner feindlichen Politik, hat England alle Versuche der Kaiserlichen Regierung, gewisse Reformen durchzuführen, durchkreuzt. In Uebereinstimmung mit Rußland hat es all seinen Einfluß bei den europäischen Mächten dafür eingesetzt, daß sie keinem Fachmann ihrer Länder erlauben möchten, in ottomanische Dienste zu treten, um an dem Werke der Neugestaltung mitzuarbeiten.

Nur Seine Majestät der Deutsche Kaiser hat ohne Rücksicht auf diese der Türkei übelwollenden Quertreibereien geruht, Se. Exzellenz *Liman von Sanders Pascha* mit der Umgestaltung des Kaiserlichen Heeres zu betrauen, das heute, Gott sei Dank, die britischen Streitkräfte zum Kampfe herausfordern kann.

Um den mohammedanerfeindlichen Charakter der englischen Politik überzeugend darzulegen, genügt es, lediglich die Tatsachen seines feindlichen Verhaltens gegenüber der Türkei aufzuzählen.

Alle muselmanischen Staaten waren das Ziel seiner Feindschaft. Um nur die letzten Opfer dieser Politik zu nennen, erinnern wir an sein Verhalten



in der Marokkoangelegenheit. Tatsächlich hat es den Sultan von Marokko, nachdem es ihn seiner vollen Unterstützung zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit versichert hatte, durch den Vertrag von 1904 der Begehrlichkeit Frankreichs ausgeliefert, als Gegenleistung für die freiwillige Ausschaltung Frankreichs aus den Aegypten betreffenden Fragen. Durch Unterzeichnung dieses Vertrages hat England also das Todesurteil der beiden muselmanischen Länder, Marokkos und Aegyptens, unterschrieben.

Einige Jahre später hat England mit seinem Mitschuldigen, Rußland, einen Vertrag desselben Geistes hinsichtlich Persiens geschlossen, wobei es dafür Sorge trug, seine eigentlichen Absichten durch Umschreibungen wie „Einflußgebiet“ zu verdecken. Die Ereignisse haben seitdem die wahre Tragweite dieses unwürdigen, in Verachtung des Völkerrechts geschlossenen Vertrages gezeigt, und jeder der beiden rechtbrecherischen Staaten ist als Räuber der Souveränitätsrechte Sr. Majestät des Schahs aufgetreten. Mit einem Wort: England ist seinem innersten Gedanken treu geblieben, dem *Gladstone* in einer dem Gedächtnis der islamischen Welt für immer eingeprägt gebliebenen Rede Ausdruck gegeben hat, als er mit dem Koran in der Hand 1894 in einer Sitzung des Unterhauses erklärte, solange dieses verfluchte Buch auf Erden vorhanden sei, werde die Welt keinen Frieden kennen: und so hat England seit einem Jahrhundert alle sagbaren und unsagbaren Mittel angewandt, um die muselmanischen Staaten aus der Liste der freien Länder zu streichen und sie zu Ausbeutungsgebieten für seine habgierigen Kaufleute zu machen. Indem die englische Regierung die muselmanischen Staaten mit ihrem Hass verfolgt, gibt sie ihrer Politik auch noch eine religiöse Färbung, die ihr die Sympathie und Unterstützung des ganzen puritanisch und fanatisch gesinnten englischen Volkes sichert. Danken wir Gott, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, die höchsten Interessen des Islam gegen seine unversöhnlichen Feinde, England, Rußland und Frankreich, siegreich zu verteidigen.“

**Nr. DCCXLVII. Fetwa vom 13. November 1914. Rechtsgutachten über den heiligen Krieg.** (Wolff's Telegraphisches Bureau 1914, Nr. 245.)

„Der gestern in der Fatils-Moschee verlesene, hinfort historische Fetwa über den Krieg ist nach den Vorschriften des Islam in der Form von Frage und Antwort abgefaßt und hat folgenden Wortlaut:

„Wenn sich mehrere Feinde gegen den Islam vereinigen, wenn Länder des Islams geplündert, die muselmanische Bevölkerung niedergemetzelt und gefangen genommen wird und wenn in diesem Falle der Padischah des Islams nach den heiligen Worten des Korans den heiligen Krieg verkündet, ist dieser Krieg Pflicht aller Muselmanen, aller jungen und alten muselmanischen Fußsoldaten und Reiter und müssen sich alle islamischen Länder mit Gut und Blut beeifern den Dschihad (Glaubenskrieg) zu führen.“ Antwort: „Ja.“

Die muselmanischen Untertanen Rußlands, Frankreichs und Englands und der Länder, die jene unterstützen, die auf diese Weise das Kalifat mit

Kriegsschiffen und Landheeren angreifen und den Islam zu vernichten trachten, müssen auch sie den heiligen Krieg gegen die Regierungen, von denen sie abhängen, führen? Antwort: „Ja!“

Jene, die, statt den heiligen Krieg zu führen, in einem Zeitpunkte, wo alle Muselmanen dazu aufgerufen sind, daran teilzunehmen vermeiden, sind sie dem Zorne Gottes, dem großen Unheil und der verdienten Strafe ausgesetzt? Antwort: „Ja!“

Begeht die muselmanische Bevölkerung der genannten Mächte, die gegen die islamische Regierung Krieg führen, eine große Sünde, selbst wenn sie unter Androhung des Todes und der Vernichtung ihrer ganzen Familie zur Teilnahme am Kriege gezwungen worden sind? Antwort: „Ja!“

Wenn Muselmanen, die sich im gegenwärtigen Kriege unter der Herrschaft Englands, Frankreichs, Rußlands, Serbiens, Montenegros und jener Staaten befinden, die diesen Hilfe leisten, gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die der Türkei beistehen, Krieg führen würden, verdienen sie den Zorn Gottes, weil sie dem islamischen Kalifat Nachteil verursachen? Antwort: „Ja!“ \*)

\*) In „die Welt des Islams, Zeitschrift der deutschen Gesellschaft für Islamkunde“, a. a. O. ist folgende Uebersetzung mitgeteilt:

*„Die fünf heiligen Fetwas (Rechtsgutachten).“*

Nr. 1. Wenn seine Majestät der Padschah des Islams, sobald der Angriff der Feinde auf die Islamwelt stattgefunden hat und Beraubung und Plünderung der islamischen Länder und Gefangennehmung von islamischen Personen festgestellt ist, durch allgemeinen Aufruf den Glaubenskrieg befohlen hat, ist dann der Glaubenskrieg nach Maßgabe des hohen Korauspruches (9. 41): „ziehet aus, leicht und schwer, und kämpfet mit eurem Vermögen und eurem Leben (auf dem Pfade Gottes)\*“, Pflicht für sämtliche Muslime, und ist es individuelle Pflicht sämtlicher in allen Erdteilen wohnenden Muslime, jung und alt, Berittene und Unberittene, mit ihrem Gut und mit Leib und Leben zum Glaubenskrieg zu eilen? Antwort: „Ja!“

Nr. 2. Es ist festgestellt, daß Rußland, England und Frankreich dem islamischen Kalifat feindlich sind und alle Anstrengungen machen — Gott verhöte es! —, das hohe Licht des Islam auszulöschen, indem sie auf solche Weise gegenwärtig die hohe Stelle des islamischen Kalifats und die Kaiserlichen Länder mit ihren Kriegsschiffen und Landheeren angriffen, ist es da Pflicht sämtlicher Muslime, die sich unter der Verwaltung jener Regierungen und der sie unterstützenden Regierungen befinden, auch gegen die erwähnten Regierungen den Glaubenskrieg zu erklären und zum tätlichen Ueberfall zu eilen? Antwort: „Ja!“

Nr. 3. Die Erreichung solchen Zieles hängt davon ab, daß sämtliche Muslime zum Glaubenskriege eilen: wenn dann einige — Gott verhöte es! — sich saumselig zeigen, ist dann ihre Saumseligkeit eine große Sünde und verdienen sie den göttlichen Zorn und die Bestrafung dieser argen Sünder? Antwort: „Ja!“

Nr. 4. Sollten auch die islamischen Angehörigen der auf solche Weise mit der islamischen Regierung kämpfenden vorerwähnten Regierungen durch die Bedrohung mit Tötung ihrer eigenen Person und Vernichtung ihrer sämtlichen Familienangehörigen in eine Zwangslage versetzt werden, ist es dann dennoch nach dem Rechte unverbrüchliches Verbot für sie, gegen die Truppen der

## Nr. DCCXLVIII. Verkündung des Heiligen Krieges.

### a) Erklärung des geistlichen Rates \*).

(Dscheride\*\*, Jahrg. 1 S. 454—458.)

Die Russen bemühen sich, die durch die göttliche Huld den Religionsgemeinden und Nationen geschenkte Unabhängigkeit zu vernichten um dadurch die Menschheit unter ihr Joch zu bringen, und sind seit Jahrhunderten ein verräterischer und erbarmungsloser Feind des menschlichen Glücks. Von dem Unheil, das die russische Regierung im nahen und fernen Osten in solcher Weise anrichtet, ist nun auch das zentrale Europa nicht verschont geblieben. Die Russische Regierung hat auch die Regierungen von England und Frankreich nach sich gezogen: diese betrachten in ihrer nationalen Verblendung es als das höchste Vergnügen, bei dem jetzt entbrannten Weltkriege die Muslime nach Millionen in Sklavenfesseln zu schlagen, nützen allerlei niedrige Hoffnungen, sie unter solch gewalttätiger ungesetzlicher Herrschaft der Freiheit zu berauben und sich dadurch einen Nutzen zu sichern, und können sich keinen Augenblick von dem gehässigen Gedanken trennen, wie sie am besten das Erhabene Islamische Kalifat, das der Stützpunkt der Islamwelt und sein vollwichtiger Mittelpunkt ist, ins Wanken bringen und diese erhabene Stelle in Schwäche verfallen lassen können.

Diese Gruppe von Tyrannen, die den Namen „Dreiverband“ trägt, beraubte im vorigen Jahrhundert sämtliche islamische Völker in Indien, in Zentralasien und in den meisten Gegenden Afrikas ihrer Herrschaft und ihrer Regierung, ja sogar ihrer Freiheit, und haben nun auch seit einer Zeit

islamischen Regierung zu kämpfen, und verdienen sie, wenn sie es dennoch tun, als Mörder die Höllenstrafe? Antwort: „Ja!“

Nr. 5. Die im gegenwärtigen Kriege unter der Verwaltung der Regierungen von England, Frankreich, Rußland, Serbien, Montenegro und ihrer Helfer sich befindenden Muslime würden durch Kampf gegen die die Hohe Islamische Regierung unterstützenden Staaten Deutschland und Oesterreich dem islamischen Kalifate Schaden zufügen: ist ein solches Verhalten eine große Sünde, und verdienen sie dadurch schmerzvolle Strafe? Antwort: „Ja!“  
Geschrieben von dem Gottesbedürftigen *Chairi Ben'Awni Afurkabi*.

Herausgeber.

\*) Anm.: Nach Prof. Dr. G. Kampffmeyer in „die Welt des Islams“, Bd. III 1915, Heft 1, ist in der Dscheride, Jahrg. 1, S. 454 folgender Bericht enthalten: „Am 2. Muharrem 1333 (= 20. November 1914) wurde in der Fetwa-Abteilung des Schaichulislamats ein großer Rat von *Ulemas* gehalten und in ihm eine „Erklärung“ (*bejannime*) aufgestellt und unterzeichnet des Inhalts, daß sich der Glaubenskampf, zu dem die Muslime aufgefordert seien, gegen diejenigen richte, die als Feinde des Islams ihre Feindschaft durch Angriffe auf das islamische Kalifat bekundet haben, und daß es die Gerechtigkeit und Friedfertigkeit des Islams erfordere, mit den Untertanen der übrigen Staaten, die den Verträgen mit der osmanischen Regierung treu sind und sich freundlich erweisen, als Gegenleistung freundlichen Verkehr zu üben. Das Schaichulislamats hat die allgemeine Veröffentlichung dieser Erklärung angeordnet, die mit einem Höchstehgehändig unterzeichneten Erlasse des Kalifen geschmückt ist.“ — Herausgeber.

\*\*) Anm. Amtliches Organ des Schaichulislamats. — Herausgeber.



von mehr als einem halben Jahrhundert sich gegenseitig unterstützend kostbare Theile des Osmanischen Reiches in Verlust gebracht; in einer so nahen Zeit, daß man sie gestern nennen könnte, haben sie unsre Nachbarn verhetzt und ihnen Schutz gewährt und wurden moralisch und materiell die Ursache, daß in dem von ihnen herbeigeführten Balkankriege das Blut von einigen Hunderttausenden unschuldiger islamischer Menschen vergossen wurde, daß zu Tausenden reine islamische Frauen geschändet wurden, und daß die erhabenen islamischen Heiligtümer zum Spielzeug der Lust wurden, und haben nun begonnen, sich mit jeder Art von Ruhestörungen zu befassen, die die ganze Erdkugel zu einer Hölle machen sollten, und die herzverbrennendsten Funken des Kriegsfeuers gerade auf das Herz der Gemeinde Mohammeds sprühen zu lassen: sie haben ferner daran gearbeitet durch ihre verfluchten Maßnahmen — Gott verhüte es — das klare göttliche Licht auszulöschen (wie es im Koran heißt 9, 32): „sie wollen das Licht Gottes auslöschen mit ihrem Munde, aber Gott will nicht anders als daß er sein Licht voll mache, mögen auch die Ungläubigen Abscheu empfinden.“ Die deutliche Religion des Islams, deren bezwingende Macht zu begreifen der menschliche Verstand nicht vermag, ist das auserwählte göttliche Licht des einzigen Herrschers aller Wesen für die Glückseligkeit der Menschen in beiden Welten und ist des erhabenen göttlichen Schutzes durch Verheißung sicher. Daß die, die gegen diese Religion Feindschaft üben, ehestens dem Zorne Gottes verfallend physisch und moralisch werden zermalmt werden, ist offensichtlich. Seine Majestät der Kalife der Muslime, der Diener der beiden Heiligen Stätten, Gott stärke ihn durch klaren Sieg! will das Heilige Haus Gottes, das der Augentrost der Gläubigen ist, die reine Ruhestatt des Ruhmes der Menschen, ferner Jerusalem, Nedschef, Kerbela und das Zentrum des hohen Kalifates, kurz das ganze Islamland, das die Ruhestätten von Propheten, Heiligen und Blutzengen enthält, im Vertrauen auf die Hilfe des Höchsten vor der Befleckung durch Gewaltsamkeit bewahren, die Ehre der deutlichen Religion vor Erniedrigung behüten und in vollkommenster Weise die wichtige Pflicht der Erhöhung des Wortes Gottes erfüllen. Mit Rücksicht hierauf hat er als eine der wichtigsten Pflichten des Hohen Islamischen Kalifates erkannt, die Gesamtheit der Muslime auf Grund der Erhabenen Bestimmungen der diesbezüglichen Fetwas zum allgemeinen Glaubenskriege aufzufordern und den Höchsten, der Bezwiner und Rächer ist, um Sieg über jene Feinde des Islams anzuflehen. Das Kalifat hat sämtliche Osmanische Staatsangehörige im Alter von 20—40 Jahren ohne Ausnahme unter die Waffen gerufen und es wurde mit Gottes Hilfe ein Heer und eine Flotte gerüstet; die Ulema, Professoren und Lehrer, die bis jetzt ihr Leben nur der Verbreitung der Wissenschaft gewidmet hatten, sämtliche Studenten der Wissenschaften und Künste, die die Zukunft der Religion und der Nation sind, der größte Teil der Beamten, die jungen Männer, die die Stütze der Familien, der hochbejahrten Väter und Mütter sind, alle diese werden nun nach und nach in die Zonen des Glaubenskrieges eingestellt; zugleich aber wurde an sämtliche Gläubige ein allgemeiner Aufruf gerichtet.

auf daß sie mit Gut und Blut am Glaubenskriege teilnehmen in Gemäßheit des Wortes (Kor. 9, 41): „so ziehet denn aus, Leichte und Schwere, und kämpfet mit eurem Gut und eurem Leben [auf dem Pfade Gottes]“, um aus diesem großen Glaubenskriege der göttlichen Belohnung theilhaftig zu werden. So eilten denn sämtliche Muslime, die in Ländern unter der Gewalt der erwähnten gewalttätigen Regierungen wie Krim, Kasan, Turkestan, Buchara, Chiwa, Indien oder in China, Afghanistan, Persien, Afrika und andern Ländern der Erde wohnen, herbei, um zusammen mit den Osmanen nach Maßgabe der hierüber erflossenen Heiligen Fetwas an diesem großen Glaubenskriege theilzunehmen; sie alle erwogen im Herzen die erhabenen Koransprüche — wir nehmen unsre Zuflucht zu Gott — (Kor. 9, 38) „O ihr Gläubigen, was ist euch, daß ihr, wenn zu euch gesagt wird: ‚ziehet aus auf dem Pfade Gottes‘, euch zur Erde neiget? habt ihr das Diesseitsleben lieber als das Jenseits? aber die Dinge des Diesseitslebens sind im Jenseits nur ein Geringes“ und (Kor. 9, 39) „Wenn ihr nicht ausziehet, so wird er euch peinigen mit einer schmerzvollen Pein und wird ein anderes Volk an eure Stelle setzen, ihr aber fügt ihm keinen Schaden zu; Gott ist jedes Dinges mächtig“ und (Kor. 9, 26) „Sprich: wenn eure Väter, eure Söhne, eure Brüder, eure Gatten, eure Sippe, Vermögen, das ihr erworben, Waren, für deren Vertrieb ihr fürchtet, Wohnplätze, die euch gefallen, euch lieber sind als Gott, sein Prophet und ein Kampf auf dem Pfade Gottes — nun, dann lauert, bis Gott mit seinem Befehle kommt“. Es gehört nun zu den größten religiösen Pflichten der Muslime, daß die, die diese Koransprüche im Herzen erwägen, sich von der peinvollen Strafe, der sie in dieser oder jener Welt begegnen würden, erretten und ewige Seligkeit erwerben. Jene Feinde nehmen die unter ihrer Staatsangehörigkeit lebenden Söhne der Muslime unter die Waffen, führen sie gegen den Kalifen der Muslime oder seine Helfer und Verbündeten und setzen sie in den heißesten Zonen der östlichen und westlichen Kampfplätze der Vernichtung aus, oder richtiger: sie wenden tausendfache nichtswürdige Listen an, um ihre Verbrechen gegen die Religion des Islams durch die Hand der Islamsbekenner selbst ausführen zu lassen; da ist es eine der vornehmsten Aufgaben und wichtigsten Kulpflichten der Islamwelt, jede Art von Opfer zu bringen, um so schnell wie möglich Heilung zu schaffen für jede herzverbrennende Pein, die von dem Gläubigen nicht mehr ausgehalten werden kann. Die erhabene göttliche Gnade hat verheißen, daß sie den im Namen der deutlichen göttlichen Religion zu dem Heiligen Kriege eilenden Muslimen in jeder Beziehung Hilfe und Sieg schenken werde, und ebenso ist der Geheiligte Geist des Propheten gegenwärtig und bereit, um Beistand und Leitung für die erlöste Gemeinde zu sein, die Gut und Blut opfert, um das Ansehn des glänzenden Gesetzes *Muhammeds* zu erhöhen.

#### Gemeinde *Muhammeds*!

(Kor. 2, 137; vgl. 22, 78) „Also haben wir euch zu einer Mittlergemeinde gemacht, auf daß ihr Zeugen seid wider die Menschen und der

Prophet Zeuge sei wider euch! — nach Maßgabe dieses erhabenen Koranspruches wurde eine hervorragende Gemeinde gegründet, die der geheimnisvoll geoffenbarten deutlichen islamischen Religion und dem schönen Wandel des Herrn Propheten folgen soll, und die durch den Besitz der vom Menschengeschlecht notwendig zu erwerbenden hohen Eigenschaften der gesamten Menschheit ein Muster werden soll. Sämtliche Einzelbekenner dieser Religion, welche auf dem Einheitsbegriff und Einheitsbekenntnis aufgebaut ist, deren Merkzeichen Wissenschaft und Praxis sind und deren Ziel das Recht und das Glück der Menschen ist, welchen Volke, welchem Lande, welcher Regierung sie angehören mögen, haben sich, mit Hinwendung ihres Herzens zu Gott und ihres Antlitzes zur Ka'ba Gottes, unter *Muhammeds* Fahne des Gottpreises versammelt, und ist es auf ihre Stirnlocken das ehrwürdige Zeichen des (Kor. 1. 4) „Dich beten wir an, Dich flehen wir um Hilfe an“ geschrieben. Darum ist es erforderlich, daß sie im Zustande eines gewaltigen einheitlichen Volkes leben, das einzig dem Herrn der Welten demütigste Verehrung widmet, und daß sie die Fähigkeit besitzen, den Unruhestiftern und Rebellen, die ihren starken Bund sprengen wollen, immerwährend das ehrfurchtgebietende Zeichen des Spruches (Kor. 61, 4) „sie kämpfen auf seinem Pfade in Reihen, gleich als ob sie ein festgeschichteter Bau seien“ ohne Besinnen entgegenzuhalten.

Muslime, die ihr die gehorsamen Knechte Gottes seid!

Diejenigen, die von den um des Heiles und der Rettung der Einheitsbekenner willen in den Heiligen Krieg Ziehenden gesund bleiben, deren Los ist Glück; die aber von ihnen, die ins Jenseits gehen, deren Stute ist das Blutzeugentum; die ihr Blut opfern für Belebung der Wahrheit, deren Diesseits ist nach der erhabenen göttlichen Verheißung Ruhm, ihr Jenseits Paradies. Muslime, die ihr hungert und dürstet nach Ruhm und Glück, und die ihr, Gut und Blut opfernd für die Erhöhung der Wahrheit jeder Art von Gefahren und Kämpfen die Stirn bietet! Der Gewaltige Gott hat in seinem Erhabenen Koran die für uns in den beiden Welten vorbestimmte Seligkeit versprochen und frohverkündet; so folget denn dem Befehle, der in dem erhabenen Koranspruche enthalten liegt (Kor. 3, 98) „Und klammert euch an das Seil Gottes insgesamt und spaltet euch nicht“, sammelt euch mit Herzeinigkeit um den hohen Thron des Sultanats, umschlingt mit Handeinigkeit die Füße des erhöhten Stuhles des Kalifats und wisset, daß unser Reich heute sich im Kriege befindet mit den Regierungen der Russen, Engländer und Franzosen, die die verbrecherischen Feinde des Islams sind, und mit ihren Verbündeten, und daß Seine Majestät der Beherrscher der Gläubigen und und Kalife der Muslime euch zum Glaubenskriege ruft.

Glaubenskämpfer des Islams! Durch erhabene göttliche Verheißung ist gesichert, daß ihr unter Beistand des Höchsten und mit der geistlichen Hilfe unseres Propheten die Feinde der Religion bezwingen und die Herzen der Muslime mit ewigem Glück erfüllen werdet.



(Kor. 9, 14) „Bekämpft sie, so wird Gott sie peinigen durch eure Hand und wird sie zu Schanden machen und wird euch Sieg über sie geben und wird die Herzen einer gläubigen Schaar stille machen.“

Wahrheit sprach der Gewaltige Gott!

1. *Chairī*, Schaich ul'islam und Obermufti. 2. *Zijā'uddīn*, vordem Schaich ul'islam und Obermufti. 3. *Mūsā Kāzim*, vordem Schaich ul'islam und Obermufti. 4. *Es'ad*, vordem Schaich ul'islam und Obermufti. 5. *Alī Haidar*, Eminulfetwā. 6. *Ömer Chulūsī*, Kaziasker. 7. *Mehmed Schükri 'Atā'ullah Effendizāde*, Kaziasker. 8. *Ibrāhīm Es'ad*, Kaziasker<sup>1)</sup>. 9. *Mustafa Tewfīq*, Kaziasker<sup>2)</sup>. 10. *Ahmed Chulūsī*, Kaziasker<sup>3)</sup>. 11. *Mehmed Es'ad*, Kaziasker<sup>4)</sup>. 12. *Nedschmuddīn*, Kaziasker<sup>5)</sup>. 13. *Mahmūd Es'ad*, Kaziasker<sup>6)</sup>. 14. *Tewfīq*, vordem Kaziasker und Eminulfetwā. 15. *Ismel*, Kaziasker<sup>7)</sup>. 16. *Ibrāhīm Ewlijā*, Staatssekretär des Schaichulislamats. 17. *Mustafā Rizā*, Kadi in der hohen Kalifenresidenz. 18. *Alī*, Vertreter des Unterrichts. 19. *Hüsain Kāmil*, Vorsitzender des Rates für die Einzelfragen des Heiligen Gesetzes. 20. *Mehmed Eschref*, Erster Muqarrir für den Unterricht in der Gegenwart des Sultans. 21. *Mustafa 'Asim Nasih Effendizāde*, Dritter Muqarrir für den Unterricht in der Gegenwart des Sultans. 22. *Mehmed Hilmi Tirmowaly*, Vierter Muqarrir für den Unterricht in der Gegenwart des Sultans. 23. *Weldūn*, Fünfter Muqarrir für den Unterricht in der Gegenwart des Sultans. 24. *Aidoslu Sa'dullah*, Sechster Muqarrir für den Unterricht in der Gegenwart des Sultans. 25. *Aijab*, Achter Muqarrir für den Unterricht in der Gegenwart des Sultans. 26. *Mehmed Es'ad*, Vorsitzender des Rates der Schaiche. 27. *Ahmed Es'ad*, Vorsteher der Konzipienten. 28. *Alī*, Direktor der Scher'-Erkenntnisse. 29. *Abul'ala Mārdīnī Jūsuf Sidqī Effendizāde*, Generalsekretär des Schaichul'islamats.

Anmerkungen von Prof. Dr. *Kampffmeyer* a. a. O.

1) Vordem Vertreter des Heiligen Wächteramtes am Grabe in Medina.

2) *Adaly Chodscha Mehmed Effendizāde*, vordem Generalsekretär des Schaichul'islamats.

3) Aus Trapezunt.

4) Aus Stambul.

5) *Turschidschizāde Ahmed Muchtār Effendizāde*, vordem Minister der Justiz.

6) *Sidī Schehirli Emin Effendizāde*, Vorsitzender der Abteilung für Reformen im Staatsrat.

7) *Uzundschī ābād Chasskūjli Mūsā Effendizāde*.

#### b) Erlaß des Kalifen-Sultans vom 22. November 1914 \*).

(„Dscherīde“\*\*) I, S. 454.)

(Tughra.) Ich bestimme, daß diese Erklärung in allen islamischen Ländern veröffentlicht und bekannt gemacht wird.

4. Moharrem 1333 (= 22. November 1914).

*Mehmed Reschād.*

\*) Anm.: Prof. Dr. *Kampffmeyer* bemerkt hierzu a. a. O.

„Die Erklärung des Geistlichen Rates, die nicht datiert, die aber nach dem Berichte über die Sitzung auf den 2. Moharrem zu legen ist, wurde dem Kalifen-Sultan vorgelegt und erhielt von diesem eine Verfügung die nach der im Orient üblichen Weise über das Schriftstück gesetzt ist. Die Verfügung lautet so:“ (folgt obenstehender Text). — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Amtliches Organ des Schaichul'islamats. — Herausgeber.

**Nr. DCCXLIX. Thronrede des Sultans bei Eröffnung des Türkischen Landtags am 25. Moharrem 1333 (14. Dezember 1914)<sup>1)</sup>.** („*Sabah*“<sup>2)</sup> Nr. 9068 26. Moharrem 1333 = 15. Dezember 1914.)

1. „Die gewaltsame Beseitigung der Vernichtungspolitik, die von Rußland Frankreich und England gegen die Islamwelt seit langem befolgt worden ist, hat die Bedeutung einer religiösen Pflicht gewonnen; es sind daher Heilige Fetwas erlassen worden. In Gemäßheit dieser habe Ich sämtliche Muslime zum Glaubenskriege gegen sie und die ihnen beistehenden Mächte aufgerufen.“

2. „Die besonderen Begünstigungen, die vonseiten unseres Reiches seinerseits den Fremden gewährt worden sind, haben im Laufe der Zeiten ihre Formen und Zwecke geändert und einen Unsere souveränen Rechte schädigenden Charakter angenommen; deshalb habe Ich beschlossen, sämtliche fremden Privilegien, die mit den Grundlagen des Völkerrechts in gar keiner Beziehung stehen und unter dem Namen „Kapitulationen“ zusammengefaßt werden, aufzuheben und habe die Grundlagen festgestellt für Anwendung der Normen des Völkerrechts inbezug auf die in Meinen Ländern wohnenden Fremden und die sie betreffenden Geschäfte, wie das in den andern Reichen der Fall ist.“

## 2. Kundgebungen Rußlands, Englands, Frankreichs.

### I. Rußland.

**Nr. DCCL.<sup>3)</sup> L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

#### Ob. II 1.

(Télégramme.)

Constantinople, le 19 Juillet/1 Août 1914.

Le Grand-Vézir m'a appris confidentiellement que l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie s'était efforcé d'amener la Turquie à agir de concert avec

<sup>1)</sup> Anm.: Prof. Dr. G. Kampffmeyer gibt in „Die Welt des Islams“, Bd. III, Heft 2, S. 125 folgende Inhaltsangabe der Thronrede:

„Nach Erwähnung der durch die Verhältnisse herbeigeführten Mobilisierung werden die feindlichen Zusammenstöße mit russischen, englischen und französischen Streitkräften zu Wasser und zu Lande als Grund der türkischen Kriegserklärung genannt. Die Bedrohung des Islams habe die Extrahierung von Heiligen Fetwas nötig gemacht. Vor Gesetzesvorlagen wird besonders die die Executivgewalt des Sultans mehrende genannt. An die kontinuierlichen Siege der verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte und die Tätigkeit der Glaubenskämpfer werden Hoffnungen geknüpft.

Die Frage der Kapitulationen wird in gemäßigtem, aber entschlossenem Tone vorgetragen. Mit Dank wird von den guten Beziehungen zu den neutralen Mächten, besonders zu dem benachbarten Bulgarien gesprochen.“

Herausgeber.

<sup>2)</sup> Anm.: Stambuler Tageszeitung. — Herausgeber.

<sup>3)</sup> Anm.: Die folgenden Nummern (DCCL bis DCCCLVIII) sind dem russischen Orangebuch entnommen:

Ministère des Affaires Etrangères. Recueil de documents diplomatiques. Négociations ayant précédé la guerre avec la Turquie. 19 Juillet/1 Août — 19 Octobre/1 Novembre 1914. 72 Seiten. (Petersburg, Staatsdruckerei 1915.)

(Angeführt als Ob. II. — Die arabischen Ziffern bezeichnen die Nummern im Orangebuch.) — Herausgeber.

b) Eintritt der Türkei.

~~a) Vorgänge hinsichtlich Aegyptens.~~

49

l'Autriche, mais n'aurait pas fait d'offres positives. Le Grand-Vézir ajoutait qu'il était persuadé de la nécessité qui s'imposait à la Turquie de se tenir à l'écart du conflit. J'apprends de bonne source que plusieurs membres du comité veulent pousser le Gouvernement à se joindre à la Triple Alliance, mais que le Gouvernement aurait répondu qu'il préférerait quitter le pouvoir plutôt que de s'engager dans une voie d'aventures politiques. Malgré tout cela, je suis convaincu que la Turquie ne manquera pas de profiter de la première bonne occasion propre à servir impunément ses intérêts.

(Signé) Giers.

**Nr. DCCLI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 2.**

(Télégramme.) Constantinople, le 20 Juillet/2 Août 1914.

Le Grand-Vézir a de sa propre initiative déclaré à l'Ambassadeur de France, qui était venu l'informer de la mobilisation française, qu'il avait l'intention de déclarer la neutralité de la Turquie. La question sera débattue au conseil des Ministres.

(Signé) Giers.

**Nr. DCCLII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 3.**

(Télégramme.) Constantinople, le 20 Juillet/2 Août 1914.

Ayant eu connaissance aujourd'hui qu'il a été décidé d'effectuer la mobilisation générale, je me suis aujourd'hui même rendu chez le Grand-Vézir et lui en ai demandé les fins. Il m'a confidentiellement communiqué que la mobilisation allait en effet être décrétée, qu'il ignorait à quelles classes elle touchait, qu'il me les détaillerait avec plus de précision demain au cours de ma visite à la Porte et que celle-ci avait décidé de rassembler en Thrace et sur les bords du Bosphore une armée de 100.000 hommes, dans la crainte que la Bulgarie ne bougeât. Il a ajouté qu'aucune concentration de troupes n'était projetée sur la frontière du Caucase.

Communiqué à Sofia et Bucarest.

(Signé) Giers.

**Nr. DCCLIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 4.**

(Télégramme.) Constantinople, le 20 Juillet/2 Août 1914.

Des explications que j'ai eues avec le Grand-Vézir je crois pouvoir conclure que la Porte, tout en observant pour le moment la neutralité, veut pourtant être prête à toutes éventualités et se trouve entièrement décidée à tirer parti soit d'une révision possible du traité de Bucarest au profit de la Bulgarie, soit de toute autre circonstance propre à apporter à la Turquie quelque avantage que ce soit. Il est certain qu'elle nous craint et nous



soupçonne, à la suite des insinuations de nos ennemis, d'avoir l'intention de l'attaquer; aussi appelle-t-elle de ses vœux les plus ardents le succès de l'Allemagne. Ce sentiment est très encouragé par les officiers de la mission allemande qui restent en Turquie. C'est un élément dont il serait extrêmement important de se défaire, car il ne fait que soulever les Turcs contre nous, mais je suppose que la Porte ne se décidera pas à l'éloigner tant que n'auront été éclaircis les résultats de notre lutte contre l'Allemagne.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLIV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 5.**

(Télégramme.) Constantinople, le 21 Juillet/3 Août 1914.

Aujourd'hui, le Grand-Vézir m'a de nouveau affirmé que la Porte, après avoir décrété la mobilisation générale, ne ferait entrer dans les rangs, qu'autant d'hommes qu'il en faudra pour former en Thrace une armée de 200.000 hommes. Les conscrits d'Anatolie seront transportés en Thrace et ne resteront en aucun cas à notre frontière. Les mêmes assurances ont été données à l'Ambassadeur de France par *Enver-Pacha*.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 6.**

(Télégramme.) Constantinople, le 21 Juillet/3 Août 1914.

Il appert des explications que me donne le Grand-Vézir et qui furent faites également à l'Ambassadeur de France par *Enver-Pacha*, que ce dernier aurait déclaré aux officiers de la mission allemande qu'il était prêt à les licencier s'ils le désiraient, mais que *Limann von Sanders* avait répondu qu'il avait reçu des instructions de Berlin leur commandant de rester en Turquie. Il est hors de doute que cette disposition de Berlin ne soit faite dans le but de tirer profit de la Turquie d'une manière ou d'une autre et de susciter, entre elle et nous, des malentendus. Je suis convaincu toutefois qu'*Enver-Pacha*, malgré ses assurances, tient pourtant à la présence des officiers allemands, poussé par la crainte qu'il nourrit à notre égard.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLVI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 7.**

(Télégramme.) Constantinople, le 22 Juillet/4 Août 1914.

Le Conseil des Ministres a adopté hier la résolution d'observer la plus stricte neutralité et a pris dans ce but entre autres mesures, la décision de faire mettre des mines dans le Bosphore et les Dardanelles, en réservant un passage pour les vaisseaux de commerce escortés d'un pilote. Ce matin, vers dix heures, les mines ont été posées.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLVII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 8.**

(Télégramme.) Constantinople, le 23 Juillet/5 Août 1914.

J'ai chargé l'Agent Militaire d'exprimer, au cours d'un entretien avec *Enver Pacha*, mon étonnement au sujet de ce que les officiers allemands continuaient encore à rester dans l'armée. *Enver* a répondu qu'il n'avait pas retenu les Allemands, mais qu'il n'avait pas de motifs directs de les prier de partir tant que la situation politique ne serait pas éclaircie. D'ailleurs, il ne serait pas de l'intérêt de l'armée d'éloigner ces officiers dans un moment aussi difficile que celui de la mobilisation. Personnellement, il ne doute pas que le Gouvernement allemand, en les laissant en Turquie, ne poursuive ses fins, et cela dans le sens de faire entrer la Turquie dans son orbite, mais que cela n'aboutira pas puisque la Turquie ne poursuivra que ses propres intérêts.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCLVIII. L'Ambassadeur en Angleterre au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 9.**

(Télégramme.) Londres, le 24 Juillet/6 Août 1914.

Hier, l'Ambassadeur de Turquie a fait à Sir *A. Nicolson* les déclarations les plus rassurantes au sujet des intentions de la Turquie. Celle-ci restera neutre et se bornera à prendre certaines mesures de précautions. Je suis porté à croire que l'Ambassadeur Ottoman fait en effet jouer toute son influence à Constantinople pour persuader la Turquie d'observer la neutralité.

(Signé) *Benckendorff*.**Nr. DCCLIX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 10.**

Constantinople, le 25 Juillet/7 Août 1914.

Le séquestre des dreadnoughts turcs a provoqué ici une vive indignation contre l'Angleterre.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCLX. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.****Ob. II 11.**

(Télégramme.) St. Pétersbourg, le 26 Juillet/8 Août 1914.

On fait savoir que les croiseurs „*Goeben*” et „*Breslau*”, après avoir doublé le cap Matapan, paraissent se diriger vers les Dardanelles.

Veuillez faire à la Porte, de concert avec les Ambassadeurs de France et d'Angleterre, les remontrances les plus sérieuses au sujet de la responsabilité qu'elle assumera en laissant ces bâtiments passer par les Dardanelles et insistez qu'ils abandonnent les détroits ou soient désarmés, sans que l'on en arrive à une rupture.

(Signé) *Sazonow*.

**Nr. DCCLXI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 12.**

(Télégramme.) Constantinople, le 26 Juillet/8 Août 1914.

Le Grand-Vézir m'a déclaré aujourd'hui qu'il ne permettrait d'aucune manière aux croiseurs „Goeben“ et „Breslau“ de passer par les Dardanelles et qu'il continuerait d'observer une stricte neutralité. Il m'a prié de télégraphier ce qui précède à Votre Excellence. Je trouve cependant que la situation est très grave par suite de l'extrême impressionnabilité des Turcs et de la grande influence du parti militaire excité par les Allemands.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCLXII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 13.**

(Télégramme.) Constantinople, le 27 Juillet/9 Août 1914.

Le Grand-Vézir que j'ai vu aujourd'hui, continue d'affirmer que la neutralité est strictement observée. Il nie que la présence des officiers allemands porte atteinte à cette neutralité.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCLXIII. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 14.**

(Télégramme.) St. Pétersbourg, le 27 Juillet/9 Août 1914.

Si le „Goeben“ passe les Dardanelles en battant pavillon allemand, c'est à l'Amiral *Eberhardt* qu'il sera réservé de prendre toutes les mesures en son pouvoir pour barrer au dit croiseur l'accès de la Mer Noire et pour le détruire. L'Amiral est chargé, toutefois, d'éviter autant que possible, sauf en cas de force majeure, de recourir à des mesures qui atteindraient la Turquie d'une manière directe.

(Signé) *Sazanow.*

**Nr. DCCLXIV. L'Ambassadeur en Angleterre au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 15.**

(Télégramme.) Londres, le 26 Juillet/9 Août 1914.

Le Chargé d'affaires de Grande Bretagne à Constantinople a reçu l'instruction d'insister sur l'éloignement ou le désarmement immédiat des bâtiments de guerre des parties belligérantes qui entreraient éventuellement dans les détroits et de renouveler également de façon énergique les représentations relatives à la nécessité d'observer la neutralité.

(Signé) *Benckendorff.*



**Nr. DCCLXV. Le Ministre des Affaires Étrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 16.**

(Télégramme.) St. Pétersbourg, le 28 Juillet/10 Août 1914.

Ayez en vue que nous ne craignons nullement les opérations de la Turquie dirigées directement contre nous.

Tâchez, tout en continuant de donner à Vos explications avec les Turcs un caractère parfaitement amical, de leur suggérer qu'ils risquent leur existence si tels actes, non sanctionnés par nous, allaient avoir lieu, et qu'ils ne sont pas en état, d'autre part, de nous faire un tort sensible.

Communiqué à Paris et Londres.

(Signé) *Sazonow.*

**Nr. DCCLXVI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Étrangères.**

**Ob. II 17.**

(Télégramme.) Constantinople, le 20 Juillet/11 Août 1914.

Les croiseurs „Goeben“ et „Breslau“ entrent dans les Dardanelles. On dit que le Gouvernement Turc les a achetés. (Signé) *Giers.*

**Nr. DCCLXVII. Le Ministre des Affaires Étrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 18.**

(Télégramme.) St. Pétersbourg, le 29 Juillet/11 Août 1914.

Ai reçu Votre télégramme d'aujourd'hui.

Si la Porte déclare qu'elle a acheté le „Goeben“ et le „Breslau“, veuillez Vous mettre d'accord avec les Ambassadeurs de France et d'Angleterre et protester énergiquement contre cet acte comme portant atteinte à la neutralité de la Turquie.

L'article 56 de la Déclaration Maritime de Londres de 1909, laquelle, quoique non ratifiée, a été appliquée par toutes les Puissances lors de la dernière guerre et a acquis un caractère de coutume maritime internationale, considère comme entachée de nullité l'adoption d'un pavillon neutre par un bâtiment de commerce d'une Puissance ennemie après l'ouverture des hostilités. A plus forte raison ce principe s'applique-t-il aux bâtiments de guerre.

L'achat par la Turquie d'un bâtiment de guerre allemand, qui court un danger manifeste dans le bassin de la Méditerranée, vise évidemment à secourir l'Allemagne; la considération que cet achat serait avantageux pour la Turquie ne présente aucune valeur juridique.

Communiqué à Paris et Londres.

(Signé) *Sazonow.*

**Nr. DCCLXVIII. L'Ambassadeur en Angleterre au Ministre des Affaires Étrangères.**

**Ob. II 19.**

(Télégramme.) Londres, le 29 Juillet/11 Août 1914.

Le Chargé d'affaires d'Angleterre à Constantinople a reçu l'instruction d'insister auprès de la Porte sur l'observation stricte, de la part du Gouverne-

ment Turc, des règles du droit international et d'exiger le désarmement ou l'éloignement du „Goeben“ et du „Breslau“. (Signé) *Benckendorff*.

**Nr. DCCLXIX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 20.**

(Télégramme.) Constantinople, le 30 Juillet/12 Août 1914.

Les croiseurs „Goeben“ et „Breslau“ se trouvent encore à Nogara. Ces bâtiments ont été reçus par les Turcs avec enthousiasme et sont approvisionnés de charbon par les autorités turques. Les torpilleurs turcs sortent des Dardanelles et communiquent aux bâtiments allemands les résultats de leurs reconnaissances. Les matelots allemands ont fait une perquisition rigoureuse à bord des vapeurs de commerce français, anglais et grecs stationnés dans les Dardanelles et ont enlevé de force un bureau radiotélégraphique du vapeur français „Saghalien“, le menaçant de le faire sauter. (Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 21.**

(Télégramme.) Constantinople, le 30 Juillet/12 Août 1914.

L'arrivée du „Goeben“ et du „Breslau“ fait changer la situation ici à notre désavantage. Du point de vue militaire, elle renforce de beaucoup la situation de la Turquie; du point de vue politique, ayant relevé le moral des Turcs, elle provoque les conséquences les plus graves et peut pousser ceux-là dans la voie des actes les plus irréfélchis. (Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXXI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 22.**

(Télégramme.) Constantinople, le 31 Juillet/13 Août 1914.

Ayant reçu des Dardanelles la nouvelle de l'entrée des bâtiments allemands, j'ai fait une protestation, appuyée par les Représentants français et anglais, concernant la violation de la neutralité par la Turquie. Au cours de nouvelles demandes d'explications de ma part, le Grand-Vizir m'a répondu aujourd'hui que l'achat des bâtiments avait eu lieu au tout dernier moment sur la proposition de l'Allemagne, après que les Anglais eurent mis l'embargo sur les dreadnoughts turcs. Le Grand-Vézir affirme qu'en ce moment même l'on procède à l'éloignement de tout l'équipage allemand, qui est remplacé par des Turcs. Le Chargé d'Affaires anglais confie à l'Amiral *Limpus* la mission de s'assurer de la réalité de ce remplacement. *Limpus* insiste sur ce que pas un seul Allemand ne reste à bord des bâtiments.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXXII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 23.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 1/14 Août 1914.

Il paraît que le „Breslau“ se rend ce soir à Constantinople. J'apprends que le „Goeben“ s'approvisionne de charbon dans le golfe d'Ismid. Des bâtiments de guerre anglais et français stationnent devant les Dardanelles. A 7 heures du soir, le „Goeben“, aussi bien que le „Breslau“ battaient encore pavillon allemand.

(Signé) *Giers.***Nr. DCCLXXIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 24.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 1/14 Août 1914.

Par une Note circulaire, la Porte a fait connaître la disposition qu'elle a prise pour faire enlever des bâtiments de commerce étrangers, à leur entrée dans les détroits, leurs appareils radiotélégraphiques et les leur restituer à la sortie des détroits. J'ai protesté, mais vu la situation actuelle je doute que ma protestation ait eu quelque effet.

(Signé) *Giers.***Nr. DCCLXXIV. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.****Ob. II 25.**

(Télégramme.)

St. Pétersbourg, le 1/14 Août 1914.

Le Chargé d'affaires Turc m'a lu ce matin le télégramme suivant du Ministre des Affaires Etrangères Ottoman confirmant que la Turquie a la ferme intention d'observer la neutralité la plus stricte.

„Pour ne laisser subsister aucun doute sur attitude pacifique que Gouvernement Imperial a décidé observer dans conflits actuels, je Vous informe dérechef qu'il est résolu garder stricte neutralité.“ (signé): *Said-Hudim*,  
Ministre Affaires Etrangères Turquie. (Signé) *Sazonow.*

**Nr. DCCLXXV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 26.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 4/17 Août 1914.

Le „Goeben“ et le „Breslau“ sont partis hier pour Ismid afin de réparer leurs avaries, le premier étant atteint à deux endroits du tribord et le second à la proue. La réparation prendra près de dix jours. 38 blessés ont été débarqués du „Goeben“. Hier, 200 hommes de l'équipage allemand ont quitté les deux bâtiments; les autres débarqueront, au dire du Ministre de la Marine, après l'arrivée du détachement turc qui revient d'Angleterre à bord du croiseur turc „*Reshid*“.

(Signé) *Giers.*



**Nr. DCCLXXVI. Le Ministre en Grèce au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 27.**

(Télégramme.)

Athènes, le 6/19 Août 1914.

J'apprends de source confidentielle que le Ministre de Grèce à Berlin a fait une démarche auprès de M. de *Sagow* pour lui représenter que la vente des croiseurs „Goeben“ et „Breslau“ par l'Allemagne à la Turquie constituait un acte peu amical envers la Grèce; le Ministre allemand a répondu qu'en réalité cette vente n'avait jamais eu lieu.

(Signé) *Demidow*.**Nr. DCCLXXVII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 28.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 6/19 Août 1914.

Deux cents hommes de l'équipage du „Goeben“ et du „Breslau“ ont déjà été débarqués et remplacés par des Turcs. Au dire du Grand-Vézir, les autres seront éloignés aussitôt que sera arrivé d'Angleterre l'équipage turc des bâtiments séquestrés par la Grande-Bretagne.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCLXXVIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 29.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 7/20 Août 1914.

Je dois dire que la situation à Constantinople est extrêmement grave en ce que toutes les affaires se trouvent entre les mains des militaires qui se permettent d'agir arbitrairement et s'efforcent ouvertement, pressés par les Allemands, d'entraîner la Turquie à nous faire la guerre. *Djavid-bey*, le Grand-Vézir et, dans une certaine mesure, *Djemal-pacha* s'y opposent, mais je suis loin d'être sûr qu'ils aient le dernier mot. (Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXXIX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 30.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 6/19 Août 1914.

Le Ministre des Finances est venu me voir aujourd'hui et m'a fait part de sa conviction qu'il était possible d'arriver à un accord avec les Puissances de la Triple Entente. Selon *Djavid-bey*, les Allemands prodiguent des promesses d'un caractère si alléchant, principalement en ces derniers jours, qu'il est bien difficile d'y résister. De l'avis du Ministre, les Puissances de l'En-

tente devraient offrir aux Turcs des avantages quelque peu inférieurs à ceux que promettent les Allemands, mais suffisants toutefois pour arrêter le Gouvernement devant une résolution imprudente et pour donner aux membres modérés du Cabinet une arme assez forte pour lutter avec leurs collègues nourrissant des dispositions belliqueuses, provoquées par l'influence des Allemands. Au nombre de ces avantages, on pourrait mettre l'introduction d'une indépendance complète économique de la Turquie, de même que l'abolition du régime des capitulations. A ma question si la mission allemande allait être éloignée à ces conditions, le Ministre m'a répondu que l'on pourrait faire dépendre les privilèges offerts à la Turquie de l'éloignement de la mission.

Communiqué à Paris et Londres.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXXX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 31.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 7/20 Août 1914.

Aujourd'hui, *Djavid-bey* est allé voir les Ambassadeurs de France et d'Angleterre pour leur répéter la proposition qu'il m'avait faite hier. Hier encore, *Djemal-pacha* s'était expliqué dans le même sens avec Sir *L. Mallet*. La différence qui existe entre ces propositions consiste en ce que les Turcs paraissent ne pas avoir caché à mes collègues qu'ils nourrissent des craintes à notre égard et qu'ils désireraient, par conséquent, en arriver non à un accord écrit général avec les Puissances de l'Entente, mais avec chacune en particulier.

En ce qui concerne les capitulations, nous trouvons, mes collègues et moi, des difficultés à les voir abolir complètement. J'admets cependant la possibilité de restreindre de beaucoup leur application. Je considérerais comme parfaitement acceptable de les réduire à la garantie de l'inviolabilité de la personne et du domicile des sujets étrangers et à l'appui apporté par les consuls en matière de justice.

Communiqué à Paris et Londres.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXXXI. Le Ministre des Affaires Etrangères aux Ambassadeurs en France et en Angleterre.**

**Ob. II 32.**

(Télégramme.)

St. Pétersbourg, le 8/21 Août 1914.

J'ai prié les Ambassadeurs de France et d'Angleterre de recommander à leurs Gouvernements respectifs de ne pas rejeter en entier les bases proposées par *Djavid-bey*. Quoique la probabilité d'une entente avec la Turquie soit douteuse, nous trouvons pourtant qu'il ne faut pas repousser les éléments plus modérés.

Communiqué à Constantinople.

(Signé) *Sazanow*.

**Nr. DCCLXXXII. L'Ambassadeur en France au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 33.**

(Télégramme.)

Paris, le 9/22 Août 1914.

Ai reçu Votre télégramme du 8/21 Août.

M. *Doumergues* partage complètement Votre manière de voir. De l'avis de l'Ambassadeur de France à Constantinople, avis qu'il a exprimé à *Djavid-bey*, il est nécessaire, dans la question des capitulations, de prévoir certaines mesures de transition. Se ralliant à cette conception, M. Doumergues est prêt à discuter la formule que l'on pourrait avoir à proposer aux Turcs.

Communiqué à Constantinople.

(Signé) *Iswolsky*.

**Nr. DCCLXXXIII. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 34.**

(Télégramme.)

St. Pétersbourg, le 10/23 Août 1914.

L'Ambassadeur d'Angleterre m'a remis un aide - mémoire constatant que son Gouvernement, trouvant les demandes des Turcs exagérées, considère néanmoins comme opportun de ne pas les rejeter, mais de les envisager à titre de matière à pourparlers.

L'Angleterre est disposée à garantir par écrit, de concert avec nous et avec la France, l'inviolabilité et l'indépendance de la Turquie par les trois Puissances, et d'affirmer que le traité de paix ne comprendra pas de conditions contraires à ces principes. De plus, dès que sera établi un mode, garantissant l'exercice de la justice, capable de satisfaire aux conditions présentes, l'Angleterre consentira à renoncer à la juridiction territoriale basée sur les capitulations.

Par contre, le Gouvernement Ottoman s'engage par écrit à observer durant la guerre actuelle toutes les obligations que comporte la neutralité et de faciliter de toute manière aux bâtiments de commerce le passage continu et libre par les détroits.

La Turquie procédera également sans retard au rapatriement des officiers allemands et de tout l'équipage du „Goeben“ et du „Breslau“.

Ayant accepté les propositions anglaises ci-dessus, je Vous prie de Vous concerter à trois et de Vous en inspirer dans Vos pourparlers ultérieurs avec la Porte.

Si ces pourparlers prenaient une tournure favorable, nous trouvons que la seule garantie solide que la Turquie pourrait donner de son action à venir consisterait dans l'éloignement de ses confins de tous les militaires et des marins allemands.

Communiqué à Paris et Londres.

(Signé) *Sazanow*.



**Nr. DCCLXXXIV. L'Ambassadeur en France au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 35.**

(Télégramme.)

Paris, le 11/24 Août 1914.

Ai reçu Votre télégramme du 10/23 Août.

M. *Doumergues*, qui a reçu ici un mémoire analogue de l'Ambassadeur de la Grande-Bretagne, a accepté les propositions anglaises qu'il renfermait et a fait parvenir à l'Ambassadeur de France à Constantinople des instructions conformes; il est entièrement d'accord avec Vous au sujet de la nécessité, dans le cas où les négociations avec la Turquie prendraient une tournure favorable, d'insister ensuite sur l'éloignement de l'ensemble des officiers et des soldats allemands hors des confins de la Turquie.

Communiqué à Londres et Constantinople. (Signé) *Iswolsky*.

**Nr. DCCLXXXV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 36.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 14/27 Août 1914.

Selon une rumeur persistante, les croiseurs „Goeben“ et „Breslau“ s'apprentent à appareiller ces jours-ci pour la Mer Noire. D'autre part, j'apprends que 80 marins et 20 mécaniciens allemands sont arrivés à Constantinople, déguisés en simples manoeuvres. J'en ai aujourd'hui même demandé des explications au Grand-Vézir, qui m'a déclaré catégoriquement ne rien savoir de l'arrivée des marins. Il m'a donné sa parole que le „Goeben“ n'irait nulle part et m'a promis d'insister à nouveau sur la nécessité de procéder au débarquement de l'équipage allemand des bâtiments. Je crois le Grand-Vézir sincère, mais son influence diminue de plus en plus et il peut, à chaque moment, être complètement écarté. Par conséquent, j'admets parfaitement la possibilité de l'entrée du „Goeben“ dans la Mer Noire, à l'instigation des allemands, avec une partie de l'équipage allemand et battant pavillon turc.

Communiqué à Paris et Londres. (Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXXXVI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 37.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 14/27 Août 1914.

On attend sous peu à Constantinople un Amiral allemand, qui arrive pour servir de conseiller technique en matière maritime. 27 officiers allemands sont déjà arrivés pour le service des forts des Dardanelles.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXXXVII. L'Ambassadeur en Angleterre au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 38.**

(Télégramme.)

Londres, le 15/28 Août 1914.

Sir *E. Grey* m'a exprimé son inquiétude au sujet de la situation à Constantinople. Il m'a dit que si la Turquie se décidait à la guerre, elle en subirait les conséquences les plus graves. Il croit que les efforts faits maintenant par l'Allemagne provoqueront bientôt de la part de la Turquie une action qui rendra la Turquie et l'Allemagne manifestement responsables de la guerre.

(Signé) *Benckendorff*.

**Nr. DCCLXXXVIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 39.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 16/29 Août 1914.

Dans le courant de la première quinzaine du mois d'Août, l'effort de l'Allemagne pour entraîner la Turquie à la guerre et pour monter l'opinion publique turque contre les Puissances de l'Entente, est devenu de plus en plus visible. L'Agence Wolffs'évertue à répandre en Turquie le manifeste du Sultan et le belliqueux ordre aux armées d'*Enver-pacha*, les appelant à se laver de l'opprobre de la guerre des Balkans. Des Matelots et des soldats sont amenés d'Allemagne en Turquie. Le 14 Août, 150 soldats allemands sont arrivés à Constantinople sous un déguisement d'artisans; 800 soldats allemands, avec officiers, ont traversé le 15 Août Andrinople, voyageant par train spécial. Selon des informations parvenues d'Erzeroum, 15 officiers allemands y sont arrivés pour diriger la construction de nouvelles fortifications. Les soldats de la réserve et les volontaires allemands qui n'avaient pas eu le temps de partir pour l'Allemagne, ont reçu l'ordre de prendre rang dans les corps d'armée turcs.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCLXXXIX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 40.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 19 Août/1 Septembre 1914.

Le Ministre de la Marine est venu me voir hier et m'a donné sa parole d'honneur que pas un matelot allemand ne resterait dans la flotte, me priant seulement de lui laisser un peu de temps — quinze jours environ — pour les éloigner graduellement. Il fait partir aujourd'hui le premier échelon des allemands par voie de terre. L'éloignement graduel lui serait nécessaire pour faire enseigner aux matelots turcs les particularités techniques des bâtiments achetés. *Djemat-pacha* m'a donné à entendre à cette occasion qu'il est intimement persuadé de la nécessité qui s'impose à la Turquie, d'observer une stricte neutralité et de ne faire la guerre à personne, pas plus dans les

Balcans que sur un autre théâtre. Il s'obstinerait à faire prévaloir cette opinion au Conseil de Ministres. Une certaine prudence dans ses actions lui est toutefois dictée, puisque, tout en étant indépendant en sa qualité de Ministre de la Marine, il se trouve pourtant dans un état subordonné, en tant que Commandant de la deuxième armée. Il n'aurait pas été informé de l'arrivée des nouveaux détachements allemands.

Communiqué à Paris et Londres.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCXC. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 41.**

(Télégramme.) Constantinople, le 26 Août/8 Septembre 1914.

J'ai lieu de supposer que la Porte se prépare à déclarer dans le plus bref délai la suppression des capitulations comme un fait accompli. Je trouve nécessaire de déterminer d'avance, d'accord avec nos alliés, notre attitude vis-à-vis d'une déclaration de cette nature. J'ai d'autre part été informé de l'abrogation, par iradé Impérial, du Conseil International Sanitaire, en même temps que de l'abolition des capitulations.

Communiqué à Bordeaux et Londres.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCXCI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 42.**

(Télégramme.) Constantinople, le 27 Août/9 Septembre 1914.

L'Ambassadeur d'Italie m'a fait savoir de la part de l'Ambassadeur d'Autriche, que celui-ci n'approuvait nullement l'intention de la Porte d'abroger les capitulations et se trouvait prêt, en sa qualité de Doyen, de se rallier à la protestation générale de tous les Ambassadeurs. Cette opinion, selon le Marquis *Pallavicini*, est partagée également par l'Ambassadeur d'Allemagne. J'ai répondu au Marquis *Garroni* que je n'avais nulle objection à une pareille déclaration faite par toutes les Ambassades à la Porte pour lui représenter que les capitulations étaient le résultat d'une entente internationale et ne pouvaient être supprimées par une disposition émanant unilatéralement de sa part.

Communiqué à Bordeaux et Londres.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCXCII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 43.**

(Dépêche.) Constantinople, le 28 Août/10 Septembre 1914.

Le Grand-Vézir a adressé à tous les Représentants étrangers, à la date du 27 Août courant, la Note dont la copie est ci-jointe et ayant trait à l'abrogation des capitulations qui doit se faire à partir du 1 Octobre ct. (nouveau style).



Comme Votre Excellence voudra bien le remarquer dans le texte de la Note précitée, la Sublime Porte voit dans les capitulations des actes unilatéraux, émanant spontanément de sa part et pouvant, de même, être supprimés de son propre gré.

Ce procédé du Gouvernement Ottoman, qui viole des traités conclus avec la Turquie par tous les Etats Européens et porte un préjudice direct aux intérêts de ces derniers, a provoqué de leur part une protestation formulée dans une Note identique qui a été remise le 28 Août courant au Grand-Vézir et dont j'ai l'honneur de présenter également une copie sous ce pli.

Je crois devoir ajouter que cette Note identique, ainsi que j'eus déjà l'honneur de le communiquer par télégraphe, a été remise au Grand-Vézir également par les Ambassadeurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie.

(Signé) *Giers*.

Texte de la note de la Sublime Porte à l'Ambassade Impériale de Russie à Constantinople.

Du 27 Août/9 Septembre 1914.

Le Gouvernement Impérial Ottoman, dans ses sentiments d'hospitalité et de sympathie à l'égard des sujets des Puissances amies, avait jadis déterminé d'une façon spéciale les règles auxquelles seraient assujétis les étrangers venant en Orient pour y commercer, et avait notifié ces règles aux Puissances. Subséquemment ces règles que la Sublime Porte avait édictées exclusivement de son propre agrément, furent interprétées en des privilèges, corroborées et étendues par certaines pratiques et se maintinrent jusqu'à nos jours sous le nom d'anciens traités ou capitulations. Cependant ces privilèges, qui, d'un côté se trouvèrent être en opposition complète avec les règles juridiques du siècle et avec le principe de la souveraineté nationale, constituèrent, d'autre part, un empêchement au progrès et au développement de l'Empire Ottoman de même qu'ils firent naître certains malentendus dans les relations avec les Puissances Etrangères, et ainsi ils forment un obstacle à ce que ces relations atteignent le degré voulu de cordialité et de sincérité.

L'Empire Ottoman surmontant toute résistance continue à marcher dans le chemin de renaissance et de réforme où il s'était engagé en 1255 par le Hatti-Hûmayoun de Gul-Hâné et, afin de s'assurer la place qui lui était due dans la famille des peuples civilisés d'Europe, accepta les principes juridiques les plus modernes et ne s'écarta pas du programme d'appuyer sur ces fondements l'édifice de l'Etat. L'établissement du régime constitutionnel démontre de quel heureux succès furent couronnés les efforts du Gouvernement Ottoman dans la voie du progrès.

Cependant, comme conséquences tirées des capitulations, l'intervention des étrangers dans l'exercice du pouvoir judiciaire qui constitue l'assise la plus importante de la souveraineté de l'Etat; la limitation du pouvoir législatif, par la prétention émise, que beaucoup de lois ne sauraient être appliquées aux étrangers; le fait qu'un criminel, ayant porté atteinte à la

sécurité publique se trouve soustrait à l'application des lois par le seul motif qu'il est de nationalité étrangère, ou bien encore le fait que l'action publique se trouve compromise par la nécessité de respecter à l'égard du délinquant étranger toutes sortes de restrictions et de conditions: le fait enfin que, suivant la nationalité des contractants, un différend, né d'un même contrat, comporte un for et un mode de procéder différents: tous ces faits et d'autres privilèges restrictifs semblables, constituent une insurmontable barrière à toute organisation de tribunaux instituée en vue d'assurer dans le pays le parfait fonctionnement de la justice.

De même encore, cette conséquence des Capitulations qui rend les étrangers francs et libres d'impôts dans l'Empire Ottoman rend la Sublime Porte impuissante non seulement à se procurer les moyens nécessaires pour pourvoir à l'exécution des réformes, mais même à satisfaire aux besoins administratifs courants, sans avoir recours à l'emprunt. Dans le même ordre d'idées, les entraves apportées à l'augmentation des impôts indirects ont pour conséquence d'élever la quotité des contributions directes et d'accabler les contribuables Ottomans. Le fait que les étrangers commerçant dans l'Empire Ottoman et y jouissant de toutes sortes d'immunités et de privilèges, sont moins imposés que les ottomans, constitue à la fois une injustice évidente et une atteinte à l'indépendance et à la dignité de l'Etat. Le Gouvernement Impérial, malgré tous ces obstacles, poursuivait avec zèle ses efforts réformateurs, quand la survenance de la guerre générale rendit de la dernière acuité les difficultés financières dans le pays, mettant en danger l'accomplissement de toute oeuvre commencé ou dont l'entreprise a été résolue. Or la Sublime Porte a la conviction que le seul moyen de salut pour la Turquie est de réaliser au plutôt cette oeuvre de réforme et de développement comme elle a aussi la conviction que tous les pas qu'elle fera dans cette voie jouiront de l'encouragement de toutes les Puissances amies.

C'est sur la base de cette conviction que la décision a été prise d'abroger, à compter de la date du 1-er Octobre 1914 les Capitulations qui jusqu'à présent constituèrent une entrave à tout progrès de l'Empire, ainsi que tous privilèges et tolérances accessoires à ces Capitulations ou en découlant et d'adopter comme base des relations avec tous les Etats, les principes généraux du droit international.

Tout en ayant l'honneur de notifier la présente décision, qui devant ouvrir pour l'Empire Ottoman une ère de bonheur, sera à ce titre, je n'en doute point, accueillie avec satisfaction par le Gouvernement Impérial Russe, je me fais un devoir d'ajouter que la Sublime Porte, inspirée exclusivement, dans sa décision, par les intérêts supérieurs de la patrie Ottomane, ne nourrit, en abrogeant les Capitulations, aucune pensée inamicale à l'égard d'aucune Puissance et qu'elle est toute disposée à entamer des négociations en vue de conclure avec le Gouvernement Russe des traités de commerce sur la base des principes généraux du droit international public.

(Signé) *Said-Halim*.

## Texte de la note Identique Responsive.

Du 28 Août/10 Septembre 1914.

J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Altesse de Sa lettre du 9 courant par laquelle Elle veut bien m'informer de la décision prise par le Gouvernement Impérial de supprimer les Capitulations en Turquie à partir du 1-er Octobre prochain.

Je ne manquerai pas de porter cette décision et les considérations sur lesquelles elle se base à la connaissance de mon Gouvernement, mais je crois devoir dès à présent faire observer à Votre Altesse, en contradiction avec le début de l'exposé, que le régime capitulaire tel qu'il fonctionne en Turquie n'est pas une institution autonome de l'Empire, mais la résultante des Traités internationaux, d'Accords diplomatiques et d'Actes contractuels de diverses sortes. Ce régime ne saurait par suite être modifié dans aucune de ses parties et à plus forte raison être supprimé dans son ensemble par le Gouvernement Ottoman qu'à la suite d'une entente avec les Puissances contractantes.

Faute donc d'une entente conforme réalisée avant le 1-er Octobre prochain entre le Gouvernement Ottoman et mon propre Gouvernement je me trouverais dans l'impossibilité de reconnaître force exécutoire à partir de cette date à la décision unilatérale de la Sublime Porte.

**Nr. DCCXCIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

Ob. II 44.

(Télégramme.) Constantinople, le 20 Août/10 Septembre 1914.

Aujourd'hui, j'ai fait remarquer au Grand-Vézir et à *Djavid-bey* que nous ne pouvions aucunement admettre un décret arbitraire de la Porte et que celle-ci n'avait atteint, par ce décret, que l'accord survenu entre les Puissances belligérantes en vue d'y opposer une protestation identique. Pour sortir de la présente situation, je leur ai conseillé d'entamer, sans délai et avant l'application de la mesure abrogatoire, des négociations relatives, d'une part, aux règlements des capitulations susceptibles d'être révisés et, d'autre part, à ceux dont la suppression ne permettrait pas aux étrangers d'habiter la Turquie. L'identité de nos protestations paraît les avoir vivement frappés tous les deux. Ils ont expliqué qu'ils avaient dû, pour éviter la guerre, donner une satisfaction quelconque à l'opinion publique et qu'ils auraient obtenu, en supprimant les capitulations, une certaine accalmie au moins pour un mois. Par là, disent-ils, ils auraient suscité l'indignation de l'Ambassadeur d'Allemagne.—Il est certain que les Turcs continuent à jouer un double jeu et s'efforcent de tirer le plus d'avantages possibles de la guerre européenne.

Communiqué à Bordeaux et Londres.

(Signé) *Giers*.



**Nr. DCCXCIV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 45.**

(Télégramme.) Constantinople, le 28 Août/10 Septembre 1914.

Selon une nouvelle parvenant des Dardanelles, on y travaille actuellement à améliorer les fortifications, sous la direction de *Weber-pacha* et d'un officier supérieur allemand qui vient d'y arriver. 30 artilleurs, du nombre des soldats allemands amenés à Constantinople, ont été débarqués dans les Dardanelles. Les autres, au dire d'un soldat allemand revêtu d'un uniforme turc, se trouvent répartis dans les fortifications le long du Bosphore. Les munitions et l'artillerie continuent à arriver d'Allemagne et l'on attend ces jours-ci un nouveau transport composé de 75 wagons.

(Signé) *Giers.***Nr. DCCXCV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 46.**

(Télégramme.) Constantinople, le 28 Août/10 Septembre 1914.

Une personnalité qui se trouve en étroites relations avec les Ministres Ottomans, émet l'opinion que la Turquie est liée à l'Allemagne par une entente dont la conclusion aurait été due principalement aux instances d'*Enver-pacha*. Cette entente n'oblige pas cependant les Turcs de nous déclarer la guerre immédiatement et c'est par là que s'explique l'attitude qu'ils ont adoptée à présent, malgré les efforts déployés par les Allemands de hâter le dénouement.

Communiqué à Bordeaux et Londres.

(Signé) *Giers.***Nr. DCCXCVI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 47.**

(Télégramme.) Constantinople, le 28 Août/10 Septembre 1914.

J'apprends de bonne source qu'*Enver-pacha* a reçu, le 23 Août, une lettre par laquelle l'Ambassadeur d'Allemagne lui fait comprendre que le Gouvernement allemand trouve le moment propice pour que la Turquie s'acquitte de ses devoirs d'alliée envers l'Allemagne. On ne devrait attendre que la fin des travaux de fortification des Dardanelles. Sans préjuger définitivement de la direction dans laquelle opérerait l'armée turque, l'Allemagne considère que celle-ci pourrait être dirigée vers une attaque de l'Egypte et une descente à Odessa.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCXCVII. Le Ministre des Affaires Etrangères aux Ambassadeurs en France et en Angleterre.**

**Ob. II 48.**

(Télégramme.) Pétrograd, le 28 Août/10 Septembre 1914.

Projet d'une Note identique des Puissances de la Triple Entente.

Le régime des capitulations étant fondé sur des pactes synallagmatiques, il n'appartient pas à la Sublime Porte d'en prononcer l'abrogation par un simple acte de sa propre volonté.

Les Gouvernements Russe, Français et Britannique sont néanmoins disposés à examiner immédiatement et dans l'esprit le plus amical les propositions que la Sublime Porte croirait devoir leur adresser pour substituer au régime actuel un régime plus conforme aux principes généraux du droit international. Les dits Gouvernements ne pourront toutefois se prêter à cet examen qu'après avoir reçu de la Sublime Porte l'assurance qu'Elle observera une stricte neutralité dans la guerre actuelle et qu'Elle s'abstiendra également de tout acte offensif à l'égard d'aucun Etat voisin de la Turquie.

Communiqué à Constantinople.

(Signé) *Sazonow.*

**Nr. DCCXCVIII. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 49.**

(Télégramme.) Pétrograd, le 28 Août/10 Septembre 1914.

Veillez avertir le Grand-Vézir que l'apparition du „Goeben“ et du „Breslau“ dans la mer Noire peut amener des complications. Dans l'espoir que les partis prudents, en Turquie, ne peuvent désirer cela, nous croyons devoir en prévenir amicalement le prince *Said-Halim*.

(Signé) *Sazonow.*

**Nr. DCCXCIX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 50.**

(Télégramme.) Constantinople, le 31 Août/13 Septembre 1914.

Ai reçu Votre télégramme du 28 Août.

J'ai averti le Grand-Vézir que l'apparition du „Goeben“ et du „Breslau“ pouvait amener des complications, d'autant plus que les officiers allemands s'y trouvant à bord chercheraient ces complications afin d'entraîner la Turquie à nous faire la guerre. Le Grand-Vézir m'a répondu qu'il n'était, en attendant, aucunement informé du départ des bâtiments et qu'il ne voyait pas de motif pour les envoyer dans la Mer Noire. Je crois que le Grand-Vézir va s'opposer au départ du „Goeben“ et du „Breslau“ pour la Mer Noire, mais sa voix, malheureusement, ne joue pas un rôle décisif.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCC. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 51.**

(Télégramme.) Constantinople, le 31 Août/13 Septembre 1914.

D'une source confidentielle j'apprends que les Ambassadeurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie, qui avaient adhéré à la Note identique par laquelle les Gouvernements avaient protesté contre la suppression des capitulations, ne comptent pas insister sur les objections formulées contre cette abrogation.

(Signé) *Giers.***Nr. DCCCI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 52.**

(Télégramme.) Constantinople, le 31 Août/13 Septembre 1914.

Aujourd'hui, l'Ambassadeur de Grande-Bretagne a déclaré au Grand-Vézir que l'Angleterre rappelait l'Amiral *Limpus* et, tous les officiers britanniques vu la situation intenable faite en Turquie à la mission navale anglaise.

Communiqué à Londres.

(Signé) *Giers.***Nr. DCCCH. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 53.**

(Dépêche.) Constantinople, le 1/14 Septembre 1914.

En cherchant, par tous les moyens, d'acquérir en Turquie une situation prépondérante, l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie ont surtout porté leur attention sur les organes de la presse de Constantinople.

Selon les informations que possède l'Ambassade de Russie à Constantinople, les principaux journaux reçoivent de ces deux Etats des subsides assez importants et dont le montant est détaillé ci-dessous:

Nom de la gazette.	Sommes perçues.	
	de l'Allemagne	de l'Autriche-Hongrie
	en livres turques.	
Ikdam .....	2.500	1.000
Sabah .....	2.000	1.000
Tanin .....	2.000	1.000
Tasfiri-Efkari .....	2.000	500
Terdjuman .....	500	500

(Signé) *Giers.***Nr. DCCCHH. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 54.**

(Télégramme.) Constantinople, le 2/15 Septembre 1914.

D'un entretien que j'ai eu aujourd'hui avec Talaat-bey et Halilbey, je conclus que les Turcs commencent à se rendre compte de la précipitation



dont ils ont usé dans l'abrogation des capitulations et à en craindre les conséquences qui s'ensuivront après la guerre. Les deux Ministres m'ont assuré de leur désir de se mettre d'accord avec nous. Ils m'ont dit qu'ils étaient disposés à séparer, dans la dite question, la partie économique de la partie juridique, en renvoyant l'abrogation de cette dernière à plus tard. Ce qui leur importe maintenant avant tout, c'est la liberté économique, sans laquelle il n'est pas possible de satisfaire aux exigences du budget. Donc, en ce qui concerne l'abrogation des règlements économiques des capitulations, qui ne forme pas l'objet de récriminations de principe de la part des Gouvernements, ils en voudraient l'application immédiate. Je trouve pour ma part que nous devrions aller sans délai au devant d'eux et nous abstenir d'un refus qui ferait le jeu des Allemands.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCIV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 55.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 4/17 Septembre 1914.

Hier, *Djavid-bey* s'en rapportait au succès que gagnerait la lutte contre le parti belliqueux au sein du Cabinet et déclarait pour certain que les Puissances de la Triple Entente pourraient amener la Turquie à la démobilisation en la faisant dépendre de leur consentement à l'abrogation des capitulations tant économiques que juridiques.

Vu la tendance des Turcs, depuis qu'ils ont reconquis Andrinople, de mettre l'Europe devant un fait accompli dont la suppression ultérieure rencontre un refus de leur part, vu encore la circonstance que les Puissances n'ont d'autre moyen d'exercer à leur égard une pression que de leur déclarer la guerre, je prie de me faire apprendre le plus tôt possible quel serait le sentiment du Gouvernement Impérial concernant la proposition de *Djavid-bey* si celle-ci allait être réitérée au nom du Cabinet entier et munie d'une clause secrète portant que le nouveau régime, libre de capitulations, ne serait appliqué aux étrangers qu'après l'élaboration de normes nouvelles, susceptibles de garantir d'une manière suffisante l'inviolabilité de leur personne et de leurs domiciles.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCV. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 56.**

(Télégramme.)

Pétrograd, le 6/19 Septembre 1914.

Ai reçu Votre télégramme du 4 Septembre.

Nous serions prêts à consentir à l'abrogation des capitulations sous la réserve que le nouveau régime ne serait appliqué qu'après l'élaboration de normes nouvelles, présentant des garanties suffisantes; mais il faudrait que le Gouvernement Ottoman offrit auparavant la neutralité absolue, garantie par la démobilisation et par l'éloignement de tous les militaires allemands.

Communiqué à Bordeaux et Londres.

(Signé) *Sazonow.*

**Nr. DCCCVI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 57.**

(Télégramme.) Constantinople, le 8/21 Septembre 1914.

Aujourd'hui, j'ai fait remarquer au Grand-Vézir que la sortie du „Goeben“ dans la Mer Noire quoique de courte durée, ne s'accordait pas avec sa déclaration selon laquelle la flotte turque ne s'y rendrait point. Je lui ai rappelé ma déclaration précédente relative aux incidents et aux conséquences qui pouvaient résulter de ces sorties et dont la responsabilité retomberait sur la Turquie. A cette occasion, je n'ai pas manqué de rappeler son attention sur le fait que la situation internationale des croiseurs „Goeben“ et „Breslau“ battant pavillon turc ne pouvait être reconnue comme correcte. Le Grand-Vézir tachait de se justifier par la réflexion que le départ d'un grand bâtiment se rendant à des exercices de tir, qui seraient dangereux dans la Mer de Marmara, n'était pas un départ de la flotte et qu'il ne pouvait que me réassurer qu'un départ général de la flotte turque n'aurait pas lieu.

Ses affirmations, même quand elles sont faites de l'assentiment du Conseil des Ministres, ne présentent pas de garantie assez sérieuse puisque la flotte, qui se trouve à la disposition des Allemands et aux ordres directs du Vice-Généralissime *Enver-pacha*, peut partir même en se passant du consentement du reste des Ministres.

(Signé) *Giers.***Nr. DCCCVII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 58.**

(Télégramme.) Constantinople, le 9/22 Septembre 1914.

Le Conseil des Ministres ayant décidé de ne pas envoyer la flotte dans la Mer Noire, l'Ambassadeur d'Allemagne y a envoyé tout de même le „Breslau“ et a fait ensuite savoir au Grand-Vézir que les bâtiments allemands ne se trouvaient soumis aux Turcs qu'à un certain degré et qu'ils étaient destinés à servir non seulement les intérêts turcs, mais principalement les intérêts allemands. A cette occasion, l'Ambassadeur a promis que les officiers allemands n'attaqueraient pas la flotte russe.

(Signé) *Giers.***Nr. DCCCVIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 59.**

(Télégramme.) Constantinople, le 9/22 Septembre 1914.

Les nouvelles que je reçois me font croire que les Ambassadeurs d'Allemagne et d'Autriche s'emploient avec zèle à pousser les Turcs à nous attaquer, mais les Turcs paraissent craindre une rupture avec nous: en même temps, ils redoutent que la flotte commandée par des Allemands n'en vienne à livrer bataille à la flotte russe.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCIX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 60.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 9/22 Septembre 1914.

On vient de publier le texte de la loi provisoire promulguée par l'adé Impérial relative à la majoration à partir de minuit 30 septembre nouveau style à 15% des droits de douane ad valorem soumis aujourd'hui à 11% à 12% ceux qui étaient soumis à 8%. Les objets en or et argent, les bijoux resteront soumis au tarif réduit spécial actuel. Les marchandises expédiées avant la promulgation de la loi payeront les droits en vigueur au moment de leur expédition.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCCX. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.****Ob. II 61.**

(Télégramme.)

Pétrograd, le 11/24 Septembre 1914.

Vous pouvez Vous entendre avec Vos collègues au sujet de la définition de la date à partir de laquelle la Porte peut considérer comme abrogée la partie fiscale des capitulations: de plus il est à souhaiter que les pourparlers aboutissent à fixer cette date à une époque aussi distante que possible.

(Signé) *Sazonow*.**Nr. DCCCXI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 62.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 12/25 Septembre 1914.

Bureau presse publie texte de la loi provisoire étendant aux étrangers s'occupant commerce ou exerçant métier ou profession la loi sur ténementu.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCCXII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 63.**

(Télégramme identique des trois Ambassadeurs.)

Constantinople, le 12/25 Septembre 1914.

Dans une nouvelle entrevue que nous venons d'avoir—mes Collègues de France et d'Angleterre et moi—avec le négociateur ottoman, celui-ci a fait preuve de dispositions plus conciliantes. Le Gouvernement Impérial Ottoman semble se rendre mieux compte du prix de l'adhésion des Gouvernements de la Triple Entente à certaines des modifications qu'il désire apporter au régime capitulaire. Il se montre en conséquence disposé à nous faire des concessions sur la partie judiciaire et pénitentiaire des capitulations qu'il a abrogées avec le reste en échange de l'assimilation de nos nationaux aux ottomans en



matière fiscale et de l'engagement de négocier avec lui des traités de commerce basés sur les principes du droit public international et destinés à remplacer toutes les dispositions commerciales et douanaires des anciens traités. Comme la juridiction est ce qui importe le plus à nos nationaux, dont elle garantit les personnes et les biens contre l'arbitraire, nous avons l'intention de poursuivre les négociations tant que nous pourrions espérer d'obtenir le maintien tel qu'il fonctionne aujourd'hui du régime judiciaire et pénitentiaire en usage à l'égard des étrangers jusqu'à ce que des modifications y aient été apportées avec l'assentiment des Puissances.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 64.**

(Télégramme.) Constantinople, le 13/26 Septembre 1914.

Vu le projet joint à l'abrogation des capitulations et qui concerne la fermeture des postes étrangères, je crois opportun de limiter à une seule la protestation générale des Ambassadeurs de l'Entente à la date du 1 Octobre nouveau style, si nous n'arrivons d'ici là à un accord avec la Porte dans la question des capitulations.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXIV. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 65.**

(Télégramme.) Pétersbourg, le 13/26 Septembre 1914.

Veuillez communiquer ce qui suit au Gouvernement Ottoman :

Le Gouvernement de Russie confirme la protestation que l'Ambassadeur de Russie a remise le 28 Août/10 Septembre dernier à la Sublime Porte. Le régime capitulaire étant ondué sur des actes synallagmatiques il n'est pas au pouvoir de la Porte d'en prononcer l'abrogation par un acte unilatéral. Le Gouvernement Impérial fait donc toute réserve quant aux mesures que les Autorités Ottomanes auraient prises ou viendraient à prendre en violation des stipulations capitulaires, et il se déclare dès maintenant résolu à demander, en son temps, les réparations légitimes pour les dommages que ses ressortissants subiraient de ce fait.

Le Gouvernement de Russie croirait manquer à la confiante amitié qui unit très heureusement la Russie et la Turquie, s'il n'appelait la plus sérieuse attention de la Sublime Porte sur les conséquences de la politique où elle semble vouloir s'engager. La sympathie de la Russie constitue, pour la Turquie, un gage assuré de tranquillité, ainsi qu'une promesse précieuse d'assistance qu'il n'est pas dans l'intérêt de la Turquie de méconnaître.

Communiqué à Bordeaux, Londres et Rome.

(Signé) *Sazonov*.

**Nr. DCCCXV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 66.**

(Télégramme.) Constantinople, le 14/27 Septembre 1914.

Selon des informations tout à fait sûres, le Gouvernement Austro-Hongrois a chargé son Ambassadeur d'amener, par tous les moyens en son pouvoir, la flotte turque à attaquer la Russie.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXVI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 67.**

(Télégramme.) Constantinople, le 14/27 Septembre 1914.

Un torpilleur turc s'est avancé hier soir dans la Mer Egée et a été arrêté par un bâtiment de guerre anglais, qui lui a déclaré que l'escadre anglaise avait reçu l'ordre de ne laisser sortir des Dardanelles aucun bâtiment turc et de tirer sur ceux qui tenteraient une sortie. Le torpilleur turc est rentré aussitôt dans le détroit. Le Commandant des Dardanelles, ayant considéré l'avertissement anglais comme une déclaration de guerre a fermé le détroit.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXVII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 68.**

(Télégramme.) Constantinople, le 14/27 Septembre 1914.

Ayant appris la nouvelle de la fermeture des Dardanelles, nous nous sommes empressés, les Ambassadeurs de France et d'Angleterre et moi, de nous rendre successivement chez le Grand-Vézir pour protester contre cette mesure. Nous avons demandé au Grand-Vézir si elle résultait d'un ordre du Gouvernement ou de l'initiative personnelle du Commandant; il nous a répondu que des instructions générales concernant la fermeture du détroit en cas de danger avaient été données, il y a quelque temps, au Commandant et que celui-ci, en l'occurrence, avait envisagé la déclaration anglaise comme un danger et avait considéré de son droit de recourir à cette mesure sans en avertir la Porte. J'ai conseillé au Grand-Vézir de ne pas sanctionner la décision du Commandant et d'ordonner sans retard l'ouverture du détroit. Le Conseil des Ministres débat cette question en ce moment. Au cours de notre entretien, le Grand-Vézir s'est plaint à moi de ce que la disposition anglaise avait été d'abord communiquée aux Dardanelles et ne lui avait été confirmée que plus tard, par une Note de l'Ambassadeur de Grande Bretagne qui, d'après lui, se trouve en contradiction avec une déclaration anglaise antérieure, selon laquelle le passage dans la Mer Egée n'était interdit qu'au

„Goeben“ et au „Breslau“. J'ai dit au prince Said-Halim que la Porte devait s'en prendre à elle-même puisque les officiers allemands avaient été admis également à bord d'autres navires.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXVIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 69.**

(Télégramme.) Constantinople, le 15/28 Septembre 1914.

Hier, le Grand Vézir a demandé à l'Ambassadeur d'Angleterre de faire éloigner à une certaine distance l'escadre anglaise, qui était stationnée à l'entrée même des Dardanelles, et promettait, dans ce cas d'ouvrir immédiatement le détroit. Sir L. Mallet a transmis cette demande à Londres. Il nous est très important, pour le cas où l'éloignement à une certaine distance de l'escadre anglaise serait admis, qu'il ne se fit qu'à la condition expresse de prendre toutes les mesures nécessaires à empêcher rigoureusement tout bâtiment ennemi de pénétrer dans les Dardanelles.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXIX. L'Ambassadeur en France au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 70.**

(Télégramme.) Bordeaux, le 17/30 Septembre 1914.

Selon un télégramme de l'Ambassadeur de France à Constantinople, le Gouvernement anglais a décidé, par suite de la subordination de la flotte turque au commandement allemand, de ne pas admettre que des bâtiments turcs s'avancent dans la Mer Egée. Un bateau-vedette anglais ayant arrêté un contre-torpilleur turc qui sortait des Dardanelles et lui ayant notifié cette décision, le Commandant des Dardanelles a fermé la navigation dans le détroit. A la suite d'une protestation qu'y opposèrent les trois Ambassadeurs, le Conseil des Ministres de la Turquie a répondu que les Dardanelles seraient ouverts si l'escadre anglaise s'éloignait vers Lemnos.

(Signé) *Iswolsky*.

**Nr. DCCCXX. L'Ambassadeur en France au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 71.**

(Télégramme.) Bordeaux, le 18/31 Septembre 1914.

L'Ambassadeur de France à Londres télégraphie que le Gouvernement anglais ne trouve pas possible d'éloigner ses bâtiments vers Lemnos, ce qui rendrait la surveillance de la sortie des Dardanelles impraticable.

(Signé) *Iswolsky*.

**Nr. DCCCXI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 72.**

(Télégramme.) Constantinople, le 17/30 Septembre 1914.

A partir de demain, nos bureaux de poste ainsi que les bureaux anglais mettront fin à leur travail de réception et de distribution de correspondance en Turquie, comme l'ont déjà fait les bureaux italiens, allemands et austro-hongrois. Nous protesterons—l'Ambassadeur de Grande Bretagne et moi—contre la décision unilatérale de la Porte à ce sujet, indépendamment d'une protestation générale qui sera faite à son tour.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 73.**

(Télégramme.) Constantinople, le 18/31 Septembre 1914.

Conformément à une disposition que j'avais prise d'avance, nos bureaux de poste n'ont pas été ouverts aujourd'hui, les sommes d'argent et la correspondance qui s'y trouvaient ayant été confiées depuis hier à notre consulat le plus rapproché, à titre de dépôt. Nous avons fait—les Ambassadeurs de France, d'Angleterre et moi—par une Note identique, une protestation contre la décision unilatérale de la Porte au sujet de la fermeture des postes étrangers.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 74.**

(Télégramme.) Constantinople, le 18 Septembre/1 Octobre 1914.

Halil-bey, Président de la Chambre des Députés, est venu me voir hier et aujourd'hui pour conférer au sujet de l'abrogation des capitulations. Selon son avis personnel, le Conseil des Ministres instruira peut être. — si nous consentons à réserver à la Turquie sa liberté économique.—les autorités administratives et judiciaires de ne pas appliquer pour le moment l'iradé sur l'abrogation des capitulations juridiques: en attendant, une commission sera formée par Halil-bey pour élaborer un régime qui pourrait nous satisfaire. D'accord avec les Ambassadeurs de France et de Grande Bretagne je lui ai répondu que notre consentement à ce que la Turquie jouisse de la liberté économique dépend directement du maintien des capitulations juridiques jusqu'à l'établissement d'un régime que nous trouverions apte à garantir suffisamment les intérêts de nos ressortissants. Aujourd'hui, Halil-bey m'a fait savoir qu'il était parvenu à persuader la Porte d'accepter cette proposition et que, sur son instance, des instructions secrètes auraient déjà été adressées par la Porte à tous les Valis et institutions judiciaires afin de ne pas appli-



quer la loi concernant la suppression des capitulations juridiques. Halil-bey se propose d'inviter aux travaux de la commission les européens qui se trouvent au service ottoman. — Il y a peu d'espoir pourtant que les travaux de la commission, si celle-ci se réunissait, aboutissent.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXXIV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 75.**

(Télégramme.) Constantinople, le 19 Septembre/2 Octobre 1914.

J'apprends de source absolument sûre que l'Ambassadeur Austro-Hongrois a déclaré au Grand-Vézir que la Turquie devrait attaquer la Russie. Le Grand-Vézir a répondu que la Turquie était prête à marcher, mais ne savait pas dans quelle direction elle devait déployer son action. L'Ambassadeur a fait remarquer à ce propos qu'il fallait faire usage de la flotte dont le but immédiat serait d'exercer une pression sur la Bulgarie et la Roumanie. Ce but pourrait être atteint en anéantissant la flotte russe et, dans le cas où celle-ci éviterait un combat, en assurant la suprématie turque dans la Mer Noire. Le Grand-Vézir a objecté que Constantinople serait exposé aux plus grands dangers si la flotte turque était endommagée au cours d'un combat avec la flotte russe.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXXV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 76.**

(Télégramme.) Constantinople, le 20 Septembre/3 Octobre 1914.

La situation générale à Constantinople, durant les semaines dernières, évolue avec continuité dans un sens, à savoir celui des préparatifs intenses de la Turquie à la guerre. L'apparition du „Goeben“ et du „Breslau“ a fait complètement tourner la tête aux Turcs: les Allemands et les Autrichiens n'ont pas tardé d'en profiter pour mettre la Turquie finalement de leur côté. Vous savez par mes télégrammes qu'un accord a même été passé entre eux. Depuis, le Ministre de la Guerre, nommé Généralissime de l'armée et de la flotte, a livré l'une comme l'autre entièrement aux Allemands. La Turquie a été inondée d'officiers, de soldats, d'armes et de munitions provenant d'Allemagne. Les Allemands se sont mis avec zèle à préparer le pays à une guerre contre toutes les Puissances de l'Entente, à fortifier les détroits et à nous créer des difficultés aux frontières. La transformation de la Turquie en un camp militaire a eu également une répercussion sur les rapports des autorités civiles envers les étrangers; le rôle des Ambassades et des consulats, en ce qui concerne la défense des intérêts des sujets étrangers, est devenu extrêmement difficile. Le fait que la situation des Allemands a empiré sur le théâtre des opérations de guerre, a assagi les Ministres plus modérés: aussi

ceux ci paraissent-ils commencer à s'opposer à l'effort que font les Allemands d'entraîner la Turquie immédiatement à des opérations militaires. Il se passe, au Conseil des Ministres, une lutte entre le parti modéré et *Enver*, soutenu par *Talaat*, — lutte qui change constamment de front selon les nouvelles parvenant du théâtre de la guerre. Un fort mécontentement commence à se manifester à l'intérieur du pays, mis à sac aux fins de la guerre; dans l'armée le mécontentement augmente contre l'hégémonie allemande. Mais il manque une personnalité énergique pour se mettre à la tête du mouvement. Cette situation alarmante et incertaine peut durer jusqu'à notre succès complet quand le courage viendra aux Ministres de se débarrasser d'Enver et des Allemands. Mais il est plus probable, que les Allemands créeront eux-mêmes un incident qui précipitera la Turquie dans une guerre.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXVI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 77.**

(Télégramme.) Constantinople, le 20 Septembre/3 Octobre 1914.

Il me revient des renseignements confidentiels d'après lesquels la Porte a décidé de supprimer dans un très bref délai les privilèges du Liban.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXVII. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 78.**

(Télégramme.) Pétrograd, le 21 Septembre/4 Octobre 1914.

Ai reçu Votre télégramme du 20 Septembre.

Veuillez appuyer les instances de l'Ambassadeur de France au sujet du maintien du règlement du Liban.

(Signé) *Sazonow*.

**Nr. DCCCXXVIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 79.**

(Dépêche.) Constantinople, le 22 Septembre/5 Octobre 1914.

Il y a un mois, Sir *Louis Mallet*, Ambassadeur de Grande-Bretagne, est rentré à Constantinople.

Peu de temps après son arrivée, Sir *Louis* sollicitait une audience de Sa Majesté le Sultan. Sa Majesté reçut l'Ambassadeur d'une manière extrêmement aimable et lui fit part que la Turquie désirait observer une stricte neutralité, qu'elle ne nourrissait de desseins hostiles envers quelque Etat que ce soit et que l'équipage allemand des bâtiments de guerre reçus de l'Allemagne serait débarqué, dans peu de jours.

En réponse à cette déclaration conciliante de Sa Majesté, Sir *Louis Mallet*, à son tour, se dit chargé de déclarer que le Gouvernement de Grande-Bretagne restituerait à la Turquie, après que la guerre serait terminée, les deux dreadnoughts sur lesquels elle avait mis l'embargo.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXIX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 80.**

(Télégramme.) Constantinople, le 22 Septembre/5 Octobre 1914.

La mobilisation générale faite en Turquie et la promulgation de l'état de guerre dans le pays entier ont eu pour conséquence directe le fait que le pouvoir passe des mains des autorités civiles dans celles des militaires.

Cette situation a eu une répercussion particulièrement grave sur l'activité de nos Agents Consulaires dans l'Empire Ottoman.

Les réquisitions du Gouvernement causées par la mobilisation, opérées en dehors de tout système établi et qui enfreignent les droits des sujets étrangers en Turquie, ont attiré l'attention spéciale des Consuls et les ont poussés à défendre les intérêts des personnes lésées. Les protestations qu'ils portaient devant les autorités civiles locales, sont restées sans résultat vu que celles-ci ont déclaré que toutes les mesures de ce genre avaient été prises sur l'ordre des autorités militaires. Ces dernières, à leur tour, n'ont fait aucune attention aux protestations des Consuls.

L'abrogation des capitulations, qui a été faite sur la base d'une décision unilatérale de la Turquie, a porté un coup encore plus grave à l'activité des Consuls employée à la défense de leurs compatriotes, en leur enlevant la possibilité de les protéger directement et de les défendre contre le régime arbitraire des autorités turques.

Dans ces conditions, l'activité de nos Consuls se limite presque uniquement, en ce qui concerne la défense des droits et intérêts de nos sujets, à protester vainement, à enregistrer les cas d'infractions portées aux droits et intérêts de leurs compatriotes et à les porter à la connaissance de l'Ambassade Impériale afin que, au moment où nous devrons, après la guerre, entrer en pourparlers avec la Turquie, nous ayons en mains des matériaux suffisants pour présenter à la Porte des réclamations que ces cas comportent.

L'Ambassade elle-même ne réussit, à son regret, que dans des cas rares à insister sur le rétablissement des droits de nos sujets: car si l'on peut admettre que le Grand-Vézir, en certains incidents, soit disposé à satisfaire à nos demandes, toujours faut-il noter que ses ordres se trouvent exécutés par les autorités locales d'une manière qui n'est ni régulière, ni même tout à fait consciencieuse.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 81.**

(Télégramme.) Constantinople, le 22 Septembre/5 Octobre 1914.

Ai reçu Votre télégramme du 21 Septembre/3 Octobre.

Les Ambassadeurs de la Triple Entente ont présenté hier à la Porte une Note identique concernant la nécessité du maintien du régime du Liban.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCCXXXI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 82.**

(Télégramme.) Constantinople, le 26 Septembre/9 Octobre 1914.

Une institution allemande officielle, qui réquisitionne des marchandises étrangères, fonctionne ici ouvertement sous le nom de Direction des Etapes<sup>4</sup> (Etappen-Kommando). Certains récépissés qu'elle délivre portent la notice que les marchandises sont réquisitionnées „pour le Gouvernement Allemand“. C'est un officier naval allemand, ancien capitaine du stationnaire allemand, qui se trouve à la tête de cette direction. Il y a eu deux cas de saisies de marchandises appartenant à des sujets Russes. J'ai présenté à la Porte une réclamation conforme.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCCXXXII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 83.**

(Télégramme.) Constantinople, le 23 Septembre/6 Octobre 1914.

J'apprends de source sûre que l'Ambassadeur Austro-Hongrois a déclaré hier au Grand-Vézir que les Gouvernements alliés d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie trouvent le moment actuel propice pour diriger des opérations militaires contre nous et que la flotte turque devrait attaquer tout de suite le littoral de la Mer Noire. Le Grand-Vézir aurait répondu d'une manière évasive, en faisant remarquer que, dans le présent état de choses, une opération de la flotte ne pouvait, d'après lui, avoir un caractère décisif.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCCXXXIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 84.**

(Télégramme.) Constantinople, le 28 Septembre/10 Octobre\*) 1914.

La Porte a décidé de promulguer dans le plus bref délai une loi qui subordonne au contrôle du Gouvernement toutes les écoles étrangères, tant

---

\*) Sic. — Herausgeber.



laïques que religieuses. Je protesterai de concert avec les Ambassadeurs de France et d'Angleterre.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXXIV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 85.**

(Télégramme.) Constantinople, le 30 Septembre/13 Octobre 1914.

On me fait savoir de bonne source que les Allemands ont commandé et déjà reçu dix pavillons militaires russes et autant de roumains pour le „Goeben“.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXXV. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 86.**

(Télégramme.) Constantinople, le 2/15 Octobre 1914.

Il me revient de source absolument sûre, que le Grand-Vézir a répondu aux Ambassadeurs d'Allemagne et d'Autriche qui réclamaient une action militaire immédiate contre nous, que la situation financière difficile formait l'unique empêchement à une telle agression.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXXVI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 87.**

(Télégramme.) Constantinople, le 3/16 Octobre 1914.

J'ai appris d'une source digne de foi, qu'il y a eu chez l'Ambassadeur d'Allemagne, le 28 Septembre, une conférence à laquelle ont pris part *Enver-Pacha* et *Talaat-bey*. On a même signé un acte spécial par lequel la Turquie s'engageait à marcher contre nous dès qu'elle aurait touché un subside pécuniaire de l'Allemagne. Le premier versement aurait déjà été reçu.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXXVII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 88.**

(Télégramme.) Constantinople, le 5/18 Octobre 1914.

Des nouvelles certaines me parviennent au sujet d'un transport d'argent qui arrivera d'Allemagne à Constantinople le 8 Octobre: cet argent est promis à la Turquie comme prix de son engagement d'attaquer la Russie. Ensuite, *Enver-pacha* et *Talaat-bey* doivent demander au Grand-Vézir la réponse concernant son consentement de procéder à une action immédiate, et s'il y oppose, d'exiger sa démission.

(Signé) *Giers*.

**Nr. DCCCXXXVIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 89.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 7/20 Octobre 1914.

Il est parfaitement possible qu'avant peu, nous soyons attaqués par la Turquie, qui a reçu de l'or de l'Allemagne.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXXXIX. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 90.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 16/29 Octobre 1914.

A la suite d'une communication télégraphique privée qui a été reçu ici et selon laquelle des torpilleurs turcs auraient coulé plusieurs navires à Odessa, nous proposons, mes collègues de France et d'Angleterre et moi, à nos Gouvernements respectifs de déclarer à la Porte que nous lui laissons le choix d'accepter une rupture immédiate avec nous ou d'éloigner de la Turquie, également sans délai, tous les officiers allemands, aussi bien la mission de *Lümann von Sanders* que les marins.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXL. Le Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur en Turquie.**

**Ob. II 91.**

(Télégramme.)

Pétrograd, le 16/29 Octobre 1914.

Les Turcs ont ouvert des hostilités en attaquant le port nonfortifié de Théodosie et une canonnière en rade d'Odessa.

Veuillez par conséquent donner à nos consuls l'ordre de quitter leur postes et transmettre la sauvegarde de nos intérêts à l'Ambassadeur d'Italie.

Veuillez en plus déclarer à la Porte que Vous avez reçu l'instruction, par suite des opérations de guerre précitées, de quitter Constantinople avec les fonctionnaires qui Vous sont subordonnés.

Communiqué à Bordeaux, Londres, Nich, Sophia, Bucharest, Rome, Athènes et Cettigné.

(Signé) *Sazonow.*

**Nr. DCCCXLI. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 92.**

(Télégramme.)

Constantinople, le 17/30 Octobre 1914.

Ai reçu Votre télégramme à 3 heures de la nuit, m'acquitterai de l'ordre demain matin.

(Signé) *Giers.*

**Nr. DCCCXLII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 93.**

(Télégramme.) Constantinople, le 17/30 Octobre 1914.

Urgent. — Prétextant une maladie, le Grand-Vézir n'a pu me recevoir. Je me suis acquitté par écrit de l'instruction dont j'avais été chargé.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCCXLIII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 94.**

(Télégramme.) Constantinople, le 17/30 Octobre 1914.

Urgent. — Je viens de voir le Grand-Vézir, qui m'a exprimé son vif regret au sujet de l'agression de la flotte turque, en affirmant qu'elle avait été faite contrairement à l'ordre de la Porte. Il m'a assuré qu'il saurait ramener à l'ordre les Allemands. Comme je répondais que j'avais reçu ordre de partir, il me fit observer que tout en le comprenant, il s'adresserait néanmoins directement à Pétrograd dans l'espoir d'aplanir l'incident. Je ne mets pas en doute sa bonne volonté, mais son autorité et je crois sa chute prochaine, ainsi que celle de Djavid-bey.

(Signé) *Giers*.**Nr. DCCCXLIV. L'Ambassadeur en France au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 95.**

(Télégramme.) Bordeaux, le 17/30 Octobre 1914.

Le Ministre des Affaires Etrangères m'a dit que dès hier, ayant reçu du Consul de France d'Odessa la nouvelle de l'attaque dont nous avons été l'objet de la part des Turcs, il a renouvelé à Mr. *Bompard* l'ordre de conformer ses procédés à ceux de ses collègues de Russie et d'Angleterre.

(Signé) *Iswolsky*.**Nr. DCCCXLV. L'Ambassadeur en Angleterre au Ministre des Affaires Etrangères.****Ob. II 96.**

(Télégramme.) Londres, le 18/31 Octobre 1914.

M. *Nicolson* m'a dit que, d'après les derniers télégrammes de Sir *L. Mallet*, Mr. *Giers* avait réclamé ses passeports, que les Ambassadeurs de France et de Grande Bretagne en ont fait autant et quittaient Constantinople.

(Signé) *Benckendorf*.

**Nr. DCCCXLVI. Le Ministre des Affaires Etrangères aux Ambassadeurs en France et en Angleterre. \*)**

**Ob. II 97.**

(Télégramme.) Pétrograd, le 19. Octobre/1 Novembre 1914.

Le Chargé d'Affaires Ottoman m'a fait lecture du télégramme suivant du Grand-Vezir.

„Vous prie dire au Ministre des Affaires Etrangères que nous regrettons infiniment qu'un acte d'hostilité provoqué par flotte russe ait compromis relations amicales des deux pays.

Pouvez assurer Gouvernement Impérial de Russie que Sublime Porte ne manquera pas donner à la question solution qu'elle comporte et qu'elle adoptera mesures propres à prévenir retour de faits analogues.

Pouvez déclarer dès à présent au Ministre des Affaires Etrangères que sommes décidés ne plus permettre à la flotte Impériale passer dans Mer Noire et que nous espérons que flotte Russe à son tour ne viendra plus croiser dans nos parages.

J'ai le ferme espoir que Gouvernement Impérial de Russie voudra bien faire preuve en l'occurrence du même esprit de conciliation que nous au nom des intérêts communs des deux pays.“

J'ai répondu au Chargé d'Affaires de Turquie que je niais catégoriquement le fait d'une initiative hostile de notre flotte. D'ailleurs, je crains qu'il ne soit trop tard pour parler de quoi que ce soit. Si la Turquie s'était prononcée en faveur de l'expulsion immédiate de tous les allemands militaires et marins, l'on aurait pu à la rigueur entamer des pourparlers sur la satisfaction propre à compenser l'agression perfide opérée contre notre littoral et le dommage qui nous a été causé. J'ai ajouté que la communication dont il s'agissait ne changeait rien à la situation créée.

*Fahreddin-bey* recevra ses passeports demain.

(Signé) *Sazonow.*

**Nr. DCCCXLVII. L'Ambassadeur en Turquie au Ministre des Affaires Etrangères.**

**Ob. II 98.**

(Dépêche.) Pétrograd, le 31 Octobre/13 Novembre 1914.

Les Allemands et les Autrichiens se sont obstinément efforcés d'entraîner la Turquie à faire la guerre à la Russie; ils comptaient nous porter un coup sensible au Caucase, en s'appuyant sur une révolte qu'ils s'attendaient à voir éclater au milieu de nos musulmans; par là, ils espéraient provoquer le déplacement d'une partie de nos troupes de notre front occidental: bref, ils ont multiplié tous leurs efforts afin de pousser le Gouvernement Ottoman à prendre une série de mesures qui l'eussent amené finalement à une guerre

\*) An m.: Vgl. *Englisches Blaubuch*, Miscellaneous No. 13 (1914) No. 182 unten Nr. MXXXIII. — Herausgeber.



contre nous et, par conséquent, contre toutes les Puissances de la Triple Entente.

La Porte a solennellement et plus d'une fois exprimé sa ferme décision d'observer une stricte neutralité au cours de la guerre européenne, mais elle a appliqué ses forces, en même temps, à procéder à la mobilisation générale; elle a permis aux bâtiments de guerre allemands, „Goeben“ et „Breslau“, de passer les détroits et laissé à leur bord, malgré toutes ses assurances et ses promesses, l'équipage ainsi que les officiers allemands; elle a ouvert les rangs de l'armée turque aux soldats allemands; elle a déplacé les troupes turques dans la direction de notre frontière et de la frontière anglaise: enfin, elle a fait apparaître la flotte turque, d'une manière démonstrative, dans la Mer Noire:— autant de mesures dirigées ouvertement contre les Puissances de l'Entente, dans l'espoir de provoquer, de leur part, des hostilités contre la Turquie. Malgré cela, les Représentants de la Triple Entente à Constantinople ont employé tous leurs efforts pour que la Turquie s'abstint de toute action irréfléchie, et ils ont protesté simultanément, d'une manière énergique, contre les actes illégaux de la Porte.

Par contre, au sein même du Gouvernement Ottoman, une lutte s'était engagée entre le parti dominé par l'influence de l'Allemagne, intimement persuadé de son succès final, et le parti plus modéré qui trouvait nécessaire d'observer une attitude d'expectative jusqu'à ce que la situation se soit éclaircie sur le théâtre des opérations militaires.

Malgré toutes les persuasions, les promesses, voire les menaces de l'Allemagne, cette situation imprécise eût pu durer encore un certain temps si les Allemands n'y avaient porté eux-mêmes, comme il fallait le prévoir, un coup décisif amenant le dénouement.

Le 16-29 Octobre, le bruit se répandit à Constantinople qu'une rencontre aurait eu lieu dans la Mer Noire entre les flottes de la Russie et de la Turquie. Cette rumeur se basait apparemment sur un télégramme du „Westnik“, télégramme que les autorités turques ne me firent cependant pas communiquer.

J'en reçus la première information par le drogman du Grand-Vézir, que celui-ci m'avait dépêché pour contrôler une nouvelle à laquelle il ne croyait pouvoir ajouter foi. Je n'étais pas en état de lui apprendre quoi que ce fût à ce sujet, bien qu'il fût difficile d'avoir des doutes sur la possibilité d'une rencontre, celle-ci ne paraissant être que la suite naturelle de la situation politique entière. Peu après, mon collègue anglais me communiquait le télégramme qu'il avait reçu au sujet du bombardement d'Odessa par les torpilleurs tures.

Me rendant compte de l'inévitabilité de la rupture avec la Turquie, j'avertissais sans retard le Marquis *Garroni*, Ambassadeur d'Italie, de ce qui venait d'arriver et le priais de prendre des mesures en conséquence, afin de protéger nos consuls en Turquie.

N'ayant pas le moindre doute au sujet de la facilité du départ de l'Ambassade, je nourrissais cependant de sérieuses appréhensions sur le sort de nos représentants consulaires.

C'est à 3 heures de la nuit que je reçus le télégramme de Votre Excellence m'ordonnant, à la suite de l'agression de la flotte turque contre notre littoral de la mer Noire, de quitter la Turquie avec tous les fonctionnaires de l'Ambassade et des consulats; j'en informai la nuit même mes collègues de France et d'Angleterre. Simultanément, une instruction circulaire était rédigée et lancée aux consuls: il paraît cependant qu'ils ne l'ont pas reçue, car le lendemain on apporta à l'Ambassade leurs télégrammes habituels, ayant trait aux affaires courantes et prouvant que les instructions ne leurs étaient pas parvenues.

Le matin du 17/30 Octobre, j'adressai au Grand-Vézir, par téléphone, la prière de me fixer une heure à laquelle il pût me recevoir. Le prince *Said-Halim* me répondit qu'il regrettait de ne pouvoir me recevoir par suite d'une indisposition. Je lui envoyai alors une note officielle donnant le résumé du télégramme que j'avais reçu. Par une lettre privée, jointe à la Note j'exprimais au Grand-Vézir mon regret de devoir quitter Constantinople sans avoir pris congé de lui et le priai de me faire parvenir mes passeports et de prendre des mesures afin que l'Ambassade et nos Consulats pussent quitter sans difficulté les confins de la Turquie.

Les Ambassadeurs de France et d'Angleterre écrivirent au Grand-Vézir dans le même sens.

Le Grand-Vézir me pria de venir le voir à 3 heures à Yénikeui.

Je trouvai chez lui l'Ambassadeur d'Angleterre, qui assista à la plus grande partie de notre entretien. M'emmenant ensuite dans une pièce voisine, le Grand-Vézir se mit à m'assurer que la guerre n'était souhaitée ni de lui ni de son Gouvernement et que sa situation se raffermissait de jour en jour; il me pria de l'aider à réaliser ses vœux sincères de ne pas en venir à une rupture avec nous. Je répliquai que le danger menaçant la Turquie de la part des Allemands lui avait été signalé par moi depuis 3 mois, de même qu'il l'avait été à *Talaat-bey*, et qu'ils avaient entendu mon avertissement que la patience de la Russie avait une limite et qu'elle serait bientôt atteinte. Cette limite était actuellement dépassée et j'avais reçu l'instruction de quitter la Turquie; j'ajoutai que le Grand-Vézir serait toujours en mesure de porter ses prières, par telle voie qu'il lui plairait, à la connaissance du Gouvernement Impérial.

Le prince *Said-Halim* exprima l'intention de télégraphier de suite à *Fahreddin* afin que celui-ci transmette au Gouvernement Impérial des regrets profonds au sujet de ce qui s'était passé. — En prenant congé du prince *Said-Halim* je le priai derechef de porter une attention spéciale au sort de nos consuls, dont le destin allait régler notre attitude envers les Représentants Ottomans en Russie. Le Grand-Vézir promit que l'Ambassade aussi bien que les Consuls partiraient dans les meilleures conditions.

Ayant quitté le Grand-Vézir, je rencontrai dans la salle de réception les Ministres rassemblés en Conseil qui devait être suivi, le soir, d'une conférence réunie du Cabinet et du Comité du parti „Union et Progrès“.

*Djavid-bey* avec lequel je m'entretins quelques minutes, m'assura qu'il se rendait exactement compte des résultats d'une guerre avec la Russie, qu'il tâcherait d'empêcher cette guerre de tous les moyens en son pouvoir et qu'il démissionnerait si ses efforts restaient stériles.

Après mon départ, Sir *L. Mallet* entra de nouveau chez le Grand-Vézir et fut suivi de *M. Bompard*.

M'étant ensuite rendu chez l'Ambassadeur d'Italie, je le priai de nous préparer, pour samedi soir, un train spécial. A cette occasion, le Marquis *Garroni* profita de son entrevue avec *Talaat-bey* pour appeler son attention sur le fait que la Russie allait user envers les Consuls Ottomans des mêmes mesures que celles qui seraient employées à l'égard des nôtres en Turquie. *Talaat-bey* lui rappela l'arrestation du drogman et de l'imam du Consulat Ottoman à Batoum et ajouta qu'il se serait rallié à notre point de vue s'il n'y avait pas eu cet incident-là; à l'heure qu'il est, il se voyait obligé de s'enquérir auparavant du sort des Consuls Turcs en Russie.

Là-dessus le Marquis *Garroni* lui renouvela la proposition de remettre à l'Italie la sauvegarde des intérêts ottomans en Russie. En ce cas, les Ambassadeurs d'Italie à Pétrograd et à Constantinople auraient la possibilité de se concerter pour établir les conditions du rapatriement des Consuls, à la satisfaction réciproque des deux parties.

Le départ de l'Ambassade Impériale, du Consulat Général et de la majorité de la colonie russe,—représentant un total de près de cent personnes, eut lieu le 18 Octobre à 7<sup>h</sup>,4 h. du soir dans des conditions tout à fait favorables.

(Signé) *Giers*.

#### **Nr. DCCCXLVIII. Russisches Ultimatum an die Türkei vom 30. Oktober 1914. \*)**

Dès qu'il eut été informé de la triple agression turco-allemande commise jeudi (29 octobre 1914) dans la mer Noire contre Odessa, Théodosie et Novorossisk, le gouvernement russe a donné mandat à son ambassadeur à Constantinople d'obtenir immédiatement du gouvernement turc des excuses et des regrets, et comme première satisfaction, le renvoi de tous les officiers allemands employés dans l'armée et la marine ottomanes. L'ambassadeur de Russie, à défaut de ces satisfactions, devra demander ses passeports. Cette démarche sera appuyée par les représentants de la France et de L'Angleterre à Constantinople.

#### **Nr. DCCCXLIX. Russische Erklärung vom 1. November 1914 \*) bezüglich des Angriffs des russischen Geschwaders auf die türkische Flotte.**

Petrograd, 1<sup>er</sup> novembre 1914.

Les communiqués des Agences de Berlin et de Vienne suivant lesquels la flotte russe aurait ouvert les hostilités contre l'escadre turque sont une

\*) Anm. zu Nr. DCCCXLVIII und Nr. DCCCXLIX:

Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

invention grossière, tendant manifestement à induire en erreur l'opinion publique de Constantinople, qui est sciemment tenue en ignorance au sujet de l'attaque perfide de notre littoral par les navires turcs conduits par des officiers allemands.

Le même procédé fut déjà mis en jeu quand l'Allemagne nous déclara la guerre qu'elle chercha à justifier par l'envahissement du territoire allemand par des soldats russes, tandis que pas un troupier russe ne franchit la frontière avant la déclaration de guerre. Aujourd'hui comme alors et avant les hostilités turques, notre flotte n'a entrepris aucun acte d'hostilité. Et il est évident que, si l'initiative était émanée de la flotte russe, le bombardement des ports et l'attaque subite de la flotte turque n'auraient pu avoir lieu.

#### **Nr. DCCCL. Russische Note vom 3. November 1914. \*)**

L'Allemagne de l'Autriche, dans leur lutte stérile contre la Russie ont réussi à inciter la Turquie contre cette puissance.

Immédiatement après l'attaque perfide de la flotte turque conduite par des officiers allemands, l'ambassadeur de Russie à Constantinople a reçu l'ordre de quitter l'Empire ottoman avec tout le personal de l'ambassade et des consulats russes.

C'est avec tout une parfaite et confiante tranquillité et en invoquant l'aide de Dieu, que la Russie accueillera cette nouvelle agression des vieux persécuteurs de la religion chrétienne et de tous les peuples slaves.

Ce n'est pas pour la première fois que les vaillantes armées de la Russie auront à triompher des hordes turques, elles sauront à nouveau châtier l'ennemi téméraire de notre patrie.

#### **Nr. DCCCLI. Bericht des russischen Admiralstabes über die Haltung der türkischen Flotte im Schwarzen Meer, November 1914. \*)**

Le 28 octobre au soir, la flotte de la mer Noire, après une croisière, rentra en rade de Sébastopol sans trouver nulle part trace de navires turcs.

Le 29 octobre, à cinq heures du matin, le commandant de la flotte reçut un rapport d'Odessa disant qu'à trois heures du matin deux torpilleurs ottomans ayant des feux rouges et verts et battant pavillon russe étaient entrés dans la porte d'Odessa. Quoique le commandement des torpilleurs turcs fût effectué en langue russe, la canonnière Koubanetz, qui était en vigie, n'ayant reçu aucune réponse au signal conventionnel, ouvrit immédiatement le feu. Une autre canonnière, la Donetz, qui se trouvait en rade, n'eut même pas le temps de tirer, car elle fut coulée par une première torpille turque.

---

\*) Anm. zu Nr. DCCCL und Nr. DCCCLI:  
Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



Cannonnés par le Koubanetz, les torpilleurs turcs prirent rapidement le large tout en tirant, mais en ne causant que des dommages insignifiants au Koubanetz, à plusieurs navires marchands voisines et à une citerne de naphthe. Un des torpilleurs turcs avait perdu une cheminée.

Ayant reçu ce rapport d'Odessa, le commandant de la flotte informa les batteries côtières de Sébastopol de la présence de navires ottomans dans la mer Noire et ordonna l'envoi de dragueurs pour prendre des mesures de précaution contre les torpilles ennemies éventuelles.

Vers sept heures du matin, dans le brouillard, le croiseur Goeben approcha de Sébastopol et en commença le bombardement. Les batteries côtières et les bâtiments russes répondirent énergiquement au Goeben, dont le tir ne causa aucun dégât dans la rade. Plusieurs engins tombèrent dans la ville sans faire ni dégâts, ni victimes. Un projectile tomba sur les dépôts de houille, un autre sur la voie ferrée, une troisième, enfin, sur l'hôpital naval, tuant deux malades et en blessant huit.

Au même moment une flottille de torpilleurs-vigies, commandée par le capitaine Prince Roubetskoï, attaqua le Goeben, mais le feu intense de l'ennemi, l'empêcha de prolonger son attaque au cours de laquelle le torpilleur Lieutenant-Poutschine eut une large voie d'eau et fut incendié.

Le tir du Goeben dura une vingtaine de minutes, après quoi le croiseur prit le large.

En naviguant dans les environs de Sébastopol, le Goeben découvrit le transport Pruth, qui y revenait, et le somma de se rendre.

Ce transport, n'ayant pas d'artillerie, hissa les couleurs militaires et se dirigea vers la côte; son commandant fit ouvrir les „kingstons“, fit sauter les fonds et coula le transport. Le lieutenant Rogowski périt héroïquement en préparant une deuxième cartouche de dynamite.

Une partie de l'équipage du Pruth put se sauver au moyen des embarcations et des bouées de sauvetage; l'autre partie fut recueillie à bord des torpilleurs turcs qui accompagnaient le Goeben.

Les dragueurs, qui avaient suspendu leur travail pendant le bombardement, reprirent leur besogne: après quoi, la flotte de la mer Noire prit le large dans le but de poursuivre les bâtiments ennemis qui, évitant le combat, se réfugièrent dans leur base du Bosphore.

Nos pertes, sur le Pruth, sont de deux officiers, un aumônier et vingt-six matelots; sur le torpilleur Lieutenant-Poutschine, de sept matelots tués et d'un nombre égal de blessés; sur le Koubanetz, de sept matelots blessés. et sur le Donetz d'un médecin tué.

Ainsi qu'il a été établi, le plan turc prévoyait simultanément, outre les attaques contre Sébastopol et Odessa, le bombardement de plusieurs autres points de notre littoral: le Breslau a bombardé Théodosia et le croiseur Hamidieh Novorossisk.

**II. England.****Nr. DCCCLII. Sir Edward Grey to Mr. Beaumont. \*)****Bb. II 1.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 3, 1914.

Turkish ships building in Great Britain.

Arrangements are being made with the firm of Armstrong, Whitworth, and Co. for His Majesty's Government to take over the Turkish battleship „Osman I“ now building with that firm.

Please inform Turkish Government that His Majesty's Government are anxious to take over the contract.

**Nr. DCCCLIII. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey. —** (Received August 4.)**Bb. II 2.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 3, 1914.

Grand Vizier and Minister of the Interior spoke to me with some vexation of the detention of Turkish ship, which they seemed to consider an unfriendly act as Turkey is not at war. Minister of the Interior referred to the very heavy financial sacrifices by which this ship had been paid for with money borrowed at a rate amounting to interest at 20 per cent.

**Nr. DCCCLIV. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey. —** (Received August 4.)**Bb. II 3.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 4, 1914.

Grand Vizier to-day renewed assurances that Turkey intends to observe strict neutrality. Mobilisation had been decided upon only because it would take months to complete, and because the Government wished not to be taken by surprise in case of aggression by Bulgaria, though they had also been alarmed by rumours of action by Russia—attribution, I think, to German Ambassador. Retention of German military mission meant nothing and had no political significance. He regarded them as Turkish employes who were doing good work, and, as they had offered to remain, it would have been ungracious to refuse.

\*) Anm.: Die folgenden Nummern (DCCCLII bis MXXXVII) sind den **englischen Blaubüchern** entnommen:

1. Miscellaneous No. 13 (1914) [Cd. 7628] Correspondence respecting events leading to the rupture of relations with Turkey. XIV u. 77 Seiten. London 1914.

(Angeführt als **Bb. II.**— *Die arabischen Ziffern bezeichnen die Nummern im Blaubuch.*) —

2. Miscellaneous No. 14 (1914) [Cd. 7716] Despatch from His Majesty's Ambassador at Constantinople summarising events leading up to rupture of relations with Turkey, and reply thereto. 7 Seiten. London 1914.

(Angeführt als **Bb. III.**)

Herausgeber.

**Nr. DCCCLV. Sir Edward Grey to Mr. Beaumont.****Bb. II 4.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 4, 1914.

Your telegram of 3rd August.\*)

I am sure Turkish Government will understand necessity for His Majesty's Government to keep all warships available in England for their own needs in this crisis.

Financial and other loss to Turkey will receive all due consideration, and is subject of sincere regret to His Majesty's Government. You should inform Grand Vizier.

**Nr. DCCCLVI. Sir Edward Grey to Mr. Beaumont.****Bb. II 5.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 7, 1914.

If Turkey remains neutral and Egypt remains quiet, and should no unforeseen circumstances arise, His Majesty's Government do not propose to alter the status of Egypt.

A report has reached me that it is being alleged that the annexation of Egypt is under consideration by His Majesty's Government.

You should emphatically contradict this to the Turkish Government, and say that we have no intention of injuring Turkey, and you should add an assurance in the sense of the first paragraph.

**Nr. DCCCLVII. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey. — (Received August 10.)****Bb. II 6.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 9, 1914.

An official communiqué was recently published here which showed a distinctly hostile tone towards Great Britain. This communiqué dealt with the requisition of the Turkish warships by His Majesty's Government. The Grand Vizier has told me that Turkish Government had to pretend to the Turkish public, as the latter had subscribed towards the purchase money for the vessels, that they were taking a stronger line than really was the case. He said, however, that we should not attach too much importance to publications of this kind.

Public opinion is daily growing more excited, and I think that if His Majesty's Government were able to give an assurance that Turkey would have the ships, if possible, on the conclusion of hostilities, such an assurance would have a soothing effect.

I have received a most emphatic assurance from the Grand Vizier that nothing will induce Turkey to join Austria and Germany as long as he remains in power. His position is strong enough to give a certain value to this assurance.

---

\*) See No. 2.

**Nr. DCCCLVIII. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey.** — (Received August 11.)

**Bb. II 7.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 11, 1914.

A Report has reached me from vice-consul at the Dardanelles, dated evening of the 10th August, that two large warships, thought to be the „Goeben“ and the „Breslau“, have entered the Straits, and that the German consul went to meet them. Arrival of these vessels at Nagara late on same evening was reported in a second telegram.

**Nr. DCCCLIX. Sir Edward Grey to Mr. Beaumont.**

**Bb. II 8.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 11, 1914.

I Learn that at 8.30 P. M. last night „Goeben“ and „Breslau“ reached the Dardanelles. These ships should not be allowed to pass through the Straits, and they should either leave within twenty-four hours, or be disarmed and laid up. You should point out to the Turkish Government that these are the duties entailed upon them by their neutrality, and that His Majesty's Government expect that they will act up to their obligations.

**Nr. DCCCLX. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey.** — (Received August 12.)

**Bb. II 9.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 11, 1914.

My telegram of 11th August.\*)

The Ottoman Government have bought „Goeben“ and „Breslau.“ Officers and men will be allowed to return to Germany. Grand Vizier told me that purchase was due to our detention of „Sultan Osman.“ They must have ship to bargain with regard to question of the islands on equal terms with Greece, and it was in no way directed against Russia, the idea of which he scouted.

He formally asked that the British naval mission might be allowed to remain.

**Nr. DCCCLXI. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey.** — (Received August 12.)

**Bb. II 10.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 11, 1914.

Following from consul, Dardanelles, to-day:—

„The large German ship has just left for Constantinople.

„Boats from small German ship have perquisitioned our ships here, and destroyed Marconi apparatus on French ships under threat of sinking them.

\*) See No. 7.



„We have protested, demanding disarmament or expulsion of German ships before night.

„It seems that they desire to force Turkey into war.“

Military authorities seem to have completely lost their heads. British ships are capriciously detained at Dardanelles, and port officials here are refusing to issue papers to outgoing vessels.

**Nr. DCCCLXII. Sir Edward Grey to Mr. Beaumont.**

**Bb. II 11.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 12, 1914.

Your telegram of 11th August.\*)

If the crews of the „Goeben“ and „Breslau“ are returned to Germany at once and if the transfer of those vessels to Turkey is bonâ fide, so that they can only reappear as Turkish ships with Turkish crews, there seems no reason that the British naval mission should be withdrawn.

**Nr. DCCCLXIII. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey. — (Received August 13.)**

**Bb. II 12.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 12, 1914.

I saw the Grand Vizier this morning and made strong representations to him against restrictions of free passage of the Straits, which the military authorities are now imposing under various pretexts. I said they had been holding up passenger and grain ships in the Dardanelles, refusing to deliver papers to ships wishing to leave Constantinople, and ordering grain ships to return to Constantinople at their caprice.

The Grand Vizier admitted that the War Office had been most high-handed in their action, in violation of international obligations.

It seems that the Minister of War has now got entirely out of hand, and I gather that he alone is responsible for the present situation. Matters are undoubtedly becoming serious, but a Cabinet Council is being held this afternoon, and I hope I may be able afterwards to report some improvement.

I should add that all foreign shipping is affected by the restrictions to which I have alluded above.

**Nr. DCCCLXIV. Sir Edward Grey to Mr. Beaumont.**

**Bb. II 13.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 12, 1914.

Your telegram of 11th August.\*\*)

You should at once point out to Grand Vizier that Turkish Government must not permit German ships to commit acts of war in the Straits, and ask why British merchant ships are detained.

\*) See No. 9. — \*\*) See No. 10.

**Nr. DCCCLXV. Tewfik Pasha to Sir Edward Grey.** — (Received August 13.)

**Bb. II 14.**

(Translation.)

L'Ambassadeur de Turquie présente ses compliments à Sir *E. Grey* et a l'honneur de communiquer ci-dessous à son Excellence le texte du télégramme qu'il vient de recevoir à l'instant de son Gouvernement:

„Pour ne laisser subsister aucun doute sur l'attitude pacifique que le Gouvernement Impérial a décidé d'observer dans les conflits actuels, je vous informe derechef qu'il est résolu de garder stricte neutralité.“

Ambassade Impériale ottomane,  
Londres, le 13 août, 1914.

The Turkish Ambassador presents his compliments to Sir *E. Grey* and has the honour to communicate herewith the text of a telegram just received from his Government, which runs as follows:—

„In order that there may be no doubt as to the pacific attitude which the Turkish Government have decided to observe in the existing struggle, I inform you forthwith that they are determined to maintain strict neutrality.“

Turkish Embassy, London  
August 13, 1914.

**Nr. DCCCLXVI. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey.** — (Received August 15.)

**Bb. II 15.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 14, 1914.

Admiral *Limpus* has received promise from Minister of Marine that his Excellency will make crews for the „Goeben“ and „Breslau.“ This will take time, but nevertheless it will be done; and his Excellency has undertaken to hand over the two ships bodily to the British admiral.

Admiral *Limpus* informs me that a month will probably elapse before „Sultan Selim“ (late „Goeben“) can be even moved by the Turkish crews; but the formalities of transfer may be complete technically in a day or two. Further delay in taking delivery from the Germans is unavoidable.

Minister of Marine declared there was no intention of sending the ships outside Sea of Marmora until the end of the war.

**Nr. DCCCLXVII. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey.** — (Received August 16.)

**Bb. II 16.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 15, 1914.

Admiral *Limpus* and all officers of British Naval Mission have suddenly been replaced in their executive command by Turkish officers, and have been ordered to continue work at Ministry of Marine if they remain. Although I have been given to understand by a member of the Government that they

are still anxious to get officers and crew of the „Goeben“ and „Breslau“ out of Turkey, this will probably mean retention of mechanics and technical experts at least, which will create most dangerous situation here.

**Nr. DCCCLXVIII. Sir Edward Grey to Mr. Beaumont.**

**Bb. II 17.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 16, 1914.

As soon as French and Russian Ambassadors are similarly instructed, you are authorised to declare to Turkish Government that if Turkey will observe scrupulous neutrality during the war England, France, and Russia will uphold her independence and integrity against any enemies that may wish to utilise the general European complication in order to attack her.

**Nr. DCCCLXIX. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey. —** (Received August 17.)

**Bb. II 18.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 16, 1914.

This morning Grand Vizier assured me again most solemnly that Turkish neutrality would be maintained. That Germany was doing her utmost to compromise the Turkish Government he did not deny, and he went so far as to admit that there was a danger of provoking Russia if Turkey lent herself to German designs which it served Turkey's interests to acquiesce in. This ambiguous expression no doubt refers to the fact that a certain number of German experts will be left on the „Goeben“ and „Breslau“, owing to the inability of the Turks to handle those ships themselves. It would have been an impossible situation for Admiral *Limpus*, if he had had under his direct orders a mixed crew of Turks and Germans, and perhaps reason of his withdrawal from executive command may lie in this consideration.

The „Goeben“ and „Breslau“ are at present lying off Constantinople. The Grand Vizier has assured me that there is no intention of moving them from Marmora. They are now flying the Ottoman flag under nominal command of Turkish officer, and have been transferred. This at least is a good sign.

**Nr. DCCCLXX. Mr. Beaumont to Sir Edward Grey. —** (Received August 17.)

**Bb. II 19.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 16, 1914.

I have received the following telegram, dated the 15th August, from His Majesty's vice-consul at Dardanelles:—

„A new field of mines has been laid in the zone formerly sown with mines of observation type. It may be assumed that these latter had previously been removed.“

„The new contact mines, to the number of forty-one, were laid by the ‚Mtibah‘ from Kephez to Suandere in a double line. Seven were kept on the ship, and the twenty-four from the ‚Selanik,‘ which is proceeding to Constantinople, were also taken on board.

„The ‚Lily Rickmers‘, a German ship which has arrived here, carries a wireless installation.“

**Nr. DCCCLXXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 18.)

**Bb. II 20.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 18, 1914.

I Have been accorded most cordial reception upon my return to my post by the Grand Vizier, of whom I enquired whether the German crews would be removed soon, and what guarantee he would give that the „Goeben“ and „Breslau“ would be used neither against Great Britain nor against Russia. I also expressed my surprise that the Turkish Government should be apparently entirely under German influence, and that they should have committed such a serious breach of neutrality as was involved by their action in the matter of the German ships.

His Highness said that he deeply deplored this breach of neutrality, which he could not deny. He begged me to give him time to get rid of German crews, which he promised he would do gradually, but, until arrival of Turkish transport with crews from London, Turkish Government had no crew to replace Germans.

His Highness added that he had protested against the action of the „Breslau“ in boarding British and French ships at the Dardanelles, and he expressed the hope that I would not take too serious a view of that incident.

Situation is delicate, but I have great hopes that if His Majesty's Government will exercise patience, it may yet be saved; for Grand Vizier solemnly assured me that neither the „Goeben“ nor the „Breslau“ would go into the Black Sea or the Mediterranean.

Hig Highness said that seizure of Turkish ships building in England by His Majesty's Government had caused the whole crisis, and, as almost every Turkish subject had subscribed towards their purchase, a terrible impression had been made throughout Turkey, where British attitude had been attributed to intention to assist Greece in aggressive designs against Turkey. Turkish population would have understood if Great Britain had paid for the ships, or if she had promised to return them when the war was over; but as it was it looked like robbery. Germans hat not been slow to exploit the situation, of which they had taken every advantage.

His Highness was much impressed and relieved when I informed him of the declaration authorised in your telegram of the 16th August. \*) He

\*) See No. 17.



said that this would be of enormous assistance to him, and he assured me that I need not be anxious lest Turkey should be drawn into war with Great Britain or with Russia. The present crisis would pass.

I am convinced of the absolute personal sincerity of Grand Vizier in these utterances.

**Nr. DCCCLXXII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 21.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 18, 1914.

I told the Turkish Ambassador, who had expressed uneasiness as to our intentions towards Turkey, that Turkey would have nothing to fear from us, and that her integrity would be preserved in any conditions of peace which affected the Near East, provided that she preserved a real neutrality during the war, made the „Breslau“ and „Goeben“ entirely Turkish by sending away the German crews of these vessels, and gave all ordinary facilities to British merchant vessels.

**Nr. DCCCLXXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. —** (Received August 19.)

**Bb. II 22.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 19, 1914.

In view of the possibility that a coup d'État may be attempted with assistance of the „Goeben“, in co-operation with the military authorities under German influence, who exercise complete control, I wish to make it clear that in my opinion the precaution of presence of British fleet at the Dardanelles is wise. I am anxious to avoid any misunderstanding as to the gravity of the situation, notwithstanding the assurances received from the Grand Vizier.

**Nr. DCCCLXXIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. —** (Received August 20.)

**Bb. II 23.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 19, 1914.

I saw the Grand Vizier on the afternoon of 17th August, and made strong representations to him with regard to the detention of vessels laden with cargoes consigned from Russian ports to the Mediterranean.

He promised to give immediate instructions that ships should be allowed to proceed.

The port authorities were undoubtedly instructed yesterday morning to permit seven ships loaded with grain and one with petroleum for the Mediterranean, and one ship with coal for the Danube, to depart, but this permission was cancelled later.

It appears from this as if the military party, supported by the Germans, were determined to reassert themselves, and that a serious conflict of authority has arisen.

I propose to see Grand Vizier, whom I was unable to see last night, as early as possible this morning, and to insist upon his carrying out of his promise with regard to laden ships.

If these are permitted to leave, only four ships will remain, and no others have arrived since yesterday.

Of these four ships only one is in a position to leave immediately, but their case is different to that of the nine ships mentioned above, of which the cargoes have never touched Turkish soil, and which are covered by treaties guaranteeing free passage of the Straits at all times, thus making their detention a far more serious matter.

**Nr. DCCCLXXV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. —** (Received August 21.)

**Bb. II 24.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 20, 1914.

Minister of Marine came to see me to-day and expressed his relief at being able to talk to me freely.

He put forward the following proposal: —

Firstly, that the Capitulations should be abolished immediately. I pointed out the difficulty of this, and he suggested that the Minister of Finance should come and discuss the question with me.

Secondly, he demanded the immediate return of the two Turkish battle-ships acquired by His Majesty's Government at the commencement of the war. I told him that this was impossible, but that I would endeavour to obtain as good terms as possible for them, and that I hoped they would not be needed during the war, and would soon be returned to Turkey; in the meanwhile they should be regarded as a loan from Turkey to a friend.

Thirdly, he asked for renunciation of any interference with the internal affairs of Turkey. This need not be taken seriously, and is, of course, an absurd proposal.

Fourthly, he asked that if Bulgaria should intervene against the Triple Entente, Western Thrace should be given back to Turkey.

Fifthly, he wanted the restoration of the Greek islands. I told him that this was impossible, and he finally agreed to the basis arranged just before the present war broke out.

His final proposal was that the allied Powers should undertake to oblige the Triple Alliance to accept any agreements which might be reached with respect to the Capitulations.

Our conversation was of the friendliest description, and at its close the Minister of Marine asked whether I would sanction the chartering of a British oil-tank steamer now at Tenedos to convey oil from Constanza. I

asked him the purposes for which this oil was required, and he replied that it was for use in Turkish destroyers. I said that I thought that such a request, when the German crews of the „Breslau“ and „Goeben“ were masters of the situation here, would greatly surprise His Majesty's Government, and he replied that he did not wish to create any suspicion in their minds, and would therefore withdraw his request, adding that any suspicion that the German ships would be allowed to attack our shipping was absurd.

I said that, although I personally believed in the sincerity of his assurances, there seemed to be no doubt that the German admiral was now the master here. Minister seemed greatly surprised at this, but finally asked me to assure you that he would open the Dardanelles to the British fleet, if the German crews would not leave the two ships when he told them to do so.

**Nr. DCCCLXXVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 21.)

**Bb. II 25.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 20, 1914.

Following from His Majesty's vice-consul, Dardanelles, dated 19th August „Passages were stopped this afternoon, while seventeen more mines were laid in a zigzag line along one side of the channel, which has been rendered extremely narrow. There is a heavy oil-steamer to pass to-morrow, and it may not be easy.

Mines remain, but I suspect that there are more on board „Rickmers“.

*Weber Pasha*, who has returned with other German officers, is believed to be on board the latter vessel.

Several Hotchkiss guns have arrived and have been mounted on both sides of the Straits commanding minefield.“

**Nr. DCCCLXXVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 22.)

**Bb. II 26.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 21, 1914.

Your telegram of 12th August.\*)

Reply to representations received from Porte expresses regrets for unfortunate incident of which British merchant vessels at Dardanelles were object and gives formal assurances that similar acts shall not occur again. Explanation of detention of ships given in Porte's note is that in consequence of some mines having been detached from their moorings, authorities had prevented vessels from continuing their voyage until mines had been picked up, in order to avoid accidents.

No mention is made of real reason, which was wish of military authorities to requisition grain and other cargoes.

\*) See No. 13.

**Nr. DCCCLXXVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 22.)

**Bb. II 27.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 21, 1914.

I was informed by the Grand Vizier to-night that he wanted all the support that the Triple Entente could give him, and that the sooner they could give a written declaration respecting the independence and integrity of Turkey the better.

A sharp struggle, which may come to a head at any moment, is in progress between the Moderates and the German party, headed by the Minister for War, and is meanwhile creating anarchy here.

Marshal *Liman* \*) and the German Ambassador are recklessly striving to force the Turks into declaring war on Russia, in which case the „Goeben“ and „Breslau“ would presumably sail for the Black Sea. They are prepared to achieve this object, if necessary, by a coup d'État, making the Minister of War dictator.

It is said that the Dardanelles forts have German garrisons, and that the „Goeben“, which has been slightly damaged, will be repaired by the 2nd September, or possibly earlier.

**Nr. DCCCLXXIX. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 28.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 22, 1914.

Your telegram of 20th August. \*\*)

The demands made by the Turkish Government are excessive: we do not, however, wish to refuse all discussion, and you may therefore, as soon as the French and Russian Ambassadors have received similar instructions, address the following communication to the Porte: —

„If the Turkish Government will repatriate immediately the German officers and crews of the „Goeben“ and „Breslau“, will give a written assurance that all facilities shall be furnished for the peaceful and uninterrupted passage of merchant vessels, and that all the obligations of neutrality shall be observed by Turkey during the present war, the three allied Powers will in return agree, with regard to the Capitulations, to withdraw their extra-territorial jurisdiction as soon as a scheme of judicial administration, which will satisfy modern conditions, is set up.

They will further give a joint guarantee in writing that they will respect the independence and integrity of Turkey, and will engage that no conditions in the terms of peace at the end of the war shall prejudice this independence and integrity.“

\*) Head of the German Military Mission in Turkey.

\*\*) See No. 24.



**Nr. DCCCLXXX.** **Tewfik Pasha to Sir Edward Grey.** — (Received August 22.)

**Bb. II 29.**

L'Ambassadeur de Turquie présente ses compliments à Sir *E. Grey* et, se référant à la conversation qu'il a eu l'honneur d'avoir avec son Excellence et dont il avait rendu compte à son Gouvernement par un télégramme en date du 18 courant, s'empresse de l'informer que son Altesse *Saïd Halim Pacha* vient de lui faire savoir par une dépêche responsive expédiée hier et parvenue à l'instant:

1. Que les ordres nécessaires ont été donnés à qui de droit pour le libre commerce dans les eaux ottomanes de tout navire marchand;

2. Que le Gouvernement Impérial procédera au remplacement des officiers et équipage allemands par ceux du „Sultan Osman“ dès qu'ils seront arrivés à Constantinople.

Ambassade Impériale ottomane,  
Londres, le 22 août, 1914.

(Translation.)

The Turkish Ambassador presents his compliments to Sir *E. Grey*, and with reference to the conversation which he had with him, and which he reported to the Turkish Government in a telegram of the 18th instant, hastens to state that his Highness *Saïd Halim Pasha* has just replied in a telegram dated yesterday, and just received, as follows:

1. The necessary orders have been given in the proper quarter for the free navigation of Turkish waters by all merchant vessels;

2. The Turkish Government will replace the German officers and men by those of the „Sultan Osman“ as soon as they arrive at Constantinople.

**Nr. DCCCLXXXI.** **Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 23.)

**Bb. II 30.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 22, 1914.

I saw Minister of Marine, as the Turkish transport has now arrived, and asked him when the crews of the „Goeben“ and „Breslau“ would be repatriated.

He said that it depended upon the Grand Vizier. He was himself in favour of their repatriation.

I shall press the matter strongly, but do not know whether the Moderates are sufficiently strong to insist upon such a step being taken at once.

**Nr. DCCCLXXXII.** **Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 24.)

**Bb. II 31.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 23, 1914.

I hear that a further contingent of German officers has recently arrived via Sophia for service here.

**Nr. DCCCLXXXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 25.)

**Bb. II 32.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 24, 1914.

The Minister of War has not yet recovered from his illness: I have made it absolutely clear to the Grand Vizier that there is evidently no reason for delaying transfer of ships now that changes have come, and I said that His Majesty's Government would not tolerate that the Turkish fleet, as well as the Turkish army, should be in the hands of Germany, warning his Highness that the British fleet would not leave the Dardanelles until His Majesty's Government were satisfied that the Turkish Government had loyally carried out the condition laid down, and until British merchantmen could navigate Turkish waters without either delay or molestation. It was therefore obvious that if there was any idea of manning the Turkish fleet with German officers and men it must be given up. The situation was already quite humiliating enough for the Turkish Empire, which was in peril of total ruin if the Turkish Government allowed the domination of Constantinople by Germany. The Grand Vizier assured me that the Turkish Government had not the slightest intention of Germanising their fleet; and while it is my impression that the forces in favour of the maintenance of strict neutrality by Turkey are slowly gaining, I replied that I should not be satisfied with less than the actual departure of the German crews.

**Nr. DCCCLXXXIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 25.)

**Bb. II 33.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 25, 1914.

I received yesterday a written assurance from Grand Vizier that merchant vessels will be allowed to go and come in Turkish ports without hindrance in accordance with treaties.

**Nr. DCCCLXXXV. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 34.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 25, 1914.

His Majesty the King desires that your Excellency should convey to His Imperial Majesty the Sultan of Turkey a personal message from His Majesty, expressing his deep regret at the sorrow caused to the Turkish people by the detention of the two warships which His Imperial Majesty's subjects had made such sacrifices to acquire. His Majesty the King wishes the Sultan to understand that the exigencies of the defence of his dominions are the only cause of the detention of these ships, which His Majesty hopes will not be for long, it being the intention of His Majesty's Government to restore them to the Ottoman Government at the end of the war, in the event of the maintenance of a strict neutrality by Turkey without favour to the King's enemies, as at present shown by the Ottoman Government.

**Nr. DCCCLXXXVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 26.)

**Bb. II 35.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 25, 1914.

I hear from His Majesty's consul at Jerusalem that forty camels laden with food-stuffs have been seized from Egyptians at Gaza.

**Nr. DCCCLXXXVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 26.)

**Bb. II 36.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 25, 1914.

Seizure of camels reported in my telegram of to-day. \*)

I am making strong representations to Ottoman Government. The Germans, who are no doubt responsible for the activity now reported, are doing their best to embroil us with the Turks.

The Grand Vizier vehemently denies that it is his intention to attack Egypt in any way or to attempt any sort of intrigues there. In this, I think, he is sincere. He is forming a Moderate party genuinely in favour of Turkey remaining neutral.

**Nr. DCCCLXXXVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 26.)

**Bb. II 37.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 25, 1914.

His Majesty's vice-consul, Dardanelles, reports that former channel on the European side of the Straits was further mined on the 24th August. More buoys have been placed in new channel on the Asiatic side, and that channel may now be followed. Passages were prevented on 24th August by the work of laying these buoys, but they have been resumed from to-day.

**Nr. DCCCLXXXIX. Sir Edward Grey to Tewfik Pasha.**

**Bb. II 38.**

Your Excellency,

Foreign Office, August 26, 1914.

I have the honour to acknowledge the receipt of the note which your Excellency was so good as to address to me on the 22nd instant. \*\*)

In reply, I have the honour to state that I have taken note that:

1. The necessary orders have been sent by the Imperial Ottoman Government to the competent authorities to allow free passage in Ottoman waters to all foreign merchant vessels.

2. That the Imperial Ottoman Government will replace the German officers and crew of the late „Goeben“ and „Breslau“ by those of the „Sultan Osman“ the moment the latter arrive at Constantinople.

I have, &c.

*E. Grey.*

---

\*) See No. 35. — \*\*) See No. 29.

**Nr. DCCCXC. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — Received August 27.)

**Bb. II 39.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 26, 1914.

Ninety German sailors passed through Sophia yesterday on their way to Constantinople. I have protested strongly, but Grand Vizier is unable to control the situation, which is dominated by the German Ambassador and generals. *Weber Pasha*, who is in command at the Dardanelles, is said to be urging closing of the Straits. I have brought this to the notice of the Grand Vizier. His Highness most positively repudiated any such idea, and begged me to have patience, as this situation would not last, and he was gaining authority.

In the meantime, general mobilisation is proceeding feverishly, and preparations are being pushed on in the fleet. Eighty pounds' worth of surgical appliances, dressings, &c., were bought by doctor of the "*Corcovado*" to-day. I am informed that there is a 5-inch gun hidden by canvas at her stern. She still lies at Therapia. It is not likely that the two German men-of-war will come out of the Dardanelles, but there are grounds for thinking that German plan is to urge Turkey to attack Russia after France is beaten — about ten days hence, in their estimation. Straits would be entirely closed, and, according to the German Ambassador, quite impossible to force, since Germans have taken special measures to make them impregnable.

To sum up, the situation is most unsatisfactory, though not actually desperate.

**Nr. DCCCXCI. Sir G. Barclay to Sir Edward Grey.** — Received August 27.)

**Bb. II 40.**

(Telegraphic.)

Bucharest, August 27, 1914.

Press to-day reports special train from Berlin, carrying 500 German marines, passed through Bucharest yesterday for Constantinople.

Official communication this evening states that this was not a military transport, but that men were workmen, mostly Germans, under the direction of several engineers and functionaries, on the way to Turkey viâ Bulgaria for work on Bagdad Railway.

Communiqué adds that in future foreign subjects will not be allowed passage through the country in groups of more than twenty, even if their individual passports are in order.

**Nr. DCCCXCII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — Received August 27.)

**Bb. II 41.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 27, 1914.

German ships.

There are grounds for thinking that Germans are urging Turks to send "*Goeben*" into Black Sea, where they would argue that she has a right to



go as a Turkish ship. Germans would count upon Russian warship attacking her, and war would ensue, seemingly provoked by Russia.

Object of Germans is to create a diversion here, draw off some Russian troops and enemies from Austria, and embroil us at the same time.

There are, it is said, 162 German officers here and many reservists.

**Nr. DCCCXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 28.)

**Bb. II 42.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 27, 1914.

My telegram of 27th August.\*)

Russian Ambassador is at present with Grand Vizier, whom I have just seen. I again impressed upon his Highness my apprehensions lest „Goeben“ should make a raid. I expressed my conviction that, should Turkey be so unwise as to provoke the Powers of the Triple Entente, it would mean the end of the Ottoman Empire. To these observations on my part, his Highness replied that the „Goeben“, manned as she was with German crew, would never be allowed by the Turkish Government to enter the Black Sea. His language on this point was most emphatic, and I believe that he was sincere in what he said. I did not fail, however, to draw his Highness's attention to the fact that, if the Minister of Marine, the Minister of War, and the German Ambassador ordered the „Goeben“ to go there, I did not quite see how his Highness was going to prevent it. If the German Emperor ordered the German admiral to go into the Black Sea, it did not seem to me that the two Turkish Ministers could, even if they would, prevent the admiral from obeying those commands.

Grand Vizier assured me most emphatically that my fears were entirely without foundation, but he did not give me any reasons to back up this optimistic opinion. His Highness was much upset when I rejoined that, so long as German crews remained his Highness was not master of his own house, but at the mercy of the Germans, who had, to all intents and purposes, occupied Constantinople. His Highness admitted that Germans were urging Turkey to depart from her neutrality, and that they wished to embroil her with the Russians and ourselves, but he nevertheless solemnly assured me that Turkish Government would not depart from their neutrality. He fully understood Germany's aims in this matter, and all Turkish Government were determined not to fall into the trap.

Grand Vizier is, I am sure, absolutely sincere himself. But none the less the situation is as I have described it in the preceding paragraphs.

\*) See No. 41.

**Nr. DCCCXCIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 28.)

**Bb. II 43.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 27, 1914.

My telegram of 24th August. \*)

In reply to my enquiries Grand Vizier stated that neither he nor Minister of Marine knew anything about the reported arrival of German sailors. They had not been asked for by the Turkish Government.

I said that, if this really was the case, it furnished yet another proof of how completely Germany had obtained control here. German merchantmen were, to my knowledge, arming in the port of Constantinople, and it was obvious that the German sailors were to be put into these ships or on board the Turkish fleet. This being so, it was my duty to warn his Highness of the unfortunate effect that this continued violation of Turkish neutrality in favour of Germany was bound to have upon the Governments of the Triple Entente.

**Nr. DCCCXCV. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received August 28.)

**Bb. II 44.**

(Telegraphic.)

Cairo, August 28, 1914.

Ottoman forces are being mobilised in Hedjaz and further south, and existing military activity in Red Sea may thus be explained. About sixty Turkish officers arrived at Alexandria recently and passed through Egypt down Red Sea. Their destination was the Yemen.

Twelve thousand Turkish troops are reported in Jeddah region.

Signs are not lacking that, in case of war, an attack on Egypt is contemplated by Turkey. A few Turkish officers are now in the Delta. Steps have been taken to watch all those that are known. I learn from a good source that all information of Turkish mobilisation reported from Constantinople is correct. Meanwhile emissaries are being sent to India, the Yemen, Senoussi, and Egypt, to stir up feeling against Great Britain. Activity at Gaza is reported, but it is uncertain whether this is more than raising of levies to replace regulars withdrawn from the north by mobilisation.

**Nr. DCCCXCVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 29.)

**Bb. II 45.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 28, 1914.

General situation here.

It is possible, though I consider it highly improbable, that Turks may make a dash out of the Dardanelles when their fleet is better prepared. It

\*) See No. 39.

is equally possible that Turkey may make some forward movement against Serbia or Greece on land. Nevertheless, I trust that you will not read my various reports to mean that I have abandoned last hope that neutrality will be maintained to extent of not actually attacking Russia in Black Sea. I still think that it is far from probable that Turkey will for the time being make any forward move.

News propagated by German Ambassador here this morning is that Germans are marching on Paris, and that they have decisively worsted the allies. This message has without doubt come by wireless, as the Ambassador is in direct communication with German General Staff. This news will, I fear, tend to shake Turks still further, as they now confidently expect that Triple Entente will be annihilated. There is also no doubt that very active preparations are in hand, and that Germans here are confident of hostilities. Consignments of gold from Germany have arrived for German and Austrian banks, private German residents have sent away their wives, and quantities of medical stores have been purchased and put on board German ships.

I hear that German Ambassador is adopting tone of friendly commiseration for Great Britain, who, he asserts, will never assist Russia in any movement against Turkey. He has made the remarkable statement that his Government will now offer favourable terms to France, which she will certainly accept; that Germany will then wage a platonic war with England, whose heart is not in the struggle, and who will make terms to save her fleet; and that Germany and England will then combine against Russia.

German Ambassador's attitude seems to indicate great preoccupation as regards British fleet and as regards Russian advance in East Prussia, and a desire to make terms now in order to save Germany's resources for a final struggle with us under more favourable conditions. I have made it known privately in the proper quarter that under no conditions would Great Britain abandon her allies, and that, whatever the present situation in the field may be, it is still but the beginning of a struggle from which we are firmly resolved to emerge victoriously.

**Nr. DCCCXCVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received August 29.)

**Bb. II 46.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 28, 1914.

From information that has reached me, there is no doubt that in course of time the whole area of the Dardanelles, Constantinople, and the Bosphorus will become nothing more nor less than a sort of German enclave. Sailors recently arrived from Sophia will be sent to Straits forts and more will follow. This is over and above German military reservists already allotted to garrison those forts.

I hear that, although Turks have not yet any ordnance of the more modern type for mounting in Straits defences, it is very probable that

consignment of guns will arrive in the near future from Germany and Austria through Constanza.

**Nr. DCCCXCVIII. Sir H. Bax-Jones to Sir Edward Grey.**  
(Received August 29.)

**Bb. II 47.**

(Telegraphic.)

Sophia, August 28, 1914.

Special train full of German sailors with officers passed Sophia last night for Constantinople, making total passed about 600.

I am informed credibly that large consignment of guns and artillery material has passed through Roumania to Giurgeva and is now being brought across to Rustchuck.

**Nr. DCCCXCIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** -- (Received August 31.)

**Bb. II 48.**

(Telegraphic.)

Constantinople, August 30, 1914.

I and my colleagues still do not regard situation as hopeless, and are of opinion that we should go on as long as possible without provoking a rupture. I find it hard to believe that, when it comes to the point, Turks would declare war on Russia or on ourselves.

Eventuality of a general war is doubtless counted on by Germany with the object of diverting energies of Russia from the main object of European conflict. Germans may even argue that, in the event of Russians receiving serious check in Germany, they might be induced to desist from struggle by bait of Constantinople.

There is no doubt that it is object of Germany to involve Russia and Great Britain in serious troubles here in the hope of general Balkan conflagration and of complications for us in India and Egypt. I heard to-day on good authority that it is admitted in Berlin that, if necessary, they will encourage a „jehad“\*) with this object.

I have strong impression that Turkish Government, with exception of its extreme chauvinists, are aware of Germany's objects, which I have not ceased to instil into them, and that time may cool their ardour for their German masters. I warned Grand Vizier this morning of inevitable results of siding with Germany against us, and said that our patience was not inexhaustible, and that consequences of allying themselves with our enemies would be serious. His Highness seemed to be impressed, and promised that German sailors should be sent away.

---

\*) I.e., Holy War.



**Nr. CM.** Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. — (Received September 1.)

**Bb. II 49.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 1, 1914.

Minister of Marine called on Russian Ambassador last night and assured him that he was working hard for neutrality, that he would send away German sailors in fortnight, and that 200 were leaving to-day, truth of which we shall verify. He may only be gaining time.

**Nr. CMI.** Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. — (Received September 1.)

**Bb. II 50.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 1, 1914.

I again discussed subject of Turkish neutrality to-day with Grand Vizier. His Highness evidently relies on Minister of Interior, who returns shortly. He assured me most solemnly that Turkish Government would not depart from their neutrality. I replied that we should not be satisfied until the German sailors left, as Turkish neutrality had already been so gravely compromised already. He reiterated with much vehemence that all German sailors should go.

**Nr. CMII.** Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. — (Received September 1.)

**Bb. II 51.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 1, 1914.

*Sulleiman-el burouni*, a highly-placed senator, is in Egypt, probably in Cairo, engaged in fomenting revolutionary movement.

**Nr. CMIII.** Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.

**Bb. II 52.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 1, 1914.

In order that there may be no room for misconception, you should inform Turkish Government that Egyptian Government are taking measures to patrol Suez Canal on both banks, and that this step is necessary to protect the safe and proper working of the Canal. You should add that no advance into Sinai, nor military operations in that region, are under contemplation.

**Nr. CMIV.** Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. — (Received September 2.)

**Bb. II 53.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 2, 1914.

I should be glad to learn whether British Admiral has instructions in case „Goeben“ went into Mediterranean under Turkish flag. Should I tell

Turkish Government that, so long as she has Germans on board, we shall regard her as a German ship and treat her as such, and that, before she goes out into Mediterranean, Admiral *Limpus* must be allowed to assure himself that there are no Germans on board?

I do not anticipate her going out, but should like to make it clear beforehand what our attitude would be in case she does so.

**Nr. CMV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 3.)

**Bb. II 54.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 2, 1914.

Am I authorised to make public statement that Turkey will have nothing to fear from British ships if she maintains strict neutrality and keeps peace during European conflict, if British trade is not interfered with, and if German naval officers and crews are sent out of the country?

**Nr. CMVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 3.)

**Bb. II 55.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 3, 1914.

I should be glad to have discretion to let it be known that if Turkish fleet leaves the Dardanelles we shall treat it as part of the German fleet, as it has German crews and officers on board.

**Nr. CMVII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 56.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 3, 1914.

Your telegram of 2nd September.\*)

So long as German crews have not been sent away, „Goeben“ will certainly be treated as a German ship if she comes out of the Straits. It was only on express condition that German crews would be sent away that we waived demand, to which we were strictly entitled, that ship should be interned until the end of the war.

**Nr. CMVIII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 57.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 4, 1914.

Your telegram of 2nd September.\*\*)

You may make statement you propose, but we cannot restrict movements of British fleet.

---

\*) See Nr. 53. — \*\*) See Nr. 54.

**Nr. CMIX. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 58.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 4, 1914.

Your telegram of 3rd September: \*) Turkish fleet.

Proposal approved.

**Nr. CMX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 6.)

**Bb. II 59.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 5, 1914.

I hear that Inspector from Constantinople of Committee of Union and Progress left Erzeroum on the 1st September for Persia, where he has previously lived. He was accompanied by three Persian revolutionists from Constantinople, one of them named *Agha Mehemet Ali*. They have ideas about Afghan and Indian Moslems, and also intend to stir up anti-Russian trouble in Persia.

**Nr. CMXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 6.)

**Bb. II 60.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 5, 1914.

I have to-day gone over the whole ground with the Minister of the Interior, who seems more inclined to be reasonable. I think there is an improvement in the situation.

Minister quite understands that „Goeben“ will be treated as a German ship if she goes out. They assure me that Turkish fleet will not leave the Dardanelles on any account.

**Nr. CMXII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 6)

**Bb. II 61.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 6, 1914.

Surprises are always possible, but I feel fairly confident, from what I hear from many prominent people with whom I am in touch, that public opinion will change in our favour.

There is growing discontent among influential people, who are now beginning to realise that they are in German hands. This they resent, and they are openly declaring that they will not allow war.

In view of all this, I think I can safely say that there are many signs of an improvement in the situation here.

---

\*) See Nr. 55.

**Nr. CMXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 7.)

**Bb. II 62.**

Sir,

Constantinople, August 19, 1914.

With reference to your telegram of the 12th August\*) to Mr. *Beaumont*. I have the honour to transmit herewith copy of a note verbale addressed by him to the Sublime Porte in the sense of your instructions respecting the perquisitions effected by the German cruiser „Breslau“ off British ships in the port of Chanak and the detention of British ships in the Dardanelles.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure in Nr. 62.

**Note verbale communicated to Sublime Porte,**

Constantinople, August 14, 1914.

It having been brought to the notice of His Britannic Majesty's Government that, while in the neutral port of Chanak (Dardanelles), boats of the cruiser „Breslau“, flying the German flag, boarded and effected perquisitions on British ships, His Britannic Majesty's Chargé d'Affaires has been instructed to request that the Imperial Ottoman Government will not permit German ships to commit acts of war in Turkish ports or in the Straits, the neutrality of which is guaranteed by international treaties.

Mr. *Beaumont* is instructed at the same time to enquire on what grounds British ships have recently been prevented from leaving the port of Constantinople, and have been detained on arrival at the Dardanelles, in some cases for several days.

According to a telegram received to-day from His Majesty's vice-consul at the Dardanelles, British ships are still being held up there, and His Britannic Majesty's Chargé d'Affaires has the honour to request that immediate orders may be sent to allow them to proceed.

**Nr. CMXIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 7.)

**Bb. II 63.**

Sir,

Constantinople, August 21, 1914.

With reference to my immediately preceding despatsch,\*\*) I have the honour to forward herewith a note verbale from the Sublime Porte, expressing regret for the incidents at the Dardanelles and offering explanations.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

\*) See Nr. 13.

\*\*) See Nr. 62.



Enclosure in Nr. 63.

## Note verbale communicated by Sublime Porte.

Le Ministère Impérial des Affaires Étrangères a eu l'honneur de recevoir la note verbale que l'Ambassade de Sa Majesté britannique a bien voulu lui adresser en date du 14 courant.

En réponse, le Ministère Impérial des Affaires Étrangères s'empresse d'exprimer tous ses regrets à M. le Chargé d'Affaires de Sa. Majesté britannique pour le fâcheux incident dont furent l'objet quelques bâtiments de commerce battant pavillon anglais dans le port de Chanak; la Sublime Porte est en mesure de donner les assurances les plus formelles que pareil fait ne se répétera plus.

Quant aux bateaux retenus à Chanak, des torpilles sous-marines s'étant détachées, les autorités Impériales ont cru de leur devoir d'empêcher ces bateaux de continuer leur voyage jusqu'au repêchage desdites mines, pour éviter de fâcheux incidents. Cette interdiction provisoire est donc le résultat d'une mesure générale que le Gouvernement Impérial s'est vu obligé de prendre afin d'assurer la sécurité de la navigation dans les eaux Impériales.

Le Ministère des Affaires Étrangères a l'honneur de porter à la connaissance de l'Ambassade de Sa Majesté britannique que les mines, ayant été repêchées, les autorités compétentes ont été invitées par le Gouvernement Impérial de lever l'interdiction de passage et de faciliter de leur mieux la navigation à tous les navires.

Le 16 août, 1914.

(Translation.)

The Imperial Ministry for Foreign Affairs had the honour of receiving the note verbale which His Britannic Majesty's Embassy was good enough to communicate on the 14th instant.

In reply, the Imperial Ministry for Foreign Affairs hastens to express great regret to the Chargé d'Affaires for the annoying incident suffered by some merchant vessels flying the British flag in the harbour of Chanak; the Sublime Porte are able to give the most formal assurances that such an act shall not be repeated.

As regards the vessels detained at Chanak, some submarine mines having become detached, the Imperial authorities thought it incumbent upon them to prevent those vessels from continuing their voyage until the said mines had been recovered, in order that annoying incidents might be prevented. This provisional prohibition is, it will thus be seen, the result of a general measure which the Imperial Government have been obliged to take with a view to ensuring the safety of navigation in Turkish waters.

The Ministry for Foreign Affairs has the honour to inform His Britannic Majesty's Embassy that, the mines having been recovered, the competent authorities have been requested by the Government to raise the prohibition of free passage, and to do their best to facilitate navigation for all vessels.

August 16, 1914.

**Nr. CMXV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** (Received September 7.)

**BB. II 64.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 6, 1914.

Minister of Interior yesterday assured me that there was no question of Turkey going to war.

I used every possible argument to dissuade Minister of the Interior from leaping on a military adventure, reminding him that in the end Turkey would inevitably pay. I told him His Majesty's Government regarded Turkish fleet as annex of German fleet, and that if it went out into the Aegean we should sink it. He quite realised this, and said that fleet had no intention of leaving Dardanelles.

I went carefully over several infringements of neutrality of which Turks had been guilty, and I said that so long as a single German officer, naval or military, remained here I should consider Turkey as a German protectorate: that I had been informed that Turkish Government attached no importance to written declaration which I and my French and Russian colleagues had made them respecting their integrity. I was greatly surprised at this attitude, but personally somewhat relieved, as to guarantee integrity and independence of Turkey was like guaranteeing life of man who was determined to commit suicide.

We sincerely desired independence and integrity of Turkey, but he must not imagine that Great Britain was afraid of Turkey, or that we feared to face alternative if forced upon us. Most ridiculous stories about insurrections in India and Egypt and approaching downfall of British Empire were being circulated broadcast, and were apparently believed by Minister of War. I hoped that Minister of the Interior was not under those and similar dangerous illusions.

Minister of the Interior said that he understood.

He then proceeded to state that Turkish Government now wished to sell us two Turkish ships outright. They wanted money badly, as the economic situation was desperate. I replied that I did not know His Majesty's Government's views, which I would enquire, but that, personally, I should be reluctant to inflict so mortal a stab on the wounded heart of the Turkish people, who were already suffering so much by temporary detention of their ships. Their purchase might give rise to another tempest of indignation.

Moreover, I doubted whether His Majesty's Government would readily pay several millions to a country which was entirely in German hands, and which was breathing out threats against ourselves and our allies.

He replied that His Majesty's Government could make what conditions they liked if they bought ships; and that Turkish Government would send away all Germans. I said that I would reflect on proposal and repeat it to you.

**Nr. CMXVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 7.)

**Bb. II 65.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 7, 1914.

There is fresh evidence that there has been no sale of the „Goeben“ and „Breslau“ to Turkey. I learn on unimpeachable authority that German Ambassador has twice sent down orders to customs for admission, duty free, of effects for His Imperial Majesty's ship „Goeben.“ I have brought this to notice of Grand Vizier, and have reminded him that we do not recognise sale.

Should I not tell his Highness that His Majesty's Government will require to be satisfied that the sale is a genuine and legal one, before they can recognise the ship as Turkish? I think that this should be done, even if the German crews go.

I have said to both *Talaat* and Grand Vizier that if „Goeben“ and „Breslau“ leave Dardanelles they will be treated as German ships. They fully realise this, and have assured me that the ships will on no account leave.

**Nr. CMXVII. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received September 8.)

**Bb. II 66.**

(Telegraphic.)

Cairo, September 8, 1914.

Presence of numerous Turkish officers in Egypt is undoubtedly a danger, and measures against suspected individuals may become necessary at any moment. A Turkish naval officer recently left Egypt hurriedly for Beirut. A letter belonging to him has been found, in which it is stated that he has been doing his best to cause a strike amongst Moslem stokers and enigneers of four Khedivial mail steamers, which are to be used as transports for our troops. The letter continues that he has not succeeded in his attempts, but that he will do his best to sink the vessels after the troops have embarked. It is worth noting that a strike on steamers in question has now occurred.

**Nr. CMXVIII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 67.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 8, 1914.

British Naval Mission.

Before any decision respecting the recall of the mission is taken by His Majesty's Government, I wish to have your views on the subject. I am reluctant to take any step, however justified it may be, that would precipitate unfavourable developments, as long as there is a reasonable chance of avoiding them. What effect do you consider that withdrawal of mission would have upon the political situation?

The Admiralty are of opinion that the position of the mission may become unsafe and that it is already undignified. They therefore wish it to

be recalled and attached to the embassy until you can arrange a safe passage home for Admiral *Limpus* and the other officers. There is clearly ample justification for the view taken by the Admiralty.

**Nr. CMXIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.\*)** — (Received September 9.)

**Bb. II 68.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 8, 1914.

I have on more than one occasion told Grand Vizier that resentment is probable in England, especially in present circumstances, at the slight put upon British admiral, and that, much as His Majesty's Government desire to remain on friendly terms with Turkey, such proceedings on the part of the Turkish Government cannot be indefinitely overlooked.

In many respects the situation seems to show improvement, but unless His Majesty's Government wish mission to remain indefinitely it seems to me that the present would be a suitable moment to withdraw it. The Turks could not regard this step as a grievance as it is obviously justified by their conduct. The mission are at present treated as non-existent, and their position is consequently both false and invidious. German hold on the navy is becoming stronger daily, and there is no sign of German crews leaving. As a matter of fact, far from being disadvantageous to us, this is becoming embarrassing to the Turkish Government, who are at last beginning to realise that the Germans are not an unmixed blessing. Great discontent reigns among Turkish naval officers, so Admiral *Limpus* tells me, as they dislike German officers, and they even hint that they would rather mutiny than serve under them.

I am of opinion that the time has come to withdraw the mission, and if this can be approved in principle, I will speak to the admiral, who feels his position acutely, and ask him to make the necessary arrangements.

**Nr. CMXX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 10.)

**Bb. II 69.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 9, 1914.

Grand Vizier admitted this morning that the Turkish Government were going to abolish Capitulations.

I said that this information would greatly surprise my Government, whom I would at once apprise.

The Capitulations and conventions were not a unilateral agreement; we had on a former occasion informed the Turkish Government that we were willing to consider any request they might put forward in a generous

---

\*) This telegram crossed Sir *E. Grey's* telegram of September 8, see Nr. 67.



spirit, but I did not imagine that my Government would acquiesce in their total abolition by a stroke of the pen. We were now under martial law. Did he expect us to allow British subjects to be judged by court-martial, especially so long as army was in hands of Germans?

His Highness made some ineffectual endeavours to defend his action, but I cut them short.

**Nr. CMXXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 10.)

**Bb. II 70.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 9, 1914.

Minister of Interior told me to-day that note to embassies on subject of the abolition of the Capitulations had already been despatched. German Ambassador had just called to protest. Earlier in the day the Italian Ambassador had informed me that German and Austrian Ambassadors were ready to associate themselves with us in protesting against the abolition.

German Ambassador has disclaimed authorship of this move on the part of Turkey, and I think that he may be speaking the truth; but every statement he makes must be received with caution. Nevertheless, statement by Minister of Interior, to which I have alluded above, seems to bear him out in this case.

I have discussed the proposed abolition with the Minister of the Interior, and he maintains that they all feel that the time has come to emancipate Turkey from foreign shackles. But he disclaimed any intention of hostility against foreigners. He had already sent instructions to all Valis and police officials not to inflame people against foreigners, and he would give strictest orders that no foreigners should be taken before courts-martial.

I told his Excellency that I thought the action of the Turkish Government would inevitably lead to greater interference than ever in the internal affairs of Turkey. I could only regret that they should have acted so precipitately.

**Nr. CMXXII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 10.)

**Bb. II 71.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 9, 1914.

**Abolition of Capitulations.**

It has been arranged that all the embassies shall send in identic notes to-morrow, acknowledging Turkish note and pointing out that abolition of the Capitulations cannot be accepted, as consent of both contracting parties is necessary.

**Nr. CMXXXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 11.)

**Bb. II 72.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 10, 1914.

Consignments of warlike material from Germany traced up to date amount to 300 rounds of projectiles for Goeben\*, battery of field guns with ammunition, several batteries of heavy howitzers, probably for field army use, and some thousands of rifles. More consignments are on the way. All German reservists who have not been able to leave Turkish Empire have been instructed to report for enrolment with Turkish troops.

**Nr. CMXXXIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 11.)

**Bb. II 73.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 10, 1914.

My telegram of 9th September. \*)

Note abolishing all the Capitulations was received last night. All my colleagues, including German and Austrian Ambassadors, have to-day addressed identic notes to the Sublime Porte stating that, while communicating to our respective Governments note respecting abolition of Capitulations, we must point out that capitulatory régime is not an autonomous institution of the Empire, but the resultant of international treaties, diplomatic agreements, and contractual acts of different kinds. It cannot be abolished in any part. *A fortiori* wholly, without consent of contracting parties. Therefore, in the absence of understanding arrived at before 1st October between Ottoman Government and our respective Governments, we cannot recognise executory force after that date of a unilateral decision of Sublime Porte.

**Nr. CMXXXV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 14.)

**Bb. II 74.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 13, 1914.

I hear that Germans are now dominant at Alexandretta, and secretly suggest and control everything. From 7th September to morning of 12th September, 24 mountain guns, 400 horses and mules, 500 artillery troops belonging to service of 6th Army Corps, and large quantity of ammunition passed through Alexandretta, proceeding by railway to Constantinople.

**Nr. CMXXXVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 15.)

**Bb. II 75.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 14, 1914.

German Ambassador has received instructions from Berlin to publish widely report of revolution in India, with addition that His Majesty's

\*) See Nr. 71.

Government have asked Japan to assist, and that Japan has agreed, in return for free immigration into the Pacific Coast, a free hand in China, and a 40 000 000 £ loan. I was warned in time by the Russian Ambassador, and instructed all consuls by telegraph to deny it, if published, and wrote to the Grand Vizier.

Nothing official has appeared here, but the agencies are publishing part of the story.

**Nr. CMXXVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 16.)

**Bb. II 76.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 15, 1914.

Fleet is now entirely in German hands, and Minister of Marine is powerless. Germans consider that Dardanelles are now impassable, and they are impressing this upon military authorities. It is said that, if the Turkish fleet moved into the Black Sea, Straits would be entirely closed by additional mines, which have just been sent there on the „Nilufer.“

Though I do not say that this coup will actually come off, danger is undoubtedly greater since news has been received of the recent successes of the allies, as the Germans are all the more anxious to create a diversion. My impression is that majority of the Cabinet and the Grand Vizier himself are entirely opposed to any such adventure, and that they are doing their utmost to prevent it; but they are finding out, though they will not admit it, that they are powerless to stop matters.

Both I and my Russian colleague have received independant information that German and Austrian Ambassadors are making a determined effort to force the Minister of War to send the „Goeben“ and the rest of the fleet into the Black Sea. Fifty transports have been ready for some time, and I understand that everything is prepared for the reception on board these vessels of a large number of Turkish troops.

Abolition of the Capitulations is now the principal card in the hands of the peace party. They would, I think, be ready to defer discussion of abolition of judicial Capitulations if abolition of fiscal and commercial treaties could be agreed to forthwith by the three Powers.

I hear that 15 per cent. duties will be applied from the 1st October, but a law is at present under consideration exempting existing contracts. As nothing is at present coming into ports, application of these duties is, as a matter of fact, of little consequence. The tometta also will be applied to foreigners.

**Nr. CMXXVIII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 77.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 16, 1914.

Your telegram of 15th September:\*) Abolition of Capitulations.

\*) See Nr. 76.

I am inclined to point out to Turkish Government that, so long as they maintain neutrality, what we have said to them already holds good, and that we shall be prepared to consider reasonable concessions about Capitulations; but they must not expect concessions from us while their present irregular conduct in the matter of the German officers and crews continues. Perhaps we might also say that if they break the peace we cannot be responsible for the consequences; that we hope they will keep the peace, but whether they do so or not is their own affair.

**Nr. CMXXIX. United Shipowners' Freight, Demurrage, and Protective Association to Sir Edward Grey.** — (Received September 1917.)

**Bb. II 78.**

Vienna Chambers, Bute Docks, Cardiff,  
September 16, 1914.

Sir,

We are instructed by the owners of the steamship „Reliance“ to seek your aid for the recovery of compensation from the Turkish Government for the detention of their steamer by the Turkish authorities.

The facts of the case are as follows:

On the 1st August last the steamship „Reliance“ sailed from Nickolaief with a cargo of barley for Hamburg and arrived off Constantinople at noon on the 3rd. The captain waited at Constantinople for orders from the owners of his steamer until the 6th, but he received no communication from his owners as the Turkish authorities had stopped the delivery of telegrams.

On the 6th August the captain proceeded on his voyage and arrived off Nagara Point, Dardanelles, on the following day at 8 A. M. when he sent his permit to pass through the Dardanelles ashore in accordance with the usual practice and received a signal from the fort that the canal was blocked. This blocking signal was kept up on the 8th, 9th, and 10th August; on the latter date several Italian vessels were piloted out and the German warships „Goeben“ and „Breslau“ were piloted in by Turkish torpedo craft and anchored in Nagara Bay. A German merchant vessel, the „General“, was also piloted in.

The captain of the „Reliance“ daily saw the British consul at Chanak, but the consul was unable to obtain permission for the „Reliance“ to pass through the Dardanelles.

On the 11th, 12th, 13th, and 14th August the „Reliance“ remained off Nagara Point, and on these days Roumanian, French, and Italian steamers were piloted in and out, but no British ships were allowed to leave.

At 5:50 P. M. on the 14th August the captain received orders from Turkish officials to proceed to Constantinople and remain there until the cargo had been discharged. Several other British steamers that were waiting received similar orders, amongst them being the steamship „Hillhouse“, the steamship „Countess of Warwick“, and the steamship „Barrowmore.“



The captain proceeded to Constantinople and arrived there at 1 P. M. on the 15th August. On arrival he went ashore and noted protest against the detention of his steamer and also saw the British consul. On the following day the „Goeben“ and „Breslau“ arrived off Constantinople under the Turkish flag. On this day the „Reliance“ was boarded by a Turkish officer who asked for the displacement of the vessel and for information as to the capacity for carrying horses and troops.

On the 18th captains of all British ships at Constantinople were told by the British harbour-master, on instructions from the British consul-general, that they were now allowed to proceed and were again to apply for permits. On the same day the captain of the „Reliance“ obtained a permit and sailed from Constantinople and arrived again off Nagara Point at 8 A. M. the following morning (19th August) when he sent his second permit ashore, but the Turkish authorities cancelled the permit and ordered the „Reliance“ to anchor. On the 20th August one Italian ship and the British ship „Ryton“, in ballast, were allowed to pass through, and on the following day the steamship „Bullmouth“ loaded with kerosene and three other steamers were piloted out. It was not until the 22nd ultimo at 11.40 A. M. that the „Reliance“ was allowed to sail.

We respectfully submit that the Turkish authorities should be made to pay compensation for their action in detaining British ships, and on behalf of the owners of the „Reliance“ we request that their claim of 640 £, being at the ordinary charter-party rate of 40 £ a day, for the detention of their steamer from the 6th to the 22nd August should be made against the Turkish Government by the British Ambassador at Constantinople.

We are, &c. *Downing and Handcock.*

**Nr. CMXXX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 17.)

**Bb. II 79.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 16, 1914.

Minister of Marine has assured me that he is quite aware of German intrigues, and that Turkish Government are not so innocent as to fall into the trap that has been laid for them. His Excellency admitted, however, that there had been an idea of sending the fleet to visit Trebizond, as he claimed that the Government had a right to do.

I pointed out, should they do so, as long as German officers were on board, there was bound to be a certain risk of some incident occurring, in view of well-known desire of Germans to provoke trouble between Russia and Turkey. His Excellency did not demur to this opinion, and said that he would at once see the Grand Vizier in order to stop it.

I have also seen Grand Vizier. His Highness said there was no intention of sending the „Goeben“ into the Black Sea, and stated that the Minister

of War must obtain the authorisation of the Cabinet before he could issue any such order.

**Nr. CMXXXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 19.)

**Bb. II 80.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 18, 1914.

Following telegram received from His Majesty's consul at Basra:—

„I am informed officially by Turkish commodore that a British man-of-war is lying near boundary line in Shatt-et-Arab, whole of which is within Ottoman waters. Vali intends to ask the captain to allow wireless apparatus to be sealed and to leave, as more than twenty-four hours have elapsed since ship entered the river. Vali kows that I am informing you.“

**Nr. CMXXXII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 19.)

**Bb. II 81.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 18, 1914.

Following sent to Basra:—

„Turkish authorities have, of course, no right to interfere with wireless on men-of-war.“

**Nr. CMXXXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 19.)

**Bb. II 82.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 19, 1914.

Turkish military preparations.

In conversation with the President of the Chamber to-day, I said that if it was really Turkey's intention to go to war with Russia, I considered such a policy absolute madness.

President said that, even if Turkish fleet went into Black Sea, it would not be with any hostile intention towards Russia, with whom they were not going to war. I pointed out to him that Germany was pressing Turkey to send their fleet into the Black Sea with one object only, namely, that war might be provoked by some incident. I therefore urged him most strongly against any such action. He said that he was against it, and that he saw the force of my argument, to which I replied that as the Minister of War was supreme it was unfortunately no guarantee that it would not be done. President told me that the Cabinet had their own policy, which was to remain neutral, and that they were all alive to the aims of Germany. I pressed him hard as to what was the policy of the Minister of War.

I do not regard situation as hopeless. Party in favour of neutrality is growing, but it would be unsafe to rely on their power to restrain war party.

I hear that 156 more mines and the minelayer „Ghairat“ have been sent to Roumeli Kanak, on the Bosphorus. Turkish fleet went to Halki yesterday for review, and will probably remain there till next week, when the „Hamidieh“ and „Messudiyeh“ will be ready. German officers and men continue to arrive by train. It is probable that there are German reservists resident in Turkey who have been incorporated in Turkish army. 200 Germans arrived at the Dardanelles on September 17th.

Cavalry and horse artillery are reported to have moved from Erzeroum towards the frontier.

**Nr. CMXXXIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 20.)

**Bb. II 83.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 20, 1914.

I believe that Minister of War is the only firebrand. Committee of Union and Progress is exercising a restraining influence. I think it is undoubted that party in favour of peace is daily increasing.

French Ambassador had a conversation yesterday with Minister of Marine. Latter assured his Excellency that Turkish Government were determined not to be drawn into war, to which his Excellency retorted that if this assurance was correct, it was difficult to understand why preparations to send Turkish fleet into Black Sea were being made. Minister of Marine replied that Council of Ministers had decided that two destroyers only should go into Black Sea and that the fleet should not go. He admitted that the Minister of War, who was generalissimo of the army and navy, had as a matter of fact ordered the fleet to go, but, as all orders had to pass through him as Minister of Marine, he had insisted that this order should be referred to the Council, with the result above stated.

As an illustration of the entire lack of control possessed by the Cabinet over the Minister of War and the Germans, if any further illustration is needed, I have to report that, despite this assurance from the Minister of Marine, the „Breslau“ and three other smaller ships passed us this morning and entered the Black Sea. My Russian colleague trusts that no incident will happen and proposes to ignore this proceeding.

**Nr. CMXXXV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 21.)

**Bb. II 84.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 20, 1914.

I have just had an animated interview with the Grand Vizier, and I am convinced that he is sincere. Other Ministers are all peaceably inclined, with the exception of the Minister of War. So long as the latter remains supreme an incident may occur at any moment. I tackled the Grand Vizier on the subject of the „Breslau“ entering the Black Sea. He vehemently

disclaimed any intention of attacking Russia, and said that Turkish Government had a right to send their fleet into the Black Sea if they wished to. I reminded him that neither the „Goeben“ nor the „Breslau“ were Turkish ships according to international law, and said that if they left the Dardanelles we would most certainly treat them as enemy ships. He replied that I had told him this often before, and there was no question of the ships leaving the Dardanelles. I then said that information had reached me that Council of Ministers, in order to avoid risk of an incident, had come to the wise decision that the „Goeben“ and the „Breslau“ should not go into the Black Sea: and yet, on the very day on which this decision had been reached by the Cabinet, it was totally disregarded by the Minister of War, as his Highness was doubtless aware. This showed how much control his Highness now exercised. Constantinople and the neighbourhood formed nothing more nor less than an armed German camp, and we all, including his Highness, were at the mercy of *Liman Pasha*\*) and the Minister of War. Many more German officers and men had arrived, and there must now be between 4000 and 5000 German soldiers and sailors here. Grand Vizier replied that he was determined to maintain peace, and that more adherents were joining the peace party every day. He would never allow Minister of War or anyone else to supersede him. Speaking with the utmost energy and even violence he assured me that, in spite of appearances, which he admitted looked bad, nothing would happen.

I said that doubtless peace party was growing, but, nevertheless, Minister of War was pushing forward warlike preparations uninterruptedly. I was receiving constant information respecting British official war news being stopped, cases of requisitions, &c., and I knew as a fact that intrigues against Egypt were being carried on. If his Highness could stop these things, why did he not do so, and when would he be able to do so? His Highness gave me to understand that if a crisis did come there would be a means of stopping Minister of War.

**Nr. CMXXXVI. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received September 22.)

**Bb. II 85.**

(Telegraphic.)

Cairo, September 21, 1914.

Information respecting Turkish preparations against Egypt receives fresh corroboration. There has been no slackening of military preparation in Palestine and in Syria.

If Turkish preparations continue, it may become necessary to put patrols into Sinai and to support our posts in the peninsula. Action of forces in Egypt has been hitherto confined, as you are aware, to patrol of Suez Canal, but I think that Turkish Government should be warned that measures for the protection of the Egyptian frontier may become necessary.

\*) General *Liman von Sanders*, Head of the German Military Mission.



**Nr. CMXXXVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 23.)

**Bb. II 86.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 22, 1914.

A letter was yesterday received by British postmaster from a subordinate official in the Turkish postal administration. In this letter postmaster was informed that foreign post offices in Turkey would be abolished as from 1st October next. I instructed British postmaster to return the letter, and to say that matter had been referred to his Ambassador.

This discourteous manner of communication was my first official information of any intention to abolish foreign post offices in Turkey. I accordingly saw Grand Vizier at once, and said that I resented the manner of communication, and had instructed British postmaster to return the letter. Post offices did not depend upon the Capitulations, and if Turkish Government wished to see the system modified, they should approach His Majesty's Government through the usual diplomatic channel. I warned him that His Majesty's Government would not allow themselves to be ignored in this manner, and I would not, unless by your instructions, consent to summary closing of British post offices on 1st October unless Turkish Government had given guarantees for safeguarding British interests. His Highness said that Great Britain was not aimed at specially. A similar communication had been addressed to all the Powers. I said I was indifferent as to view of the matter taken by my French and Russian colleagues, nor had I yet had time to ascertain what they thought. Grand Vizier assured me that until an understanding had been come to with His Majesty's Government nothing further would be done in the matter.

I would observe that, in my opinion, considerable modification of existing system cannot properly be resisted. If Russian and French Ambassadors agree, may I come to some arrangement on the lines of consenting to incorporation of the British post office as a section of the Ottoman post, if the latter will undertake to take over some of present British employes? I think we might also consent to use Turkish stamps.

**Nr. CMXXXVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 23.)

**Bb. II 87.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 22, 1914.

Your telegram of 25th August.\*)

Sultan received me yesterday in audience, when I delivered the King's message. His Majesty expressed his earnest desire for good relations with Great Britain, and emphatically declared his firm intention of maintaining peace. He requested me to thank the King for his message. Full report follows by despatch.

\*) See No. 34.

**Nr. CMXXXIX. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.****Bb. II 88.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 23, 1914.

Political situation in Turkey.

His Majesty's Government regard state of things at Constantinople as most unsatisfactory. On behalf of His Majesty's Government you should speak in the following sense to the Grand Vizier:—

British Government contemplate no hostile act towards Turkey by British fleet, and they have no desire to precipitate a conflict with her. But the fact that Great Britain has not taken any hostile action against her must not mislead Turkish Government into supposing that His Majesty's Government consider Turkey's attitude is consistent with the obligations imposed upon her by the neutrality which she has officially declared. German officers and men are participating increasingly in Turkish fleet and Dardanelles defences, and not only has Turkey failed to send away the German officers and crews, as she promised, but she has admitted more overland, and they are now in active control of the „Goeben“ and „Breslau.“ The capital is undoubtedly now under the control of the Germans. If His Majesty's Government so desired, present state of things affords ample justification for protesting against violation of neutrality. Great Britain has not, however, so far taken action, as she cherishes the hope that the peace party will win the day. It should, however, be realised by the Grand Vizier and his supporters that unless they soon succeed in getting the situation in hand and bringing it within the limits of neutrality, it will become clear that Constantinople is no longer under Turkish but German control, and that open hostility will be forced on by Germany.

**Nr. CMXL. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.****Bb. II 89.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 24, 1914.

I hear that Egyptian frontier has been violated by armed mounted Arabs said to be encouraged by Turkish troops, and also that Hedjaz line is being reserved for troops. British military authorities consider that breach of the peace on Egyptian frontier is imminent, whether with or without sanction of Turkish Government. You should bring these facts to the knowledge of the Grand Vizier and of the Khedive, who is at present at Constantinople.

**Nr. CMXLI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. — (Received September 25.)****Bb. II 90.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 24, 1914.

Turkish preparations against Egypt.

I have addressed a note to the Grand Vizier recapitulating information recently received on this subject. I reminded his Highness of the assurances which I had several times given him, based upon your telegram of 7th August,\*) and I specially pointed out their conditional nature. Finally I warned him that the information respecting Turkish preparations against Egypt would infallibly produce a most serious impression upon His Majesty's Government.

I later communicated the contents of my note to President of the Council, Minister of Finance, and Minister of Interior, and asked them what explanation they could give, where upon they enquired why so many thousand Indian troops were being sent to Egypt by His Majesty's Government. To this I answered that it was essential to ensure the safety of Egypt and the protection of the Suez Canal, and that as the British garrison of Egypt had been sent to France, it was necessary to replace it by British Indian troops. This seemed to satisfy them.

I cannot believe that they are not alive to the disastrous consequences of going to war with us, or that they seriously can contemplate an expedition against Egypt. They have undoubtedly been strongly urged to send such an expedition by the Germans, and I think that they have allowed preparations to be made, partly to profit as much as possible by German connection and by allowing the Germans to think that they will act, and partly in order to be ready, if Great Britain sustains a serious defeat by land or sea.

Danger of the present situation is obvious, and developments are not improbable, and I shall see the Grand Vizier this morning and endeavour to bring him to book. There is a circumstantial report that the Germans are now making desperate efforts to force the Turks' hands and to compel them to fulfil their part of the bargain, but that at the same time their efforts are meeting with considerable resistance.

**Nr. CMXLII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 25.)

**Bb. II 91.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 24, 1914.

I have informed the Grand Vizier that Austro-German intrigues to involve Turkey in an expedition against Egypt are within my knowledge. Grand Vizier denied that such intrigues existed, but he finally admitted that pressure was being exerted. He declared that he was firmly resolved to keep out of any such intrigue, any complicity in which he disclaimed with emphasis. I strongly urged his Highness to make his position clearer, for preparations at the Dardanelles showed that he was either guilty of complicity or that he was not master in his own house. He answered that his intentions were entirely pacific, and that he did not mean to engage in any quarrel with Great Britain.

\*) See Nr. 5.

His Highness seemed more preoccupied with the Balkan situation at the moment than with anything else. He said that Turkish Government would be unable to refrain from an attempt to get back what they had lost in Balkan wars if Balkan complications ensued. No arguments of mine would induce him to change his attitude in this respect. He said he would be powerless to prevent it.

**Nr. CMXLIII. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received September 25.)

**Bb. II 92.**

(Telegraphic.)

Cairo, September 25, 1914.

Turkish preparations on Sinai frontier.

Two thousand men with stores passed Gaza on night of 18th September following coast towards frontier. Six more battalions are expected at Gaza. In that neighbourhood very strong and secret military preparations are being made on the frontier. Three battalions of Redif completely mobilised have marched to a place one day south of Jaffa on their way to the frontier.

**Nr. CMXLIV. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 93.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 25, 1914.

Abolition of post offices.

You should make the best arrangements you can with regard to post offices, but it must be on record that we reserve the subject for future settlement, and that we do not agree to their abolition.

**Nr. CMXLV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 26.)

**Bb. II 94.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 25, 1914.

Your telegram of 23rd September. \*)

I have again seen Grand Vizier, and pointed out to him as earnestly as is within my power the fatal result to the Turkish Empire of persisting in a course of veiled hostility and petty intrigue against the British Empire. I recalled to him that time and again he had undertaken that the German crews of the „Goeben“ and the „Breslau“ should be sent out of Turkey, and that not only had these promises been broken, but further German officers and men had actually arrived. This proved conclusively that he was either insincere in his assurances or that he was powerless. His Highness begged that I would credit him with the fact that for eight weeks he had kept the peace. He assured me that he had every intention of seeing to it

---

\*) See Nr. 88.



that peace was maintained. I replied that it was not his good intentions that I doubted, but I did distinctly doubt his ability to control the situation. The Germans had evidently gained complete control. An incident might happen at any moment, and the most serious consequences might be involved. His Highness was evidently nettled at what I said, and angrily replied that he was determined to keep the peace, and that, in a matter of peace and war, he was absolute master. This I met by referring him to the serious character of the preparations at present on foot, and by pointing out that, whether he wished it or not, a repetition of the Arab raid across the Egyptian frontier might lead to incidents which would involve him. His Highness said that Minister of War was returning to-day, and that he would at once ask what the preparations were to which I referred. He asserted with violence that no incident would occur.

I have also seen *Halil Bey*, to whom news of preparations against Egypt seemed to be unknown. He expressed astonishment to hear of them, and was evidently horrified at the idea of war with us. He promised to go and see the Minister of War at once.

Position of Grand Vizier is difficult, and, to maintain any kind of control, he is obliged to shut his eyes to much that is going on. I am still strongly of opinion that, unless some act of gross antagonism takes place, we should maintain policy of reserve and abstain from making categorical demands with which his Highness is not yet able to reply, continuing to devote all our efforts towards preventing Turkey from taking active part in hostilities which German and especially Austrian Ambassadors are urging. Main fact of the situation is that, in spite of great pressure, Grand Vizier has kept the peace, and that his party is gaining ground.

**Nr. CMXLVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 26.)

**Bb. II 95.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 25, 1914.

On 22nd and 23rd September, 183 horses, 112 nizam, 2 officers, and 88 carts and carriages, all from Aintab, were entrained at Aleppo for Damascus.

Secret notice was given that in six days' time 120 railway waggons were to be in readiness to convey to Damascus troops arriving from Mosul via Tel Abiyat, and that in all from 25 000 to 30 000 troops were to be drafted from Mosul to Aleppo, of which at least half are destined for Hama or Damascus.

Two Germans connected with Bagdad Railway, one of whom is an expert in blasting operations and mine-laying, left Aleppo this morning for Damascus, the other telling his servant that they were going to Akaba. They had with them 1600 dynamite cartridges and 1500 metres of detonating wires. They may, perhaps, be commissioned to lay mines in Red Sea as there has been talk of Turkish military designs regarding Akaba recently.

**Nr. CMXLVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 27.)

**Bb. II 96.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 26, 1914.

(Grand Vizier has been informed of the information reported by Mr. *Cheetham* in his telegram of 25th September\*), and in my telegram of the same date.\*\*) I warned his Highness that if these preparations against Egypt were allowed to continue, serious consequences would ensue. Minister of War was with Grand Vizier when I made these representations, and his Highness informed me that he fully realised the importance of the question, with which he was occupying himself. I have taken steps to enlighten influential people with what is being done as regards Egypt, and I have seen Minister of Interior and left a memorandum with him on the subject; I have also put the facts before other prominent members of the Cabinet.

**Nr. CMXLVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 28.)

**Bb. II 97.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 27, 1914.

An incident has occurred outside the Dardanelles. At 6 o'clock this evening I heard that a Turkish destroyer was stopped last night outside the Dardanelles and turned back by one of our destroyers. Upon this, Commandant of the Dardanelles closed the Straits. When the news arrived, the Russian and French Ambassadors were with me, and we at once went to see the Grand Vizier. When I arrived the Grand Vizier was in a state of some perturbation. He said sudden action of British fleet had given rise to the belief that an immediate attack was contemplated. Having reassured his Highness that any such belief was unfounded, I said that it seemed to me highly desirable that the Dardanelles should be opened at once, for should the incident become known, it would certainly create the impression that some desperate step was intended by Turkish Government. I explained to his Highness that we were naturally apprehensive lest Germans on Turkish destroyers might endeavour to torpedo or mine our ships, and that it was for that reason that British fleet had been instructed to prevent any Turkish ships from leaving the Dardanelles, so long as any German officers or crews remained.

Grand Vizier asserted that he, personally, favoured the reopening of the Straits, and he requested me to assure His Majesty's Government, in the most formal and solemn manner, that Turkish Government would never make war upon Great Britain. I said that if the accounts that I had received were accurate, Turkish action on Egyptian frontier required explanation, where they had already committed acts of war. He said that facts had been

---

\*) See Nr. 92. — \*\*) See Nr. 95.

greatly exaggerated; that I might rest assured that there would be no more acts of aggression; that there was no thought or question of attacking Egypt; and that orders had been sent for the immediate withdrawal of raiding Bedouins. He added that mobilisation was general, and therefore included those parts of the Empire contiguous to Egypt. He has promised to send a formal answer to my representations on the subject.

**Nr. CMXLIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 28.)

**Bb. II 98.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 27, 1914.

My telegram of to-day. \*)

I have just received a message from the Grand Vizier that, if His Majesty's Government will move the fleet a little further from the entrance to the Dardanelles, the Straits will be reopened. I said that I would ask for your instructions.

**Nr. CML. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received September 29.)

**Bb. II 99.**

(Telegraphic.)

Constantinople, September 29, 1914.

Dardanelles.

Germans are making capital out of closure of the Straits, and I hear on good authority that great pressure is being exerted by them to induce Turkey to attack Russia in the Black Sea. Turks have, however, refused so far to fall in with this scheme.

Great umbrage has been caused to the Turks by fact that it was upon the German Ambassador's order that the „Breslau“ went into the Black Sea the other day.

Grand Vizier is most anxious to reopen the Straits, and has again begged me this morning to let him know whether His Majesty's Government would not consent to move British fleet a little further off.

**Nr. CMLI. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 100.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 29, 1914.

Information has reached His Majesty's Government that Turkish Minister of War telegraphed to Bin Saud, Emir of Nejd, several times towards the end of July that, owing to the imminence of war in Europe, arms, ammunition, and officers for training his Arabs were being sent to him.

\*) See Nr. 97.

Vali of Basra has been informed by Turkish Minister of War that thirty-two secret emissaries, including German officers, are on their way to preach a „jihad“ in India, Afghanistan, and Baluchistan; that arms and ammunition are being sent to Basra under German flag, and that Turkish Government are prepared to help Germany in return for assistance received during Balkan war.

**Nr. CMLII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 101.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 29, 1914.

Under instructions from his Government, Turkish Ambassador has reverted to the continued presence in the Shatt-el-Arab of H. M. S. „Odin.“ *Tewfik Pasha* said that we would doubtless observe the rules of neutrality in other countries, since we had gone to war to defend the neutrality on her own initiative, and so long as she persisted in her present unneutral attitude, His Majesty's Government did not admit that she could appeal to those rules.

In the event of your being approached on this matter by the Grand Vizier, you should state that His Majesty's Government will observe neutrality towards Turkey, if Turkey will do so towards us, and you should inform him of the reply which has been given to Turkish Ambassador.

**Nr. CMLIII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 102.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, September 30, 1914.

Your telegram of 27th September\*) and subsequent telegrams.

Dardanelles were closed unnecessarily by Turkish authorities, and there is no reason why they should not be reopened. Turkish Government are well aware that we have no intention of initiating any aggressive action against Turkey.

The watch maintained by British fleet outside Dardanelles cannot be withdrawn so long as German officers and men remain in Turkish waters and are in control of Turkish fleet. Until, therefore, the German officers and crews are repatriated, the request that the fleet should be moved cannot be entertained.

You should inform Grand Vizier.

**Nr. CMLIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. — (Received Oktober 2.)**

**Bb. II 103.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 1, 1914.

Consul at Basra reports to-day that British man-of-war has left Turkish waters.

\*) See Nr. 97.



He had previously telegraphed that he heard there was an intention to block Shatt-el-Arab in order to prevent departure of British man-of-war. and I had already called Grand Vizier's notice to this report.

**Nr. CMLV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 3.)

**Bb. II 104.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 2, 1914.

Information continues to reach me corroborating reports of Turkish preparations against Egypt. Large transport camel corps arrived at Jerusalem yesterday, and I hear of transport of warlike materials, food-stuffs, and military stores on line Jenin-Nablus-Jerusalem, and also to Maan. Seven German military officers have been sent to Damascus and neighbourhood. This has stimulated preparations, and it is believed in Syria that Turkish Government has decided upon a movement against Egypt, Damascus division being assembled for advance by Akaba, Jerusalem division for that by Rafa. Inhabitants at Beirut and Haifa are being removed inland as a precautionary measure against any action which may be taken by British fleet when the advance on Egypt begins. It is reported from Haifa that localities along the coast are being garrisoned by newly-arrived troops. I have brought the gravity of the existing situation to the notice of the Grand Vizier in the strongest terms in a further note, though I do not view any actual movement against Egypt as imminent at the moment. In my note I have informed his Highness that the measures now undertaken can have no reason except as a threat against Egypt, and that they can no longer be regarded as incidental to an ordinary mobilisation of troops in their peace stations, and I have stated that His Majesty's Government can only view any further preparations at Jerusalem or at Maan in a serious light.

In addition to above-mentioned military measures, movements of suspicious individuals have now been supplemented by those of a German naval officer named *Hilgendorf*, who is at present on his way from Damascus to Petra with a party of eight Germans. It is understood that they will be joined by a smaller party from Haifa via Amman, and that they are conveying a large supply of explosives. I have made representations to the Grand Vizier explaining that such hostile enterprises against Great Britain cannot be allowed in a neutral country, and that these people must be arrested.

Speaking generally, I am inclined to think that both in the neighbourhood of Constantinople, on the Black Sea, the Egyptian frontier, and elsewhere, the Turks intend to have their troops all ready for action at a favourable point should the general European situation afford a good opportunity. Should the German admiral take the „*Goeben*“ into the Black Sea and attack the Russian fleet, or should things take an unfavourable turn for the allies, Turkish troops would be in a position to cross the Egyptian frontier without

much further delay. His Majesty's Government will doubtless consider what, if any, military measures are necessary for the strengthening of strategic points in the Sinai peninsula.

**Nr. CMLVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 3.)

**Bb. II 105.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 3, 1914.

Closing of Dardanelles.

Germans have certainly long been working for the closing of the Straits, presumably with the object of obtaining a freer hand in the Black Sea. There is every reason to suppose that the Dardanelles are closed to shipping not only by administrative act, but also effectively by mines. From information that reaches me from a reliable source, it seems that these mines have been laid by the Germans, and that the Turks are unaware of their position.

**Nr. CMLVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 4.)

**Bb. II 106.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 4, 1914.

His Majesty's consul at Basra telegraphs as follows dated 3rd October: —

„Warships in Shatt-el-Arab.

„I have received a letter from the Vali saying that your Excellency has been informed by the Turkish Government of the measures proposed to be adopted in Turkish waters with regard to foreign belligerent warships; he says that the Shatt-el-Arab from Fao to Durna is closed to foreign warships, being inland waters just as much as Smyrna and the Dardanelles. British men-of-war must therefore leave Shatt-el-Arab within twenty-four hours. Vali ends by saying that he will have to apply strict measures if I cannot induce captains of His Majesty's ships to go outside Fao. I told the Vali that I was asking for instructions from your Excellency, and I informed His Majesty's consul at Mohammerah of the gist of Vali's communication.

„It is possible that H. M. S. „Lawrence“ may also be in the river.“

**Nr. CMLVIII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 107.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 4, 1914.

Dardanelles.

It is the Germans who keep the Straits closed, to the great detriment of Turkey. If you concur, you may point out to the Turks that the British fleet will move away as soon as the German officers and crews leave and the Turkish navy ceases to be under German control. We should then have no fear of hostile action on the part of the Turks.

**Nr. CMLIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 5.)

**Bb. II 108.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 5, 1914.

Turkey is now bankrupt. Supply of coal is, I am glad to say, cut off. Fresh provisions are not coming in, and there is some discontent in the navy and even in the army. Situation is doubtless very delicate, but Turks would be unlikely to go all lengths with Germany, at any rate until German success in the war seems more assured. I think that Turks are possibly less blind to their interests than is generally supposed, and I am still of opinion that situation may be saved. Time is now on our side, and I am strongly in favour of avoiding all occasion of conflict by temporising.

The question of reopening the Dardanelles is really no longer a practical one, for the Straits are now effectively closed by mines, and I am informed that their position is unknown to the Turks themselves.

Russian and French Ambassadors agree with me that our interests are not primarily affected by the closure, as the requisitioning and other measures taken by the Turks against our nationals had already stopped our trade. This is the line I am taking with the Turks. I think they will begin to realise the facts before long. Total cessation of imports is already causing anxiety to Minister of Finance, and Turkish Government will soon become aware that they are the chief losers. The Germans have closed the Straits from political motives, partly, no doubt, because they believe that, by closing the Straits and preventing the entry of the British fleet, it will be easier for them to induce the Turks to take action against Russia in the Black Sea; partly, no doubt, in order to injure the trade of the allies and to prevent communication by sea with Russia.

I think that self-interested designs of Germany are not unknown to the Turks, who are playing up to Germany, not with the intention of falling in with those designs, at any rate for the present, to the extent of making war, but in order to extract as much as possible from her. In the opinion of many people, Germans are now in a position to take matters into their own hands, if they think that German interests demand it. If, however, the Turks' game is such as I have outlined above, it is undoubtedly a dangerous one. As is only natural, Turkish Government profess their ability to check any attempt on the part of Germany to take matters into their own hands, but it is not quite clear how they would be able to prevent it.

**Nr. CMLX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 6.)

**Bb. II 109.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 6, 1914.

Military attaché had a long interview with Minister of War yesterday, from which he derived the impression that his Excellency had ambitious

schemes in the Arab world and in Egypt. These may perhaps refer more to the future, and possibly measures are now being taken so as to prepare for the eventuality of Great Britain being worsted in war with Germany: meanwhile the way is being paved indirectly for present or future action. During the conversation, Minister of War disclaimed any intention on the part of the Turks of initiating, themselves, any offensive movements against Egypt, and pointed out that ordinary Syrian garrison had not been reinforced. He said that, as in the case of other troops within the Empire, Syrian garrison had been fully mobilised. It was being equipped with necessary transport animals, &c., on a war scale, and it was being carefully trained with the help of the officers of the German mission as elsewhere throughout Turkey. Everything, he said, depended on the political situation, for which he was not responsible individually; and it was quite possible that the Syrian army corps might finally be moved in another direction, even, perhaps, to Constantinople. He scouted the idea of individual Germans undertaking enterprises against the Suez Canal or elsewhere, but he admitted that proposals had certainly been made to the Bedouin tribes to enlist their sympathies as supporters of the Empire in all eventualities. He defended the concentration of stores at Maan, Nablus, and Jerusalem, and he added that no troops, but only gendarmes, had been moved in the direction of Gaza. Nevertheless, he could not deny that some of the measures taken were certainly precautionary against Great Britain, and in justification of this he pointed to the entrance of British men-of-war into the Shatt-el-Arab, to the arrival of Indian troops in Egypt, and to the presence of the British fleet in Turkish territorial waters outside the Dardanelles. Military attaché said that, as far as the action of the fleet and of His Majesty's Government were concerned, this was due to infringement of neutrality by Turks, and Great Britain certainly had not the slightest intention of making any attack upon Turkey. It was quite ridiculous to suppose that the arrival of Indian troops in Egypt had anything to do with hostility to Turkey. Minister of War at once advanced such arguments as that Turkey had maintained her neutrality; that German officers and men on auxiliary ships were entirely under Turkish control, indeed they were in the Turkish service. Military attaché said that Turks could not be surprised that Great Britain should be preoccupied if Turkish troops were assembled further south than Jerusalem or Beersheba on the one side, or Maan on the other.

**Nr. CMLXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 7.)

**Bb. II 110.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 6, 1914.

His Majesty's consul at Basra telegraphs to-day as follows:—

„Vali says that he must obey the orders which he has received. He has communicated a copy of these to me. They are to the effect that



the whole of the Shatt-el-Arab and sea within six miles of the shore are closed to warships, as they are territorial waters. Any men-of-war disregarding this prohibition will be fired upon by the guns at Fao. These regulations will be enforced from to-morrow evening, Wednesday, 7th October. They are somewhat obscure, but they mean that H. M. S. „Espiegle“ in the Karun and H. M. S. „Dalhousie“ at Abadan will be interned, unless they leave before the time fixed. No other British man-of-war is this side of Fao. H. M. S. „Lawrence“ is in the Shatt-el-Arab to the best of my belief. His Majesty's consul at Mohammerah has been informed of the above.“

**Nr. CMLXII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 111.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 7, 1914.

British warships in the Shatt-el-Arab.

H. M. SS. „Espiegle“, „Odin“, and „Dalhousie“ are not in Turkish waters. There can be no question of their being ordered out of waters which are not Turkish nor of their being interned by the Turkish Government. According to generally accepted principles of international law, Turkish territorial waters extend to 3 miles out to sea from the coast. Two of His Majesty's ships are being instructed to keep outside the 3-mile limit, while the remaining ship is being told to remain at Mohammerah, which does not belong to Turkey. Our long-established right to pass freely up and down Shatt-el-Arab at all times is not in question, and it must be recognised that we fully reserve that right.

**Nr. CMLXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. —** (Received Oktober 8.)

**Bb. II 112.**

Sir,

Constantinople, September 22, 1914.

Referring to your telegram of 25th August, \*) in which I was authorised to convey to His Imperial Majesty a message from the King, on the occasion of my reception in audience after my return from leave of absence, I have the honour to state that I was received in audience by His Imperial Majesty yesterday.

In view of the difficulty of conversing with His Majesty in an ordinary way, I prepared a written statement containing the message, and I read a separate statement of my own on the subject of the withdrawal of Admiral *Limpus*, having previously arranged with the Master of the Ceremonies, who was to act as interpreter, that this should be translated clause by clause as I read it. I enclose a copy of these statements which I read as arranged.

\*) See Nr. 34.

subject to some slight modifications necessitated by the turn which the interview took.

His Imperial Majesty seemed not only fully to grasp the sense of the communication, to which he listened with eager attention, but responded to it immediately with great vivacity and vehemence, showing a considerable grasp of the issues with which his country is now confronted.

I was much impressed with the earnestness of His Imperial Majesty's repeated assurances of his desire and determination to maintain the ancient friendship between the two Empires and to avoid war with any Power.

A memorandum is enclosed recording what passed at my audience.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure 1 in Nr. 112.

Communication read to the Sultan by Sir L. Mallet on September 21, 1914.

(Translation.)

Mon Souverain m'a chargé d'exprimer à votre Majesté son profond regret de ce que les exigences d'une situation imprévue aient forcé son Gouvernement à détenir les deux vaisseaux de guerre destinés à la marine Impériale. Sa Majesté le Roi se rend compte des sentiments douloureux que cet acte a dû inspirer à votre Majesté, mais il espère que la décision prise par son Gouvernement de rendre ces vaisseaux à la Turquie à la fin de la guerre actuelle suffira pour la convaincre que leur détention ne fut motivée par aucune intention inimicale envers l'Empire, qui est lié avec le sien par une amitié plus que séculaire. C'est parce que cette amitié n'a jamais été rompue que mon Souverain espère que la Turquie ne fera rien qui puisse empêcher son Gouvernement de donner suite à cette décision, qu'elle gardera une neutralité stricte et absolue pendant la guerre actuelle, et que l'on ne tardera pas à mettre fin à quelques faits contraires à la neutralité qui ont provoqué quelque inquiétude au sujet de l'attitude du Gouvernement ottoman.

My Sovereign has commanded me to express his profound regret to your Majesty that the exigencies of unforeseen circumstances have compelled his Government to detain the two warships intended for the Imperial Turkish Navy. His Majesty the King is aware of the painful impression that this action must have made upon your Majesty, but he thinks that the decision of his Government to return these vessels to Turkey at the end of the present war will suffice to convince you that their detention was due to no unfriendly intention towards an Empire bound to his by a friendship of more than a century. It is owing to the fact that this friendship has never been broken that my Sovereign trusts that Turkey will do nothing to prevent his Government from acting up to this decision, that she will maintain strict and absolute neutrality during the present war, and that there will be no delay in putting an end to certain facts contrary to neutrality which have caused some anxiety as to the attitude of the Turkish Government.

Enclosure 2 in Nr. 112.

Statement by Sir L. Mallet with regard to Admiral Limpus  
on September 22, 1914.

(Translation.)

L'amiral *Limpus*, qui, sous les auspices de votre Majesté, a rendu de si grands services à la marine Impériale, m'a prié de faire part à votre Majesté de son regret de ne pas avoir pu déposer ses hommages au pied de son trône avant de quitter Constantinople. Votre Majesté n'ignore pas les circonstances qui ont nécessité son départ, du moment que lui et la mission navale qu'il présidait ont été relégués à une position où ils ne pouvaient plus rien faire pour le bien de la marine ottomane. Rappelé par mon Gouvernement dans ces circonstances regrettables, l'Amiral *Limpus* s'est vu forcé de se rendre aux ordres de ses chefs et à quitter Constantinople dans un délai trop court pour lui permettre de demander une audience de votre Majesté.

Admiral *Limpus*, who, under your Majesty's auspices, has rendered such great services to the Turkish navy, has begged me to inform your Majesty of his regret that he was unable to pay his respects to your Majesty before leaving Constantinople. Your Majesty is aware of the circumstances necessitating his departure from the moment when he and the naval mission under his command were relegated to a position in which they could do nothing further for the welfare of the Turkish navy. Recalled in these regrettable circumstances by my Government, Admiral *Limpus* was obliged to obey the orders of his superiors and to leave Constantinople within too short a space to be able to request an audience of your Majesty.

Enclosure 3 in Nr. 112.

## Memorandum.

The Sultan listened to my communication in silence until the Master of the Ceremonies translated the clause containing the words „quelques faits contraires à la neutralité.“ He then broke in with an eager disclaimer of any unneutral conduct on the part of Turkey. On my mentioning, as a specific instance, the retention of German officers and crews on board the „Goeben“ and „Breslau,“ His Majesty explained with some lucidity that they had been kept for a short time to train the Turkish crews. The „captains“ available in the Turkish navy were unequal to the task, and it was necessary for that reason to do what had been done. The German crews would be sent away in „five or ten days,“ and the officers also. Only one or two of the latter would be retained. He would speak frankly, he said. Great Britain was a great Power with a great navy, and had no need of the two ships of the Ottoman fleet. Great Britain had taken them, but he knew they would be given back at the end of the war. On my remarking that Great Britain wished to make absolutely sure of the position at sea, the Sultan again said that she was too great a maritime Power to need these

ships, but he once more stated his conviction that they would be given back. Anyhow, he and his Government were not going to depart from their neutrality. His Majesty repeated this more than once, saying that they knew that that was the only path of safety, and that his great desire was to keep the peace. He laid stress on the friendship between Great Britain and Turkey. This was the more striking, because the words were not put into his mouth, as might be supposed, by myself, the Master of Ceremonies having quite failed to render the parts of my communication in which I dwelt on past relations between England and Turkey.

When, referring to what the Sultan had said about the need for training his navy, I expressed regret that the British naval mission had not been allowed to complete that task. His Majesty did not seem to grasp the main point, but on my referring to the circumstances of Admiral *Limpus's* departure, he broke in with some emotion, and said twice over that it was not by his wish that the admiral had left Constantinople without an audience. The admiral had not asked for one or come to the Palace. Had he done so he, the Sultan, would have postponed all other business in order to see him. I said I would convey this to Admiral *Limpus*. I also promised to communicate the Sultan's assurances, which I said I sincerely believed, to the King, who would be gratified at receiving them.

Just before I took my leave, His Majesty was good enough to express his warm personal regard, and made some further kind remarks about the value which he attached to his personal relations with me. The Sultan spoke throughout in the most homely language, but with great liveliness and point, and with obvious sincerity. His assurances about his desire to observe neutrality and remain at peace, rather lost than gained in force by the way in which the Master of Ceremonies (whose mind is slow and whose French is defective) translated them. His remarks on the embargo on the two ships were plainly, but not discourteously or resentfully, worded.

**Nr. CMLXIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 8.)

**Bb. II 113.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 7, 1914.

British warships in Shatt-el-Arab.

Grand Vizier assured me this afternoon that Vali of Basra had been instructed to avoid all interference with His Majesty's ships in the Shatt-el-Arab.

**Nr. CMLXV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 8.)

**Bb. II 114**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 7, 1914.

There has been fighting during the last few days on frontier between Russian troops and Kurds supported by Turkish troops. Last night Russian



Ambassador made strong representations to the Grand Vizier, and said that the Turkish Government must restrain the activities of their troops on the frontier. Furthermore, Russian consul had been arrested. Replying to these representations, Grand Vizier assured Russian Ambassador, in writing, that the consul should be released at once and that the fighting should cease. Russian Ambassador has certain information that Turks are being incited to fight by Germans and Austrians. His Excellency agrees with me that Grand Vizier is honestly exercising what influence he has in favour of peace, but it is doubtful if he has the power to restrain the military party under *Enver Pasha*.

**Nr. CMLXVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 11.)

**Bb. II 115.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 10, 1914.

It is highly probable that for some time past money has been sent to Syria mainly with the object of subsidising the Bedouins. It is also supposed that the Germans in Syria have had sums of money with them. The following is the number of German military officers known to be in Syria at present: Seven who went there some time ago, of whom Colonel *Kress von Kressenstein* is one, four who arrived 2nd October at Damascus, and five more who arrived there on 6th October. My information is to the effect that seven more may since have arrived at Alexandretta. Meanwhile, another party of Turkish sailors is leaving Constantinople overland for Bagdad and the Tigris. Information has just reached me from Damascus to the effect that Colonel *von Kressenstein* had gone to Maan to inspect, but only two military trains with details and stores had left in the last two days. West of the Jordan no movements had taken place. Two railway vans of dynamite had left Damascus for Beirout; 4,000 Mosul troops had reached Aleppo, but were waiting there for the present.

**Nr. CMLXVII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 116.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 11, 1914.

It seems to me that the key of the situation lies in Constantinople. It would be fatal to give way to Turkish demands beyond a certain point, especially in the Persian Gulf, but, nevertheless, I entirely share your view that His Majesty's Government should avoid giving even a plausible cause of offence to Turkey. I think that our attitude during the past eight weeks has shown irrefutably that we desire to avoid a rupture with Turkey.

**Nr. CMLXVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 12.)

**Bb. II 117.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 12, 1914.

I have received note dated 11th October from Porte, of which following is substance:—

From information received by Porte, two British men-of-war have one after the other passed up the Shatt-el-Arab to anchor at Mohammerah.

According to Treaty of Erzeroum, the town of Mohammerah and its port belong to Persia, whilst Shatt-el-Arab is under Turkish domination.

This principle was reaffirmed by Turco-British Declaration of 29th July, 1913, which specifies that from Nahr Nazaille, above Mohammerah, frontier follows river to sea, leaving under Turkish sovereignty river itself and all the islands except ten, and modern port and anchorage of Mohammerah. This port and the anchorage thus formed an enclave in Ottoman waters which must be traversed in order to reach them. Consequently men-of-war in question have not respected Imperial territory in penetrating into her internal waters and have disregarded neutrality of the Porte, whose duty it is not to allow passage of foreign men-of-war.

On these grounds the Porte asks me to cause instructions to be sent to commanders of men-of-war in question to leave the port of Mohammerah within eight days and to go to sea.

**Nr. CMLXIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 12.)

**Bb. II 118.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 12, 1914.

My despatch of 4th October.\*)

I have received note from the Porte in reply to my note of 2nd October respecting Turkish preparations against Egypt.

It says that military activity in Syria is common to all provinces of the Empire, and is natural consequence of mobilisation, having no other object than to put Turkey on a footing to defend her neutrality. Turkey's position being one of simple and legitimate precautions, it will be readily recognised that it would not be conceivable that she should change it in order to attack Egypt, which is one of her own provinces.

The Porte goes on to observe that, although I have on several occasions assured Grand Vizier that His Majesty's Government have no intention of altering status of Egypt, yet declaration that Egypt is in a state of war, dismissal of German and Austrian agents, who receive their exequaturs from the Porte, and above all arrival in Egypt of important contingents from India as well as other acts, have attracted serious attention of Imperial Government and have created real anxiety.

\*) Received on October 19. See Nr. 143.

Note concludes by reiterating to me assurance that Turkey has no hostile intention towards any Power whatever, and that military preparations have purely and exclusively defensive character.

I think that it would be right to remind Grand Vizier that I have always made it perfectly clear that undertaking not to change the status of Egypt was conditional on Turkey maintaining strict neutrality.

**Nr. CMLXX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 12.)

**Bb. II 119.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 12, 1914.

This morning Turkish fleet left Constantinople and steamed into the Black Sea.

**Nr. CMLXXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 12.)

**Bb. II 120.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 12, 1914.

I do not think that we could now leave Mohammerah without loss of prestige. In view of receipt of Vali's note respecting presence of British men-of-war in the Shatt-el-Arab, effect of moving His Majesty's ships at the request of the Turkish Government, once they were sent to Mohammerah, might have led the Arabs to misinterpret the action of His Majesty's Government.

I would not regard the note in the light of an ultimatum, though it is not impossible that Turks might close the channel, and thus prevent His Majesty's ships from going out, except in agreement with the Turkish authorities.

General belief is that Germans are at present applying considerable pressure upon the Turks to take part in the war, but that the Turks are so far resisting. My anxiety is lest the resistance which the Minister of War is encountering from the Moderates should be weakened by any act on our part which could be interpreted as aggressive by the Turks. *Enver Pasha* is said to be in favour of immediate co-operation with the Germans.

**Nr. CMLXXII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 13.)

**Bb. II 121.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 12, 1914.

My telegram of 12th October.\*)

I have informed Grand Vizier that I was surprised to receive his Highness's note, inviting His Majesty's ships to leave Mohammerah within eight

\*) See No. 117.

days. I knew his Highness had no intention of creating difficulties, but it sounded almost like an ultimatum. Mohammerah was, as his Highness was aware, a Persian port. Grand Vizier replied at once that there was no question of an ultimatum. I explained His Majesty's Government's point of view, and he said that he was at present awaiting your reply to Turkish note.

In the course of ensuing conversation, his Highness seemed as confident as ever that he was able to resist German pressure, and he repeated that he was absolutely determined to avoid war in any case.

In reply to some observations of mine in regard to Turkish fighting recently reported in Persia, he said that strict orders had been sent that no Turkish troops were to cross the frontier.

**Nr. CMLXXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 13.)

**Bb. II 122.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 13, 1914.

Consular officer at Basra telegraphs as follows: —

„I have been notified by Vali that H. M. S. „Espiegle“ must be interned until the end of the war unless she departs from Mohammerah and the Shatt-el-Arab within eight days from the 11th instant. If she attempts to leave after the expiration of the said period, her passage through the Shatt-el-Arab will be stopped by force of arms. The „Dalhousie“ departed several days ago.

„I have informed His Majesty's consul at Mohammerah of the Vali's communication.“

**Nr. CMLXXIV. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 123.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 13, 1914.

Your telegram of 12th October. \*)

Your Excellency should make the following reply to the Turkish note protesting against the presence of British men-of war in the Shatt-el-Arab:

„As regards the passage through the Shatt-el-Arab to and from the port of Mohammerah, His Majesty's Government maintain in principle the legitimacy of such passage, but express themselves quite ready to examine in a friendly spirit any representation that the Ottoman Government may make on the subject, if the Sublime Porte themselves strictly observe their neutrality, which they have gravely violated by continuing to retain the German officers and crews on the „Goeben“ and „Breslau“, in spite of all assurances and promises to the contrary.

„His Majesty's Government are prepared to respond in a conciliatory spirit whenever the Ottoman Government shall have conformed, as a neutral, to the principles of international law prescribing the duties of neutral Powers.

\*) See No. 117.



„As regards the presence of British warships at the port of Mohammerah, this is a matter with which the Sublime Porte is in no wise concerned, since Mohammerah is not in Ottoman territory: Porte have, therefore, no right to request their departure.“

**Nr. CMLXXV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 14.)

**Bb. II 124.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 14, 1914.

Moslems in Aleppo district are reported to have been so inveigled and incited by German and Turkish deliberate official misrepresentations and falsehoods of every kind that masses seem to believe German Emperor has embraced Islamic faith, and that Germans are fighting for Islam against Russia.

**Nr. CMLXXVI. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received Oktober 15.)

**Bb. II 125.**

Sir,

Cairo, September 30, 1914.

I have the honour to transmit to you herewith copies of two interrogatories which I have received from the Adviser to the Ministry of the Interior, regarding the case of Lieutenant *Robert Mors*, a German employé of the Alexandria City Police, who was arrested on his return from leave, via Constantinople. He explained his return by stating that he had been excused from military service in Germany.

I have, &c.

*Milne Cheetham.*

Enclosure 1 in No. 125.

**Interrogatories of Lieutenant Mors.**

1.

*Mulazim Awal Robert Casimir Otto Mors*, Egyptian Police, examined, states:

„At Constantinople I was acquainted with a German official who was formerly in the German diplomatic agency in Cairo. This gentleman, whose name I must refuse to give, was in agreement with the Turkish Government on the subject of military operations in Egypt, and as he knew that I knew Egypt very well, he conducted me to *Enver Pasha*, the Turkish Minister of War. The latter questioned me on the military situation: if it were true that the British had disarmed the Egyptian army, &c. I replied that I did not know, and thought it unlikely. I then left the presence of *Enver*, and he remained talking with the German official. I forgot to mention that he asked me if I would participate in operations in Egypt. I replied that I would only participate in open military action. I was afterwards informed by the German official that *Enver* had sent officers from the Turkish army to Egypt to prepare native public opinion for action in favour of

Turkey. I also heard from the German official that one of *Enver's* emissaries was an officer of the Egyptian army, but I did not know his name then. I must mention here that I understood from various things and from conversations that I overheard between the said German official and various people that he had the intention of sending printed matters and explosives to Egypt. I also understood that it was the Egyptian army officer who was charged with the transport of these things. We were held up in the Dardanelles for six days owing to the wreck of a cargo boat. On the second we were stopped there; the „Bash Reis“ (boatswain) of the „Saidieh“ brought me a small leather bag (which I recognised as being the property of the said German official), and told me that somebody on board had given it to him to give to the passenger in No. 7 cabin, viz., my cabin. At the same time the „Bash Reis“ asked me if it belonged to me. I said „Yes“, because I began to suspect that the contents of the bag were the explosives that I had heard about. I opened the bag and found it was half full of packing material; and on probing it I found there were hard substances underneath. I thought that if I said that the sack did not belong to me it might be handed over to the ship's captain, and it would then be discovered what the contents were, and an accident might even occur. I did not know at this time that the „Bash Reis“ had guilty knowledge of the contents of the bag, and therefore told him that there was nothing in it. I then took it into my cabin to examine it, and found the two tin boxes which you seized. Whilst we were still in the Dardanelles — as far as I can remember it was the fourth day there — the Egyptian officer came to me and said in Arabic: „Are you not the passenger occupying No. 7 cabin?“ I said: „Yes; why?“ and he said: „Have you received the things?“ („Wasal-lak el shay?“) I replied: „Was it you who sent it to me?“ He said: „Perhaps“ („Yimkin“).

„I then said: „What have such things to do with me?“ He said: „I cannot keep such things myself.“ I then asked him who gave them to him. He replied: „Fouad“. I do not know who this Fouad is exactly, but it is possibly Ahmad Fouad at Constantinople, whom I have seen with the German official, and who is an intimate friend of *Sheikh Abd-el-Aziz Shawish*, according to all reports. He then told me his name was *Ahmad Hamuda*, and that he had fought against the Italians in Tripoli. He showed me his card, on which was written: „*Ahmad Hamuda*, Officer of the Egyptian Army.“ I do not remember if the card bore his rank or not. I saw *Ahmad Hamuda Effendi* after leaving Piræus, when he came and asked me what I had done with the tin boxes. I understood, from the way he put it, that he wanted to take them from me, but this is only an idea I had. I told him I had thrown them overboard. When we were anchored in the harbour, he again came and asked me to take his revolver ashore. I replied that I had my own revolver, and that I should be searched like everybody else. He then asked me if they would search his wife. I said: „Naturally; they have female searchers at the Customs.“

„I had the intention of throwing the tin boxes overboard, but I was afraid that they might explode on striking the water. I therefore procured some cord with which I meant to lower them into the water. I never got a chance, and I was afraid that the propeller would catch the cord, and the steamer might be blown up or damaged.

„Another thing which deterred me was that I was afraid the boxes might float and be dangerous to shipping, so I postponed it until our arrival at Smyrna, where I telegraphed to the German official at Constantinople stating that two tin boxes with unknown contents had been handed to me, and I desired instructions. At Piræus I received a telegram telling me to throw them overboard, which, for the reasons I have just given, I again postponed.“

*Q.* Have you any witnesses to prove that the boatswain gave you the bag containing the tin boxes? — *A.* Yes; a certain Fortunato, the cabin steward, was present, and I gave him the bag with the packing after removing the tin boxes, asking him to throw the packing overboard. He did so, and returned me the bag.

On arrival in port here I gave the tin boxes to *Mohammed Ali*, the purser, and asked him to keep them with him until he had a chance to throw them overboard without being observed by the various launches. I also recommended him not to throw them from the deck, but to descend the gangway and drop them into the sea carefully after weighting them with a piece of iron. I told him they contained dangerous substances, and to be very careful. I noticed he seemed afraid, and told him if he did not wish to do it he should give them back to me. He said he did not mind doing it, and if I wished he would pass them through the Customs for me without difficulty.

*Q.* Why did you select *Mohamed Ali* for the mission? — *A.* Because I heard at Piræus that he was a Turkish agent.

*Q.* From whom did you hear this? — *A.* From a Turk at the German consulate at Piræus.

*Q.* How did you meet this Turk? — *A.* He was introduced to me by the German vice-consul.

*Q.* What is his name? — *A.* I do not remember. He gave me his visiting card, and I destroyed it.

*Q.* How did you approach *Mohamed Ali* on the subject? — *A.* I showed him the visiting card of the Turk, to which he said at once, salaam-ing with his hand, „Ahlan wa Sahlan“.

*Q.* Where did you procure the map of the Suez Canal? — *A.* It was given to me by the German official.

*Q.* Why did he give you the map? — I do not know. We were talking together, and he showed me the map. I admired it, and he told me to take it.

*Q.* Where did you get the cypher found with your effects? — *A.* I invented it with the assistance of the German official, for correspondence with him at Constantinople.

*Q.* Where is the key to it? — *A.* I destroyed it.

*Q.* Can you tell me what it was? — *A.* It was to let him know if the Egyptian army had been disbanded; if there were difficulties for me here to enter the country; by what route I intended to return, &c.

Alexandria, September 28, 1914.

*R. Mors.*

2.

Enquiry into Mors's Case, held on September 28, 1914.

a) *Mors* interrogated.

*Q.* Can you explain this telegram (telegram addressed to „*Prill, Bacos, Bulkely, Alexandria,*“ from *Schneider*)? — *A.* No. You must ask the French lady who is staying with us („il faut demander à Mademoiselle chez nous“), as it is a private telegram of hers. It seems to be asking news of her health.

*Q.* Who is *Schneider*? — *A.* I do not know.

*Q.* Who is *Omar Fawzi* and *Suliman Askari*? — *A.* Two officers I met in Constantinople whom the German introduced to me.

*Q.* Where did you meet them? — *A.* At the hotel Tokatlian in Constantinople.

*Q.* What is the name of this German official? — *A.* I do not know.

*Q.* When was he in Cairo? — *A.* Two years ago.

*Q.* Was this your first visit to Constantinople? — *A.* Yes.

*Q.* Did you know this gentleman before? — *A.* No.

*Q.* You realise that your position is a serious one? — *A.* Yes.

*Q.* You refuse to give his name? — *A.* Yes.

*Q.* Can you tell me the name of the Turk whom you met in Alexandria? — *A.* I must refuse, but if you suggest his name I will tell you if you are right or wrong.

*Q.* Do you deny that the German official is Baron *Oppenheim*? — *A.* Yes; *Oppenheim* is at Berlin.

*Q.* Do you know Baron *Oppenheim*? — *A.* I have never seen, but often heard of him. He is over 50 years of age. According to Berlin opinion, he is merely a „blagueur“, and of no importance.

*Q.* Did you see *Ezzedin Fawzi* in Constantinople? — *A.* No; he had left before I arrived.

*Q.* What did he do there? — *A.* I do not know. I heard from my sister-in-law that he had left for Constantinople. He was charged with my private affairs.

*Q.* Was not this rather a serious arrangement to make? — *A.* No; he was always a great friend of mine.

*Q.* Do you know his political opinions? — *A.* No.

*Q.* You appear to have had some previous knowledge of the preparation of explosives for use in Egypt? — *A.* I heard in Constantinople that something of the nature of explosives were to be prepared and sent to Egypt.



Q. What was the ultimate destination of these things? — A. I don't know. I was only three days at Constantinople.

Q. Have these explosives penetrated into Egypt? — A. I don't know. Perhaps other emissaries arrived in Egypt at the same time as I did.

Q. Who is *Fahmy Bey*? — A. *Mohamed Bey Fahmy*, Master of Ceremonies in the Khedive's household, who arrived in Constantinople in the „*Saidieh*“.

Q. How did you get to know him? — A. He rented our house three years ago.

Q. Who sent you this telegram? — A. It was the answer to my telegram.

Q. Why did you send the first telegram? — A. To see if it were possible and advisable, in view of the reported state of things in Egypt, for me to return here, or if it would be better for my family to join me there.

Q. Is this the bag you brought with you? — A. Yes.

Q. Who sent it to you? — A. I do not know. The boatswain brought it to me saying it was for whoever occupied cabin No. 7. Probably *Ahmed Hamuda* gave it to him to give to me.

Q. Did you see *Enver Pasha* in Constantinople? — A. Yes. I had a conversation with him.

Q. How was it that you had this conversation? — A. The German official introduced me to *Enver* at the War Office.

Q. What did *Enver Pasha* say to you? — A. He questioned me as to the state of affairs in Egypt.

Q. Is the German official a German naval officer? — A. No.

Q. Did *Enver Pasha* express any opinions? — A. He said that he wanted a campaign against Egypt, should war break out, for which two army corps would be required.

Q. What did he want you to do here? — A. He asked me if I would help.

Q. What did you reply? — A. I agreed to do so in the event of a military expedition.

Q. Who gave you the idea that explosives were being prepared to be sent to Egypt? — A. I suspected the German officer, whom I saw with an Egyptian Effendi unknown to me.

Q. How did *Ahmed Hamuda* get to know you? — A. He came to see me on the voyage — in the Dardanelles, I think.

Q. Why did he trust you? — A. I do not know.

Q. Had you made no previous promises? — A. No.

Q. Whom did you see at the Piræus? — A. The consul, where I saw the telegrams and the Turkish gentleman who told me of *Mohamed Ali*, the purser.

Q. Why did you send this telegram? — A. Because I knew something was being prepared, and suspected that the bag had some connection with it. Besides there were several emissaries on board, and there had been many circulars in the hotels in Constantinople.

*Q.* Who were these emissaries? — *A.* I do not know, but I heard that *Sheikh Shawish* had said there were thirteen who had left.

*Q.* Will you explain how you knew of these preparations? — *A.* Through the German official and various people I met casually at odd times. The German official arrived in Constantinople from Berlin the day before me.

*Q.* Did *Omar Fawzi* speak to you of Egypt? *A.* Yes; he said he had fought in Tripoli and had been to Egypt where he had many friends.

*Q.* Where did you meet the Turk at Piræus? — *A.* At the German consulate.

*Q.* Have you ever visited Tchiboukli Palace? — *A.* No.

*Q.* Why did you write *Omar Fawzi's* name in the piece of paper? — *A.* Because I had to meet him at the „Petit Champs“, a restaurant in Constantinople, and I wished to remember.

*Q.* Will you explain what the code found in your tarbush was? — *A.* The references to cotton were information about troops, the best quality denoted British and the inferior Native soldiers. Kantars referred to the number of men. Certain phrases referred to the disarmament of Egyptian troops. „Suis disposé,“ I recollect, meant that I should return.

*Q.* When did you want to leave the country? — *A.* As soon as possible, for I understood that all Germans serving under foreign Governments had to resign.

*Q.* What did „venez par le premier bateau“ mean? — *A.* That things were in a dangerous state here.

*Q.* And No. 15? — *A.* „Don't come to Turkey.“

*Q.* „Ne venez pas-tout arrangé“? — *A.* I have forgotten.

*Q.* „Venez de suite“? — *A.* I have forgotten.

*Q.* „Bébé va mieux“? — *A.* I have forgotten — all this was made up hurriedly before I left Constantinople during the last half-hour when I was packing my luggage. I did not look at it again before I destroyed the key; it is now three weeks since I left Constantinople.

*Q.* How is it that you know some of the expressions and not others? — *A.* In view of what I have explained, it seems clear. Those referring to the „Santé de la famille“ refer to Turkish officers, but I cannot remember the details.

*Q.* Did it refer to their going to the Red Sea? — *A.* I don't know, but I have an idea it was with a view to finding out what difficulties were placed in the way of Turkish officers in Egypt.

*Q.* Who was to have taken charge of the explosives here? — *A.* The agents of *Sheikh Shawish*.

*Q.* Who? — *A.* I do not know.

*Q.* Did you not know that the German official was going to give you these things? — *A.* No.

*Q.* How did you recognise the bag? — *A.* I saw it in the hotel at Constantinople and recognised the repair which I had seen at a restaurant in the hands of an effendi.

*Q.* How did you get to know so many people? — *A.* I met them casually at the hotel and the German Embassy, where I called and learnt that it was difficult to get to Egypt.

*Q.* How did you meet the German official? — *A.* I met him at the embassy.

b) *Boatswain* interrogated.

*Q.* Have you seen this bag before? — *A.* Yes. I first saw it on board the „Saidieh“ in Constantinople on the 3rd September with a sailor called *Ali*, who asked me to give it to the occupant of cabin No. 7.

*Q.* Where was it given to you? — *A.* I think on deck. I told *Ali* that he had better give it to a steward in the first class, which he did. The next morning *Mors* asked me who had given me the bag.

*Q.* Why should *Mors* have asked you this? How was it that he connected the bag with you? — *A.* Because I told the steward to give it to him, and perhaps he told *Mors* so.

*Q.* When did *Mors* speak to you? — *A.* The next morning at about 8 A. M. He brought me the bag and asked me who gave it to me, as he wanted to give me a tip. I refused the latter as it was not I who brought the bag.

*Q.* Who gave *Ali* the bag? — *A.* He told me an Arab did so.

*Q.* Was the latter on the steamer? — *A.* I do not know.

c) *Mors* and *Boatswain* confronted.

*Q.* (To *Mors*.) Who brought you this bag? — *A.* This boatswain with the steward.

*Q.* Did you offer the boatswain a tip? — *A.* Yes, but he refused it.

*Q.* Why did you want to give it to him if the bag was not yours? — *A.* I accepted the bag for the reasons I have already given you.

*Q.* Why offer him a tip? — *A.* For the sake of my friend, and because I did not want the matter exposed.

*Q.* Who gave him the bag? — *A.* I do not know, but it must have been *Ahmad Hamuda*.

*Q.* (To the *Boatswain*.) Do you know *Ahmad Hamuda*? — *A.* No. Alexandria, September 29, 1914.

**Nr. CMLXXVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 15.)

**Bb. II 126.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 14, 1914.

The whole of the Turkish fleet has re-entered the Bosphorus.

The „Leros“ and „Erissos,“ two German steamers which have been convoyed from Sulina by the „Breslau,“ sailed under the Turkish flag until they were inside the Bosphorus. The same thing was done on a former occasion, when two ships from Black Sea ports were similarly convoyed by the „Breslau.“

**Nr. CMLXXVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 15.)

**Bb. II 127.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 14, 1914.

About 600 Moslem „fedahis,“ dressed in various guises, have arrived at Aleppo in batches during past fortnight, their head being an officer related to Ottoman Minister of War: 400 of these came from Smyrna, where they had incited Moslems against Greeks. At Aleppo they intrigued, with the aid of Committee of Union and Progress, with sheikhs against Great Britain. Discourses of a guarded anti-British tendency were pronounced in mosques. The last batch left Aleppo 12th October by rail. Parties of them have proceed to Hama, Homs, Baalbek, Damascus, the Hauran, to incite sheikhs against Great Britain, and they are to continue their journey south by Hedjaz Railway, and to find their way into Egypt to incite Moslems there. Many of the principal sheikhs of Aleppo seem now gained over to side of Germany.

**Nr. CMLXXIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 15.)

**Bb. II 128.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 14, 1914.

With the object of spreading the belief that Great Britain is the enemy of Islam, the German Embassy daily emits a stream of mendacity and calumny, which is circulated throughout the country by the Turkish newspapers, all of those in the capital being in the pay of the German Embassy as a result of the large sums spent by it in corruption both in Constantinople and in the provinces.

**Nr. CMLXXX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 16.)

**Bb. II 129.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 15, 1914.

Son of Kurdish chief Issa, who is stated to have influence in Mesopotamia, and who has been in Constantinople for instructions, is said to have left for Basra to work anti-English propaganda, and other agents, including Germans, are said to be on their way to Afghanistan on similar errand.

I learn that *Zekki Pasha*, commander of 8th corps, has lately received 5000 *l* to distribute amongst Bedouins, and that as much as 35 000 *l* in gold left here by train on 12th for Syria. Senator *Abdurrahman* is working among Bedouins at Maan and *Muntaz Bey* on the west by Beersheba and Jerusalem.

Party of Turkish sailors mentioned as having left here by train for Basra are now stated to be on the way to Akaba with consignment of metal boats. Another lot of boats is at Rayak, possibly on the way to Beirout. Quantities of dynamite have been sent to the coast towns of Syria, probably



to serve for mining purposes of land defence. This is in addition to sea mines which have been also forwarded. Numbers of „working battalions“ (soldiers as yet untrained), are road constructing in southern Syria.

All above and previous reports in a similar sense show that there is very considerable activity being directed in a sense hostile to us, and this activity is being worked by German influence and agents in every conceivable direction. Probably Government as a whole have little control over these activities, but do not disapprove of them. As regards actual military preparations, German element has sufficient power to persuade the authorities on certain points. German press is directing movement, and has obtained despatch of numbers of German officers to Syria to superintend preparations and training of corps there for war, concentration of stores and supplies at suitable spots, preparation of lines of communication and defence of coast.

**Nr. CMLXXXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 16.)

**Bb. II 130.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 15, 1914.

German plots have been so extensive that it is conceivable that they may introduce individuals into Egypt who, impersonating Indian soldiers, may cause mischief.

In substantiation of this I have to state that His Majesty's consul at Aleppo has learnt that a tailor in that town has been commissioned to make a variety of Indian costumes and head-dresses on design and measurement supplied by German officers there.

**Nr. CMLXXXII. Sir H. Bax-Jones to Sir Edward Grey.** — (Received October 16.)

**Bb. II 131.**

(Telegraphic.)

Sophia, October 16, 1914.

Ninety-seven cases of bullion passed through Rustchuk yesterday for Constantinople, accompanied by six Germans. This consignment was preceded by 200 other cases. In the last three weeks many heavy cases and stores have passed through same town.

Armaments are believed to be sent through in the night.

**Nr. CMLXXXII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 16.)

**Bb. II 132.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 16, 1914.

Local authorities at Jaffa have distributed 10 000 rifles amongst Bedouins each with 100 cartridges, 5000 ten-shot to owners of horses and riding camels, and 5000 single-shot to owners of baggage camels. Bedouins have

been employed to dig wells, and Germans to fit them with motor pumps; ovens have been built near frontier. .

It is believed that Bedouins' next move is to be towards Akaba.

Horses and mules throughout the whole district are being requisitioned most energetically

**Nr. CMLXXXIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 17.)

**Bb. II 133.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 16, 1914.

Major *Omar Fevzi Bey*, son of Arimm Effendi, ex-Governor-General of Damascus, accompanied by five German officers, arrived at Aleppo 14th October from Constantinople bringing 25 000 liras. The officers passed for engineers, and are buying saddle horses to proceed to Bagdad viâ Ana. From Ana they are to take two batteries of guns, which, together with money and loads off rifles and ammunition taken from Aleppo, they are to deliver to Ibn-el-Reshid.

Railway trucks full of dynamite for Alexandretta and Damascus are expected to arrive from Constantinople. German officers of „Breslau“ have already laid thirteen mines at Alexandretta according to report that has now reached me.

**Nr. CMLXXXV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 17.)

**Bb. II 134.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 16, 1914.

Minister of War, who is willing tool of Germans, is now supreme. Minister of the Interior was most influential Minister before mobilisation, but is so no longer. His position now is rather mysterious. Whilst taking advantage of European struggle to carry through so-called emancipation of Turks from foreign control, he is not supposed to be in favour of war, which he thinks would end badly for Turkey. If this diagnosis is correct, he and others like him are more or less powerless at present, and, though they declare their ability and intention to stop military preparations, evidently are unable to check them.

**Nr. CMLXXXVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 17.)

**Bb. II 135.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 17, 1914.

Reliable information reaches me that mines are being sent to Basra, and will reach Bagdad in a day or two.

**Nr. CMXXXVII. Sir F. Elliot to Sir Edward Grey.** — (Received October 17.)

**Bb. II 136.**

(Telegraphic.)

Athens, October 17, 1914.

One *Bouhadi Sadil* has been discovered buying arms for importation into Egypt. He had already bought 700 Gras rifles and ammunition. I understand that two of this man's accomplices were recently convicted in Egypt.

**Nr. CMLXXXVIII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 137.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 17, 1914.

Any attack upon H. M. S. „Espiègle“ by Turkish authorities will be a wanton act of aggression, as she is not in Turkish territorial waters.

You should inform Turkish Government that there is no present intention of her passing down the Shatt-el-Arab, but His Majesty's Government consider they have a right to claim that passage so long as „Goeben“ and „Breslau.“ with German crews and officers, have free use of Turkish territorial waters and the Straits.

**Nr. CMLXXXIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 18.)

**Bb. II 138.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 17, 1914.

Since end of September following have reached Constantinople: —

Six thousand nine hundred cases of Mauser ammunition, 540 cases of Mauser rifles, 13 trucks of war material, and about 800 000 l in bar gold.

Arrival of a submarine in sections is expected shortly, and I am informed that such a consignment, together with two aeroplanes, left Rustchuk on 8th October.

Two German ships were recently escorted from Sulina by „Breslau.“ and are reported to have brought submarine. But there is no evidence at present to prove this.

**Nr. CMXC. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 18.)

**Bb. II 139.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 18, 1914.

Aeroplane, three airmen, and several mechanics left Beersheba yesterday. Governor left Jaffa with a view to allaying panic.

Following is résumé of a telegram from Minister of War to commandant at Jaffa which has come to my knowledge: —

„On the approach of enemy warships destroy boats and lighters, kill horses break carriages, and destroy railway. Strictly guard telegraph. When

surrender of town is demanded ask for time to consult Jerusalem. If Jerusalem instructs you not to surrender, oppose landing of the enemy by force of arms. See no looting of town takes place, and find suitable place to shelter your archives. Explain above to the population and arm them, taking oath from them. At signal not to surrender send away women and children. Hoist flag on konak and barracks so as not to have other places bombarded. Break enemy's flagstaff and remove insignia from the door of his consulate.

**Nr. CMXCI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 140.**

Sir,

Constantinople, October 2, 1914.

With reference to my telegram of the 22nd September\*) and your telegram of the 25th September,\*\*) I have the honour to forward herewith copies of notes exchanged between the Grand Vizier and myself respecting the suppression of the British post offices in the Turkish Empire.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure 1 in No. 140.

**Grand Vizier to Sir L. Mallet.**

(Translation.)

Constantinople,

le 27 septembre, 1914.

M. l'Ambassadeur,

Pour faire suite à ma note du 9 courant, j'ai l'honneur d'informer votre Excellence que par suite de l'abrogation des Capitulations à compter du 1<sup>er</sup> octobre, 1914, les bureaux des postes étrangères fonctionnant provisoirement dans l'Empire devront cesser leurs opérations à partir de cette date.

Je prie, par conséquent, votre Excellence de vouloir bien inviter les directeurs des bureaux de postes anglaises se trouvant en Turquie à agir en conformité des communications qui leur ont été faites par le Ministère Impérial des Postes et Télégraphes et dont copies ont été déjà transmises à l'Ambassade de Sa Majesté britannique en date 24 septembre, 1914.

Veuillez, &c.

*Said Halim.*

Constantinople,

September 27, 1914.

Your Excellency,

In continuation of my note of the 9th instant, I have the honour to inform you that, in consequence of the abolition of the Capitulations as from the 1st October, 1914, the foreign post offices provisionally existing in the Turkish Empire must cease working from that date.

I accordingly request your Excellency to be so good as to request the directors of British post-offices in Turkey to act in conformity with the communications addressed to them by the Imperial Minister of Ports and Telegraphs, copies of which have already been communicated to His Britannic Majesty's Embassy on the 24th September, 1914.

\*) See No. 86. — \*\*) See No. 93.



Enclosure 2 in No. 140.

**Sir L. Mallet to Grand Vizier.**

M. le Ministre,

Constantinople, October 1, 1914.

I have the honour to acknowledge the receipt of the note dated 27th September, by which your Highness requests me to instruct the directors of the British post offices established in the Ottoman Empire to act in accordance with the communications which have been addressed to them by officials of the Imperial Ministry of Posts and Telegraphs with a view to their ceasing their operations from to-day onwards.

The fact that a measure of such importance affecting an official department of His Majesty's Government should have been adopted in virtue of an unilateral decision of the Sublime Porte, and that effect has been given to the measure in so precipitate a manner, compels me to formulate the most express reservations both as to the procedure followed and as to the principle underlying the question.

With a view to avoiding incidents of a public nature I have instructed the British post offices in the Empire to suspend their ordinary postal operations from to-day onwards. By so doing and by authorising a verbal exchange of views, in order to mitigate the inconvenience resulting from this suspension, I must not be considered to have prejudiced the question of principle. It will be for my Government to consider what further action shall be taken in the matter.

I avail, &amp;c.

*Louis Mallet.*

**Nr. CMXCH. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 141.**

Sir,

Constantinople, October 2, 1914.

I have the honour to transmit a copy of a note which I have addressed to the Sublime Porte referring to the repeated assurances which the Grand Vizier has given me that the German crews will be sent back to Germany, assurances which were confirmed to me by His Imperial Majesty the Sultan on the occasion of my audience of His Imperial Majesty on the 21st ultimo, and enquiring whether the Ottoman Government have the intention of fulfilling their undertakings, and, if so, on what date this will take effect.

I have, &amp;c.

*Louis Mallet.*

Enclosure in No. 141.

**Sir L. Mallet to Grand Vizier.**

Your Highness,

Constantinople, October 2, 1914.

On the occasion of the audience which His Imperial Majesty the Sultan was graciously pleased to accord me on the 21st ultimo, I had the honour to convey to His Imperial Majesty a message from the King, my Sovereign,

respecting the detention in England of the two Turkish vessels of war. I had previously communicated to your Highness the substance of this message, as your Highness will doubtless remember. His Imperial Majesty deigned in reply to charge me with his thanks to the King, my Sovereign, and whilst regretting that His Majesty's Government should have detained the vessels, which seemed unnecessary in view of the large naval supremacy of Great Britain, His Imperial Majesty said that he was unalterably determined to maintain the historic friendship between the two countries and on no account to depart from the neutrality which had hitherto been observed by his Government. Referring to a passage in the King's message, expressing His Majesty's regret at certain events which had seemed to impair that neutrality, His Imperial Majesty authorised me to inform the King that the services of the German admiral, officers, and crews of the German warships had been temporarily retained in order to train the Turkish officers and crews, but that the task was on the point of accomplishment, and that they would return to Germany within a few days' time.

I replied that these assurances — which I had also received repeatedly from your Highness — would not fail to give great satisfaction to the King, coming as they did from the lips of His Imperial Majesty the Sultan himself.

I now address myself to your Highness to enquire whether the Ottoman Government have the intention of repatriating the German officers and crews in accordance with the oft-repeated assurances of your Highness, which have now been solemnly confirmed by His Imperial Majesty the Sultan.

If such is their intention, I should be grateful if I might be informed of the date on which their departure will take place.

I avail, &c.

*Louis Mallet.*

**Nr. CMXCH.** Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. — (Received October 19.)

**Bb. II 142.**

Sir,

Constantinople, October 4, 1914.

I have the honour to forward herewith a copy of a note which I addressed to the Sublime Porte, protesting against the abrogation of the Capitulations.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure in No. 142.

**Note Verbale communicated to Sublime Porte.**

His Britannic Majesty's Embassy has received instructions from His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to make the following statement to the Imperial Ministry for Foreign Affairs: —

His Britannic Majesty's Government expressly confirm the protest against the suppression of the Capitulations which His Majesty's Ambassador addressed to the Imperial Minister for Foreign Affairs on the 10th ultimo.

The régime of the Capitulations being founded on synallagmatic instruments the Porte cannot abrogate them by a unilateral act. His Majesty's Government therefore reserve their full liberty of action as regards the measures which the Ottoman authorities may have taken or may take in violation of the Capitulations and will demand due reparation for any prejudice which their subjects may suffer in consequence of such measures.

His Majesty's Government, desirous of maintaining the friendly relations which have hitherto existed with the Ottoman Empire, feel constrained to call the serious attention of the Porte to the consequences which may follow upon the adoption of the new policy upon which the Imperial Government would seem to have embarked.

It is not in the interests of the Ottoman Government to alienate the sympathy of Great Britain, which constitutes a guarantee of present tranquillity and a pledge of future support.

Constantinople, October 1, 1914.

**Nr. CMXCIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 143.**

Sir, Constantinople, October 4, 1914.

I have the honour to forward herewith copy of a note which I addressed to the Grand Vizier protesting against certain military preparations in Syria.

On the 2nd October I addressed a further note, copy of which is also enclosed, pointing out that no answer had been received either to my previous note or to two letters of the 25th and 26th on the same subject.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure 1 in No. 143.

**Sir L. Mallet to Grand Vizier.**

Constantinople,  
le 23 septembre, 1914.

Altesse,

Au cours de notre entretien d'hier matin, j'ai eu l'honneur de faire part à votre Altesse de l'inquiétude que m'inspiraient les nouvelles que je recevais de la Syrie au sujet des préparatifs militaires et des complots contre l'Égypte que l'on fait dans cette région. Aussi longtemps qu'il s'agissait de préparatifs semblables à

(Translation.)

Constantinople,  
September 23, 1914.

Your Highness,

In the course of our interview of yesterday morning, I had the honour to inform your Highness of the anxiety that the news which reached me from Syria in regard to the military preparations and plots against Egypt now going on in that province, was causing me. So long as it was a question of preparations similar to

ceux qui se sont faits partout dans l'Empire à la suite de la mobilisation générale, je n'en ai rien dit à votre Altesse, bien que l'on pût attacher une importance toute particulière à tout ce qui se faisait dans ce genre dans le voisinage de la frontière égyptienne. De même ai-je jusqu'à présent rejeté comme des racontars invraisemblables les bruits qui me sont parvenus de plus d'une source, et d'après lesquels on projetterait un coup subit contre le Canal de Suez dans le but d'en rendre impossible le passage, quoique je sache que les ennemis de la Grande-Bretagne aient mené des intrigues ayant pour leur but d'emmener le Gouvernement de votre Altesse dans des aventures aussi folles et même plus folles que cela. Cependant, je manquerais à mon devoir envers mon Gouvernement, et je puis ajouter envers votre Altesse, si j'en e la mettais pas au courant des derniers rapports qui me sont parvenus. Il résulte de ces rapports que les esprits des Bédouins sont travaillés par des agents provocateurs qui, encouragés par le Gouvernement ottoman, voudraient les exciter contre l'Angleterre. Les préparatifs militaires, qui jusqu'à un certain moment ne différaient pas dans leur caractère de ceux faits dans les autres provinces de l'Empire, se sont transformés dernièrement dans un mouvement vers le sud. On fait venir des troupes d'un centre aussi lointain que Mosul. Une activité générale règne partout, de Damas jusqu'à Maan. Une accumulation d'indices fait croire à mon consul à Jérusalem que l'on projette pour ces jours-ci même une expédition en règle contre l'Égypte.

those made in other parts of the Empire, as a consequence of the general mobilisation, I did not mention the matter to your Highness, although special importance might attach to all such doings in the neighbourhood of the Egyptian frontier. Similarly, I have been able up to the present to reject, as improbable tales, the rumours which have reached me from more than one source, according to which a sudden blow directed against the Suez Canal was being planned with the object of rendering it impassable, although I am aware that the enemies of Great Britain are intriguing with the object of leading your Highness's Government into adventures as insensate, and even more insensate, than this. I should, however, fail in my duty towards my Government, and I may add also towards the Government of your Highness, if I did not bring to your Highness's knowledge the latest reports which have reached me. It appears from these reports that the minds of the Bedouins are being excited by professional agitators, who, encouraged by the Ottoman Government, are desirous of inflaming them against England. The military preparations, which up to a certain moment bore a similar character to those in the other provinces of the Empire, have lately changed into a converging movement towards the south. Troops are being brought from such distant centres as Mosul. General activity reigns everywhere from Damascus to Maan, and cumulative evidence leads my consul at Jerusalem to the belief that an organised expedition against Egypt is in project for the next few days.



J'aime à espérer que les rapports dont je viens de faire un résumé pour votre Altesse interprètent mal des faits qui en eux-mêmes sont indiscutables. Mais je répète que je manquerais à mon devoir si je ne faisais pas part à votre Altesse des graves préoccupations qu'ils m'occasionnent et l'impression qu'ils font sur le Gouvernement de Sa Majesté britannique, et si je ne la mettais pas en garde contre les conséquences désastreuses qui résulteraient pour votre Gouvernement s'il suivait une voie si contraire à ses propres intérêts que celle de se faire le complice de l'Allemagne dans une attaque contre l'Égypte.

Votre Altesse se rappellera qu'au commencement de la guerre actuelle Sir *E. Grey* chargea Mr. *Beaumont* de lui déclarer que pourvu que la Turquie gardât une neutralité stricte et absolue pendant la guerre et tant que des circonstances imprévues ne surgissent pas, le Gouvernement de Sa Majesté britannique n'avait aucun désir ni intention d'annexer l'Égypte ni de modifier son régime d'une façon quelconque. J'eus l'honneur de confirmer cette assurance à votre Altesse peu de temps après ma rentrée à Constantinople. Depuis lors, désireux d'éviter toute possibilité de malentendu avec le Gouvernement Impérial, j'ai à plusieurs reprises appelé l'attention de votre Altesse sur le caractère conditionnel des assurances données par Sir *E. Grey*. Or, je crois de mon devoir de déclarer encore une fois à votre Altesse que mon Gouvernement voit sous un jour des plus sérieux les violations de neutralité sans pré-

I trust that the reports, the contents of which I have just summed up to your Highness, put a wrong interpretation on facts which, as such, cannot be discussed. But I repeat that I should fail in my duty, if I did not bring to your Highness's knowledge the grave preoccupation which they cause me, and the impression which they make upon His Britannic Majesty's Government, and if I did not place you on your guard against the disastrous consequences, which would ensue for your Highness's Government, if they were to follow a course so contrary to their own interests as that of becoming the accomplice of Germany in an attack upon Egypt.

Your Highness will remember that at the beginning of the present war, Sir *E. Grey* instructed Mr. *Beaumont* to give you the assurance that, provided that Turkey maintained strict and absolute neutrality during the war, and so long as unforeseen circumstances did not arise, His Britannic Majesty's Government had no desire to, nor intention of annexing Egypt, nor of modifying her régime in any way whatsoever. I had the honour to confirm this assurance to your Highness shortly after my return to Constantinople. Since then, being desirous of avoiding any possibility of misunderstanding with the Imperial Government, I have repeatedly called your Highness's attention to the conditional character of the assurances given by Sir *E. Grey*. Now, I hold it to be my duty to declare once more to your Highness that my Government take the most serious view of the unprecedented violations of

cédent commises déjà par le Gouvernement ottoman en gardant des officiers et des équipages allemands à bord des vaisseaux de guerre allemands et en prenant dans son service plus tard beaucoup d'autres Allemands ayant le même caractère militaire.

Je ne trouve pas nécessaire en ce moment de récapituler les détails d'encore autres écarts de la neutralité commis par la Turquie en faveur des ennemis de la Grande-Bretagne. Je n'ai pas besoin non plus d'insister sur des conséquences qui pourraient en suivre, si pour mettre le comble à une situation tellement grave, mon Gouvernement acquerrait la conviction que le Gouvernement Impérial envisageait sérieusement une attaque contre l'Égypte ou qu'il se prêtait à des menées déloyales contre la sûreté du Canal de Suez ou contre le régime actuel de l'Égypte. Votre Altesse peut elle-même apprécier toute l'importance et toute la portée possible de ces conséquences.

Votre Altesse trouvera annexé à cette note un mémoire détaillant les faits qui peuvent être considérés comme le prélude d'une attaque contre l'Égypte.

Je profite, &c.

*Louis Mallet.*

neutrality already committed by the Turkish Government in retaining German officers and men on board the German warships, and by subsequently taking into their service numerous other Germans in a similar military capacity.

It does not seem to me necessary at this moment to recapitulate the details of still further departures from neutrality committed by Turkey in favour of the enemies of Great Britain. Nor need I insist on the consequences which might ensue if, to add the last touch to so grave a situation, my Government were to become convinced that the Imperial Government were seriously meditating an attack against Egypt, or that they were a party to disloyal intrigues against the security of the Suez Canal, or against the present régime in Egypt. Your Highness can judge of the whole importance and possible extent of these consequences.

I enclose in this note a Memorandum, enumerating in detail the facts which can be considered as indications of a forthcoming attack upon Egypt.

I avail, &c.

*Louis Mallet.*

#### Memorandum.

(Translation.)

D'un rapport en date du 18 courant, il résulte que les autorités déployaient tous leurs efforts pour exciter les tribus bédouines contre l'Angleterre, en la représentant comme l'ennemi de l'islamisme, et que 30 000 hommes appartenant à ces tribus étaient prêts à se soulever. Un rapport complé-

From a report dated the 18th instant, it appears that the authorities were using all their efforts in order to excite the Bedouin tribes against England by representing her as the enemy of Islam, and that 30 000 men belonging to these tribes were ready to rise. A supplementary report

mentaire porte que les instigateurs de ce mouvement sont *Muntaz Bey*, officier à l'armée; *Essad Choucair*, député ou ancien député; et un certain *Beheddine Bey*, aidés de plusieurs autres personnes et appuyés par les autorités locales tant civiles que militaires. Le rapport ajoute sans réserves qu'après le bruit qui courait, des tribus devaient s'armer tout de suite pour marcher contre l'Égypte.

Il résulte d'un autre rapport du 18 courant qu'un mouvement militaire de Damas vers le sud était attendu pour environ le 20 septembre; que les troupes de Mosul étaient en route pour Damas; que l'on préparait de grandes provisions de vivres; que l'on avait rassemblé 3000 chameaux à Maan; et que deux officiers d'état-major étaient rentrés d'Akaba après avoir étudié la possibilité d'un mouvement à travers le désert. Ce rapport se complète par un autre de la même date portant que l'on projetait d'envoyer un grand nombre d'hommes de Homs à Damas par chemin de fer, entre le 20 et le 23 septembre, et que l'on s'attendait à une grande concentration vers le sud. D'un troisième rapport reçu postérieurement il résulte qu'encore 5000 chameaux avaient été réquisitionnés à Maan; que tout le matériel roulant de la partie sud de Chemin de Fer du Hedjaz se trouvait concentré à Deraa; et que les troupes de Mosul étaient parvenues à Tel-Abiad près d'Alep.

Un rapport en date du 21 courant déclare qu'il y avait une accumulation d'indices établissant presque la certitude qu'une attaque contre l'Égypte sur une grande échelle aurait lieu dans

states that the instigators of this movement are *Muntaz Bey*, an officer of the army, *Essad Shoucair*, deputy or former deputy, and a certain *Beheddine Bey*, aided by several other persons, and with the support of the local, civil, and military authorities. The report adds categorically that, according to current rumour, these tribes were to arm immediately in order to march on Egypt.

From a further report dated the 18th instant, it appears that a military movement from Damascus towards the south was expected about the 20th September; that the Mosul troops were on their way to Damascus; that large stores of foodstuffs were being prepared; that 3000 camels had been collected at Maan; and that two staff officers had returned from Akaba after studying the possibility of a movement across the desert. This report was supplemented by another of the same date to the effect that it was intended to send a large number of men from Homs to Damascus by rail, between the 20th and 23rd of September, and that a great concentration converging towards the south was expected. From a third report, which was received subsequently, it appears that another 5000 camels had been requisitioned at Maan; that all the rolling-stock of the southern section of the Hedjaz Railway was being concentrated at Deraa; and that the Mosul troops had reached Tel-Abiad near Aleppo.

A report, dated the 21st instant, stated that there was cumulative evidence to show almost certainly that an attack against Egypt on a large scale would take place in the very

un avenir très proche; que les troupes marcheraient des deux côtés, par Akaba et par El-Ariche; et que l'on préparait une grande quantité de choses nécessaires pour leur transport à travers le désert. Un autre rapport de la même date porte que des chameaux et des hommes sont arrivés de Homs à Damas: que l'on s'attendait à l'arrivée de trente bataillons au courant de la semaine; que le chef d'état-major de Damas s'était rendu à Maan; et que des chefs des tribus bédouines étaient partis pour le sud après avoir conféré avec le Vali.

Constantinople,  
le 23 septembre, 1914.

near future; that the troops would advance on both sides by way of Akaba and by way of El Arish; and that a large provision of things necessary for their transport across the desert was being prepared. A further report of the same date stated that camels and men had arrived at Damascus from Homs; that thirty battalions were expected to arrive during the week; that the chief staff officer from Damascus had proceeded to Maan; and that the chiefs of the Bedouin tribes had left for the south after a conference with the Vali.

Constantinople,  
September 23, 1914.

Enclosure 2 in No. 143.

Sir L. Mallet to Grand Vizier.

Your Highness,

Constantinople, October 2, 1914.

In my communication of the 23rd September and subsequent letters of the 25th and 26th, various military and other preparations in Syria, initiated by the Ottoman Government, were brought to the notice of your Highness, as likely to cause apprehension to His Majesty's Government.

To the representations made in these communications, no written reply has yet been received, and it appears that not only has the verification of the details already given been confirmed, but further news of a disquieting nature has now arrived. For instance, the transport of food-stuffs, military stores, and material of war to Maan continues. As this place is in no wise a Turkish military centre in peace, and has no connection with a mobilisation of the Syrian divisions in their ordinary stations, but is, on the other hand, in proximity to the Egyptian frontier, His Majesty's Government would desire to be informed why it is considered necessary to make the preparations in question, which are evidently for the maintenance of a considerable body of troops, or for their transit further in the direction of Akaba.

2. Similar preparations are also apparently being made on the road Jenim-Nabliis-Jerusalem, and the collection of a camel corps at the latter place was announced yesterday. These measures tend to show a projected concentration of troops on the limits of Syria to the west, and again in proximity to the Egyptian frontier.

3. The above steps have latterly coincided with the sudden arrival of Colonel *Kress von Kressenstein* and six other German officers, with the



result that it is openly rumoured in Syria that the Jerusalem division is preparing to move towards Rafa and that of Damascus towards Akaba.

4. From Beirout arrive reports that the inhabitants are retiring inland, and from Haiffa that the customs and railway staff have also been transferred from the coast. These measures are stated to be taken as precautionary steps against the hostile action of the British fleet, which is expected to ensue on the movement of Turkish forces against Egypt.

5. In view of all these circumstances, it is undoubtedly the case that it is fully believed in Syria that an offensive movement against Egypt is contemplated by the Ottoman authorities, and, although His Majesty's Government do not necessarily share this view, they cannot but regard any continuance of the military movement in anything but the most serious light.

6. Apart from recognised military measures, the movements of a German engineer belonging to the Bagdad Railway with a large consignment of explosives destined for an attempt on the Suez Canal has already been brought to your Highness's notice in my letter of the 25th ultimo.

Not only have the movements of this individual been confirmed, but the departure of a German naval officer named *Hilgendorff* is now also announced with the same purpose. This individual has left Petra with a party of eight Germans, ostensibly on a shooting expedition, but with a large amount of stores, including explosives, and intending to meet another similar party journeying viâ Haiffa-Amman.

As both these parties are acting from neutral territory with the avowed intention of committing acts hostile to Great Britain, it is incumbent on the Porte to secure their apprehension, coupled with an assurance that all necessary steps will be taken to put an end to any enterprises of this nature.

I have been repeatedly assured by your Highness and by other members of the Ottoman Government that Turkey is firmly determined to maintain an attitude of strict neutrality during the European war. To these assurances I have been unfortunately obliged to reply that the Ottoman Government have failed in several most essential particulars to maintain their neutrality, and I would now desire to point out, with all the emphasis at my command, that, if these preparations continue, only one conclusion can be deduced—namely, that the Ottoman Government are taking preliminary steps to send an expedition against Egypt and that they are conniving at the preparation of a plot against the Suez Canal on the part of German subjects, who are either in the Ottoman service or are acting independently.

I cannot too earnestly impress upon your Highness the absolute necessity of putting an end to this situation of uncertainty at the earliest moment possible, in order that those relations of confidence and sincerity may be restored between the two Governments which it has constantly been my object to foster.

I avail, &c.

*Louis Mallet.*

**Nr. CMXCV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — Received October 19.)

**Bb. II 144.**

Sir,

Constantinople, October 6, 1914.

I have the honour to forward herewith copy of a note which I have addressed to the Grand Vizier referring to the circular note\*) enclosed in my immediately succeeding despatch, recently received from the Sublime Porte, defining the rules which they propose to apply during the war in order to defend their neutrality, expressing my satisfaction that they should have adopted views in regard to the use of wireless in neutral waters, by belligerent merchantmen, identical with those of His Majesty's Government, and enquiring when they propose to dismantle the wireless apparatus on the „Corcovado.“

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure in No. 144.

**Sir L. Mallet to Grand Vizier.**

Your Highness,

Constantinople, October 2, 1914.

I have received a note verbale from the Sublime Porte dated the 28th ultimo defining the rules which the Government of your Highness propose to apply during the present war in order to secure respect for their neutrality and to enable them to perform what they recognise to be their duty as neutrals.

I propose to reply to this circular in detail, but in the meantime I desire at once to express my satisfaction that the Imperial Government should have adopted views which, in so far as the installation of wireless stations on land and the use of wireless apparatus by belligerent merchantmen in neutral ports and waters are concerned, are identical with those of His Majesty's Government.

I have had the honour to discuss this question on frequent occasions with your Highness during the last few weeks, in special reference to the notorious case of the German vessel „Corcovado,“ amongst others.

The „Corcovado“ has since the beginning of the war lain at Beicos, almost opposite to the British Embassy, and has, in gross violation of the laws of neutrality, which should have been enforced by the Ottoman Government, regularly received and transmitted, and still, so far as I am aware, continues to receive and transmit, wireless messages in such a way as to serve as a base of radio-telegraphic communication for the general purposes of the German Government.

In deference to the wishes of your Highness, I have hitherto confined my remonstrances to verbal representations, but in view of the circular note now received from the Sublime Porte defining the attitude of the Government

---

\*) See Enclosure in No. 145.

of your Highness in regard to the question. I feel at liberty to address to your Highness a formal note asking, on behalf of His Majesty's Government, that the Ottoman regulations may be applied without further delay to the „Corcovado“ and other vessels which still fly the German flag, or which flew it at the beginning of the present war, and that their wireless installations may be at once dismantled.

I feel convinced that your Highness will see the justice and the propriety of this step.

I avail, &c.

*Louis Mallet.*

**Nr. CMXCVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 145.**

Sir,

Constantinople, October 6, 1914.

I have the honour to forward herewith copies of notes from and to the Sublime Porte on the subject of the Turkish regulations for belligerent warships in Turkish territorial waters.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure 1 in No. 145.

**Note verbale communicated by Sublime Porte.**

(Translation.)

Le Ministère des Affaires Étrangères, en vue d'observer ses devoirs de neutralité pendant toute la durée des hostilités, porte les dispositions qui suivent à la connaissance de l'Ambassade d'Angleterre:

1. L'entrée dans les ports, rades et eaux territoriales ottomans est interdite aux navires de guerre des Puissances belligérantes, sauf pour cause d'avarie, ou à raison de l'état de mer. Dans ces cas, ils ne devront résider que le strict temps matériel nécessaire pour réparer lesdites avaries, ou pour attendre que l'état de la mer soit amélioré.

2. Tout navire belligérant qui demanderait à entrer dans un port ou dans une rade ottomans pour cause de ravitaillement en combustible ou approvisionnement, pourra y être

The Ministry for Foreign Affairs, with a view to the observance of their duties of neutrality throughout the hostilities, brings the following regulations to the notice of the British Embassy: —

1. Entry to Turkish ports, roadsteads, and territorial waters, is forbidden to warships belonging to belligerent Powers, except in the case of damage, or by reason of the state of the sea. In these cases they may only remain strictly the length of time actually necessary for the repair of the said damage, or to wait until the state of the sea has improved.

2. Every belligerent vessel, which shall ask permission to enter a Turkish port or roadstead for purposes of refuelling or re victualling, may be authorised to do so, on condition

autorisé à la condition d'en obtenir l'autorisation de l'autorité Impériale locale, après avoir établi les motifs de son arrivée; de ne résider plus de vingt-quatre heures dans lesdits port ou rade et de n'être à la fois pas plus de trois unités du même pavillon dans le même port ou rade.

3. Les ports de Smyrne et de Beyrouth sont interdits auxdits navires, ainsi que les eaux intérieures dont l'accès est barré soit par des mines sous-marines, soit par d'autres moyens de défense.

4. Si le navire de guerre ne quitte pas les eaux ottomanes à l'expiration des délais prévus plus haut, le Gouvernement Impérial prendra les mesures qu'il jugera nécessaires pour rendre le navire incapable de prendre la mer pendant la durée de la guerre.

5. Les bâtiments de guerre sont tenus de respecter les droits souverains de l'Empire ottoman, de s'abstenir de tous actes contraires à sa neutralité, de ne point se livrer dans les eaux territoriales ottomanes à des actes d'hostilité, y compris la capture et le droit de visite.

6. Si des navires de guerre belligérants ennemis se trouvent simultanément dans le même port ou rade ottoman, il doit s'écouler au moins 24 heures entre le départ du navire d'un belligérant et celui du navire de l'autre belligérant ennemi, l'ordre de départ étant déterminé par celui des arrivées, à moins que le bâtiment arrivé le premier ne soit obligé de rester en raison des causes prévues plus haut sur No. 1. De même un bâtiment de guerre belligérant ne peut quitter un des ports ou rades ottomans

that the authorisation of the local Turkish authority is obtained, after having declared the reasons for her arrival; that she does not remain more than twenty-four hours in the said port or roadstead; and that there be not more than three vessels under the same flag simultaneously in the same port or roadstead.

3. The ports of Smyrna and Beirout are prohibited to the said ships, as are the inland waters, access to which is barred either by submarine mines or by other defensive means.

4. If the warship does not leave Turkish waters within the period provided for above, the Turkish Government will take such steps as they may deem necessary to render the vessel incapable of putting to sea during the war.

5. Warships are expected to respect the sovereign rights of the Turkish Empire. To refrain from all acts prejudicial to Turkish neutrality, and not to commit any hostile acts in Turkish territorial waters, including capture and the right of search.

6. If enemy belligerent warships happen to be simultaneously in the same Turkish port or roadstead, at least twenty-four hours must elapse between the departure of one belligerent warship and that of the other enemy belligerent warship, the order of departure being decided by that of arrival, unless the vessel which arrived first be obliged to remain for reasons foreseen above in No. 1. Similarly a belligerent warship may only leave a Turkish port or roadstead twenty-four hours after the departure of a



que 24 heures après le départ d'un navire de commerce sous pavillon de son adversaire.

7. Dans les ports et rades ottomans non interdits les bâtiments de guerre des belligérants ne pourront réparer leurs avaries que dans la mesure indispensable à la sécurité de la navigation et ne pourront accroître, d'une manière quelconque, leur force militaire. Les autorités Impériales ottomanes constateront la nature des réparations à faire; elles devront être exécutées les plus rapidement possible.

8. Lesdits bâtiments ne pourront s'y ravitailler que pour compléter leur approvisionnement normal du temps de paix. Toutefois, étant données les circonstances exceptionnelles de la guerre actuelle, les autorités Impériales pourront réduire cet approvisionnement, suivant les nécessités des lieux, au stricte nécessaire pour suffire à se rendre dans un port étranger neutre le plus proche une première fois, et refuser tout approvisionnement en cas de retour une seconde fois de bâtiments d'une même nation belligérante.

9. Ces navires ne peuvent prendre de combustible que pour gagner le port le plus proche de leur propre pays, ou de celui dont l'administration est confiée à leur Gouvernement, ou du pays allié, au choix de l'autorité Impériale locale. Les restrictions précédentes concernant les approvisionnements seront applicables au combustible.

10. Les règlements sanitaires, de pilotage, de douane, de port et des phares ottomans devront être observés et respectés par les bâtiments de guerre des belligérants.

merchant vessel under an enemy flag.

7. In non-prohibited Turkish ports and roadsteads belligerent warships may only repair their damages to such an extent as is consonant with the safety of navigation, and may not increase their military strength in any manner whatsoever. The Turkish authorities will verify the nature of the repairs to be made; these must be carried out as quickly as possible.

8. The said vessels may only revictual up to their normal supply in peace time. Nevertheless, in the exceptional circumstances of the present war, the Turkish authorities may, in the first instance, reduce this supply, according to the requirements of the districts, to what is strictly necessary to reach the nearest neutral foreign port, and may refuse all supplies in the case of a second return by vessels of a like belligerent nation.

9. Such vessels may only take in sufficient fuel to reach the nearest harbour in their own country, or of a country the administration of which is entrusted to their Government, or of an allied country, at the discretion of the local Turkish authority. The preceding restrictions concerning supplies will be applicable to fuel.

10. The Turkish sanitary, pilotage, customs, port and lighthouse regulations must be observed and respected by belligerent warships.

11. Est défendu d'amener des prises dans un des ports ou rades ottomans (non interdits) sauf pour cause d'innavigabilité, de mauvais état de mer, de manque de combustible ou de provisions, auquel cas, autorisation devra être demandée aux autorités Impériales locales; celles-ci l'accorderont après constatation de la cause précitée. La prise devra repartir aussitôt que ladite cause aura cessé; l'approvisionnement en combustible et en provision se fera dans les conditions prévues pour les navires de guerre.

Aucun tribunal des prises ne peut être constitué par un belligérant ni sur le sol de l'Empire ni sur un navire dans ses eaux territoriales.

12. Est interdit aux belligérants de faire des ports et eaux ottomans la base d'opérations navales contre leurs adversaires; d'installer sur le sol et dans les eaux territoriales des stations radio-télégraphiques ou tout appareil destiné à servir comme moyen de communication avec les forces belligérantes sur terre ou sur mer; d'établir des dépôts de combustible soit sur le sol ottoman, soit sur des navires stationnés dans ses eaux territoriales.

13. Les dispositions qui précèdent ne dérogent en rien au régime des Détroits, qui reste le même, tel qu'il est établi par les traités internationaux.

14. Le droit international général est applicable dans toutes les questions non prévues par les dispositions qui précèdent.

Constantinople,  
le 28 septembre, 1914.

11. It is forbidden to bring prizes into any of the (non-prohibited) Turkish ports or roadsteads, save in the case of impossibility of navigation, of roughness of the sea, lack of fuel or provisions, in which case permission must be asked from the local Turkish authorities; the latter will grant it after verification of the aforesaid cause. The prize shall be required to leave as soon as the said cause shall have ceased to exist; the taking in of fuel and provisions shall be carried out in accordance with the conditions laid down for warships.

No Prize Court may be established by a belligerent either on Turkish territory or on a vessel in Turkish territorial waters.

12. Belligerents are forbidden to make Turkish harbours and roadsteads a base for naval operations against their adversaries; to erect on land or in territorial waters any wireless telegraphy station or installation destined to serve as a means of communication with belligerent forces by land or sea; to establish depôts of fuel either on Turkish territory or on ships stationed in Turkish territorial waters.

13. The above provisions in no way supersede the regulations governing the Straits, which remain as established by international treaty.

14. General international law is applicable in all questions not provided for in the above regulations.

Constantinople,  
September 28, 1914.

Enclosure 2 in No. 145.

**Note verbale communicated to Sublime Porte.**

His Britannic Majesty's Embassy is in receipt of the note verbale of the Imperial Ministry of Foreign Affairs of the 28th September, in which are set forth at length the rules laid down by the Imperial Ottoman Government with a view to securing proper respect for their neutrality during the present hostilities in Europe.

In the preamble to this note verbale the Imperial Ministry states that the rules contained in it have been adopted in order to enable the Imperial Government to discharge their duties as neutrals. The rules themselves indicate a conception of those duties closely in accord with the general principles held by His Majesty's Government. It is all the more, therefore, a matter of surprise to His Majesty's Embassy that the practice of the Ottoman Government should have hitherto been so entirely at variance with these principles.

Rule 1 prohibits the entrance into Ottoman ports of belligerent warships, except in case of damage or on account of the state of the sea, and requires their departure as soon as circumstances permit.

Rule 2 prescribes that no belligerent warship, even though authorised for special reasons to enter an Ottoman harbour, shall remain more than twenty-four hours. These rules were not applied by the Imperial Ottoman Government when they allowed the German warships „Goeben“ and „Breslau“ to enter the Dardanelles and to remain in Turkish waters for an indefinite period, on the pretext that a sale, as to the genuineness of which no evidence exists, had taken place.

Neither did the Imperial Ottoman Government apply to these ships the provisions of Rule 4, which requires that vessels which have exceeded a visit of twenty-four hours should be incapacitated from taking part in any hostilities during the war, as both these vessels, which remain under German control, are notoriously in a state of complete preparation to proceed to sea.

Rule 5, which prohibits the performance of acts prejudicial to Ottoman neutrality, including acts of capture and search, was violated in a flagrant manner by the „Breslau,“ when it visited and searched British ships in the Dardanelles shortly after its arrival in those waters. The Imperial Government have never demanded any public satisfaction from the Government whose ship committed this indefensible outrage on their neutrality. By thus condoning the act of the „Breslau,“ the Imperial Government failed signally in their own duties as a neutral.

The Imperial Ottoman Government have not applied the provisions of rule 7, prohibiting foreign war vessels from increasing their military value in an Ottoman port, where they are only permitted to make such repairs as their own security demands and within the shortest possible period of time, nor the provisions of rule 8, regarding the prohibition of all revictualling, &c., of belligerent warships returning a second time to the same Ottoman

port. The „Goeben“ and the „Breslau“ remaining, as has been said above, under German control, have been repaired under the auspices of the official representatives of the German Government, have put to sea under German command, and have been revictualled at German expense on returning from the various cruises in the Black Sea. By tolerating these violations of their own rules, the Turkish Government have again failed in their duty as neutrals.

The Imperial Ottoman Government have further neglected the obligation to prevent foreign warships from making an Ottoman port a base of naval operations against their enemies; from installing wireless stations on land or in territorial waters, to serve as a means of communication with the belligerent forces on land or sea, obligations which are clearly recognised by the adoption of rule 12. The flagrant violation of this rule by ships like the „General,“ the „Lily Rickmers,“ and the „Corcovado,“ has not been checked by the Imperial Government. They have, indeed, departed from their duty as neutrals, not merely by tolerating the proceedings of those ships, but they have in some cases facilitated them by allowing German ships to fly the Ottoman flag, as a result of illegal and fictitious transfers. The special case of the „Corcovado“ has formed the subject of a separate communication, to which His Majesty's Embassy trusts that an early reply will be returned.

Finally, rule 13, which states that the status of the Straits is unaffected by the measures taken by the Imperial Government, has been violated by the Ottoman authorities themselves, who, in violation of a series of international acts, have interfered with the free passage of the Dardanelles by British merchant vessels.

In the presence of the facts set forth above, it is impossible for the Imperial Ottoman Government to maintain that they have hitherto observed that duty as neutrals, the performance of which the Imperial Minister for Foreign Affairs declares them to have had in view when drawing up the rules embodied in its circular note of the 28th September. If, after consecrating their recognition of these duties by an official communication, the Imperial Government should continue to tolerate the use of its territory by German ships and agents for purposes connected with the war, His Majesty's Embassy will feel itself constrained to protest with renewed vigour against what it cannot but consider a partial and unneutral attitude on the part of the Imperial Ottoman Government, and must reserve to His Majesty's Government complete liberty of action. If, on the other hand, the object of the communication is to prove that the Imperial Government are prepared to embark on a new line of action, His Britannic Majesty's Embassy will have the utmost satisfaction in taking act of an assurance in that sense and bringing it to the knowledge of His Britannic Majesty's Government.

Constantinople, October 4, 1914.



**Nr. CMXCVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 146.**

Sir,

Constantinople, October 6, 1914.

I have the honour to transmit herewith copy of a note I have addressed to the Grand Vizier on the subject of the measures the Porte propose to take against British warships in the Shatt-el-Arab, expressing the hope that no action be taken which might have serious consequences.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure in No. 146.

**Sir L. Mallet to Grand Vizier.**

Your Highness,

Constantinople, October 4, 1914.

I have just received a telegram from His Majesty's consul at Basra stating that the Vali has written to him saying that the Porte have communicated to me the measures which they propose to take against a British man-of-war which is in the Shatt-el-Arab unless it leaves within twenty-four hours, and that the Shatt-el-Arab from Fao to Gurna is inland water, like the Dardanelles, and closed to foreign warships.

I am instructed by His Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs to enquire on what grounds the Sublime Porte base their objection to His Majesty's ship remaining in Mohammerah, a Persian port?

In the meantime I would express the hope that your Highness will instruct the Vali without loss of time to avoid taking any measures against a British man-of-war which might have serious consequences at this critical period.

As a matter of fact, H.M.S. „Odin“ left the Shatt-el-Arab some days ago, and I am not aware what British ship has taken her place.

I avail, &c.

*Louis Mallet.*

**Nr. CMXCVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 147.**

Sir,

Constantinople, October 6, 1914.

I have the honour to forward herewith copy of a note addressed by me to the Imperial Ottoman Government on the 5th instant with regard to the hostile attitude of the Ottoman press towards Great Britain and British interests.

I also enclose copy of a letter I addressed to *Talaat Bey* on the previous day on the same subject.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure 1 in No. 147.

Sir L. Mallet to Grand Vizier.

Your Highness,

Constantinople, October 5, 1914.

I have on several occasions complained to your Highness of the hostile tone of the Ottoman press towards Great Britain and British interests, and I have frequently represented to your Highness and to the Minister of the Interior the unfavourable impression which His Majesty's Government will derive of the sentiments of the Ottoman Government from the deliberate misrepresentations and the malicious accusations of the organs of public opinion.

Your Highness has assured me from time to time of your regret that the press should display so hostile a spirit towards my country and to the cause for which we have taken up arms, and owing to your Highness's intervention I most willingly admit that there have been short periods during which it has displayed a greater moderation in the volume and frequency of its abuse. Your Highness has also begged me not to attach too great an importance to the newspapers, which you have assured me do not influence public opinion to any appreciable extent, and are not therefore deserving of serious attention.

In ordinary circumstances I should have been in agreement with your Highness, except in regard to the extent of the harm done by these irresponsible writers, a matter of which I am incompetent to judge, but it must be remembered that the Ottoman Empire is now living under martial law, and that vigorous press censorship is enforced—apparently in the interests of Germany—which has rendered the publication of news from British sources difficult, and the public expression of opinion favourable to England impossible both at Constantinople and in the provinces.

The press articles of which I complain are, therefore, authorised and approved by the press censor, or in other words by the Ottoman Government, whose views they must be held to represent.

This state of affairs is the more grave, as one of the main objects which certain newspapers have had in view, has been to misinform public opinion in this country as to the true character of British rule in India and British control in Egypt, and as to the attitude of the populations of those countries towards Great Britain.

It is, however, difficult to reconcile these hostile utterances with those of your Highness, who has always assured me of the friendly sentiments of the Ottoman Government towards Great Britain, and of their desire and intention to maintain good relations with His Majesty's Government.

In these circumstances, I am at a loss to know what I should report to my Government, who will doubtless desire to know why the Ottoman Government permit the publication of inflammatory articles against Great Britain if their sentiments are wellintentioned. I would call your Highness's special attention to two articles which have appeared in the „Terdjuman-i-

Hakkikat“ of the 16th (29th) September and the 19th September 2nd October). The first of these articles gives an entirely untrue account of the action of the British fleet outside the Dardanelles, which it accuses of preventing merchandise from coming into the port. The object of these accusations is to mislead public opinion with regard to the intentions of Great Britain, and to hide the real reason for the presence of the British fleet, which, as is well known to your Highness, is the retention of the German officers and crews.

The second article which I enclose\*) not only misrepresents the motives which induced my Government to embark on the present war, but characterises England as the enemy of small nations, declares that she wishes to drive the Moslem Powers into a holy war against Germany, and traduces the character of British control in Egypt. Both articles are only examples of the innumerable utterances of a similar kind in which the „Terdjuman-i-Hakkikat“ and other papers indulge. I will not weary your Highness with other specimens in Turkish, but to prove how varied are the attacks made on my country and my Government with the express sanction of the authorities responsible for the press, I enclose a copy\*) of a paper called the „Défense nationale“, a French organ which is specially distinguished for its virulent and calumnious attacks on Great Britain, and which, while purporting to represent authorised military opinion, is in reality, as your Highness is doubtless aware, produced by a person of non-Ottoman and non-Moslem origin and of most disreputable antecedents.

I venture to beg your Highness, who has laboured unceasingly and devotedly in the interests of peace, to give instructions to the responsible authorities not to allow the publication in future of articles so totally at variance with what your Highness has repeatedly declared to be the policy of the Imperial Government. I would at the same time beg of your Highness to secure publicity for the enclosed statement which I have prepared, the object of which is, as your Highness will see, to correct one of the most specific calumnies recently published.

I avail &c.

*Louis Mallet.*

Enclosure 2 in No. 147.

#### Statement.

The statement made in the „Terdjuman-i-Hakkikat“ of the 16th (29th) September that the British and French fleets outside the Dardanelles have prevented the importation of merchandise into the port of Constantinople is an entire misrepresentation. The allied fleet has never in a single instance interfered with the export or import trade of this country.

The retention of the allied fleets in the neighbourhood of the entrances to the straits is solely due to the continued presence of the German admiral.

\*) Not printed.

officers, and crews on the warships recently sold to Turkey. and to the officering of the rest of the Turkish fleet by Germans.

Enclosure 3 in No. 147.  
Sir L. Mallet to Talaat Bey.

Constantinople,  
le 4 octobre, 1914.

Mon cher Ministre,

Sauriez-vous m'expliquer pourquoi la censure a supprimé une partie importante du discours prononcé dernièrement par l'Agha Khan?

Je vous transmets une copie du discours sur lequel est marqué la partie supprimée. Voudriez-vous le faire imprimer dans les journaux ottomans? Il n'est que juste qu'on publie dans un pays neutre toutes les opinions.

Je vous signale aussi un article qui a paru dans le „Terdjuman-i-Hakkikat“ du 2 octobre, qui est mensonger et plein de malveillance pour la Grande-Bretagne.

Puisque la presse est censurée, je ne puis qu'en conclure que les sentiments d'Agha-olu Ahmed sont approuvés ou inspirés par le Gouvernement. Dans tous les cas, le Gouvernement est responsable tant que la censure existe. Dans les circonstances, à qui dois-je croire? Car le Gouvernement parle avec deux voix différentes, mais toutes deux officielles.

Bien sincèrement à vous.

*Louis Mallet.*

(Translation.)

Constantinople,  
October 4, 1914.

My dear Minister,

Can you explain to me why the censor suppressed an important part of the speech recently made by the Agha Khan?

I enclose a copy\*) of the speech, showing the part that was suppressed. Would you please have it printed in the Turkish press? It is only right that every opinion should be published in a neutral country.

I would also draw your attention to an article which appeared in the „Terdjuman-i-Hakkikat“ of the 2nd October, which is untrue and full of malevolence towards Great Britain.

As the press is censored, I can only conclude that the sentiments of Agha-olu Ahmed are approved or inspired by the Government. In any case, so long as the censorship exists the Government are clearly responsible. In the circumstances, whom can we believe? For the Government speak with two conflicting voices, both of which are none the less official.

*Louis Mallet.*

**Nr. CMXCIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 148.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 19, 1914.

New Governor-General of Basra with six army officers, including two German officers, also six naval officers, including two Germans, and 150

\*) Not printed.



Turkish sailors with three columns of ammunition, arrived at Alexandretta on morning of 18th October by railway from Constantinople. Their final destination is believed to be Basra. I am also informed that Maan is their true destination.

**Nr. M. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 149.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 19, 1914.

Within last few days following have passed through Adana in direction of Syria: 450 gendarmes with 600 sailors, of whom 200 were German, 52 German naval and military officers, a commandant of police, 45 civilian officials, of whom two were German, 10 engines, and 3 or 4 automobiles, said to contain German officers.

**Nr. MI. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received October 19.)

**Bb. II 150.**

(Telegraphic.)

Cairo, October 19, 1914.

I am informed that *Bimbashi Gamil*, staff officer in Turkish army, *Khoga (Imam) Ali Haider*, *Khoga (Imam) Amin*, and *Khoga (Imam) Rustom*, have left Smyrna in order to carry on a Turcophile propaganda in India.

**Nr. MII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 20.)

**Bb. II 151.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 19, 1914.

It is pretty clear that naval parties are on their way both to Akaba and the Persian Gulf, as well as smaller groups to Syrian coast ports. There are plenty of German reserve mercantile marine officers available, in addition to „Goeben“ and „Breslau“ officers and others who have subsequently arrived. Although there is at present no actual confirmation of arrival in Constantinople of Austrian officers and sailors, this is regarded as also possible.

It is very likely now that consignment of mines has actually got as far as Maan.

At Akaba it is not impossible that floating mines may be let loose penetrating into the Red Sea: in Persian Gulf defence of waterway will no doubt be prepared.

Consul at Damascus reports that fifty Germans arrived at Akaba quite recently. These are believed to be wounded from East Africa.

**Nr. MIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 22.)

**Bb. II 152.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 21, 1914.

Battery of six guns which left Constantinople on 11th instant, and which I think were heavy guns, have, together with aeroplane, arrived at Alexandretta and left for the south.

Since 18th October there have been no movements of troops to or from Damascus. Some trucks of ammunition went round by rail to Nablus Sidi, and cases of rifles arrived from Aleppo.

**Nr. MIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 22.)

**Bb. II 153.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 21, 1914.

It should not be forgotten that one of the elements in the situation that cannot be overlooked is possibility of coup d'Etat by Minister of War, supported by Germans.

**Nr. MV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 22.)

**Bb. II 154.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 22, 1914.

A manifesto, the authorship of which is attributed to *Sheikh Aziz Shawish*, is being secretly circulated at Beirut. Manifesto bears alleged signatures of ten representatives of Moslem countries under foreign rule. It incites Moslem soldiers to mutiny in their respective countries in defence of Islam, and bids them desert the allies and join Germany. Whole tenor is fanatical and inflammatory.

**Nr. MVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 22.)

**Bb. II 155.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 22, 1914.

My immediately preceding telegram.

I understand that several thousand copies of manifesto are to be smuggled into Egypt and India and other Moslem countries through Syria.

**Nr. MVII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 156.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 22, 1914.

German officers now on frontier seem bent on forcing matters. General Officer Commanding Egypt anticipates Arab raid at any moment at their instigation.

**Nr. MVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 22.)

**Bb. II 157.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 22, 1914.

I have seen the Russian Ambassador again this morning. He is sure that unless Turks mean to betray Germans, the possibility of which he does not exclude, they will make war on Russia on receipt of first half of a sum of 4 000 000 £ which Germany is providing.

It is currently reported about 1 000 000 *l* has already arrived.

Russian successes on Vistula will spur on Germans to further efforts here, but it is difficult to say whether it will increase or diminish chance of Turkish participation in the war.

Virulent attacks and propaganda against Great Britain seem to show Government are anxious to justify themselves in public estimation if war breaks out, and it may indicate that they mean to provoke war themselves, as they are aware that we shall not do so.

**Nr. MIX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — Received October 22.

**Bb. II 158.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 22, 1914.

One of objects of press campaign here now is to prove that Great Britain is aiming deliberate blows at Islam, as such, and a statement is being circulated here that British Government are preventing pilgrimages from Egypt this year. One form of this statement is that a Fetva has been issued prescribing that as Egyptian Government cannot protect pilgrims there shall be no pilgrimage. It is insinuated that this Fetva has been extorted by British.

**Nr. MX. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 159.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 23, 1914.

Mining of the Shatt-el-Arab.

Your telegram of 17<sup>th</sup> October.\*)

The ancient right of free navigation of the river was solemnly affirmed as late as 29<sup>th</sup> July, 1913, in article 1 of the Anglo-Turkish Agreement signed on that day. It is a right which His Majesty's Government cannot allow to be nullified by the mining of the channel. They will be forced to regard any attempt to lay mines in the river as an act of open hostility and provocation to this country, and they must reserve to themselves the right of taking their own measures, if necessary, to maintain the freedom of navigation.

You should make a representation in these terms to the Turkish Government, and add a firm protest against the apparent intention of blocking the international waterway of the Shatt-el-Arab, which offers the only means of access to the port of Mohammerah and the neighbouring Persian littoral.

**Nr. MXI. Sir Edward Grey to Mr. Cheetham.**

**Bb. II 160.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 23, 1914.

I hear that Turkish Minister at Sophia has left his post for Germany. Reported object is to arrange with German Government for stirring up of Moslem fanaticism in India, Egypt, Morocco, Algeria, and Tunis

\*) See No. 135.

**Nr. MXII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 22.)

**Bb. II 161.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 23, 1914.

Twenty projectors, 10 electric mines, 4 electric motors. 500 cases of Mauser ammunition have arrived via Rustchuk, in addition to arrivals already reported previously.

**Nr. MXIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 24.)

**Bb. II 162.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 23, 1914.

Very large quantities of bar gold have recently arrived. Nearly a million's worth was taken to Deutsche Bank three nights ago under escort, and there is information that previous consignments have been similarly conveyed. It is probable that between two and three millions have arrived altogether.

**Nr. MXIV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 24.)

**Bb. II 163.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 23, 1914.

German named *Kellerman* has just left Aleppo for Haifa or the south. 2000 camels, 1500 water-skins, 400 bicycles, all canvas and canvas bags together with food-stuffs, are being requisitioned in Aleppo.

Information goes to show that an Arab raid has been possible during last few weeks, and contingency has certainly to be watched.

**Nr. MXV. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 164.)

**Bb. II 164.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 23, 1914.

Last night Minister of Marine sent me message to say that neutrality would be maintained by Turkish Government. He gave same assurances in categorical terms yesterday to French Ambassador, and said that Minister of Interior's views were the same. Ambassadeur said that it was reported that an agreement existed with Germany to go to war on certain terms being fulfilled. Minister of Marine denied this absolutely, and also declared that Turkey was not going to war. My French colleague then enquired what was meaning of preparations in Syria and of all the violent talk about Egypt. Minister of Marine replied that England was treating Egypt as if it belonged to her, whereas it formed part of Ottoman dominions. Turks were indifferent about India, Tripoli, and Tunis, &c., but Egypt was on their frontier, and they felt about it as French did about Alsace-Lorraine. They would do nothing officially, but would shut their eyes to any agitation which was



directed against English occupation of Egypt. Continuing, he referred to a proposal which he had made me a fortnight ago, to the effect that England and Turkey should now sign convention on lines of Drummond-Wolff Convention, providing for evacuation of Egypt by British troops at end of war. It is quite true he made this suggestion. I did not report it at the time because it was so entirely unpractical. This shows that Germans are turning all their attention to Egypt, and are inciting the Turks against us, so that we must expect to have a considerable amount of trouble on frontier.

Turkish newspapers are full of Egypt just now and of our high-handed proceedings. It is, e. g. announced to-day that we have closed El Azhar mosque. There is no doubt that Germans are at bottom of this, and are inciting religious fanaticism of Turks against us.

**Nr. MXVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 24.)

**Bb. II 165.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 23, 1914.

United efforts of Germans and Ottoman Government at Haifa are being concentrated on arousing anti-English feeling amongst the Moslems; German consul is touring the district with this view. The worst offender is the Ottoman Telegraph Agency. Yesterday, for example, it announced that the Ameer of Afghanistan will start a Holy War, and that he is invading India.

**Nr. MXVII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 166.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 24, 1914.

Your telegram of 23rd October\*) gives the impression that Turkey considers sending an armed force over the frontier of Egypt as being in some way different from acts of war against Russia. You should disabuse the Turkish Government of any such idea, and inform them that a military violation of frontier of Egypt will place them in a state of war with three allied Powers.

I think you should enumerate to Grand Vizier the hostile acts of which we complain, and warn him that, if German influences succeed in pushing Turkey to cross the frontiers of Egypt and threaten the international Suez Canal, which we are bound to preserve, it will not be we, but Turkey, that will have aggressively disturbed the status quo.

The following is a convenient summary of Turkish acts of which we complain, and which, combined, produce a most unfavourable impression. You might send it to Grand Vizier: —

„The Mosul and Damascus Army Corps have, since their mobilisation, been constantly sending troops south preparatory to an invasion of Egypt

\*) See No. 164.

and the Suez Canal from Akaba and Gaza. A large body of Bedouin Arabs has been called out and armed to assist in this venture. Transport has been collected and roads have been prepared up to the frontier of Egypt. Mines have been despatched to be laid in the Gulf of Akaba to protect the force from naval attack, and the notorious *Sheikh Aziz Shawish*, who has been so well known as a firebrand in raising Moslem feeling against Christians, has published and disseminated through Syria, and probably India, an inflammatory document urging Mahommedans to fight against Great Britain. Dr. *Prüffer*, who was so long engaged in intrigues in Cairo against the British occupation, and is now attached to the German Embassy in Constantinople, has been busily occupied in Syria trying to incite the people to take part in this conflict."

**Nr. MXVIII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 26.)

**Bb. II 167.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 25, 1914.

Whole fleet has been at Kadikeui since 20th October.

"Breslau" took seventy mines on board yesterday, and had steam up in company of mine-layers "Nilufer" and "Samsun".

There is fairly sure evidence that no submarine has yet arrived in parts or otherwise.

**Nr. MXIX. Sir G. Buchanan to Sir Edward Grey.** — (Received October 27.)

**Bb. II 168.**

(Telegraphic.)

Petrograd, October 26, 1914.

Forty-two Germans, disguised as tourists, are said to have arrived at Aleppo. They are members of General Staff and of crews of "Goeben" and "Breslau". It is believed that they have 150 mines with them. Some of the officers are bound for Bagdad and Basra, others for Beirut and Tripoli.

**Nr. MXX. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 27.)

**Bb. II 169.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 27, 1914.

*Enver Pasha*, *Jemal*, and *Talaat Bey*, are making every preparation for an expedition against Egypt, which is evidently now their uppermost thought. A majority of the Committee are, however, said to be against war, and are showing considerable opposition to the scheme. I am unable to vouch for this, but the news appears to be fairly well authenticated. *Halil Bey* started for Berlin this morning, and he is said to be about to negotiate with the German Government. It seems difficult to explain his journey on any other hypothesis than that the Turks wish to postpone any decisive action.

**Nr. MXXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 28.)

**Bb. II 170.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 27, 1914.

It is now clear that, with exception of Minister of War, Turkish Government are seeking to temporise.

I have reliable information that on the 22nd October Austrian Ambassador urged immediate war on Minister of Interior and *Halil*. Both these officials maintained that it would be wiser to wait until the situation in Egypt and Caucasus cleared before moving, and suggested it would be time enough to move in the spring. They were not sure that, if they went to war, Italy might not join the allies. Austrian Ambassador retorted that spring would be too late, and that is was essential to Germany and Austria that Turkey should declare herself with them at once. His Excellency was clearly greatly dissatisfied at their attitude.

*Enver Pasha*, on the other hand, whom Austrian Ambassador saw subsequently, said that he was determined to have war, whatever his colleagues might desire. Turkish fleet would be sent into Black Sea, and he could easily arrange with Admiral *Suchon* to provoke hostilities.

Fleet has, in point of fact, to-day gone into Black Sea, so it is impossible to foretell what is in store.

**Nr. MXXII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 28.)

**Bb. II 171.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 28, 1914.

Porte regrets that owing to pressure of military requirements they are unable to accept wireless telegraphy messages sent from England for His Majesty's Embassy.

**Nr. MXXIII. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received October 28.)

**Bb. II 172.**

(Telegraphic.)

Cairo, October 28, 1914.

I have received reliable information that some German officers unsuccessfully endeavoured to persuade commandant of Turk post to attack our post at Kossaimo, and that, on making further efforts with this object, they were arrested and sent to *Beersheba*. If true, story shows desire of Germans to precipitate matters.

**Nr. MXXIV. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received October 28.)

**Bb. II 173.**

(Telegraphic.)

Cairo, October 28, 1914.

Two thousand armed Bedouins are advancing to attack the Canal, and have watered at Magdaba, which is 20 miles inside Egyptian frontier, 26th October.

**Nr. MXXV. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.****Bb. II 174.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 28, 1914.

It is reported that four Turkish gunboats are intending to proceed from Alexandretta.

You should warn Turkish Government that, as long as German officers remain on „Goeben“ and „Breslau“ and Turkish fleet is practically under German control, we must regard movement of Turkish ships as having a hostile intention, and, should Turkish gunboats proceed to sea, we must in self-defence stop them.

As soon as Turkish Government carry out their promise respecting German crews and officers and observe the laws of neutrality with regard to „Goeben“ and „Breslau“, and free the Turkish fleet from German control, we shall regard Turkish ships as neutrals, but, till then, we must protect ourselves against any movements that threaten us.

**Nr. MXXVI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. —** (Received October 29.)**Bb. II 175.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 28, 1914.

On 26th October a special train left Aleppo for Jerablus with two German and four Turkish naval officers and 100 Turkish sailors, with large quantities of ship's tackle and accessories.

**Nr. MXXVII. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey. —** (Received October 29.)**Bb. II 176.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 29, 1914.

I have seen the Grand Vizier and informed him that, in spite of his assurances, the Bedouins had crossed the frontier and were in occupation of wells of Magdaba, 20 miles within Egyptian territory. I reminded him of the warning which I had addressed to him on the receipt of instructions contained in your telegram of 24th October,\*) and asked him for explanation. His Highness replied that he had instructed Minister of War, after representations which I had made to him, on no account to allow movement of any force across the frontier. If it were true, he would give immediate orders for recall of Bedouins, but he did not believe accuracy of the information.

I replied that it was necessary at such a crisis that I should speak quite frankly, that it was a matter for public notoriety that there were divisions of opinion in the Cabinet, that his Highness was not master of the situation, and that, if Minister of War and extremists had decided upon an expedition against Egypt, his Highness could not prevent it. Grand Vizier

---

\*) See No. 166.



replied that I was absolutely mistaken, and that, if it came to that, military party would not act without full assent of the Government. I said that in that case the time had come to put them to the test, and that unless expedition were immediately recalled, I could not answer for the consequences. As it was, I might at any moment receive instructions to ask for my passports, in which case Turkish Government would be at war with the Triple Entente at a time when German official communiqués admitted defeat on the Vistula.

**Nr. MXXVIII. Sir G. Buchanan to Sir Edward Grey.** — (Received October 29.)

**Bb. II 177.**

(Telegraphic.)

Petrograd, October 29, 1914.

Russian gunboat at Odessa has been sunk, and Feodosia bombarded by Turkish fleet. Turkish officers who were sent on shore to demand surrender of Novorossiisk were arrested by prefect and ship left without taking further action.

Above information just communicated by Russian Government.

**Nr. MXXIX. Mr. Roberts to Sir Edward Grey.** — (Received October 29.)

**Bb. II 178.**

(Telegraphic.)

Odessa, Oktober 29, 1914.

Before dawn this morning two or three Turkish torpedo-boats raided Odessa harbour and sank Russian gunboat „Donetz“. French ship „Portugal“ damaged; two of the crew killed, two wounded. Russian steamships „Vitiaz“ and „Liazaref“ and „Whanpao“ damaged. Some loss of life was caused in the town itself by shell fire.

**Nr. MXXX. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. II 179.**

(Telegraphic.)

Foreign Office, October 30, 1914.

In view of hostile acts that have been committed, Russian Government have instructed Russian Ambassador to leave Constantinople with all his staff.

Should his Excellency leave, you should yourself send in a note to the Sublime Porte to say that His Majesty's Government have learnt with the utmost surprise of the wanton attacks made upon open and undefended towns of a friendly country without any warning and without the slightest provocation, and that these acts constitute an unprecedented violation of the most ordinary rules of international law, usage, and comity. Russia has shown the utmost patience and forbearance in face of repeated violations of the rules of neutrality by Turkey, and in face of most provocative acts, amounting in reality to acts of hostility, and in this attitude of restraint her allies.

Great Britain and France, have co-operated. It is evident that there is no chance of a return to a proper observance of neutrality so long as the German naval and military missions remain at Constantinople, and such a situation cannot be prolonged.

Unless, therefore, the Turkish Government will divest themselves of all responsibility for these unprovoked acts of hostility by dismissing the German military and naval missions, and fulfilling their often repeated promises about the German crews of the „Goeben“ and „Breslau“, and will give you a satisfactory reply to this effect within twelve hours from the date of the delivery of the note, you should ask for your passports and leave Constantinople with the staff of the embassy.

**Nr. MXXXI. Sir L. Mallet to Sir Edward Grey.** — (Received October 31.)

**Bb. II 180.**

(Telegraphic.)

Constantinople, October 30, 1914.

Russian Ambassador asked for his passports this afternoon and I and my French colleague have followed suit.

Minister of the Interior, in conversation with a neutral colleague this afternoon, practically admitted that Turkey had thrown in her lot with Germany.

I have had a very painful interview with the Grand Vizier, who had been kept in the dark as to his colleagues' intentions, and who will doubtless be set aside to-night.

**Nr. MXXXII. Mr. Cheetham to Sir Edward Grey.** — (Received November 2.)

**Bb. II 181.**

Sir,

Cairo, October 20, 1914.

With reference to my despatch of the 30th ultimo,\*) I have the honour to submit copies of further interrogatories of the German spy, *Robert Mors*.

I have, &c.

(For Mr. *Cheetham*),

*Robert Greg.*

Enclosure in No. 181.

#### Further Interrogation of Lieutenant Mors.

*Mulazim Awal Robert Mors*, recalled and re-examined, states: —

„I arrived in Constantinople on the evening of the 4th September, 1914, and put up at the Hotel Germania. I met M. *Curt Prüfer* there, and he introduced me to *Omar Fauzi Bey*, the Turkish staff officer who asked me to call upon him at the War Office. I did so on the 6th September. He questioned me on the state of Egypt and on the chances of success of a

\*) See No. 125.

native rising in this country. He mentioned that the German diplomatic and consular officials had been expelled, and that all German subjects had been arrested and were to be deported. He also asked me if I knew M. *Dusreicher*, who, he declared, had also been sent out of the country. He stated likewise that he had heard that the Egyptian army and police had been disarmed, and asked me if it were true, to which I replied that I thought it was very improbable. He then told me he had emissaries in Egypt fomenting trouble, to prepare the way for a Turkish invasion, and to compel the British to split up their forces. In reply to my enquiry, he explained that two bands native marauders were to be organised in each Imdiria, to attack the railway, and commit outrages on the property of British subjects, &c. These bands were to be recruited from the malefactor class, and there would be a Turkish officer in every province to direct their operations. Each band would be composed of from ten to fifteen men, and when an important coup was contemplated in any Imdiria the two bands would unite, the idea being to oblige the British to scatter their forces all over the country. *Fauzi Bey* said he had a list of fifty Egyptian army and police officers, from whom he expected either active or passive assistance. Four strong bands of Bedouins were also being formed to operate in the Suez Canal zone, two east and two west. Each band was to be fifty strong. *Fauzi Bey* made a rough sketch of the Canal to explain to me the rôle of these Bedouins. He said the British had detached posts at intervals along the Canal. Two of the most isolated of these would be attacked simultaneously and, if possible, annihilated. The intermediate posts would then go to their assistance, whereupon the third and fourth troops of Bedouins would raid the weakened points and fire on the steamers in the Canal. The instructions given to the bands were to retire into the desert if the post attacked was strongly reinforced, and then to return and attack another post, &c.

„*Fauzi Bey* asked me if I would help to carry out these plans, and suggested that I should assist a Turkish officer who was already in Alexandria to carry out these komitajis operations in that district. If not, I could take part in some way in the military operations to be undertaken in Egypt. I replied that, as an officer, I could have nothing to do with the komitajis part of his programme, which, from a German point of view, was beneath the dignity of an officer, but that I was quite disposed to participate in military operations against Egypt on condition (1) I was granted the rank of officer in the Turkish army, (2) that the German Ambassador approved of my decision, and (3) that I was not required to start before my family arrived from Egypt. At this stage of our conversation a Bedawi sheikh arrived, and I rose to take my leave, but *Fauzi Bey* begged me to remain. The sheikh talked to *Fauzi Bey* on the Canal part of the programme, and I gathered from their remarks that it had already been discussed between them. I should mention that the sheikh on arriving asked the Bey if he could speak in my presence, to which *Fauzi* assented. They then discussed plans for destroying

the embankment between the fresh-water canal and the Suez Canal, in order to cut off the drinking water supply of Ismaïlia and Suez. I asked the sheikh how he proposed to divert the fresh-water canal into Suez Canal. He replied that with 200 men and sufficient dynamite he could do it in thirty-four hours. *Fauzi Bey* interposed that he could easily have 1000 kg of dynamite if he required it. I asked the sheikh sarcastically if he meant to employ Bedouin or fellahcen on the job, to which he replied, somewhat nettled, that it did not matter which. The sheikh left us and *Fauzi Bey*, and I continued our conversation. I asked him how he was going to organise a revolution in Egypt without arms, and mentioned that the Arms Law had been vigorously applied since two years ago. He replied that he had a sufficient quantity of arms in the country, and in any case arms could be smuggled through with ease. I reverted to the subject of the fresh-water canal, remarking that I thought it an absurd project, to which he replied that he believed it quite practical and that the sheikh was a man of intelligence and sense. He went on to say that it was not the only means which he had with which to deal with the Canal problem. A wealthy Turk had presented the Government with a steamship which sailed under the Italian flag and was commanded by an ex-officer of the Turkish navy. This ship was to take a full cargo of cement from an Italian port and her manifests were to be made out for Massowa. The captain was to submit to any search by British warships without demur, and on reaching Port Saïd to steam at full speed down the Canal. He was then to sink her by one of three methods, viz.: (1) to collide with a British ship; (2) to provoke a British warship to sink her by ignoring signals; (3) to sink her himself. *Fauzi Bey* told me he had a trustworthy Egyptian officer who was leaving for Egypt by the first Khedivial mail steamer to take part in the operations there and to bear instructions to his agents. I afterwards spoke to Dr. *Prüfer* about *Fauzi's* Canal project. He did not seem to approve, but gave me the map of the Suez Canal. I met *Fauzi* again at the passport office as I was about to embark on the steamship „Saidia.“ He only greeted me, and said he hoped to see me back soon. He is the officer whom I mentioned in my former evidence as having seen me at the quays and who may have overheard my cabin number.“

*Q.* Who are the police officers in league with *Fauzi Bey*? — *A.* He did not give me their names. I mentioned the names of several officers of my acquaintance, but after scrutinising the list he gave me a negative answer.

*Q.* Do you know the names of any of the army officers who figured on the list? — *A.* No.

*Q.* Who were the officers despatched to Egypt in connection with the organisation of the komitaji bands? — *A.* I do not know; they left for Egypt before me.

*Q.* Who was the Bedawi sheikh who discussed the fresh-water canal project? — *A.* I do not know his name. He was a man of about 50 years



of age, with a full grey beard. He was about my height, but broad-shouldered and stout. He spoke educated Arabic without a Bedawi or Maghrabi accent.

*Q.* Who was the officer in Alexandria with whom you were to co-operate? — *A.* He gave me no inkling as to who he was.

*Q.* Did *Enver Pasha* speak to you on the subject of military operations in Egypt, the destruction of the Canal, &c.? — *A.* Yes, on the day before I sailed, when I called upon him with Dr. *Prüfer* and the officer of the „*Lorelei*.“ He questioned me on public opinion here, whether the natives would revolt against the English if the Turks marched against Egypt, and suggested that I should see *Fauzi Bey* on the subject. I replied that I had already seen him, and I recapitulated what he had told me. *Enver Pasha* replied that there would be certainly something for me to do in Egypt when the time came for action there if I was then still disposed to accept. He also asked me if I spoke Arabic.

*Q.* Did *Fauzi Bey* mention the name of the Egyptian officer who was leaving for Egypt by the first Khedivial mail steamer? — *A.* No; but in the light of subsequent events I believe it was *Hamuda Effendi*.

*Q.* When you told *Fauzi Bey* that you were disposed to participate in military operations against this country, did he accept your offer? — *A.* Yes; but it was agreed between us that this should take effect after I returned from Alexandria with my family.

*Q.* Then why were you given the detonators to take to Egypt? — *A.* I do not know. I am convinced that *Hamuda Effendi* was the person designed for the enterprise connected with the detonators. I do not think that this mission was connected with the subject which *Omar Fauzi Bey* discussed with me. I think it must have been a secret between *Sheikh Abd-elAziz Shawish*, Drs. *Ahmad Fuad* and *Prüfer*, and *Hamuda Effendi*.

*Q.* Have you no idea what *Hamuda* was to do with the detonators? — *A.* I knew they were for use with bombs to be manufactured in this country.

*Q.* How do you know that? — *A.* Because once I found *Sheikh Shawish* sitting with Dr. *Prüfer* in the latter's room at the Hotel Germania. They were copying in Arabic a receipt for making bombs. The paper from which *Sheikh Shawish* was copying contained directions, a list of the component chemicals, and a sketch of a bomb in the right-hand bottom corner. I heard them mention that it was to be given to the Egyptian officer, and *Sheikh Shawish* said to me in Arabic „*Hua za'it aryak*.“

*Q.* To what use were the bombs to be put? — *A.* I have no idea.

*R. O. C. Mors.*

**Nr. MXXXIII. Telegram communicated by Count Benckendorff on November 2.\*)****Bb. II 182.**

(Translation.)

*M. Sazonof* télégraphie en date du 1er novembre, 1914:

„Le Chargé d’Affaires ottoman vient de me lire le télégramme suivant du Grand Vizier: ‘Vous prie de dire au Ministre des Affaires Étrangères que nous regrettons infiniment qu’un acte d’hostilité provoqué par la flotte russe ait compromis relations amicales des deux pays. Vous pouvez assurer Gouvernement Impérial de Russie que la Sublime Porte ne manquera pas de donner à la question la solution qu’elle comporte et qu’elle adoptera des mesures propres à prévenir un renouvellement de faits analogues. Vous pouvez déclarer dès à présent au Ministre que sommes décidés à ne plus permettre à la flotte Impériale de passer dans la mer Noire et que nous espérons que la flotte russe, à son tour, ne viendra plus croiser dans nos parages. J’ai le ferme espoir que le Gouvernement Impérial de Russie voudra bien faire preuve en l’occurrence du même esprit de conciliation au nom des intérêts communs des deux pays.’

„J’ai répondu au Chargé d’Affaires de Turquie que je donne le démenti le plus catégorique à ce qu’il venait de me dire au sujet d’une initiative d’hostilités à la charge de la flotte russe; je lui dis que je craignais qu’il était trop tard pour négocier; que pourtant si la Sublime Porte se décidait au renvoi immédiat de tout le personnel militaire et marin allemand, on y pourrait penser et que des pourparlers ne seraient pas impossibles pour une satisfaction que

*M. Sazonof* telegraphs on the 1st November, 1914, as follows:

„The Turkish Chargé d’Affaires has just read me the following telegram from the Grand Vizier: ‘I request you to inform the Minister for Foreign Affairs that we infinitely regret that an act of hostility, provoked by the Russian fleet, should have compromised the friendly relations of the two countries. You can assure the Imperial Russian Government that the Sublime Porte will not fail to give the question such solution as it entails, and that they will adopt fitting measures to prevent a recurrence of similar acts. You can declare forthwith to the Minister that we have resolved no more to allow the Imperial fleet to enter the Black Sea, and that we trust that the Russian fleet, on their side, will no longer cruise in our waters. I have the firm hope that the Imperial Russian Government will give proof, on this occurrence, of the same spirit of conciliation in the common interests of both countries.’

„I replied to the Turkish Chargé d’Affaires that I most categorically denied what he had just said respecting the initiation of hostilities by the Russian fleet; I told him that I feared it was too late to negotiate; that nevertheless, if the Sublime Porte decided upon the immediate dismissal of all the German military and naval officers and men, it might be possible to consider the question, and that discussion might not be impossible to reach some basis of satisfaction to be

\*) Anm.: Vgl. oben Nr. DCCCXLVI. — Herausgeber.

la Turquie aurait à donner pour l'agression illégitime de nos côtes et les dégâts commis.

„J'ai autorisé *Fahr-Eddin* à expédier un télégramme chiffré en ce sens, lui faisant pourtant observer que sa démarche ne changeait rien à la situation créée. *Fahr-Eddin* recevra demain ses passeports, et la réponse du Gouvernement ottoman pourra être transmise par l'organe de l'Ambassade d'Italie.“

given by Turkey for the illegal act of aggression against our coasts and for the damage thereby inflicted.

„I authorised *Fahr-Eddin* to send a cypher telegram in this sense, but pointed out to him at the same time that the representation he had made in no way altered the situation. *Fahr-Eddin* will receive his passports to-morrow, and the reply from the Turkish Government can be sent through the Italian Embassy.“

**Nr. MXXXIV. Sir E. Grey to Sir F. Bertie, Sir G. Buchanan, and Sir C. Greene.**

**Bb. II 183.**

Sir,

Foreign Office, November 3, 1914.

The Turkish Ambassador called on the 31st ultimo and enquired whether this Department could give his Highness any information regarding the telegrams which had appeared in the press on the subject of a Turkish attack on certain Russian ports.

Sir A. Nicolson informed his Highness of what had actually occurred in the Black Sea. *Tewfik Pasha* expressed surprise, and enquired what he should do in the extremely difficult position in which he now found himself. Sir A. Nicolson assured his Highness that His Majesty's Government would treat him personally with all respect and consideration, and that he would be given notice if it became necessary for diplomatic relations between Great Britain and Turkey to cease.

On the 2nd instant *Tewfik Pasha* again called and communicated to Sir A. Nicolson the text of a telegram which he had just received from the Grand Vizier, a copy of which is enclosed herein.

Sir A. Nicolson replied, and he was sure that I would agree with him, that he strongly demurred to the statement in the last paragraph of the Grand Vizier's telegram, to the effect that „His Majesty's Government had provoked a rupture of diplomatic relations.“ It was absurd to state that we had done so in view of the indisputable fact that Turkish ships had bombarded the ports of one of our allies, and had burnt and sunk a British steamer lying peaceably in a friendly port. Furthermore, there were active, not to say feverish, military and other preparations directed against the Suez Canal and Egypt. If the Ottoman Government were as desirous as they asserted of maintaining friendly relations with Great Britain they should at once dismiss the German naval and military missions.

I am, &c.

*E. Grey.*

Enclosure in No. 183.

Text of Telegram to be communicated to Sir Edward Grey on behalf of  
Saïd Halim Pasha.

(Translation.)

Je suis très peiné de voir que, par suite de l'incident déplorable survenu dans la mer Noire, le Gouvernement britannique a décidé de rappeler son Ambassadeur à Constantinople.

Ainsi que je l'ai déclaré à maintes reprises à Sir *Louis Mallet*, je tiens fermement au maintien des relations d'amitié existant entre nos deux pays et je travaille toujours à ce qu'elles ne soit compromises en aucune façon.

Je regretterais donc beaucoup, si un incident, dû à des circonstances imprévues, était considéré par le Gouvernement de Sa Majesté britannique comme une cause de conflit entre les deux pays.

Par conséquent, j'aime à espérer que le Gouvernement Royal voudra bien, en témoignage de son désir réciproque de garder intact les relations amicales des deux pays, mettre fin un moment plus tôt à la rupture des relations diplomatiques qu'il vient de provoquer.

Constantinople,  
le 1er (14) novembre, 1914.

I am much grieved that, in consequence of the deplorable incident that has occurred in the Black Sea, the British Government have decided to recall their Ambassador from Constantinople.

As I have many times declared to Sir *Louis Mallet*, I am deeply desirous to maintain the relations of friendship existing between our two countries, and I am working without cease in order that they may not be compromised in any way.

I should therefore much regret if an incident, due to unforeseen circumstances, were to be considered by His Britannic Majesty's Government as a cause of conflict between the two countries.

Consequently, I hope that His Majesty's Government will be willing, in witness of their reciprocal desire to maintain intact the friendly relations of the two countries, to put an end, at the earliest possible moment, to the rupture of diplomatic relations which they have just provoked.

Constantinople,  
November 1 (14), 1914.

**Nr. MXXXV. Sir Edward Grey to Sir G. Buchanan, Sir F. Bertie, and Sir C. Greene.**

Bb. II 184.

Sir, Foreign Office, November 4, 1914.

*Tewfik Pasha* called upon me this afternoon, and informed me that he had received instructions to ask for his passports, as His Majesty's Ambassador had already left Constantinople.

I expressed to *Tewfik Pasha* my personal regret at our official relations being terminated, as he had always acted in a loyal, straightforward, and



friendly manner, and I had much appreciated the intercourse which we had together during the past few years. I informed *Tewfik Pasha* that if his Government wished that hostilities between the two countries should cease, the only chance was to dismiss the German naval and military missions, and especially the officers and crews of the „Goeben“ and „Breslau.“ So long as German officers remained in complete naval and military control at Constantinople, it was clear that they would continue to make war against us.

I am, &c

*E. Grey.*

**Nr. MXXXVI. Bericht des englischen Gesandten in Konstantinopel über die zum Abbruch der Beziehungen zur Türkei führenden Ereignisse.**

**Bb. II.**

(In continuation of „Miscellaneous, No. 13 [1914]“: Cd. 7628.)

Sir,

London, November 20, 1914.

I have the honour to report on the circumstances which preceded and accompanied my departure from Constantinople on the 1st November.

On my return to my post on the 16th August, a fortnight after the outbreak of the European war, the situation was already such as to give ground for the apprehension that Turkey would be driven by Germany sooner or later to take part in it as her ally. The Ottoman army, under the supreme command of *Enver Pasha*, who was entirely in German hands, had been mobilised, and although the Government had declared their intention of preserving their neutrality, they had taken no proper steps to ensure its maintenance. They had, on the contrary, jeopardised their ability to do so by the admission of the German warships „Goeben“ and „Breslau“ into the Dardanelles on the 10th August. Events have confirmed what I and my French and Russian colleagues constantly impressed upon the Grand Vizier and other Ministers at the time, that so long as the German admiral and crews remained on board the German warships, the German Government were masters of the situation, and were in a position to force the hand of the Turkish Government if at any given moment it suited them to do so.

So far as the Grand Vizier was concerned, the warning fell upon deaf ears, and it was at no time possible to persuade his Highness to admit that he would not be able to control developments to which he was himself opposed and which had not the approval of the whole Government. It is quite possible that he was sincere in this conviction, but he was fully alive to the precarious nature of his own position and to the fact that any real attempt on his part to run counter to the policy of *Enver Pasha* and the military authorities would have meant his elimination. This event would have brought matters to a head at once, which would have been contrary to the policy of

the allied Powers of postponing for as long as possible, if they were unable to avert altogether, the intervention of Turkey in the war, with the vast and complicated issues involved in the raising of the Eastern question, so that my rôle and that of my French and Russian colleagues, with whom I acted in complete accord throughout, was necessarily restricted to one of remonstrance and to an endeavour to expose and defeat the German intrigues.

In pursuance of a long-prepared policy, the greatest pressure was at once exercised by Germany to force Turkey into hostilities. German success in the European war was said to be assured. The perpetual menace to Turkey from Russia might, it was suggested, be averted by a timely alliance with Germany and Austria. Egypt might be recovered for the Empire. India and other Moslem countries represented as groaning under Christian rule might be kindled into a flame of infinite possibilities for the Caliphate of Constantinople. Turkey would emerge from the war the one great Power of the East, even as Germany would be the one great Power of the West. Such was the substance of German misrepresentations. It is a matter of common consent that *Enver Pasha*, dominated by a quasi-Napoleonic ideal, by political Pan-Islamism, and by a conviction of the superiority of the German arms, was from the first a strong partisan of the German alliance. How far his several colleagues and other directing spirits outside the Ministry entered into his views is to some extent a matter of speculation; but it may be taken as certain that the Sultan, the Heir Apparent, the Grand Vizier, *Djavid Bey*, a majority of the Ministry, and a considerable section of the Committee of Union and Progress were opposed to so desperate an adventure as war with the allies. At what moment *Talaat Bey*, the most powerful civilian in the Cabinet and the most conspicuous of the Committee leaders, finally threw in his lot with the war party cannot be ascertained precisely. His sympathies were undoubtedly with them from the beginning, but the part which he actually played in the earlier stages is shrouded in mystery. I have reason to think that for some time he may have thought it possible, by steering a middle course, to postpone a decision until it was clearer what would be the result of the European war; and he may well have been anxious to gain time and to secure in exchange for Turkey's adhesion to the German cause something more solid than promises. These were tendered, indeed, on a lavish scale, but I am not aware that they were given in a form which could be considered binding. It is certain in any case that *Talaat Bey's* hesitations were overcome, and that he had definitely joined the conspiracy to bring about war this autumn some three weeks before the crisis was precipitated.

Whatever the views of individual Ministers or others may have been, the Turkish Government made no effort to emancipate themselves from German influence or to stem the tide of its progress. The material hold established by the introduction of the two German ships was on the contrary allowed to be strengthened. Not only did these ships remain under effective

German control, but a strong German element was imported into the remainder of the fleet, even before the British naval mission, which had been reduced to impotence by order of the Minister of Marine, had been recalled by His Majesty's Government. Large numbers of Germans were imported from Germany as unostentatiously as possible, to be employed in the forts of the Dardanelles and Bosphorus and at other crucial points. Numerous German merchant vessels, of which the most important were the „Corcovado“ and „General“, served as bases of communication and as auxiliaries to what had become, in effect, a German Black Sea Fleet. Secret communications with the German General Staff were established at the outbreak of the war by means of the wireless apparatus of the „Corcovado“, which was anchored opposite the German Embassy at Therapia, and which was continuously used for this among other purposes throughout the whole period under review, in spite of my urgent representations and those of my French and Russian colleagues. Other German ships played with the Turkish flag as they pleased, in order to facilitate their voyages or cloak their real character while in port, and a department was constituted at the German Embassy for the purpose of requisitioning supplies for the use of the German Government and their ships. All these things were tolerated by a complaisant Turkish Government, who appeared to be indifferent to the incessant encroachments on their sovereignty if not to welcome them.

On land, the officers of the German military mission displayed a ubiquitous activity. Their supremacy at the Ministry of War, combined with the close co-operation which existed between them and the Militarist party, made it easy to fortify an already strong position. Acting in conjunction with other less accredited agents of their own nationality, they were the main organisers of those military preparations in Syria which so directly menaced Egypt, and which became a serious source of preoccupation and a constant theme of my remonstrances.

The evidence of these preparations became daily more convincing. Emissaries of *Enver Pasha* were present on the frontier, bribing and organising the Bedouins. Warlike stores were despatched south, and battalions of regular troops were posted at Rafah, whilst the Syrian and Mosul army corps were held in readiness to move south at short notice. The Syrian towns were full of German officers, who were provided with large sums of money for suborning the local chiefs. As an illustration of the thoroughness of the German preparations, I was credibly informed that orders were given to obtain estimates for the making of Indian military costumes at Aleppo in order to simulate the appearance of British Indian troops. Under directions from the Central Government the civil authorities of the Syrian coast towns removed all their archives and ready money to the interior, and Moslem families were warned to leave to avoid the consequences of bombardment by the British fleet. The Khedive himself was a party to the conspiracy, and arrangements were actually made with the



German Embassy for his presence with a military expedition across the frontier.

However difficult it would have been for the Ottoman Government to regain their control over the armed forces of the State after the arrival of the „Goeben“ and „Breslau“, the insidious campaign carried on with their encouragement by means of the press, the preachers in the mosques, and the pamphleteers, is evidence that its most powerful members were in sympathy with the anti-British movement. I had, indeed, actual proof of the inspiration by *Talaat Bey* and *Djemal Pasha* of articles directed against Great Britain. Every agency which could be used to stimulate public opinion in favour of Germany and to inflame it against the allies was set at work with the connivance, and often with the co-operation, of the Turkish authorities. All the Turkish newspapers in Constantinople became German organs; they glorified every real or imaginary success of Germany or Austria; they minimised everything favourable to the allies.

The enclosures in an earlier despatch will have shown to what depths of scurrility some of the more corrupt and unbridled of them descended in their onslaughts on Great Britain, and how unequally the censors of the press held the balance when exercising their practically unlimited powers. The provincial papers were no less enthusiastically pro-German; the semi-official telegraphic agency, which is practically worked by the Ministry of the Interior, was placed at the disposal of German propaganda. Through these agencies unlimited use was made of Turkey's one concrete and substantial grievance against Great Britain as distinguished from other European Powers, that is, the detention of the „Sultan Osman“ and the „Reshadie“ at the beginning of the European war. Other grievances, older and less substantial, were raked out of the past; and the indictment of Great Britain and her allies was completed by a series of inventions and distortions of the truth designed to represent them as the enemy, not merely of Turkey, but of the whole of Islam. Attacks of the latter kind became especially frequent in the latter half of October, and were undoubtedly directly inspired by Germany. My urgent representations to the Grand Vizier and to *Talaat Bey*, both verbal and written, had hardly even a temporary effect in checking this campaign.

It may seem strange that, thus equipped and thus abetted, those who sought to involve Turkey in the European war failed so long to achieve their object. The reasons were manifold. As I have already indicated, the party which stood for neutrality contained men who, lacking though they were in any material means of enforcing their views, could not easily be ignored. By whatever various routes they may have been arrived at, the ideas of these men coincided with a body of less sophisticated and hardly articulate opinion which, however wounded by England's action in preventing delivery of the „Sultan Osman“ and the „Reshadie“, could still not reconcile itself to a war with England and France. In my despatch of the 22nd Sep-



tember I had the honour to report how frankly and how emphatically the Sultan himself voiced this feeling in conversation with me. There can be little doubt that the Grand Vizier exercised what influence he had in favour of neutrality. *Djavid Bey*, the Minister of Finance, whose influence in favour of neutrality was of weight as representing the Jewish element, and whose arguments in favour of peace were supported by the fact that Turkey was already absolutely bankrupt, and not in a position to embark upon war with the allies, became towards the end so formidable an obstacle to the fulfilment of the German plan that instructions were sent from Berlin to force his resignation.

Again, seriously convinced as most prominent Turks appear to have been of the ultimate success of Germany, their confidence could not but be a little dashed by the actual course of events in the two main theatres of war; and the more thoughtful realised that even in the event of Germany being victorious, the fact of Turkey having fought by her side would not necessarily ensure any advantage to the Ottoman Empire. As for the Germans themselves, it was true, as I have said, that they could at any moment force Turkey to march with them, but to do so before every means of suasion had proved useless would obviously not have been politic. It was clearly only in the last resort that the Monarch whom Pan-Islamic pro-Germans acclaimed as the hope of Islam, and whom the devout in some places had been taught to regard as hardly distinguishable from a true believer, would run the risk of scandalising the Moslem world, whom he hoped to set ablaze to the undoing of England, Russia, and France, by using the guns of the „*Goeben*“ to force the hands of the Sultan-Caliph. But the factor which more than any other delayed the realisation of the German plans, and which enabled me and my French and Russian colleagues to potract the crisis until they could only be realised in such a way as to open the eyes of the Moslem world to the real nature of the conspiracy, was the inherent tendency of Turkish statesmen to procrastinate, in the hope that by playing off one side against the other they might gain more in the long run.

However slender the chances in our favour, it was obviously my duty, in conjunction with my French and Russian colleagues, to support and encourage by all possible means those forces which were obscurely striving for the preservation of peace.

If this policy necessarily involved the acceptance of acts on the part of the Ottoman Government which, in ordinary circumstances, would have called for more than remonstrance and the reservation of our rights, and which it would have been easy to make the occasion of a rupture of relations, the patience displayed by the allies was justified by the results achieved.

Although unsuccessful in averting war, two objects of main importance were gained by delaying its commencement. On the one hand, the allied Powers are now in a position to deal with the problem with a freer hand.

and, on the other, Germany has been forced to show her cards and to act independently of a majority of the Turkish Cabinet.

Under the stress of events in the main theatre of the war, and owing to the vital necessity of providing a diversion in the Near East, Germany was constrained to intensify still further their pressure on the Turks. During the first three weeks of October their pressure took yet another form, and a new weight was cast into the scale by the importation into Constantinople, with every circumstance of secrecy, of large quantities of bullion consigned to the German Ambassador and delivered under military guard at the Deutsche Bank. The total amount was estimated at some 4 000 000 *l.* This sum was far more than was necessary for the maintenance of the German military and naval establishments, and I have every reason to believe that a definite arrangement was arrived at between the Germans and a group of Ministers, including *Enver Pasha*, *Talaat Bey*, and *Djemal Pasha*, that Turkey should declare war as soon as the financial provision should have attained a stated figure. My information establishes the fact that a climax was reached about the middle of the third week in October, when it had been decided to confront the Grand Vizier with the alternative of complicity or resignation, and that only the Russian successes on the Vistula, or some other more obscure cause, prevented this plan from being carried out.

Whatever the exact history of the first three weeks of October, it is certain that on or about the 26th of that month the German conspirators realised that the pace must be forced by still more drastic measures than they had yet used, and that any further attempts to win over the Grand Vizier and the Turkish Government as a whole to their ideas and to induce them to declare war would be useless. On that afternoon an important meeting of Committee leaders was held, at which *Enver Pasha* was present, but which only decided to send *Halil Bey*, the President of the Chamber, on a mission to Berlin. In the circles in which this decision became known it was regarded as a partial triumph for the Peace party, and as a fresh attempt to gain time for the sake either of mere procrastination or of securing more concrete offers from Germany. Be that as it may, *Halil Bey* never left on his mission, and it is believed that its abandonment was due to a more than usually blunt hint from the German representative in Constantinople. Whilst Constantinople generally was comforting itself with the reflection that nothing could well happen until after the four days' Bairam festival, beginning on the 30th October, two events of capital importance occurred.

On the morning of the 29th I received intelligence from Egypt of the incursion into the Sinai peninsula of an armed body of 2 000 Bedouins, who had occupied the wells of Magdaba, and whose objective was an attack upon the Suez Canal. On learning this news I at once proceeded to the Yali of the Grand Vizier, to acquaint him of the serious consequences which must ensue if the expedition were not at once recalled. His Highness received the

intelligence with every appearance of surprise. He emphatically disclaimed all knowledge of it, and gave me the most solemn assurance that if the facts were as stated he would at once issue orders for the withdrawal of the invading party. He assured me once more that nothing was further from the intention of the Government than war with Great Britain. It was unthinkable, he said, that an expedition of this kind could have been organised by any member of the Government; and he felt certain that if anything of the kind had occurred, it could only have been a raid by irresponsible Bedouins. I told his Highness that I feared that he deceived himself. I reminded him of the various occasions on which he had given me similar assurances, and of the negative results of the instructions which he had given on previous occasions. I warned him of the disastrous consequences to the Ottoman Empire of a crisis which could not now be long postponed unless he and the friends of peace were prepared to take some serious stand against the conspiracy of which I was fully cognisant, to involve it irretrievably in the general war. On this, as on every occasion of my interviews with the Grand Vizier, I was impressed with his inability to realise the facts or to disabuse himself of the conviction, in spite of his many unfortunate experiences, that he would be able, in a really serious crisis, to exert his authority with effect.

The second event of capital importance was the attack on Odessa and other Russian ports in the Black Sea on the morning of the same day, the 29th October. It is now certain that the actual orders for these attacks were given by the German admiral on the evening of the 27th October, but it was not until after they had actually taken place, that is, on the afternoon of the 29th October, when news of the raid on Odessa was telegraphed to me direct by Mr. Consul-General *Roberts*, that my Russian and French colleagues and myself realised that the die had actually been cast and the crisis that we had so long feared and striven to avert had occurred. Immediately on receiving the news M. *Bompard* and I called on M. *de Giers* and decided to ask for authority from our respective Governments to confront the Porte with the alternative of rupture or dismissal of the German naval and military missions. On the morning of the 30th, however, I learnt from my Russian colleague that he had received instructions from his Government immediately to ask for his passports. He had written to the Grand Vizier to ask for an interview, which his Highness had begged him to postpone until the following day owing to indisposition. The instructions of my Russian colleague being in a categorical form, he had therefore been constrained to address a note to the Grand Vizier demanding his passports; and I and my French colleague, acting on the instructions with which the Ambassadors of the allied Powers had at my suggestion already been furnished to leave Constantinople simultaneously, should any one of them be compelled to ask for his passports, owing either to a Turkish declaration of war or to some intolerable act of hostility, decided without further delay to write to



the Grand Vizier and ask in our turn for interviews to enable us to carry out these instructions. In view of his Highness's indisposition we had not expected to be received that day, but a few hours later the Grand Vizier sent us word that he would, nevertheless, be glad to see us, and notwithstanding the excuse which he had made earlier in the day he received the Russian Ambassador also in the course of the afternoon. My interview with the Grand Vizier partly coincided with that of *M. de Giers*, and preceded that of *M. Bompard*. It was of a painful description. His Highness convinced me of his sincerity in disclaiming all knowledge of or participation in the events which had led to the rupture, and entreated me to believe that the situation was even now not irretrievable. I replied that the time had passed for assurances. The crisis which I had predicted to his Highness at almost every interview which I had had with him since my return had actually occurred, and unless some adequate satisfaction were immediately given by the dismissal of the German missions, which could alone prevent the recurrence of attempts upon Egyptian territory and attacks on Russia, war with the allies was inevitable. My Russian colleague had already demanded his passports, and I must, in pursuance of the instructions I had received, follow the same course. The Grand Vizier again protested that even now he could undo what the War party had done without his knowledge or consent. In reply to the doubt which I expressed as to the means at his disposal, he said that he had on his side moral forces which could not but triumph, and that he meant to fight on to the end. He did not, indeed, hint at a possibility of immediately dismissing the German mission, but he informed me that there was to be a meeting of the Council at his house that evening, when he would call upon his colleagues to support him in his determination to avert war with the allied Powers.

The Council was duly held, and, as he had predicted, the majority of the Ministers supported the Grand Vizier, who made a strong appeal in favour of peace, and was seconded by *Djavid Bey*. But the powerlessness of the Sultan's Ministers to do more than vote in the Council Chamber was evident. The question of dismissing the German naval officers was discussed, but no decision to do so was taken, and no Minister ventured even to propose the expulsion of the military mission. In the interval the War party had sealed their resolution to go forward, by publishing a communiqué in which it was stated that the first acts of hostility in the Black Sea had come from the Russian side. Untrue and grotesque as it was, this invention succeeded in deceiving many of the public.

It is not possible to establish by proof which of the Ministers had pre-knowledge of the German admiral's coup, but it may be regarded as certain that *Enver Pasha* was aware of it, and highly probable that *Talaat Bey* was also an accomplice.

The story of a Russian provocation was plainly an afterthought, and if the official report of the Russian Government were not sufficient to disprove



it, I could produce independent evidence to show that the orders to begin hostilities were given at the mouth of the Bosphorus on the evening of the 27th October, as the result of a conspiracy hatched between the German representatives in Constantinople and a small and unscrupulous Turkish faction.

My Russian colleague left Constantinople without incident on the evening of the 31st October. My own departure was eventually arranged for the following evening, when I left for Dedeagatch, accompanied by my staff of sixty officials and their families, the British advisers in the service of the Turkish Government and some other British subjects also travelled with me. My French colleague and his staff left by the same train.

Owing to the wanton refusal of the military authorities at the last moment to allow the departure of a great number of British and French subjects who were to have left by an earlier train than that which had been placed at my disposal, the station was for some hours the scene of indescribable confusion and turmoil.

My protests and those of the French Ambassador were disregarded, and after protracted discussion, we agreed to leave matters in the hands of the United States Ambassador, who undertook to use all his influence to procure the departure of our fellow subjects on the following day. The „sous-chef de protocole“ of the Sublime Porte and the „chef de cabinet particulier“ of the Ministry of Foreign Affairs were sent to bid farewell to M. *Bompard* and myself at the railway station, and two Secretaries of the Political Department of the Ministry accompanied us to the frontier.

It would be impossible to exaggerate the assistance which I have received from Mr. *Morgenthau*, the United States Ambassador. During the last two days especially the difficulties arising out of the abnormality of the situation would have been immeasurably greater had it not been for his invaluable help and his untiring efforts on behalf of myself and my staff. We are heavily indebted not only to Mr. *Morgenthau* himself, but to every member of the United States Embassy. It is entirely owing to their exertions that the British and French subjects who were detained at the station on the night of my departure were allowed to leave on the following evening.

Before concluding this despatch I desire also to place on record my sense of the cheerful courage displayed by the British community in Constantinople, as well as in other towns, during the whole of this trying period. A large proportion of them have suffered severely in their business from the instability of the situation in Turkey. Many have suffered heavily and more directly by the military requisitions which from the beginning of August were carried out in an inconceivably arbitrary manner. By the suppression of the Capitulations all saw themselves deprived at a moment's notice of the secular privileges which had hitherto secured the persons and the property of foreigners against caprice and injustice. But they have one and all faced these adversities with a reasonable and manly fortitude.

Shortly after my return to my post, I recommended those British subjects who applied to me for advice to send home, when opportunity offered, those members of their families who had no particular reason to stay in the country.

A certain number left during the autumn, and many have left since. Those who have chosen to stay, or who have not been in a position to leave, remain under the protection of the United States Ambassador. As regards the British community at Bagdad, I instructed the acting British consul-general at Bagdad, early in October, to charter a steamer for the conveyance to the coast of any British subjects who might wish to leave. A large number of British and British-Indian subjects availed themselves of this opportunity.

I cannot conclude this report without calling your attention to the zeal shown by the junior members of my staff, including Mr. *Ovey*, Lord *Gerald Wellesley*, Mr. *Charles Lister*, Mr. *Thomas*, Mr. *Wilson*, Mr. *Astell*, and by Mr. *Fuller*, Archivist to His Majesty's Embassy, in the performance of their duties in the Chancery, as well as to the able and conscientious work of the members of the Dragomanate and consulate-general.

The Chancery was greatly assisted by the voluntary help kindly offered them by Judge *Cator*, to the Rev. Canon *Whitehouse*, Chaplain to His Majesty's Embassy, and by Dr. *Clemow*, Physician to His Majesty's Embassy, as well as by Mr. *Weakley*, Commercial Attaché.

I need not do more than refer to the work of Lieutenant-Colonel *Cunliffe Owen*, Military Attaché to His Majesty's Embassy, whose information respecting the military preparations was often obtained with considerable difficulty.

I should like to place on record my high appreciation of the conduct of His Majesty's consular officers throughout the Ottoman Empire during the whole period of the crisis. They one and all performed their often difficult duties with zeal and discretion. I was especially indebted to Mr. *Cumberbatch*, His Majesty's consul-general at Beirut, Mr. *Heathcote Smith*, acting British consul-general at Smyrna, and to Mr. *Palmer*, vice-consul at the Dardanelles, for the valuable information which they supplied.

I would wish to bring to your particular notice the services rendered by Mr. *Ryan*, Acting First Dragoman of His Majesty's Embassy. His ability, knowledge of Turkey, sound judgment and untiring industry, were of invaluable assistance to me, and are deserving of your special commendation.

I have, &c.

*Louis Mallet.*

**Nr. MXXXVII. Sir Edward Grey to Sir L. Mallet.**

**Bb. III 2.**

Sir,

Foreign Office, December 4, 1914.

I have received your Excellency's despatch of the 20th ultimo, in which you summarise the events since your return to your post on the 16th August last until your departure on the 1st November.

I have read with great appreciation and pleasure of the invaluable assistance rendered to your Excellency in the difficult circumstances of your departure by the United States Ambassador and every member of the United States Embassy, and I have already requested the United States Government to convey to Mr. *Morgenthau* the most sincere thanks of His Majesty's Government for the valuable services rendered by his Excellency on that occasion, and subsequently in helping the British community to leave Constantinople.

I have also been much gratified to receive your Excellency's testimony of the cheerful courage of the British community in Turkey under exceptionally trying circumstances, and I have noted with great satisfaction your Excellency's appreciation of the valuable services of the embassy and consulate staff, and of the members of His Majesty's consular service throughout the Ottoman Empire.

I desire also to convey to your Excellency my high sense of the marked ability, patience, and discretion shown by your Excellency in carrying out, in the face of great difficulties, the policy of His Majesty's Government. War was eventually forced by wanton and unprovoked hostilities of the Turkish fleet under German inspiration and orders, but it was the desire of His Majesty's Government to avoid a rupture with Turkey; and your Excellency rightly directed all your efforts to encourage those influences at Constantinople that were moderate and reasonable. To your efforts it was at any rate in some degree due that the inevitable catastrophe did not occur sooner.

I am, &c.

*E. Grey.*

**Nr. MXXXVIII. Note des englischen Auswärtigen Amtes über die englisch-türkischen Beziehungen.** („The Times“, Nr. 40683, vom 1. November 1914.)

At the beginning of the war the British Government gave definitive assurances that, if Turkey remained neutral, her independence and integrity would be respected during the war and in the terms of peace. In this France and Russia concurred.

The British Government have since then endeavoured with the greatest patience and forbearance to preserve friendly relations in spite of increasing breaches of neutrality on the part of the Turkish Government at Constantinople in the case of the German vessels in the Straits.

On Thursday, October 29, 1914, the British Government learnt with the utmost regret that Turkish ships of war had, without any declaration of war, without warning and without provocation of any sort, made wanton attacks upon open undefended towns in the Black Sea of a friendly country, thus committing an unprecedented violation of the most ordinary rules of international law, comity, and usage.



Ever since the German men-of-war the Goeben and Breslau took refuge in Constantinople the attitude of the Turkish Government towards Great Britain has caused surprise and some uneasiness. Promises made by the Turkish Government to send away the German officers and crews of the Goeben and Breslau have never been fulfilled. It was well known that the Turkish Minister of War was decidedly pro-German in his sympathies, but it was confidently hoped that the saner counsels of his colleagues, who had had experience of the friendship which Great Britain has always shown towards the Turkish Government would have prevailed and prevented that Government from entering upon the very risky policy of taking a part in the conflict on the side of Germany.

Since the war German officers in large numbers have invaded Constantinople, have usurped the authority of the Government, and have been able to coerce the Sultan's Ministers into taking up a policy of aggression.

Great Britain, as well as France and Russia, has watched these proceedings patiently, protesting against the many acts which have been constantly committed contrary to neutrality, and warning the Government of the Sultan against the danger in which they were placing the future of the Ottoman Empire. Vigorously assisted by the Ambassadors of Germany and Austria, the German military elements in Constantinople have been persistently doing their utmost to force Turkey into war, both by their activities in the service of the Turks and by the bribes of which they have been so lavish.

The Minister of War with his German advisers, had lately prepared an armed force for an attack upon Egypt. The Mosul and Damaskus Army Corps have, since their mobilization been constantly sending troupes south, preparatory to an invasion of Egypt and the Suez Canal from Akaba and Gaza. A large body of Beduin Arabs has been called out and armed to assist in the venture, and some of these have crossed the Sinai frontier. Transport has been collected and roads have been prepared up to the frontier of Egypt. Mines have been dispatched to be laid in the Gulf of Akaba. The notorious Sheikh *Aziz Shawish* has published and disseminated through Syria, and probably India, an inflammatory document urging Mahomedans to fight against Great Britain. Dr. *Prueffer* who was so long engaged in intrigues in Cairo against the British occupation, and is now attached to the German Embassy in Constantinople, has been busily occupied in Syria trying to incite the people to take part in the conflict. Aggressive action was certain to be the result of the activity of the numerous German officers employed in the Turkish Army and acting under the orders of the German Government, who thus have succeeded in forcing the hands of the advisers of the Sultan.

German intrigue cannot influence the loyalty to Great Britain of the 70 millions of Mahomedans in India and the feeling of the Mahomedan inhabitants of Egypt. They must look with detestation on misguiding action under foreign influence at Constantinople, which will inevitably lead to the



disintegration of the Turkish Empire, and which shows such forgetfulness of the many occasions on which Great Britain has shown friendship to Turkey. They must feel bitterly the degeneration of their coreligionists who can thus be dominated against their will by German influences, and many of them realize that, when Turkey is pushed into war by Germany, they must dissociate themselves from a course of action that is so prejudicial to the position of Turkey itself.

The Turkish Government summarily and without notice on Friday shut off telegraphic communication with the British Embassy at Constantinople. This is, no doubt, the prelude to further acts of aggression on their part, and the British Government must take whatever action is required to protect British interests. British territory, and also Egypt from attacks that have been made and are threatened.

**Nr. MXXXIX. Englische Erklärung des Kriegszustandes mit der Türkei vom 5. November 1914.** („London Gazette“ vom 5. November 1914, 2. Supplement zum 3. November.)

Notification of a State of War with Turkey.

Owing to hostile acts committed by Turkish forces under German officers, a state of war exists between Great Britain and Turkey as from to-day. Foreign Office, November 5, 1914.

**Nr. MXL. Englische Order in Council vom 5. November 1914. Annexion Cyperns.** („London Gazette“ vom 5. November 1914, 2. Supplement zum 3. November.)

The Cyprus (Annexion) Order in Council, 1914, Nr. 1629.

At the Court at Buckingham Palace, the 5th day of November 1914.

Present, the Kings Most Excellent Majesty in Council.

Whereas, by virtue of the Convention of Defensive Alliance between her Majesty *Queen Victoria* and His Imperial Majesty the Sultan signed on June the 4th, 1878, the Annex to the said Convention signed on July the 1st, 1878, and the Agreement signed on behalf of her Majesty and his Imperial Majesty the Sultan on August the 14th, 1878, His Imperial Majesty the Sultan assigned the Island of Cyprus to be occupied and administered by England upon the terms and conditions specified in the said convention. Annex and Agreement:

Andwhere as by reason of the outbreak of war between his Majesty and his Imperial Majesty the Sultan the said Convention Annex, and Agreement have become annulled and are no longer of any force or effect:

And whereas it has, for the reasons hereinbefore appearing, seemed expedient to his Majesty that the said Island should be annexed to and should

form part of his Majesty's Dominions, in order that proper provision may be made for the Government and protection of the said Island.

Now, therefore, His Majesty is pleased, by and with the advice of His Privy Council, to order, and it is hereby ordered, as follows:

1. From and after the date hereof the said Island shall be annexed to and form part of His Majesty's Dominions and the said Island is annexed accordingly.

2. Nothing in this Order shall affect the validity of any Instructions issued by His Majesty under the Royal Signet Manual and Signet to High Commissioner and Commander-in-Chief of Cyprus, or of any Order in Council affecting Cyprus, or of any Law or Proclamation passed or issued under any such Instructions or Order, Law or Proclamation, save in so far as any provision of any such Order in Council, Law or Proclamation may be repugnant to the provision of any Act of Parliament which may, by reason of the annexation hereby declared, become extended to Cyprus. or to any Order or Regulation made under the authority of any such Act or having in Cyprus the force and effect of any such Act.

3. His Majesty may from time to time revoke, alter, add to or amend this Order.

4. This Order may be cited as the Cyprus (Annexation) Order in Council, 1914.

And the Right Honourable *Lewts Harcourt*, one of His Majesty Principal Secretaries of State, is to give the Necessary direction herein accordingly.

*Almeric Fitzroy.*

### III. Frankreich.

#### **Nr. MXLI. Französische Note vom 2. November 1914 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Türkei. \*)**

Bordeaux, le 2 novembre 1914.

Le gouvernement de la République, de même que le gouvernement russe et le gouvernement anglais, a donné, dès le début de la guerre actuelle, au gouvernement ottoman l'assurance formelle que son indépendance et son intégrité seraient respectées durant toute la guerre et lors de la conclusion de la paix, au cas où le gouvernement ottoman observait la neutralité durant les hostilités.

Depuis lors, malheureusement, le gouvernement de la République a dû constater à maintes reprises de regrettables infractions aux règles de la neutralité, principalement dans la conduite observée par les autorités militaires

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

et navales ottomanes à l'égard de l'Allemagne. Le nombre toujours croissant des postes confiés, durant ces dernières semaines, à des officiers allemands, la réception d'armes et de munitions provenant d'Allemagne, l'accueil fait au Goueben et au Breslau avaient justement alarmé le gouvernement de la République au moment même où celui-ci prouvait par son attitude bienveillante dans la question des Capitulations son désir de bonne entente avec la Porte. Le 29 octobre, les vaisseaux turcs ont, sans avertissement et sans provocation d'aucune sorte, commis des actes de guerre : à Odessa, un navire ottoman a canoné le paquebot français Portugal, des Messageries maritimes, et tué plusieurs personnes à bord. Le même jour, sans déclaration de guerre, des vaisseaux turcs ont coulé des navires russes et bombardé Théodosia, Novorossisk, attaquant ainsi des Villes ouvertes et non défendues de la côte russe de la mer Noire.

Le gouvernement russe et le gouvernement français, de concert avec le gouvernement britannique, voulant espérer que ces actes étaient imputables à l'initiative des officiers allemands, qui ont tenté d'usurper l'autorité due au commandement ottoman, proposèrent à la Sublime Porte de désolidariser sa politique de celle du Cabinet de Berlin, en renvoyant immédiatement tous les officiers allemands employés au service ottoman.

A la suite d'une réunion du grand Conseil du gouvernement turc et du Comité Union et Progrès, tenue le 30 au soir, le gouvernement turc s'est borné à proposer aux ambassadeurs de la Triple-Entente le rappel des navires turcs dans les détroits et a exprimé son désir de rester en paix avec les Cabinets de Russie, de France et d'Angleterre. Mais, à défaut du renvoi des officiers allemands au service ottoman, les gouvernements de la Triple-Entente ne pouvaient espérer que la Turquie puisse maintenir l'attitude passive qu'elle offrait. Il était évident que les Allemands, après avoir provoqué la rupture, la mettraient complètement à profit. Au surplus la proposition du gouvernement ottoman avait, pour les gouvernements de la Triple-Entente, les mêmes inconvénients qu'une guerre ouverte, puisqu'elle les obligeait à distraire une partie de leurs forces pour se garder contre des agressions qu'il n'était plus permis de considérer comme un péril imaginaire.

Le gouvernement ottoman n'ayant pas cru devoir donner, en congédiant les officiers allemands, la marque de la sincérité de ses intentions qui lui était demandée, les trois ambassadeurs de Russie, de France et de Grande-Bretagne, conformément aux Instructions de leurs gouvernements, ont successivement demandé leurs passeports au grand-vizir. Cette démarche a été faite le 31 octobre dans la matinée.

A la suite de cette rupture diplomatique, les ambassadeurs ont quitté la Turquie.

Les intérêts des Français en Turquie se trouvent aujourd'hui confiés à l'ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique : ceux des Français en Palestine sont confiés au représentant de l'Espagne. Les nouvelles requies d'Algérie, de Tunisie et du Maroc, à la suite de l'agression turque, prouvent que le

monde musulman du Nord de l'Afrique a très bien compris l'erreur et la faute commises par la Sublime Porte en abdiquant sa souveraineté et l'indépendance d'un Empire musulman entre les mains de l'Allemagne. Cette puissance ne poursuit, en effet, que des vues égoïstes et dominatrices, et veut entraîner une fraction importante de l'Islam dans une lutte qui ne peut lui être que funeste.

Il ressort des impressions reçues du Nord de l'Afrique que le monde musulman n'entend à aucun degré se solidariser avec les Turcs, qui compromettent d'une façon si téméraire la cause musulmane.

**Nr. MXLII. Französische Erklärung des Kriegszustandes zwischen Frankreich und der Türkei vom 5. November 1914. \*)**

Les actes d'hostilité auxquels la flotte turque, commandée par des officiers allemands, s'est livrée contre un bateau de commerce français et qui ont causé la mort de deux Français et de graves dommages au bateau, n'ayant pas été suivis du renvoi des missions militaire et navale allemandes, mesure par où la Porte pouvait encore dégager sa responsabilité, le gouvernement de la République est obligé de constater que, par le fait du gouvernement ottoman, l'état de guerre existe entre la France et la Turquie.

**IV. Belgien.**

**Nr. MXLIII. Belgische Note vom 9. November 1914 über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgien und der Türkei.** (Royaume de Belgique. Correspondance diplomatique relative à la guerre de 1914—1915. II. Paris 1915. Nr. 64.)

M. Davignon, Ministre des Affaires Étrangères de Belgique,  
à tous les Chefs de Mission à L'Étranger.

Le Havre, le 9 novembre 1914.

Monsieur le ministre.

Le gouvernement français informe le gouvernement du Roi de l'état de guerre existant entre la France et la Turquie. Dans ces conditions, la présence au Havre du ministre de Turquie accrédité auprès du gouvernement belge devenait délicate. Comprenant la situation dans laquelle il se trouvait placé par suite des événements, S. E. M. *Nousret Sadoullah Bey* prit l'initiative de solliciter ses passeports et de remettre la défense des intérêts turcs en Belgique à la protection du ministre des Pays-Bas.

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



A la date du 6 novembre, j'ai remis à Son Excellence les passeports qu'elle avait demandés en lui faisant remarquer que, dans l'esprit du gouvernement du Roi, la rupture des relations diplomatiques n'impliquait nullement l'état de guerre entre les deux pays.

Le ministre du Roi à Constantinople a reçu l'ordre de solliciter à son tour ses passeports et de quitter la Turquie.

La défense des intérêts belges en Turquie a été confiée à l'ambassadeur des États-Unis d'Amérique.

Veillez agréer, etc.

*Davignon.*

## c) Eintritt Italiens in den Krieg.

## 1. Aus dem Dreibundvertrag. \*)

**Nr. MXLIV. Artikel I des Dreibundvertrages.**

Les Hautes Parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de Leurs Etats.

Elles s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter, et se promettent en outre Leur appui mutuel dans la limite de Leurs propres intérêts.

**Nr. MXLV. Artikel III des Dreibundvertrages.**

Si une ou deux des Hautes Parties contractantes, sans provocation directe de Leur part, venaient à être attaquées et à se trouver engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs Grandes Puissances non signataires du présent Traité, le „casus foederis“ se présentera simultanément pour toutes les Hautes Parties contractantes.

**Nr. MXLVI. Artikel IV des Dreibundvertrages.**

Dans le cas où une Grande Puissance non signataire du présent Traité menacerait la sécurité des Etats de l'une des Hautes Parties contractantes et la Partie menacée se verrait par là forcée de lui faire la guerre, les deux autres s'obligent à observer, à l'égard de Leur allié, une neutralité bienveillante. Chacune se réserve, dans le cas, la faculté de prendre part à la guerre si elle le jugeait à propos pour faire cause commune avec son allié.

**Nr. MXLVII. Artikel VII des Dreibundvertrages.**

L'Autriche-Hongrie et l'Italie, n'ayant en vue que le maintien autant que possible du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de Leur influence pour prévenir toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des Puissances signataires du présent Traité. Elles se communiqueront à cet effet tous les renseignements de nature à s'éclaircir mutuellement sur Leurs propres dispositions ainsi que sur celles d'autres Puissances. Toutefois dans le cas, où, par suite des événements, le maintien du statu quo dans les régions des Balkans ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la mer Egée deviendrait impossible et que, soit en conséquence de l'action d'une Puissance tierce soit autrement, l'Autriche-Hongrie ou l'Italie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation temporaire ou permanente de Leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux Puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage, territorial ou autre, que chacune d'Elles obtiendrait en sus du statu quo actuel et donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux Parties.

\*) Anm.: Aus dem unten S. 209 Anm. 2 bezeichneten österreichischen Rotbuch: Anhang Nr. 15, 14, 16, 1. — Herausgeber.

## 2. Oesterreichisch-ungarische Kundgebungen.

### I. Die österreichischen Rotbücher. \*)

#### Nr. MXLVIII. Darstellung der Vorgeschichte.

##### Rb. Vorgesch. m. It. I, S. 1—18.

Als die von Serbien seit vielen Jahren betriebenen Machenschaften durch den Mord von Sarajevo in der furchtbarsten Weise vor aller Welt offenbar geworden waren und Oesterreich-Ungarn sich, den elementarsten Geboten der Selbsterhaltung folgend, entschloß, ernste Garantien gegen die Fortsetzung dieser Umtriebe von Serbien zu fordern, konnte die Monarchie mit Fug und Recht erwarten, daß die volle Berechtigung ihrer Aktion anerkannt werden würde. Es konnte ja in der Tat einer europäischen Großmacht nicht zugemutet werden, von einem kleinen Nachbarstaate die gehässigsten Provokationen, die planmäßige Förderung einer Abfallbewegung in den Grenzgebieten und die skrupellose Mitwirkung an verbrecherischen Anschlägen und weitverzweigten Verschwörungen gegen ihre Sicherheit und Integrität hinzunehmen, ohne schließlich zu den energischsten Mitteln der Abwehr zu greifen.

Ebensowenig wie gegen die innere Berechtigung konnten gegen die Form des Vorgehens Oesterreich-Ungarns Einwendungen erhoben werden. Es handelte sich um eine Differenz zwischen der Monarchie und einem unabhängigen Staate über ihr gegenseitiges Verhältnis und nichts berechtigte zu dem Verlangen, daß die erstere die Frage, wie weit sie in dem Schutze ihrer Ruhe und Sicherheit zu gehen habe, von der Entscheidung dritter Mächte abhängig machen müsse.

Wiewohl der Streitfall somit ausschließlich Oesterreich-Ungarn und Serbien anging, mußte doch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Rußland, ungeachtet unserer Erklärung, im Fall eines lokalisierten Konfliktes die Souveränität und den territorialen Besitzstand Serbiens nicht antasten zu wollen, den willkommenen Anlaß ergreifen könnte, um den seit langem gehegten Plan eines Angriffskrieges gegen Oesterreich-Ungarn und damit zugleich gegen das Deutsche Reich, den die umfassenden Rüstungen, die mehrfachen Problemobilisierungen und die Inangriffnahme des Baues großer strate-

#### \*) Anm.: **Oesterreichische Rotbücher:**

1. K. U. K. Ministerium des Aeußern. Zur Vorgeschichte des Krieges mit Italien. Wien. Druck der K. K. Hof- und Staatsdruckerei. 1915. [33 Seiten 8<sup>o</sup>]

(Angeführt als „**Rb. Vorgesch. m. It. I**“.)

2. K. U. K. Ministerium des Aeußern. Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis 23. Mai 1915. Wien. Druck der K. K. Hof- und Staatsdruckerei 1915. [XVI u. 210 Seiten 4<sup>o</sup>.]

(Angeführt als „**Rb. Vorgesch. m. It. II**“.)

— *Die arabischen Ziffern bezeichnen die Nummern im Rotbuch.*

Herausgeber.

gischer Bahnen in der letzten Zeit immer deutlicher hatten erkennen lassen, jetzt schon zur Ausführung zu bringen.

Ja, es war sogar zu erwarten, daß unsere durch die unerhörte Vorgangsweise Serbiens vollbegründeten Forderungen von diesem nur dann abgelehnt werden würden, wenn von St. Petersburg das Signal käme, daß Rußland den Moment für den Angriff auf die Monarchie für gekommen erachtet. War doch Serbien für diesen Fall im russischen Kalkül die wichtige Aufgabe des Flankenstoßes zugewiesen, eine Rolle, für die Rußland Serbien durch panslawistische Liebesbeweise und konsequente politische Unterstützung stets bereit zu halten verstand.

Es war bei dem System von Bündnissen und Ententen, das seit Jahrzehnten die Grundlage der europäischen Politik bildete, von vorneherein klar, daß Rußland durch seine unberechtigte Einmischung in die Kontroverse zwischen der Monarchie und Serbien die schwersten Konsequenzen, ja einen allgemeinen Konflikt heraufbeschwören mußte.

Denn darüber konnte kein Zweifel bestehen, daß das Deutsche Reich, das die volle Berechtigung unserer Anklagen gegen Serbien anerkannte, von dem Weg, den ihm das gegebene Wort und die eigenen Lebensinteressen vorgezeichneten, nicht abweichen und dem langjährigen Bundesgenossen gegen einen russischen Angriff mit ganzer Macht Beistand leisten werde. Damit war aber auch der Kriegsfall für Frankreich gegeben, das seit Jahrzehnten auf die günstige Gelegenheit zur Verwirklichung seiner Revanchepläne gelauert hatte, und ebenso war zu erwarten, daß England, wenn es auch das Bestehen fester Vereinbarungen mit den beiden anderen Ententemächten noch in letzter Zeit geleugnet hatte, sich an dem Kampfe gegen den beneideten und gefürchteten Rivalen, das mächtig emporstrebende Deutsche Reich, beteiligen werde. Schließlich konnte auch damit gerechnet werden, daß die Türkei, wiewohl sie noch an den Nachwirkungen des eben beendeten Balkankrieges zu tragen hatte, sich in der Erkenntnis, daß ein Sieg Rußlands das Ende ihrer Unabhängigkeit bedeuten müßte, an die Seite der Zentralmächte stellen würde.

Welches war nun die Stellung Italiens zu diesem eventuellen europäischen Kriege? Wohl bestimmte der Bundesvertrag mit den beiden Zentralmächten, dem Italien drei Jahrzehnte der Sicherheit und des Friedens, die ungestörte Entwicklung seiner staatlichen und wirtschaftlichen Kräfte und den fast mühelosen Erwerb zweier ausgedehnter Provinzen jenseits des Mittelländischen Meeres verdankte, daß es seinen beiden Verbündeten in einem Kriege gegen zwei oder mehrere Mächte beizustehen habe, wenn jene den Krieg nicht selbst provoziert hätten.\*) Wohl war es klar, daß das Ein-

---

\*) Art. III des Dreibundvertrages lautet in deutscher Uebersetzung: „Falls einer oder zwei der hohen Vertragschließenden ohne direkte Herausforderung von ihrer Seite von zwei oder mehreren Großmächten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, angegriffen und in einen Krieg mit ihnen verwickelt würden, würde sich der casus foederis für alle hohen Vertragschließenden gleichzeitig ergeben.“



schreiten Oesterreich-Ungarns, das nach Jahren beispielloser Friedensliebe und Geduld gegenüber den serbischen Herausforderungen endlich erfolgen mußte. nicht den Charakter einer Provokation an sich trug, daß der Angriff vielmehr von Rußland ausging, das sich bei der Durchführung seiner weitausgreifenden Pläne Serbiens als Sturmbock gegen die Monarchie bediente. Dennoch waren Anzeichen dafür vorhanden, daß Italien nicht, wie es dem Wortlaute und dem Geiste des Bündnisses entsprechen würde, an der Seite seiner Alliierten in den Krieg eintreten werde.

Nach der schillernden Haltung, die Italien zur Zeit von Algeciras und während der Annexionskrise eingenommen hatte, nach den Besprechungen von Racconigi und dem fortgesetzten Liebäugeln mit der Tripelentente mußten Oesterreich-Ungarn und Deutschland vielmehr den Verdacht hegen, daß Italien sich der Erfüllung seiner Bündnispflichten entziehen und dies durch allerlei am Texte des Vertrages geübte Interpretationskünste motivieren werde.

War also auch auf die volle Erfüllung der aus dem Bundesverhältnisse entspringenden Pflichten durch Italien nicht mit Sicherheit zu rechnen, so konnten Oesterreich-Ungarn und Deutschland doch zum mindesten erwarten, daß Italien durch eine wohlwollend neutrale Haltung seine Alliierten in dem ungeheuren Kampfe unterstützen werde.\*)

Die tatsächliche Entwicklung der Ereignisse hat diese Annahmen zunächst gerechtfertigt und nichts ließ in den Anfangsstadien des Weltkrieges vermuten, welch ungeheuerlichen Treubruches und Verrates Italien sich späterhin schuldig machen würde.

In dieser ersten Periode, die mit der Ueberreichung unserer Note in Belgrad beginnt und bis in den Winter hinein sich erstreckt, war das Verhalten Italiens von drei leitenden Gesichtspunkten bestimmt: von dem Entschlusse, bis auf weiteres nicht aus der Neutralität herauszutreten, jedoch sofort mit aller Intensität auf einen hohen Grad militärischer Bereitschaft hinzuwirken; von dem Streben, seine neutrale Haltung an der Hand des Vertragstextes zu motivieren und die Bundesgenossen durch freundschaftliche Erklärungen zu beruhigen; endlich von der Absicht, für alle Fälle von Oesterreich-Ungarn mittels einer gewaltsamen Interpretation des Art. VII des Dreibundvertrages die Zusicherung zu erlangen, daß im Falle irgend

---

\*) Verpflichtete doch der Art. IV des Dreibundvertrages sogar für den Fall einer aus defensiven Gründen von einem der Verbündeten ergriffenen kriegerischen Initiative die anderen zu wohlwollender Neutralität. Art. IV lautet in Uebersetzung: „Falls eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die staatliche Sicherheit eines der hohen Vertragsschließenden bedrohen würde, und der Bedrohte dadurch gezwungen wäre, ihr den Krieg zu erklären, so verpflichten sich die beiden anderen, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Ein jeder behält sich in diesem Falle vor, an dem Kriege teilzunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, um mit seinem Verbündeten gemeinsame Sache zu machen.“

welcher Errungenschaften der Monarchie in Serbien oder Montenegro Italien der Anspruch auf gleichwertige Kompensationen zustehe.\*)

Dementsprechend hat denn auch der italienische Ministerrat, nachdem schon vorher mündliche Äußerungen Marquis *di San Giuliano*s darauf vorbereitet hatten, am 1. August v. J. den Beschluß gefaßt, daß Italien neutral bleiben werde. Als Gründe hierfür wurden angegeben, daß das Vorgehen der Monarchie gegen Serbien einen aggressiven Akt gegen Rußland darstelle, weshalb der Bündnisfall für Italien im Sinne des Vertrages nicht eingetreten sei — eine Behauptung, die durch den bloßen Hinweis auf die bekannten umfassenden Vorbereitungen Rußlands für einen Angriffskrieg gegen die beiden Zentralmächte und auf die volle Unabhängigkeit Serbiens widerlegt wird; ferner, daß Italien den Gefahren eines Weltkrieges bei seiner exponierten geographischen Lage besonders ausgesetzt wäre — was zutreffen mag, Italien seiner Verpflichtungen aber keinesfalls entbinden kann; schließlich, daß Oesterreich-Ungarn es verabsäumt habe, sich im Sinne des Art. VII des Bündnisvertrages vor den entscheidenden Schritten mit Italien ins Einvernehmen zu setzen und es überhaupt ablehne, die italienische Interpretation dieses Artikels anzuerkennen. Welche Bewandtnis es mit diesem letzten Punkte hatte, davon wird weiter unten noch eingehender gesprochen werden.\*\*)

Wiewohl die italienische Argumentation somit sehr aufrechtbar war, wurde die Neutralitätserklärung von Oesterreich-Ungarn ohne nachdrückliche Einwendungen zur Kenntnis genommen, umsomehr, als Italien gleichzeitig neuerlich erklärte, an dem Bundesverhältnisse im übrigen festhalten zu wollen, ja eine spätere Kooperation als durchaus nicht ausgeschlossen bezeichnete und in allen Enunziationen einen aufrichtig klingenden, freundschaftlichen Ton anschlug.

Parallel mit diesen Besprechungen über die Frage der Neutralität lief eine Aktion Italiens, die schon am 25. Juli eingesetzt hatte und die, wie schon oben bemerkt, das Ziel verfolgte, unter Berufung auf den Art. VII des Dreibundvertrages Italien für den Fall der Besetzung serbischen Gebietes durch oesterreichisch-ungarische Truppen den Anspruch auf Kompensationen zu sichern.\*\*\*)

Sowohl die Entstehungsgeschichte als der Wortlaut dieses Artikels lassen klar erkennen, daß seine Bestimmungen einzig und allein auf den Fall der Besetzung türkischen Gebietes Anwendung zu finden haben. Er wurde im Jahre 1887 auf Wunsch Italiens in den Vertrag aufgenommen, also zu einer Zeit, da die Kompaziszenten sicherlich nur das künftige Schicksal der Türkei und ihres Gebietes regeln wollten. Es steht außer Zweifel, daß diese

\*) Anm.: Zu diesem Absatz ist in einer Randbemerkung auf den unten unter Nr. MLXXI abgedruckten Text verwiesen. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Zu diesem Absatz ist in einer Randbemerkung auf den unten unter Nr. MLXXIV abgedruckten Text verwiesen. — Herausgeber.

\*\*\*) Anm.: Zu diesem Absatz ist in einer Randbemerkung auf den unten unter Nr. MLVII abgedruckten Text verwiesen. — Herausgeber.

Abmachungen getroffen wurden, um zu verhindern, daß, falls sich die von den Verbündeten in erster Linie angestrebte unveränderte Aufrechterhaltung des türkischen Besitzstandes in Europa als unmöglich erweisen sollte, die Interessen eines der beiden Teile einseitig und ohne gleichmäßige Berücksichtigung des anderen bevorzugt würden. An andere, nichttürkische Gebiete der Balkanhalbinsel war damals nicht gedacht worden. Dies geht auch aus dem Texte, der seit 1887 unverändert blieb, klar hervor, da daraus zu entnehmen ist, daß wohl die türkischen Küstengebiete in der Adria und im Aegäischen Meere, nicht aber die griechischen oder montenegrinischen unter diese Bestimmungen fallen. \*)

Mit vollem Recht nahm daher die österreichisch-ungarische Regierung den Standpunkt ein, daß der Art. VII auf den Fall eines Konfliktes mit Serbien und die eventuelle Besetzung serbischen Gebietes nicht anzuwenden sei. Deshalb hielt sie sich auch nicht für verpflichtet, vor dem diplomatischen Schritte in Belgrad, der noch nicht den Krieg bedeutete, wenn er auch dazu führen konnte, gewissermaßen die Genehmigung Italiens einzuholen.

Die entgegengesetzte Auffassung vertrat Italien, das, wie schon früher erwähnt, das Fehlen eines vorangegangenen Einvernehmens sowie die abweichende Auslegung dieser Vertragsbestimmungen durch Oesterreich-Ungarn zum Vorwand nahm, um sich von der Pflicht der militärischen Kooperation loszusprechen, andererseits aber eben auf Grund seiner Interpretation in Wien seine prinzipiellen Kompensationsansprüche für den Fall der Okkupation serbischen Territoriums durch Oesterreich-Ungarn geltend machte.

Ueber diese letztere Frage wurden zwischen beiden Kabinetten im freundschaftlichsten Tone längere Verhandlungen geführt, an denen auch die deutsche Regierung teilnahm. Auf den Verlauf dieser Pourparlers soll hier nicht im Detail eingegangen werden, es genügt, zu konstatieren, daß Oesterreich-Ungarn sich schließlich mit Rücksicht auf die zwar neutrale, aber im übrigen vollkommen freundschaftliche Haltung Italiens, dem es einen Beweis loyalen Entgegenkommens geben wollte, zur Anerkennung der italienischen Auffassung des Art. VII verstand und sich bereit erklärte, für den Fall einer temporären oder definitiven Besitzergreifung eines am Balkan gelegenen Gebietes in eine Konversation über die Kompensationsfrage mit Italien einzugehen. Diese am 25. August in Rom abgegebene Erklärung wurde von *Marquis di San Giuliano* dankend quittiert, er hielt es bei der damaligen Kriegslage jedoch für verfrüht, die Frage der etwaigen Kompensationen zu besprechen. \*\*)

Damit waren die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Wien und Rom über die prinzipielle Seite ihres gegenseitigen Verhältnisses zu

\*) Anm.: Hier ist als Anmerkung Art. VII des Dreibundvertrages in deutscher Uebersetzung gegeben. Text siehe oben S. 208, Nr. MXLVII. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Zu diesem Absatz ist in einer Randbemerkung auf die unten unter Nr. MXII und Nr. MXIII abgedruckten Texte verwiesen. —



einem vorläufigen Abschluß gelangt. Die nächsten Monate widmete Italien hauptsächlich der Ausgestaltung und Kräftigung seiner militärischen Machtmittel. Gleichzeitig setzte eine Aktion Italiens ein, die auf Erwerbung territorialer Stützpunkte jenseits der Adria in Albanien abzielte und die — anfangs vorsichtig fortschreitend — sich später in dem Maße akzentuierte, als die militärische Bereitschaft Italiens wuchs und als es deutlicher erkennbar wurde, daß der Weltkrieg nicht zu einem raschen Siege der einen oder der anderen Gruppe, sondern zu langem, hartnäckigem Ringen führen würde. Wiewohl dieses Vorgehen Italiens weder mit dem Abkommen vom Jahre 1900/1901 noch mit den noch anfangs August 1914 in Wien abgegebenen formellen Erklärungen im Einklang stand, erhob Oesterreich-Ungarn keine Einwendungen, umso mehr, als Italien jede einzelne „provisorische“ Maßnahme in Wien notifizierte und dabei stets sein Festhalten an den Londoner Beschlüssen betonte sowie den Fortbestand des Akkords von 1901 anerkannte.\*)

Bald wurde es aber klar, daß die ehrgeizigen Pläne Italiens sich in der Festsetzung an der „*altra sponda*“ nicht erschöpfen. Eine leidenschaftliche Erregung begann das Land zu erfassen, die These der absoluten Neutralität mußte der neuen Parole der „wachsam und bewaffneten“ Neutralität und später der zynischen Phrase des „*sacro egoismo*“ weichen; von der Regierung im geheimen, von den Agenten der Ententemächte offen gefördert und unterstützt, wuchs auf dem Boden der irredentistischen, radikalen und republikanischen Schlagworte eine Bewegung heran, die unbekümmert um Treue und das verpfändete Wort die Vereinigung der italienischen Gebietsteile der Monarchie mit Italien auf ihre Fahne geschrieben hatte und deren Anhänger in der Presse, auf der Straße und in Versammlungen immer stürmischer das Verlangen stellten, daß Italien zu diesem Zwecke auf der Seite der Ententemächte in den Krieg eintrete.

Daß die offizielle Politik Italiens von den gleichen Tendenzen bestimmt war, zeigte sich deutlich erst, als die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nach dem Tode Marchese *di San Giuliano*s Anfang November in die Hände Baron *Sonninos* überging.

Damit trat die Entwicklung der Ereignisse in Italien in eine zweite Phase, in welcher der dominierende Gedanke der Entschluß war, ohne Rücksicht auf die Pflichten des Bündnisses oder sonstige moralische Bedenken den günstigen Augenblick, da die beiden Verbündeten in schweren Kämpfen gegen mächtige Gegner begriffen waren, auszunützen, um von Oesterreich-Ungarn die Abtretung der südlichen, von italienischen Volksgenossen bewohnten Gebiete zu erpressen, sie im Notfalle mit Gewalt zu erzwingen.

Den ersten Schritt in dieser Richtung unternahm das römische Kabinett, als es durch seinen Botschafter in Wien am 11. Dezember unter deutlichem Hinweis auf die „nationalen Aspirationen“ den Standpunkt vertreten ließ,

\*) Anm.: Zu diesem Absatz ist in einer Randbemerkung auf den unten unter Nr. MCCLXX und Nr. MLXXVII abgedruckten Text verwiesen. —



daß infolge unserer militärischen Operationen auf serbischem Gebiet Italien nach Art. VII des Dreibundvertrages ein Anrecht auf Kompensationen besitze. Noch unverhüllter verriet Italien seine Absichten einen Monat später durch die formelle Anfrage, ob Oesterreich-Ungarn eine Zession von Teilen seines Gebietes als Basis von Verhandlungen über die im Sinne des Art. VII zu gewährenden Kompensationen anzunehmen gewillt sei.

Aus der Fülle von Argumenten, die von der österreichisch-ungarischen Regierung den italienischen Deduktionen damals und im weiteren Verlauf der Verhandlungen entgegengehalten wurden, seien nur einige wenige herausgegriffen: Militärische Operationen im fremden Gebiet bedeuten noch keine, auch nur temporäre Okkupation im Sinne des Art. VII und geben dem anderen Teil daher auch keinen Anspruch auf Kompensationen. Da tatsächlich serbisches Territorium von unseren Truppen nicht besetzt ist, fehlt es übrigens an jeder Grundlage für die Bestimmung der Kompensation, die ja gegen die Vorteile abgewogen werden muß. Schließlich liegt es auf der Hand, daß diese Kompensationen nur dort zu suchen sind, wo die Vorteile liegen, die sich ausgleichen sollen, nämlich auf der Balkanhalbinsel und niemand hat bei dem Abschluß des Vertrages daran gedacht, daß hierfür andere Gebiete und vollends eigene in Betracht kommen könnten.

Oesterreich-Ungarn hat überdies am 9. Februar gerade der italienischen Interpretation des Art. VII entsprechende und ganz gleichberechtigte Gegenansprüche, die sich aus der Tatsache der italienischen Besetzung der Inseln im Aegäischen Meer und Valonas ergaben, angemeldet. Demgegenüber hielt Italien starr an seinem Standpunkte fest und erklärte schließlich nach längerem fruchtlosen Verhandeln Ende Februar, daß es eine Wiederaufnahme unserer Operationen gegen Serbien ohne vorangegangene Vereinbarung über die Frage der Kompensationen als einen Bruch des Bündnisvertrages ansehen und daraus die schwersten Konsequenzen ableiten müßte, sowie andererseits, daß eine solche Vereinbarung nur auf Grund einer Abtretung österreichisch-ungarischen Gebietes möglich sei.

Nun war die Situation geklärt. Diese Haltung des römischen Kabinettes, die von einer durch die Regierung selbst und ihre Presse geschürten Erregung der öffentlichen Meinung gegen die beiden Zentralmächte und den eifrigsten Vorbereitungen für eine Mobilisierung begleitet war, ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß das Verhältnis zu Italien nur mehr durch territoriale Zugeständnisse Oesterreich-Ungarns saniert werden konnte, und daß anderenfalls Italien sich durch Regungen des Ehrgefühls und Gewissens nicht würde abhalten lassen, die ihm günstig erscheinende Gelegenheit zu einem Angriff auf die Monarchie auszunützen, um seine nationalen Aspirationen zu verwirklichen.

Sah man in Oesterreich-Ungarn dieser Gefahr auch ruhigen Blutes und mit kühler Entschlossenheit entgegen, so mußten sich die Faktoren, in deren Händen die Geschicke der Monarchie ruhten, im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit doch die Frage vorlegen, ob nicht nach der Erschöpfung

aller anderen Mittel, selbst um den hohen Preis einer Gebietsabtretung, noch der Versuch unternommen werden mußte, das politische Verhältnis zu Italien aufrechtzuerhalten, ja vielleicht auf festere Grundlagen zu stellen.

Oesterreich-Ungarn konnte sich nur schwer mit dem Gedanken befreunden, kampflos auf Gebiete zu verzichten, die seit vielen Jahrhunderten unter dem Szepter des Hauses Habsburg standen, die wie ein natürlicher Schutzwall der Monarchie vorgelagert waren und dessen Söhne auch in diesem Kriege wieder so vielfache Beweise von Hingabe und Treue erbracht hatten. Auch mußte dieser Entschluß umso reiflicher bedacht werden, als es den Traditionen der Monarchie nicht entsprach, mit unaufrichtigen Versprechen ein trügerisches Spiel zu spielen. Niemals in der Geschichte hat Oesterreich-Ungarn das gegebene Wort uneingelöst gelassen.

Die außerordentliche Situation erforderte jedoch außerordentliche Entschlüsse, und so konnte Baron *Burián* am 9. März mit Genehmigung des Monarchen und mit Zustimmung beider Regierungen dem italienischen Botschafter eröffnen, daß Oesterreich-Ungarn im Prinzipie die Abtretung eigenen Gebietes als Basis der Verhandlungen über die Kompensationsfrage annehme.

War damit auch in dem wichtigsten prinzipiellen Punkte eine Annäherung erzielt, so ergaben sich doch schon im nächsten Stadium der Verhandlungen, bezüglich einer Vorfrage, große Schwierigkeiten. Ehe nämlich noch in die Besprechung der Sache selbst eingegangen wurde, stellte das römische Kabinett das Verlangen, es möge im voraus festgesetzt werden, daß das Abkommen über die Gebietsabtretung sofort nach seiner Perfektionierung auch in Vollzug zu setzen sei — eine Forderung, die allein schon ein bedenkliches Licht auf die Aufrichtigkeit der Absicht Italiens, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, warf.

Denn ganz abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, die mitten im Kriege der überstürzten Durchführung einer so einschneidenden Maßnahme entgegenstanden, konnte es Oesterreich-Ungarn wohl nicht zugemutet werden, in einseitiger Erfüllung des Kontraktes Italien in den tatsächlichen Besitz der abzutretenden Gebiete, die strategisch von der allergrößten Bedeutung waren, zu setzen, ehe die Gegenleistung — die Neutralität Italiens bis zum Friedensschluß — faktisch erfolgt war. Zu einem so übermäßigen Zutrauen in die italienische Loyalität und Verlässlichkeit war wahrlich kein Grund vorhanden.

Auf diese Bedingung konnte Oesterreich-Ungarn somit nicht eingehen, dagegen war es bereit, seine Zusage mit den ausreichendsten Garantien zu versehen, daß die Uebergabe des zedierten Gebietes nach dem Friedensschlusse ohne Aufschub erfolgen würde.

Da das italienische Kabinett von seiner Forderung aber nicht abließ, wäre ein Stocken der Verhandlungen unvermeidlich gewesen, hätte man sich nicht geeinigt, diese Frage vorläufig noch offen zu lassen und in die Besprechung der Sache selbst, des Umfanges der abzutretenden Gebiete und der übrigen Konzessionen, einzugehen.

Auf Wunsch Italiens, welches damals seinerseits keine konkreten Forderungen formulieren zu wollen erklärte, trat zunächst Oesterreich-Ungarn mit seinen Propositionen hervor. Dieser Vorschlag, der am 27. März dem italienischen Botschafter in Wien mitgeteilt wurde, ging im wesentlichen dahin, daß Oesterreich-Ungarn die Zession fast des ganzen italienischen Teiles von Südtirol anbot, während Italien der Monarchie seine wohlwollende Neutralität bis zum Friedensschluß zusichern und für die Dauer des Krieges die volle Aktionsfreiheit am Balkan zugestehen sollte.

Wer die Rolle kennt, die das Trentino in den Jahrzehnten seit der Errichtung des italienischen Königreiches im nationalen Seelenleben spielte, der mußte annehmen, daß die großzügige Art, mit der nun Oesterreich-Ungarn ohne kleinliches Schachern die Erfüllung dieses heißen Wunsches der Nation anbot, mit einem Schlage alle Schwierigkeiten der Verständigung beseitigen würde. Diese Annahme traf jedoch keineswegs zu. •

Das römische Kabinett beschränkte sich zunächst auf einige allgemeine Einwendungen, die sich auf die wohlwollende Neutralität Italiens und das Ausmaß unserer territorialen Zugeständnisse bezogen, und schien keine Eile zu haben, die Verhandlungen fortzuführen. Erst nach einiger Zeit und über wiederholtes Drängen gab es — am 10. April — in Wien seine Gegenvorschläge bekannt.

Konnte man bis dahin den Versicherungen, Italien strebe auf einer neuen Basis die Fortdauer des Bündnisses an, immerhin Glauben schenken, so berechtigt die Maßlosigkeit der nun erhobenen Forderungen zu der Auffassung, daß es dem Kabinett *Salandra* nicht ernstlich um eine friedliche Verständigung mit Oesterreich-Ungarn zu tun sei und daß in diesem neuen Stadium der Entwicklung der leitende Gedanke der italienischen Politik nicht mehr lautete: nationaler Ausbau unter möglichster Aufrechterhaltung des Verhältnisses zu den beiden Zentralmächten, sondern vielmehr Ausgestaltung der nationalen Einheit auf Kosten Oesterreich-Ungarns, Erringung der vollen Suprematie in der Adria durch Verdrängung der Monarchie von diesem Meere und völliger, dauernder Anschluß Italiens an die Ententemächte, eventuell durch aktives Eingreifen an ihrer Seite.

Die Forderungen Italiens waren in der Tat exorbitant. Sie umfaßten die Abtretung von ganz Welsch-Tirol, des rein deutschen Gebietes um Bozen, des unteren sowie auch des vorwiegend slawischen oberen Isonzotales samt Görz und dem Küstengebiet bis Nabresina, eines Streifens von Kärnten, der durchaus slawischen Inseln: Lissa, Lesina, Curzola und Lagosta und einiger kleinerer Inseln, die Errichtung von Triest und Gebiet als unabhängiger Staat, die Anerkennung der italienischen Souveränität über Valona und Gebiet, sowie das völlige Désintéressement Oesterreich-Ungarns an Albanien und die sofortige Durchführung der territorialen Abtretungen.

Die Struktur dieses Programmes läßt klar die ihm zugrunde liegenden Ideen erkennen: für die verlangte Abgrenzung zu Lande sind nicht nationale Momente, sondern strategische Gesichtspunkte, und zwar aggressiver Natur



## C. Eintritt weiterer Staaten in den Krieg.

maßgebend; die auf Albanien und die dalmatinischen Inseln bezüglichen Postulate zeigen, wie sehr das adriatische Problem in den Vordergrund getreten ist, und die Tatsache allein, daß Italien eine Reihe von Forderungen erhob, die den Lebensnerv der Monarchie berührten, läßt vermuten, daß man in Rom innerlich entschlossen war, auf jeden Fall — mochte die Lösung nun friedlich oder gewaltsam erfolgen — mit den Zentralmächten zu brechen und zur Entente überzugehen. Denn mit der These von der „Festigung des Bundesverhältnisses durch die Ausschaltung der bestehenden Reibungsflächen“ war — darüber mußte man doch selbst in Rom im Klaren sein — eine Politik unvereinbar, die z. B. allen Ernstes darauf ausging, Triest und die der Küste Dalmatiens vorgelagerten Inseln aus dem Gefüge der Monarchie herauszureißen.

Obwohl die Maßlosigkeit der Ansprüche Italiens zu einem Stocken der Verhandlungen hätte führen müssen — und es erscheint bei rückblickender Betrachtung nicht als ausgeschlossen, daß dies in der Absicht des römischen Kabinettes lag — war Oesterreich-Ungarn doch so ziemlich in allen Fragen zu einem weiteren Entgegenkommen bereit und es gelang tatsächlich auch, bezüglich mancher Punkte eine solche Annäherung herbeizuführen, daß eine wesentliche Differenz kaum mehr bestehen blieb.

Andere italienische Postulate waren aber in ihrem Wesen geradezu eine Negation der wichtigsten Lebensinteressen der Monarchie und da konnte von einer wirklichen Annäherung umsoweniger die Rede sein, als das römische Kabinett mit auffallender Starrheit gerade an diesen Forderungen festhielt.

Während sonach die Verhandlungen von Oesterreich-Ungarn mit dem größten Entgegenkommen weitergeführt wurden, entschloß sich das Kabinett *Salandra*, ohne auf unser ihm vorliegendes Angebot auch nur zu antworten, am 4. Mai in Wien zu erklären, daß es den Bündnisvertrag als durch uns verletzt und daher als hinfällig betrachte, alle seine Propositionen zurückziehe und seine volle Aktionsfreiheit hierdurch wiedererlangt habe. \*)

Die österreichisch-ungarische Regierung hielt es nicht für angezeigt, auf diesen überraschenden Schritt Italiens sofort zu reagieren, sondern setzte unverdrossen ihre Bemühungen fort, eine gütliche Verständigung mit Italien herbeizuführen.

Zu diesem Zwecke erweiterte sie das Maß der Zugeständnisse, die Oesterreich-Ungarn Italien zu machen bereit war, so weit, als dies mit der elementarsten Rücksicht auf die Lebensinteressen der Monarchie noch vereinbar war.

Das letzte Angebot, das in Rom schriftlich sowohl von dem k. u. k. Botschafter wie auch vom Fürsten *Bülow* der italienischen Regierung übergeben wurde, umfaßte im wesentlichen folgende Punkte:

die Zession des italienischen Teiles von Südtirol;

---

\*) Anm.: Zu diesem Absatz ist in einer Randbemerkung auf den unten unter Nr. MCCXVIII abgedruckten Text verwiesen. — Herausgeber.



die Zession des von italienischer Bevölkerung bewohnten Gebietes westlich des Isonzo;

hinsichtlich Triests die Errichtung einer Universität, die Verleihung des Titels einer kaiserlichen Freistadt und die Revision des städtischen Statuts, das bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Autonomie den italienischen Charakter der Stadt gewährleisten würde; den Fortbestand und die eventuelle Erweiterung der Freihafenzone;

unsere Bereitwilligkeit zur Anerkennung der vollen Souveränität Italiens über Valona und das umgebende Gebiet;

das politische Désintéressement Oesterreich-Ungarns an Albanien:

den Verzicht auf alle Ansprüche, die aus dem Titel der Besetzung des Dodekanes durch Italien von der Monarchie erhoben werden könnten.

Als Gegenleistung beanspruchte Oesterreich-Ungarn lediglich die Erklärung Italiens, daß es während der ganzen Dauer des gegenwärtigen Krieges sich gegenüber der Monarchie, dem Deutschen Reiche und der Türkei vollkommen neutral verhalten werde und sich hinsichtlich aller Errungenschaften desinteressiere, die Oesterreich-Ungarn im Laufe des Krieges oder durch den Friedensschluß zufallen sollten.

Was die Garantien für die Durchführung dieser Abmachungen anbelangt, würde Oesterreich-Ungarn sich verpflichten, sofort nach dem Abschluß des Akkords eine feierliche Kundgebung hinsichtlich der Zession der abgetretenen Gebiete zu erlassen. Ueberdies würden gemischte Kommissionen sofort nach Vertragsabschluß zur Regelung der Detailfragen zusammentreten: ihre Beschlüsse würden der Ratifizierung durch die Regierungen unterliegen. Sofort nach dieser Ratifizierung hätte die Uebergabe der zedierten Gebiete zu beginnen, die binnen Monatsfrist zu beenden wäre.

Schließlich würden Oesterreich-Ungarn und Italien sich damit einverstanden erklären, daß das Deutsche Reich die loyale Durchführung der Vereinbarung garantiert.

Als auch diesen Propositionen gegenüber das italienische Kabinett sich in Schweigen hüllte, und als die parlamentarischen Vorgänge sowie die Erklärungen des Ministerpräsidenten *Salandra* vom 20. Mai, die in der durch monatelanges Schüren aufs höchste erregten Bevölkerung lebhaftesten Widerhall fanden, den festen Entschluß Italiens klar bewiesen, dem langjährigen Verbündeten ganz unabhängig von irgendwelchen konkreten Forderungen und ohne den leisesten Versuch einer stichhaltigen Begründung treulos in den Rücken zu fallen, hielt die österreichisch-ungarische Regierung am 21. Mai den Moment für gekommen, auf die letzte Mitteilung der italienischen Regierung vom 4. Mai zu antworten, um die volle Haltlosigkeit der italienischen Vorwände und die Unzulässigkeit der von Italien einseitig proklamierten Außerkraftsetzung des Bündnisses nachzuweisen und schließlich die Verantwortung für alle Konsequenzen abzulehnen, die sich aus dieser willkürlichen Lossagung Italiens von dem Bündnisse ergeben könnten. \*)

\*) Anm.: Zu diesem Absatz ist in einer Randbemerkung auf den unten unter Nr. MÜXLVIII abgedruckten Text verwiesen. — Herausgeber.

Wenige Tage darauf, am 23. Mai, überreichte der königlich italienische Botschafter in Wien der k. u. k. Regierung die Kriegserklärung, deren völlig haltlose und armselige Begründung wie ein Einbekenntnis der Schwäche des eigenen Standpunktes klingt. \*)

**Nr. MXLIX. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 1.**

(Telegramm.)

Wien, am 20. Juli 1914.

Ich ersuche Euer Exzellenz, bei Ihrer voraussichtlich morgen stattfindenden Zusammenkunft mit Marchese *di San Giuliano* ungefähr folgende Sprache zu führen.

Bisher sei Euer Exzellenz über den Abschluß der Untersuchung in Sarajevo und unsere in Belgrad aus diesem Anlasse beabsichtigten Schritte noch keine präzise Information zugekommen, doch hätte ich Hochdieselben verständig, daß das bereits vorliegende Material sowie die seit Jahren fortgesetzten serbischen Wühlereien uns zu einer ersten Sprache in Belgrad zwingen würden. Euer Exzellenz seien ermächtigt worden, dies Marchese *di San Giuliano* persönlich mitzuteilen und hinzuzufügen, daß wir bei unseren Schritten in Belgrad einen friedlichen Erfolg als durchaus im Bereiche der Möglichkeit gelegen erachteten. Wir seien überzeugt, daß wir bei der Klärung unseres Verhältnisses zu Serbien auf die bundestreue und loyale Haltung Italiens rechnen könnten. In richtiger Beurteilung der internationalen Lage hätte Marchese *di San Giuliano* öfters Euer Exzellenz ebenso wie auch mir in Abbazia erklärt, Italien brauche ein starkes Oesterreich-Ungarn. Die Klärung unseres so mißlichen Verhältnisses zu Serbien erschiene als eine absolute Notwendigkeit zur Erhaltung der gegenwärtigen Situation der Monarchie und der derzeitigen Widerstandskraft des Dreibundes, auf dessen Festigkeit der Friede und das Gleichgewicht Europas beruhe. Es sei im gegenwärtigen Augenblicke auch im Interesse Italiens gelegen, daß dasselbe offensichtlich unsere Partei ergreife. Es wäre daher auch sehr wichtig, daß der Minister rechtzeitig Vorsorge treffe, damit die italienische öffentliche Meinung im bundesfreundlichen Sinne inspiriert werde und, sobald unsere Demarche in Serbien erfolgt, sich entsprechend manifestiere.

Im Laufe einer sich hierüber eventuell entspannenden Diskussion können Euer Exzellenz vorläufig ohne Auftrag Ihre begründete Ueberzeugung dahin aussprechen, daß, selbst wenn die friedlichen Mittel versagen würden, das Kabinett von Wien an keinen Eroberungsfeldzug und an keine Einverleibung von serbischen Gebieten denkt. Bei dieser Gelegenheit können Euer Exzellenz auch die tendenziöse Erfindung des „Temps“, als ob wir einen Ueberfall auf den Lovćen beabsichtigten, kategorisch in Abrede stellen. Wir wären der italienischen Regierung sehr verbunden, falls sie ihren Einfluß in Cetinje geltend

\*) Anm.: Zu diesem Absatz ist in einer Randbemerkung auf den unten unter Nr. MCCLII abgedruckten Text der italienischen Kriegserklärung verwiesen. — Herausgeber.

machen würde, um Montenegro, dessen Haltung übrigens von jener der Belgrader Regierung wesentlich verschieden ist und welches selbst üble Erfahrungen mit von Serbien exportierten Bomben gemacht hat, anlässlich unserer Konversation mit Belgrad zu vollkommener Ruhe zu bestimmen.

Im Sinne vorstehender Ausführungen habe ich mich auch dem italienischen Botschafter gegenüber geäußert.

**Nr. ML. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 2.**

(Erlaß.)

Wien, am 20. Juli 1914.

Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die königlich italienische Regierung für den Fall einer kriegerischen Komplikation zwischen uns und Serbien versuchen wird, den Art. VII des Dreibundvertrages\*) in einem weder dem Geiste noch dem Wortlaute konformen Sinne zu interpretieren und einen Anspruch auf Kompensationen zu erheben.

In der Anlage erhalten Euer Exzellenz schon jetzt eine Notiz, deren Inhalt Hochdenssiben zur Richtschnur zu dienen hat, um einer allenfalls von Marchese *di San Giuliano* gesprächsweise vorgebrachten italienischen Interpretation des oben genannten Artikels entgegentreten zu können.

\*) Vide Anhang Nr. 1.

Beilage.

#### Notiz.

Mit einer eventuell notwendig werdenden Kriegserklärung an Serbien verfolgt Oesterreich-Ungarn keineswegs die Absicht, territoriale Erwerbungen zu machen. Die Monarchie hat vielmehr lediglich die Erreichung des in ihrer Note an die Belgrader Regierung entwickelten Zieles vor Augen, nämlich in ihrer normalen friedlichen Entwicklung durch keine vom benachbarten Königreiche genährte staatsfeindliche Propaganda gestört zu werden.

Wenn die Monarchie bei einem Kriege mit Serbien auch nicht auf Land-erwerb ausgeht, so bringt doch die Natur des Krieges die Verlegung der Operationsbasis auf serbisches Territorium mit sich und muß damit gerechnet werden, daß, wenn auch Serbien — sei es im Laufe der Mobilisierung, sei es bald nach Beginn der Operationen — sich zur Nachgiebigkeit entschließen sollte, eine provisorische Besetzung serbischen Gebietes ins solange aufrecht-erhalten bleibt, als nicht die geforderten Garantien geleistet und die durch Serbiens ursprüngliches Refus der Monarchie erwachsenen Mobilisierungs-respektive Kriegskosten gezahlt sind.

Es hieße den Geist des Dreibundvertrages gründlich verkennen, wenn man Art. VII dahin interpretieren wollte, daß die temporäre Besetzung von Gebieten eines mit der Monarchie im Kriegszustande befindlichen benachbarten Balkanstaates von einem vorherigen, auf Grund einer Kompensation erzielten Einverständnisse mit Italien abhängig wäre.

Was den Wortlaut des Vertrages anbelangt, so könnte allenfalls der Umstand, daß im Art. VII bei Besprechung einer für Oesterreich-Ungarn oder Italien sich eventuell ergebenden Notwendigkeit, den Status quo zu modifizieren der Ausdruck „dans les régions des Balcans“ gebraucht wird, zu einer Interpretation in dem Sinne Anlaß geben, die Bestimmungen des genannten Artikels hätten mangels einer ausdrücklichen Unterscheidung zwischen den zur Türkei gehörigen Balkangebieten und den Territorien der Balkanstaaten auf beide in gleicher Weise in Anwendung zu kommen.

Wie wenig eine solche Interpretation des Art. VII begründet ist, läßt sich aus dem Wortlaute unserer Uebereinkommen selbst ersehen.

Wenn es im Art. VII nach den Worten „dans les régions des Balcans“ weiter heißt: „des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la mer Egée“, so kann die durch ausdrückliche Betonung des türkischen Besitzes implizite erfolgende Ausscheidung der einem anderen Staate gehörigen Inseln und Küstengebiete von den Bestimmungen des Artikels nur als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Worte „dans les régions des Balcans“ sich auch nur auf türkischen Besitzstand beziehen, da sonst eine gewiß nicht beabsichtigte Differenzierung entstehen müßte, derzufolge z.B. montenegrinische oder griechische Küstengebiete, respektive Inseln, nicht unter die Bestimmungen des Art. VII zu fallen hätten, wohl aber Teile des Landesinneren.

Für die Richtigkeit der Auffassung, daß sich die Bestimmungen des Art. VII nur auf unter ottomanischer Herrschaft stehende Gebiete beziehen, spricht auch der in demselben Artikel enthaltene Passus über eine allfällige Kompensation. Es ist wohl zweifellos, daß bei einer Okkupation irgendwelchen türkischen Gebietes seitens einer der beiden Vertragsmächte der anderen die Teilnahme an dem Kriege und damit die Möglichkeit freisteht, auch ihrerseits ein vorher bestimmtes Kompensationsobjekt temporär oder permanent zu besetzen. Diesen Grundsatz auf einen Krieg zwischen der Monarchie mit einem Balkanstaate ohne Küstengebiet anzuwenden, erscheint aber ins solange ausgeschlossen, als sich nicht ein anderer Balkanstaat dem Gegner der Monarchie anschließt, der eine eigene Küste besitzt und daher Italien die Besetzung eines Kompensationsgebietes auf dem Seewege ermöglichen würde.

Auch der Wortlaut des „Arrangement spécial concernant le sandjak de Novibazar“ vom Jahre 1909\*) weist deutlich darauf hin, was im Art. VII des Dreibundvertrages unter „les régions des Balcans“ zu verstehen ist. In diesem Arrangement, welches ausdrücklich den Zweck verfolgt, den mehrgenannten Art. des Dreibundvertrages zu präzisieren und zu ergänzen, heißt es nämlich, die Bestimmungen des Art. VII werden auf den Sandjak von Novibazar ebenso zur Anwendung kommen, wie auf die übrigen Teile der Türkei. Wenn in dem darauf folgenden, mit „Si donc“ eingeleiteten Satze gleich wieder von „maintien du statu quo dans les Balcans“ gesprochen wird,

---

\*) Vide Anhang Nr. 2.



so kann dies eben nur dahin aufgefaßt werden, daß unter „les Balcans“ an dieser Stelle, wie im Vertrage überhaupt, nur von den in türkischem Besitze befindlichen Territorien auf dem Balkan die Rede ist.

Was den Geist des Vertrages anbelangt, so muß wohl ein Hinweis auf die in der Vertragseinleitung enthaltenen Worte über die „bienfaits que leur garantit, au point de vue politique, aussi bien qu'au point de vue monarchique et social, le maintien de la Triple Alliance“ genügen, um klar zu machen, daß die Monarchie keine ihre Aktion gegen Serbien erschwerende Vertragsinterpretation von Italien erwarten kann, wo es sich doch in erster Linie darum handelt, Garantien gegen die Fortsetzung einer die Existenz der Monarchie bedrohenden Propaganda zu erhalten.

Weiters darf auch nicht übersehen werden, daß nach dem Geiste des Art. VII die Aufrechterhaltung des damaligen Status quo zu dem Zwecke als anstrebenswert dargestellt wurde, um jede territoriale Verschiebung zu verhindern, die Oesterreich-Ungarn oder Italien zum Nachteile gereichen könnte. Seither ist aber eine solche Verschiebung, und zwar in einer für die Interessen der Monarchie durchaus ungünstigen Richtung eingetreten. Die Vergrößerung Serbiens auf Kosten der Türkei hat im Königreiche den großserbischen Wahn in einer derartigen Weise gefördert, daß die Monarchie sich in der ruhigen Entwicklung ihres eigenen Besitzstandes gefährdet sieht und zur Verteidigung des letzteren nötigenfalls bis zur Anwendung von Waffengewalt schreiten muß. Wenn es auch außer Zweifel steht, daß ein Eingreifen der Monarchie zum Zwecke einer Aenderung des Status quo in dem gegenwärtigen Besitzstande der Türkei oder bezüglich der zur Vertragszeit türkisch gewesenenen Gebietsteile ein vorheriges Einverständnis mit Italien bedingt, so ist es andererseits auch einleuchtend, daß die Monarchie freie Hand haben muß, einer ohne ihr Zutun erfolgten Aenderung des Status quo gegenüber die eigenen Interessen zu wahren.

**Nr. MLI. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 3**

(Telegramm.)

Rom, am 21. Juli 1914.

Mit Beziehung auf Euer Exzellenz Telegramm vom 20. d. M.

Unterredung mit Marchese *di San Giuliano* fand heute nachmittags statt.

Der Minister zeigte sich über unsere bevorstehende Demarche in Belgrad sehr präokkupiert. Ich sprach mich in längeren Ausführungen im Sinne des ersten Teiles des obzitierten Telegrammes aus. Bei der sich daran anschließenden ausführlichen Diskussion konnte ich auch Schlußalinea des obigen Telegrammes verwerten.

Was die Klärung unseres Verhältnisses zu Serbien anlangt, setzte der Minister, wie schon öfters vorher, langatmig auseinander, daß wir nicht mit Demütigung und Gewalt, sondern nur mit Konzilianz Sanierung herbeiführen könnten. Für national gemischten Staat wie Monarchie sei dies die einzige Politik und bei Deutschen und Polen sei uns dies gelungen. Ich erklärte dieses

schon oft zwischen uns erörterte Raisonnement als rein theoretisch und überdies falsch. Die Wirklichkeit sehe anders aus. Ich wies auf Alles, was wir für Serbien seit dem Berliner Vertrage getan, auf unsere Konzilianz während des Balkankrieges und auf immer violentere panserbische Offensive hin.

Italien, fuhr mein Mitredner fort, wünsche ein starkes Oesterreich-Ungarn, aber so wie es sei, ohne territoriale Vergrößerung. Meine Ausführungen, daß wir keine Gebietseinverleibung anstreben, nahm der Minister mit Befriedigung, jene hinsichtlich des Lovöen mit schlechtverhülltem Jubel auf.

Marchese *di San Giuliano* erklärte ferner, es sei seine entschiedene Absicht, uns zu unterstützen, falls unser Begehren an Serbien ein solches sei, daß seine Erfüllung legitim erscheint. Gegenteiligenfalls hätte er die Stimmung seines ganzen Landes gegen sich, das nun einmal liberal, seines revolutionären Ursprunges eingedenk sei und für irredentistische Manifestationen, wo immer Sympathie habe. Er betonte, seine Haltung würde erleichtert, wenn unsere Demarche in Belgrad sich — wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend — auf die Katastrophe in Sarajevo und weniger auf sonstige Agitationen stützen würde.

Ich argumentierte gegen alle diese Einschränkungen, die ich theoretisch als verfehlt, praktisch als ungenügende Freundschaft und Solidarität bezeichnete.

Hinsichtlich der Presse sagte der Minister unter den vorstehenden Reserven seine Einflußnahme zu, meinte aber, dieselbe erst nach Kenntnissnahme des Inhaltes unserer Demarche in Belgrad eintreten lassen zu können.

Nach Montenegro versprach er noch heute Instruktion in von uns gewünschtem Sinne abgehen zu lassen. Auch in Belgrad habe er bereits Ratschläge zur Konzilianz erteilt.

Schließlich bemerkte der Minister, sein Vertrauen in unsere Mäßigung gegenüber Serbien gründe sich vor allem auf die Weisheit unseres Monarchen, was ich mit der Bemerkung quittierte, er könne in der Tat schon hieraus die Beruhigung schöpfen, daß unsere Schritte in Belgrad, was immer ihr Inhalt sei, sorgfältig erwogen und unbedingt notwendig sein werden.

Im Ganzen gab mir Unterredung Eindruck vieler freundlicher Phrasen, aber ebenso vieler mentaler Reservationen, sowie daß der Minister offenbar vorläufig nicht an den Krieg, sondern an ein Einlenken Serbiens glaubt, wobei er vermutlich auf ein intensives diplomatisches Einwirken der Mächte in Wien und Belgrad rechnet.

## Nr. MLII. Graf Barchold an Herrn von Mérey.

### Rb. Vorgesch. m. It. II 4.

(Telegramm.)

Wien, am 22 Juli 1914.

Ich ersuche Euer Exzellenz, Marchese *di San Giuliano* im Verfolge der Mitteilungen, die Sie ihm bereits gemacht haben, streng vertraulich zu eröffnen, daß unsere Demarche in Belgrad nunmehr für Donnerstag, den 23. I. Mts., nachmittags festgesetzt ist. Ueber den Inhalt der Note, die Freiherr *von Giesel* beauftragt ist, der serbischen Regierung zu überreichen, wollen

Euer Exzellenz bemerken, daß dieselbe eine Anzahl von Forderungen enthält, welche sich auf die Eindämmung der unsere Gebiete bedrohenden Bewegung beziehen, Forderungen, die wir auf Grund der bisherigen Ergebnisse der Sarajevoer Untersuchung und der Erkenntnis uns zu stellen gezwungen sehen, daß wir der von Belgrad aus schon seit Jahren betriebenen Aufwiegelung unserer südlichen Grenzländer ein Ende bereiten müssen. Wir hätten der serbischen Regierung eine achtundvierzigstündige Frist zur Annahme unserer Forderungen gegeben, da wir uns den üblichen serbischen Verschleppungen nicht aussetzen können. Die Verständigung der Signatarmächte erfolge am Freitag, den 24. I. M., und würden Euer Exzellenz an diesem Tage auch in der Lage sein, der italienischen Regierung offizielle Kenntnis von unserer Demarche in Belgrad zu geben. Ihre heutige Demarche erfolge nur in Rom und Berlin mit spezieller Rücksicht auf das Bundesverhältnis.

Ich ersuche Euer Exzellenz, die in diesem Telegramme vorgesehene Mitteilung womöglich Marchese *di San Giuliano* persönlich (wenn dies unmöglich, seinem Vertreter) zu machen.

**Nr. MLIII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 5.**

(Dépêche.)

Vienne, le 22 juillet 1914.

Le Gouvernement I. et R. s'est vu obligé d'adresser jeudi, le 23 de ce mois, par l'entremise du Ministre I. et R. à Belgrade, la note suivante au Gouvernement Royal de Serbie. (Siehe Beilage.)

J'ai l'honneur d'inviter Votre Excellence de vouloir porter le contenu de cette note à la connaissance du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, en accompagnant cette communication du commentaire que voici:

Le 31 mars 1909 le Gouvernement Royal serbe a adressé à l'Autriche-Hongrie la déclaration dont le texte est reproduit ci-dessous.

Le lendemain même de cette déclaration la Serbie s'est engagée dans une politique tendant à inspirer des idées subversives aux ressortissants serbes de la Monarchie austro-hongroise et à préparer ainsi la séparation des territoires austro-hongrois, limitrophes à la Serbie.

La Serbie devint le foyer d'une agitation criminelle.

Des sociétés et affiliations ne tardèrent pas à se former qui, soit ouvertement, soit clandestinement, étaient destinées à créer des désordres sur le territoire austro-hongrois. Ces sociétés et affiliations comptent parmi leurs membres des généraux et des diplomates, des fonctionnaires d'Etat et des juges, bref les sommités du monde officiel et inofficiel du Royaume.

Le journalisme serbe est presque entièrement au service de cette propagande, dirigée contre l'Autriche-Hongrie, et pas un jour ne passe sans que les organes de la presse serbe n'excitent leurs lecteurs à la haine et au mépris de la Monarchie voisine ou à des attentats dirigés plus ou moins ouvertement contre sa sûreté et son intégrité.

Un grand nombre d'agents est appelé à soutenir par tous les moyens l'agitation contre l'Autriche-Hongrie et à corrompre dans les provinces limitrophes la jeunesse de ces pays.

L'esprit conspirateur des politiciens serbes, esprit dont les annales du Royaume portent les sanglantes empreintes, a subi une rérudescence depuis la dernière crise balcanique; des individus ayant fait partie des bandes jusque là occupées en Macédoine, sont venus se mettre à la disposition de la propagande terroriste contre l'Autriche-Hongrie.

En présence de ces agissements auxquels l'Autriche-Hongrie est exposée depuis des années, le Gouvernement de la Serbie n'a pas cru devoir prendre la moindre mesure. C'est ainsi que le Gouvernement serbe a manqué au devoir que lui imposait la déclaration solennelle du 31 mars 1909, et c'est ainsi qu'il s'est mis en contradiction avec la volonté de l'Europe et avec l'engagement qu'il avait pris vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie.

La longanimité du Gouvernement I. et R. à l'égard de l'attitude provocatrice de la Serbie était inspirée du désintéressement territorial de la Monarchie austro-hongroise et de l'espoir que le Gouvernement serbe finirait tout de même par apprécier à sa juste valeur l'amitié de l'Autriche-Hongrie. En observant une attitude bienveillante pour les intérêts politiques de la Serbie, le Gouvernement I. et R. espérait que le Royaume se déciderait finalement à suivre de son côté une ligne de conduite analogue. L'Autriche-Hongrie s'attendait surtout à une pareille évolution dans les idées politiques en Serbie, lorsque, après les événements de l'année 1912, le Gouvernement I. et R. rendit possible par une attitude désintéressée et sans rancune l'agrandissement si considérable de la Serbie.

Cette bienveillance manifestée par l'Autriche-Hongrie à l'égard de l'Etat voisin n'a cependant aucunement modifié les procédés du Royaume qui a continué à tolérer sur son territoire une propagande dont les funestes conséquences se sont manifestées au monde entier le 28 juin dr., jour, où l'héritier présomptif de la Monarchie et son illustre épouse devinrent les victimes d'un complot tramé à Belgrade.

En présence de cet état de choses le Gouvernement I. et R. a dû se décider à entreprendre de nouvelles et pressantes démarches à Belgrade afin d'amener le Gouvernement serbe à arrêter le mouvement incendiaire menaçant la sûreté et l'intégrité de la Monarchie austro-hongroise.

Le Gouvernement I. et R. est persuadé qu'en entreprenant cette démarche, il se trouve en plein accord avec les sentiments de toutes les nations civilisées qui ne sauraient admettre que le régicide devint une arme dont on puisse se servir impunément dans la lutte politique, et que la paix européenne fût continuellement troublée par les agissements partant de Belgrade.

C'est à l'appui de ce qui précède que le Gouvernement I. et R. tient à la disposition du Gouvernement Royal italien un dossier elucidant les menées serbes et les rapports existant entre ses menées et le meurtre du 28 juin.



Une communication identique est adressée aux Représentants Impériaux et Roiaux auprès des autres Puissances signataires.

Vous êtes autorisé à laisser une copie de cette dépêche entre les mains de Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères.

(Folgt als Beilage das österreichische Ultimatum an Serbien, s. Jahrbuch des Völkerrechts III 325, No. CXL. — Herausgeber.)

**Nr. MLIV. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 6.**

(Erlaß.)

Wien, am 22. Juli 1914.

Bei Ausführung des Euer Exzellenz gleichzeitig zugehenden Auftrages werden nähere mündliche Erläuterungen kaum mehr notwendig sein, da Euer Exzellenz Marchese *di San Giuliano* ohnehin gesehen und ihn auf das Kommando vorbereitet haben. Vielleicht wird es aber Euer Exzellenz opportun erscheinen, speziell auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß die Narodna Odbrana, der auch alle bei dem Komplote vom 28. Juni l. J. kompromitierten serbischen Persönlichkeiten angehören, eine über ganz Serbien verbreitete Kampforganisation darstellt, deren Tätigkeit ihrem uns in authentischer Form vorliegenden Programme zufolge, nach dem Ausscheiden der Türkei als Angriffsobjekt, nun mehr einzig und allein gegen die Monarchie gerichtet ist.

**Nr. MLV. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 7.**

(Telegramm.)

Rom, am 23. Juli 1914.

Der mir mit gestrigem Telegramme erteilte Auftrag wurde heute um 4 Uhr 45 Minuten nachmittags bei Marchese *di San Giuliano* in Fiuggi ausgeführt. Letzterer erwiderte, er könne, ohne die von der k. u. k. Regierung an das Belgrader Kabinett gestellten Forderungen zu kennen und darüber mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen, keine Ansicht äußern. Letzterer fährt morgen nach Fiuggi, wo eine Besprechung zwischen ihm, dem Minister des Aeußern und dem dort anwesenden deutschen Botschafter stattfinden wird.

In ausdrücklich als inoffiziell und privat bezeichneten Ausführungen äußerte Marchese *di San Giuliano* seine Besorgnisse in betreff italienischer öffentlicher Meinung. Er schrieb jedoch sofort einen Brief an Generalsekretär *de Martino*, in welchem er diesen angeblich beauftragt, sofort mäßigend auf die Presse einzuwirken, sobald Nachricht über Uebergabe unseres Ultimatus in Rom eintrifft.

**Nr. MLVI. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 8.**

(Telegramm.)

Rom, am 24. Juli 1914.

Infolge Abwesenheit des Ministers des Aeußern und des Unterstaatssekretärs von Rom wurde unsere Note an die serbische Regierung dem Generalsekretär heute vormittags mitgeteilt.

Letzterer machte bei Beginn der Lektüre die Bemerkung, es sei sehr geschickt, Note mit der Zitierung der serbischen Note aus dem Jahre 1909 zu beginnen.

Im weiteren Verlaufe der Lektüre sagte er, persönlichen Charakter dieser Bemerkung betonend, es scheine ihm, daß wir Serbien geradezu als Großmacht behandeln und daher uns durch die in seinem Territorium betriebene Agitation als gefährdet erachten. Dies gab Gelegenheit, die mir mitgeteilten Angaben über Verzweigung und Ziele der Narodna Odbrana zu verwerten.

Ueber die Publikation, die wir von Serbien verlangen, bemerkte er, dieses Petikum könne und müsse die Belgrader Regierung annehmen.

Zu Punkt 4 unserer Forderungen meinte er, dessen Annahme würde der serbischen Regierung schwer fallen.

Als er Notiz über Untersuchungsergebnis in Sarajewo gelesen hatte, schien er sehr überrascht.

Am Schlusse der Lektüre sagte er, wir scheinen an einem Wendepunkte der Geschichte angekommen zu sein. Der Antwort, er (*de Martino*) müsse den rein defensiven Charakter unserer Aktion zugeben, stimmte er mit den Worten zu: „Certainement, je n'aurais jamais cru que l'on puisse constater et prouver la culpabilité d'officiers et de fonctionnaires serbes dans le drame de Sarajévo.“

Schließlich versicherte er, er werde die Abschrift der Note ehestens an Marchese *di San Giuliano* leiten.

#### **Nr. MLVII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

##### **Rb. Vorgesch. m. It. II 9.**

(Telegramm.)

Wien, am 25. Juli 1914.

Der italienische Botschafter ist heute hier erschienen und hat aus Anlaß des Konfliktes zwischen der Monarchie und Serbien mitgeteilt, daß die königlich italienische Regierung, für den Fall als dieser Konflikt eine kriegsartige Wendung nehmen und zu einer, wenn auch nur provisorischen Besetzung serbischen Territoriums führen sollte, sich vorbehalte, das ihr auf Grund des Art. VII des Dreibundvertrages zustehende Kompensationsrecht in Anspruch zu nehmen. Die königlich italienische Regierung sei überdies auf Grund des eben angeführten Vertragsartikels der Ansicht, daß wir uns vor der eventuellen Besetzung serbischen Gebietes mit ihr ins Einvernehmen setzen müßten.

Im übrigen beabsichtige die königlich italienische Regierung in dem eventuell bewaffneten Konflikte zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einzunehmen.

#### **Nr. MLVIII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

##### **Rb. Vorgesch. m. It. II 10.**

(Telegramm.)

Wien, am 26. Juli 1914.

Wir haben, nachdem Serbien die von uns aufgestellten Forderungen abgelehnt hat, die diplomatischen Beziehungen zu diesem Lande abgebrochen.

Ich ersuche Euer Exzellenz nunmehr, sich sofort zum Minister des Aeußern oder dessen Stellvertreter zu begeben und sich ihm gegenüber beiläufig in folgender Weise auszusprechen:

Die königlich serbische Regierung hat es abgelehnt, die Forderungen, welche wir zur dauernden Sicherung unserer von ihr bedrohten vitalsten Interessen an sie stellen mußten, zu erfüllen, womit sie bekundet hat, daß sie ihre subversiven, auf die stete Beunruhigung einiger unserer Grenzgebiete und ihre schließliche Lostrennung aus dem Gefüge der Monarchie gerichteten Bestrebungen aufzugeben nicht willens sei.

Zu unserem Bedauern und sehr gegen unseren Willen sind wir dadurch in die Notwendigkeit versetzt worden, Serbien durch die schärfsten Mittel zu einer grundsätzlichen Aenderung seiner bisherigen feindseligen Haltung zu zwingen.

**Nr. MLIX. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 11.**

(Telegramm.)

Wien, am 26. Juli 1914.

Bei Ausführung des Euer Exzellenz mit heutigem Telegramme zugeworbenen Auftrages wollen Hochdieselben Marchese *di San Giuliano* oder dessen Stellvertreter gegenüber weiteres darauf hinweisen, es sei der königlich italienischen Regierung wohlbekannt, daß uns aggressive Tendenzen ferne liegen und daß es ein Akt der Selbstverteidigung sei, wenn wir uns nach jahrelanger Duldung endlich dazu entschließen, den großserbischen Wühlereien eventuell mit dem Schwerte entgegenzutreten. Ich müsse annehmen, man werde uns in Rom das Zeugnis nicht versagen wollen, daß wir trotz der schwersten Provokationen Serbien gegenüber seit einer Reihe von Jahren die größte Langmut haben walten lassen, obwohl uns die immer kühner auftretende großserbische Propaganda die schwersten Besorgnisse einflößen mußte. Da nunmehr auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung der Beweis deutlich vorliege, daß man in Belgrad zur vermeintlichen Förderung seiner Ziele auch vor den gewalttätigsten Mitteln nicht zurückschreckt, seien wir zur Erkenntnis gelangt, daß es höchste Zeit sei, uns mit allem Nachdrucke Garantien gegen den Fortbestand der gegenwärtigen unleidlichen Verhältnisse an unserer südöstlichen Grenze zu verschaffen.

Da nun die friedlichen Mittel, um Serbien zu einer Aenderung seiner Haltung zu bewegen, erschöpft seien, wäre die Entscheidung durch die Waffen voraussichtlich.

Als Italien vor kurzer Zeit genötigt war, zur Befestigung seiner Stellung im Mittelmeere und zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen Krieg zu führen, hätten wir in bundesfreundlicher Gesinnung die Erfolge seiner Waffen mit Freude begrüßt und die sich hieraus ergebende Erweiterung der italienischen Machtsphäre bereitwilligst anerkannt.

Schließlich hätten Euer Exzellenz zu bemerken, daß wir die dem freundschaftlichen Charakter unseres Bundesverhältnisses entsprechende, von Herzog

*Avarna* abgegebene offizielle Erklärung, Italien werde im Falle des Eintretens eines kriegerischen Konfliktes zwischen uns und Serbien seiner Bundesverpflichtungen eingedenk sein, mit dankbarer Genugtuung zur Kenntnis genommen haben.

**Nr. MLX. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II. 12.**

(Telegramm.)

Wien, am 26. Juli 1914.

Gestriges Telegramm Graf *Szögyény's*:

„Staatssekretär sagte mir heute, mein italienischer Kollege habe sich darüber verwundert gezeigt, daß Euer Exzellenz seiner Regierung, als verbündeter Macht, von unserem Belgrader Schritte nicht früher Mitteilung gemacht hätten.

Herr *von Jagow* antwortete, auch Deutschland sei nicht früher von uns verständigt worden, was er, *Jagow*, auch für die richtige Vorgangsweise halte, da der jetzige Konflikt als eine Angelegenheit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu betrachten sei.

Er werde dies auch dem kaiserlich deutschen Botschafter in Rom zur Regelung seiner Sprache mit dem Beifügen telegraphieren, er möge *Marchese di San Giuliano* gegenüber gegebenenfalls noch hinzufügen, daß Italien seinerzeit seinen Bundesgenossen auch nicht vorher von seinem vierundzwanzigstündigen Ultimatum an die Türkei Nachricht gegeben hätte.“

**Nr. MLXI. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II. 13.**

(Erlaß.)

Wien, am 26. Juli 1914.

Mit Erlaß vom 20. I. Mts. sind Euer Exzellenz die Argumente bekanntgegeben worden, deren wir uns zu bedienen hätten, falls von italienischer Seite versucht werden sollte, auf Grund einer willkürlichen Interpretation des Art. VII des Dreibundvertrages unserer Aktion gegen Serbien Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Euer Exzellenz ist es ferner auch bekannt, daß es mir nicht wünschenswert erscheint, durch eine Diskussion, die wenig Aussicht hat, zu einem befriedigenden Ergebnisse zu führen, eine gereizte Stimmung zwischen Wien und Rom eintreten zu lassen.

Es muß indessen mit der Möglichkeit einer Insistenz seitens der italienischen Regierung gerechnet werden und scheint es mir angesichts der Sprache einiger italienischer Blätter nicht ausgeschlossen, daß *Marchese di San Giuliano* versuchen sollte, unsere Haltung während des libyschen Krieges als eine die italienische Aktion behindernde darzustellen und unseren damaligen Hinweis auf Art. VII für seine Zwecke zu benutzen.

Die Frage der Auslegung des Art. VII in der Hinsicht, ob die Territorien der Balkanstaaten unter die Bestimmungen dieses Artikels fallen, hat



mit jener nichts gemein, ob die Anwendbarkeit des Artikels auf die von Italien besetzten Inseln des Aegäischen Meeres eine gerechtfertigte gewesen wäre oder nicht. Um was es mir aber im gegenwärtigen Momente zu tun ist, das ist, daß wir einen eventuellen Vorwurf Italiens — wenig bundesfreundlich gehandelt zu haben — auf das entschiedenste zurückweisen.

Zu diesem Zwecke scheint es mir wünschenswert, Euer Exzellenz in kurzer Zusammenfassung die von uns während des libyschen Krieges eingenommene Haltung in Erinnerung zu bringen.

Obwohl Herzog *Avarna* am 26. September 1911\*) im Auftrage seiner Regierung erklärt hatte, Italien werde es sich angelegen sein lassen, die Aktion auf das Mittelmeer zu beschränken und nichts zu unternehmen, was gegen seine bisherige Politik, die Erhaltung des Status quo am Balkan, verstoßen würde, hat sich Marchese *di San Giuliano* schon einen Monat später auf den Standpunkt gestellt: „Nous nous sommes toujours réservés la liberté des opérations militaires en dehors des côtes ottomanes de l'Adriatique et de la mer Jonienne“.\*\*)

Demgegenüber hat sich Graf *Aehrenthal* darauf beschränkt, unter Betonung der von Oesterreich-Ungarn eingenommenen weitgehenden freundschaftlichen Haltung auf die Gefahr einer Rückwirkung auf den Balkan im Falle einer militärischen Aktion Italiens an der Küste des Aegäischen Meeres hinzuweisen und zu konstatieren, daß eine auch zeitweilige Besetzung der Inseln im Aegäischen Meere mit Art. VII im Widerspruche stünde.\*\*\*)

Unsere reservierte Haltung gegenüber weitergehenden italienischen Aktionsplänen wurde in der Folge†) damit motiviert, daß Oesterreich-Ungarn — im Falle der Erteilung seiner Zustimmung — die Verantwortung teilen müßte, die Italien zufallen würde, falls es von seinen, zu Beginn des Krieges abgegebenen Erklärungen oder von seinen vertragsmäßigen Pflichten abginge.

Unsere bundesfreundliche Haltung und unser Bestreben, in einem Zeitpunkte, wo Italien sich im Kriegszustande befand, eine das Verhältnis zwischen den Verbündeten eventuell trübende Diskussion zu vermeiden, geht deutlich aus der Sprache Graf *Aehrenthals* zum deutschen Botschafter (Ende November 1911) hervor.††) Es wurde damals Herrn *von Tschirschky* erklärt, daß wir bestrebt sein werden, ein Eingehen auf die Frage der Ausdehnung der italienischen Operationen auf die asiatische Küste zu vermeiden, ohne die Absicht zu haben, der italienischen Regierung hiebei irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten oder ihr solche auch nur als möglich erscheinen zu lassen.

\*) Vide Anhang Nr. 3.

\*\*) Vide Anhang Nr. 4.

\*\*\*) Vide Anhang Nr. 5.

†) Vide Anhang Nr. 6.

††) Vide Anhang Nr. 7.

Einen weiteren Beweis unserer bundesfreundlichen Haltung ergaben wir, als Ende Februar 1912 England mit dem Vorschlage\*) hervortrat, von Italien die Versicherung zu erwirken, daß es sich jeder Aktion gegen die Dardanellen enthalten werde. Der von uns — über Wunsch Marchese *di San Giuliano* — eingenommenen ablehnenden Haltung war es zu danken, daß dieser englische Vorschlag fallen gelassen wurde. Die Monarchie ging aber noch weiter, indem sie die Gerüchte, als ob wir im Besitze italienischer Zusagen betreffs der Dardanellen seien, in London und Konstantinopel dementieren ließ.\*\*)

Als Herr *von Tschirschky* am 6. April 1912 neuerlich auf die Absicht Italiens, den Schauplatz seiner Operationen auszudehnen, zurückkam, wurde ihm zwar erklärt, wir könnten von unserem Standpunkte nicht abgehen, durch unsere Zustimmung einen Teil der Italien treffenden Verantwortung auf uns zu nehmen, jedoch zugleich bedeutet, Italien könne sich für den Fall einer geplanten vorübergehenden Aktion in Gebieten, die für eine Rückwirkung auf den Balkan nicht gefährlich erscheinen, unseres stillschweigenden passiven Verhaltens vergewissern. Eine Erörterung spezieller Operationen sei jedoch besser zu vermeiden.\*\*\*)

In den mit Herzog *Avarna* am 13. und 15. April 1912 geführten Konversationen†) haben wir uns — um der verbündeten Regierung Entgegenkommen zu zeigen — bereit erklärt, die am südlichen Ausgange des Aegäischen Meeres gelegenen, geographisch eigentlich ins Mittelmeer fallenden Inseln Rhodos und Karpathos sowie das den Kykladen vorgelagerte Felsenriff Stampalia (Astropalia) auszunehmen und gegen deren Okkupierung keinen Einwand zu erheben. Hierbei wurde nur ausbedungen, daß die italienische Regierung uns für den bloß temporären Charakter einer eventuellen Besetzung dieser Inseln Garantien gebe.

Wie Graf *Szögyény* unter dem 21. Mai 1912 berichtet††), hat Herr *von Kiderlen-Waechter* unsere konziliante Haltung in der Frage der italienischen Aktion im Archipel mit Dank anerkannt. Gelegentlich einer am folgenden Tage stattgehabten Unterredung††) über die inzwischen erfolgte Besetzung von Kos und mehrerer kleinerer benachbarter Inseln seitens Italiens erhob Herzog *Avarna* Vorwürfe wegen unseres „Protestes“ gegen weitere Inselbesetzungen. Diesem Vorwurfe wurde natürlich entgegengetreten und bemerkt, von einem „Proteste“ sei nie die Rede gewesen, wir hätten lediglich unsere legitimen, aus dem Wortlaute des Art. VII abgeleiteten Ansprüche präzisiert, wollten aber vorläufig von unserem Rechte keinen Gebrauch machen, um Italiens Aktionen nicht zu erschweren.

Aus alledem geht klar hervor, daß wir zwar unsere vertragsmäßigen Rechte in unzweideutiger Weise präzisiert, Italien aber bei Durchführung

\*) Vide Anhang Nr. 8.

\*\*) Vide Anhang Nr. 9.

\*\*\*) Vide Anhang Nr. 10.

†) Vide Anhang Nr. 11.

††) Vide Anhang Nr. 13.

seiner Aktion keine Hindernisse in den Weg gelegt haben. Wir haben unsere ausdrückliche Zustimmung zu Aktionen verweigert, von denen wir eine gefährliche Rückwirkung auf den Balkan erwarteten, um nicht einen Anteil an der Verantwortung übernehmen zu müssen, haben uns im übrigen aber begnügt, Italien vor den drohenden Rückwirkungen zu warnen; eine Warnung, deren Richtigkeit die späteren Ereignisse bestätigt haben. Es läßt sich aber aus dem Obgesagten ersehen, daß wir, unserer Bundespflichten bewußt, soweit als möglich Entgegenkommen gezeigt haben und aussichtslosen Diskussionen aus dem Wege gegangen sind, die das intime Verhältnis zwischen Wien und Rom hätten beeinträchtigen können.

Vorstehendes ist vorläufig zu Euer Exzellenz ausschließlich persönlicher Information bestimmt und wollen Hochdieselben obiger Zusammenstellung nur in dem Falle, als Marchese *di San Giuliano* den Vorwurf wenig bundesfreundlichen Vorgehens der Monarchie während des libyschen Feldzuges erheben sollte, die geeignet erscheinenden Gegenargumente entnehmen.

**Nr. MLXII. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 14.**

(Telegramm.)

Rom, am 28. Juli 1914.

Die mir unterm 26. l. Mts. telegraphisch erteilten Aufträge wurden bei dem mittlerweile nach Rom zurückgekehrten Minister des Aeußern ausgeführt, mit dem Beifügen, daß Euer Exzellenz sich vorbehalten, in die Diskussion auf die Kompensationsfrage im gegebenen Zeitpunkte einzugehen.

Marchese *di San Giuliano* stellte Antwort für morgen in Aussicht.

**Nr. MLXIII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 15.**

(Telegramm.)

Wien, am 28. Juli 1914.

Im Auftrage seiner Regierung hat mich der kaiserlich deutsche Botschafter ersucht, mich mit Italien über die Interpretation des Art. VII des Dreibundvertrages womöglich ins Reine zu setzen. Italienischerseits werde unser Vorgehen gegen Serbien als aggressiver Akt auch gegenüber Rußland angesehen und daher der Standpunkt vertreten, Italien könne sich bei dem defensiven Charakter des Dreibundvertrages nicht als verpflichtet ansehen, in einem eventuell daraus entstehenden Kampfe mit Rußland auf unsere Seite zu treten. Weiters sei erklärt worden, und zwar sowohl durch Herrn *Bollati* in Berlin, wie durch Marchese *di San Giuliano* und Herrn *Salandra* in Rom, daß Italien nur dann eine freundschaftliche Haltung einnehmen könnte, wenn wir die italienische Interpretation des Art. VII des Dreibundvertrages akzeptieren würden.

Gleichzeitig war Herr *von Tschirschky* beauftragt, mir zu erklären, daß die deutsche Regierung den Art. VII in der gleichen Weise interpretiere, wie die italienische.

Herzog *Avarna*, welcher heute bei mir vorsprach, hat mir im Auftrage seiner Regierung eine — der in meinem Telegramme vom 26. I. Mts. analoge — Erklärung abgegeben, dahingehend, daß die königlich italienische Regierung für den Fall, als der drohende Konflikt eine kriegерische Wendung nehmen und zu einer, wenn auch nur provisorischen Besetzung serbischen Territoriums führen sollte, sich vorbehalte, das ihr auf Grund des Art. VII des Dreibundvertrages zustehende Kompensationsrecht in Anspruch zu nehmen, worüber vorhergehend ein Einvernehmen herzustellen wäre; ferner, daß die königlich italienische Regierung in dem eventuellen Waffengange zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einnehmen wolle.

Ich habe dem italienischen Botschafter erwidert, daß unser Streitfall mit Serbien nur uns und Serbien angehe, daß wir übrigens an keine territoriale Erwerbung dächten, eine Besetzung serbischen Gebietes daher nicht in Frage käme.

Auf die Bemerkung des Herzogs *Avarna*, daß es den Mächten gegenüber von großem Vorteile wäre, wenn wir eine bindende Erklärung hierüber abgeben würden, entgegnete ich, daß dies aus dem Grunde nicht möglich sei, da man derzeit nicht voraussehen könne, ob wir nicht durch den Verlauf des Krieges in die Lage gebracht würden, gegen unseren Willen serbisches Territorium okkupiert zu halten. Bei normaler Abwicklung sei dies allerdings nicht zu erwarten.

Ich ersuche Euer Exzellenz, dem *Marchese di San Giuliano* von der hier abgegebenen Erklärung Herzog *Avarnas* und meiner darauf erteilten Antwort Mitteilung zu machen und hinsichtlich der aus dem Art. VII des Dreibundvertrages abgeleiteten Kompensationsansprüche nachstehendes zu bemerken:

Wie bereits hier dem italienischen Botschafter gegenüber erklärt, liegen territoriale Erwerbungen durchaus nicht in unseren Absichten. Sollten wir aber uns dennoch wider Erwarten gezwungen sehen, zu einer nicht als nur vorübergehend anzusehenden Okkupation serbischen Gebietes zu schreiten, so sind wir bereit, für diesen Fall mit Italien in einen Meinungsaustausch über eine Kompensation zu treten. Auf der anderen Seite erwarten wir von Italien, daß das Königreich den Verbündeten in den zur Erreichung seiner Ziele nötigen Aktionen nicht hindern, vielmehr uns gegenüber die in Aussicht gestellte bundesfreundliche Haltung unentwegt beibehalten werde.

#### **Nr. MLXIV. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 16.**

(Telegramm.)

Rom, am 29. Juli 1914.

Seitens des Kabinettschefs des Ministers des Aeußern ist mir heute die am Schlusse meines Telegrammes vom 28. d. Mts angekündigte Antwort der italienischen Regierung in schriftlicher Form, aber mit dem Bemerken, daß sie als mündlich erteilt zu gelten habe, zugekommen.



Text derselben lautet:

„Le Gouvernement italien, animé par les sentiments les plus amicaux pour l'Autriche-Hongrie, a fait et continuera de faire tous les efforts possibles pour persuader la Serbie à accepter les demandes contenues dans la note du Gouvernement I. et R. du 23 juillet 1914 et lui a toujours conseillé à plusieurs reprises de suivre une politique correcte et de bon voisinage envers l'Autriche-Hongrie.

Le Gouvernement italien a gardé le meilleur souvenir de l'attitude amicale de l'Autriche-Hongrie envers l'Italie dans la dernière période de la guerre italo-turque.

Cette guerre avait pour objet une province située bien loin de la sphère des intérêts de l'Autriche-Hongrie tandis que le conflit actuel entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie se déroule dans des territoires voisins de l'Italie et peut avoir des conséquences sérieuses pour nos intérêts vitaux.

En effet une des bases et des raisons d'être de la Triple Alliance est pour nous l'article VII qui s'applique à toute la péninsule des Balkans et qui est complété par l'accord de 1909 sur le sandjak de Novibazar, accord confirmé lors du renouvellement de la Triple Alliance.

C'est sur la base de l'article VII et des accords sur le sandjak de Novibazar et sur l'Albanie que la collaboration cordiale de la diplomatie italienne et de la diplomatie austro-hongroise doit être fondée, et sans cette base il est à craindre qu'elle ne serait pas possible; c'est sur cette base que l'amitié et la confiance réciproques entre les deux Puissances alliées doivent reposer.

L'Allemagne partage notre interprétation de l'article VII.

Quant à l'intention du Comte *Berchtold* de discuter au moment donné le thème des compensations, il est évident qu'un accord sur ce point est urgent, car tant qu'il ne sera pas fait et qu'un doute peut subsister sur l'interprétation que l'Autriche-Hongrie donne à l'article VII, l'Italie ne peut pas suivre une politique de nature à faciliter actuellement ou plus tard des occupations temporaires ou définitives de la part de l'Autriche-Hongrie, et doit au contraire favoriser tout ce qui diminue la probabilité de telles occupations tout en tâchant de concilier autant que possible cette ligne de conduite imposée par la sauvegarde d'intérêts vitaux avec son vif désir de resserrer de plus en plus les rapports intimes entre les deux Puissances alliées qui ont fait tant de progrès dans ces dernières années et qui doivent en faire encore d'autres sur la base de l'harmonie et de la conciliation des intérêts réciproques pour le bien des deux pays.

Nous espérons par conséquent que les conversations amicales sincères et loyales qui ont lieu en ce moment entre les trois Puissances alliées à Vienne et à Berlin aboutissent aussitôt que possible à un résultat permettant leur collaboration dans une politique commune.“

Diese Antwort bestätigt vollständig meinen Eindruck, daß es der hiesigen Regierung vor allem anderen auf die Kompensationsfrage ankommt, daß sie dieselbe jetzt forcieren will, daß sie sich hierbei auf Deutschland beruft, sogar

(vide das vorletzte Alinea der Antwort) eine erpresserische Note anschlägt und daß sie charakteristischerweise die betreffenden Konversationen in Wien und Berlin führen will.

**Nr. MLXV. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 17.**

(Telegramm.)

Rom, am 30. Juli 1914.

Minister des Aeußern kam heute spontan auf die Haltung Italiens im Falle eines europäischen Krieges zu sprechen.

Da der Dreibund rein defensiven Charakter habe, wir durch unser Vorgehen gegen Serbien die europäische Konflagration provoziert und überdies uns nicht mit hiesiger Regierung vorher ins Einvernehmen gesetzt hätten, habe Italien keine Verpflichtung, an dem Kriege teilzunehmen. Damit sei aber nicht gesagt, daß Italien bei Eintritt dieser Eventualität sich nicht die Frage stellen werde, ob es seinen Interessen besser entspreche, sich militärisch an unsere Seite zu stellen oder neutral zu bleiben. Er persönlich neige mehr der ersteren Alternative zu und halte dieselbe auch für die wahrscheinlichere, vorausgesetzt, daß Italiens Interessen auf dem Balkan dabei gewahrt werden und daß wir nicht dort Veränderungen anstreben, welche uns eine Vormachtstellung — zum Schaden Italiens — einräumen würden.

**Nr. MLXVI. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 18.**

(Telegramm.)

Rom, am 31. Juli 1914.

Euer Exzellenz sind in der Frage des Rechtes Italiens auf Kompensationen dem römischen Kabinette durch die in dem Telegramme vom 28. d. Mts. enthaltene Erklärung bereits zu drei Vierteln entgegengekommen. Eine zum großen Teile gelungene Chantage setzt aber natürlich bezüglich des Restes um so stärker ein. Tatsächlich hat auch mir heute der Minister des Aeußern bemerkt, er habe in Beantwortung dieser Erklärung nach Wien mitgeteilt, daß dieselbe vag und ungenügend sei.

Meiner Ueberzeugung nach hängt die Frage, ob Italien am Kriege teilnimmt oder neutral bleibt, nicht wirklich von der Kompensation ab, sondern hauptsächlich von der hiesigen Beurteilung der ganzen europäischen Situation und von militärischen Erwägungen. Wir könnten daher riskieren, in der Kompensationsfrage weittragende Engagements einzugehen, ohne vielleicht den Zweck, die militärische Kooperation Italiens, zu erreichen.

Nachdem wir ferner über das Kompensationsobjekt offenbar nicht im klaren sind und doch nicht im voraus eine Kompensation fixieren können, insolange wir selbst noch nicht wissen, was wir bekommen, können wir meines Erachtens äußerstenfalls nur noch einen Schritt weitergehen und erklären, daß wir nach Abschluß des — lokalisierten oder allgemeinen — Krieges bereit sind, Italien im Sinne des Art. VII des Dreibundvertrages eine

adäquate Kompensation einzuräumen, falls Italien seine Bundespflichten exakt erfüllt und falls wir selbst Territorien auf dem Balkan, sei es definitiv, sei es in einer die italienische Okkupation des Dodekanesos übersteigenden Dauer, okkupieren sollten.

**Nr. MLXVII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 19.**

(Telegramm.)

Wien, am 31. Juli 1914.

In der Kompensationsfrage hatte ich heute eine lange Unterredung mit Herzog *Avarna*, bei welcher wir ein vollkommenes Einverständnis erzielten. Der deutsche und italienische Botschafter haben hierauf auf Basis unserer Unterredung eine Herzog *Avarna* vollständig befriedigende Textierung ausgearbeitet, welche morgen nach Rom telegraphiert wird.

Ich hoffe, daß die Frage nunmehr im Einvernehmen aller Dreibundmächte gelöst erscheint.

Euer Exzellenz wollen Marchese *di San Giuliano* von Vorstehendem sofort in Kenntnis setzen und hinzufügen, wir rechneten nunmehr, woran ich übrigens nie gezweifelt hätte, mit Bestimmtheit darauf, daß Italien seine Bündnispflicht voll und ganz erfüllen werde.

Zu Ihrer persönlichen Information bemerke ich, daß vor der schwerwiegenden Verantwortung, welche wir durch starres Verhalten an unserer Interpretation des Art. VII des Dreibundvertrages auf uns geladen hätten, die naheliegenden Bedenken wegen eventueller späterer, erpresserischer Ausnützung des Kompensationsrechtes seitens Italiens zurücktreten mußten.

**Nr. MLXVIII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 20.**

(Telegramm.)

Wien, am 1. August 1914.

Euer Exzellenz wollen Marchese *di San Giuliano* umgehend davon in Kenntnis setzen, daß ich Herzog *Avarna* nachstehende Erklärung abgegeben habe:

„Je considère qu'une divergence de vues sur l'interprétation de l'article VII forme un élément d'incertitude pour nos relations du présent et de l'avenir qui pourrait être préjudiciable aux rapports intimes entre les deux Puissances. J'accepte l'interprétation donnée à l'article VII par l'Italie et l'Allemagne à condition que l'Italie observe une attitude amicale par rapport aux opérations de guerre engagées actuellement par l'Autriche-Hongrie et la Serbie et remplisse ses devoirs d'allié dans le cas où le conflit actuel pourrait amener une conflagration générale.“

**Nr. MLXIX. Seine k. und k. Apostolische Majestät an Seine Majestät den König von Italien.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 21.**

(Télégramme.)

Vienne, le 1 août 1914.

La Russie qui s'arroge le droit de s'immiscer dans notre conflit avec la Serbie a mobilisé son armée et sa flotte et menace la paix de l'Europe.

D'accord avec l'Allemagne je suis décidé de défendre les droits de la Triple Alliance et j'ai ordonné la mobilisation de toutes mes forces militaires et navales. Nous devons trente années de paix et de prospérité au traité qui nous unit et dont je constate avec satisfaction l'interprétation identique par nos gouvernements.

Je suis heureux en ce moment solennel de pouvoir compter sur le concours de mes Alliés et de leurs vaillantes armées et je forme les vœux les plus chaleureux pour le succès de nos armes et pour un glorieux avenir de nos pays.

**Nr. MLXX. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.\*)**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 22.**

(Telegramm.)

Rom, am 1. August 1914.

Wie mir der Minister des Aeußern sagt, hat sich in einem heute abgehaltenen Ministerrat die Tendenz gezeigt, daß Italien im Falle des europäischen Krieges neutral bleibe. Die Erwägung, daß Italien weder die Verpflichtung noch ein Interesse habe, an dem Kriege teilzunehmen, sei hiefür maßgebend gewesen. Dreibund sei rein defensiv, Krieg aber von uns provoziert worden, ohne daß wir früher hiesige Regierung von unserer Aktion verständigt hätten. Man könne Italien nicht zumuten, daß es Gut und Blut opfere und bei seiner Küstenentwicklung die größte Gefahr laufe, nur um ein Kriegsziel zu erreichen, welches seinem Interesse direkt zuwiderläuft, nämlich eine Veränderung des Status quo auf dem Balkan zum — sei es materiellen, sei es moralischen — Vorteile Oesterreich-Ungarns.

Im weiteren Verlaufe der sich daran knüpfenden Diskussion bemerkte Marchese *di San Giuliano* unter anderem, es sei noch immer nicht gesagt — da ein formeller Beschluß noch nicht erfolgt —, daß Italien nicht doch, eventuell vielleicht erst später, an dem Kriege teilnehme. Dabei fiel wieder das Wort Kompensation.

Mein Eindruck ist nach wie vor, daß es sich um eine zum größten Teile bereits gelungene Chantage handelt. Italien will, sowohl für den Fall des lokalisierten als des allgemeinen Krieges, sich seine Haltung im voraus bezahlen lassen.

---

\*) Anm.: Vgl. hierzu Erklärung *San Giulianos*: englisches Blaubuch „Great Britain and the European Crisis“, Nr. 152 (Jahrbuch des Völkerrechts III, Nr. DCLXXXIII, S. 673). — Herausgeber.



**Nr. MLXXI. Seine Majestät der König von Italien an Seine  
k. u. k. Apostolische Majestät.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 23.**

(Télégramme.)

Rome, le 2 août 1914.

J'ai reçu le télégramme de Votre Majesté. Je n'ai pas besoin d'assurer Votre Majesté que l'Italie qui a fait tous les efforts possibles pour assurer le maintien de la paix et qui fera tout ce qu'elle pourra pour contribuer à la rétablir aussitôt que possible gardera une attitude cordialement amicale envers ses Alliés conformément au Traité de la Triple Alliance, à ses sentiments sincères et aux grands intérêts qu'elle doit sauvegarder.

**Nr. MLXXII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 24.**

(Telegramm.)

Wien, am 2. August 1914.

Ich ersehe aus Euer Exzellenz gestrigem Telegramme, daß die italienische Regierung gesonnen ist, eventuell zu einem späteren Zeitpunkte im Verlaufe des zu gewärtigenden europäischen Krieges aktiv einzugreifen.

Ich habe mich angesichts dieses Umstandes heute Herzog *Avarna* gegenüber im nachstehenden Sinne geäußert:

Afin d'éviter tout malentendu je tiens à constater que les ouvertures faites le 1. ct. au Duc *Avarna* au sujet de l'interprétation de l'article VII de notre Traité d'alliance ont été faites sur la base de notre ferme conviction que l'Italie remplisse dès le début ses devoirs d'alliée conformément à l'article III\*) du Traité d'alliance.

Ich habe beigefügt, daß die Tatsache der unmotivierten Mobilisierung Rußlands gegen uns und gegen Deutschland, wie insbesondere die nunmehr gemeldete Grenzüberschreitung russischer Patrouillen an mehreren Punkten der deutsch-russischen Grenze eine genügende Begründung für den Eintritt des casus foederis darstelle.

Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne dem italienischen Minister des Außern gegenüber vernehmen lassen.

Zu Euer Exzellenz persönlicher Orientierung füge ich bei, daß mir Herzog *Avarna* in warmen Worten seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß Italien, selbst wenn nach striktem Wortlaute des Dreibundvertrages der casus foederis nicht gegeben wäre, die moralische Verpflichtung hätte, sich auf die Seite seiner Verbündeten zu stellen. Er habe eindringlich in diesem Sinne nach Hause berichtet, wisse aber nicht, ob seiner Stimme maßgebendes Gewicht beigelegt werde.

---

\*) Vide Anhang Nr. 14.

**Nr. MLXXIII. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.****Rb. Vorgesch. m. It. II 25.**

(Telegramm.)

Rom, am 2. August 1914.

Ich habe den mir mit gestrigem Telegramme erteilten Auftrag bei Marchese *di San Giuliano* ausgeführt.

Bis 5 Uhr nachmittags besaß Minister des Aeußern noch immer kein Telegramm des Herzogs *Avarna* mit dem vereinbarten Texte, sondern im Gegenteile eine von gestern abends datierte Meldung, wonach Euer Exzellenz die italienische Interpretation nicht akzeptieren.

Marchese *di San Giuliano* wollte daher vor Kenntnis des Textes absolut in keine Diskussion darüber eintreten, ob Italien auf Grund dieser Zusagen seine Absicht, neutral zu bleiben, revidieren könnte.

Ich habe selbstverständlich betont, daß die integrale Erfüllung der Bündnispflichten seitens Italiens (und zwar so, wie wir diese Pflicht Italiens auffaßten) die Voraussetzung unserer Zugeständnisse sei.

Im Laufe des Abends habe ich Minister des Aeußern, welchem angeblich auch soeben Text der Erklärung aus Wien zugekommen war, neuerlich gesprochen.

Marchese *di San Giuliano* war aber trotz meiner Insistenz zu keiner Aeufßerung zu bewegen. Er müsse diese ernste Angelegenheit erst studieren, morgen mit Ministerpräsidenten besprechen und hoffe, mir morgen nachmittags Antwort geben zu können.

Auf mein weiteres Drängen bemerkte er, sein erster Eindruck sei nicht günstig, und zwar wegen der Formulierung der Bedingungen. Auch sei bestenfalls diese Erklärung nur ein Element in der ganzen Situation und hänge Frage, ob Italien am Kriege teilnehme oder neutral bleibe, nicht von einer günstigen Erledigung dieser Angelegenheit allein ab.

**Nr. MLXXIV. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.****Rb. Vorgesch. m. It. II 26.**

(Telegramm.)

Rom, am 2. August 1914.

Marchese *di San Giuliano* erteilt mir soeben in Briefform Antwort hinsichtlich Art. VII des Dreibundes.

Dieselbe hat folgenden Inhalt:

„Nous avons examiné hier au soir, *Salandra* et moi, la réponse du Comte *Berchtold* au sujet de l'article VII et je m'empresse de vous communiquer le résultat de notre conversation.

Le Comte *Berchtold* subordonne l'acceptation de notre interprétation de l'article VII à l'attitude que l'Italie prendrait dans la crise actuelle. Or, on peut subordonner à cette condition ou à une autre condition quelconque toute modification d'un traité, mais on ne peut subordonner à aucune condition

son interprétation, car il ne s'agit pas d'exprimer la volonté actuelle des Parties contractantes, mais de constater leur intention au moment où elles ont contracté le pacte.

En effet, l'Allemagne ne subordonne à aucune condition son interprétation conforme à la nôtre et c'est logique.

En second lieu, il faut considérer que la crise actuelle est transitoire tandis que la Triple Alliance est destinée à durer 12 ans et peut être renouvelée, et il est désirable, je puis même dire qu'il est nécessaire que pendant cette longue période la politique de l'Italie et celle de l'Autriche-Hongrie soit identique dans les questions balcaniques; il est désirable et même nécessaire que leur activité diplomatique puisse se développer dans le plus parfait accord et avec la plus entière confiance et cordiale réciprocité. Pour atteindre ce but, il est indispensable que nous soyons parfaitement rassurés sur l'interprétation de l'article VII. Cette nécessité est encore plus évidente dans la crise actuelle, même si nous ne prenons pas part à la guerre, car c'est surtout dans les moments plus difficiles et dans lesquels les occasions d'appliquer l'article VII semblent plus probables, que, pour pouvoir appuyer d'une manière constante, claire et résolue par notre attitude diplomatique l'action militaire de nos alliés, nous avons besoin d'être entièrement rassurés sur l'interprétation par l'Autriche-Hongrie de l'article VII.

D'autre part son acceptation de notre interprétation de l'article VII qui est d'une grande importance pour notre attitude diplomatique ne peut pas suffire à elle seule pour éliminer toutes les raisons très graves qui nous empêchent au moins en ce moment de prendre part à la guerre.

En effet cette formule générale n'établit pas un accord clair et précis sur la nature et la valeur des compensations éventuelles et sur leur proportion avec les dangers et les sacrifices immenses auxquels cette guerre pourrait nous exposer, dangers et sacrifices énormes, supérieurs à ceux auxquels s'exposent nos alliés. Cette différence immense entre les dangers et les sacrifices d'une part et les avantages d'autre part est justement la raison qui explique pourquoi l'Autriche-Hongrie a voulu une guerre qu'elle aurait pu facilement éviter, tandis que nous avons fait tout ce qui était en notre pouvoir pour épargner à l'Europe cette terrible calamité. Nous espérons toutefois que, même sans prendre part à la guerre, des occasions se présenteront pour prouver à nos alliés nos sentiments sincèrement amicaux et nous comptons par conséquent sur un accord de nature à concilier nos intérêts respectifs.

Toutes ces considérations si graves qu'elles soient ne nous empêcheraient pas de remplir notre devoir si ce devoir existait, mais comme le „casus foederis“ n'est pas applicable à la guerre actuelle, le conseil des ministres a, hier au soir, décidé la neutralité, sauf à prendre plus tard des décisions plus conformes aux désirs de nos alliés si tel sera notre devoir ou si nos intérêts le conseilleront.

L'équilibre de l'Europe, de la péninsule des Balkans et de la mer qui entoure l'Italie est pour notre pays un intérêt vital et il ne recule devant

aucun des sacrifices, devant aucune des décisions que la sauvegarde de son intérêt et de son existence même pourrait lui imposer.

Dès le jour où j'ai pris la direction de la politique étrangère de mon pays un des buts principaux de mon activité a été de resserrer de plus en plus les liens d'amitié réciproque entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie. C'est dans ce but que je continuerai à diriger tous mes efforts, car je le crois essentiel dans l'intérêt de nos deux pays; pour l'atteindre il faut que leurs intérêts soient mis en harmonie et que ceux de l'un puissent trouver satisfaction sans que ceux de l'autre soient lésés.

Je compte sur le Comte *Berchtold* et sur vous, mon cher Ambassadeur, pour m'aider à remplir cette tâche.<sup>a</sup>

**Nr. MLXXV. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 27.**

(Telegramm.)

Rom, am 3. August 1914.

Hente erschienene italienische Neutralitätserklärung hat folgenden Text:\*)

Da sich einige europäische Mächte im Kriegszustande und Italien sich mit allen kriegführenden Teilen im Frieden befindet, haben die königliche Regierung und die Staatsangehörigen des Königreiches die Obliegenheit, die Pflichten der Neutralität nach den Grundsätzen des Völkerrechtes zu beobachten. Wer diese Pflichten verletzt, wird die Folgen seiner eigenen Handlungsweise und gegebenen Falles die gesetzlichen Strafen erleiden.

**Nr. MLXXVI. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 28.**

(Telegramm.)

Rom, am 3. August 1914.

In Entsprechung des mir mit gestrigem Telegramme erteilten Auftrages habe ich mich dem Minister des Aeußern gegenüber ausgesprochen.

Mit dem Euer Exzellenz durch meine inzwischen erfolgte Meldung bekannten Raisonement bestritt Marchese *di San Giuliano* den Eintritt des casus foederis für Italien.

**Nr. MLXXVII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 29.**

(Telegramm.)

Wien, am 4. August 1914.

Analog mit den Erklärungen Marchese *di San Giuliano*s zu Euer Exzellenz hat der italienische Botschafter mir heute auftraggemäß mitgeteilt, daß Italien hinsichtlich Albaniens den mit Oesterreich-Ungarn eingegangenen Abmachungen wie den Beschlüssen der Londoner Konferenz treu bleiben werde, Italien wolle in keiner Weise von der Tatsache Nutzen ziehen, daß Oesterreich-

\*) Italienischer Text s. unten unter „italienische Kundgebungen: II. sonstige italienische Kundgebungen.“ — Herausgeber.



Ungarn gegenwärtig anderswo in Anspruch genommen sei. Auch wolle es in Allem, was noch nachfolgen könne, eine gleiche Haltung einnehmen.

Der italienische Gesandte in Durazzo habe den Auftrag erhalten, sehr strenge Weisungen in dem angedeuteten Sinne an die unterstehenden Konsulate ergehen zu lassen.

Ich ersuche Euer Exzellenz, Marchese *di San Giuliano* zu sagen, daß ich mit Befriedigung von dieser Erklärung Akt nehme. Ich sei übrigens a priori davon überzeugt gewesen, daß Italien unseren Akkord jetzt ebenso respektieren werde, wie dies unsererseits während des libyschen Feldzuges der Fall war.

**Nr. MLXXVIII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 30.**

(Telegramm.)

Wien, am 4. August 1914.

Auf Grund eines Zirkulartelesgrammes hat mir der italienische Botschafter gestern auftragsgemäß erklärt, die italienische Regierung habe beschlossen, in dem gegenwärtigen Konflikte neutral zu bleiben.

Ich habe dem Herzoge *Avarna* geantwortet, daß ich darin eine wenig freundschaftliche Haltung Italiens erblicke, eine Haltung, die überdies mit dem Dreihundvertrage nicht im Einklange stehe, nachdem Deutschland nun von Rußland angegriffen sei und Frankreich sich Rußland angeschlossen habe, somit der casus foederis eingetreten sei.

Ich müsse es aber, von diesen Umständen abgesehen, auch als eine sehr unkluge Politik von Seite Italiens bezeichnen, sich in einem solchen weltgeschichtlichen Momente von seinen Alliierten zu trennen.

Seit dem Bestehen des Bundes sei es das erste Mal, daß sich eine große Partie engagiere; verbleibe Italien an der Seite der Verbündeten, biete sich ihm die Gelegenheit zur Verwirklichung weitgehender Aspirationen, wie Tunis, Savoyen usw., schwenke es aber ab, so werde es leer ausgehen. Es sei ein irriger Ideengang, sich in die Furcht vor einer Machtvergrößerung Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan zu verrennen. Der italienischen Regierung sei es bekannt, daß wir eine solche gar nicht anstreben, sondern nur die Erhaltung des Bestehenden wünschen. Italien dagegen winke die Aussicht auf Expansion und Kräftezuwachs. Nichts läge uns ferner als der Wunsch, das derzeitige Gleichgewichtsverhältnis gegenüber Italien verschieben zu wollen. Wenn eine solche Auffassung tatsächlich in Italien bestehe, so möge doch er als Botschafter dafür sorgen, derlei Verdächtigungen mit den Argumenten entgegenzutreten, die ihm unser ganzes Verhalten während des dreißigjährigen Bestandes unseres Bundesverhältnisses an die Hand geben. Ich wolle nicht glauben, daß Marchese *di San Giuliano* uns zu täuschen beabsichtigte, als er in Abbazia wiederholt mit allem Nachdrucke versicherte, Italien wolle, Italien brauche ein starkes Oesterreich-Ungarn. Wie reimte es sich damit, wenn er jetzt eine Politik zu machen sich anschicke, die in letzter Linie gegen die Erhaltung der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Bestande gerichtet ist? Besonders eigen-

tümlich müsse dies berühren, da hiefür ein Moment gewählt wird, wo sich bei uns ein Umschwung zugunsten Italiens, eine Welle warmer Sympathie für das verbündete Königreich fühlbar mache. Es werde ihm nicht entgangen sein, zu welchen freundschaftlichen Demonstrationen es in der jüngsten Zeit hier gekommen sei. Diese gebesserte Stimmung wollte auch die Regierung zugunsten des italienischen Elementes nutzbar machen.

Als ich noch auf die Loyalität verwies, welche Seine Majestät unser Allergnädigster Herr in allen Krisen seit dem Bestehen der Allianz Italien gegenüber bewiesen, konnte der Botschafter dies seinerseits nur bestätigen.

Herzog *Avarna* sagte mir schließlich, er habe den *Marchese di San Giuliano* um eine kurze persönliche Aussprache gebeten, welche, wenn der Minister darauf eingeht, ihn auf einige Tage nach Rom führen würde.

#### Nr. MLXXIX. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.

Rb. Vorgesch. m. It. II 31.

(Telegramm.)

Wien, am 4. August 1914.

Die seitens des k. u. k. Chefs des Generalstabes an den italienischen Generalstabschef *Cadorna* gerichtete Anfrage wegen Ausführung der für den Kriegsfall zwischen den Verbündeten getroffenen Vereinbarungen ist, wie folgt, beantwortet worden:

„Konferenzen gegenstandslos, da Ministerrat Neutralität Italiens beschlossen.“

„Leichte“ Mobilisierung angeordnet. Wenn Oesterreich-Ungarn Lovcen nicht besetzt und Gleichgewicht in der Adria nicht stört, wird Italien „niemals“ gegen Oesterreich-Ungarn vorgehen.“

Euer Exzellenz werden vorstehender Aeufßerung entnehmen, wie die Chantagepolitik weiter fortgesetzt wird.

Ich habe den heute abreisenden Herzog *Avarna* ersucht, *Marchese di San Giuliano* zu sagen, aus seinem an Euer Exzellenz gerichteten Schreiben vom 2. l. Mts. gehe hervor, daß unsere Stellungnahme einigermaßen mißverstanden worden sei.

#### Nr. MLXXX. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.

Rb. Vorgesch. m. It. II 32.

(Telegramm.)

Wien, am 4. August 1914.

Wie der k. u. k. Militärattaché in Rom berichtet, hat er einer Konversation mit dem italienischen Generalstabschef entnommen, daß die Befürchtungen Italiens bezüglich Störung des Gleichgewichtes auf dem Balkan und in der Adria hauptsächlich auf die Eventualität einer Besetzung des Lovcen zurückzuführen sind.

Euer Exzellenz wollen *Marchese di San Giuliano* eröffnen, daß es keineswegs in unserer Absicht gelegen ist, gegen Montenegro vorzugehen. Ein

Vordringen unsererseits auf montenegrinisches Gebiet wird insolange nicht stattfinden, als das kleine Nachbarreich von einer feindlichen Aktion gegen die Monarchie absieht.

Euer Exzellenz wollen bei dieser Gelegenheit Marchese *di San Giuliano* neuerdings zur Erwägung geben, ob er nicht in Cetinje seine Ratschläge zur Neutralität wiederholen wolle.

**Nr. MLXXXI. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 33.**

(Telegramm.)

Rom, am 5. August 1914.

Ich befürchte, daß Italien uns zur Fortsetzung der Diskussion über die Kompensationsfrage zu zwingen trachten und hiebei, unter Ausschluß anderer Kompensationen, schließlich sogar Forderung auf Abtretung des Trentino stellen wird.

Früher oder später dürfte Italien Neutralität verlassen. Wenn unsere Gruppe raschen und entscheidenden Erfolg hat, so wird wohl Italien sich dann derselben zuwenden und vielleicht in seinen Entschädigungsansprüchen schüchterner sein, gegenteiligenfalls dürfte es aber versucht sein, die moralische Erpressung durch militärische Drohungen oder Maßnahmen gegen uns zu verstärken.

Konkrete Anzeichen dafür habe ich noch keine. Von verschiedenen Seiten kommen mir aber Gerüchte über derartige Absichten Italiens zu.

Hiemit würde eventuell der unverhüllte Hinweis der offiziellen Presse auf das Trentino als Kompensation, die von den Konsulaten gemeldete militärische Degarnierung von Genua und Neapel, die Verweigerung der Ausfuhr des von uns angekauften Getreides und Mehles sowie die Nachricht Mailänder Blätter über Vorgänge in Trient stimmen.

**Nr. MLXXXII. Herr von Mérey an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 34.**

(Telegramm.)

Rom, am 5. August 1914.

Minister des Außern erschien über meine im Sinne Euer Exzellenz gestrigen Telegrammes gemachte Mitteilung befriedigt und erklärte sich gerne bereit, in Cetinje neuerlich zur Neutralität zu mahnen.

**Nr. MLXXXIII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 35.**

(Telegramm.)

Wien, am 9. August 1914.

Mit Telegramm vom 2. l. Mts. haben Euer Exzellenz mir Text eines Briefes Marchese *di San Giuliano*s einberichtet. Nachdem die darin enthaltenen Ausführungen zahlreiche Unrichtigkeiten aufweisen, halte ich es für zweckmäßig, darauf zurückzukommen, und bitte Euer Exzellenz, nachstehende

Ausführungen dem Marchese *di San Giuliano* in geeignet erscheinender Form zur Kenntnis zu bringen, wobei ich es Hochderselben Ermessen überlasse, nach eigenem Gutdünken eventuell zunächst Ergänzungen beizufügen beziehungsweise die eine oder andere Stelle der momentanen dortigen Situation entsprechend zu modifizieren.

Die italienische Auffassung, als ob wir den Art. VII des Dreibundvertrages nach unserem gegenwärtigen Gutdünken „*volonté actuelle*“ — auslegen wollten, entspricht nicht den Tatsachen. Unsere Anschauung ging stets dahin, daß nach den Intentionen, die bei Vertragsabschluß maßgebend sein mußten, ein Konfliktfall, wie der unsrige mit Serbien, nicht unter die Bestimmung des Art. VII falle. Dessenungeachtet haben wir unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, den Art. VII unseres Allianzvertrages auch auf diesen Fall zur Anwendung zu bringen, dafür aber geglaubt, annehmen zu können, Italien werde sich der Auffassung seiner beiden Verbündeten anschließen und dem Art. III desselben Vertrages im Falle des Ausbruches des europäischen Konfliktes Rechnung tragen.

Darin stimmen wir mit dem Kabinette von Rom völlig überein, daß es in hohem Grade wünschenswert ist, daß während der langen Periode von zwölf Jahren, die der gegenwärtige Vertrag noch zu dauern hat, wie auch angesichts der Möglichkeit der Erneuerung desselben nach Ablauf dieser Periode die Politik Oesterreich-Ungarns und Italiens bezüglich der Balkanfragen auf einen und denselben Grundton gestimmt sei, ebenso, daß die beiderseitige Diplomatie sich in vollkommenem Einvernehmen und gegenseitigem Vertrauen zu betätigen hätte. Eben deswegen haben wir, als wir uns entschlossen haben, die italienische Interpretation des Art. VII uns zu eigen zu machen, dies nicht auf den gegenwärtigen Konflikt mit Serbien und Montenegro beschränkt, sondern in einer Form getan — („*pour nos relations du présent et de l'avenir*“) — die keinen Zweifel darüber lassen sollte, daß die Zusage für die ganze Vertragsdauer gemeint war.

Wir müssen mit allem Nachdrucke betonen, daß der gegenwärtige große Krieg uns und Deutschland von Rußland aufgezungen wurde, welches uns daran zu hindern suchte, das die ganze Kulturwelt empörende und unsere Existenz bedrohende Verhalten eines von Rußland unabhängigen Staates zu strafen.

In der unbestreitbaren Tatsache, daß wir seit Jahren unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen und unter Preisgabe hoher Interessen unsere Bemühungen darauf gerichtet hatten, einen Konflikt zu vermeiden, kann der sicherste Beweis erblickt werden, daß nicht wir den Krieg herbeiführen wollten. Als die Austragung des Gegensatzes mit Serbien unvermeidlich geworden war, hatten wir gehofft, daß der Konflikt lokalisiert bleiben könne. Deutschland hat uns in diesem Bestreben unterstützt.

Wir verschließen uns nicht der unleugbaren Tatsache, daß die Teilnahme an dem Kampfe auch Italien vor Opfer und Gefahren stellen würde, jedoch können wir nicht der Auffassung beipflichten, daß diese Opfer und Gefahren



größere wären als jene, mit welchen wir zu rechnen haben. Italien mag zwar sehr bedrohlichen Angriffen der englischen und französischen Flotte ausgesetzt sein, doch könnte selbst der unglücklichste Ausgang eines solchen Waffenganges seine Integrität und Existenz nicht gefährden. Auf der anderen Seite würden bei einem glücklichen Ausgange Italien unberechenbare Vorteile, die Prädominanz im westlichen Mittelmeere und die erste Stelle unter den lateinischen Völkern, erwachsen.

Von der seitens der italienischen Regierung ausgesprochenen Reserve, eventuell im späteren Verlaufe Entschlüsse fassen zu wollen, die den Wünschen der Alliierten konform wären, nehmen wir mit Befriedigung Kenntnis und sind gewiß gerne bereit, tunlichst dazu beizutragen, eine solche Wendung zu ermöglichen.

Was den Hinweis auf den Umstand betrifft, daß die allgemeine Formel des Art. VII nicht genüge und keine Klarheit über Natur und Größe der eventuellen Kompensationen verschaffe, muß bemerkt werden, daß wir selbst erklärt haben, keine Akquisitionen auf dem Balkan machen zu wollen. Unter diesen Umständen war für uns bisher kein Anlaß gegeben, Italien zu einem Gedankenaustausche über konkrete Kompensationen aufzufordern.

Die Schlußworte des Schreibens des Marchese *di San Giuliano* finden bei uns verständnisvollen Widerhall. Er ist sich wohl selbst am besten bewußt, daß die Ziele, die er sich bei Uebernahme seines Amtes vorgesteckt und auf welche er bisher seine Politik eingerichtet hatte, mit jenen in vollem Einklange stehen, die ich auch für unsere Politik als die richtige erkannte, als ich das Erbe des Grafen *Aehrenthal* antrat. Auch will ich hoffen, daß bei beiderseitigem guten Willen und freundschaftlichem Entgegenkommen durch die neu eingeleitete gegenseitige Aufklärung die verschiedenartigen Auffassungen, welche der Ausbruch der gegenwärtigen Krise in Wien und Rom zur Folge hatte, leicht werden ausgeglichen werden können und daß es nicht schwer fallen werde, die gewünschte Verständigung nicht bloß hinsichtlich der gegenwärtigen Krise, sondern auch bezüglich der ganzen Dauer des Vertrages herzustellen.

#### Nr. MLXXXIV. Graf Ambrózy an Grafen Berchtold.

Rb. Vorgesch. m. It. II 36.

(Telegramm.)

Rom, am 11. August 1914.

Im Auftrage des Botschafters *von Mérey* habe ich heute ein im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 9. d. Mts gefaßtes Aide-Mémoire dem Generalsekretär überreicht.

Derselbe bemerkte nach sorgfältigem Lesen desselben, daß jedenfalls auch darüber Meinungsunterschied obwalte, ob wir beim Konflikte mit Serbien uns an den Art. I\*) des Dreibundvertrages gehalten hätten, dessen zweites

\*) Vide Anhang Nr. 15.

Alinea die vertragschließenden Teile zu gegenseitigem Gedankenaustausche und Unterstützung beim Schutze ihrer eigenen Interessen verpflichtet.

Herr *de Martino* argumentierte weiter, selbst zugegeben, daß wir in Serbien keinen dauernden Landerwerb beabsichtigen, könnten wir beispielsweise doch den Wunsch haben, die Hand auf die Orientbahnen zu legen. Für den Fall einer solchen Absicht, deren Legitimität er nicht in Abrede stellen wolle, wäre es für Italien von großem Werte gewesen, vorher Gedankenaustausch zu pflegen, um sich Geltendmachung seiner Interessen am Zustandekommen einer Bahn von Serbien zur Adria zu sichern. Er bat mich schließlich, seine Bemerkungen als rein persönlich gemacht zu betrachten, da es Marchese *di San Giuliano*s Aufgabe sei, dazu Stellung zu nehmen.

**Nr. MLXXXV. Graf Berchtold an Grafen Ambrózy.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 37.**

(Telegramm.)

Wien, am 12. August 1914.

Der italienische Botschafter hat mir heute seinen Antrittsbesuch nach seiner Rückkehr von Rom erstattet.

Herzog *Avarna* sagte, er habe Seiner Majestät dem Könige *Viktor Emanuel*, ferner dem Marchese *di San Giuliano* und dem Kabinettschef Herrn *Salandra* eingehend über die durch die Neutralitätserklärung Italiens geschaffene Situation referiert. Er habe betont, daß diese Stellungnahme des verbündeten Königreiches einen sehr üblen Eindruck bei uns hervorgerufen habe und daß dadurch die Loyalität Italiens wie die Vollgültigkeit seines Wortes in Zweifel gesetzt worden sei. Die Auskünfte, die dem Botschafter hierüber zuteil wurden — Unvorbereitung Italiens sowohl politisch wie militärisch, Rücksichtnahme auf England usw. — decken sich mit den bereits von Rom uns zugegangenen einschlägigen Meldungen. Speziell die Publikation des Weißbuches über den zwischen uns und Berlin gepflogenen Gedankenaustausch hinsichtlich der Eventualität eines Eingreifens Rußlands habe in Rom Mißstimmung hervorgerufen, da eine gleiche Fühlungnahme zwischen uns und der italienischen Regierung nicht erfolgt war.

In meiner Erwiderung betonte ich, daß die Neutralitätserklärung Italiens allerdings bei ihrem Bekanntwerden hier verstimmt hatte. Seither seien die Ursachen, die Italien zu dieser Stellungnahme gezwungen, zu unserer Kenntnis gelangt und diese Umstände ließen das Vorgehen in einem anderen Lichte erscheinen. Wir hätten uns bei dieser Sachlage mit der Neutralität Italiens abgefunden und seien überzeugt, daß dieselbe italienischerseits loyal werde eingehalten werden.

Was die Publikation des Weißbuches anbelange, so sei zu bemerken, daß, wie der Botschafter wisse, ich ihm niemals ein Hehl daraus gemacht hatte, daß die in Sarajevo eingeleitete Enquete eventuell zu Auseinandersetzungen mit Serbien und zur Forderung der Schaffung von Garantien führen werde, was Herzog *Avarna* vollkommen zugab. Unsere Absicht sei immer gewesen, die Differenz mit Serbien allein auszutragen und den eventuellen

Konflikt lokalisieren zu können. Alle anderen Mächte, bis auf Rußland, hätten uns in diesem Bestreben unterstützt. Von deutscher Seite sei uns allerdings die Versicherung gegeben worden, daß, falls Rußland eingreifen sollte, Deutschland uns zur Seite stehen werde. Unsere Aktion gegen Serbien sei aber nicht darauf angelegt gewesen, Rußland zu provozieren.

Herzog *Avarna* konstatierte mit Befriedigung, daß sich hier eine freundschaftlichere Auffassung gegenüber der Stellungnahme Italiens manifestiere, als es zur Zeit seiner Abreise nach Rom der Fall gewesen.

Indem ich dies unter nochmaligem Hinweise auf die Ueberzeugung, Italien habe nur unter dem Drucke besonders schwieriger Verhältnisse seiner Bundespflicht nicht voll entsprochen, bestätigte, brachte ich dem Botschafter den Inhalt unserer Rückäußerung auf den Brief Marchese *di San Giuliano* an Herrn von *Mérey* vom 2. August l. Js. zur Kenntnis, wobei ich insbesondere darauf verwies, daß es nicht in unserer Absicht gelegen sei, das gegenwärtige Gleichgewicht auf dem Balkan oder in der Adria irgendwie zu stören, daß aber, wenn irgendeine Aktion unsererseits in dieser Richtung ins Auge gefaßt werden sollte, wir sicher zuerst das Benehmen mit dem italienischen Bundesgenossen diesfalls pflegen würden.

**Nr. MLXXXVI. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 38.**

(Telegramm.)

Wien, am 16. August 1914.

Der italienische Botschafter hat gestern hier auftragsgemäß mitgeteilt, daß das italienische Kriegsministerium im Tale von Lagna und von Cornazzo in der Nähe von Tarcento, Provinz Udine, Truppen zusammenziehe, um dortselbst schon seit langer Zeit im voraus bestimmte Uebungen vornehmen zu lassen.

**Nr. MLXXXVII. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 39.**

(Telegramm.)

Wien, am 20. August 1914.

Herzog *Avarna* hat mir heute ein langes Telegramm seiner Regierung verlesen.

Marchese *di San Giuliano* stellt darin zunächst fest, daß der deutsche Militärattaché in Rom die militärischen Vorbereitungen, die Italien an allen Grenzen getroffen hat, sehr stark übertrieben habe. Drei Gründe hätten die Regierung zu diesen Maßnahmen gezwungen: die Sorge, die öffentliche Meinung zu beruhigen, die Notwendigkeit, die innere Ordnung aufrechtzuhalten, endlich die Unmöglichkeit, auf andere Weise die infolge des Kriegszustandes nach Tausenden aus dem Auslande zurückgeströmten italienischen Arbeiter im Zaume zu halten.

Hinsichtlich der Haltung der italienischen Presse verweist Marchese *di San Giuliano* auf sein fortgesetztes Bestreben, dieselbe zu einem unpartei-

ischen Töne zu bewegen. Sein Einfluß sei aber ein geringer, da der größte Teil der Presse nicht subventioniert sei.

Indem der italienische Minister des Aeußern betont, daß es wünschenswert wäre, wenn das beiderseits bestehende Mißtrauen behoben werden könnte, gibt er dem Gedanken Ausdruck, „que tant qu'on ne s'entend pas sur des moyens concrets à concilier les intérêts des deux Parties la méfiance réciproque persistera, bien qu'elle ne soit pas justifiée ni par les intentions du Gouvernement italien ni par celles — bien connues — de Sa Majesté l'Empereur et Roi *François Joseph* et du Comte *Berchtold*“.

Bei diesem Passus frag mich der Botschafter, was ich hiezu sage und als ich versicherte, daß diese Auffassung bei uns Verständnis finde, meinte er, ob nicht Freiherr *von Macchio* diesbezüglich Instruktionen erhalten könne.

Anschließend daran bemerkte Herzog *Ararna*, daß im Telegramme seines Ministers aufmerksam gemacht werde, in Italien seien neuerlich Nachrichten über „große österreichisch-ungarische Truppenkonzentrierungen an der italienischen Grenze“ verbreitet, ferner über angebliche Vorbereitungen zur Abreise seitens militärischer und ziviler Funktionäre in Riva und deren Familien.

Ich ermächtigte den Botschafter, diese Informationen als jeder Grundlage entbehrend hinzustellen.

Zum Schlusse des Telegrammes des italienischen Ministers des Aeußern versichert derselbe, auch weiterhin in dem Bestreben zu „beharren“, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien, wenn möglich, gebessert aus der gegenwärtigen Krise hervorgehen, jedenfalls aber vor weiterer Schädigung bewahrt bleiben. In diesem Zusammenhange macht *Marchese di San Giuliano* darauf aufmerksam, daß es höchst gefährlich wäre, wenn bei uns scharfe Repressionsmaßnahmen gegen österreichische oder ungarische Staatsangehörige italienischer Nationalität ergriffen würden. Was die italienische Regierung anbelange, sei in den letzten Tagen eine Instruktion der Regierung an die Präfekten herausgegeben worden, darauf zu achten, daß innerhalb des Rahmens der Gesetzgebung antiösterreichischen Demonstrationen vorgebeugt werde, beziehungsweise daß solche — falls sie doch stattfinden sollten — unterdrückt werden.

#### **Nr. MLXXXVIII. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 40.**

(Telegramm.)

Rom, am 21. August 1914.

Minister des Aeußern sprach sich gestern mir gegenüber dahin aus, es sei für Italien eine Notwendigkeit, in der Neutralität zu verharren. Die Verlockungen und Angebote der Ententemächte, die er offen zugab, würden nichts fruchten.

Es seien allerdings gewisse militärische Vorbereitungen im Zuge — denn in so ungewissen Zeiten müsse man doch irgendwelche Vorsorge treffen — doch seien weitere Einberufungen in größerem Umfange nicht geplant. Er



habe sich übrigens mit General *Cadorna* ins Einvernehmen gesetzt, um von ihm eine Zusammenstellung jener Maßregeln zu erhalten, die er mir zur Verfügung stellen werde; ich stimmte einem solchen Vorgehen angesichts der fortgesetzten, hier und dort lancierten, unsere gegenseitige Verhetzung bezweckenden Nachrichten mit Befriedigung zu, erwähnte der lächerlichen Gerüchte über unsere angeblichen aggressiven Vorkehrungen im Trentino und anderwärts und hat ihn als sicherstes Gegenmittel um jeweilige offene Aussprache über derlei heikle Fragen.

Der Minister erwähnte dann auch der großen Schwierigkeiten, welche Italien hunderttausende beschäftigungslose Arbeiter bereiten. Die sonst im September beginnende Auswanderung nach Argentinien sei heuer unmöglich, aus anderen Ländern strömen massenhaft italienische Arbeiter zurück und viele Fabriken im Inlande mußten wenigstens teilweise ihren Betrieb einstellen. Diese Leute, unter denen viele unruhige Elemente, in Ordnung zu halten, sei eine große Sorge und, soweit ich ihn verstand, entspringe derselben wenigstens zum Teile, was an militärischen Maßregeln geschehen, wobei es sich aber nicht etwa um Einberufung aller dieser Leute handle.

**Nr. MLXXXIX. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 41.**

(Telegramm.)

Wien, am 21. August 1914.

Euer Exzellenz wollen sich bei passender Gelegenheit Marchese *di San Giuliano* gegenüber als mit dem Inhalte der Hochdensenben gestern telegraphisch mitgeteilten Aussprache Herzog *Avarnas* vertraut zeigen.

Sollte der Minister die Frage stellen, ob Sie mit einschlägigen konkreten Instruktionen versehen seien, hätten Euer Exzellenz sich dahin zu äußern, daß die Hochdensenben erteilte Mission und die damit verbundene allgemeine Instruktion es mit sich bringen, daß Euer Exzellenz in jede Konversation, welche zu einer Klärung eventuell auftauchender Mißverständnisse und zu einer Vertiefung des bestehenden Bundesverhältnisses beitragen kann, bereitwilligst eingehen. Dementsprechend und auf Grund einer im Zusammenhange mit meiner jüngsten Konversation mit dem italienischen Botschafter erhaltenen Weisung seien Euer Exzellenz bereit, in vorläufig unverbindlicher Weise mit dem italienischen Minister des Aeußern jene konkreten Mittel zu suchen, die zu dem von Italien wie auch von uns angestrebten Ziele führen könnten.

Ich füge zu Euer Exzellenz persönlicher Kenntnisnahme bei, daß ich einerseits Wert darauf lege den Faden der Konversation mit Italien nicht abgerissen, andererseits aber vermieden zu sehen, daß Italien mit Forderungen, wie Abtretung eines Gebietsteiles der Monarchie, hervortrete. Falls Marchese *di San Giuliano* das Gespräch mit konkreten Vorschlägen eröffnet, hätten sich Euer Exzellenz im allgemeinen rezeptiv zu verhalten, jedoch, im Falle der Minister eine Anspielung auf Abtretung des Trentino oder sonst eines Bestandteiles der Monarchie machen sollte, auf die Unmöglichkeit, daß eine solche Proposition zum gewünschten Ziele führen könnte, hinzuweisen.

Hingegen könnten Euer Exzellenz, an ein früheres Gespräch des Grafen *Ambrózy* mit dem Generalsekretär anknüpfend, von den Interessen Italiens am Zustandekommen einer Bahn von Serbien zur Adria sowie von den großen Mittelmeerinteressen des Königreiches sprechen.

**Nr. MXC. Prinz Gottfried zu Hohenlohe an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 42.**

(Telegramm.)

Berlin, am 22. August 1914.

Der Unterstaatssekretär ersuchte mich heute dringendst, wir möchten durch Erklärungen in Rom, wonach wir die neutrale Haltung des Königreiches gern anerkennen, das schlechte Gewissen Italiens beruhigen und es in seiner jetzigen Haltung bestärken.

Man würde es hier mit Freude begrüßen, falls Euer Exzellenz den Art. VII ohne Vorbehalt anerkennen würden.

Nach Auffassung der deutschen Regierung sollten Oesterreich-Ungarn und Deutschland daher möglichst bald übereinstimmend erklären, daß sie die italienische Auslegung des genannten Artikels anerkennen, wonach ein Gebietszuwachs für Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan, selbst bei neutraler Haltung Italiens, nur nach vorgängigem Einvernehmen mit ihm und unter Bewilligung einer entsprechenden Kompensation erfolgen könne.

**Nr. MXCI. Graf Berchtold an Prinzen Gottfried zu Hohenlohe.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 43.**

(Telegramm.)

Wien, am 23. August 1914.

Meiner Sprache zu Herzog *Avarna* (zuletzt Konversation vom 20. l. Mts.) werden Euer Durchlaucht entnommen haben, daß ich fortgesetzt bemüht bin, das schlechte Gewissen Italiens zu beruhigen, und ersuche ich Euer Durchlaucht, dies dem Unterstaatssekretär in Erinnerung zu bringen, wobei namentlich darauf hinzuweisen wäre, daß ich Herzog *Avarna* am 12. l. Mts. gesagt habe, „wir hätten uns bei dieser Sachlage mit der Neutralität Italiens abgefunden und seien überzeugt, daß dieselbe italienischerseits loyal werde eingehalten werden“.

Was den Art. VII des Dreibundvertrages anbelangt, so habe ich meine erste Erklärung, welche gewissermaßen einen bedingten Charakter trug, dahin erläutert, daß ich dafür annehmen zu können geglaubt hätte, Italien werde sich der Auffassung seiner beiden Verbündeten bezüglich Eintrittes des *casus foederis* anschließen. Um jedem Mißverständnisse vorzubeugen, habe ich in einer späteren Konversation mit Herzog *Avarna* dem Botschafter ausdrücklich erklärt, daß ich die Annahme der italienischen Interpretation des Art. VII an keine Bedingung geknüpft, sondern nur die Erwartung ausgesprochen habe, Italien würde den *casus foederis* als gegeben ansehen.

Euer Durchlaucht wollen Herrn *Zimmermann* sagen, daß er sich als von uns ermächtigt ansehen kann, dem römischen Kabinette ausdrücklich zu

wiederholen, daß das Wiener und das Berliner Kabinett die italienische Interpretation bezüglich des Ausdruckes „dans les régions des Balcan“ im Art. VII vorbehaltlos anerkennen, und zwar nicht allein für die gegenwärtige Krise, sondern für die ganze Dauer des Vertrages. Für den Fall, als eine solche Erklärung durch Herrn *von Flotow* und Freiherrn *von Macchio* übereinstimmend in Rom erfolgen sollte, erteile ich dem k. u. k. Botschafter in Rom eine bezügliche Weisung.

Diese Erklärung bringt es mit sich, daß wir bereit sind, für den Fall einer temporären oder definitiven Besitzergreifung eines auf dem Balkan gelegenen Gebietes mit Italien in eine Konversation über die Kompensationsfrage einzugehen.

Weiters wollen Euer Durchlaucht dem Unterstaatssekretär sagen, daß ich keine Bedenken dagegen hätte, Italien für den Fall seines neutralen Verhaltens oder eines späteren Eingreifens an der Seite seiner Verbündeten konkrete Anrechte, beziehungsweise Besitzerwerbungen auf fremde Kosten zu gewährleisten.

**Nr. MXCII. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 44.**

(Telegramm.)

Wien, am 23. August 1914.

Euer Exzellenz ermächtigte ich, gleichzeitig mit Ihrem deutschen Kollegen dem römischen Kabinette zu erklären, daß wir die italienische Interpretation bezüglich des Ausdruckes „dans les régions des Balcan“ im Art. VII vorbehaltlos anerkennen, und zwar nicht allein für die gegenwärtige Krise, sondern für die ganze Dauer des Vertrages.

Diese Erklärung bringt es mit sich, daß wir bereit sind, für den Fall einer temporären oder definitiven Besitzergreifung eines auf dem Balkan gelegenen Gebietes mit Italien in eine Konversation über die Kompensationsfrage einzugehen.

**Nr. MXCIII. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb Vorgesch. m. It. II 45.**

(Telegramm.)

Rom, am 25. August 1914.

Da mein deutscher Kollege heute Instruktionen erhielt, welche ihn zur Abgabe der die Zustimmung zur italienischen Interpretation des Art. VII beinhaltenden Erklärung ermächtigten, so haben wir heute beide einzeln eine solche übereinstimmende Erklärung dem *Marchese di San Giuliano* mündlich abgegeben.

Er schien hievon sichtlich angenehm berührt, meinte aber, daß bei der jetzigen Kriegslage wohl noch nicht die Grundlage zur Einleitung einer Konversation gegeben sei.

Ich erklärte mich stets bereit, in eine solche einzutreten, begriffe aber ganz gut, wenn er damit noch zuwarten wolle.

**Nr. MXCIV. Graf Bертold an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 46.**

(Telegramm.)

Wien, am 25. August 1914.

Der deutsche Botschafter hat mir heute ein Telegramm Herrn *von Flotows* verlesen, der über ein Gespräch mit Ministerpräsidenten *Salandra* referierte.

Der italienische Ministerpräsident habe sich dahin ausgesprochen, der überwiegende Teil der Kammer und beinahe das ganze Land seien für die Beibehaltung der Neutralität und wäre die Regierung entschlossen, an diesem Standpunkte festzuhalten.

Die getroffenen militärischen Maßnahmen gingen nicht über das Maß hinaus, welches andere neutrale Staaten, z. B. die Schweiz, beobachteten.

Den Sozialisten habe er formell erklärt, Italien werde neutral bleiben. Ebenso habe er zu den Republikanern, die in der Kammer durch acht Deputierte vertreten seien und die angeblich den Krieg wollen, gesprochen.

Schließlich habe Herr *Salandra* mit Nachdruck betont, daß, ins solange in den von Staatsangehörigen italienischer Nationalität bewohnten Teilen Oesterreich-Ungarns nichts passiere, Neutralität gewahrt werden würde.

In gleichem Sinne habe sich Herr *Bollati* in Berlin vernehmen lassen.

**Nr. MXCV. Freiherr von Macchio an Grafen Bертold.****Rb. Vorgesch. m. It. II 47.**

(Telegramm.)

Rom, am 27. August 1914.

In vollständiger Uebereinstimmung mit Äußerungen Marchese *di San Giuliano* betonte Herr *Salandra* im heutigen Gespräche mir gegenüber die entschiedene Absicht italienischer Regierung, sich aus der Neutralität nicht herausdrängen zu lassen.

Der Ministerpräsident besprach die hiesigen inneren Schwierigkeiten und die von ihm zur moralischen Beeinflussung der Presse und der politischen Welt getroffenen Verfügungen. Er betonte, daß er hoffe, unsere Beziehungen würden aus jetziger internationaler Krise nicht nur intakt hervorgehen, sondern sich nach derselben noch intimer gestalten.

**Nr. MXCVI. Graf Bертold an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 48.**

(Telegramm.)

Wien, am 28. August 1914.

Der italienische Botschafter hat mir heute auftragsgemäß von den Erklärungen Mitteilung gemacht, die sowohl Euer Exzellenz wie Herr *von Flotow* in Betreff der Interpretation des Art. VII dem Marchese *di San Giuliano* abgegeben hätten. Letzterer habe die Erklärung, daß wir die deutsche und italienische Interpretation uns zu eigen gemacht hätten und daß diese Zustimmung für den ganzen Rest der Geltungsdauer des Dreibundvertrages verbindlich sein solle, mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, hiebei aber



mit Hochdenselben gemeinschaftlich konstatiert, daß die gegenwärtige, noch ungeklärte Kriegslage nicht darnach angetan ist, derzeit schon in eine konkrete Konversation zwischen Wien und Rom auf Grund des genannten Artikels einzugehen.

**Nr. MXCVII. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 49.**

(Telegramm.)

Wien, am 28. August 1914.

Anläßlich seines heutigen Besuches hat mir Herzog *Avarna* mitgeteilt, daß er von seiner Regierung eine telegraphische Verständigung — zur eventuellen Verwertung mir gegenüber — erhalten habe, wonach die englische und französische Regierung in Rom erklärt hätten, Valona nicht okkupieren zu wollen. Die beiden genannten Mächte hätten bei dieser Gelegenheit mit mehr oder minder verschleierte Phrasen sondiert, ob Italien gesonnen wäre, gegebenen Falles aus seiner Neutralität herauszutreten. *Marchese di San Giuliano* hätte kategorisch erklärt, daß Italien seinen Standpunkt strikter Neutralität nicht verlassen werde.

Ich dankte dem Botschafter für diese Mitteilung und ersuchte ihn, seinem Minister zu sagen, daß ich hierin eine Bestätigung für die von mir vorausgesetzte loyale Einhaltung der italienischen Neutralität erblicke.

**Nr. MXCVIII. Prinz Gottfried zu Hohenlohe an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 50.**

(Telegramm.)

Berlin, am 5. September 1914.

Wie mir der Unterstaatssekretär mitteilt, habe Herr *Bollati*, heute anläßlich eines langen Besuches von der Lage im allgemeinen, dann von Albanien gesprochen und sei schließlich damit herausgerückt, Italien würde sehr gerne, natürlich nur in vollster Uebereinstimmung mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland und nur um die Abmachungen in Albanien aufrechtzuerhalten, die Insel Saseno in der Bucht von Valona besetzen.

Herr *Bollati* sagte, er sei außerordentlich für diese Idee eingenommen, da hiemit eine Betätigung Italiens verbunden wäre und hiedurch die öffentliche Meinung von dreibundfeindlichen Ideen abgebracht werde. Außerdem sei es sehr ersprießlich, wenn diese Besetzung als vom Dreibunde beschlossen veröffentlicht würde, da die Ententemächte hiedurch — wahrscheinlich zu ihrem Mißvergnügen — sehen würden, daß der Dreibund noch gemeinsam arbeite.

Schließlich bat der Botschafter Herrn *Zimmermann*, sich in diesem Sinne in Wien zu verwenden.

Nach einigen Stunden erhielt der Unterstaatssekretär von Herrn *Bollati* folgenden Brief:

„Au sujet de l'occupation de l'île de Saseno il est bien entendu que cette mesure conservatoire à effectuer par un petit détachement italien et qui

devrait être faite en plein accord avec l'Autriche-Hongrie, n'aurait qu'un caractère purement temporaire pendant la durée de la guerre et sans aucun but territorial. Plus j'y pense plus je crois que cette idée présente de sérieux avantages. Vous feriez, j'en suis convaincu, oeuvre très utile en y obtenant aussitôt que possible l'adhésion du Cabinet de Vienne, adhésion qui serait naturellement rendue publique ce qui produirait ces meilleurs résultats en Italie et ailleurs."

Herr *Zimmermann* hat Herrn *von Tschirschky* angewiesen, die Sache mit Euer Exzellenz zu besprechen.

**Nr. MXCIX. Graf Bертold an Prinzen Gottfried zu Hohenlohe.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 51.**

(Telegramm.)

Wien, am 6. September 1914.

Herr *von Tschirschky* hat mich gestern aufgesucht und die Angelegenheit der Insel Saseno mit der Anfrage zur Sprache gebracht, ob Herzog *Avarna* sich nicht etwa ein Refus holen, wenn er mich bezüglich dieses italienischen Wunsches sondieren würde.

Ich habe dem deutschen Botschafter geantwortet, daß Herzog *Avarna* keine abschlägige Antwort meinerseits zu besorgen habe.

Herzog *Avarna* gegenüber gedenke ich mich im folgenden Sinne auszusprechen:

Im Vertrauen auf die an Herrn *Zimmermann* gerichtete Mitteilung Herrn *Bollatis* und im Hinblick auf die zwischen Wien und Rom wiederholt ausgetauschten Erklärungen, daß unser Akkord mit Italien und die Londoner Reunionsbeschlüsse betreffs Albaniens aufrecht bleiben, sei ich mit der provisorischen Besetzung der Insel Saseno durch italienische Truppen auf Kriegsdauer einverstanden.

Es wäre uns natürlich sehr erwünscht, wenn die Besetzung Sasenos durch Italien als Beschluß des Dreibundes dargestellt und durch gleichzeitige offizielle Communiqués in Wien, Berlin und Rom publiziert würde. Auch werde ich Herzog *Avarna* die Erwartung aussprechen, daß die italienische Regierung unser Entgegenkommen um so höher zu veranschlagen wissen werde, als die öffentliche Meinung in der Monarchie in allen Albanien betreffenden Fragen sehr empfindlich ist.

**Nr. MC. Prinz Gottfried zu Hohenlohe an Grafen Bертold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 52.**

(Telegramm.)

Berlin, am 8. September 1914.

Unterstaatssekretär sagte mir, Herr *Bollati* habe ihm heute mitgeteilt, die Angelegenheit bezüglich Sasenos solle in Berlin weiter verhandelt werden und würde Herzog *Avarna* eine diesbezügliche Anfrage an Euer Exzellenz unterlassen. Herr *Zimmermann* hat Herrn *Bollati* geantwortet, er finde dies nicht verständlich. Er habe Herrn *Bollatis* Wunsch, in Wien diesbe-

züglich zu sondieren, gerne übernommen, sei aber der Ansicht, daß nach der entgegenkommenden Antwort, die Euer Exzellenz ihm hierauf erteilt hätten Herzog *Ararna* die Sache direkt mit Euer Exzellenz zu verhandeln habe.

**Nr. MCI. Graf Berchtold an Prinzen Gottfried zu Hohenlohe.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 53.**

(Telegramm.)

Wien, am 9. September 1914.

Die Gründe, weshalb Verhandlungen über Saseno von Wien nach Berlin verlegt werden sollen, sind mir nicht erfindlich. Wir halten zwar unser einmal erteilte Zustimmung zur provisorischen Besetzung von Saseno aufrecht, sind auch zu einer Konversation über Berlin bereit, jedoch der Ansicht, daß jene Okkupation einem italienischen Desideratum entspricht und daher ein besonderes Empressenamt unsererseits den Wert des von uns bezigten Entgegenkommens in den Augen der italienischen Regierung herabmindern könnte.

**Nr. MCII. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 54.**

(Telegramm.)

Rom, am 11. September 1914.

In Beantwortung einer Depesche des Fürsten *Wied*, in welcher derselbe des Königs Wohlwollen anrief, hat König *Viktor Emanuel* folgendes Telegramm an ihn gerichtet:

„Je remercie Votre Altesse des sentiments qu'Elle veut bien m'exprimer aussi au nom de la Princesse et je tiens à L'assurer que je forme les vœux les plus sincères pour le succès de Sa haute mission et que mon Gouvernement continuera de faire tout ce qui sera possible pour la prospérité de l'Albanie.“

In der Presse wird offiziös jede italienische Absicht auf Valona geleugnet, trotzdem in den letzten Tagen die hiesigen Zeitungen die Aufmerksamkeit auf diese Eventualität lenken und obwohl, nach Meldung aus Neapel, dortige Truppen für Expedition nach Valona bereitstehen.

**Nr. MCIII. Prinz Gottfried zu Hohenlohe an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 55.**

(Telegramm.)

Berlin, am 12. September 1914.

Der Unterstaatssekretär hat mir heute erzählt, er höre aus Rom, *Marchese di San Giuliano* erkläre, die hier von Herrn *Bollati* aufgeworfene Frage der Besetzung Sasenos durch Italien sei auf ein Mißverständnis zurückzuführen und garnicht ernstlich beabsicht gewesen. Dagegen habe Herr *Bollati* ihm — Herrn *Zimmermann* — gestern mitgeteilt, man nehme jetzt in Rom von der Besetzung Sasenos Abstand, da man zur Ueberzeugung ge-

kommen sei, erstens, daß Griechenland die Neutralität Albaniens unbedingt respektieren werde und weiters, daß das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn in befriedigendem Sinne geklärt, wodurch das beabsichtigte Abziehen der öffentlichen Meinung in eine andere Richtung unnötig geworden sei.

**Nr. MCIV. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 56.**

(Telegramm.)

Rom, am 29. September 1914.

In einer Konversation, die ich gestern mit Generalsekretär anlässlich neuer Gerüchte über eine demnächstige italienische Expedition nach Valona hatte, wurde die auch von Marchese *di San Giuliano* schon vor Wochen mir gegebene Erklärung wiederholt, ein solches Unternehmen sei ganz ausgeschlossen, außer in dem Falle, als die epirotischen Streitkräfte sich Valonas bemächtigen sollten. Dann würde es der italienischen Regierung unmöglich sein, die in diesem Punkte sehr empfindliche öffentliche Stimmung zu ignorieren.

Auf meine Bemerkung, daß man das wohl auch in Athen wissen dürfte, meinte Herr *de Martino*, *Venizelos* habe trotz allen Ablehnungen doch immer die Unterstützung der Epiroten betrieben. Schon der seinerzeitige Vorbehalt *Zografos'*, sie würden nur dann weiter vorgehen, wenn sie durch Vorstöße der Mohammedaner provoziert wären, beweiße, daß eine solche Eventualität nicht ausgeschlossen sei, sofern sich ja solche Vorstöße immer hervorrufen ließen.

Ich benützte dies, um unsere gemeinsamen Interessen am Fortbestande Albaniens im Sinne unseres Abkommens zu betonen, und wies darauf hin, wie wenig wir andererseits in der Adria Expansionsbestrebungen hätten, was ja auch unsere defensive Kriegführung gegen Montenegro beweiße.

**Nr. MCV. Herr von Mórietz an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 57.**

(Bericht.)

Ancona, am 3. Oktober 1914.

In dem Leitartikel der heutigen Nummer des hiesigen Organes der Regierungspartei, „L'Ordine“, wird für die sofortige Okkupation Valonas durch Italien Stimmung gemacht.

Dieselbe soll sich auf die Besetzung Valonas und der Insel Saseno durch Marinedetachements beschränken.

Die Notwendigkeit dieser Maßregel wird damit begründet, daß man Griechenland und Serbien, die ihre Ansprüche auf Albanien geltend machen wollen und diesbezüglich bereits eine versteckte militärische, respektive diplomatische Aktion eingeleitet hätten, zuvorkommen müsse.

Oesterreich-Ungarn gegenüber, welches zu dem gedachten Schritte Italiens Bemerkungen machen könnte, wird darauf hingewiesen, daß es angesichts der Unmöglichkeit für die Monarchie, sich im gegenwärtigen Augenblicke an irgendeiner Aktion in Albanien zu beteiligen, anerkennen müsse, daß Italien ein Recht darauf habe, allein vorzugehen.



**Nr. MCVI. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 58.**

(Telegramm.)

Wien, am 5. Oktober 1914.

Nach vertraulichen Informationen hätte Frankreich nun auch Tunis den Italienern versprochen, falls Italien sich auf die Seite der Triple Entente stelle. Das Spiel des Dreiverbandes geht offenbar darauf hinaus, die italienische Flotte in Gegensatz zur österreichisch-ungarischen Flotte zu bringen, um die französischen und englischen Seestreitkräfte aus dem Mittelmeere frei zu bekommen und in der Nordsee zur Verfügung zu haben.

Euer Exzellenz könnten gelegentlich im Laufe der Konversation maßgebenden Ortes ein Wort in dem Sinne fallen lassen, daß es dem Dreiverbande wohl darum zu tun ist, die italienische und österreich-ungarische Flotte im gegenseitigen Kampfe zugrunde zu richten, um zuerst mit Einsetzung aller verfügbaren Mittel die deutsche Flotte zu vernichten und dann die unbeschränkte Herrschaft im Mittelmeere auszuüben.

**Nr. MCVII. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.****Rb. Vorgesch. m. It. II 59.**

(Telegramm.)

Rom, am 6. Oktober 1914.

Nach den mir aus der Umgebung Herrn *Salandras* zukommenden Nachrichten wäre die Besetzung Valonas, und zwar in einer reduzierten Form mit Marinedetachment, wieder nähergerückt. Es wäre gelungen, den Ministerpräsidenten darin ein gutes Mittel erblicken zu lassen, um die Blicke der Nationalisten und ihrer Gefolgschaft von dem nördlichen Nachbarn abzulenken und zugleich einen Fuß auf den Balkan zu setzen, um unter Italiens Führung bei der großen Liquidation die Interessen der neutralen Balkanvölker wahrzunehmen.

Wiederholt indirekt in dieser Frage sondiert, präzisierte ich meine persönliche Ansicht dahin, daß ja Italien nach seinen wiederholten Erklärungen ebenso wie wir auf dem Boden unseres Akkords und der Londoner Beschlüsse stehe, daher auch eine temporäre einseitige Aktion hieran nichts ändern könne und nur als Bekräftigung des europäischen Interesses an einem unabhängigen Albanien aufzufassen sei.

**Nr. MCVIII. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 60.**

(Telegramm.)

Wien, am 7. Oktober 1914.

Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, falls Ihre Konversation mit Marchese *di San Giuliano* über die Minengefahr in der Adria einen geeigneten Anlaß dazu bietet, folgenden Gedanken zu verwerten: Es sei dies ein Beweis dafür, wie sehr die französisch-englische Aktion in der Adria auch den italie-

nischen Interessen abträglich sei. Diese Aktion wäre wohl unterblieben, wenn die beiden genannten Mächte hätten besorgen müssen, daß Italien in einem solchen Falle aus seiner Neutralität heraustreten würde.

**Nr. MCIX. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 61.**

(Telegramm.)

Rom, am 8. Oktober 1914.

Bei verschiedenen ganz allgemein gehaltenen Besprechungen des Themas Albanien, zuletzt mit Herrn *Salandra*, habe ich bisher nirgends eine Neigung wahrnehmen können, die Möglichkeit der Besetzung Valonas mit mir zu erörtern.

Wenn nun die Sache wirklich in kleinen Proportionen, also ohne andere Vorkehrungen als jene, von denen man schon letztlich gehört hat, geplant wird, so könnte es wohl möglich sein, daß man in der Ueberzeugung, die Zentralmächte könnten die Sache ja jetzt nicht stören, ein *fait accompli* schaffe, das alte Klagelied variierend, daß ja auch Italien von unseren Absichten gegen Serbien nicht zeitgerecht verständigt worden sei.

**Nr. MCX. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 62.**

(Telegramm.)

Wien, am 9. Oktober 1914.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern:

Ein von Italien einseitig getroffenes *fait accompli* wäre ein offenkundiger Bruch unseres albanischen Akkords, was uns nötigen würde, gewisse Reserven zu formulieren. Jedenfalls würde uns ein solches Vorgehen Italiens die Möglichkeit bieten, bei günstigem Verlaufe des Krieges späterhin, sei es die Herstellung der Parität in Albanien zu verlangen, sei es den Standpunkt einzunehmen, daß die Okkupation Valonas das von Italien selbstgewählte Kompensationsobjekt für allfällige Gebietserweiterungen unsererseits auf dem Balkan darstellt.

Da ich bekanntlich Herzog *Avarna* über die Möglichkeit, daß aus der seinerzeit eingeleiteten Enquete in Sarajevo Komplikationen mit Serbien resultieren können, nicht im unklaren gelassen habe, wäre ein Vergleich des italienischen Vorgehens in Albanien mit unserem in Serbien nicht stichhältig.

**Nr. MCXI. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 63.**

(Telegramm.)

Rom, am 10. Oktober 1914.

Anläßlich einer Konversation über die mir in Euer Exzellenz Telegrammen vom 5. und 7. l. Mts. an die Hand gegebenen Gedanken war es interessant, von Marchese *di San Giuliano* zu hören, daß er die im ersteren Telegramme wiedergegebene Ansicht über die Absichten des Dreiverbandes mit Bezug auf die Flottenpolitik vollkommen teilt.

Nur so — meinte er — lasse sich die bisherige passive und tastende Kriegsführung der anglo-französischen Flotte in der Adria erklären.

Nach seiner Ueberzeugung würde die Entente diesen Zweck nicht erreichen und Alles, was in seiner Macht stehe, werde er hiezu beitragen. Dies sei auch der Hauptgrund, warum er sich trotz seiner schweren Leiden entschlossen habe, auf seinem Posten auszuharren.

Auf meine Bemerkung, daß auch Euer Exzellenz dem ja eine Ansicht bekannt, da der Entschluß nur mit vollkommener Befriedigung erfüllt könne, und daß er damit gewissermaßen logisch und konsequent seine eigene, seit seinem Einzuge in die Consulta befolgte Politik verteidige, bemerkte er, daß dies auch immer seine Politik bleibe und daß dies die einzige sei, die Italien vernünftigerweise machen könne.

Marchese *di San Giuliano* führte weiter aus, die Gegner begännen nun einzusehen, daß sie die Partie nicht gewinnen würden. Der Aerger über diese Erkenntnis bringe es aber mit sich, daß ihre Anstrengungen verdoppelt würden, so daß sie jeden kleinen Vorfall zu ihren Vorstößen ausnützen; man dürfe dies nicht zu ernst nehmen, das würde sich aber noch oft wiederholen und die hiesige Regierung tue das Möglichste, dem entgegenzuwirken, soweit die hiesigen freiheitlichen Institutionen es gestatten. Sie müsse dabei aber vorsichtig sein, um nicht den Gegnern ihrerseits neue Waffen in die Hände zu geben. Die eben in Rom stattgehabte Verhaftung von Verbreitern irredentistischer Flugblätter beweiße, daß es ihr damit ernst ist und daß sie der Sache ihre Aufmerksamkeit zuwendet.

Nr. MCXIII. Graf Berchtold an Freiherrn von Turchio.

Rb. Vorgesch. m. It. II 51.

(Telegramm.)

Wien, am 12. Oktober 1914.

Ich erfahre aus Berlin, daß sich Marchese *di San Giuliano* dem Botschafter in Rom gegenüber dahin hätte vernehmen lassen, „daß, wenn es zur Expedition nach Albanien käme, man hie und da Detachements landen lassen würde, die dann je nach der Entwicklung der Dinge verwendet würden. Eine Besetzung Sasonos, wie dies ursprünglich ins Auge gefaßt worden sei, hätte keinen Zweck“.

Nr. MCXIII. Freiherr von Turchio an Grafen Berchtold.

Rb. Vorgesch. m. It. II 65.

(Telegramm.)

Rom, am 18. Oktober 1914.

Auftragsgemäß habe ich anlässlich des Ablebens des Marchese *di San Giuliano* heute italienischen Ministerpräsidenten Bologni der k. u. k. Regierung übermittelt und die Gefühle der persönlichen Anteilnahme Euer Exzellenz verdolmetscht.

Herr *Salandra* bat mich zunächst, für diese wohlthuende Kundgebung sowohl der k. u. k. Regierung als speziell Euer Exzellenz den warmsten Dank des italienischen Kabinettes zu übermitteln.

Der Ministerpräsident bemerkte in der folgenden Konversation, er habe zunächst das Interim des Ministeriums des Aeußern übernommen, um in der Öffentlichkeit alle Erörterungen abzuschneiden und um keinen Moment die Vermutung aufkommen zu lassen, als ob der Wechsel in der Person des Ministers des Aeußern etwa einen Wechsel der äußeren Politik Italiens mit sich bringen könnte. Solange er Kabinettschef sein werde, werde der von *Marchese di San Giuliano* befolgte Kurs beibehalten werden.

**Nr. MCXIV. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 66.**

(Telegramm.)

Rom, am 19. Oktober 1914.

Der Generalsekretär sagte mir, italienische Regierung habe aus französischer Quelle Nachricht vom Vormarsche griechischer Truppen gegen *Argyrokastro* erhalten.

Da zugleich auch Informationen vorliegen, daß 1000 Bewaffnete mit *Mitrailleusen* auf Segelschiffen eine Landung in Albanien planen, weiters die Absichten *Essads*, der jetzt allerdings versucht habe, eine Streitmacht aus *Valona* an sich zu ziehen, zweifelhaft seien und somit die Neutralität Albaniens gefährdet erscheine, beabsichtigte Consulta, an italienische Botschafter bei Signatarmächten Londoner Protokolles ein Zirkulare zu richten; in demselben wolle sie als einzige neutrale Macht unter den Unterzeichneten ihr unverrücktes Festhalten an demselben betonen und ihre Absicht aussprechen, etwaige Landungsversuche zu verhindern, wozu eine Verstärkung ihrer dort vorhandenen Schiffsbestände vorgenommen werden würde.

Ich habe mich darauf beschränkt, zu bemerken, daß wir ja auch auf Basis Londoner Protokolles stünden und daher unser Zusammenwirken mit Italien dort fort dauere, wenn es auch jetzt nur ein ideelles sein könnte.

**Nr. MCXV. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 67.**

(Telegramm.)

Wien, am 22. Oktober 1914.

Laut Meldung aus Berlin hat dortiger italienischer Botschafter dem Unterstaatssekretär gestern mitgeteilt, Italien habe sich entschlossen, Schiffe an der albanischen Küste kreuzen zu lassen, um die Einfuhr fremder Waffen und Munition zu verhindern. Da die übrigen Mächte, welche die albanische Selbständigkeit garantiert hätten, im Kriege seien, fühle sich Italien verpflichtet, diese Rolle zu übernehmen.

Herr *Bollati* fügte bei, er könne Herrn *Zimmermann* vertraulich mitteilen, man verbinde in Rom mit dieser Maßnahme keinerlei andere Absicht, sehe vielmehr darin eine willkommene Gelegenheit zur Ablenkung der öffentlichen Meinung von dreibundfeindlichen Demonstrationen.



**Nr. MCXVI. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.****Rb. Vorges. m. It. II 68.**

(Telegramm.)

Rom, am 22. Oktober 1914.

Herr *de Martino* sagte mir, Sir *E. Grey* habe italienische Regierung auf großes Elend und Hungersnot unter den Mohammedanern im Epirus aufmerksam gemacht und unter Betonung der Gefahr, daß sich diese Uebelstände in einem Massaker der Christen Luft machen könnten, der italienischen Regierung nahegelegt, sich mit dem Gedanken der Sanierung zu befassen.

Es werde daher gegenwärtig in der Consulta die Idee irgendeiner Art von kleinen sanitären Aktionen „avec des gardes“ in Erwägung gezogen. Eine militärische Expedition, wie sie in der hiesigen Presse besprochen werde, sei ausgeschlossen.

Italien werde dabei jedenfalls die zwei Kardinalpunkte der Londoner Beschlüsse, das ist Neutralität und Grenzen Albaniens, beachten.

**Nr. MCXVII. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorges. m. It. II 69.**

(Erlaß.)

Wien, am 24. Oktober 1914.

In der Anlage erhalten Euer Exzellenz Abschrift einer Aufzeichnung über eine Unterredung, die ich gestern mit Herzog *Ararna* in Angelegenheit einer italienischen Aktion in Albanien hatte.

Beilage.

L'Ambassadeur d'Italie m'a fait lecture le 23 octobre d'un télégramme de son Gouvernement dont la teneur se peut résumer ainsi que suit:

L'Ambassadeur d'Angleterre, Sir *J. Rennell Rodd*, a appelé l'attention du Gouvernement italien sur la situation misérable de l'Epire et sur le danger de massacres. Le Gouvernement autonome ne serait pas à même de pourvoir à ce sujet.

Monsieur *Venizelos* ne peut faire moins que d'envoyer un régiment à Argyrocastro pour éviter des massacres et s'engager à retirer ces troupes plus tard si les Puissances le désirent. Le Gouvernement grec ne soulèverait pas d'objection contre une occupation italienne de Valona.

Sir *J. Rennell Rodd* espère que le Gouvernement italien et le Gouvernement grec trouveront le moyen de s'entendre.

En présence de cette demande de l'Ambassadeur d'Angleterre le Président du Conseil italien aurait fait valoir les considérations suivantes:

Monsieur *Salandra* ne pouvait pas accueillir l'idée d'une entente directe avec la Grèce au sujet d'une occupation même provisoire de l'Epire avec des troupes helléniques. Il appréciait toutefois les considérations humanitaires que le Gouvernement hellénique avait alléguées et ne ferait pas d'opposition à l'envoi d'un régiment de troupes helléniques à Argyrocastro comme mesure de police tout en prenant acte de l'engagement de Monsieur *Venizelos* de les

retirer en son temps. Il se réservait enfin d'accomplir à Valona les opérations de police et les mesures humanitaires nécessaires en faveur des réfugiés. Les délibérations de Londres au sujet de l'Albanie devaient rester valables.

Le Duc *Leornu*, chargé de me communiquer ce qui précède à titre officieux, confidentiel, a ajouté, en la présence de la situation actuelle de Valona, et dans le but de prouver le pour des raisons humanitaires aux réfugiés, au Gouvernement italien se propose d'y envoyer les opérations nécessaires sans donner à ces dernières un caractère officiel. Ses relations officielles avec l'Italie, pour occupation fonctionnelle de la ville de Valona, des déclarations de Londres concernant l'Albanie devraient rester intactes.

En possédant connaissance de la communication faite par le Duc d'Anjou, j'ai appuyé sur les réserves mises en avant par le Gouvernement italien au sujet du caractère des opérations policières et humanitaires envisagées par le Duc d'Anjou. J'ai surtout insisté sur le caractère officiel des déclarations de Londres comme base de l'expédition en question. J'ai ajouté expressément que le caractère officiel italien également de ceux de son côté ne devait pas être affecté. J'ai dit en français bien entendu, que cet accord devait rester intact.

Le Duc d'Anjou m'a promis de télégraphier cela à son Gouvernement.

**Fr. 1045111. Herr von Hapshausen an Grafen Borcholt.**

**Ab. Vorgesch. n. H. II 70**

(Telegramm.)

Valona, am 26. Oktober 1914.

Italienisches Kriegsschiff „Dandolo“ heute nachmittags eingelaufen, anschließend mit weiteren Schiffen an Bord.

Spezialkorrespondenten maßgebender italienischer Blätter in Valona ein-  
getroffen.

**Fr. 1045112. Herr von Hapshausen an Grafen Borcholt.**

**Ab. Vorgesch. n. H. II 71.**

(Telegramm.)

Valona, am 30. Oktober 1914.

Italienische Eskader hat auf Saseno schwaches Marinedetachment gelandet.

Mein italienischer Kollege machte mir hiervon Mitteilung, ohne auf die Natur des Charakters dieser Maßnahme (Beobachtungsposten oder militärische Besetzung) einzugehen.

Auf höchstem Punkte der Insel weht italienische Flagge.

**Fr. 1045113. Graf Borcholt an Freiherren von Macchio.**

**Ab. Vorgesch. n. H. II 72.**

(Telegramm.)

Wien, am 31. Oktober 1914.

Anschließend an eine Mitteilung über die bereits bekannte Errichtung einer italienischen Sanitätsstation in Valona wurde seitens der italienischen

Botschaft heute weiters auftragsgemäß bekanntgegeben, daß die italienische Regierung behufs effektiver Wahrung der Neutralität Albaniens zur provisorischen Okkupation der Insel Saseno geschritten sei.

**Nr. MCXXI. Herr von Majerhauser an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 73.**

(Telegramm.)

Valona, am 1. November 1914.

Hiesiger italienischer Vertreter hat Lokalbehörde mündlich von Besetzung Sasenos, die er als eine Maßregel zum Schutze albanischer Neutralität und zur Aufrechterhaltung Londoner Beschlüsse bezeichnete, verständigt und hinzugefügt, daß bezüglich Valonas nichts Ähnliches geplant sei.

Ich bemerke, daß der provisorische Charakter der Maßnahme nicht speziell zum Ausdruck gelangte.

**Nr. MCXXII. Graf Berchtold an Freiherrn von Machio. \*)**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 74.**

(Telegramm.)

Wien, am 12. Dezember 1914.

Ich habe gestern den Besuch des italienischen Botschafters gehabt, der mir auftragsgemäß mündlich eine Mitteilung machte, deren Inhalt ich in Kurzem wie folgt resumiere.

Durch den militärischen Einmarsch Oesterreich-Ungarns in Serbien sei eine neue Lage geschaffen worden, die im Sinne des Art. VII des Dreibundvertrages Gegenstand einer Konversation zwischen uns und Italien bilden müsse. Auf Grund dieses Artikels bestehe selbst für eine nur temporäre Okkupation serbischen Gebietes für uns die Verpflichtung eines vorgängigen Akkords mit Italien. Wir hätten somit das römische Kabinett, noch bevor unsere Armee die serbische Grenze passiert, verständigen und ein Einvernehmen herbeiführen müssen. Baron *Sonnino* wolle auf diese Verspätung nicht insistieren und unsere militärischen Maßnahmen nicht behindern, was als ein Beweis der konzilianten Dispositionen des Königreiches anzusehen sei. Es folgte ein Hinweis auf unsere Einsprache gegen verschiedene italienischerseits geplante Operationen während des italo-türkischen Krieges und speziell auf die von uns gegen eine Aktion vor den Dardanellen formulierten Reserven. Italien habe, so hieß es weiter, ein primordiales Interesse an der Erhaltung der vollen Integrität und der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Serbiens. Unsere wiederholten Erklärungen, keine territorialen Erwerbungen auf Kosten Serbiens machen zu wollen, bedeuten keine formelle dauernde Verbindlichkeit. Uebrigens sei die Invasion serbischen Gebietes — wenn sie auch nur temporären Charakter besitzt — schon hinreichend, um

\*) Anm.: Vgl. dazu den italienischen Wortlaut, Nr. 1 des italienischen Grünbuchs, unten unter „italienische Kundgebungen“. — Herausgeber.

das Gleichgewicht auf dem Balkan zu stören und Italien ein Recht auf Kompensationen zu geben. Auch im Falle der Erlangung von Vorteilen nicht territorialer Natur durch Oesterreich-Ungarn stehe Italien dieses Recht laut Art. VII zu. Nach Ansicht der italienischen Regierung sei es notwendig, ohne Zeitverlust in konkrete Verhandlungen einzutreten, da eine Situation geschaffen worden sei, welche vitalste politische und wirtschaftliche Interessen nahe berühre. Herzog *Avarna* verwies sodann auf die im italienischen Parlamente zutage getretene Beunruhigung und auf die öffentliche Meinung Italiens, welche deutlich die Tendenz der italienischen nationalen Aspirationen manifestiere und mit welcher die italienische Regierung ernstlich rechnen müsse. Wenn ein Einverständnis zwischen den beiden Regierungen auf der Baron *Sonnino* vorschwebenden Basis erzielt werden könnte, würden die bisherigen Reibungen und so bedauerlichen häufigen Inzidenzfälle verschwinden und ein Verhältnis kordialer und dauernder Freundschaft möglich werden, ohne welches jeder offizielle Akkord leer und steril bleibe.

Zum Schlusse der Mitteilung hob der Botschafter den freundschaftlichen Geist hervor, welcher seinem Schritte zugrunde liege.

**Nr. MCXXIII. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 75.**

(Telegramm.)

Wien, am 12. Dezember 1914.

In Beantwortung der Euer Exzellenz heute mitgeteilten Eröffnung Herzog *Avarnas* habe ich dem Botschafter vor allem mein Erstaunen über diese Eröffnung ausgedrückt, indem der Ausgangspunkt derselben, nämlich der Hinweis darauf, daß wir vor Ueberschreiten der serbischen Grenze das Einvernehmen mit der italienischen Regierung hätten pflegen sollen, durch die tatsächliche Lage nicht begründet erscheine. Er müsse sich doch erinnern, daß ich ihm seinerzeit von unserer Absicht Mitteilung gemacht hatte, die letzten Konsequenzen aus der Haltung Serbiens zu ziehen, und daß uns damals *Marchese di San Giuliano* die formelle Zusicherung gegeben hätte. Italien werde die militärischen Operationen nicht stören, und wünsche von uns nur die Anerkennung der Anwendbarkeit des Art. VII auf den gegenwärtigen Fall. Von ersterer Zusage hätten wir damals Kenntnis genommen, bezüglich letzteren Verlangens sei nach einigem Verhandeln unsererseits der italienische Standpunkt akzeptiert worden. Auch haben wir, als *Marchese di San Giuliano* anfangs August in einem Briefe an Herrn *von Mérey* die Umstände zur Sprache brachte, die einer Klarstellung bedürften, um das Verhältnis zu den Verbündeten auf solide Grundlage zu stellen, in entgegenkommender Weise geantwortet, ohne daß jedoch von italienischer Seite weiter darauf zurückgekommen worden wäre.

Hinsichtlich unserer Reserven während des libyschen Feldzuges müsse ich bemerken, daß der Einwand des Grafen *Aehrenthal* gegen die Operation an der albanischen Küste in erster Linie auf Grund unseres albanischen Akkords erfolgte, daß die Besetzung der Aegäischen Inseln sich tatsächlich



als eine Okkupation darstellte, nachdem dies keine militärische Operation auf dem Kriegsschauplatze war und es sich Italien nur um die Gewinnung eines Faustpfandes handelte, endlich die Aktion in den Dardanellen den Status quo des türkischen Reiches bedrohte, daher mit dem Geiste des Dreibundvertrages, welcher zur Erhaltung des türkischen Besitzstandes auf dem Balkan geschlossen war, im Widerspruche stand. Wir hätten uns übrigens bezüglich letzterer Aktion darauf beschränkt, Italien auf die bedenklichen Folgen aufmerksam zu machen und eine Mitverantwortung für die eventuellen Folgen abzulehnen. Da der Botschafter auch von der seinerzeit erfolgten Einsprache gegen eine Ausdehnung des libyschen Feldzuges auf das kleinasiatische Festland Erwähnung tat, verwies ich meinen Mitredner auf die grundlegenden Unterschiede zwischen der damaligen Situation, wo Italien an die Schaffung eines neuen Kriegsschauplatzes dachte, und der jetzigen, wo wir auf dem einzig möglichen Kriegsschauplatze kämpfen.

Ich habe weiters dem Herzog *Avarna* auseinandergesetzt, daß im gegenwärtigen Falle von einer temporären Okkupation nicht die Rede sein könne. Der Ausdruck „temporäre Okkupation“ sei auf Grund der Okkupation Bosniens und der Herzegowina in den Dreibundvertrag aufgenommen worden. Daß unsere gegenwärtigen militärischen Operationen als Okkupation irgendeines bestimmten Gebietes angesehen werden könnten, wird wohl schwer zu behaupten sein. Auch wäre ich garnicht in der Lage, in diesem Augenblicke mit Sicherheit anzugeben, ob wir diesen oder jenen Punkt eben jetzt besetzt hielten, da dies ja fortwährend wechsele.

Was die Integrität Serbiens anbelange, so hätten wir, wie er wisse, dieselbe nie anzutasten beabsichtigt, sondern im Gegenteile bilde die Konvoiturierung unseres Besitzstandes durch Serbien den Ausgang des Krieges. Vorläufig stünden wir auch noch immer auf der Basis, nichts anzustreben als die Erhaltung und Sicherung unseres Besitzstandes. Sollten wir an die Okkupation irgendeines bestimmten Gebietes ernstlich denken, würden wir in loyaler Weise die italienische Regierung hievon verständigen und uns wegen der Kompensationsfrage mit ihr ins Einvernehmen setzen.

Da man heute absolut nicht voraussehen könne, wie sich die Dinge weiter gestalten werden, könne ich die Auffassung, daß durch die Tatsache unseres Einmarsches in Serbien schon das Gleichgewicht auf dem Balkan gestört sei, nicht akzeptieren. Ein Akkord müsse doch eine bestimmte Grundlage haben und könne unmöglich alle Eventualitäten vorhersehen oder von Tag zu Tag Modifikationen erleiden. So gerne ich dazu beitragen möchte, diese Sachlage klarzustellen, so könne ich doch mit bestem Willen heute noch kein Substrat für einschlägige Verhandlungen vor uns sehen, dies um so weniger, als es ja in unserem Verträge ausdrücklich heiße, daß die Kompensationen den von der anderen Vertragsseite erlangten Vorteilen angepaßt zu sein hätten.

Zum Schlusse der Konversation habe ich den Botschafter ersucht, seiner Regierung das Ungereimte einer Auffassung vor Augen zu führen, die, wie



Italien besetzten Inseln im Aegäischen Meere, deren Räumung uns ausdrücklich zugesagt wurde, sowie die Besitzergreifung der Insel Saseno aufzunehmen.

**Nr. MCXXV. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 77.**

(Telegramm.)

Wien, am 13. Dezember 1914.

Im Auftrage seiner Regierung hat Herr *von Tschirschky* heute hier Folgendes mitgeteilt:

Das Auswärtige Amt sei benachrichtigt worden, daß Herzog *Avarna* den Auftrag erhalten habe, Besprechungen über die Kompensationsfrage im Sinne des Art. VII des Dreibundvertrages einzuleiten. Das römische Kabinett habe an diese Mitteilung das Ersuchen geknüpft, die deutsche Regierung möge diesen Wunsch in Wien unterstützen.

Auf die Einwendung Herrn *von Jagows*, es sei noch nicht Zeit, das Fell des Bären zu teilen, habe Herr *Bollati* erwidert, daß es sich nur um einen Ideen austausch handle. Darin, daß seine Regierung jetzt in Wien reden wolle, zeige sich eben deren Absicht, auch weiterhin auf dem Boden des Vertrages zu verbleiben und in der Neutralität zu verharren.

Gegen des Staatssekretärs Andeutung, diese Sprache Italiens könne als Drohung aufgefaßt werden, verwahrte sich der italienische Botschafter auf das entschiedenste.

Im Laufe des weiteren Gespräches zwischen Herrn *von Jagow* und Herrn *Bollati* wurde auch die Unklarheit berührt, welche über Italiens eigentliche Wünsche herrsche, und sprach der Staatssekretär dem königlich italienischen Botschafter gegenüber vertraulich seine persönliche Ansicht dahin aus, daß das Wort „Trentino“ nicht ausgesprochen werden solle.

Die Herrn *von Tschirschky* zugekommene Weisung resumierte die Anschauung der Regierung dahin, daß, so müßlich auch die Kompensationsfrage sei, es nach der Lage der Dinge doch dringend anzuraten sei, in den italienscherseits gewünschten Gedanken austausch einzutreten.

Der Staatssekretär nehme zwar an, daß Italien an das „Trentino“ denke, glaube aber kaum, daß das römische Kabinett es wagen werde, das Wort auszusprechen. Sollte dies wider Erwarten doch geschehen, so würde es sich seiner Auffassung nach empfehlen, eine schroffe Ablehnung zu vermeiden, vielmehr die Gründe auseinanderzusetzen, welche Oesterreich-Ungarn diese Abtretung unmöglich machen.

**Nr. MCXXVI. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 78.**

(Erlaß.)

Wien, am 21. Dezember 1914.

Um auf die einzelnen von mir kürzlich in der Kompensationsfrage vorgebrachten Argumente zu replizieren, hat Herzog *Avarna* von seiner Regierung Gegenargumente zur Verwertung bei mir erhalten.

Der Botschafter hat sich nun am 19. I. Mts. in nachstehendem Sinne vernehmen lassen.

Baron Sonnino verwahrt sich gegen die Unterscheidung zwischen „occupation temporaire“ und „occupation momentanée dérivant d'opérations de guerre“. Eine solche sei gegen den Geist und den Buchstaben des Art. VII.

Bevor wir die serbische Grenze überschreiten, hätten wir uns mit Italien ins Einvernehmen setzen sollen. Italien habe uns diesfalls keine Schwierigkeit gemacht und damit einen schlagenden Beweis seiner freundschaftlichen Absicht gegeben, die militärischen Notwendigkeiten Oesterreich-Ungarns in Rechnung zu nehmen. Für Oesterreich-Ungarn bleibe aber die Verpflichtung bestehen, mit Italien einen Akkord über die Kompensationsfrage herzustellen.

Unserer Argumentation hinsichtlich unseres Verhaltens während des libyschen Feldzuges wird entgegengehalten, daß wir damals nicht nur temporäre oder momentane Okkupationen gehindert hätten, sondern selbst bloße Küstenbombardements usw. Die besorgte Störung des Status quo könne nicht angerufen werden, da ja eben Oesterreich-Ungarn durch sein Vorgehen gegen Serbien das durch den Art. VII vorgesehene Gleichgewicht gestört habe.

Unsere Versicherung, Serbien nicht vernichten zu wollen, könne Italien, welches erklärt hatte, nicht zulassen zu können, daß die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens tangiert werden, was gegen die italienischen Interessen wie gegen die Vertragsbestimmungen verstoßen würde, nicht als genügend betrachten. Zwischen der Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Integrität und Unabhängigkeit einer- und der Vernichtung andererseits liege ein großes Spatium und dies müsse eben den Gegenstand und die Grundlage der Verhandlungen und Akkords bilden. Die territoriale Besetzung, selbst partielle — permanente oder temporäre — wie auch Vorteile nicht territorialer Natur, ja selbst die bloße politische Einflußnahme oder wirtschaftliche Privilegien müßten den Gegenstand eines accord préalable auf der Grundlage von Kompensationen bilden.

Unsere Erklärung, eine Vereinbarung anbahnen zu wollen, wenn wir im Begriffe sind, zu einer tatsächlichen Besetzung zu schreiten, genüge nicht und müßte die italienische Regierung bedauern, wenn wir uns nicht jetzt schon bestimmt finden wollten, in einen Gedankenaustausch hierüber einzugehen.

Zum Schlusse wird darauf hingewiesen, daß eine verlängerte Konversation über die prinzipielle Interpretation des Art. VII, indes die Ereignisse ihren Weg gehen und Italien vor faits accomplis stellen können, als sehr schädlich für die italienischen Interessen betrachtet werden müßte und daß es von höchster Wichtigkeit wäre, die gegenseitigen Beziehungen auf die solide Grundlage dauernden gegenseitigen Vertrauens zu stellen.

Ich habe den Botschafter zu Ende reden lassen, ohne ihn zu unterbrechen, und mich dann im wesentlichen in nachstehendem Sinne geäußert:

Vorausschicken müsse ich, daß ich es bedauerlich und ungerechtfertigt finde, wenn seitens der italienischen Regierung unserem Verhalten sowohl



während des libyschen Feldzuges wie zu Beginn unseres Krieges gegen Serbien ein unfreundlicher Charakter gegen Italien beigelegt werde. Nichts sei unrichtiger als diese Darstellung. Man vergesse offenbar in Rom, daß wir, als Italien im Jahre 1911 den Feldzug, ohne uns zu verständigen, entriert hatte, Italien keine Schwierigkeit in den Weg legten, den Kampf in Afrika auszufechten, daß wir während der Friedensverhandlungen auf die Pforte wiederholt Einfluß genommen haben, um sie zu bestimmen, sich den italienischen Forderungen anzupassen, und daß wir die Ersten waren, die diesen neuen Besitzstand anerkannten. Wenn Graf *Aehrenthal* und auch ich auf die Gefahren aufmerksam machten, die eine Verlegung des Kriegsschauplatzes in die europäische Türkei im Gefolge haben könnte, so geschah dies, weil durch ein solches Vorgehen der Status quo der europäischen Türkei, dessen Erhaltung der Dreibundvertrag in erster Linie bezweckte, gefährdet erschien. Bei der Besetzung der Inseln des Dodekanesos, die doch gewiß mehr als bloße Kriegeroperationen war, da sie ja heute noch fortbestehe, haben wir, soweit es uns irgend möglich schien, dem italienischen Standpunkte Entgegenkommen bewiesen. Er möge auch nicht vergessen, daß es nach Abschluß jenes Feldzuges nicht an offiziellen und offiziösen Kundgebungen in Italien gefehlt habe, die unser bundesfreundliches Verhalten voll würdigten und anerkannten.

Im Anschlusse hieran brachte ich Herzog *Avarna* in Erinnerung, daß beiderseits — hier wie in Rom — noch vor nicht langer Zeit konstatiert worden war, das Bundesverhältnis sei nie so fest gewesen seit dreißigjährigem Bestande wie nach dem libyschen Feldzuge, und das albanische Problem, welches während der Balkankriege in den Vordergrund getreten ist, habe die beiden Regierungen hinsichtlich der großen Grundprinzipien geeint gefunden und in gemeinsamer täglicher Kleinarbeit einander noch näher gebracht. Man dürfe auch weiterhin nicht die großen Richtlinien aus dem Auge verlieren. Italien, so wie wir, habe große Kulturinteressen gegen gemeinsame Gefahren zu schützen und können wir diesen letzteren auf die Dauer nur durch einträchtiges Zusammengehen die Stirne bieten. Meiner Politik Italien gegenüber habe dieser Grundgedanke zur Richtschnur gedient und müßte ich es tief beklagen, wenn dies in Italien nun verkannt werden sollte.

Wenn daraufhin verwiesen wird, daß wir uns, bevor wir die serbische Grenze überschritten, mit Italien ins Einvernehmen hätten setzen sollen, so möchte ich bemerken, daß für uns kein Anlaß hiefür vorlag, nachdem wir den Krieg gegen Serbien bloß begonnen haben, um uns gegen die serbischen Uebergriffe zu wehren. Italien gegenüber haben wir damals die von demselben geltend gemachte Interpretation des Art. VII anerkannt und hätten uns gewiß nicht geweigert, eine Konversation auf Grund desselben aufzunehmen, wenn sie italienischerseits gewünscht worden wäre.

Auch jetzt halten wir an denselben Gesichtspunkten fest, nämlich

1. daß wir die Ansprüche, die Italien auf Grund des Art. VII gegebenenfalls stellen könnte, nicht in Zweifel setzen und

2. daß wir bereit sind, uns in einen Gedankenaustausch mit Italien über die Kompensationsfrage einzulassen, wobei wir uns allerdings nicht verhehlen, daß es bei der gegenwärtigen Kriegslage, speziell auf dem Balkan, nicht leicht fallen dürfte, eine stabile Basis für eine solche Konversation zu schaffen.

Was die Distinktion zwischen temporärer Okkupation und Kriegsoperation anbelangt, so müsse ich die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung darauf lenken, daß diese Unterscheidung auf die Okkupation Bosniens und der Herzegowina zurückzuführen sei, welche keinen permanenten Charakter hatte und bei Abfassung des Dreibundvertrages als Präzedenz in Anschlag genommen wurde. An einfache Kriegsoperationen mit vorübergehenden Gebietsbesetzungen konnte damals unmöglich gedacht werden. Auch würde diese Interpretation, falls diese Kriegsoperationen den Kompensationsanspruch bedingen sollten, uns wie Italien in die Unmöglichkeit setzen, einen Akkord zu schließen, da alle Peripetien der militärischen Aktionen sich unmöglich voraussehen ließen.

Wenn italienischerseits eine Parallele gezogen wird zwischen unserer Behinderung der Gefährdung des Status quo in der europäischen Türkei während des libyschen Feldzuges und der Bedrohung des Status quo auf der Balkanhalbinsel durch unsern Waffengang in Serbien, so scheint übersehen zu werden, daß es sich damals in der Tat um den Status quo, wie er im Dreibundvertrage vorgesehen war, handelte, während derselbe seither zugunsten Serbiens durch den Bukarester Vertrag umgestoßen worden ist.

Hinsichtlich des italienischerseits gemachten Einwandes, daß es nicht genügen könne, wenn wir bloß die Versicherung abgeben, nicht die Absicht zu haben, Serbien zu vernichten, gebe ich vollkommen zu, daß sich der italienische Kompensationsanspruch nicht nur auf diesen Fall beschränke. Auch sei eine gegenteilige Behauptung von uns nie aufgestellt worden.

**Nr. MCXXVII. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 79.**

(Telegramm.)

Rom, am 21. Dezember 1914.

Schon vor zwei Tagen hatte Baron *Sonnino* mir gegenüber das Gespräch auf die von Herzog *Avarna* in seinem Auftrage eingeleitete Konversation mit Euer Exzellenz gebracht und bemerkt, daß jetzt allerdings der Ausgangspunkt, nämlich die Okkupation gewisser Teile Serbiens durch die k. u. k. Truppen, in Wegfall gekommen sei.

Ich konnte hiebei konstatieren, daß ihm die Antwort Euer Exzellenz bereits zugekommen sei und daß er hierauf eine Gegenargumentation dem italienischen Botschafter in Wien habe zukommen lassen. Da über deren Aufnahme ihm damals noch nichts bekannt war, ebensowenig wie mir, ich also nicht vorgreifen wollte, andererseits Baron *Sonnino* erwähnte, daß ihm daran liege, schon jetzt mit der k. u. k. Regierung diese Frage freundschaftlich zu erörtern, so beschränkte ich mich meinerseits darauf, hervorzuheben,

daß, wie ich wüßte, auch die k. u. k. Regierung gerne bereit sei, eine solche prinzipielle Erörterung fortzusetzen.

Ich glaube nicht, daß hier der Eindruck bestehen kann, als ob wir eine weitere Konversation ablehnten.

**Nr. MCXXVIII. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 80.**

(Telegramm.)

Valona, am 25. Dezember 1914.

An verschiedenen Stellen der Stadt wurden heute früh einzelne Schüsse abgefeuert; italienische Kolonie flüchtete ins Konsulat.

Hierauf landeten italienische Stationäre 300 Mann mit Landungsgeschützen, welche öffentliche Gebäude besetzten.

**Nr. MCXXIX. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 81.**

(Telegramm.)

Valona, am 25. Dezember 1914.

Nach Vollziehung Besetzung der Stadt suchte mich italienischer Konsul auf und erklärte:

Infolge revolutionärer Stimmung in der Umgebung Valonas sowie heutigen Zwischenfalles (Gewehrschüsse) habe er an Admiral *Patris* Ersuchen gestellt, die Stadt zwecks wirksamen Schutzes italienischer und fremder Kolonien militärisch zu besetzen; Durchführung dieser Maßregel habe auch Okkupation von Kanina und Svernez zur Folge.

Admiral *Patris* vom Stationär in italienisches Konsulat übersiedelt. Stadt ruhig.

**Nr. MCXXX. Graf Berchtold an Grafen Ambrózy.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 82.**

(Telegramm.)

Wien, am 26. Dezember 1914.

Herzog *Avarna* hat mich heute aufgesucht und sich auftragsgemäß in nachfolgendem Sinne geäußert:

In Albanien herrsche eine völlige Anarchie. Unter dem Eindrucke der bestehenden Verhältnisse habe die Regierung in Durazzo am 20. l. Mts. einstimmig den Beschluß gefaßt, den Schutz Italiens anzurufen, damit dieses raschestens interveniere und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe sicherstelle.

Die italienische Regierung habe weiters in den letzten Tagen aus Valona Nachrichten erhalten, denen zufolge dort sich gefährliche Ereignisse mit unbekannten Zielen vorbereiten. Die Stimmung in Valona sei eine sehr erregte gewesen, Gewehrschüsse seien gefallen, in der Bevölkerung habe Unruhe geherrscht und die auf das italienische Konsulat geflüchteten Nationalen hätten den Admiral *Patris* gebeten, Marinesoldaten landen zu lassen. Diesem Verlangen wurde Folge gegeben.

Die italienische Regierung bringe der k. u. k. Regierung zur Kenntnis, daß sie die durch die Lage gebotenen Maßnahmen ergreifen werde, um normale Zustände in der Stadt wiederherzustellen. Italien habe keineswegs die Absicht, zu weiteren Besetzungen außerhalb Valonas zu schreiten; auch bezüglich dieser Stadt handle es sich nur um provisorische Maßnahmen. Der provisorische Charakter derselben erhele schon aus dem Umstande, daß sie von einer Signatarmacht der Londoner Konferenz ergriffen werden und Italien das größte Interesse daran habe, daß die Albanien betreffenden Beschlüsse dieser Konferenz aufrecht erhalten bleiben.

Ich habe mich darauf beschränkt, dem Botschafter zu sagen, daß ich von seiner Eröffnung unter Hervorhebung der abgegebenen Erklärung Akt nehme. Italien gehe von den Beschlüssen der Londoner Konferenz aus und sei bemüht, denselben Geltung zu schaffen.

#### **Nr. MCXXXI. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 83.**

(Bericht.)

Valona, am 26. Dezember 1914.

Fünf in ärmlichen Verhältnissen lebende Individuen gaben am 25. Dezember um 7 Uhr früh in verschiedenen Gassen Valonas Schüsse ab, ohne jemand zu verletzen.

Die Bevölkerung blieb ruhig; die Polizei machte auf die Ruhestörer Jagd, von denen einige ins italienische (!) Konsulat flüchteten.

Der albanische Notable *Tschako* erschien am Fenster seiner Wohnung und erklärte, daß man auf ihn geschossen habe, ein Diener desselben lief auf die Gasse und rief, daß die Griechen kämen.

Mehrere Italiener begaben sich mit gepackten Taschen in ihr Konsulat, wo der Konsul — nach Angabe von Nachbarn — trotz der frühen Stunde bereits seit längerem der Ereignisse harpte.

Um 8 Uhr erfolgte die Landung des Matrosendetachements, das die Straßenkreuzungen, die albanischen Amtsgebäude und die Filiale des Banksyndikats besetzte.

Einige Mitglieder der Lokalverwaltung — deren Chef *Osman Nuri* seit mehreren Tagen in Durazzo ist — sprachen im italienischen Konsulate, wo sich inzwischen Admiral *Patris* eingefunden hatte, vor, baten wegen der morgendlichen Ruhestörung um Entschuldigung und erklärten, daß die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet sei und sie alle außergewöhnlichen Maßnahmen als unbegründet ansähen.

Es wurde ihnen erwidert, daß die herrschende Anarchie den fremden Interessen schade und daß derselben ein Ende gemacht werden müsse.

Hierauf erfolgte der Besuch und die telegraphisch gemeldete Erklärung meines italienischen Kollegen im k. u. k. Konsulate.



**Nr. MCXXXII. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.****Rb. Vorgesch. m. It. II 84.**

(Telegramm.) Valona, am 28. Dezember 1914.

Bisher haben italienische Landungstruppen Posten (15 bis 20 Mann) detachiert nach: Kanina, Djuverina und Höhe östlich Arta.

Svernez nicht besetzt.

**Nr. MCXXXIII. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.****Rb. Vorgesch. m. It. II 85.**

(Telegramm.) Valona, am 28. Dezember 1914.

Weitgehende italienische Ingerenz auf Zivilverwaltung wird allgemein als bevorstehend angenommen. Anzeichen hierfür besonders Informierung über Finanzverwaltung des Distriktes und Verbot Abführung Gelder an Zentralregierung in Durazzo.

**Nr. MCXXXIV. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.****Rb. Vorgesch. m. It. II 86.**

(Telegramm.) Valona, am 29. Dezember 1914.

Heute nachmittags wurden zirka 600 Mann vom Bersaglieriregimente Nr. 10 ausgeschifft und sind in die Stadt eingezogen. Ausschiffung noch nicht beendet, auch Pioniere und Artillerie werden erwartet.

Lokalbehörde und Bevölkerung (letztere über Aufforderung durch öffentliche Ausrufe), Frequentanten italienischer Schule zogen mit albanischen und italienischen Fahnen entgegen und bereiteten Truppen Ovationen.

Auf Präfektur wurde schon heute früh statt der bis gestern gehißt gewesenen türkischen Fahne italienische und albanische Fahne ohne besondere Feierlichkeit aufgezogen.

**Nr. MCXXXV. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.****Rb. Vorgesch. m. It. II 87.**

(Bericht.) Valona, am 1. Jänner 1915.

Die in Valona gelandeten italienischen Truppen bestehen aus:

3 Bataillonen des 10. Bersaglieriregiments;

4 Gebirgsbatterien;

zirka 50 Pionieren.

Das Detachement — dessen Gesamtstärke annähernd 2000 Mann beträgt — steht unter dem Kommando des Obersten *Mosca*.

Die drei Bataillonskommanden befinden sich in Valona, Kanina und auf Höhe Asna (Kote 241 nördlich Valona).

Abteilungen der zwei detachierten Bataillone stehen in: Djuverina, Kishbardha und in der Nähe von Risili.

Außerdem halten Marinesoldaten Krio nero (zirka 60 Mann), den Hafen (zirka 20 Mann) und Porto nuovo (1 Landungskompagnie) besetzt.

Die Anwesenheit zweier Karabinierioffiziere sowie eines Polizeifunktionärs, welch letzterer bereits mit der Lokalpolizei zusammenwirkt, läßt darauf schließen, daß eine Reorganisation der einheimischen Gendarmerie und Polizei geplant ist.

**Nr. MCXXXVI. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 88.**

(Erlaß.)

Wien, am 4. Jänner 1915.

Der deutsche Botschafter hat mir heute — 4. Jänner — auftragsgemäß zwei lange Berichte des Fürsten *Bülow* aus Rom über Unterredungen mit Baron *Sonnino* und Herrn *Giolitti*, betreffend die Haltung Italiens gegenüber der Monarchie, verlesen.

Der Inhalt dieser Berichte läßt sich im nachstehenden zusammenfassen.

Beide italienischen Staatsmänner beteuern ihre dreibundfreundlichen Gesinnungen und bedauern, daß es Italien nicht möglich war, an der Seite der Alliierten in den Kampf einzutreten. Man dürfe nicht vergessen, daß der Krieg Italien unvorbereitet getroffen habe, daß sich Oesterreich-Ungarn nicht mit der italienischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt habe, bevor es die Note an Serbien gerichtet hatte, daß die letztere in einem aggressiven Tone abgefaßt war, der in Italien den übelsten Eindruck machte, und daß in Italien allgemein die Ansicht verbreitet sei, Oesterreich-Ungarn könne bei seinen inneren Zuständen keinen Krieg führen und sei dem Untergange geweiht.

Dazu müsse man sich die Situation Italiens vor Augen halten, die Erregung der öffentlichen Meinung, die Unmöglichkeit für die Dynastie, sich zu erhalten, wenn Italien keinen territorialen Gewinn aus dem Weltkriege ziehe, und die Notwendigkeit, aus diesem Grunde zu rüsten.

Als territoriale Kompensation wurde das Trentino genannt mit dem Hinweise darauf, daß dies von vielen als ungenügend bezeichnet werde, da die Aspirationen sich vielfach selbst auf Triest erstrecken.

Viele Kreise in Italien wünschten allerdings die Erhaltung des Friedens und perhorreszierten ein Abgehen von der Neutralität, dafür schlugen aber die in der Minderzahl befindlichen Kriegshetzer um so mehr Lärm und sei es bekannt, daß in Italien die Schreier meistens die Oberhand behalten.

An diese Mitteilung anknüpfend, war der Botschafter beauftragt, die Wichtigkeit zu betonen, den Faden der aufgenommenen Konversation mit Italien nicht fallen zu lassen und beizeiten zu einem gütlichen Ausgleich zu kommen.

Ich bemerkte Herrn *Tschirschky*, daß bekanntlich eine Konversation über die Kompensationsfrage entriert worden und daß es gegenwärtig an Italien sei, eine Meinungsäußerung abzugeben.

Was speziell die Frage der Abtretung des Trentino anbelangt, glaubte ich Herrn *von Tschirschky* darauf aufmerksam machen zu sollen, daß es mir als sehr fraglich erscheine, ob selbst auf diesem Wege Sicherheit geboten

werden könnte, daß Italien sich doch bis zum Ende ruhig verhalten werde.

Meine Frage, ob denn in den Unterredungen des Fürsten *Bülow* gar nicht die italienische Aktion in Albanien besprochen worden sei, beantwortete der Botschafter dahin, daß sich hierüber in den ihm zur Verfügung gestellten Berichten nichts finde. Es könnte dies aber ein Thema bilden für die Konversation zwischen Wien und Rom.

**Nr. MCXXXVII. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 89.**

(Telegramm.)

Valona, am 5. Jänner 1915.

Die italienische Kontrolle der Zivilverwaltung unter Belassung albanischer Funktionäre wurde folgendermaßen geordnet:

Hauptmann *Castoldi* Ueberwachung der Präfektur und oberste Leitung Karabinieroffizieren unterstellter Polizei und Gendarmerie; Schiffsleutnant *Pericone* Berater — de facto Leiter — der Munizipalität.

**Nr. MCXXXVIII. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 90.**

(Telegramm.)

Rom, am 6. Jänner 1915.

Anläßlich Erörterung der allgemeinen Lage brachte Baron *Sonnino* bei meinem heutigen Besuche Gespräch auch auf Kompensationsfrage. Er meinte, daß wir ja doch in Bälde Vormarsch in Serbien wiederaufnehmen würden, so daß also die formelle Basis für Entrierung bald wieder gegeben sein würde. Deshalb schiene es ihm nützlich, jetzige Pause des politischen Lebens bis zum Wiederzusammentritte der italienischen Kammer zu benützen, um vertrauensvoll und offen zu reden und allmählich beiderseitige Anschauungen zu klären, vielleicht auch die einzelnen Punkte für einen Akkord abzustecken, soweit dies, bevor man die genaueren Resultate des Weltkrieges kenne, in großen Linien schon heute möglich wäre.

Er skizzierte sodann die bekannten Schwierigkeiten der inneren Lage Italiens, das Interesse, das auch wir hätten, das Königtum zu stützen und uns nicht den Wechselfällen eines republikanischen Landes an unseren Grenzen auszusetzen, die enormen Bemühungen des Ententelagers, Italien mit allen möglichen Versprechungen an sich zu ziehen, die Gefahren, welche entstünden, wenn welch immer italienische Regierung bei Abschluß der großen Krise dem Lande mit leeren Händen gegenübertreten müßte.

Wäre sie in der Lage, nicht bloß von einer inhaltslosen prinzipiellen Bereitwilligkeit zu einer Kompensation zu sprechen, sondern auf schon bestehende annehmbare Basen eines abzuschließenden Akkords hinweisen zu können, so würden die franko-englischen Bestrebungen in sich zusammenfallen, ja es würde auch der Fortbestand des Dreibundes auf Grundlagen, die der veränderten Situation angepaßt wären, dem Lande plausibel erscheinen.

Nur im Interesse der Rettung des alten Bundesverhältnisses, das er für das einzig Richtige für Italiens Interessen halte, entschlösse er sich zu diesen peniblen Gesprächen: er habe das Portefeuille mit der Maßgabe übernommen, einen solchen Einigungsversuch zu unternehmen, um die alten Reibungsflächen zu beseitigen, eine gesündere Grundlage für unser Verhältnis zu suchen. Gelänge dies nicht, so würde er eben zurücktreten.

Wir kamen sodann auf die verschiedenen Kompensationen und die Schwierigkeit zu sprechen, für deren Mannigfaltigkeit schon früher eine Formel zu finden, unter die später die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten zu subsumieren wären.

Als ich den Wunsch nach einer Konkretisierung der italienischen Hoffnungen auf territoriale Kompensationen äußerte und auf Albanien anspielte, fand ich Baron *Sonnino*, der überhaupt kein Anhänger des albanischen Abenteuerers ist, ganz ablehnend. Er meinte, für Italien bestehe das ganze Interesse in Albanien nur, zu verhindern, daß andere sich dort festsetzen, aber keines, sich selbst darin zu etablieren.

Ohne das Wort „Trentino“ auszusprechen, deutete er dann an, daß nur in einer Richtung den territorialen Aspirationen Italiens Genüge geschehen könnte.

Ich habe hierauf Gespräch auf mehr theoretische Erörterungen über das Do-ut-des-Prinzip und dergleichen gelenkt und den Minister in der Idee über den Nutzen dieser Konversationen bestärkt, worauf er die Absicht äußerte, Herzog *Avarna* einzuladen, seinerseits mit Euer Exzellenz weiterzusprechen, da man ja zugleich in Wien und hier reden könne. Vor allem sollte man nicht durch Vermittlung Dritter, sondern direkt sprechen, um Mißverständnisse und Mißdeutungen zu vermeiden.

Aus Baron *Sonninos* Äußerungen entnahm ich ferner, daß er die Lage in Italien, insoferne sie sich in der Presse und vor allem in den politischen Kreisen spiegelt, nicht für schlechter hält als vor zwei Monaten.

#### Nr. MCXXXIX. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.

Rb. Vorgesch. m. It. II 91.

(Telegramm.)

Wien, am 7. Jänner 1915.

Die bagatellisierende Äußerung Baron *Sonninos* über Albanien ist meiner Auffassung nach einerseits auf den Umstand zurückzuführen, daß mit der Besetzung von Valona der für Italien wertvollste Punkt sich bereits in italienischen Händen befindet, andererseits daß die italienische Regierung ein naheliegendes Interesse daran hat, sich gegenwärtig uns gegenüber den Anschein zu geben, als lege sie Albanien überhaupt wenig Wert bei.

Aus diesem Grunde halte ich es für wünschenswert, daß Euer Exzellenz sich durch diese Pose nicht davon abhalten lassen, in den weiteren Unterredungen über die Kompensationsfrage auch das albanische Moment stets von neuem ins Treffen zu führen, dessen Wert für Italien Hochdieselben nicht bloß



mit der bisherigen Stellungnahme Italiens zu dem albanischen Probleme, sondern auch mit dem beunruhigenden Eindrucke begründen könnten, den bekanntlich die Entsendung eines griechischen Kriegsschiffes in die albanischen Gewässer in Italien gemacht hat.

**Nr. MCXL. Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 92.**

(Telegramm.)

Wien, am 8. Jänner 1915.

Ich konstatiere mit Befriedigung, daß es Euer Exzellenz gelungen ist, in der Kompensationsfrage mit Baron *Sonnino* eine längere und unbeschadet der heiklen Natur des Themas freundschaftliche Konversation zu führen. Ich kann der Auffassung des Ministers auch nur beipflichten, daß durch eine direkte Aussprache Mißverständnisse und Mißdeutungen leichter vermieden werden können. Die Vermittlung eines Dritten wäre meiner Ansicht nach nur dann anzusprechen, wenn die Konversation auf einen toten Punkt zu gelangen droht.

Bei einer Fortführung des Gespräches schiene es mir wünschenswert, daß die italienischen Kompensationsansprüche nicht als das Hauptthema angesehen werden, sondern als eine Nebenfrage des Komplexes aller das Bundesverhältnis berührenden Gegenstände. Ich lege großen Wert darauf, daß den italienischen Staatsmännern der Umstand klar vor Augen gebracht werde, daß sich die von ihnen erhobenen Ansprüche aus den Bestimmungen eines Artikels des Dreibundvertrages ableiten, an dessen Fortbestande sie erfreulicherweise festhalten, dessen Geist und Wortlaut aber im gegenwärtigen Augenblicke eine fortgesetzte Fühlungnahme und Verhandlungen auf dem Prinzipie des Do-ut-des erfordern.

Wenn wir das Recht Italiens auf allfällige Kompensationen im Prinzipie anerkennen und eine freundschaftliche Konversation hierüber zu führen bereit sind, so muß Italien sich andererseits auch seiner Bundespflichten erinnern. Wir haben die italienische Interpretation über den casus *fordens* gewürdigt, können aber auf Grund des Vertrages eine wohlwollende Neutralität verlangen. Wir haben, obwohl dieselbe (z. B. auf wirtschaftlichem Gebiete) nicht immer eine wohlwollende war, doch, den Italien erwachsenden Schwierigkeiten Rechnung tragend, keine Klagen erhoben, können andererseits aber nicht umhin, zu konstatieren, daß die italienischen Staatsmänner in ihren Einunziationen vor den Kammern das bestehende Bundesverhältnis mit Stillschweigen übergegangen und auch bisher von den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wenig Gebrauch gemacht haben, um durch die Presse eine bundesfreundlichere Stimmung im Lande hervorzurufen.

Im Zusammenhange hiemit wäre auch auf die Mobilisierungsmaßnahmen und die immerhin auffälligen Truppenkonzentrationen gerade an unserer Grenze hinzuweisen, welche unsererseits eben mit Rücksicht auf das Bundesverhältnis ohne jede Aufregung und Reklamation hingenommen wurden, welche aber nicht ohne Rückwirkung auf die Stimmung in Italien selbst geblieben sind und im Auslande als gegen uns gerichtet angesehen wurden.

Ebenso wie bezüglich Italiens militärischer Vorbereitungen ist unser Verhalten auch bezüglich der italienischen Landung in Valona ein völlig unserem Bundesverhältnisse entsprechendes gewesen.

Es schiene mir angezeigt, bei Besprechung der Kompensationsfrage auch diese Momente, ohne irgendwelche Rekrimationen im obigen Sinne zu erheben, zu relevieren und den italienischen Staatsmännern nahezulegen, daß wir von Italien erwarten, es würde bei einer Konversation über aus dem Vertrage hervorgehende Ansprüche sich bemühen, uns greifbare Beweise zu geben, daß es ihm um die Erhaltung und Vertiefung des bundesfreundlichen Verhältnisses ernstlich zu tun sei.

Was die Konkretisierung der italienischen territorialen Wünsche anbelangt, so ist dies ein italienisches Interesse und muß daher die Initiative dem römischen Kabinette überlassen werden.

**Nr. MCXLI. Herr von Mayrhauser an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 93.**

(Telegramm.)

Valona, am 11. Jänner 1915.

Gesprächsweise teilte mir italienischer Konsul mit, daß demnächst italienische Zollbeamte zwecks Organisation Zolldienstes eintreffen.

**Nr. MCXLII. Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 94.**

(Telegramm.)

Rom, am 12. Jänner 1915.

Mein heutiger Besuch bei Baron *Sonnino* bot mir die Gelegenheit, um an der Hand der griechischen Schiffsentsendung nach Durazzo meine Verwunderung auszusprechen, daß der Minister entgegen allen früheren Eindrücken und entgegen der seinerzeitigen Veranlagung der öffentlichen Meinung in Italien nun so wenig Interesse für Albanien bekunde. Angesichts des uns seit langem bekannten Wertes Valonas für Italien und angesichts des Umstandes, daß es auch bei uns als ein Axiom galt, keine Großmacht dort Fuß fassen zu lassen, hätten wir ein sehr großes Zugeständnis darin gesehen, wenn wir jetzt eine solche Möglichkeit zu erwägen bereit wären. Auch stünde mit dem jetzt italienischerseits bekundeten Desinteressement das Unbehagen über das griechische Schiff im Widerspruche.

Baron *Sonnino* meinte hierauf, der Wert Albaniens sei von uns beiden überschätzt worden. Er sähe die Gefahr, von dort aus in alle Balkanhändel hineingezogen zu werden, halte noch immer an den Londoner Beschlüssen fest, fasse daher die jetzige Besetzung als eine provisorische auf und insbesondere die Öffentlichkeit wolle jetzt von Albanien nichts wissen und halte die Regierung geradezu ab, sich zu weit einzulassen. Es sei also nicht möglich, Errungenschaften in Albanien ihr mundgerecht zu machen.

Auf meine Bemerkung, daß die öffentliche Meinung von der Regierung geleitet werden sollte und daß ich mit Bedauern gesehen, wie sie seit Monaten

ganz sich selbst überlassen sei, gab er dies ohneweiters zu und bezeichnete es als eine traurige Folge der hiesigen Zustände und der Desorientiertheit nach Ausbruch des Krieges.

Bei Betonung des Entgegenkommens, das wir auch in diesen Fragen bisher gezeigt, indem wir uns mit der Besetzung des Dodekanesos vorläufig abgefunden und also eigentlich eine Avance an Kompensationen von Italien gut hätten, verwertete ich die mir in Euer Exzellenz Telegramme vom 8. l. Mts. an die Hand gegebenen Argumente, um hervorzuheben, daß, ebenso wie wir in allen Fragen des Bundesvertrages die largeste Auffassung bekunden, auch Italien den immer in Worten betonten Willen der Vertiefung desselben durch entsprechende Akte beweisen sollte.

Der Minister fand auf diese Ausführung nur wenig zu erwidern.

Auf meine Bemerkung bezüglich der Ansammlung von Truppen an den Grenzen der Monarchie wollte er dieselbe in bekannter Art mit unseren Maßregeln rechtfertigen, worauf ich mühelos das Ungereimte einer solchen Behauptung mit der allgemeinen Mobilisierung, von der man ja die an Italien grenzenden Landesteile nicht ausnehmen könne, und mit der darauffolgenden Abschiebung unserer Truppen nach den Kriegsschauplätzen erklären konnte.

#### **Nr. MCXLIII. Graf Bертold an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 95.**

(Erlaß.)

Wien, am 12. Jänner 1915.

Euer Exzellenz erhalten im Anbuge eine Aufzeichnung über eine Unterredung, welche ich gestern mit dem königlich italienischen Botschafter in der Kompensationsfrage hatte.

#### **Beilage.**

L'Ambassadeur d'Italie m'a donné lecture le 11 janvier d'un télégramme de son Gouvernement portant ce qui suit:

Au cours d'un entretien qui a eu lieu le 19 décembre dr. le Baron *Sonnino* a dit au Baron *Macchio* que bien que la situation dans les Balkans, „où l'Autriche-Hongrie avait entrepris une guerre tendant à modifier l'équilibre“, justifiait une conversation au sujet de l'application de l'article VII, le retrait des troupes austro-hongroises de la Serbie enlevait à cette conversation l'actualité et l'urgence.

Le Baron *Sonnino* est toutefois d'avis que les raisons logiques et politiques restaient les mêmes et avaient toujours la même force.

Les raisons logiques qui rendaient nécessaire la discussion consistaient en ce que la guerre avait été initiée dès le premier jour avec un but tout contraire aux intérêts de la politique italienne dans les Balkans.

Les raisons politiques qui militaient en faveur d'une pareille discussion étaient de créer une bonne foi entière entre les deux Puissances d'éliminer des frictions continuelles entre elles et de rendre possible une coopération entre elles vers des buts communs de politique générale. Toute alliance qui

n'est pas basée sur l'amitié et ne contribue pas à augmenter l'amitié même, ne peut réussir et reste condamnée à demeurer stérile et inutile.

Pour arriver à une situation de cette nature il faut avoir le courage et le calme d'aborder à l'occasion la discussion au sujet des compensations visées par l'article VII, question délicate concernant la cession éventuelle d'un territoire appartenant actuellement à la Monarchie austro-hongroise.

Le Baron *Sonnino* demande si le Gouvernement austro-hongrois est disposé d'accepter la discussion sur cette base, en ajoutant que, comme Puissance neutre, l'Italie ne pourrait pas accepter aujourd'hui une discussion sur la base éventuelle concernant des territoires possédés par d'autres belligérants attendu que cela correspondait à participer dès à présent au conflit.

Quand l'Ambassadeur avait fini sa lecture je lui ai affirmé notre désir de consolider et de développer les rapports amicaux entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie et de prendre l'article VII pour point de départ à des conversations à poursuivre au sujet du problème de compensation visé par cet article. Tout en me réservant de lui donner ultérieurement une réponse définitive, j'ai exprimé à l'Ambassadeur mon étonnement et mes regrets que le Gouvernement italien se plaçait sur un terrain qui nous rendrait guère possible d'entamer la conversation. Le point de vue italien se trouvait d'ailleurs en contradiction avec les stipulations fondamentales du Traité de la Triple Alliance aux termes desquelles il était dit que l'alliance devait assurer le maintien intact de l'ordre politique des Parties contractantes et les prémunir contre des dangers qui pourraient menacer leur sécurité. „Il est clair — ai-je ajouté — „que la proposition faite par le Gouvernement italien impliquerait une infraction à l'idée fondamentale de notre alliance.“ Cette proposition ne répondait pas non plus à l'esprit de l'article VII de ce Traité, vu que les compensations prévues par cet article ne pouvaient se rattacher qu'à la péninsule des Balkans. En effet, l'équilibre dans les Balkans et le maintien du statu quo dans le proche Orient ayant formé le point de départ de l'article VII, l'occupation d'un territoire dans la péninsule par une des Parties contractantes devrait nécessairement donner à l'autre Partie le droit à une compensation dans les mêmes pays. Une compensation en dehors de ces limites ne pouvait pas être envisagée sérieusement à l'époque où l'alliance avait été conclue.

En ce qui concerne la remarque faite par le Gouvernement italien que la guerre contre la Serbie avait été initiée dès le premier jour dans un but tout contraire aux intérêts de la politique italienne dans les Balkans, j'ai vivement protesté contre cette manière de voir vu que la guerre avait été entreprise uniquement dans le but de maintenir notre statu quo, but qui ne se trouvait non seulement pas en contradiction avec la politique italienne dans les Balkans, mais répondait essentiellement à cette politique telle qu'elle avait été sanctionnée par le Traité de la Triple Alliance.

Avant de clore notre conversation j'ai appelé l'attention de l'Ambassadeur sur le fait que l'occupation de Valona par les Italiens nous donnait droit à



demander une compensation de la part de l'Italie grâce aux précisions de l'article VII de notre Traité d'alliance, ce que le Duc *Avarna* n'a nullement nié.

Finalement j'ai exprimé à l'Ambassadeur l'opinion qu'il me paraissait très désirable de débayer en général le terrain pour nos relations de l'avenir. Dans cet ordre d'idées il me paraissait nécessaire de signaler au Gouvernement italien le fait que, bien que l'Italie ait été obligée aux termes de l'article IV\* du Traité de la Triple Alliance de maintenir une neutralité bienveillante vis-à-vis de nous, on nous avertissait presque journellement des embarras qu'on causait en Italie au transit et à l'importation en Autriche-Hongrie des marchandises commandées par nous. En dehors de ce qui précède il fallait aussi observer que le fait que des troupes italiennes se trouvent massées depuis des mois tout près de notre frontière ne pouvait être concilié avec une neutralité bienveillante.

Le Duc *Avarna* se rendit à ces dernières considérations tout en remarquant que pour l'échange de marchandises le principe du *do-ut-des* devait être appliqué, tandis qu'au sujet des concentrations de troupes à notre frontière il lui paraîtrait opportun si une réclamation était faite par nous à cet égard à Rome.

\*) Vide Anhang Nr. 16.

**Nr. MCXLIV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. H. II 96.**

(Telegramm.)

Wien, am 14. Jänner 1915.

Vorbehaltlich späterer eingehender Instruktionen ersuche ich Euer Exzellenz, sich bis auf weiteres in Ihren eventuellen Konversationen mit den italienischen Staatsmännern über das Thema der Kompensationsfrage lediglich rezeptiv zu verhalten.

**Nr. MCXLV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. H. II 97.**

(Telegramm.)

Wien, am 19. Jänner 1915.

Laut einer Depesche des Fürsten *Bülow* an das Auswärtige Amt vom 18. d. Mts., welche mir Herr *von Tschirschky* vorlas, hat ersterer dem italienischen Minister des Aeußern dringend empfohlen, die Besprechungen mit uns zum Zwecke der Klärung unserer Beziehungen und Lösung der pendenten Fragen mit voller Rücksichtnahme auf unsere Stellung und unsere Integrität als Großmacht zu führen und bei diesem Anlasse Baron *Sonnino* keinen Zweifel darüber gelassen, daß Italien Deutschland mit ganzer Kraft an unserer Seite finden würde, wenn es ihm nicht gelänge, den Frieden mit Oesterreich-Ungarn zu erhalten.

**Nr. MCXLVI. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 98.**

(Erlaß.)

Wien, am 20. Jänner 1915.

In der Anlage übersende ich Euer Exzellenz zu Ihrer Information die Aufzeichnung über eine Unterredung, welche ich am 17. l. Mts. mit dem königlich italienischen Botschafter über die Kompensationsfrage hatte.

Beilage.

Wien, am 17. Jänner 1915.

Der italienische Botschafter hat mich heute besucht, um die Konversation über die Kompensationsfrage, welche seit seiner Unterredung mit Grafen *Berchtold* am 11. Jänner geruht hatte, wieder aufzunehmen.

Nachdem wir übereingekommen waren, einen ganz freundschaftlichen, also um so offeneren Ideenaustausch einzuleiten, begann Herzog *Avarna* damit, die mir aus Graf *Berchtolds* Aufzeichnungen bereits bekannte Instruktion Baron *Sonninos* vorzutragen, welche schon mit größter Deutlichkeit die auf Erwerb österreichisch-ungarischen Gebietes gerichteten Ziele der italienischen Politik bezeichnet.

Nachdem der Botschafter seinen Auftrag vollzogen hatte, entspann sich eine Konversation, in deren Verlaufe wir uns in Erläuterungen aller einzelnen Punkte einließen.

Der Botschafter konstatierte zunächst, daß nicht allein die italienische Regierung, sondern auch die überwiegende Mehrheit des italienischen Volkes eine konservative Politik wünschen mit der Erhaltung des Bündnisverhältnisses zu uns, „mais avec la superposition de quelque satisfaction des aspirations nationales“. Ohne einen solchen Erfolg wären nicht nur ihre Bestrebungen machtlos, sondern es käme auch die Dynastie und die bestehende Ordnung überhaupt in Gefahr.

Ich erwiderte mit der warmen Versicherung unseres aufrichtigen Wunsches, alle annehmbaren Bedingungen zur Aufrechterhaltung und Befestigung unserer nahen Beziehungen zu Italien zu schaffen, allein ich habe Zweifel darüber, ob Italien gegenwärtig den richtigen Weg zu diesem von uns beiden gewünschten Ziele ins Auge fasse. Wenn in Italien starke Volksströmungen zu gefährlichen und nicht einwandfreien Aspirationen treiben und noch extremere politische Gruppen für den Fall einer Enttäuschung der jetzt rege gewordenen Begehrlichkeiten mit dem allgemeinen Umsturze drohen, so nehme ich das mit lebhaftem Bedauern zur Kenntnis, allein es müsse einigermaßen überraschen, wenn nun Italien uns, seinem Verbündeten, zumutet, daß wir unser Territorium dafür opfern sollen, um Italiens kritische Gärungen bewältigen zu helfen.

Herzog *Avarna* erwiderte, daß er die großen Schwierigkeiten erkenne, welchen die Behandlung des italienischen Wunsches hier begegnen würde, und dies auch seiner Regierung nicht verhehlen würde, daß er aber doch annehmen zu dürfen glaube, die Italiener in der Monarchie seien nicht so zu

betrachten, wie die anderen Nationalitäten, da sie wenig zahlreich, daher einerseits für die Monarchie nicht von großem Belange, andererseits gegen Angriffe auf ihre Nationalität widerstandsunfähig seien und keine Anlehnung haben. Ich bekämpfte diese Distinktion mit den naheliegenden Argumenten und wir gingen hierauf die einzelnen Punkte der Instruktion durch.

Zunächst verwahrte ich mich gegen die Einstellung, „que l'Autriche-Hongrie avait entrepris une guerre tendant à modifier l'équilibre des Balkans“, womit Baron *Sonnino* die Berechtigung einer Konversation über die Kompensationen auch in einem Augenblicke begründet, wo sie unser Rückzug aus Serbien als nicht aktuell erscheinen lassen könnte.

Ich wiederholte unsere Bereitwilligkeit, über die Kompensationsfrage auf Grund des Art. VII mit Italien stets, auch akademisch, zu sprechen, allein wir können obige Motivierung, wie auch die noch weiter gehende Behauptung der Instruktion: „que la guerre avait été initiée dès le premier jour avec un but tout contraire aux intérêts de la politique italienne dans les Balkans“ durchaus nicht gelten lassen, da es Italien wohl bekannt sein müsse, daß der Krieg bloß zum Zwecke einer Abwehr der unsere Integrität gefährdenden serbischen Machenschaften unternommen worden sei.

Die zitierten zwei Einwürfe erklärte der Botschafter schließlich dahin, es solle damit ja nur gesagt werden, daß der Krieg in seinen natürlichen Folgen in das italienische Interessengebiet werde eingreifen müssen, woraus dann Kompensationsansprüche entstehen würden.

Ueber jenen Teil der Instruktion, welcher dem Wunsche der italienischen Regierung nach einer Festigung und Vertiefung des Bündnisverhältnisses durch Ausschaltung aller Anlässe zu Friktionen Ausdruck gibt, bestand eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns natürlich nicht und wir kamen zu dem heiklen Punkte, wo, ausgehend von dem Anspruche, den Italien aus dem Art. VII ableitet, der Wunsch nach einer Zession österreichisch-ungarischen Gebietes mit der Phrase in den Vordergrund gestellt wird, „qu'il faut avoir le courage et le calme d'aborder à l'occasion la discussion au sujet de cette question délicate“.

Ich habe dem Botschafter meine Verblüffung über einen so kühnen Schluß aus den Prämissen der Lage nicht verhehlt.

Wir haben seinerzeit die Gründe zur Kenntnis genommen, die Italiens unsere öffentliche Meinung überraschende Neutralität bestimmt haben. Wir haben auch die Interpretation, welche Italien dem Art. VII bisher gab, uns zu eigen gemacht.

Wir wurden dann vor die Wahrnehmung gestellt, daß Italien schon das Betreten serbischen Gebietes im Gange der militärischen Operationen als „provisorische Okkupation“ im Sinne des Art. VII angesehen haben wollte. Das waren Zumutungen, die uns reichliche Gelegenheit gaben, Italien weitgehende Beweise unseres Entgegenkommens und unserer bundesfreundlichen Gesinnung zu geben. Ganz unerwartet sei aber gleich die erste konkrete Formulierung der Kompensationswünsche Italiens gewesen. Ich müsse mir

zunächst vorbehalten, zu prüfen, ob der Art. VII überhaupt Kompensationen anderswo als auf der Balkanhalbinsel ins Auge fasse.

Vollends Stellung nehmen müsse ich aber schon jetzt gegen die Motivierung der Instruktion, warum ein Kompensationsanspruch nicht auf Territorien der anderen Kriegführenden gestellt werden könne: „Comme Puissance neutre, l'Italie ne pourrait pas accepter aujourd'hui une discussion sur la base éventuelle concernant des territoires possédés par d'autres belligérants, attendu que cela correspondait à participer dès à présent au conflit.“ Das heiße mit anderen Worten, daß Oesterreich-Ungarn, obgleich es auch eine kriegführende Macht sei, von Italien schlechter behandelt werden dürfe, obgleich oder weil es dessen Verbündeter ist! Die Sorge um die Pflichten der Neutralität nehme hier eine ganz eigentümliche Gedankenwendung vor, die zu einer Betrachtung veranlasse, wie sich denn das von Italien ersonnene Mittel, sich vor inneren Krisen auf unsere Kosten zu schützen, überhaupt, auch mit der italienischen Auffassung seines Bündnisverhältnisses zu uns, dem ja neue Garantien für die Zukunft geschaffen werden sollen, vereinigen lasse. Ich wiederholte Herzog *Avarna* die ihm schon von Grafen *Berchtold* gemachte Vorhaltung, daß der italienische Wunsch dem Grundprinzip des Dreibundes widerspreche, welcher doch in erster Linie berufen war, die Integrität der Verbündeten nach jeder Richtung sicherzustellen.

Der Botschafter war von meiner Ausführung sichtlich impressioniert; da wir uns aber beide in dem Wunsche begegneten, den Faden der Konversation nicht fallen zu lassen, sahen wir für diesmal von einer weiteren Polemik ab und resumierte ich die Konversation dahin, daß unsere Regierungen einig seien in dem Wunsche, dem Bündnisse zwischen ihnen neue und tiefere Grundlagen zu geben, daß wir die freundschaftliche Fortführung der Konversation über die Kompensationsfrage für nützlich und notwendig halten und dazu beiderseits bereit sind. Unsere Differenz bestehe augenblicklich darin, daß Italien der Erwerbung eines Gebietsteiles der Monarchie den Vorzug gebe, während wir das Kompensationsobjekt auf anderen Gebieten zu wählen vorschlagen.

#### Nr. MCXLVII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.

Rb. Vorgesch. m. It. II 99.

(Erlaß.)

Wien, am 29. Jänner 1915.

Auf Grund neuer Instruktionen ist der italienische Botschafter gestern bei mir auf die Kompensationsfrage zurückgekommen.

Nachdem es auch nach unserer Auffassung an Italien sei, die Kompensationen zu bezeichnen, die es auf Grund des Art. VII anstrebe, um für die Vorteile entschädigt zu werden, die wir bei einem neuerlichen Einmarsche in Serbien erreichen würden, sei er beauftragt worden, mir zu erklären, für das Königreich käme derzeit alles andere nicht in Betracht, und bringe seine Regierung eine Territorialkonzession aus dem Besitze der Monarchie einzig in Vorschlag. Baron *Sonnino* habe ihm aufgetragen, mich dringend einzuladen,



„d'accepter la discussion sur la base d'une cession de territoire“. Auf Gebiete eines anderen kriegführenden Staates könne Italien nicht verwiesen werden, weil darin ein Bruch seiner Neutralität enthalten wäre. Uns stehe es frei, aus eigenem freiwillig etwas herzugeben. Mit dieser merkwürdigen Erklärung will Baron *Sonnino* über den Einwand hinwegkommen, den ich ihm letztthin machen ließ: daß wir ja auch Kriegführende seien und daher kein Grund sei, uns schlechter zu behandeln als die anderen.

Baron *Sonnino* verweist in seiner mir von Herzog *Acarna* vorgelesenen Instruktion darauf, daß die Zeit dränge und er Wert darauf legen müsse, noch vor der Kammereröffnung eine prinzipielle Zusage von uns zu besitzen.

Diesem Ansinnen gegenüber machte ich Herzog *Acarna* zunächst darauf aufmerksam, daß ich dem italienischen Gedankengange, welcher aus dem Vertragsansprüche, im Falle einer österreich-ungarischen Erwerbung auf dem Balkan durch einen adäquaten Vorteil dort oder anderswo entschädigt zu werden, das Recht ableitet, für die bloße Möglichkeit eines zukünftigen Erwerbes unsererseits schon im vorhinein eine sichere Kompensation, noch dazu aus unserem Leibe, zu erhalten, schwer folgen könne, doch wolle ich in die Konversation auch über dieses Thema eingehen, um den Beweis für unseren ernstesten guten Willen nach einer auskömmlichen Verständigung mit Italien zu liefern.

Allerdings wolle sich Baron *Sonnino* heute mit einer Erklärung begnügen, daß wir der Erörterung der Frage auf der Grundlage einer Gebietsabtretung zustimmen, aber dies würde schon ein prinzipielles Eingehen bedeuten und eine Konzession in der Hauptfrage, nach welcher bloß das Wie und Wann zu erörtern bliebe. Der italienischen Regierung stehe es frei, uns einen beliebigen Vorschlag für eine Kompensation, und sei er auch noch so weitgehend, zu machen, uns aber müsse es unbenommen bleiben, ihn sorgfältig zu prüfen und zu erörtern. Im gegebenen Falle sei dies — der Botschafter müsse es anerkennen — ganz besonders schwierig und im Interesse der Aufrechterhaltung unseres Ideenaustausches sollte italienischerseits nicht zu einer Antwort gedrängt werden.

#### Nr. MCXLVIII. Herr von Mayrhauser an Baron Burián.

Rb. Vorgesch. m. H. II 100.

(Bericht.)

Valona, am 29. Jänner 1915.

Der in der Finanzverwaltung Skutaris tätig gewesene italienische Intendanzhauptmann (Commissario dell'esercito) *Devoto* hat heute die Kontrolle der Finanzverwaltung des Kaza Valona übernommen.

Einem heute publizierten, vom Kommandanten der italienischen Okkupationstruppen, Obersten *Mosca*, gezeichneten Dekrete zufolge wird die Strafgerichtsbarkeit von nun an von einem Militärgerichte, welches seinen Sitz auf der Präfektur hat, auf Grund der Bestimmungen des italienischen Militärstrafgesetzes ausgeübt werden.

**Nr. MCXLIX. Herr von Mayrhauser an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 101.**

(Telegramm.)

Valona, am 1. Februar 1915.

Italienische Zollorgane (2 Offiziere und 8 Mann) angekommen.

**Nr. MCL. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 102.**

(Telegramm.)

Rom, am 2. Februar 1915.

Der Ministerpräsident gab im Verlaufe heutigen Gespräches der Ueberzeugung Ausdruck, das Verhältnis zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn werde durch die jetzige Krise keine Störung erleiden, er habe mit Interesse von den begonnenen Pourparlers Kenntnis genommen und hoffe, es würde sich ein Modus finden lassen, um auch den Aspirationen Italiens in nationaler Beziehung entgegenzukommen.

Ich erwiderte mit dem Hinweise auf die zwischen Euer Exzellenz und Herzog *Avarna* im Zuge befindlichen Konversationen und gab dem Wunsche Ausdruck, es werde sich ein Mittel finden lassen, um mit der Zeit zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnisse zu gelangen.

**Nr. MCLI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 103.**

(Telegramm.)

Rom, am 4. Februar 1915.

Baron *Sonnino* erwähnte mir heute spontan, Fürst *Bülow* habe ihm geraten, offenbar um die Konversation zwischen Wien und Rom zu alimentieren, seine Wünsche genauer zu konkretisieren, worauf er erwidert habe, es sei ihm dies nicht möglich, solange er nicht wisse, ob Euer Exzellenz überhaupt seine ersten, die Zession österreichisch-ungarischen Territoriums betreffenden Anwürfe als Basis weiterer Verhandlungen für möglich hielten.

Auf des Ministers Bemerken, er hätte gehofft, bei Zusammentritt der Kammer schon die Basis für einen Akkord vorlegen zu können, erwiderte ich, daß doch das Faktum des Fortganges dieser freundschaftlichen Konversation schon den beiderseitigen guten Willen, zu einer Verständigung zu gelangen, dartue und sich vielleicht auch verwerten lasse.

Schließlich meinte Baron *Sonnino*, die Kammer werde genug zu reden haben, denn die Spezialgesetzgebung anlässlich der Erdbebenkatastrophe, gesetzliche Eingriffe zur Sicherstellung der Getreideversorgung und endlich das Budget werden genügend Stoff zu Debatten liefern.

**Nr. MCLII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 104.**

(Erlaß.)

Wien, am 11. Februar 1915.

Der italienische Botschafter hat mich vorgestern aufgesucht, um im Auftrage seiner Regierung die Kompensationsfrage zur Sprache zu bringen.

Die mir vorgelesene Instruktion des italienischen Ministers des Aeußern an Herzog *Avarna* enthielt keine wesentlichen neuen Momente, sie war nur um eine merkliche Nuance ungeduldiger und wies auf die Notwendigkeit hin, angesichts der baldigen Eröffnung der Kammersession zu einem greifbaren Fortschritte in unseren Besprechungen zu gelangen.

Ich erwiderte dem Botschafter, seine Regierung möge, wenn gedrängt, in der Kammer einfach erklären, sie stehe mit uns in allen pendenten Fragen in freundschaftlich geführten Verhandlungen. Für ein Mehreres seien wir nicht in der Lage, derzeit das Substrat zu liefern.

In der Sache selbst erinnere sich wohl Herzog *Avarna*, daß ich ihn aufmerksam gemacht habe, ich sei von einem so lebhaften Wunsche durchdrungen, mit Italien zu einem beiderseitig befriedigenden Einvernehmen zu gelangen, daß ich auch die Anregung auf Gebietsabtretung, so voll von Schwierigkeiten sie auch sei, zur Kenntnis der anderen verantwortlichen Faktoren der Monarchie bringen würde, da ich weder für Annahme noch für Ablehnung die Kompetenz allein besäße.

Diese Fühlungnahme sei noch im Zuge, doch möchten wir nicht, daß die Zwischenzeit verloren gehe. Den Ausgangspunkt der italienischen Kompensationsforderung hat der ausdrücklich betonte Wunsch gebildet, daß das Bündnisverhältnis zwischen uns und Italien vertieft, von allen Friktionsmomenten gesäubert und zur wirklichen Freundschaft ausgestaltet werde. Das bedinge die Lösung aller bestehenden Fragen und Schwierigkeiten. Da wir von denselben Gefühlen aufrichtig beseelt seien, so erachte ich es für das zweckmäßigste, gleichzeitig mit den italienischen Kompensationsansprüchen auch die unsrigen zu erörtern, die uns aus dem klaren Wortlaute des Art. VII unzweifelhaft zustehen. Auf diese Weise würden wir es vermeiden, nach Vereinigung der einen jetzt schon anhängig gemachten Angelegenheit mit der anderen einsetzen zu müssen.

Die temporäre Besetzung des Dodekanesos sowie Valonas geben uns nach Art. VII ein volles Recht auf Kompensation und jedenfalls ein aktuelleres als das von Italien angemeldete, da letzteres in tatsächlichem Besitze jener Objekte sich befinde, während unsere nach italienischer Auffassung zu kompensierende Position in Serbien nur eine zukünftige Möglichkeit darstelle.

Ich melde daher ganz in derselben warmen und freundschaftlichen Gesinnung, wie dies Italien für sich betont hat, unseren Kompensationsanspruch für die temporäre italienische Okkupation der acht Inseln des Dodekanesos, die im Aegäischen Meere liegen, sowie für Valona hiemit an.

Herzog *Avarna* war über das aufgeworfene neue Thema einigermaßen betroffen. Bezüglich des Dodekanesos fand er auch nichts zu erwidern, da ich ihm ins Gedächtnis rief, daß wir diesbezüglich unseren Anspruch aus dem Art. VII schon seinerzeit konstatiert und hinzugefügt hatten, daß wir ihn geltend machen würden „à un moment donné“.

Bezüglich Valonas versuchte er den Nachweis, daß das keine Okkupation im eigentlichen Sinne des Wortes sei. Es mußte dort Ordnung gemacht und

die Integrität Albaniens geschützt werden. Italien sei vermöge seiner Neutralität die einzige Macht gewesen, die das für ganz Europa besorgen konnte. Italien habe dort nichts für sich selbst getan.

Ich machte den Botschafter darauf aufmerksam, daß der Art. VII sich mit Ursache, Zweck, Umfang oder Dauer der Okkupation nicht befasse und daß die Aktion Italiens in Valona, gegen die wir ja nichts eingewendet haben, ohne jeden Zweifel unter die dort gegebene Definition einer „occupation temporaire“ falle. Als Italien Kompensationsansprüche erhob wegen unseres Einmarsches in Serbien, noch dazu in einem Augenblicke, wo wir das Land wieder geräumt hatten, da ließ es weder letzteren Umstand noch die Tatsache gelten, daß wir das Land bloß im Verfolge der militärischen Operationen, also notgedrungen, betreten hatten, und berief sich darauf, daß der Art. VII keine Einschränkung kenne. Wir wenden nun dieselbe Interpretation an.

Als ich Herzog *Acarna* aufmerksam gemacht hatte, daß schon die bisherigen italienischen Maßnahmen in jenem Hafen weit über das Maß hinausgehen, das Italien sich dort zu stecken seinerzeit uns erklärt hatte, polemisierte er nicht weiter und sprach nur die Befürchtung aus, man werde in Italien aus dieser Ankündigung einen üblen Willen herauslesen wollen.

Ich versicherte ihm, daß dies natürlich nicht der Fall sei. Die beiden Besprechungen können, in gleich freundschaftlichem Tone geführt, unbehindert nebeneinander einhergehen. Wenn ich diesen Augenblick für die Anbringung unseres berechtigten Anspruches gewählt habe, so sei ich eben von dem aufrichtigen Wunsche ausgegangen, alles dazu beizutragen, daß unsere gegenseitigen Beziehungen je eher von allen Reibungsmomenten und ungelösten Fragen gesäubert werden, ganz in dem Sinne, wie dies der italienischen Regierung bei ihrem Eintritte in diese Besprechung vorgeschwebt hat.

Herzog *Acarna* versprach, diese meine Erklärung zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen, und bat mich um eine Aufzeichnung meiner Ausführungen. Ich habe ihm heute ein Aide-mémoire „à titre personnel“ zukommen lassen, dessen Abschrift hier mitfolgt.

Beilage.

Vienne, le 11 février 1915.

#### Aide-mémoire.

Au début des conversations qui depuis quelque temps sont en cours entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie au sujet des compensations que pourrait réclamer l'Italie sur la base de l'article VII du Traité de la Triple Alliance dans l'éventualité où des avantages territoriaux ou autres résulteraient pour l'Autriche-Hongrie de son action contre la Serbie et le Monténégro, le Gouvernement Royal a développé l'idée que les raisons politiques qui militaient en faveur d'une pareille discussion étaient de créer une bonne foi entière entre les deux Puissances, d'éliminer des frictions continues entre elles et de rendre possible une coopération entre elles vers des buts communs de politique générale.

Sincèrement animé des mêmes dispositions le Gouvernement I. et R. reconnaît également l'utilité de débayer dès à présent le terrain de tout élément



qui pourrait entraver le développement à l'avenir de rapports entièrement pénétrés de cordialité entre les deux Puissances. Dans cet ordre d'idées il croit avant tout nécessaire d'amener un accord sur toutes les questions qui concernent nos droits réciproques découlant de l'article VII de notre Traité d'alliance, et nommément sur deux questions dont l'une remonte à plusieurs années tandis que l'autre a surgi plus récemment et qui touchent dans le vif nos intérêts bien fondés. Il s'agit de la question des îles de la mer Egée, occupées par l'Italie et de celle de l'action de l'Italie en Albanie.

Quant à la première de ces questions il serait superflu de récapituler ici les différentes phases très-présentes à nos esprits des pourparlers qui, en 1911 et 1912, ont eu lieu à ce sujet entre Vienne et Rome et qui doivent se trouver consignés dans les archives de la Consulta. Il suffira de constater les points suivants :

1. Malgré le danger évident que la modification du statu quo, introduite par l'occupation, de la part de l'Italie, des îles du Dodécanèse aurait tôt ou tard une répercussion sur la presqu'île des Balkans, l'Autriche-Hongrie, désireuse de n'entraver en aucune façon les opérations militaires de son allié, ne s'y est pas formellement opposée.

2. Néanmoins le Gouvernement I. et R. s'en est référé, lors de l'événement, à l'article VII du Traité de la Triple Alliance et a déclaré au Gouvernement Royal à plusieurs reprises (le 6, 7 et 14 novembre 1911, le 13, 15 et 20 avril 1912, le 20, 21 et 31 mai 1912 et le 5 juin 1912) que du fait de ces occupations déclarées temporaires le droit de l'Autriche-Hongrie à un accord préalable basé sur le principe d'une compensation formulé dans ledit article entrerait en actualité et que nous nous réservions de faire valoir ce droit au moment donné.

3. Pour ce qui concerne la durée irrelevante d'ailleurs pour constituer le titre valable à compensation de ces occupations l'Italie a assuré le Gouvernement I. et R. maintes fois et de la façon la plus catégorique que ces occupations ne seraient que passagères et qu'elles prendraient fin après la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie. On a même discuté une déclaration écrite que le Gouvernement Royal délivrerait à ce propos au Gouvernement I. et R. sans cependant tomber d'accord sur la rédaction de cette pièce. Toutefois le Gouvernement I. et R. tient à reproduire ici le texte suivant de cette déclaration tel qu'il a été proposé par le Gouvernement Royal :

„Il est entendu que dans la pensée du Gouvernement Royal italien l'occupation effectuée jusqu'à ce jour ou qui pourrait s'effectuer dans la suite des îles de la mer Egée (Archipel) a un caractère provisoire et que lesdites îles seront restituées à la Turquie après la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie et, par conséquent, après l'évacuation de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque de la part des troupes et des officiers ottomans et aussitôt que la réalisation des conditions indiquées dans la note italienne du 15 mars 1912 aux Grandes Puissances aura été obtenue. Il est également

entendu que la présente déclaration qui découle des dispositions de l'article VII du Traité de la Triple Alliance sera considérée par le Gouvernement austro-hongrois ainsi que par le Gouvernement italien comme strictement secrète et confidentielle, car si elle était connue par la Turquie elle n'atteindrait pas le but commun aux deux Puissances qui est de hâter et de faciliter la paix."

Il résulte de ce texte d'un côté que les conditions auxquelles le Gouvernement Royal avait subordonné l'évacuation du Dodecanèse ne subsistent plus actuellement et que tout de même et bien que presque trois ans se soient écoulés depuis, l'Italie n'a pas restitué ces îles à la Turquie. D'un autre côté le texte en question prouve que l'Italie a reconnu la corrélation qui existe entre ces occupations et l'article VII du Traité de la Triple Alliance.

Il semble donc être évident que si le Gouvernement Royal tient à discuter dès à présent les compensations auxquelles l'article en question lui donnerait droit dans le cas d'une occupation austro-hongroise future et au moins incertaine, le Gouvernement I. et R. peut demander de son côté à plus forte raison la discussion des compensations qui lui sont dues déjà par le fait de l'occupation prolongée du Dodecanèse de la part de l'Italie.

Passant à la question de la récente action de l'Italie en Albanie, le Gouvernement I. et R. tient à constater qu'il n'a reçu à ce sujet que deux communications du Gouvernement Royal. — Le 23 octobre dr. le Duc *Avarna* a informé le Comte *Berchtold* que vu la pénurie qui s'était manifestée parmi les réfugiés à Valona et l'anarchie qui y régnait, l'Italie se voyait amenée à pourvoir par l'envoi d'une petite mission sanitaire et policière à „des opérations de police et mesures humanitaires nécessaires en faveur des réfugiés sans donner à ces opérations un caractère d'expédition militaire constituant une occupation, dans le sens propre du mot, de la ville de Valona." Le Duc *Avarna* était chargé d'ajouter que l'Italie, conformément aux déclarations qu'elle avait faites au commencement de la guerre actuelle, continuerait à rester fidèle à l'accord italo-austro-hongrois en vigueur concernant l'Albanie et à respecter et maintenir les décisions de la Réunion de Londres\*) notamment en ce qui concernait la neutralité et les frontières de l'Albanie. Le Gouvernement I. et R. a pris acte de cette communication. — Le 26 décembre dr. le Duc *Avarna* a porté à la connaissance du Comte *Berchtold* que pour mettre fin à l'anarchie locale le Gouvernement Royal se voyait dans la nécessité de débarquer à Valona un détachement de matelots. Il s'agirait d'une mesure purement provisoire qui ne serait pas étendue au-delà de la ville de Valona. Les déclarations ci-dessus alléguées furent renouvelées à cette occasion. Le Comte *Berchtold* s'est borné à prendre acte de cette communication.

Or, depuis lors l'action de l'Italie en Albanie s'est peu à peu modifiée et surtout intensifiée. Le débarquement d'un détachement de matelots italiens à Valona a été suivi de l'envoi de troupes italiennes (infanterie et artillerie)

\*) Anm.: Vgl. „Die Londoner Botschaftervereinigung“, Jahrbuch d. Völkerrechts Bd. II, Abt. II S. 487 ff. — Herausgeber.

et d'une quantité assez considérable de matériel de guerre. La ville de Valona ainsi que Kanina et Svernez ont été occupés militairement. Le nombre des navires de guerre italiens se trouvant dans les eaux albanaises a constamment augmenté. Lorsqu'on craignait à Durazzo l'invasion des ennemis d'*Essad Pacha*, un de ces navires a tiré des coups de canon contre les assiégeants ce que l'année dernière et dans une situation bien plus grave le Gouvernement Royal avait cru devoir refuser de faire conjointement avec le Gouvernement I. et R. En dehors de cette action militaire l'Italie s'est aussi emparée jusqu'à un certain point de l'administration civile de Valona où la préfecture l'administration financière, la police, la gendarmerie et la municipalité se trouvent actuellement sous le contrôle des organes du Gouvernement Royal dont quelques-uns sont investis du titre de „Commissaires Royaux“. Une mesure analogue vient d'être appliquée à la douane de Valona. Une autre disposition du Gouvernement Royal exige que toutes les personnes se rendant à Valona soient pourvues de passeports portant le visa italien.

Bien que l'ensemble de ces mesures ne soit d'après notre manière de voir guerre en harmonie avec les termes et le sens des déclarations réitérées du Gouvernement Royal, le Gouvernement I. et R. s'abstient pour le moment de toute réclamation, mais il se voit dans la nécessité de constater que l'action italienne tombe indubitablement sous la définition d'une occupation temporaire, d'après notre interprétation concordante de l'article VII, et nous donne, de même que l'occupation du Dodecanèse, dès à présent le droit à une compensation. Le cas où l'occupation italienne de Valona cesserait d'être tout-à-fait passagère n'est point actuel, mais il va sans dire que cette dernière alternative étant incompatible avec l'accord italo-austro-hongrois concernant l'Albanie et déterminant une altération\*) de l'équilibre adriatique si souvent invoqué par le Gouvernement Royal donnerait aussi à l'Autriche-Hongrie un droit additionnel à des compensations adéquates.

Résumant ce qui précède le Gouvernement I. et R. est d'avis que les conversations actuelles si heureusement engagées entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie sur le thème des compensations se poursuivraient encore plus utilement, si elles portaient aussi sur la question des compensations à donner à l'Autriche-Hongrie pour l'occupation italienne du Dodecanèse et pour l'occupation italienne — fût-elle même seulement temporaire — de Valona.

**Nr. MCLIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 105.**

(Telegramm.)

Rom, am 15. Februar 1915.

Baron *Sonnino* erwähnte bei heutigem Diplomatenempfange das jüngste Gespräch Euer Exzellenz mit Herzog *Ararna* mit keiner Silbe.

\*) Anmerkung: Im italienischen Grünbuch, das in Nr. 21 den Text dieses Aide-mémoire gibt, heißt es anstatt „altération“ „modification“. — Herausgeber.

Dagegen bemerkte er spontan, er glaube, daß die jetzige Kammer-session sich wenig mit außerpolitischen Fragen beschäftigen werde. Er habe aus Rücksprache mit verschiedenen Gruppenführern Eindruck, daß sich dieselben überzeugt hätten, es sei verfrüht, angesichts jetziger Kriegslage sich damit zu befassen.

**Nr. MCLIV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 106.**

(Erlaß.)

Wien, am 15. Februar 1915.

Der italienische Botschafter ist heute bei mir erschienen, versehen mit einer langen Instruktion seiner Regierung, in welcher Baron *Sonnino* zunächst den von mir geltend gemachten Gegenanspruch auf Kompensationen für die italienische Okkupation des Dodekanesos und Valonas zu entkräften sucht.

Seine Argumentation wegen des Dodekanesos geht unter Rekapitulierung des ganzen diplomatischen Vorganges im Jahre 1912 dahin, daß wir wohl auf unseren Kompensationsanspruch aus dem Art. VII damals hingewiesen hatten, allein davon abgestanden seien und uns nur gegen jede weitere Ausdehnung der Besetzung verwahrt haben, infolge welchen Einspruches Italien dann auf die Besetzung von Chios und Mitylene verzichtet habe.

Ich erwiderte Herzog *Avarna*, daß in unseren Akten nichts dergleichen vorkomme und nur unsere Anmeldung des Kompensationsanspruches vorfindlich sei, der „à un moment donné“ zur Verwirklichung gebracht werden würde.

Bezüglich Valonas weist Baron *Sonnino*, ebenso wie dies Herzog *Avarna* bereits getan hatte, darauf hin, daß Italien dorthin nicht zu seinem eigenen Nutzen, sondern in Vertretung der europäischen Interessen und zum Schutze des Status quo, nicht zu dessen Abänderung, gegangen sei.

Ich wiederholte, was ich dem Botschafter schon neulich ausgeführt hatte, daß der Art. VII ausschließlich die Tatsache der Okkupation ins Auge fasse, ohne jeden Bezug auf deren Zweck, Ausdehnung oder Dauer. Diese Interpretation mache ja auch Italien uns gegenüber geltend. Der Art. VII bezwecke gewiß nicht, die zwei Mächte an der Ausführung der ihnen notwendig erscheinenden Maßnahmen zu hindern. Er anerkennt ihr Aktionsrecht in dem Falle, als sie sich zur Abänderung des Status quo genötigt sehen würden, aber er stipuliert das Kompensationsrecht zur Erhaltung des gegenseitigen Gleichgewichtes.

Ich könne also die Schlußfolgerung des Baron *Sonnino* aus seinen tatsächlichen Darlegungen mir nicht zu eigen machen und müsse auf der vollen Berechtigung unseres Kompensationsanspruches bestehen.

Der italienische Botschafter kam nun zum zweiten, recht überraschenden Teile seiner Instruktion und führte Folgendes aus:

Es seien zwei Monate verflossen, seit die italienische Regierung die Frage des Art. VII aufgeworfen und uns zu einer freundschaftlichen Aus-



sprache über eine an Italien zu gewährende Kompensation für die von uns verursachte Störung des Balkangleichgewichtes eingeladen habe.

Obwohl wir uns nie geweigert hätten, hierüber zu verhandeln, vergehen doch Wochen und Monate und es sei noch nicht gelungen, von uns auch nur die Antwort auf die prinzipielle Frage zu erlangen, ob wir die Diskussion auf der Grundlage einer Abtretung von Gebietsteilen der Monarchie zu führen bereit wären. Es wurden unsererseits neue Fragen und Argumente hervorgezogen mit dem einzigen Zwecke, jeder Erörterung der Sache auszuweichen und sie in die Länge zu ziehen. Auf der anderen Seite werden Vorbereitungen zu einer neuen Expedition auf dem Balkan getroffen. Angesichts dieses Italien gegenüber beobachteten Vorganges könne sich die italienische Regierung keinen Illusionen mehr hingeben über das praktische Ergebnis dieser Verhandlungen.

Die königliche Regierung finde sich daher zum Schutze ihrer Würde bemüht, alle ihre Vorschläge und Anregungen zurückzuziehen und sich hinter die klare Bestimmung des Art. VII zu verschanzen mit der Erklärung, daß sie jede österreichisch-ungarische militärische Aktion, sei es gegen Serbien, sei es gegen Montenegro oder einen anderen Balkanstaat, als im offenen Widerspruche zu dem gedachten Artikel stehend betrachte, wenn diesbezüglich nicht ein vorhergehendes Uebereinkommen im Sinne des Art. VII zustandegekommen ist.

Sollte sich Oesterreich-Ungarn dieser Verpflichtung entziehen, so könnte das zu ersten Konsequenzen führen, für welche die königliche Regierung schon jetzt jede Verantwortung ablehne.

Ich drückte dem Botschafter mein Bedauern darüber aus, daß Baron *Sonnino* die Geduld über unsere Besprechungen verloren zu haben scheine, die unmöglich schneller hätten geführt werden können. Es hätte dem Herrn Minister gegenwärtig sein können, wie schwierig das Terrain sei, auf welches er die Kompensationsfrage gestellt habe. Diese hätte gewiß eine raschere Erledigung finden können, wenn Baron *Sonnino* meiner Anregung gefolgt wäre und das Kompensationsobjekt auf einem anderen Gebiete gesucht hätte. Auch so habe ich mir alle Mühe gegeben, das Thema mit dem starken Vortriebe, zu einem freundschaftlichen Einvernehmen mit Italien zu gelangen, gründlich zu behandeln und im Vereine mit den anderen kompetenten Faktoren zu prüfen. Es sei Baron *Sonnino* bekannt gewesen, daß ich mitten in einem Ideenaustausche mit unseren beiden Regierungen mich befand. Er habe aber nun aus eigenen Erwägungen eine Antwort nicht abgewartet und unserem Ideenaustausche seinerseits ein Ende gemacht.

Es erübrige mir nur, davon Kenntnis zu nehmen und den Standpunkt näher zu betrachten, auf den sich die italienische Regierung nunmehr stelle.

Es sei der des Art. VII und es obwalte für mich keinerlei Schwierigkeit, der italienischen Regierung dahin zu folgen, da auch wir an der von den beiden Mächten angenommenen Interpretation jener Vertragsbestimmung festhalten.

Der für jede Okkupation erforderliche „accord préalable“ könne jedoch sinngemäß nur mit seinem Einleitungsstadium für eine militärische Aktion in Betracht kommen, deren Resultate sich nicht im vorhinein abmessen und daher auch nicht dem Vertrage gemäß „adäquat“ kompensieren lassen.

Das gab mir Herzog *Avarna* als seine Meinung ohneweiters zu.

Als ich ihm dann ausführte, daß, auf den Fall unseres Krieges mit Serbien angewandt, es doch ein Ding der Unmöglichkeit sei, vor dem Einmarsche den Abschluß von Verhandlungen mit Italien abzuwarten, die dann end- und erfolglos hinausgezogen werden könnten zum größten Schaden unserer Kriegführung, erklärte Herzog *Avarna* das auch für ausgeschlossen und meinte, unsere Verpflichtung bestehe wohl nur darin, Italien von der beabsichtigten Wiederaufnahme unserer Aktion gegen Serbien vorher Mitteilung zu machen und sogleich in Kompensationsverhandlungen einzutreten.

Ich gab hierauf Herzog *Avarna* nur die Zusicherung, mit der er zufrieden zu sein schien: qu'à la veille de l'éventuelle reprise de notre action militaire contre la Serbie nous nous tiendrons présente la situation de droits et d'obligations que nous crée l'article VII de notre Traité d'alliance.

**Nr. MCLV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 107.**

(Telegramm.)

Rom, am 17. Februar 1915.

Die jüngsten entschiedenen Erklärungen führender Wiener Blätter, welche jede territoriale Konzession abweisen, sollen in hiesigen journalistischen Kreisen hauptsächlich deshalb Eindruck gemacht haben, weil sie von der Zensur nicht beanstandet wurden.

**Nr. MCLVI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 108.**

(Telegramm.)

Rom, am 19. Februar 1915.

Gestrige erste Kammersitzung verlief in vollkommener Ruhe: Commemoration der Erdbebenkatastrophe, formelle Fragen, Verlesung von Gesetzesvorlagen und Interpellationen.

Herrn *Salandras* Rede enthielt Anspielung auf äußere Lage in der vagen Phrase, daß das Vaterland von seinen Söhnen die Ueberzeugung erwarte, daß sein Geschick nicht in den gegenwärtigen Interessen sich bescheide, sondern auch die Glorie der Vergangenheit und die Hoffnungen und Ideale der Zukunft in sich begreife.

Ueber die Stimmung in den parlamentarischen Milieux höre ich, sie sei auffallend ruhig und ernst, was darauf hindeute, daß das Verantwortlichkeitsgefühl gesteigert sei. Versuch, in der Kammer sentimentale Kundgebungen auszulösen, scheiterte; demgemäß fand auch interventionistische Straßenumgebung halbwüchsiger gezahlter Jungen vor Eröffnung der Sitzung, gegen die großes Truppenaufgebot bereit war, äußerst geringen Widerhall.

In auffallendem Kontraste zu dieser Wahrnehmung steht die mir zugehende angeblich authentische Nachricht, Kabinett *Salandra-Sonnino* habe sich seit fünf Tagen in dem Entschlusse geeinigt, falls es territoriale Konzessionen nicht erreichen könne, es auf Krieg ankommen zu lassen.

**Nr. MCLVII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 109.**

(Erlaß:)

Wien, am 23. Februar 1915.

Euer Exzellenz erhalten in der Anlage eine Aufzeichnung über meine gestrige Konversation mit Herzog *Acarna* über die Kompensationsfrage.

Beilage.

Vienne, le 22 février 1915.

L'Ambassadeur d'Italie s'est acquitté aujourd'hui auprès de moi d'un message du Baron *Sonnino* qui marque un pas notable en avant dans la voie que poursuit le Gouvernement italien pour nous amener à une cession de territoire austro-hongrois.

Le Duc *Acarna* avait l'instruction de me déclarer que, contrairement à l'avis qu'il m'avait exprimé personnellement lors de notre dernier entretien en conformité avec ma manière de voir, le Baron *Sonnino* interprétait l'accord préalable prévu dans l'article VII du Traité d'alliance de la manière suivante: L'accord doit non seulement être initié, mais il doit être terminé et parfait avant l'action militaire qu'il doit précéder, non accompagner ou suivre, et qu'il est destiné à autoriser selon le sens naturel de l'article VII, sauf le consentement de l'autre Partie à une manière de procéder différente.

Ce consentement étant exclu dans les circonstances présentes, la communication faite au Gouvernement I. et R. a la signification précise d'un veto opposé par le Gouvernement italien à toute action militaire de l'Autriche-Hongrie dans les Balkans jusqu'à ce que l'accord prévu par le Traité concernant la compensation soit survenu.

Toute manière de procéder du Gouvernement I. et R. différente de celle-ci serait considérée comme une violation flagrante du Traité d'alliance et comme signe manifeste de son intention de reprendre sa liberté d'action. Dans ce cas le Gouvernement italien se considérerait également autorisé à reprendre son entière liberté d'action pour la sauvegarde de ses intérêts.

Le Ministre italien ajoute à cet énoncé de son point de vue l'observation que le Gouvernement italien entendait suivre l'exemple que nous avons donné lors de la guerre de Libye en 1912 au sujet des îles déjà occupées provisoirement, et de même que nous avons renoncé alors à faire valoir nos droits à une compensation résultant de l'occupation du Dodécannèse il renonçait à toute discussion concernant nos opérations de guerre en Serbie antérieures au moment présent. Mais dorénavant un veto absolu serait opposé à chaque nouveau mouvement semblable à moins de l'existence d'un accord préalable signé et paraphé.

A ce point de ses développements j'ai interrompu l'Ambassadeur, en lui déclarant catégoriquement que son Ministre se trouvait dans une erreur complète s'il pensait que nous avons renoncé à nos droits à une compensation du fait de l'occupation du Dodecanèse. La circonstance à laquelle le Baron *Sonnino* fait allusion ne peut se référer qu'à notre maintien amical lors de l'occupation du Dodecanèse par lequel nous avons renoncé, pour ne point entraver l'action militaire de l'Italie, à faire valoir sur le champ notre droit à une compensation, droit que nous avons toujours expressément affirmé sauf à le faire valoir à un moment donné. Ce n'est que pour le cas où l'Italie aurait étendu, comme elle en avait marqué l'intention, son occupation au-delà du Dodecanèse, et nommément sur les îles de Chio et de Mitylène que nous avons réservé notre intention de demander immédiatement la compensation qui nous était due de toutes les manières. Nous n'avons jamais ni signé un document ni donné une déclaration équivalente à une renonciation de cette nature, renonciation qui n'aurait été justifiée par rien.

Tout au contraire le 9 février dr. j'ai annoncé formellement au Duc *Avarna* notre demande de la compensation qui nous revenait indubitablement en vertu de l'article VII pour l'occupation du Dodecanèse et de Valona et aujourd'hui j'ai déclaré à l'Ambassadeur que je maintenais cette demande dans toute sa force et toute son étendue.

Quant à l'interprétation donnée par le Baron *Sonnino* à l'accord préalable requis par l'article VII j'ai d'abord observé au Duc *Avarna* que l'interprétation du Ministre italien ne faisait point loi pour nous, que la mienne était également autorisée et qu'il me paraissait inadmissible en présence d'une différence d'opinion à ce sujet de recourir tout de suite au terme extrême de violation du Traité, d'un Traité que nous avons, toujours mis tout notre soin à respecter minutieusement.

Selon moi il était évident que l'interprétation du Baron *Sonnino* allait beaucoup trop loin et que dans la pratique elle pourrait nous placer dans une situation impossible puisque des pourparlers ouverts en vue d'obtenir un accord avec l'Italie à la veille de la réouverture des hostilités avec la Serbie nous mettaient sans défense à la merci de notre ennemi si pour des raisons indépendantes de notre volonté les négociations traînaient en longueur, si l'Italie par exemple les plaçait sur un terrain où il nous serait difficile de la suivre. Dans ces négociations nous nous trouverions entre deux pressions intolérables. Mais il y a autre chose. Les compensations prévues par l'article VII doivent selon le sens du terme même être proportionnelles et équivalentes. Or, il sera impossible de parfaire un arrangement de compensation à un moment où l'avantage à compenser serait non existant et tout dans l'avenir. Il serait inimaginable de définir et de délimiter une compensation quand le terme de comparaison fait encore complètement défaut.

Nous reconnaissons pleinement et loyalement l'obligation que nous impose l'article VII et nous n'entendons point nous y soustraire. Mais si nous ne voulons pas arriver à une situation absurde le sens ne peut en être que



celui-ci: Les Parties contractantes sont obligées dans le cas de l'article VII à prévenir l'autre Partie à temps et à entamer sans délai des pourparlers touchant l'objet d'une compensation. Les bases générales de l'accord pourront toujours être fixées dans un court espace de temps, les détails et les stipulations concrètes de comparaison de valeur sont naturellement subordonnés à la possibilité d'apprécier les avantages qui doivent être compensés, ce qui comporte que l'action dont il s'agit doit prendre son cours sans attendre la fixation de contre-propositions qui à ce moment-là ne pourraient être que tout-à-fait fantaisistes.

Nous avons tiré la logique de cet état de choses, lorsque nous n'avons pas entravé l'action militaire de l'Italie dans les îles de la mer Egée et que nous nous sommes bornés à rappeler nos droits à une compensation, tout en renonçant pour le moment à les faire valoir.

Le Duc *Avarna* a pris note de mes observations et a passé à me communiquer une indication dont il avait été également chargé par son Ministre.

Le Baron *Sonnino* ne cache point que pour les raisons déjà développées dans le cours des pourparlers interrompus par lui le 14 février il serait inutile d'ouvrir une discussion au sujet de compensations éventuelles, si elle ne portait pas sur la cession de territoires actuellement possédés par l'Autriche-Hongrie, attendu que tout entretien sur une autre base devrait nécessairement rester sans aucun résultat pratique pour les chances d'arriver à un accord.

A ce langage clair j'ai répondu au Duc *Avarna* que j'avais droit d'être surpris de la réapparition de ce thème après le retrait formel des propositions précédentes du Baron *Sonnino*, mais que je me bornais aujourd'hui à l'assurer que, le cas échéant, nous annoncerions au Gouvernement italien conformément à l'article VII et en temps utile notre intention d'entamer avec lui des pourparlers au sujet d'un accord préalable sans que nous puissions cependant nous lier dès à présent quant à la base de compensation à laquelle a fait allusion le Baron *Sonnino*, vu que je ne reconnaissais à la question aucun caractère d'actualité.

**Nr. MCLVIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 110.**

(Telegramm.)

Rom, am 27. Februar 1915.

Angesichts der Wahrnehmung, daß hier auch in parlamentarischen Kreisen noch immer die unrichtige Annahme vorherrscht, es hätten bisher noch keine direkten Besprechungen zwischen Wien und Rom stattgefunden, bitte ich zu meiner Richtschnur, und da bis jetzt alle diesbezüglichen Informationen Euer Exzellenz nur zu meiner persönlichen Kenntnissnahme bestimmt waren, um telegraphische Weisung, ob ich meine demzufolge beobachtete Reserve weiter aufrechterhalten oder andeuten könnte, daß Pourparlers im Gange waren und ohne unsere Schuld zum Stillstande gekommen sind.

Ich habe mich seit Monaten nicht befugt gehalten, in meinen Äußerungen zu außerhalb der Regierung stehenden Italienern über die Bemerkung hinaus-

zugehen, daß wir unsere Bereitwilligkeit zu Pourparlers stets bekundeten, vorausgesetzt, daß dieselben nicht von inakzeptablen Voraussetzungen ausgingen.

Wie die Dinge jetzt liegen, besorge ich, daß in Kürze, da ja offenbar hiesige Regierung sich geflissentlich in Schweigen hüllt, ganzes Odium auf uns überwältigt werden wird. Dies könnte in den einem Ausgleich mit der Regierung zuneigenden politischen Gruppen einen uns abträglichen Stimmungswechsel zur Folge haben.

**Nr. MCLIX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 111.**

(Erlaß.)

Wien, am 1. März 1915.

In der Anlage übersende ich Euer Exzellenz die Aufzeichnung über eine Unterredung, welche ich am 26. v. Mts. in der Kompensationsfrage mit dem hiesigen königlich italienischen Botschafter hatte.

Beilage.

Vienne, le 26 février 1915.

Le Baron *Sonnino* a cherché à infirmer mes objections contre son interprétation de l'article VII et contre les considérations plutôt vives dans le ton qu'il y rattachait par une courte réplique dont l'Ambassadeur d'Italie s'est fait l'interprète aujourd'hui auprès de moi.

Le Ministre répète son assertion que l'accord préalable concernant une compensation doit être avant le commencement de toute action militaire de notre part non seulement initié mais terminé et il persiste dans son double point de vue qu'il doit y avoir un „accord préalable“ complet avant notre entrée en action et que toute discussion y relative ne promettait un résultat pratique que si elle était conduite sur la base de concession en principe de territoire austro-hongrois.

Le Baron *Sonnino* tâche de motiver à nouveau son point de vue quant à la première question par la réflexion que si l'Italie consentait à notre reprise d'hostilités contre la Serbie avant la conclusion parfaite de notre accord, elle se verrait exposée au danger d'atermoiements dans nos négociations jusqu'à ce que nous eussions assuré tous nos avantages en Serbie et de se voir frustrée de toute compensation.

J'ai observé au Duc *Avarna* que s'il y avait un danger de cette nature, il serait bien plus grand pour nous qui nous verrions exposés, par l'interprétation italienne de l'article VII, à être retenus indéfiniment par des longueurs introduites dans les pourparlers, l'arme au pied et exposés sans défense possible à toutes les attaques et entreprises de nos ennemis du sud, situation inacceptable pour une Puissance belligérante.

L'Ambassadeur m'a observé là-dessus que ses dernières instructions contenaient un passage concernant une modification possible de l'ordre de procéder dans nos discussions futures et qui lui semblait tenir compte jusqu'à un certain point de mes scrupules. Le Baron *Sonnino* lui mandait qu'en

dehors du sens strict de l'article VII les deux Parties pourraient tomber d'accord, si des circonstances spéciales le conseillaient, que l'arrangement préalable concernant les compensations fût établi d'une manière conditionnelle à échelle mobile et permettant d'être mise en proportion avec les résultats possibles et futurs de l'action militaire à entreprendre.

J'ai fait très bon accueil à cette suggestion du Ministre italien et j'ai reconnu qu'elle me semblait en effet propre à faciliter une marche favorable et expéditive de notre échange d'idées future.

D'après ma manière de voir on se serait dans nos futures négociations pressé surtout d'en établir les bases de principe et on aurait tâché de les mettre en bonne voie sans qu'il y eût nécessité d'ajourner notre action militaire jusqu'à la conclusion de l'accord dans ses détails, conclusion qui serait toujours impossible tant qu'il n'existerait point de base d'évaluation des avantages à compenser.

Rien ne nous empêcherait par contre de traiter conditionnellement des détails concrets de l'accord lorsqu'il est entendu que telle concession n'obtient sa validité que si tel avantage nous est acquis ou assuré dans le cours des événements.

Comme la supposition du Baron *Sonnino*: „si des circonstances spéciales le conseillent“, me semble se présenter dans toute sa force du terme par le fait que nous sommes déjà en guerre avec la Serbie et que par conséquent toute action militaire devenue nécessaire contre elle aura toujours un caractère d'urgence, je n'hésite point d'adopter avec sympathie l'idée qui a dicté au Baron *Sonnino* son observation afférente à des arrangements conditionnels.

L'Ambassadeur est encore revenu à l'indication donnée par lui dans notre entretien du 22 c. que la future discussion ne pourrait porter utilement que sur le thème d'une cession d'une partie de notre territoire. J'ai répondu que je ne pouvais que maintenir mon point de vue que, les pourparlers se trouvant interrompus maintenant par la volonté de son Ministre, je ne saurais me lier à l'heure qu'il est concernant la base de nos entretiens futurs et que par conséquent cette question était sans actualité.

Le Duc *Avarna* cherchait à m'entretenir d'une actualité intrinsèque qui nous permettait bien d'en causer. Je lui ai rappelé que je me suis rangé et que je m'en tenais au programme tracé par le Baron *Sonnino* lui-même qui a déclaré d'attendre l'ouverture des pourparlers pour le moment où nous aurions décidé notre rentrée en campagne contre la Serbie.

**Nr. MCLX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. H. II 112.**

(Telegramm.)

Wien, am 2. März 1915.

Aus eigener Initiative wollen Euer Exzellenz im allgemeinen auch fortan aus ihrer bisherigen Reserve nicht heraustreten. Nur in dem Falle, als direkte Anfragen an Sie gestellt würden oder Euer Exzellenz in die Lage kämen, in einer Konversation eine derartige Äußerung einfließen zu lassen, könnten Sie

sich dahin aussprechen, daß nach wie vor die beiden Regierungen in allen, ihre wechselseitigen Beziehungen und Interessen betreffenden Fragen in einem direkten Ideenaustausche freundschaftlicher und vertrauensvoller Natur stehen.

**Nr. MCLXI. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. H. II 113.**

(Erlaß.)

Wien, am 4. März 1915.

In der Anlage erhalten Euer Exzellenz die Aufzeichnung über eine die Kompensationsfrage betreffende Unterredung, welche ich am 2. l. Mts. mit dem hiesigen königlich italienischen Botschafter hatte.

Beilage.

Wien, am 2. März 1915.

Der heutige Besuch des italienischen Botschafters hatte keinen anderen Zweck als über Auftrag seiner Regierung anzufragen, ob ich noch zu keinem Entschlusse gekommen sei hinsichtlich der Verhandlungsbasis, welche die italienische Regierung als die einzig ersprießliche erklärt hat.

Ich verwies auf die von Baron *Sonnino* selbst geschaffene Verhandlungslage, nach welcher die Besprechungen derzeit unterbrochen und erst in dem Augenblicke wieder aufzunehmen seien, in welchem wir im Hinblick auf einen bevorstehenden Wiederbeginn unserer militärischen Aktion in Serbien im Sinne des Art. VII das Einvernehmen mit Italien betreffs eines „accord préalable“ würden suchen müssen. Die Sache sei also gegenwärtig nicht aktuell, doch würden wir gewiß keinen unnötigen Aufschub in unseren Entschlüssen eintreten lassen.

Herzog *Avarna* meinte, die Sache wäre doch aktuell, weil sie nach der in Italien herrschenden Stimmung eben nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt und ihre Regelung immer schwieriger werden könnte.

Es kam nun eine Wiederholung der bereits sattsam bekannten Erklärungen Baron *Sonninos*, ergänzt durch das einzige neue Moment, daß er meint, die von ihm letzthin angedeutete Voraussetzung der „circonstances spéciales“, welche eine konditionelle Behandlung der Kompensationspunkte ermöglichen würde, sei durch den von mir angeführten Grund in diesem Falle doch nicht gegeben, weil unser Krieg mit Serbien ohne Wissen Italiens gegen dessen Rat und gegen seine Interessen begonnen worden sei. Uebrigens wäre doch die Basis der Verhandlungen die Hauptsache und ein gewisses Minimum an Kompensation gebühre Italien schon aus der bloßen Tatsache der militärischen Aktion. Das müsse jedenfalls gleich bestimmt werden, wenn auch dann vielleicht weitere Abmachungen mit den tatsächlichen Ergebnissen des Feldzuges in Einklang gebracht werden könnten.

Ich hielt demgegenüber an meinem Standpunkte fest, daß natürlich mit der Basis der Verhandlungen begonnen werden müsse, daß es aber immer unmöglich sein werde, über das Ausmaß der Kompensation ins Reine zu



kommen, solange sich unsere Erwerbungen oder Vorteile nicht überblicken lassen.

Baron *Sonnino* dränge sehr mit Hinweis auf die Schwierigkeiten der politischen Lage in Italien. Er müsse aber doch auch Rücksicht nehmen auf die Schwierigkeiten, die er uns bereite.

Ich erinnerte den Botschafter schließlich daran, daß wir unsere Kompensationsansprüche hinsichtlich des Dodekanesos und Valonas voll aufrechterhalten.

**Nr. MCLXII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 114.**

(Telegramm.)

Rom, am 6. März 1915.

Resumé meiner Berichte der letzten Woche ergibt meines Erachtens zwei wichtige Konstatierungen auf dem Wege des Ausreifens der italienischen Situation:

I. Wegfall innerpolitischer Schwierigkeiten. Aktion Kabinettes *Salandra-Sonnino* wird für weitere Entwicklung allein Ausschlag geben. Dies um so mehr, als Parlament im Gefühle schwerer Verantwortung bei jeder Gelegenheit mit möglichster Einstimmigkeit Vertrauen zur Regierung betont und damit Disposition zeigt, es dieser zu überlassen, den Ausweg, der den Interessen des Landes entspricht, zu finden.

II. Wachsende Beunruhigung wegen der durch Dardanellenangriff nähergerückten Möglichkeit der Aufrollung des türkischen Problems und dadurch zu erwartender allgemeiner Balkankonflagration.

Bei der allgemeinen Aversion vor einem großen Kriege dürfte Mehrheit des Landes noch immer für seine Zukunft Sieg der Zentralmächte vorziehen, vorausgesetzt, daß eine Verständigung mit uns erzielt werden kann, welche das Minimum dessen darstellt, was die Regierung vor dem Parlamente als vorteilhaft zu vertreten in der Lage wäre. In dieser Richtung werden also, scheint mir, noch Versuche — angesichts der Gesamtlage wohl die letzten — unternommen werden.

Die vorstehende Zusammenfassung der jetzigen Lage präsentiert für mich mehr und mehr ein sehr ernstes Bild.

**Nr. MCLXIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 115.**

(Telegramm.)

Wien, am 9. März 1915.

Ich habe dem heute bei mir erschienenen italienischen Botschafter die Mitteilung gemacht, daß wir uns entschlossen hätten, die von seiner Regierung für die Verhandlungen in der Kompensationsfrage verlangte Diskussionsbasis der Abtretung eigenen Gebietes prinzipiell anzunehmen. Eine konkrete Verpflichtung von unserer Seite involviere dieser Entschluß nicht und behielten wir uns vor, die Bedingungen bekanntzugeben, unter welchen eine Gebietsabtretung erfolgen könnte. Die Diskussion könnte somit jetzt wieder aufgenommen werden.

Ich teilte dem Herzog *Avarna* mit, daß ich unseren Entschluß bereits zur Kenntnis der deutschen Regierung und durch dieselbe zu jener der Consulta gebracht habe, und wies zur Motivierung dieses Vorganges darauf hin, daß mir bei den bevorstehenden Verhandlungen der auch italienischerseits seinerzeit geäußerte und von mir durchaus geteilte Wunsch vorschwebte, das von uns jetzt zu bringende Opfer auch im Interesse unserer künftigen Beziehungen zu Italien und der Fortsetzung der Dreibundpolitik zu verwerten.

Im Laufe des Gespräches ließ der italienische Botschafter die Bemerkung fallen, daß die Verhandlung über die Kompensation zwischen uns und Italien separat geführt werden müßte, was ich bejaht habe.

Schließlich erwähnte ich dem Herzoge *Avarna*, daß ich seiner Regierung, falls sie den Wunsch oder die Notwendigkeit fühlen sollte, schon jetzt im Parlamente eine Erklärung über die mit uns schwebenden Verhandlungen abzugeben, für eine vorherige Vereinbarung mit uns über die Fassung einer solchen Erklärung verbunden wäre.

**Nr. MCLXIV. Prinz Gottfried zu Hohenlohe an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 116.**

(Telegramm.)

Berlin, am 10. März 1915.

Laut einer Meldung Fürst *Bülow*s hat Baron *Sonnino* die Erklärung über unser Entgegenkommen dankend zur Kenntnis genommen und hiezu bemerkt, er werde die Kammer hievon erst verständigen, bis die diesbezüglichen Verhandlungen abgeschlossen sein werden. Er hielt es für zweckmäßiger, mit einem *fait accompli* hervorzutreten, um so jede Einmischung italienischer Politiker hintanzuhalten.

**Nr. MCLXV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 117.**

(Erlaß.)

Wien, am 13. März 1915.

In der Anlage erhalten Euer Exzellenz Abschrift einer Aufzeichnung über die Unterredung, die ich gestern mit Herzog *Avarna* in der Kompensationsfrage hatte.

Beilage.

Vienne, le 12 mars 1915.

En réponse à l'ouverture que je lui avais faite le 9 c. l'Ambassadeur d'Italie est venu aujourd'hui me communiquer, d'ordre de son Gouvernement, ce qui suit:

Le Gouvernement I. et R. ayant admis la base de principe proposée par le Gouvernement italien, celui-ci consent à ouvrir la discussion sur la question de la compensation. Il n'a en ce moment l'intention ni de faire une déclaration au Parlement ni de rien publier concernant les négociations qui vont s'ouvrir. Quand l'accord serait conclu, les deux Gouvernements se concerteraient facilement sur la forme de la publication.

Le Baron *Sonnino* espère qu'on se mettra à l'oeuvre sans délai et que les pourparlers seront conduits rapidement pour arriver aussitôt que possible à l'accord dont la conclusion doit précéder toute action militaire austro-hongroise dans les Balkans.

Ces négociations seraient à mener directement entre nous, sans intervention de tiers.

Le Baron *Sonnino* désire mettre au clair les points de départ suivants :

1. Secret absolu du fait et de la marche des négociations. Toute indiscretion obligerait le Gouvernement italien à rompre aussitôt les pourparlers.

2. Lorsque l'accord sera conclu, il devra être mis à exécution immédiatement. Autrement le Gouvernement Royal n'aurait pas la force politique nécessaire pour obtenir de la nation la ratification morale indispensable pour la mise en vigueur de l'accord.

3. Pour prévenir toute nouvelle question ou contestation et tout retour d'incidents fâcheux entre les deux Parties, de même que pour procurer au Gouvernement I. et R. la liberté de mouvement nécessaire à la continuation de la guerre, l'accord devrait s'étendre à toute la durée de la guerre et à toutes les invocations possibles de l'article VII.

Quand l'Autriche-Hongrie aura accepté ces points formels, le Baron *Sonnino* se déclare prêt à préciser ses demandes en les limitant au minimum de compensations, indispensable selon lui pour atteindre le but de l'accord qui est d'éliminer entre les deux Puissances toute cause de friction et de créer entre elles une atmosphère de confiance, rendant possible leur coopération vers des buts communs de politique internationale.

Les deux Parties sont également intéressées à arriver rapidement à une entente écartant tout soupçon d'une tendance d'atermolement. C'est pourquoi le Baron *Sonnino* propose de fixer la durée des négociations à quinze jours au bout desquels les deux Parties retireraient leurs propositions comme nulles et non avenues et reprendraient leur liberté d'avant les pourparlers si leur accord n'était pas survenu jusqu'à ce terme.

J'ai déclaré au Duc *Avarna* que je prenais connaissance de ce qu'il m'a dit à l'exorde de sa communication, en observant cependant que je maintenais mon interprétation du terme d'"accord préalable" contre celle du Baron *Sonnino* qui revient dans son message et qui nous mettrait, comme je l'ai abondamment expliqué, dans l'impossibilité même de nous défendre contre une attaque.

J'ai ajouté que je ne soulevais pas d'objection contre la proposition du Ministre italien de négocier l'accord directement entre nos deux Gouvernements, sans intervention de tiers, qu'il était entendu cependant que nous tiendrions d'un commun accord l'Allemagne au courant de toutes les phases de nos négociations, ainsi que cela répond à l'esprit de nos rapports d'alliés.

Quant aux trois points mis en avant par le Baron *Sonnino*, j'ai observé à l'Ambassadeur au No. 1, que reconnaissant le bien-fondé des considérations alléguées à ce sujet par le Duc *Avarna* je me rendais au désir de son Ministre

de tenir les négociations strictement secrètes, avec l'exception de l'Allemagne, dont l'initiation était indispensable pour les considérations ci-dessus exposées.

Quant au 2. point, il est pour nous absolument inacceptable. Si le Baron *Sonnino*, d'après ce que me dit l'Ambassadeur, raisonne ainsi: que l'accord devant précéder l'avantage à compenser selon l'article VII, doit par conséquent être effectué sur le champ, je dois en revanche déclarer que ce serait faire trop de violence au texte. C'est l'accord qui doit être préalable, mais non pas la mise à exécution. Il nous serait nettement impossible de transférer aucun territoire avant la conclusion de la paix, pour des considérations diverses qui sont impérieuses par la nature des choses et dont il nous serait impossible de nous départir.

J'espérais que le Gouvernement italien ne refuserait pas de reconsidérer cette demande.

Je me suis associé sans réserves aux considérations émises dans le point 3.

J'ai terminé ma réponse par l'observation que j'étais animé du même désir que le Baron *Sonnino* d'arriver aussi vite que possible à un bon résultat de nos futurs pourparlers et que si le terme de quinze jours contemplé par lui était l'expression de ce désir je me rangeais volontiers à son avis, mais qu'il me paraissait difficile de fixer pour des négociations de cette gravité un nombre déterminé de jours.

#### Nr. MCLXVI. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.

##### Rb. Vorgesch. m. It. II 118.

(Erlaß.)

Wien, am 15. März 1915.

In der Anlage übermittle ich Euer Exzellenz die Aufzeichnung über meine heutige, die Kompensationsfrage betreffende Unterredung mit Herzog *Avarna*.

Beilage.

Vienne, le 15 mars 1915.

L'Ambassadeur d'Italie m'a informé aujourd'hui qu'il a reçu la réponse du Baron *Sonnino* à sa relation de notre dernier entretien sans ordre de me la communiquer. Il ne voulait pas cependant me cacher que le Ministre n'était pas content de l'accueil que j'avais fait à ses dernières propositions.

Le Baron *Sonnino* ne voulait pas attacher une trop grande importance à mon aversion contre son interprétation du terme d'„accord préalable“. Si nous nous entendions sur le fond, cette question deviendrait de pure forme.

C'est notre opposition contre le principe du transfert immédiat du territoire à céder qui formerait un obstacle insurmontable à toute entente. L'exécution de l'accord aussitôt après sa conclusion serait la *conditio sine qua non* sans laquelle il serait inutile d'entrer dans toute discussion. Autrement le Gouvernement italien ne pourrait assumer aucune garantie de faire accepter par l'opinion publique l'accord futur.



Ma persistance à maintenir notre prétention à une compensation pour le Dodecanèse et Valona démontrait d'ailleurs aussi mon peu d'empressement de mener les pourparlers à bon terme.

J'ai prié le Duc *Acarna* de rassurer d'abord son Ministre sur les appréhensions qu'il semblait nourrir concernant nos intentions d'action militaire pendant le cours de nos futurs pourparlers. Lorsque ces derniers seraient en bonne voie, nous nous abstiendrions certainement de tout acte qui pourrait en compromettre le progrès et l'heureux aboutissement.

C'est dans la persistance du Baron *Sonnino* dans sa demande d'exécution immédiate que je voyais en ce moment le seul et, j'ose espérer, éphémère empêchement pour une heureuse solution du problème qui nous occupe.

Je m'abstenais de répéter l'observation que j'avais faite la dernière fois, que si l'accord devait être „préalable“, il était par contre impossible de dériver du texte de l'article VII que l'exécution de l'accord dût l'être également. C'est bien le moins que l'avantage qu'il s'agissait de compenser fût simultané avec le transfert de la compensation.

Mais la question formelle à part, le Gouvernement italien devrait se pénétrer des difficultés qu'il y aurait pour la Monarchie de céder à cette prétention.

Les sentiments de la population devraient aussi être ménagés et l'abandon ne pourrait être exécuté que dans l'ensemble du règlement de tous les résultats, plus satisfaisants probablement à d'autres égards, de la grande crise que nous traversons. Il y aurait impossibilité enfin de changer le sort d'une province pendant que ses fils se battent vaillamment avec tous les autres soldats de la Monarchie austro-hongroise pour son intégrité. Aussi le Gouvernement I. et R. qui a cru pouvoir prendre la responsabilité d'un sacrifice territorial éventuel est-il ferme dans sa conviction de devoir en remettre l'exécution à la fin de la guerre.

Nous avons accepté la base de principe proposée par le Baron *Sonnino* dans les meilleures dispositions pour entamer incessamment les pourparlers dans le but d'arriver à une entente amicale et complète avec l'Italie, mais il ne faudrait pas par de nouvelles exigences nous rendre trop difficile l'accomplissement du grand sacrifice que nous sommes prêts à faire.

Le Baron *Sonnino* croyait reconnaître dans mon assertion répétée de notre droit à une compensation pour l'occupation italienne du Dodecanèse et de Valona une preuve de mon zèle insuffisant pour arriver à une entente. Il était dans l'erreur. En présence des dénégations réitérées du Ministre italien je devais affirmer notre droit incontestable, aussi clair que celui que l'Italie dérivait pour elle de l'article VII, mais n'ayant pas encore formulé de demandes précises de compensation je ne saurais admettre qu'on m'imputât l'intention d'entraver nos négociations. J'étais, au contraire, animé du seul désir de les voir continuer et aboutir.

**Nr. MCLXVII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 119.**

(Telegramm.)

Wien, am 17. März 1915.

Aus den Euer Exzellenz zugekommenen Aufzeichnungen über meine beiden letzten Unterredungen mit dem italienischen Botschafter werden Hochdieselben ersehen haben, daß italienischerseits das Verlangen nach einer Gebietsabtretung noch nicht konkretisiert, wohl aber das prinzipielle Postulat aufgestellt wurde, daß das eventuell abzutretende Gebiet sofort nach Perfektwerden der einschlägigen Verständigung auch tatsächlich Italien übergeben werde.

Falls Euer Exzellenz in Ihren Unterredungen den Eindruck gewinnen, daß das fragliche italienische Petit auch durch die Befürchtung motiviert ist, wir könnten im Falle eines für uns günstigen Ausganges des jetzigen Feldzuges uns dann eines anderen besinnen und die Herausgabe des an Italien zedierten Gebietes verweigern, so wollen Sie dieser wohl schon durch unsere gegebenen Falles bindende Zusage ausgeschlossenen Annahme auch durch die Darlegung begegnen, daß für die Einhaltung der von uns eingegangenen Verpflichtung eventuell auch gewisse Garantien erörtert werden könnten.

Da die Ententemächte dermalen mit immer weitergehenden Anboten an Italien heranzutreten scheinen, ersuchte ich Euer Exzellenz ferner, der dortigen Regierung, ohne auf diesen Umstand Bezug zu nehmen, auseinanderzusetzen, daß wir, falls wir und Deutschland siegreich aus dem Kriege hervorgehen, eine ausreichende Beteiligung Italiens an den im Friedensschlusse zu erlangenden Vorteilen schon jetzt bereitwilligst in unser Kalkül aufnehmen.

**Nr. MCLXVIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 120.**

(Telegramm.)

Wien, am 19. März 1915.

Aus den Berichten Euer Exzellenz entnehme ich, daß Baron *Sonnino* einen lebhaften Kontakt mit Ihnen in den unsere Beziehungen zu Italien betreffenden Fragen gerne sehen würde.

Dieser Wunsch wird auch von mir durchaus geteilt. Wenn es auch notwendig erscheint, die Fortsetzung der in Wien eingeleiteten meritorischen Verhandlungen mit Italien hier zu konzentrieren, so wird es sich doch empfehlen, durch eine direkte und fortlaufende Aussprache zwischen Euer Exzellenz und dem italienischen Minister des Aeußern sowohl Ihnen die Möglichkeit zu geben, auch Ihrerseits unsere Ihnen bekannten Gesichtspunkte zu vertreten, als auch dem Baron *Sonnino* die Gelegenheit zu bieten, seine Auffassungen hauptsächlich auf diesem Wege an mich gelangen zu lassen.

Ich ersuche Euer Exzellenz daher, sich bei dem nächsten Anlasse dem italienischen Minister des Aeußern, eventuell auch dem Ministerpräsidenten, für einen solchen Ideenaustausch zur Verfügung zu stellen.

**Nr. MCLXIX. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 121.**

(Telegramm.)

Rom, am 19. März 1915.

Ich habe heute Gelegenheit gefunden, Kompensationsfrage mit Baron *Sonnino* zu besprechen.

Der Minister rekapitulierte seine *Petita* ganz im Sinne Euer Exzellenz Aufzeichnungen, erwähnte die aus der Frage der sofortigen Uebergabe des abzutretenden Gebietes sich ergebende Divergenz ohne jede Schroffheit und fügte bei, daß Fürst *Bülow* vorgeschlagen habe, dieselbe in suspenso zu lassen und einstweilen die Verhandlungen über die konkreten Punkte zu beginnen. Er, Baron *Sonnino*, erwarte sich zwar wenig von einem solchen Vorgange, welcher nur die Schwierigkeiten vermehre und die weiteren Pourparlers gewissermaßen in der Luft lasse, aber er sei bereit, wenn Euer Exzellenz diesen *modus procedendi* gutheißen, darauf einzugehen, damit man nicht glaube, daß er willkürlich Schwierigkeiten schaffe.

Im Laufe der weiteren Konversation ergab sich, daß hauptsächlich zwei Erwägungen Baron *Sonnino* zu seiner Forderung veranlaßt hätten:

1. Die Gefühlsmomente, welche, wie schon öfter während des Krieges, gefährliche Formen annehmen könnten, wenn die durch den Akkord italienische Untertanen gewordenen Leute für eine fremde Sache ihr Blut vergießen; trotzdem schien er unseren militärischen Einwendungen sich nicht zu verschließen und eher geneigt, über dieses Bedenken hinwegzusehen.

2. Die parlamentarische Ratifizierung der Gebietsabtretung. Er rechne mit der Notwendigkeit, einen eventuell abgeschlossenen Akkord dem italienischen Parlamente schon jetzt zur Approbation vorzulegen, wodurch Italien definitiv gebunden wäre, während bei uns, wenn die Vereinbarung erst nach dem Friedensschlusse vor die Parlamente käme, die Möglichkeit offen bliebe, daß die Vertretungskörper ihre Einwilligung verweigern. Die Zusage einer Regierung könne nur diese selbst binden, im Falle parlamentarischer Ablehnung müßte sie zurücktreten und es entstünde der Fall, daß Italien auf Grund des Akkords seine Zusagen eingehalten habe, während die Zession hinfällig werde. Er sehe jetzt nicht, was für Garantien es gebe; ich bemerkte, daß Euer Exzellenz gewiß bereit wären, über diese Garantiefrage zu reden.

Im übrigen spielte sich Unterredung in freundschaftlichsten Formen ab. Minister erwähnte auch des Wunsches der Beschleunigung, den er in die Bezeichnung „*un paio di settimane*“ faßte; er sehe ihn nicht als Termin an, sondern habe damit nur vermeiden wollen, daß man von irgendeiner Seite an eine Verschleppungstaktik glauben könnte.

**Nr. MCLXX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 122.**

(Telegramm.)

Wien, am 19. März 1915.

Wie ich zu konstatieren in der Lage bin, hat ein unterlaufenes Mißverständnis einen ungünstigen Eindruck bei dem italienischen Minister des Außern hervorgerufen.

In meiner letzten Unterredung mit dem italienischen Botschafter habe ich nämlich bei der Ablehnung des italienischen Verlangens nach sofortiger Uebergabe des eventuell zedierten Gebietes unter anderem darauf hingewiesen, daß ebenso, wie unsere eventuellen künftigen Errungenschaften auf dem Balkan uns erst bei dem Friedensschlusse definitiv zufallen werden, auch die materielle Besitznahme des von uns an Italien abzutretenden Territoriums simultan erst in jenem Momente werde eintreten können. Baron *Sonnino* scheint diese Äußerung nun dahin zu interpretieren, als ob ich zwischen der Uebergabe des abzutretenden Gebietes an Italien und der Frage, ob und welche Errungenschaften auf dem Balkan sich für uns am Ende des Krieges herausstellen werden, ein Junktim konstruieren wollte. Dies ist aber keineswegs meine Absicht. Ich stehe vielmehr auf dem Standpunkte, daß unsere Gebietsabtretung an Italien in keiner Weise davon abhängig sein soll, ob und welche territorialen oder sonstigen Vorteile wir durch die Ausnutzung der von Italien uns für die ganze Dauer des Krieges einzuräumenden Aktionsfreiheit auf dem Balkan erzielen werden. Meine irrtümlich ausgelegte Äußerung gegenüber dem Herzoge *Avarna* wollte lediglich besagen, daß die definitive Liquidierung der Gebietsabtretung an Italien, ebenso wie jene unserer eventuellen Errungenschaften auf dem Balkan, erst beim Friedensschlusse werde erfolgen können.

Ich ersuche Euer Exzellenz, auf Grund der vorstehenden Ausführungen das fragliche Mißverständnis ungesäumt bei Baron *Sonnino* aufzuklären und demselben gleichzeitig meine Bereitwilligkeit bekanntzugeben, nunmehr in die eigentlichen Verhandlungen einzutreten.

**Nr. MCLXXI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 123.**

(Telegramm.)

Rom, am 20. März 1915.

Im Besitze Euer Exzellenz gestrigen Telegrammes habe ich Minister des Aeußern aufgesucht und ihm Mißverständnis aufgeklärt. Baron *Sonnino* nahm Mitteilung mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis. Zur größeren Klarheit faßte ich Sache dahin zusammen, daß Euer Exzellenz eventuelle Gebietsabtretungen an Italien und unsere aus eventueller Aktionsfreiheit auf dem Balkan sich ergebenden Vorteile, welcher Art immer, als zwei getrennte Dinge betrachten, die aber beide erst nach dem Friedensschlusse eintreten könnten.

**Nr. MCLXXII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 124.**

(Telegramm.)

Wien, am 21. März 1915.

Gestern habe ich auch Herzog *Avarna* das jüngste Mißverständnis dahin aufgeklärt, daß wir selbstverständlich die seinerzeitige Erfüllung des von uns zu schließenden accord préalable nicht davon abhängig machen, ob



und welche Vorteile wir in Serbien erwerben werden. Als Ausgangspunkt unserer Verhandlungen habe uns Baron *Sonnino* für ein territoriales Zugeständnis unsererseits die volle Aktionsfreiheit Serbien und Montenegro gegenüber während der Dauer des ganzen Krieges angeboten. Hievon habe ich Akt genommen; ohne mich jedoch in irgend welcher Richtung zu binden, da bisher weder uns die italienischen Wünsche bekanntgegeben worden seien, noch wir Gelegenheit hatten, unsere Bedingungen aufzustellen.

Jedenfalls werde es dann unsere Sache sein, welchen Nutzen wir von unserer Aktionsfreiheit ziehen können und die Erfüllung bestimmter Vertragsverpflichtungen nicht von dem Mehr oder Weniger unserer Errungenschaft abhängig gemacht werden.

Herzog *Avarna* hat noch versucht, einige weitere ihm aufgetragene Argumente vorzubringen, um darzutun, daß es für uns keinen wesentlichen Unterschied machen könne, eine Abtretung sogleich oder erst bei Friedensschluß zu vollziehen. Nach Abschluß des Uebereinkommens werde eine Mitteilung darüber an die Oeffentlichkeit gelangen müssen. Damit erfahren aber sowohl alle Betroffenen die Veränderung in ihrem Schicksale, wie auch jede politische und moralische Wirkung, die das Ereignis in der Monarchie hervorzubringen geeignet wäre, sofort eintreten müßte, also nicht erst auf den Zeitpunkt der Durchführung aufgeschoben werden könnte.

Ich setzte dem Botschafter eingehend auseinander, daß diese Bemerkungen keines der Argumente entkräften, die es uns unmöglich machen, die eventuelle Abtretung vor Ende des Krieges zu vollziehen.

Der Botschafter teilte mir weiters mit, daß Baron *Sonnino* keine Initiative mehr ergreifen wolle und es uns überlasse, annehmbare Vorschläge zu machen. Ich erwiderte, daß der Minister diesen Standpunkt unter dem Eindrucke des nun aufgeklärten Mißverständnisses eingenommen habe und ihn also wohl fallen lassen werde. Ich mache meinerseits den Vorschlag, nunmehr in die Verhandlungen unverzüglich einzutreten und gewärtige die von Baron *Sonnino* zunächst in Aussicht gestellt gewesene Mitteilung der italienischen Wünsche, worauf wir uns ehestens äußern und unsere Bedingungen namhaft machen würden.

Da Herzog *Avarna* auch die Skrupel Baron *Sonninos* über die eventuelle legale Anfechtbarkeit eines Vertrages erwähnt hatte, welcher nicht sogleich durchgeführt würde und über das hieraus für Italien etwa entstehende Risiko, so beruhigte ich ihn darüber mit dem Hinweise auf das nie uneingelöst gebliebene Wort und Siegel der österreichisch-ungarischen Monarchie.

**Nr. MCLXXIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 125.**

(Telegramm.)

Wien, am 21. März 1915.

Gleichwie Baron *Sonnino* hege auch ich Zweifel über die Opportunität des in Euer Exzellenz Telegramme vom 19. l. Mts. erwähnten Vorschlages, die Entscheidung über das italienische Verlangen nach sofortiger tatsächlicher

Uebergabe des an Italien abzutretenden Gebietes bis zur Finalisierung der Pourparlers mit der italienischen Regierung in suspenso zu lassen, ein Vorgang, bei welchem unsere Verständigung über alle meritorischen Punkte der Transaktion von der für den Schluß dieser Verhandlungen vorbehaltenen Entscheidung über eine wichtige prinzipielle Vorfrage abhängig bliebe.

Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in diesem Sinne zu dem italienischen Minister des Aeußern auszusprechen.

Was ferner die Frage des Baron *Sonnino* nach den etwa für die Einhaltung unserer Zusage hinsichtlich der Gebietsabtretung zu schaffenden Garantien anlangt, so wollen Euer Exzellenz dem italienischen Minister des Aeußern erwähnen, daß im Laufe der Verhandlungen auch diese Frage erörtert werden könnte und daß mir vor allem die Garantie Deutschlands für die Erfüllung unserer Verpflichtungen vorschwebte, wozu dasselbe auch bereit sei.

**Nr. MCLXXIV. Herr von Mayrhauser an Baron Burian.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 126.**

(Telegramm.)

Valona, am 22. März 1915.

Am 19. l. Mts. wurde im Hafen von Valona ein unter italienischer Leitung stehendes Hafenkapitanat errichtet.

Als Chef dieser Behörde fungiert der italienische Schiffsleutnant *A. Puliti*, dem ein Fregattenleutnant zugeteilt ist.

**Nr. MCLXXV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 127.**

(Télégramme.)

Vienne, le 23 mars 1915.

L'Ambassadeur d'Italie est venu aujourd'hui me dire que le Baron *Sonnino* lui a exprimé sa satisfaction des éclaircissements par lesquels j'ai dissipé le malentendu qui s'était produit concernant la question si le caractère obligatoire d'un accord futur entre nous serait ou non indépendant du résultat éventuel de notre action dans les Balkans.

Le Ministre italien a de même, selon la communication du Duc *Avarna*, pris connaissance avec plaisir de ma bonne disposition d'entamer nos négociations sans délai et a autorisé l'Ambassadeur à y prêter sa collaboration. Le Baron *Sonnino* attendait maintenant que je fisse des propositions concrètes et précises propres à produire l'entente à laquelle nous aspirions tous les deux à parvenir.

Il maintenait toujours son point de vue que l'exécution de l'accord devait immédiatement suivre sa conclusion, vu qu'il serait impossible pour n'importe quel Gouvernement italien d'assumer de son côté devant le pays et le parlement un engagement sérieux, liant sa liberté d'action pour un temps indéfini contre une simple promesse de la part de l'Autriche-Hongrie.

J'ai répondu au Duc *Avarna* que je ne me refusais pas à prendre en considération la nouvelle proposition du Baron *Sonnino* de prendre l'initia-

tive de préciser l'objet de nos pourparlers et que je l'informerai de ma résolution aussitôt que j'aurais pu la prendre.

Quant à la question de l'exécution immédiate ou postérieure de l'accord, je regrettais de ne pouvoir partager la manière de voir du Baron *Sonnino* vu qu'à mes yeux on ne saurait qualifier de „simple promesse“ un accord dûment conclu et signé par les deux Gouvernements avec toutes les formalités requises pour donner à cet acte le caractère d'une convention internationale. Je ne saurais non plus me rallier à l'avis que ce fût le Gouvernement italien seulement qui aurait pris un engagement sérieux, liant sa liberté d'action. L'Autriche-Hongrie prendrait par la signature de l'accord en question des engagements bien au moins aussi graves qui par le seul fait de leur notoriété l'engageraient tout aussi efficacement, indépendamment de telles mesures qui pourraient être reconnues utiles à cet effet et praticables au cours des pourparlers.

**Nr. MCLXXVI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 128.**

(Telegramm.)

Rom, am 23. März 1915.

In einer heute stattgehabten Unterredung vertrat Baron *Sonnino* abermals den bekannten Standpunkt betreffs sofortiger tatsächlicher Uebergabe des zu zedierenden Gebietes, wobei ich die praktische Unmöglichkeit seines Vorschlages detailliert auseinandersetzte.

Baron *Sonnino* ließ meine Einwendungen als sehr triftig gelten, meinte aber, daß es für ihn keine Formfrage sei, ihn vielmehr die Besorgnis leite, daß die Regierung nicht stark genug sein würde, dem Parlamente die volle Sicherheit einer späteren Session begreiflich zu machen.

Ich berührte hierauf Bereitwilligkeit Euer Exzellenz zu Besprechung Garantiefrage und hob von Deutschland seinerseits bereits zugesagte Garantie hervor.

Was die Anregung betrifft, Sessionstermin in suspenso zu lassen, teilte ich auftraggemäß im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 21. l. Mts. Hochderen Zweifel an Opportunität dieses Vorganges mit.

Baron *Sonnino* wiederholte seine gleichen Zweifel, erklärte sich aber bereit, zum Zeichen seines guten Willens und um Zeitverlust bei Besprechung zu vermeiden, doch konkrete Fragen zu erörtern, jedoch sei er, solange diese Vorfrage ungelöst, nicht in der Lage, selbst Wünsche zu formulieren, sondern nur, Euer Exzellenz Vorschläge zu hören, wobei ihn der Gedanke leite, daß dadurch die Konversation überhaupt weitergeführt werde.

Er betrachte dies aber als ganz unverbindlich und unpräjudizierlich, so daß kein Teil sich später würde auf Anregungen berufen können, die auf der anderen Seite keinen Anklang fänden.

Ob Euer Exzellenz oder Baron *Sonnino* mit konkreten Vorschlägen hervortreten sollten, wird italienische Regierung in beiden Fällen — daran zweifle ich nicht — bedacht sein, Odium eventuellen Scheiterns auf uns zu wälzen.

So sehr immer hier von Beschleunigung gesprochen wird, vermag ich Verdacht nicht abzuweisen, daß man noch Zeit gewinnen will, bevor man sich irgendwo und -wie engagiert.

**Nr. MCLXXVII. Freiherr von Macchio an Baron Burian.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 129.**

(Bericht.)

Rom, am 24. März 1915.

Wenn ich die Eindrücke zusammenfasse, die ich aus den verschiedensten Milieux seit dem Momente gewonnen habe, wo ein Einlenken der k. u. k. Regierung in der hiesigen Öffentlichkeit durchgesickert ist, so muß ich zu dem Schlusse kommen, daß man diese Nachricht mit einem Aufatmen beantwortet hat. Ich möchte damit die Ansicht aussprechen, daß die sogenannten ernstesten politischen und intellektuellen Kreise in ihrer erdrückenden Majorität — natürlich die professionellen Hetzer abgerechnet — eine Verständigung mit der Monarchie als das Wünschenswerteste für Italien betrachten, daß sie dies aber — eingeschüchtert und verwirrt durch die monatelange intensive innere und äußere Hetzkampagne — auf keine andere Art erreichen zu können hoffen, als dadurch, daß ein Entgegenkommen von Wien ihnen gewissermaßen, jenen Gegenströmungen gegenüber inneren Halt und ausreichende Begründung böte, um an den Zentralmächten festhalten zu können.

Trotz der Fortdauer der militärischen Vorkehrungen zeigt sich ein Abflauen der Nervosität der letzten Wochen, sowie das Gefühl, daß unter solchen Umständen eine Aktion ein Unding wäre, und die Erleichterung, derselben überhoben zu sein. Das Alles, ohne daß man eigentlich weiß, worin dieses Einlenken besteht, noch wie weit es geht. Das würde wohl zeigen, wie weit es hierlands mit der kriegerischen Begeisterung her ist und daß das Publikum, auch selbst das politische, sich schon mit einer recht geringen Dosis von Entgegenkommen zufrieden geben würde, nur um aus dem schier unerträglich gewordenen Hangen und Bängen herauszukommen.

Daß diese Wirkung auch auf der anderen Seite sofort empfunden wurde, zeigt sich daraus, daß die Entente-Pressen sofort mit einem neuen Feldzuge einsetzten, um dieses auf der Bildfläche erscheinende Gespenst einer Verständigung mit allen Mitteln zu verschrecken. Diese Kampagne macht natürlich flèche de tout bois; sie bringt mehr denn je die ungünstigsten Schilderungen unserer militärischen und wirtschaftlichen Lage, um die Italiener zu einem Hinaufschrauben ihrer Forderungen zu bestimmen und dadurch einen Abschluß zu vereiteln; sie bringt die allerdings schon dementierte Meldung von einem Systemwechsel in Sofia und bulgarische Absichten auf Konstantinopel, um hier glauben zu machen, daß die italienischen Orient-Interessen nur durch ein Eingreifen an Seite der Entente zu schützen seien; sie trachtet endlich, durch ein großes Meeting der Associazione Trento-Trieste mit den üblichen Redekünstlern *Bissolatis, Barzilai, Federzonis, Chiasas*, etc. eine imposante Kundgebung zustande zu bringen.



So werden also alle altbewährten Mittel angesetzt, um eine bessere Stimmung nicht aufkommen zu lassen und der immer schwankenden und zweifelnden Regierung Gefahren vorzutäuschen, die gar nicht existieren. Erleichtert wird diese Absicht durch die unzweifelhafte Tatsache, daß im Schoße der Regierung selbst Persönlichkeiten sitzen, die diesem Bemühen ihre Dienste leihen.

Es liegt also jetzt nach den oben wiedergegebenen Beobachtungen, vollends seit der Kammerversammlung, das ganze Gewicht der Situation in den Händen der Regierung; bei ihr ist auch wohl alle Gefahr in der weiteren Entwicklung.

So manches in ihrer jetzigen Haltung führt zu dem Schlusse, daß es diesen Herren überhaupt nicht ernst ist, zu einer Verständigung mit uns zu gelangen. Dem gegenüber steht das erwähnte befreiende Gefühl, welches in der Allgemeinheit die Hoffnung auf friedliche Schlichtung auslöst.

Es mag sich also bei den Herren *Salandra* und *Sonnino* wohl eher um ein Kokettieren mit den aus den verschiedensten Lagern kommenden Einflüssen handeln, welches zugleich die Möglichkeit gibt, noch eine Zeitlang die Kriegslage zu verfolgen und dann eventuell zu fruktifizieren, beziehungsweise das größtmögliche Maß von Vorteilen einzuheimsen. Daß man in diesem Bestreben, unter irgend einer halbwegs plausibel klingenden Begründung, auch noch zu einer Mobilisierung schreitet, hielte ich nicht für ausgeschlossen.

**Nr. MCLXXVIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**  
**Rb. Vorgesch. m. It. II 130.**

(Telegramm.)

Wien, am 25. März 1915.

Ich habe dem italienischen Botschafter gestern meine Bereitwilligkeit erklärt, auf die jüngste Anregung Baron *Sonninos* einzugehen und ihm demnächst einen konkreten Vorschlag zugehen zu lassen, welcher den Ausgangspunkt zu unseren Besprechungen zwecks Herstellung des accord préalable auf Grundlage der von uns bereits erteilten prinzipiellen Zusage zu bilden haben würde.

**Nr. MCLXXIX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio. \*)**  
**Rb. Vorgesch. m. It. II 131.**

(Dépêche.)

Vienne, le 28 mars 1915.

J'ai fait hier à l'Ambassadeur d'Italie notre proposition concernant la base d'un accord à conclure entre nos deux Gouvernements dans les termes suivants:

„L'Italie s'engagerait à observer jusqu'à la fin de la guerre actuelle envers l'Autriche-Hongrie et ses alliés une neutralité bienveillante au point de vue politique, militaire et économique.

Dans cet ordre d'idées elle s'obligerait en outre pour toute la durée de la guerre actuelle de laisser à l'Autriche-Hongrie pleine et entière liberté

\*) Anm.: Vgl. Nr. 56 des italienischen Grünbuchs, unten unter „italienische Kundgebungen, I. Das italienische Grünbuch.“ — Herausgeber.

d'action dans les Balcons et de renoncer à l'avance à toute nouvelle compensation pour les avantages territoriaux ou autres qui résulteraient éventuellement pour l'Autriche-Hongrie de cette liberté d'action. Cette stipulation cependant ne s'étendrait pas à l'Albanie au sujet de laquelle l'accord existant entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie ainsi que les décisions de la Réunion des Ambassadeurs à Londres resteraient en vigueur.

L'Autriche-Hongrie de son côté serait prête à une cession de territoires dans le Tyrol méridional y compris la ville de Trente. La délimitation en détail serait fixée de manière à tenir compte des exigences stratégiques que créerait pour nous une nouvelle frontière et des besoins économiques de la population.

Cette cession territoriale de la part de l'Autriche-Hongrie impliquerait pour l'Italie l'engagement d'assumer la quote-part afférente au territoire en question de la dette publique autrichienne et des dettes provinciales, municipales et autres, en tant que ces dernières jouissent d'une garantie de l'Etat. L'Italie se chargerait également du payement, à l'Autriche-Hongrie, d'une somme globale à titre d'indemnité pour toutes les investitions faites par l'Etat dans le territoire à céder, indépendamment de l'achat des lignes de chemin de fer se trouvant sur ce territoire et des indemnisations collectives et individuelles (propriété ecclésiastique, majorats, retraites des anciens fonctionnaires publics, etc.).

Aussitôt l'accord établi en principe sur la base susindiquée, l'Autriche-Hongrie et l'Italie entreraient dans la discussion des détails. L'entente définitive résultant de cette discussion serait consignée dans une convention secrète à conclure entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie.

La transaction en question rendra également nécessaire la révision de certains traités existant entre les deux Puissances, tel que ceux concernant les nouveaux raccordements de chemins de fer, les dispositions relatives au trafic de frontière, la navigation sur le lac de Garde, etc.<sup>4</sup>

Le Duc *Avarna* a observé que le Baron *Sonnino* trouverait peut-être un peu vague la désignation de l'objet de notre cession. J'y ai répliqué que l'indication du Tyrol méridional y compris la ville de Trente montrait assez clairement l'étendue du sacrifice que nous offririons.

La ligne-frontière que nous proposerions ne pouvait être tracée dans cette première communication verbale que je lui ai faite aujourd'hui, mais j'étais prêt à la fournir à notre prochain entretien.

L'Ambassadeur a remarqué encore que le Baron *Sonnino* n'accepterait probablement pas que l'accord à conclure fût secret, attendu qu'il avait bien demandé le secret pour la durée des pourparlers, mais qu'il avait au contraire l'intention de publier l'accord aussitôt après sa conclusion.

J'ai prié le Duc *Avarna* de transmettre quand même ma formule à son Ministre qui m'avait promis de concerter avec moi la déclaration qu'il donnerait à la Chambre concernant notre arrangement futur.

Nous pourrions d'ailleurs reparrer de ce point au cours des négociations.

**Nr. MCLXXX. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 132.**

(Telegramm.)

Rom, am 31. März 1915.

Ich konnte erst heute mit Baron *Sonnino* über Euer Exzellenz Vorschläge sprechen.

Er erklärte dieselben als sehr unzulänglich und insbesondere zu vage, worauf ich ihn auftraggemäß darüber aufklärte, daß Euer Exzellenz damit nur das Gerippe für eine Vereinbarung hätten aufstellen wollen und sich vorbehielten, demnächst detailliertere Vorschläge zu machen.

Baron *Sonnino* bemerkte, daß er gestern abends darüber mit Herrn *Salandra*, aber noch nicht mit dem Könige gesprochen habe und daß er hoffe, heute abends oder morgen seine Antwort absenden zu können.

Er enthielt sich einer Besprechung der einzelnen Punkte der Vorschläge mit Ausnahme desjenigen, wonach Italien in Hinkunft auch in ökonomischer Beziehung zu wohlwollender Neutralität sich verpflichten sollte.

Sein Wunsch, Mißverständnisse zu vermeiden, nötigten ihn, schon jetzt aufmerksam zu machen, daß man sich in dieser Richtung zu nicht mehr als einer strikten, unparteilichen Neutralität verpflichten könne, denn die Zwangslage gegenüber England sei eine so drückende, daß jeder Verdacht einer Bevorzugung der Zentralmächte sofort Repressalien, ja die Sperrung von Gibraltar für die italienische Zufuhr, zur Folge haben würde. Viele italienische Industrien seien mit ihrem Bezuge an Rohstoffen ganz von England abhängig und riskieren die Schließung, respektive die Entlassung von Tausenden von Arbeitern, was mit Aufrollung der bedenklichsten Probleme verbunden wäre.

Ich benützte die Gelegenheit, um, die schwierige geographische Lage Italiens zugehend, die bisherige Stellungnahme Italiens als wohlwollende Neutralität für die Ententemächte zu bezeichnen und Fälle anzuführen, welche ein merkwürdiges Verschleppen prinzipiell schon zu unseren Gunsten gelöster Ausfuhrangelegenheiten darstellen.

Baron *Sonnino* wollte eine Absicht hiebei nicht gelten lassen und führte Alles auf den schrecklichen Druck Englands zurück.

**Nr. MCLXXXI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 133.**

(Telegramm.)

Rom, am 1. April 1915.

Letzte Nachrichten konvergieren dahin, daß dieser Tage größere Truppensendungen aus verschiedener Richtung gegen Udine und unmittelbar an die Grenze stattfanden; dies kommt einem versteckten Aufmarsche gleich und wird dadurch eventueller Mobilisierung weitgehend vorgearbeitet.

Die heutige Situation läßt sich folgendermaßen resumieren:

Das angebliche Anbot Englands, die Kriegskosten zu decken, nicht näher zu ergründender territorialer Köder, die fortdauernde Angst, im Oriente doch zu spät zu kommen, die mit der Entente parallele Maulwurfsarbeit der

Republikaner und Freimaurer, worunter Minister *Martini* mehr denn je hervortritt, insbesondere aber die täglich fühlbarere englische Faust, der gegenüber Energie nicht in italienischer Natur gelegen, würden es erklären, wenn schließlich schwache italienische Regierung nicht mehr widerstehen könnte.

Das weitere Benehmen Baron *Sonninos* bei den gegenwärtigen Verhandlungen wird am ehesten Aufklärung bringen, ob die italienische Regierung hinziehen oder durch exorbitante Gegenvorschläge den Bogen überspannen und das Odium eines etwaigen Abbruchs auf die durch die Geheimhaltung gebundene k. u. k. Regierung wälzen oder ob sie die militärischen Vorkehrungen als Pression bei den Pourparlers zu benutzen beabsichtigt.

**Nr. MCLXXXII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**  
**Rb. Vorgesch. m. It. II 134.**

(Erlaß.)

Wien, am 2. April 1915.

In der Anlage erhalten Euer Exzellenz eine Aufzeichnung über meine gestrige Unterredung mit dem italienischen Botschafter.

Beilage.

Vienne, le 1. avril 1915.

L'Ambassadeur d'Italie m'a apporté aujourd'hui la réponse du Baron *Sonnino* à la proposition que je lui avais faite le 27 mars, concernant la base de l'arrangement à négocier entre nous.

Relativement à la neutralité bienveillante que nous demandons à l'Italie, le Ministre me fait observer que si l'Autriche-Hongrie entend par là une neutralité parfaite et sincère, comme celle que l'Italie a observée jusqu'à présent envers les deux groupes des belligérants, il n'aurait aucune objection à s'y obliger pour toute la durée de la guerre, mais que la situation géographique de l'Italie dans la Méditerranée l'empêchait de pratiquer une neutralité partielle pour nous qui pourrait provoquer des représailles de la part de l'autre groupe.

J'ai répondu que nous demandions une neutralité bienveillante dans le sens de l'article IV de notre Traité d'alliance. Il en résultait clairement que nous ne pensions à rien demander qui pût exposer l'Italie au danger de représailles justifiables venant de quelque côté que ce soit. Mais un pays neutre avait mille moyens légitimes d'être serviable à un pays belligérant voisin et allié.

Quant à la liberté que nous devons réclamer pour notre action en Serbie, liberté dont nous entendons excepter l'Albanie par rapport à laquelle le régime de notre accord spécial aurait à continuer, le Baron *Sonnino* a trouvé pour sa réplique un tour surprenant. Il m'a fait savoir qu'il n'était pas possible pour l'Italie de consentir à „la liberté d'action illimitée“ de l'Autriche-Hongrie dans les Balkans, sans même obtenir que l'Autriche-Hongrie se désintéressât complètement de l'Albanie.



J'ai fait remarquer au Duc *Avarna* que c'était une prétention absolument nouvelle, jetée dans notre discussion, prétention à laquelle je devais m'opposer décidément comme contraire à nos intérêts reconnus toujours par l'Italie. C'est parce que nous avons des intérêts inaliénables en Albanie que nous avons formé avec l'Italie des engagements bilatéraux que nous désirons maintenir. Il nous serait impossible de nous désintéresser de l'Albanie. Notre demande de compensation pour l'occupation de Valona en était une conséquence.

Je n'ai pas eu de peine à me ranger à l'avis du Baron *Sonnino* que les questions de règlement matériel d'une cession territoriale sont subordonnées à la question principale. On en causerait en détail au moment donné et elles ne nous empêcheraient certes pas de nous entendre.

Quant à cette question principale, le Ministre italien trouve que notre proposition est insuffisante et vague. Il opine que „si l'on voulait créer une situation de cordialité entre les deux Puissances qui leur permettrait d'éliminer toute cause de friction à l'avenir et de collaborer à des buts de politique commune il fallait constituer dans leurs frontières et dans la mer Adriatique des conditions de parité et de sûreté commune plus grandes dans lesquelles de nouveaux et fréquents mouvements d'irrédentisme ne puissent plus se reproduire. Pour cette fin il ne suffirait certainement pas de faire la concession d'une bande de terrain en Tyrol“.

À ce langage si énigmatique et pourtant si clair j'ai répondu que le but politique auquel le Baron *Sonnino* a fait allusion antérieurement et cette fois encore concordait entièrement avec ma manière de voir exprimée à plusieurs reprises, mais que j'avais de la peine à le suivre là où il parlait de retours de mouvements d'irrédentisme possibles et de conditions de parité et de sûreté entre les deux Puissances, etc. Quoi qu'il en fût, on ne saurait certainement point parler de „concession d'une bande de terrain en Tyrol“ là où nous offrions tous les districts qui forment ce qui s'appelle communément le Trentino.

Le Ministre italien avait qualifié de vague ma première proposition. Aujourd'hui, après examen de la situation, j'étais à même de la spécifier. Les territoires que l'Autriche-Hongrie serait disposée à céder à l'Italie aux conditions indiquées comprendraient les districts (politische Bezirke) de Trento, Rovereto, Riva, Tione (à l'exception de Madonna di Campiglio et environs) ainsi que le district de Borgo. Dans la vallée de l'Adige la frontière remonterait jusqu'à Lavis, localité qui reviendrait à l'Italie.

J'ai exprimé au Duc *Avarna* l'espoir que le baron *Sonnino*, après avoir pris connaissance de l'étendue du territoire offert, changerait d'avis sur l'importance de la cession.

Le Ministre n'avait pas manqué au début de sa dernière instruction de rappeler à l'Ambassadeur la différence sérieuse qui existait toujours relativement au terme de l'exécution de l'accord, mais en lui recommandant de ne pas y insister cette fois pour ne pas trop charger l'entretien.

**Nr. MCLXXXIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 135.**

(Telegramm.)

Rom, am 2. April 1915.

Von verlässlicher Seite kommt mir eine von einem Beamten der Consulta herrührende, den Tatsachen genau entsprechende Darstellung des momentanen Standes unserer Verhandlungen mit Italien, allerdings ohne Angabe des Meritums der Vorschläge Euer Exzellenz, zu. Dies illustriert Faktum, wie hier Geheimhaltung aussieht.

Betreffender Beamter habe beigefügt, man werde sich hier mit der Antwort nicht beeilen, denn man müsse erst sehen, ob und wann die Russen in Ungarn eindringen und die Alliierten die Dardanellen nehmen.

Es ist kein Zweifel, daß man intensiv bemüht ist, die Wahrheit über die Widerstandskraft und die Verhältnisse der Monarchie zu erfahren, wofür auch die Berufung des italienischen Generalkonsuls aus Budapest ein Symptom ist; andererseits ist auffällig, daß die Blätter, deren Haupttrichtlinien Winken der Regierung nie unzugänglich sind, dieser Tage besonders viele Artikel über wirtschaftliche Notlage, Entmutigung, Unzufriedenheit, Friedenssehnsucht u. dgl. in verschiedenen Teilen der Monarchie bringen, welche im Zusammenhange mit geringschätzenden Aeußerungen besonders militärischer Kreise über die Chancen eines Angriffes auf uns offenbar dazu dienen, sich selbst Mut zu geben und rechtzeitige Sicherung des Beuteanteils als legitime Unternehmung zu rechtfertigen.

**Nr. MCLXXXIV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 136.**

(Telegramm.)

Wien, am 2. April 1915.

Aus der Euer Exzellenz mit gestrigem Erlasse zugehenden Aufzeichnung werden Hochdieselben die wenig befriedigende Aufnahme erschen, welche Baron *Sonnino* meinen Propositionen bereitet hat.

Angesichts dieser Haltung der italienischen Regierung sowie im Hinblick auf verschiedene ungünstigere Nachrichten aus der letzten Zeit wäre es für meine weitere Stellungnahme in den Pourparlers mit Italien für mich von Wert, möglichste Klarheit darüber zu gewinnen, welches Ziel der italienischen Regierung eigentlich in dieser ganzen Frage vorschwebt, beziehungsweise ob sie es mit der angeblichen Anbahnung eines Einvernehmens mit uns ernst meint oder nicht.

**Nr. MCLXXXV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 137.**

(Telegramm.)

Rom, am 3. April 1915.

Seit Monaten hat sich in Italien die Ueberzeugung festgelegt, daß das Königreich nicht ohne territoriale Erweiterung aus der Weltkrise hervorgehen könne, da sonst das Fortbestehen der immer eifersüchtig beobachteten Groß-

machtstellung gefährdet wäre. Durch wiederholte parlamentarische Äußerungen hat die Regierung diese Sehnsucht eskomptiert und sich vorbehalten, zu entscheiden, wie, wann und in welchem Ausmaße sie derselben gerecht werden könnte.

Durch den Eintritt Englands in den Krieg neigte von Anfang an italienische Sympathie nach jener Seite und erachtete man Uebergewicht der Entente als wahrscheinlich.

Eine auf-Jahre zurückreichende geschickte journalistische Vorbereitung und die mit Intensität eingesetzte freimaurerische Aktion haben es bewirkt, daß die Blicke gegen Nordosten gelenkt und der ohnehin vorhandene Irrendentismus zu heller Lohe entfacht wurde.

Die Regierung mag zunächst aus Schwäche, dann, im innerpolitischen Parteigetriebe befangen, in diesen Treibereien ein Mittel gesehen haben, die Bevölkerung von den unerquicklichen inneren Fragen abzuwenden und, gedemütigt durch die völlige militärische Impotenz bei Ausbruch des Krieges, war sie zunächst bedacht, dieser durch ausgedehnte Rüstungen abzuhelpen.

Daneben dürfte sich bei Herrn *Salandra* mehr und mehr die Idee gefestigt haben, durch Ausnutzung eines nie zurückkehrenden Momentes, wo alle großen Nachbarn nach anderen Richtungen engagiert, die Lorbeeren eines nationalen Staatsmannes zu ernten.

Der schleppende Gang des Krieges, die zunehmende Erschöpfung auf allen Seiten, die wirtschaftliche Frage, die allmähliche militärische Vorbereitung ließen immer mehr die Bedeutung Italiens als einzige intakte Großmacht hervortreten; dies wies darauf hin, das Ziel möglichst hoch zu stecken, es aber mit möglichst geringem Einsatze zu erreichen.

Für Italien war das Ziel zunächst Gebietserwerbungen auf Kosten der Monarchie, was versteckt oder offen in allen Kreisen zum Vorschein kam.

Für die Entente war es aber der Krieg an sich, um die Reihe der Gegner der Zentralmächte zu verstärken.

Die Entente soll aber anfangs März, von der Ueberzeugung der Intransigenz der k. u. k. Regierung ausgehend, bestimmt mit dem Losschlagen Italiens gerechnet haben. Die Annahme der italienischen Verhandlungsbasis von unserer Seite war ein schwerer Schlag für die Entente; jetzt trachtet sie, der italienischen Regierung die Situation der Monarchie als täglich verzweifelter hinzustellen; Herrn *Martini* soll es gelungen sein, dieser Tage einen Empfang *Barzilai's* durch Baron *Sonnino* durchzusetzen, um dem Minister klarzumachen, daß dessen Anhänger nur dann ein Arrangement mit uns, ohne Unruhen zu provozieren, hinnehmen würden, wenn es gelänge, auch den adriatischen Aspirationen eine Genugtuung zu verschaffen. Allen diesen Einwirkungen ausgesetzt, versucht die Regierung, immer anspruchsvoller zu werden, umso mehr als sie infolge täglicher russischer Siegesbulletins unsere Kraft für gebrochen hält.

Eben jetzt melden die Zeitungen ganz ernsthaft den Einbruch der Russen in die ungarische Ebene unter Angabe der unglaublichesten Details.

Da es aber andererseits der Regierung doch zu denken gibt, im Falle, als der ihr vorgespiegelte Zusammenbruch der Zentralmächte nicht eintrete, dieselben und besonders Deutschland durch den Krieg dauernd zu Feinden zu haben und der Entente ausgeliefert zu sein, da sie weiß, daß der große Teil des Landes gegen einen Krieg ist und ihn nur begreifen würde, wenn das Ziel seiner Sehnsucht nicht anders zu haben wäre, da sie ferner die zweifelhaften Chancen und die materiellen Opfer fürchtet, so dürfte sie trachten, die schwere Entscheidung, die sie definitiv an eine der beiden Gruppen binden würde, noch zu verzögern.

Im Vorstehenden habe ich das ethische Moment der Loyalität, Bündnistreue u. dgl., als in den Fall nicht passend, ganz beiseite gelassen; man kann die Sache nur auf Grund italienischer, durch den Weltkrieg potenziierter Mentalität betrachten. Daß es sich unter solchen Umständen nicht um einen Kampf mit Argumenten handeln kann, sondern nur um das Besprechen andersartiger Einwendungen, ist begreiflich.

Ich fürchte aber, daß eine etwaige Ablehnung des Weitersprechens gefährliche Folgen haben könnte.

**Nr. MCLXXXVI. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 138.**

(Télégramme.)

Vienne, le 6 avril 1915.

L'Ambassadeur d'Italie est venu me voir aujourd'hui et je lui ai demandé s'il avait déjà reçu une réponse de son Gouvernement à ma dernière proposition.

A la suite de sa réponse négative j'ai prié le Duc *Avarna* de télégraphier à Rome que le Baron *Sonnino* ayant trouvé ma première proposition insuffisante et vague et n'ayant pas encore répondu à ma proposition précisée, je l'engageais à vouloir bien à son tour me faire connaître la sienne afin de pouvoir chercher, chacun de son côté, un accord possible sur la question relative à une cession territoriale. J'ai ajouté qu'en faisant cette demande, j'étais animé du désir de voir nos pourparlers s'acheminer plus rapidement vers une heureuse conclusion dans le sens de l'intérêt mutuel et urgent qu'ont nos pays d'asseoir désormais leurs relations sur une base plus claire et plus cordiale.

**Nr. MCLXXXVII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 139.**

(Telegramm.)

Rom, am 7. April 1915.

Baron *Sonnino* erwähnte mir heute, von Herzog *Avarna* über die in Euer Exzellenz gestrigem Telegramme enthaltene Aufforderung informiert worden zu sein.

Ohne in Euer Exzellenz letzte Proposition einzugehen, bemerkte Minister des Aeußern, er werde hierüber noch heute abends mit Herrn *Salandra*



sprechen und hoffe, morgen oder übermorgen seine konkreten Gegenvorschläge formulieren zu können.

Ich hob hervor, daß er aus dem von Euer Exzellenz ausgesprochenen Wunsche neuerlich den in Wien bestehenden guten Willen ersehen könne, möglichst bald zu einer das zukünftige gute Verhältnis der beiden Nachbarmächte sichernden Verständigung zu gelangen. Ich bemühte mich mit größtem Nachdrucke, auf Euer Exzellenz gute Dispositionen hinzuweisen, um dem enormen, dem Minister des Aeußern angeborenen und von der Entente täglich genährten Mißtrauen entgegenzuwirken.

**Nr. MCLXXXVIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 140.**

(Bericht.)

Rom, am 7. April 1915.

Neben den Euer Exzellenz bekannten parallel wirkenden Kräften und Faktoren, welche hierzulande die Aktionslust schüren und wach halten, muß auch das psychologische Moment in Betracht gezogen werden. Die persönliche und nationale Eitelkeit war — ohne Rücksicht darauf, daß der Hauptgrund hiefür in den eigenen Verhältnissen lag — aufs tiefste durch das Gefühl verletzt, in dem Titanenkampfe der Großmächte abseits stehen zu müssen. Es ist ihnen ein unerträglicher Gedanke, nicht dabei auch eine Rolle spielen zu können, die sie als Großmacht charakterisiert und ihnen die Beruhigung gibt, für voll genommen zu werden. Dieses Gefühl ist so rege, daß es jetzt noch, dessen bin ich überzeugt, viele gibt, die nur wünschen, daß man sich zu einer Tat aufraffe; für oder gegen wen, bleibt ihnen einerlei. Solche Gefühle leben im einfachen Manne vielleicht unbewußt, im denkfähigen natürlich kompliziert mit anderen Motiven.

Auf einer solchen Grundlage ist es viel leichter weiterzubauen und das hat die Entente reichlich und mit unleugbarem Erfolge getan. Dazu hat sie von Anfang an durch Englands Vermittlung und die mit den verwerlichsten Mitteln betriebene Ausschrotung der angeblichen Neutralitätsverletzung und Vergewaltigung des kleinen Belgiens die Sympathien Italiens an ihrer Seite festgehalten und durch den rücksichtslosen ökonomischen Druck Englands täglich ihre Macht dem an sich wenig heroisch veranlagten Italien fühlen lassen.

So hatten unsere Gegner es leicht, das Königreich immer mehr in ihre systematischen Lügengewebe zu verstricken und selbst ernste Zweifel an der früher hier stets bewunderten deutschen Unüberwindlichkeit aufkommen zu lassen.

Dieses Axiom hätte vor wenigen Jahren es als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen lassen, die Feindschaft Deutschlands zu riskieren, — jetzt verflüchtigt sich auch diese Gefahr vor der falschen Darstellung der wahren Lage, der man sich willig überläßt, weil man eben in blindem Hasse gegen Oesterreich-Ungarn gerne glaubt, was man wünscht.

Man sollte annehmen, daß eine ernste Regierung sich in erster Linie an ihre eigenen kompetentesten Informationsquellen, an ihre Vertreter hielte. Da ist es nun bezeichnend, daß die meisten italienischen Botschafter — ich glaube es fast mit Sicherheit von denen in Wien, Berlin, St. Petersburg und Konstantinopel behaupten zu können — zur Neutralität raten, und doch werden ihre Ansichten in den Wind geschlagen.

Denn es wäre sonst kaum möglich, daß die Regierung alle Blätter, zu die sie Einfluß hat — und deren gibt es trotz aller gegenteiligen Versicherungen genug — ungestört gewähren läßt. Meines Erachtens ist dies ein bedenkliches Symptom oder zum mindesten ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Solange die Regierung mit den Rücksichten auf die inneren Parteien zu rechnen hatte, war vielleicht eine größere Zurückhaltung der Presse gegenüber erklärlich. Jetzt aber, wo einerseits, abgesehen von den Interventionisten, das Gros des Parlaments eine vorsichtige Reserve angenommen, wo der ganze Süden des Landes unverkennbar für die Neutralität sich entschied, jetzt, wo strenge Verordnungen es leicht machen, die politische Diskussion zu lenken, ist es gerade die Regierung, welche in der Publizistik die Unruhe wach erhält und damit die Duplizität ihrer Politik manifestiert.

Ich habe den Eindruck, daß ihre Preßpolitik darauf hinausläuft, sich uns gegenüber auf die Feindlichkeit der öffentlichen Meinung berufen zu können und im Inlande unsere Zustände herabzusetzen, um den Mut zu wecken und im Bedarfsfalle Angriffsstimmungen hervorzurufen.

Das Spiel der Regierung mit der Presse scheint mir aber — und das ist der große Unterschied zwischen dem vorigen Herbst und jetzt — doppelt gefährlich in einem Momente, wo die Bereitstellung der Armee ihrer Vollendung entgegengeht.

Jedenfalls spielt die Regierung ein äußerst riskantes Spiel; ob dessen Urhebererschaft mehr Herrn *Salandra* oder Baron *Sonnino* zuzuschreiben ist, lasse ich unentschieden.

Der selige *Macchiavelli* kann auf seine gelehrigen Schüler stolz sein. Die Frage aber, wer nach dieser Episode Italiens Freundschaft suchen wird, scheinen die Herren sich nie vorgelegt zu haben.

#### **Nr. MCLXXXIX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 141.**

(Télégramme.)

Vienne, le 11 avril 1915.

Le Duc *Avarna* est venu me voir hier. Après une introduction dans laquelle il était beaucoup question de points de vue historiques, ethnographiques et militaires, de même que d'une prétendue infériorité de l'Italie dans l'Adriatique, l'Ambassadeur m'a donné lecture d'un aide-mémoire en onze articles, énumérant, pour satisfaire le désir que j'en avais exprimé, les conditions et stipulations que le Gouvernement italien considérait comme indispensables pour établir entre les deux Puissances un accord et une bonne entente durable.

L'aide-mémoire que le Duc *Avarna* m'a remis ensuite est conçu dans les termes suivants:\*)

„Art. 1. L'Autriche-Hongrie cède à l'Italie le Trentino avec les frontières attribuées au Regno Italico en 1811, c'est-à-dire après le Traité de Paris du 28 février 1810.

La nouvelle frontière se détache de la frontière actuelle à Monte Cevedale, suit pour un trait le contrefort entre la Valle Venosta et la Valle del Noce, descend ensuite à l'Adige, à Gargazzone, entre Meran et Bolzano, remonte sur le haut plateau de la rive gauche, coupe la Val Sorentina à moitié, celle de l'Eisack à Klausen et par le territoire dolomitique de la rive droite de la rivière Avisio, en excluant les vallées Garden et Badia et en incluant la région d'Ampezzo (Ampezzano), rejoint la frontière actuelle.

Art. 2. Une correction de la frontière orientale de l'Italie sera faite en sa faveur par l'Autriche-Hongrie, en comprenant dans cette correction les villes de Gradisca et Gorizia.

En partant de Trogkofel la nouvelle frontière se détache de l'actuelle en allant à l'est jusqu'à Ostermiz, de là elle descend des alpes Carniche jusqu'à Saifniz. Elle monte au Wischberg par le contrefort entre Seisera et Schliza et suit de nouveau ensuite la frontière actuelle jusqu'à Sella di Nevea, pour descendre des côtes du Rombone jusqu'à l'Isonzo, en passant à l'est de Plezzo. Elle suit ensuite la ligne de l'Isonzo jusqu'à Tolmino, où, en abandonnant l'Isonzo pour une ligne plus orientale qui en passant à l'est du haut plateau Pregona-Planina et en suivant l'enfoncement (solco) du Chiappovano, descend à l'orient de Gorizia et à travers le Carso di Comen arrive à la mer entre Monfalcone et Trieste dans les environs de Nabresina.

Art. 3. La ville de Trieste avec son territoire qui sera étendu au nord jusqu'à comprendre Nabresina en la rendant aussi limitrophe de la nouvelle frontière italienne (art. 2) et en comprenant au sud les districts judiciaires actuels de Capodistria et Pirano, sera constituée en un Etat autonome et indépendant, du point de vue politique, international, militaire, législatif, financier et administratif. L'Autriche-Hongrie renoncera à toute souveraineté sur l'Etat même, qui devra rester port franc. Les troupes austro-hongroises et les troupes italiennes ne pourront pas y entrer. Le nouvel Etat assumera une quote-part de la dette publique actuelle autrichienne, proportionnée à sa population.

Art. 4. Les groupes des îles Curzolari, comprenant Lissa (avec les îlots voisins de Sant'Andrea et Busi), Lesina (avec les îles Spalmadori et Torcola), Curzola, Lagosta (avec les îlots et écueils voisins), Cazza et Meleda, outre que Pelagosa seront cédés par l'Autriche-Hongrie à l'Italie.

Art. 5. Les territoires cédés par l'Autriche-Hongrie seront occupés immédiatement par l'Italie (art. 1, 2 et 4). De leur côté les autorités et les

\*) Anmerkung: Vgl. dazu den italienischen Wortlaut, Nr. 64 des italienischen Grünbuchs, unten unter „italienische Kundgebungen“.

troupes austro-hongroises évacueront Trieste et son territoire (art. 3) et les militaires de terre et de mer qui proviennent de ces territoires seront congédiés immédiatement.

Art. 6. L'Autriche-Hongrie reconnaît la pleine souveraineté italienne sur Valona et sa baie, y compris Saseno, avec autant de territoire dans le hinterland que leur défense réclame.

Art. 7. L'Autriche-Hongrie se désintéresse complètement de l'Albanie comprise entre les frontières tracées par la Réunion de Londres.

Art. 8. Une amnistie complète et la remise immédiate en liberté sera concédée par l'Autriche-Hongrie à toutes les personnes appartenant aux territoires cédés (art. 1, 2 et 4) et évacués (art. 3) étant condamnées ou soumises à un procès pour des raisons militaires et politiques.

Art. 9. En vue d'obtenir que les territoires cédés (art. 1, 2 et 4) soient délivrés de leur quote-part d'obligations dans la dette publique autrichienne et austro-hongroise ainsi que de la dette pour les retraites aux anciens fonctionnaires II. RR., en échange du passage immédiat et intégral au Royaume d'Italie de toute propriété de l'Etat immobile et mobile, moins les armes se trouvant dans les territoires mêmes, et pour compenser les droits nécessaires de l'Etat concernant les territoires en question en tant qu'ils s'y réfèrent, aussi bien pour le présent que pour l'avenir, sans aucune exception, la somme capitale en or de deux cents millions de livres italiennes sera payée par l'Italie à l'Autriche-Hongrie.

Art. 10. L'Italie assume l'engagement de maintenir une parfaite neutralité pendant toute la guerre présente dans les égards de l'Autriche-Hongrie et de l'Allemagne.

Art. 11. L'Italie renonce pour toute la durée de la guerre actuelle à toute faculté d'invoquer ultérieurement en sa faveur les dispositions de l'article VII du Traité de la Triple Alliance et l'Autriche-Hongrie fera la même renonciation pour ce qui concerne l'occupation italienne effectuée des îles du Dodecanèse.

Je n'ai pas caché au Duc *Avarna* la pénible impression que m'a causée, à la lecture des propositions du Baron *Sonnino*, l'excès de ses prétentions. J'ai ajouté que tous les points de sa communication seraient examinés par moi avec le soin requis et que je lui ferais parvenir ma réponse dans le plus bref délai possible.

**Nr. MCXC. Prinz Gottfried zu Hohenlohe an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 142.**

(Telegramm.)

Berlin, am 12. April 1915.

Gleich Euer Exzellenz bezeichnet auch der Staatssekretär die Forderungen Italiens als unannehmbar, glaubt aber, daß sie nur gestellt wurden, um darüber zu verhandeln und sich so einen Teil derselben zu sichern.

General *Pau*, der jüngst in Rom geweilt hat, soll sehr viel zu den Forderungen Italiens beigetragen haben, indem er unsere militärische Wider-



standskraft als gebrochen erklärte und Wunder von den russischen noch zu erwartenden Nachschüben erzählte.

# **Nr. MCXCI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 143.**

(Telegramm.)

Rom, am 14. April 1915.

Fürst *Bülow* hat mir heute über eine gestern mit Baron *Sonnino* stattgehabte Unterredung Folgendes mitgeteilt:

Die beiden Herren gingen die letzten italienischen Forderungen punktweise durch. Bezüglich des Trentino gab Baron *Sonnino* zu, daß man auf ganz deutsche Gegenden gegriffen habe, und suchte dies damit zu erklären, daß auch Euer Exzellenz in Ihrem Anerbieten ganz italienische Gegenden bei der Monarchie gelassen hätten.

Fürst *Bülow* hatte den Eindruck, daß die Italiener da über Ausmaß mit sich reden lassen würden, ebenso wie bezüglich Isonzo-Grenze.

Was Triest betrifft, fand er die Angaben ganz unklar über das, was Baron *Sonnino* eigentlich anstrebe.

Auf eine Bemerkung, daß ihm eine der Stellung Hamburgs ähnliche vorschwebe, replizierte Fürst *Bülow*, daß Deutschland ein Staatenbund und daher eine Analogie nicht recht herzustellen sei. Im übrigen habe er mit aller Energie die Gründe rekapituliert, warum die Monarchie auf Triest nicht verzichten könne.

Die schärfste Diskussion habe sich über die dalmatinische Inselgruppe ergeben. Baron *Sonnino* habe ihm gestanden, daß man darin die sogenannte adriatische Frage verkörpert: die italienische Küste biete in der Adria von Venedig bis Tarent keinen einzigen brauchbaren Hafen (soll heißen: Kriegshafen [!]). Die italienische Marine sei dadurch in der Adria in einem Zustande der Inferiorität. Der Marineminister und dessen ganzes Ressort hätten ihn bestürmt und das ganze Land erwarte von ihm, daß er eine Verbesserung dieser Situation durchsetze; mit dem größten Zynismus habe der Minister beigefügt, man müsse den jetzigen Moment, der so nie wieder kommen werde, ausnützen.

Auf eine Frage, wie sich diese exorbitanten Forderungen mit *Sonninos* wiederholten Auslassungen über seinen Wunsch, eine bessere Grundlage für die Erneuerung des Dreibundes zu schaffen, in Einklang bringen ließen, habe der Minister geantwortet, er hätte eben durch möglichst vollständige Ausrottung des Irredentismus diesem Zwecke dienen wollen!

Bezüglich Albaniens verwies der deutsche Botschafter auf die wiederholten italienischen Erklärungen über Aufrechterhaltung der Londoner Beschlüsse und des Provisoriums der Besetzung von Valona, worauf Baron *Sonnino* ziemlich verlegen geantwortet hätte, es habe sich ihm nur um einen Vorschlag gehandelt, über den sich reden ließe.

Zum Schlusse sei Baron *Sonnino* traktabler geworden und als sie sich trennten, habe er gesagt: „Je vous promets, je vais discuter et je serai très raisonnable“.

Die Hauptelemente, welche die italienische Regierung dominieren, bleiben dieselben: Angst vor England, Angst vor der Revolution (besonders bei Hofe scheint man diese jetzt mehr zu fürchten als den Krieg), andererseits Ungewißheit über Kräfteverhältnis der zwei Gruppen.

**Nr. MCXCII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 144.**

(Télégramme.)

Vienne, le 16 avril 1915.

Je me propose de donner aujourd'hui même à l'Ambassadeur d'Italie la réponse suivante aux dernières propositions du Baron *Sonnino*:

„Le Gouvernement I. et R. a examiné avec soin les propositions qu'au nom du Gouvernement Royal le Duc *Avarna* lui a faites au sujet de l'accord à conclure entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie.

A son vif regret le Gouvernement I. et R. a dû constater que pour des raisons politiques, ethnographiques, stratégiques et économiques qu'il serait superflu de développer, une grande partie de ces propositions, notamment celles formulées dans les articles 2, 3 et 4, sont inacceptables. L'ensemble de ces propositions lui créerait une situation inconciliable avec ses intérêts vitaux et serait peu apte à réaliser le but auquel le Gouvernement Royal a toujours déclaré viser, à savoir de consolider les rapports mutuels entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie, de les baser sur une bonne foi entière, d'éliminer toute cause de frictions entre elles et de rendre possible leur collaboration dans des questions de politique générale.

S'inspirant de son côté sincèrement de ces considérations et voulant témoigner à l'Italie jusqu'à l'extrême limite de la possibilité son désir d'arriver à une entente définitive et durable, le Gouvernement I. et R. est disposé à étendre la cession territoriale dans le Tyrol méridional qu'il avait consentie dans la communication faite au Duc *Avarna* le 1. avril. D'après cette nouvelle proposition de notre part la future ligne-frontière se détacherait de la frontière actuel. près de la Zufallspitze et suivrait pour un trait la frontière entre le district de Cles d'une part et les districts de Schlanders et de Meran de l'autre, c'est-à-dire la ligne du partage des eaux entre le Noce et l'Adige jusqu'à l'Ilmenspitze. Elle passerait à l'ouest de Proveis de sorte que cette commune continuerait à faire partie du Tyrol, rejoindrait le Torrente Pescara et suivrait le talweg de ce dernier jusqu'à son embouchure dans le Noce. Elle suivrait le talweg du Noce dont elle se détacherait au sud de Tajo, monterait sur le Corno di Tres, suivrait la frontière septentrionale du district de Mezzolombardo et rejoindrait l'Adige au sud de Salurn. Elle monterait sur le Geiersberg, suivrait la ligne du partage des eaux entre la vallée de l'Avisio et la vallée de l'Adige en passant par le Castion et se dirigerait vers la Hornspitze et le Monte Comp. Elle tournerait ensuite au

sud, décrirait un demi-cercle qui laisserait la commune d'Altrei au Tyrol et remonterait jusqu'au col de San Lugano. Elle suivrait la frontière entre les districts de Bozen et de Cavalese, c'est-à-dire la ligne du partage des eaux entre la vallée de l'Avisio et la vallée de l'Adige, et passerait par la Cima di Rocca et le Grimm-Joch jusqu'au Latemar. Du col Carnon elle descendrait vers l'Avisio, couperait cette rivière entre les communes de Moena et Forno et remonterait vers la ligne du partage des eaux entre la vallée de San Pellegrino au nord et la vallée de Travignolo au sud. Elle rejoindrait la frontière actuelle à l'est de la Cima di bocche.

Le Gouvernement I. et R. ne serait point à même, par conséquent, d'accepter la ligne-frontière indiquée dans l'article 1 des propositions italiennes qui impliquerait le passage à l'Italie de districts de langue allemande.

Quant à la proposition contenue dans l'article 5 et selon laquelle les territoires cédés par l'Autriche-Hongrie seraient transférés immédiatement à l'Italie, les mesures abruptes qu'elle entraînerait à sa suite, déjà techniquement impraticables en temps de paix pour maintes raisons d'administration générale et autres, le seraient encore davantage en temps de guerre. Sans vouloir citer d'autres exemples historiques il suffira de rappeler le procédé appliqué lors de la cession de Nice et de la Savoie à la France en 1860 où, même après la conclusion de la paix, un certain nombre de mois se sont écoulés entre la conclusion de la convention y relative et la remise effective des territoires cédés.

Rien ne s'oppose de la part du Gouvernement I. et R. à l'acceptation de la proposition contenue dans l'article 8 et concernant l'amnistie à accorder aux personnes appartenant au territoire cédé à l'Italie et condamnées ou soumises à un procès pour des raisons militaires et politiques.

En ce qui concerne la question de l'Albanie en général et celle de Valona en particulier, le Gouvernement I. et R. ne peut ne pas constater que les propositions présentées par le Gouvernement Royal dans les articles 6 et 7 pourraient difficilement être mises en harmonie avec les engagements pris à quatre reprises, à savoir : par l'accord austro-hongrois-italien de 1901, par les décisions de la Réunion de Londres, par sa déclaration du 4 août de l'année dernière de rester fidèle aux engagements pris envers l'Autriche-Hongrie ainsi qu'aux décisions de la Réunion de Londres et de ne vouloir tirer aucun profit en Albanie du fait que l'Autriche-Hongrie se trouve engagée dans une guerre, et par ses déclarations claires et formelles lors de l'occupation italienne de Valona. Le Gouvernement I. et R., de son côté, pénétré de la nécessité de maintenir les droits et obligations réciproques résultant des arrangements en vigueur et de persévérer dans l'attitude qu'il a toujours observée dans la question albanaise, ne saurait se désintéresser de l'Albanie, pays si proche de la sphère de ses intérêts les plus sensibles, à la création de laquelle elle a, conjointement avec l'Italie, contribué non seulement politiquement, mais aussi par des sacrifices assez considérables d'ordre militaire (mobilisation partielle de 1913), économique et financier. A la suite des de-

cisions de la Réunion de Londres la question albanaise est devenue, du reste, une question européenne de sorte que ni une ni plusieurs des Grandes Puissances ne sauraient disposer isolément ou par un accord de l'Albanie dont l'existence et la neutralité ont été placées sous la garantie de l'Europe. Ce n'est que par la volonté concordante des Puissances — éventualité irréalisable pendant la guerre actuelle — que la situation politique de l'Albanie pourrait être modifiée.

Néanmoins le Gouvernement I. et R., fidèle à l'esprit de l'accord austro-hongrois-italien concernant l'Albanie et voyant précisément dans la question albanaise un des problèmes de politique générale au sujet duquel la collaboration de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie pourrait utilement continuer à l'avenir se déclare toujours prêt à discuter avec le Gouvernement Royal nos intérêts réciproques en Albanie sur la base de la situation présente ou en tant que des changements politiques futurs feraient paraître nécessaire pour l'une ou l'autre des deux Parties de soumettre à révision nos arrangements.

Passant à l'examen des engagements à prendre par l'Italie, le Gouvernement I. et R. tient à faire remarquer que la Turquie s'étant unie à l'Autriche-Hongrie et à l'Allemagne par le fait de sa participation à la guerre, la neutralité au maintien de laquelle l'Italie s'obligerait jusqu'à la fin de la guerre devrait inclure également l'Empire Ottoman.

Nous accepterions l'article 11 des propositions avec l'insertion, après les mots: „guerre actuelle“, de la phrase: „et relativement aussi aux avantages territoriaux ou autres qui résulteraient pour l'Autriche-Hongrie du traité de paix terminant cette guerre“.

Notre renonciation à une compensation pour l'occupation des îles du Dodécanèse aussi serait subordonnée à cette condition.

Sans être encore à même de préciser la quote-part des dettes publiques afférente au territoire à céder à l'Italie ni la somme globale que l'Autriche-Hongrie devra réclamer à titre d'indemnité pour toutes les investitions faites par l'Etat dans le territoire en question, le Gouvernement I. et R. doit tout de même déclarer dès à présent que le chiffre proposé par le Gouvernement Royal serait tout à fait insuffisant et ne représenterait, à beaucoup près, une indemnisation équitable. Pour ne citer qu'un point, il sera utile de constater que seule la valeur des bâties militaires se trouvant dans le territoire à céder à l'Italie dépasse considérablement la somme totale proposée par le Gouvernement Royal. Ne voulant pas entraver cependant la conclusion de l'accord par des différends d'ordre purement financier le Gouvernement I. et R. se déclare prêt à soumettre la question de l'indemnité pécuniaire, en cas de désaccord avec le Gouvernement Royal, au tribunal d'arbitrage de La Haye.“

**Nr. MCXIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 145.**

(Telegramm.)

Wien, am 16. April 1915.

Da nach unseren Informationen die von den Ententemächten, speziell von Frankreich, lancierten Nachrichten über die angebliche Möglichkeit eines



raschen Abschlusses eines Separatfriedens der Monarchie mit Rußland in Italien und auch anderwärts ungünstig wirken. habe ich das Erscheinen eines Dementis im morgigen „Fremdenblatt“ veranlaßt.

**Nr. MCXCIV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 146.**

(Télégramme.)

Vienne, le 17 avril 1915.

En donnant hier à l'Ambassadeur d'Italie la réponse dont je vous ai communiqué le texte, j'ai fait observer au Duc *Avarna* que si nous étions pour des causes impérieuses dans l'impossibilité de prendre en considération des demandes qui impliqueraient l'abandon de quelques-uns de nos plus importants intérêts, d'un autre côté ce que nous offrions était si précieux et allait tellement au devant de ce que l'Italie avait coutume de désigner comme le plus important de ses vœux nationaux que le Gouvernement Royal devait y reconnaître une preuve éclatante de notre bonne volonté active d'en arriver avec l'Italie à une situation de cordiale amitié, libre désormais de toute matière à frictions, situation telle que le Baron *Sonnino* l'avait appelée de ses vœux, concordants avec les nôtres, dès le début de nos pourparlers.

L'Ambassadeur s'est abstenu de tout commentaire et s'est borné à exprimer son appréhension de ne pas voir bien accueillie ma réponse qu'on trouverait probablement à Rome trop au-dessous de ce que la clameur publique exigeait.

**Nr. MCXCV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 147.**

(Telegramm.)

Rom, am 18. April 1915.

Bei heutigem Besuche in der Consulta bat ich Baron *Sonnino* zunächst, aus Euer Exzellenz Antwort und den bedeutenden Zugeständnissen, zu denen sich die k. u. k. Regierung in Südtirol entschlossen habe, zu ersehen, wie unsererseits alles geschehen ist, um den ernsten Willen zur Erreichung einer Verständigung zu zeigen, welche geeignet wäre, auch für die Zukunft das Verhältnis der beiden Mächte auf eine gesunde Basis zu stellen, was ja auch nach wiederholten Versicherungen der Absicht italienischer Regierung entspräche.

Nachdem mein Mitredner dem neuerlich zugestimmt hatte, fuhr ich fort, zu diesem Ende müsse jeder Stachel beseitigt werden, der sich später fühlbar machen könnte; eben darum entspräche es auch nicht dem Geiste dieser Absicht, Verlangen an uns zu stellen, welche — wie die Grenzverschiebung am Isonzo, der Freistaat Triest und die Abtretung dalmatinischer Inselgruppe — mit Rücksicht auf unsere vitalsten Interessen unannehmbar seien.

Ich erläuterte sodann, wie ein Binnenland politisch und wirtschaftlich auf ein freies Débouché an das Meer angewiesen und daß Oesterreich-Ungarn in diesem Punkte ohnehin auf einen Teil der Adria beschränkt sei; es hieße ihm die Luft zum Atmen nehmen, wenn die italienische Grenze bis an die Tore Triests vorgeschoben, wenn ein Freistaat entstünde, der uns von der

See abschnitte, überdies ein noch viel ärgerer Herd des Irredentismus werden und nach kurzer Zeit unter dem Drucke der nationalen Hetze sich Italien anschließen würde. Aelmlich wäre es mit Dalmatien, wo die bedeutendste Inselgruppe in fremden Händen die Verteidigung des Landes gegen wen immer unmöglich machen und den wichtigen Hafen von Spalato vom freien Verkehre mit dem Meere absperren würde.

Ich erinnerte endlich, daß Italien, welches sich selbst über die Absperung des Mittelmeeres durch England beklage, einem Fünfzigmillionenlande wie Oesterreich-Ungarn in der Adria, die dann ein italienischer See würde, gewissermaßen den Hals zuschnüren wolle.

Baron *Sonnino* bemerkte, daß am Isonzo die jetzige Grenze eine für Italien strategisch ganz unmögliche sei, die eine Remedur dringend erheische. Bezüglich Triests meinte er nur, er habe einen Freihafen im Auge gehabt, was Dalmatien anbelangt, sprach er von der offenen italienischen Adriaküste, welche gar keinen Stützpunkt böte; auf meinen Hinweis auf Ancona und Brindisi blieb er dabei, daß ersteres jetzt zur offenen Stadt erklärt worden, da sein Hafen ganz unbrauchbar sei; dagegen gab er zu, daß letzterer sich ausbauen ließe. Aus der ganz matten, offenbar auf keinerlei ernstlichem Studium der betreffenden Fragen beruhenden Verteidigung seiner Forderungen schließe ich jetzt erst recht, daß, wie man ja behauptet, die Isonzogrenze ihm vom Generalstabe, die Inseln vom Marineminister, Triest von *Barzilai* oktroyiert worden sind.

Auf Albanien übergehend, meinte der Minister, man dürfte ihn mißverstanden haben, denn es sei ihm nicht begefallen, unseren Akkord etwa verleugnen zu wollen; er habe nur daran gedacht, denselben durch einen anderen zu ersetzen, was seiner Ansicht nach, unbeschadet einer späteren Entscheidung aller Großmächte über das endgültige Schicksal Albaniens, geschehen könnte.

Die Annahme des Amnestieartikels bezeichnete er als natürliche Konsequenz der Zession. Ebenso den gegenseitigen Verzicht auf Anrufung des Art. VII mit dem von Euer Exzellenz gewünschten Zusatze bezüglich der etwaigen Vorteile aus dem Friedensschlusse. Wenn auch der Minister anfangs einmal bemerkte, daß ihm die Antwort nicht befriedigend erscheine und daß er sie übrigens noch nicht genau gelesen, war seine Stimmung nichts weniger als erregt, seine Einwendungen auf meine Argumente wenig temperamentvoll und überzeugt. Er sprach gleich selbst von notwendiger Rücksprache mit Herrn *Salandra* und Seiner Majestät, bevor er Antwort gebe, so daß man aus keiner Silbe schließen könnte, er wolle Konversation nicht fortsetzen.

**Nr. MCXCVI. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 148.**

(Telegramm.)

Wien, am 18. April 1915.

Falls Baron *Sonnino* nach wie vor auf der sofortigen Besetzung des Italien abgetretenen Gebietes bestehen sollte, können Euer Exzellenz dar-

legen, daß wir in der Lage und bereit wären, gewisse Maßnahmen, wie zum Beispiel den Zusammentritt gemischter Kommissionen zur Regelung der aus der Zession resultierenden Fragen, zu treffen. Hiedurch würde es außer Zweifel gestellt sein, wie ernst es uns mit der Einhaltung unserer Verpflichtung ist. Dies erhelle übrigens schon aus dem Umstande, daß wir zur eventuellen Entscheidung über die Höhe der italienischen Ablösungssumme eine internationale Instanz, nämlich das Haager Schiedsgericht, in Vorschlag bringen.

**Nr. MCXCVII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. H. II 149.**

(Télégramme.)

Vienne, le 19 avril 1915.

L'Ambassadeur d'Italie est venu aujourd'hui me dire très confidentiellement qu'il avait appris de bonne source que j'avais manifesté l'intention de me placer dans le cours de nos pourparlers ultérieurs sur un point de vue tout contraire à celui développé dans l'aide-mémoire du 16 c. et de faire des concessions allant au devant de toutes les demandes qui y sont déclarées inacceptables. J'aurais ouvert la perspective de ne pas être intraitable sur l'Isonzo, d'admettre une extension d'autonomie et des institutions italiennes de Trieste, de céder à l'Italie quelque port ou île de la Dalmatie et d'accepter ses propositions concernant l'Albanie.

Le Duc *Avarna* a ajouté qu'il ne pouvait m'indiquer l'origine de cette information, mais qu'elle était parvenue jusqu'à son Gouvernement. Il me l'apportait pour ne point laisser naître de fausses impressions à Rome qui auraient même pu influer sur la réponse que nous attendions du Baron *Sonnino*. Il me serait reconnaissant d'apprendre de ma bouche si le renseignement qu'on lui avait donné était vrai ou faux.

Je ne trouvais pas opportun de fouiller en commun avec le Duc *Avarna* le sens de cette singulière manœuvre, mais j'en ai pris texte pour développer devant l'Ambassadeur le sérieux des considérations qui empêchaient l'Autriche-Hongrie d'entrer dans la discussion de demandes qui côtoyaient de si près nos problèmes d'existence, et pour l'assurer encore que l'Italie nous trouverait toujours prêts à examiner attentivement toute proposition qu'elle nous ferait, à appuyer dans la mesure du possible ses intérêts dans les questions qui la touchaient spécialement et à nous entendre amicalement avec elle là où nos intérêts étaient parallèles et conciliables. Ainsi en Albanie nous tiendrions volontiers compte des circonstances changées et si le désintéressement nous était impossible pour des raisons dont le Gouvernement Royal ne refuserait pas de reconnaître le bien-fondé, d'un autre côté l'Italie nous trouverait disposés à prendre en considération la situation qu'elle a occupée de fait en Albanie et de mettre, par une révision de notre accord, cette situation en harmonie avec nos propres intérêts dans ledit pays.

Le Duc *Avarna* a pris bonne note de cette explication qui confirmait les espérances déjà assez clairement données dans l'aide-mémoire concernant la possession de Valona. Il était surpris d'apprendre par mes démonstrations

sur la carte quel rôle infime jouait en réalité le mot d'ordre d'„aspiration nationale“ dans le règlement proposé de la frontière sur l'Isouzo et à quel point la recherche d'une frontière stratégiquement avantageuse pour l'Italie, mais impossible pour l'Autriche-Hongrie, avait poussé loin la ligne de ce projet dans des territoires purement slaves et allemands.

**Nr. MCXCVIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 150.**

(Telegramm.)

Rom, am 20. April 1915.

Ich hatte heute längeres Gespräch mit Herrn *Salandra*.

Der Ministerpräsident ging besonders auf Triester Frage ein und führte aus, das Entgegenkommen Italiens, welches einsehe, daß die Monarchie Triest nicht zedieren könne, habe zum Vorschlage eines Freistaates geführt; für Italien handle es sich darum, die nationale Existenz der italienischen Majorität Triests sicherzustellen, was eben das jetzt aufgepeitschte hiesige nationale Gefühl unter österreichischer Herrschaft nicht für möglich halte. Demgegenüber suchte ich nachzuweisen, daß auch die gezwungene Konstruktion des Freistaates zur Angliederung an Italien, deren Unmöglichkeit er selbst eben zugegeben, führen müßte, daß aber auch sonst Vorlagerung eines solchen Neugebildes für unseren freien Zugang zum Meere ein unerträgliches Hindernis bilden würde.

Ich stellte dann historische, materielle, technische, kommerzielle Bedeutung Triests für uns dar und suchte seinen Einwendungen gegenüber zu bestreiten, daß italienische Aspirationen nicht von wirtschaftlichem Wohlergehen der größeren Bevölkerungskreise diktiert, sondern durch ganz egoistische Bestrebungen Einzelner wacherhalten seien, in einem Freistaate erst recht zügellos gedeihen und zur Annexion und zum materiellen Ruine der Stadt führen müßten.

Herr *Salandra* stellte dann die These auf, daß eben diese Frage so sehr im nationalen Gefühle stecke, daß er sich, obwohl er unser weitgehendes Entgegenkommen in Tirol anerkenne, nicht trauen würde, dem Parlamente ein Arrangement vorzulegen, in welchem diesem Gefühle in keiner Weise Rechnung getragen wird. Er meinte, er müßte eben dann zurücktreten, aber das sei das kleinere Uebel, die Gefahr wäre, daß es dann überhaupt zu Unruhen käme, so daß er ein solches Abkommen Seiner Majestät nicht anraten könnte. Die Dynastie sei in Italien nicht so fest fundiert, Seine Majestät riskiere Unpopularität, wenn nicht Aergeres. Auf meinen Zweifel an all dieser Schwarzmalerei gab er aber doch selbst zu, daß auch seiner Ansicht nach Majorität der Italiener Verständigung à l'amiable wünschte. Wir kamen dann abermals auf das abgeleierte Thema der Präparation der öffentlichen Meinung durch die Regierung zurück.

Bezüglich der Inseln sprach sich Herr *Salandra* analog wie gestern Baron *Sonnino* aus, worauf ich noch besonders hervorhob, Italien scheine dadurch auch maritim in der Adria am besten geschützt, wenn das von beiden



Seiten beabsichtigte, solider fundierte Abkommen zustande käme, wodurch Italien und Oesterreich-Ungarn gemeinsam die Herren der Adria wären und sie auch gemeinsam verteidigen könnten.

Was Albanien betrifft, ist die wiederholte Bemerkung des Ministerpräsidenten von Wichtigkeit, daß er dem sekundäre Bedeutung beimesse; Albanien könne nicht Grund eines Konfliktes zwischen uns werden. Er gebe zu, daß in dieser Frage auch die anderen Mächte mitzureden hätten. Es wäre ihm lieber gewesen, Valona behalten zu können, aber es würde sich gewiß irgendeine Verständigung über die Zukunft Albaniens finden lassen, vielleicht auf Grundlage von Interessensphären, aber er betone, dies sei von sekundärer Wichtigkeit.

Nicht uninteressant ist auch seine Äußerung, als von Tirol die Rede war, Italien wolle gar keine deutschen Untertanen, nur sollte nach Möglichkeit die Sprachgrenze eingehalten werden. Ich wies schließlich darauf hin, daß Euer Exzellenz überzeugt seien, die italienische Antwort werde allen jenen Gründen, welche den Schutz unserer vitalen Interessen nötig machen, Rechnung tragen, und ließ einfließen, schließlich scheine mir etwas Sicheres doch immer unsicheren Chancen vorzuziehen, was Herr *Salandra* sehr wohl verstand und mit der Bemerkung beantwortete, man werde gewiß auch das erwägen müssen.

Zum Schlusse meinte er, es müsse erst alles genau geprüft und mit dem Generalstabschef und mit den anderen Ressortstellen besprochen werden.

Der Ton der Unterredung war der freundschaftlichste.

#### **Nr. MCXCIX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 151.**

(Telegramm.) ~ Wien, am 21. April 1915.

Ich teile Euer Exzellenz Eindruck, daß italienischerseits Fortsetzung der Konversation keineswegs ausgeschlossen erscheint.

Hinsichtlich Triests könnte unter Aufrechterhaltung der Ablehnung einer territorialen oder verfassungsrechtlichen Konzession gegenüber dem von Herrn *Salandra* angerufenen nationalen Gefühle speziell darauf hingewiesen werden, daß diese reichsunmittelbare Stadt ohnedies eine weitgehende Autonomie besitze, ihr Gemeinderat zugleich als Landtag fungiere und daß die nationale Existenz sowie die kulturelle und wirtschaftliche Betätigung des italienischen Elementes dortselbst schon durch dessen Zahl und ökonomische Bedeutung gewährleistet sei.

#### **Nr. MCC. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 152.**

(Telegramm.) Rom, am 22. April 1915.

Ich habe Baron *Sonnino* heute aufgesucht und befragt, ob er Euer Exzellenz Antwort erhalten habe. Er bestätigte, daß er alles studiert habe.

ohne sich aber irgendwie auf das Meritum einzulassen, und fügte hinzu, Euer Exzellenz hätten ihm heute durch Herzog *Avarna* sagen lassen, daß Hochdieselben demnächst antworten würden.

Auf meine Bitte, mich über diese mir nicht recht verständliche Äußerung aufzuklären, erfuhr ich zu meiner Ueberraschung, daß der italienische Botschafter gestern, wie Baron *Sonnino* sich ausdrückte, seine „Observationen“ zu Euer Exzellenz Antwort vom 16. I. Mts. zu übermitteln beauftragt war und daß nach einem eben eingelangten Telegramme Euer Exzellenz versprochen hätten, in Bälde zu antworten.

Er erwähnte noch, daß diese Observationen im Sinne unserer neulichen Konversation gehalten waren; sonst war von ihm über diesen Gegenstand nichts mehr zu erfahren, er lehnte das Gespräch ostentativ ab.

**Nr. MCCL. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 153.**

(Télégramme.)

Vienne, le 22 avril 1915.

Le Baron *Sonnino* a fait connaître au Duc *Avarna* ses observations sur ma réponse du 16 c. Sans en avoir l'instruction expresse, l'Ambassadeur est venu hier les porter à ma connaissance.

D'après le Ministre italien ma réponse ne présente pas une base propre à assurer la bonne entente et l'harmonie durable que nous avons en vue.

Il reconnaît bien que nous faisons quelques concessions nouvelles en Tyrol, mais elles ne suffisaient pas, selon lui, à bien résoudre la question militaire et ethnographique dans ces parages-là, laissant en dehors quelques contrées de langue italienne, comme une partie du val di Noce, les vals de Fassa et d'Ampezzo.

J'avais invoqué contre ses demandes concernant l'Albanie nos arrangements antérieurs. Sa proposition consistait justement en ce que ces arrangements fussent modifiés d'un commun accord et remplacés par notre désintéressement complet de tout arrangement nouveau que le Gouvernement Royal ferait avec les autres Puissances concernant l'Albanie, de même que l'Italie se désintéresserait de ce que l'Autriche-Hongrie serait à même d'arranger à la fin de la guerre au sujet des Balkans.

Quant à l'article 9, le Baron *Sonnino* admet qu'on pourra discuter encore le montant de la quote-part de la dette publique de l'Etat à assumer par l'Italie avec le territoire cédé. Quant à l'évaluation des investitions faites par l'Etat, le ministre s'en réfère à son observation répondant à notre première proposition afférente à cet objet.

Il se rallie volontiers à l'amendement proposé par moi à l'article 11 relatif à notre liberté d'action dans les Balkans qui correspondait tout à fait avec sa pensée.

Le Baron *Sonnino* insiste de nouveau sur la nécessité de l'exécution immédiate de la cession et il se réfère à ce sujet à ses motifs exposés an-

térieurement, à l'impossibilité surtout pour tout Gouvernement italien de présenter un accord sans cette clause.

Le Ministre termine ses observations par la constatation qu'à toutes ses autres demandes j'avais répondu avec un simple refus, en ne tenant aucun compte des motifs qu'il avait allégués à leur appui.

J'ai pris connaissance de la communication de l'Ambassadeur, en ajoutant que je me réservais de lui faire connaître ma réponse dans le plus bref délai possible.

**Nr. MCCII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 154.**

(Telegramm.)

Wien, am 22. April 1915.

Das steife Beharren der italienischen Regierung auf ihren sämtlichen Forderungen sowie, die sich stets beinahe in denselben Phrasen bewegende trockene und dürftige Motivierung der einzelnen Postulate rücken die Frage immer näher, ob italienischerseits ernstlich auf die Herstellung eines Einvernehmens mit uns, eventuell um den Preis weitgehender Opfer der Monarchie, abgezielt oder die Verhandlungen nur äußerlich mit dem Hintergedanken fortgesetzt werden, sei es Zeit für spätere entscheidende Entschlüsse zu gewinnen, sei es nach erhaltener Orientierung über unser äußerstes Angebot schon demnächst in das Lager der Triple Entente abzuschwenken.

Auf jeden Fall wollen Euer Exzellenz aber Ihrerseits die Konversation mit Baron *Sonnino* im Gange erhalten, indem Sie im freundschaftlichsten Tone auf die gegen die verschiedenen italienischen Postulate sprechenden Argumente zurückkommen und auf unzutreffende Gesichtspunkte der italienischen Regierung aufklärend und berichtigend einzuwirken trachten.

**Nr. MCCIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 155.**

(Telegramm.)

Rom, am 26. April 1915.

Ich höre aus verlässlicher Quelle, daß vor einiger Zeit in der Consulta Projekt ausgearbeitet wurde, welches für Italien das Gebiet zwischen dem Flusse Skumbi im Norden und der Vojussa im Süden, welche die Grenze gegen den griechischen Epirus bilden soll, als Hinterland von Valona in Aussicht nimmt. Dieser Landstrich, der heiläufig den von den Tosken bewohnten Teil Albaniens umfasst, soll sich bis an den Ochridasee erstrecken.

Der nördliche, von den Ghegen bewohnte Teil wäre nach diesem Projekte, vorbehaltlich der dort den Serben zu gewährenden Zugangslinie zur Adria, als selbständiges Albanien gedacht.

**Nr. MCCIV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 156.**

(Telegramm.)

Rom, am 26. April 1915.

*Pepino Garibaldi*, der Führer der jüngst aufgelösten garibaldinischen Legion in Frankreich, wurde kürzlich insgeheim vom Könige empfangen.

Diese Tatsache war aber so sensationell, daß sie natürlich hierlands dennoch nicht geheim bleiben konnte.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser Empfang nicht ohne Einraten der Regierung durchgesetzt wurde.

**Nr. MCCV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 157.**

(Telegramm.)

Wien, am 27. April 1915.

Es könnte dem Zustandekommen unseres Akkords mit Italien förderlich sein und würde, nach mir zugekommenen Nachrichten, auch von Baron *Sonnino* nicht ungern gesehen werden, wenn eine angesehene politische Persönlichkeit der Monarchie Gelegenheit hätte, in Rom mit den italienischen Ministern eine eingehende Aussprache über den ganzen Komplex unserer gegenseitigen Interessen zu pflegen und auch bezüglich der Punkte, in welchen wir auf Italiens Prätionen nicht eingehen können, unsere Auffassung und unsere Gründe ausführlich darzulegen.

Der vormalige Minister des Aeußern, Herrenhausmitglied Graf *Goluchowski*, welcher über meine Auffassungen völlig orientiert ist, wäre bereit, sich zu einem kurzen Aufenthalte nach Rom zu begeben und mit Baron *Sonnino* und Herrn *Salandra* eine derartige Aussprache über die politische Lage und speziell über die Gestaltung unserer Beziehungen zu Italien zu pflegen.

Ich ersuche Euer Exzellenz, dies vertraulich dem italienischen Minister des Aeußern mitzuteilen und sich hiebei darüber zu informieren, ob ihm eine solche Aussprache erwünscht erscheinen würde, in welchem Falle ich den Grafen *Goluchowski* über den Stand unserer Pourparlers mit der italienischen Regierung in genaue Kenntnis setzen würde.

**Nr. MCCVI. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 158.**

(Erlaß.)

Wien, 28. April 1915.

Ich beabsichtige, dem italienischen Botschafter morgen die aus der Beilage ersichtliche Antwort auf die mir am 21. l. Mts. durch Herzog *Avarna* mitgeteilten Bemerkungen Baron *Sonninos* zu erteilen.

Beilage.

D'après les dernières communications du Duc *Avarna* les observations que le Baron *Sonnino* a faites sur la réponse du Baron *Burián* du 16 de ce mois portent avant tout sur l'ensemble de cette réponse que le Ministre



des Affaires Etrangères d'Italie ne considère pas comme „une base propre à assurer la bonne entente et l'harmonie durable que nous avons en vue.“

Le Baron *Burián* tient à constater de son côté que son sincère désir, si souvent manifesté, d'arriver à une entente définitive avec l'Italie a rencontré de sérieuses difficultés dans le fait que quelques-unes des propositions italiennes touchaient dans le vif des intérêts vitaux austro-hongrois. Or, l'abandon de ces intérêts créerait pour l'Autriche-Hongrie une situation telle non seulement envers l'Italie mais aussi envers d'autres Puissances que même son apport dans la collaboration politique à laquelle vise le Baron *Sonnino* pour l'avenir serait considérablement amoindri.

Le Baron *Sonnino* remarque en outre que, concernant plusieurs de ses propositions, le Baron *Burián* n'avait pas tenu compte des motifs allégués à leur appui. Bien que l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Rome ait déjà eu l'occasion d'expliquer au Baron *Sonnino* et à Monsieur *Salandra* notre point de vue, le Baron *Burián* se prête volontiers à l'éclaircissement de ces questions.

Quant à Trieste il faut remarquer avant tout qu'en vertu de la constitution autrichienne cette ville jouit d'une large autonomie. Elle forme un territoire à part et son conseil municipal est en même temps investi des attributions d'une diète provinciale. L'élément italien est largement représenté dans l'administration autonome de la ville. Son nombre, le niveau de sa culture et sa situation économique lui assurent, en dehors des garanties constitutionnelles, une existence satisfaisante sous tous les rapports. En détachant Trieste et ses environs de la Monarchie austro-hongroise et en en faisant un Etat séparé on porterait un coup mortel à la prospérité économique de cette ville qui, privée de son hinterland, perdrait toute son importance, perspective à laquelle même son annexion à l'Italie, dont elle ne serait qu'un port superflu à la phérophérie, ne pourrait rien changer.

Trieste a toujours formé l'objet de la sollicitude particulière du Gouvernement autrichien qui, dans l'intérêt bien compris de l'Etat même, continuera à l'avenir aussi de favoriser son progrès matériel et intellectuel en conformité avec les vœux de la population, dont la prospérité dépend entièrement du lien qui l'unit à l'Autriche qui, tout en exigeant la fidélité de ses citoyens, n'a jamais rien fait pour entamer leur caractère national. Le Baron *Burián* s'entretiendra donc volontiers avec le Baron *Sonnino* de toute question que lui suggérerait encore son désir de se renseigner sur les véritables intérêts de Trieste.

La proposition concernant la cession des îles Curzolari à l'Italie se heurte également contre des difficultés insurmontables. Abstraction faite de la nationalité purement slave de la population de ces îles, ces dernières représenterait entre les mains de l'Italie une position stratégique qui dominerait d'un côté la partie supérieure de la mer Adriatique où il ne serait plus question d'équilibre pour l'Autriche-Hongrie, de l'autre côté menacerait la possession même des côtes adjacentes.

La cession territoriale proposée dans le Frioul autrichien y priverait l'Autriche-Hongrie d'une frontière indispensable pour la défense non seulement

d'une partie de son littoral mais aussi de plusieurs de ses provinces centrales et rapprocherait encore la frontière italienne de son port principal. L'élément italien d'ailleurs n'est que faiblement représenté au moins dans une grande partie du territoire en question, peuplé de Slaves.

Si, d'après la future délimitation en Tyrol, telle que la dernière proposition austro-hongroise l'a précisée, une parti de la vallée du Noce ainsi que les vallées de Fassa et d'Ampezzo ont été exclues de la cession territoriale, la cause qui a prévalu à ce propos n'était certainement pas celle de vouloir garder quelques contrées de langue italienne. Tel n'est pas le cas d'abord pour les vallées de Fassa et d'Ampezzo dont la population est ladine (grisonne), tient avec toutes les fibres de son âme à rester unie à l'Autriche-Hongrie et gravite au point de vue de tous ses intérêts exclusivement vers le nord. De même que personne en Italie n'a jamais considéré comme Italiens les habitants ladins du canton des grisons en Suisse, l'Italie n'aurait point de titre mieux fondé pour revendiquer la population ladine des deux vallées en question dont toute l'existence se fonde avec celle de l'avoisinant Pustertal.

Des raisons stratégiques impérieuses créent pour l'Autriche-Hongrie la nécessité de garder la partie orientale de la vallée du Noce sans laquelle les hauteurs qui protègent la région de Bozen resteraient mal assurées.

Dans la supposition où pour l'une ou l'autre des localités ci-dessus mentionnées on opposerait du côté italien à nos points de vue défensifs des arguments plus ou moins analogues, il ne faut pourtant pas perdre de vue qu'il s'agit pour l'Autriche-Hongrie de la cession amicale d'une partie de sa possession territoriale séculaire et que les arguments de celui qui donne et qui dans le cas qui nous occupe abandonne des frontières sûres, doivent, selon la nature des choses, avoir la prééminence sur ceux de l'acquérant.

Quant au maintien de la demande de l'exécution immédiate de la cession territoriale, le Baron *Burián* n'abandonne pas l'espoir que le Baron *Sonnino*, en soumettant cette question à un nouvel examen approfondi, voudra bien reconnaître lui-même l'impossibilité matérielle d'une pareille mesure. Le secret absolu qui, sur la proposition du Baron *Sonnino*, est observé de part et d'autre sur le fait et les différentes phases des pourparlers empêche jusqu'à la conclusion de l'accord tous les préparatifs militaires, administratifs ou autres qui devraient précéder la remise du territoire cédé. Toutes ces mesures préparatoires demandant un certain temps et ne pourront guère être improvisées au dernier moment, sans parler de la situation plus qu'anormale que créerait pour l'Autriche-Hongrie la prise de possession du territoire en question de la part de l'Italie à un moment où la Monarchie austro-hongroise et engagée dans une vaste guerre et où par conséquent la plus grande partie de son territoire est dépourvue des moyens de défense, son armée se trouvant concentrée sur les différents théâtres de la guerre. Voulant, toutefois, faciliter autant que possible au Gouvernement italien au moment donné sa situation vis-à-vis du Parlement et de l'opinion publique, on pourrait prendre en considération des mesures qui démontreraient aux yeux de tout le monde la

loyale et sérieuse volonté d'exécuter fidèlement les engagements pris. A cet effet on pourrait procéder, aussitôt l'accord conclu, à la réunion de commissions mixtes auxquelles incomberait le règlement de la multitude de questions de détail résultant de la cession territoriale. L'institution et le fonctionnement de ces commissions ne pourraient plus laisser l'ombre d'un doute sur l'exécution intégrale et définitive de la cession. Si le Baron *Sonnino* de son côté voulait proposer d'autres mesures tendant au même effet, le Baron *Burián* ne manquerait pas de les examiner dans la meilleure disposition de s'y prêter dans la mesure du possible.

Quoiqu'il soit très aisé de démontrer d'une façon probante que la somme offerte par le Gouvernement italien à titre de quote-part de la dette publique et d'indemnisations est de beaucoup inférieure aux valeurs publiques qui seraient cédées à l'Italie, le Baron *Burián* partage l'avis énoncé par le Baron *Sonnino* que cette question ne devrait pas entraver l'entente quand elle serait établie sur tous les autres points de l'accord projeté. C'est précisément dans cet ordre d'idées et comme une preuve de plus de son désir d'entourer la cession territoriale de garanties extérieures rassurantes que le Baron *Burián* propose de soumettre, le cas échéant, la controverse financière à un for international, à savoir au tribunal d'arbitrage de La Haye.

En ce qui concerne la question albanaise, le Baron *Burián* réitère l'expression de sa bonne volonté de discuter avec le Baron *Sonnino* les intérêts réciproques en Albanie, en tenant compte des circonstances changées pendant la guerre actuelle, et d'en arriver avec le Gouvernement italien à une nouvelle entente à ce sujet qui pourrait, en remplaçant les choses sur le terrain européen, même impliquer le désintéressement de l'Autriche-Hongrie pourvu que l'Italie se désintéressât également de l'Albanie, à l'exception de Valona et de la sphère d'intérêts qui y aurait son centre, et à condition que des garanties suffisantes fussent établies contre des entreprises et des établissements d'autres Puissances en Albanie, éventualité tout aussi menaçante pour les intérêts politiques et maritimes de l'Autriche-Hongrie que de l'Italie.

Ce serait une base de transaction, à-peu-près indiquée qui pourrait cependant être développée encore dans nos pourparlers dans le sens de modifications à proposer qui pourraient être rendues très acceptables peut-être pour les deux Parties.

**Nr. MCCVII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 159.**

(Telegramm.)

Rom, am 28. April 1915.

Minister des Aeußern, welchem ich die mir bezüglich der eventuellen Reise des Grafen *Goluchowski* nach Rom aufgetragene vertrauliche Mitteilung sofort machte, wird selbstverständlich den Grafen *Goluchowski* mit Vergnügen empfangen.

Ich konnte aber unschwer entnehmen, daß Baron *Sonnino* in diesem Vorschlage zunächst eine neuerliche Verzögerung argwöhnt.

Ich war daher bemüht, dem Minister, welcher sich im Prinzipie gegen den Wert von Spezialmissionen aussprach, klar zu machen, daß die Hieherreise des Grafen *Goluchowski* ohne jeden Aufschub erfolgen würde: zugleich hob ich den großen Vorteil hervor, welcher darin liegt, mit einer Persönlichkeit zu sprechen, welche nicht, wie ich, auf Grund schriftlicher Instruktionen informiert ist, sondern selbst so lange unsere auswärtige Politik geleitet hat und über Euer Exzellenz Ideen und Absichten auf Grund rezenter eingehendster Aussprache in einer viel lückenloseren Weise orientiert ist.

Baron *Sonnino* schien dies allmählich einzusehen.

**Nr. MCCVIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 160.**

(Telegramm.)

Rom, am 28. April 1915.

Gestern hier angekommener Herr *Tittoni* hatte lange Unterredung mit Baron *Sonnino* und wurde vom Könige empfangen.

Wie ich höre, hat Herr *Tittoni* französischerseits eine Menge, aber nicht konkretisierter Versprechungen, dafür aber das Verlangen nach einer italienischen Armee zur Unterstützung in Frankreich mitgebracht. Als angebliche Gegenleistungen heißt es, daß Frankreich, außer mancherlei Anboten auf Kosten Anderer, von eigenen Territorien Djibuti, einen Teil von Tunis und eine Grenzberichtigung im Département des Alpes maritimes in Aussicht gestellt habe. Dabei wäre auch nur letzteres neu; die afrikanischen Zessionen sollen schon vor längerer Zeit in Aussicht gestellt worden sein.

**Nr. MCCIX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 161.**

(Telegramm.)

Wien, am 29. April 1915.

Euer Exzellenz haben mit Telegramm vom 28. l. Mts. gemeldet, daß Baron *Sonnino* selbstverständlich den Grafen *Goluchowski* mit Vergnügen empfangen werde und daß sich der italienische Minister des Aeußern bei diesem Anlasse allerdings im Prinzipie gegen den Wert von Spezialmissionen ausgesprochen habe.

Heute teilte mir Herzog *Avarna* auf Grund eines Telegrammes des Baron *Sonnino* mit, daß derselbe zwar keinen Grund habe, den Grafen *Goluchowski* nicht zu empfangen, daß er aber nicht einsehe, welchen Nutzen es hätte, eine dritte Mittelsperson in Anspruch zu nehmen angesichts der zwischen mir und dem hiesigen italienischen Botschafter sowie ihm selbst und Euer Exzellenz bestehenden guten persönlichen Beziehungen.

Mit Rücksicht auf diese, im Tone von Ihrer Meldung einigermaßen abweichende Mitteilung des Herzogs *Avarna* ersuche ich Euer Exzellenz, an Baron *Sonnino* vertraulich die Anfrage zu stellen, ob — worüber er sich ganz aufrichtig äußern möge — ihm das Erscheinen des Grafen *Goluchowski* in Rom angenehm oder unerwünscht wäre.



Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz neuerlich darlegen, daß mir bei der Entsendung des Grafen *Goluchowski* vornehmlich der Wunsch vor-schwebte, der italienischen Regierung einen weiteren Beweis meines freundschaftlichen Entgegenkommens und meiner ersten Absicht, mit Italien zu einem Einvernehmen zu gelangen, zu geben.

**Nr. MCCX. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 162.**

(Telegramm.)

Rom, am 30. April 1915.

Alle meine Wahrnehmungen und Informationen stimmen darin überein, daß die Verhandlungen mit den Ententemächten jetzt ein fieberhaftes Tempo angenommen haben. Die Initiative hiezu dürfte aber nicht von dem stets unschlüssigen Baron *Sonnino* ausgehen. Herr *Barrère* kommt täglich zu ihm, wobei mir immer dieselben französischen Anbote genannt werden, nebst Aussicht auf größere Abtretungen in Tunis, wenn Elsaß-Lothringen zu Frankreich käme. Die französische Seite offerierte Grenzberichtigung bei Ventimiglia soll ein Gebiet von wenigen Quadrat-Kilometern umfassen.

Der englische Botschafter soll billige Anleihe von zwei Milliarden, weiters Erfüllung italienischer Wünsche in Kleinasien, Dodekanesos und Verhinderung jeder Förderung der Senussi-Bewegung bieten.

Ich glaube, daß der italienischen Regierung die Verhandlungen nach zwei Seiten zunächst zu gegenseitiger Pression dienen, um die heiderseitigen Anbote möglichst hinaufzutreiben und sich die Wahl offen zu halten.

Lange dürfte sich aber die von der Regierung durch die verschleierte Mobilisierung in der ganzen Öffentlichkeit geschaffene Spannung nicht aufrechterhalten lassen, ohne so oder so zur Explosion zu führen.

In der Umgebung *Cadornas* wird verbreitet, daß der Krieg gegen die Monarchie jetzt gemacht werden müsse, weil er ja doch unvermeidlich sei: eine freiwillige Abtretung würde in absehbarer Zeit einen Revanchekrieg zur Folge haben, in dem Italien dann allein stünde, während es jetzt auf die Unterstützung der Entente zählen könne. Auch höre ich von sonst gut informierter Seite, daß der jetzige italienische Militärattaché in Wien die Situation so darstelle, daß es sich nur um einen militärischen Spaziergang handle, was natürlich Wasser auf die Mühle *Cadornas* ist.

Bei dem durch die allseitigen Umwerbungen maßlos gesteigerten italienischen Größenwahn fallen solche militärische Selbsttäuschungen auf den fruchtbarsten Boden und der Einfluß des Generalstabes wirkt verhängnisvoll.

**Nr. MCCXI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 163.**

(Telegramm.)

Rom, am 1. Mai 1915.

Minister des Außern erklärte auf meine bezüglich der Reise des Grafen *Goluchowski* an ihn im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 29. v. Mts.

gestellte alternative Frage, daß ihm Mission des Grafen *Goluchowski* gegenwärtig nicht opportun und daher kaum nützlich erschiene.

Nebst der von Herzog *Avarna* vorgebrachten Begründung führte Baron *Sonnino* auch an, daß er von der hiesigen Anwesenheit des Grafen *Goluchowski*, da sie ja nicht verborgen bleiben könne, ein unerwünschtes Aufsehen in der Öffentlichkeit sowie alle möglichen Kommentare besorge.

Euer Exzellenz Message im Schlußalinea obigen Telegrammes nahm der Minister mit Befriedigung zur Kenntnis.

Endlich bat er, ihn über die definitive Entscheidung Euer Exzellenz in dieser Angelegenheit zu informieren.

#### **Nr. MCCXII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 164.**

(Telegramm.)

Rom, am 1. Mai 1915.

Bei meiner heutigen Unterredung mit Baron *Sonnino* kam das Gespräch auch auf die ihm gestern abends zugekommene Antwort Euer Exzellenz.

Auf die Bemerkung des Ministers, daß dieselbe zwar ausführlicher sei, aber kaum etwas Neues enthalte, wies ich auf den letzten Satz des zweiten und fünften Alineas hin sowie auf die große Annäherung, welche der auf Albanien bezügliche Passus an den italienischen Standpunkt enthalte und wie überhaupt aus jedem Satze der aufrichtig gute Wille hervorleuchte, zu einem dauernden Einvernehmen auf gesunder Basis zu gelangen. Daneben werde er aus der eingehenden Begründung des Standpunktes der k. u. k. Regierung in den vitalen Fragen hoffentlich sich über die Triftigkeit desselben Rechenschaft geben.

Ich nehme an, daß er darin eine ausreichende Grundlage für weitere Pourparlers finden werde.

Baron *Sonnino* erwiderte, daß die Sache mit Herrn *Salandra* und dem Ministerium (soll wohl heißen: Generalstabe) eingehend geprüft werden müßte.

Er klagte sodann über die Zwangslage, in welche die hiesige Regierung durch die Weltkrise und die inneren Schwierigkeiten und Stimmungen geraten sei und bemerkte, daß wir noch weit auseinander seien.

Auf meinen Einwand, es läge in der Natur von Negotiationen, durch Nachgeben von beiden Seiten sich zu nähern und daß ich nicht bemerkt hätte, daß von italienischer Seite diesfalls bisher irgend ein Schritt geschehen sei, meinte mein Mitredner, daß ja die italienischen Forderungen ohnehin minimale seien, von denen herunterzugehen sehr schwer sei.

Ich konnte meine Ueberraschung über diese Auffassung nicht unterdrücken und bemerkte, daß es sich in diesem Falle überhaupt nicht um Verhandlungen, sondern um ein Diktat von italienischer Seite handle, was doch der Situation nicht entspreche.

Mein Mitredner erklärte das als unzutreffend, ohne sich aber weiter zu ereifern und verfiel dann in seine gewohnte Wortkargheit.

**Nr. MCCXIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 165.**

(Telegramm.)

Wien, am 2. Mai 1915.

Euer Exzellenz wollen dem Baron *Sonnino* sagen, daß ich angesichts seiner Bedenken vorläufig von der Entsendung des Grafen *Goluchowsky* nach Rom Abstand nehme, mir aber vorbehalte, im geeigneten Momente auf die Sache zurückzukommen. Hiebei können Euer Exzellenz einfließen lassen, daß ich ein Eingehen des Baron *Sonnino* auf meinen Vorschlag umsomehr annehmen zu können glaubte, als er kürzlich mit dem ehemaligen französischen Minister des Aeußern, Herrn *Hanotaux*, in Rom in Verkehr getreten ist.

**Nr. MCCXIV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 166.**

(Telegramm.)

Wien, am 2. Mai 1915.

Ich lege großen Wert darauf, daß Euer Exzellenz die Konversation mit der italienischen Regierung lebhaft im Gange erhalten und zu diesem Behufe nicht nur auf die einzelnen italienischen Postulate möglichst gründlich eingehen, sondern auch die sich daran knüpfenden politischen Ausblicke in die Zukunft erörtern. Wenn Baron *Sonnino* bestrebt ist, sich wieder nur auf knappe Aeüßerungen zu beschränken, könnten dem Euer Exzellenz vielleicht dadurch entgegenwirken, daß Hochdieselben auf unsere wiederholten und ausführlichen Auseinandersetzungen und Argumentationen hinweisen und aus Billigkeitsrücksichten darauf drängen, daß man auch italienischerseits sich die Mühe nehme, die dortigen Standpunkte und Postulate näher zu entwickeln und zu motivieren.

Zu den Gegenständen, welche sich speziell zu einer eingehenderen Besprechung eignen dürften, gehört vor allem die albanische Frage. Diese betreffend, könnten Euer Exzellenz darauf hinweisen, daß wir nicht nur gegen den italienischen Besitz von Valona keine Einsprache erheben, sondern sogar darüber hinaus Italien eine Interessensphäre, deren Zentrum Valona wäre, zu konzedieren bereit seien. Hierin allein liege schon ein weitgehendes Zugeständnis. Bei unserem Einwände gegen ein völliges Desinteressement der Monarchie an Albanien sei die Erwägung maßgebend, daß uns das Schicksal dieser unserem adriatischen Besitzstande so nahe gelegenen Gebiete nicht gleichgültig lassen könne. Gerade in dieser Frage sowie eventuell auch über die Bildung von Interessensphären in Albanien könnte aber eine Aussprache mit der italienischen Regierung, zu welcher ich jederzeit bereit sei, stattfinden und für beide Teile sich nützlich erweisen.

Bei Ihren Besprechungen mit den italienischen Staatsmännern wollen Euer Exzellenz ein besonderes Augenmerk der Frage zuwenden, welche Rolle unter den verschiedenen italienischen Forderungen jene einer Gebietsabtretung am Isonzo spielt. Es wäre für mich von Wichtigkeit, Klarheit darüber zu gewinnen, ob man in Rom jener Forderung eine besondere Bedeutung in dem

Sinne beimißt, daß durch deren Konzedierung die übrigen Schwierigkeiten leichter beseitigt und somit die Erzielung eines Akkords mit Italien sichergestellt werden könnte. Gelangen Euer Exzellenz zu dieser Ueberzeugung, so wollen Sie von sich aus dem italienischen Minister des Aeußern sagen, daß Sie durch eine Anfrage in Wien sich darüber vergewissern möchten, ob wir nicht durch ein Zugeständnis in diesem Punkte das Einvernehmen mit Italien herbeizuführen geneigt wären.

**Nr. MCCXV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 167**

(Telegramm.)

Rom, am 2. Mai 1915.

Die Kammer soll am 12. Mai zusammentreten, aber nur zu dem Zwecke, um neuerlich der Regierung Vertrauen zu votieren.

Man glaubt, daß Herr *Giolitti* nicht gewillt sein werde, angesichts dieser Auffassung hervorzutreten und der Regierung in der Kammer Schwierigkeiten zu bereiten.

Um die tatsächlich zu drei Vierteln gegen den Krieg gestimmte Oeffentlichkeit zu kapazitieren, müsse, gedeckt durch das Versprechen der Geheimhaltung der Verhandlungen, der Glaube wach erhalten und genährt werden, daß wir nichts oder so wenig bieten, daß eben italienischer Regierung Krieg als einziges Mittel aufgezwungen sei, um „berechtigte Aspirationen“ zu erreichen.

Verhandlungen hätten somit nur mehr den Zweck, so lange hinzuziehen, bis der Italien am geeignetsten erscheinende Zeitpunkt zur Aufdeckung seiner Karten gekommen wäre.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß einzig und allein eine authentische Veröffentlichung dessen, was wir Italien abzutreten bereit wären, hier jenen Eindruck hervorrufen könnte, der geeignet wäre, das Spiel der Regierung zu vereiteln. Allerdings würde es schwer sein, zu entscheiden, wann man sich des Versprechens der Geheimhaltung entbunden erachten könne, und wäre andererseits zu berücksichtigen, daß ein Moment eintreten könnte, wo eine solche Veröffentlichung zwar in Wien erfolgen, aber nicht mehr den Weg in die italienische Oeffentlichkeit finden würde.

**Nr. MCCXVI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 168.**

(Telegramm.)

Rom, am 3. Mai 1915.

Aus meinem gestrigen Telegramme haben Hochdieselben entnommen, daß ich jetzt Lage als sehr ernst und den Beginn des Entscheidungsstadiums als unmittelbar bevorstehend ansehe.

Seither wird mir von beachtenswertester Seite bestätigt, daß Verhandlungen mit Entente beiläufig zu Ende geführt und abschlußreif sind.



Falls wirklich schon alle maßgebenden Faktoren ganz für Auffassung *Cadornas* (Präventivkrieg) gewonnen sind, ist an ein Zustandekommen eines Akkords nicht mehr zu denken. Da es aber möglich ist, daß Regierung noch nicht zu Entschluß gelangt ist, müßte wohl unsererseits Alles daran gesetzt werden, um noch im letzten Momente einen Abschluß mit Italien zu versuchen.

Dabei ist der von mir so oft analysierte Charakter Baron *Sonninos* besonders zu berücksichtigen. Bei seiner tief mißtrauischen Natur ist die Annahme, daß wir ihn und Italien dupieren wollen, wie schon wiederholt bemerkt, immer erster Gedanke, der ihn auch der Revanche-Idee sehr zugänglich macht. Dies gewinnt nun noch mehr an Bedeutung, da ihm Entente Arme weit öffnet. Sobald er also Glauben an unsere ernstesten Absichten definitiv verloren hat, wird er, wenn es wirklich noch nicht geschehen, Abkommen mit anderer Gruppe unterschreiben.

Ich halte es also in jetzigem Stadium für vollkommen aussichtslos, schrittweise kleine Zugeständnisse in Aussicht zu stellen. Es müßte versucht werden, so schnell als möglich wenigstens die Grundlagen eines *fait accompli* zu schaffen.

Zu diesem Zwecke wird auch in den sogenannten vitalen Fragen etwas geboten werden müssen; ich meine am Isonzo, wozu ja nach Euer Exzellenz gestrigem Telegramme schon eine gewisse Geneigtheit zu bestehen scheint, ferner bezüglich Triests, wo vielleicht irgendwelche Zusicherungen puncto Ausbau Gemeindeautonomie, Annäherung der Selbstverwaltung an Hamburger Muster und Errichtung einer Rechtsfakultät oder dergleichen zu machen wären.

Bezüglich Albaniens wird Einigung kaum schwer sein, die dalmatinischen Inseln scheinen mir schwierigster Punkt zu sein.

Was die *mise en effet* betrifft, müßte außer der doppelten Regierungsgarantie und der gemischten Kommission noch irgendeine in die Augen springende Garantie geboten werden.

Nachdem mein heutiges *Rendez-vous* mit Baron *Sonnino* durch dessen unerwartete Berufung zum Könige vereitelt worden ist, sehe ich ihn morgen früh und werde alles aufbieten, um an der Hand der einzelnen Punkte ihn zu positiven Angaben über das, womit man sich hier etwa zufrieden geben würde, zu veranlassen, das heißt die italienische Forderungsliste dem Wiener Anbote etwas zu nähern.

Was ich proponiere, ist ein Versuch, aber, wie gesagt, nach meiner Beurteilung der Situation und der in Frage kommenden Personen der einzige eventuell noch zum Ziele führende.

**Nr. MCCXVII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 169.**

(Telegramm.)

Wien, am 4. Mai 1915.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm:

Bezüglich der Abtretung am Isonzo können Hochdieselben eine Grenze konzedieren, welche am Meere bei der Einmündung des Isonzo (Sdobba) be-

ginnen, dem Talwege dieses Flusses stromaufwärts bis nördlich von Gradisca, diese Stadt Italien überlassend, folgen und von da in nordwestlicher Richtung gegen Medea an den Judrio gehen würde, der von hier an die Grenze zu bilden hätte.

Hinsichtlich Triests wollen Sie ausführen, daß wir bereit sind, soferne dies den Wünschen der Bevölkerung entspreche, die Errichtung einer Universität prinzipiell einzuräumen und eine Revision des Munizipalstatutes vorzunehmen, durch welche das italienische Element in seinem nationalen und kulturellen Bestande sichergestellt würde.

Was Albanien anlangt, könnte äußersten Falles auch unser Desinteressement ausgesprochen werden, mit der Reserve, daß Garantien gegen die Festsetzung einer dritten Macht geschaffen werden müßten.

Betreffs des italienischen Postulates der sofortigen Okkupation der zedierten Gebiete können Euer Exzellenz außer der Garantie Deutschlands und den gemischten Kommissionen auch noch die Möglichkeit einer jeden Zweifel über die Durchführung der Gebietszessionen ausschließenden Kundgebung erwähnen.

Ich ersuche Euer Exzellenz, sobald als möglich vorstehende Maximalkonzessionen spontan zu verwerten.

**Nr. MCCXVIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 170.**

(Telegramm.)

Wien, am 4. Mai 1915.

Im Auftrage seiner Regierung hat mir italienischer Botschafter folgende Mitteilung, von welcher er mir Kopie hinterließ, gemacht:

„L'Ambassadeur de Sa Majesté le Roi d'Italie a été chargé par son Gouvernement de faire à Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie la communication suivante et de lui en laisser copie:

L'alliance entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie s'affirma dès son origine comme un élément et une garantie de paix et visa d'abord au but principal de la défense commune.

En présence des événements ultérieurs et de la situation nouvelle qui en résultait, les Gouvernements des deux Puissances dûrent se proposer un autre but non moins essentiel et, au cours des renouvellements successifs du traité, s'appliquèrent à sauvegarder la continuité de leur alliance en stipulant le principe des accords préalables relativement aux Balkans, en vue de concilier les intérêts et les tendances divergeantes des deux Puissances.

Il est de toute évidence que ces stipulations, loyalement observées, auraient suffi à fournir une base pour une action commune et féconde.

Par contre l'Autriche-Hongrie, au cours de l'été 1914, sans prendre aucun accord avec l'Italie, sans même lui faire parvenir le moindre avertissement et ne faisant aucun cas des conseils de modération qui lui étaient adressés par le Gouvernement Royal, notifia à la Serbie l'ultimatum du

23 juillet qui fut la cause et le point de départ de la présente conflagration européenne.

L'Autriche-Hongrie, en négligeant les obligations découlantes du traité, troublait profondément le statu quo balcanique et créait une situation dont elle seule était appelée à profiter au détriment des intérêts de la plus grande importance que son allié avait tant de fois affirmé et proclamé.

Une violation aussi flagrante de la lettre et de l'esprit du traité non seulement justifia le refus de l'Italie de se ranger du côté des alliés dans une guerre provoquée sans son avis, mais enleva du même coup à l'alliance son contenu essentiel et sa raison d'être.

Le pacte même de la neutralité bienveillante prévue par le traité se trouvait compromis par cette violation. La raison et le sentiment s'accordent en effet à exclure que la neutralité bienveillante puisse être maintenue lorsqu'un des alliés prend les armes pour la réalisation d'un programme diamétralement opposé aux intérêts vitaux de l'autre allié, intérêts dont la sauvegarde constitue la raison principale de l'alliance même.

Ce nonobstant l'Italie s'est efforcée, pendant plusieurs mois, de créer une situation favorable au rétablissement entre les deux Puissances de ces rapports amicaux qui constituent le fondement essentiel de toute coopération dans le domaine de la politique générale. Dans ce but et dans cet espoir le Gouvernement Royal se déclara disposé à se prêter à un arrangement ayant pour base la satisfaction, dans une mesure équitable, des légitimes aspirations nationales de l'Italie et qui aurait servi en même temps à réduire la disparité dans la situation réciproque des deux Puissances dans l'Adriatique.

Ces négociations n'aboutirent toutefois à aucun résultat appréciable. Tous les efforts du Gouvernement Royal se heurtèrent à la résistance du Gouvernement I. et R., lequel, après plusieurs mois, s'est seulement décidé à admettre des intérêts spéciaux de l'Italie à Valona et à promettre une concession non suffisante de territoires dans le Trentino; concession qui ne comporte aucunement le règlement normal de la situation ni au point de vue ethnique, ni au point de vue politique ou militaire. Cette concession en outre ne devait avoir son exécution qu'à une époque indéterminée, c'est à dire seulement à la fin de la guerre.

En cet état de choses, le Gouvernement italien doit renoncer à l'espoir de parvenir à un accord et se voit contraint de retirer toutes ses propositions d'arrangement.

Il est également inutile de maintenir à l'alliance une apparence formelle qui ne serait destinée qu'à dissimuler la réalité d'une méfiance continuelle et des contrastes quotidiens.

C'est pourquoi l'Italie, confiante dans son bon droit, affirme et proclame qu'elle reprend dès ce moment son entière liberté d'action et déclare annulé et désormais sans effets son traité d'alliance avec l'Autriche-Hongrie.<sup>2</sup>

Ich habe dem Botschafter meine Betroffenheit über diese Kundgebung ausgedrückt, welche mir nicht gerechtfertigt erscheint, zumal in einem Augen-

blicke, wo wir uns inmitten von unsererseits in durchaus freundschaftlichstem und versöhnlichstem Geiste geführten Besprechungen befinden. Ich erklärte Herzog *Avarna*, daß ich jede Verantwortung für die Wendung ablehnen müsse, welche die Lage durch den Schritt Baron *Sonnino* erfahren habe. Eine eingehende Beantwortung der italienischen Mitteilung habe ich mir noch vorbehalten.

**Nr. MCCXIX. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 171.**

(Telegramm.)

Rom, am 4. Mai 1915.

Ich habe heute eine anderthalbstündige Unterredung mit Baron *Sonnino* gehabt. Auf meine einleitenden Bemerkungen, daß ich überzeugt wäre, es müßte möglich sein, zu einer Verständigung zwischen den beiden so sehr auf einander angewiesenen Ländern zu gelangen, nachdem italienische Regierung selbst uns dies so oft und noch in allerletzter Zeit als ihren Wunsch mitgeteilt und ich überdies nicht nur vermute, sondern bestimmt wüßte, daß auch meine Regierung diese aufrichtige Absicht habe, überraschte mich Minister des Aeußern mit der Mitteilung, daß er zwar auch diesen Wunsch gehabt, aber nunmehr wegen der augenscheinlichen Verschleppungstaktik der k. u. k. Regierung kaum mehr Hoffnung und daher gestern Herzog *Avarna* in diesem Sinne telegraphiert habe, mit dem Beifügen, daß er angesichts der stets vagen Formulierung der Wiener Antworten keine Vorschläge mehr machen könne und seine bisherigen Propositionen zurückziehe.

Ich versuchte nun, Baron *Sonnino* die enorme Verantwortung auszumalen, welche ein Bruch involvierte, und berührte auch die hier verbreitete Revancheidee als ein Ünding: eine solche Idee könnte gerade infolge eines Krieges entstehen, sei aber bei einem Abkommen logischerweise ausgeschlossen, da ja die k. u. k. Regierung nur deshalb die italienische Verhandlungsbasis angenommen habe, um eben in Zukunft ein entsprechend fundiertes Freundschaftsverhältnis zu stande zu bringen.

Der Minister führte aus, er wolle anerkennen, daß die Propositionen Euer Exzellenz einen gewissen Fortschritt aufweisen, aber auch diese seien meist in allgemeinen Phrasen gehalten, welche sie immer nur als prekäre Aussicht auf die Zukunft, aber nicht als verwendbare Basis für ein Abkommen erscheinen lassen. Man sei nach fünfmonatigen Besprechungen kaum viel weiter gekommen und könne er sich des Eindruckes nicht entschlagen, daß die Sache auch jetzt wieder verschleppt werden solle. Ich spezifizierte die Gründe, welche de part et d'autre die Verhandlungen bisher verzögert hätten, ich gab ihm zu verstehen, daß es an der Zeit sei, mehr als bisher zu konkretisieren, und bat ihn durch Rekapitulation aller in Rede stehenden Punkte sich zu überzeugen, daß eine weit größere Annäherung stattgefunden habe, als wie er es darstelle.

Zunächst erläuterte ich die von Euer Exzellenz vorgeschlagene Trentinogrenze an der Hand von Karten und von Argumenten. Der Minister bemerkte



hiez u, daß da eine Einigung wohl möglich wäre. Punkto Isonzo erklärte ich, es auf mich nehmen zu können, trotz der bisherigen großen Bedenken auch da noch ein gewisses Entgegenkommen meiner Regierung zu erreichen. Längere Diskussion entspann sich über Triest, da Minister seine Idee, Irrelentismus lahmzulegen, eben nur in seinem Projekte eines Freistaates sehen will, welcher sich kommerziell mit dem österreichischen Hinterlande vertragen müßte, um weiter existieren zu können, und politisch keinen Grund mehr hätte, nach Italien zu schießen. Ich benutzte alle denkbaren Gründe, um sowohl die Unentbehrlichkeit Triests für Monarchie als auch die Lebensunfähigkeit seiner Schöpfung zu demonstrieren. Er gab zu, daß es sich nur darum handle, eine einwandfreie Sicherstellung für die nationale Selbständigkeit der Triestiner zu erlangen, was jetzt hier unerläßlich; ich wies auf die diesbezügliche Phrase Euer Exzellenz letzter Antwort hin, welche diesfalls die Bereitwilligkeit zu weiteren Diskussionen eröffnete. Baron *Sonnino* meinte, er sehe nicht, was in bezug auf Administration, Schulwesen und dergleichen gegen spätere Eingriffe Schützendes vereinbart werden könnte. Er wüßte keinen Vorschlag, wenn man aber in Wien einen ernst zu nehmenden machen könnte, sei er gerne bereit, denselben zu studieren.

Ich hatte diesfalls doch den Eindruck, daß punkto Triests dieser letztere Weg gangbar wäre und dann hier nicht auf dem Freistaate bestanden würde.

Wir kamen dann auf Albanien, wobei Minister Entgegenkommen zwar anerkennt, aber bemerkt, daß er in dem einseitigen Desinteressement der Monarchie eben ein Gegengewicht gegen die von Italien zu gewährende freie Hand auf dem übrigen Balkan erblickt habe. Immerhin schien ihm auch da eine konkrete Formulierung der von Euer Exzellenz angedeuteten Möglichkeit des Entgegenkommens notwendig, um das Wesentliche der italienischen Wünsche zusammenzufassen, wobei natürlich viele Details einer Separat-  
abmachung vorbehalten werden können.

Die Inselfrage zeigt sich auch jetzt als eine ausschließlich strategische. Nachdem wir beiderseits die bekannten Standpunkte vertreten hatten, frug ich den Minister, ob es zu verantworten wäre, falls über alle anderen Punkte ein Einverständnis zu erzielen wäre, wegen dieses einen den Akkord scheitern zu lassen. Minister schwieg auf diese Frage.

Mit um so größerer Lebhaftigkeit kämpfte er darauf für sein Steckepferd, die mise en effet. Er will in den vorgeschlagenen gemischten Kommissionen nur beratende Organe sehen, die nichts entscheiden könnten, daher keinen Wert hätten. Besonders fabelte er darüber, daß jeder Effekt des Abkommens durch die bis zum Kriegsende, das heißt vielleicht durch Monate, fortgesetzte Aufpeitschung der feindlichen Gefühle bei den gegen uns hetzenden italienischen Gruppen zunichte gemacht werde. Das Verbleiben von durch das Abkommen italienische Untertanen gewordenen Soldaten an unserer Front, jede Maßregelung eines solchen, jedes Auftauchen eines Deserteurs und was andere denkbare Fälle mehr wären, würde den vorhandenen Haß nie zur Ruhe kommen lassen und damit von vornherein den Zweck des neuen Akkords

in Frage stellen. Er gebe die Schwierigkeiten der Sache vollkommen zu, es müßte aber doch auch da gewisse Mittel geben, denn wenn ein Territorium in Kriegszeiten vom Feinde besetzt und nicht mehr geräumt werde, so fänden sich auch Mittel, um die Abtretung durchzuführen. Ich brauche nicht zu erwähnen, daß ich auch in diesem Punkte alle zu Gebote stehenden Gründe für unseren Standpunkt ins Treffen führte.

Immerhin erklärte Baron *Sonnino*, unter Betonung, daß er keine Vorschläge mehr machen könne, seine Bereitwilligkeit, wenn Euer Exzellenz mit neuen aber konkretisierten Anträgen hervortreten wollten, welche nicht erst zeitraubende Interpretationen nach sich ziehen würden, dieselben in Erwägung zu ziehen, respektive dem Ministerrate vorzulegen.

Die Situation sei jetzt eine solche, daß schon der Ministerrat in diese Verhandlungen eingeweiht werden müsse und es nicht möglich sei, angesichts hochgradiger Spannung der Öffentlichkeit dieselben noch lange hinauszuziehen.

Ich gebe mich keinerlei Illusionen hin, daß durch die Zurückziehung der bisherigen italienischen Vorschläge die Sache in ein neues, noch ungünstigeres Stadium getreten ist, da es der italienischen Regierung vollkommen freie Hand gegenüber neuen Vorschlägen Euer Exzellenz gibt. Dagegen gewann ich den Eindruck, daß Abschluß mit Entente zwar nicht vollzogen, aber der italienischen Regierung Möglichkeit gegeben ist, dies jederzeit zu stande zu bringen.

Wenn uns an einem letzten Versuche gelegen ist, Akkord zu erreichen, so kann nur Schnelligkeit bei Formulierung von eventuellen ausreichenden Vorschlägen zum Ziele führen, da bei Baron *Sonninos* Charakter und Stimmung neue Nahrung seines Mißtrauens zum sofortigen Abbruche der Verhandlungen führen müßte.

#### **Nr. MCCXX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 172.**

(Telegramm.)

Wien, am 5. Mai 1915.

Indem ich die in Ihrem gestrigen Telegramme reproduzierten Konsiderationen und Bemerkungen allgemeiner Natur, welche Euer Exzellenz bei Baron *Sonnino* vorbrachten, billige, gebe ich Ihnen im Folgenden das äußerste Ausmaß unserer Konzessionen bekannt.

1. Trentino. Die Äußerung Baron *Sonninos*, daß in diesem Punkte eine Einigung wohl möglich wäre, darf füglich als ein Anzeichen dafür erblickt werden, daß italienischerseits aus einer Erweiterung unseres bisherigen Zugeständnisses keine *conditio sine qua non* des Akkords gemacht wird.

2. Isonzoregion. In dieser Hinsicht sind Euer Exzellenz bereits durch mein gestriges Telegramm zu einer unsererseits ein gewichtiges Opfer repräsentierenden Konzession ermächtigt worden.

3. Triest. Unter nochmaliger Betonung des Umstandes, daß dies eine reichsunmittelbare Stadt mit einer weitgehenden munizipalen und — da der Gemeinderat gleichzeitig als Landtag funktioniert — gleichsam auch provin-

ziellen Autonomie sei, kann die Errichtung einer Universität und eine Revision des Munizipalstatutes im Sinne einer Sicherung des italienischen Charakters der Stadt zugesichert werden.

4. Albanien. Alle Reserven und Einschränkungen fallen lassend, sind wir bereit, unser völliges Desinteressement an Albanien auszusprechen.

5. Sofortige Okkupation der zedierten Gebiete. Diesbezüglich wäre mit den bekannten Argumenten die materielle Unmöglichkeit dieser Forderung neuerlich zu demonstrieren. Gegen den Einwand Baron *Sonninos*, daß vom Feinde im Kriege besetzte und nicht mehr geräumte Territorien doch abgetreten werden können, wäre zu bemerken, daß dies eben eine einseitige, gewaltsame und katastrophale, jedenfalls aber nicht die von ihm und mir bei unseren Verhandlungen ins Auge gefaßte friedliche und freundschaftliche Form der Lösung dieser Frage sei. Der Tendenz des italienischen Ministers des Aeußern, die Bedeutung der gemischten Kommissionen zu bagatellisieren, wäre durch den Hinweis darauf entgegenzuwirken, daß diesen Kommissionen nicht bloß eine beratende Tätigkeit zukomme, sondern daß die Arbeit dieser Kommissionen bereits den Beginn der Durchführung bedeuten würde und dieselben auch Beschlüsse zu fassen hätten, hinsichtlich welcher nur die dann kaum mehr zweifelhafte Sanktion den Regierungen vorbehalten bliebe. Außer der feierlichen Zusage der k. u. k. Regierung, der Garantie der deutschen Regierung und der Wirksamkeit jener Kommissionen könnte als weiterer Beweis unserer ehrlichen und ersten Absicht, unsere Verpflichtungen nach dem Friedensschlusse zu erfüllen, auch noch unsererseits zugesagt werden, daß, sobald der Akkord mit Italien perfekt wäre, die aus den zedierten Gebieten stammenden Militärpersonen nicht mehr an der Front verwendet würden.

Ich ersuche Euer Exzellenz, die vorstehenden Zugeständnisse ehestens zur Kenntnis Baron *Sonninos* zu bringen. Dieselben sind selbstverständlich an die Voraussetzung geknüpft, daß die italienischen Gegenleistungen (Neutralität bis zum Ende des Krieges, Zugeständnis der freien Hand für uns auf dem Balkan mit Ausnahme Albaniens nach der früher vereinbart gewesenen Fassung und Leistung der finanziellen Ablösungen und Entschädigungen) erfolgen. Euer Exzellenz wollen trachten, sowohl hinsichtlich jedes einzelnen Punktes unserer Konzessionen wie auch bezüglich deren Gesamtheit dem italienischen Minister des Aeußern den der Wahrheit entsprechenden Eindruck zu geben, daß wir hiennt dem Komplex seiner Postulate sehr nahe gekommen sind. Falls Euer Exzellenz bei Baron *Sonnino* die Geneigtheit, auf Grund der obigen Punkte den Akkord abzuschließen, festzustellen in der Lage sind, so können Sie sich für ermächtigt halten, mit dem italienischen Minister des Aeußern und eventuell im Einvernehmen mit Fürsten *Bilow* auch die Redigierung des Textes des Abkommens in Angriff zu nehmen.

Sollte sich bei Ihrer Unterredung mit Baron *Sonnino* entweder ein besonderes Betonen einer speziellen Forderung bei sonstiger sichtlicher Geneigtheit zu einer Verständigung zeigen oder etwaige neue oder irgendwie modifizierte

Wünsche vorgebracht werden, so wollen Euer Exzellenz dieselben ad referendum nehmen und mir telegraphisch einberichten.

**Nr. MCCXXI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 173.**

(Telegramm.)

Rom, am 5. Mai 1915.

Durch Zerreißung des Dreibundvertrages, die mir Baron *Sonnino* nicht erwähnt hatte, erscheint kritischer Moment gekommen. Nachdem das Ministerium den König zur Teilnahme an der Quartofeier bewogen hatte, hat die plötzliche Absage und die Ankündigung, der jetzige Moment sei so ernst, daß weder König noch Regierung sich auch nur auf zwei Tage von Rom entfernen können, des Land in die größte, fieberhafteste Aufregung gestürzt. Durch dieses sein ungeschicktes Vorgehen fühlt das Ministerium seine Stellung geschwächt, will anscheinend Entscheidung überstürzen und eventuell den kommenden Mann (*Giolitti*) vor ein fait accompli stellen. Herr *Salandra* und Baron *Sonnino* wollen einen großen Erfolg erringen oder sich einen glänzenden Fall bereiten.

In den allernächsten Tagen muß also die Entscheidung fallen. Durch weitestgehendes sofortiges Entgegenkommen und insbesondere präzise Formulierung unserer Anbote, die gleich für Akkordabschluß verwendbar, ist die Situation noch zu retten.

**Nr. MCCXXII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 174.**

(Telegramm.)

Rom, am 6. Mai 1915.

Euer Exzellenz gestriges Telegramm habe ich heute bei Baron *Sonnino* verwertet.

Ich trug dem Minister unsere Konzessionen genau vor und suchte insbesondere die neu hinzugekommenen Punkte an der Hand Euer Exzellenz Bemerkungen in entsprechendes Licht zu stellen. Ich rekapitulierte auch die von Italien erwartete Gegenleistung, hob hervor, daß die k. u. k. Regierung glaube, mit ihren jetzigen Vorschlägen vielen seiner früheren Einwendungen Rechnung getragen und dem Komplex seiner Postulate nach Möglichkeit sich genähert zu haben.

Baron *Sonnino* notierte alle meine Vorschläge und Bemerkungen auf das genaueste und bemerkte seinerseits Folgendes:

Durch Zurückziehung der früheren italienischen Forderungen und Kündigung Dreibundvertrages durch Italien in Wien sei letzte Phase der Verhandlungen abgeschlossen. Italien habe vollständig freie Hand gewonnen. Im einzelnen hob er hervor, daß von der Sprachengrenze im Trentino noch immer die bekannten drei Täler ausgeschlossen seien, daß vorgeschlagene Isonzogrenze unzureichend sei und daß die Revision des Triester Gemeindestatutes durch eine Auflösung des Gemeinderates und Einsetzung eines Re-



gierungskommissärs, wie dies ja öfter vorkomme, jederzeit unwirksam gemacht werden könne. Bezüglich der mise en effet bestehen bei ihm noch immer die alten Bedenken. Die Inselfrage wurde vom Minister nicht berührt, natürlich auch nicht von mir.

Baron *Sonnino* versprach, die ihm von mir vorgelegten Vorschläge dem Ministerrate unterbreiten und dessen Ansicht einholen zu wollen. Auf meine Frage, ob er nicht seinerseits irgend welche spezielle oder modifizierte Wünsche hätte, äußerte er sich verneinend, was ich dahin interpretiere, daß er sich nunmehr ganz auf die Entschliebungen des Ministerrates zurückzieht. Ich hielt es für angebracht, um dem bekannten Mißtrauen immer wieder entgegenzuarbeiten, und unter neuerlicher Betonung, daß dies ein nochmaliger Beweis für den festen Wunsch der k. u. k. Regierung nach einer baldigen Verständigung sei, hervorzuheben, daß Euer Exzellenz mich autorisiert hätten, falls die jetzigen Konzessionen als Basis für einen Akkord hier angenommen würden, gleich die Formulierung des Textes vorzubereiten. Baron *Sonnino* notierte sich auch diese Bemerkung für den Ministerrat.

Ich teilte Inhalt vorstehender Unterredung dem Fürsten Bülow sofort mit. Hauptsache ist, daß Faden nicht abgerissen und durch Verweisung der Sache an den Ministerrat etwas Zeit gewonnen wurde. Andererseits würde ablehnende Entscheidung des letzteren toten Punkt herbeiführen. Mein deutscher Kollege, welcher Ermächtigung erhalten hat, im Falle direkte Verhandlungen nicht fortgesetzt werden könnten, deutsche Vermittlung anzutragen, will dies noch heute nachmittags Baron *Sonnino* ankündigen und hofft damit über jetzige kritische Tage vielleicht hinüberzukommen.

**Nr. MCCXXIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 175.**

(Telegramm.)

Rom, am 6. Mai 1915.

Es ist fast mit Sicherheit zu erwarten, daß der Ministerrat die Baron *Sonnino* heute durch mich mitgeteilten Vorschläge als unzureichend für die Einleitung neuer Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ablehnen wird.

Wenn daher der bevorstehende Abschluß mit der Triple-Entente, das heißt der Krieg, in letzter Stunde noch vermieden werden soll, so scheint mir der einzige Weg das prinzipielle Eingehen auf die ursprünglichen Forderungen Baron *Sonninos* als Verhandlungsbasis. Dadurch gewinnen wir noch Zeit.

Falls Euer Exzellenz diesen Versuch gemacht zu sehen wünschen, bitte ich um Ermächtigung, im äußersten Falle Baron *Sonnino* diese Mitteilung machen zu dürfen.

**Nr. MCCXXIV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 176.**

(Telegramm.)

Wien, am 9. Mai 1915.

In unseren Pourparlers mit Italien spielt auf italienischer Seite die Besorgnis eine nicht unwesentliche Rolle, wir würden uns zu weitgehenden

Zugeständnissen nur momentan unter dem Zwange der Lage, aber mit dem innerlichen Vorbehalte entschließen, dieselben bei gegebener Gelegenheit wieder ungeschehen zu machen. Als ein Mittel, welches vielleicht geeignet wäre, dieses Mißtrauen zu zerstreuen, erschiene der Gedanke, der italienischen Regierung unsere und Deutschlands jederzeitige Bereitwilligkeit zu erkennen zu geben, unabhängig von dem Gegenstande der jetzigen Verhandlungen neuerlich ein engeres politisches Verhältnis zu Italien anzubahnen. Die deutsche Regierung hat sich anheischig gemacht, in diesem Sinne an die italienische Regierung heranzutreten.

**Nr. MCCXXV. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 177.**

(Telegramm.)

Wien, am 10. Mai 1915.

Bei Ihrer nächsten Unterredung mit Baron *Sonnino* wollen Euer Exzellenz sich als leitenden Gesichtspunkt vor Augen halten, daß Alles daran gesetzt werden muß, um jetzt ein Abreißen der Verhandlungen mit Italien zu verhindern.

Falls Baron *Sonnino* in keiner Weise auf unser letztes Anbot eingeht, von sich aus weder auf frühere noch auf neue Forderungen zu sprechen kommt und sich nur auf die Ablehnung unserer Anträge beschränkt, können Euer Exzellenz im Sinne Ihres Telegrammes vom 6. I. M. mit dem Vorschlage hervortreten, die früheren italienischen Propositionen nun als prinzipielle Verhandlungsbasis anzunehmen mit dem Bemerken, daß sich hiebei noch ein gewisses Entgegenkommen in dem einen oder anderen Punkte erzielen ließe.

In letzterer Hinsicht gebe ich Euer Exzellenz im Folgenden die äußersten Punkte bekannt, welche wir noch zu erwägen in der Lage wären und können sich Euer Exzellenz für ermächtigt halten, eventuell auf dieser Basis auch eine Präliminarverständigung zu redigieren.

1. Südtirol. In diesem Punkte scheint sich die italienische Regierung mit unserem Anbote mehr oder minder abzufinden.

2. Isonzo. Eine Erweiterung des bisherigen Zugeständnisses und zwar am westlichen Ufer des Isonzo bis zur reinen Sprachgrenze und somit einschließlich der Abtretung von Cormons

3. Triest. Die Verleihung eines Namens, wie „Freie Stadt“, könnte ins Auge gefaßt werden

4. Inseln. Pelagos<sup>a</sup> könnte mit dem Hinweise auf dessen Nähe zur italienischen Küste konzediert werden.

5. Inkraftsetzung. Der Anregung der Teilung der Punkte könnte sinngemäß stattgegeben und die sofortige mise en effet bezüglich Albaniens, Triests und Pelagos<sup>a</sup> zugesagt werden.

**Nr. MCCXXVI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 178.**

(Telegramm.)

Rom, am 10. Mai 1915.

Es hat sich herausgestellt, daß der König ebenso wie die meisten Kabinettsmitglieder sowohl über unsere Zugeständnisse als über die Stimmung des Landes systematisch von Baron *Sonnino* falsch informiert worden sind. Speziell ergibt sich, daß der Minister des Aeußern auch meine genauen Mitteilungen (vide mein Telegramm vom 6. I. M.), die er sich notierte, mir vorlas und ausdrücklich erklärte, dem Ministerrate unterbreiten zu wollen, nur ganz mangelhaft, zum Beispiel mit Auslassung der die mise en effet betreffenden Zugeständnisse, dort vorgebracht hat.

Zur Aufklärung der maßgebenden und zum Teile wenigstens dreibundfreundlichen, aber von dem allgemeinen Mißtrauen ergriffenen Stellen erschien es nunmehr notwendig, denselben raschestens eine vom Fürsten *Bülow* und mir authentifizierte Liste der österreichisch-ungarischen Konzessionen zukommen zu lassen. Auf diese Weise könnte das Spiel der Herren *Salandra*, *Sonnino* und *Martini* konterkarriert werden. In diese Liste mußten, um im Sinne ursprünglicher italienischer Forderungen noch Aussichten auf weitere Zugeständnisse offen zu lassen, gewisse Einschaltungen gemacht werden.

Ich habe angesichts der Dringlichkeit der Situation es auf mich genommen, das nachfolgende mit meinem deutschen Kollegen gemeinsam verfaßte Schriftstück mit dem Fürsten *Bülow* gleichzeitig zu unterschreiben und sowohl den Herren *Salandra* und Baron *Sonnino* wie anderen politischen Persönlichkeiten zuzumitteln.

„Les concessions que l'Autriche-Hongrie est prête à faire à l'Italie sont les suivantes :

1. Tout le Tyrol qui est de nationalité italienne.
2. Toute la rive occidentale de l'Isonzo qui est de nationalité italienne avec Gradisca.
3. Pleine autonomie municipale, université italienne et port franc pour Trieste qui sera une ville libre.
4. Valona.
5. Désintéressement complet de l'Autriche-Hongrie en Albanie.
6. Sauvegarde pour les intérêts nationaux des sujets italiens en Autriche-Hongrie.
7. Examen bienveillant des vœux que l'Italie émettrait encore sur tout l'ensemble des questions qui forment l'objet des négociations (notamment Gorice et les îles).

8. L'Empire d'Allemagne assume toute garantie pour l'exécution fidèle et loyale de l'arrangement à conclure entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie.

Ambassadeur d'Autriche-Hongrie et Ambassadeur d'Allemagne garantissent l'authenticité des propositions susmentionnées.“

Aus der Textierung des Punktes 3 werden Euer Exzellenz entnehmen, daß darin der Idee einer entsprechenden Titelverleihung an die Stadt Triest Rechnung getragen ist. Ferner sind die Punkte 6 und 7 so gefaßt, daß sie die Bereitwilligkeit zu weiteren Erwägungen der betreffenden italienischen Wünsche offen halten.

**Nr. MCCXXVII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 179.**

(Telegramm.)

Wien, am 10. Mai 1915.

Ich erhalte soeben das Telegramm Euer Exzellenz von heute.

Wie die Dinge nunmehr liegen, mögen Euer Exzellenz bei jeder weiteren Besprechung dieser Konzessionsliste folgende Bemerkungen zur Richtschnur dienen:

1. Südtirol. Abgesehen davon, daß die italienische Regierung im Trentino nicht auf einer Erweiterung unserer bisherigen Zugeständnisse unbedingt zu bestehen scheint, wäre in dieser Fassung nicht nur das Ampezzo- und das Fassatal, welche beide ladinisch sind, sondern auch jener Teil des Nocetales inbegriffen, auf dessen Besitz wir aus den allergewichtigsten strategischen Gründen nicht verzichten können.

2. Isonzo. Könnte in der in meinem vorübergehenden heutigen Telegramme enthaltenen Fassung zugestanden werden.

3. Triest. Hier ist zu bemerken, daß wir keineswegs ins Auge gefaßt haben, aus Triest einen Freihafen zu machen und daß es sich nur um die Verleihung des Namens einer „freien Stadt“, nicht aber um das Wesen einer solchen handeln könnte.

6. Stellung der Staatsbürger italienischer Nationalität. Diese Zusage, welche je nach der Stylisierung bei einem definitiven Akkord sehr bedenklich werden könnte, müßte unter allen Umständen einen stark modifizierten Charakter erhalten.

**Nr. MCCXXVIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 180.**

(Telegramm.)

Rom, am 12. Mai 1915.

Ich beabsichtige vorläufig Baron *Sonnino* nicht aufzusuchen. Da ihm Unstimmigkeiten unter Ministern und allmählich schwindendes Vertrauen gewisser parlamentarischer Kreise zu seiner äußeren Politik nicht verborgen bleiben können, er daher Boden wanken fühlt und entsprechend verstimmt, noch darauf bedacht sein mag, bei seiner Verbohrtheit irgendeinen coup de tête zu wagen, wäre es nicht unbedenklich, ihm hiezu durch meinen Besuch Anlaß zu geben. Außerdem sind ihm, ebenso wie Herrn *Salandra*, die vom Fürsten *Bülow* und mir unterschriebenen Propositionen zugekommen, es steht also immer wieder bei ihm, ob er darauf antworten will oder nicht.



Sollte er sie ablehnen, hier oder in Wien, bliebe noch immer der von Euer Exzellenz mit Telegramm vom 10. l. M. schon gebilligte Ausweg, die ursprünglichen italienischen Forderungen als Verhandlungsbasis vorzuschlagen.

Ich darf nochmals auf meine letzten Meldungen hinweisen, denen zufolge an der Illoyalität der Absicht Baron *Sonninos*, jedenfalls Krieg herbeizuführen, nicht mehr gezweifelt werden kann.

**Nr. MCCXXIX. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 181.**

(Telegramm.)

Wien, am 13. Mai 1915.

Ich stimme Ihrem Entschlusse zu, vorläufig den italienischen Minister des Aeußern nicht aufzusuchen.

Sollte derselbe aber im weiteren Verlaufe der Dinge auch die erwähnte Konzessionsliste als ungenügend ablehnen, so wollen Euer Exzellenz dies nur zur Kenntnis nehmen und vor Erhalt eines neuen Auftrages mit keinerlei weiteren Vorschlägen hervortreten.

Ich muß Euer Exzellenz Aufmerksamkeit auch darauf lenken, daß selbstverständlich alle unsere Konzessionen von der vollen Aufrechterhaltung der uns zugesagten italienischen Gegenleistungen bedingt sind.

**Nr. MCCXXX. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 182.**

(Telegramm.)

Rom, am 13. Mai 1915.

Gestern war Ministerrat den ganzen Tag versammelt und scheint große Meinungsverschiedenheiten enthüllt zu haben. Sobald ich über dessen Verlauf verlässliche Informationen erhalten haben werde, melde ich sie sofort.

Da Baron *Sonnino* unbedingt zum Kriege drängt und auf die einmütige Unterstützung seiner Kollegen heute nicht rechnen kann, muß man auf die Möglichkeit verschiedenartiger Inzidenzfälle gefaßt sein.

Es muß aber auch damit gerechnet werden, daß Baron *Sonnino* auf publizistischem oder parlamentarischem Wege seinen Standpunkt vor die Öffentlichkeit zu bringen noch Gelegenheit haben wird. Von verschiedenen Seiten wurde ich aufmerksam gemacht, daß er beispielsweise in irgendeiner Weise die angeblich hinhaltende Taktik der k. u. k. Regierung als mit der Würde Italiens unvereinbar nachzuweisen suchen könnte, oder etwa den Standpunkt vertreten werde, Italien habe sich nur auf unseren Wunsch in Verhandlungen eingelassen und sie auch schon zu wiederholtenmalen mit Rücksicht auf die ungenügenden Angebote der k. u. k. Regierung fallen gelassen.

**Nr. MCCXXXI. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 183.**

(Telegramm.)

Wien, am 14. Mai 1915.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm.

Gegenüber der Behauptung, daß sich Italien nur auf unseren Wunsch in Verhandlungen eingelassen hat, könnte darauf hingewiesen werden, daß es vielmehr die italienische Regierung war, welche, von dem auf Art. VII des Dreibundvertrages basierten Kompensationsverlangen ausgehend, die Initiative zu Pourparlers bereits mit meinem Amtsvorgänger und später auch mit mir ergriffen hat. Wenn Baron *Sonnino* ferner versuchen sollte, eine mit der Würde Italiens unvereinbare hinhaltende Taktik der k. u. k. Regierung nachzuweisen, so wäre dem mit der Konstatierung entgegenzutreten, daß die italienische Regierung ihrerseits sich lange weigerte, ihre Forderungen zu präzisieren, indem sie von uns bloß die Annahme der vagen und daher doppelt bedenklichen Diskussionsbasis der Abtretung eigenen Gebietes verlangte, daß sie ferner dann von Etappe zu Etappe unsere Anbote als ungenügend bezeichnete und selbst erst in einem späten Stadium der Verhandlungen und nur auf unseren direkten Wunsch mit Forderungen, allerdings sehr weitgehender Natur, hervortrat. Nach alledem steht es Baron *Sonnino*, welcher die ungleich leichtere Rolle des Fordernden hatte, wohl nicht zu, uns, welchen schwer zu bringende Opfer zugemutet wurden, ein gewisses Zögern zum Vorwurfe zu machen. Baron *Sonnino* gerät übrigens mit sich selbst in Widerspruch, wenn er bei uns eine hinhaltende Taktik relevieren zu sollen glaubt, während er in einem Atem konstatiert, daß er selbst die Verhandlungen wiederholt fallen gelassen hat, was jedenfalls nicht zu einem glatten und raschen Verlaufe derselben beitragen konnte.

Im übrigen dürfte es Euer Exzellenz, da Sie mit allen Phasen und Details unserer Verhandlungen genau vertraut sind, wohl nicht schwer fallen, den etwaigen Auslassungen Baron *Sonninos* auf geeignetem Wege mit zutreffenden Argumenten entgegenzutreten.

**Nr. MCCXXXII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorgesch. m. It. II 184.**

(Telegramm.)

Rom, am 14. Mai 1915.

Agenzia Stefani verlautbart:

„Mangels einmütiger Zustimmung der konstitutionellen Parteien bezüglich der Direktive der Regierung in Betreff der internationalen Politik, einer Zustimmung, welche durch den Ernst der Situation geboten wäre, hat der Ministerrat beschlossen, Seiner Majestät seine Demission zu überreichen.“

Schon im vorgestrigen Ministerrat soll die Opposition sieben Minister umfaßt haben und sagte man mir, daß Entscheidung kaum der Kammer vorbehalten werden würde, sondern unmittelbar bevorstehe; dies schien um so

wünschenswerter, als seit Ankunft *d'Annunzio's* die Ordnungsstörungen immer größere Dimensionen annahmen.

Schon jetzt melden alle größeren Provinzstädte Demonstrationen des bezahlten Pöbels, und Rom ist seit zwei Tagen geradezu im Belagerungszustande. Die halbe Garnison ist auf den Beinen, das Straßenleben durch die weitgreifenden Absperrungsmaßregeln ebenso unterbrochen, wie die Bewegungsfreiheit gehemmt und Zwischenfälle, wie Insultierungen von dreibundfreundlichen Politikern und dergleichen, an der Tagesordnung.

König hat Entscheidung über Demission noch nicht getroffen. Nach allen Aspekten ist Rekonstruktion unter Präsidentschaft Herrn *Salandras* das Wahrscheinlichste.

### Nr. MCCXXXIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.

Rb. Vorgesch. m. It. II 185.

(Telegramm.)

Rom, am 15. Mai 1915.

Um gegebenenfalls gleich mit einem fertigen Projekte an ein neues Ministerium herantreten zu können, schiene es mir geboten, den Text für einen eventuellen Akkord mit Italien so rasch als möglich festzustellen. Wenn man es auf längere Verhandlungen, respektive Abwarten italienischer Vorschläge ankommen ließe, würde das so mühsam zurückgedrängte Mißtrauen elementar hervorbrechen und im letzten Augenblicke alles vereiteln.

Ich habe daher nachfolgenden Entwurf ausgearbeitet und mit Fürsten *Bülow* durchgesprochen, der sich einverstanden erklärt hat:

„Inspiré du désir sincère de consolider les rapports mutuels entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie, de les baser sur une bonne foi entière, d'éliminer toute cause de friction entre elles et d'arriver à une entente définitive et durable, le Gouvernement Impérial et Royal et le Gouvernement Royal d'Italie sont tombés d'accord sur ce qui suit:

Art. I. L'Autriche-Hongrie, se conformant au désir exprimé par l'Italie d'entrer en possession des parties du Tyrol dont les habitants sont de nationalité italienne, accepte une nouvelle ligne-frontière qui se détachera de la frontière actuelle près de la Zufallspitze et suivra pour un trait la frontière entre les districts de Cles d'une part et les districts de Schlanders et de Meran de l'autre, c'est-à-dire la ligne du partage des eaux entre le Noce et l'Adige jusqu'à l'Ilmen-Spitze. Elle passera à l'ouest de Proveis de sorte que cette commune continuera à faire partie du Tyrol autrichien, rejoindra le Torrente Pescara et suivra le talweg de ce dernier jusqu'à son embouchure dans le Noce. Elle suivra le talweg du Noce dont elle se détachera au sud de Tajo, montera sur le Corno di Tres, suivra la frontière septentrionale du district de Mezzolombardo et rejoindra l'Adige au sud de Salurn. Elle montera sur le Geiersberg, suivra la ligne du partage des eaux entre la vallée de l'Avisio et la vallée de l'Adige en passant par le Castion et se dirigera vers la Hornspitze et le mont Comp. Elle tournera ensuite au sud, décrira un demi-cercle qui laissera la commune d'Altrei au Tyrol autrichien et remontera

jusqu'au col de San Lugano. Elle suivra la frontière entre les districts de Bozen et de Cavalese, c'est-à-dire la ligne du partage des eaux entre la vallée de l'Avisio et la vallée de l'Adige, et passera par la Cima di Rocca et le Grimm-Joch jusqu'au Latemar. Du col Carnon elle descendra vers l'Avisio, coupera cette rivière entre les communes de Moena et Forno et remontera vers la ligne du partage des eaux entre la vallée de San Pellegrino au nord et la vallée de Travignolo au sud. Elle rejoindra la frontière actuelle à l'est de la Cima di Bocche.

Art. II. L'Autriche-Hongrie consent en plus à céder à l'Italie les territoires situés sur la rive occidentale de l'Isonzo en tant que leurs habitants sont de nationalité italienne.

En partant de l'embouchure de l'Isonzo (Sdobba) la nouvelle frontière suivra le talweg de ce fleuve en amont jusqu'au-delà de la ville de Gradisca, qui sera comprise dans le terrain cédé à l'Italie. Elle se détachera en amont de cette ville du cours de l'Isonzo et suivra en direction nord-ouest vers Medea jusqu'au Judrio une ligne qui sera tracée de façon à prendre en considération la nationalité des habitants. La nouvelle frontière suivra ensuite le talweg du Judrio.

Art. III. Le titre „Kaiserliche Freistadt“ sera conféré à la ville de Trieste. Elle sera munie d'une université et obtiendra un nouveau statut municipal qui, tout en maintenant les droits de pleine autonomie dont elle jouit actuellement, lui fournira en plus la pleine sécurité, afin que la prédomination de l'élément italien dans cette ville ne puisse être altérée.

La zone actuelle de port franc sera maintenue et, au cas de besoin, élargie.

Art. IV. L'Autriche-Hongrie reconnaît la pleine souveraineté italienne sur Valona et sa baie ainsi que la sphère d'intérêt qui y aurait son centre.

Art. V. L'Autriche-Hongrie se désintéresse complètement du sort futur de l'Albanie comprise entre les frontières tracées par la Réunion de Londres.

Art. VI. Les sujets de nationalité italienne se trouvent à la suite de cet accord dans une très sensible minorité en Autriche, il va de soi que le Gouvernement Impérial Royal veillera tout particulièrement à la sauvegarde de leurs intérêts nationaux.

Art. VII. Une amnistie complète et la remise immédiate en liberté sera concédée par l'Autriche-Hongrie à toutes les personnes originaires des territoires cédés à l'Italie et condamnées ou soumises à un procès pour des raisons militaires ou politiques.

Art. VIII. L'Italie assume l'engagement de maintenir une parfaite neutralité pendant toute la guerre présente à l'égard d'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie et de la Turquie.

Art. IX. L'Italie renonce, pour toute la durée de la guerre actuelle et aussi concernant les avantages territoriaux ou autres qui résulteraient pour l'Autriche-Hongrie du traité de paix terminant cette guerre, à toute faculté



d'invoquer ultérieurement en sa faveur des stipulations réglant antérieurement cette matière par rapport aux Balcanes à l'exception de l'Albanie.

Art. X. L'Autriche-Hongrie renonce de son côté relativement à l'occupation italienne effectuée des îles du Dodécanèse à la faculté d'invoquer en sa faveur les stipulations réglant antérieurement cette matière par rapport aux Balcanes.

Art. XI. L'Italie se déclare prête à payer une somme globale comme indemnité de tout genre résultant du fait de la cession des territoires susmentionnés à l'Italie; une commission mixte sera chargée d'en fixer les modalités et le montant et soumettra la question en cas de désaccord à la décision du tribunal international d'arbitrage à la Haye.

Art. XII. Des commissions mixtes seront instituées sur les lieux et autorisées à prendre des décisions qui seront suivies de la mise en effet au fur et à mesure que les travaux progressent.

Les attributions détaillées de ces commissions seront fixées par un protocole additionnel.

Art. XIII. Les militaires originaires des territoires cédés à l'Italie ne prêteront plus service sur le front de l'armée austro-hongroise dès que l'accord aura été conclu.

Art. XIV. L'Empire allemand assume toute garantie pour l'exécution fidèle et loyale de cet arrangement.

Art. XV. Manifestation solennelle du Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie qui suivra immédiatement la signature de l'accord.

Dieser Entwurf enthält nur die uns und Italien betreffenden Punkte, da ich nicht weiß, ob man in Wien und Berlin einen accord à trois vorziehen würde.

In letzterem Falle müßten die deutscherseits zu formulierenden Konzessionen noch aufgenommen werden.

Zunächst möchte ich bemerken, daß mir die Aufnahme der die mise en effet betreffenden Vorschläge Euer Exzellenz in den accord selbst, bei der kapitalen Wichtigkeit, die man diesem Punkte hier beimißt, absolut nötig scheint, umsomehr als die Garantie Deutschlands schon einen der Punkte jenes seinerzeit hier unterzeichneten Schriftstückes bildet.

Ich hielt es für wichtig, in dem Entwurfe keinen der Punkte vermissen zu lassen, die in jenem allgemein gefaßten, aber die Basis bildenden Schriftstücke vorkommen, mit Ausnahme natürlich des dortigen Punktes VII, welcher nur eine Bereitwilligkeit zur Prüfung enthält und daher nur auf Grund einer speziellen Aussprache formuliert werden kann. Was nun diese anbelangt, beabsichtige ich, da ich Cormons noch nie genannt habe, zu versuchen, durch Anbot von Cormons statt Görz sowie — wenn die Inseln von italienischer Seite nicht ganz fallen gelassen werden — durch Anbot von Pelagosa, von dem auch noch nie gesprochen wurde, die Schwierigkeiten vielleicht zu beseitigen.

Zu den einzelnen Artikeln des Entwurfes bemerke ich:

Art. I. Die Grenzbestimmung entspricht vollkommen der von Euer Exzellenz seinerzeit vorgeschlagenen; sollte italienischerseits auf das mittlere Noce-, das Fassa- oder Ampezzotal zurückgekommen werden, würde ich in der schon angedeuteten Weise dagegen ankämpfen und darüber berichten.

Art. II. Darin ist vorläufig weder Cormons noch Görz berührt.

Art. III. Der Titel „kaiserliche Freistadt“ ist als Analogie zu Fiume gedacht und stellt die Fassung des letzten Alineas den Versuch dar, die Freihafenfrage auf ein zulässiges Maß zurückzuführen.

Art. V. Mit der Bezeichnung „sort futur“ soll der rein politische Charakter unseres Desinteresses betont werden.

Art. VI. Nachdem mindestens eine Phrase über diesen Gegenstand hier verlangt wird, so dürfte diese Formulierung noch die ungefährlichste sein, zu der wir uns werden entschließen müssen.

Art. IX. Angesichts der Ungewißheit, ob neues Kabinett sich wieder auf Dreibundstandpunkt oder auf den einer neuen Regelung stellen würde, ist eine Anspielung auf Art. VII vermieden worden. Dasselbe gilt für den Art. X.

Art. XII. Bezüglich der mise en effet glaubte ich, man sollte das Hauptgewicht auf eine möglichste Ausgestaltung der Wirksamkeit und des Agendekreises der commissions mixtes legen, weil ich diese am meisten geeignet halte, den Willen zur baldigsten Uebergabe möglichst vor Augen zu führen. Der sofortige Zusammentritt dieser Kommissionen müßte auf Grund des Akkords festgelegt sein und es dann denselben überlassen werden, ihren Wirkungskreis und ihr Arbeitsprogramm in einem Protokolle festzustellen.

Zu demselben würde meines Erachtens in erster Linie — um Konflikte zu vermeiden — die Absteckung einer neutralen Zone gehören.

#### **Nr. MCCXXXIV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 186.**

(Telegramm.)

Rom, am 15. Mai 1915.

Ueber das zwischen der Regierung und den Ententevertretern abgekartete Spiel werden allmählich immer mehr Einzelheiten bekannt. Ich hatte seinerzeit gemeldet, daß man anscheinend nicht recht wisse, wie man den Kriegsfall konstruieren solle. Jetzt höre ich von verlässlicher Seite, daß der treibende Geist, der Kolonienminister *Martini*, welcher sich jeden Morgen beim englischen Botschafter seine Instruktionen holte, zunächst proponierte, sei es durch Gari baldiner, sei es durch reguläre Truppen, einen Einfall zu organisieren, während Baron *Sonnino* den Plan erwog, mit einem neuen verblüffenden Schriftstücke wie seinerzeit mit jenem über die Bündniskündigung, in Wien hervorzutreten, eventuell die beiden Mittel vereint anzuwenden.

Da der Generalstab noch einen Aufschub von einigen Tagen verlangte, trat Herr *Martini* im Ministerrate mit Hinweis auf die Nachricht von der angeblichen Anwesenheit türkischer Offiziere bei den libyschen Rebellen mit der Idee hervor, zunächst den Vertrag von Lausanne zu kündigen; dadurch

hoffte er die Zentralmächte in zweiter Linie in den Krieg zu verwickeln und hätte die vom Generalstabe verlangten Tage gewonnen.

Der heutige Tag, der 15. Mai, war mit den Ententemächten zum Loschlagen vereinbart. Indessen war, als diese Anträge gestellt wurden, die Einheit im Ministerrate schon gesprengt und wurde der definitive Abschluß des Planes noch vereitelt.

Wenn also auch schließlich der Bruch doch nicht zu vermeiden wäre, so ist immerhin ein Aufschub eingetreten.

Einstweilen scheint die Bildung eines neuen Kabinetts nicht leicht zu sein.

**Nr. MCCXXXV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 187.**

(Telegramm.)

Rom, am 15. Mai 1915.

Heute abends kommen mir von verschiedenen verlässlichen Seiten Nachrichten zu, wonach Nichtannahme Demission des Kabinetts bevorstände. Die von der Regierung im Einvernehmen mit der Entente teils inszenierten, teils geförderten Straßendemonstrationen sollen hauptsächlich dazu dienen, den König zu impressionieren und über die wahre, überwiegend neutralitätsfreundliche Stimmung des Landes zu täuschen. Dies scheint zu gelingen und der König tatsächlich sich überzeugen zu lassen, daß Straßenkundgebungen als Beginn revolutionärer Bewegung zu betrachten seien und Rettung des Thrones nur in Fortsetzung bisheriger Politik gefunden werden könne.

Wenn sich diese Nachrichten bestätigen, könnte schon morgen oder in den allernächsten Tagen Entscheidung gegen uns fallen; allerdings wäre es auch nicht ausgeschlossen, daß die Kabinettskrise noch ausgenützt würde, um Chantage gegenüber Entente zu intensivisieren und vor definitivem Abschlusse von jener Seite ein Maximum von Zugeständnissen zu erpressen.

**Nr. MCCXXXVI. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 188.**

(Telegramm.)

Wien, am 16. Mai 1915.

Die rasche Formulierung eines eventuellen Akkords mit Italien erscheint auch mir wünschenswert und zwar wäre ein solcher nur zwischen uns und Italien, nicht aber à trois ins Auge zu fassen.

Im großen und ganzen bin ich mit der von Euer Exzellenz vorgeschlagenen Fassung des Akkords einverstanden und stimme auch dem Versuche zu, falls italienischerseits auf die in Klammern zum Punkte 7 des von Ihnen und Ihrem deutschen Kollegen am 10. l. Mts. ausgestellten Schriftstückes beigefügten Exemplifikationen insistiert würde, statt Görz Cormons und bezüglich der Inseln Pelagosa anzubieten.

Im einzelnen gebe ich Euer Exzellenz nachfolgend meine Bemerkungen zu dem Entwurfe des Akkords und die an demselben durchzuführenden Modifikationen bekannt.

Gegen die Einleitungsphrase und Art. I besteht kein Einwand.

Art. II. Im ersten Satze wäre nach dem Worte „Isonzo“ zu sagen: „en tant que la population est purement de nationalité italienne.“

Die im zweiten Alinea enthaltene Grenzbeschreibung hätte im zweiten Satze nach dem Worte „Isonzo“ zu lauten: „Ensuite elle se tournera au nord-ouest vers Medea et rejoindra le Judrio dont le talweg continuera à former la frontière.“

Art. III. Im ersten Satze wäre statt „Le titre „Kaiserliche Freistadt““ zu setzen: „Le titre de „ville libre Impériale““. Der zweite Satz hätte nach dem Worte „actuellement“ zu lauten: „assurera en plus le caractère italien de cette ville.“

Der die Freihafenzone betreffende Satz ist einwandfrei.

Art. IV. Nachdem Italien seine Souveränität über Valona bisher nicht proklamiert hat, wäre zu sagen: „L'Autriche-Hongrie est prête, en ce qui la concerne, à reconnaître etc.“

Art. V hätte zu lauten: „L'Autriche-Hongrie déclare son désintéressement politique concernant l'Albanie comprise entre les frontières tracées par la Réunion de Londres.“ Durch diese Fassung wäre vermieden, daß von uns der europäische Charakter der albanischen Frage ganz ignoriert würde, sowie daß wir auch wirtschaftlich aus Albanien ausgeschaltet werden können.

Art. VI. Dieser Artikel hätte folgende Fassung zu erhalten: Un certain nombre de sujets de nationalité italienne se trouvant encore en Autriche-Hongrie après la conclusion de cet accord, les Gouvernements autrichien et hongrois veilleront tout particulièrement à la sauvegarde de leurs intérêts nationaux.“

Artt. VII und VIII geben zu keiner Bemerkung Anlaß.

Art. IX. Da der Dreibund italienischerseits uns gegenüber außer Geltung gesetzt wurde und daher nicht bloß ein ausdrücklicher, sondern auch ein ideeller Bezug auf eine Bestimmung desselben vermieden werden und da ferner auch etwaigen künftigen Schikanen Italiens gegen anderweitige Gebiets-erwerbungen der Monarchie, zum Beispiel in Russisch-Polen, vorgebeugt werden muß, hätte dieser Artikel folgendermaßen zu lauten: „L'Italie déclare son désintéressement au sujet de tout avantage territorial ou autre résultant pour l'Autriche-Hongrie soit du cours de la guerre actuelle soit des traités de paix qui la termineront.“

Art. X. Die vorgeschlagene Textierung dieses Artikels wäre durch die folgende zu ersetzen: „L'Autriche-Hongrie renonce pour sa part à toute prétention se basant sur le fait de l'occupation italienne des îles du Dodécanèse.“

Art. XI bleibt unverändert.

Da die feierliche Kundgebung der k. u. k. Regierung sich nur auf die Durchführung der Gebietsabtretungen zu beschränken hätte, der Art. XV in seiner vorgeschlagenen Fassung und in seiner Stellung am Schlusse des Uebereinkommens sich aber auf den ganzen Inhalt des Akkords beziehen würde, wäre diese Bestimmung als Art. XII einzureihen mit folgendem Texte: „Le



Gouvernement I. et R. procédera aussitôt après la conclusion de cet accord à une manifestation solennelle relative aux cessions territoriales.“

Art. XII des Entwurfes, nunmehr Art. XIII. Statt des ersten Alineas wäre zu sagen: „Des commissions mixtes seront instituées sur les lieux pour régler les détails relatifs à la cession des territoires en question. Ces commissions seront autorisées à prendre des décisions qui seront soumises à la ratification des Gouvernements.“

Der zweite Satz bliebe unverändert.

Art. XIII des Entwurfes, nunmehr Art. XIV. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird dieser Artikel zu lauten haben: „Dès que cet accord aura été conclu, les militaires originaires des territoires cédés à l'Italie seront retirés des lignes de combat de l'armée austro-hongroise.“

Art. XIV des Entwurfes, nunmehr Art. XV. Für diesen Artikel wäre folgende Textierung zu wählen: „L'Autriche-Hongrie et l'Italie acceptent la garantie assumée par l'Allemagne pour l'exécution fidèle et loyale de cet accord.“

#### Nr. MCCXXXVII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.

Rb. Vorgesch. m. It. II 189.

(Telegramm.)

Rom, am 16. Mai 1915.

Heute erschienenenes königliches Dekret besagt, daß Seine Majestät die Demission des Kabinettes nicht angenommen hat.

Es muß angenommen werden, daß die auswärtige Politik Baron *Sonninos* und Herrn *Martinis* fortgesetzt wird.

Die Bewegungen der Straße gegen Herrn *Giolitti* und für den Krieg haben hier und in der Provinz in den letzten Tagen ernstere Dimensionen angenommen. Es sind Anzeichen vorhanden, daß dies zu den Aktionsmitteln des demissionierten Kabinettes gehörte, um einerseits den König und andererseits die parlamentarischen Anhänger Herrn *Giolittis* zu impressionieren. Beide Zwecke wurden erreicht und Herr *Salandra* ist über Nacht populär geworden.

Es wird mir hinterbracht, daß Schwanken des Königs in seinen Entschlüssen noch andauere und er sich nicht entschließen könne, Entscheidung über Krieg oder Frieden auf sich zu nehmen. Speziell soll er noch Zweifel über die militärischen Chancen des Krieges haben, die dadurch gefördert worden wären, daß General *Cadorna*, durch die den Alliierten zu leistende Beihilfe verstimmt, seine Demission angetragen hätte. Dies würde der vielfach ausgesprochenen Annahme Berechtigung geben, daß der König die Entscheidung dem Parlamente überlassen will und Herrn *Salandra* mündlich verpflichtet haben soll, früher kein *fait accompli* zu schaffen.

Wenn diese Nachrichten auf Wahrheit beruhen, würde dies einen kurzen Aufschub der Entscheidung bedeuten. Ich muß aber bemerken, daß in der bisherigen neutralistischen Majorität ein Umschwung im Zuge, der größtenteils

auf die Mache Herrn *Salandras* zurückzuführen ist. Damit dürfte für Herrn *Salandra* in der Kammer ein neuerliches Vertrauensvotum gesichert sein.

Nachdem das Ministerium wieder konstituiert ist, beabsichtige ich morgen Baron *Sonnino* um eine Unterredung zu ersuchen, da ich Alles vermeiden möchte, was die Handhabe zu der Behauptung bieten könnte, ich hätte ihn gemieden.

**Nr. MCCXXXVIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II. 190.**

(Telegramm.)

Wien, am 17. Mai 1915.

Da die Demission des Kabinettes *Salandra* nicht angenommen wurde, ersuche ich Euer Exzellenz, den mit meinem gestrigen Telegramme festgestellten Entwurf eines Akkords mit Italien nunmehr im Einvernehmen mit Fürsten *Bülow* unverweilt Baron *Sonnino* mitzuteilen.

Wenn die im Akkordentwurfe enthaltenen Zugeständnisse von Baron *Sonnino* als ungenügend bezeichnet oder abgelehnt werden sollten, treten die Euer Exzellenz mit meinem Telegramme vom 10. l. Mts. erteilten Instruktionen wieder in Kraft.

Euer Exzellenz wollen daher in diesem Falle etwaige modifizierte oder weitere, sei es spontan, sei es über Ihre Anregung vorgebrachte Wünsche der italienischen Regierung bereitwillig entgegennehmen und, ohne sich zu engagieren, sofort zu meiner Kenntnis bringen.

**Nr. MCCXXXIX. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 191.**

(Telegramm.)

Rom, am 17. Mai 1915.

Auf meine Anfrage ersuchte mich Minister des Aeußern, erst morgen früh zu ihm zu kommen. Es zeigt sich also, daß derselbe Baron *Sonnino*, welcher uns den Vorwurf des Temporisierens macht, seinerseits Unterredungen stets hinausschiebt. Hiebei werde ich ihm auftraggemäß den Entwurf des Akkords in der von Euer Exzellenz angeordneten Fassung überreichen und trachten, aus seinem Verhalten vielleicht einen Anhaltspunkt dafür zu gewinnen, ob der Kriegausbruch ganz imminent ist.

Der schon heute früh zusammengetretene Ministerrat dürfte diesfällige Entscheidungen getroffen haben.

Die öffentlichen Manifestationen nehmen immer mehr den allerdings künstlichen Charakter nationaler und patriotischer Kundgebungen an und dauern in den verschiedensten Formen hier und in ganz Italien fort.

**Nr. MCCXL. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch., m. It. II 192.**

(Telegramm.)

Wien, am 18. Mai 1915.

Da die italienische Regierung stets an dem Mangel eines eventuell näher gelegenen Termines der tatsächlichen Uebergabe der zedierten Gebiete An-

stoß genommen hat, jede Art von militärischer Besetzung aber ausgeschlossen bleiben muß, wäre ich bereit, wenn die Situation hiedurch noch günstig beeinflusst werden könnte, die nachstehend formulierte Konzession zu machen, welche in den Akkordentwurf als neuer Artikel nach dem von den Kommissionen handelnden Art. XIII aufzunehmen wäre.

„Les commissions mixtes dont il est question dans l'article précédent commenceront leurs travaux immédiatement après la conclusion de cet accord.“

La remise des territoires cédés aura lieu aussitôt après la ratification des décisions desdites commissions et devra être terminée dans le délai d'un mois.“

Euer Exzellenz sind ermächtigt, einverständlich mit Fürsten *Bülow*, den in diesem Sinne erweiterten Akkordentwurf Baron *Sonnino* und Herrn *Salandra* sogleich mitzuteilen.

**Nr. MCCXLI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 193.**

(Telegramm.)

Rom, am 18. Mai 1915.

Senat und Kammer sind für den 20. I. M. einberufen. Tagesordnung die Entgegennahme von Regierungserklärungen.

**Nr. MCCXLII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 194.**

(Telegramm.)

Rom, am 18. Mai 1915.

Soeben war ich bei Baron *Sonnino*. Ich begann das Gespräch damit, Euer Exzellenz hätten mich beauftragt, ihm den Entwurf eines Akkords zu übergeben, welchen die k. u. k. Regierung auf Grund unserer letzten Vorschläge ausgearbeitet habe. Daraus könne er erschen, daß Euer Exzellenz nach wie vor bereit sind, mit Italien abzuschließen und der Umstand, daß man schon eine Formulierung der einzelnen Punkte, wie sie in der Abmachung Platz finden sollten, vorschlägt, beweise neuerlich, daß man bei uns auch jetzt Alles tue, um jede unnötige Verzögerung zu vermeiden. Baron *Sonnino* frug, ob er das Schriftstück behalten könne, was ich bejahte. Auf meinen Vorschlag, es ihm vorzulesen, ging er bereitwillig ein. Ich wollte ihn dadurch zum Sprechen bringen und ihn bei Lektüre der einzelnen Artikel an unsere früheren Konversationen erinnern.

Aber die Unterredung blieb ein Monolog.

Als ich geendet, versicherte er sich nur, ob die Grenzlinie im Trentino dieselbe sei als die früher von Wien vorgeschlagene.

Ich bejahte dies und erwähnte dann, daß meine Regierung nach wie vor bereit sei, was immer für neue Vorschläge, Bemerkungen, Wünsche, Amendements, welche von italienischer Seite vorgebracht wurden, mit großem Wohlwollen zu prüfen.

Baron *Sonnino* notierte sich, wie ich feststellte, auch diese Bemerkung und auf meine Frage, ob ich also nach Wien melden könne, daß er diesen Entwurf entgegengenommen habe und ihn dem Ministerrate vorlegen werde, bejahte er dies mit dem Beifügen, daß das vielleicht noch heute abends geschehen werde, daß übrigens die Kammer am 20. d. M. bestimmt zusammenzutreten werde und beschlossen worden sei, die ganze Frage derselben zur Entscheidung vorzulegen.

Zu irgend einer Äußerung über den Vertragsentwurf war Baron *Sonnino* absolut nicht zu bringen. Die weitere Behandlung desselben muß nach den bisherigen Erfahrungen nur mit äußerster Skepsis beurteilt werden. Momentan hat er noch alles vermieden, was einem Abbruche hätte ähnlich sehen können. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird aber übermorgen in der Kammer die Entscheidung gegen uns fallen und alles Weitere sich sehr rasch abwickeln. Schon der Umstand, daß zwei Stunden nach Kammereröffnung der Senat mit derselben Tagesordnung einberufen ist, läßt vermuten, daß man nur mit der Abstimmung über eine vorbereitete Regierungskundgebung rechnen, worauf wohl, wenn dieselbe, wofür alles spricht, ein Vertrauensvotum sein wird, die Vertagung und zugleich der Abbruch mit uns folgen würde.

**Nr. MCCXLIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 195.**

(Telegramm.)

Rom, am 19. Mai 1915.

Die mir mit gestrigem Telegramme mitgeteilte Formulierung der in dem Akkordentwurf als neuer Artikel aufzunehmenden Konzessionen habe ich sofort brieflich Baron *Sonnino* und Herrn *Salandra* zur Kenntnis gebracht.

Übereinstimmenden Zeitungsnachrichten zufolge wird die Kammer in ihrer morgigen Sitzung die Regierungserklärung ohne darauffolgende Debatte zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Den für heute von den Sozialisten geplanten Kundgebungen für die Neutralität stehe ich skeptisch gegenüber; nach den bisherigen Erfahrungen will die Regierung noch immer bestrebt, solche Demonstrationen in ganz anderer Weise zu unterdrücken, als die sich ihrer Protektion erfreuenden interventionistischen Krawalle.

Die Nachricht von der Abreise Giolittis bestätigt sich.

**Nr. MCCXLIV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 196.**

(Telegramm.)

Rom, am 19. Mai 1915.

König hat heute Revue der Garnison abgenommen, dann *d'Annunzio* in Privataudienz empfangen. Patriotische Kundgebungen, angebliche massenhafte Meldungen von Freiwilligen werden von der Presse verkündet, welche Alles tut, um Stimmung zu steigern.



Unsere Konzession bezüglich der *mise en effet* wurde von der Agenzia Stefani gebracht, in den Blättern aber mit meist gehässigen Kommentaren reproduziert. Allgemein ist jetzt Ueberzeugung verbreitet, daß Bindung gegenüber Entente soweit geht, daß dagegen nichts mehr zu machen sei.

Der erste Rausch, der Alles bei den Straßenkundgebungen des 14., 15. und 16. ergriffen hatte, beginnt immerhin zu verfliegen und es herrscht eine ernstere, ruhigere Stimmung, da doch bei Manchem die Zweifel an der Zukunft und die Schrecken des Krieges in greifbarer Nähe erscheinen. Es werden Stimmen hörbar, welche die Abreise Herrn *Giolittis* bedauern, doch werden diese sich kaum lauter hervorwagen.

#### **Nr. MCCXLV. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 197.**

(Telegramm.)

Rom, am 20. Mai 1915.

Bis zur Stunde habe ich auf meine briefliche Mitteilung der „mise en effet“-Konzession von keinem der beiden Minister eine Antwort erhalten.

Ueber die Aufnahme, welche die fragliche Konzession bei der italienischen Regierung gefunden hat, bin ich somit auf indirekte Schlüsse angewiesen. Als solche nenne ich einerseits das Faktum der bisherigen Nichtbeantwortung meiner Briefe und überhaupt den Mangel irgendwelcher Reagierung darauf seitens der Regierung und andererseits die einberichtete ungünstige Beurteilung der hiesigen Presse.

Nur der heute morgens erschienene „*Popolo Romano*“ findet noch dreibundfreundliche Worte, aber auch seine Sprache ist resigniert.

#### **Nr. MCCXLVI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 198.**

(Telegramm.)

Rom, am 20. Mai 1915.

Von einem Augenzeugen wird mir über den Verlauf der heutigen Sitzung der Kammer Folgendes berichtet.

Herr *Salandra* hat einen Gesetzentwurf verlesen, in dem die Regierung für den Kriegsfall außerordentliche Vollmachten verlangt. Nachdem der Berichterstatter einige Worte gesprochen hatte, erfolgte Abstimmung über Dringlichkeit. Ohne irgend eine Debatte wurde Dringlichkeit mit 377 Stimmen gegen 54 ausgesprochen. Dagegen stimmten 48 Sozialisten und 6 Süditaliener. Einer Anzahl von Deputierten soll es angeblich nicht gelungen sein, in die Kammer zu gelangen. Auch will mein Gewährsmann gehört haben, daß sich einige Stimmen zum Worte zu melden versuchten, aber durch den Ruf der Majorität nach sofortiger Abstimmung überhört wurden. Vor Eröffnung der Sitzung soll bei Erscheinen des Dichters *d'Annunzio* eine Demonstration gegen diesen versucht, von dem Beifalle der Mehrheit und dem Jubel der Galerie aber unterdrückt worden sein.

In dem einleitenden Satze des verlesenen Gesetzentwurfes wird von dem Dreibunde gesprochen, der dem europäischen Gleichgewichte und dem Frieden gedient habe. Zu diesem Zwecke habe Italien die Unsicherheit seiner Grenzgegenden, die nationalen Aspirationen beiseite gesetzt und mit verhaltenen Schmerzen den mit Methode geführten Versuchen zusehen müssen, den italienischen Charakter in gewissen Gegenden zu unterdrücken.

Es heißt dann weiter, daß durch das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien der Dreibund zerrissen wurde. Der Form nach, da Oesterreich-Ungarn es versäumte, Italien vorher zu verständigen, dem Inhalte nach durch die Absicht, den Besitzstand und die Interessenphären auf dem Balkan zu stören. Hauptsächlich sei aber der Geist des Vertrages gebrochen worden, da die Auslösung des europäischen Krieges mit den italienischen Gefühlen und Interessen im Widerspruche stand und das europäische Gleichgewicht störte, dessen Erhaltung der Dreibundvertrag dienen sollte. Unwiderstehlich sei das Problem der nationalen Einheit Italiens aufgerollt worden. Dessenungeachtet habe die italienische Regierung durch Monate sich geduldet und zu einem Akkord zu gelangen getrachtet. Die Verhandlungen hatten aber ihre Grenzen, sowohl was die Zeit als die Würde Italiens anbelangt. Aus diesem Grunde sei am 4. Mai die Notifizierung in Wien erfolgt, womit die gemachten Vorschläge zurückgezogen wurden, der Vertrag gekündigt wurde und Italien seine Aktionsfreiheit erklärte. Andererseits sei es nicht möglich gewesen, Italien in einem historisch entscheidenden Augenblicke länger isoliert zu lassen, ohne Sicherheit und ohne Prestige.

Bei dieser Sachlage und angesichts des Einsties der internationalen Lage müsse die Regierung auch Politik vorbereiten, um es auf die äußerste Kraftprobe ankommen zu lassen.

Die Regierung glaubt dafür Vorsorge getroffen zu haben, was die edelsten Aspirationen und die vitalsten Interessen des Landes verlangen. Es folgt ein warmer Appell an die Einmütigkeit aller Klassen und Parteien um das Ideal zu erreichen: *La fortuna e la grandezza d'Italia*.

Der Schlußsatz enthält einen Hinweis auf Heer und Armee sowie auf den König, der sie zu dem Schicksale der neuen Geschichte führt.

Aus Vorstehendem erhellt, daß der König nicht in den Vordergrund gestellt wurde, daß von einem Kriege gegen die Monarchie nur andeutungsweise die Rede war, ebenso wie vom Abschlusse eines Vertrages mit den Ententemächten.

Nachdem das Kabinett den Gesetzentwurf dem Senate vorgelegt hatte, erschienen die Minister abermals in der Deputiertenkammer. Der Berichterstatter *Boselli* empfahl die Annahme der Vorlage in einer schwungvollen Rede, während welcher sich der Enthusiasmus fort steigerte, wobei kriegerische Rufe: „Hoch das italienische Triest!“, „Hoch die Rächer von Lissa!“ etc. allgemeinen Beifall, sogar auf der Regierungsbank, fanden. Nach ihm sprach *Barzilai* und sodann der Sozialist *Turati*, dessen Rede gegen den Krieg aber sichtliche Unruhe hervorrief. Nach *Colaajanni* sprach noch der

Reformsozialist *Ciccoti*, welcher seinen sozialistischen Prinzipien zum Trotz sich für diesen Krieg deshalb erklärte, weil es „ein Krieg zur Verteidigung der Kultur gegen die Barbarei sei.“

Die Abstimmung ergab, nachdem fast alle Abgeordneten Zutritt erlangt hatten, 407 Stimmen für und 74 gegen die Regierung.

Die Kammer wurde auf unbestimmte Zeit vertagt; der Senat hält morgen noch Sitzung.

Die sozialistischen Organisationen, welche verschiedene Pläne gehegt haben sollen, um sich bemerkbar zu machen, konnten schon wegen der ungewöhnlichen Schärfe der Regierungsmaßnahmen und zahlreicher Verhaftungen nichts unternehmen.

Die Stimmung in der Straße war heute eine ruhigere; die vom Abschaume der Bevölkerung, offenbar bestellten Massen, inszenierte Demonstration in der Kammer war ausschließlich gegen Herrn *Giolitti* gerichtet.

Man muß damit rechnen, daß die Regierung schon morgen von der ihr anvertrauten Gewalt Gebrauch machen wird, um zunächst die militärischen Vorkehrungen durch neue Einberufungen noch zu vervollständigen. Man muß auch stündlich auf den Abbruch der Beziehungen gefaßt sein.

**Nr. MCCXLVII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 199.**

(Telegramm.)

Wien, am 21. Mai 1915.

Es erscheint mir wünschenswert, daß Euer Exzellenz Baron *Sonnino* aufsuchen und ihm in ganz freundschaftlicher Weise auseinandersetzen. Sie hätten zwar von dem Verlaufe der gestrigen stürmischen Sitzung Kenntnis, müßten aber doch darauf aufmerksam machen, daß die italienische Regierung Ihnen auf Ihre letzten Mitteilungen die Antwort noch schulde.

**Nr. MCCXLVIII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio. \*)**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 200.**

(Telegramm.)

Wien, am 21. Mai 1915.

Ich habe heute nachmittags dem italienischen Botschafter die Antwort auf seine Mitteilung vom 4. l. M., bezüglich der italienischerseits erfolgten Außerkraftsetzung des Dreibundvertrages erteilt und sie ihm abschriftlich überlassen.

Der Text dieser Antwort lautet:

„Le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie a eu l'honneur de recevoir la communication concernant la résiliation du Traité de la Triple Alliance que Monsieur l'Ambassadeur d'Italie lui a faite d'ordre de son Gouvernement le 4 mai.

\*) Die italienische Erwiderung s. unten unter „3. Italienische Kundgebungen, II. Sonstige italienische Kundgebungen.“

C'est avec une pénible surprise que le Gouvernement I. et R. prend connaissance de la résolution du Gouvernement italien de mettre fin d'une façon si abrupte à un Traité qui, basé sur la communauté de nos intérêts politiques les plus importants, a assuré depuis de si longues années à nos Etats la sécurité et la paix et a rendu à l'Italie des services notoires.

Cette surprise est d'autant plus justifiée que les faits allégués en première ligne par le Gouvernement Royal pour motiver sa décision remontent à plus de 9 mois et que, depuis cette époque, le Gouvernement Royal a maintes fois déclaré son désir de maintenir encore les liens de l'alliance entre nos deux pays, désir qui a toujours trouvé un accueil favorable et un écho cordial en Autriche-Hongrie.

Les raisons qui ont forcé le Gouvernement I. et R. à adresser au mois de juillet de l'année dernière un ultimatum à la Serbie sont trop connues pour qu'il soit nécessaire de les répéter ici. Le but que l'Autriche-Hongrie se proposait et qui consistait uniquement à sauvegarder la Monarchie contre les agissements subversifs de la Serbie et à empêcher la continuation d'une agitation qui visait directement au démembrement de l'Autriche-Hongrie et qui avait provoqué de nombreux attentats et finalement le drame de Sarajevo, ne pouvait toucher d'aucune façon les intérêts de l'Italie, car le Gouvernement I. et R. n'a jamais supposé et considère comme exclu que les intérêts de l'Italie puissent être identifiés de loin ou de près avec les agissements criminels dirigés contre la sécurité et l'intégrité territoriale de l'Autriche-Hongrie, tolérés et encouragés malheureusement par le Gouvernement de Belgrade.

Le Gouvernement italien était du reste informé et savait que l'Autriche-Hongrie n'avait pas d'intentions de conquête en Serbie. Il a été expressément déclaré à Rome que si la guerre restait localisée, l'Autriche-Hongrie n'avait pas l'intention de porter atteinte à l'intégrité territoriale et à la souveraineté de la Serbie.

Lorsque par suite de l'intervention de la Russie le conflit purement local entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie prit, contrairement à nos désirs, un caractère européen et que l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne se virent attaquées par plusieurs Grandes Puissances, le Gouvernement Royal déclara la neutralité d'Italie, mais sans faire la moindre allusion à ce que cette guerre provoquée et préparée de longue main par la Russie, fût apte à priver le Traité de la Triple Alliance de sa raison d'être.

Il suffit de rappeler les déclarations faites à cette époque par feu le Marquis de *San Giuliano* et le télégramme adressé le 2 août 1914 par Sa Majesté le Roi d'Italie à Sa Majesté l'Empereur et Roi pour constater qu'à cette époque le Gouvernement Royal ne voyait dans l'action de l'Autriche-Hongrie rien qui fût contraire aux stipulations de notre Traité d'alliance.

L'Autriche-Hongrie et l'Allemagne, attaquées par les Puissances de la Triple Entente, devaient défendre leurs territoires, mais cette guerre défensive ne visait aucunement „à la réalisation d'un programme opposé au



intérêts vitaux de l'Italie". Ces intérêts vitaux ou ce qu'il nous était possible d'en connaître n'étaient nullement menacés. Du reste, si le Gouvernement italien avait eu des appréhensions à ce sujet, il aurait pu les faire valoir et il aurait sûrement trouvé, tant à Vienne qu'à Berlin, les meilleures dispositions pour la sauvegarde de ces intérêts.

Le Gouvernement Royal était alors d'avis que telle que la question se présentait, ses deux alliés ne pouvaient invoquer le casus foederis vis-à-vis de l'Italie, mais il n'a fait aucune communication qui aurait permis de croire qu'il considérait l'action entreprise par l'Autriche-Hongrie comme une „violation flagrante de la lettre et de l'esprit du Traité d'alliance“.

Tout en regrettant cette décision touchant la neutralité de l'Italie, peu compatible, selon notre avis, avec l'esprit du Traité, les Cabinets de Vienne et de Berlin ont accepté loyalement la façon de voir du Gouvernement italien et l'échange de vues qui a eu lieu à cette époque a constaté le maintien intégral de la Triple Alliance.

C'est justement en invoquant ce Traité, notamment l'article VII, que le Gouvernement Royal nous a présenté ses réclamations pour obtenir certaines compensations dans le cas où l'Autriche-Hongrie acquerrait de son côté du fait de la guerre des avantages, territoriaux ou autres, dans la péninsule des Balkans.

Le Gouvernement I. et R. a accepté ce point de vue et s'est déclaré prêt à étudier la question tout en faisant remarquer que tant que l'on ne connaissait pas les avantages éventuels que l'Autriche-Hongrie pourrait obtenir il était difficile de préciser les compensations,

Le Gouvernement Royal partageait cette manière de voir, comme il résulte de la déclaration de feu le Marquis *de San Giuliano* du 25 août 1914 où il disait: „Il serait prématuré de causer maintenant de compensations“, et des remarques du Duc Avarna après notre retraite de Serbie: „Il n'y a pas actuellement d'objet de compensation.“

Néanmoins le Gouvernement I. et R. a toujours été prêt à entamer une conversation à ce sujet.

Aussi, lorsque le Gouvernement italien, en répétant encore son désir de maintenir et de raffermir notre alliance, a présenté certaines demandes touchant la cession à l'Italie, à titre de compensation, de territoires faisant partie intégrante de la Monarchie, le Gouvernement I. et R. qui attachait le plus grand prix au maintien des meilleurs rapports avec l'Italie a accepté même cette base de négociation, bien que, selon son avis, l'article VII en question n'avait jamais eu en vue les territoires des Hautes Parties contractantes, mais visait uniquement la péninsule des Balkans.

Dans les pourparlers qui ont eu lieu à ce sujet le Gouvernement I. et R. s'est toujours montré animé du désir sincère d'arriver à une entente avec l'Italie, et, s'il lui a été impossible pour des raisons ethniques, politiques et militaires qui ont été abondamment exposées à Rome d'obtempérer à toutes les demandes du Gouvernement Royal, les sacrifices qu'il était disposé à faire

sont d'une telle importance que seulement le désir de maintenir une alliance qui existe depuis de si nombreuses années pour l'avantage commun de nos deux pays saurait les justifier.

Le Gouvernement Royal fait remarquer que les concessions offertes par l'Autriche-Hongrie ne devaient être exécutées qu'à une époque indéterminée, c'est-à-dire seulement à la fin de la guerre; et il semble déduire de ce fait que ces concessions perdraient par là toute valeur.

Le Gouvernement I. et R., en relevant l'impossibilité matérielle d'une remise immédiate des territoires cédés, s'est toutefois montré disposé à offrir toutes les garanties nécessaires pour préparer et assurer, dès-à-présent, cette remise dans un délai peu éloigné.

La bonne volonté évidente et l'esprit de conciliation dont le Gouvernement I. et R. a fait preuve dans le courant des pourparlers ne semblent nullement justifier l'opinion du Gouvernement italien qu'il fallait renoncer à tout espoir de parvenir à un accord.

Un tel accord ne saurait cependant être atteint que si des deux côtés il y a le même désir sincère de s'entendre.

Le Gouvernement I. et R. ne peut prendre acte de la déclaration du Gouvernement italien de vouloir reprendre son entière liberté d'action et de considérer annulé et désormais sans effets son Traité d'alliance avec l'Autriche-Hongrie, cette déclaration du Gouvernement Royal se trouvant en contradiction directe avec les engagements solennels pris par l'Italie dans le Traité du 5 décembre 1912 qui fixait la durée de notre alliance jusqu'au 8 juillet 1920, avec faculté de le dénoncer seulement un an à l'avance, et ne prévoyait pas de dénonciation ou abolition du Traité avant cette époque.

Le Gouvernement Royal italien s'étant arbitrairement dégagé de toutes ses obligations, le Gouvernement I. et R. décline la responsabilité pour toutes les conséquences pouvant résulter de ce procédé.

#### **Nr. MCCXLIX. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb Vorgesch. m. It. II 201.**

(Telegramm.)

Rom, am 21. Mai 1915.

Die heutige Senatsdebatte überbot — Zeitungsberichten zufolge — in patriotischen Superlativen noch die gestrige Kammerdebatte. Die Rede des Berichterstatters, des Sindaco von Rom, Don *Prospero Colonna*, gab dazu den Ton an und löste Beifallsstürme aus.

Die vom Vizepräsidenten *Torrigiani* empfohlene Tagesordnung *Canevaro* gelangte zur einstimmigen Annahme seitens der 281 anwesenden Senatoren. Dieselbe lautet:

„Nach Anhörung der Regierungserklärungen, welche das gute Recht Italiens und den Willen der Nation mit so viel Festigkeit betonten, geht der Senat zur Abstimmung über.“

Heute abends findet eine große Kriegsmanifestation am Kapitale statt, weshalb auch die seit einer Woche dem Verkehre und der Information über-

aus hinderlichen weitgehenden Truppenaufgebote und Absperrungen ihren Fortgang nehmen.

Gestern sollen zirka 240 Sozialisten verhaftet worden sein: die Folge davon ist, daß heute bereits eine Versammlung sozialistischer Deputierter für Einschwenken ihrer Partei zu Gunsten des Krieges eingetreten ist.

**Nr. MCCL. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 202.**

(Telegramm.)

Wien, am 22. Mai 1915.

Um unsere beiderseitigen Länder vor dem sinnlosen Krieg zu retten, ermächtigte ich Euer Exzellenz, einen letzten Versuch bei Baron *Sonnino* zu machen und ihn zu fragen, ob er geneigt wäre, den Akkord nach unserem letzten Vorschlage vollinhaltlich zu unterfertigen, wenn wir, ohne aber die sofortige militärische Besetzung einzuräumen, Italien in der Frage der *mise en effet* noch um einen Schritt entgegenkämen.

**Nr. MCCLI. Freiherr von Macchio an Baron Burián.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II 203.**

(Telegramm.)

Rom, am 23. Mai 1915.

Im Sinne Euer Exzellenz gestrigen Telegrammes habe ich heute Baron *Sonnino* in freundschaftlicher Weise daran erinnert, daß er mir keinerlei Antwort auf die letzten Propositionen, deren Vorlage an den Ministerrat er in Aussicht gestellt hätte, habe zukommen lassen. *Sonnino* wies auf die Kundgebungen der letzten Tage und auf die entscheidende Abstimmung des Parlamentes hin, die in Uebereinstimmung mit den vorherigen Ministerconseils diese jüngste Proposition als verspätet erscheinen lassen.

In Verwertung Euer Exzellenz heutigen Telegrammes sagte ich ihm hierauf, daß ich mich immer bemüht hätte, eine Verständigung bis zum letzten Momente zu fördern und daß ich auch jetzt noch einen Vorschlag machen wolle, um diesem Zwecke zu dienen. Ich würde mich nämlich anheischig machen, meine Regierung zu bestimmen, bezüglich der *mise en effet* ungeachtet der letzten schon so wirksamen Terminbestimmung noch einen Schritt weiter zu gehen, wenn er geneigt wäre, den letzten Akkordentwurf en bloc anzunehmen.

Der Minister erwiderte, es sei zu spät, er habe von Anfang an die *mise en effet* als das Pivot der ganzen Verständigung betrachtet, aber auch in dem letzten Vorschlage biete der Beginn des Termines mit der Ratifizierung des Vertrages wieder das Mittel, um Alles auf die lange Bank zu schieben.

Alle meine Versuche, das Thema fortzuspinnen, scheiterten an der stereotypen Phrase, es sei zu spät.

**Nr. MCCLII. Baron Burián an Freiherrn von Macchio.****Rb. Vorgesch. m. It. II 204.**

(Telegramm.)

Wien, am 23. Mai 1915.

Heute nachmittags hat mir Herzog *Avarna* die folgendermaßen gefaßte Kriegserklärung überreicht:

„Conformément aux ordres de Sa Majesté le Roi, Son Auguste Souverain, le soussigné Ambassadeur d'Italie a l'honneur de remettre à Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie la communication suivante:

Dès le quatre de ce mois déclaration a été faite au Gouvernement Impérial et Royal des graves motifs pour lesquels l'Italie, confiante dans son bon droit, proclamait annulé et désormais sans effet son Traité d'alliance avec l'Autriche-Hongrie, violé par le Gouvernement Impérial et Royal, et reprenait son entière liberté d'action à cet égard. Le Gouvernement du Roi, fermement résolu de pourvoir, par tous les moyens dont il dispose, à la sauvegarde des droits et des intérêts italiens, ne saurait manquer à son devoir de prendre, contre toute menace actuelle et future, les mesures que les événements lui imposent pour l'accomplissement des aspirations nationales. Sa Majesté le Roi déclare de se considérer dès demain en état de guerre avec l'Autriche-Hongrie. Le soussigné a l'honneur de faire connaître, en même temps, à Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères que les passeports seront remis aujourd'hui même à la disposition de l'Ambassadeur Impérial et Royal à Rome et il saura gré à Son Excellence de vouloir bien lui faire remettre les siens.“ \*)

---

\*) Anm.: Vgl. dazu die Proklamation des Kaisers *Franz Joseph* vom 23. Mai 1915 (Extra-Ausgabe der Wiener Zeitung vom 23. Mai 1915):

Lieber Graf *Stürgkh*! Ich beauftrage Sie, das angeschlossene Manifest an Meine Völker zur allgemeinen Verlautbarung zu bringen.

Wien, am 23. Mai 1915.

An meine Völker!

Der König von Italien hat Mir den Krieg erklärt.

Ein Treubruch, dessen gleichen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreich Italien an seinen beiden Verbündeten begangen worden.

Nach einem Bündnis von mehr als dreißigjähriger Dauer, während dessen es seinen territorialen Besitz mehren und sich zu ungeahnter Blüte entfalten konnte, hat uns Italien in der Stunde der Gefahr verlassen und ist mit fliegenden Fahnen in das Lager unserer Feinde übergegangen.

Wir haben Italien nicht bedroht, sein Ansehen nicht geschmälert, seine Ehre und seine Interessen nicht angetastet, wir haben unseren Bündnispflichten stets getreu entsprochen und ihm unseren Schirm gewährt, als es ins Feld zog, wir haben mehr getan: Als Italien seine begehrliehen Blicke über unsere Grenzen sandte, waren wir, um das Bündnisverhältnis und den Frieden zu erhalten, zu großen und schmerzlichen Opfern entschlossen, zu Opfern, die Unserem väterlichen Herzen besonders nahestehen.



**Nr. MCCLIII. Freiherr von Macchio an Baron Burián.****Rb. Vorges. m. It. II 205.**

(Telegramm.)

Rom, am 23. Mai 1915.

Pässe erhalten. Abreise der beiden k. u. k. Botschaften erfolgt morgen Montag abends.

**Nr. MCCLIV. Artikel VII des Dreibundvertrages.****Rb. Vorges. m. It. II Anhang 1.**

— — — — —  
 (Folgt der oben S. 208 Nr. MXLVII abgedruckte Text. — Herausgeber.)

**Nr. MCCLV. Erlaß des Conte Guiccardini an Herzog Avarna  
 ddo. Rom, 15. Dezember 1909, von letzterem dem Grafen  
 Aehrenthal am 19. Dezember 1909 eingehändig.**

**Rb. Vorges. m. It. II Anhang 2.**

Dans les pourparlers que vous avez eus ces derniers temps avec le Comte d'Aehrenthal en vue de préciser et de compléter l'article VII du Traité de la Triple Alliance vous êtes d'abord tombés d'accord que, l'Autriche-Hongrie ayant renoncé aux droits que le Traité de Berlin lui avait conférés par rapport au Sandjak de Novibazar, les dispositions de l'article précité de la Triple Alliance s'appliquent au Sandjak aussi bien qu'aux autres parties de l'Empire ottoman. Si donc par suite de l'impossibilité du maintien du statu quo dans les Balcons l'Autriche-Hongrie était amenée par la force des événements à procéder à une occupation temporaire ou permanente du Sandjak de Novibazar, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable avec l'Italie, basé sur le principe d'une compensation.

---

Aber Italiens Begehrlichkeit, das den Moment nützen zu sollen glaubte, war nicht zu stillen, und so muß sich das Schicksal vollziehen.

Dem mächtigen Feinde im Norden haben in zehnmonatlichem gigantischen Ringen und in treuester Waffenbrüderschaft mit dem Heere Meines erlauchten Verbündeten Meine Armeen siegreich standgehalten.

Der neue heimtückische Feind im Süden ist ihnen kein neuer Gegner.

Die großen Erinnerungen an Novara, Mortara, Custozza und Lissa, die den Stolz Meiner Jugend bilden, und der Geist Radetzky's, Erzherzogs Albrecht und Tegetthoff's, der in Meiner Land- und Seemacht fortlebt, bürgen Mir dafür, daß wir auch gegen Süden hin die Grenzen der Monarchie erfolgreich verteidigen werden.

Ich grüße Meine kampfbewährten, siegeprobten Truppen.

Ich vertraue auf sie und ihre Führer.

Ich vertraue auf Meine Völker, deren beispiellosem Opfermuth Mein innigster väterlicher Dank gebührt.

Den Allmächtigen bitte Ich, daß er unsere Fahnen segne und unsere gerechte Sache in seine gnädige Obhut nehme.

Franz Joseph m. p.

Stürgkh m. p.

Fidèles à l'esprit qui a inspiré le Traité de la Triple Alliance et en vue de fixer d'une manière précise et d'un commun accord le procédé que les deux Cabinets alliés comptent adopter dans certaines éventualités, vous êtes convenus, en outre, avec le Comte *d'Aehrenthal*, de ce qui suit:

Chacun des deux Cabinets s'engage à ne pas contracter un accord quelconque avec une tierce Puissance concernant les questions balcaniques sans que l'autre Cabinet y participe sur un pied d'égalité absolue; de même les deux Cabinets s'engagent à se communiquer toute proposition qui serait faite à l'un ou à l'autre par une tierce Puissance, allant à l'encontre du principe de non-intervention et se rapportant à une modification du statu quo dans les régions des Balcons ou des côtes et des îles ottomanes dans l'Adriatique et de la mer Egée.

Il va sans dire que l'article VII du Traité de la Triple Alliance que les dispositions qui précèdent ne font que préciser et compléter reste intégralement en vigueur.

Quant à la durée de l'engagement que les deux Cabinets assument en vertu de ce qui précède, il est entendu qu'elle doit coïncider avec celle du Traité de la Triple Alliance, de sorte que l'engagement même serait implicitement renouvelé avec le renouvellement de la Triple Alliance.

Conformément aux dispositions analogues de ce Traité les deux Cabinets se promettent mutuellement le secret sur l'engagement qu'ils viennent de prendre; seul le Cabinet de Berlin, à titre d'allié, en sera informé sans délai par les deux Gouvernements.

Afin d'établir exactement ce qui a été convenu dans les pourparlers que j'ai eus avec le Cabinet Impérial et Royal par votre entremise, je vous engage Monsieur l'Ambassadeur, à communiquer cette dépêche à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères et à lui en laisser copie.

#### **CLVI. Graf Aehrenthal an Baron Ambrózy.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 3.**

(Erlaß.)

Wien, am 26. September 1911.

Herzog *Avarna* hat mich heute aufgesucht, um mir auftragsgemäß mitzuteilen, daß die italienische Regierung sich entschlossen habe, die tripolitanische Frage einer Lösung zuzuführen. Als Motive zu diesem Entschlusse bezeichnete der Botschafter einerseits den Umstand, daß, obwohl Italien sich seit Monaten vergeblich bemüht habe, eine Besserung in den Beziehungen zu der Türkei zu erzielen, die Situation sich fortwährend verschlechtert habe und die Lage in Tripolis gegenwärtig eine völlig unhaltbare geworden sei. Andererseits wies Herzog *Avarna* auf die internationale Lage und namentlich auf das Verhältnis Italiens zu Frankreich hin. Letztere Macht stehe vor einem sehr bedeutenden Gebietszuwachs und sei heute vertragsmäßig gebunden, einer italienischen Aktion in Tripolis keine Hindernisse in den Weg zu legen. Man könne nicht wissen, ob nicht in einem späteren Zeit-

punkte eine veränderte europäische Konstellation die zustimmende Haltung Frankreichs weniger sicher erscheinen lassen könnte. Wenn die tripolitanische Frage, so fuhr der Botschafter fort, in einem den italienischen Wünschen entsprechenden Sinne gelöst sein werde, würde Italien als ein völlig saturierter Faktor im Dreibunde ein zufriedenes und daher zuverlässigeres Glied darstellen.

Marchese *di San Giuliano* habe die meinerseits bereits im Monate Juni gegen eine italienische Aktion in Tripolis vorgebrachten Bedenken einer möglichen Rückwirkung auf den Balkan reichlich erwogen, doch glaube der Minister, daß eine solche Gefahr nicht bestehe, zumal Italien es sich anlegen sein lassen werde, die Aktion auf das Mittelmeer zu beschränken. Auch von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, sei der gegenwärtige Augenblick besonders günstig gewählt, da Herbst und Winter die Jahreszeiten seien, wo ein Uebergreifen des Konfliktes auf den Balkan am wenigsten wahrscheinlich erscheine. Die Politik Italiens sei übrigens immer auf die Erhaltung des Status quo am Balkan gerichtet gewesen und werde auch jetzt von Italien sicher nichts unternommen werden, was gegen diese Politik verstoßen könnte. Der Herzog fügte sodann noch bei, daß nach der Liquidierung der tripolitanischen Frage Italien noch besser in der Lage sein werde, für die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan einzutreten.

Zum Schlusse seiner Ausführungen erwähnte der italienische Botschafter noch, daß seine Regierung uns nur deshalb in einem so späten Zeitpunkte von den gefaßten Entschlüssen Mitteilung mache, weil sie die k. u. k. Regierung nicht in die immerhin unangenehme Lage bringen wollte, hiezu Stellung nehmen zu müssen.

Ich habe dem Herzog *Avarna* für die sehr bedeutsame Mitteilung, welche meinerseits noch eine reifliche Erwägung erheische, gedankt und hiezu bemerkt, daß ich von derselben Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät alleruntertänigsten Bericht erstatten und ihm sodann — in wenigen Tagen — die Appreziationen der k. u. k. Regierung zukommen lassen würde. Indessen habe ich als meinen ersten Eindruck dem Botschafter unter Hinweis auf unsere bekanntermaßen freundschaftliche Gesinnung für Italien bemerkt, daß es diesem überlassen bleiben müsse, zu bestimmen, wie es seine Interessen zu wahren habe, wobei es auf unser freundschaftliches Wohlwollen rechnen könne, daß ich aber meine Bedenken wegen eines möglichen Uebergreifens des Konfliktes auf den Balkan aufrechterhalten müsse.

**Nr. MCCLVII. Herr von Mérey an Grafen Aehrenthal.**

**Rb. Vorgesch. m. H. II Anhang 4.**

(Telegramm.)

Rom, am 21. Oktober 1911.

Eben erhaltene Antwort des Ministers des Aeußern auf meine letzte Demarche lautet:

„Nous nous sommes toujours réservés la liberté des opérations militaires en dehors des côtes ottomanes de l'Adriatique et de la mer Ionienne. Nous serons enchantés si nous ne devons pas en user, mais nous la réservons toute entière.“

**Nr. MCCLVIII. Graf Aehrenthal an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 5.**

(Telegramm.)

Wien, am 6. November 1911.

Herzog *Avarna* hat anlässlich der Uebergabe der Zirkulardepesche über die Annexion von Tripolitaniens und der Cyrenaika mir gegenüber die Nachricht dementiert, wonach italienische Kriegsschiffe vor Salonik kreuzen würden.

Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß ich diese seine Mitteilung mit umso größerer Befriedigung zur Kenntnis nehme, als ich tatsächlich in den letzten Tagen wiederholt Meldungen der k. u. k. Konsulate erhalten hätte, aus welchen auf kriegerische Operationen Italiens in jener Gegend zu schließen gewesen wäre.

Ich unterließ es nicht, Herzog *Avarna* darauf aufmerksam zu machen, daß Italien durch den Dreibundvertrag verpflichtet sei, alles zu vermeiden, was den Status quo auf dem Balkan gefährden könnte. Daß ein italienischer Angriff auf Salonik nicht geringe Gefahren für die Ruhe auf der Balkanhalbinsel mit sich bringen könne, gehe unter anderem schon daraus hervor, daß die bulgarische revolutionäre Organisation in einem vor kurzem erschienenen Zirkulare erklärt hat, sie werde den Kampf zur Erreichung der Autonomie Mazedoniens mit allen Mitteln führen.

Sowohl Oesterreich-Ungarn als auch Deutschland hätten der italienischen Tripolis-Aktion gegenüber, welche ja doch eine Erschütterung des Prinzipes der Integrität des Osmanischen Reiches darstelle, zwar eine weitgehende freundschaftliche Haltung eingenommen, jedoch wäre speziell Oesterreich-Ungarn auf Grund der oben angeführten Besorgnisse nicht in der Lage, eine eventuelle militärische Aktion Italiens an der Küste des Aegäischen Meeres ruhig hinzunehmen.

Herzog *Avarna* nahm meine Bemerkung als etwas ganz Selbstverständliches entgegen und ergänzte dieselbe in fragendem Tone, indem er meinte, auch eine zeitweise Besetzung der Inseln des Aegäischen Meeres stünde im Widerspruche mit dem Art. VII des Dreibundvertrages! In meiner Erwiderung auf diese Anspielung ließ ich ihm keinen Zweifel darüber, daß meine oben wiedergegebenen Ausführungen sich auch auf diesen Fall beziehen.

**Nr. MCCLIX. Graf Aehrenthal an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 6.**

(Erlaß.)

Wien, am 15. November 1911.

Herzog *Avarna* hat mich gestern aufgesucht und mir eine Reihe von Messagen Marchese *di San Giuliano*s übermittelt, darunter den Dank für die Nichtbeantwortung der bekannten beiden türkischen Protestnoten.



Sodann las mir der Botschafter eine Depesche seines Ministers über die eventuelle Ausdehnung der Feindseligkeiten auf das Aegäische Meer vor.

In meiner Antwort habe ich den Botschafter ersucht, neuerlich seiner Regierung zu melden, daß ich aus den ihm bekannten Gründen von einem solchen Unternehmen nur abraten könne, wobei ich ihm unter Betonung unserer wohl in ausgiebiger Weise bekundeten Freundschaft und unseres Wohlwollens erklärte, daß ich — ganz abgesehen von der Pflicht der Neutralität — durch ein neuerliches Eingehen auf jenes Thema die Linie, die ich mir hätte vorzeichnen müssen, überschreiten würde, indem ich sonst die Verantwortung teilen müßte, welche Italien zufallen würde, falls es von seinen bei Beginn des Krieges abgegebenen Erklärungen oder von seinen vertragsmäßigen Pflichten abginge.

**Nr. MCCLX. Graf Aehrenthal an Grafen Szögyény.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 7.**

(Erlaß.)

Wien, am 29. November 1911.

Herr *von Tschirschky* hat mir mitgeteilt, daß italienischerseits in Berlin der Wunsch ausgesprochen worden sei, sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche kriegerischen Operationen Italiens an der asiatischen Küste des Aegäischen Meeres nach Auffassung des Berliner Kabinettes zulässig wären.

Ohne seine Demarche mit einer Anregung seitens des römischen Kabinettes zu begründen, befrag mich der deutsche Botschafter auftragsgemäß um meine bezügliche Ansicht.

Ich habe Herrn *von Tschirschky* geantwortet, daß ich ein Eingehen auf die Frage der Ausdehnung der italienischen Operationen auf die asiatische Küste der Türkei zu vermeiden bestrebt sein werde, ohne jedoch hiebei die Absicht zu haben, der italienischen Regierung irgend welche Schwierigkeiten zu machen oder ihr solche auch nur als möglich erscheinen zu lassen. Ich ließe mich, so schloß ich meine Ausführungen, dabei von der Anschauung leiten, daß ich ein Eingehen in eine bezügliche Konversation sowohl für uns als auch für Deutschland aus dem Grunde für untunlich halte, weil die in Frage stehende kriegerische Operation sodann als mit unserer Zustimmung erfolgt angesehen werden müßte.

**Nr. MCCLXI. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 8.**

(Telegramm.)

Wien, am 1. März 1912.

Angekündigte englische Demarche ist gestern hier durch Abgabe eines Aide-mémoires erfolgt, dessen Wortlaut der nachstehende ist:

„Il est certain que le commerce international subirait des pertes très considérables dans le cas où le Gouvernement ottoman se déciderait, dans sa propre défense, à fermer les Dardanelles par moyen de mines. Sir *E. Grey* est donc désireux de savoir si le Gouvernement austro-hongrois jugerait utile

que les Puissances s'adressent au Gouvernement italien en lui demandant s'il serait disposé à donner des assurances qu'aucune opération militaire ne sera entreprise aux Dardanelles ou dans les eaux voisines."

**Nr. MCCLXII. Graf Berchtold an die k. u. k. Botschafter in Berlin, Konstantinopel, London, Paris, Rom und St. Petersburg.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 9.**

(Telegramm.)

Wien, am 3. März 1912.

Sir *F. Cartwright* hat mich gestern aufgesucht und die durch Abgabe des Aide-mémoires erfolgte Demarche mündlich wiederholt.

Ich habe dem Botschafter gesagt, meine Ansicht gehe dahin, die italienische Regierung werde auf das Ansinnen einer Erklärung, keine kriegserische Operation in den Dardanellen und benachbarten Gewässern unternehmen zu wollen, nicht eingehen und sei es unsere Pflicht als Neutrale, alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als wollten wir eine der beiden kriegführenden Parteien in ihrer Aktionsfreiheit behindern.

Zur Unterstützung der ihm aufgetragenen Demarche richtete Sir *F. Cartwright* die Frage an mich, ob denn Italien nicht bereits in einem früheren Zeitpunkte dem Wiener Kabinete eine Erklärung abgegeben habe, welche sich im Wesen mit jener decke, welche die fünf Mächte nach dem Vorschlage Sir *E. Greys* jetzt von Italien verlangen sollen. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich von einer solchen italienischen Erklärung nie etwas gehört hätte.

**Nr. MCCLXIII. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 10.**

(Telegramm.)

Wien, am 6. April 1912.

Herr *von Tschirschky* hat mir auftraggemäß nachstehende Eröffnungen gemacht:

Infolge der langen Dauer des türkisch-italienischen Konfliktes beginne die Situation für Italien eine kritische zu werden und drängen die militärischen Kreise und die öffentliche Meinung zu einem die Entscheidung herbeiführenden Schlage. Es würde sich für Italien nicht um eine Aktion im Aegäischen Meere, sondern um eine solche in den Dardanellen handeln.

In streng vertraulicher Weise fügte der Botschafter hinzu, der König von Italien habe Kaiser *Wilhelm* in Venedig auf diese Angelegenheit angesprochen.

Die deutsche Regierung frage sich nun, wie die Verbündeten zu diesen italienischen Absichten Stellung nehmen sollten.

Euer Exzellenz wollen Gelegenheit suchen, Marchese *di San Giuliano* zu sprechen und ihm gegenüber bemerken, Hochdieselben hätten den hierortigen Mitteilungen entnommen, der Umstand, daß Herr *von Tschirschky*

beauftragt worden sei, im Namen seiner Regierung obige Sondierung vorzunehmen, habe bei mir einiges Befremden hervorgerufen. Ich hätte angesichts des Bundesverhältnisses und meines bisher Italien gegenüber bekundeten Entgegenkommens eine direkte Aussprache für natürlicher und zweckentsprechender gehalten. Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz durchblicken lassen, daß ich aus naheliegenden Gründen an dem von meinem Vorgänger bezüglich einer eventuellen Ausdehnung der italienischen Aktionsphäre eingenommenen prinzipiellen Standpunkte festhalten müsse. Wenn nun Herr *von Tschirschky* bei mir ganz speziell eine italienische Aktion gegen die Dardanellen zur Sprache gebracht habe, so sei die Besorgnis nur zu begreiflich, daß eine solche einen Widerhall in Konstantinopel und auf dem Balkan finden könnte, dessen heute noch unberechenbare Folgen der von Italien ebenso wie von Oesterreich-Ungarn befolgten Status quo-Politik zuwiderlaufen würden. Sollte die italienische Regierung es aber für unerläßlich halten, den Schauplatz ihrer kriegerischen Operationen auszudehnen, so schiene wohl eine bezügliche direkte Aussprache das Natürlichste. Ohne von mir eine bestimmte Zustimmung zu erhalten, welche gewissermaßen eine Teilnahme unsererseits an der Verantwortung für weitere Folgen involvieren würde, könnte sich Italien für den Fall einer geplanten vorübergehenden kriegerischen Aktion in Gebieten, die für eine Rückwirkung auf den Balkan nicht gefährlich erscheinen, unseres stillschweigenden passiven Verhaltens vergewissern.

Im Falle, daß *Marchese di San Giuliano* versuchen sollte, sich auf Erörterung irgend einer speziellen italienischen Operation einzulassen, wollen Euer Exzellenz das Gespräch mit dem Bemerken ablenken, daß Hochdieselben eine solche Besprechung für unzulässig erachten. Es wäre in der Tat jeder Anschein zu vermeiden, als ob eine bestimmte kriegerische Aktion unsere vorgängige Zustimmung erhalten hätte.

#### Nr. MCCLXIV. Graf Bертold an Herrn von Mérey.

##### Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 11.

(Telegramm.)

Wien, am 15. April 1912.

Bei Betonung des Umstandes, daß er ohne Auftrag spreche, hat Herzog *Avarna* heute die Frage einer eventuellen Ausdehnung der maritimen Operationen Italiens mir gegenüber neuerlich berührt.

In meiner Antwort habe ich zunächst darauf hingewiesen, daß ich der Ansicht sei, eine italienische Flottenaktion außerhalb des nordafrikanischen Kriegsschauplatzes könne nur dann zum Ziele führen, wenn dieselbe einen Effekt in Konstantinopel hervorrufen sollte, dessen Widerhall sich auf dem Balkan fühlbar machen müßte. Eine solche Rückwirkung könne aber uns, den Alliierten Italiens, nicht gleichgültig lassen. Eine Aktion von geringerer Bedeutung und Rückwirkung würde Italien seinem Ziele um nichts näher bringen, bei uns aber doch ein Gefühl des Mißbehagens hervorrufen, wenn der Schauplatz dieser Aktion in jenen Gebieten liegen sollte, auf welche sich der Art. VII des Bundesvertrages bezieht.

Unter diesen Umständen könne ich zu keinerlei Aktion dieser Art meine ausdrückliche Zustimmung, die Herzog *Avarna* auch nicht verlangt hätte, geben und müsse die Verantwortung für deren Folgen Italien überlassen.

Bezüglich der Inseln Rhodus, Karpathos und Stampalia habe ich bemerkt, daß ich bereit wäre, deren Zugehörigkeit zu den Inseln des Aegäischen Meeres als fraglich anzusehen, worauf Herzog *Avarna* mir erwiderte, er sei überzeugt, seine Regierung würde uns für den Fall einer Besetzung derselben ausdrücklich zusichern, daß diese Besetzung nur einen temporären Charakter trage.

**Nr. MCCLXV. Graf Szögyény an Grafen Berchtold.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 12.**

(Telegramm.)

Berlin, am 21. Mai 1912.

Herr von *Kiderlen-Waechter* versicherte mir, daß er Euer Exzellenz konziliante Haltung in der Frage der italienischen Aktion im Archipel mit Dank anerkenne und sich noch immer der Hoffnung hingebe, daß die italienischen Okkupationen mehrerer Inseln im Aegäischen Meere keine gefährlichen Rückwirkungen auf den Balkan ausüben werden.

**Nr. MCCLXVI. Graf Berchtold an Herrn von Mérey.**

**Rb. Vorgesch. m. It. II Anhang 13.**

(Telegramm.)

Wien, am 23. Mai 1912.

Die Frage der Besetzung von Inseln im Aegäischen Meere seitens der Italiener hat in den letzten Tagen zu wiederholten Malen den Gegenstand eines Gedankenaustausches mit dem italienischen Botschafter gebildet.

Gestern hat Herzog *Avarna* die Unterredung wieder aufgenommen. Er gab hiebei seinen Bedenken insbesondere in der Richtung Ausdruck, daß unsererseits anlässlich der Besetzung einiger unbedeutender Inseln durch die italienischen Truppen (gemeint waren die Insel Kos sowie jene Eilande, von welchen zuerst die türkischen Funktionäre weggeschafft worden waren) Entschließungen in Aussicht gestellt waren, von welchen er fürchten müsse, daß sie die tiefste Mißstimmung in Italien hervorzurufen geeignet erscheinen.

Auf die weitere Bemerkung des Botschafters, daß es ihn eigentümlich berühren müsse, zu sehen, wie in ganz Europa, Deutschland mitinbegriffen, bloß wir, die Alliierten Italiens, demselben die größten Schwierigkeiten bei Verfolgung seines Zweckes, den Krieg zu raschem Abschlusse zu bringen, bereiten, verwies ich darauf, daß wir uns im gegebenen Falle in einer doppelten Sonderstellung befänden und zwar einerseits dadurch, daß wir mit Italien bilaterale Abmachungen in dem in Betracht kommenden Belange eingegangen wären, andererseits infolge des Umstandes, daß wir die Grenz-nachbarn der Türkei, somit die zunächst Interessierten seien. Uebrigens könne ich seine Apprehensionen insofern nicht begreifen, als von einem



„Proteste“ gegen die fraglichen Inselbesetzungen nicht die Rede gewesen sei. Wir müßten aber unseren legitimen Anspruch bei dieser Gelegenheit präzisieren, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen.

Ich habe schließlich unseren Standpunkt in der Frage in nachstehender Weise präzisiert:

Wir seien von der Nachricht der Besetzung weiterer Inseln durch die italienischen Truppen peinlich berührt gewesen und könnten wegen der besorgten Folgen solcher Aktionen nur die schwersten Bedenken geltend machen. Gleichzeitig müßten wir konstatieren, daß nach unserer Auffassung die fraglichen Okkupationen gegen Artikel VII des Dreibundvertrages verstößen und uns das Recht gäben, unsererseits Kompensationen zu fordern. Wir wollten allerdings vorläufig hievon nicht Gebrauch machen, um Italiens Aktionen nicht zu erschweren, müßten jedoch nachdrücklich feststellen, daß, im Falle Italien auf dem betretenen Pfade weiterschreiten sollte, die Verantwortung hierfür Italien überlassen bliebe, indeß wir uns das Recht auf Kompensationen zu reservieren genötigt wären, von welchem es uns freistünde, nach eigenem Ermessen Gebrauch zu machen.

#### **Nr. MCCLXVII. Artikel III des Dreibundvertrages.**

##### **Rb. Vorges. m. It. II Anhang 14.**

Si une ou deux des Hautes Parties contractantes, sans provocation directe de Leur part, venaient à être attaquées et à se trouver engagées dans une guerre avec deux ou plusieurs Grandes Puissances non signataires du présent Traité, le „casus foederis“ se présentera simultanément pour toutes les Hautes Parties contractantes.

#### **Nr. MCCLXVIII. Artikel I des Dreibundvertrages.**

##### **Rb. Vorges. m. It. II Anhang 15.**

Les Hautes Parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de Leurs Etats.

Elles s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter, et se promettent en outre Leur appui mutuel dans la limite de Leurs propres intérêts.

#### **Nr. MCCLXIX. Artikel IV des Dreibundvertrages. \*)**

##### **Rb. Vorges. m. It. II Anhang 16.**

Dans le cas où une Grande Puissance non signataire du présent Traité menacerait la sécurité des Etats de l'une des Hautes Parties contractantes

---

\*) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 1915, Nr. 276, Erste Ausgabe, schrieb:

„Berlin, 4. Oktober.

In der Rede, die der italienische Minister *Barzilai* in Neapel gehalten hat, behauptete er, der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr

et la Partie menacée se verrait par là forcée de lui faire la guerre, les deux autres s'obligent à observer, à l'égard de Leur allié, une neutralité bienveillante. Chacune se réserve, dans le cas, la faculté de prendre part à la guerre si elle le jugeait à propos pour faire cause commune avec Son allié.

**Nr. MCCLXX. Vereinbarung hinsichtlich Albaniens zwischen der österreichisch-ungarischen und der italienischen Regierung vom Jahre 1900/1901.**

**Rb. Vorgesch. m. It. I Anhang 1.**

Erlaß des königlich italienischen Ministers des Aeußern an den königlich italienischen Botschafter in Wien.

(Uebersetzung.)

Rom, 20. Dezember 1900.

Ich lenke die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf meine Antwort auf die Interpellation, die kürzlich, Albanien betreffend, in der Abgeordnetenkammer an mich gerichtet worden ist. Nachstehend der Text dieser Antwort:

„Ich kann versichern, daß die italienische und die österreichisch-ungarische Regierung Gelegenheit gehabt haben, ihre Interessen an den ottomanischen Küsten der Adria zu prüfen und zu erkennen, daß diese Interessen ihre Wahrung finden, in der Achtung und der Aufrechterhaltung des status quo“

Ich halte es für nützlich, daß Sie meine Erklärungen zur Kenntniss Seiner Exzellenz des Herrn Grafen *Goluchowski* bringen. Ich zweifle nicht, daß der k. und k. Minister des Aeußern dieselben entsprechend finden wird dem Einvernehmen, das zwischen ihm und mir diesbezüglich gelegentlich seines Besuches in Monza im Jahre 1897 zustande gekommen ist. Bei dem Gedankenaustausch, der in unseren Gesprächen bezüglich dieser Frage stattfand, sind wir über folgende Punkte übereingekommen:

---

*von Wangenheim*, habe acht Tage vor der Ueberreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatus an Serbien dem italienischen Botschafter *Marquis Garroni* gesagt, das Ultimatum werde so beschaffen sein, daß der Krieg unausbleiblich sei. *Barzilai* folgert hieraus, daß es sich um einen Aggressivkrieg Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gehandelt habe und Italien auf Grund des Dreibundvertrages, der sich ausdrücklich nur auf einen Defensivkrieg beziehe, weder zur Beteiligung am Kriege noch zur Neutralität verpflichtet gewesen sei. Wir stellen hiermit fest, daß Freiherr *von Wangenheim* zwar um die angegebene Zeit mit *Marchese Garroni* die aus der Zuspitzung der österreichisch-serbischen Beziehungen entstandene Kriegsgefahr besprochen, die ihm nachgesagte Wendung aber nicht gebraucht hat und aus dem Grunde auch nicht brauchen konnte, weil ihm ebenso wenig wie der deutschen Regierung der Wortlaut des österreichisch-ungarischen Ultimatus vorher bekannt war. Was die Schlußfolgerung *Barzilai's* betrifft, so ist sie ebenso unzutreffend. Art. IV des Dreibundvertrages, wie er im österreichisch-ungarischen Rotbuch veröffentlicht worden ist, verpflichtet die Vertragschließenden für den Fall zur wohlwollenden Neutralität, daß eine der Dreibundmächte in ihrer Sicherheit durch eine andere Großmacht bedroht, sich genötigt sehen sollte, der sie bedrohenden Großmacht den Krieg zu

1. Den status quo so lange, als es die Umstände zulassen würden, aufrechtzuerhalten;

2. uns zu bemühen, daß, für den Fall, als der gegenwärtige Zustand nicht aufrechterhalten werden könnte und Aenderungen sich als notwendig erweisen sollten, die gegenständlichen Veränderungen im Sinne der Autonomie stattfinden;

3. im allgemeinen und als Ausfluß der beiderseitigen Dispositionen gemeinsam und so oft sich hierzu ein Grund ergibt, die geeignetsten Mittel und Wege zu suchen, um unsere gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen und zu wahren.

Ich würde darauf Wert legen, die Versicherung zu erhalten, daß der Graf *Goluchowski*, so wie ich, im Vorstehenden die getreue Wiedergabe des Inhaltes unserer diesbezüglichen Abmachungen erblickt. Ich ermächtige Euer Exzellenz daher, ihm diesen Erlaß mitzuteilen.

Erlaß des k. und k. Ministers des Aeußern an den k. und k. Botschafter am königlich italienischen Hofe in Rom.

(Uebersetzung.)

Wien, 9. Februar 1901.

Nach seiner Rückkehr aus Rom hat Graf *Nigra* meine Aufmerksamkeit auf die Antwort gelenkt, die Seine Exzellenz der Herr Minister des Aeußern des Königreiches Italien auf die Interpellation erteilt hat, welche an ihn in der Kammer der Abgeordneten betreffs Albanien gerichtet worden ist und hat gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, daß ich die Erklärungen, die sie enthält, entsprechend finden würde den Prinzipien, über welche wir uns im Jahre 1897 anläßlich meiner Zusammenkunft mit Marquis *Visconti-Venosta* im Schlosse von Monza geeinigt haben.

---

erklären. Dieser Fall lag am 1. August 1914 vor. Rußland hatte durch die Mobilmachung seiner gesamten Streitkräfte die Sicherheit des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns bedroht und verweigerte die Zurücknahme dieser Maßregel. Beide Mächte schritten daher zur Kriegserklärung an Rußland und das ihm zur Gefolgschaft verpflichtete Frankreich. Für Italien lag damit in Gemäßheit des Dreibundvertrages die Pflicht vor, Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegenüber zum mindesten wohlwollende Neutralität zu beobachten. Von dieser Pflicht wurde Italien durch die Bestimmungen des Art. III des Dreibundvertrages nicht entbunden, der die Verpflichtung zur Kriegsfolge behandelte und auf den Fall eines unprovokierten Angriffs auf einen der Vertragschließenden durch zwei Großmächte beschränkte. Selbst wenn die italienische Regierung die Ueberzeugung gehabt hätte, daß ein deutsch-österreichischer Aggressivkrieg vorlag, war sie durch den klaren Wortlaut des Art. IV zur wohlwollenden Neutralität verpflichtet. Das erkannte die italienische Regierung selbst an. Am 3. August 1914 meldete die „Tribuna“ Marchese *de San Giuliano* habe auf die Mitteilung von dem zwischen Deutschland und Rußland ausgebrochenen Kriege dem deutschen Botschafter erklärt, daß Italien gemäß dem Geiste und dem Wortlaut des Dreibundvertrages Neutralität beobachten werde.“

Bei dem streng vertraulichen Gedankenaustausch, der in unseren Gesprächen betreffend diese Frage stattfand, haben wir in der Tat die Notwendigkeit erkannt

1. den status quo so lange, als es die Umstände zulassen würden, aufrechtzuerhalten;

2. uns zu bemühen, daß, für den Fall, als der gegenwärtige Zustand nicht aufrechterhalten werden könnte und Aenderungen sich als notwendig erweisen sollten, die gegenständlichen Veränderungen im Sinne der Autonomie stattfinden, ebenso wie wir im allgemeinen

3. die beiderseitige Geneigtheit festgestellt haben, gemeinsam und so oft sich hierzu ein Grund ergibt, die geeignetsten Mittel und Wege zu suchen, um unsere gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen und zu wahren.

Mit Rücksicht auf Vorstehendes freue ich mich nun festzustellen, daß die Erklärung des Marquis *Visconti-Venosta* seitens des k. und k. Kabinetts mit lebhafter Befriedigung aufgenommen worden ist, und ich ersuche Sie, hiervon Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Aeußern Kenntnis zu geben.

## II. Sonstige österreichisch- ungarische Kundgebungen.

### Nr. MCCLXXI. Rede des Ministerpräsidenten Graf Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus, 17. Mai 1915. (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 18. Mai 1915, Nr. 137, Zweite Ausgabe).

„Geehrtes Haus! Die Zeitungsmeldungen, die sich auf die seitens unserer Monarchie an Italien gemachten Vorschläge beziehen, sind selbstverständlich nicht authentisch, und ich kann mich jetzt nicht in die ins einzelne gehende Erörterung der Frage einlassen, wo und inwiefern sie sich mit der Wirklichkeit decken. Ich bemerke jedoch, daß sich aus ihnen im wesentlichen und in den Hauptzügen eine richtige Orientierung über die Propositionen der Monarchie gewinnen läßt, nämlich darüber, was das Wichtigste an der Sache ist und worauf sich die Frage des Herrn Abgeordneten bezieht. Diese Mitteilungen entsprechen der Wirklichkeit in dem Sinne, daß die Monarchie in der Tat territoriale Anerbietungen an Italien gemacht hat zum Zwecke der Sicherung der dauernden Neutralität Italiens. Zu diesem Schritte sind wir, die wir für die auswärtige Politik der Monarchie verantwortlich sind, durch die Ueberzeugung bewogen worden, daß die ständige Freundschaft zwischen unserer Monarchie und Italien sowohl den dauernden großen Lebensinteressen der Monarchie wie denjenigen Italiens entspricht. Diese dauernden großen Lebensinteressen erfordern es, daß wir, selbst um den Preis schwerer Opfer, die durch die Erschütterungen des gegenwärtigen Krieges emporgeworfenen Reibungspunkte aus dem Wege des gemeinsamen guten freundschaftlichen Verhältnisses zu räumen trachten müssen. Da wir uns überzeugt haben, daß die Beseitigung der Reibungs-



punkte, das Hervorrufen eines solchen Seelenzustandes, der die Voraussetzung einer dauernden, aller Hintergedanken baren Freundschaft ist, lediglich um den Preis solcher territorialer Zugeständnisse erreicht werden kann, haben wir auch diesen Weg betreten im vollen Bewußtsein der Schwere des gebrachten Opfers, im vollen Bewußtsein der auf uns lastenden großen Verantwortung; aber nicht zu taktischen Zwecken, nicht zur Ueberwindung augenblicklicher Schwierigkeiten, sondern von der Ueberzeugung durchdrungen, dadurch in Wahrheit den ständigen Interessen unseres Vaterlandes und damit der Monarchie zu dienen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß dieses Vorgehen der Regierung die Zustimmung der öffentlichen Meinung findet, schon deshalb, weil ich hoffe, daß auch die ungarische öffentliche Meinung unser Interesse ebenso auffaßt, wie sie zu meiner großen Freude der Herr Interpellant in einer mit unserer Ueberzeugung völlig übereinstimmenden Weise zum Ausdruck gebracht hat, aber auch in der Ueberzeugung, daß aus dem Herzen der ungarischen Nation die Gefühle der Sympathie und Freundschaft nicht geschwunden sind, die der italienischen Nation gegenüber bei uns so lange Zeit hindurch bestanden haben. Ich hege die Ueberzeugung, daß, wenn es gelingt, die vorhin erwähnten Reibungspunkte zu beseitigen und sichere Grundlagen einer ständigen Freundschaft zwischen unserer Monarchie und Italien zu schaffen, die Sympathie der Seelen und die Annäherung der Gefühle zu neuer Kraft gedeihen werden, die zwischen der ungarischen und der italienischen Nation so geraume Zeit hindurch gewaltet haben. Ich bitte das geehrte Haus, diese Antwort zur Kenntnis zu nehmen.“

**Nr. MCCLXXII. Rede des Ministerpräsidenten Graf Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus, 26. Mai 1915.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 27. Mai 1915, Nr. 148. Zweite Ausgabe.)

„Budapest, 26. Mai. Im Abgeordnetenhause führte Ministerpräsident Graf *Tisza* aus:

„Die Ereignisse, die sich seit der letzten Sitzung des Hauses abgespielt haben, veranlassen mich, Aufklärungen über die Vorgänge zu geben, die der gegenwärtigen Lage vorausgegangen sind. Der italienische Ministerpräsident führt in seiner letzten Rede\*) die jetzige feindliche Haltung Italiens auf das von der Monarchie an Serbien gestellte Ultimatum zurück. In dieser Rede *Salandras* sind drei konkrete Anklagen enthalten, zunächst jene, daß das Ultimatum das Gleichgewicht auf dem Balkan erschüttert habe. Nun ist es eine allgemein bekannte Tatsache, daß wir sowohl unserem Bundesgenossen wie auch den anderen Großmächten gegenüber die Erklärung abgegeben haben, daß die Monarchie keinerlei territoriale Aenderungen wünscht. Die Behauptung des italienischen Ministerpräsidenten ist daher eine offenkundige Unwahrheit.

\*) Anm.: Siehe unten unter 3. Italienische Kundgebungen.

Die zweite Anklage des italienischen Ministerpräsidenten besagt, daß wir die Einflußsphären auf dem Balkan verändert hätten. Diese Behauptung ist ziemlich unverständlich. Wohl bestanden gewisse Vereinbarungen bezüglich Albaniens; was aber den ganzen Balkan betrifft, so haben wir von jeher den Standpunkt vertreten, daß keine Teilung der Einflußsphäre möglich sei. daß wir an dem ganzen Balkan interessiert sind, jedoch keinerlei Hegemonie auf dem Balkan beanspruchen.

Die dritte Anklage *Salandras* besteht in der Behauptung, daß die Monarchie den Vertrag verletzt habe, weil sie es verabsäumte, vorher mit Italien ein Einvernehmen zu treffen.“

Graf *Tisza* verweist darauf, daß ausschließlich in Art. VII des Drei-bundvertrages von einem vorhergehendem Einvernehmen mit Italien die Rede sei, jedoch nur für den Fall einer Aenderung des Status quo auf dem Balkan. Bis in die allerletzte Zeit habe denn auch kein einziger italienischer Staatsmann die Behauptung aufgestellt, daß die Monarchie durch Verabsäumung eines vorhergehenden Einvernehmens den Vertrag verletzt hätte. Graf *Tisza* beruft sich hierbei auf die Unterredungen und den Schriftenwechsel zwischen der Leitung der auswärtigen Politik der Monarchie und der italienischen Regierung in den auf das Ultimatum folgenden Monaten.

„Niemals ist auch nur ein Gedanke aufgetaucht, als hätte Italien in dem Vorgehen Oesterreich-Ungarns eine Vertragsverletzung gesehen. Alle in Italien führenden Persönlichkeiten haben wiederholt und in den wärmsten Worten der Bereitwilligkeit Italiens Ausdruck gegeben, wenn es auch nicht tätig am Kriege teilnähme, doch ein treuer Bundesgenosse zu sein.“

Der Ministerpräsident verlas sodann das Telegramm, das der König von Italien am 2. August an den Kaiser und König Franz Joseph gerichtet hat, und fuhr fort:

„Der König von Italien hätte nicht in solchem Tone sich geäußert, wenn er geglaubt hätte, daß unsere Monarchie den Vertrag mit Italien verletzt habe.“

Graf *Tisza* behandelte darauf eingehend die Erörterungen, in denen Oesterreich-Ungarn den Standpunkt vertreten hätte, daß der Bündnisfall für Italien gegeben sei, während Italien dies verneinte. Er schilderte weiter einzelne Phasen der Verhandlungen, betreffend eine Kompensation, in der Oesterreich-Ungarn auf Grund der Vermittlung Deutschlands schließlich den Standpunkt akzeptierte, daß Italien Kompensationen aus den der Monarchie angehörenden Territorien angeboten werden sollten.

„Es war ein schwerer Entschluß, durch den die Monarchie als Großmacht sich dazu verstehen mußte, Territorien, die ihr angehören, an den Verbündeten im Interesse der Sicherstellung seiner Neutralität abzutreten. Wir gingen jedoch davon aus, daß die Lebensinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Italiens identisch seien, und daß wir dieses Opfer bringen müßten. Die Gegenvorschläge Italiens waren jedoch unannehmbar. Wir führten die Verhandlung in dem Glauben, daß es im 20. Jahrhundert

unmöglich wäre, daß ein sich zivilisiert nennender Staat, der unser Bundesgenosse ist, uns, während wir im Kriege stehen, angreifen würde, umsomehr, als wir ihm ja alles angeboten hatten, was er ernstlich wünschen konnte. Die italienische Regierung hatte aber mit einem in der Weltgeschichte beisspiellos dastehenden Terrorismus verhindert, daß die gesunde Vernunft in der öffentlichen Meinung zur Geltung käme. Die italienische Kriegserklärung spricht vom Schutze der italienischen Interessen gegen jede Bedrohung. Diese Behauptung verdient keine Widerlegung.“

Der Ministerpräsident schloß:

„Wir haben jetzt nur noch die Aufgabe, den Ereignissen ins Auge zu sehen. Vor zehn Monaten sahen wir uns einer ungeheuren Uebermacht gegenüber. Wir haben diese Uebermacht zum Stillstand gebracht, sie zerschmettert und in siegreichen Kämpfen gebrochen. Wenn Italien es jetzt für richtig hält, uns um die Früchte unserer Siege bringen zu wollen, so werden wir uns auch ihm entgegenstellen. Diese Monarchie, die die ganze Welt durch ihre Kraft überrascht hat, wird jetzt erst recht die ganze Welt überraschen durch ihre Aktionskraft, Einheit und männliche Entschlossenheit. Die Zeit Maria Theresias erneuert sich wieder. Ihre Gefühle und Kräfte sind in der Nation nicht verschwunden. Das Gefühl: *Moriamur pro rege nostro!* lebt auch heute noch in jedem Ungarn. Die ungarische Nation wird vereint mit sämtlichen Völkern der Monarchie diesen Kampf bestehen, und vereint mit unserem mächtigen Bundesgenossen im gegenseitigen Vertrauen diesen Kampf bis zum letzten Atemzug führen gegen alle Teufel der Hölle und dem Schicksal den Sieg abzwängen.““

### 3. Italienische Kundgebungen. \*)

#### I. Das Italienische Grünbuch. \*\*)

**Nr. MCCLXXIII. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore a Vienna.**

**Grb. 1.**

Roma, 9 dicembre 1914.

(Telegramma.)

Pregro V. E. di fare al conte *Berchtold* la seguente comunicazione verbale:

\*) Anm.: Zur Haltung Italiens, Juli—August 1914, vgl. „Jahrbuch des Völkerrechts“ Bd. III die Nummern: CCXXXI, CCXL, CCXLVI, CCL, CCLIX, CCLXVII, CCLXXIII, CCLXXIV, CCXC, CCXCI, CCXCVI, CCXII, CCCX, CCCXVI [aus dem englischen Blaubuch] CCCLXI, CCCLXVII, CCCLXVIII, CCCLXXXVIII, D, DXII, DXL [aus dem französischen Gelbbuch] CCCLXXIII [aus dem russischen Orangebuch]. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: **Italienisches Grünbuch:**

Atti parlamentari Legislatura XXIV — Sessione 1913-15. Camera dei Deputati. N. XXXII (Documenti). Documenti diplomatici presentati al Parlamento Italiano dal ministro degli affari esteri (*Sonnino*). Austria-Ungheria. Seduta del 20 maggio 1915. Rom 1915 [66 Seiten 4°].

(Angeführt als „Grb.“)



L'attuale avanzata militare dell'Austria-Ungheria in Serbia costituisce un fatto che non può a meno di formare oggetto di esame da parte dei Governi italiani ed austro-ungarico sulla base delle stipulazioni contenute nell'articolo VII della Triplice Alleanza. Dall'articolo stesso deriva al Governo austro-ungarico, anche per occupazioni temporanee, l'obbligo del previo accordo con l'Italia e l'obbligo dei compensi. Il Governo Imperiale e Reale avrebbe pertanto dovuto interpellarci e mettersi con noi d'accordo prima di far passare la frontiera serba al suo esercito. Nell'occasione, e per meglio far risaltare la nostra attitudine, dobbiamo rammentare al Governo Imperiale e Reale che esso, fondandosi appunto sul disposto dell'articolo VII ci impedi, durante la guerra nostra contro la Turchia, di compiere diverse operazioni militari che avrebbero certo abbreviato la durata della guerra stessa. Le operazioni navali ai Dardanelli dettero pure luogo a formali riserve del Governo Imperiale e Reale. L'Italia ha un interesse di prim'ordine alla conservazione della piena integrità e dell'indipendenza politica ed economica della Serbia. Il Governo austro-ungarico ha bensì a varie riprese dichiarato di non avere intenzione di fare acquisti territoriali a danno della Serbia, ma una dichiarazione così formulata non costituisce un impegno stabile, e le stesse assicurazioni generiche fatteci dal Governo Imperiale e Reale in occasione della entrata in guerra della Turchia lasciano prevedere come possibili eventuali modificazioni politiche nella penisola Balcanica. D'altra parte la sola invasione della Serbia, ancorchè dovesse poi risultare soltanto temporanea, è già bastata a turbare seriamente l'equilibrio della penisola Balcanica e a darci diritto a compensi. Deve pure essere notato che la stipulazione del predetto articolo VII dà all'Italia il diritto a compensi anche per vantaggi di carattere non territoriale che il Governo austro-ungarico avesse a conseguire nella regione dei Balcani. Il Governo italiano ritiene che sia necessario di procedere senza alcun ritardo ad uno scambio d'idee e quindi ad un concreto negoziato col Governo Imperiale e Reale circa una situazione complessa che tocca da vicino vitalissimi interessi politici ed economici dell'Italia. Segni non dubbi di inquietudine si notano nel Parlamento e nella pubblica opinione italiana la quale manifesta chiaramente la tendenza delle aspirazioni nazionali italiane. Di questa inquietudine e di queste aspirazioni il Regno Governo è costretto a tener serio conto. L'intesa da me invocata, su questa base, tra i due Governi avrebbe per risultato di eliminare per l'avvenire ogni occasione di incresciosi incidenti, attriti e diffidenze, che oggi sono così dolorosamente frequenti, e renderebbe invece possibili e naturali fra i due popoli quelle relazioni di cordiale e costante amicizia che sono nei comuni desideri e senza le quali ogni accordo ufficiale resta forzatamente monco e sterile. Nel far rilevare pertanto al conte *Berchtold* lo spirito amichevole che ha ispirato questo passo, voglia Vostra Eccellenza pregarlo di farci conoscere, colla sollecitudine richiesta dal caso, il modo di vedere del Governo Imperiale e Reale.

*Sonnino.*



**Nr. MCCLXXIV. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore a Berlino.**

**Grb. 2.**

(Telegramma.)

Roma, 9. dicembre 1914.

Prego V. E. di informare di quanto ho telegrafato al R. Ambasciatore a Vienna\*) il signor *von Jagow*. Ella vorrà opportunamente illustrare a codesto Ministro degli affari esteri lo stato della pubblica opinione italiana e la connessione che si verifica in Italia tra la questione di politica estera e quella di politica interna. La corrente che si manifesta in una parte dell'opinione pubblica a favore della neutralità non significa rinunzia agli interessi italiani nei Balcani e nell'Adriatico e delle aspirazioni nazionali, ma bensì la persuasione che tali interessi e tali aspirazioni saranno validamente tutelati pur mantenendo la neutralità. E quando, nel fatto, si verificasse il contrario, la reazione nella pubblica opinione sarebbe assai grave e con effetti che è obbligo del R. Governo prevedere e possibilmente prevenire.

*Sonnino.*

\*) Vedi doc. n. I.

**Nr. MCCLXXV. Il R. Ambasciatore a Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 3.**

(Telegramma.)

Vienna, 12. dicembre 1914 (ric. il 12).

Ho fatto al conte *Berchtold*, la comunicazione verbale da V. E. ordinatami. Egli rilevò che l'operazione militare dell'Austria-Ungheria non aveva condotto fino ad ora a vera occupazione, sia pure temporanea, di territorio serbo. Le occupazioni effettuate in seguito a quelle operazioni erano state abbandonate il giorno dopo o alcuni giorni dopo. Infatti la città di Valievo, occupata or sono quindici giorni era stata dopo poco sgomberata in seguito alle successive operazioni di guerra e non si poteva certamente per tale occupazione momentanea invocare l'articolo settimo e chiedere compensi. Avendogli io allora accennato all'occupazione di Belgrado già avvenuta da più giorni ed in cui si trovavano tuttora truppe austro-ungariche il conte *Berchtold* ha replicatamente detto che esse sarebbero state forse obbligate ad evacuarla fra breve. Ho creduto far notare al conte *Berchtold* che l'articolo settimo era chiaro ed esplicito, giacchè parlava tassativamente di occupazione temporanea e non faceva distinzioni circa la natura della temporaneità di essa. Le occupazioni quindi, quali esse fossero, fatte finora dalle truppe austro-ungariche fino dal primo giorno della loro entrata nel territorio serbo, cadevano evidentemente sotto il disposto di quell'articolo, che imponeva al Governo I. e R. l'obbligo di un previo accordo con noi. D'altra parte, come gli avevo già fatto osservare, la sola invasione della Serbia, sebbene soltanto temporanea, ci dava diritto a compensi per il fatto che essa era sufficiente a turbare l'equilibrio della penisola balcanica sancito dal trattato.

Avendo poi ricordato l'opposizione fatta dal Governo I. e. R. alle nostre operazioni militari e navali durante la guerra italo-turca, in occasione delle quali esso aveva invocato l'articolo settimo, il conte *Berchtold* ha osservato che egli si era dichiarato contrario a quelle operazioni in forza del principio dello statu quo su cui si basava il trattato. Ed ha aggiunto che non si poteva paragonare tale operazione con quelle che il Governo I. e. R. faceva ora in Serbia. Le prime infatti erano contrarie allo spirito del trattato poichè ove fossero state effettuate avrebbero messo a cimento l'esistenza stessa dell'Impero Ottomano. Mentre le seconde non avevano altro scopo che di difendere l'integrità della Monarchia minacciata dalla Serbia, che mirava a toglierle la Bosnia Erzegovina. Per cui la guerra contro la Serbia non era aggressiva, ma difensiva, ed il Governo I. e. R. combatteva ora pel mantenimento dello statu quo. Ho rilevato che non potevo certamente ammettere che le occupazioni temporanee di territori, fatte finora dall'Austria-Ungheria in Serbia, non fossero contrarie allo spirito ed alla lettera del trattato. Era in fatti evidente che esse minacciavano l'equilibrio della penisola balcanica e venivano a distruggere d'altra parte l'equilibrio di forze, che, secondo il trattato stesso, doveva esistere fra noi. E a questo proposito gli ho ricordato che, a più riprese e anche al momento in cui era scoppiata la guerra, il R. Governo aveva dichiarato al Governo I. e. R. che esso non avrebbe potuto mai ammettere che si intaccasse l'integrità e l'indipendenza politica ed economica della Serbia, giachè ciò era contrario ai nostri interessi nonchè al disposto del trattato. Il conte *Berchtold* ha replicato che il Governo I. e R. non aveva affatto l'intenzione di annientare la Serbia. Ho osservato che, fin dal 25 luglio scorso, io aveva dichiarato in sua assenza al barone *Macchio* che se l'Austria-Ungheria avesse proceduto ad occupazioni territoriali anche temporanee senza il nostro previo consenso, essa avrebbe agito in violazione dell'articolo settimo della Triplice Alleanza, e noi facevamo quindi tutte le nostre riserve a tutela della nostra eventuale libertà d'azione nonchè dei nostri diritti ed interessi. Il R. Governo credeva venuto il momento di riferirsi a quelle dichiarazioni non potendo certamente ammettere la tesi che il Governo I. e R. sosteneva, che Austria-Ungheria non avesse fatto finora alcuna occupazione neppure temporanea di territori serbi. Al che il conte *Berchtold* ha rilevato che non comprendeva come si potesse invocare l'articolo settimo per occupazione temporanea risultante da occupazioni di guerra, che potevano essere abbandonate da un giorno all'altro, secondo la sorte delle armi, e non potevano quindi formare oggetto di un previo accordo basato sul principio del compenso. Ma il Governo I. e R. era disposto, ove avesse fatto vere occupazioni, anche temporanee, di territori serbi, di addivenire con noi alla stipulazione dell'accordo suddetto. Nonostante le ripetute e vive mie insistenze per convincere il conte *Berchtold* che l'avanzata delle truppe austro-ungariche in Serbia e l'occupazione temporanea di territori da esse fatte imponeva al Governo I. e R. l'obbligo di procedere con noi ad un previo accordo basato sul principio dei compensi,

egli ha persistito nell'opinione sopra manifestata, ed ha concluso col dire che non credeva che fosse il caso, per ora, di addivenire ad uno scambio di vedute in proposito col R. Governo.

*Avarna.*

**Nr. MCCLXXVI. Il R. Ambasciatore a Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 4.**

(Telegramma.)

Vienna, 13 dicembre 1914 (ric. il 13).

L'argomento principale che il Conte *Berchtold* addusse per schermirsi dall'aboccarsi col Regio Governo circa l'applicazione delle stipulazioni dell'articolo settimo del trattato di alleanza in relazione alle occupazioni di parte del territorio della Serbia per opera delle truppe austro-ungariche, fu che l'occupazione stessa non aveva carattere nè temporaneo, nè permanente, bensì momentaneo, giacchè non era che la conseguenza inevitabile e immediata delle operazioni militari e poteva pertanto cessare da un momento all'altro, in seguito ai mutamenti che avvenissero nella situazione militare della Serbia.

Credo, pertanto, utile, a sostegno della nostra tesi, di informare Vostra Eccellenza che il foglio d'ordine dell'esercito austro-ungarico, pubblica nella dispensa 342, la nomina del maggior generale Oscar a comandante della città di Belgrado.

*Avarna.*

**Nr. MCCLXXVII. Il R. Ambasciatore a Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 5.**

(Telegramma.)

Vienna, 14 dicembre 1914 (ric. il 15).

Mi risulta in via indiretta che il signor *von Tschirsky*, in seguito alle istruzioni impartitegli dal signor *von Jagow*, sarebbe ieri riuscito a convincere il Conte *Berchtold* ad entrare in uno scambio di idee col Regio Governo, circa l'articolo VII e a stabilire quindi i compensi che ci competono in caso di occupazione militare o permanente da parte dell'Austria-Ungheria nei Balcani.

*Avarna.*

**Nr. MCCLXXVIII. Il Ministro degli affari al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 6.**

(Telegramma.)

Roma, 16 dicembre 1914.

La tesi sostenuta dal Conte *Berchtold* mi reca sorpresa. Approvo le risposte dategli da Vostra Eccellenza. Non possiamo accettare la distinzione del conte *Berchtold* fra occupazioni temporanee e occupazioni momentanee risultanti da operazioni di guerra.

Questa distinzione è contraria allo spirito e alla lettera dell'articolo VII.

Pel fatto dell'avanzata delle truppe austro-ungariche in Serbia e della occupazione di quel territorio essendosi nominato perfino un Governatore militare di Belgrado, deriva a codesto Governo l'obbligo dell'accordo coll'Italia sulla base dei compensi.

Neppure possiamo accettare l'argomentazione del Conte *Berchtold* riguardo il precedente della guerra libica. Allora l'Austria-Ungheria, sulla base dell'articolo VII, ci impedì non solo occupazioni temporanee e momentanee, ma anche semplici operazioni di guerra, come bombardamenti, senza occupazione. Questa attitudine dell'Austria-Ungheria ci recò gravissimo danno sia dal punto di vista militare, sia da quello politico, poichè incoraggiò alla resistenza la Turchia che si sentiva indirettamente appoggiata e protetta. Non vale l'argomento che durante la guerra libica lo statu quo era minacciato da noi. L'articolo VII parla espressamente dello statu quo in Oriente e nella regione dei Balcani e non già dell'Impero Ottomano come tale. E la spedizione militare dell'Austria in Serbia ha precisamente turbato lo statu quo e l'equilibrio previsti dall'articolo VII. Ripeto che noi non abbiamo dato all'articolo VII l'applicazione proibitiva sostenuta da codesto Governo durante la guerra libica, ma non abbiamo inteso nè intendiamo con ciò rinunciare ai diritti che dall'articolo stesso ci sono assicurati.

È bene, in proposito, ricordare i termini stessi usati da codesto Governo nelle sue comunicazioni durante la guerra libica.

Col telegramma del 5 novembre 1911 Vostra Eccellenza informava averle il Conte *Aehrenthal* dichiarato che „una nostra azione sulle coste ottomane della Turchia Europea come sulle isole del mar Egeo non avrebbe potuto essere ammessa nè dall'Austria nè dalla Germania perchè contraria al trattato di Alleanza“. Tale dichiarazione fu fatta a Vostra Eccellenza in seguito alla voce corsa che navi da guerra italiane avrebbero fatto proiezioni elettriche nelle vicinanze di Salonico. Col telegramma del 7 novembre 1911, Vostra Eccellenza informava che „il conte *Aehrenthal* considera bombardamenti dei porti della Turchia Europea quali Salonico, Cavalla, ecc. come contrarii all'articolo VII“. Nell'aprile 1912 (telegramma di V. E. in data 21 aprile) il conte *Berchtold* mosse vive lagnanze perchè la squadra italiana davanti ai Dardanelli, rispondendo ai colpi di canone di quei forti, li danneggiava; in quella occasione il conte *Berchtold* Le dichiarò che „se R. Governo desiderava riprendere la sua libertà d'azione Governo Imperiale et Reale avrebbe potuto fare altrettanto. Però egli non avrebbe potuto ammettere che noi avessimo fatto in avvenire operazioni simili e qualsiasi azione in opposizione al punto di vista manifestato nei colloqui precedenti. Se una operazione simile fosse stata da noi eseguita, avrebbe potuto avere conseguenze gravi“.

Alla osservazione di Vostra Eccellenza che il R. Governo aveva ripetutamente dichiarato di non poter ammettere fosse intaccata l'integrità e l'indipendenza politica ed economica della Serbia, giacchè ciò era contrario ai nostri interessi e al disposto del Trattato, il conte *Berchtold* replicò che il Governo Imperiale e Reale non aveva affatto intenzione di „annientare“ la Serbia.



Non posso considerare questa risposta come soddisfacente. Tra il mantenimento dell'integrità e dell'indipendenza politica ed economica da un lato, e l'annientamento dall'altro, vi è un grande margine che appunto deve formare oggetto e base di negoziato e d'accordo fra noi e l'Austria conforme le disposizioni del Trattato. Occupazioni territoriali anche parziali permanenti o temporanee, oppure qualsiasi vantaggio di carattere non territoriale, e anche di sola influenza politica o di privilegi economici debbono formare argomento di previ accordi. Quindi non basta che il Conte *Berchtold* Le abbia dichiarato esser disposto venire ad accordi in caso di vere occupazioni anche temporanee.

E mi rincresce che il Conte *Berchtold* non creda che sia il caso di venire per ora ad uno scambio d'idee con noi. Prego Vostra Eccellenza insistere con lui sostenendo il nostro punto di vista. L'accordo, a mente dell'articolo VII, dev'essere preventivo, e non contemporaneo o consecutivo al fatto o ai fatti che danno luogo al negoziato o all'accordo medesimo.

Voglia l'Eccellenza Vostra tener presente che consideriamo come gravemente dannosa ai nostri interessi l'eventualità di prolungate conversazioni con Vienna circa la interpretazione di massima dell'articolo VII, mentre maturano gli avvenimenti che ci facciano trovare di fronte a fatti compiuti.

Nel colloquio che Ella avrà col Conte *Berchtold* voglia confermargli quanto Le comunicavo col mio telegramma del 9 corrente circa le tendenze che si constatavano nel Parlamento e nella opinione pubblica, e circa la somma opportunità, nel comune interesse, di stabilire le relazioni fra i nostri due Paesi sopra una solida e permanente base di fiducia e di costante amicizia.

*Sonnino.*

**Nr. MCCLXXIX. Il R. Ambasciatore a Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 7.**

(Telegramma.)

Vienna, 20 dicembre 1914 (ric. il 21).

Mi sono espresso col conte *Berchtold* nel senso delle istruzioni di Vostra Eccellenza.

Egli mi ha informato che era disposto ad entrare fin da ora in scambi di idee con Vostra Eccellenza circa l'articolo VII, per stabilire i compensi che competono all'Italia in caso di occupazioni temporanee o permanenti dell'Austria-Ungheria nei Balcani. Egli mi ha quindi detto che consentiva:

1. che tra il mantenimento della integrità e dell'indipendenza della Serbia ed il suo annientamento vi era un largo margine da formare oggetto e base di negoziati od accordi fra noi e l'Austria-Ungheria giusta le disposizioni del trattato;

2. che secondo le disposizioni del Trattato occupazioni territoriali anche parzialmente permanenti e temporanee, oppure qualsiasi vantaggio di carattere non territoriale ed anche di sola influenza politica e di privilegi economici, devono formare argomento di previi accordi sulla base di compensi;

3. che l'accordo previsto dall'articolo sette deve essere preventivo e non contemporaneo e non consecutivo all'atto od ai fatti che danno occasione al negoziato ed allo accordo medesimo.

Avendo infine confermato al conte *Berchtold* quanto gli avevo comunicato nel precedente colloquio e di cui è cenno nell'ultimo periodo del telegramma di Vostra Eccellenza il conte *Berchtold* ha rammentato l'opera costantemente ed assiduamente da lui spiegata per il passato intesa a rendere sempre più intimi i reciproci rapporti. Erarvi stati bensì certi incidenti, alcuni dei quali spiacevolissimi, come quelli dei decreti *Hohenlohe*, che aveva deplorato vivamente, ma essi non potevano intaccare i legami che univano i due Paesi. Inoltre la questione dell'Albania, nonostante gravi vicende per le quali era passata, e le difficoltà che aveva fatto sorgere, aveva fatto cooperare i due Governi in un'azione comune ed era stata una base di intesa. Egli non poteva quindi non consentire pienamente con Vostra Eccellenza circa la suprema opportunità di stabilire nel comune interesse i rapporti tra i due paesi sopra una base di fiducia permanente e costante amicizia, ciò che era stato lo scopo cui sempre aveva mirato.

*Avarna.*

**Nr. MCCLXXX. Il Ministro degli affari esteri ai RR. Ambasciatori a Vienna e Berlino.**

**Grb. 8.**

(Telegramma.)

Roma, 20 dicembre 1914.

Ho ricevuto ieri per la prima volta il Principe di *Bülow*. Egli mi ha detto che era venuto in Italia col proposito di meglio far intendere a Berlino la mentalità ed il punto di vista nostro nell'attuale periodo, e di meglio spiegare qui i punti di vista della Germania. Si proponeva di lavorare a migliorare le buone relazioni e le intese fra i due Paesi.

Prima di lasciare Berlino aveva avuto notizia del passo da noi fatto a Vienna, invocante una discussione a proposito dell'articolo VII del Trattato Triplice. Egli aveva detto a Berlino che eravamo nel vero e avevamo tutte le ragioni di volere quella discussione intorno ai compensi che sarebbero consentiti quando l'Austria avesse conseguito alcuni dati risultati. E riteneva che questo suo apprezzamento avesse avuto il suo effetto anche a Vienna.

Osservai al Principe di *Bülow* la situazione in Italia potersi riassumere in pochissime parole. Le maggioranze del Paese essere favorevole alla conservazione della neutralità ed a sostenere per questo il Governo, ma col presupposto che con la neutralità si potesse conseguire la soddisfazione di alcune aspirazioni nazionali. Questo compito, di cui riconoscevo tutte le difficoltà pratiche, essere quello che il Governo si era proposto.

La sua soluzione poteva implicare ripercussioni dannose oltrepassanti la sola sorte di un Ministero, che sarebbe cosa ben trascurabile. La Monarchia Sabauda prende la maggior sua forza dalla rappresentanza del senti-

mento nazionale. E il Principe *di Bülow* che conosceva il nostro Paese si sarebbe potuto ben presto render conto della verità di queste nostre asserzioni.

Egli aveva detto un giorno al Reichstag che la Triplice Alleanza fosse il miglior mezzo di impedire una guerra tra l'Austria-Ungheria e l'Italia.

A questo il Principe *di Bülow* osservò che egli aveva citato un detto del Conte Nigra, che l'Austria-Ungheria e l'Italia non potevano essere che alleati o nemici. Risposi che in ciò vi sarà un po' di esagerazione, ma che c'è molto di vero. L'alleanza però non poteva essere utile e feconda se mancava la perfetta cordialità tra le parti e se bisognava ad ogni piè sospinto andare a verificare la lettera dei patti firmati. Bisognava prevedere e provvedere per l'avvenire, anche al di là della presente guerra e dovevamo quindi mettere le cose sopra una base più sicura e costante. Per lo che occorreva togliere di mezzo tutto un fomite di malintesi e di attriti, di modo che le relazioni future con l'Austria, la cui esistenza era pure necessaria nell'interesse dell'Italia, potessero diventare cordiali e naturali al pari di quelle che esistevano tra noi e la Germania.

Il Principe *di Bülow* mi ringraziò della mia franchezza e riconobbe la necessità di lavorare in questo senso. Egli desiderava che i rapporti tra Germania ed Italia divenissero sempre più cordiali.

Oggi poi ho veduto il Barone *Macchio*.

Egli mi ha detto che, avendo dovuto lasciare Vienna improvvisamente nell'agosto per venire a Roma a sostituire il signor di Merey, egli profitta di questi giorni di festa per fare una breve gita a casa sua. Risposi che mi faceva piacere il pensare che avrebbe potuto meglio informare il Conte *Berchtold* intorno alla situazione in Italia ed ai nostri punti di vista ed accennai ai passi da noi fatti a Vienna relativamente all'applicazione dell'articolo VII del Trattato della Triplice Alleanza.

Il Barone *Macchio* disse di sapere del passo da noi fatto, e risultargli che ora il suo governo si rende conto della opportunità di entrare in una discussione sul tema, salvo poter meglio precisare e fissare le cose, via via, secondò l'andamento della guerra. Tornò ad accennare che nei movimenti austriaci in Serbia non si riscontravano gli elementi di una „occupazione temporanea“ agli effetti dell'articolo VII.

Replicai che ciò non mi pareva giusto. Si era perfino già nominato un Governatore alla città di Belgrado. E se si paragonava l'invasione della Serbia a quanto era avvenuto durante la guerra libica, quanto l'Austria ci metteva il veto al cannoneggiamento di Salonicco e dei Dardanelli, non vi poteva essere dubbio sulle nostre ragioni attuali d'invocare l'applicazione dell'articolo VII. Mio desiderio essere di creare una situazione che permettesse le relazioni tra l'Italia e l'Austria sopra una base di maggiore cordialità, in modo che si avessero ad evitare i quotidiani incidenti che ora tendono ad nasprirle, incidenti che si ingrossano per effetto dello stesso stato di diffidenza reciproca.

S. A. M.

**Nr. MCCLXXXI. Il R. Ambasciatore a Berlino al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 9.**

(Telegramma.)

Berlino, 6 gennaio 1915 (ric il 6).

In conformità delle istruzioni generali impartitemi da V. E. io non ho trascurato alcuna occasione per cercare di ottenere l'appoggio del Governo germanico ai passi che il Regio Governo ha avviato a Vienna circa l'interpretazione dell'art. 7 del trattato. Avendone parlato nuovamente nella mia conversazione di ieri con il signor *Zimmermann*, questi mi disse che il principe di *Bülow* aveva riferito da Roma le stesse cose che io gli aveva più volte riferite: che cioè sarebbe assai malagevole al Regio Governo, senza il soddisfacimento di alcune aspirazioni nazionali mantenere quell'atteggiamento di neutralità nel quale ha il consenso della maggioranza del Parlamento e del Paese. Il signor *Zimmermann* mi assicurò che si rendeva perfettamente conto di questo stato di cose e che non aveva mai cessato di insistere perchè se ne rendessero conto anche a Vienna traendone le conseguenze che inevitabilmente ne derivavano. Ma si era sempre finora incontrato in un rifiuto, i cui motivi, per quanto non fossero forse basati sui dettami di una politica pratica, egli non poteva non trovare giustificabili.

Con tutto ciò proseguiva i suoi sforzi e non disperava ancora. La convinzione della assoluta necessità che l'Austria sie rassegni a qualche sacrificio di fronte all'Italia, se vuole evitare guai maggiori, è ormai penetrata in tutti questi circoli dirigenti.

*Bollati.*

**MCCLXXXII. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore a Vienna.**

**Grb. 10.**

(Telegramma.)

Roma, 7 gennaio 1915.

In un colloquio che ho avuto ieri con questo Ambasciatore d'Austria-Ungheria egli mi disse di aver rilevato una maggiore disposizione guerresca nella opinione pubblica italiana da quando era partito per Vienna nel dicembre scorso.

Risposi che non mi pareva ciò fosse esatto; che nei due ultimi mesi l'opinione pubblica si era calmata accettando la neutralità secondo il programma del Governo; che però conveniva francamente riconoscere che la stessa opinione più neutralista partiva dal presupposto che con la neutralità si potevano appagare alcune aspirazioni nazionali; e che appunto in questo sottointeso stava tutta la difficoltà della situazione.

Ciò mi riconduceva alla questione dei compensi secondo l'art. 7 del Trattato della Triplice, cioè all'oggetto del passo che avevo mosso or fa circa un mese a Vienna. Il Conte *Berchtold* aveva ora ammesso la possibilità di invocare l'art. 7 del Trattato della Triplice alleanza per parte dell'Italia nelle presenti circostanze, e la convenienza di impegnare una discussione sugli



eventuali compensi da concedersi all'Italia di fronte ad un'azione dell'Impero Austro-Ungarico tendente a modificare l'equilibrio nei Balcani.

Il ritiro delle truppe imperiali dalla Serbia sembra forse rendere meno opportuna una tale discussione, togliendole ogni carattere di urgenza se non di attualità, nè io volevo col troppo solleccitarla aver l'aria di „chercher querelle“ all'Austria-Ungheria.

D'altra parte però restano di eguale forza le ragioni logiche e politiche per trattare della questione dei compensi; oltre che da un momento all'altro può ripresentarsi e molto probabilmente si ripresenterà la condizione di fatto di un attacco del territorio serbo o di un altro punto dei Balcani per parte degli eserciti imperiali.

La ragione logica fondamentale che giustifica e reclama la discussione da me invocata stava nel fatto della guerra intentata dall'Impero fin dal primo giorno, con finalità e direzione assolutamente opposte agli interessi più chiari e palesi della politica italiana nella penisola balcanica.

La ragione politica si ravvisa nella necessità di creare una buona volta tra l'Austria-Ungheria e l'Italia, ove si voglia provvedere all'avvenire ed a rendere utile e feconda una alleanza tra i due Stati, una situazione atta ad eliminare i continui attriti ed i malintesi fra i due popoli sostituendovi relazioni di simpatia e di cordialità tali da rendere possibile una cooperazione normale verso scopi comuni di politica generale.

Ogni alleanza che non venga alimentata dall'amicizia e che non contribuisca per suo conto ad aumentare l'amicizia non può riuscire che sterile e vana.

Per arrivare ad una siffatta situazione bisogna avere l'ardire e insieme la calma di affrontare serenamente, in occasione della discussione sui compensi di cui all'art. 7 del Trattato della Triplice alleanza, la delicata questione riflettente la possibile cessione di territori già oggi appartenenti all'Impero Austro-Ungarico.

È disposto il Governo Imperiale e Reale a trattare la questione anche se portata su questo terreno?

Non potersi oggi da noi come neutrali accettare la discussione sulla base di compensi eventuali riflettenti territori posseduti da altri belligeranti, perchè ciò equivarrebbe al prendere parte fin da ora nella contesa.

Il Barone *Macchio* rispondendomi ammetteva la opportunità di discutere liberamente di tutto, senza far questioni di suscettibilità e di amor proprio. Accennò alla possibilità di compensi in relazione con l'Albania, paese così vicino all'Italia e facilmente accessibile.

Risposi che in Albania io non vedevo per l'Italia che un solo interesse vero: quello negativo, consistente cioè nell'impedire che vi andasse qualche altra Potenza; che per il resto quella regione non aveva nessuna attrattiva per noi.

L'Ambasciatore d'Austria osservò che ogni impegno reciproco doveva essere fondato sul principio del *do ut des*: onde anche l'Italia avrebbe dovuto

determinare la sua parte di contributo, oppure doveva fissarsi la parte di vantaggio che a guerra finita avrebbe dovuto ritrarre l'Austria-Ungheria, ed a questa parte commisurare i vantaggi dell'Italia. L'Austria-Ungheria non mirare a incrementi territoriali a carico della Serbia.

Risposi che i vantaggi potevano essere non soltanto territoriali; e che si poteva assicurare molti vantaggi di influenza e di preponderanza politica, economica e morale, che tutti venivano in genere contemplati dall'art. 7.

E il do ut des ci sarebbe anche se, entro limiti predeterminati, uno dei contraenti lasciasse all'altro mano libera nella sua azione, contro concessioni precise e fisse.

Alla osservazione spesso ripetuta dal Barone *Macchio* che ogni patto dovesse esser fatto dipendere dai risultati finali della guerra, rispondeva che se volevamo guidare l'opinione pubblica italiana piegandola in senso favorevole agli accordi, bisognava poterle far presentire fin dall'inizio un minimo di vantaggi tangibili e sicuri non dipendenti soltanto da eventualità incerte e remote. Altrimenti ogni impegno sarebbe rimasto senza alcun effetto pratico.

Il Barone *Macchio* avendo accennato alla difficoltà estrema di trattare di simili temi, non solo per le questioni di amor proprio e di suscettibilità da me accennate, ma anche dal punto di vista dei precedenti che si costituirebbero in un Impero formato come quello austro-ungarico, risposi che il distacco dei pochi italiani rimasti sudditi austriaci non poteva costituire un precedente pericoloso per l'Impero perchè oramai dopo il 1859 ed il 1860 l'elemento italiano era così esiguo per numero da non potersi difendere di fronte alle altre nazionalità consociate, e da non poter mai aspirare ad alcun svolgimento nell'ambito dell'Impero, come potevano sperare altre nazionalità. Citai l'esempio di Trieste dove negli stessi momenti in cui più si erano resi cordiali i rapporti tra i due Stati, la pressione degli slavi aveva spinto il Governo Imperiale a fare atti contrari all'elemento italiano, malgrado il danno che ne risultava alla stessa situazione internazionale. All'elemento italiano in Austria non restava che di sparire soffocato dalle altre nazionalità slave o tedesche che lo premevano, oppure di staccarsi dall'Impero.

Per la situazione generale e internazionale poteva essere più consigliabile per lo stesso Impero di eseguire l'amputazione chirurgica.

Restammo d'intesa che si sarebbe discusso amichevolmente di tutte queste questioni, precisando da una parte e dall'altra le idee e le proposte; e dibattendo la cosa così a Vienna come a Roma.

*Salmio.*

**Nr. MCCLXXXIII. Il Ministro degli affari esteri ai RR. Ambasciatori a Berlino e Vienna.**

**Grb. 11.**

(Telegramma.)

Roma, 15 gennaio 1915.

Per notizia esclusiva di Vostra Eccellenza Le comunico il sunto di alcuni miei recenti colloqui.

2 gennaio 1915. — Primo colloquio:

Il Principe di *Bülow* mi narrava che la Germania manda a Vienna il conte di Wedel, che fu Ambasciatore a Roma e poi per vari anni a Vienna, e ciò per indurre il Governo Austriaco a cedere il Trentino all'Italia.

Sono, diceva il Principe di *Bülow*, di due ordini le difficoltà maggiori che si prevedono e a cui converrebbe trovare una via d'uscita:

1. di carattere militare: l'elemento militare farà difficoltà al rilascio, durante la guerra, di tutti i militari provenienti dalla regione di cui si tratterebbe la cessione. Dice che i Trentini nello esercito Imperiale si battono bene. Non sarebbe possibile aspettare, pel rinvio dei soldati, a quando sarà fatta la pace?

2. di carattere dinastico: non si vorrebbe urtare nelle suscettibilità dell'Imperatore che porta tra i suoi titoli quello di Conte del Tirolo. Si vedrebbe una qualche via formale d'uscita nel fare una cessione del territorio dell'antico Vescovado di Trento, che formava parte dell'Impero Germanico Romano e che fu aggregato al Tirolo in epoca relativamente recente. Ma i confini del Vescovado quali erano precisamente? Il Principe di *Bülow* me lo chiedeva.

Risposi che quanto alla questione militare non vedevo la possibilità di rinviare il rilascio di militari di provincie che fossero cedute; che data la cessione, ogni trattenuta sotto le armi dei soldati di leva farebbe un effetto deplorabile nell'opinione pubblica italiana.

Quanto alla questione del Vescovado di Trento non potevo oggi dire nulla.

Nella formazione del primo Regno Italico Napoleonico era stato distaccato il Trentino dal Tirolo, arrivando fino a Bolzano.

Il Principe di *Bülow* osservò che a Bolzano la popolazione era tedesca, almeno nella grande maggioranza, e che la vallata di Merano era interamente tedesca.

Egli mi raccomandava di fare qualche ricerca sui confini dell'antico Principato ecclesiastico di Trento; che egli pure avrebbe cercato di informarsi; e che conveniva far di tutto per facilitare il compito del Conte Wedel.

Il Principe di *Bülow* parla come se dovesse essere cosa intesa che se l'Austria ci offre il Trentino contro l'impegno nostro della neutralità assoluta, noi non esigeremo altro.

Secondo colloquio:

Nel pomeriggio dello stesso giorno Il giorno il Barone *Macchio* parlando dell'articolo VII e degli eventuali compensi, tornò a discorrere dell'Albania, dicendo di non capire perchè ora l'Italia non vi annetta più quell'importanza che dimostrava di annettervi negli anni scorsi.

Risposi ripetendo che il nostro interesse nell'Albania era, più che altro, negativo, cioè che nessuna altra potenza l'occupasse; e che non avevamo alcun desiderio di esser presi forzatamente nell'ingranaggio delle questioni interne Balcaniche, e di trovarci inevitabilmente e durevolmente in contrasto con la

Serbia, e la Bulgaria. Che del resto anche l'Austria mostrava ora di annettervi meno interesse. Che portavamo la questione dei compensi sopra le provincie che erano prese di mira dal sentimento popolare nazionalista.

Il Barone *Macchio* insisteva, non sapendo rassegnarsi a questo mettere fuori di discussione l'Albania come materia di compenso. Egli osservava che l'articolo sette contemplava questioni Balcaniche e non altre.

Risposi che contemplava modificazioni nei Balcani come il motivo di trattare di compensi, ma ciò non implicava affatto che i compensi stessi dovessero riguardare esclusivamente i Balcani.

Il Barone *Macchio* parlò dei nostri armamenti, e del nostro concentramento di truppe specialmente nelle provincie più vicine al confine austriaco. Accennò alla benevola neutralità che si doveva mantenere, quando uno degli alleati riteneva non dover prendere parte alle ostilità insieme con gli altri.

#### Terzo colloquio:

In una visita oggi 14 gennaio il Principe di Bülow mi chiedeva se non si poteva eventualmente, quando si arrivasse ad uno accordo sul Trentino, non annunciare la cosa al pubblico e nemmeno alla Camera, dicendo soltanto il Governo a questa che aveva tanto in mano da ritenere che si sarebbero soddisfatte le maggiori aspirazioni nazionali.

Dissi che ciò era assolutamente impossibile: che le fantasie popolari si sarebbero subito montate, di modo che poi al giorno in cui si fosse poi saputo di che cosa si trattava vi sarebbe stata una universale disillusione ed una conseguente reazione. Meglio sarebbe stato perfino non farne niente: o non annunziare niente come concluso.

Quanto alla forma della cessione per quel che riguardava il Trentino poteva benissimo l'Imperatore, anche dopo la cessione, serbare il suo titolo di Conte del Tirolo, perchè il Trentino fu riunito amministrativamente alla Contea del Tirolo soltanto nel 1802. Bastava che facendo la cessione si determinassero con precisione i confini, perchè nei secoli il Principato ecclesiastico di Trento aveva avuto confini assai vari.

Aggiunsi che non ritenevo che il sentimento popolare italiano dovesse contentarsi del solo Trentino. Che una condizione stabile di concordia fra Austria e Italia non si sarebbe avuta che quando potesse eliminarsi completamente la formola irredentista di „Trento e Trieste“.

Il Principe *Bülow* si raccomandava che non allargassimo le domande, perchè certamente l'Austria avrebbe preferito la guerra alla cessione di Trieste. E mi dimostrava tutta l'importanza che si annetteva in Austria al possesso di quel porto. Egli riteneva di poter riuscire col Trentino, ma non più oltre. Ripeteva che era di somma importanza per la Germania come per l'Italia che l'accordo si facesse e si evitasse una guerra.

*Sonnino.*



**Nr. MCCLXXXIV. Il R. Ambasciatore a Vienne al Ministro degli affari esteri.****Grb. 12.**

(Telegramma.)

Vienna, 18 gennaio 1915. (ric. il 18).

Nella conversazione avuta oggi con questo ministro degli affari esteri, gli ho esposto i vari argomenti svolti da Vostra Eccellenza al barone *Macchio* nel colloquio avuto con lui circa applicazione dell'articolo sette del trattato di alleanza.

Il Barone *Burian* ha ricordato che teneva a dichiararmi nuovamente che ove Austria-Ungheria avesse fatto vera occupazione temporanea essa era disposta a dare all'Italia i dovuti compensi contemplati dall'articolo suddetto.

Ha rilevato poi che non comprendeva come si potesse affermare che l'Austria-Ungheria aveva intentato la guerra attuale con finalità e direzione opposte agli interessi della politica italiana nella penisola balcanica: lo scopo che Austria-Ungheria si era prefisso nel muovere guerra alla Serbia era quello di tutelare gli interessi della Monarchia e per conseguenza lo statu quo esiste te minacciato da quella Potenza.

La guerra aveva quindi scopo difensivo e non aggressivo come il governo Imperiale e Reale aveva dichiarato a più riprese.

Ho fatto osservare al Barone *Burian* che noi eravamo interessati al mantenimento della indipendenza politica ed economic a della Serbia e dell'equilibrio della penisola balcanica.

Era evidente come questa indipendenza e questo equilibrio fossero gravemente minacciati dalla guerra attuale che per conseguenza non poteva essere da noi considerata che come contraria ai nostri interessi nei Balcani.

Avendo il Barone *Burian* soggiunto che l'Austria-Ungheria non mirava affatto a modificare lo statu quo nei Balcani nè a fare acquisti territoriali in Serbia o altrove giacchè non era sua intenzione di aumentare la popolazione serba della Monarchia, ho osservato che l'indipendenza della Serbia e l'equilibrio dei Balcani non sarebbero stati minacciati soltanto da acquisti territoriali che Austria-Ungheria avesse potuto fare in quel regno o altrove, ma anche da qualsiasi vantaggio di influenza e preponderanza politiche come da vantaggi economici o morali e di altra natura che si fosse assicurati che erano tutti contemplati dall'articolo settimo del trattato.

Il Barone *Burian* mi ha detto poi che era disposto a cooperare con Vostra Eccellenza per contribuire ad eliminare tra i du Paesi continui attriti e malintesi, per far riposare relazioni reciproche sopra basi di simpatia e cordialità, e che era inoltre pronto a sottoscrivere alle parole da Lei dette al Barone *Macchio* relative alla sterilità e inutilità di un'alleanza che non fosse alimentata dall'amicizia.

Accennando poi alla eventuale cessione di territori appartenenti attualmente alla Monarchia ha espresso la sua meraviglia che questione fosse posta sopra un terreno così delicato, questi territori essendo qui considerati come *zerbland*. Nel rilevare le gravi difficoltà che tale questione solleva ha

aggiunto che se la domanda formulata dall'Italia fosse stata conosciuta nel pubblico, essa non avrebbe potuto non provocare la più viva opposizione in tutti le regioni della Monarchia. Ho osservato che una domanda alla quale egli aveva accennato non mi sembrava dovesse impedire di discutere amichevolmente la questione, prendendo come punto di partenza la supposizione che quella condizione pregiudiziale avrebbe potuto essere eliminata in seguito.

Avendo il Barone *Burian* rilevato che la cessione di territori da noi richiesti avrebbe potuto costituire un precedente in una Monarchia come l'austro-ungarica, gli ho spiegato come il distacco di pochi italiani sudditi austriaci non poteva costituire un precedente pericoloso per la Monarchia e a tale proposito gli ho svolto gli altri argomenti svolti da Vostra Eccellenza al Barone *Macchio*. Nel parlare poi della nostra occupazione delle isole del Dodecaneso e di Valona, il Barone *Burian* ha osservato che per queste occupazioni si avrebbe potuto invocare l'articolo settimo del trattato e ha alluso alla sfuggita ad una ulteriore espansione per parte nostra dell'occupazione in Valona.

Ho risposto che non mi sembrava si potesse invocare l'articolo suddetto per quella occupazione. Era noto come fosse avvenuta l'occupazione del Dodecaneso. Quanto a quella di Valona essa era stata motivata dallo stato di disordine che regnava in Albania e mirava a tutelare le deliberazioni della riunione di Londra, l'Italia essendo la sola potenza che non fosse implicata nella guerra.

Del resto gli sforzi del R. Governo erano diretti a conservare per il momento per quanto è possibile lo statu quo in Albania in attesa della deliberazioni finali che sarebbero prese al riguardo dall'Europa al termine della guerra. Ho aggiunto che l'Albania non aveva per noi che un interesse negativo, quello cioè di impedire che qualche altra Potenza vi andasse e che quella regione non aveva per l'Italia alcuna attrattiva. Noi non avevamo alcun desiderio di essere presi forzatamente nell'ingranaggio delle questioni interne balcaniche e trovarci durevolmente in conflitto con la Serbia o altra Potenza balcanica. Non dubitavo che il Barone *Macchio* gli avesse rappresentato quale fosse in realtà la situazione in Italia. La maggioranza del Paese voleva la neutralità ed era decisa a sostenere il Governo ma colla presupposizione di ottenere qualche soddisfazione per le aspirazioni nazionali.

Non si doveva dimenticare che la Monarchia da noi traeva la sua forza specialmente dalla rappresentanza del sentimento nazionale. Era perciò che il Regio Governo aveva portato la questione del compenso sulle regioni verso le quali era rivolto il sentimento popolare per poterne trarre la forza necessaria al fine di prendere e mantenere gli eventuali impegni diplomatici. Ho ricordato quindi al Barone *Burian* quanto egli mi aveva dichiarato nella prima visita fatta, che egli si sarebbe cioè adoperato perchè l'alleanza avesse potuto sussistere anche in avvenire. Ma per potere raggiungere lo scopo bisognava dare alla alleanza, siccome avevo già fatto osservare, ciò che le

manca attualmente, cioè la perfetta cordialità reciproca e porre le cose sopra una base sicura e costante ed a ciò mirava Vostra Eccellenza col portare questione dei compensi sul terreno da me indicato. Al che il Barone *Burian* ha replicato che riconosceva che lo scopo era amichevole e ne era grato a Vostra Eccellenza ma non poteva che ricordarmi quanto mi aveva detto al riguardo.

Per ultimo il Barone *Burian* ha osservato che non comprendeva come l'Italia nella sua qualità di potenza neutrale non potesse accettare una discussione circa i compensi riflettenti territori posseduti da altri Stati belligeranti, mentre chiedeva a titolo di compenso la cessione di territori appartenenti all'Austria-Ungheria che era pure uno Stato belligerante. Non gli sembrava che si potesse chiedere all'Austria-Ungheria ciò che non si credeva domandare alle altre Potenze che erano al pari di essa belligeranti. Mi ha interessato per ciò a pregare Vostra Eccellenza di meglio spiegare il suo pensiero al riguardo.

Il Barone *Burian* ha concluso dicendo, che avrebbe studiato meglio la questione di cui lo aveva intrattenuto, e consultata più attentamente i termini dell'articolo sette del trattato, che non aveva presente, e che era disposto a discutere meco amichevolmente la questione stessa esaminando le idee e le proposte che venissero emesse al riguardo.

*Avarna.*

**Nr. MCCLXXXV. Il R. Ambasciatore a Berlino al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 13.**

(Telegramma.)

Berlino, 22 gennaio 1915. (ricev. il 22).

Il Cancelliere venuto per due giorni a Berlino ha espresso il desiderio di vedermi ed ho avuto ieri sera una conversazione con lui. Mi disse che era al corrente degli scambi d'idee che erano stati iniziati fra il Regio Governo e il Governo austro-ungarico e che egli desiderava vivamente potessero condurre ad un risultato soddisfacente per le due parti nell'interesse del mantenimento e della consolidazione dei buoni rapporti tra le due Potenze, che rappresentano un cardine della politica del Governo germanico. A questo intento il Governo germanico aveva appoggiato e continuerà ad appoggiare con ogni insistenza i nostri passi a Vienna; ma occorre, soggiungeva, che anche il Regio Governo si adoperi a facilitare il compito conducendo i negoziati con quella prudenza e quella moderazione che si addicono alla natura particolarmente delicata della questione che si tratta.

*Bollati.*

**Nr. MCCLXXXVI. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore a Vienna.**

**Grb. 14.**

(Telegramma.)

Roma, 23 gennaio 1915.

Quanto alla richiesta fatta a Vostra Eccellenza dal Barone *Burian* nel colloquio del 18 corrente, per maggiori schiarimenti riguardo a quella mia

esclusione di territori posseduti da un terzo belligerante, e all'osservazione del Barone *Burian* che anche Austria-Ungheria è uno Stato belligerante, parmi quasi superfluo spiegare che all'Austria-Ungheria chiediamo la cessione di territori da lei già posseduti in proprio, mentre codesto Governo vorrebbe discutere della cessione di territori oggi posseduti da un suo avversario, e che in ciò sta tutta la differenza.

Belligerante o no, qualunque Stato può dare una cosa propria ad un neutrale o scambiarla con lui, senza che l'accettazione per parte di questi possa costituire una menoma violazione della neutralità; ammenochè (e non sarebbe oggi il caso) la cosa trasferita fosse l'oggetto preciso della contesa tra il donatore e i terzi: ma non si può dire lo stesso quando si tratti di dare un territorio che lo Stato concedente non possiede in proprio e che appartiene invece ad un suo avversario belligerante: in questo caso l'accettare tale offerta di territorio per parte dello Stato neutrale, come corrispettivo ad una qualunque azione o prestazione sua, apparisce evidentemente come un atto non amichevole e di parteggiamento di fronte al proprietario attuale del territorio stesso.

Da ogni parte si annuncia oggi una nuova spedizione militare austro-ungarica contro la Serbia. Siffatta spedizione tende a turbare la condizione politica dei Balcani, avvantaggiandovi da un lato l'influenza e gl'interessi dell'Impero austro-ungarico e mettendo in pericolo dall'altro le condizioni della Serbia, la conservazione della cui piena indipendenza politica ed economica rappresenta un interesse di prim'ordine per l'Italia.

In queste condizioni giova oggi richiamare l'attenzione di codesto Governo sulla singolare importanza ed urgenza che assume la discussione preliminare intorno ai compensi da stipularsi per l'Italia ai sensi dello articolo sette del Trattato della Triplice Alleanza.

Prego Vostra Eccellenza intrattenere il Barone *Burian* su quanto precede appena egli ritorni a Vienna a telegrafarmi.

*Sonnino.*

**Nr. MCCLXXXVII. Il Ministro degli affari esteri ai RR. Ambasciatori in Vienna e Berlino.**

**Grb. 15.**

(Telegramma.)

Roma, 26 gennaio 1915.

Il Principe di *Bülow* mi ha detto oggi che non si potrà venire ad una conclusione pratica dei negoziati con l'Austria-Ungheria relativi all'applicazione dell'articolo sette del Trattato, se il Governo italiano non precisa che cos'è che chiede; poichè quello austro-ungarico teme che concedendo qualcosa, si moltiplichino poi le esigenze, teme una „Schraube ohne Ende“.

Torna a raccomandare a noi di non voler stravincere.

Risposi che fintantochè il Governo di Vienna non accetta esplicitamente e nettamente che la discussione si porti sul terreno della cessione di territori già oggi posseduti dall'Impero, non è possibile pretendere che noi precisiamo il



quale e il quanto delle nostre richieste. Finora da Vienna si è sempre risposto genericamente e vagamente, opponendo delle pregiudiziali, o delle obiezioni di massima.

Si dichiara a Vienna di accettare il terreno di discussione ed io potrò allora consultare i colleghi per formulare domande precise.

Aggiunsi essere io alquanto scoraggiato sull'andamento delle cose. La stampa ufficiosa di Vienna (esempio il Tagblatt e la Wiener Allgemeine Zeitung) facevano dichiarazioni intempestive con cui escludevano ogni possibilità di cessioni di territori ora appartenenti all'Impero. Con ciò si rendeva assai difficile ogni eventuale concessione in avvenire.

Intanto le notizie di concentramenti di truppe austro-tedesche sui confini della Rumania e della Serbia, chi dice per un'aggressione contra quella, chi contra quella, accennano ad un nuovo pericolo che ci sovrasta, dando luogo in Italia ad un forte movimento dell'opinione pubblica a favore della nostra entrata in campo.

Io mi sono adoperato vivamente per tranquillare gli animi e moderare i desideri e le speranze, e per raccomandare la fiducia nell'azione diplomatica, ma mi convinco purtroppo che mentre nell'interno mi sto addossando con ciò, ogni giorno più, gravi responsabilità politiche, all'estero ogni sforzo non approderà ad alcun risultato pratico e che malgrado l'indubitata buona volontà, che volentieri riconoscevo, così del Principe di *Bilow*, come del Governo germanico, noi resteremo completamente *„bernés“* dall'Austria-Ungheria.

*Sonnino.*

**Nr. MCCLXXXVIII. Il Regio Ambasciatore a Vienna al  
Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 16.**

(Telegramma.)

Vienna, 28 gennaio 1915. (ric. il 29.)

Ho comunicato al Barone *Burian* gli schiarimenti da lui richiesti circa il rifiuto per parte del R. Governo di accettare una discussione sulla base di compensi eventuali riflettenti territori posseduti da altri belligeranti. Nel rilevare l'espressione „offerta di territori“ contenuta nel telegramma di Vostra Eccellenza, il Barone *Burian* mi ha detto che ai sensi dell'articolo 7 del Trattato, i compensi non dovranno essere offerti dal contraente che avesse ottenuto vantaggi, ma che spettava all'altro contraente di formulare le sue domande al riguardo. Per cui Austria-Ungheria non avrebbe dovuto offrire all'Italia i compensi che le spettavano, ma toccava invece all'Italia di far conoscere le sue richieste.

Ho fatto osservare innanzi tutto al Barone *Burian* che non mi sembrava che con quell'espressione Vostra Eccellenza avesse voluto alludere all'articolo settimo, il quale del resto parlava di un accordo preventivo che doveva intervenire fra i due contraenti ed essere basato sul principio del compenso reciproco. Ed ho aggiunto che il R. Governo aveva già comunicato

al Governo Imperiale e Reale le sue domande circa i compensi. Dopo aver rilevato che dall'esame del testo dell'articolo settimo aveva potuto convincersi essere esatta l'osservazione da me fattagli nel precedente colloquio, che i compensi non dovessero essere ricercati nella regione dei Balcani, il Barone *Burian* ha osservato che la questione dei compensi era stata da noi portata sopra un terreno molto delicato, che sollevava gravi difficoltà, ciò che non poteva non essere riconosciuto da noi stessi. Egli si domandava quindi perchè l'Italia non aveva cercato i compensi che le competevano in altri territori.

Ho risposto che il Regio Governo doveva tener conto delle aspirazioni nazionali che da noi si manifestavano, per cui come gli aveva già esposto nel precedente colloquio la questione dei compensi era stata portata su quelle regioni verso le quali si rivolgeva il sentimento popolare. Barone *Burian* ha osservato poi che non sarebbe stato possibile di parlare o di fissare compensi all'Italia, perchè l'Austria-Ungheria non aveva fatto ancora alcun acquisto o ritratto vantaggi qualsiasi, che non era del resto sua intenzione di procurarsi.

Ho soggiunto che perchè gli impegni assunti del R. Governo Imperiale e Reale verso noi potessero essere mantenuti, era necessario mettersi d'accordo in tempo utile sul modo di mantenerli perchè gli eventi avrebbero potuto farci trovare di fronte a fatti compiuti. A questo proposito gli ho rammentato che ai sensi dell'articolo VII l'accordo doveva essere preventivo e non già contemporaneo o consecutivo ai fatti che l'avessero originato.

Vedendo che il Barone *Burian* continuava a esprimersi meco siccome aveva fatto nei colloqui precedenti in modo generico e vago opponendomi delle pregiudiziali e delle obiezioni di massima senza entrare in merito della questione dei compensi ho creduto fargli rilevare essere necessario che egli facesse conoscere in modo esplicito se accettava che la questione stessa fosse portata sul terreno della cessione di territori appartenenti alla Monarchia, non essendo opportuno che le nostre conversazioni si prolungassero senza condurre ad un risultato pratico e positivo prima che gli eventi maturassero.

Il Barone *Burian* mi ha ripetuto che questione dei compensi tale a quale era stata da noi formulata era di una estrema gravità perchè con essa si chiedeva al Governo Imperiale e Reale il taglio di una parte della Monarchia. Egli la discuteva ora nel proprio „for intérieur“ ed essa formava oggetto della sue più serie riflessioni per cercare di risolverla. Non trovava però ancora un mezzo di definirla e si dibatteva fra le difficoltà esterne e specialmente interne che incontrava la soluzione della questione. Questa doveva essere esaminata non solo da lui ma anche dai vari fattori responsabili dell'Austria e dell'Ungheria perchè interessava le due parti della Monarchia. Ha aggiunto che ammetteva il principio del compenso che ci spettava in forza dell'articolo settimo del trattato della Triplice Alleanza. Accettava altresì in massima la nostra domanda di compensi ed era disposto ad esaminarla e discuterla, ma non era ancora in grado di dichiararmi che consentiva nel nostro punto di vista che la questione dei compensi fosse portata sul terreno della cessione di territori appartenenti oggi alla Monarchia. Conveniva che

il R. Governo si convincesse della grandezza del sacrificio che avrebbe dovuto fare l'Austria-Ungheria.

Ha rilevato che la nostra domanda richiedeva un serio esame di coscienza per le conseguenze gravi che avrebbero potuto sorgere in Austria-Ungheria dal punto di vista politico interno ed esterno, le quali dovevano essere evitate ad ogni costo. Per cui bisognava lasciare a lui ed ai fattori competenti austriaci ed ungheresi il tempo necessario per riflettere e decidere.

Egli non voleva certo aumentare gli imbarazzi del R. Governo, ma questo doveva comprendere quello in cui si trovava il Governo Imperiale e Reale e non doveva aumentarli dal suo lato. A questo proposito il Barone *Burian* mi ha informato che nei colloqui avuti col Cancelliere dell'Impero e coi signori *Jagow* e *Zimmermann*, egli aveva loro dimostrato le gravi difficoltà che provocava la questione dei compensi a cagione del terreno delicato in cui era stata posata dall'Italia, onde la necessità in cui il Governo Imperiale e Reale si trovava, di ponderarla seriamente prima di definirla. Il Governo germanico si era pienamente convinto di queste difficoltà ed avevagli premesso di prospettarle al R. Governo raccomandando la moderazione e prudenza che erano state raccomandate anche a lui medesimo.

Il Barone *Burian* mi ha fatto conoscere in fine che il Governo germanico era deciso ad adoperarsi a che un accordo intervenisse in proposito fra l'Austria-Ungheria e l'Italia, al quale egli non disperava di giungere. Germania ed Austria-Ungheria non formavano oramai che una persona sola, e desideravano che l'alleanza coll'Italia potesse continuare anche per l'avvenire, ciò che era un suo ardente voto.

Ma i due Governi austriaco ed ungherese sembrano per ora esitanti ad accogliere le nostre aspirazioni come dimostrerebbe il linguaggio stesso del Barone *Burian*, e ciò a causa delle conseguenze che la cessione di territori appartenenti all'Austria potrebbe avere per l'intera Monarchia.

[Il Cancelliere]

**Nr. MCCLXXXIX. Il Ministro degli affari esteri al Regio  
Ambasciatore a Berlino.**

(Geb. 11)

(Telegramma.)

Roma, 2 febbraio 1915.

Il Principe di *Bülow* nel ricevimento ebdomadario di ieri mi ha domandato se c'era del nuovo del Barone *Burian* e delle sue conversazioni con il Duca *Avarna*.

Gli ho letto la maggior parte dell'ultimo telegramma del Duca *Avarna*. Ho rilevato come tutto ciò sia assai scoraggiante per chi desidera un accordo: visto che il Barone *Burian*, dopo essere andato al Governo se non proprio per questa questione, almeno con piena conoscenza di essa, e dopo aver visitato il Quartiere Generale tedesco e aver discorso della questione stessa con l'Imperatore Guglielmo e col Governo Germanico, egli non ha altre da dire che di aver bisogno di esaminarla ancora con calma.

Ho ripetuto al Principe di *Bülow* dietro sue interrogazioni; che presenterò le nostre domande solo quando sapremo se Austria-Ungheria accetta come terreno della discussione che si tratti di cessione di territori oggi posseduti dalla Monarchia — e che fino a quel giorno non preciserò nè escluderò nulla, nè riguardo al Trentino, nè riguardo a Trieste o all'Istria o ad altro; e che lo pregavo di raccomandare a tutti di far presto a decidersi, perchè più si aspetta e più la cosa diventa difficile, e più cresceranno le esigenze.

*Sonnino.*

**Nr. MCCXC. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 18.**

(Telegramma.)

Roma, 4 febbraio 1915.

Il Barone *Macchio* essendo venuto a vedermi per altri affari ho messo il discorso sul colloquio avvenuto tra Vostra Eccellenza e il Barone di *Burian*, dopo il ritorno di questi da Berlino — colloquio da cui appariva che tutto restava ancora incerto e nebuloso — riguardo alla questione dei compensi di cui all'articolo sette del trattato della Triplice. E ne ho preso occasione per ripetere ciò che dissi al Principe di *Bülow* (mio telegramma del 2 febbraio), cioè che all'appunto rivoltoci di non precisare le nostre domande, noi dovevamo rispondere che fino a tanto che non risultasse chiaro che il Governo austro-ungarico accettasse come terreno della discussione l'eventuale cessione di territori ora posseduti dalla Monarchia, non era possibile per noi precisare nulla; ma l'avremmo fatto appena quel terreno fosse stato accettato.

*Sonnino.*

**Nr. MCCXCI. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore a Vienna.**

**Grb. 19.**

(Telegramma.)

Roma, 7 febbraio 1915.

Come risulta dal telegramma di Vostra Eccellenza in data 28 gennaio u. s., Vostra Eccellenza ha fatto rilevare al Barone di *Burian* essere opportuno che le conversazioni italo-austriache a proposito dei compensi previsti dall'articolo VII del trattato della Triplice Alleanza non si prolungassero di troppo senza condurre ad un risultato pratico e positivo prima che gli eventi maturassero.

Sorprendemi quindi che siano trascorsi dieci giorni senza aver ricevuto nè dal Barone *Macchio* nè da Vostra Eccellenza alcun nuovo accenno in proposito.

La prego di intrattenere di nuovo il Barone di *Burian*, facendogli presente la urgenza, e la necessità di aver presto una risposta sulla questione di massima, relativamente ai territori attualmente posseduti dall'Austria-Ungheria sulla quale abbiamo richiesto portare la discussione.

*Sonnino.*



**Nr. MCCXCH. Il Regio Ambasciatore a Vienna al Ministro degli affari esteri.****Grb. 20.**

(Telegramma.)

Vienna, 9 febbraio 1915 (ric. il 10).

Nel ricordare al Barone *Burian* quanto gli aveva esposto sul colloquio del 28 gennaio scorso, mi sono espresso con lui nel senso delle istruzioni di Vostra Eccellenza. Il Barone *Burian* mi ha ripetuto quanto mi aveva detto nell'ultimo colloquio, e cioè che la questione era di competenza dei due governi della Monarchia; in primo luogo di quello austriaco direttamente interessato e in secondo luogo di quello ungherese. Per coprire la propria responsabilità egli doveva per conseguenza addivenire ad un'intesa coi due Governi suddetti. Era già entrato in scambio di idee al riguardo col Governo austriaco. Il Presidente del Consiglio dei Ministri Conte *Stürgck* gli aveva fatto conoscere di non essere favorevole alle nostre domande e di non trovare giustificate le ragioni da noi esposte per chiedere la cessione di territori appartenenti all'Austria-Ungheria; il Conte *Stürgck* si era mostrato assai intransigente sulla questione, ma aveva dichiarato che l'avrebbe sottoposta al Consiglio dei Ministri perchè le nostre domande fossero esaminate e discusse. Quanto al Governo ungherese, il Barone *Burian* mi ha detto che durante il soggiorno a Vienna del conte *Tisza* non aveva potuto fargli per mancanza di tempo che un semplice accenno alle nostre domande, a cui egli aveva fatto un viso poco favorevole. Si è riservato però di recarsi uno di questi giorni a Budapest per presentarsi al Governo ungherese e per discutere con calma e lungamente la questione col Conte *Tisza*, e mi avrebbe poi fatto conoscere le disposizioni di lui al riguardo. Ho fatto notare al Barone *Burian* che occorreva affrettarsi a risolvere la questione di massima perchè un ulteriore ritardo avrebbe potuto fare sorgere nuove difficoltà data l'imminenza della riapertura della Camera. Questo ritardo non era certamente molto incoraggiante per chi desiderava addivenire ad un accordo. Esso non poteva che dar luogo a incertezze sulle disposizioni del Governo Imperiale e creare a cagione delle agitazioni e manifestazioni che avrebbero potuto produrre, una situazione assai difficile al Regio Governo, che non avrebbe avuto da opporre nulla di concreto e positivo per appagare le aspirazioni nazionali. Conveniva quindi che Governo Imperiale e Reale ponesse termine a tale incertezza facendoci conoscere al più presto e francamente la sua risposta per potere così iniziare il relativo scambio d'idee.

Il Barone *Burian* mi ha risposto che egli si adoperava e si sarebbe adoperato attivamente per esaminare e discutere la questione con entrambi i Governi, ma ha osservato che occorreva una forza di persuasione non comune per convincerlo ad entrare nell'ordine di idee del Regio Governo. Ha rilevato poi che la accettazione della discussione della questione tale quale era stata presentata dal Regio Governo non era così facile come si pensava, giacchè essa avrebbe costituito, a suo parere, pel Governo Imperiale e Reale un impegno verso di noi di ascoltare le nostre proposte. Ed ha concluso col dire

che egli non era ancora in grado di ascoltarle, perchè erano tuttora in „pour parler“ coi Governi austriaco ed ungherese.

Il Barone *Burian* mi ha detto poi che desiderava portare la nostra conversazione sopra un altro terreno. Nel ricordare le ragioni logiche e politiche di cui al telegramma di Vostra Eccellenza del 7 gennaio, ha osservato che si associava pienamente a quanto Vostra Eccellenza affermava in ordine alle ragioni politiche, di creare cioè tra l'Austria-Ungheria e l'Italia una situazione atta ad eliminare i continui attriti e malintesi tra i due Paesi e stabilire le reciproche relazioni sopra una base di simpatia e cordialità. Ed ha aggiunto che egli era un partigiano ad oltranza della Triplice Alleanza. Accennando poi all'articolo VII del Trattato della Triplice Alleanza ha rilevato che in seguito ad un nuovo e attento esame del testo dell'articolo stesso e dei vari documenti riferentisi alle nostre occupazioni temporanee di Valona e dal Dodecaneso aveva acquistato la convinzione che quelle occupazioni imponevano all'Italia l'obbligo di un accordo preventivo coll'Austria-Ungheria basato sul principio del compenso.

Ho creduto ricordare a questo proposito al barone *di Burian* quanto gli aveva già fatto conoscere nel colloquio del 17 gennaio, che non mi sembrava cioè che per le occupazioni suddette si potesse invocare l'articolo sette. L'occupazione di Valona era stata motivata dallo stato generale di disordine che regnava in Albania e mirava a tutelare le deliberazioni della riunione di Londra, l'Italia essendo l'unica Potenza che non fosse implicata nella guerra. Gli sforzi del resto del Regio Governo erano diretti a conservare in questo momento per quanto fosse possibile lo statu quo in Albania in attesa delle deliberazioni che sarebbero prese al riguardo dall'Europa al termine della guerra.

Quanto all'occupazione del Dodecaneso era noto come essa fosse avvenuta. Se quelle isole non avevano potuto essere abbandonate ancora dal Regio Governo ciò era la conseguenza di non avere la Turchia adempiuto agli obblighi risultantile dal Trattato di Losanna, a cui era venuta meno trovandosi ancora in Libia numerosi ufficiali e soldati appartenenti all'esercito ottomano.

Alla mia osservazione poi che quelle Isole, a quanto mi ricordavo, erano del resto nel Mediterraneo, il Barone *Burian* ha rilevato che otto di esse si trovavano nel mare Egeo ed erano quindi contemplate dall'articolo VII. Ed ha soggiunto che le mie obiezioni non diminuivano il fondamento della sua affermazione, la quale era pienamente giustificata dalle stipulazioni dell'articolo VII che davano al Governo Imperiale e Reale per le occupazioni suddette un diritto chiaro e assoluto circa un accordo preventivo basato sul principio del compenso. Del resto l'articolo VII non faceva distinzioni né restrizioni qualsiasi fra occupazione temporanea e occupazione permanente. Il suo testo era esplicito e non lasciava dubbio che le nostre occupazioni cadevano sotto il suo disposto. Ha aggiunto che la nostra occupazione di Valona si era intensificata coll'invio di altre truppe e coi provvedimenti presi dalle nostre autorità che si erano colà stabilite. Passando a parlare della

discussione avvenuta col Conte *Berchtold* circa distinzione tra occupazione temporanea e momentanea, il Barone *Burian* mi ha detto che qualsiasi occupazione fosse fatta dal Governo Imperiale e Reale in Serbia in seguito a una operazione militare per parte delle truppe austro-ungariche, ci dava diritto a parlare di compensi in conformità dell'articolo VII.

Ho replicato al barone *Burian* che con questa dichiarazione di cui prendevo atto egli abbandonava la tesi sostenuta dal Conte *Berchtold* che faceva distinzione tra occupazione temporanea e momentanea e veniva così a riconoscere esatta l'interpretazione da noi data all'articolo VII. Il Barone *Burian* ha concluso col dirmi che aveva creduto di presentare, di fronte alle nostre domande di compensi, le due controproposte suddette di compensi che non miravano certo a impedire la discussione di quelle da noi presentate. Ma gli era sembrato opportuno di scegliere questo momento per formularle al fine di togliere di mezzo ogni questione pendente fra noi, per sbarazzare il terreno di tutto ciò che potesse far sorgere in avvenire qualsiasi causa di attrito. Ha aggiunto che credeva d'insistere in modo speciale su questo punto, e mi ha prevenuto che non si dovevano quindi interpretare queste sue controproposte come se fossero ispirate da cattiva volontà o da sentimento poco amichevole a nostro riguardo.

Siccome Vostra Eccellenza avrà rilevato il Barone *Burian* non è stato nemmeno oggi in grado di rispondere in modo esauriente alle nostre domande, trincerandosi dietro la difficoltà di indurre i Governi austriaco ed ungherese ad accogliere le domande stesse.

*Avarna.*

#### **MCCXCIII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 21.**

(Telegramma.) Vienna, 12 febbraio 1915 (ricev. il 13).

Riferendomi alla conversazione avuta meco il 9 corrente, il barone *Burian* mi ha inviato testè un promemoria concernente le ragioni sulle quali si basano le controproposte dell'Austria-Ungheria.

Aide-Memoire.

(folgt der französische Text oben S. 290 Nr. MCLII Oesterreichisches Rotbuch Nr. 104. Das Telegramm trägt die Unterschrift: Avarna.

*Herausgeber.)*

#### **MCCXCIV. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 22.**

(Telegramma.) Roma, 12 febbraio 1915 (ore 4.20).

Quanto alle occupazioni temporanee del Dodecanneso e di Valona, le quali, secondo il Barone *Burian*, imponevano all'Italia l'obbligo di un accordo

preventivo con l'Austria-Ungheria basato sul principio del compenso, debbo rilevare quanto segue:

1. Isole del Dodecaneso. — Col telegramma del 20 maggio 1912 si informava V. E. che le isole già occupate dalle truppe italiane erano le seguenti: Stampalia, Rodi, Caso, Scarpanto e Calchi, e che sarebbero subito occupate Simi, Piscopi, Nisero, Calimno, Lero, Lipso e Patmos.

Col telegramma gabinetto del 21 maggio 1912 si informava V. E. che si procedeva subito alla occupazione di Cos.

Col telegramma gabinetto del 23 maggio V. E. informava di aver fatto a Berchtold la relativa comunicazione. Il Conte *Berchtold* ripose „che tale decisione era in opposizione non solo alle dichiarazioni fatteci in precedenza, ma anche agli impegni che avevamo assunto coll'articolo VII del Trattato di Alleanza“, e che „egli avrebbe avuto il diritto di domandare in base dell'articolo suddetto dei compensi per quelle occupazioni. In vista però delle considerazioni espostegli e per dimostrare il suo buon volere, come il suo desiderio sincero di no mettere pel momento e nella misura del possibile ostacoli alla nostra libertà d'azione, il Conte *Berchtold* non avrebbe sollevato opposizione contro le occupazioni sudette e „non si sarebbe prevalso in questa occasione del diritto a compensi che gli spettavano“. Egli doveva però dichiarare in modo formale che se noi procedessimo all'occupazione ulteriore di isole dell'Egeo non sarebbe stato in grado di consentirvi, a cagione delle gravi conseguenze che potevano risultare, e nel lasciarci la piena responsabilità di queste eventuali occupazioni, si sarebbe riservato il diritto ai compensi di cui potrebbe all'occorrenza prevalersi“.

Da quanto precede risulta che il Conte *Berchtold* dichiarò a Vostra Eccellenza la sua rinunzia a prevalersi della clausola dei compensi per quanto riguarda Rodi e il Dodecaneso. Con ciò resta assorbita la questione di accertare se e quante delle isole occupate dall'Italia facciano parte del Mare Mediterraneo e del Mare Egeo, in relazione al tenore dell'articolo VII che contempla solo il Mare Egeo.

Ma d'altra parte, in seguito appunto alla opposizione dell'Austria e in seguito alla predetta dichiarazione che „ulteriori occupazioni“ avrebbero fatto entrare in azione la clausola dei compensi, il Regio Governo prese la grave decisione di astenersi dalla occupazione di Chio e Mitilene, mentre dalle notizie avute e dagli accertamenti fatti risultava che precisamente la occupazione di Chio e Mitilene avrebbe recato al nostro nemico il colpo necessario a fiaccarne la resistenza e atto a costringerlo ai negoziati di pace per porre un termine alla guerra.

L'Italia ha dunque rispettato gli obblighi sanciti nell'articolo VII e da ciò derivò il grave danno del prolungamento della guerra.

L'occupazione di Rodi e del Dodecaneso fu prolungata per due ordini di ragioni:

1. Lo sgombero delle isole è subordinato allo adempimento da parte della Turchia delle clausole del Trattato di Losanna, mentre a questo obbligo



la Turchia non ha tuttora ottemperato. Nè ha ancora oggi interamente ottemperato all'obbligo, da essa Turchia riconosciuto, di compensare l'Italia, mediante concessioni in Asia Minore, per le spese sostenute in seguito al prolungamento della occupazione militare italiana delle isole.

2. Con la occupazione delle isole, l'Italia ha reso un servizio segnalato alla Turchia, in quanto le isole stesse sarebbero inevitabilmente state conquistate dalla Grecia al pari di Chio, Mitilene e altre isole ora in possesso della Grecia. E ci risulta che la Turchia era assai ansiosa di veder continuata l'occupazione italiana, nè ci ha mai fatto sollecito di sgomberare, ben rendendosi conto che nella attuale incerta situazione politica, e di fronte alla precarietà dei rapporti greco-turchi grave sarebbe il pericolo che correbbero le isole qualora restituite alla Turchia militarmente incapace di difenderle. L'occupazione delle isole, durante le guerre balcaniche e durante il presente conflitto europeo, cui partecipa la Turchia ha costituito e costituisce pertanto un servizio reso dall'Italia all'alleata dell'Austria-Ungheria.

2. Occupazione di Valona. L'occupazione italiana di Valona trae la sua origine e la sua base dalla situazione di fatto nella quale, per effetto del conflitto europeo, si sono trovate le Potenze firmatarie della conferenza di Londra. In quella conferenza fu creata l'Albania e ne furono determinate le frontiere nei riguardi degli Stati Balcanici confinanti.

Il Governo Italiano, sin dall'origine della presente guerra, ha sostenuto che le deliberazioni di Londra per l'Albania continuassero a rimanere valide e obbligatorie.

Solo l'Italia, come Potenza neutrale, era in grado di provvedere alla tutela delle deliberazioni di Londra e ciò spiega e giustifica come da nessuna parte ci vennero mosse obiezioni allorchè occupammo Sasseno e Vallona in via provvisoria allo scopo di preservare quelle importanti località albanesi da avvenimenti che avrebbero avuto grave ripercussione internazionale. È noto infatti che Valona si trovava sotto la imminente minaccia di disordini per effetto delle ambizioni contrastanti dei gheghi e degli epiroti. Gli epiroti erano sconfessati dal Governo di Atene, ma nessuno può illudersi sulle conseguenze che sarebbero derivate da una occupazione epirota di Valona.

Se per Valona fu indispensabile procedere ad una provvisoria occupazione militare, per il resto dell'Albania bastò l'azione diplomatica a tener in rispetto le ambizioni degli Stati Balcanici confinanti. Le vive insistenze eseguite presso i Governi di Belgrado, di Atene e di Cettigne, hanno ottenuto il felice risultato di trattenere, fino ad ora quei Governi da incursioni e da operazioni militari. È dunque grazie al fermo atteggiamento del Governo Italiano che l'Albania, quale fu voluta dalla Conferenza di Londra, non ebbe a soffrire radicali menomazioni nella sua esistenza e nella sua compagine.

Dopo aver risposto così alle „controproposte“ formulate dal Barone Burian, le quali, come ho dimostrato, non hanno ragione di essere nel presente negoziato, osservo quanto segue:

Son trascorsi due mesi e più dacchè ponemmo dinanzi al Governo austro-ungarico la questione dell'articolo VII del Trattato della Triplice Alleanza, invitandolo ad una amichevole discussione intorno ai compensi da darsi all'Italia pel turbamento da lui provocato nell'equilibrio Balcanico.

Per quanto non ci si sia mai opposto un reciso rifiuto a trattare, passano le settimane e i mesi, e non si è riusciti mai ad avere una risposta nemmeno sul primo quesito di massima, se cioè codesto Governo Imperiale e Reale fosse disposto ad accettare la discussione sul terreno della cessione di territori già oggi posseduti dall'Austria-Ungheria.

Invece, mentre da un lato si propongono nuove questioni e argomenti di dibattito, che hanno il manifesto scopo di eludere ogni discussione sul tema da noi proposto e di condurre le cose in lungo, dall'altro si vanno intanto allestendo nuove spedizioni militari nei Balcani.

Di fronte a questo contegno persistentemente dilatorio a nostro riguardo non è possibile ormai nutrire più alcuna illusione sull'esito pratico delle trattative. Onde il Regio Governo si trova costretto, a salvaguardia della propria dignità, a ritirare ogni sua proposta o iniziativa di discussione e a trincerarsi nel semplice disposto dell'articolo VII, dichiarando che considera come apertamente contraria all'articolo stesso qualunque azione militare che volesse muovere da oggi in poi l'Austria-Ungheria nei Balcani, sia contro la Serbia sia contro il Montenegro o altri, senza che sia avvenuto il preliminare accordo richiesto dall'articolo VII.

Non ho bisogno di rilevare che se di questa dichiarazione e del disposto dell'articolo sette il Governo austro-ungarico mostrasse col fatto di non voler tenere il dovuto conto, ciò potrebbe portare a gravi conseguenze, delle quali questo Regio Governo declina fin da ora ogni responsabilità.

Al quale proposito giova ricordare le intimazioni fatte in varie occasioni dal Governo austro-ungarico all'Italia durante la guerra Libica.

Il Conte *Aehrenthal* dichiarava il 5 novembre 1911 a Vostra Eccellenza che „una nostra azione sulle coste ottomane della Turchia europea come sulle isole del Mare Egeo non avrebbe potuto essere ammessa nè dall'Austria-Ungheria nè dalla Germania, perchè contraria al Trattato di Alleanza (telegramma di Vostra Eccellenza 5 novembre 1911.)

E il 7 novembre dello stesso anno Vostra Eccellenza telegrafava: „*Aehrenthal* considera bombardamenti dei porti della Turchia di Europa quali Salonico, Cavalla, ecc. come contrari all'articolo VII“.

Nel 1912 trovandosi la nostra squadra all'imboccatura dei Dardanelli ed essendo stata bombardati dai forti di Kum Kale, essa rispondeva danneggiando i forti stessi. Il Conte *Berchtold* si lamentò dell'accaduto ed aggiunse che „se il Governo desiderava riprendere la sua libertà d'azione, il Governo Imperiale e Reale avrebbe potuto fare altrettanto“. Perciò egli non avrebbe potuto ammettere che noi avessimo fatto ni avvenire operazioni simili a quelle ora compiute o una azione qualsiasi in opposizione al punto di vista

manifestato nei colloqui precedenti. Se una operazione simile fosse stata da noi eseguita „essa avrebbe potuto avere conseguenze gravi“.

V. E. vorrà comunicare quanto sopra a codesto Governo.

*Sonnino.*

**Nr. MCCXCV. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 23.**

(Telegramma.)

Vienna, 14 febbraio 1915 (ric. 15).

Ho comunicato al Barone *Burian* quanto Vostra Eccellenza mi ha ordinato.

Il Barone *Burian* mi ha detto che ignorava del tutto che il Conte *Berchtold* avesse potuto rinunciare a prevalersi della clausola dei compensi per ciò che concerneva le nostre occupazioni di Rodi e del Dodecanneso. Avendo allora mostrato, a conferma della affermazione contenuta nel telegramma di Vostra Eccellenza, la lettera direttami il 22 maggio 1912 dal Conte *Berchtold* in cui egli si esprimeva nei termini stessi da me testualmente riprodotti, il Barone *Burian* ha rilevato che tale rinunzia sarebbe non solo contraria all'opinione che si aveva al Ministero Imperiale e Reale circa l'articolo settimo, ma anche alle disposizioni dell'articolo stesso e che nessun documento esisteva alla Ballplatz in cui si asserisse che il diritto a compensi fosse stato abbandonato. Ha aggiunto che a suo parere l'espressione usata dal Conte *Berchtold* „che non si sarebbe prevalso in questa occasione del diritto a compensi che gli spettava“, doveva essere interpretato nel senso che egli non intendeva prevalersi del diritto a compensi al momento in cui era avvenuta l'occupazione delle isole o al momento in cui mi parlava di esse, per le considerazioni che mi aveva esposto, ma che si riservava di prevalersene in occasione opportuna. Ha contestato tale interpretazione rilevando che se tale fosse stato il pensiero del Conte *Berchtold* egli non avrebbe mancato di soggiungere che si riservava di prevalersi del diritto a compensi in altra occasione, e che invece l'espressione usata dal Conte *Berchtold* non poteva avere altro significato che quello che noi le davamo, come lo dimostrava chiaramente la frase seguente, nella quale egli parlando delle ulteriori nostre occupazioni di isole nel Mare Egeo si era riservato il diritto a compensi per potersene prevalere all'evenienza.

Venendo poi a parlare della decisione presa dal Regio Governo di ritirare ogni sua proposta o iniziativa di discussione e di trincerarsi nel semplice disposto dell'articolo settimo, il Barone *Burian* ha rilevato che la prima questione di massima circa la quale Vostra Eccellenza si lamentava di non aver ricevuto ancora una risposta, riassumeva in sé tutta la questione stessa. Egli aveva accettato di entrare in discussione con il Regio Governo per arrivare ad un accordo, essendo animato a tale proposito dalle migliori disposizioni. E si era proposto di recarsi domani l'altro a Budapest per parlare della questione al Conte *Tisza*. Il Regio Governo doveva però riconoscere di aver posto la questione sopra un terreno estremamente spinoso e non poteva cer-

tamente domandare che il Governo Imperiale e Reale procedesse ad una discussione immediata di una questione che impegnava gli interessi della Monarchia.

Il Barone *Burian* mi ha detto che prendeva notizia della comunicazione da me fatta in nome di Vostra Eccellenza. Siccome però il Governo Imperiale e Reale non aveva mai voluto dipartirsi dalle disposizioni dell'articolo settimo del Trattato della Triplice Alleanza così non mancherà nella continuazione eventuale della sua campagna contro la Serbia di tener presente le stipulazioni di quell'articolo.

Ho creduto far presente al Barone *Burian* che l'articolo stesso imponeva al Governo Imperiale e Reale, prima di iniziare qualsiasi operazione militare, l'obbligo di procedere ad un accordo preliminare e non già contemporaneamente e consecutivamente a quelle operazioni.

*Avarna.*

**Nr. MCCXCVI. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 24.**

(Telegramma.)

Roma, 17 febbraio 1915.

Dalla risposta data dal Barone *Burian* alla comunicazione fattagli dall'Eccellenza Vostra riguardo alla diffida di qualunque azione militare austro-ungarica nei Balcani senza preventivo accordo col Regio Governo, traspare evidente l'intenzione di far precedere eventualmente siffatta azione militare alla discussione dei compensi di cui all'articolo 7. Approvo la risposta datagli da Vostra Eccellenza. E raccomandole valersi della primissima occasione per ripetere chiaramente al Barone *Burian* che, a scanso di incresciosi e pericolosi equivoci, l'interpretazione palese dell'articolo 7 impone che l'accordo sia precedente all'azione, salvo il consenso dell'altra parte ad un procedimento diverso. Nelle presenti circostanze il Regio Governo non può prestare tale consenso; onde la comunicazione da noi fatta al Governo Imperiale e Reale ha il significato preciso di un veto opposto da noi ad ogni azione militare dell'Austria-Ungheria nei Balcani fino a tanto che non si sia verificato in precedenza l'accordo sui compensi voluto dall'articolo 7. Occorre mettere bene in chiaro che ogni diverso procedere di codesto Governo non potrebbe da noi interpretarsi ormai senonchè come una aperta violazione dei patti del trattato, e come segno manifesto della intenzione da parte sua di riprendere la sua libertà d'azione; nel qual caso dovremmo ritenerci pienamente giustificati a riprendere anche noi la nostra piena libertà d'azione per la salvaguardia dei nostri interessi.

*Sonnino.*

**Nr. MCCXCVII. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Berlino.**

**Grb. 25.**

(Telegramma.)

Roma, 18 febbraio 1915.

Nel colloquio avuto avantieri col Principe di *Bülow* avendogli io narrato delle comunicazioni fatte dal duca *Avarna* al Barone *Burian*,



relative al ritiro per parte nostra di ogni discussioni sui compensi di cui all'articolo 7 del Trattato della Triplice e al diffidamento di ogni azione austro-ungarica nei Balcani ogni volta che non vi fosse un precedente accordo con noi, egli dopo aver preso nota delle cose dettegli, mi chiese, rivolgendosi a me in tono confidenziale, se, parlando tra noi all'infuori di ogni ufficialità, io proprio credessi che nel supposto che l'Austria si ostinasse a non voler nulla concedere per il Trentino, non ci fosse qualche altro terreno, o di Albania o d'altro, sul quale si potesse portare la discussione dei vantaggi da assicurarsi all'Italia in modo da evitare la grande sciagura di una guerra tra i nostri paesi.

Risposi che io gli aveva sempre parlato con piena sincerità, e che ero prontissimo ad esprimergli, all'infuori di ogni carattere ufficiale, la mia intima e profonda convinzione; non volevo ora entrare in discussione sul più o sul meno delle concessioni che potessero bastare ad assicurare la nostra neutralità appagando in qualche misuri le aspirazioni nazionali; che su questo più o meno ci potevano essere dubbi o dispareri; ma che all'infuori di questa base di concessioni non vi era negoziato possibile. Non trattarsi di brame di conquista o di ambizioni megalomani; ma del tasto più sensibile dell'anima popolare, del sentimento nazionale.

La Monarchia di Savoia come gli avevo accennato altra volta, trova la sua maggiore radice nella personificazione delle idealità nazionali, e questa è radice così forte da aver potuto reggere e vincere di fronte e al lungo contrasto col Papato e al dilagarsi del socialismo nel suo periodo più rivoluzionario.

Quindi all'infuori di concessioni atte ad appagare, almeno in qualche misura, il sentimento nazionale, non v'è base di discussione.

Che tutto ciò non dipendeva dalla volontà o dal capriccio dell'uno o dell'altro Ministero; l'opinion pubblica sarebbe passata sopra a qualunque altra questione, avrebbe spazzata via qualunque altra forza e „überrumpelt“ qualsiasi ostacolo, nè, a frenarla, sarebbero valse sottili argomentazioni o foschi presagi o magnificazione di pericoli.

A Vienna non volevano o non sapevano convincersi di questa situazione, e ritenevano che fosse tutto bluff da parte nostra, o sogni fantastici del Principe di Bülow.

La responsabilità che data questa situazione pesava sui sugli uomini che reggono il governo era enorme. Io avevo coscienza di aver fatto il possibili per frenare le impazienze e moderare le aspirazioni da un lato, e per rappresentare la situazione nella sua cruda realtà così a Vienna come a Berlino.

*Sonnino.*

**Nr. MCCXCVIII. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Berlino.****Grb. 26.**

(Telegramma.)

Roma, 21 febbraio 1915.

Ho veduto ieri il Principe di *Bülow*.

Avendo egli espresso qualche dubbio che il Barone *Burian* avesse riportato dalle comunicazioni fattegli a nome del Regio Governo dal Duca *Avarna* un'impressione assai disforme da quella che egli (*Bülow*) aveva ritratta da quanto io gli aveva riferito in proposito, io gli ho ripetuto la sostanza delle comunicazioni fatte a Vienna, formulandole in riassunto testualmente come segue:

„Le Gouvernement Italien a déclaré dès le commencement qu'il ne saurait admettre l'utilité d'aucune discussion sur les compensations dont il est question dans l'article 7, qui ne se rapporterait pas à la cession de territoires possédés actuellement par l'Autriche-Hongrie; car telle discussions ne pouvant satisfaire aucunement le sentiment national italien, ne pourrait porter à aucun accord.

„Jusqu'à present les deux Gouvernement ont discuté plutôt vaguement sur les événements des Balkans déjà arrivés ou futurs.

„En se retranchant dans l'article 7, selon la dernière communication faite par le Duc *Avarna* au Baron *Burian* et en retirant toute proposition déjà faite de discussion, le Gouvernement Italien a voulu établir nettement ce qui suit: Le Gouvernement Italien n'admet dorénavant aucune action militaire de l'Autriche-Hongrie dans les Balkans à moins que préalablement, comme le veut le texte de l'article 7, n'ait été conclu un accord sur les compensations, accord qu'il serait inutile d'espérer de conclure autrement que sur la base de cessions de territoires actuellement possédés par l'Autriche-Hongrie. Si le Gouvernement austro-hongrois ne tenait pas compte dans le fait de cette déclaration du Gouvernement Italien, celui-ci y verrait la preuve que l'Autriche-Hongrie a repris sa liberté d'action relativement aux dispositions du traité, ce qui justifierait le Gouvernement Italien à reprendre lui aussi sa liberté d'action.“

*Sonnino.***Nr. MCCXCIX. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.****Grb. 27.**

(Telegramma.)

Vienna, 22 febbraio 1915. (Ric. 23).

Ho fatto conoscere al Barone *Burian* quanto V. E. mi ha telegrafato e nell'attenermi scrupolosamente alle istruzioni di Lei, mi sono studiato di chiarirgli a più riprese i vari punti contenuti. Il Barone *Burian* mi ha detto che avrebbe risposto in primo luogo all'interpretazione data da V. E. all'articolo VII, secondo cui l'accordo ivi contemplato relativamente agli eventuali compensi doveva essere condotto a termine, e non solo iniziato,

prima che avesse principio qualsiasi operazione militare dell'Austria-Ungheria nei Balcani. A questo proposito ha osservato che conclusione del previo accordo sarebbe dipesa da noi, che avremmo potuto far prolungare la discussione, mentre l'Austria-Ungheria avrebbe dovuto essere esposta ad ogni attacco da parte della Serbia, alquale non avrebbe potuto rispondere. D'altra parte i compensi da attribuirsi all'Italia dovevano essere equivalenti ai vantaggi che l'Austria-Ungheria avrebbe potuto ritrarre.

Ma prima di stabilire i compensi conveniva stabilire e commisurare i vantaggi. Queste due cause mostravano a suo parere l'impossibilità di condurre a termine l'accordo prima di qualsiasi operazione militare dell'Austria nei Balcani. Ho fatto notare al Barone *Burian* che espressione "previo accordo" mostrava per sè stessa che esso doveva essere condotto a termine e non solo iniziato prima di quelle operazioni. Infatti la parola "accordo" significava consenso definitivo ad un punto determinato e tale significato acquistava poi forza maggiore dalla parola precedente che voleva dire che la cosa doveva essere decisa e determinata prima di procedere oltre. Se tale non fosse il significato che nell'intendimento dei negoziatori del trattato doveva essere attribuito alla espressione suddetta, la condizione a cui era subordinata dall'articolo VII ogni modificazione dello statu quo non avrebbe avuto alcun valore.

Del resto se il previo accordo non dovesse essere condotto a termine, quale garanzia avrebbe potuto avere l'altro contraente che l'accordo stesse una volta iniziato sarebbe poi definitivamente concluso durante le operazioni militari? Divergenze di vedute avrebbero potuto renderne impossibile la conclusione, onde la condizione prevista dall'articolo VII non sarebbe stata adempiuta, e l'altro contraente avrebbe arrischiato di rimanere senza compensi. Il Barone *Burian* ha replicato che, pur trovando le mie osservazioni giuste, egli non può però ammetterle nè considerarle conformi allo spirito e alla lettera del Trattato perchè ragionando così si verrebbe a intralciare la libertà d'azione di uno dei contraenti, ciò che non poteva essere certamente conforme alle intenzioni dei negoziatori del Trattato. E non poteva nemmeno ammettere che il non condurre a termine l'accordo prima di qualsiasi operazione militare, costituisse una negazione di garanzia per l'altro contraente. La parola del contraente che si era impegnato a entrare in negoziati circa il previo accordo, gli sembrava una garanzia sufficiente. Il Barone *Burian* ha aggiunto che l'articolo VII non comportava secondo lui un veto formale e assoluto a qualunque operazione militare dell'Austria nei Balcani, ma stabiliva la necessità e il diritto a compensi per i vantaggi che avrebbe potuto ritrarre.

Dopo di essermi riferito alla intimazione fatteci in varie occasioni dal Governo Imperiale e Reale durante la guerra italo-turca ho osservato essere fuori di dubbio che il R. Governo poteva opporre un simile veto fin tanto che non si fosse verificato in precedenza accordo per compensi previsti dall'articolo VII che doveva essere inoltre condotto a termine e non soltanto

iniziato prima delle operazioni militari. E nel ricordargli quanto gli avevo già detto, che un diverso procedere del Governo Imperiale e Reale avrebbe potuto essere interpretato da noi come una aperta violazione dei patti del Trattato, mi sono espresso con lui nel senso stesso delle istruzioni che Vostra Eccellenza mi ha dato. Al che il Barone *Burian* ha replicato che a suo parere l'accordo fosse bensì da iniziare prima di quelle operazioni, ma doveva essere sviluppato poi secondo il procedere delle operazioni militari.

Riconosceva tuttavia che si avrebbe potuto gettare la base generale del previo accordo determinando l'oggetto dei compensi che desidererebbe ottenere il R. Governo. E mi ha dichiarato quindi che non era affatto sua intenzione di sottrarsi agli obblighi imposti dall'articolo VII ai quali aveva tutta la buona volontà di conformarsi. Ma non poteva consentire nell'interpretazione data da Vostra Eccellenza a quell'articolo secondo cui il previo accordo doveva essere terminato in tutti i suoi particolari prima di ogni operazione militare dell'Austria-Ungheria nei Balcani, perchè ciò potrebbe mettere il Governo Imperiale e Reale in una situazione impossibile. E mi ha ripetuto che il prolungarsi dei „pourparlers“ indipendentemente anche dalla volontà del R. Governo porrebbe l'Austria-Ungheria alla mercè della Serbia, non potendo essa difendersi dai suoi attacchi durante tutta la durata dei negoziati.

Il Barone *Burian* mi ha quindi parlato della inutilità di aprire una discussione sugli eventuali compensi se essi non riguardassero la cessione di territorio già posseduti dall'Austria-Ungheria. E mi ha detto che se il Governo Imperiale e Reale fosse nel caso di intavolare negoziati per un previo accordo con l'Italia, prima di intraprendere una qualsiasi operazione militare in Serbia, egli non avrebbe mancato annunziarlo in tempo utile al R. Governo per iniziare così i „pour parlers“ relativi a quell'accordo; ma egli non poteva legarsi fin d'ora per ciò che riguardava la base dei compensi ai quali Vostra Eccellenza ha fatto allusione. Nell'insistere presso di lui perchè si pronunziasse su questo punto, gli ho ripetuto quanto gli avevo già fatto conoscere, cioè che se il Governo Imperiale mostrasse d'ora in poi coi fatti di non tenere serio conto delle nostre dichiarazioni il R. Governo vedrebbe in ciò una violazione del Trattato di Alleanza e le conseguenze potrebbero essere assai gravi. Il Barone *Burian* mi ha replicato che la questione della base dei compensi non aveva per ora carattere di attualità. Ha osservato poi che se Vostra Eccellenza aveva il diritto di interpretare il Trattato egli pure aveva un simile diritto e che una differenza momentanea di opinioni o di interpretazioni non poteva essere considerata come una violazione del trattato stesso.

Nonostante le ripetute e vive mie insistenze il Barone *Burian* ha persistito nel suo rifiuto di consentire sul punto di vista dell'Eccellenza Vostra relativo all'interpretazione dell'articolo VII del trattato della Triplice Alleanza ed al terreno dei compensi che ci competono.



Circa quest'ultimo punto è vano farsi illusioni. Il Governo Imperiale e Reale non consentirà mai a fare, nelle condizioni attuali, la cessione di territori appartenenti alla Monarchia.

*Avarna.*

**Nr. MCCC. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore di Vienna.**

**Grb. 28.**

(Telegramma.)

Roma, 25 febbraio 1915.

Approvo le risposte data da V. E. al Barone *Burian*.

Il testo dell'articolo 7 parla di „accord préalable“ sui compensi, e non di discussione intorno a un accordo da concludersi magari più tardi, quando una delle parti avrà compiute le sue operazioni nei Balcani e avrà già conseguiti i vantaggi agognati, libera poi di cavillare all'infinito sui compensi da consentire all'altro contraente.

La parola „préalable“ dimostra che si richiede dall'articolo 7, salvo consenso diverso delle parti, che l'accordo, ossia la riunione delle volontà determinante la qualità e la quantità del compenso, sia concluso precedentemente all'azione. Nulla vieta che in determinate occasioni, quando lo concordino le due parti e le circostanze del caso lo consiglino, l'accordo possa essere anche formulato in modo condizionale e commisurando i compensi ai risultati futuri che potranno essere effettivamente conseguiti dall'azione militare da intraprendersi: ma l'articolo 7 ammette pure che i compensi possano esigersi anche pel semplice fatto dell'iniziare un'azione nei Balcani.

Sarebbe contrario a tutto lo spirito, oltre che alla lettera dell'articolo 7, e contrario a tutta l'interpretazione datane nel 1911 e 1912 dall'Austria-Ungheria durante la guerra Libica, l'ammettere, come vorrebbe ora il barone *Burian*, che l'articolo stesso disponga che prima di stabilire i compensi si debbano poter valutare i vantaggi effettivamente ritratti da una determinata azione nei Balcani per parte di uno dei contraenti. Altrimenti l'una parte dovrebbe poter iniziare e condurre a termine una guerra nei Balcani prima che l'altra avesse nemmeno titolo di sapere con sicurezza se ha diritto teoricamente a un qualche compenso; salvo nella pratica non poter mai, nemmeno a operazione finita, ottenerne uno qualsiasi.

Dato questo stato di cose il R. Governo, nello intento di eliminare il caso di future lungaggini nella discussione dell'accordo le quali possano intralciare troppo gravemente l'azione militare dell'Austria-Ungheria, ha dichiarato nettamente fin da ora, senza aspettare che si verifichi il caso di una siffatta nuova impresa dell'Austria-Ungheria nei Balcani, che qualunque futura proposta di discussione sui compensi, che non riguardasse la cessione di territori già attualmente posseduti dall'Austria-Ungheria, non potrebbe riuscire ad alcun risultato pratico, onde non si potrebbe con essa raggiungere mai quell'accordo che dovrebbe precedere l'azione contemplata.

Sopra il terreno invece da noi indicato, un tale accordo tra i due Stati potrebbe presumibilmente raggiungersi, e l'ammissione in massima che facesse

fin da ora il Governo Austro-Ungarico di codesto terreno come base eventuale di discussione non potrebbe che giovare a rendere più agevoli e feconde le trattative e a sollecitare l'accordo stesso.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCL. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Berlino.**

**Grb. 29.**

(Telegramma.)

Roma, 25 febbraio 1915.

Nel suo telegramma del 21 corrente Vostra Eccellenza riferisce che il Cancelliere signor di *Bethmann Hollweg* Le aveva dichiarato che „da quanto gli era stato detto dal Barone *Burian* si riteneva autorizzato ad affermare che anche nel pensiero del Governo Austro-Ungarico l'accordo di cui si tratta doveva essere perfetto prima che le operazioni militari incominciassero.“

Il Regio Ambasciatore a Vienna mi riferisce una serie di ragionamenti del Barone *Burian* intesi a dimostrare che il Governo Austro-Ungarico non è per niente di questa opinione „non potendo consentire nell'interpretazione dell'articolo VII secondo cui il previo accordo deve esser terminato in tutti i suoi particolari prima di ogni operazione militare dell'Austria-Ungheria nei Balcani.“

Manteniamo come unica possibile la nostra interpretazione conforme a quella che il signor di *Bethmann Hollweg* affermava anche accolta dall'Austria-Ungheria; ma sembrami opportuno che Vostra Eccellenza faccia rilevare a cotesto Governo la contraddizione suaccennata.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCL. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 30.**

(Telegramma.)

Roma, 24 febbraio 1915 (ric. il 25).

Credo dover rettificare un lieve errore occorso nel mio precedente telegramma suddetto. In esso dicevo che il Barone *Burian* aveva rifiutato di consentire nel punto di vista di Vostra Eccellenza, relativo all'interpretazione dell'articolo settimo del trattato della Triplice Alleanza ed al terreno dei compensi che ci competono. Se è esatto che il Barone *Burian* rifiutò di aderire al primo di questi punti di vista, non sarebbe del tutto conforme al vero affermarlo per il secondo, giacchè la sua risposta non fu negativa ma soltanto evasiva.

*Avarna.*

**Nr. MCCCL. Il R. Ambasciatore in Berlino al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 31.**

(Telegramma.)

Berlino, 26 febbraio 1915. (ric. il 27).

La nostra interpretazione circa la necessità che il previo accordo contemplato dall'articolo settimo debba essere condotto a termine e non soltanto

iniziato, era stata ammessa dal Cancelliere non già implicitamente ma bensì esplicitamente e ripetutamente. Poichè, alla domanda due volte da lui espressami, se la esposizione da lui fattami della comunicazione rivolta dal Duca *Avarna* al Barone *Burian* era esattamente conforme al vero, io aveva risposto che il solo punto da chiarire era appunto quello sopra citato ed egli aveva replicato di consentire alla nostra interpretazione ed aveva soggiunto di ritenersi autorizzato ad affermare che anche nel pensiero del Governo Austro-Ungarico l'accordo doveva essere compiuto (erfolgt) e perfetto (vollkommen) prima che cominciassero le operazioni militari. E il signor *von Jagow*, al quale aveva poi ciò riferito, mi aveva confermato le parole del Cancelliere.

Nel parlarne dunque stamane con lui ho manifestato la mia sorpresa per le dichiarazioni state fatte dal Barone *Burian* al Duca *Avarna* in senso contrario interamente a quelle assicurazioni. Il signor *von Jagow*, che egli pure non riusciva a comprendere come ciò fosse avvenuto, pensava che nel colloquio fra il Barone *Burian* e il Cancelliere avesse potuto prodursi qualche malinteso, per chiarire il quale avrebbe tosto telegrafato al signor *von Tschirschky*. A meglio spiegare il concetto del Regio Governo tosto gli diedi lettura del telegramma indirizzato da Vostra Eccellenza al Duca *Avarna*. Egli prese nota dei punti essenziali di quelle considerazioni e mi disse che le avrebbe sottoposte a maturo esame.

*Bollati.*

#### **MCCCIV. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 32.**

(Telegramma.)

Vienna, 26 febbraio 1915 (ric. il 27).

Ho fatto conoscere al Barone *Burian* le varie considerazioni esposte da Vostra Eccellenza e nell'esprimermi con lui nel senso delle istruzioni di Lei, gli ho espresso la fiducia che egli si sarebbe persuaso della ragionevolezza di quelle considerazioni. Il Barone *Burian* mi ha detto che gli argomenti addotti da Vostra Eccellenza per dimostrare che la discussione intorno ad un accordo da concludere più tardi quando una delle parti avrà compiute le sue operazioni nei Balcani e conseguito i vantaggi agognati, avrebbe potuto protrarsi all'infinito sui compensi da attribuirsi all'altro contraente, potevano pure essere addotti qualora l'accordo dovesse essere condotto a termine prima dell'inizio di ogni operazione militare. E ha ricordato a questo proposito quanto aveva rilevato nel colloquio del 22 corrente. A suo parere, qualora i negoziati per l'accordo fossero iniziati in tempo utile, prima di qualsiasi operazione militare, si poteva arrivare, quando vi fosse buona volontà da entrambe le parti, a stabilire in breve tempo le basi dei negoziati stessi. Nello stabilire però i particolari dell'accordo, questi avrebbero potuto dar luogo a delle lungaggini indipendentemente dalla volontà delle due parti. E non sarebbe stato certamente giustificato di arrestare per ciò le operazioni

militari fino a che l'accordo non fosse stato concluso. Se si dovesse quindi ammettere l'interpretazione data da Vostra Eccellenza all'articolo sette, l'Austria-Ungheria sarebbe esposta a vedersi danneggiar le sue operazioni militari in Serbia con la quale era in guerra e contro la quale doveva continuare a combattere. Infatti se l'Austria-Ungheria non attaccasse la Serbia ma fosse attaccata da questa, il Governo Imperiale e Reale si troverebbe in una situazione impossibile perchè non potrebbe difendersi. Egli credeva espormi tali osservazioni a sostegno della sua tesi, secondo la quale l'accordo doveva essere iniziato ma non condotto a termine prima di ogni operazione.

Il Barone *Burian* ha rilevato poi che senza attenersi alla rigorosa interpretazione data dall'Eccellenza Vostra all'articolo settimo, si avrebbe potuto adottare l'idea a cui Ella alludeva, e che egli accettava in massima, cioè che in determinate circostanze quando lo concordino le due parti e le circostanze del caso lo consiglino, l'accordo possa essere anche formulato in modo condizionale e proporzionando i compensi ai risultati che potranno essere effettivamente conseguiti da un'azione militare da intraprendersi. Ed ha aggiunto che le circostanze speciali per l'Austria-Ungheria consistevano nel fatto cui aveva già accennato, che essa si trovava in guerra con la Serbia ed era esposta agli attacchi di questa Potenza senza potersi difendere qualora avesse dovuto conformarsi all'interpretazione data da Vostra Eccellenza all'articolo settimo ciò che avrebbe messo l'Austria-Ungheria nella situazione impossibile suddetta. E Vostra Eccellenza non avrebbe potuto non convenire con lui in ciò. Proseguendo il Barone *Burian* ha osservato che se le due parti fossero animate da buona volontà, ciò di cui non si poteva dubitare, si avrebbe potuto stabilire in tal modo condizionatamente i più piccoli particolari dell'accordo, in proporzione dei risultati futuri o possibili dell'azione da intraprendersi. Alla vigilia di un'azione militare dalla quale non si poteva sapere quali vantaggi si avrebbero potuto ricavare, non era certamente possibile fissare i compensi. Inoltre adottando l'idea dell'Eccellenza Vostra si sarebbe evitata qualsiasi lungaggine ed impedito che tanto l'Austria-Ungheria quanto l'Italia potessero essere „frustrées“ onde non poteva che associarsi a quell'idea perchè essa avrebbe attenuato le difficoltà che si sarebbero incontrate per arrivare ad un accordo qualora ci si dovesse attenere all'interpretazione suddetta di Vostra Eccellenza. Nel dichiararmi quindi che era disposto di consentire nell'idea stessa e di metterla in pratica, mi ha interessato di pregare Vostra Eccellenza a volergli far conoscere il suo parere al riguardo.

Il Barone *Burian* mi ha informato poi che persisteva nel punto di vista manifestatomi già nel colloquio del 22 corrente che, prima di stabilire i compensi si debbano poter valutare i vantaggi effettivamente ritratti da una determinata azione nei Balcani per parte di uno dei contraenti. Ho fatto osservare al Barone *Burian* che tale suo punto di vista, come gli avevo già fatto conoscere, era contrario non solo allo spirito e alla lettera dell'articolo settimo, ma anche all'interpretazione datavi nel 1912 e 1913 dall'Austria-Ungheria.



Riferendosi a quanto mi aveva detto in proposito nel colloquio suddetto il Darone *Burian* ha detto che la idea accennata dell'Eccellenza Vostra, che credeva fosse nell'interesse dei due Governi di accettare essendo essa pratica, avrebbe potuto eliminare le divergenze di vedute esistenti fra lui e Lei circa tale argomento. Rispondendo poi a quanto gli avevo fatto rilevare che una qualunque proposta di discussione sui compensi che non riguardasse la cessione di territori attualmente posseduti dall'Austria-Ungheria non avrebbe potuto far raggiungere mai quello accordo che dovrebbe precedere l'azione contemplata, il Barone *Burian* ha osservato che doveva riferire a tale riguardo a ciò che mi aveva detto nel colloquio del 22 corrente, che non poteva cioè legarsi fin d'ora circa la base dei compensi, tale questione non avendo per il momento carattere di attualità.

Avendogli allora ripetuto quanto Vostra Eccellenza dichiara nell'ultima parte del suo telegramma, il Barone *Burian* ha ricordato ciò che mi aveva detto nel colloquio del 22, vale a dire che una differenza momentanea di opinioni o di interpretazione non poteva essere considerata come una violazione del Trattato.

*Avarna.*

**MCCCV. II Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 33.**

(Telegramma.)

Roma, 27 febbraio 1915.

Per le ragioni più volte esposte nei miei telegrammi non è possibile, nel caso presente, anticipare una discussione sull'accordo da concludersi antecedentemente a una qualche azione militare dell'Austria-Ungheria contro la Serbia e il Montenegro, ancorchè si dovesse trattare di un accordo che commisuri in tutto o in parte i compensi ai vantaggi eventuali che risultassero effettivamente dall'azione stessa, perchè il R. Governo, per le ragioni ripetutamente svolte, non può accettare nessuna discussione che non prospetti compensi di cessione di territori già oggi posseduti dall'Austria-Ungheria, e su questo punto non è mai riuscito in tre mesi di ottenere una risposta, nemmeno di massima, se cioè il Governo Imperiale e Reale accetti la discussione sopra siffatto terreno; tanto che, per salvaguardare la propria dignità, il R. Governo si è trovato costretto a ritirare qualunque sua proposta di discussione consimile. La circostanza speciale cui fa appello il barone *Burian* perchè l'accordo eventuale abbia ad essere nella fattispecie formulato in modo condizionale e proporzionale, dell'essere cioè l'Austria-Ungheria presentemente già in guerra con la Serbia, non mi pare invocabile nel caso attuale, in cui tale guerra fu iniziata dall'Austria-Ungheria senza alcun precedente concorso con l'Italia, anzi in contrasto con tutti i consigli datile da questa e in opposizione ai suoi maggiori interessi politici. Tutt'al più potrebbe invocarsi tale circostanza per una parte sola dei compensi da pattuirsi, ossia per quelli proporzionali ma non per tutti, poichè il fatto stesso

dell'inizio di nuove operazioni militari nei Balcani, costituirebbe agli occhi nostri un motivo sufficiente per poter richiedere un minimo di compensi territoriali indipendentemente dai risultati che ne conseguissero. Tutto questo però resta sempre subordinato alla questione iniziale di massima, ossia del terreno sul quale dovrebbe vertere ogni discussione di compensi. Finchè l'Austria-Ungheria non manifesta chiari i suoi intendimenti su questa questione di massima, che riguarda la natura degli eventuali compensi, è affatto inutile iniziare di nuovo o prolungare qualsiasi discussione sul quantitativo dei compensi stessi o sul graduarli in tutto o in parte secondo i risultati eventuali delle operazioni militari, perchè tale discussione non potrebbe mai portare ad alcun risultato utile.

*Sonnino.*

**MCCCVI. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 34.**

(Telegramma.)

Vienna, 3 marzo 1915 (ric. il 3).

Mi sono espresso con il Barone *Burian* nel senso delle istruzioni impartitemi con il telegramma di V. E.

Il Barone *Burian* mi ha detto di essere dolente di non potere condividere l'opinione dell'Eccellenza Vostra che la circostanza speciale cui aveva fatto appello, di essere cioè l'Austria-Ungheria già in guerra con la Serbia, non fosse invocabile nel caso presente ed ha aggiunto che non si poteva certamente negare che lo stato di guerra esistesse fra l'Austria-Ungheria e la Serbia.

Ho osservato che era bensì vero quanto affermava, ma egli non poteva neppure disconoscere il buon fondamento delle ragioni dell'Eccellenza Vostra da me espostegli in proposito. D'altra parte egli non doveva dimenticare come a più riprese gli avessi fatto notare che noi eravamo interessati al mantenimento dell'indipendenza politica ed economica della Serbia e dell'equilibrio nei Balcani. Era indubitato che la guerra intrapresa dall'Austria-Ungheria contro la Serbia, che minacciava la sua indipendenza e turbava l'equilibrio suddetto, non poteva essere considerato da noi che come contraria ai nostri vitali interessi. Il Barone *Burian* ha riconosciuto quindi che, prima di iniziare una discussione circa la questione dei compensi, conveniva stabilire la base dei compensi stessi. Ma egli doveva riconoscere in pari tempo che la questione dei compensi in generale, come quella posta dal R. Governo sul terreno della cessione di territori posseduti oggi dalla Monarchia, non aveva carattere di attualità. Onde non poteva pronunziarsi sin d'ora su di essa perchè il Governo I. e R. non era ancora in grado d'intraprendere un'azione militare contro la Serbia. Ho rilevato che mi sembrava che egli non avesse considerato in eguale modo la questione dei compensi quando io gli dichiarai che essa era portata dal Governo I. e R. sulla cessione di territori appartenenti effettivamente all'Austria-Ungheria. In tale occasione egli mi

aveva dichiarato infatti di essere disposto ad entrare in discussione con noi e che era animato dalle migliori disposizioni per arrivare ad un accordo. Ma Barone *Burian* proseguendo ha soggiunto che non appena sarebbe venuto il momento di iniziare contro la Serbia l'azione suddetta, egli non avrebbe mancato di tener presente la nostra dichiarazione e siccome l'azione diplomatica avrebbe proceduto di conserva con l'azione militare nessuna operazione sarebbe stata intrapresa prima che l'accordo fosse iniziato. Ho osservato che la questione dei compensi aveva, a mio parere, non solo carattere di attualità ma anche di urgenza e conveniva riprenderla, ogni ritardo non potendo essere che nocivo.

A questo proposito gli ho fatto osservare che la questione delle eventuali soddisfazioni da darsi da noi alle aspirazioni nazionali primeggia per la sua importanza sopra ogni altro argomento e che tale questione non poteva essere lasciata senza una sollecita risoluzione, perchè dato lo stato d'animo della nostra opinione pubblica, avrebbe potuto produrre gravi pericoli.

Al che Barone *Burian* ha replicato che considerazioni da me esposte gli avevano certamente valore per noi, ma che si doveva pur tener conto in Italia delle considerazioni del Governo Imperiale e Reale. E ha aggiunto che noi avevamo fissato un limite che sarebbe stato raggiunto automaticamente, essendo Austria-Ungheria in guerra colla Serbia. L'azione militare delle truppe austro-ungariche contro quella potenza non poteva tardare a effettuarsi e allora il Governo I. e R. non avrebbe mancato di adempiere agli obblighi assunti e ciò non poteva che rassicurarci del tutto. Ho risposto non sembrarmi che tali sue affermazioni potessero rassicurarci. Infatti egli mi aveva dichiarato in primo luogo di non consentire nell'interpretazione da noi data all'articolo settimo del Trattato di Alleanza, cioè che l'accordo contemplato da tale articolo dovesse essere non solo iniziato ma anche condotto a termine prima di iniziare qualsiasi operazione militare contro la Serbia e il Montenegro. In secondo luogo egli persisteva a non volersi legare fin d'ora circa la base dei compensi che ci competevano, affermando che tale questione non aveva carattere di attualità. Il Barone *Burian* ha soggiunto che era bensì vero che, a parer suo, l'accordo doveva essere solo iniziato e non condotto a termine prima di ogni operazione militare contro la Serbia, ma egli avrebbe fatto il possibile per condurlo a termine e solo se ciò non fosse stato attuabile, l'operazione militare avrebbe dovuto avere il suo corso. Era altresì vero che esso non credeva potersi pronunziare fin d'ora circa la base dei compensi, ma l'avrebbe fatto quando verrebbe il momento opportuno.

Ho risposto al Barone *Burian* che era inutile che egli parlasse di iniziare al momento che egli avrebbe creduto più idoneo una discussione circa l'accordo quando non era disposto a pronunziarsi circa la base dei compensi da noi proposta. Una simile discussione, come già gli avevo fatto conoscere, non avrebbe potuto essere accettata dal Regio Governo per le ragioni che gli avevo svolte a più riprese, se non nel caso solo che essa prospettasse i compensi di cessione di territori oggi posseduti dall'Austria-Ungheria. Il



Barone *Burian* ha replicato che il momento non era ancora giunto, a parere suo, per pronunziarsi sulla questione, ma quando esso sarebbe venuto egli avrebbe tenuto presente tale dichiarazione e avrebbe avuto cura di pronunziarsi al riguardo prima di iniziare i negoziati per l'accordo. Avendo creduto infine di ripetere nuovamente al Barone *Burian* che il R. Governo manteneva la dichiarazione di cui all'ultima parte del telegramma di Vostra Eccellenza, egli mi ha detto che non avrebbe mancato di tenerla presente al momento debito.

Le cose dettemi dal Barone *Burian* dimostrano una volta di più come egli non sia disposto, almeno per ora, a entrare nell'ordine di idee di Vostra Eccellenza relativamente alla questione di massima e all'interpretazione dell'articolo settimo del Trattato di Alleanza.

Le mie conversazioni con lui su questa questione potrebbero prolungarsi all'infinito senza giungere ad alcun risultato pratico giacchè egli formulerebbe sempre nuovi argomenti a sostegno della tesi che propugna. Sarebbe quindi vano, nonostante l'impegno che io vi mettessi, il credere di poter rimuovere da tale linea di condotta il suo atteggiamento.

*Avarna.*

**Nr. MCCCVII. Il Ministro degli affari esteri al Regio Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 35.**

(Telegramma.)

Roma, 4 marzo 1915.

Ritengo io pure che non vi sia nulla da sperare dal prolungare la discussione col Barone *Burian* circa compensi territoriali in relazione con l'articolo settimo. Non parmi però inutile riassumere nettamente i seguenti punti fermi che risultano dalle dichiarazioni da noi successivamente fatte nei colloqui passati:

1. Che nessuna azione militare dell'Austria-Ungheria nei Balcani deve potersi iniziare senza che sia stato antecedentemente portato a termine l'accordo sui compensi, tenendoci noi rigorosamente al testo dell'articolo settimo;

2. Che ogni infrazione di quanto sopra sarà da noi considerata come una aperta violazione del trattato, di fronte alla quale l'Italia riprende la piena sua libertà di azione a garanzia dei propri diritti ed interessi;

3. Che nessuna proposta o discussione di compensi può condurre ad un accordo se non prospetta la cessione di territori già posseduti dall'Austria-Ungheria;

4. Che, valendoci del disposto dell'articolo settimo, esigiamo compensi pel fatto stesso dell'inizio di un'azione militare dell'Austria-Ungheria nei Balcani, indipendentemente dai risultati che tale azione abbia a raggiungere; non escludendo però che si possano stipulare altri compensi sotto forma condizionale e proporzionali ai vantaggi che effettivamente l'Austria-Ungheria riesca a conseguire;

5. Che quella quota fissa di compensi che serve di corrispettivo per l'inizio stesso dell'azione militare indipendentemente dai risultati, dovrà, anziché



tenersi segreta, essere portata ad effetto, col trapasso effettivo dei territori ceduti e l'occupazione loro immediata per parte dell'Italia;

6. Che non ammettiamo alcuna discussione di compensi da parte nostra per la occupazione del Dodecaneso e di Vallona, e ciò per le varie ragioni già esposte al Barone *Burian* da Vostra Eccellenza.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCVIII. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore di Vienna.**

**Grb. 36.**

(Telegramma.)

Roma, 4 marzo 1915.

Il R. Incaricato d'Affari a Cettigne telegrafa che quel Ministro degli Affari Esteri gli ha comunicato quanto segue:

„Stanotte ore 3. cinque torpediniere austriache penetrate porto Antivari. affondato Yacht Reale, hanno sbarcato durante bombardamento marinai con mitragliatrici che sparavano per tenere lontano montenegrini mentre appiccavano fuoco al deposito governativo non riuscendo però bruciarne che una piccola parte. Una persona uccisa tre altre ferite“.

È opportuno che Vostra Eccellenza tenga parola a codesto Ministro degli Affari Esteri di queste operazioni militari delle forze austro-ungariche contro il Montenegro, le quali sono in aperto contrasto con le nostre comunicazioni del 22 febbraio u. s. a. codesto Governo. e con le dichiarazioni del Barone *Burian*.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCIX. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 37.**

(Telegramma.)

Vienna, 7 marzo 1915 (ric. il 7).

Il Barone *Burian* mi ha informato spontaneamente che la sua risposta alla nostra questione di massima non si sarebbe fatta aspettare troppo tempo. Ho osservato che il reciso rifiuto da lui sino ad ora opposto di pronunziarsi su questo argomento, ripetutomi anche nel colloquio del 2 marzo, non autorizzava certamente a sperare che egli mi avrebbe fatto oggi una simile comunicazione. Al che il Barone *Burian* mi ha replicato che non poteva non riconoscere giusta tale mia osservazione, ma che doveva rilevare che nel detto colloquio egli mi aveva affermato che quando sarebbe venuto il momento opportuno si sarebbe pronunziato su questa questione che conveniva non lasciare insoluta per uscire dalla situazione presente.

*Avarna.*

**Nr. MCCCX. Il Ministro degli affari esteri ai RR. Ambasciatori in Berlino e Vienna.**

**Grb. 38.**

(Telegramma.)

Roma, 8 marzo 1915.

Il Principe di *Bülow* mi ha comunicato aver ricevuto dispacci da Berlino in cui dopo averlo informato che Governo Germanico si era adoperato forte-

mente a Vienna per spingere alle trattative dell'Austria-Ungheria con l'Italia, si riteneva di poterlo assicurare che finalmente le disposizioni a Vienna si erano mutate, tantochè vi era fondata speranza che dette trattative potessero arrivare a buon fine.

Risposi che anche il duca *Avarna* mi aveva telegrafato nello stesso senso, avendone avuto notizia dal signor di *Tschirsky* e che inoltre il Barone *Burian* ieri l'altro gli avrebbe detto che sperava presto dargli una risposta sulla questione di massima concernente il terreno sul quale le trattative potessero vertere.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXI. Il Ministro degli affari esteri ai RR. Ambasciatori in Berlino e Vienna.**

**Grb. 39.**

(Telegramma.)

Roma, 9 marzo 1915.

Il Principe di *Bülow* mi ha comunicato un dispaccio ricevuto dal suo Governo del seguente tenore; „Il Barone *Burian* ci ha pregati di dichiarare al governo italiano che l'Austria-Ungheria è pronta a entrare in negoziati con l'Italia, conformemente alla proposta del Barone *Sonnino*, e sulla base della cessione di territorio austriaco. La dichiarazione a farsi al Parlamento Italiano sarebbe da redigersi di concerto con Vienna. Il Barone *Burian* farà il possibile perchè la formula sia redatta di comune accordo nel più breve termine possibile“.

Feci osservare al Principe di *Bülow* che occorreva evitare qualunque equivoco; che io non avevo mai accennato a dichiarazioni da farsi a Parlamento sul fatto dell'apertura di negoziati, ma alla necessità di non tenere segreto l'accordo sui compensi appena fosse stato concluso.

Il Principe di *Bülow* ha scritto l'appunto seguente:

„Il Barone *Sonnino* non ha alcuna obiezione a che, quando l'accordo sarà concluso, la dichiarazione da farsi in proposito al Parlamento Italiano sia concertata col Barone *Burian*, ma egli non ha alcuna intenzione di fare al Parlamento qualsiasi dichiarazione sul fatto dei negoziati avviati nè durante i negoziati stessi.

„Ciò perchè, secondo il Barone *Sonnino*, ogni dichiarazione di tal genere, renderebbe assai più difficile la riuscita dei negoziati, eccitando l'opinione pubblica. Anch'egli desidera che si faccia il più presto possibile“.

Aggiunsi al Principe di *Bülow* che avrei attesa la relazione del duca *Avarna* sul convegno che doveva avere oggi col Barone *Burian*.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXII. Il R. Ambasciatore in Berlino al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 40.**

(Telegramma.)

Berlino, 9 marzo 1915. (ric. il 10).

Il signor di *Jagow* mi ha comunicato in questo momento che il Barone *Burian* lo aveva pregato di farci pervenire la sua risposta affermativa alla

questione di massima da noi posta. Il Governo Austro-Ungarico consente definitivamente in conformità delle domande enunciate dal Regio Governo che la discussione circa i compensi derivanti dall'applicazione dell'articolo VII del Trattato della Triplice Alleanza sia portata sul terreno della cessione di territori oggi appartenenti alla Monarchia. Il Barone *Burian* ha espresso il desiderio di mettersi al più presto possibile in relazione col Regio Ambasciatore a Vienna per prendere accordi circa la dichiarazione che il Regio Governo volesse far al riguardo al Parlamento.

*Bollati.*

**Nr. MCCCXIII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 41.**

(Telegramma.)

Vienna, 9 marzo 1915. (ric. il 9).

Il Barone *Burian* mi ha detto che Governo Imperiale e Reale consentiva a discutere la questione dei compensi di cui all'articolo VII del Trattato di Alleanza sulla base stessa proposta dal Regio Governo, cioè sul terreno della cessione di territori appartenenti alla Monarchia Austro-Ungarica. Ha accennato a questo proposito all'esame accurato a cui tale questione era stata sottomessa da parte del Governo Imperiale e Reale e alle grandi difficoltà che avevano dovute essere superate per arrivare alla decisione suddetta. E ha rilevato che questa era stata presa nel desiderio di addivenire col Regio Governo ad un'intesa al fine di mantenere i buoni rapporti reciproci evitando ogni attrito e rendere così possibile una cooperazione dei due Governi verso scopi comuni di politica generale. Questo punto di vista al quale mi aveva già accennato a più riprese, era quello che l'aveva sempre guidato e esso corrispondeva poi a quanto gli aveva esposto nel primo colloquio avuto con lui il 17 gennaio scorso nel parlargli circa la questione dei compensi delle ragioni logiche e politiche.

Il Barone *Burian* ha osservato poi che i vari particolari riguardanti la questione, come, ad esempio, quelli relativi alla stipulazione dell'accordo preventivo e altre simili, dovevano a suo parere essere esaminati nelle ulteriori nostre conversazioni.

Infine il Barone *Burian* mi ha detto che se V. E. avesse creduto, per ragioni di opportunità, di fare comunicare a pubblico che i due Governi erano già in „pourparlers“ circa la questione dei compensi, egli la pregava di volergli far conoscere in via confidenziale i termini della comunicazione stessa.

Ho risposto che ignoravo quali fossero le intenzioni dell'Eccellenza Vostra, ma supponevo, come mia opinione personale, che Ella desiderasse mantenere il segreto sul fatto che si sta ora negoziando e sull'oggetto dei negoziati, finchè naturalmente questi durano. Ciò nonostante avrei riferito a Vostra Eccellenza la preghiera di lui.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXIV. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 42.**

(Telegramma.)

Roma, 10 marzo 1915.

Il Regio Governo aveva ritirato ogni sua proposta di discussione sui compensi di cui all'articolo VII ma la situazione generale è troppo seria e la materia troppo importante per fare oggi questioni di pura forma e accettiamo la discussione sulla base ormai ammessa dal Governo Imperiale e Reale. Non intendiamo fare nessuna comunicazione al Parlamento e al pubblico intorno all'avviamento dei negoziati.

Tolta di mezzo la divergenza di massima sulla base da darsi ai negoziati, spero che si voglia addivenire sollecitamente alle trattative e condurle innanzi rapidamente per pervenire all'accordo, la cui conclusione deve assolutamente precedere, secondo mie ripetute dichiarazioni, a qualsiasi azione militare austro-ungarica nei Balcani.

Tali trattative debbono farsi direttamente tra i due Governi, senza intervento di terzi.

I punti di partenza da mettersi preventivamente in chiaro sono:

1. assoluto segreto dei negoziati. Ogni indiscrezione riguardo esistenza e andamento loro forzerebbe Regio Governo a ritirare le sue proposte e a rompere le trattative;

2. quando l'accordo sia concluso esso dovrà portarsi immediatamente ad effetto. Altrimenti il Regio Governo mancherebbe della forza politica necessaria per ottenere dal Paese quella ratifica morale che sarebbe indispensabile per l'attuazione dell'accordo concluso;

3. per eliminare nuove questioni ed attriti ed il ripetersi di incidenti incresciosi, e per lasciare insieme la necessaria libertà di movimenti a codesto Governo nella condotta della guerra, occorre che l'accordo investa la intera durata della guerra stessa in quanto riguardi la possibile invocazione dell'articolo VII.

Quando codesto Governo accetti queste basi, ci dichiariamo pronti a specificare le nostre domande restringendoci a quel minimo di compensi che riteniamo indispensabile per raggiungere gli scopi stessi dell'accordo invocato, cioè di eliminare durevolmente tra i due Stati le occasioni di attriti creando tra essi una situazione normale di cordialità e di possibile cooperazione verso comuni intenti di politica generale.

E pel grande e comune interesse di addivenire rapidamente ad un accordo, eliminando fin da principio ogni sospetto di volute dilazioni e lungaggini, proporrei che si stabilisse un termine di un paio di settimane per la durata delle trattative, trascorso il quale senza che si sia arrivati ad una conclusione ogni proposta fatta da una delle parti s'intenderebbe ritirata e come non avvenuta e si tornerebbe allo statu quo ante di reciproca libertà.

*Sonnino.*



**MCCCXV. Il Regio Ambasciatore in Vienna al ministro degli affari esteri.****Grb. 43.**

(Telegramma.)

Roma, 10 marzo 1915 (ric. il. 13.

Ho esposto al Barone *Burian* i vari punti contenuti nel telegramma del 10 marzo esprimendomi con lui nel senso delle istruzioni impartitemi da Vostra Eccellenza.

Il Barone *Burian* mi ha detto che prendeva atto delle intenzioni di Vostra Eccellenza di non fare al Parlamento e al pubblico nessuna comunicazione interna all'avviamento dei negoziati. Quanto alla dichiarazione fatta a più riprese da Vostra Eccellenza che conclusione dell'accordo doveva assolutamente precedere qualsiasi operazione militare austro-ungarica nei Balcani, il Barone *Burian* ha rilevato che non poteva cambiare d'opinione circa l'interpretazione dell'articolo VII del Trattato di Alleanza di cui aveva avuto occasione di farmi conoscere le ragioni in precedenti conversazioni. Io ho osservato che l'obiezione da lui addotta per non consentire accordo non fosse condotto a termine prima di ogni operazione militare nei Balcani non mi sembrava avere ora nessun fondamento dopo la speranza manifestata da Vostra Eccellenza che si addivenga sollecitamente alle trattative dell'accordo e che queste siano condotte innanzi rapidamente. Al che il Barone *Burian* ha replicato che riconosceva che quella sua obiezione era infatti eliminata dalle considerazioni esposte da Vostra Eccellenza secondo cui sarebbe da stabilirsi da entrambe le parti un termine durante il quale i negoziati per l'accordo dovevano essere terminati. Onde si sarebbe adoperato secondo le intenzioni di Vostra Eccellenza a condurre i negoziati stessi in modo sollecito per arrivare possibilmente ad un accordo.

Quanto ai tre punti di partenza da mettere in chiaro preventivamente il Barone *Burian* mi ha detto:

1. che accettava di mantenere il segreto assoluto intorno ai negoziati a condizione di tener al corrente la Germania per le ragioni suddette;

2. che l'articolo 7 se prevedeva che accordo fosse preventivo non prevedeva però che la sua esecuzione fosse preventiva poichè in tal modo si verrebbe a forzare il senso dell'articolo stesso e ciò in tesi generale. Ho rilevato che se egli ammetteva che l'accordo dovesse essere preventivo e non contemporaneo e consecutivo all'azione, non poteva non ammettere in pari tempo che la sostanza dell'accordo stesso in cui si determinavano i compensi non fosse da considerarsi alla stregua stessa. Per cui la quota fissa dei compensi che servirebbero di corrispettivo per l'inizio stesso delle operazioni militari nei Balcani indipendentemente dai risultati, doveva non già tenersi segreta ma essere portata ad effetto con trapasso effettivo dei territori ceduti e occupazione loro immediata da parte dell'Italia. Io gli avevo già comunicato le considerazioni d'ordine politico che rendevano necessario il trapasso effettivo dei territori ceduti. D'altra parte credevo ricordargli quanto gli avevo fatto conoscere nel primo colloquio avuto con lui il 17 gennaio che cioè, per dirigere

l'opinione pubblica italiana e renderla favorevole all'accordo, bisognava farle presente sino dall'inizio un minimo di vantaggi sicuri e tangibili e non dipendenti solo da eventualità incerte e remote. Il Barone *Burian* ha replicato che nel caso che ci occupava sarebbe stato impossibile al Governo Imperiale e Reale di ammettere il trapasso di alcun territorio della Monarchia prima della conclusione della pace, e ciò per considerazioni diverse che erano imperiose per la natura stessa delle cose. Ha aggiunto che le ragioni di politica interna da me svolteglì potevano avere valore interno per noi, ma che esistevano pel Governo Imperiale e Reale ragioni tali dalle quali esso non poteva dal canto suo dipartirsi.

Ed ha concluso con manifestare la speranza che il Regio Governo non si sarebbe rifiutato di esaminare di nuovo questo secondo punto. Quanto al terzo punto il Barone *Burian* mi ha detto che si associava interamente a quanto Vostra Eccellenza esprimeva in esso, che l'accordo cioè dovesse investire l'intera durata della guerra in quanto riguarda la possibile invocazione dell'articolo sette. Infine circa la proposta dell'Eccellenza Vostra di stabilire un termine di un paio di settimane per la durata delle trattative il Barone *Burian* ha osservato che se l'indicazione di tale termine era l'espressione del desiderio di Lei che i negoziati fossero condotti in modo rapido egli condivideva interamente tale suo parere, ma egli sembrava che sarebbe stato ben difficile fissare fino da principio un numero determinato di giorni. Nel corso del colloquio il Barone *Burian* avendo accennato incidentalmente alle sue controposte di compensi per le nostre occupazioni di Valona e del Dodecaneso, ho creduto dichiarargli che per le ragioni già espostegli noi non potevamo ammettere alcuna discussione di compensi da parte nostra per quelle occupazioni. Al che il Barone *Burian* ha replicato che manteneva il suo diritto a compensi per tali occupazioni che risultava dall'articolo sette, e che sarebbe ritornato a suo tempo sulle medesime.

Siccome Vostra Eccellenza avrà rilevato il Barone *Burian* si è espresso meco circa il punto secondo in termini così espliciti da far dubitare che egli possa modificare in seguito il parere manifestatomi in proposito, di non consentire cioè a che l'accordo quando sia concluso venga portato immediatamente ad effetto.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXVI. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore di Vienna.**

**Grb. 44.**

(Telegramma.)

Roma, 13 marzo 1915.

Devo constatare che il colloquio col Barone *Burian* riferitomi da Vostra Eccellenza lascia poco adito alla speranza di potere non che portare presto a compimento, ma nemmeno iniziare una discussione sulle cessioni di territori già posseduti dall'Austria-Ungheria.

Potrei oggi anche sorvolare sulla prima seria divergenza intorno alla interpretazione da darsi alle parole „accord préalable“ dell'articolo 7, poichè certamente se le trattative presenti, che dovrebbero investire tutta la durata della guerra, potessero portarsi rapidamente a conclusione, non potrebbe sprgere per molto tempo quel caso ipotetico su cui verte il dissenso, cioè di un'azione militare intrapresa nei Balcani prima che un accordo sia stato concluso benchè già se ne fosse iniziata la discussione.

Nessuna obiezione avrei da fare a che, restando fermo che le trattative si abbiano a condurre direttamente tra i Governi austro-ungarico e italiano, se ne tenga però via via informato quello germanico.

Quanto alla durata del termine da prefiggersi alla discussione, è inutile fermarsi sopra fintantochè apparisce irriducibile l'altra sostanziale divergenza sul principale dei punti che nel precedente mio telegramma indicavo come condizioni sine qua non per l'inizio di una discussione, ossia il patto preventivo della immediata attuazione dell'accordo cui si potesse arrivare. Come già spiegai, questa condizione apparisce per noi essenziale, inquantochè senza di essa nessun Governo oggi in Italia potrebbe aver la forza politica necessaria per garantire il pratico mantenimento degli'impegni che assumesse. Onde più che inutile, dannoso sarebbe l'inoltrarsi in trattative di eventuali reciproche obbligazioni di cui non si potrebbe poi garantire la esecuzione effettiva.

Non mi fero nemmeno sulla insistenza per parte del Barone *Burian* nell'invocare oggi l'articolo 7 per le nostre occupazioni del Dodecanneso e di Vallona. Per le ragioni già esposte il Regio Governo non può accettare la discussione su questi temi. Ma detta insistenza può servire di riprova della poca probabilità di riuscita che avrebbe oggi la ripresa delle trattative in genere sui compensi di cui all'articolo 7, date le attuali disposizioni d'animo del Governo Imperiale e Reale.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXVII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 45.**

(Telegramma.)

Vienna, 16 marzo 1915 (ric il 16).

Ho esposto al Barone *Burian* quanto Vostra Eccellenza fa conoscere in ordine alle dichiarazioni da lui fattemi nel precedente colloquio e nello insistere sul principale dei punti del quale gli avevo parlato nel detto colloquio, relativo al patto preventivo dell'immediata attuazione dell'accordo a cui si potesse arrivare, mi sono espresso nel senso del telegramma medesimo. Il Barone *Burian* mi ha detto per ciò che riguarda l'interpretazione da darsi alle parole „accord préalable“ che sebbene non potesse modificare la sua opinione circa quell'interpretazione poteva tuttavia dichiararmi che una volta iniziate le trattative per addivenire ad un accordo egli non le avrebbe turbate, evitando di fare qualsiasi azione militare nei Balcani du-



rante il termine da stabilire di comune accordo per la durata delle trattative stesse. Quanto al patto preventivo dell'immediata attuazione dell'accordo, il Barone *Burian* ha ricordato ciò che mi aveva nel colloquio di venerdì scorso che l'articolo VII del Trattato di Alleanza parlava d'accordo preventivo ed ha aggiunto che la realizzazione dei compensi per parte di uno dei contraenti doveva essere simultanea coi vantaggi che l'Italia contraente si sarebbe assicurata. Egli non poteva quindi che persistere nella dichiarazione fattami nel detto colloquio, essere cioè impossibile il trapasso del territorio della Monarchia prima della conclusione della pace.

Ho replicato che il rifiuto per parte sua di impegnarsi preventivamente a portare ad effetto l'accordo appena concluso, rendeva inutile l'inizio di qualsiasi discussione giacchè tale impegno preventivo doveva essere considerato come condizione sine qua non per l'inizio della discussione stessa.

A questo proposito dovevo ricordargli che tale condizione era per noi essenziale, giacchè senza di essa nessun Governo in Italia potrebbe avere la forza politica necessaria per garantire il pratico mantenimento degli impegni da assumersi. Onde non solo inutile ma anche dannoso sarebbe l'inoltrarsi in trattative di eventuali reciproche obbligazioni di cui non si potrebbe poi garantire l'esecuzione effettiva.

Al che il Barone *Burian* ha soggiunto che oltre alle diverse considerazioni di natura imperiosa già accennatemi, che non permettevano al Governo Imperiale e Reale di prendere l'impegno preventivo di cui si tratta, ne esistevano altre di ordine morale e legale. Le prime riguardavano la dignità del Sovrano e il prestigio della Monarchia come grande Potenza, le seconde riguardavano il trapasso immediato di territori da cedere, il quale non poteva essere effettuato in via amministrativa.

A queste considerazioni che rendevano impossibile l'attuazione immediata dell'accordo, appena concluso, si doveva poi aggiungere la circostanza che il Governo Imperiale e Reale non poteva certamente decidere durante la guerra della sorte di popolazioni i cui figli combattevano ora per l'integrità della Monarchia.

Il Governo Imperiale e Reale aveva acconsentito a discutere la questione dei compensi sulla base proposta dal R. Governo, ma i vari membri del Governo stesso erano già d'accordo di non ammettere il trapasso immediato dei territori da cedere, i quali dovevano essere rimessi alla fine della guerra.

Sulla base suddetta il Governo Imperiale e Reale era sempre disposto ad entrare in trattative con il R. Governo ed esso era animato a tale riguardo dalle migliori disposizioni. La condizione però del R. Governo rendeva difficile la situazione ed aggravava vieppiù il grande sacrificio che il Governo Imperiale e Reale era pronto di fare allo scopo di giungere ad una intesa amichevole e completa con l'Italia.

Il Barone *Burian* ha concluso col dirmi che il Governo Germanico divideva interamente l'opinione di lui circa la questione del trapasso imme-



diato dei territori da cedere. E la domanda rivolta in proposito dal R. Governo al Governo Imperiale e Reale era considerata come non discutibile dal Governo germanico.

Ho replicato al Barone *Burian* che io non potevo che riferirmi a tale riguardo a quanto gli avevo già esposto circa il patto preventivo dell'immediata attuazione dell'accordo concluso, che era considerato del R. Governo come condizione „sine qua non“ dell'inizio della discussione ed al quale esso non credeva potere dipartirsi.

Infine per ciò che riguarda le nostre occupazioni di Vallona e del Dodecaneso il Barone *Burian* ha dichiarato che manteneva il diritto ai compensi che competevano al Governo Imperiale e Reale, perchè esso era basato sullo articolo VII del Trattato della Triplice Alleanza.

Non credeva però di insistere sulla questione, tanto più che non aveva formulato ancora i compensi precisi. In questo momento egli non aveva alcuna intenzione di intralciare il negoziato ed era invece animato dal desiderio che esso potesse continuare ed arrivare ad un risultato.

Nonostante le nuove e vive insistenze da me fatte ripetutamente presso il Barone *Burian* per indurlo a entrare nell'ordine d'idee di Vostra Eccellenza egli ha persistito nel suo modo di vedere riguardo all'immediata attuazione dell'accordo, dal quale non sembra che voglia dipartirsi a giudicare dal modo con cui si è espresso meco.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXVIII. Il Ministro degli affari esteri ai RR. Ambasciatori in Berlino e Vienna.**

**Grb. 46.**

(Telegramma.)

Roma, 17 marzo 1915.

Il Principe *di Bülow* venuto a vedermi il 15 corrente si mostrò molto preoccupato per le notizie giuntegli dello stato delle nostre trattative con Vienna, e delle condizioni preventive da noi esposte al Barone *Burian*.

La condizione che soprattutto lo impensierisce, perchè la ritiene tale da rendere impossibile un accordo, è quella intorno alla immediata esecuzione da darsi alla cessione dei territori che venisse concordata. Non crede si possa esigere questo dall'Austria. Nella storia non esservi un precedente consimile; cita Nizza e Savoia la cui trasmissione venne fatta dopo la guerra. Questa condizione, messa ora da noi, essere nuova. Il Governo austriaco accettò la nostra proposta che l'accordo non dovesse rimanere segreto dopo la sua conclusione e fino al termine della guerra. Una volta concluso l'accordo aver noi la maggiore garanzia per la sua esecuzione, nelle firma di S. M. l'Imperatore d'Austria. E poi ci sarebbe la garanzia della Germania, mediatrice e approvante l'accordo.

La consegna immediata dei territori ceduti provocherebbe una rivoluzione a Vienna. Occorre per le cessioni di territori l'approvazione dei Parlamenti. E oggi un Parlamento austro-ungarico reagirebbe contro ogni proposta simile.

Risposi che la condizione era stata da noi indicata come indispensabile, inquantochè se la cessione effettiva dei territori in questione venisse rinviata a dopo la pace, nessun Governo potrebbe garantire per tutta la durata della guerra di contenere gli impulsi guerreschi del paese.

Ogni fatto di guerra, ogni oscillazione nelle vicende della lotta darebbe luogo a sospetti, ad agitazioni, a tumulti.

Il caso di Nizza e Savoia non è paragonabile all'attuale; là si trattava di concessioni da farsi condizionatamente agli acquisti effettivi di territorio per parte del Piemonte, e il patto intercedeva tra coloro che dovevano essere compagni d'arme.

Il soldato Nizzardo e Savoiaro seguitava a combattere durante la guerra dalla stessa parte e contro lo stesso nemico, si facesse o no la cessione. Quale invece sarebbe nella guerra attuale la condizione dei soldati appartenenti ai territori ceduti? Se essi disertassero con quale giustizia si potrebbero punire? Come avrebbe potuto l'opinione pubblica in Italia non sollevarsi contro la dura sorte loro imposta di seguitare a combattere e morire per una causa non più loro?

Non era questa dell'immediata esecuzione una condizione nuova messa da noi. Averne io parlato allo stesso Principe di *Bülow* fin dalle prime nostre conversazioni, discorrendo appunto dei soldati sotto le bandiere austriache.

L'argomento addotto dalla necessità della sanzione del Parlamento austro-ungarico essere un'arma a due tagli. Oggi avere l'Imperatore pieni poteri. Ogni stipulazione, di cui l'esecuzione e la stessa validità rimanessero sospese, giustificava ogni diffidenza del pubblico italiano. A guerra finita se il Parlamento negasse la sua sanzione alle cessioni concordate, nulla ci sarebbe di fatto, e l'Italia sarebbe rimasta delusa.

Il Principe di *Bülow* soggiunse che egli era moralmente convinto che all'infuori di questa condizione dell'immediata esecuzione si arriverebbe ad un accordo tra l'Austria-Ungheria e l'Italia relativamente alla questione territoriale; ma non ritenere possibile l'intesa su questo punto. Accennò a tutte le terribili conseguenze, nell'avvenire prossimo e lontano, di una rottura tra l'Italia e la Germania.

Proponeva in ultimo che, per ora, si lasciasse da parte la discussione su questa condizione dell'immediata esecuzione, rimettendola a dopo che si fosse fatta l'intesa su tutti gli altri punti da discutere.

Egli è convinto che così si potrebbe ancora arrivare ad una conclusione, „a meno che, egli diceva, siate già decisi a fare la guerra, ed entro il marzo.“

Replicai che io gli avevo esposto francamente la mia opinione; ma che non potendo prendere su di me solo la responsabilità di una decisione, avrei riferito con tutta sincerità ed obiettività le sue argomentazioni al Presidente del Consiglio.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXIX. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 47.**

(Telegramma.)

Roma, 17 marzo 1915.

Il Barone *Burian* opponendosi al patto dell'esecuzione immediata, ha aggiunto „che la realizzazione dei compensi per parte di uno dei contraenti doveva essere simultanea ai vantaggi che l'altro contraente si sarebbe assicurato.“ Ma ponendo così la questione cade il punto di partenza che pareva accettato di cessioni territoriali dateci come compenso della libertà d'azione da accordare all'Austria-Ungheria per tutta la durata della guerra, qualunque siano i risultati di questa. Subordinando i compensi ai vantaggi sparisce il forfait preventivo e definitivo che si voleva concludere. Invece l'esecuzione immediata è logicamente insita in un accordo così concepito.

Il Barone *Burian* avrebbe detto „che il Governo Imperiale e Reale non poteva certamente decidere durante la guerra della sorte di popolazioni i cui figli combattevano ora per l'integrità della Monarchia.“ Non è possibile che questa affermazione riproduca esattamente l'intimo pensiero del Barone *Burian*, poichè altrimenti non servirebbe a nulla negoziare un accordo riguardante cessione di territori già posseduti dalla Monarchia, quando la parte cedente non ritenesse di poter decidere intorno alle cessioni stesse e alla sorte delle relative popolazioni.

Riguardo alla esecuzione immediata degli accordi, visto che il Governo Imperiale e Reale ha accettato il punto che detti accordi abbiano ad essere resi pubblici appena conclusi, non so rendermi piena ragione del suo pertinace rifiuto ad ammettere la sollecita attuazione. L'effetto morale e politico che le cessioni di territorio potrebbero produrre sul pubblico austro-ungarico in generale, e su quello viennese in ispecie (vedi quanto diceva il Principe di *Bülow*) si scontrerà subito all'indomani della loro divulgazione; e d'altro canto per la difesa generale dell'Impero ogni diminuzione nelle file dei combattenti prodotta dal rilascio dei soldati provenienti dai territori ceduti, verrebbe più compensata dalla più libera disposizione delle forze rimanenti, per effetto della cresciuta sicurezza risultante dagli accordi conclusi.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXX. Il Ministro degli affari esteri ai Regi Ambasciatori in Berlino e Vienna.**

**Grb. 48.**

(Telegramma.)

Roma, 17 marzo 1915.

Il Principe di *Bülow* venuto oggi a vedermi ha cominciato col rilevare il grave pericolo che le trattative tra l'Austria-Ungheria e l'Italia abortiscano per effetto della condizione da noi apposta della immediata esecuzione. Ha detto poi che l'Imperatore di Germania potrebbe anche garantire l'esecuzione dello accordo per dopo la guerra.

Risposi svolgendo le varie ragioni per cui dobbiamo insistere nella nostra domanda: ragioni che tengono conto delle condizioni generali dell'opinione in Italia, così come di quelle austriache. Gli ho fatto osservare come sia difficile fissare un terreno fermo sul quale negoziare col Governo austriaco: rilevandogli le parole dette il 15 corrente dal Barone *Burian* al Duca *Avarna* con cui egli sembra voler far sempre dipendere la cessione di territori austriaci all'Italia dall'effettivo conseguimento di vantaggi per parte dell'Austria alla fine d'una guerra vittoriosa. Il Principe di *Bülow* ha appuntato quanto segue:

«Il Barone *Sonnino* mi fa osservare che il vantaggio che realizzerebbe l'Austria-Ungheria fin da ora mediante l'accordo consiste nella garanzia che otterrebbe dalla neutralità dell'Italia durante tutta la guerra. Il Barone *Burian* invece sembra subordinare ogni cessione effettiva di territorio all'Italia alla condizione che l'Austria realizzi effettivamente degli acquisti territoriali e altri vantaggi alla fine della guerra.

Il modo di vedere del Barone *Burian* rende impossibile un accordo quale verrebbe inteso dal Barone *Sonnino*, cioè un accordo avente la natura di un forfait: cessione di territorio attualmente austriaco da un lato, contro garanzia di neutralità per la durata della guerra dall'altro, quale che sia per essere l'esito della guerra stessa.»

Dissi al Principe di *Bülow* che io non intendevo precipitare nulla, ma che non prenderei più alcuna iniziativa nè farei proposte; che se il Governo austro-ungarico desiderava che si venisse a qualche conclusione facesse lui delle proposte nette e chiare, le più larghe possibili perchè ci fosse una probabilità di riuscita.

Il Principe di *Bülow* disse che avrebbe riferito quanto sopra a Berlino.  
*Sonnino.*

#### **Nr. MCCCXXI. Il Ministro degli affari esteri ai Regi Ambasciatori in Berlino e Vienna.**

**Grb. 49.**

(Telegramma.)

Roma, 20 marzo 1915.

Il Principe di *Bülow* mi annunzia, dietro istruzioni del Cancelliere *Bethmann Hollweg*, dopo udienza avuta dall'Imperatore Guglielmo, „di essere stato incaricato di dichiarare che il Governo Imperiale Germanico assume di fronte al Governo Reale d'Italia la piena ed intera garanzia che la convenzione da concludersi tra Italia e l'Austria-Ungheria sarà messa in esecuzione fedelmente e lealmente appena che la pace sarà conclusa.“

Inoltre il signor *von Jagow* gli comunica: essere corsa voce che l'Austria-Ungheria ancora oggi non vorrebbe l'accordo con l'Italia e desidera tirare in lungo i relativi negoziati. Il signor *von Jagow* è convinto non essere in questa voce nulla di vero. L'Imperatore *Francesco Giuseppe* dopaver presa la grave risoluzione la manterrà lealmente. L'Ambasciatore signor *di Tschirsky* telegrafavagli da Vienna che il Barone *Burian* ha la seria inten-



zione d'arrivare il più presto possibile, sulla base di una cessione di territorio, a un accomodamento con l'Italia, come base di rapporti da ora in poi fiduciosi e amichevoli tra i due paesi.

Quanto alle garanzie da dare all'Italia per una fedele esecuzione del Trattato, egli è pronto a discutere ancora col Duca *Avarna*. Il signor *von Jagow* ritiene „essere incontestabile che il Barone *Burian* è disposto alle cessioni di territorio, e come corrispettivo (gegenleistung) non domanda che la rinunzia dell'Italia alle domande basate sull'articolo VII.“ *Jagow* aggiunge che con ciò gli sembra che si sia trovata la base ai negoziati, restando chiarito „che l'Austria-Ungheria consente a far cessione di territorio austro-ungarico, e che essa non chiede all'Italia altra cosa che il mantenimento della neutralità assoluta durante la guerra.“

Egli ha l'impressione che le parole del Barone *Burian* relative al Dodecaneso e le altre sue frasi di tenore incerto erano intese piuttosto a spiegare i suoi punti di vista riguardo al passato, e che non hanno un valore pratico. Il Principe *Bülow* ci esortava a far riprendere le conversazioni tra il Barone *Burian* ed il Duca *Avarna* a Vienna.

Risposi riaccennando ad alcune tra le principali ragioni, già espostegli nella nostra ultima conversazione, che rendono indispensabile la immediata attuazione dell'accordo che venisse concluso.

*Sonnino.*

## **Nr. MCCCXXII. Il Ministro degli affari esteri ai Regi Ambasciatori in Berlino e Vienna.**

**Grb. 50.**

(Telegramma.)

Roma, 20 marzo 1915.

Il Barone *Macchio* mi ha chiesto a che punto sono le cose a Vienna.

Gli ho riferita la storia delle trattative fino ad oggi; la questione intorno alla attuazione immediata o differita dello accordo da concludersi avere arrestato tutto. Il Principe *di Bülow* aver suggerito di rinviare questo punto impregiudicato e di discutere intanto il resto. Non mi ci opponevo, per quanto nutrissi il dubbio che senza la risoluzione della questione dell'attuazione, la discussione restasse sempre campata in aria. A ogni modo consentivo che si riprendesse la conversazione a Vienna, se il Barone *Burian* faceva proposte precise e concrete su cui essa potesse vertere.

Il Barone *Macchio* credeva utile definire prima la questione intorno all'attuazione durante o dopo la guerra. Egli sosteneva l'impossibilità che essa fosse immediata. Gli accennai a varie difficoltà gravissime che si opponevano all'attuazione differita. Gli svolsi la questione relativa alla necessità dell'approvazione parlamentare. Alla fine della guerra la parte che si sarebbe impegnata alla neutralità avrebbe già prestato tutto quanto doveva e poteva prestare, sia che il suo Parlamento approvasse o no l'operato del Governo: mentre l'altra parte invece non avrebbe fatto nulla fuorchè assumere un impegno di cessione territoriale condizionata al consenso parlamentare, impegno che si risolveva in nulla se questo consenso non venisse dato.

Accennai pure all'altra gravissima questione dei soldati che dovrebbero seguitare a battersi per una causa che non è più la loro. Come lo potrebbe tollerare l'opinione pubblica? In Austria vigeva il sistema territoriale che rendeva più facile il rinvio dei soldati per regioni di provenienza.

Il Barone *Macchio* riconobbe la ragionevolezza della prima questione relativa alla dipendenza dell'impegno dalla sanzione parlamentare; l'avrebbe riferita al Barone *Burian* perchè questi escogitasse e proponesse qualche altra garanzia.

Pei soldati disse che il loro rinvio durante la guerra disorganizzerebbe l'esercito. Esservi anche molte difficoltà di ordine amministrativo pel passaggio dei territori durante le ostilità.

Concluse che si proponeva di riprendere queste conversazioni che potevano riuscire utili, benchè il Barone *Burian* intendesse che le trattative fossero condotte a Vienna.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXXIII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 51.**

(Telegramma).

Vienna, 21 marzo 1915 (ric. il 21).

Ho intrattenuto il Barone *Burian* del contenuto dei telegrammi di Vostra Eccellenza esprimendomi con lui nel senso dei telegrammi stessi.

Il Barone *Burian* ha ritenuto innanzi tutto che la frase da lui dettami nel colloquio de 15 corrente secondo cui „la realizzazione dei compensi per parte di uno dei contraenti doveva essere simultanea ai vantaggi che l'altro contraente si sarebbe assicurati“ aveva dato luogo ad un equivoco da parte di Vostra Eccellenza, del quale era stato già informato da questo Ambasciatore di Germania.

Egli ha detto quindi che nel suo pensiero la parola „simultanea“ non doveva essere interpretata nel senso che i compensi da attribuire ad uno dei contraenti fossero subordinati ai vantaggi che l'altro avrebbe ritratto. A questo proposito mi ha dichiarato che se accordo fosse concluso ora, prima cioè di qualsiasi azione militare dell'Austria-Ungheria nei Balcani, le stipulazioni dell'accordo tacitamente riferentesi ai compensi conserverebbero la loro validità e sarebbero realizzate alla fine della guerra indipendentemente dai risultati dell'azione militare suddetta.

Il Barone *Burian* mi ha informato poi che prenderà atto dell'idea di un accordo avente la natura di un „forfait“ concepito nei termini stessi indicati dall'Eccellenza Vostra, ma che non poteva pronunziarsi su di essa nè accettarla neppure in massima, prima di conoscere in modo particolareggiato le domande del R. Governo relative all'oggetto dei compensi, prima che egli stesso avesse occasione di formulare dal suo lato le sue condizioni.

Quanto all'affermazione dell'Eccellenza Vostra che l'esecuzione immediata era logicamente insita in un accordo simile, il Barone *Burian* ha osservato che non poteva ammettere che quel corollario fosse giusto.

Del resto egli persisteva ad affermare, per le ragioni già espostemi sul principio, che la cessione di territori della Monarchia che sarebbe fatta in virtù dello accordo da stipularsi, non poteva essere effettuata che dopo la conclusione della pace.

Per ciò che riguarda la sanzione per parte dei Parlamenti di Austria e Ungheria, il Barone *Burian* ha osservato che non vi era alcun dubbio che l'accordo che sarebbe stipulato verrebbe approvato dai Parlamenti, che non potevano respingere un atto avvenuto in seguito ai pieni poteri che aveva Sua Maestà l'Imperatore.

Avendo comunicato al Barone *Burian* quanto Vostra Eccellenza fece conoscere al Principe *Bülow*, egli mi ha detto che faceva la proposta di entrare in negoziati col Regio Governo e che di ciò aveva già fatto informare il Barone *Macchio*. Egli pregava quindi Vostra Eccellenza di voler seguire il programma che si era proposto nel tempo, di formulare cioè le sue domande e che dal canto suo Le avrebbe fatto conoscere le sue risposte e le sue condizioni.

Ed ha aggiunto che sperava che Vostra Eccellenza sarebbe rivenuta sulla sua deliberazione di non prendere alcuna iniziativa e di non fare proposte, che supponeva fosse stata motivata dal malinteso ora chiarito.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXXIV. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 52.**

(Telegramma.)

Roma, 22 marzo 1915.

Prendo atto, oltrechè degli schiarimenti forniti dal Barone *Burian* riguardo ad alcune precedenti sue frasi che davano luogo a interpretazioni dubbie, della sua formale proposta di entrare in negoziati col Regio Governo.

Duolmi però assai che egli non si renda pieno conto della reale impossibilità per qualunque Governo in Italia di assumere seriamente impegni vincolanti la propria libertà d'azione per una oggi indefinita ma certamente lunga durata di tempo, contro sole promesse di cessioni territoriali che non abbiano ad effettuarsi senonchè alla fine della presente guerra. Inoltre apparisce evidente che la prospettiva di una esecuzione immediata avvalorerebbe fortemente presso l'opinione pubblica la tesi favorevole alla moderazione nelle domande di cessioni, mentre ogni differimento inciterebbe a maggiori esigenze.

Con tuttociò mi professo pronto, come già dichiarai al Principe di *Bülow* e al barone *Macchio*, ad esaminare seriamente qualunque proposta concreta voglia farci il Governo Imperiale e Reale, e nell'intento di facilitare la discussione. Aggiungo che sarei anche disposto a considerare come non mai fatta a tutti gli effetti futuri, ogni proposta che venisse messa innanzi ma che non fosse da noi concordata.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXXV. Il Ministro degli affari ai RR. Ambasciatori in Berlino a Vienna.**

**Grb. 53.**

(Telegramma.)

Roma, 23 marzo 1915.

Il Barone *Macchio*, che ho veduto stamane, mi ha detto di aver ricevuto due telegrammi del Barone *Burian* intorno alle conversazioni avute con il Duca *Avarna*. Concordano con le cose riferite da questi. Il Barone *Burian* suppone che chiarito l'equivoco intorno alle parole da lui dette antelormente io abbia a formulare le domande dell'Italia; tanto più che l'esecuzione dell'accordo alla fine della guerra verrebbe garantito anche dalla Germania.

Gli ho risposto che mi tengo alla situazione che ho esposta al Duca *Avarna* anche nel telegramma di ieri. Prendo atto della proposta del Barone *Burian* di aprire negoziati; mantenendo però tutti i miei dubbi sulla possibilità di arrivare ad una intesa finchè non sia concordata l'immediata esecuzione di quanto venisse convenuto, onde non posso per ora fare proposte o prendere iniziative. Ma ascolterò ed esaminerò con cura qualunque proposta che voglia mettere innanzi il Barone *Burian*; il dichiarando pure, allo scopo di facilitargli la via, di considerare come non fatta qualunque proposta che non venisse accolta; e di mantenere il segreto su tali proposte e sui negoziati relativi.

Tornai quindi a spiegare al Barone *Macchio* in amichevole conversazione le molte ragioni pratiche che giustificano la grande importanza che il Regio Governo dà alla questione della immediata esecuzione di qualunque accordo, cioè dell'immediato trapasso dei territori che si convenisse dovere l'Austria-Ungheria cedere all'Italia, e ciò anche per essere completamente sicuro di poter mantenere per tutta la indefinita durata della guerra l'impegno di neutralità che assumesse.

L'Austria-Ungheria tiene già oggi nei territori di cui può essere questione un numero maggiore di soldati di quanti non dovrebbe licenziare il giorno che quei territori venissero effettivamente ceduti; e dato il reclutamento territoriale non sarebbe più difficile concentrare sollecitamente entro detti territori tutti i militari che vi appartengono per nascita o residenza, di quel che non sia il rinviare a casa una classe. Nè ciò può disorganizzare l'esercito. All'incontro il mantenimento sotto le armi per parte dell'Impero di 40 a 50.000 uomini appartenenti a territori di cui è già stata statuita la cessione all'Italia, darebbe luogo a mille incidenti quotidiani, a inaudite difficoltà e ad una continua reazione dell'opinione pubblica.

Anche la questione parlamentare austro-ungherese aveva non poca importanza. È possibile che l'opinione pubblica consenta con rassegnazione la cessione di territori contro il vantaggio di acquistare con ciò una maggiore libertà d'azione e di non avere a difendere tutta una linea di confini; ma ciò finchè dura la speranza di conseguire la vittoria.

Voglio credere che l'Austria vittoriosa manterrebbe fedelmente alla fine della guerra il patto che le avrebbe in certo modo giovato per trionfare; ma



è contrario alla natura umana che il pubblico austriaco, e con esso il Parlamento, il giorno in cui uscisse sconfitta dalla guerra e in cui dovesse cedere al nemico vincitore alcune provincie non si inalberasse contro il rilascio di altri territori a beneficio di chi non ha preso parte alla lotta e quando i fatti dimostrano che la sua astensione non ha bastato per assicurare l'esito felice della guerra. La garanzia della Germania vale pel caso di una Germania vincitrice, il che presuppone la vittoria anche dell'Austria, ma avrebbe minor valore nell'ipotesi che ambedue venissero disfatte.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXXVI. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 54.**

(Telegramma.)

Vienna, 24 marzo 1915 (ric. il 24).

Il Barone *Burian* mi ha detto che non era esatta l'affermazione che la cessione di territori che sarebbe fatta alla fine della guerra fosse condizionata e dipendente dall'approvazione che i Parlamenti di Austria-Ungheria dessero all'accordo stipulato in proposito tra i due Governi. Siccome ogni trattato internazionale doveva essere sanzionato dai Parlamenti della Monarchia, occorreva che l'accordo suddetto fosse sottomesso alla loro approvazione. Ma quest'ultima non era una condizione per la sua validità di fronte all'Italia nè costituiva una condizione della sua esecuzione.

Quanto all'approvazione dell'accordo per parte dei Parlamenti essa non era affatto da mettere in dubbio per le ragioni espostemi nel corso della conversazione del 20 corrente. Per ciò che riguarda l'altra gravissima questione dei soldati che dovevano seguire a combattere per una causa che non era più la loro, il Barone *Burian* ha osservato che questo argomento formava l'oggetto delle sue riflessioni e che di esso si sarebbe potuto parlare nelle nostre ulteriori conversazioni.

Il Barone *Burian* mi ha fatto conoscere poi che era stato informato dal signor *von Tschirsky* della piena e intera garanzia che Governo germanico assumeva di fronte al R. Governo che la convenzione da concludere tra l'Italia e l'Austria-Ungheria sarà messa ad esecuzione fedelmente e lealmente appena la pace sarà conclusa. Il Barone *Burian* mi ha dichiarato quindi che consentiva a fare proposte concrete salvo a ottenere l'autorizzazione da Sua Maestà l'Imperatore e che mi avrebbe informato non appena l'avesse ottenuta. Egli era pure disposto, al pari di Vostra Eccellenza, a considerare dal canto suo come non mai fatta, a tutti gli effetti futuri, ogni proposta che venisse messa innanzi, ma che non fosse concordata tra i due Governi. Rispetto alla questione infine dell'immediata attuazione dell'accordo che venisse concluso, Barone *Burian* mi ha detto che era dolente dal canto suo di non potere condividere la maniera di vedere di Vostra Eccellenza in proposito. Ai suoi occhi non si potrebbe infatti qualificare di semplice promessa un accordo debitamente concluso e firmato dai due Governi con la osservanza

di tutte le formalità richieste per attribuire all'accordo stesso il carattere di convenzione internazionale.

Ed ha aggiunto che egli non poteva neppure condividere il parere di Vostra Eccellenza che il Regio Governo sarebbe stato il solo che avrebbe assunto un impegno serio vincolando la sua libertà d'azione per un tempo indefinito. Anche l'Austria-Ungheria assumerebbe dal suo lato, con la firma dell'accordo, futuri impegni altrettanto seri, i quali per il solo fatto della loro pubblicità la vincolerebbero altrettanto efficacemente, indipendentemente poi da ogni provvedimento che sarebbe stato riconosciuto utile a tale effetto e patrico nel corso dei „pour parler“.

Siccome Vostra Eccellenza vede, Barone *Burian* ha persistito anche questa volta nel suo proposito a volere rinviare la cessione effettiva dei territori ceduti a dopo la pace.

Temo che difficilmente riusciremo a convincerlo delle ragioni che rendono assolutamente necessarie per noi che tale cessione avvenga non appena concluso l'accordo.

*Avarna.*

**MCCCXXVII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 55.**

(Telegramma.)

Vienna, 24 marzo 1915 (ric. il 25).

Essendomi recato, a richiesta del Barone *Burian*, alla Ballplatz, egli mi ha detto che m'aveva pregato di andarlo a vedere per informarmi di essere stato autorizzato da Sua Maestà l'Imperatore di far proposte precise e concrete sulle quali avrebbero potuto vertere le nostre conversazioni. Egli si proponeva quindi di farmi conoscere „aussitôt que possible“ le sue proposte e mi avrebbe pregato, a tale scopo, di andarlo nuovamente a vedere.

*Avarna.*

**MCCCXXVIII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 56.**

(Telegramma.)

Vienna, 27 marzo 1915 (ric. il 28).

Essendomi recato a richiesta del Barone *Burian* alla Ballplatz, egli mi ha detto che i „pour parler“ amichevoli in corso da più mesi fra l'Italia e l'Austria-Ungheria nell'intento di consolidare i loro reciproci rapporti basandoli sopra una intera buona fede ed intesi ad eliminare ogni causa di attriti rendendo così possibile la loro collaborazione per scopi comuni di politica generale, avevano fatto riconoscere ai due Governi l'opportunità di un accordo per la conclusione del quale egli proponeva le seguenti stipulazioni:

1. L'Italia si impegnerebbe a osservare fino alla fine della guerra attuale verso l'Austria-Ungheria e i suoi alleati una neutralità benevola dal punto di vista politico ed economico.

2. In questo ordine di idee l'Italia si obbligherebbe inoltre per tutta la durata della guerra attuale a lasciare all'Austria-Ungheria piena e intera libertà d'azione nei Balcani e a rinunciare in anticipazione a qualsiasi nuovo compenso per i vantaggi territoriali o altri che risulterebbero eventualmente per l'Austria-Ungheria da tale libertà d'azione.

Questa stipulazione però non si estenderebbe all'Albania rispetto alla quale l'accordo esistente fra l'Austria-Ungheria e l'Italia, nonchè le decisioni della riunione di Londra, rimarrebbero in vigore.

Il Barone *Burian* mi ha fatto quindi conoscere che dal suo lato l'Austria-Ungheria sarebbe pronta ad una cessione di territori nel Tirolo meridionale, compresa la città di Trento. La delimitazione particolareggiata sarebbe fissata in modo da tener conto delle esigenze strategiche che creerebbe per la Monarchia una nuova frontiera, e dei bisogni economici delle popolazioni.

Avendo osservato, come mia opinione personale, che una simile proposta mi sembrava piuttosto vaga, il Barone *Burian* ha replicato che aveva creduto fosse innanzitutto necessario di far conoscere l'oggetto della cessione in massima che l'Austria-Ungheria era disposta di fare senza entrare per ora in particolari che era però pronto a comunicare a Vostra Eccellenza non si tosto Ella l'avesse desiderato. Il Barone *Burian* ha soggiunto poi che la cessione di territorio suddetta per parte dell'Austria-Ungheria implicherebbe per l'Italia l'impegno di assumere la quota-parte relativa al territorio in questione, del debito pubblico austro-ungarico e dei debiti provinciali e municipali e d'altra specie in quanto questi ultimi fruiscono di una garanzia dello Stato. L'Italia dovrebbe incaricarsi ugualmente del pagamento all'Austria-Ungheria di una somma globale a titolo di indennità per tutti gli investimenti fatti dallo Stato nel territorio da cedere, indipendentemente dall'acquisto delle linee ferroviarie trovantisi in questo territorio e dagli indennizzi collettivi e individuali (proprietà ecclesiastiche, maggioraschi, pensioni agli antichi funzionari, ecc.).

Avendo chiesto spiegazioni al Barone *Burian* circa questo ultimo punto, egli mi ha risposto che credeva stabilire delle condizioni per garantire fin d'ora i diritti acquisiti degli ecclesiastici.

Proseguendo il Barone *Burian* mi ha fatto conoscere che appena l'accordo fosse stabilito in massima sulle basi suddette, l'Austria-Ungheria e l'Italia entrerebbero in discussione dei particolari.

L'intesa definitiva risultante dalle discussioni sarebbe consegnata in una convenzione segreta da concludersi tra l'Austria e l'Italia. Ho ricordato al Barone *Burian* quanto gli aveva già fatto conoscere che cioè l'accordo appena concluso anzichè rimanere segreto doveva essere portato ad effetto col trapasso effettivo dei territori ceduti e coll'occupazione loro immediata per parte dell'Italia. E gli ho esposto a questo proposito le varie considerazioni che gli avevo già spiegate in precedenti colloqui, e di cui Vostra Eccellenza aveva pure intrattenuto di recente il Barone *Macchio*.

Al che il Barone *Burian* ha replicato che nonostante tali mie considerazioni egli credeva far a Vostra Eccellenza la proposta suddetta salvo a

rispondere in seguito alle proposte che sarebbero da Lei state fatte al riguardo.

Il Barone *Burian* mi ha informato che la transazione in questione renderà ugualmente necessario la revisione di certi trattati esistenti fra le due Potenze quali quelle concernenti i nuovi allacciamenti ferroviari, le disposizioni relative al traffico di frontiera, la navigazione sul Garda, ecc.

Ho detto al Barone *Burian* che non avrei mancato di comunicare immediatamente a Vostra Eccellenza le proposte che credeva di fare per la conclusione dell'accordo da stipularsi fra i due Governi.

Quantunque il Barone *Burian* abbia evitato di far conoscere in che consisterebbe la cessione di territori nel Tirolo meridionale che il Governo Imperiale e Reale sarebbe pronto a fare ho potuto tuttavia arguire che questa non si estenderebbe molto al di là di Trento.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXXIX. Il R. Ambasciatore a Pietrogrado al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 57.**

(Telegramma.)

Pietrogrado, 29 marzo 1915. (ric. il 29).

Mi viene assicurato da fonte ineccepibile che un serio tentativo di pace è stato rivolto a questo Governo da parte di persona che parla a nome del Governo austro-ungarico.

*Carlotti.*

**Nr. MCCCXXX. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 58.**

(Telegramma.)

Roma, 31 marzo 1915.

Esaminate accuratamente le proposte messe innanzi dal Barone *Burian* come basi di un accordo, le trovo da un lato troppo vaghe ed incerte, da l'altro assolutamente insufficienti per raggiungere realmente quello scopo che entrambe le parti si propongono, cioè di creare una situazione che consolidando i loro reciproci rapporti ed eliminando ogni causa di attriti renda possibile la loro cordiale collaborazione per scopi comuni di politica generale.

Tralascio pel momento la gravissima questione relativa alla esecuzione immediata o differita dell'accordo eventuale, per quanto essa, seconda la diversa sua soluzione, si rifletta inevitabilmente sul merito stesso dei patti da concordarsi.

Dalla parte dell'Italia il Barone *Burian* chiede in primo luogo l'impegno di osservare una neutralità benevola dal punto di vista politico ed economico. Qui occorre intendersi chiaramente. Se con queste parole s'intende l'impegno di seguitare a mantenere una perfetta e sincera neutralità come l'abbiamo osservata fino ad ora, non avrei nulla da obiettare; ma debbo far considerare come la situazione geografica dell'Italia nel Mediterraneo le vieta qualunque



favoreggiamento di uno dei gruppi belligeranti che possa provocare rappresaglie per parte dell'altro che domina il mare, se essa non vuol mettere a repentaglio ogni sua vita economica facendo sentire alla popolazione tutti gli stessi danni di una guerra, o essere trascinata suo malgrado nella lotta.

Il Barone *Burian* chiede inoltre che nell'Albania resti in vigore l'accordo esistente tra l'Austria-Ungheria e l'Italia, nonchè le decisioni della riunione di Londra.

Ora non è possibile per l'Italia di consentire libertà d'azione dell'Austria-Ungheria nei Balcani, senza nemmeno ottenere che l'Austria-Ungheria si disinteressi completamente dell'Albania.

Scendendo all'assunzione della cessione offerta accennerò soltanto di volo ad alcune tra le questioni minori e secondarie elencate dal Barone *Burian*, perchè non è possibile discuterle con frutto finchè non sia concordato il punto principale, quello della estensione dei territori da cedersi.

Non comprendo quale giustificazione possa avere la richiesta di una somma globale per compenso degli investimenti fatti dallo Stato nei territori da cedersi. Tali investimenti, in quanto non furono pagati colle imposte tratte dagli stessi territori, lo furono necessariamente mediante emissione di debito pubblico, onde restano coperti dalla quota parte del debito pubblico che verremmo ad assumere.

Inoltre quando *Burian* parla di debito pubblico sul quale doversi commisurare la quota parte da assegnarsi all'Italia, a quale epoca intende riferirsi? Al debito quale era al principio della guerra? oppure quale è oggi quando si concorda la cessione? oppure quale sarà al giorno della fine della guerra, giorno al quale si vorrebbe dal Barone *Burian* rinviare l'esecuzione dell'accordo? Osservo che per potere sperare di arrivare a un'intesa in questo genere di questioni conviene assolutamente impiantare la discussione su cifre globali precise e fisse.

Dalle espressioni usate dal Barone *Burian* non riesco nemmeno ad afferrare quale sia l'estensione del territorio che egli ci offre nel Tirolo meridionale. Anche indipendentemente da qualunque valutazione sulla possibilità di restringere il compenso soltanto ad una cessione nel Tirolo, la frase adoperata dal Barone *Burian* con cui accenna alla sola città di Trento, aggiungendo che per particolareggiare maggiormente occorre tener conto delle esigenze strategiche della Monarchia e dei bisogni economici delle popolazioni, mi riesce così sibillina da non poter capire che cosa veramente il Governo I. e R. intende offrirci. E l'accento fatto poi alla convenzione sulla navigazione del lago di Garda rende l'offerta ancora più incerta, poichè esso sembra implicare che anche dopo la cessione del Tirolo meridionale il territorio Imperiale abbia a giungere fino al lago.

Se vuolsi inoltre creare davvero una situazione di concordia e di cordialità tra i due Stati per eventuali future cooperazioni verso mete comuni di politica generale è indispensabile eliminare per sempre ogni seria base su cui possano riprodursi frequenti i sussulti dell'irredentismo, oltre che

costituire nei confini tra i due Stati e nell'Adriatico condizioni di maggiore parità e di comune sicurezza: ed a effettuare ciò non basta certamente la sola cessione di una striscia di terreno nel Trentino.

Per queste ragioni ripeto che anche indipendentemente dalla questione della più o meno pronta esecuzione dell'eventuale accordo, debbo considerare troppo insufficiente come base di negoziati le proposte del Barone *Burian* in quanto non soddisfano abbastanza le aspirazioni nazionali, non migliorano in modo apprezzabile le nostre condizioni militari, nè rappresentano un compenso adeguato alla libertà d'azione lasciata, durante la presente guerra, nei Balcani, le cui sorti non possono non rappresentare per l'Italia un primario interesse politico ed economico.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXXI. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 59.**

(Telegramma.)

Roma, 1 aprile 1915.

Il R. Ministro a Cettigne telegrafa quanto segue:

„Stanotte aeroplano lanciato diverse bombe producendo danni non gravi e ferendo quattro persone. Due bombe cadute nelle vicinanze Palazzo Reale. Popolazione allarmatissima.“

Prego Vostra Eccellenza esprimersi con *Burian* in conformità alle istruzioni contenute nel mio telegramma del 4 marzo (docum. N. 36).

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXXII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 60.**

(Telegramma.)

Vienna, 2 aprile 1915. (ric. il 2).

Ho comunicato al Barone *Burian* il risultato dell'accurato esame a cui Vostra Eccellenza aveva sottoposte le proposte da lui formulate come base di un accordo e nell'esprimermi nel senso del telegramma di V. E. gli ho fatto conoscere come quelle proposte fossero state da Lei trovate vaghe, incerte e assolutamente insufficienti per raggiungere lo scopo che entrambe le Potenze alleate si proponevano. Il Barone *Burian* mi ha detto che nell'accenno che l'Italia assuma impegno di osservare una neutralità benevola dal punto di vista politico e economico, egli aveva voluto riferirsi alle disposizioni dell'articolo 4 del Trattato di Alleanza, ma che con tale domanda non aveva inteso assolutamente che l'Italia dovesse agire in modo da poter esporsi ai pericoli di rappresaglie da parte degli altri Stati belligeranti.

Quanto alle domande di Vostra Eccellenza che l'Austria-Ungheria si disinteressi completamente dell'Albania il Barone *Burian* ha rilevato che questo era contrario agli interessi della Monarchia che l'Italia stessa aveva riconosciuto per il fatto degli impegni assunti dalle due Potenze in virtù

della nota intesa. Onde Austria-Unghera non poteva consentire in quella domanda.

Barone *Burian* ha riconosciuto quindi che il regolamento materiale delle questioni relative agli investimenti fatti dallo Stato nei territori da cedere ed al Debito Pubblico sul quale doveva essere commisurata la quota parte da assegnare all'Italia, era questione subordinata completamente al punto essenziale cioè a quello dell'estensione dei territori da cedere. Era quindi inutile di occuparsi in questo momento di queste questioni le quali saranno esaminate a tempo debito e in modo particolareggiato, e esse non impediranno ai due Governi di arrivare ad una intesa in proposito. Riferendosi poi a quanto gli avevo fatto rilevare che dalle espressioni da lui usate Vostra Eccellenza non riusciva ad afferarre quale fosse l'estensione del territorio che egli offriva nel Tirolo meridionale, il Barone *Burian* mi ha rimesso un breve promemoria indicante i limiti di quella cessione. Ed ha aggiunto che egli si era già prefisso di rimettermi il promemoria prima che gli avessi chiesto oggi udienza, per fare così seguito alla sua comunicazione di sabato scorso.

Trascrivo qui sotto il testo del promemoria stesso.

„I territori che l'Austria-Ungheria sarebbe disposta a cedere all'Italia alle condizioni indicate comprenderebbero i distretti (Politische Bezirke) di Trento, Rovereto, Riva, Tione (ad eccezione di Madonna di Campiglio e dei suoi dintorni) nonchè il Distretto di Borgo. Nella vallata dell'Adige il confine rimonterebbe fino a Lavis località che resterebbe all'Italia.“

Nell'accennarmi poi alla frase da lui dettami nel colloquio di sabato, riprodotta nel telegramma di Vostra Eccellenza, che occorreva tener conto delle esigenze strategiche e dei bisogni economici delle popolazioni, il Barone *Burian* ha osservato che aveva parlato di quei due elementi essendo necessario di prenderli in considerazione nel tracciare il confine non solo nell'interesse dell'Austria-Ungheria ma anche dell'Italia. Quanto alla menzione da lui fattami della convenzione sulla navigazione del Lago di Garda, il Barone *Burian* mi ha detto che aveva creduto farne menzione perchè quella convenzione, come le altre esistenti tra i due Paesi riferentisi al commercio limtrofo, dovevano essere sottomesse ad una revisione e naturalmente quella relativa al Lago di Garda avrebbe cessato di essere in vigore, il Lago di Garda essendo compreso tra i territori che sarebbero ceduti all'Italia.

Il Barone *Burian* mi ha informato poi che consentiva su quanto Vostra Eccellenza affermava circa la convenienza di creare davvero una situazione di concordia e di cordialità tra i due Stati, per l'eventuale futura cooperazione verso mete comuni di politica generale. Ciò corrispondeva interamente alla sua maniera di vedere e più volte si era espresso meco in tal senso, ma gli riusciva malagevole il seguire il pensiero dell'Eccellenza Vostra là dove Ella accenna alla possibilità della riproduzione di sussulti dello irredentismo e di costituire condizioni di maggiore parità e di comune sicurezza nei confini tra i due Stati e nell'Adriatico. E ha aggiunto che non si poteva certa-

mente parlare della cessione di una striscia di territorio nel Tirolo meridionale quando egli offriva tutti i distretti che formavano ciò che si chiama comunemente il Trentino.

Avendogli infine ripetuto quanto Vostra Eccellenza dichiara nell'ultima parte del telegramma di Vostra Eccellenza il Barone *Burian* ha manifestato la speranza che Vostra Eccellenza dopo aver preso conoscenza della estensione del territorio da lui proposto, avrebbe cambiato di parere sull'importanza della cessione la quale non era una striscia di territorio.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXXXIII. Il R. Ambasciatore a Berlino al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 61.**

(Telegramma.)

Berlino, 2 aprile 1915 (ric. il 3).

Da taluni indizi, confermati espressamente anche da fonte autorevole, rilevo che la Germania non si rifiuterebbe di trattare la pace con la Russia.

*Bollati.*

**Nr. MCCCXXXIV. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 62.**

(Telegramma.)

Vienna, 6 aprile 1915 (ric. il 7).

Il Barone *Burian* mi ha pregato oggi di andarlo a vedere alla Ballplatz. Egli mi ha domandato se avessi ricevuto da Vostra Eccellenza la risposta a quanto mi aveva comunicato nel colloquio del primo corrente e avendogli io replicato negativamente, mi ha espresso il desiderio di rivolgerle la seguente preghiera: siccome V. E. aveva trovato vaga e insufficiente la prima sua proposta e non aveva ancora risposto alla sua proposta precisa, egli la pregava di fargli conoscere a sua volta le sue proposte per metterlo in grado di cercare reciprocamente di accordarsi sulla questione relativa alle cessioni di territorio.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXXXV. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 63.**

(Telegramma.)

Roma, 8 aprile 1915.

Telegrammi da Cettigne recano che ieri aeroplano ha lanciato quattro bombe su Podgoritzza facendo vittime fra morti e feriti tra cui molti militari.

Prego Vostra Eccellenza esprimersi col barone *Burian* in conformità delle precedenti istruzioni osservando che questa è una nuova violazione per parte dell'Austria-Ungheria agli accordi intervenuti fra i due Governi.

*Sonnino.*



**Nr. MCCCXXXVI. Il ministro dagli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 64.**

(Telegramma.)

Roma, 8 aprile 1915.

Per soddisfare al desiderio espresso dal Barone *Burian* formulo qui di seguito le condizioni che il R. Governo ritiene indispensabili per poter creare tra i due Stati una situazione normale e stabile di reciproca cordialità e di possibile cooperazione futura verso intenti comuni di politica generale.

Vostra Eccellenza spiegherà più distesamente al Ministro *Burian* le ragioni che suffragano le singole proposte, nel formulare le quali ho tenuto nel massimo conto le varie osservazioni espostemi in passato riguardo alle necessità dell'Impero austro-ungarico.

Spero che il Governo imperiale vorrà farci avere con la maggiore sollecitudine possibile una risposta che auguro sia di accettazione.

L'articolo I si ispira ad una importante precedente storico oltrechè ad evidenti ragioni di ordine militare pel tracciamento del nuovo confine.

Anche l'articolo II si giustifica militarmente oltrechè per ragioni etnografiche.

L'articolo III rappresenta l'unico compromesso possibile tra le proclamate esigenze dell'Impero austro-ungarico a quelle del principio nazionale.

L'articolo IV mira ad attenuare in piccola parte le condizioni dolorose di inferiorità in cui si trova l'Italia nel mare Adriatico.

L'articolo V rappresenta la condizione sin qua non perchè un qualunque accordo possa oggi concludersi, non potendo altrimenti nessun Governo in Italia prendere seriamente per tutta la durata della guerra gli impegni di cui è parola negli ultimi due articoli X e XI.

Gli articoli VI e VII tolgono di mezzo pel futuro un argomento di attriti e di dissidio tra i due Stati, dando una legittima tutela agli interessi italiani nell'Adriatico senza ledere quelli austro-ungarici.

Gli articoli VIII e IX si spiegano da sè.

Segue il testo degli articoli.

Art. I. L'Austria-Ungheria cede all'Italia il Trentino coi confini che ebbe il Regno italico nel 1811, cioè dopo il trattato di Parigi del 28 febbraio 1810.

Nota all'articolo I.

Il nuovo confine si stacca da quello attuale a monte Cevedale, segue per un tratto il contrafforte tra Val Venosta e Val Del Noce; poi scende all'Adige a Gargazzone tra Merano e Bolzano, risale sull'altipiano di riva sinistra, taglia la Val Sarentina a metà, quella dell'Isarco alla Chiusa e per il territorio dolomitico della destra dell'Avisio, escludendo le valli Gardona e Badia, e includendo l'Ampezzano, raggiunge poi l'attuale confine.

Art. II. Si procede ad una correzione a favore dell'Italia del suo confine orientale, restando comprese nel territorio ceduto le città di Gradisca e di Gorizia. Da Troghofel il confine nuovo si stacca dall'attuale vol-

gendo ad oriente fino all'Osternig e di là scende dalle Carniche fino a Saifniz. Indi pel contrafforte tra Seisera e Schliza sale al Wirseberg e poi torna a seguire il confine attuale fino alla sella di Nevea, per scendere dalle falde del Rombone fino all'Isonzo passando ad oriente di Plezzo. Segue poi la linea dell'Isonzo fino a Tolmino, dove abbandona l'Isonzo per seguire una linea più orientale la quale passando ad est dell'altipiano Pregona-Planina e seguendo il solco del Chiappovano, scende ad oriente di Gorizia ed attraverso il Carso di Comen termina al mare tra Monfalcone e Trieste nella prossimità di Nabresina.

Art. III. La città di Trieste col suo territorio, che verrà esteso al nord fino a comprendere Nabresina, in modo da confinare con la nuova frontiera italiana (art. II) e al sud tanto da comprendere gli attuali distretti giudiziari di Capo d'Istria e Pirano, saranno costituiti in uno Stato autonomo e indipendente nei riguardi politici internazionali, militari, legislativi, finanziari e amministrativi, rinunziando l'Austria-Ungheria ad ogni sovranità su di esso. Dovrà restare porto franco. Non vi potranno entrare milizie nè austro-ungariche nè italiane. Esso si assumerà una quota parte dell'attuale Debito pubblico austriaco in ragione della sua popolazione.

Art. IV. L'Austria-Ungheria cede all'Italia il gruppo delle Isole Curzolari, comprendente Lissa (con gli isolotti vicini di S. Andrea e Busi), Lesina (con le Spalmadori e Torcola), Curzola, Lagosta (con gli isolotti e scogli vicini), Cazza e Meleda, oltre Pelagosa.

Art. V. L'Italia occuperà subito i territori cedutile (art. I, II, IV), e Trieste e suo territorio (art. III) saranno sgombrati dalle autorità e dalle milizie austro-ungariche, con congedamento immediato dei militari di terra e di mare che provengono da quelli e da questa.

Art. VI. L'Austria-Ungheria riconosce la piena sovranità italiana su Valona e sua baia compreso Sasseno, con quanto territorio nell'hinterland si richieda per la loro difesa.

Art. VII. L'Austria-Ungheria si disinteressa completamente dell'Albania compresa entro i confini tracciatile dalla Conferenza di Londra.

Art. VIII. L'Austria-Ungheria concederà completa amnistia e l'immediato rilascio di tutti i condannati e processati per ragioni militari e politiche provenienti dai territori ceduti (art. I, II e IV) e sgombrati (art. III).

Art. IX. Per la liberazione dei territori ceduti (art. I, II e IV) dalla loro quota parte di obbligazione nel Debito pubblico austriaco o austro-ungarico, nonchè nel Debito per pensioni ai cessati funzionari imperiali e reali, e contro l'integrale ed immediato passaggio al Regno d'Italia di ogni proprietà demaniale immobile o mobile, meno le armi, trovantisi nei territori e stessi a compenso di ogni diritto dello Stato riguardante detti territori in quanto vi si riferiscano sia pel presente sia per l'avvenire, senza eccezione alcuna, l'Italia pagherà all'Austria-Ungheria la somma capitale in oro di 200 milioni di lire italiane.

Art. X. L'Italia s'impegna a mantenere una perfetta neutralità durante tutta la presente guerra nei riguardi dell'Austria-Ungheria e della Germania.

Art. XI. Per tutta la durata della presente guerra l'Italia rinunzia ad ogni facoltà di invocare ulteriormente a proprio favore le disposizioni dell'articolo VII del Trattato della Triplice Alleanza; e la stessa rinunzia fa l'Austria-Ungheria per quanto riguarda l'avvenuta occupazione italiana delle Isole del Dodecaneso.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXXXVII. Il Regio Ambasciatore in Vienna al  
Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 65.**

(Telegramma.)

Vienna, 10 aprile 1915 (ric. l' 11).

Ho comunicato al barone *Burian* le proposte di Vostra Eccellenza contenute negli undici articoli e nello spiegargli nel modo più disteso le ragioni che suffragano le proposte stesse gli ho fatto rilevare che nel formularle Ella aveva tenuto nel massimo conto le varie osservazioni esposte in passato riguardo la necessità della Monarchia Austro-ungarica. Gli ho quindi espresso la speranza che egli mi avrebbe fatto avere colla maggiore sollecitudine possibile una risposta in proposito che mi auguravo di accettazione. A sua richiesta gli ho poi rilasciato per iscritto in francese il testo dei suddetti articoli.

Il Barone *Burian* dopo avermi ascoltato attentamente si è limitato a dirmi che avrebbe esaminato colla maggior cura le proposte di Vostra Eccellenza e mi avrebbe fatto conoscere la sua risposta nel più breve tempo possibile.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXXXVIII. Il R. Ministro a Nisch al Ministro degli  
affari esteri.**

**Grb. 66.**

(Telegramma.)

Nisch, 10 aprile 1915 (ric. il 10).

Secondo informazioni confidenziali sarebbe possibile una pace separata fra l'Austria-Ungheria e la Russia.

*Squitti.*

**Nr. MCCCXXXIX. Il Ministro degli affari esteri al R. Am-  
basciatore in Vienna.**

**Grb. 67.**

(Telegramma.)

Roma, 13 aprile 1915.

E urgentissimo che Vostra Eccellenza affretti una risposta alle nostre domande.

*Sonnino.*

**Nr. MCCCXL. Il R. Ministro a Sofia al Ministro degli affari esteri.****Grb. 68.**

(Telegramma.)

Sofia, 13 aprile 1915 (ric. il 14).

Circolano voci di possibile pace separata austro-russa.

Nei circoli politici di Vienna si parla di pace dell'Austria-Ungheria colla Russia anche allo scopo di avere le mani libere contro l'Italia.

*Cucchi.***Nr. MCCCXLI. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.****Grb. 69.**

(Telegramma.)

Vienna, 14 aprile 1915 (ric. il 14).

Ho parlato oggi col Barone *Burian* ed ho sollecitato una risposta alle nostre domande che ritenevamo urgentissima.Il Barone *Burian* mi ha detto che sperava darmi una risposta venerdì sera.*Avarna.***Nr. MCCCXLII. Il R. Ambasciatore a Berlino al Ministro degli affari esteri.****Grb. 70.**

(Telegramma.)

Berlino, 15 aprile 1915 (ric. il 16).

Le voci di un avviamento ad una pace separata della Germania ed Austria-Ungheria colla Russia si mantengono con insistenza e vanno sempre acquistando terreno.

*Bollati.***Nr. MCCCXLIII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.****Grb. 71.**

(Telegramma.)

Vienna, 16 aprile 1915 (ric. il 17).

Il Barone *Burian* mi ha pregato di passare oggi alla Ballplatz per comunicarmi la sua risposta alle proposte di Vostra Eccellenza. Egli ha cominciato col dirmi che le proposte del R. Governo erano state sottoposte ad un accurato esame da parte del Governo Imperiale e Reale, il quale aveva dovuto constatare con vivo rincrescimento che per ragioni politiche etnografiche strategiche ed economiche, che era superfluo di sviluppare, una gran parte di tale proposte, specialmente quelle formulate agli articoli 2, 3 e 4 erano inaccettabili. L'insieme di quelle proposte creerebbe infatti al Governo Imperiale e Reale una situazione inconciliabile coi suoi interessi vitali e



sarebbe poco atto a realizzare lo scopo al quale il R. Governo ha sempre dichiarato di mirare, cioè di consolidare i rapporti reciproci fra l'Austria e l'Italia e di basarli sopra una intera buona fede, di eliminare ogni causa di attrito e di rendere possibile la loro collaborazione in questioni di politica generale. A tale proposito il Barone *Burian* ha rilevato che una rettifica di confine verso l'Isonzo avrebbe reso difficile la difesa militare di quella frontiera della Monarchia e avvicinato troppo i confini d'Italia alla città di Trieste. Il distacco poi di questa città dall'Austria-Ungheria l'avrebbe privata del più importante suo sbocco marittimo e messa in potere dell'Italia la principale comunicazione tra quel porto e Germania. Infine la questione delle isole Curzolari che dominavano la Dalmazia avrebbe reso l'Italia padrona di quelle regioni e il Mare Adriatico sarebbe divenuto un mare italiano qualora l'Italia avesse conservato il possesso di Valona. Il Barone *Burian* ha aggiunto dal canto suo che ispirandosi sinceramente alle considerazioni che mi aveva sopraesposte sulle quali credeva dover insistere e che erano state già messe innanzi da Vostra Eccellenza e desiderando di attestare all'Italia fino all'estremo limite del possibile il suo desiderio di arrivare ad una intesa definitiva e durevole, il Governo Imperiale e Reale era disposto ad estendere la cessione di territori nel Tirolo Meridionale cui aveva consentito nella comunicazione fattami il primo corrente.

Secondo questa nuova proposta la futura linea di confine si staccerebbe dalla frontiera attuale presso la Zufallspitze e seguirebbe per un tratto il confine fra il distretto di Cles da una parte e i distretti di Schlanders e di Merano dall'altra, cioè la linea dello spartiacque tra il Noce e l'Adige fino al Illmenspitze. La linea di confine passerebbe all'ovest di Proveis in modo che questo comune continuerebbe a far parte del Tirolo, raggiungerebbe il torrente Pescara e seguirebbe il Thalweg di quest'ultimo fino alla sua confluenza con il Noce da cui si distaccerebbe il confine settentrionale dal distretto di Mezzolombardo e raggiungerebbe l'Adige al sud di Salorno. Essa salirebbe sul Geiersberg, seguirebbe lo spartiacque tra la Valle dell'Avisio pel Castiore e si dirigerebbe verso l'Hornspitze ed il Monte Comp.

Essa volgerebbe quindi al sud, descriverebbe un semicerchio che lascierebbe il comune di Altrei al Tirolo e risalirebbe fino al colle di San Lugano. Seguirebbe il confine fra i distretti di Bolzano e di Cavalese cioè lo spartiacque tra le vallate dell'Avisio e dell'Adige e passerebbe per la cima di Rocca ed il Grimmjoch fino al Latemar. Dal colle Carnon discenderebbe verso l'Avisio, caglierebbe questo fiume fra i comuni di Moena e Forno e risalirebbe verso lo spartiacque tra le vallate di San Pellegrino al nord e di Travignolo al sud. Essa raggiungerebbe il confine attuale all'est della cima di Bocche.

Per conseguenza il Governo Imperiale e Reale non sarebbe in grado di accettare la linea di confine indicata nell'art. 1. delle proposte di Vostra Eccellenza.

Quanto alla proposta contenuta nell'art. 5 secondo cui i territori ceduti dall'Austria-Ungheria sarebbero trasferiti immediatamente all'Italia il Barone

*Burian* ha osservato che i provvedimenti che quella proposta trarrebbe seco, che sarebbero tecnicamente impraticabili già in tempo di pace per varie ragioni di amministrazione generale e di altra indole, lo sarebbero ancora più in tempo di guerra. E a questo proposito ha aggiunto che senza volere citare altri esempi storici gli bastava ricordare il procedimento adottato in occasione della cessione di Nizza e della Savoia alla Francia nel 1860 in cui anche dopo la conclusione della pace un certo numero di mesi trascorse tra la conclusione della convenzione relativa e la consegna effettiva dei territori ceduti.

Ho creduto di far rilevare al Barone *Burian* che il precedente di Nizza e Savoia non era paragonabile all'attuale.

Ma il Barone *Burian* dopo avermi risposto che non poteva convenire meco in tale questione, ha soggiunto che nulla si opponeva da parte del Governo Imperiale e Reale all'accettazione della proposta contenuta nell'art. 8 relativo alla amnistia da accordarsi alle persone appartenenti ai territori ceduti all'Italia e condannati o sottoposti a processi per ragioni militari e politiche.

Venendo poi a parlare della questione dell'Albania in generale e di quella di Valona in particolare, *Burian* mi ha detto che il Governo Imperiale e Reale non poteva non constatare che la proposta formulata dal Regio Governo agli articoli 6 e 7 potrebbe difficilmente essere messa in armonia cogli impegni presi dal Regio Governo a quattro riprese cioè: l'accordo austro-ungarico-italiano del 1900 e 1901 e le decisioni della Conferenza di Londra, la sua dichiarazione del 4 agosto dello scorso anno di restare fedele agli impegni assunti verso l'Austria-Ungheria nonchè alle decisioni della Conferenza di Londra e di non voler trarre alcun profitto in Albania dal fatto che Austria-Ungheria si trovava impegnata in una guerra e le sue dichiarazioni formali in occasione della occupazione italiana di Valona.

D'altra parte il Governo Imperiale e Reale, penetrato dal suo lato dalle necessità di mantenere i diritti e gli obblighi reciproci risultanti dagli accordi vigenti e di perseverare nell'atteggiamento che ha sempre osservato nella questione albanese, non potrebbe disinteressarsi dell'Albania, regione così prossima alla sfera dei suoi interessi „più sensibili“. alla creazione della quale esso ha contribuito insieme all'Italia non soltanto politicamente ma anche mediante sacrifici assai notevoli d'ordine militare (mobilitazione parziale del 1913), economico e finanziario. Del resto, in seguito alle decisioni di Londra, la questione albanese è divenuta una questione europea, cosicchè nè una sola nè più grandi Potenze potrebbero disporre di essa isolatamente o mediante un accordo per l'Albania la cui esistenza e neutralità sono state poste sotto la garanzia dell'Europa.

Per cui non è che colla volontà concorde delle Potenze — eventualità irrealizzabile durante la guerra — che la situazione politica dell'Albania potrebbe essere modificata.

Ciò nondimeno il Governo Imperiale e Reale, fedele allo spirito dell'accordo austro-ungarico-italiano riguardante l'Albania, vedendo nella questione albanese uno dei problemi di politica generale circa il quale la collaborazione dell'Austria-Ungheria e dell'Italia potrebbe eventualmente continuare in avvenire, si dichiara sempre disposto a discutere con il Governo del Re i reciproci interessi in Albania sulla base della situazione presente o di sottomettere a revisione i comuni accordi qualora dei cambiamenti politici futuri lo facessero apparire necessario per l'una o l'altra delle due parti.

Passando quindi ad esaminare gli impegni da prendersi dall'Italia, il Barone *Burian* mi ha fatto conoscere che il Governo Imperiale e Reale teneva a far notare che la Turchia essendosi unita all'Austria-Ungheria ed alla Germania, per il fatto della sua partecipazione alla guerra, la neutralità, al mantenimento della quale l'Italia si obbligherebbe sino alla fine della guerra, dovrebbe includere egualmente l'Impero Ottomano.

Quanto all'articolo II il Barone *Burian* mi ha detto che il Governo Imperiale e Reale accetterebbe le proposte in esso formulate qualora fosse inserito nell'articolo stesso dopo le parole „guerra attuale“ la frase „relativamente pure ai vantaggi territoriali od altri che risultassero per l'Austria-Ungheria dal trattato di pace che terminerà la guerra attuale.“

Ed ha aggiunto che la rinunzia per parte del Governo Imperiale e Reale a un compenso per l'occupazione italiana delle isole del Dodecanneso sarebbe subordinata pure a tale condizione.

Per ciò che riguardo infine l'articolo 9, il Barone *Burian* mi ha fatto conoscere che senza essere ancora in grado di precisare la quota parte del debito pubblico concernente i territori da cedere all'Italia, nè la somma globale che l'Austria-Ungheria dovrà reclamare a titolo di indennità per investimenti fatti dallo Stato nel territorio in questione, il Governo Imperiale e Reale deve ciò nondimeno dichiarare fin da ora che la cifra proposta dal Regio Governo sarebbe del tutto insufficiente e non rappresenterebbe nemmeno approssimativamente una indennità equa. Ed ha aggiunto che per non citare che un punto doveva constatare che il valore solo degli edifici militari trovantisi nel territorio da cedere all'Italia sorpassano notevolmente la somma totale proposta dal Regio Governo. Ma non volendo intralciare la conclusione dell'accordo con delle contese d'ordine finanziario, il Governo Imperiale e Reale si dichiarava pronto a sottomettere la questione dell'indennità pecuniaria, qualora vi fosse disaccordo con il Regio Governo, al Tribunale Arbitrale dell'Aja.

Nel rimettermi quindi un pro-memoria circa le cose da lui espostemi, il Barone *Burian* ha concluso con l'esprimermi la speranza che l'Eccellenza Vostra avrebbe apprezzato il sentimento che aveva indotto il Governo Imperiale e Reale a fare in favore dell'Italia il nuovo sacrificio.

Ho risposto al Barone *Burian* che mi sarei affrettato di telegrafare a Vostra Eccellenza quanto egli mi aveva comunicato in risposta alle proposte da Lei formulate.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXLIV. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.****Grb. 72.**

(Telegramma.)

Roma, 21 aprile 1915.

Ho esaminato le risposte date all'Eccellenza Vostra dal Barone *Burian* riguardo alle cessioni che Austria-Ungheria sarebbe disposta a fare e sono dolente doverle dichiarare che esse non mi sembrano formare base sufficiente per un accordo tale da creare tra i due Stati quella situazione stabile e normale che sarebbe nei comuni desideri.

In un solo punto, quello che riguarda il Trentino, il Governo Imperiale e Reale si è mostrato disposto a cedere ancora qualche cosa di fronte alle sue prime proposte, ma anche qui non si provvede a riparare agli inconvenienti maggiori della situazione presente, sia dal punto di vista linguistico ed etnologico, sia da quello militare.

Per tutte le altre domande il Barone *Burian* ci risponde con una pura negativa mettendo semplicemente in non cale tutte le nostre ragioni.

Riguardo all'Albania e a Valona la ragione messa innanzi dal Barone *Burian* per sostenere la sua negativa è che esistono già patti diversi tra Austria e Italia e che vi è per di più un accordo europeo in proposito. Noi domandavamo appunto che gli accordi anteriori con l'Austria-Ungheria venissero modificati, di comune consenso, il Governo Imperiale e Reale disinteressandosi completamente da quanto noi concordassimo al riguardo coll'Europa, così come noi ci disinteresseremmo (vedi articolo XI proposto) da quello che l'Austria-Ungheria combinasse al termine della guerra rispetto ai Balcani.

Riguardo all'articolo XI era già nel pensiero mio che le rinunzie all'invocazione delle disposizioni dell'articolo VII, si riferissero non solo alla guerra, ma anche ai vantaggi che risultassero dal trattato di pace per l'una e l'altra parte, rispettivamente nei Balcani e nel Dodecanneso.

Per l'articolo IX ammetto che si possa ancora discutere sulla misura della somma come quota parte da assumersi del Debito pubblico dell'Impero, ma non potremmo prendere in valutazione il valore degli investimenti che sarebbero stati fatti dallo Stato nei territori ceduti e ciò per le ragioni già esposte nel mio telegramma dell'8 aprile\*).

Dove il disaccordo appare insanabile è nei riguardi dall'articolo V riflettente la data di esecuzione dell'eventuale accordo cui si giungesse. Anche qui non posso che riferirmi alle ragioni già esposte, per cui nessun Governo italiano potrebbe oggi farsi garante dell'esecuzione integrale di un impegno il cui corrispettivo fosse rimandato alla fine della guerra.

*Sonnino.*

---

\*) Vedi doc. 64.



**Nr. MCCCXLV. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.****Grb. 73.**

(Telegramma.)

Vienna, 21 aprile 1915 (ric. il 22).

Ho parlato al Barone *Burian* nel senso del telegramma di V. E. facendogli conoscere che le risposte da lui datemi nel colloquio di venerdì scorso riguardo alle cessioni che Austria-Ungheria era disposta a fare, non sembravano a V. E. formare base adatta per un accordo quale sarebbe nei comuni desideri, e gli ho quindi comunicato le varie osservazioni da Lei fatte in ordine a quella risposta.

Il Barone *Burian* mi ha detto che prendeva notizia della comunicazione da me fattagli, ma siccome desiderava esaminare attentamente le osservazioni di V. E. si è riservato di farmi conoscere la sua risposta alle stesse nel più breve tempo possibile.

*Avarna.***Nr. MCCCXLVI. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.****Grb. 74.**

(Telegramma.)

Vienna, 25 aprile 1915 (ric. il 25).

Quantunque io mi sia sempre studiato nei vari miei colloqui con il Barone *Burian* di convincerlo della necessità di non tardare a dare soddisfazione alle nostre aspirazioni nazionali col consentire alle proposte di Vostra Eccellenza, facendogli presente le gravi conseguenze che un suo rifiuto potrebbe trarre seco, egli ha continuato a mantenersi fino ad ora, siccome Vostra Eccellenza avrà potuto constatare, in vane discussioni e non sembra rendersi conto esatto del vero stato di cose da noi. Ma ciò che non può non sorprendere specialmente ei è l'illusione che il Barone *Burian* avrebbe tuttora che il Regio Governo possa finire per convincersi del grande sacrificio fatto dal Governo Imperiale e Reale se egli addivene alle note cessioni di territorio del Tirolo meridionale e della impossibilità in cui si troverebbe di fare ulteriori concessioni.

D'altra parte il barone *Burian*, siccome più volte mi ha fatto intendere non può capacitarsi ancora della eventualità, in cui potrebbe trovarsi il Regio Governo, ove le sue domande non fossero accolte integralmente, di muover guerra all'Austria-Ungheria e alla Germania.

È forse da aspettarsi che in seguito alle nuove e più insistenti pressioni che è da prevedere saranno fatte dal Governo germanico il Barone *Burian* possa indursi ad estendere in parte le sue cessioni territoriali nel Tirolo meridionale ed a fare qualche concessione dalla parte della nostra frontiera orientale.

Ma pure ammettendo che il Barone *Burian* si inducesse a fare concessioni e ad estenderle ai limiti stessi tracciati dal Regio Governo, resterebbero ancora da risolvere le altre questioni importanti, quella cioè dell'ere-

zione di Trieste in stato autonomo, della cessione delle isole Curzolari e del disinteressamento della Monarchia in Albania, circa le quali, se si deve tener conto delle disposizioni manifestatemi in proposito dal Barone *Burian*, è da dubitare che il Governo Imperiale e Reale possa cedere.

Se poi per circostanze impreviste il Governo Imperiale e Reale finisse per cedere all'ultimo momento anche su questo argomento come già avvenne per questioni di massima, cosa poco probabile, vi sarebbe sempre da risolvere la grave questione dell'esecuzione immediata dell'accordo.

Circa tale questione che è considerata da noi una condizione sine qua non dell'accordo stesso, è da ritenersi come oltremodo difficile, come Vostra Eccellenza afferma, che i dissidi che esistono in proposito tra il Regio Governo e il Governo Imperiale e Reale siano sanabili dopo la recisa opposizione fatta dal Barone *Burian* a quella questione.

Per cui un accordo con Austria-Ungheria sulla base delle proposte formulate da Vostra Eccellenza sembra quasi irrealizzabile nello stato attuale delle cose.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXLVII. Il R. Ambasciatore in Vienna al Ministro degli affari esteri.**

**Grb. 75.**

(Telegramma.)

Vienna, 29 aprile 1915 (ric. il 30).

Essendomi recato oggi al Ballplatz a richiesta del Barone *Burian* egli mi ha detto che mi aveva pregato di andarlo a vedere per farmi conoscere il suo parere circa le osservazioni fatte da V. E. alle risposte da lui date alle proposte formulate dal R. Governo da me comunicategli nel colloquio del 21 corrente.

Nel rilevare come tali risposte fossero sembrate a V. E. non formare nel loro insieme una base conforme ad assicurare la buona intesa l'armonia durevole cui i due Governi miravano, il Barone *Burian* mi ha fatto conoscere che teneva a constatare che il sincero desiderio da lui più volte manifestatomi di addivenire ad un accordo definitivo con l'Italia aveva incontrato serie difficoltà nel fatto che alcune delle proposte suddette toccavano gli interessi vitali dell'Austria-Ungheria. Ora l'abbandono di questi interessi creerebbe per la Monarchia una situazione tale non solo verso l'Italia ma anche verso le altre Potenze che la sua parte nella collaborazione politica alla quale mirava V. E. sarebbe naturalmente diminuita.

Ha osservato quindi innanzi tutto, per ciò che riguarda Trieste, che in virtù della costituzione Austro-Ungarica questa città godeva di una larga autonomia. Essa formava un territorio a parte e il suo Consiglio Comunale era investito delle attribuzioni delle diete provinciali. L'elemento italiano era largamente rappresentato nell'Amministrazione autonoma della città. Il suo numero, il livello della sua cultura e la sua situazione economica gli assicuravano, al di fuori delle garanzie costituzionali, una esistenza soddisfacente

sotto tutti i rapporti. Staccando Trieste e i suoi dintorni dalla Monarchia Austro-Ungarica, facendone uno Stato separato, si porterebbe un colpo mortale alla prosperità economica di quella città che, privata del suo hinterland, perderebbe tutta la sua importanza; prospettiva questa cui anche una annessione all'Italia, della quale non sarebbe che un porto superfluo alla periferia, non potrebbe nulla mutare.

Trieste aveva sempre formato oggetto delle sollecitudini particolari del Governo Imperiale e Reale che, nell'interesse beninteso dello Stato, continuerà anche in avvenire a favorire il suo progresso materiale e intellettuale conformemente ai voti della popolazione, la cui prosperità dipendeva interamente dal legame che la univa all'Austria-Ungheria, che pure esigendo la fedeltà dei suoi cittadini non aveva mai fatto nulla per intaccare il loro carattere nazionale.

Non ho potuto a meno di far rilevare al Barone *Burian* come mia opinione personale che da noi non si sarebbe potuto certamente ammettere in alcun modo quanto egli affermava, cioè che il Governo Imperiale e Reale non aveva fatto nulla per intaccare il carattere nazionale della popolazione triestina. E gli ho ricordato a questo proposito l'interminabile questione della Università italiana a Trieste, che aveva dato luogo a frequenti lunghe discussioni e pratiche confidenziali tra i due Governi e aveva provocato in più circostanze vive agitazioni in Italia, nonché il trattamento di favore fatto alle scuole slovene a detrimento della cultura nazionale italiana in quella città.

Ma il Barone *Burian* proseguendo ha accennato alla proposta relativa alla cessione all'Italia delle isole Curzolari e ha osservato che questa cozzava egualmente contro difficoltà insormontabili. Astrazione fatta dalla nazionalità puramente slava della popolazione di quelle isole, queste rappresenterebbero in mano all'Italia una posizione strategica che dominerebbe da un lato la parte superiore dell'Adriatico dove non vi potrebbe più essere questione di equilibrio per l'Austria-Ungheria, e minaccerebbe dall'altro il possesso stesso delle coste adiacenti.

Circa la cessione di territori proposta nel Friuli austriaco il Barone *Burian* ha rilevato che essa priverebbe l'Austria di una frontiera indispensabile per la difesa non solo di una parte del suo litorale ma anche di varie delle sue provincie centrali e avvicinerrebbe inoltre il confine italiano al suo porto principale. Del resto l'elemento italiano non era che debolmente rappresentato almeno in gran parte del territorio in questione popolato da slavi.

Infine accennando al Tirolo, il Barone *Burian* mi ha fatto riconoscere che se, secondo la sua futura delimitazione, tale e quale era precisata dall'ultima proposta austro-ungarica, una parte della vallata del Noce, nonché le vallate di Fassa e Ampezzo erano escluse dalla cessione di territori, la causa che aveva prevalso in proposito non era certamente quella di voler conservare qualche regione di lingua italiana.

Questo non era il caso innanzi tutto per Vallata di Fassa e di Ampezzo la cui popolazione era Ladina (Girigioni) e tiene con tutte le fibre dell'animo

suo a restare unita all'Austria-Ungheria e gravita dal punto di vista di tutti i suoi interessi esclusivi verso il nord.

Ragioni strategiche imperiose creavano per Austria-Ungheria la necessità di conservare la parte orientale della vallata del Noce che senza le alture proteggenti la regione di Bolzano resterebbe mal assicurata. E ha soggiunto che nella supposizione che per l'una o per l'altra delle località suddette si opponessero da parte nostra ai suoi punti di vista degli argomenti più o meno analoghi, non bisognava perdere di vista che si trattava per l'Austria-Ungheria di una cessione amichevole di una parte dei suoi possessi secolari e che gli argomenti di colui che nel caso presente abbandona dei confini sicuri, doveva secondo la natura delle cose, aver precedenza sopra gli argomenti dell'acquirente.

Venendo quindi a parlare della domanda concernente l'esecuzione immediata delle cessioni territoriali il Barone *Burian* mi ha detto che non abbandonava la speranza che V. E. sottomettendo la questione ad un approfondito esame avrebbe riconosciuto la impossibilità materiale di un tale provvedimento.

Il segreto assoluto del negoziato impediva fino alla conclusione dell'accordo tutti i preparativi militari, amministrativi e di altro genere che dovrebbero precedere la consegna del territorio ceduto.

Ora tutte queste misure preparatorie richiedevano un certo tempo e non potevano essere improvvisate all'ultimo momento.

E ciò senza parlare della situazione che ne verrebbe creata all'Austria-Ungheria dalla presa di possesso del territorio in questione per parte dell'Italia in un momento in cui la Monarchia austro-ungarica era impegnata in una vasta guerra e in cui per conseguenza la più gran parte del suo territorio era sguarnito di mezzi di difesa, il suo esercito trovandosi concentrato sui diversi teatri della guerra.

Volendo tuttavia facilitare nella misura del possibile al Regio Governo in un determinato momento la sua posizione di fronte al Parlamento e all'opinione pubblica si potrebbero prender in considerazione dei provvedimenti che dimostrerebbero agli occhi di tutto il mondo la volontà reale e seria di eseguire fedelmente gl'impegni assunti. A tale scopo si potrebbe procedere non appena l'accordo fosse concluso alla riunione di una Commissione mista cui spetterebbe il regolamento delle molteplici questioni di dettaglio risultanti dalla cessione di territori. L'istituzione e il funzionamento di questa Commissione non potrebbe più lasciare esistere l'ombra di un dubbio circa l'esecuzione integrale e definitiva della cessione stessa. Il Barone *Burian* ha aggiunto che se V. E. volesse dal canto suo proporre altri provvedimenti tendenti allo stesso scopo egli non mancherebbe di esaminarli colle migliori disposizioni e di accoglierli nella misura del possibile.

Ho detto al Barone *Burian* che nonostante queste buone disposizioni io dovevo rammentargli circa questa questione quanto gli avevo già fatto conoscere in precedenti colloqui che cioè l'esecuzione immediata dell'accordo era una condizione *sine qua non* dell'accordo stesso onde non potevo che



referirmi alle ragioni già comunicategli, per le quali nessun Governo italiano potrebbe farsi garante dell'esecuzione integrale di tutti gli impegni assunti il cui corrispettivo fosse rimandato alla fine della guerra.

Passando quindi a parlare delle proposte di V. E. di cui all'articolo 9 il Barone *Burian* mi ha detto che quantunque fosse facilissimo dimostrare in modo probatorio che la somma offerta dal Regio Governo a titolo di quota parte del Debito pubblico e di indennizzo era di molto inferiore ai valori pubblici che sarebbero ceduti all'Italia, egli condivideva il parere manifestato da V. E. che tale questione non dovrebbe intralciare l'intesa qualora questa fosse stabilita su tutti gli altri punti dell'accordo progettato. Era precisamente ispirandosi a quest'ordine d'idee e per dare una prova di più del suo desiderio di circondare la cessione di territori di garanzie esteriori rassicuranti, che egli proponeva di sottoporre all'evenienza la controversia finanziaria ad un Foro internazionale cioè al tribunale dell'Aja.

Per quanto concerneva la questione albanese il Barone *Burian* mi ha reiterato la espressione del buon volere di discutere con V. E. gli interessi reciproci in Albania tenendo conto delle circostanze mutate durante la guerra attuale e di giungere col Regio Governo a una nuova intesa al riguardo, che potrebbe, nel porre nuovamente le cose sul terreno europeo, implicare anche il disinteressamento dell'Austria-Ungheria purchè l'Italia si disinteressi egualmente dell'Albania ad eccezione di Vallona e della sfera di interessi che avrebbero colà il loro centro, e che garanzie sufficienti fossero stabilite contro imprese o stabilimenti di altre potenze in Albania, eventualità questa altrettanto minacciosa per gli interessi politici e marittimi dell'Austria-Ungheria che per quelli dell'Italia.

Ho detto al Barone *Burian* che mi sarei affrettato di far conoscere a V. E. le osservazioni da lui comunicatemi circa le proposte di Lei, ma che credeva per parte mia dovere rilevare che, salvo talune modalità da lui suggerite per alcune di esse, egli persisteva a pronunziarsi in modo negativo intorno a quelle formulate specialmente agli articoli 1, 2, 3, 4 e 5.

*Avarna.*

**Nr. MCCCXLVIII. Il Ministro degli affari esteri al R. Ambasciatore in Vienna.**

**Grb. 76.**

(Telegramma.)

Roma, 3 maggio 1915.

Prego Vostra Eccellenza fare a codesto ministro degli affari esteri la seguente comunicazione, della quale ella gli rilascerà copia per iscritto:

— — — — —  
(folgt der französische Text oben S. 348 Nr. MCCXVIII, Oesterreichisches Rotbuch Nr. 170. Das Telegramm trägt die Unterschrift: Sonnino. —  
Herausgeber.)

**Nr. MCCCXLIX. Il R. Ambasciatore a Vienna al Ministro degli affari esteri.**

Grb. 77.

(Telegramma.)

Vienna, 4 maggio 1915.

Ho fatto oggi al Barone *Burian* la comunicazione prescrittami da Vostra Eccellenza.

*Avarna.*

**II. Sonstige italienische Kundgebungen.**

**Nr. MCCCL. Neutralitätserklärung Italiens vom 3. August 1914. \*)** („Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia“ vom 4. August 1914. Nr. 185.)

**Dichiarazione di neutralità.\*\*)**

Il Consiglio dei ministri, nella seduta del 2 agosto 1914, ha deliberato il testo seguente della dichiarazione di neutralità:

„Trovandosi alcune potenze d'Europa in istato di guerra, ed essendo l'Italia in istato di pace con tutte le parti belligeranti, il Governo del Re ed i cittadini e sudditi del Regno hanno l'obbligo di osservare i doveri della neutralità, secondo le leggi vigenti e secondo i principi del diritto internazionale.

Chiunque violi questi doveri subirà le conseguenze del proprio operato e incorrerà, quando sia il caso, nelle pene dalla legge sancite.“

**Nr. MCCCLI. Rede Salandras in der Deputiertenkammer vom 20. Mai 1915.** („Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia“ vom 21. Mai 1915. Nr. 125.)

Onorevoli colleghi! Sin da quando risorse ad unit à di Stato, l'Italia si affermò, nel mondo delle nazioni, quale fattore di moderazione, di concordia e di pace; e fieramente essa può proclamare di aver adempiuto a tale missione con una fermezza che non si è piegata neppure dinanzi ai più penosi sacrifici.

Nell'ultimo periodo, più che trentenne, essa ha mantenuto un sistema di alleanze e di amicizie, dominata precipuamente dall'intento di meglio assicurare per tal modo l'equilibrio europeo e, con esso, la pace.

Per la nobiltà di quel fine, l'Italia non soltanto ha tollerato l'insicurezza delle sue frontiere, non soltanto ha subordinato ad esso le sue più sacre aspirazioni nazionali, ma ha dovuto assistere, con represso dolore, ai tentativi metodicamente condotti di sopprimere quei caratteri d'italianità, che la natura e la storia avevano impresso, indelebili, su generose regieni.

\*) Vgl. Erklärung *San Giulianos* im Engl. Blaubuch No. 152, Jahrbuch III S. 673. — Herausgeber.

\*\*) Deutscher Text im Oesterreichischen Rotbuch Nr. 27, s. oben Nr. MLXXV. — Herausgeber.

L'ultimatum, che nel luglio del 1914 l'impero austro-ungarico dirigeva alla Serbia, annullava d'un colpo gli effetti del lungo sforzo durato, violando il patto che a quello Stato ci legava. Lo violava per il modo, avendo omesso, non che il preventivo accordo con noi, persino un semplice avvertimento; lo violava per la sostanza, mirando a turbare, in danno nostro, il delicato sistema di possessi territoriali e di sfere di influenza, che si era costituito nella penisola balcanica.

Ma, più ancora che questo o quel punto particolare, era tutto lo spirito animatore del trattato che veniva offeso, anzi soppresso; giacchè, scatenando pel mondo la più terribile guerra in diretto contrasto coi nostri interessi e coi nostri sentimenti, si distruggeva l'equilibrio, che l'alleanza doveva servire ad assicurare; e, virtualmente, ma irresistibilmente, risorgeva il problema della integrazione nazionale d'Italia.

Pur nondimeno, per lunghi mesi il Governo si è pazientemente adoperato nel cercare un componimento, il restituisse all'accordo la ragion d'essere che aveva perduta: quelle trattative però dovevano aver limiti non solo di tempo, ma di dignità, al di là dei quali si sarebbero compromessi, insieme gli interessi e il decoro del nostro paese.

Per la tutela, dunque, di tali supreme ragioni il Governo del Re si vide costretto a notificare al Governo I. R. di Austria-Ungheria, il giorno 4 di questo mese, il ritiro di ogni sua proposta di accordo, la denuncia del trattato di alleanza e la dichiarazione della propria libertà di azione.

Nè, d'altra parte, era più possibile lasciare l'Italia in un isolamento senza sicurtà e senza prestigio nel momento in cui la storia del mondo sta attraversando una fase decisiva.

In questo stato di cose, considerata la gravità della situazione internazionale, il Governo deve essere anche politicamente preparato ad affrontare ogni maggiore cimento, e col presente disegno di legge vi chiede i poteri straordinari, che gli occorrono. Tale provvedimento non solo è, in sè, del tutto giustificato da precedenti nostri e di altri Stati, quale che sia la forma di Governo onde son retti; ma rappresenta una migliore coordinazione, se non pure una attenuazione, di quelle facoltà che lo stesso nostro diritto vigente conferisce d'altronde al Governo, allorchè preme quella suprema legge che è la salute dello Stato.

Onorevoli colleghi! Senza ittanza di parole nè orgoglio di spiriti, ma gravemente compresi della responsabilità che incombe in quest'ora, noi abbiamo coscienza di aver provveduto a quanto richiedevano le più nobili aspirazioni e gli interessi più vitali della patria. Or, nel nome di essa e per la devozione ad essa, noi fervidamente rivolgiamo il più commosso appello al Parlamento, al paese: che tutti i dissensi si compongano e che su di essi, da tutte le parti, sinceramente, discenda l'oblio.

I contrasti di partiti e di classi, le opinioni individuali, in tempi ordinari rispettabili sempre, le ragioni stesse insomma, che dan vita al quotidiano fecondo contrasto di tendenze e di principi, debbono oggi sparire di fronte

ad una necessità che supera ogni altra necessità, ad una idealità che infiamma più di ogni altra idealità: la fortuna e la grandezza d'Italia.

Ogni altra cosa dobbiamo da oggi dimenticare e ricordar questa sola: di essere tutti italiani, di amar tutti l'Italia con la medesima fede e con il medesimo fervore. Le forze di tutti s'integrino in una forza sola; i cuori di tutti si rinsaldino in un sol cuore; una sola unanime volontà guidi verso la mèta invocata; e forza e cuore e volontà trovino la loro espressione unica, viva ed eroica, nell'esercito e nell'armata d'Italia e nel Capo Augusto, che li conduce verso i destini della nuova storia. Viva il Re! Viva l'Italia!

**Nr. MCCCLII. Italienische Antwort vom 23. Mai 1915 auf die österreichische Note vom 21. Mai. \*)** („Corriere della Sera“ vom 24. Mai 1915. Nr. 142.)

„Roma, 23 maggio, notte.

La Stefani comunica ufficialmente:

In un comunicato dato alla stampa da Vienna da quel Ministero degli Esteri, si afferma che l'Austria non era affatto obbligata a dare preventiva comunicazione all'Italia dell'ultimatum alla Serbia.

Questa affermazione non risponde nè allo spirito nè alla lettera del Trattato della Triplice Alleanza. Non allo spirito del Trattato, in quanto è norma sottintesa di qualsiasi patto di alleanza, che i contraenti debbano fra loro concertarsi con ragionevole anticipazione, prima che l'uno di essi intraprenda un'operazione che esso reputi poter produrre all'altro contraente un qualsiasi obbligo derivante dal Trattato medesimo. Non risponde neppure alla lettera del Trattato in quanto l'articolo 1. di esso sancisce l'obbligo di procedere a scambi di idee circa le questioni politiche ed economiche che potessero presentarsi.

Il comunicato austriaco sembra affermare inoltre che nel fatto la comunicazione preventiva sia avvenuta. Ciò neppure risponde alla realtà, in quanto il Regio Governo non ebbe da quello Imperiale e Reale comunicazione preventiva del noto ultimatum presentato a Belgrado il 23 Luglio 1914. Si seppe solamente alcuni giorni prima che l'Austria intendeva formulare gravi richieste alla Serbia, e non mancarono allora, come prima e come dopo, insistenti consigli alla moderazione ed esplicite riserve da parte dell'Italia all'indirizzo del Governo austro-ungarico.

Il comunicato viennese informa pure che nel Trattato della Triplice non era assolutamente accennato alla Serbia, e che vi si parla sempre e soltanto dell'integrità della Turchia. Pure questa affermazione è inesatta. L'art. 7 del Trattato parla dello Statu quo nella „regione dei Balcani“; e questa espressione comprende evidentemente non solo la Turchia di Europa, ma ben anche gli altri Stati della Penisola balcanica. Sulla portata della espressione

\*) Anm.: Siehe oben Nr. MCCXLVIII. — Herausgeber.



„regione dei Balcani“ vi fu discussione nell'agosto 1914 fra i Governi di Roma e di Vienna; ma quest'ultimo insieme a quello di Berlino, aderirono senza condizioni alla nostra interpretazione dell'art. 7, compreso il significato e l'estensione da noi dati alle dette parole „regione dei Balcani“.

Quanto all'attitudine dell'Austria-Ungheria durante la guerra italo-turca, essa è abbastanza illustrata dal nostro recente Libro Verde. Con la sua attitudine sistematicamente ostile ed intralciante le operazioni navali dell'Italia, l'Austria-Ungheria prestò alla Turchia, la quale ne era informata, un appoggio morale che valse a prolungare la guerra. Non è neppure discutibile che con la sua azione contro la Serbia l'Austria non abbia provocato la conflagrazione europea. Se l'Austria avesse voluto limitare la sua azione alla questione dell'attentato di Serajevo, si sarebbe accontentata di accettare le controproposte della Serbia che, come ognuno ricorda erano già ampiamente soddisfacenti.

Non è esatto che l'Italia abbia segretamente appoggiata la Serbia; anzi, ripetutamente ed insistentemente, consigli furono dati a Belgrado, nel senso di non offrire all'Austria motivo di venire ad una rottura; e la risposta conciliante della Serbia prova pure che i suggerimenti dell'Italia non rimasero inascoltati.“

**Nr. MCCCLIII. Italiens Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn, \*) 23. Mai 1915.** („Corriere della Sera“ vom 25. Mai 1915. Nr. 143.)

„Vienna, 23 maggio 1915.

Secondo le istruzioni ricevute da S. E. il Re suo augusto Sovrano, il sottoscritto ha l'onore di partecipare a S. E. il Ministro degli Esteri d'Austria-Ungheria la seguente dichiarazione:

Già il 4 del mese di maggio vennero comunicati al Governo Imperiale e Reale i motivi per i quali l'Italia, fiduciosa del suo buon diritto, ha considerato decaduto il Trattato d'Alleanza con l'Austria-Ungheria, che fu violato dal Governo Imperiale e Reale, lo ha dichiarato per l'avvenire nullo e senza effetto ed ha ripreso la sua libertà d'azione.

Il Governo del Re, fermamente deciso di assicurare con tutti i mezzi a sua disposizione la difesa dei diritti e degli interessi italiani, non trascurerà il suo dovere di prendere contro qualunque minaccia presente e futura quelle misure che vengano imposte dagli avvenimenti per realizzare le aspirazioni nazionali.

S. M. il Re dichiara che l'Italia si considera in istato di guerra con l'Austria-Ungheria da domani.

Il sottoscritto ha l'onore di comunicare nello stesso tempo a S. E. il Ministro degli Esteri austro-ungarico che i passaporti vengono oggi conseg-

\*) Anm.: Französischer Text oben Nr. MCCLII.

nati all'ambasciatore Imperiale e Reale a Roma. Sarà grato se vorrà provvedere a fargli consegnare i suoi.

Duca d'Avarna."

**Nr. MCCCLIV. Italienische Notifikation des Kriegszustandes mit Oesterreich-Ungarn an die Mächte vom 23. Mai 1915.**  
(„Corriere della Sera“ vom 24. Mai 1915. Nr. 142.)

„Roma, 23 maggio, notte.

Il Ministro degli Affari Esteri ha diretto ai R. Rappresentanti all'Estero il seguente telegramma circolare:

Il carattere eminentemente conservativo e difensivo della Triplice Alleanza risulta evidente dalla lettera e dallo spirito del Trattato e dalle intenzioni chiaramente manifestate e consacrate in atti ufficiali dei ministri che fondarono l'Alleanza e ne curarono i miglioramenti.

Agli intenti di pace si è costantemente ispirata la politica italiana. Provocando la guerra europea, respingendo la risposta remissiva della Serbia che dava all'Austria-Ungheria tutte le soddisfazioni che essa poteva legittimamente chiedere, rifiutando di dare ascolto alle proposte conciliative che l'Italia aveva presentato insieme ad altre Potenze nell'intento di preservare l'Europa da un immane conflitto che avrebbe sparso sangue ed accumulato rovine in proporzioni mai vedute e neppure immaginate, l'Austria-Ungheria lacerò colle sue stesse mani il patto di alleanza con l'Italia, il quale sino a che era stato lealmente interpretato non come strumento d'aggressione, ma solo come difesa contro possibili aggressioni altrui, aveva validamente contribuito ad eliminare le occasioni o a comporre le ragioni di conflitto, e ad assicurare ai popoli per molti anni i benefici inestimabili della pace.

L'art. 1 del Trattato consacrava una norma logica e generale di qualsiasi patto di alleanza: cioè l'impegno di procedere ad uno scambio di idee sulle questioni politiche ed economiche di natura generale che potessero presentarsi. Ne derivava che nessuno dei contraenti era libero di intraprendere, senza previo comune concerto, un'azione le cui conseguenze potessero produrre agli altri alcun obbligo contemplato dall'alleanza o comunque toccare i loro più importanti interessi. A questo dovere contravvenne l'Austria-Ungheria con l'invio alla Serbia della sua nota in data 23 Luglio 1914, senza previo concerto con l'Italia. L'Austria-Ungheria violò così indiscutibilmente in una delle sue clausole fondamentali il Trattato. Tanto maggiore era l'obbligo dell'Austria-Ungheria di previamente concertarsi con l'Italia, in quanto dalla sua azione intransigente contro la Serbia derivava una situazione direttamente tendente a provocare una guerra europea; e sino da principio del Luglio 1914 il R. Governo, preoccupato dalle tendenze prevalenti a Vienna, aveva fatto giungere al Governo Imperiale e Reale ripetuti consigli di moderazione ed avvertimenti sugli incombenti pericoli di carattere europeo.

L'azione intrapresa dall'Austria-Ungheria contro la Serbia era inoltre direttamente lesiva degli interessi generali italiani, politici ed economici, nella Penisola Balcanica.

Non era lecito all'Austria pensare che l'Italia potesse restare indifferente alla menomazione dell'indipendenza della Serbia. Non erano mancati a questo proposito i nostri moniti. Da molto tempo l'Italia aveva più volte, in termini amichevoli ma chiari, avvertito l'Austria-Ungheria che l'indipendenza della Serbia era considerata dall'Italia come elemento essenziale dell'equilibrio balcanico, che l'Italia stessa non avrebbe mai potuto ammettere fosse turbato a suo danno. Nè ciò avevano detto soltanto nei privati colloqui i suoi diplomatici; ma dalla tribuna parlamentare lo avevano altamente e pubblicamente proclamato i suoi uomini di Stato.

L'Austria dunque, aggredendo la Serbia con un „ultimatum“ non precduto, con disdegno di ogni consuetudine, da qualsiasi mossa diplomatica verso di noi, e preparato nell'ombra con sì gelosa cura da tenerlo celato all'Italia, che ne ebbe notizia insieme al pubblico dalle Agenzie telegrafiche prima che per via diplomatica, si pose non solo fuori dell'Alleanza coll'Italia ma si eresse a nemica degli interessi italiani. Risultava infatti al R. Governo, per sicure notizie, che tutto il complesso programma di azione dell'Austria-Ungheria nei Balcani portava ad una gravissima diminuzione politica ed economica dell'Italia, perchè a ciò conducevano, direttamente od indirettamente l'asservimento della Serbia, l'isolamento politico e territoriale del Montenegro l'isolamento e la decadenza politica della Romania. Questa diminuzione dell'Italia nei Balcani si sarebbe verificata anche amettendo che l'Austria-Ungheria non avesse avuto proposito di compiere nuovi acquisti territoriali.

Giova osservare che il Governo austro-ungarico aveva esplicito obbligo di previamente concertarsi con l'Italia in forza d'uno speciale articolo 7 del Trattato della Triplice Alleanza, che stabiliva il vincolo dell'accordo preventivo ed il diritto a compensi fra gli alleati in caso di occupazioni temporanee o permanenti nella regione dei Balcani. In proposito il R. Governo iniziò conversazioni col Governo Imperiale e Reale sino dall'apertura delle ostilità austro-ungariche contro la Serbia, ritraendo dopo qualche riluttanza un'adesione di massima.

Queste conversazioni erano state iniziate subito dopo il 23 Luglio, allo scopo di rendere al Trattato violato e quindi annullato per opera dell'Austria-Ungheria, un nuovo elemento di vita, quale poteva derivargli soltanto da nuovi accordi. Le conversazioni furono riprese con più precisi intenti nel mese di dicembre 1914.

Il R. Ambasciatore a Vienna ebbe allora istruzioni di far conoscere al conte *Berchthold* che il Governo italiano riteneva necessario procedere, senza alcun ritardo ad uno scambio di idee, quindi ad un concreto negoziato col Governo I. e. R., circa la situazione complessa derivante dal conflitto provocato dall'Austria-Ungheria. Il conte *Berchthold* rispose da prima con ripulse, concludendo che non riteneva fosse il caso di venire per questo ad alcun negoziato. Ma in seguito alle nostre repliche, alle quali si associò il Governo germanico, il conte *Berchthold* fece poi conoscere di essere disposto ad entrare nello scambio di idee da noi proposte.

Esprimemmo allora subito un dato fondamentale del nostro punto di vista: e cioè gli dichiarammo che i compensi contemplati sui quali doveva intervenire l'accordo, dovevano riflettere territori trovantisi sotto il domino attuale dell'Austria-Ungheria.

Le discussioni proseguirono per mesi, dai primi di dicembre al marzo. E solamente alla fine di marzo dal Barone *Burian* ci venne offerta una zona di territorio compresa in limiti lievemente a nord della città di Trento. Per questa cessione il Governo austro-ungarico ci richiedeva a sua volta numerosi impegni a suo favore, fra cui piena ed intera libertà d'azione nei Balcani. È da notarsi che la cessione del territorio nel Trentino non doveva, nel pensiero del Governo austro-ungarico effettuarsi immediatamente secondo noi chiedevamo, ma solamente alla fine dell'attuale conflitto.

Rispondemmo che l'offerta non poteva soddisfarci e formulammo il minimo delle cessioni che potevano corrispondere in parte alle nostre aspirazioni nazionali, migliorando equamente la nostra situazione strategica nell'Adriatico.

Tali richieste comprendevano: un confine più ampio nel Trentino; un nuovo confine sull'Isonzo; una situazione speciale per Trieste la cessione di talune isole dell'Arcipelago Curzolare; il disinteresse dell'Austria nell'Albania; ed il riconoscimento dei nostri possessi di Valona e del Dodecanesso.

Alle nostre richieste furono opposti da prima dinieghi categorici. Solo dopo un altro mese di conversazioni, l'Austria-Ungheria s'indusse ad aumentare la zona di territorio da cedere nel Trentino, limitandola a Mezzolombardo, ma escludendone territori italiani, come un lato intero della vallata del Noce, la Val di Fassa e la Val di Ampezzo; o lasciandoci una linea non rispondente nemmeno a scopi strategici. Restava poi sempre fermo il Governo austro-ungarico nel negare qualsiasi effettuazione di cessione prima del termine della guerra.

I repetuti dinieghi dell'Austria-Ungheria risultarono esplicitamente confermati in colloquio che il Barone *Burian* tenne col R Ambasciatore a Vienna il 29 aprile u. s., nel quale risultò che il Governo austro-ungarico, pur ammettendo la possibilità di riconoscimento di qualche nostro prevalente interesse a Valona e l'anzidetta cessione territoriale nel Trentino, persisteva a pronunziarsi in modo negativo circa tutte le altre nostre richieste, e precisamente quelle che riguardavano la linea dell'Isonzo, Trieste e le isole.

Dall'atteggiamento seguito dall'Austria-Ungheria dai primi di dicembre alla fine di aprile risultava chiaro il suo sforzo di temporeggiare. In queste condizioni l'Italia si trovava di fronte al pericolo che ogni sua aspirazione avente base nella tradizione e nella nazionalità e nel suo desiderio di sicurezza nell'Adriatico si perdesse per sempre; mentre altre contingenze del conflitto europeo minacciavano i suoi maggiori interessi in altri mari. Da ciò derivavano all'Italia la necessità e il dovere di riprendere la sua libertà d'azione, cui aveva diritto, e di ricercare la tutela dei suoi interessi all'infuori dei negoziati condotti inutilmente per cinque mesi, ed all'infuori di quel patto



d'alleanza che per opera dell'Austria-Ungheria era virtualmente cessato sino dal luglio 1914. Non sarà fuori di luogo osservare che, cessata l'Alleanza, è cessata la ragione dell'acquiescenza determinata per tanti anni nel popolo italiano dal desiderio sincero della pace, mentre rivivono, le ragioni della doglianza per tanto tempo volontariamente repressa per il trattamento al quale le popolazioni italiane in Austria furono assoggettate.

Patti formali a tutela della nostra lingua, della tradizione e della civiltà italiana nelle regioni abitate dai nostri connazionali, sudditi della Monarchia non esistevano nel Trattato. Ma quando all'Alleanza si fosse voluto dare un contenuto di pace e di armonica sincera, appariva incontestabile l'obbligo morale dell'alleanza di tenere in debito conto anzi di rispettare con ogni scrupolo, il nostro vitale interesse costituito dall'equilibrio etnico nell'Adriatico. Invece la costante politica del Governo austro-ungarico mirò per lunghi anni alla distruzione della nazionalità e della civiltà italiana lungo le coste dell'Adriatico. Basterà qualche sommaria citazione di fatti e di tendenze, ad ognuno già troppo noti: sostituzione progressiva dei funzionari di razza italiana con funzionari di altra nazionalità; immigrazione artificiosa di centinaia di famiglie di nazionalità diverse; assunzione a Trieste di Cooperative di braccianti estranei; decreti Hohenlohe diretti ad escludere dal Comune di Trieste e dalle industrie del Comune impiegati regnicoli; snazionalizzazione dei principali servizi del Comune di Trieste e diminuzione delle attribuzioni municipali; ostacoli di ogni sorta all'istituzione di nuove scuole nazionali; regolamento elettorale con tendenza antiitaliana; snazionalizzazione dell'Amministrazione giudiziaria; la questione della Università, che formò pure oggetto di trattative diplomatiche; snazionalizzazione delle Compagnie di navigazione; azione di polizia e processi politici tendenti a favorire le altre nazionalità a danno di quella italiana; espulsioni metodiche ingiustificate e sempre più numerose di regnicoli.

La costante politica del Governo Imperiale e Reale riguardo alle popolazioni italiane soggette non fu unicamente dovuta a ragioni interne, o attinenti al giuoco delle varie nazionalità contrastanti nella Monarchia; essa invece apparve ispirata in gran parte da un intimo sentimento di ostilità e di avversione riguardo all'Italia, dominante in alcuni circoli più vicini al Governo austro-ungarico ed avente una determinante influenza sulle decisioni di questo.

Fra i tanti indizi che si possono citare, basterà ricordare che nel 1911, mentre l'Italia era impegnata nella guerra contro la Turchia, lo Stato Maggiore a Vienna si apparecchiava intensivamente ad un'aggressione contro di noi; ed il partito militare proseguiva attivissimo il lavoro politico inteso a trascinare gli altri fattori responsabili della Monarchia. Contemporaneamente gli armamenti alla nostra frontiera assumevano carattere prettamente offensivo.

La crisi fu allora risolta in senso pacifico per l'influenza, a quanto si può supporre, di fattori estranei; ma da quel tempo siamo rimasti sotto

l'impressione di una possibile inattesa minaccia armata, quando, per cause accidentali, prendesse sopravvento a Vienna il partito a noi ostile.

Tutto questo era noto all'Italia: ma, come si disse più sopra, il sincero desiderio della pace prevalse nel popolo italiano.

Nelle nuove circostanze l'Italia cercò di vedere se e quanto, anche per tale riguardo fosse possibile dare al suo patto con l'Austria-Ungheria una base più solida ed una garanzia più duratura. Ma i suoi sforzi, condotti per tanti mesi in costante accordo con la Germanica, che venne con ciò a riconoscere la legittimità dei negoziati, riuscirono vani. Onde l'Italia si è trovata costretta dal corso degli eventi a cercare altre soluzioni. E poichè il patto dell'Alleanza coll'Austria-Ungheria aveva già cessato virtualmente di esistere e non serviva ormai più che a dissimulare la realtà di sospetti continui e di quotidiani contrasti, il R. Ambasciatore a Vienna fu incaricato di dichiarare al Governo austro-ungarico che il Governo italiano era sciolto da ogni suo vincolo decorrente dal Trattato della Triplice Alleanza nei riguardi dell'Austria-Ungheria.

Tale comunicazione venne fatta a Vienna il 4 maggio corrente.

Successivamente a tale nostra dichiarazione e dopo che noi avevamo già dovuto provvedere alla legittima tutela dei nostri interessi, il Governo Imperiale e Reale presentò nuove offerte di concessioni, insufficienti in sè, e nemmeno corrispondenti al minimo, delle nostre antiche proposte; offerte che ad ogni modo non potevano più essere da noi accolte.

Il R. Governo, tenuto conto di quanto è sopra esposto, confortato dai voti del Parlamento e dalle solenni manifestazioni del Paese, ha deliberato di rompere gli indugi ed ha dichiarato oggi stesso in nome del Re all'ambasciatore austro-ungarico a Roma di considerarsi da domani 24 maggio in istato di guerra coll'Austria-Ungheria.

Ordini analoghi sono stati telegrafati ieri al R. Ambasciatore a Vienna, Prego V. E. di render noto quanto precede a codesto Governo.

**Nr. MCCCLV. Erklärung Italiens an die Schweiz betr. Achtung der Neutralität der Schweiz vom Mai 1915.**  
(„Corriere della Sera“ vom 25. Mai 1915, Nr. 143.)

„Roma, 24 maggio, notte.

Il Re ministro d'Italia a Berna ha ricevuto incarico di fare al Governo federale svizzero, in occasione della notificazione del nostro stato di guerra con l'Austria-Ungheria, la seguente comunicazione.

Il Governo di S. M. tiene a confermare al Consiglio federale la dichiarazione che la R. Legazione ha avuto l'onore di indirizzargli in data 19 agosto 1914 relativa alla neutralità perpetua della Svizzera e alla inviolabilità del suo territorio fermamente deciso a osservare rigorosamente e lealmente nei riguardi della Svizzera tutti i suoi doveri di belligerante.

Il Governo di S. M. il Re d'Italia desidera esprimere in questa occasione la prima fiducia che gli ispirano le dichiarazioni contenute nella Nota federale del 25 agosto circa la ferma volontà del popolo svizzero e la condotta del Governo federale relativamente alla neutralità e ai doveri che vi sono connessi.

*Stefani.*"

**Nr. MCCCLVI. Italienische Erklärung der Blockade der österreichischen und der albanischen Küsten vom 26. Mai 1915.** („Gazetta Ufficiale del Regno d'Italia“, Sonderausgabe vom 26. Mai 1915, Nr. 131.)

#### Dichiarazione di Blocco.

Il R. Governo italiano. Visto lo stato di guerra esistente fra l'Italia e l'Austria-Ungheria; Considerato che alcuni porti della costa albanese servono alle autorità navali austro-ungariche per il rifornimento clandestino del loro naviglio sottile da guerra;

dichiara:

A datare dal giorno 26 maggio 1915 sono tenuti in istato di blocco effettivo, da parte delle forze navali italiane:

1. il litorale austro-ungarico estendentesi a nord dal confine italiano sino al confine montenegrino a sud, con tutte le sue isole, porti, seni, rade e baie;

2. il litorale dell'Albania, estendentesi dal confine montenegrino a nord sino a Capo Kiephali compreso a sud.

3. limiti geografici dei territori bloccati sono:

Per il litorale austro-ungarico:

limite nord 45° 42' 50" di latitudine N. e 13° 15' 10" di longitudine E. Greenwich;

limite sud 42° 06' 25" di latitudine N. e 19° 05' 30" di longitudine E. Greenwich;

Per il litorale albanese:

limite nord 41° 52' di latitudine N. e 19° 22' 40" di longitudine E. Greenwich;

limite sud 39° 54' 15" di latitudine N. e 19° 35' 30" di longitudine E. Greenwich.

Le navi di potenze amiche e neutrali avranno un termino che sarà stabilito dal comandante in capo delle forze navali italiane, a cominciare del giorno della dichiarazione di blocco, per uscire liberamente dalla zona bloccata.

Contro le navi che in violazione del blocco tentassero di attraversare o avessero attraversato la linea di sbarramento, costituita dalla congiungente Capo d'Otranto—Capo Kiephali, sarà proceduto in conformità delle regole del diritto internazionale e dei trattati in vigore.

**Nr. MCCCLVII. Italienische Erklärung der Beschränkung der Blockade der Albanischen Küsten vom 30. Mai 1915. \*)** („Gazetta Ufficiale del Regno d'Italia“, Sonderausgabe vom 30. Mai 1915, Nr. 136.)

**Dichiarazione di limitazione di blocco.**

Il Regio Governo Italiano Dichiarà: che il blocco sul litorale dell'Albania che con dichiarazione del 26 maggio 1915 era stato stabilito dai confini del Montenegro a nord sino a Capo Kiephali compresso a sud, è ridotto, con la data del 30 maggio 1915, dagli stessi confini sino ad Aspri Ruga (Strade Bianche).

In conseguenza di ciò i limiti geografici del blocco del territorio albanese sono i seguenti:

Limite Nord — 41° 52' di latitudine N. e 19° 22' 40" di longitudine Est Greenwich:

Limite Sud — 40° 09' 36" di latitudine N. e 19° 35' 45" di longitudine Est Greenwich.

La nuova linea di sbarramento costituita tra Capo d'Otranto ed Aspri Ruga forma la linea di blocco, a tutti gli effetti della dichiarazione del 26 maggio 1915.

**Nr. MCCCLVIII. Italienische Note betr. Blockade des Adriatischen Meeres vom 6. Juli 1915. \*\*)**

Le gouvernement royal italien a porté à la connaissance de l'ambassade de France à Rome qu'à partir du 6 juillet courant, le blocus déclaré par le gouvernement italien en date du 26 et du 28 mai dernier, est étendu à toutes les zones de la mer Adriatique, au Nord de la ligne Otranto-Aspri Ruga (Strade blanche). La navigation dans la mer susdite, au Nord de cette ligne, est par conséquent défendue aux navires marchands de tous les Etats.

Des sauf-conduits pourront être délivrés par le ministre de la marine ou par ses délégués aux navires qui désirent se rendre dans les ports de la mer Adriatique appartenant ou occupés par l'Italie et par le Monténégro. Ces navires devront se diriger vers le port de Gallipoli, où ils pourront recevoir, après vérification, de la part de l'autorité maritime locale, un sauf-conduit pour entrer dans l'Adriatique.

\*) Anm.: Der „Temps“ vom 30. Mai 1915 bemerkt hierzu: „Le blocus des côtes albanaises par l'Italie au Sud jusqu'au cap Kiephali a été considéré, dans les milieux politiques grecs, comme étant le résultat d'une erreur. En effet, il en résulterait que toute la côte de Chimara, qui fait partie de l'Epire du Nord, actuellement occupée par la Grèce, avec l'assentiment des puissances, se trouverait bloquée. Or, le territoire du Nord de l'Epire jouit, par le fait même de son occupation par les troupes grecques, de la même neutralité que le Royaume hellénique et ne peut, par conséquent, être soumis à aucun blocus.“ — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



Les navires qui veulent sortir de la zone bloquée, devront, après s'être munis du permis des autorités du port de départ, se diriger à Bari, où un sauf-conduit de sortie pourra leur être délivré.

Les navires munis du sauf-conduit ne pourront se présenter devant la ligne de blocus Otranto-Aspri Ruga que pendant le jour; il devront mouiller sur cette ligne à une distance ne dépassant pas celle de 5 milles de la côte italienne, enfin de recevoir la visite des navires de guerre destinés à cet effet.

La navigation dans la mer Adriatique des navires de commerce de toute nationalité ayant obtenu le sauf-conduit d'entrée ou de sortie est réglée par les dispositions du décret royal du 13 juin 1915, n° 899, et, par toute autre disposition que l'autorité maritime italienne croira établir, cas par cas, pour les navires admis à entrer ou à sortir de l'Adriatique.

Tout navire contrevenant aux dispositions susdites sera considéré comme coupable de violation du blocus et pourra être capturé et confisqué ainsi que les marchandises existant à son bord, conformément aux règles en vigueur.

**Nr. MCCCLIX. Rede Salandras vom Kapitol vom 2. Juni 1915.** („Corriere della Sera“ vom 3. Juni 1915, Nr. 152).

Signore e Signori,

Ho accettato di buon grado l'invito d'intervenire a questa adunanza per mostrare come il Governo reputi di primaria importanza l'opera di solidarietà nazionale alla quale si è accinto il Comitato romano, e come esso sperì che in ogni Comune del Regno, grande o piccolo, sorga e si mantenga colla fiamma dell'entusiasmo ma anche colla pertinace e duratura costanza dell'organizzazione, una consimile benefica associazione di persone e di energie materiali e morali.

Noi siamo entrati, a tutela delle più antiche e più alte aspirazioni, dei più vitali interessi della Patria nostra, in una guerra più grande di qualunque altra la Storia ricordi, la quale investe e trasporta nel suo turbine non soltanto i combattenti, ma tutti coloro che restano. Nessuno se ne può sottrarre. Chi alla Patria non dà il braccio, deve dare la mente, i beni, il cuore, le rinunzie, i sacrifici. E' tutta una elevazione, è tutta una sublimazione di un Popolo che dev'essere voluta e compiuta. A coloro che restano tocca di fare che la vita nazionale si svolga ininterrotta, che le famiglie le quali perdono i loro sostegni siano in ogni forma sorrette, che i cuori si mantengano alti e forti, disposti alle gioie più intense ed ai più atroci dolori, parati a tutto, ma fidenti nella vittoria finale: perchè giusta è la causa che ci ha mossi e la nostra guerra è una guerra santa.

Occorre che della giustizia della nostra causa, della santità della nostra guerra gli italiani di ogni ceto abbiano non solo, come meravigliosamente mostrano di avere, la sensazione spontanea, istintiva, profonda, ma anche la persuasione ragionata. Occorre che ne sia persuaso il mondo civile.

All'Italia e al mondo civile io mi rivalgo per mostrare, non con parole veementi, ma con fatti precisi e documentati, come la rabbia nemica abbia invano tentato di sminuire l'alta dignità morale e politica della causa che le nostre armi faranno prevalere. Parlerò con la serena compostezza della quale ha dato nobilissimo esempio il Re d'Italia chiamando alle armi voi, Soldati di terra e di mare. Parlerò come debbo, osservando il rispetto dovuto al mio grado e al luogo onde parlo. Potrò non curare le ingiurie scritte nei proclami imperiali, reali e arciducali. Poichè parlo dal Campidoglio e rappresento, in quest'ora solenne, il Popolo e il Governo d'Italia, io, modesto borghese, mi sento di gran lunga più nobile del capo degli Absburgo-Lorena.

I mediocri uomini di Stato i quali con temeraria leggerezza, errando in tutte le loro previsioni, appiccarono nel luglio scorso il fuoco all'Europa intera ed alle stesse loro case, accorgendosi ora del nuovo colossale errore, nei Parlamenti di Budapest e di Berlino si sono sfogati con brutali parole contro l'Italia e contro il suo Governo, col fine evidente di farsi perdonare dai loro concittadini ubriacandoli di truci visioni di odio e di sangue. Il Cancelliere dell'Impero tedesco disse essere egli compreso, se non di odio, di collera. E dovette dire il vero; poichè egli ragionò male, come si ragiona negli accessi di furore. Io non potrei, se anche volessi, imitare il loro linguaggio. Il ritorno atavistico alla barbarie primitiva è più difficile a noi che ne siamo di venti secoli più lontani.

Non badiamo alle parole; atteniamoci alle ragioni ed ai fatti. La tesi fondamentale degli uomini di Stato dell'Europa Centrale si racchiude nelle due parole tradimento e sorpresa, rivolte all'Italia, tradimento e sorpresa verso i suoi fedeli Alleati.

Sarebbe facile domandare se abbia il diritto di parlare di alleanza e di rispetto ai Trattati chi, rappresentando con tanta minor genialità di mente ma con uguale indifferenza morale la tradizione di Federico il Grande e di Ottone di Bismarck, ha proclamato che necessità non ha legge e ha acconsentito che il suo Paese calpestasse, bruciasse, seppellisse in fondo all'Oceano tutti i documenti e tutte le civili consuetudini del diritto pubblico internazionale. Ma sarebbe troppo facile e soltanto pregiudiziale argomento. Esaminiamo invece positivamente e pacatamente se gli alleati abbiano il diritto di dirsi traditi e sorpresi da noi.

Note da gran tempo erano le nostre aspirazioni, e noto il nostro giudizio sopra l'atto di follia criminale pel quale essi scompigliarono il Mondo e tolsero all'Alleanza stessa la sua intima ragion d'essere. Il Libro Verde preparato da Sidney Sonnino, al quale è vanto della mia vita essere legato con piena solidarietà, dopo trent'anni di amicizia, in quest'ora solenne... il Libro Verde, che più di qualunque altro mai fascicolo di documenti diplomatici è penetrato nella vita, nella coscienza del Popolo, da dicembre a maggio dimostra le lunghissime, penose, inutili trattative. Ma non è vero, come artificiosamente si tenta far credere, che il Ministero, ricostituitosi nel novembre, mutasse l'indirizzo della nostra politica internazionale. Il Governo

italiano, la cui linea di condotta non ha mai mutato (e mi piace dirlo ad onore della memoria dell'illustre amico e collega il cui solo rimpianto, innanzi alla morte, fu di non avere veduto il giorno, da lui ardentemente auspicato, delle rivendicazioni nazionali), il Governo italiano giudicò severamente, al momento stesso che ne ebbe conoscenza, l'aggressione dell'Austria alla Serbia: e ne prevede le conseguenze, non prevedute da coloro che con tanta incoscienza avevano premeditato il colpo. Eccone la prova. Leggerò, perchè si tratta di documenti.

Il 25 luglio il marchese di *San Giuliano* telegrafava al duca d'*Avarna* come segue:

„Oggi abbiamo avuta una lunga conversazione a tre, il Presidente del Consiglio, il signor *Flotov* ed io, che riassumo per informazione personale di Vostra Eccellenza e per eventuale norma di linguaggio.

„Abbiamo *Salandra* ed io fatto notare anzitutto all'ambasciatore che l'Austria non avrebbe avuto il diritto, secondo lo spirito del trattato della Triplice Alleanza di fare un passo come quello che ha fatto a Belgrado, senza previo accordo coi suoi alleati. L'Austria infatti, pel modo come la nota è concepita e per le cose che domando, le quali, mentre sono poco efficaci contro il pericolo panserbo, sono profondamente offensive per la Serbia e indirettamente per la Russia, ha chiaramente dimostrato che vuole provocare una guerra. Abbiamo perciò detto al signor *Flotov* che per tal modo di procedere dell'Austria, e per il carattere difensivo e conservatore della Triplice Alleanza, l'Italia non ha obbligo di venire in aiuto dell'Austria in caso che, per effetto di questo suo passo, essa si trovi poi in guerra con la Russia, poichè qualsiasi guerra europea è in questo caso conseguenza di un atto di provocazione e di aggressione dell'Austria.“

Poco dopo, il 27 e 28 luglio, noi ponemmo a chiare note, a Berlino e a Vienna, la questione della cessione delle province italiane dell'Austria: e dichiarammo che se non si ottenessero adeguati compensi (leggo le testuali parole) „la Triplice sarebbe stata irreparabilmente spezzata.“

La storia imparziale dirà che l'Austria, avendo trovata l'Italia ostile nel luglio 1913 e nell'ottobre dello stesso anno ai suoi propositi di aggressione alla Serbia, tentò l'estate scorsa, d'accordo con la Germania, la via della sorpresa e del fatto compiuto. L'esecrando delitto di Serajevo fu sfruttato come un pretesto un mese dopo che era stato compiuto. Lo prova il rifiuto austriaco di accettare le profferte remissive della Serbia.

Nè al momento della conflagrazione, si sarebbe contentata l'Austria dell'accettazione integrale dell'ultimatum. Il 31 luglio del 1914 il conte *Berchtold* dichiarava al nostro ambasciatore che, „ove la mediazione avesse potuto essere esercitata, non avrebbe dovute fare interrompere le ostilità già iniziate con la Serbia. (Era la mediazione intorno a cui si affaticavano l'Inghilterra e l'Italia). In ogni caso il conte *Berchtold* non era disposto ad accettare la mediazione intesa ad attenuare le condizioni indicate nella nota austro-ungarica, le quali non avrebbero potuto naturalmente che essere



aumentate alla fine della guerra. D'altra parte, se la Serbia si fosse decisa nel frattempo ad aderire senz'altro alla nota suddetta, dichiarandosi pronta ad eseguire le condizioni impostele, „ciò non avrebbe potuto indurre il Governo Imperiale e Reale a cessare le ostilità.“

E non è vero che l'Austria si impegnasse, come ha detto il Presidente del Consiglio ungherese a non compiere acquisti territoriali a danno della Serbia la quale, del resto, accettando tutte le condizioni impostele, sarebbe diventata uno Stato vassallo. Il 30 luglio, l'ambasciatore Merey disse al marchese *Di San Giuliano* le seguenti parole: „L'Austria non può fare una dichiarazione impegnativa al riguardo, perchè non può prevedere se nel corso della guerra non sarà obbligata, contro la sua volontà, a conservare dei territori serbi.“ E il 29 luglio *Berchtold* aveva fatto intendere a *D'Avarna* che „non sarebbe stato disposto a prendere impegno alcuno circa quanto gli aveva detto in ordine all'eventuale condotta dell'Austria nel caso di conflitto colla Serbia.“

Dove è dunque il tradimento, dove l'iniquità, dove la sorpresa se, dopo nove mesi di sforzi vani per arrivare ad un'intesa onorevole la quale riconoscesse in equa misura i nostri diritti e tutelasse i nostri interessi, noi riprendemmo la nostra libertà d'azione e provvedemmo come l'interesse della Patria ci consigliava? Sta invece in fatto che Austria e Germania credettero fino agli ultimi giorni di avere a che fare con una Italia imbellè, rumorosa ma non cattiva, capace di tentare un ricatto, non mai di far valere colle armi il suo buon diritto; con un'Italia che si potesse paralizzare spendendo qualche milione e frapponendosi con inconfessabili raggiri fra il Paese e il Governo.

Sovrani e ministri stranieri hanno parlato dell'Alleanza, che noi abbiamo denunziato dopo che essi sostanzialmente l'avevano infranta, come di una provvidenza sotto le cui grandi ali l'Italia ha vissuto per tanti anni, si è sviluppato economicamente e si è territorialmente accresciuta. Non negherò, sarebbe stoltezza, i benefici dell'Alleanza; benefici però non unilaterali, ma di tutti i contraenti, e non forse più di noi che degli altri. Perchè, altrimenti, gli Imperi Centrali l'avrebbero voluta e rinnovata? Era forse un sentimentale, un innamorato del Bel Paese dove fiorisce l'arancio, il principe *Ottone di Bismarck*? E furono forse in qualunque tempo teneri di noi i principi e gli uomini di Governo della Monarchia austro-ungarica?

Giova sapere in realtà e con precisione di dati e di fatti come abbia funzionato l'Alleanza in questi ultimi anni, nel suo spirito vero, e come abbia contribuito al nostro unico ingrandimento territoriale che fu l'impresa di Libia.

Il continuo sospetto, le intenzioni aggressive della Monarchia austro-ungarica contro l'alleata sono notorie e risultano da prove autentiche. Il capo di stato maggiore generale *Conrad* ha sostenuto sempre il concetto „che la guerra contro l'Italia è inevitabile, sia per la questione della province irredente, sia per la gelosia del Regno al riguardo di tutto ciò che la Monarchia intraprende nei Balcani e nel Mediterraneo orientale.“ E altrove:



„L'Italia vuole estendersi non appena si sia preparata; e intanto si oppone a tutto ciò che noi vogliamo intraprendere nei Balcani. Ne consegue che bisogna abbatterla per aver noi le mani libere.“ E deplorava che fin dal 1907 non si fosse attaccata l'Italia. Lo stesso Ministero austriaco degli affari esteri riconosceva che nel partito militare era „diffusa l'opinione che si debba opprimere in guerra il Regno d'Italia, perchè da questo viene la forza di attrazione per le Province italiane dell'Impero: e che quindi con la vittoria sul Regno e il suo annientamento politico, cesserebbe ogni speranza per gli irredenti. Intanto, fino al momento della guerra (che dovrebbe per ragioni di reciproco sviluppo di potenza dei due Stati essere affrettata con ogni mezzo) si dovrebbero opprimere le Province italiane col rigore penale e coll'opporvi ad ogni desiderio riguardante le questioni di cultura.“

Da questo pensiero risulta evidente con quanta sincerità e buona fede sia stata trascinata per tanti anni la questione dell'Università italiana! Ed ora vediamo come gli alleati ci abbiano aiutato per l'acquisto della Libia. Non dirò se non ciò che risulta da documenti:

Le operazioni brillantemente iniziate dal Duca degli Abruzzi contro le torpediniere turche raccolte a Prevesa furono arrestate dall'Austria in modo brusco ed assoluto. Il conte *Aehrenthal* significava il 1 ottobre 1911 al nostro ambasciatore a Vienna che le nostre operazioni le avevano penosamente impressionato e che non si poteva ammettere che esse continuassero; era urgente che vi fosse posto termine, e che ordini fossero dati per impedire che esse avvenissero di nuovo nelle acque sia dell'Adriatico sia dell'Jonio. Più minacciosamente ancora il giorno dopo l'ambasciatore di Germania a Vienna informava confidenzialmente il nostro ambasciatore che *Aehrenthal* lo aveva pregato di telegrafare al proprio Governo che facesse intendere al Governo italiano che se avesse continuato nelle sue operazioni navali nell'Adriatico e nell'Jonio, il Governo italiano avrebbe avuto a che fare direttamente con l'Austria-Ungheria.

E non soltanto nell'Adriatico e nell'Jonio l'Austria paralizzava la nostra azione. Il 5 novembre il conte *Aehrenthal* informava il duca D'Avarna di aver saputo di alcune navi da guerra italiane che erano state segnalate nelle vicinanze di Salonico, ove avrebbero proceduto a delle proiezioni a luce elettrica. Dichiarava che una nostra azione sulle coste ottomane della Turchia europea, come sulle isole del Mare Egeo, non avrebbe potuto essere ammessa nè dall'Austria-Ungheria nè dalla Germania, perchè contraria al trattato della Triplice Alleanza.

Nel marzo 1912 *Berchtold*, succeduto frattanto ad *Aehrenthal* dichiarava all'ambasciatore di Germania in Vienna che „per ciò che riguardava una nostra operazione contro le coste ottomane europee e le isole dell'Egeo, egli manteneva il punto di vista di *Aehrenthal*, secondo il quale quelle operazioni erano considerate dal Governo Imperiale e Reale contrarie agli impegni da noi assunti coll'art. 7 del Trattato della Triplice Alleanza.“ Quanto alla nostra operazione contro i Dardanelli, egli la considerava in opposizione:

1<sup>o</sup> alla promessa da noi fatta di non procedere ad alcun atto che potesse mettere a cimento lo statu quo dei Balcani; 2<sup>o</sup> allo spirito stesso del Trattato, che si basava sul mantenimento di quello statu quo.

Di poi, quando la nostra squadra, trovandosi all'imboccatura dei Dardanelli, veniva bombardata dai forti di Kum Kaleh e rispondeva danneggiando i forti stessi, *Berchtold* si lamentò dell'accaduto considerandolo in contraddizione delle promesse fatte; e dichiarò che „se il Regio Governo desiderava riprendere la sua libertà d'azione, il Governo Imperiale e Reale avrebbe potuto fare altrettanto.“ Aggiunse che non avrebbe potuto ammettere che noi avessimo fatto in avvenire operazioni simili a quelle compiute, o in qualsiasi modo in opposizione al suo punto di vista. Così pure ci fu impedita la disegnata occupazione di Chio.

Non occorre rilevare quante vite di soldati italiani e quanti milioni ci abbia costato il persistente impedimento ad ogni nostra azione risolutiva contro la Turchia. Essa si sapeva protetta dai nostri alleati contro ogni attacco alle sue parti vitali.

Un altro rimprovero che ci è stato amaramente fatto: è di non esserci accontentati delle prodigiose concessioni che ci furono offerte in questi ultimi tempi. Anzitutto, si potrebbe domandare: Queste concessioni erano offerte in buona fede? Il sospetto nasce leggendo gli ultimi documenti. L'Imperatore *Francesco Giuseppe* ha detto che l'Italia guardava con cupidi sguardi verso il patrimonio della sua Casa. Il Cancelliere *Bethmann Hollweg* ha detto che con queste concessioni si intendeva „comperare la nostra neutralità“. Ed allora, o signori, applauditeci per non averle accettate.

Ma guardiamo tuttavia alla sostanza delle cose. Queste concessioni, pur accettando l'ultima tardiva edizione che pervenne nelle mani del ministro degli Esteri e mie dopo che era stata nelle mani di uomini politici e di giornalisti di qua e di là queste tardive concessioni, che pur vogliamo accettare per buone, non rispondevano in alcun modo agli obbiettivi che la politica italiana doveva proporsi.

Questi obbiettivi possono ridursi a tre: 1) la difesa dell'italianità, il primo maggiore nostro dovere; 2) un confine militare sicuro, che sostituisse quello che nel 1866 ci fu imposto, e per il quale tutte le porte d'Italia sono aperte ai nostri avversari; 3) una posizione strategica nell'Adriatico meno malsicura, meno infelice di quella che abbiamo e di cui vedete in questi giorni gli effetti.

Tutti questi vantaggi, per noi essenziali, ci erano sostanzialmente negati. L'offerta, a grado a grado accresciuta del Trentino, non arrivava, non è mai arrivata alle Chiuse dell'Adige; ed escludeva l'Ampezzano, quella Cortina in cui i nostri soldati sono ora gloriosamente giunti, col pretesto che si trattasse non di genti italiane, ma di genti ladine: come se la differenza tra ladini ed italiani non fosse infinitamente inferiore che tra ladini e tedeschi!

E noi non vi aspiravamo per l'importanza del territorio: ma perchè essendo l'Ampezzano al di quà delle Alpi, e non facendoci arrivare alle Chiuse dell'Adige, rimanevano, come prima, aperte le porte di casa nostra. Nel „Libro Verde“ si può leggere un ingenuo documento austriaco in cui si dice press'a poco: „No, questo non possiamo darvelo, perchè ci guasterebbe il confine militare.“ Ma non si trattava di un confine militare di difesa per l'Austria, perchè sarebbe stata giusta la pretesa di non lasciarsi aperta la casa sua; bensì di un confine militare di offesa per l'Italia, perchè si trattava di lasciare aperte le porte di casa nostra.

La posizione nell'Adriatico era negata del tutto. Sull'Adriatico nessuna concessione ci fu mai offerta, neanche all'ultimo; e quando noi, col pianto nell'animo, ma pensando che ogni massimo sforzo si dovesse fare per evitare una guerra, ci siamo piegati a chiedere come minimo che Trieste ed una zona circostante fossero considerate non parte del Regno d'Italia, ma non più parte dell'Impero austriaco, e fossero costituite a Stato libero, questo ci è stato negato; ed a Trieste si è promesso: che cosa? l'autonomia amministrativa.

Ed un'altra parte importantissima della questione dibattuta fu quella della esecuzione. Io penso che cosa avreste detto voi, voi Italiani, che cosa avrebbe detto il nostro Parlamento se noi, uomini di Governo, ci fossimo presentati annunciando che eravamo in pieno accordo con l'Austria-Ungheria, e avremmo avuto una parte del Trentino e qualche altro piccolo lembo di terra non oltre l'Isonzo, ma a pace compiuta. La „pace compiuta“, poi, si attenuò con l'offerta, nell'ultimissimo giorno, della nomina di commissioni le quali avrebbero studiato il confine, dopo di che sarebbero venute le ratifiche; e dopo queste, entro un mese, si sarebbero occupati i territori.

Ma ci si oppone che dell'esecuzione non avremmo dovuto dubitare, perchè ci sarebbe stata la guarentigia della Germania. Supponiamo questa guarentigia data con perfetta intenzione di eseguirla. Supponiamo che la Germania, alla fine della guerra, fosse stata in condizione di poter mantenere la parola data, ciò che non è sicuro. Quale sarebbe stata la nostra condizione dopo questo accordo? Vi sarebbe stata una nuova Triplice, una Triplice rinnovata, ma in ben altre ed inferiori condizioni di quella di prima, poichè noi avremmo avuto uno Stato sovrano e due Stati vassalli. Il giorno in cui una delle clausole del Trattato non fosse stata eseguita, il giorno in cui, dopo breve tempo, dopo anni, l'autonomia municipale di Trieste fosse stata infranta da un qualsiasi decreto imperiale o da un qualsiasi luogotenente, a chi avremmo potuto rivolgerci? Avremmo dovuto ricorrere al comune superiore, alla Germania?

Ora, signori, io voglio dirvi che della Germania non intendo parlare senza ammirazione e senza rispetto. Io sono Primo Ministro d'Italia, non Cancelliere tedesco; e non perdo il lume della ragione. Ma con tutto il rispetto dovuto alla dotto, alla potente, alla grande Germania, mirabile esempio di organizzazione e di resistenza, in nome del mio Paese debbo dire:



vassallaggio no, protettorato no, verso nessuna. Il sogno della egemonia universale è stato infranto. Il mondo è insorto, la pace e la civiltà dell'umanità futura debbono fondarsi sul rispetto delle compiute autonomie nazionali, fra le quali la grande Germania dovrà assidersi pari alle altre, ma non padrona.

Ma il più notevole esempio dell'orgoglio smisurato con cui gli uomini che dirigono la politica dell'Impero germanico considerano le altre Nazioni, si trae dal quadro che il Cancelliere *Bethmann Hollweg* ha fatto del mondo politico italiano. Io voglio leggerlo in un riassunto più completo di quello che fu dato dai giornali: il riassunto arrivato il giorno dopo. Ecco che cosa il Cancelliere tedesco disse di noi:

„Gli uomini di Stato italiani fecero contro il loro popolo il medesimo giuoco che contro di noi.

„Senza dubbio il possesso di territori di lingua italiana al nord delle sue frontiere era oggetto dei sogni e dei desideri di ogni italiano. Ma il fatto è che gran parte del Popolo italiano, che la maggioranza del Parlamento, non volevano saperne della guerra. Nei primi giorni di maggio, secondo le osservazione del miglior conoscitore delle cose italiane, i quattro quinti del Senato, i due terzi della Camera, erano ancora contro la guerra. Tra essi — continua il Cancelliere *Bethmann Hollweg* — si trovavano gli uomini di Stato più seri ed autorevoli. Ma la voce del buon senso non era più ascoltata; soltanto la plebe regnava. Con la benevolta tolleranza e l'appoggio dei principali membri di un Gabinetto rimpinzato d'oro dalla Triplice Intesa, il popolaccio, guidato da agenti provocatori senza scrupoli, fu spinto a frenesia sanguinaria, minacciando al Re la rivoluzione e a tutti i moderati l'assassinio se non si fossero abbandonati al delirio della guerra. Si lasciò, per deliberato proposito, ignorare al Popolo italiano l'andamento dei negoziati con l'Austria e la portata delle concessioni austriache, di guisa che, dopo le demissioni del Gabinetto *Salandra*, non si trovò alcuno che avesse il coraggio di accettare di formare un nuovo Gabinetto. E nel corso delle discussioni decisive, nessun membro dei partiti costituzionali del Senato e della Camera tentò neppure di apprezzare il valore delle concessioni così estese dell'Austria. E in questa frenesia di guerra, onesti uomini politici divennero muti. Ma quando, nel seguito delle operazioni militari, come noi speriamo e desideriamo, il Popolo italiano sarà rientrato nel buon senso, riconoscerà quanto leggermente sia stato spinto a partecipare a questa guerra mondiale.“

Non so, Signori, se vi sia stata in quest'uomo accecato dalla rabbia intenzione di offendere personalmente i colleghi miei e me (se così fosse non lo rileverei), uomini di cui conoscete la zita, uomini che hanno servito lo Stato fino a questa tarda età, uomini di fama incontaminata, uomini che danno al Paese la vita dei loro figli. Ma non pensate a noi. Ponete mente invece all'inguria atroce che quel brano di prosa vandalica scaglia contro il Re, contro gli stessi uomini politici che avevano un'opinione diversa dalla



nostra. Tutti muti, si dice: dunque tutti vili. Le informazioni sulle quali questo giudizio è fondato sono attribuite dal Cancelliere dell'Impero a quegli che egli chiama „il miglior conoscitore delle cose italiane.“

Forse allude, con fraterno desiderio di addossargli la responsabilità, al principe *di Bülow*. Ora, o signori, io voglio che delle intenzioni del principe *di Bülow* voi non abbiate un erroneo apprezzamento. Io credo che egli avesse vera simpatia per il nostro Paese ed abbia fatto tutto quello che poteva fare per riuscire ad un'intesa. Ma quali e quanti errori nel tradurre in atto le sue buone intenzioni. Egli suppose che l'Italia potesse sviarli dalla sua rotta per qualche milione male speso, per l'influenza di poche persone che hanno perso il contatto coll'anima nazionale, per obliqui contatti tentati, ma spero e credon on riusciti, con uomini politici italiani. Ne derivò l'effetto opposto. Un immenso scoppio di indignazione si accese in tutta Italia, e non nel popolaccio, ma nelle classi veramente più elevate, nei cuori più nobili, in tutti coloro che sentono la dignità della Nazione, in tutta la gioventù che è pronta a dare all'idealità della Patria il suo purissimo sangue. Uno scoppio di indignazione si accese al sospetto che un ambasciatore straniero si inframmettesse tra Governo, Parlamento e Paese.

In questo fuoco si fusero le discordie interne, e la Nazione tutta si rinsaldò in una meravigliosa unità morale, che sarà la nostra massima forza nel duro cemento e che deve condurci, per virtù nostra, non per altrui benevola concessione, all'effettuazione dei più alti destini della Patria. Ieri l'altro un principe della Chiesa ingiungeva al clero della sua archidiocesi: „Ispirate il proposito fermo della più severa disciplina e dell'amore sincero alla nostra terra, che renda a chiunque impossibile di suscitare una discordia in un'ora nella quale la concordia è dovere supremo. Ieri potevamo discutere; domani lo potete ancora; oggi no.“ Ed il giorno stesso il prefetto di una nobile città emiliana, nella quale è maggioranza da gran tempo il partito socialista, mi telegrafava, commosso di amore patrio, che partivano fra l'entusiasmo di tutto il popolo i volontari ciclisti, e che finalmente, dopo nove anni, il tricolore sventolava dal palazzo del Comune.

Questa unità morale, Signore e Signori, si manifesta incrollabile nelle opere di guerra e nelle opere di pace, in coloro che si battono ed in coloro che restano, in coloro che muoiono ed in coloro che sopravvivono. Entrati nella grande crisi, noi non dobbiamo essere da meno degli altri popoli alleati e nemici: dal Re, che interprete — come sempre i Savoia — del sentimento popolare e delle aspirazioni nazionali, è al campo, affidando alla custodia del popolo di Roma l'Augusta Sovrana ed il teneri figli, fino ai più umili lavoratori delle città e della campagna, alle donne, ai giovanetti, uno per tutti, tutti per ciascuno, tutti fidenti che nel nostro sforzo supremo consegneremo alla generazione ventura una Italia più completa, più forte, più onorata: un'Italia che si assida nel consesso delle Potenze non vassalla o protetta, ma sicura nei suoi termini naturali; un'Italia che ritorni alle feconde gare della pace, propugnatrice — quale sempre è stata — di libertà e di giustizia nel Mondo.

Poichè alla nostra generazione i fati assegnarono il compito tremendo e sublime di tradurre in atto l'ideale della grande Italia che gli eroi del Risorgimento non poterono vedere compiuto accettiamo questo compito con animo invitto, disposti a dare alla Patria tutti noi stessi, quello che siamo e quello che abbiamo. Dinanzi al Tricolore che sventola al campo accanto alla sacra persona del Re, si inchinino tutte le bandiere, si fondano tutti gli animi nella fede concorde che in quel segno vinceremo. Viva l'Italia! Viva il Re!

**Nr. MCCCLX. Zirkulartelegramm der italienischen Regierung an die diplomatischen Vertreter im Ausland vom 21. August 1915 betr. die Kriegserklärung an die Türkei.**  
(„Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia“ vom 23. August 1915, Nr. 209. S. 5008—5009.)

„L'Agenzia Stefani comunica:

Roma, 21. — Il Governo di S. M. ha diretto alle R.R. rappresentanze all'estero il seguente telegramma-circolare:

Sin dal primo momento della firma del trattato di pace di Losanna\*) (18 ottobre 1912) il Governo ottomano ebbe a violare il trattato stesso. Tali violazioni hanno continuato senza tregna sino ad ora.

Il Governo Imperiale non adottò mai seriamente misura alcuna perchè si addivenisse in Libia alla cessazione immediata delle ostilità secondo gliene facevano obbligo i suoi patti solenni; nulla fece il Governo stesso per la liberazione dei prigionieri di guerra italiani. I militari ottomani rimasti in Tripolitania ed in Cirenaica furono mantenuti sotto il comando degli stessi ufficiali, continuando ad usare la bandiera ottomana, conservando i loro fucili ed i loro cannoni. Enver bey diresse in Libia le ostilità contro l'esercito italiano sino alla fine del novembre 1912; Aziz bey lasciò quella regione con 800 soldati di truppe regolari soltanto nel giugno 1913; il trattamento, che l'uno e l'altro ricevettero, rientrando in Turchia, prova all'evidenza che i loro atti ebbero il pieno assenso delle autorità imperiali. Dopo la partenza di Aziz bey continuarono ad arrivare in Cirenaica ufficiali dell'esercito turco; ve ne sono ora oltre un centinaio dei quali il R. Governo conosce i nomi.

Nell'aprile di quest'anno, 35 giovani bengasini che Enver pascià aveva condotto, nel dicembre del 1912, contro il nostro volere, a Constantinopoli, dove furono ammessi a quella scuola militare, furono rinviiati in Cirenaica a nostra insaputa.

Nonostante contrarie dichiarazioni risulta con certezza che la guerra santa nel 1914 venne proclamata anche contro gli italiani in Africa.\*) Una missione di ufficiali e di soldati turchi incaricata di portar doni ai capi senussiti in rivolta contro le autorità italiane in Libia venne recentemente catturata da forze navale francesi.

\*) Anm.: Siehe „Jahrbuch des Völkerrechts“ Bd. I Nr. XIX (II) S. 111.  
Herausgeber.

Le relazioni di pace ed amicizia che il R. Governo aveva creduto poter stabilire dopo il trattato di Losanna con il Governo turco, non esistono, per colpa di questo ultimo, fra i due paesi. Così poichè fu constatato essere perfettamente inutile ogni reclamo diplomatico contro le violazioni del trattato, al R. Governo non restava che provvedere altrimenti alla salvaguardia degli alti interessi dello Stato ed alla difesa delle sue colonie contro le minacce persistenti e contro gli effettivi atti di ostilità da parte del Governo ottomano.

Una decisione in questo senso si è resa tanto più necessaria ed urgente in quanto il Governo ottomano ha commesso in tempi recentissimi patenti violazioni ai diritti, agli interessi ed alla stessa libertà dei cittadini italiani nell'Impero, senza che abbiano valso i richiami più energici presentati a tale proposito dal R. ambasciatore a Constantinopoli.

Di fronte alle tergiversazioni del Governo ottomano per quanto riguardava in specie la libera uscita dei cittadini italiani dall'Asia Minore, questi richiami dovettero assumere negli ultimi giorni la forma di ultimatum. Il 3 agosto, il R. ambasciatore a Constantinopoli, per ordine del Governo di Sua Maestà, diresse al gran visir una nota contenente le quattro domande seguenti:

1. che gli italiani potessero liberamente partire da Beirut;
2. che gli italiani di Smirne, essendo impracticabile il porto di Vurla, fossero lasciati partire per la via di Sigagig;
3. che il Governo ottomano lasciasse imbarcare liberamente gli italiani da Mersina, Alessandretta, Caiffa e Giaffa;
4. che le autorità locali dell'interno desisteressero dall'opposizione alla partenza dei RR. sudditi che si dirigono al litorale e procurassero invece di facilitare loro il viaggio. Il 5 agosto, innanzi che scadesse il termine di 48 ore posto dal nostro ultimatum, il Governo ottomano, con nota a firma del gran visir, accoglieva punto per punto le nostre domande.

In seguito a tale solenne dichiarazione il R. Governo provvide a spedire due navi a Rodi con istruzioni di attendervi ordini per andare ad imbarcare i cittadini italiani che da tempo erano rimasti in attesa di rimpatrio nei predetti porti dell'Asia Minore.

Ora, da notizie pervenute dalle autorità consulari americane cui è stata affidata in varie residenze la tutela degli interessi italiani, è risultato invece che a Beirut l'autorità militare revocò il 9 corrente il permesso di partenza accordato poco innanzi: Eguale revoca avvenne a Mersina. Venne dichiarato altresì che le autorità militari avrebbero fatto impedimento all'imbarco degli altri connazionali nella Siria.

Di fronte a queste infrazioni patenti alle promesse categoriche fatte dal Governo ottomano in seguito al nostro ultimatum, il Regio Governo ha spedito ordine al R. ambasciatore a Constantinopoli di presentare dichiarazione di guerra alla Turchia.

**Nr. MCCCLXI. Französische Bekanntmachung der italienischen Kriegserklärung an die Türkei.** („Journal officiel de la République française“ vom 31. August 1915, S. 6107.)

L'ambassade royale d'Italie à Paris a fait connaître, le 29 août 1915, que le gouvernement royal italien a déclaré la guerre à la Turquie, à la date du 20 août 1915, à douze heures.

**Nr. MCCCLXII. Italienische Kriegserklärung an Deutschland, August 1916. \*)** („Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia“ vom 28. August 1916, Nr. 202.)

„Il Regio Ministero degli Affari Esteri ha fatto rimettere al Governo Federale svizzero, a mezzo del Ministro d'Italia a Berna, la comunicazione seguente:

Gli atti di ostilità da parte del Governo germanico verso l'Italia si succedono sempre più frequenti. Basti accennare alle numerose persistenti prestazioni di armi e di strumenti bellici di terra e di mare fatte dalla Germania all'Austria-Ungheria; alla partecipazione costante di ufficiali, soldati e marinai germanici nelle varie operazioni di guerra contro l'Italia.

Solamente grazie all'assistenza prodigata dalla Germania sotto le forme più diverse l'Austria-Ungheria poté recentemente concentrare il suo massimo sforzo contro l'Italia.

Si aggiungano: la riconsegna fatta dal Governo germanico al nostro nemico dei prigionieri italiani evasi dai campi di concentrazione austro-ungarici e rifugiatisi in territorio tedesco; l'invito diramato agli Istituti di credito ed ai banchieri tedeschi per iniziativa del Dipartimento imperiale degli Affari Esteri, di considerare ogni cittadino italiano come uno straniero nemico, sospendo ogni pagamento dovutogli; la sospensione del pagamento agli operai italiani delle pensioni dovute loro in seguito a formale disposizione della legge germanica.

Sono questi altrettanti elementi rivelatori delle reali disposizioni sistematicamente ostili che animano il Governo imperiale verso l'Italia.

Non è ulteriormente tollerabile per parte del Regio Governo un tale stato di cose che aggrava a tutto danno dell'Italia quel profondo contrasto tra la situazione di fatto e la situazione di diritto già risultante dall'alleanza dell'Italia e della Germania con due gruppi di Stati in guerra fra loro.

Per le ragioni qui sopra enunciate il Governo italiano dichiara, in nome di S. M. il Re, che l'Italia si considera a partire dal 28 agosto corrente, in stato di guerra con la Germania e prega il Governo Federale svizzero di voler portare quanto precede a conoscenza del Governo imperiale germanico.“

\*) Anm.: Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung hierzu s. unten Nr. MCCCLXIX — Herausgeber.



**Nr. MCCCLXIII. Italienische Notifikation des Kriegszustandes mit Deutschland an Frankreich vom 27. August 1915.** („Journal officiel de la République française“ vom 31. August 1916, S. 7831.)

Le 27 août 1916 le gouvernement royal italien a fait connaître à l'ambassadeur de la République française à Rome que l'Italie a déclaré se trouver dès le 28 août en état de guerre avec l'Allemagne.

#### 4. Deutsche Kundgebungen.

**Nr. MCCCLXIV. Deutsche Bekanntgabe der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 25. Mai 1915, Nr. 143.)

„Berlin, 23. Mai.

Die italienische Regierung hat heute durch ihren Botschafter Herzog *von Avarna* der österreichisch-ungarischen Regierung erklären lassen, daß sich Italien von Mitternacht ab im Kriegszustande mit Oesterreich-Ungarn befinde. Die italienische Regierung hat durch diesen vom Zaune gebrochenen Angriff gegen die Donaumonarchie das Bündnis auch mit Deutschland ohne Recht und Grund zerrissen. Das durch die Waffenbrüderschaft noch fester geschmiedete vertragsmäßige Treuverhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich ist durch den Abfall des dritten Bundesgenossen und seinen Uebergang in das Lager ihrer Feinde unversehrt geblieben. Der deutsche Botschafter Fürst *Bülow* hat deshalb Anweisung erhalten, Rom zugleich mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Baron *Macchio* zu verlassen.“

**Nr. MCCCLXV. Reichstagsrede des Reichskanzlers über die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien vom 18. Mai 1915.** (Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legisl. Per. II. Session, 1914/1915. S. 138 ff.)

Meine Herren! Ihnen ist bekannt, daß sich die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien in den letzten Monaten stark zugespitzt haben. Aus der gestrigen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen *Tisza* werden Sie entnommen haben, daß das Wiener Kabinet, in dem aufrichtigen Bestreben, die ständige Freundschaft zwischen der Doppelmonarchie und Italien zu sichern und den dauernden großen Lebensinteressen beider Reiche Rechnung zu tragen, sich zu weitgehenden Konzessionen, auch territorialer Natur, an Italien entschlossen hat. Ich halte es für zweckmäßig, Ihnen diese Konzessionen zu bezeichnen:

1. Der Teil von Tirol, der von Italien bewohnt ist, wird an Italien abgetreten;

2. ebenso das westliche Ufer des Isonzo, soweit die Bevölkerung rein italienisch, und die Stadt Gradisca;

3. Triest soll zur Kaiserlichen freien Stadt gemacht werden, eine den italienischen Charakter der Stadt sichernde Stadtverwaltung und eine italienische Universität erhalten;

4. die italienische Souveränität über Valona und die dazugehörige Interessensphäre soll anerkannt werden;

5. Oesterreich-Ungarn erklärt seine politische Uninteressiertheit hinsichtlich Albaniens;

6. die nationalen Interessen der italienischen Staatsangehörigen in Oesterreich-Ungarn werden besonders berücksichtigt;

7. Oesterreich-Ungarn erläßt eine Amnestie für militärische oder politische Verbrecher, die aus den abgetretenen Gebieten stammen;

8. wohlwollende Berücksichtigung von weiteren Wünschen Italiens über die Gesamtheit der das Abkommen bildenden Fragen wird zugesagt;

9. Oesterreich-Ungarn wird nach Abschluß des Vertrages eine feierliche Erklärung über die Abtretungen abgeben;

10. gemischte Kommissionen zur Regelung der Einzelheiten der Abtretung werden eingesetzt;

11. nach Abschluß des Abkommens sollen die Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee, die aus den abgetretenen Gebieten stammen, nicht mehr an den Kämpfen teilnehmen.

Ich kann, meine Herren, hinzufügen, daß Deutschland, um die Verständigung zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu fördern und zu festigen, dem römischen Kabinett gegenüber im Einverständnis mit dem Wiener die volle Garantie für die loyale Ausführung dieser Anerbietungen ausdrücklich übernommen hat.

Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben hiermit einen Entschluß gefaßt, der, wenn er zum Ziele führt, nach meiner festen Ueberzeugung auf die Dauer von der überwältigenden Mehrheit der drei Nationen gutgeheißen werden wird. Mit seinem Parlament steht das italienische Volk vor der freien Entschliebung, ob es die Erfüllung alter nationaler Hoffnungen in weitestem Umfange auf friedlichem Wege erreichen oder ob es das Land in den Krieg stürzen und gegen die Bundesgenossen von gestern und heute morgen das Schwert ziehen will. Ich mag die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß die Wagschale des Friedens schwerer sein wird als die des Krieges.

Wie aber Italiens Entschliebung nicht ausfallen möge: In Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn haben wir alles im Bereiche der Möglichkeit Liegende getan, um ein Bundesverhältnis zu stützen, das im deutschen Volke feste Wurzel gefaßt hatte und das den drei Reichen Nutzen und Gutes gebracht hat. Wird der Bund von einem Partner zerrissen, so werden wir in Gemeinschaft mit dem anderen auch neuen Gefahren unerschrockenen und zuversichtlichen Mutes zu begegnen wissen.

**Nr. MCCCLXVI. Reichstagsrede des Reichskanzlers am 28. Mai 1915 zur Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn. \*)** (Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legisl. P. II. Session 1914/1915, S. 141 ff.)

„Meine Herren, als ich vor acht Tagen zu Ihnen sprach, schien noch ein Schimmer von Hoffnung zu bestehen, daß das Losschlagen Italiens vermieden werden könnte. Die Hoffnung hat getrogen. Das deutsche Empfinden sträubte sich, an die Möglichkeit einer solchen Wendung zu glauben. Jetzt hat die italienische Regierung selbst ihren Treubruch mit blutigen Lettern unvergänglich in das Buch der Weltgeschichte eingeschrieben.

Ich glaube, es war *Macchiavelli*, der einmal gesagt hat, jeder Krieg, der notwendig sei, sei auch gerecht. War von diesem nüchternen, realpolitischen Standpunkt aus, der von allen moralischen Reflexionen absieht, war auch nur so gesehen, dieser Krieg notwendig? Ist er nicht vielmehr geradezu sinnlos? Niemand bedrohte Italien, weder Oesterreich-Ungarn noch Deutschland. Ob die Tripelentente es bei Lockungen hat bewenden lassen, das wird ja die Geschichte späterhin zeigen. Ohne einen Tropfen Blut, ohne das Leben eines einzigen Italieners zu gefährden, konnte Italien die lange Liste der Konzessionen haben, die ich Ihnen neulich verlesen habe: Land in Tirol, am Isonzo, soweit die italienische Zunge klingt, Befriedigung nationaler Wünsche in Triest, freie Hand in Albanien, den wertvollen Hafen in Valona. Warum haben die Herren *Salandra* und *Sonnino* das nicht genommen? Wollen sie etwa auch das deutsche Tirol erobern? Hände weg! Oder will sich Italien an Deutschland reiben, an dem Lande, von dem es durch keinerlei Interessengegensätze getrennt ist? Wir haben in Rom keinen Zweifel darüber gelassen, daß der italienische Angriff auf österreichisch-ungarische Truppen auch deutsche Truppen treffen wird. Weshalb hat denn also Rom die weitgehenden Anerbietungen Wiens so leichtherzig abgelehnt? Das italienische Kriegsmanifest, ein Dokument, das schlechtes Gewissen hinter hohlen Phrasen verbirgt, gibt uns keinen Aufschluß. Man hat sich vielleicht doch gescheut, offiziell auszusprechen, was man durch die Presse und durch die Gespräche der parlamentarischen Wandelgänge als Vorwand verbreiten ließ, die österreichischen Angebote seien zu spät gekommen, und man habe ihnen nicht trauen können.

Wie steht es denn in Wirklichkeit damit? Die römischen Staatsmänner hatten doch wohl kein Recht, an die Vertrauenswürdigkeit anderer Nationen denselben Maßstab anzulegen, den sie sich für die eigene Vertragstreue gebildet haben. Und Deutschland bürgte mit seinem Wort dafür, daß die Konzessionen durchgeführt würden. Meine Herren, da war kein Raum für Mißtrauen. Und weshalb zu spät? Das Trentino war am 1. Mai kein anderes Land, als es im Februar gewesen wäre, und im Mai war zum Trentino noch eine ganze Reihe weitgehender Konzessionen hinzugekommen, an die im Winter nicht einmal gedacht war. Nein, meine Herren, zu spät war es, weil die römischen Staatsmänner sich nicht gescheut hatten, schon

\*) Anm.: Kriegserklärung S. 8. 475 Nr. MCCCLIII. — Herausgeber.

vorher, während der Dreibund noch lebte und lebte, — derselbe Dreibund, von dem der König und die Regierung in Rom auch nach dem Ausbruch des Weltkrieges ausdrücklich anerkannt hatten, daß er weiterbestehe, weil Herr *Sonnino* sich lange vorher mit der Tripelentente so tief eingelassen hatte, daß er sich aus ihren Armen nicht mehr loswinden konnte.

Schon im Dezember traten Anzeichen für eine Schwenkung des römischen Kabinetts auf. Zwei Eisen im Feuer zu haben, ist ja immer nützlich, und Italien hatte uns auch früher schon seine Vorliebe für Extratouren gezeigt. Aber hier, meine Herren, war kein Tanzsaal, — hier ist die blutige Walstatt, auf der Oesterreich-Ungarn und Deutschland für ihr Leben fechten.

Und, meine Herren, dasselbe Spiel wie gegen uns haben die römischen Staatsmänner auch gegen das eigene Volk getrieben. Gewiß, das Land italienischer Zunge an der Nordgrenze war von jeher ein Traum und Wunsch, innig begehrt von jedem Italiener. Aber doch ist dieser Krieg ein Kabinettskrieg, denn das italienische Volk in seiner großen Mehrheit wollte nichts vom Krieg wissen, und auch die Mehrheit des Parlaments wollte es nicht. Noch im Mai haben die besten Kenner der italienischen Verhältnisse feststellen können, daß etwa vier Fünftel des Senats und zwei Drittel der Kammer gegen den Krieg waren, und darunter die ernstesten und gewichtigsten Staatsmänner der ganzen letzten italienischen Epoche. Aber die Vernunft kam nicht mehr zum Wort. Es herrschte allein die Straße. Und die Straße war unter der wohlwollenden Duldung und Förderung der leitenden Männer des italienischen Kabinetts, bearbeitet von dem Golde der Tripelentente, und unter der Führung gewissenloser Kriegshetzer in einen Blutrausch versetzt worden, der dem Könige Revolution und allen Gemäßigten, die sich noch ein nüchternes Urteil bewahrt hatten, Ueberfall und Mord androhte, wenn sie nicht in die Kriegstrompete mitstoßen wollten.

Ueber den Gang der österreichisch-ungarischen Verhandlungen und das Maß der österreichischen Konzessionen war das Volk geflissentlich im Dunkeln gehalten. So kam es, daß nach dem Rücktritt des Kabinetts *Salandra* sich niemand mehr fand, niemand mehr den Mut hatte, eine neue Kabinettsbildung zu übernehmen, und daß in den entscheidenden Debatten über die Kriegsvollmachten kein Redner der konstitutionellen Parteien des Senats oder der Kammer den Wert der weitgehenden österreichischen Konzessionen an die nationalen Wünsche des italienischen Volkes auch nur zu würdigen versucht hat. In dem allgemeinen Kriegstaukel sind die ehrlichen Politiker verstummt. Aber wenn durch die militärischen Ereignisse, wie wir sie hoffen und wünschen, eine Ernüchterung des italienischen Volkes eintreten wird, dann werden ihm auch die Augen darüber aufgehen, wie leichtfertig es in diesen Krieg hineingehetzt worden ist.

Wir, meine Herren, haben alles getan, um die Abkehr Italiens vom Bunde zu verhüten. Uns fiel dabei die undankbare Rolle zu, dem treu verbündeten Oesterreich-Ungarn, mit dessen Armeen unsere Truppen tagtäglich



Wunden, Tod und Sieg teilen, anzuspinnen, die Vertragstreue des Dritten durch die Abtretung alter Erblande zu erkaufen. Daß Oesterreich-Ungarn schließlich bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen ist, wissen Sie. Der Fürst *Bülow*, der von neuem in den aktiven Dienst des Reiches getreten war, hat die ganze Summe seines diplomatischen Geschicks, seiner genauesten Kenntnis der italienischen Zustände, seine Persönlichkeit und seinen Namen in unermüdlicher Arbeit für eine Verständigung eingesetzt. Wenn auch seine Arbeit vergeblich geblieben ist — das ganze Volk dankt sie ihm.

Meine Herren, wir werden auch diesen Sturm aushalten. Von Monat zu Monat sind wir mit unseren Verbündeten immer enger zusammengewachsen. Von der *Pilica* bis zur *Bukowina* haben wir mit unseren österreichisch-ungarischen Kameraden monatelang gegen eine Riesenübermacht zäh ausgehalten. Dann sind wir siegreich vorgestoßen und vormarschiert. An dem Geiste der Treue und Freundschaft und Tapferkeit, von dem die Zentralmächte unerschütterlich beseelt sind, werden auch neue Feinde zuschanden werden. Die Türkei feiert in diesem Kriege eine glänzende Wiedergeburt. Das gesamte deutsche Volk verfolgt mit Begeisterung alle einzelnen Phasen des hartnäckigen und siegreichen Widerstandes, mit dem die uns treu verbündete türkische Armee und Flotte die Angriffe der Gegner mit wuchtigen Schlägen zu parieren weiß.

Gegen die lebendige Mauer unserer Krieger im Westen sind die Gegner bisher vergeblich angestürmt. Mag auch an einzelnen Stellen der Kampf hin und her gewogt haben, mag hier oder dort ein Schützengraben oder ein Dorf verloren oder gewonnen worden sein, der große Durchbruch, den uns unsere Gegner seit fünf Monaten so laut ankündigen, er ist ihnen nicht gelungen und er soll ihnen nicht gelingen. Er wird an der todesmutigen Tapferkeit unserer Helden scheitern.

Meine Herren, alle Machtmittel der Welt haben unsere Feinde bisher vergeblich gegen uns aufgeboten: eine ungeheure Koalition, tapfere Soldaten — denn wer wollte die Feinde verachten, wie es unsere Gegner wohl gerne tun! — den Plan, eine Nation von 70 Millionen mit Weibern und Kindern auszuhungern! Lug und Trug! In demselben Augenblick, wo der Mob der Straße in englischen Städten um die Scheiterhaufen tanzt, auf denen er die Habseligkeiten wehrloser Deutscher verbrennt, wagt es die englische Regierung, ein Dokument mit Aussagen ungenannter Zeugen über die angeblichen Greuel in Belgien zu veröffentlichen, die so ungeheuerlich sind, daß nur ein verrücktes Gehirn ihnen Glauben schenken kann.

Aber während die englische Presse hier und da noch deutschen Nachrichten Raum gibt, während sie auch objektive Darstellungen der Kriegslage abdruckt, herrscht in Paris allein der Terror der Zensur. Keine Verlustlisten erscheinen, kein deutscher, kein österreichisch-ungarischer Generalstabsbericht darf abgedruckt werden; die ausgetauschten, schwerverwundeten Invaliden werden von ihren Angehörigen abgesperrt. Eine wahre Angst vor der Wahrheit scheint die Regierenden zu beherrschen. So kommt es, daß

nach zuverlässigen Beobachtungen in breitesten Volksschichten noch heute keine Kenntnis von den schweren Niederlagen der Russen auch nur im vorigen Jahre besteht, daß man weiter glaubt an die russische Dampfwalze, die auf Berlin losgeht, das in Hunger und Elend verkommt, und daß man blind vertraut auf die große Offensive im Westen, die nun seit Monaten nicht vom Flecke kommt.

Meine Herren, wenn die Regierungen der uns feindlichen Staaten glauben, durch Volksbetrug und durch die Entfesselung eines blinden Hasses die Schuld an den Verbrechen dieses Krieges verdecken, den Tag des Erwachens hinausschieben zu können: wir werden uns, gestützt auf unser gutes Gewissen, auf unsere gerechte Sache und auf unser siegreiches Schwert, nicht um Haaresbreite von der Bahn abdrängen lassen, die wir als die richtige erkannt haben. Mitten in dieser Verwirrung der Geister und der Gefühle geht das deutsche Volk ruhig und sicher seinen eigenen Weg. Nicht mit Haß führen wir diesen Krieg, aber mit Zorn, mit heiligem Zorn! Und je größer die Gefahr ist, die wir, von allen Seiten von Feinden umdrängt, zu bestehen haben, je mehr uns die Liebe zur Heimat tief an das Herz packt, je mehr wir sorgen müssen für Kinder und Enkel, um so mehr müssen wir ausharren, bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde — nicht vereinzelt, nicht vereint — wieder einen Waffengang wagen wird. Je wilder uns der Sturm umtobt, um so fester müssen wir uns unser eigenes Haus bauen!

Meine Herren, für diese Gesinnung einiger Kraft, unerschrockenen Mutes und grenzenloser Opferwilligkeit, die das ganze Volk beseelt, für die treue Mitarbeit, die Sie, meine Herren, vom ersten Tage an zähe und fest dem Vaterlande leisten, übermittle ich Ihnen im Auftrage Seiner Majestät, Ihnen als den Vertretern des ganzen Volkes, den heißen Dank des Kaisers.

In dem gegenseitigen Vertrauen darauf, daß wir alle eins sind, werden wir siegen, einer Welt von Feinden zum Trotz!“

**Nr. MCCCXLVII. Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Zur Kündigung des Dreibundvertrages. (21. Mai 1915, Nr. 140, Zweite Ausgabe.)**

Der Dreibundvertrag bestimmte, daß der casus foederis gleichzeitig für die drei Vertragsmächte eintritt, wenn einer oder zwei der Vertragschließenden ohne direkte Provokation ihrerseits von zwei oder drei Großmächten angegriffen und in einen Krieg verwickelt würden.

Als nach dem Attentat von Serajewo Oesterreich-Ungarn gezwungen war, gegen Serbien vorzugehen, um der dauernden Bedrohung seiner Lebensinteressen durch die großserbischen Umtriebe ein Ende zu bereiten, fiel ihm Rußland in den Arm. Während noch Deutschland auf Anrufen des Zaren bemüht war, den zwischen Wien und Petersburg drohenden Konflikt friedlich zu schlichten, machte Rußland seine gesamte Militärmacht mobil und entfesselte so den Weltkrieg. Die Provokation lag also auf russischer Seite.

Gleichwohl erachtete die italienische Regierung mit der Behauptung, daß Oesterreich-Ungarn aggressiv gegen Serbien vorgegangen sei und dadurch das Eingreifen Rußlands veranlaßt habe, den *casus foederis* nicht für gegeben. Auch machte sie geltend, die österreichisch-ungarische Regierung habe sich, indem sie Italien von dem beabsichtigten Ultimatum an Serbien vorher nicht in Kenntnis gesetzt habe, eine Verletzung des Art. VII des Dreibundvertrages zuschulden kommen lassen. Dieser Artikel verpflichtet Oesterreich-Ungarn und Italien zu vorheriger Verständigung und gegenseitigen Kompensationen für den Fall, daß sich eine der beiden Mächte genötigt sehe, den *status quo* auf dem Balkan durch eine zeitweilige oder dauernde Okkupation zu ändern.

Die Berufung auf Art. VII wäre begründet gewesen, wenn Oesterreich-Ungarn auf einen Machtzuwachs auf dem Balkan ausgegangen wäre. Wien hatte jedoch schon vor Kriegsausbruch in Petersburg und auch in Rom erklärt, daß Oesterreich-Ungarn keine Gebietserwerbungen auf Kosten Serbiens erstrebe.

Die beiden im Krieg stehenden Zentralmächte wären daher berechtigt gewesen, die Einwände Italiens gegen seine Bündnispflicht nicht anzuerkennen. In loyalen Verständnis für die nicht leichte innere und äußere Lage Italiens zogen sie es jedoch vor, eine einseitige Auslegung des Dreibundvertrages hinzunehmen und sich mit der Erklärung wohlwollender Neutralität, zu der der Vertrag unzweifelhaft verpflichtete, zu begnügen. Auch erklärte sich die österreichisch-ungarische Regierung, obgleich der Art. VII auf Kompensationen nur für den Fall eines Machtzuwachses am Balkan abzielt, grundsätzlich bereit, eventuelle Kompensationen ins Auge zu fassen.

Mehr und mehr stellte sich im weiteren Verlauf, nach dem Tode des Ministers *Marquis di San Giuliano*, heraus, daß in Italien starke Kräfte am Werke waren, um für die Bewahrung der Neutralität noch einen besonderen Vorteil von der Donaumonarchie herauszuschlagen. Die italienische Regierung fing an zu rüsten, und mit den Rüstungen stiegen die Forderungen der Irredentisten, Republikaner, Freimaurer und sonstigen Franzosenfreunde. Bald handelte es sich nicht mehr um Forderung des Trentino, sondern um den Erwerb noch anderer alter österreichischer Erblande an den südlichen Grenzen der Monarchie als Preis dafür, daß Italien den in heißen Kämpfen fechtenden Bundesgenossen nicht in den Rücken falle.

In dem natürlichen Bestreben, Italien vom Kriege fernzuhalten und die österreichisch-italienischen Beziehungen auf eine neue freundschaftliche Grundlage zu stellen, hat die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen, um eine Einigung zwischen Oesterreich-Ungarn und seinem italienischen Bundesgenossen herbeizuführen. Die Verhandlungen kamen langsam in Gang. Erschwert wurden sie von vornherein durch das Verlangen der italienischen Regierung, daß die zu vereinbarende Gebietsabtretung sofort in Kraft gesetzt werden mußte. Um den in diesem Verlangen liegenden Argwohn zu zerstreuen, wurde am 19. März 1915 die Garantie der deutschen Regierung für die Durchführung der Vereinbarungen unmittelbar nach dem Kriege zugesagt.



Auf das erste bestimmte Angebot Oesterreich-Ungarns von Ende März 1915, das bereits die Abtretung des italienischen Sprachgebietes in Süd-Tirol in Aussicht stellte, ging die italienische Regierung nicht ein, sondern gab ihre eigenen Forderungen erst am 11. April der österreichisch-ungarischen Regierung wie folgt bekannt:

Die absolute Preisgabe des Trentino auf Grund der im Jahre 1811 festgesetzten Grenzen, d. h. mit Einschluß des weit außerhalb des italienischen Sprachgebietes liegenden urdeutschen Bozen, eine Grenzberichtigung zugunsten Italiens am Isonzo mit Einschluß von Görz und Gradiska und Monfalcone, die Umwandlung Triests mit seinem bis an die Isonzogrenze vorgeschobenen Hinterland nebst Capodistria und Pirano in einen unabhängigen Freistaat, die Abtretung der Curzolari-Inselgruppe mit Lissa, Lesina, Curzolari, Lagosta, Dazza und Meleda. Alle diese Abtretungen sollten sofort vollzogen und die aus den abgetretenen Landesteilen stammenden Angehörigen der Armee und Marine sofort entlassen werden. Ferner beanspruchte Italien die volle Souveränität über Valona und Saseno mit Hinterland und völliges Desinteressement Oesterreich-Ungarns in Albanien. Hiergegen bot Italien eine Pauschalsumme von 200 Millionen Francs als Ablösung aller Lasten und die Uebernahme der Verpflichtung an, während der ganzen Dauer des Krieges neutral zu bleiben. Auf Geltendmachung von weiteren Kompensationsforderungen aus dem Art. VII des Dreibundvertrages wollte es für die Dauer des Krieges verzichten und erwartete von Oesterreich-Ungarn einen gleichen Verzicht in bezug auf die italienische Besetzung der Inseln des Dodecanes.

Obwohl diese Forderungen über das Maß dessen weit hinausgingen, was Italien selbst zur Befriedigung seiner nationalen Aspirationen verlangen konnte, brach doch die K. und K. Regierung die Verhandlungen nicht ab, sondern versuchte weiter, mit der italienischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Die deutsche Regierung tat alles, was in ihrer Macht stand, um die italienische Regierung zu einer Ermäßigung ihrer Ansprüche zu bewegen, deren bedingungslose Annahme die berechtigten Interessen und auch die Würde der österreichisch-ungarischen Monarchie schwer verletzt hätte.

Während diese Verhandlungen noch schwebten, gab der italienische Botschafter in Wien am 4. Mai der österreichisch-ungarischen Regierung unerwartet die Erklärung ab, daß Italien den Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn als durch dessen Vorgehen gegen Serbien im August vorigen Jahres gebrochen ansehe. Gleichzeitig erklärte der Botschafter, daß er alle von seiner Regierung bis dahin gemachten Angebote zurückziehe. Diese sogenannte Kündigung des noch bis 1920 laufenden Vertrages ging also bis in die kritischen Julitage des vorigen Jahres zurück und stand im Widerspruch nicht nur mit wohlwollenden und freundschaftlichen Erklärungen des Königs von Italien vom August 1914 und seiner damaligen Regierung, sondern auch mit den inzwischen von der gegenwärtigen italienischen Regierung auf den Art. VII des Vertrages künstlich aufgebauten Kompensationsansprüchen. Es muß dahingestellt bleiben, ob die maßgebenden Personen des italienischen Kabinetts



bei dieser Schwenkung einer inzwischen durch geheime Abreden verstärkten Hinneigung zu den Feinden der mit Italien Verbündeten folgten, oder ob sie dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgaben, die sich unter dem fortgesetzten Anfeuern der im fremden Solde stehenden Blätter immer mehr gegen die Zentralmächte erhitze hatte. Dem Deutschen Reich gegenüber beschränkte sich die italienische Regierung darauf, die in Wien am 4. Mai abgegebene Erklärung in Berlin zur Kenntnis mitzuteilen.

Ein letzter Versuch, den Uebertritt des bisherigen Bundesgenossen in das feindliche Lager zu verhindern, wurde am 10. Mai mit den noch beträchtlich erweiterten Zusagen der österreichisch-ungarischen Regierung gemacht, die der Reichskanzler am 18. Mai im Reichstage verlesen hat.

**Nr. MCCCLXVIII. Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Zur Geschichte des Dreibunds.** (30. Mai 1915. Nr. 148.)

„Berlin, den 29. Mai. Der Reichskanzler hat gestern im Reichstage die durch den Abfall Italiens vom Dreibund geschaffene Lage gekennzeichnet und die Entwicklungen dargelegt, die dieselbe herbeigeführt haben. Der Beitritt Italiens zu dem deutsch-österreichischen Bündnis erfolgte bekanntlich im Jahre 1882. Der damit ins Leben gerufene Dreibund wurde in den Jahren 1887, 1891, 1902 und 1912 erneuert. Der Abschluß des Vertrages machte seinerzeit einer Situation der Spannung ein Ende, die zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien infolge der Treibereien der italienischen Irredenta entstanden war. Der Gedanke, der den Fürsten Bismarck dazu bewogen hat, den Anschluß Italiens an das deutsch-österreichische Bündnis zu fördern, war, nach seinem eigenen Ausspruch, Italien zu verhindern, im Falle eines Krieges mit Rußland „Oesterreich in die Beine zu beißen“.

Dreiunddreißig Jahre lang hat der Dreibund es verhütet, dass, auch wenn reale Interessengegensätze beider Länder aufeinanderstießen, die Beziehungen zwischen der Donaumonarchie und Italien ernstlich gefährdet wurden. Zugleich erwies sich der Dreibund als außerordentlich starkes Gegengewicht gegen französisch-russische Angriffsgelüste. Freilich wirkten die aus früherer Zeit überkommenen Gegensätze zwischen der Habsburgischen Monarchie und Italien auch unter der Decke des Dreibundes fort. Die italienische Irredenta wurde, wie der Nationalismus in allen Ländern, immer stärker und richtete immer begehrliehre Blicke über die österreichische Grenze. Dazu kamen in Italien starke Strömungen, von den Radikalen und der vom Pariser Orient abhängigen Freimaurerei genährt, die dem Dreibund ohne Sympathien, ja feindlich gegenüberstanden und in einer Annäherung an das lateinische republikanische Frankreich das Heil erblickten. Schon in das Jahr 1901 fallen Vorgänge, die ein leises Abrücken Italiens nach der französischen Seite erkennbar machten. Es erfolgte der Abschluß des italienisch-französischen Mittelmeer-Abkommens, in dem Frankreich und Italien Vereinbarungen über

ihre gegenseitige Politik bezüglich Tripolis und Marokko trafen, und dessen Folgen in der Haltung Italiens auf der Algeciraskonferenz erkennbar wurden.

Schon damals lagen begründete Anzeichen dafür vor, dass neben diesen, sozusagen, kolonialen Vereinbarungen noch Abreden zwischen beiden Mächten getroffen wurden, die, wenn nicht mit dem Wortlaut, so doch mit dem Geist des Dreibundes schwerlich im Einklang standen. Symptomatisch in dieser Hinsicht waren die großen Anstrengungen, die der italienische Minister des Außern, Herr *Princetti*, bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1902 machte, um eine Abänderung des Vertrages herbeizuführen, oder doch wenigstens nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob eine den geänderten französisch-italienischen Beziehungen Rechnung tragende Revision des Vertragstextes erfolgt sei. Die Kaiserliche Regierung stand damals ebenso wie bei den späteren Erneuerungen des Vertrages vor der Frage, ob sie bei dieser Lage der Dinge auf die Fortsetzung des Bundesverhältnisses mit Italien verzichten oder dem Königreiche die großen Vorteile auch noch weiter fortgewähren solle, die ihm durch das Bündnis geboten wurden.

Die Frage ist in allen Fällen aus dem Grunde bejaht worden, weil sonst die Gefahr vorlag, daß Italien vollständig in das gegnerische Lager übergehen und damit Oesterreich-Ungarn die Rückdeckung verlieren könnte, die ihm das Bündnis gewährleistete, solange es gehalten wurde.

Die Richtigkeit dieser Politik erwies sich, als im Jahre 1904 die entscheidende Wendung in der englischen Politik, d. h. der Abschluß der englisch-französischen Entente erfolgte, indem sie trotz des vorliegenden französisch-italienischen Mittelmeerabkommens Italien in einem Zustande der Neutralität erhielt, die zwar, wie auf der Konferenz von Algeiras, schwerlich eine wohlwollende war, immerhin aber Frankreich und England verhinderte, schon damals in der marokkanischen Frage die Note zu forcieren. Auch darf nicht übersehen werden, daß die italienischen Staatsmänner stets von einer hypnotischen Furcht vor einem etwaigen Angriff der englischen Flotte auf die italienischen Küsten erfüllt waren. Hieraus erklärt es sich, daß in dem Maße, wie die Entfremdung zwischen Deutschland und England zunahm, das Bestreben der italienischen Politik sich akzentuierte, mit den Ententemächten, insbesondere auch mit Rußland, engere Fühlung zu suchen. Die Begegnung von *Raconigi* im Jahre 1908 brachte Vereinbarungen zwischen Rußland und Italien hervor, die sich nach den der Kaiserlichen Regierung darüber vorliegenden Nachrichten auf den Balkan und andere Fragen erstreckten.

In den folgenden Jahren hatte die Kaiserliche Regierung wiederholt die Beobachtung machen müssen, daß Interna der Politik der Dreibundmächte auf dem Wege über Rom nach Petersburg gelangten und zwischen der italienischen und der russischen Diplomatie politische Fragen in einer Weise erörtert wurden, die mit dem Geist der Loyalität, wie er zwischen Verbündeten obwalten sollte, kaum noch in Einklang zu bringen war. Die Kaiserliche Regierung hat unter diesen Umständen schon lange mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß im Falle des Eintritts des *casus foederis* Italien sich der ihm

obliegenden aktiven Vertragspflichten entziehen werde, wozu die, wie in den meisten Bündnisverträgen, so auch im Dreibundvertrage angewandte elastische Formel, daß die Bündnispflicht nur für den Fall eines unprovzierten Angriffs auf die Vertragsgenossen durch andere Mächte eintrete, eine Handhabe bot.

Dieser Handhabe hat sich die italienische Regierung bedient, indem sie beim Ausbruch des gegenwärtigen Krieges ihre Bündnispflicht mit der Behauptung in Abrede stellte, daß der Krieg eine Folge des aggressiven Vorgehens Oesterreich-Ungarns gegen Serbien und damit gegen Rußland gewesen sei. Deutschland konnte auf diese Entwicklung gefaßt sein und war daher militärisch wie politisch darauf vorbereitet, den von Rußland provozierten Krieg auch ohne die Unterstützung Italiens führen zu müssen. Auch bot die Neutralität Italiens für uns insofern gewisse Vorteile, als sie uns eine, wenn auch nur beschränkte, Möglichkeit der Einfuhr von der See her gewährte.

Nur zu bald aber setzten die Stimmungen ein, die Italien in das Lager unserer Gegner geführt haben. Die Elemente, die den Augenblick benutzen wollten, wo beinahe die gesamte Streitmacht Oesterreich-Ungarns gegen Rußland im Kampfe stand, um langgehegte nationale Wünsche zu verwirklichen, begegneten bei den maßgebenden Staatsmännern Italiens keinem Widerstand, sie fanden dort vielmehr Ermutigung. Mit der Zeit steigerten sich die Begehrlichkeiten. Bald war es nicht nur das Trentino, es war der Erwerb des Landes am Isonzo, von Istrien, Triest, Dalmatien, den eine kleine Gruppe von Radikalen, Freimaurern und Nationalisten dem so leicht entzündbaren italienischen Volk als Preis für den Verrat an seinen Bundesgenossen vorhielt. Die geheime Wühlarbeit der Entente und eine käufliche Presse taten das Ihre, um allmählich einen Paroxysmus hervorzurufen, den abzukühlen die führenden Staatsmänner, insbesondere die Minister *Salandra* und *Sonnino*, nicht geneigt waren, so sehr sie dazu auch nach Lage der Verhältnisse imstande gewesen wären. Auf diesen beiden Männern ruht daher die ungeheure Verantwortung, Italien die Schrecknisse des Krieges aufgebürdet zu haben, während und trotzdem das Land auf friedlichem Wege eine Befriedigung seiner nationalen Aspirationen in weitgehendstem Maße erlangen konnte. Ihnen hat Italien es zu verdanken, wenn ihm in der Geschichte der Makel des verächtlichsten Verrats, den die Welt je gesehen hat, unauslöschlich aufgeprägt sein wird.“

**Nr. MCCCLXIX. Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Zur Kriegserklärung Italiens an Deutschland. \*)**  
(28. August 1916, Nr. 238.)

Die formelle Kriegserklärung Italiens an Deutschland ändert an dem *de facto* bereits bestehenden Zustande wenig. Als Italien im vergangenen Jahre an Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt hatte, hat die Kaiserliche Regierung, bevor Fürst Bülow mit der Botschaft Rom verließ, die italienische Regierung darauf hingewiesen, daß überall die österreichisch-ungarischen Heeresverbände mit deutschen Truppen gemischt wären, ein Angriff gegen

\*) Anm.: Kriegserklärung s. S. 495 Nr. MCCCLXII. — Herausgeber.



österreichisch-ungarische Truppen sich also zugleich gegen deutsche Truppen richten würde. Die italienische Regierung ist somit von deutscher Seite nie einen Augenblick darüber im Zweifel gelassen worden, daß Deutschland die militärische Unterstützung seines österreichisch-ungarischen Bundesgenossen gegen jeden Gegner als Bündnispflicht ansah.

Was die in der Note erwähnte Auslieferung entwichener italienischer Kriegsgefangener an Oesterreich-Ungarn betrifft, so ist es richtig, daß etwa 6 italienische Kriegsgefangene, die aus einem österreichischen Gefangenenlager entflohen waren, beim Ueberschreiten der deutschen Grenze angehalten und zurückgebracht worden sind. Es handelte sich aber dabei um ein Vorgehen untergeordneter Organe der Zollverwaltung, das nicht die Billigung der Kaiserlichen Regierung gefunden hat. Diese hat vielmehr bereits vor Monaten auf die Vorstellungen der italienischen Regierung entgegenkommende Vorschläge zu einer befriedigenden Erledigung der Angelegenheit gemacht. Die Behauptungen über Eingriffe der deutschen Regierung in die inländischen Bankguthaben und die Arbeiterrentenansprüche von Italienern sind nur eine Wiederholung der im Juli d. J. in der italienischen Presse erschienenen Ausstreuungen, die bereits in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Juli d. J. eingehend widerlegt worden sind.

Es wäre würdiger gewesen, wenn die italienische Regierung darauf verzichtet hätte, ihre Kriegserklärung an Deutschland mit sophistischen Argumenten zu begründen. Sie wird dadurch niemand darüber hinwegtäuschen, daß ihre Entschließung lediglich eine weitere Konsequenz des früher verübten Treubruchs und das Ergebnis des von England und seinen Bundesgenossen seit Monaten auf sie ausgeübten Druckes ist.

## 5. Russische Veröffentlichungen 1917.

**Nr. MCCCLXX. Russische Veröffentlichung betr. Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen.** („Iswestija“\*) vom 23. November 1917.)

### Memorandum.

Am 4. März 1915 hat der Minister des Auswärtigen den französischen und englischen Botschaftern eine Denkschrift überreicht, in der Rußlands Wünsche bezüglich der Einverleibung folgender Gebiete als Ergebnis des jetzigen Krieges dargelegt sind: Die Stadt Konstantinopel, die Westküste des Bosphorus, des Marmara-Meers und der Dardanellen, Süd-Thraziens bis zur Linie Enos—Midia, die Küste Kleinasiens zwischen dem Bosphorus, dem Flusse Sakaria und einem später zu bestimmenden Punkte des Golfes von Ismid; die Inseln des Marmara-Meeres und die Inseln Imbros und Tenedos.

\*) Anm.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.



Die Sonderrechte Frankreichs und Englands in den Grenzen der erwähnten Gebiete würden unangetastet bleiben.

Sowohl die französische wie die englische Regierung haben ihr Einverständnis mit der Befriedigung unserer Wünsche ausgesprochen unter der Bedingung der erfolgreichen Beendigung des Krieges und der Erfüllung einer ganzen Reihe von Wünschen Frankreichs und Englands, sowohl bezüglich des ottomanischen Reiches als auch an anderen Stellen:

Diese Wünsche, soweit sie die Türkei betreffen, bestehen in folgendem:

Anerkennung Konstantinopels als Freihafen für den Transit von Waren, die nicht aus Rußland kommen und nicht nach Rußland gehen, und der Freiheit der Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen.

Anerkennung der Rechte Englands und Frankreichs in der asiatischen Türkei, die noch auf dem Wege eines Sonderabkommens zwischen Frankreich, England und Rußland genau zu bestimmen sind.

Beibehaltung der heiligen Stätten des Islams und Arabiens unter unabhängiger mohammedanischer Herrschaft.

Einrechnung der in dem Abkommen zwischen England und Rußland im Jahre 1907 festgesetzten neutralen Zone Persiens in die englische Einflußsphäre.

Indem die russische Regierung anerkannt hat, daß diese Forderungen im allgemeinen zu erfüllen sind, hat sie dennoch einige Vorbehalte gemacht:

Um unsere Wünsche hinsichtlich der heiligen Stätten des Islams zu formulieren, ist es notwendig, sofort festzustellen, ob diese Gebiete unter Beibehaltung des Kalifats durch den türkischen Sultan unter der Oberherrschaft der Türkei verbleiben werden, oder ob es beabsichtigt wird, neue selbständige Staaten zu bilden. Nach unserer Ansicht wäre es wünschenswert, das Kalifat von der Türkei zu trennen. Jedenfalls muß die Freiheit der Wallfahrten gesichert bleiben.

Indem die russische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß die neutrale Zone Persiens mit in die englische Einflußsphäre einbezogen wird, hält sie es dennoch für gerechtfertigt, es auszusprechen, daß die Gebiete der Städte Ispahan und Jesd zu Rußland kommen, ferner, daß der Teil der neutralen Zone, der wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze eindringt und sich der russischen Grenze bei Sulfagar unmittelbar nähert, in die russische Einflußsphäre eingeschlossen wird.

Die russische Regierung hält die gleichzeitige Lösung der Frage betreffend des an Rußland grenzenden nördlichen Afghanistan im Sinne der während der Verhandlungen im Jahre 1914 von ihr ausgesprochenen Wünsche für wünschenswert.

Nach dem Eintritt Italiens in den Krieg sind unsere Wünsche auch der italienischen Regierung mitgeteilt worden, und letztere hat ihrerseits ihr Einverständnis erklärt unter der Bedingung der siegreichen Beendigung des Krieges, der Verwirklichung der italienischen Wünsche überhaupt und im Orient im besonderen und der Anerkennung unsererseits in den Grenzen der

uns abzutretenden Gebiete derselben Rechte zugunsten Italiens wie zugunsten Frankreichs und Englands.

**Nr. MCCCLXXI. Russische Veröffentlichung betr. Uebereinkommen mit Italien vom Jahre 1915.\*)** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 1. Dezember 1917. Nr. 362.)

„In höchstem Grade geheim.“

Schon beim Kriegsausbruch selbst wurden Versuche unternommen, Italien vom Dreibunde zu lösen und es zu vermögen, sich den Koalitionsmächten anzuschließen. Die Versuche scheiterten jedoch. Fürst *Bülow* brachte es in Rom zuwege, daß der Umschlag in der Italienisch . . . um nicht weniger als  $\frac{1}{2}$  Jahr hinausgeschoben wurde. Aber in der zweiten Hälfte des Februar 1915 schien die Möglichkeit für Italiens Anschluß an die Koalition wieder vorzuliegen.

Zu dieser Zeit erschien Italiens Anschluß der russischen Regierung nicht unbedingt notwendig für die Sache der Alliierten. Der Außenminister äußerte Besorgnis, daß der Eintritt einer vierten europäischen alliierten Großmacht in die Koalition die Verhältnisse der Bundesgenossen unter einander komplizieren könne. Ohne sich dem Plane des Anschlusses Italiens an die Entente zu widersetzen, meinte *Sassonow* doch, daß die Initiative dazu auf jeden Fall doch von Italien selbst ausgehen müßte.

Die Verhandlungen nahmen ihren formellen Anfang in London am Schluß des Februar des alten Stils auf Initiative des italienischen Botschafters. Sie wurden dann geführt zwischen Sir *Edward Grey*, dem französischen Botschafter *Paul Cambon*, dem russischen Graf *Benckendorff* und dem genannten italienischen Botschafter.

Die Verhandlungen wurden kompliziert einerseits durch Fürst *Bülow*s Anstrengungen, die Wiener Regierung zu Zugeständnissen zugunsten Italiens zu vermögen und andererseits durch die Uebereinstimmung zwischen einer Reihe von Interessen, welche die Vertreter der Großmächte in London zu verteidigen hatten.

Frankreich und Rußland sahen die Forderung Italiens als übertrieben an. Frankreich in erster Linie, soweit sie den südöstlichen Küsten des Adriatischen Meeres galten, Rußland wieder, betreffend die Territorien nordöstlich des Adriatischen Meeres.

6 Wochen gingen hin bis zur Festlegung von Details in der Frage der Zukunft der albanischen und dalmatinischen Zone. Das russische Außenministerium hielt bestimmt an den Interessen der Südslawen fest und forderte für Serbien den gesicherten Besitz des Zuganges zu einem Hafen, wobei das Ministerium Schritt für Schritt die Ansprüche Italiens auf einen größeren Küstenstreifen und auf Neutralisierung der Serbien zuerkannten Gebiete zurückschraubte. Währenddessen begannen die Kriegereignisse an verschiedenen

\*) Anm.: S. den Text unter Nr. MCCCLXXII. — Herausgeber.

Stellen die Armeebefehlshaber von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß Italien ohne Aufschub auf der Seite der Bundesgenossen aufträte. Anfang April alten Stils begann das Außenministerium, dem der Wunsch der Bundesgenossen nach Unterzeichnung der Konvention mit Italien nicht sonderlich angelegen war, neue Forderungen zu stellen, die darauf hinausgingen, daß das Königreich sobald wie möglich zu aktiven Operationen schreiten sollte.

Am 26. April neuen Stils wurde die Konvention in London von den genannten Diplomaten unterzeichnet. In den letzten der Unterzeichnung vorhergehenden Tagen war es noch gelungen, Italien zu einigen Zugeständnissen zugunsten Serbiens und Montenegros zu vermögen.\*

**Nr. MCCCLXXII. Vertrag Englands, Frankreichs und Rußlands mit Italien vom 26. April 1915. \*)** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Dezember 1917. Nr. 364.)

„Nach einer Stockholmer Meldung setzt „Prawda“ vom 28. die Veröffentlichung der geheimen Dokumente fort und teilt den Vertrag mit, den England, Frankreich und Rußland mit Italien eingingen, um der Entente die Hilfe Italiens zu sichern. Hier sei folgender Auszug mitgeteilt:

Der italienische Botschafter in London, Marquis *Imperiali* beehrt sich im Auftrage seiner Regierung dem Staatssekretär Sir *E. Grey*, dem französischen Botschafter (London) *Cambon* und dem russischen Botschafter (London) Grafen *Benckendorff* nachstehendes Schriftstück mitzuteilen:

Art. 1. Zwischen den Generalstäben Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und Italiens soll unverzüglich eine Militärkonvention abgeschlossen werden. Diese Konvention wird das Mindestmaß der Streitkräfte bestimmen, welches Rußland gegen Oesterreich-Ungarn zu senden hat für den Fall, daß letztgenannte Macht alle ihre Kräfte gegen Italien richten sollte und Rußland sich dafür entschieden hätte, hauptsächlich Deutschland anzugreifen. Die genannte Militärkonvention wird gleichfalls Fragen betreffend Waffenruhe festlegen, soweit solche vom höchsten Armeekommando abhängen können.

Art. 2. Seinerseits verpflichtet sich Italien, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg im Bunde mit Frankreich, Großbritannien und Rußland gegen alle mit ihnen kriegführende Mächte zu führen.

Art. 3. Frankreichs und Englands Seestreitkräfte werden Italien ungeschwächte tätige Mitwirkung leisten, solange Oesterreichs Flotte nicht vernichtet ist, bis zum Friedensschluß. Zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien soll unverzüglich eine Konvention den Seekrieg betreffend abgeschlossen werden.

Art. 4. Bei dem künftigen Friedensschluß soll Italien erhalten: die Gebiete des Trentino, das ganze südliche Tirol bis zu dessen natürlicher Grenze, als welche der Brenner zu betrachten ist, die Stadt Triest mit Um-

\*) Anm.: Das Datum ist hier nach der russischen Veröffentlichung — oben Nr. MCCCLXXI erster Absatz — angegeben. — Herausgeber.

gebung, die Grafschaft Görz und Gradiska, ganz Istrien bis Quarnero mit den istrischen Inseln und Lussin, ebenso die kleineren Inseln Plavniot, Unie, Cacki, Doli, Palazzuola, San Pietro dei Nemb, Asmello und Gruica und der umliegenden Länder. (Ein Zusatz bezeichnet die Grenzen näher).

Art. 5. Ferner erhält Italien die Provinz Dalmatien in ihrem gegenwärtigen Umfang unter Hinzufügung von Lissarica und Trebinia im Norden und im Süden das ganze Gebiet bis zu einer Linie, gezogen vom Strande der Plankalasspitze nach Osten bis zur Wasserscheide, wodurch in Italiens Besitz alle Täler der Flüsse kämen, welche in den Sebenico münden, also: Cicolo, Chera und Butisniza, nebst allen ihren Flüssen. Ebenso fallen Italien alle Inseln zu, welche nach Norden und Westen von Dalmatiens Küste liegen usw.

Art. 6. Italien erhält mit vollem Besitzrecht Valona, die Inseln Sasseno und ein Gebiet, das hinreichend groß ist, um diese Besitzung in militärischer Hinsicht zu sichern — vorschlagsweise zwischen dem Fluß Vopiza im Norden und im Osten, und der Grenze des Distriktes Chimara im Süden.

Art. 8. Italien erhält mit vollem Besitzrecht alle von ihm jetzt besetzten Inseln des Dodekanes.

Art. 11. Italien erhält den Anteil der Kriegskontribution, der dem Maße seiner Opfer und Anstrengungen entspricht.

Art. 13. Für den Fall einer Ausdehnung der französischen und englischen Kolonialbesitzungen in Afrika auf Kosten Deutschlands erkennen Frankreich und Großbritannien grundsätzlich das Recht Italiens an, Kompensationen zu fordern in Form einer Ausdehnung seiner Besitzungen in Eritrea, Somaliland, Libyen und den an Frankreichs und Englands Kolonien angrenzenden Gebieten.

Art. 15. Frankreich, England und Rußland übernehmen die Verpflichtung, Italien darin zu unterstützen, den Heiligen Stuhl daran zu hindern, irgendwelche diplomatischen Schritte für die Erreichung eines Friedensschlusses oder die Regelung von mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen zu unternehmen.

Art. 16. Vorliegender Vertrag soll geheim gehalten werden. Was Italiens Anschluß an die Deklaration vom 5. September 1915 betrifft, so wird diese Deklaration erst veröffentlicht werden, sobald Italien Krieg erklärt oder eine Kriegserklärung erhalten hat. Italien erklärt, so bald wie möglich aktiv aufzutreten, auf jeden Fall nicht später als einen Monat nach der Unterzeichnung des vorliegenden Dokumentes durch alle Parteien, die es angeht.<sup>4</sup>



## d) Bulgariens Eintritt in den Krieg.

### 1. Bulgarische Kundgebungen.

**Nr. MCCCLXXIII. Bulgarische Denkschrift. \*)** (Frankfurter Zeitung vom 8. Oktober 1915, Nr. 279, erstes Morgenblatt und 9. Oktober 1915 Nr. 280, erstes Morgenblatt).

#### Was ist der Krieg?

Nachdem wir selbst einen elfmonatigen Krieg mitgemacht haben, nachdem wir einen bis jetzt in der Geschichte nicht dagewesenen zwölfmonatigen Krieg, in dem täglich Tausende und Tausende von Menschen als Opfer fallen, miterleben und noch weiter miterleben, würde sich kaum ein Bulgare finden, der nicht weiß, was Krieg ist. Es gibt selbstverständlich bei uns Führer und Leiter von Parteien, die jetzt beharrlich fordern, daß Bulgarien möglichst schnell an dem Krieg teilnimmt; die seit 10 Monaten predigen, daß sich Bulgarien dem blutigen Rundtanz anschließen muß; die es bedauern, daß Bulgarien bis jetzt nicht kämpft und daß das bulgarische Volk noch nicht Tausende von Opfern gebracht hat, für die Errichtung eines „Groß-Serbien“. Diese Leute sind vielleicht die einzigen, die nicht wissen, was Krieg ist: sie werden auch in Zukunft in keinen gehen und führen deshalb auch fortwährend das große Wort, daß wir mitmachen müssen bezw. uns zur Schlachtbank führen lassen sollen. Der Krieg ist ein Ringen der Kämpfenden um politische und wirtschaftliche Uebermacht oder um territoriale Vergrößerung. Rußland führt den Krieg, um Konstantinopel und die Dardanellen zu bekommen und sich den freien Ausgang zum Weltmarkte zu sichern, England, um Deutschland, das anfängt, die Uebermacht auf dem Weltmarkte zu besitzen, zu ruinieren, damit es selbst die ganze Welt wirtschaftlich beherrschen kann, Frankreich, um seine einstigen Provinzen Elsaß und Lothringen wieder zu nehmen; Italien, Serbien und Montenegro einzig und allein, um Raub an fremdem Land zu verüben, die Türkei, Oesterreich-Ungarn und Deutschland dagegen, um das zu behalten, was sie besitzen und um sich einen friedlichen und dauernden Fortschritt zu sichern. Man hat wenigstens bis heute noch nicht gehört, daß die letzteren Staaten Präntensionen auf fremde Gebiete geltend gemacht hätten, oder daß sie solche so freigebig verteilt hätten, wie das ihre Feinde: England, Rußland, Frankreich und Italien machen.

---

\*) Die Frankfurter Zeitung bemerkt hierzu: „Mit weiser Vorsicht hat das Kabinett *Radoslawow* die Bevölkerung des platten Landes durch eine Denkschrift über die Forderungen der neuen Zeit aufgeklärt. In 20 000 Exemplaren ist diese Schrift an die Gemeinden verteilt worden. Wir glauben die Denkschrift die man uns zur Verfügung gestellt hat, ungefähr im Wortlaut zur Kenntnis unsrer Leser bringen zu sollen.“ — Herausgeber.

### Betrachtungen über unsere bisherige Neutralität.

Es waren kaum zehn Monate vergangen seit der Beendigung der Feldzüge, die wir gegen die Türkei und unseren arglistigen Verbündeten geführt haben, und es brach der internationale Krieg aus, dessen sichtbarer und hauptsächlichster Urheber Serbien war. Dieser Staat kennt in seiner Geschichte kein Ehrgefühl, aber organisierte Morde gegen gekrönte Häupter, Komplotte gegen die österreichisch-ungarische Monarchie usw. und als man von ihm über diese gemeinen Handlungen, für welche im gewöhnlichen Leben nur eine Vergeltung vorgesehen ist, nämlich die Todesstrafe, Rechenschaft forderte, fand er mächtige Beschützer, die ihn ermutigten, jede Genugtuung abzulehnen, da sie ihn mit ihren ganzen Kräften beschützen würden. So entstand dieser Krieg, der nun ein ganzes Jahr geführt wird. Wir haben bereits die Schrecknisse des Krieges kennen gelernt, wir haben gesehen, wie entsetzlich er ist, und sind uns bewußt, daß wir tausende von Opfern nur dann geben können und müssen, wenn für Bulgarien der Sieg sicher ist, wenn es sich um die vollständige Einigung des bulgarischen Volkes handelt. Schon zu Beginn des jetzigen allgemeinen europäischen Krieges, als noch überall in unserem Vaterland die Wunden des von uns geführten Krieges klafften, als das bulgarische Volk die ihm von unserem „Befreier“ zugefügten Schlechtigkeiten noch nicht vergessen hatte, als noch die Prahlereien des offiziellen Rußland in Konstanza tönten, als man von dem Wunsche des jetzigen französischen Ministers des Aeußern Delcassé hinsichtlich der Aufteilung Bulgariens Kenntnis hatte, als man sah, daß Rußland und Frankreich auf jedem Schritt Serbien, Griechenland und Rumänien schmeichelten, schon damals gab es Bulgaren, Führer von Parteien, die den Dreiverband und ein „Groß-Serbien“ lieber hatten als Bulgarien und die uns veranlassen wollten, uns ohne jedes Zögern bedingungslos sofort dem damaligen Dreiverband anzuschließen, neue Tausende von Opfern zu bringen, große materielle Güter preiszugeben, ohne jede Garantie für eine Kompensation zu besitzen, und um Serbien vor dem Untergang zu bewahren und um es noch „größer“ zu machen.

Die bulgarische Regierung hat den Moment richtig erfaßt, die Umstände erwogen und erklärt: „daß sie eine strenge und loyale Neutralität beobachten wird.“ Seither sind zahlreiche Versuche gemacht worden, um die bulgarische Regierung von dieser Politik abzulenken, aber sie ist nicht wankend geworden und verblieb bei ihrer „strengen und loyalen Neutralität.“ Anfangs konnte niemand voraussehen, wie sich die Ereignisse entwickeln werden und auf welcher Seite der Sieg errungen werden wird. Wenn die Regierung sich entschlossen hätte, an dem großen Krieg teilzunehmen, so hätte sie den Fehler begehen können, sich mit der Seite zu vereinigen, die besiegt wird, und auf diese Weise hätte sie die Existenz des jetzigen bulgarischen Reiches aufs Spiel gesetzt. Andererseits war im Volk wegen der schlechten Resultate, die wir während der letzten zwei Kriege hatten, das Vertrauen zu unseren leitenden Kreisen schwankend geworden, und das Volk wäre nicht so gern

in den Krieg gezogen, besonders wenn dieser Krieg Hand in Hand und im Einverständnis mit Serbien geführt worden wäre, gegen welches Land wir große Erbitterung und Haß fühlen. Außerdem waren wir auch politisch zu was immer für einen Krieg nicht vorbereitet. Und wir haben es ja gesehen, daß es nicht genügt, ein tapferes Heer zu besitzen, da in einigen Tagen ein hunderte von Jahren altes Kaiserreich stürzen kann, sondern daß es für den Enderfolg eines Krieges nötig ist, daß dieser auch politisch gut vorbereitet war. Für uns wenigstens ist die diplomatische Vorbereitung des Krieges wichtiger als der Krieg selbst. Wenn das Volk weiß, daß der Krieg diplomatisch gut vorbereitet ist, wird es sich auch tapfer schlagen wie ein Löwe. Es wird unbedingt den Sieg erringen, weil seine Tapferkeit legendarisch ist. Es würde aber nicht so sein, wenn das Volk über die Vorbereitungen des Krieges in politischer Hinsicht Zweifel hegte. Wir waren nach dem Kriege mit der Türkei und unseren gemeinen Verbündeten ziemlich geschwächt, sowohl in militärischer, als in wirtschaftlicher Hinsicht. Bis zum Beginn des jetzigen Weltkrieges hatten wir uns zwar schon etwas erholt, aber noch nicht ganz. Dies alles zwang die Regierung, sich in keine Abenteuer zu stürzen, sondern eine abwartende Stellung einzunehmen und, unter Verfolgung der Ereignisse, die historisch seltenen und geeigneten Momente auszunützen, um die Befriedigung der bulgarischen nationalen Bestrebungen zu erreichen. Wir Bulgaren waren immer übertrieben bescheiden und haben nie das Fremde begehrt und verlangt. Auch in diesem Augenblick wünschen wir und verlangen auch nicht das Fremde. Wir verlangen nur das Eigene, nur die Länder, die von Bulgaren bewohnt sind, und welche in volkswirtschaftlicher, geographischer und geschichtlicher Hinsicht Bulgarien gehörten und auch gehören müssen. Die Verwirklichung der bulgarischen nationalen Bestrebungen kann nach unserer Meinung nur erfolgen durch eine kluge Ausnutzung der heutigen Momente und hauptsächlich durch das Eingreifen Bulgariens in den Krieg in dem Augenblick, in dem der Sieg sicher ist, wenn die Opfer am kleinsten und wenn die Vorteile aus dem Kriege gesichert sind.

Aus diesem Grunde ist unsere bisherige „loyale Neutralität“ die klügste Politik während des jetzigen Krieges gewesen und hat unserem Lande genügend Vorteile gebracht. Diese sind:

1. Die Neutralität hat uns die Möglichkeit gegeben, uns kriegerisch vorzubereiten und die materielle und militärische Bereitschaft unserer Armee auf eine solche Höhe zu bringen, auf welcher sie noch nie stand.

2. Die abwartende Stellungnahme hat uns vor ungeheuren Opfern bewahrt, die wir hätten bringen müssen, wenn wir uns vor einem Jahr an dem Krieg beteiligt hätten. Diese Stellungnahme gibt uns die Möglichkeit, die Lage besser abzuschätzen, uns vorher diplomatisch gut vorzubereiten und den Kampf nur dann zu unternehmen, wenn der Endsieg sicher ist und die aus dem Krieg zu erwartenden Vorteile uns für die gebrachten Opfer hundertfach entschädigen.



3. Diese Neutralität gab Bulgarien auch die Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu erholen. Im vorigen Jahr hatten wir eine schwache Weizen-ernte und eine ausgezeichnete Maisernte. Aus diesem Grunde und durch die Wirkung des Weltkrieges ist der „Preis des Weizens, bzw. des Mehls und des Brotes, so schnell gestiegen, daß es der ärmeren Klasse des Volkes fast unmöglich wurde, sich mit Brot zu versehen. Trotz der Bemühungen des Komitees für soziale Vorsichtsmaßnahmen, dem niemand die Verdienste absprechen kann, obgleich auch genügend Fehler vorgekommen sind, haben wir gesehen, daß es einfach unmöglich war, genügend Getreide aufzutreiben, um die Bevölkerung zu ernähren. Bei einer solchen Lage kann sich jeder vorstellen, was geschehen wäre, wenn Bulgarien nicht neutral geblieben wäre und mobilisiert hätte. Dann wäre alles Korn für militärische Bedürfnisse requiriert worden, und das Volk hätte ausschließlich von Mais leben müssen. Daß es so gekommen wäre ist eine unbestreitbare Tatsache, welche nur die Verblendeten nicht einsehen wollen. Die Neutralität hat uns die Möglichkeit gegeben, fast alles von dem, was wir im Ueberfluß hatten, zu doppelten und dreifachen Preisen auszuführen. Allerdings ist der Mais noch nicht ausgeführt, seine Ausfuhr wird jedoch erfolgen. Die Vorsorge des Staates und die Ungewißheit über die zukünftige Ernte gestatteten bis jetzt nicht die Ausfuhr von Mais, doch hat dies niemandem geschadet, da die Maispreise jetzt höher sind als im Herbst, als viele die sofortige Ausfuhr-Erlaubnis forderten. Wenn wir mobilisiert hätten, wäre die Ausfuhr von Mais überhaupt nicht möglich gewesen, da die Transportmittel gefehlt hätten. Die Frage der Maisausfuhr hing jedoch auch von anderen Umständen ab. Es ist bekannt, daß der frühere Drei- und jetzige Vierverband sich Hoffnungen hingegeben hatte, Deutschland durch Hunger zur Kapitulation zu zwingen. Wenn die Ausfuhr von Mais damals gestattet worden wäre, so hätten dieselben Personen, die seinerzeit die Ausfuhr-Erlaubnis verlangten, Lärm geschlagen und die bulgarische Regierung angegriffen, daß sie die Ausfuhr nur bewilligt hätte, um Deutschland zu unterstützen. Auch hier hätten unsere Russenfreunde bewiesen, daß sie gegen alles sind, was fremden Staaten nicht recht ist, wenn es auch zu Gunsten Bulgariens sein sollte.

4. Die Neutralität hat unserem landwirtschaftlichen Volk die Möglichkeit gegeben, seine gesamten Felder zu bestellen; laut glaubwürdigen Nachrichten sind in Bulgaren im laufenden Jahr 20 Prozent mehr Aecker bestellt worden als in anderen Jahren. Gott hat diesen Fleiß unserer Landwirte belohnt und wir haben eine ungewöhnlich gute Ernte. Wenn wir die Ernte vollständig hereingebracht haben werden, werden wir bei den hohen Preisen, die das Getreide jetzt hat und auch weiter haben wird, zu Reichtümern gelangen, die uns gestatten werden, alle wirtschaftlichen Wunden aus dem Balkankriege zu heilen.

5. Wenn wir nicht neutral geblieben wären und mobilisiert hätten, so hätten wir auf keinen Fall mehr als 60 Prozent von dem, was wir jetzt haben, säen, bebauen und einbringen können. Dies hätte aber kaum zur



Deckung unseres eigenen Bedarfes genügt, zur Ausfuhr wäre nichts übrig geblieben, und wir hätten die hohen jetzigen Getreidepreise nicht ausnutzen können.

6. Wenn wir mobilisiert hätten, hätte auch die jetzige geringe Einfuhr in verschiedenen Artikeln aufgehört und die Preise dieser Artikel, die jetzt schon 2—3 mal höher sind, als zu normalen Zeiten, wären bis auf das zehnfache gestiegen. Die Preissteigerung hätte am meisten die arme Bevölkerung gefühlt, die unter einer noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Krise einfach entkräftet worden wäre. Dank der Neutralität ist dieses nicht geschehen.

7. Die Neutralität gab der bulgarischen Regierung die Möglichkeit, mit den beiden Gruppen der Großmächte zu verhandeln und sich ein Urteil darüber zu bilden, welche Gruppe Bulgarien die sichere Gewähr gibt für die Verwirklichung der bulgarischen hundertjährigen Hoffnungen und Ideale und vor allem, an wessen Seite Bulgarien in den Besitz gelangt des ganzen und unzertrennlichen Mazedonien, wo Millionen von Menschen, unsere Brüder, mit ausgestreckten Händen um Hilfe flehen und bitten, sie zu befreien, bevor der letzte mazedonische Bulgare untergegangen ist in den blutigen Strömen, welche die unersättlichen, blutdürstigen serbischen Henker und Staatsmänner geschaffen haben. Aus dem bisher Gesagten sieht man, daß die bis jetzt von der bulgarischen Regierung beobachtete Politik die richtigste, die beste und nützlichste für Bulgarien war.

### Mit wem muß Bulgarien halten?

Es wird nunmehr die Frage aufgeworfen, mit welcher Gruppe wir halten müssen: mit dem Zweibund, Deutschland-Oesterreich-Ungarn und der Türkei, oder mit dem Vierverband und seinen Anhängseln: Rußland, England, Frankreich, Italien, Serbien und Montenegro. Um diese Frage richtig beantworten zu können, müssen wir sie erstens vom wirtschaftlichen und zweitens vom politischen Standpunkt aus erörtern:

#### 1. Mit wem muß Bulgarien aus wirtschaftlichen Gründen halten?

Die Frage hinsichtlich unserer Politik muß nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen bestimmt werden. Wir sehen heute Völker, die sich nicht für irgend welche Ideale schlagen, sondern einzig und allein um ihrer materiellen Interessen wegen. Je mehr wir daher an ein Land materiell gebunden sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Land Interesse an unserer Erhaltung und Vergrößerung besitzt, da dadurch derjenige gewinnen wird, der uns hilft und wirtschaftlich an uns gebunden ist.

Die Frage hat auch noch eine andere Seite. Die politischen Beziehungen zwischen zwei Ländern sind nicht ohne Bedeutung auch für ihre Handelsbeziehungen, und je enger zwei Staaten politisch miteinander verknüpft sind, desto lebendiger, belebter und herzlicher sind auch ihre Handelsbeziehungen. Die Handelsbeziehungen werden schwer geschaffen, können aber sehr leicht abgebrochen werden, und einmal abgebrochen, können sie nur schwer wieder

hergestellt werden. Der Handel beruht heutzutage größtenteils auf Kredit und Vertrauen, und dieser Kredit und dieses Vertrauen werden nicht auf einmal gewonnen, sondern durch längere Zeit andauernder Geschäftsverbindungen, durch gegenseitiges Bekanntwerden und durch bewiesene Korrektheit. Jeder Markt hat seine Eigenschaften, Gebräuche, seinen Geschmack usw. Diese Einzelheiten können nicht von einem Tag zum anderen geändert werden. Wenn wir daher um unbestimmter, unsicherer und sogar noch ganz unbekannter Vorteile willen unsere bisherige Politik ändern sollen, so heißt das unsere Landwirtschaft und unseren Handel zu Grund richten und überhaupt unsere Volkswirtschaft ruinieren, alles, was wir in 36 Jahren geschaffen haben, vernichten, unsere Volkswirtschaft umgestalten und neue Absatzmärkte für unsere Produkte suchen. Wenn wir die Statistik für unseren Export- und Import-Handel seit 15 Jahren durchsehen, so werden wir folgendes vorfinden:

Der Handel Bulgariens mit den Staaten des Vierverbandes und des Zweibundes sowie der Türkei während der letzten 5 normalen Jahre in Millionen Lewa:

	1907		1909		1911	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Oesterreich-Ungarn . .	34 688	8 032	38 867	11 779	48 216	10 567
Deutschland . . . . .	19 660	17 022	29 215	13 524	39 837	22 912
Türkei . . . . .	17 548	27 283	21 084	36 652	15 986	29 210
Zusammen:	71 896	52 328	89 166	61 955	104 039	62 689
England . . . . .	21 424	20 705	27 010	8 279	30 638	24 237
Italien . . . . .	5 506	3 100	5 489	2 732	9 818	3 948
Rußland . . . . .	4 771	249	5 802	210	6 975	336
Frankreich . . . . .	6 593	6 991	11 165	5 045	24 327	11 119
Zusammen:	38 294	31 046	49 466	16 266	71 754	39 640
Andere Staaten . . . .	14 471	42 221	21 798	33 213	23 652	82 305
Zusammen:	124 661	125 595	160 430	111 434	199 345	184 634

	1907		1909		1911	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Oesterreich-Ungarn	71 896	52 328	89 166	61 955	104 039	62 689
Deutschland und Türkei	38 294	31 046	49 466	16 266	71 754	39 640
England, Italien, Rußland und Frankreich .	33 602	21 282	39 700	45 689	32 285	23 049

Hierzu ist zu bemerken, daß im Laufe der letzten normalen 5 Jahre immer mehr der Handel mit dem Vierverband zurückgetreten ist, gegenüber dem mit Deutschland-Oesterreich-Ungarn-Türkei. So ist beispielsweise die Ausfuhr nach den Entente-Ländern von 24<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Millionen Lewa im Durchschnitt 1906/1910 gefallen, nach Deutschland und den ihr verbündeten Ländern aber von 31.92 auf 55.48 Millionen gewachsen! Ähnlich war es mit der Einfuhr.

Aus diesen Tabellen kann man klar ersehen, daß unser Handel, sowohl in der Einfuhr als in der Ausfuhr in den letzten 16 Jahren mit Oesterreich-Ungarn, Deutschland und der Türkei einerseits und England, Frankreich, Rußland und Italien andererseits verschieden ist. Die ersten drei Staaten importierten und exportierten bedeutend mehr als die letzten vier Staaten. Unser Exporthandel mit Rußland ist ganz unbedeutend, mit Italien fast unbedeutend, mit Frankreich und England besteht er nur in Getreide, welches wir auch anderswo verkaufen können; dagegen beträgt unser Export nach Oesterreich-Ungarn in den letzten zehn Jahren ca. 10 Millionen Lewa, der Export nach Deutschland, der ständig steigt, hat die Ziffer von 23 Millionen erreicht, und der Export nach der Türkei ist sogar bis auf die kolossale Ziffer von 44 Millionen Lewa gestiegen. Diese Ziffern zeigen, daß unser Handel, unsere Interessen und unser wirtschaftliches Leben unzertrennlich an die Türkei, Deutschland und Oesterreich-Ungarn gebunden sind.

Es ist jedoch nicht nur dies allein. Wenn wir diese Ziffern genauer analysieren, werden wir finden, daß Bulgarien nach der Türkei ausgeführt hat:

während der Jahre	1910	1911
Lebende Tiere . . . . .	5 879 255	6 716 306
Bei einer Gesamtausfuhr von	7 324 332	8 340 552

Ferner wurden nach der Türkei ausgeführt:

während der Jahre	1910	1911
	in Lewa	
Zur Nahrung dienende tierische Produkte	404 932	3 725 743
Bei einer gesamten Ausfuhr (ohne die Eier- ausfuhr) von . . . . .	4 155 549	4 498 436
Weizenmehl von der gesamten Ausfuhr . .	10 672 795	9 049 803
	11 579 080	13 650 412
Kaschkawal . . . . .	3 208 898	2 528 351
Von der gesamten Ausfuhr von . . . . .	3 278 561	3 119 293
Gewöhnlicher Käse . . . . .	397 468	764 347
Von der gesamten Ausfuhr von . . . . .	415 358	894 141
Butter . . . . .	241 557	268 972
Von der gesamten Ausfuhr von . . . . .	246 185	288 314
Pastarma . . . . .	132 588	106 679
Von der gesamten Ausfuhr von . . . . .	132 588	108 479

Die Eierausfuhr haben wir oben nicht angegeben, weil wir nachweisen wollen, daß fast alle nach Deutschland gehen:

Während der Jahre	1910	1911
Die Gesamtausfuhr von Eiern betrug . . .	8 846 028	13 636 409
Davon sind nach Deutschland ausgeführt .	6 546 116	10 805 783

Unsere Ausfuhr besteht hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Produkten.

Für den Absatz unseres Getreides brauchen wir keine Sorge zu haben, da Getreide ein Weltartikel ist, den wir überall und jedem verkaufen können. Anders liegt die Sache aber mit dem lebenden Vieh und den tierischen Produkten (Eier, Kaschkawal, Käse, Butter, Pastarma) und mit Mehl. Diese Artikel können nur dort eingeführt werden, wo die Einfuhr gestattet ist und wo sie Absatz finden. Unsere Erzeugnisse: Kaschkawal, Käse, Pastarma, Schafe, Rinder, Pferde usw. können nirgends anders ausgeführt werden als nach der Türkei und Aegypten. Ein Engländer, Deutscher oder Franzose wird weder unseren Käse und unseren Kaschkawal, noch unser Rindvieh und unsere Schafe essen.

Solange Serbien mit Oesterreich-Ungarn in guten Beziehungen stand, gewährte ihm der letztere Staat verschiedene Erleichterungen, und die serbischen Schweine und Rinder konnten ohne Hindernis nach Oesterreich-Ungarn Eingang finden. Die serbische Viehzucht hat sich dadurch sehr schnell entwickelt; in Belgrad sind große Viehschlachthäuser errichtet worden, der Handel machte Fortschritte, und ganz Serbien entwickelte sich in materieller Hinsicht in beneidenswerter Weise. Als jedoch Serbien anfang, russische Politik zu treiben, stellte ihm Oesterreich-Ungarn unter verschiedenen Gründen Schwierigkeiten bei der Ausfuhr seiner Artikel in den Weg. Die Viehzucht fing an zu verfallen, und im ganzen Land spürte man eine große Krise. Was würde aus Bulgarien werden, wenn Konstantinopel russisch wird und wir den Konstantinopeler Markt verlieren? Wir haben gesehen, daß fast unsere ganze Ausfuhr in lebenden Tieren, Kaschkawal, Käse, Mehl usw. nach der Türkei, resp. nach Konstantinopel geht. Wenn Konstantinopel von Rußland erobert wird, wird es dort seinen autonomen Zolltarif einführen, welcher höher ist und die Einfuhr der jetzt eingeführten bulgarischen Produkte nach Konstantinopel unmöglich machen wird. So wie Bulgarien jetzt nichts nach Rußland einführen kann, so wird es auch nach dem russischen Konstantinopel nichts mehr einführen können. Andere Absatzmärkte für diese Produkte gibt es nicht und es können solche auch nicht leicht auffindig gemacht werden.

Wenn wir aber gegen Deutschland gehen, wird es aus sanitäts-veterinären Gründen sofort die Einfuhr der bulgarischen Eier einstellen und unsere Tabak-Einfuhr erschweren. Alles dieses würde eine wirtschaftliche Krise in Bulgarien hervorrufen, wie wir sie bisher noch nicht gesehen und gekannt haben und von der wir uns gar keine Vorstellung machen können. Unsere Viehzucht, sowie alle Mühlen, die in Burgas und Varna gegründet sind, um Mehl zur Ausfuhr nach Konstantinopel zu erzeugen, würden zu Grunde gerichtet werden. Unsere schönste, nützlichste und wertvollste Industrie würde vernichtet werden und die darin investierten Millionen wären verloren.



Die Viehzucht ist die Grundlage zur Verbesserung der Landwirtschaft. Ohne Viehzucht ist die Rationalisierung der Landwirtschaft undenkbar. Schneidet man uns den Weg zur Entwicklung unserer Viehzucht ab, so werden wir in der Entwicklung zurückgeworfen werden und in dieser primitiven Lage lange Jahre verbleiben, bis andere Umstände eintreten, die eine Verbesserung möglich machen. Die Umgestaltung der Produktion, besonders der landwirtschaftlichen Produktion, ist eine äußerst schwierige und langwierige Arbeit. Die Produktion von Kaschkawal, Käse, Pastarma, Schajak (Stoffen), Schnüren, sowie die jetzige Schaf-, Rinder- und Pferdezücht muß, sobald die Ausfuhr nach Konstantinopel wegfällt, aufhören, da man kein Absatzgebiet mehr haben wird, um diese Artikel zu verkaufen. Diese Art Schafe, Pferde und Rinder kann man nicht in einem Augenblick durch andere ersetzen, folglich müssen wir und können wir für mehrere Jahre nur die Produkte erzeugen, die wir nach der Türkei ausführen. Die Krise, die in unserem landwirtschaftlichen Leben entstehen würde, falls der Konstantinopeler Markt für uns gesperrt würde und überhaupt, falls wir in schlechten politischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, Deutschland und der Türkei träten, ist daher vollkommen klar.

Wenn wir dies alles in Betracht ziehen, so können wir bestimmt behaupten, daß zur Vermeidung eines unerhörten wirtschaftlichen Zusammenbruches, zur Erhaltung unserer wirtschaftlichen Kraft und um die Möglichkeit zu haben uns weiter aufzuschwingen und unsere Landwirtschaft, unseren Handel, unsere Industrie, unser Gewerbe, usw. weiter zu entwickeln, wir unbedingt eine Politik führen müssen, die sich mit den Interessen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei vereinbaren läßt. Nur diese Länder konsumieren diejenigen unserer Erzeugnisse, die wir nirgendswo anders absetzen können und durch deren Herstellung allein wir ein kräftiger, wirtschaftlich selbständiger Staat werden können. Politisch selbständig aber kann nur derjenige Staat sein, der wirtschaftlich stark und selbständig ist.

Außerdem zeigt uns die neueste Geschichte während der letzten zwei Jahre, daß tatsächlich Deutschland und Oesterreich-Ungarn unsere wirtschaftliche Entwicklung und Festigung wünschen. Indem wir die Frage nicht weiter erörtern wollen, daß unserer Ausfuhr und unserer Durchfuhr diese Länder keine Schwierigkeiten bereiten, wollen wir nur noch die Frage der letzten Anleihen erwähnen. Als wir nach dem Kriege zwar „erniedrigt“, aber nicht „vernichtet“ dastanden, hat sich Frankreich kategorisch geweigert, uns eine Anleihe zu geben, wenn wir den Bukarester Vertrag nicht anerkennen und einer selbständigen Politik nicht entsagen, und uns nicht ganz der seinerzeitigen Triple-Entente in die Arme werfen, welche über uns nach Belieben verfügen wollte. Unsere Russenfreunde waren damals wie rasend und forderten unbedingt die Annahme dieser Bedingungen. Jetzt können wir sehen und erwägen, wie tenflich diese Vorschläge und Pläne gewesen sind und wie Bulgarien ein Spielzeug in den Händen Rußlands und Frankreichs geworden und von der Erdoberfläche verschwunden wäre. In diesen für Bul-

garien schweren Stunden ist ihm Deutschland zu Hilfe gekommen und hat ihm die verlangte Anleihe, ohne irgendwelche politischen Verpflichtungen gegeben. Es ist Tatsache, daß die finanziellen Bedingungen nicht so günstig sind, aber es waren auch außergewöhnliche Zeiten, die einen schnellen Entschluß forderten. Nur die verblendeten Russophilen in Bulgarien, die Rußland mehr als Bulgarien lieben, und die aus Bulgarien ein russisches Gouvernement machen wollen, wollen die Vorteile dieser Anleihe nicht anerkennen, die unter Vorbehaltung der vollen Entschluß-Freiheit von bulgarischer Seite abgeschlossen wurde. Aber jeder unparteiische Bulgare hat die Pflicht, es einzugestehen, daß durch diese Anleihe Deutschland uns vor dem Bankerott sowie vor der politischen Unterwerfung bewahrt hat. Aber was sollen wir von der letzten Anleihe sagen, die uns die Deutschen gegeben haben und durch die wir mehrere Millionen Gold einführen, unseren Verbindlichkeiten im Auslande nachkommen und die weitere Erhöhung des Agios aufhalten, ja sogar zum Sinken bringen konnten? Wer weiß, wie hoch das Adigo gestiegen wäre, wenn die Bulgarische Nationalbank diese Millionen nicht in Berlin zur Verfügung gehabt hätte, und wenn nach Bulgarien nicht soviel deutsches Gold hereingekommen wäre. Wenn endlich diese Anleihen nicht gewesen wären, hätte man die Requisitionen kaum ordnen können. Auch in diesem Fall sehen wir, daß Deutschland uns geholfen hat, damit wir uns wirtschaftlich halten, weil dies in seinem eigenen Interesse liegt. Der Krieg hat gezeigt, wie groß die wirtschaftliche Macht Deutschlands und sogar Oesterreich-Ungarns ist. Wenn diese Staaten es daher wollen, haben sie immer die volle Möglichkeit, uns wertvoll zu unterstützen. Sie haben es bis jetzt getan und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß sie uns in Zukunft auch unterstützen werden. Im Gegenteil, aus den bisher gegebenen Erklärungen deutscher Zeitungen und deutscher Staatsmänner, können wir mit voller Zuversicht auf die deutsche finanzielle Hilfe rechnen.

Als wir bereits diese Zeilen geschrieben hatten, erhielten wir die Mitteilung, daß Deutschland uns wieder eine Anleihe von 125 Millionen Lewa zur Tilgung von schwebenden Schulden ohne jede politische Bedingungen gemacht hat.

Aus dieser kurzen Darstellung geht deutlich hervor, daß wir aus volkswirtschaftlichen Gründen unbedingt mit Deutschland und seinen Verbündeten gehen müssen, weil nur diese Staaten uns wirtschaftlich emporbringen können und weil wir ohne deren Unterstützung der wirtschaftlichen Vernichtung preisgegeben sind.

Unser größter Feind ist heute Serbien. Es hat das rein bulgarische Mazedonien unterjocht und verwaltet es auf eine noch nie dagewesene barbarische Weise. Für die mazedonische Bevölkerung gibt es keine Gesetze und auch keinerlei menschliche Rechte. Diese Bevölkerung ist ohne Ausnahme einer Niedermetzlung ausgesetzt, die Flüsse sind gerötet von den Strömen Blutes, Frauen sind der Schande preisgegeben, und die zum Kriegsdienst taugliche Bevölkerung ist ins Feld geschickt worden, um für die

Schaffung eines „Groß-Serbiens“ zu sterben. Es genügt, daß jemand in Mazedonien sich als Bulgare ausgibt, um wie ein Hund totgeprügelt zu werden. So groß ist der Haß Serbiens gegen Bulgarien. Nach dem Kriege waren die Serben so arrogant geworden, daß die Durchreise eines Bulgaren durch Serbien, ganz gleich, wer er war, direkt lebensgefährlich war, weil in diesem Staat, der nach dem Organ unserer Regierung „Narodni Prava“ von Lügnern regiert wird, für den Bulgaren keine Gesetze bestehen. Wenn wir unsere Brüder in Mazedonien nicht schneller von dem unerträglichen, grausamen und blutigen Joch befreien, wird in diesem rein bulgarischen Lande kein Bulgare mehr übrig bleiben. Die Sachen liegen überhaupt so, daß Bulgarien neben einem „Groß-Serbien“ unmöglich existieren kann, da dieses, welches Anspruch auf unser Land bis zur Jantra erhebt, uns fortwährend herausfordern wird, bis es uns vernichtet.

Es fragt sich nun, wie kommt Serbien zu der Kühnheit, sich so feindselig gegen Bulgarien zu benehmen? Die Antwort ist klar: durch Rußland, welches auf jeden Preis ein „Groß-Serbien“ errichten will, das Bulgarien vernichten soll und ihm, Rußland, gleichzeitig helfen soll. Konstantinopel und die Meerengen zu erobern. Serbien ist das liebe Kind Rußlands und seiner Verbündeten, die nach Mitteln und Wegen suchen, um es so schnell als möglich groß zu machen. Unter diesen Bedingungen wird Rußland selbstverständlich niemals einverstanden sein, Serbien zugunsten Bulgariens zu schädigen: besonders jetzt nicht, wo Serbien im Verein mit Rußland seit einem Jahr gegen den Feind Rußlands, Oesterreich-Ungarn, mitkämpft und wo Rußland tausende von Beweisen hat, daß vor allem für Serbien gearbeitet werden muß. Wir haben 1913 gesehen, wie Rußland wegen Serbien seinen Verpflichtungen nicht nachkommen und Serbien nicht zur Einhaltung seiner Vertragspflichten anhalten wollte, und wie es auf Rumänien eingewirkt hat, uns zu überfallen, nur um ein Groß-Serbien zu errichten. Wir sehen auch jetzt, wie Rußland auf keinen Fall etwas gegen den Willen Serbiens unternehmen will. Wir kennen nicht den Wortlaut der berühmten Note, welche der Vierverband der bulgarischen Regierung übergeben hat; aus dem aber, was man gesprochen und in den Zeitungen geschrieben hat, ersieht man:

1. daß uns Rußland und seine Verbündeten nichts für unsere Neutralität geben, dagegen aber verlangen, daß wir uns möglichst bald an dem Krieg beteiligen;

2. daß Bulgarien seine Armeen dem Vierverband zur vollen Verfügung überlassen soll, der sie kommandieren und dorthin senden will, wo er es für gut findet;

3. daß die bulgarische Armee Konstantinopel erobern und dann Rußland übergeben muß und

4. gegen all dieses gestattet man Bulgarien, daß es das Territorium bis zur Linie Enos-Midia behält und verspricht ihm einige ganz unklare und unzureichende Kompensationen in Mazedonien, doch nur für den Fall, daß Serbien genügend von Oesterreich kompensiert wird.



Das bedeutet: Gebt euere Armee, damit wir sie mit unseren wilden Horden vermischen und sie auf den verschiedenen Kampfplätzen dem Untergange preisgeben, und wenn dann Serbien groß geworden und es Süd-Ungarn, Kroatien, Dalmatien, Bosnien und die Herzogowina sowie Albanien genommen haben und zu einem 15 bis 20 Millionenstaat angewachsen sein wird, wird Bulgarien ein kleines Stück Land in der Gegend von Stip und Kotschina abgetreten erhalten.

Bei dieser Gelegenheit tritt am deutlichsten hervor, wie stark der Vierverband an Serbien gebunden ist, wie er dieses zur Nachgiebigkeit nicht überreden will, und wie er unsere gesetzlichen Forderungen verspottet. Der Vierverband ist bekannt durch sein Lärm- und Alarm-Machen. Es ist auch bekannt, daß man während unserer letzten Anleiheverhandlung geheime Noten veröffentlicht hat, daß man sich sogar in unsere inneren Angelegenheiten einmischte, nur um Unruhen im Lande hervorzurufen und um Bulgarien für den Vierverband zu gewinnen. In dieser Beziehung arbeiten Deutschland und Oesterreich ruhig und ohne Lärm, so daß wir ihre Vorschläge an Bulgarien in allen Einzelheiten nicht genau kennen, jedoch aus dem, was wir in ihren Zeitungen gelesen, und was uns gut unterrichtete Personen gesagt haben, können wir mit Sicherheit behaupten, daß die Versprechungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns an Bulgarien für seine Neutralität in der Hauptsache die Folgenden sind:

1. ganz Mazedonien, einschließlich Skopje, Bitolia, Ochrid usw.
2. Freundschaftliche Vermittelung zwischen Bulgarien und der Türkei zum Zwecke der Abtretung der Linie nach Dedegatsch und des westlich am rechten Maritzaufer gelegenen Territoriums. Diese Einigung mit der Türkei erwartet man in kurzer Zeit.

Noch weiter gehende territoriale Versprechungen auf Kosten Serbiens haben uns die Zentralmächte für unsere aktive militärische Mithilfe gemacht. Diese Versprechungen entsprechen unserem Verlangen, längs der Donau eine gemeinschaftliche Grenze mit Oesterreich-Ungarn zu haben. Der gegenwärtige Krieg hat gezeigt, wie unbedingt notwendig es ist, daß wir direkt und unmittelbar mit Ungarn eine Verbindung haben müssen, um von einem verrückt gewordenen Serbien unabhängig zu sein. Aber auch andere Teile von Alt-Serbien sind uns in Aussicht gestellt worden.

Man sieht hier deutlich, daß der Vierverband gegen geringe, ungenaue und zweifelhafte Vorteile von uns große Opfer fordert, und daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn uns deutlich und kategorisch zu verstehen geben, was sie uns gegen unvergleichlich geringere Opfer von unserer Seite geben wollen. Doch die Frage hat auch eine andere Seite. Wir glauben überhaupt an keine Versprechungen mehr und noch weniger an solche des Vierverbandes, der Italien als Verbündeten aufnahm, welches auf eine so hinterlistige Art sein Ehrenwort mit Füßen trat und einen 33jährigen Bündnisvertrag gebrochen hat. Wir haben jedoch im Gegenteil vollen Grund, an einen Vertrag mit Deutschland zu glauben, das stets seine Vertragsverpflichtungen



erfüllt hat und sich mit der ganzen Welt schlägt, nur um seinen vertraglichen Pflichten gegenüber der österreichisch-ungarischen Monarchie nachzukommen. Serbien kann nur auf Kosten Oesterreich-Ungarns oder Bulgariens „groß“ werden. Ein Groß-Serbien ist von großem Nutzen für Rußland, aber zum Schaden Oesterreich-Ungarns und Deutschlands. Ein Groß-Bulgarien stört die Interessen und Bestrebungen Rußlands, kann aber für Deutschland und Oesterreich-Ungarn nur von Nutzen sein. Eben deshalb werden diese Staaten, wenn wir mit ihnen halten und ihnen sogar helfen, uns bei der Schaffung eines Groß-Bulgariens behilflich sein, welches unbedingt das ganze jetzige serbische Mazedonien, einen Teil Alt-Serbiens und das ganze türkische Territorium am rechten Ufer der Maritza umfassen wird. Die Entwicklung der Ereignisse zeigt uns ganz deutlich, daß weder Rußland noch seine Verbündeten Serbien zwingen und nötigen werden, etwas an Bulgarien abzutreten. Von einer vorherigen Besetzung der uns zugesprochenen Gebiete kann keine Rede sein, da Serbien, abgesehen von einem kleinen Stück Land bei Stip Kotschani, nichts abtreten will und letzteres nur nach dem Kriege, wenn es hundertfach an der adriatischen Küste entschädigt werden wird. Es ist klar, daß der Vierverband, selbst um den Preis eines Konstantinopels, Serbien nicht zwingen will, uns Mazedonien zu geben. Unser Wunsch, unsere Hoffnung, unser Ideal ist aber vor allem Mazedonien und dann erst die anderen Länder, die man uns in Bukarest gestohlen hat.

Die Erreichung dieses Ideals kann und wird nur dann erfolgen, wenn wir die Neutralität preisgeben.

Ein Groß-Serbien ist für die Existenz Oesterreich-Ungarns und für den Frieden Deutschlands gefährlich, deshalb wünschen diese Staaten die Schaffung eines Groß-Serbiens nicht und könnten dies auch nicht wünschen. Im Gegenteil dieser Störenfried des Weltfriedens muß entweder von der Erdoberfläche verschwinden, oder er muß gezwungen werden, unter Verhältnissen weiter zu leben, die es ihm unmöglich machen, die Welt andauernd in Brand zu setzen. Serbien bildet überhaupt eine Gefahr für die Menschheit, und kein Kulturmensch kann sein Fortbestehen wünschen. Aus diesem Grunde werden Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit allen Kräften daran arbeiten, um Serbien unschädlich zu machen. Dies kann jedoch zum Teil nur dadurch geschehen, daß man das ganze Mazedonien und auch einen Teil von Alt-Serbien an Bulgarien gibt. Auf diese Weise verkleinert, wird Serbien sich ruhig verhalten müssen: es wird gefügiger werden und sowohl für uns als auch für seine Nachbarn und für die ganze Welt unschädlich sein. Daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn nur das Gute von Bulgarien fordern, geht schon aus der Tatsache hervor, daß diese Staaten bei uns bis jetzt keinen Putsch, keine Aufstände und keine Bürgerkriege hervorgerufen haben, wie es schon mehreremale die Russen gemacht haben. Es genügt, an die Aufstände von Rustschuk und Silistria zu erinnern, an die Nabotkowsche Bande und an die Entthronung des Fürsten Alexander. Es sei uns gestattet, noch zu bemerken, daß es in Deutschland und Oesterreich-Ungarn niemals

Emigranten gab, die auf Kosten dieser Staaten lebten, wie dies in Rußland der Fall ist, wo einige zehn Volksverräter herzlichen Empfang gefunden haben und einige Jahre auf Rechnung des asiatischen Departements leben konnten. Keines Bulgaren Kinder sind auf deutsche und österreichische Staatskosten erzogen worden, wie es mit den Kindern reicher Russenfreunde geschehen ist.

Schließlich müssen wir zu einer Mächtigkeitsgruppe halten, die in dem gegenwärtigen Krieg den Sieg davontreiben wird, weil wir nur so die wesentlichen Gebietserweiterungen und unsere weitere Entwicklung sichern können. Aus der Entwicklung der Operationen auf den Kriegsschauplätzen, sowohl auf der Front gegen Frankreich und Belgien, als auf der Front gegen Italien, Serbien und Rußland erkennt man täglich deutlicher, daß der Sieg auf die Seite Deutschlands und Oesterreich-Ungarns neigt. Wir brauchen uns nicht lange über die Frage aufzuhalten, da es doch für jeden unparteiischen Zuschauer klar bis zur Gewißheit geworden ist, daß Rußland, welches Festungen wie Warschau und Iwangorod verloren hat, bald Niedergerungen sein wird, und dann die Reihe an Frankreich, Italien, England und Serbien kommen wird. Deutschland hat bewiesen, daß es in militärischer und materieller Hinsicht so stark organisiert ist und über solche ungeheure, unerschöpfliche und überlegene Kräfte verfügt, die es ihm gestatten, seine Feinde bald niederzurufen.

Unter diesen Umständen wird Bulgarien gegen sich selbst ein Verbrechen begehen, es wird einfach Selbstmord begehen, wenn es nicht mit den Zentralmächten hält, weil nur diese es sind, die es uns ermöglichen können, unsere Hoffnungen auf eine Vereinigung des bulgarischen Volkes zu verwirklichen.

Vor allem müssen wir bemerken, daß, wenn wir weiter unten dafür plädieren werden, daß es im Interesse Bulgariens liegt, die Neutralität preiszugeben, so wollen wir nicht damit sagen, daß dies gleich geschehen muß, sondern in jedem naheliegenden Augenblick, wenn unsere Regierung von dem Sieg vollkommen überzeugt sein wird und sichere Garantien besitzen wird, daß die von uns verlangten Gebiete uns auch sicher gegeben werden. Bulgarien muß die Neutralität niemandem zuliebe preisgeben, am wenigsten aber dem Slawentum zu Liebe, das in seiner Mehrzahl während Bulgariens Not im Jahre 1913 kaltblütig blieb, sondern nur, wenn es die höchsten Interessen des Landes erfordern. Die Preisgabe der Neutralität muß aus wirtschaftlichen und politischen Gründen erfolgen.

Bulgarien hat zum Export ca. 80 000 bis 90 000 Zehntonnen-Waggons Mais, Gerste, Weizen, Hafer, Roggen, Hirse, Hen usw. bereit. Dieses Getreide müssen wir so schnell als möglich ausführen, damit wir unseren Handel beleben, unserem Lande das nötige Gold zuführen, den Landwirten die Möglichkeit geben, ihren Verpflichtungen nachzukommen und um diesen einzigen Reichtum, den wir besitzen, vor dem Verderben zu bewahren, um so mehr als die Getreidespeicher sich bald mit dem Getreide und Mais der diesjährigen

Ernte füllen werden, die eine ausgezeichnete zu werden verspricht. Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind vom amerikanischen, russischen usw. Import abgeschnitten. Das dort zur Einfuhr gelangende Getreide kann daher auf dem Markt frei verkauft werden und zwar zu einem hohen Preis von 60 bis 80 Lewa pro 100 Kilogramm. Das größte Verbrechen wird Bulgarien begehen, wenn es nicht Maßregeln trifft, damit unser Getreide zu diesen hohen Preisen Absatz findet. In Rußland gibt es viel Getreide und die Preise sind dort niedrig, da die Ausfuhr fehlt. In Italien, Frankreich und England sind die Preise allerdings gestiegen, doch diese Preissteigerung wird durch die hohen Versicherungsprämien verschlungen, sodaß der Landwirt vergleichsweise nur einen sehr kleinen Nutzen aus diesen erhöhten Preisen ziehen kann. Wenn wir daher unser Getreide nach Italien, Frankreich und England ausführen, werden wir nur in geringem Maße die hohen Preise ausnützen und werden auf jeden Fall nicht einmal die Hälfte von dem bekommen, was wir erzielen könnten, wenn wir das Getreide nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausführen würden. Wir sagten schon, daß wir zur Ausfuhr etwa 80 000 bis 90 000 Waggons verschiedener Getreide-Arten bereit haben werden. Wenn dieses Getreide nach den genannten beiden Staaten ausgeführt wird, so wird es Bulgarien ca. 360 Millionen Lewa einbringen, eine Summe, die zweimal größer ist, als unsere Gesamtausfuhr in den besten Jahren sein kann.

Ueber Varna und Burgas werden wir nichts ausführen können, sondern nur über Zaribrod nach Serbien, über Adrianopel nach der Türkei und Dedeağatsch, und über Rustschuk und Rumänien nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Ueber diese Ausfuhrstellen können wir täglich nicht mehr als zusammen 75 bis 80 Waggons ausführen. Das bedeutet, daß wir volle drei Jahre brauchen werden, um das jetzige Getreide auszuführen, ohne dabei die diesjährige Maisernte zu rechnen, die wir in ein bis zwei Monaten herein bekommen werden. Wir würden außerdem die jetzigen hohen Preise des Getreides nicht ausnützen können. Niemand kann die Preise voraussagen, die das Getreide nach Beendigung des Krieges haben wird, da hier verschiedene Faktoren mitspielen, die jetzt nicht einmal annähernd vorausgesehen werden können. Die Preise werden wahrscheinlich etwas höher sein als die normalen, aber die jetzigen hohen Preise des Getreides in Oesterreich-Ungarn und Deutschland werden sich nicht halten können und werden um etwa zwei Drittel fallen. Wenn wir also jetzt nicht unser Getreide ausführen und die hohen Preise ausnützen, so wird es nachher zu spät sein, die Preise werden fallen und unsere Volkswirtschaft wird Hunderte von Millionen verlieren, da sie jetzt gewinnen kann.

Ueberhaupt werden wir mit der Regelung der Getreide-Ausfuhr gerade jetzt nach Bulgarien solche ungeheuren Summen hereinbekommen, daß unsere Volkswirtschaft einen noch nie dagewesenen Aufschwung nehmen und das Land so einen Fortschritt machen wird, daß alle Wunden aus dem Kriege verschwinden werden. Bulgarien kann am leichtesten sein Getreide auf dem Donauweg ausführen, wie dies früher geschah, als es noch keine Eisenbahnen



und keine Häfen wie Varna und Burgas gab. In der Richtung nach der Donau haben wir fünf Eisenbahnstrecken: Lompalanka, Somovit, Sistow und zwei nach Rustschuk. Wenn wir auf jeder Strecke 35 Waggon täglich rollen lassen, werden wir im ganzen 175 Waggon haben. Außerdem werden die Dörfer im Widdiner Bezirk, wo es noch gar keine Bahnen gibt, durch Fuhrwerke täglich mindestens 100 Waggon befördern, so daß wir dann mindestens 275 Waggon täglich ausführen können. Obwohl auch dies nicht genügen wird, so ist es doch immer etwas, im Vergleich zu dem, was wir jetzt über Dedeagatsch, Zaribrod und Rustschuk ausführen können. Wir sind sogar sicher, daß sobald die Bevölkerung ihre Feldarbeiten beendet haben wird und sich lebhafter mit der Getreidezufuhr nach den Donauhäfen befassen kann, die gesamte Ausfuhr bis auf 300 Waggon erhöht werden kann, das ist so viel, wie in der Hochsaison in normalen Zeiten über Varna, Burgas und die Donauhäfen ausgeführt wird. Der genannte Fluß ist international und neutral und kann nach den internationalen Abmachungen und Verträgen von jedem benutzt werden. Jetzt haben jedoch Serbien und Rußland sich das Recht zugeeignet, ihn allein auszunützen. Diese Staaten transportieren täglich auf der Donau allerlei Material, Proviant, Munition usw. und gestatten Bulgarien nicht, sich dieses Flusses zu bedienen, auf den es ebenso viel Anrecht hat als sie. Auch aus diesem Beispiel geht klar hervor, daß Rußland uns Hindernisse in den Weg legt und es nicht zuläßt, daß wir uns frei entwickeln, weil dies nicht in seinem Interesse liegt. Bei der Oeffnung des Donauweges kann und muß Bulgarien nur auf die Hilfe Oesterreich-Ungarns und Deutschlands hoffen, weil dies auch im eigenen Interesse dieser Staaten liegt. Bulgarien muß den freien Ausgang aus der Donau bekommen, da es sonst ersticken müßte, sein Nationalvermögen zu Grunde gerichtet würde und seine Bevölkerung großen Mangel leiden müßte. Wir spüren schon jetzt großen Mangel an den verschiedenen Import-Artikeln, deren Preise außerdem so schnell steigen, daß Bulgarien bereits einer belagerten Festung gleicht, und es werden hier bald einige der notwendigsten Sachen für die arme Bevölkerung unkäuflich sein. Wir erwähnen nur den Zucker, Schllleder, Stoffe, Manufakturwaren, Eisenwaren, Maschinen usw. Alles das müssen wir einführen, wenn wir leben wollen. Diese Einfuhr kann aber nur über die Donau erfolgen. Folglich müssen wir die Donau für unsere Einfuhr unbedingt haben. Wir sind jetzt in unseren Beziehungen zu West-Europa ganz von Rumänien abhängig, und dieses Land kann mit uns nach Willkür und Laune handeln, wie es will. Die Oeffnung der Donau wird uns gänzlich unabhängig von Rumänien machen und uns die Möglichkeit geben, unmittelbar mit Oesterreich-Ungarn in Verbindung zu treten und diesem Staate alles, was wir im Ueberfluß besitzen, zu liefern und von ihm oder durch ihn all das zu beziehen, was wir nötig brauchen.

Von der Oeffnung der Donau will Serbien nichts hören. Eben deshalb müssen wir den Donauweg mit Gewalt im Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland frei machen. Dies bedeutet allerdings, in Konflikt



mit den Vierverband zu treten, da dieser es nie zulassen wird, daß wir uns allein mit Serbien auseinandersetzen, sondern die Partei Serbiens ergreifen und sich als im Kriege mit uns feindlich betrachten wird. Wir brauchen uns aber davor garnicht zu fürchten, da der Vierverband bald niedergedrungen und dem Willen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns unterworfen werden wird. Wir haben nur nötig, uns mit Rumänien zu verständigen, uns von dieser Seite zu sichern und den Serben Mazedonien und alle anderen Gebiete, durch die es uns den Donauweg versperrt, wegzunehmen, und uns von der serbischen Bevormundung freizumachen und die Möglichkeit zu erhalten, unmittelbar mit der Kulturwelt in Verbindung zu treten.

Aus dem bisher Gesagten geht klar hervor, daß Bulgarien, um in diesen Zeiten ein freies unabhängiges Leben zu führen, die Neutralität preisgeben muß, indem es Mazedonien befreit und sich den Donauweg sichert. Wenn Bulgarien dies nicht tut, so ist es dem wirtschaftlichen Erstickungstode ausgesetzt; es wird Hunderte von Millionen seines nationalen Vermögens verlieren und, statt jetzt ungeheure Geldmengen anzuhäufen, die ihm die Möglichkeit geben werden, sich zu stärken und zu festigen, um auch die stärksten wirtschaftlichen Krisen zu überwinden, wird es sich selbst derjenigen Mittel entblößen, die für seinen wirtschaftlichen Fortschritt unbedingt nötig sind, und es wird mindestens zu einem langen Stillstand verurteilt sein, wenn nicht zu einem wirtschaftlichen Verfall.

Unsere Russenfreunde verlangen, daß wir mithelfen sollten, Konstantinopel zu erobern, um die Dardanellen zu öffnen. Dies, sagen sie, sei für unsere Ausfuhr viel wichtiger als die Oeffnung der Donau. Welche Verblendung! Als ob die Dardanellen bloß für uns geöffnet würden! Nein, dieselben werden für Rußland geöffnet, das auf den Weltmarkt seine ungeheuer großen Getreidevorräte zweier Erntejahre bringen will, sodaß für Bulgarien auf diesem Markt überhaupt kein Platz mehr übrig bleiben wird. Außerdem werden die Preise fallen, Rußland wird uns jede Schwierigkeit bereiten und eventuell auch die Dardanellen sperren, um die Konkurrenz zu beseitigen. Wir würden also auch in diesem Falle Tausende von kostbaren Menschenopfern nicht für bulgarische, sondern für russische Interessen bringen.

Warum aber muß Bulgarien seine Neutralität aus politischen Gründen preisgeben? Wir haben früher auseinandergesetzt, welche Versprechungen uns die Zentralmächte Deutschland und Oesterreich-Ungarn für unsere Neutralität gemacht haben. Aber folgt daraus auch der Schluß, daß wir unsere Pflicht gegenüber unserem Vaterlande erfüllen, wenn wir auch künftig nur Zuschauer bleiben in einem Kampf, in dem unsere höchsten Interessen auf dem Spiele stehen? Wir meinen, daß man dem bulgarischen Volke nicht klar und kategorisch genug sagen kann, daß der europäische Krieg und der siegreiche Kampf Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nur Vorbereitungsarbeiten sind und daß gleich nach Beendigung dieser Vorbereitungsarbeiten Bulgarien gegen Serbien marschieren muß. Denn abgesehen davon, daß unser politisches Interesse es uns zur Pflicht macht, an dem endgültigen Sieg

Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mitzuarbeiten und es unseres Volkes unwürdig wäre, allein der Kraft anderer die Erreichung eines Zieles zu überlassen, das alle Bulgaren ohne Ausnahme als höchstes nationales Ideal anstreben, verlangt die furchtbare Lage unserer mazedonischen Brüder, daß die Niederwerfung Serbiens beschleunigt und durchgeführt wird, ehe der letzte mazedonische Bulgar niedergemetzelt und Mazedonien, dieses unglückliche Land, nur mehr ein Trümmerhaufen ist. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß uns die Zentralmächte für unsere aktive Hilfe sehr wichtige und größere territoriale Versprechungen gemacht haben, als für unsere bloße Neutralität. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn an der Schöpfung eines Großbulgariens um so freudiger mitarbeiten werden, wenn wir ihnen durch die Tat beweisen, daß wir zu ihnen halten, das ist, wenn wir vereint mit ihnen Serbien vernichten.

Bulgarien kann und darf auch nicht isoliert, ohne einen mächtigen Beschützer dastehen, weil es von Feinden umgeben ist, die nur darauf lauern, um es im günstigen Moment zu berauben. Es ist erwünscht, daß wir Bulgaren einen solchen Beschützer besitzen, wie Serbien ihn in Rußland hat. Von Rußland zu erwarten, daß es uns ebenfalls unter seinen Schutz nimmt wie Serbien, wäre naiv. Niemand kann gleichzeitig die Interessen Serbiens und Bulgariens schützen, da dies ein Ding der Unmöglichkeit ist und außerdem von Bulgarien auch nicht gewünscht werden kann. Im Jahre 1913 hat Rußland gleichzeitig die Interessen Serbiens und Bulgariens wahrgenommen, und wir haben gesehen, daß der Schutz Rußlands damals in der Beraubung Bulgariens und Vergrößerung Serbiens um das Doppelte auf Kosten Bulgariens zum Ausdruck kam. Dies würde auch in Zukunft der Fall sein. Es ist klar, daß Bulgarien einen Selbstmord begehen würde, wenn es sich dem Schutze Rußlands anvertrauen würde.

Es gibt viele bei uns, die aufrichtig glauben, daß wir uns auf England verlassen können, weil es Interesse daran hat, uns als Gegengewicht gegen Rußland zu benutzen. Diese Leute befinden sich im Irrtum, denn sie wissen nicht, wie egoistisch der Engländer ist, wie brutal er gegen die fremden Interessen handeln kann, wenn es sich um den Schutz seiner eigenen handelt, und sie bedenken nicht, daß England und Rußland sich bereits vollständig über die Dardanellen dahin geeinigt haben, daß letzteres einen kleinen Landstreifen von Rumänien, Bulgarien und der Türkei längs des Ufers am Schwarzen Meere erhält, während die Inseln im Besitze Englands verbleiben. Rußland wird auf diese Weise auch einen Landweg nach Konstantinopel besitzen. Bei einem Erfolg des Vierverbandes bekommt Rußland also nicht nur Konstantinopel, sondern auch Varna und Burgas. Diese Enthüllungen müssen jedem Bulgaren die Augen darüber öffnen, daß England für Bulgarien nicht der Beschützer ist, wie viele es glauben, sondern daß es jederzeit bereit sein wird, uns zu opfern, wenn dies seine Interessen fordern. Wir können überhaupt nicht einsehen, inwiefern unsere Interessen mit denjenigen Englands übereinstimmen. Folglich ist es auch nicht England, welches unsere

Interessen schützen wird, und an das wir unser Schicksal binden müssen, umso mehr, da es heute der Verbündete von Rußland ist und daher so handeln wird, wie ihm dieses, welches ja die größeren Interessen am Balkan hat, diktieren wird. Die Interessen diktieren jedoch das Fortbestehen Großserbiens, das auf dem Balkan das Wort führen soll und nicht ein „erniedrigtes“, aber immerhin noch nicht „vernichtetes“ Bulgarien.\*)

Für Bulgarien bleibt so nur übrig, sich an Deutschland zu wenden und sein Schicksal mit dem Schicksal Deutschlands zu verknüpfen. Es fragt sich nun, ob dies möglich und für Bulgarien annehmbar und nützlich ist. Deutschland benötigt vor allem Freunde und treue Verbündete, und zwar nicht nur jetzt während des Krieges, sondern auch nach dem Kriege, da mit dem Abschluß des Friedens der wahre Frieden noch nicht hergestellt sein, sondern im Gegenteil eine fieberhafte Kriegsvorbereitung noch weiter stattfinden wird, da derselbe Krieg jeden Moment wieder anfangen kann. Die Griechen und Rumänen haben sich als sehr untreue Freunde und Verbündete erwiesen, und Deutschland dürfte kaum in nächster Zeit mit ihnen einen Bund schließen. Die Türkei genügt Deutschland nicht; darum wäre es im Interesse Bulgariens und Deutschlands, daß sie beide ein Bündnis schließen. Wir haben schon gesehen, daß Bulgarien in wirtschaftlicher Beziehung mit Deutschland eng verbunden ist und dieses durch die Tat bewiesen hat, daß es den wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes wünscht. Wenn dies so ist, so versteht es sich von selbst, daß Deutschland auch unsere friedliche und sichere wirtschaftliche und politische Entwicklung wünscht, da Handel und Industrie sich ja nur dann entwickeln können, wenn die friedliche und sichere politische Lage gegeben ist. Die Interessen Bulgariens stimmen zurzeit mit den deutschen Interessen vollkommen überein und kreuzen sich nirgends.

Weil sich Deutschland andererseits als ein so treuer Verbündeter gezeigt hat, auf den man bauen kann, weil es uns ganz Mazedonien verspricht und noch wertvollere Kompensationen für unser Eingreifen gegen Serbien, weil die rechtzeitige Verwirklichung der bulgarischen Ideale nur möglich ist, wenn wir die Neutralität preisgeben, weil es wünschenswert ist, daß Bulgarien nach Mazedonien geht, bevor der letzte Bulgare im Blut erstickt worden ist, müssen wir die Neutralität preisgeben, unser Schicksal an dasjenige Deutschlands und Oesterreich-Ungarns knüpfen, die uns so schützen werden, wie jetzt Rußland Serbien beschützt, und gegen Serbien ziehen, um unsere Brüder, die unter dem unerträglichen Joche seufzen, von der Knechtschaft zu befreien.

#### Schlußfolgerung.

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß die Neutralität uns bis jetzt Vorteile gebracht hat, daß wir aber durch sie allein die nationale Einigung nicht erlangen können, daß wir deshalb die Neutralität im gegebenen Moment

\*) Anm.: Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt hierzu: Anspielungen auf die in der bulgarischen Presse oft kommentierten Worte des russischen Ministers des Aeußeren, daß Rußland eine „allzugroße Erniedrigung“ Bulgariens nicht zulassen wird. — Herausgeber.



preisgeben müssen, daß uns unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zwingen, gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu marschieren, und daß nur die letztgenannten Staaten uns helfen können, unsere nationalen Ideale zu verwirklichen und unsere Einigung zu erzielen.

Wir müssen jedes Gefühl beiseite lassen und „aus heiligem Egoismus“ im gegebenen Augenblick mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland marschieren, ihnen in diesem mächtigen Kampfe mithelfen, um ein Groß-Bulgarien herzustellen. Tun wir dies nicht, so arbeiten wir vielleicht indirekt an der Schaffung eines Groß-Serbiens mit, neben dem wir unmöglich bestehen können.

Der Weg zu einem „Groß-Bulgarien“ — nach Bitolia, Ochrid, Prilep und Skopie — führt über Nisch und Belgrad.

**Nr. MCCCLXXIV. Erklärung Radoslawows in der Sobranje betr. Belagerungszustand.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 12. August 1914, Nr. 188. Erste Ausgabe.)

„Sofia, 10. August. (Meldung der Agence Bulgare.) Ministerpräsident *Radoslawow* erklärte in der Sobranje: Bulgarien ist entschlossen, Neutralität bis zum Ende zu beobachten. Angesichts der internationalen Lage verlangt jedoch die Regierung die Erklärung des Belagerungszustandes im ganzen Lande. Wenn ungeachtet der erklärten Neutralität die Grenzen des Königreiches verletzt würden, ist die Regierung bereit, jeder Eventualität die Spitze zu bieten.“

**Nr. MCCCLXXV. Bulgarische Kundgebung vom 12. Oktober 1915.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 15. Oktober 1915, Nr. 286. Erste Ausgabe.)

„Sofia, 14. Oktober. Amtliche Meldung vom 12. Oktober. Im Zusammenhang mit der gemeldeten Verletzung bulgarischen Gebietes in der Gegend von Bjelgradschik versuchten die Serben heute nacht an mehreren Stellen einen Einfall in die Gegenden von Trn, Basilovgrad und Köstendil, um bulgarische strategische Punkte zu besetzen, die die Straße nach Sofia schützen. Ihr Versuch wurde durch bulgarische Truppen, die in der Nähe der bedrohten Punkte standen, vereitelt. Heute nachmittag gelang es unseren Truppen, die Serben zurückzutreiben. An einigen Stellen dauern die Gefechte noch an. Die bisher bekannten bulgarischen Verluste belaufen sich auf 18 Tote, 30 Schwer- und 160 Leichtverletzte.“

**Nr. MCCCLXXVI. Bulgarische Notifikation des Kriegszustandes mit Serbien an Deutschland, 14. Oktober 1915. \*)**

Légation de Bulgarie. Nr. 1633.

Berlin, le 1/14 octobre 1915.

Excellence,

Par ordre de mon Gouvernement j'ai l'honneur de communiquer à Votre Excellence la note circulaire que le Gouvernement Royal a remise aujourd'hui même aux Légations des Etats Neutres à Sofia:

\*) Anm.: Vgl. Nr. MCCCLXXIX. — Herausgeber.



„Le 29 et 30 septembre courant, vieux style, les troupes serbes violent le territoire bulgare ont attaqué les troupes royales dans les régions de Kustendil, Trn., Belogradchik, les mettant ainsi dans l'obligation de défendre le territoire national; des engagements se sont produits, suivis de combats acharnés qui durent encore et au cours desquels 70 soldats environ sont tombés sur le champ de bataille du côté bulgare et plus de 500 ont été blessés.

Dans ces conditions considérant la violation susdite et l'attaque dirigée de la part de la Serbie contre le Royaume, j'ai l'honneur de porter à Votre connaissance conformément à l'article 2 de la Convention relative à l'ouverture des hostilités, adoptée à la deuxième Conférence de la Haye, qu'à partir d'aujourd'hui, 1/14 octobre, 8 heures du matin, la Bulgarie se trouve en état de guerre avec la Serbie. Pendant toute la durée des hostilités qui viennent de s'engager la Bulgarie observera scrupuleusement, sous condition de réciprocité bien entendu, la Convention de la Croix Rouge de Genève ainsi que la Convention concernant la loi et les coutumes de la guerre sur terre, adoptés par la Conférence de la Haye de 1899 et 1907.“

Veuillez agréer, Excellence, les assurances de ma très haute et très respectueuse considération.

gez. *Rizoff*.

A Son Excellence Monsieur *r. Jajow*, Secrétaire d'Etat du Département Impérial des Affaires Etrangères.

#### **Mr. MCCCLXXVII. Kundgebung des Königs der Bulgaren.\*)**

(Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 22. Oktober 1915, Nr. 293. Zweite Ausgabe.)

„Bulgaren! Ihr seid alle Zeugen der unerhörten Anstrengungen, die ich während eines ganzen Jahres seit Ausbruch des europäischen Krieges zur Aufrechterhaltung des Friedens am Balkan und der Ruhe des Landes gemacht habe. Ich und meine Regierung haben uns bemüht, durch die bisher bewahrte Neutralität die Ideale des bulgarischen Volkes in die Wirklichkeit umzusetzen. Die beiden Gruppen der kriegführenden Großmächte erkannten die große Ungerechtigkeit an, die uns durch die Teilung Mazedoniens angetan war. Die beiden im Krieg befindlichen Parteien stimmen darin überein, daß es zu seinem größten Teile zu Bulgarien gehören muß. Einzig unser treuloser Nachbar Serbien ist vor den Ratschlägen seiner Freunde und Verbündeten unbeugsam geblieben. Weit davon entfernt, auf ihre Ratschläge zu hören, hat Serbien in seiner Feindlichkeit und Habgier unser eigenes Gebiet angegriffen, und unsere tapferen Soldaten haben für die Verteidigung unseres Bodens kämpfen müssen.

\*) Anm.: Das Datum ist nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 13. Oktober 1917, Nr. 283, erste Ausgabe, das der bulgarischen Erklärung des Kriegszustandes mit Serbien (vgl. oben Nr. MCCCLXXVI). —

Herausgeber.

Bulgaren! Nationale Ideale, die uns allen teuer sind, waren es, die mir im Jahre 1912 die Pflicht auferlegten, unsere heldenhafte Armee zum Kampf aufzurufen, in dem sie die Fahnen der Freiheit entfaltete und die Ketten der Sklaverei brach.

Unsere serbischen Verbündeten wurden dann der Hauptgrund dazu, daß Mazedonien uns verloren ging. Erschöpft und ermüdet, aber nicht besiegt, mußten wir unsere Fahnen zusammenrollen, in Erwartung besserer Tage. Die guten Tage sind viel schneller gekommen, als wir sie erwarten konnten. Der europäische Krieg nähert sich seinem Ende. Die siegreichen Armeen der Mittelmächte sind in Serbien und rücken schnell vor.

Ich richte an die bulgarische Nation den Anruf zur Verteidigung des heimatlichen Bodens, der von dem schurkischen Nachbar befleckt ist, und zur Befreiung unserer versklavten Brüder vom serbischen Joche.

Unsere Sache ist gerecht und heilig. Ich befehle also unserer tapferen Armee, den Feind aus den Grenzen des Königreiches zu verjagen, den schurkischen Nachbar zu zerschmettern und unsere vom serbischen Joche bedrückten Brüder von ihren Leiden zu befreien. Zugleich mit den tapferen Armeen der Mittelmächte werden wir die Serben bekämpfen. Mag der bulgarische Soldat von Sieg zu Sieg fliegen. Vorwärts, Gott segne unsere Heere!“

**Nr. MCCCCLXXVIII. Bulgarische Protestnote vom 22. Oktober gegen die Beschießung der offenen Städte Dedeagatsch und Porto Lagos durch die englisch-französische Flotte.**  
(Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 24. Oktober 1915, Nr. 295. Zweite Ausgabe.)

„Ministerpräsident *Radoslawow* hat an die bulgarischen Vertreter im Auslande folgende Protestnote mit der Bitte, sie den Regierungen, bei den sie akkreditiert sind, mitzuteilen, gerichtet:

„Ich erhielt Kenntnis, daß gestern, am 8. (21.) Oktober, zwischen 1 Uhr nachmittags und Einbruch der Dunkelheit die englisch-französische Flotte die bulgarische Küste am Aegäischen Meere insbesondere die offenen Städte Dedeagatsch und Porto Lagos bombadierten und daselbst beträchtlichen Schaden verursacht haben. Dedeagatsch ist während mehr als vier Stunden dem Feuer von acht großen Einheiten der verbündeten Flotte, Porto Lagos einem solchen von 12 Einheiten ausgesetzt gewesen. Zahlreiche, Privatleuten gehörige Gebäude, sind durch die Geschosse zerstört oder in Brand gesteckt worden. Es ist nicht nötig hinzuzufügen, daß das Feuer der verbündeten Flotten nicht erwidert worden ist, da die betroffenen Ortschaften infolge ihrer Eigenschaft als offene Plätze keinerlei Widerstandsmittel besitzen. Indem ich Ew. Exzellenz diese offenkundige Verletzung der diesbezüglichen Vorschriften der Gebote des Völkerrechts sowie Art. 1 der Konvention betr. die Beschießung durch Seestreitkräfte zu Kriegszeiten (Haager Konvention von 1907) im Namen der königlichen bulgarischen Regierung zur Kenntnis bringe, erhebe ich nachdrücklichst Einspruch gegen eine so barbarische Handlungs-

weise, die so wenig dem Rufe von Schützern der Schwachen und Verteidigern des Rechtes angemessen ist, auf dessen Erinnerung Großbritannien und Frankreich einen so großen Wert gelegt haben. Eine Kopie dieser Note ist den diplomatischen Missionen in Sofia überreicht worden.“

## 2. Kundgebungen Serbiens, Rußlands, Englands, Frankreichs, Italiens.

### Nr. MCCCLXXIX. Serbische Erklärung des Kriegszustandes mit Bulgarien. \*) \*\*)

La Serbie, ayant été attaquée par les Bulgares sans déclaration de guerre de la part du gouvernement de Sofia, est obligée de se considérer comme étant, par la force des choses, en état de guerre avec la Bulgarie. La date officielle de l'état de guerre entre la Serbie et la Bulgarie est le 14 octobre 1915, à huit heures du matin.

### Nr. MCCCLXXX. Russisches Ultimatum an Bulgarien vom 4. Oktober 1915. †) ††)

Les événements qui se déroulent en ce moment en Bulgarie témoignent de la résolution définitive du gouvernement et du Roi *Ferdinand* de remettre le sort du pays entre les mains de l'Allemagne.

La présence d'officiers allemands et autrichiens au ministère de la guerre et dans l'Étatmajor de l'armée, la concentration de troupes dans la zone limitrophe de la Serbie et le large secours financier accepté de nos ennemis par le Cabinet de Sofia ne laissent plus de doute quant au but visé par les préparatifs militaires actuels du gouvernement bulgare.

Les puissances d'Entente qui ont pris à cœur la réalisation des aspirations du peuple bulgare ont à maintes reprises prévenu M. Radoslavoff que tout acte d'hostilité contre la Serbie serait considéré comme dirigé contre elles-mêmes.

Les assurances prodiguées par le chef du Cabinet bulgare en réponse aux avertissements des puissances de l'Entente sont contredites par les faits.

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Vgl. Nr. MCCCLXXVI. — Herausgeber.

†) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Die Note ist am 4. Oktober 1915, um 4 Uhr nachmittags, durch den russischen Gesandten in Sofia dem Ministerpräsidenten *Radoslawow* übergeben. — Herausgeber.

††) Anm.: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 13. Oktober 1917, Nr. 283, erste Ausgabe, bemerkt hierzu: „Da dies Ultimatum, dem sich ein solches von Frankreich und England anschloß, von der bulgarischen Regierung abgelehnt wurde, forderten und erhielten die Gesandten Rußlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Serbiens am 6. Oktober ihre Pässe.“ — Herausgeber.

Le représentant de la Russie, liée à la Bulgarie par l'impérissable souvenir de sa libération du joug turc, ne peut sanctionner par sa présence les préparatifs d'agression contre un peuple slave et allié.

Le ministre de Russie a reçu en conséquence l'ordre de quitter la Bulgarie avec tout le personnel de la légation et des consulats dans un délai de 24 heures si le gouvernement bulgare ne rompt ouvertement avec les ennemis de la cause slave et de la Russie et s'il ne procède pas à l'éloignement immédiat des officiers appartenant aux armées des États se trouvant en état de guerre avec les puissances de l'Entente.

**Nr. MCCCLXXXI. Russische Denkschrift zur Balkanlage, Oktober 1915.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 14. Oktober 1915, Nr. 285. Zweite Ausgabe).

„Petersburg, 12. Oktober. Eine amtliche Denkschrift über die Lage am Balkan führt aus:

Unsere Balkanpolitik war in erster Linie darauf gerichtet, einen Block gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu schaffen. Dies war nur möglich durch die Versöhnung Bulgariens und Serbiens und die Erfüllung nationaler Forderungen. Im Juli 1914 teilte die russische Regierung Bulgarien mit, daß der Anschluß an Rußland für Bulgarien vorteilhaft wäre. Einen Aufruhr in Mazedonien und die Begünstigung des Bandenkrieges durch Bulgarien würde Rußland als einen feindlichen Schritt ansehen. Serbien wurde zu gewissen Opfern veranlaßt. Am 29. August 1914 richtete Rußland bereits eine Note an Serbien, worin es erklärte, daß es Bulgarien für einen Angriff auf die Türkei serbische Gebietsteile in Aussicht gestellt habe. Am 1. September traf eine zustimmende Note Serbiens ein, in der Entschädigungen aus österreichisch-ungarischen Gebieten verlangt wurden. Ende Oktober, nach Beginn des Krieges mit der Türkei, wurden Bulgarien greifbare Vorschläge gemacht. Bulgarien versprach nur die Einhaltung strenger Neutralität. Durch ihren Sieg über die Oesterreicher wurden die Serben dann widerspenstig. Im Januar 1915 machten die Alliierten neue Vorschläge, welche jedoch infolge der Hartnäckigkeit der Serben keinen Erfolg hatten. Am 29. Mai wurden Bulgarien folgende bestimmte Vorschläge gemacht, falls es die Türkei bekriegen wolle: Erwerbung Thraziens bis an die Linie Enos—Midia, die Erwerbung eines Teiles von Mazedonien mit Egri, Palanka, Soppot, der Ochridalinie und Monastir nach Abschluß des Krieges, durch die Verbandsmächte garantiert und unter der Bedingung, daß es diese Gebiete nicht vor dem Friedensschluß besetze, dafür aber finanzielle Hilfe erhalte. Am 15. Juni verlangte Bulgarien nähere Auskünfte über einzelne Punkte und erhielt am 4. August die gewünschte Antwort mit der Erklärung, daß Serbien keinen Gebietszuwachs erhalten werde, solange Bulgarien die ihm zugesagten Gebiete nicht erhalten hätte. Rußland verlangte dabei eine genaue Angabe, wann Bulgarien gegen die Türkei vorgehen werde. Serbien gab die gewünschte Zusage am 1. September. Die Alliierten wiederholten infolge der Verzögerungen



rung der bulgarischen Antwort ihre Angebote am 14. September mit dem ganz bestimmten Verlangen, daß Bulgarien sofort eine gegen die Türkei gerichtete Militärkonvention abschließen solle, andernfalls würden die ihm gemachten Angebote hinfällig werden; Bulgarien aber antwortete nicht, sondern machte am 23. September mobil, und deutsche Offiziere traten in seine Armee ein. Diese Herausforderung konnte nicht unbeantwortet bleiben, deshalb wurde in einer Note die Demobilmachung gefordert. Da Bulgariens Antwort hierauf unbefriedigend ausfiel, wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen.“

**Nr. MCCCLXXXII. Russischer Erlaß, Oktober 1915.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 21. Oktober 1915, Nr. 292. Zweite Ausgabe).

„Petersburg, 20. Oktober. Ein Kaiserlicher Erlaß besagt:

Wir tun allen unsern getreuen Untertanen zu wissen, daß der Verrat Bulgariens an der slawischen Sache, der mit Treulosigkeit seit Ausbruch des Krieges vorbereitet war, aber dennoch unmöglich schien, vollzogen ist. Die bulgarischen Truppen haben unsern treuen Verbündeten Serbien angegriffen, der vom Kampfe gegen einen stärkeren Feind blutet. Rußland und die Großmächte, unsere Verbündeten, suchten die Regierung Ferdinands von Coburg von diesem verhängnisvollen Schritt zurückzuhalten. Die Verwirklichung der alten Bestrebungen des bulgarischen Volkes auf die Angliederung Mazedoniens war Bulgarien auf einem anderen Wege, der den Interessen des Slawentums angepaßt war, zugesichert. Aber geheime Berechnungen, Interessen, die von den Deutschen eingegeben waren, und der brudermörderische Haß gegen die Serben blieben Sieger. Bulgarien, unser Glaubensgenosse, seit kurzem aus türkischer Sklaverei befreit durch die brüderliche Liebe und das Blut des russischen Volkes, hat sich offen auf die Seite der Feinde des christlichen Glaubens, des Slawentums und Rußlands gestellt. Das russische Volk sieht den Verrat Bulgariens mit Schmerz, mit blutendem Herzen zieht es das Schwert gegen Bulgarien und übergibt das Schicksal der Verräter der slawischen Sache der gerechten Strafe Gottes.“

**Nr. MCCCLXXXIII. Englische Notifikation des Kriegszustandes mit Bulgarien vom 15. Oktober 1915.** („London Gazette“ vom 16. Oktober 1915, Supplement zum 15. Oktober.)

#### Notifikation.

The King of the Bulgarians, an Ally of the Central Powers, being now in a state of war with the King of Serbia, an Ally of His Majesty King George V., His Majesty's Government have notified the Swedish Minister

in London, who is in charge of Bulgarians interests in this country, that a state of war exists between Great Britain and Bulgaria as from 10 p. m. to — night.

Foreign office, October 15, 1915.

**Nr. MCCCLXXXIV. Französische Notifikation des Kriegszustandes mit Bulgarien.** („Journal officiel de la République française“ vom 18. Oktober 1915, Nr. 282. S. 7481.)

**Notification de l'état de guerre entre la France et la Bulgarie.**

La Bulgarie étant entrée en action à côté des ennemis et contre un des alliés de la France, le Gouvernement de la République constate que l'état de guerre existe entre la France et la Bulgarie à partir du 16 octobre 1915, six heures du matin, et du fait de la Bulgarie.

**Nr. MCCCLXXXV. Französische Notifikation der Blockadeerklärung der bulgarischen Küsten.** („Journal Officiel de la République Française“ vom 18. Oktober 1915, Nr. 282.)

**Notification de la déclaration de blocus des côtes de Bulgarie.**

A la date du 16 octobre 1915, le commandant en chef de l'armée navale en Méditerranée, agissant en vertu des pouvoirs qui lui sont conférés par le Gouvernement de la République, a déclaré en état de blocus les côtes de la Bulgarie sur la mer Egée, depuis la frontière grecque jusqu'à la frontière turque.

Le blocus est déclaré effectif à dater du 16 octobre, six heures du matin.

Les navires amis ou neutres pourront jusqu'au 18 octobre 1915, six heures, quitter les points bloqués.

L'ordre a été donné, en même temps, aux commandants des forces navales effectuant le blocus de procéder immédiatement aux notifications aux autorités locales.

**Nr. MCCCLXXXVI. Italienische Bekanntgabe der Kriegserklärung an Bulgarien.** („Corriere della Sera“ vom 20. Oktober 1915. Nr. 291.)

„Roma, 19. ottobre, matt. L'Agenzia Stefani comunica:

Avendo la Bulgaria iniziato le ostilità contro la Serbia, alleandosi con i nemici dell'Italia e combattendone gli Alleati, il Governo italiano, d'ordine di Sua Maestà il Re, ha dichiarato esistere stato di guerra fra l'Italia e la Bulgaria.“

## e) Eintritt Portugals in den Krieg.

**Nr. MCCCLXXXVII. Deutschlands Kriegserklärung an Portugal vom 9. März 1916. \*)** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 10. März 1916, Nr. 69. Erste Ausgabe).

„Seit Kriegsbeginn hat die portugiesische Regierung durch neutralitätswidrige Handlungen die Feinde des Deutschen Reiches unterstützt. Englischen Truppen wurde in vier Fällen der Durchmarsch durch Mozambique gestattet. Die Versorgung deutscher Schiffe mit Kohlen wurde verboten. Ein neutralitätswidrig ausgedehnter Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in portugiesischen Häfen wurde zugelassen. England die Benutzung Madeiras als Flottenstützpunkt gewährt. Der Entente wurden Geschütze und Kriegsmaterial der verschiedensten Art, England überdies ein Torpedobootszerstörer verkauft. Deutsche Kabel wurden unterbrochen. Das Archiv des Kaiserlichen Vizekonsulats in Mossamedes wurde beschlagnahmt.

Expeditionen wurden nach Afrika entsandt und offen als gegen Deutschland gerichtet bezeichnet. An der Grenze von Deutsch-Südwest-Afrika und Angola wurde der deutsche Bezirksamtman *Dr. Schultze*-Jena sowie zwei Offiziere und Mannschaften durch eine Einladung über die Grenze nach Nautila gelockt, dort am 19. Oktober 1914 für verhaftet erklärt, und, als sie sich ihrer Festnahme zu entziehen suchten, zum Teil niedergeschossen, die Ueberlebenden mit Gewalt gefangen genommen. Retorsionsmaßnahmen unserer Schutztruppe folgten. Von Deutschland abgeschnitten, handelte die Schutz-

---

\*) Anm.: Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt hierzu folgende Auslassung:

„Berlin, den 9. März 1916.

Am 23. Februar hat die portugiesische Regierung die in portugiesischen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Vorganges erhielt der Kaiserliche Gesandte in Lissabon *Dr. Rosen* Auftrag, gegen die Maßnahme zu protestieren und ihre Aufhebung zu verlangen. Die betreffende Note wurde am 27. Februar der portugiesischen Regierung übergeben. Ungeachtet dieser Tatsache verbreitete die portugiesische Regierung in Lissabon in ihrer offiziellen Presse die Nachricht, daß eine deutsche Protestnote überhaupt nicht existiere, in der portugiesischen Kongreßsitzung leugnete der Justizminister sogar offiziell das Vorhandensein der Note ab. Die von dem Kaiserlichen Gesandten verlangte Richtigstellung der Preßnotiz unterblieb. Erst am 4. März erschien der hiesige portugiesische Gesandte im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt, um eine Note zu übergeben, welche die deutsche Forderung ablehnte. Eine Abschrift dieser Note wurde am selben Tage dem Kaiserlichen Gesandten in Lissabon übergeben. Daraufhin erhielt dieser die Anweisung, der portugiesischen Regierung die nachstehend wiedergegebene Erklärung zuzustellen. Die Uebergabe dieser Erklärung soll heute in Lissabon erfolgen. Eine Abschrift derselben wurde dem hiesigen portugiesischen Gesandten übermittelt.“

Herausgeber.

truppe in der durch das portugiesische Vorgehen hervorgerufenen Annahme, daß Portugal sich mit uns im Kriegszustande befinde. Die portugiesische Regierung remonstrierte wegen der letzteren Vorgänge, ohne die ersteren zu erwähnen, und beantwortete unser Verlangen, uns mit unseren Kolonialbehörden einen ungehinderten chiffrierten Telegrammverkehr zwecks Aufklärung des Sachverhalts zu verschaffen, überhaupt nicht.

Während der Kriegsdauer erging sich, unter mehr oder weniger offenkundiger Begünstigung durch die portugiesische Regierung, Presse und Parlament in grüßlichen Beschimpfungen des deutschen Volkes. In der Kammer Sitzung vom 23. November 1914 sprach der Führer der Partei der Evolutionisten in Gegenwart fremder Diplomaten sowie der portugiesischen Minister schwere Beleidigungen gegen Deutschland aus, ohne daß ein Einspruch seitens des Kammerpräsidenten oder eines Ministers erfolgt wäre. Der Kaiserliche Gesandte erhielt auf seine Vorstellungen nur die Antwort, daß der betreffende Passus im offiziellen Sitzungsbericht nicht enthalten sei.

Wir haben gegen diese Vorgänge in jedem Einzelfalle protestiert sowie verschiedentlich die ernstesten Vorstellungen erhoben und die portugiesische Regierung für alle Folgen verantwortlich gemacht. Eine Remedur erfolgte jedoch nicht. Die Kaiserliche Regierung hatte gleichwohl in langmütiger Würdigung der schwierigen Lage Portugals es bisher vermieden, ernstere Konsequenzen aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung zu ziehen.

Am 23. Februar erfolgte auf Grund eines Dekrets vom gleichen Tage ohne vorherige Verhandlung die Beschlagnahme der deutschen Schiffe. Diese wurden militärisch besetzt und die Mannschaften von Bord geschickt. Die Kaiserliche Regierung hat gegen diesen flagranten Rechtsbruch protestiert und die Aufhebung der Beschlagnahme der Schiffe verlangt.

Die portugiesische Regierung hat das Verlangen abgelehnt und ihre Gewaltmaßregel durch Rechtsausführungen zu begründen versucht. Sie geht davon aus, daß unsere durch den Krieg in den portugiesischen Häfen festgelegten Schiffe infolge der Festlegung nicht dem Artikel 2 des deutsch-portugiesischen Handels- und Schiffahrtsvertrages, sondern ebenso wie anderes im Lande befindliches Eigentum der unbeschränkten Gebietshoheit und damit dem unbeschränkten Zugriff Portugals unterlägen. Weiterhin aber meint sie sich innerhalb der Grenzen dieses Artikels gehalten zu haben, da die Requisition der Schiffe einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspräche, auch in dem Beschlagnahmedekret eine später festzusetzende Entschädigung vorgesehen sei. Diese Ausführungen erscheinen als leere Ausflüchte. Der Artikel 2 bezieht sich auf jede Requisition deutschen, in portugiesischem Gebiete befindlichen Eigentums, so daß es dahingestellt bleiben kann, ob die angebliche Festlegung der deutschen Schiffe in portugiesischen Häfen ihre Rechtslage verändert hat. Den genannten Artikel hat aber die portugiesische Regierung nach doppelter Richtung verletzt. Einmal hat sie sich bei der Requisition nicht in den vertraglichen Grenzen gehalten, da Artikel 2 die Befriedigung eines staatlichen Bedürfnisses voraussetzt, während die Beschlagnahme



nahme offenbar unverhältnismäßig mehr deutsche Schiffe getroffen hat, als zur Beseitigung des Schiffsraum Mangels für Portugal erforderlich war. Sodann aber macht der Artikel die Beschlagnahme der Schiffe von einer vorhergehenden Vereinbarung mit den Beteiligten über die zu bewilligende Entschädigung abhängig, während die portugiesische Regierung nicht einmal versucht hat, sich mit den deutschen Reedereien unmittelbar oder durch Vermittlung der deutschen Regierung zu verständigen. Das ganze Vorgehen der portugiesischen Regierung stellt sich somit als ein schwerer Rechts- und Vertragsbruch dar.

Die portugiesische Regierung hat durch dieses Vorgehen offen zu erkennen gegeben, daß sie sich als Vasallen Englands betrachtet, der den englischen Interessen und Wünschen alle anderen Rücksichten unterordnet. Sie hat endlich die Beschlagnahme der Schiffe unter Formen vollzogen, in denen eine beabsichtigte Herausforderung Deutschlands erblickt werden muß. Die deutsche Flagge wurde auf den deutschen Schiffen niedergeholt, die portugiesische Flagge mit Kriegswimpel gesetzt. Das Admiralsschiff schoß Salut.

Die Kaiserliche Regierung sieht sich gezwungen, aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Sie betrachtet sich von jetzt ab als mit der portugiesischen Regierung im Kriegszustand befindlich.“

**Nr. MCCCXXXVIII. Rede Greys im Unterhaus vom 14. März 1916.** („The Times“ vom 15. März 1916. Nr. 41, 115.)

„The Prime Minister, who unfortunately is unable to be present owing to temporary indisposition, has requested me to read to the House a statement which he intended to make on the subject of the entry of Portugal into the war.

The immediate cause of the declaration by Germany of a state of war with the most ancient of our Allies has been the decision of the Portuguese Government to requisition the German ships, which, since the commencement of the hostilities, have been lying in the home and colonial ports of Portugal. Had Portugal been entirely a neutral nation, without ties or alliances with any of the combatants, her action would nevertheless have been completely justified. The war has been the cause of a rapidly increasing shortage of tonnage in all parts of the globe, and it became clear that in the interests of their country it was the duty of the Portuguese Government to make use of all the available ships in their harbours. This was their view and it was also urged upon them by his Majesty's Government. They accordingly proceeded to requisition the German ships in their ports, explaining to Germany the reasons which prompted them to take this action and promising eventually to indemnify the owners of the vessels. The German ships had been lying in their harbours for more than 18 months; they therefore fell within the broad principle that a State is entitled in cases of emergency to take the property of — all individuals within its jurisdiction and to convert

it to the public use a right which is inherent in the sovereignty of the State and which cannot be challenged by any foreign power.

But Portugal was not a neutral nation in the narrowest sense of the term. At the beginning of the war the Portuguese Government declared that in no circumstances would they disregard the duties of their ancient alliance with Great Britain; and now, as always, they have remained faithful to their obligations as our Allies. They were but following a course of action, which would have injured no third party, for requisition would have been followed by payment in compensation, but the German Government saw fit to precipitate matters by a peremptory demand for an explanation, shortly followed by a declaration of war, thus altering the whole position as regards the payment of any compensation for the vessels.

It is to be observed that Germany, who now charged Portugal with a breach of neutrality, had herself in October and again in December, 1914, violated the territory of Portugal by raids into the Portuguesc colony of Angola, and later by seeking to stir up a native rebellion in Portuguesc East Africa.

Portugal may rest assured that Great Britain and the Allies will afford her all the assistance that she may require, and that, having been compelled to range herself on the side of the Allies, she will be welcomed as a gallant coadjutor in the defence of the great cause for which the present war is being waged."

**Nr. MCCCXXXVIIIa. Nachricht über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Portugal.** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 15. März 1916, Nr. 74. Zweite Ausgabe.)

„Wien, 14. März. Infolge des Eintritts des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Reiche und Portugal wurde der K. und K. Gesandte in Lissabon angewiesen, von der Regierung der Republik Portugal seine Pässe zu verlangen und mit dem Personal der Gesandtschaft das Land zu verlassen. Dem hiesigen portugiesischen Geschäftsträger werden gleichzeitig die Pässe zugestellt werden.“

## f) Eintritt Rumäniens in den Krieg.

## 1. Oesterreichisch-ungarisches Rotbuch. \*)

**Nr. MCCCLXXXIX. Graf Berchtold an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 1.**

(Telegramm.)

Wien, am 22. Juli 1914.

Ich ersuche Euer Exzellenz, Seiner Majestät dem Könige und Herrn *Bratiano* unter Hinweis auf unser Bundesverhältnis streng vertraulich mitzuteilen, daß der k. u. k. Gesandte in Belgrad beauftragt ist, der serbischen Regierung Donnerstag, den 23. I. M., nachmittags eine Note zu überreichen, in welcher diese aufgefordert wird, binnen 48 Stunden eine Anzahl von Forderungen anzunehmen, die wir uns gezwungen sahen zu stellen auf Grund der bisherigen Ergebnisse der Sarajevoer Untersuchung und der Erkenntnis, daß wir der von Belgrad aus schon seit Jahren betriebenen Aufwiegelung unserer Grenzländer ein Ende bereiten müssen. Die zweitägige Befristung sei notwendig, um der inakzeptablen gewohnten serbischen Verschleppungstaktik vorzubeugen.

Die betreffende Verständigung der Signatarmächte erfolge am 24. I. M., und würden Euer Exzellenz an diesem Tage auch in der Lage sein, der rumänischen Regierung von dem Inhalte dieser Note genaue Kenntnis zu geben.

Euer Exzellenz wollen im Gespräche der Hoffnung Ausdruck geben, daß die serbische Regierung unsere so berechtigten und begründeten Forderungen annehmen werde.

**Nr. MCCCXC. Graf Berchtold an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 2.**

(Telegramm.)

Wien, am 26. Juli 1914.

Serbien hat die von uns aufgestellten Forderungen abgelehnt. Wir haben daher die diplomatischen Beziehungen zu diesem Lande abgebrochen.

Euer Exzellenz wollen Seiner Majestät dem Könige diese Tatsache mitteilen und hiebei ausführen, die Seiner Majestät bekannte Friedensliebe Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, unseres Allergnädigsten Herrn, und Allerhöchstdessen vorbildliches Verantwortlichkeitsgefühl bildeten wohl den über-

\*) Anm.: **Oesterreichisch-ungarisches Rotbuch:**

K. u. K. Ministerium des Aeußern. Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rumänien in der Zeit vom 22. Juli 1914 bis 27. August 1916. Wien. Druck der K. K. Hof- und Staatsdruckerei 1916. [IX und 70 Seiten 4<sup>o</sup>].

(Angeführt als „**Rb. Rum.**“ — *Die arabischen Ziffern bezeichnen die Nummern im Rotbuch.*) — Herausgeber.

zeugendsten Beweis dafür, daß der Monarchie ein friedlicher Ausweg nicht mehr offen stand. Oesterreich-Ungarn verfolge in seinem Streite mit Serbien keine egoistischen Pläne; es handle sich für die Monarchie vielmehr um die Wahrung ihres Besitzstandes einem Nachbar gegenüber, dessen ganze Politik auf die Unterwühlung und Lostrennung seiner Grenzländer gerichtet sei. Dem müsse endlich ein Ziel gesetzt werden.

Wir beabsichtigten keine territorialen Erwerbungen in Serbien, gingen aber dabei von der Hoffnung aus, daß, wenn es nun zum Krieg käme, er lokalisiert bleiben würde.

Von der Bündnistreue und hohen Weisheit Seiner Majestät des Königs erwarteten wir, daß Rumänien strenge Neutralität bewahren würde. Wir selbst würden eingedenk unserer Bündnispflichten im weiteren Verlaufe der Ereignisse keine die Interessen Rumäniens tangierenden Entschlüsse fassen, ohne vorher mit dem Bundesgenossen in Fühlung getreten zu sein.

Wenn Rußland aggressiv gegen uns auftreten sollte, so würden wir auf die loyale Kooperation Rumäniens als unseres Bundesgenossen rechnen.

In Ihrer Aussprache mit dem Herrn Ministerpräsidenten wollen Euer Exzellenz sich gleichfalls von den obigen Erwägungen leiten lassen.

**Nr. MCCCXCI. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 3.**

(Telegramm.)

Sinaia, 28. Juli 1914.

Ich habe die mir aufgetragenen Befehle ausgeführt, und zwar im Gespräche mit Seiner Majestät dem Könige selbst. Das Ergebnis der Unterredung ist folgendes:

I. In einem Kriege zwischen der Monarchie und Serbien garantiert Seine Majestät strikte Neutralität Rumäniens.

II. Die Zusage Euer Exzellenz „wir selbst würden eingedenk unseres Bündnisvertrages im weiteren Verlaufe der Ereignisse keine die Interessen Rumäniens tangierenden Beschlüsse fassen, ohne vorher mit dem Bundesgenossen in Fühlung getreten zu sein“ nahm Seine Majestät mit Befriedigung zur Kenntnis.

III. Im Falle, daß Rußland gegen uns auftreten würde, sagte mir der König, daß wir leider auf die militärische Unterstützung Rumäniens schwerlich rechnen könnten.

Der König, der bei dieser Erklärung so erregt war, wie ich ihn noch nicht gesehen, versicherte, wenn Er Seinem Herzen folgen könnte, würde Seine Armee unbedingt an der Seite des Dreibundes fechten, Er könne aber nicht; seit einem Jahre habe sich so Vieles geändert, daß Er außer stande sei, den Vertrag zu halten.

Er ersuchte mich jedoch, Euer Exzellenz zu melden, daß Er auch in dem russischen Konflikte strikte Neutralität bewahren werde und keine Macht der Welt ihn jemals bewegen könne, die Waffen gegen die Monarchie zu ergreifen.

Vide 2.



**Nr. MCCCXCII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.****Rb. Rum. 4.**

(Telegramm.)

Sinaia, 4. August 1914.

Soeben teilt mir der Ministerpräsident das Ergebnis des Kronrates mit:

„Nach einem warmen Appell des Königs, den Vertrag ins Leben zu setzen, hat der Kronrat mit allen gegen eine Stimme erklärt, keine Partei könne die Verantwortung dieser Aktion übernehmen.“

Der Kronrat hat beschlossen, daß, nachdem Rumänien von der österreichisch-ungarischen Demarche in Belgrad weder avertiert noch darüber befragt worden sei, der *Casus foederis* nicht bestünde. Der Kronrat beschloß weiters, daß militärische Vorkehrungen zur Sicherung der Grenze unternommen werden, worin ein Vorteil für die österreichisch-ungarische Monarchie bestünde, da ihre Grenzen auf mehrere hundert Meilen dadurch gedeckt würden.“

Ministerpräsident fügte bei, er hätte bereits eine Verstärkung der Stände angeordnet, der demnächst allmählich die allgemeine Mobilisierung folgen werde.

Die Regierung beabsichtigt nur ein kurzes Communiqué über die zur Sicherung der Grenzen beschlossenen militärischen Maßnahmen zu veröffentlichen.

**Nr. MCCCXCIII. Graf Berchtold an Ottokar Grafen Czernin.****Rb. Rum. 5.**

(Telegramm.)

Wien, 4. August 1914.

Nach mit dem Berliner Kabinette gepflogenen vollen Einvernehmen ersuche ich Euer Exzellenz, Herrn *Bratiano* sofort zu verständigen, daß die beiden Zentralmächte die Beschlüsse des rumänischen Kronrates würdigen, dieselben als den freundschaftlichen Beziehungen entsprechend und Rumänien weiter als unseren Bundesgenossen betrachten. Wir werden im weiteren Verlaufe die rumänischen Interessen daher voll berücksichtigen und erwarten mit Bestimmtheit, daß Rumänien seine Grenzen in der Moldau schützen und einen eventuellen Einbruch Rußlands zurückweisen würde.

Vide 4.

**Nr. MCCCXCIV. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.****Rb. Rum. 6.**

(Telegramm.)

Sinaia, 5. August 1914.

Die von Herrn *von Waldhausen* und mir abgegebene Erklärung hat auf Herrn *Bratiano* einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Ministerpräsident dankte im Namen des Königs und im eigenen und betonte seine Genugtuung, daß die Interessen Rumäniens in so schwieriger Lage von beiden Kaiserstaaten berücksichtigt wurden. Unsere Erklärung hätte zur Aneinanderkettung der drei Mächte mehr beigetragen als alle anderen Ereignisse der letzten 40 Jahre.

Vide 5.

**Nr. MCCCXCV. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.****Rb. Rum. 7.**

Sinaia, 6. August 1914.

Seine Majestät der König kam heute mir gegenüber des längeren auf den Kronrat und dessen Vorgeschichte zu sprechen.

Seine Majestät versicherte mir, beim Kriegausbruche wäre Er von Seinen aus dem Bündnisvertrage erfließenden Verbindlichkeiten durchdrungen gewesen. In diesem Sinne hätte Er von der Regierung verlangt, die entsprechenden Verfügungen zu treffen. Herr *Bratiano* hätte mit dem gesamten Ministerium erklärt, die Verantwortung für so schwerwiegende Entschlüsse nicht übernehmen zu können, und auf der Einberufung eines Kronrates, zu welchem die früheren Ministerpräsidenten und andere bedeutende Politiker zuzuziehen wären, bestanden. Während die in der öffentlichen Meinung des Landes gegen den Dreibund bestehende Erregung nun immer weitere Kreise zog, sei der Kronrat zusammengetreten.

Seine Majestät der König hätte in eindringlichen Worten die gefährvolle Lage Rumäniens auseinandergesetzt und auf die bestehenden Verpflichtungen hingewiesen.

Nach einer langen Diskussion, in der Er Seinen Standpunkt mit dem größten Nachdrucke vertreten hätte, hätte sich die Versammlung entgegen allen Erwartungen fast einstimmig gegen die Anwendung des Vertrages mit der Begründung ausgesprochen, daß der *Casus foederis* für Rumänien nicht gegeben sei, und sich für die Neutralität erklärt. Die Haltung Italiens hätte leider diese Entscheidung sehr stark beeinflusst. Seine Majestät hätte gegen diese Interpretation energisch Verwahrung eingelegt und darauf aufmerksam gemacht, daß bei Ausbruch eines europäischen Krieges, der für die Zukunft Rumäniens entscheidend werden könne, eine derartige engherzige Auslegung des Bündnisvertrages nicht am Platze wäre. Der König hätte es schließlich wenigstens dazu gebracht, eine absolute Neutralitätserklärung zu verhindern, und gefordert, daß die Fassung dahin laute, Rumänien würde seine Grenzen verteidigen. Nach welcher Seite hin sei selbstverständlich klar. Ein Anschluß an Rußland sei mit gleicher Einstimmigkeit als undenkbar zurückgewiesen worden.

Seine Majestät versicherte mir, Er halte an der Hoffnung fest, daß Rumänien auf diese Weise für die Zukunft freie Hand gelassen sei, und sich noch die Möglichkeit finden werde, in die Aktion einzutreten.

Zu diesen Eröffnungen Seiner Majestät des Königs möchte ich mir nachstehende Bemerkungen erlauben:

Man will hier Zeit gewinnen, bis das Resultat des europäischen Krieges zutage zu treten beginnt. Siegen wir (und dies ist die Ansicht des Königs), so wird sich Rumänien uns anschließen. Nur wenn das Kriegsglück uns wider Erwarten versagt wäre, und das hier so beliebte Schlagwort von der „Aufteilung der Monarchie“ alle gegen uns gerichteten Instinkte hier wieder be-

leben würde, so dürfte sich auch Rumänien melden, doch glaube ich, daß in diesem Falle der König eher abdanken als mithalten wird.

Sollte Rußland den Durchmarsch durch die Moldau zu erzwingen versuchen, so wird Rumänien bewaffneten Widerstand leisten.

Wie die Dinge liegen, dürfte momentan nicht viel mehr von Rumänien zu erwarten sein, als das im Vorstehenden Skizzierte, und es wird ausschließlich von unserem Erfolge auf dem Kriegsschauplatze abhängen, ob und wann Rumänien sich uns anschließt.

**Nr. MCCCXCVI. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 8.**

(Telegramm.)

Sinaia, 8. August 1914.

Der bekannte Politiker *Take Jonescu*, der viel Einfluß besitzt, erklärte mir, er sei unbedingt dafür, daß Rumänien seine Neutralität bis zum Ende des Krieges bewahre. Herr *Brutiano* jedoch schiene anderer Ansicht und würde vielleicht in einem „gegebenen“ Augenblicke gegen Rußland vorgehen. Ganz ausgeschlossen sei es, daß Rumänien gegen die Monarchie gehen könnte; hingegen schiene ihm die Rolle Italiens beunruhigend.

Rumänien dürfte, wie ich wiederholt gemeldet, vorerst abwarten und sich uns anzuschließen trachten, wenn wir siegen.

**Nr. MCCCXCVII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 9.**

(Telegramm.)

Sinaia, 23. August 1914.

Ich habe Anhaltspunkte zu glauben, daß die Russen neben weitgehenden Versprechungen hier ebenso wie in Sofia mit größtem Terrorismus arbeiten und wie in Bulgarien auch hier die Minister persönlich verantwortlich für eine antirussische Politik machen.

**Nr. MCCCXCVIII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 10.**

(Telegramm.)

Sinaia, 13. September 1914.

Ministerpräsident steht unter dem Eindrucke, daß unsere Situation in Galizien höchst ungünstig sei, und wollte Näheres von mir erfahren. Ich erklärte ihm, er befände sich im Irrtum, unsere Lage sei nicht so schlecht, wie er meine, und wir hätten allen Grund, voll Vertrauen in die Zukunft zu blicken. Trotzdem blieb Herr *Brutiano* bei seiner Auffassung und der Ansicht, daß unsere militärische Situation höchst kritisch sei.

Letztere Auffassung ist hier leider überhaupt sehr verbreitet. Die Stimmung uns gegenüber hat sich in ganz bedeutendem Maße verschlechtert, und die Agitation für eine aktive Kooperation mit der Entente sehr zugenommen.

**Nr. MCCCXCIX. Graf Berchtold an Ottokar Grafen Czernin.****Rb. Rum. 11.**

(Telegramm.)

Wien, 14. September 1914.

Unsere militärische Situation in Ostgalizien ist nur vorübergehend schwierig und kann als der zweite Abbruch der großen Schlacht von Lemberg bezeichnet werden; unsere Armeen wurden für eine neuerliche Offensive gruppiert.

Vide 10.

**Nr. MCD. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.****Rb. Rum. 12.**

Sinaia, 19. September 1914.

Die Situation hat sich in den letzten Tagen insofern verschlechtert, als mit dem Zurückgehen unserer Armee der Wunsch, uns den „Todesstoß“ zu geben, stärker geworden ist. Man fürchtet, den Moment zu verpassen und zu spät zu kommen, daher bei der „Aufteilung der Monarchie“ nicht mehr mitspeisen zu können. Alles das wird natürlich mit russischen Millionen geschaffen und geschürt.

Der Schrei „Wir wollen nach Siebenbürgen!“ ist an der Tagesordnung. *Bratiano* wird immer kleinlauter und ängstlicher — der König ist die einzige noch funktionierende Bremse bei dieser Fahrt auf der schiefen Bahn.

Es handelt sich darum, die nächsten Tage, vielleicht Wochen zu überdauern, und den Schreiern mit ruhiger Entschlossenheit gegenüberzustehen: haben wir die ersten erwarteten Erfolge gegen Rußland, dann wird man hier ganz still werden.

**Nr. MCDI. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.****Rb. Rum. 13.**

(Telegramm.)

Bukarest, 22. September 1914.

Im Sinne der mir erteilten Weisungen habe ich dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber die Schwierigkeiten zur Sprache gebracht, welche nunmehr dem Transporte von Kriegsmaterial nach der Türkei bereitet werden.

Herr *Bratiano* erklärt, er könne die Durchfuhr von Geschützen durch Rumänien nicht zugeben. Seit dem Beginne dieser Aktion sei durch die vielen Materialtransporte die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht worden und da man hier im Volke den Krieg gegen die Monarchie wolle, so würde die neuerliche Unterstützung unserer Transporte eine Explosion hervorrufen. Hier könnten solche Dinge nicht geheim bleiben, da unter allen Beamten von Rußland bestochene Spione seien, die sofort die Presse benachrichtigen würden. Gerade weil er das Verhältnis zwischen unseren Ländern nicht verschlechtern lassen wolle, könne er den Transit nicht zulassen. Es sei hier eine Stimmung, in welcher der geringste Zwischenfall unberechenbare Folgen haben könne.



Ich will Euer Exzellenz nicht alles wiederholen, was ich dem Ministerpräsidenten in einstündigem Gespräche an Gegenargumenten gesagt habe.

Ich legte das Schwergewicht meiner Einwendungen darauf, daß ich seinen Standpunkt mit dem der „wohlwollenden Neutralität“ nicht mehr vereinbarlich fände, schon gar nicht mit dem eines durch Vertrag Verbündeten.

**Nr. MCDII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 14.**

(Telegramm.) Sinaia, 23. September 1914.

Auf Veranlassung König *Carols*, der mich krankheitshalber nicht empfangen konnte, erteilte mir Kronprinz eine einstündige Audienz.

Es ist ungemein schwer, einen genauen Bericht über diese Audienz zu geben, da der Kronprinz im Verlaufe derselben seinen Standpunkt vollständig änderte, wie er dies leider sehr oft tut, so daß gar kein Verlaß auf seine Äußerungen ist.

Er begann mir die furchtbar schwierige Lage zu erklären; „alle Welt wolle den Krieg gegen uns“ und wiederholte immer wieder, „er wisse nicht, wie das enden werde: es sei momentan nur eines ganz unmöglich, und das wäre der Krieg gegen Rußland, alles andere sei möglich!“

Gleichzeitig nannte er aber diese vom Volke gewollte Politik einen „Selbstmord Rumäniens“, erklärte selbst, Rumänien werde, wenn es mit Rußland gehe, entweder dessen Vasall werden oder, wenn wir siegen, wegen seiner Haltung böse Folgen verspüren etc., blieb aber immer dabei, diese Eventualität sei trotz allem nicht ausgeschlossen, da „man nicht wisse, was man gegen den Volkswillen machen solle“.

Ich versuchte es darauf auf einem anderen Wege und sagte ihm: „Seine Majestät, mein Allergnädigster Herr, kenne die Schwierigkeiten, die hier herrschen, wisse aber, daß der Kronprinz genau wie der König Ehrenmänner seien und daher eines solchen erbärmlichen Verrates unfähig“.

Der Kronprinz schlug nun vollkommen um und erklärte: „Wenn er dies täte, würde er sich als ganz gemeiner Kerl vorkommen — vor allem gelte die Ehre, eine ähnliche Felonie würde die Geschichte nicht aufweisen etc.“, kurz bekräftigte das Gegenteil seiner früheren Ansicht.

Mein Eindruck ist natürlich der denkbar schlechteste, da der Kronprinz immer das willenlose Werkzeug seiner Umgebung sein wird und diese nicht vertrauenerweckend ist.

**Nr. MCDIII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 15.**

(Telegramm.) Sinaia, 28. September 1914.

Es ist wieder viel die Rede von der Einberufung eines Kronrates: ganze Öffentlichkeit wartet darauf: man glaubt, er werde Einmarsch in Siebenbürgen beschließen.

Ich weiß aber aus guter Quelle, daß dies um jeden Preis vermieden werden soll. Kronrat dürfte gar nicht einberufen oder ohne Beschluß aufgehoben werden, falls Abgabe Neutralitätserklärung unmöglich erscheinen würde.

**Nr. MCDIV. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 16.**

(Telegramm.)

Sinaia, 29. September 1914.

Herr *Bratiano* kam eben zu mir, um mir zu sagen, daß er den König bedenklich schlecht aussehend und sehr deprimiert gefunden habe.

*Bratianos* Hoffnung ist, den Kronrat zum Beschlusse der Neutralität zu bewegen. Er hofft, es werde gelingen; die größten Schwierigkeiten mache momentan *Take Jonescu*.

In diesem Gedanken der Neutralität habe ich den Herrn Ministerpräsidenten bestärkt, da er selbst sagt, nach entscheidendem Siege könnte dieser Standpunkt wieder verlassen und mit uns gegangen werden.

**Nr. MCDV. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 17.**

(Telegramm.)

Sinaia, 30. September 1914.

König *Carol*, der mich noch nicht empfangen kann, schrieb mir heute einen Brief, in welchem sich folgende Stelle befindet:

„In einigen Tagen tritt der Kronrat zusammen; meine Gesundheit und der Wunsch, Zeit zu gewinnen, haben den Aufschub veranlaßt. Es ist zu hoffen, daß eine Neutralitätserklärung zu erhalten sein wird. Für den Augenblick ist dieses noch das beste. Mögen baldigst Siegesnachrichten kommen!“

**Nr. MCDVI. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 18.**

(Telegramm.)

Bukarest, 2. Oktober 1914.

Laut einer Mitteilung des Ministerpräsidenten hätten sich die oppositionellen Führer *Marghiloman* und *Take Jonescu* mit der Regierung dahin geeinigt, „daß sie nach reiflicher Prüfung der Lage die Politik der Regierung billigen und kein Grund zu einer Aenderung der Politik vorliege“.

Es wird daher vorerst kein Kronrat stattfinden.

Dieser Schritt bedeutet daher eine entschiedene Besserung der Lage.

**Nr. MCDVII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 19.**

(Telegramm.)

Sinaia, 9. Oktober 1914.

Ministerpräsident gibt zu, daß eine bedeutende Entspannung eingetreten ist und daß er im ganzen Lande Reservisten entlassen konnte; er glaubt

jedoch nicht an die Dauer der Beruhigung. Er wies darauf hin, daß er „zum Scheine mit den Wölfen heulen müsse“, damit er sich halten könne.

Tatsächlich spricht Herr *Bratiano* mit unseren Gegnern in dem Sinne, daß Augenblick des Eingreifens noch nicht gekommen, wobei er es offen läßt, gegen wen später eingegriffen werden soll. Ich möchte es dahingestellt sein lassen, ob dies beim Ministerpräsidenten wirklich nur ein „Scheinmanöver“ ist.

# **Nr. MCDVIII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 20.**

Sinaia, 9. Oktober 1914.

Wie Euer Exzellenz aus meinen Meldungen entnommen haben, scheint die hiesige Krise, deren Höhepunkt Ende vorigen Monates gewesen sein dürfte, für diesmal überwunden.

Was seit Wochen auf der Straße, in der Presse und der Armee vorgegangen ist, wie der Ruf „Auf nach Transsylvanien!“ sich mit dem Verlangen vereinigte, den König zu beseitigen, der als das einzige Hindernis der Verwirklichung dieser Wünsche aufgefaßt wurde, wissen Euer Exzellenz. Der König, krank geworden, war am Ende aller seiner Kraft und hatte nur mehr den einen Gedanken nach Ruhe und dem Ende dieses nervenzerrüttenden Kampfes. Wenige Tage vorher sagte er mir weinend, „er habe nur mehr den einen Wunsch, zu sterben und ein Ende zu machen“ — das Gefühl, sein Wort brechen zu müssen, eine Felonie begehen zu sollen, wie sie in der Geschichte kein Beispiel hat, sich zu „entehren“, war ihm so entsetzlich, daß er tatsächlich dahinzusiechen schien. Und der alte Mann stand ganz allein. Sein Ministerium kennen Euer Exzellenz und wissen, welches Spiel es treibt. Seine nächste Umgebung war eine Erschwerung, keine Hilfe.

In diesen Tagen schrieb mir der König aus dem Bette einen Brief, in dem sich zwischen den Zeilen all der Kummer und die Sorge des höchsten Herrn offenbart.

Am 29. scheint der Plan des kriegesischen Eingriffes gegen uns fertig gestellt worden zu sein. Der Kronrat sollte zusammentreten, um sich für den Einmarsch in Siebenbürgen auszusprechen — eine Idee, für welche nunmehr fast alle maßgebenden Persönlichkeiten gewonnen waren, wenn auch aus ganz verschiedenen Gründen und Motiven. Sicher ist, daß vom Einmarsche gegen uns als dem Ergebnisse des Kronrates in den Hofkreisen wie von einer vollzogenen Tatsache gesprochen wurde, sowie daß die Abdankung des Monarchen und die Thronbesteigung des Kronprinzen als *faits accomplis* aufgefaßt wurden.

48 Stunden später einigten sich Regierung und Opposition auf die „Neutralität“ und die Entlassung der Reservisten begann im großen Umfange.

Für den Augenblick ist die Lage hier gerettet. Und wir werden obenauf bleiben, wenn unsere Armee jene großen Hoffnungen erfüllt, die wir alle in

sie setzen. Es werden aber hier noch schwierige Momente kommen, die eine besondere Wachsamkeit erfordern werden.

**Nr. MCDIX. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 21.**

(Telegramm.)

Sinaia, 10. Oktober 1914.

Seine Majestät König *Carol* soeben verschieden.

**Nr. MCDX. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 22.**

(Telegramm.)

Sinaia, 10. Oktober 1914.

Der durch die Führer der Opposition, *Marghiloman* und *Take Jonescu*, verstärkte Ministerrat beschloß, daß an der Neutralität festzuhalten sei.

König *Ferdinand* von Rumänien wird sich morgen nach der Eidesleistung im gleichen Sinne vernehmen lassen.

**Nr. MCDXI. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 23.**

(Telegramm.)

Bukarest, 17. Oktober 1914.

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er könne türkischen Pferdetransport unter keiner Bedingung durchlassen.

Unterstützung der Türkei würde von der öffentlichen Meinung, die Krieg an der Seite Rußlands gegen uns wolle, nicht geduldet werden.

**Nr. MCDXII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**

**Rb. Rum. 24.**

(Telegramm.)

Bukarest, 14. November 1914.

Es ist kein Zweifel, daß hier eine neuerliche Verschlechterung der Situation eingetreten ist.

Der eigentliche Grund ist die retrograde Bewegung unserer Armeen im Osten, welche hier die Hoffnung erweckt, daß der russische Sieg sich endlich offenbaren werde; die hysterische Angst, bei der „Aufteilung der Monarchie“ zu spät zu kommen, hat hier wieder bei unseren „treuen“ Bundesgenossen die Oberhand gewonnen, und unsere Feinde finden daher einen gut gedüngten Boden.

Seit König *Carol* nicht mehr ist, gibt es hier eigentlich nur mehr zwei maßgebende Gruppen: die einen, die sagen, der Augenblick, uns in den Rücken zu fallen, sei gekommen; die anderen, unsere „Freunde“, welche meinen, die Situation sei noch nicht reif, man müsse erst warten, ob wir wirklich geschlagen werden. In letztere Kategorie zähle ich auch das Königspaar und den Ministerpräsidenten, wenn diese auch aus begreiflichen Gründen etwas



verschleierte sprechen. Das sicherste und beste Mittel, Rumänien in Ruhe zu halten, wären natürlich günstige Resultate auf dem Kriegsschauplatze.

Bevor nicht eine ganz wesentliche Besserung der Kriegslage eintritt, besteht auch nicht die leiseste Hoffnung, die rumänische Regierung von ihrer unsere Feinde begünstigenden und gegenüber der Türkei geradezu feindseligen Handhabung der Frage der Munitionsdurchfuhr abzubringen.

**Nr. MCDXIII. Ottokar Graf Czernin an Grafen Berchtold.**  
**Rb. Rum. 25.**

Bukarest, 2. Dezember 1914.

Wie ich Euer Exzellenz bereits zu melden die Ehre hatte, bereitet sich hier ein Umschwung in dem Sinne vor, daß sämtliche maßgebenden Faktoren sich darauf zu einigen scheinen, für die Monate des strengen Winters die Neutralität Rumäniens zu erhalten, im zeitlichen Frühjahr jedoch aktiv einzugreifen. Die sehr triftigen Gründe, welche mich zu dieser Annahme zwingen, beruhen auf doppelter Basis.

Erstens erhalte ich, wie Euer Exzellenz bekannt ist, mit dem Hofe und den den Majestäten nahestehenden Kreisen eine besonders enge Fühlung und alles, was ich aus diesem Milieu erfahre, berechtigt zu dem oben angeführten Schlusse.

Zweitens hat sich hier ein auch für die Oeffentlichkeit sehr auffälliges Ereignis vollzogen. Noch vor wenigen Tagen hieß es, daß die Opposition gegen das Ministerium Sturm laufen und alles versuchen werde, um dasselbe zu stürzen. *Bratiano* selbst war noch vor ganz kurzer Zeit von lebhafter Besorgnis erfüllt und sah eine ungemein stürmische Session voraus. Plötzlich haben sich die Wogen geglättet. Die Opposition wird des Scheines halber und für die Straße natürlich einiges Geschrei machen, im Grunde aber scheint es, daß sie sich bereits mit der Regierung verständigt hat.

Und zwar verständigt auf der oben angeführten These, daß die Strapazen eines Winterfeldzuges bei der ungeklärten europäischen Situation zu vermeiden seien, daß aber die Neutralität ein für Rumänien äußerst ungünstiger und daher unbedingt zu verlassender Zustand sei. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß die Argumentation aller dieser Herren ganz logisch ist. Es wäre ein großer Fehler zu glauben, daß Rußland von der passiven Rolle Rumäniens befriedigt sei; es ist ferner allen hiesigen Faktoren vollständig klar, daß der infame Verrat Rumäniens dem Lande die Sympathien in Wien und Berlin verscherzt haben dürfte, daß sich Rumänien also, wenn es seine heutige Rolle aufrecht erhält, im gegebenen Moment zwischen zwei Stühle setzen werde. Nebenbei erwartet ganz Rumänien, daß die europäische Lage sich in zwei bis drei Monaten dermaßen geklärt haben dürfte, daß der endgültige Sieg sich zu entscheiden beginnt, und dann wollen unsere „Verbündeten“ mit ihren fünf Armeekorps losschlagen und sich die billigen Lorbeeren holen, die sie im letzten Balkankriege in Bulgarien gepflückt haben.

Es ist somit ganz sicher, daß es ausschließlich von dem Fortgange der militärischen Operationen abhängt, ob Rumänien in einiger Zeit uns in den Rücken fallen oder sich plötzlich darauf besinnen wird, daß es, durch den Vertrag gebunden, seine „Ehrenpflicht“ sei, mit uns Schulter an Schulter zu kämpfen.

Das bisher Entwickelte ist mehr als eine auf begründeter Wahrnehmung basierte Hypothese. Es ist ganz zweifellos die heute dominierende Ideenrichtung der maßgebenden Faktoren Rumäniens.

Seine Majestät der König selbst spricht aus Furcht, solche Gedanken zu verraten, mit mir ungen über dieses Thema. In Bukarest gibt es jedoch unter den maßgebenden Politikern Persönlichkeiten, welche mir gegenüber bedeutend offener sind und mir gar keinen Zweifel darüber lassen, daß sich eine allgemeine Einigung auf die oben skizzierte politische Marschrichtung vollführt. Ob Herr *Bratiano* selbst die Rolle mitspielen wird, oder ob sein Kabinett im gegebenen Momente durch ein Ministerium ersetzt werden wird, welches zum aktiven Einschreiten sich bereit erklärt, ist in letzter Instanz ein ziemlich nebensächliches Detail.

Von den sich auf einen Frühjahrsfeldzug einigenden Politikern sind über 90 Prozent felsenfest davon überzeugt, daß dieser Feldzug gegen uns zu unternehmen sein wird. Dafür spricht vor allem ihr Herz. Heute steht die Sache so, daß die ganzen Sympathien Rumäniens ausschließlich auf der Seite Frankreichs sind und daß der leidenschaftlichste Haß gegen die Zentralmächte aus jedem gesprochenen und gedruckten Worte hervorströmt; heute steht die Sache so, daß nur die Ueberzeugung, daß wir siegen werden, die hiesigen Politiker bewegen könnte, sich uns anzuschließen.

Nur unsere Kraft auf den Schlachtfeldern, nur die Furcht Rumäniens vor dieser Kraft kann in dem Stadium, in dem wir uns hier befinden, noch wirken und helfen. Alles, was in dieser Linie wirkt, ist gut und alles andere nutzlos, wenn nicht schädlich.

#### **Nr. MCDXIV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 26.**

(Telegramm.)

Bukarest, 4. März 1915.

Der hiesige italienische Gesandte, welcher sich durch einige Zeit ruhiger verhielt, hat mit erneuerter Agitation gegen uns eingesetzt. Er scheint die Nachricht zu verbreiten, daß sich die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn verschlechtert haben und daß wir uns dem kritischen Stadium nähern.

Der König soll gestern einem hiesigen Politiker gesagt haben, „er würde Italien als dem Bundesgenossen Rumäniens folgen müssen, falls dieses uns angreifen sollte.“

**Nr. MCDXV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 27.**

(Telegramm.)

Bukarest, 18. März 1915.

Im Verlaufe einer langen Unterredung, die ich mit dem Könige über den Transit der türkischen Munition hatte, mußte ich feststellen, daß Seine Majestät sich absolut ablehnend verhält, indem Er alle wie immer gearteten Vorschläge zurückweist.

Alle meine über eine volle Stunde dauernden Ueberredungsversuche blieben völlig wirkungslos. Immer wieder betonte der König, der Sturm, der sich bei der Entdeckung eines solchen Versuches erheben würde, würde sich direkt gegen Ihn richten und Er sei zu Seinem Bedauern ganz außer stande zu helfen. Ich habe den Eindruck, daß der König selbst ein noch größeres Hindernis darstellt als Herr *Brătiano*.

Die ganze Angelegenheit ist daher noch nie so schlecht gestanden als jetzt und ich habe jede Hoffnung auf die Durchsetzung unseres Wunsches verloren.

**Nr. MCDXVI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 28.**

(Telegramm.)

Bukarest, 24. April 1915.

Bei meiner heutigen Audienz fand ich den König sehr beschäftigt mit der italienischen Frage. Seine Majestät betonte, er habe keine direkten Nachrichten, jedoch scheine es ihm sehr schlecht zu stehen, und, wenn Italien losschlage, so werde die Situation hier ungemein kritisch werden.

**Nr. MCDXVII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 29.**

(Telegramm.)

Bukarest, 11. Mai 1915.

Als ich heute den Ministerpräsidenten aufsuchte, begann er sofort von Italien zu sprechen und meinte, Krieg schiene wohl unvermeidlich. Ich erwiderte, es sei ebenso möglich, daß Italien unser Angebot annehme, als daß es zum Kriege komme; übrigens seien wir auch auf letztere Eventualität vollständig vorbereitet und würden italienischen Angriff furchtbar abzuweisen wissen. Ich wies auf die glänzenden Fortschritte unserer Offensive in Galizien und darauf hin, daß wir und Deutschland jetzt stärker seien als zu Anfang des Krieges; man könne uns den endlichen Sieg erschweren, aber nicht mehr nehmen.

Ministerpräsident gab zu, daß sich unsere Armeen in Galizien brillant schlagen und fragte sehr interessiert nach verschiedenen Details. Er sagte, seine Stellung werde, wenn Italien losschlage, furchtbar schwierig werden, denn die Opposition werde ihr möglichstes tun, um den Krieg herbeizuführen, er werde sich jedoch mit allen Kräften widersetzen und er

hoffe, es werde ihm gelingen, Neutralität zu erhalten; garantieren aber könne er nicht dafür.

Mein Eindruck ist, daß unser großer Sieg in Galizien größeren Eindruck gemacht hat, als man ursprünglich hoffen konnte, und daß Rumänien daher zu zaudern beginnt. Wie die momentane Stimmung der Regierung ist, dürfte Rumänien auch im Falle italienischer Kriegserklärung nicht sofort losschlagen, sondern erst abwarten, wie sich Dinge entwickeln.

**Nr. MCDXVIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 30.**

(Telegramm.)

Bukarest, 21. Mai 1915.

Ministerpräsident sagte mir heute, mit Rücksicht auf die europäische Situation sei er weniger denn je in der Lage, die Erlaubnis zur Durchfuhr der türkischen Munition zu erteilen.

Vide 27.

**Nr. MCDXIX. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 31.**

(Telegramm.)

Wien, 23. Mai 1915.

Schwankend in der Erkenntnis seiner wahren Interessen und schillernden Lockungen der Ententemächte folgend, hat Rumänien zweifellos bereits starke Fühlung mit unseren Feinden genommen. Wenn wir uns hierüber keiner Täuschung hingeben, so wollen wir dennoch nicht daran zweifeln, daß das Königreich, ehe es noch zu spät ist, eben auf Grund der Ueberlegung aller Eventualitäten und aus dem gesunden politischen Egoismus heraus, der es dabei treibt, zu vermeiden wissen wird, sich auf eine für das Land verderbliche Politik festzulegen.

Es kommt doch für Rumänien nicht allein darauf an, was es erhalten, sondern darauf, was es behalten kann.

Es ist leicht zu berechnen, daß Erwerbungen auf Kosten der Monarchie, welche Rumänien unter den Fittigen der Entente machen würde, prekär sein müßten. Ganz abgesehen von unausbleiblichen späteren Wiedergewinnungsunternehmungen der Monarchie, würde ein siegreiches, am Ziele angelangtes Rußland gewiß nicht eine Situation auf dem Balkan hinnehmen, wo ein starkes, quer vorgelagertes Rumänien den Landweg zu den Meerengen versperrte, der dominierenden Stellung Rußlands in Bulgarien im Wege stünde und ein entschiedenes Uebergewicht über die anderen, namentlich die slawischen Balkanstaaten ausüben würde.

Was daraus in der Zukunft folgt, mögen sich die rumänischen Staatsmänner ausmalen.

Rußlands Besiegung ist also Lebensbedingung für Rumänien, zu Rußlands Triumph beitragen zu wollen — Selbstmord.



Diese Grundwahrheiten immer und immer in Bukarest zu erörtern, ist unsere Aufgabe.

Daneben sollen wir durch eine ruhige, sichere Sprache den Eindruck hervorrufen, daß wir auf die Neutralität wie auf etwas Selbstverständliches zählen.

Nach Rumäniens bewaffneter Mithilfe sollten wir nicht aufhören zu fragen, nach den schweren russischen Niederlagen mit um so größerem Nachdrucke.

Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.

**Nr. MCDXX. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 32.**

(Telegramm.)

Bukarest, 26. Mai 1915.

Seine Majestät der König hat mich heute in einstündiger Audienz empfangen.

Der König ist genau über unsere günstige Lage in Galizien orientiert und betonte, Er hoffe sehr, daß die Russen Galizien ganz räumen müssen. Hier fand er Stimmung nach wie vor sehr erregt und schilderte die hiedurch für ihn bestehenden Schwierigkeiten.

Ich betonte absichtlich Perfidie Italiens, welches als Verbündeter Ehrelosigkeit begangen hat, uns anzufallen, und versuchte, Äußerung Seiner Majestät zu provozieren, daß dies in Rumänien unmöglich sei. König gab Verrat Italiens völlig zu, erwiderte aber mehrmals, „Er werde alles versuchen, um neutral zu bleiben, aber die Herrscher könnten nicht immer so handeln, wie sie wollten.“ Dabei ließ Er durchblicken, daß, wenn wir geschlagen würden, Seine Situation unhaltbar werden würde.

„Der Sturm würde sich direkt gegen die Dynastie kehren.“

Ich bemühte mich, Ihn über diesen Punkt zu beruhigen.

In dem Gespräche über *Take Jonescu* und *Filipescu* meinte Seine Majestät, das Hauptargument dieser Herren sei, daß Wien und Berlin Rumänien seine Haltung niemals verzeihen würden; daher müsse unsere Niederlage angestrebt werden.

Ich beschränkte mich darauf zu erwidern, daß es in der Hand Rumäniens liege, sich unsere Sympathien wieder zu erwerben.

**Nr. MCDXXI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 33.**

(Telegramm.)

Bukarest, 9. Juni 1915.

Es liegt mir eine Reihe gewichtiger Anhaltspunkte dafür vor, daß die Verhandlungen zwischen Rumäninen und der Entente weder gescheitert noch abgeschlossen sind, sondern, dem bekannten Prinzip Herrn *Bratianos* folgend, sich hinziehen.

**Nr. MCDXXII. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.****Rb. Rum. 34.**

(Telegramm.)

Wien, 10. Juni 1915.

Bezüglich der Zukunft Rumäniens an der Seite der Zentralmächte wollen Euer Exzellenz stets darauf hinweisen, daß im selben Ausmaße, als auf unserer Seite das Interesse vorliegt, Rußland durch ein kräftiges Rumänien vom Balkan zu trennen, für Rußland das entgegengesetzte Interesse vorwalten wird. Man möge sich in Bukarest doch nicht dem Glauben hingeben, daß Rußland ein 10-Millionen-Reich zwischen sich und Konstantinopel auf die Dauer dulden würde. Was Rumänien „nach getaner Arbeit“ von moskowitzischer Seite zu gewärtigen hätte, lehre die durch Jahrhunderte von Rußland konsequent verfolgte Politik.

Vide 32.

**Nr. MCDXXIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 35.**

(Telegramm.)

Bukarest, 23. Juni 1915.

Kürzlich bot sich mir wieder Gelegenheit, mit Herrn *Bratiano* über die aktive Kooperation Rumäniens mit uns zu sprechen.

Die Rückeroberung von Lemberg und unser unaufhaltsames Vordringen gaben mir den Anlaß, den Premier aufmerksam zu machen, daß er bei weiterem Zögern zu spät kommen werde.

*Bratiano* erwiderte, er könne nicht „gegen das ganze Land“ regieren; niemand habe den Glauben, daß der Krieg zu Ende gehe, im Gegenteil, die Russen würden vielleicht in 14 Tagen (sic!) ihrerseits wieder die Offensive ergreifen, und das ganze Bild sich ändern.

Alle meine Ausführungen und Argumente lösten nur ein sich stets wiederholendes Wehklagen des Ministerpräsidenten aus, „daß die Verantwortung zu groß wäre.“

Ich machte ihn natürlich wiederholt darauf aufmerksam, daß man in seiner Stellung durch eine Unterlassung ebenso verantwortlich werde wie durch Handeln.

Vide 34.

**Nr. MCDXXIV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 36.**

(Telegramm.)

Bukarest, 26. Juni 1915.

In Rumänien gibt es jetzt vier politische Parteien:

1. die liberale Partei,
2. die Anhänger *Marghilomans*.
3. die Gruppe *Jean Lahovary* und
4. die Takisten.

Nr. 3 und 4 haben sich gestern dahin geeinigt, daß ihr gemeinsames Programm, „mit dem Vierverbände in Aktion zu treten“, nunmehr auch durch gemeinsame Arbeit erreicht werden soll; eine völlige Fusion beider Gruppen hat jedoch nicht stattgefunden.

**Nr. MCDXXV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 37.**

(Telegramm.)

Bukarest, 13. Juli 1915.

Herr *Costinescu*, welcher sich in Sinaia aufhält, hat seine Rückkehr nach Bukarest verschoben, angeblich, weil er krank ist. Herr *Bratiano* sagte mir, er könne aus diesem Grunde erst Donnerstag oder Freitag mit ihm über die Frage der Durchfuhr der für die Türkei bestimmten Munition sprechen und so lange müsse Entscheidung verschoben werden.

Im übrigen sagte mir Ministerpräsident, er könne mir gar keine Hoffnungen machen, da die Vertreter der Entente bereits über alles orientiert seien und schon bei ihm Einspruch erhoben hätten. Finanzminister aber nicht einwilligen würde.

Ich werde die endgültige Entscheidung seinerzeit Euer Exzellenz umgehend einberichten.

Vide 30.

**Nr. MCDXXVI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 38.**

(Telegramm.)

Bukarest, 16. Juli 1915.

Soeben teilte mir Herr *Bratiano* mit, daß es ihm unter keinen Umständen möglich sei, Munitionstransit zu gestatten.

Vide 37.

**Nr. MCDXXVII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 39.**

(Telegramm.)

Sinaia, 28. August 1915.

Seine Majestät König *Ferdinand*, Herr *Bratiano* und der Minister des Innern sprechen sich ziemlich übereinstimmend dahin aus, daß eine eventuelle Offensive gegen Serbien hier zwar bedeutende Aufregung, aber sonst keine Folgen zeitigen werde.

**Nr. MCDXXVIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 40.**

(Telegramm.)

Sinaia, 10. September 1915.

Herr *Bratiano* sagte mir, seit gestern übereinstimmende Meldungen zu erhalten, daß wir nicht nur die Grenze gesperret haben, sondern auch

Truppen gegen die rumänische Grenze vorschieben; er sei daher gezwungen, mit der gleichen Maßnahme zu antworten und auch seinerseits einige Bataillone mehr an die Grenze zu senden.

In der sehr ernststen Aussprache, die wir hatten, begründete *Bratiano* sein Vorgehen folgendermaßen: Er habe mir seit Kriegsausbruch erklärt, er werde neutral bleiben und habe dies auch gehalten; er betonte, er werde auch weiter neutral bleiben, auch dann, wenn wir Serbien angreifen. Er habe keinen Vertrag mit der Entente, welcher ihn verpflichten würde, uns anzugreifen, alles Diesbezügliche sei Lüge. Er persönlich sei von der Wahrheit meiner Erklärung, daß wir nichts gegen Rumänien planen, überzeugt. Er müsse aber der öffentlichen Meinung Rechnung tragen und diese sei durch die letzten Vorgänge dermaßen erregt, daß sie einen Angriff von uns erwarte. Daher sei er bereits gezwungen gewesen, Truppenverstärkungen an die Grenze zu senden.

Ich wiederholte nochmals, daß uns jeder Angriffsgedanke gegen Rumänien fernliegt, daß ich es bedenklich fände, wenn er die erwähnten militärischen Maßnahmen gegen uns ergreife, aber die Verantwortung dafür ihm überlassen müsse.

Die Situation ist durch die letzten Truppenbewegungen entschieden verschärft.

Ich wiederhole aber, daß ich Ueberzeugung habe, daß bei unserer momentanen militärischen Situation ein Angriff Rumäniens absolut nicht zu erwarten ist.

#### **Nr. MCDXXIX. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 41.**

(Telegramm.)

Wien, 11. September 1915.

Ich billige die von Euer Exzellenz Herrn *Bratiano* gegenüber geführte Sprache und ermächtige Sie, unter ausdrücklicher Berufung auf einen von mir erteilten Auftrag dem rumänischen Ministerpräsidenten zu erklären, daß es durchaus nicht in unserer Absicht liegt, Rumänien anzugreifen. Euer Exzellenz wollen beifügen, daß es sich bei der dermaligen Einstellung des Personen-, sowie des Post- und Telegraphenverkehrs an der rumänischen Grenze um eine ganz vorübergehende Maßnahme handelt, die durch mit der allgemeinen militärischen Lage zusammenhängende Vorkehrungen bedingt ist, und daß es sich nicht um eine speziell gegen Rumänien zur Anwendung gebrachte Grenzsperr handelt, da ja auch an der schweizerischen und der deutschen Grenze (mit Ausnahme einiger deutscher Grenzpunkte) diese Maßnahme zur Durchführung gelangte.

Vide 40.



**Nr. MCDXXX. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 42.**

(Telegramm.)

Bukarest, 14. September 1915.

Soeben hatte ich eine einstündige Audienz bei Seiner Majestät dem Könige, von welcher ich eine gewisse Entspannung erhoffe. Nachstehend der Verlauf der Unterredung:

Ich begann mit der mir aufgetragenen friedlichen Erklärung, welche der König damit beantwortete, daß Er keinen Augenblick hieran gezweifelt habe und auch jetzt davon fest überzeugt sei. Auf meine Frage, ob ich meinerseits Euer Exzellenz Sein königliches Wort dafür übermitteln könne, daß auch Rumänien nichts Feindliches gegen uns im Schilde führe, erwiderte Seine Majestät bejahend

Ich legte hierauf klar, daß wir, nachdem wir somit alle die rasche Entspannung der Lage wünschten, den Weg hiefür gemeinsam finden müßten. Wir hätten nichts gemacht, was Rumänien irgendwie beunruhigen könne, und es sei daher recht und billig, daß die rumänischen Truppen nun wieder zurückgezogen würden.

Trotz meines Drängens verhielt sich Seine Majestät vorerst schweigend und war absolut nicht zu einer Antwort zu bewegen. Endlich entwickelte Er, die ganze Truppenverschiebung sei überhaupt ohne sein Befragen gemacht worden und Herr *Bratiano* habe außerdem strengen Auftrag gegeben, die Truppen auf 10 km von der Grenze zu lassen. Da Er erfahren habe, daß dies nicht eingehalten werde, hätte Er heute eine Auseinandersetzung mit General *Iliescu* gehabt und denselben „sehr energisch angefaßt“. Die Ausführungen Seiner Majestät klangen dahin aus, „mit der Zeit“ würden die Truppen zurückgezogen werden.

Diese ausweichende Antwort konnte mich unmöglich befriedigen und ich ging daher etwas weiter in der sicheren Erwartung, damit den Intentionen Euer Exzellenz zu entsprechen, und erklärte dem Könige, Seine Antwort könne mich nicht befriedigen. Man begänne bei uns die Haltung der Rumänen nicht mehr zu verstehen und ich müßte Ihn davor warnen, eine Atmosphäre zu schaffen, welche gefährlich werden könnte: Er möge mein Insistieren verzeihen, aber ich müsse eine positive, klare Antwort erhalten, wann Er die Truppen zurückziehen werde.

Seine Majestät antwortete nach wiederholtem Drängen meinerseits, wenn wir die Grenzsperrre aufheben, dann wünsche und hoffe Er, daß die Truppen zurückgezogen werden würden.

Ich erwiderte, auch diese Antwort sei ungenügend. Der oberste Kriegsherr der Armee hätte in diesem Falle nicht zu wünschen noch zu hoffen, sondern habe zu befehlen. Darauf ermächtigte mich Seine Majestät endlich, Euer Exzellenz zu melden, daß, wenn wir die Grenzsperrre aufheben, Er Befehl zum Zurückziehen der Truppen geben werde.

Da die Gespräche mit Seiner Majestät dank Seiner Art, dieselben zu führen, nicht leicht sind und mir daran liegt, in dieser wichtigen Frage denk-

barste Klarheit zu schaffen, so wiederholte ich nochmals genau das Resumé Seiner Worte und erhielt die Zustimmung, dies Euer Exzellenz zu melden.

Sofort nach der Audienz erhielt ich Kenntnis vom Telegramme des Armeeoberkommandos an den k. u. k. Militärattaché, daß die Grenzsperr aufgehoben ist, und habe daher Seiner Majestät schriftlich mitgeteilt, daß ich nunmehr das sofortige Zurückziehen der Truppen erwarte.

Obwohl weitere Garantien und Zusagen vom Könige schwer zu erhalten waren, so ist doch infolge der merkwürdigen hiesigen Verhältnisse, besonders der geringen Autorität des Königs, noch immer keine absolute Sicherheit geboten, daß die Truppen zurückgezogen werden. Erschwerend ist hiebei noch der Umstand, daß Seine Majestät heute abends auf fünf Tage an die Donau reist und Herr *Bratiano* erst morgen früh eintrifft, daher eine Verständigung zwischen beiden schwierig scheint.

Morgen werde ich Gelegenheit haben, auf die Sache beim Ministerpräsidenten zurückzukommen.

Vide 41.

**Nr. MCDXXXI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 43.**

(Telegramm.)

Bukarest, 17. September 1915.

Herr *Bratiano* steht auf dem Standpunkte, die Truppen erst in zirka 14 Tagen von der Grenze zurückziehen zu können. Er betonte, niemand könne glauben, daß er so verrückt sein könne, die Monarchie jetzt angreifen zu wollen, nachdem er dies nicht getan habe zu einer Zeit, wo die Russen in den Karpathen standen. Außerdem sei noch Bulgarien jetzt auf unserer Seite; kein vernünftiger Mensch also könne ernstlich glauben, daß er sich diesen Augenblick aussuchen werde.

Die vorgeschobenen Truppen hätten die Aufgabe erhalten, gewisse Befestigungen an der Grenze zu machen, er könne diese Arbeit nicht plötzlich unterbrechen. Die Truppen zögen sich übrigens schon jetzt langsam nach Maßgabe ihrer vollendeten Arbeiten von der Grenze zurück. Ganz Rumänien schwebe unausgesetzt das Los Belgiens vor Augen und er müsse die Öffentlichkeit beruhigen und ihr die Ueberzeugung geben, daß er über die Sicherheit des Landes wache.

Alle meine Argumente blieben wirkungslos, auch das, daß der König dadurch in eine unangenehme Lage gelange, da Er mir zugesagt hätte, die Truppen sofort zurückzunehmen.

Vide 42.

**Nr. MCDXXXII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 44.**

(Telegramm.)

Sinaia, 22. September 1915.

Ogleich der König den ausdrücklichen Befehl erteilt hat, daß die Truppen auf 10 km von der Grenze zurückgezogen werden, ist dies nicht

erfolgt. Ich konnte mich selbst davon überzeugen, daß Truppen sogar im Grenzorte Predeal an Befestigungen arbeiten; ich habe daher den König schriftlich aufmerksam gemacht, daß Seine Befehle von Seinen Generalen ignoriert werden.

Vide 41.

#### **MCDXXXIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 45.**

(Telegramm.)

Bukarest, 24. September 1915.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Strömung für die Mobilisierung Rumäniens stark anschwillt. Da ich wenig Vertrauen in die Widerstandskraft Herrn *Bratianos* habe, so habe ich ihn soeben, bevor er zum Ministerrate ging, aufgesucht und ihm Folgendes erklärt:

„Ich hätte keinen Auftrag, spräche daher nicht offiziell. Als Privatmann aber, der die Verhältnisse in Wien und Berlin kenne, müsse ich ihn aufmerksam machen, daß Rumänien nicht in derselben Lage sei wie Griechenland und daß eine Mobilisierung hier wohl zwingen würde, Aufklärungen zu verlangen. Er möge daher seine Entschlüsse reiflich erwägen.“

Herr *Bratiano* frug, warum ich diesen Unterschied mache, nachdem Rumänien dann das einzige Land auf dem Balkan wäre, welches nicht mobilisiert hätte und dasselbe das gleiche Recht der Verteidigung habe wie die anderen.

Ich erwiderte, es handle sich nicht um die Verteidigung Rumäniens. Er wisse sehr gut, daß weder wir noch Bulgarien Rumänien angreifen wollten. Rumänien habe aber bereits starke Truppen an unserer Grenze, es bedrohe uns durch seine Presse seit einem Jahre, eine sehr starke Partei treibe unausgesetzt zum Kriege; ich müsse ihn daher ernstlich warnen, einen Schritt zu machen, der als Feindseligkeit gedeutet werden müsse und der die ernstesten Folgen haben könnte. Ich wiederholte am Schlusse nochmals, daß ich nicht offiziell spreche, daß ich keinen Auftrag habe, ihm jedoch als Freund offen meine Meinung habe sagen wollen.

Herr *Bratiano* war äußerst erregt, dankte mir für meine Mitteilung, erklärte jedoch, mir keine positive Zusage geben zu können.

Da der entscheidende Ministerrat infolge der Mobilisierung Griechenlands von einer Stunde zur anderen einberufen worden ist, konnte ich keine Instruktionen einholen und bitte daher um Antwort, ob mein Vorgehen entsprechend.

#### **Nr. MCDXXXIV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 46.**

(Telegramm.)

Bukarest, 24. September 1915.

Wie mir Minister des Innern soeben mitteilt, hat Ministerrat beschlossen, vorerst von der Eingreifung neuer militärischer Maßregeln abzusehen.

**Nr. MCDXXXV. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**  
**Rb. Rum. 47.**

(Telegramm.)

Wien, 25. September 1915.

Ich billige vollkommen Ihre Herrn *Bratiano* gegenüber geführte Sprache.

Euer Exzellenz wollen in Ihren Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten ihn nun auch wieder an die großen politischen Interessen erinnern, die Rumänien zum Anschlusse an die Zentralmächte geführt haben.

Er möge in dieser bedeutungsvollen Stunde doch nicht vergessen, daß Rumänien gemeinsam mit den Zentralmächten den Zweck vor Augen hatte, dem Vordringen Rußlands nach Mitteleuropa und nach dem Balkan einen mächtigen Wall entgegenzusetzen.

Heute, wo selbst Bulgarien sich von der Moskowiterfurcht frei macht, sollte Rumänien erst recht die Energie finden, den Weg wieder zu betreten, den es die Geschichte, das wirkliche Interesse des Landes und die Klugheit zu gehen weisen.

Einerseits in dem warnenden Tone zu sprechen, den Euer Exzellenz angeschlagen, andererseits aber auch Herrn *Bratiano* zu verstehen zu geben, daß das Tor zu uns noch immer offen steht, erscheint mir auch heute die für uns richtige Vorgangsweise.

Vide 45.

**Nr. MCDXXXVI. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**  
**Rb. Rum. 48.**

(Telegramm.)

Wien, 3. November 1915.

Das Armeecommando besitzt Nachrichten über russische Truppenkonzentrierungen an oder nächst der rumänischen Grenze. Es ergibt sich daraus, daß mit der Möglichkeit einer Verletzung der Neutralität Rumäniens durch Rußland in nächster Zeit immerhin gerechnet werden muß.

Euer Exzellenz wollen daher Herrn *Bratiano* ganz freundschaftlich und im Rahmen einer intimen Aussprache befragen, wie sich Rumänien einem Versuche Rußlands gegenüber, sich einen Durchmarsch durch Rumänien zu erzwingen, zu verhalten gedenkt.

**Nr. MCDXXXVII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**  
**Rb. Rum. 49.**

(Telegramm.)

Bukarest, 4. November 1915.

Mit Ministerpräsidenten sprach ich im aufgetragenen Sinne. Herr *Bratiano* versicherte mich, daß er den russischen Durchmarsch nicht zulassen werde, glaubt aber, daß Russen ihn gar nicht ernstlich versuchen werden.

Ich wiederhole meine bereits mehrmals geäußerte Ansicht, daß Rumänien tatsächlich diese Neutralitätsverletzung nicht gestatten werde.

Vide 48.



**Nr. MCDXXXVIII. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.****Rb. Rum. 50.**

(Telegramm.)

Wien, 7. März 1916.

Ich ersuche Euer Exzellenz, bei Seiner Majestät dem Könige in meinem Namen die Frage der Sicherung gegen einen russischen Durchmarsch zur Sprache zu bringen und in freundschaftlicher, aber nachdrücklicher Form zu verlangen, daß Rumänien seine Neutralität unverweilt auch an der russischen Grenze mit Truppen schütze, wie es dies an seinen anderen Grenzen bereits tue.

**Nr. MCDXXXIX. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 51.**

(Telegramm.)

Bukarest, 10. März 1916.

Ich hatte heute bei Seiner Majestät dem Könige eine längere Audienz, bei welcher ich mich im aufgetragenen Sinne aussprach. Seine Majestät erklärte, die Befürchtung eines russischen Durchmarsches sei unbegründet; weder Er noch Herr *Bratiano* würden hiezu ihre Erlaubnis geben und die Russen wüßten, daß geschossen werden würde, daher würden sie es nicht versuchen.

Meine Einwendung, daß der russische Versuch eventuell ohne Wissen Herrn *Bratianos* erfolgen könnte, ferner, daß sehr geringe Truppen in der Nordostecke Rumäniens ständen, beantwortete König damit, daß Er nicht wisse, welche Truppen dort seien, daß es möglicherweise nur geringe Kräfte seien, wiederholte jedoch immer wieder dieselbe allgemeine Phrase, „daß unsere Besorgnisse unbegründet wären“.

Mein mit direktem Hinweise auf Euer Exzellenz Auftrag ausgesprochenes Verlangen nach Verstärkung rumänischer Truppen an der gefährdeten Stelle beantwortete Seine Majestät nicht direkt, sondern machte mir eine vage Bemerkung, die darauf schließen ließ, daß Er mit Herrn *Bratiano* sprechen werde.

Gleiches Thema besprach ich mit Minister des Aeußern, da Ministerpräsident abwesend. Auf eine Bemerkung Herrn *Porumbaras*, daß wir Rumänien nicht verantwortlich machen könnten, wenn die russischen Truppen „überraschend und ohne Zustimmung rumänischer Regierung durchmarschieren“, erwiderte ich, daß von einer Ueberraschung nicht mehr die Rede sein könne, da ich nunmehr zum dritten Male Regierung auf diese Möglichkeit aufmerksam mache. Er möge sich klar sein, daß wir rumänische Regierung für einen solchen Neutralitätsbruch voll verantwortlich machen müßten und machen würden und sofort alle uns notwendig scheinenden Konsequenzen daraus ziehen würden.

Herr *Porumbaru* gab mir nach einigen versuchten Ausreden zu, daß wir mit unserer Auffassung vollständig im Rechte seien.

Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß weder der König noch die Regierung momentan russischen Durchmarsch gestatten würden. Gefahr

liegt jedoch in der energielosen Apathie und dem schlechten Willen Herrn *Bratianos*, energische Präventivmaßregeln zu treffen, sowie in den anarchischen Zuständen im Lande und der Armee.

Vide 50.

**Nr. MCDXL. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 52.**

(Telegramm.)

Bukarest, 12. Mai 1916.

Ganz spontan entwickelte mir heute Herr *Bratiano* in einer längeren Auseinandersetzung seine Ansichten über die europäische Lage und über die zukünftige Haltung Rumäniens.

Er betonte, daß beide Mächtegruppen derartig stark und von Sieg durchdrungen seien, daß nur zwei Möglichkeiten vorhanden. Entweder der Friede trete bald ein, dann aber nur auf Grund des Status quo, eben weil keine Gruppe sich für geschlagen halte. Dieser Fall scheine ihm der wahrscheinlichere. Es werde kein vergrößertes Bulgarien und kein vernichtetes Serbien geben, auch Belgien werde wiederhergestellt und die russischen Provinzen zurückgegeben werden. In diesem Falle werde er sehr froh sein, nicht in den Krieg eingegriffen zu haben, denn automatisch würden sich die alten Beziehungen mit Wien und Berlin wiederherstellen.

Oder aber die zweite Möglichkeit: eine Mächtegruppe werde vernichtend geschlagen.

Davon aber sei momentan keine Rede; dies sei, wenn überhaupt, so noch in weiter Ferne und in diesem Falle habe Rumänien noch lange Zeit, abwartend zuzuschauen.

(Bei diesen Ausführungen ließ Herr *Bratiano* sehr unzweideutig durchblicken, daß er sich der siegenden Mächtegruppe im letzten Augenblicke noch anzuschließen gedenke.)

**Nr. MCDXLI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 53.**

Bukarest, 13. Mai 1916.

Im Nachhange zu meinem Telegramme von gestern beehre ich mich, meine Unterredung mit Herrn *Bratiano* über die Lage noch im Detail wiederzugeben.

Der Herr Ministerpräsident begann damit, daß er das Bedürfnis fühle, sich wieder einmal — nach längerer Zeit — ganz offen mit mir auszusprechen, um mir einiges zu erklären, was ich vielleicht bisher nicht verstanden hätte, da ich ja „in manchen Punkten“ anderer Ansicht schiene als er selbst. Er sei ein Mann, der von den „kleinen Einzelheiten des Tages“ nicht berührt werde; ob Verdun falle oder nicht, ob wir irgendwo einige Quadratkilometer erobern oder nicht, sei ihm ganz gleichgültig. Das werde den Krieg nicht entscheiden. Entscheidend sei, ob es einer der beiden Kampfgruppen gelingen

könne, die andere zu vernichten (*écraser*), oder aber ob nicht beide Teile erkennen würden, daß sie nicht siegen könnten und einen Frieden ungefähr auf Grund des Status quo schließen würden. In beiden Fällen aber sei eine Politik die richtige. In letzterem — dem wahrscheinlicheren Falle — werde der zukünftige Friede ein Europa schaffen, welches sich kaum von dem im Jahre 1914 unterscheiden werde, alle die furchtbaren Opfer und Verluste würden umsonst gebracht worden sein und ganz Rumänien werde ihm dankbar sein, daß er dem Lande die Schrecken dieses unnützen Krieges erspart habe. Gelänge aber einer Kampfgruppe wirklich die Vernichtung der feindlichen, so könne sich ein solches Ereignis unmöglich plötzlich und unbemerkt vollziehen und es sei dann für Rumänien immer noch Zeit, seine Entschlüsse zu fassen. Er glaube nicht an dieses Ende, wenn es aber eintreten sollte, dann würden noch Jahre vergehen, bis es so weit sei, da bei keiner der Mächtegruppen noch Anzeichen der Erschöpfung konstatierbar wären, und nachdem Rumänien gar keinen jahrelangen Krieg aushalten könne, so sei es klar, daß er „warten“ müsse. Aber, wie gesagt, er glaube viel eher, daß beide Kampfteile, die fortgesetzt den Krieg im Munde führen, mit der Zeit erkennen würden, daß es keinen Sieg gäbe und daß dieser Krieg ohne Ergebnis bleiben wird (*et que cette guerre finira en queue de poisson*). Rußland würde niemals einwilligen, daß Serbien verschwinde, es würde daher kein Großbulgarien entstehen, niemals werde es Polen abtreten und niemals würde es einwilligen, Bessarabien an Rumänien zu geben. Europa sei in einem Fieberzustande, der ihm ein klares Urteil verwehre, er selbst aber habe einen kühlen Kopf behalten. Zur Zeit, als die Russen in den Karpathen standen, habe man ihn bestürmt, gegen uns einzugreifen, „da das Ende der Monarchie da sei“, und heute hätten wir alle Feinde vertrieben und seien tief in Feindesland. Noch andere Phasen — auch ungünstige für uns — könnten wohl folgen, ohne daß diese eine Entscheidung bringen würden. Dieser Krieg sei nicht wie andere — er habe kein Beispiel in der Geschichte — und daher seien alle Analogien verfehlt. In welcher Lage wäre Rumänien, wenn es, unserer Aufforderung folgend, im Jahre 1914 mit uns in den Krieg getreten wäre? Bestimmt hätten die Russen die ganze Moldau überflutet und halb Rumänien wäre heute ein Aschenhaufen. Rumänien aber könne nicht das gleiche anhalten wie Großmächte und, während diese alle am Kriege verbluten, mache Rumänien ganz gute Geschäfte und außer einigen überhitzten Köpfen beklage sich niemand mehr im Lande.

Er habe es verlernt, eine Politik der Zukunftskombination zu machen; man könne nicht voraussehen und vielleicht werde ja die Situation in sechs Monaten eine ganz andere sein und ihn zwingen, ganz andere Entschlüsse zu fassen; heute sei die Neutralität die einzige für Rumänien richtige Politik, und jeder, der an seiner Stelle die letzten zwei Jahre anders gehandelt hätte, hätte es schlechter gemacht.

Wenn aber — wie anzunehmen — dieser entsetzlichste aller Kriege auch der resultatloseste sein und das zukünftige Europa ungefähr das alte

bleiben werde, dann würden sich sehr rasch und automatisch wieder normale Beziehungen zwischen Rumänien und den Zentralmächten entwickeln. Man sehe es ja schon heute. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse seien stärker als Gefühlsmomente, Rumänien und die Kaiserstaaten seien gegenseitig aufeinander angewiesen und würden sich wiederfinden trotz allem, was vorgefallen sei.

Dies der Inhalt der Ausführungen Herrn *Bratianos*, welche das alte, uns allen bekannte ministerielle Glaubensbekenntnis sind: neutral bleiben, solange es irgend möglich, und wenn eine Mächtegruppe unterliegt, sich noch im letzten Momente gegen diese kehren. Neu daran war mir die schamlose Offenheit, mit welcher Herr *Bratiano* sprach und mit welcher er — der Bundesgenosse — zu verstehen gab, daß wir Rumänien gegen uns haben werden, wenn er uns für geschlagen hält. Allerdings drehte der Herr Ministerpräsident in seiner langen Rede die Frage mehr gegen Rußland und betonte wiederholt, daß der Besitz Bessarabiens ohne die Zerschmetterung (*l'écrasement*) Rußlands ganz wertlos für Rumänien sei. Dabei aber kam noch ein anderes ebenfalls nicht neues, aber interessantes Moment an die Oberfläche, welches zwar nicht ausgesprochen wurde, aber dennoch zu verstehen war. Der Herr Ministerpräsident ließ durchfühlen, daß er die Vernichtung der Monarchie für möglich, die Rußlands nicht für möglich halte, daß der dauernde Besitz Transsylvaniens daher denkbar, der Bessarabiens aber undenkbar sei.

Es ist selbstverständlich, daß ich den Ausführungen Herrn *Bratianos* vieles entgegenzusetzen hatte. Ich erwähne meine Antwort nur kurz. Ich bekämpfte die Anschauungen des Herrn Ministerpräsidenten vom doppelten Standpunkte der Moral und der Vernunft. Ich betonte das Bündnis und seine Konsequenzen und gab Herrn *Bratiano* zu verstehen, daß hier ein unüberbrückbarer Gegensatz unserer Anschauungen obwalte. Ich ließ ihn ferner verstehen, daß ein resultatloser Krieg ebenso ausgeschlossen sei als unsere Niederlage und daß die Möglichkeit der Kooperation mit uns nach vollendetem Siege eine Utopie sei.

Vide 52.

#### **Nr. MCDXLII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 54.**

(Telegramm.)

Bukarest, 26. Mai 1916.

Der König sprach voll Bewunderung von unserer Offensive in Italien.

Ueber Rumänien äußerte sich Seine Majestät befriedigt; die Stimmung sei viel vernünftiger geworden, man sei mit der Neutralität ganz einverstanden. Eine aktive Kooperation mit uns sei aber „zur Zeit“ noch ganz unmöglich.

Erfreut äußerte sich der König über die wirtschaftliche Annäherung an die Zentralmächte.



**Nr. MCDXLIII. Gesandter von Wodianer an Baron Burián.****Rb. Rum. 55.**

(Telegramm.)

Bukarest, 10. Juni 1916.

Sowohl die Communiqués des russischen Generalstabes als auch die Pressemeldungen aus St. Petersburg über den Erfolg der russischen Offensive werden von der hiesigen oppositionellen Presse voll ausgebeutet und durch tägliche Extraausgaben propagiert; die Nachrichten beginnen in der hiesigen Öffentlichkeit Aufregung hervorzubringen, und sind auch bereits Demonstrationen gegen uns angekündigt. Dementgegen hüllt sich die offizielle rumänische Presse einstweilen in Schweigen.

**Nr. MCDXLIV. Gesandter von Wodianer an Baron Burián.****Rb. Rum. 56.**

(Telegramm.)

Bukarest, 11. Juni 1916.

Kabinettschef des Ministerpräsidenten überbringt mir soeben im Auftrage des Letzteren folgende Mitteilung:

Eine angeblich aus 40 bis 50 Reitern bestehende russische Abteilung überschritt am 10. d. M. die Grenze bei Hertza und wurde von der rumänischen Grenzwa che entwa fnet. Rumänische Regierung anordnete sofort Verstärkung des Grenzs chutzes in Nordwestecke der Moldau.

Heute um 1 Uhr morgens erhielt Herr *Bratiano* die Nachricht, daß soeben ein russisches Detachement, dessen Stärke noch unbekannt ist, den Pruth überschritten hätte und in Rumänisch-Mamornitza eingerückt sei. An der Einbruchsstelle befand sich bloß ein rumänisches Grenzpiquet von höchstens 10 Mann, welches scheinbar keinen Widerstand leistete.

General *Petrascu*, Kommandant der Division *Bottuschani*, wurde sofort an Ort und Stelle entsendet, um augenblicklich Räumung rumänischen Territoriums zu veranlassen.

Zugleich wurden aus Nordgarnisonen Truppen dem General zudisponiert, um Räumung eventuell zu erzwingen.

Herr *Bratiano* erklärt, er wolle auch in der Zukunft keine Verletzung rumänischen Gebietes dulden.

**Nr. MCDXLV. Gesandter von Wodianer an Baron Burián.****Rb. Rum. 57.**

(Telegramm.)

Bukarest, 11. Juni 1916.

Kabinettschef des Ministerpräsidenten machte mir auftragsgemäß folgende Mitteilung:

Von General *Petrascu* sei heute 4 Uhr ein Bericht eingelaugt, demzufolge das russische Detachement bei Mamornitza, Front gegen unsere Grenze, gestern im Feuer stand. Der rumänische General konnte mit dem russischen Detachementkommandanten, der in der Feuerlinie stand, nicht sprechen. General *Petrascu* begab sich hierauf zum russischen General *Keller* auf das

nördliche Pruthufer und verlangte die sofortige Zurückziehung des Detachements, was dieser mit dem Ausdrucke der Verwunderung, daß russische Truppen überhaupt auf rumänischem Territorium stünden, sofort zusagte.

Die Stärke des russischen Detachements ist angeblich nicht bekannt; auch über den Rückzug der Russen fehlen bisher authentische Nachrichten. Unverbürgten Nachrichten zufolge soll ihr Rückzug heute nachts begonnen haben.

Den Umstand, daß nicht pflichtgemäß zur Entwañnung der russischen Truppen geschritten wurde, begründet Herr *Bratiano* damit, daß man sich den in unserem Feuer stehenden Truppen nicht nähern konnte.

**Nr. MCDXLVI. Gesandter von Wodianer an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 58.**

(Telegramm.)

Bukarest, 12. Juni 1916.

Herr *Bratiano* versprach, rumänische Truppen am ganzen Pruthufer zu verstärken, und erklärte, von den Russen neuerlich Zusicherung für die Respektierung rumänischen Territoriums erhalten zu haben.

**Nr. MCDXLVII. Generalkonsul von Felner an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 59.**

(Telegramm.)

Galatz, 12. Juni 1916.

Trotz der amtlichen Richtigstellung, daß nur ein kleines russisches Detachement, und zwar irrtümlich, in Dorohoi eingedrungen sei, hat die Nachricht vom Erscheinen russischer Truppen auf rumänischem Gebiete hier lebhaft Aufregung hervorgerufen.

Im Zusammenhange mit der russischen Offensive hat dieser Zwischenfall eine Erstarkung der russophilen Agitation gezeitigt.

Die Empfindlichkeit der Rumänen tritt anläßlich dieser Neutralitätsverletzung weniger zutage.

Man ist gespannt, ob die Regierung genügend Energie aufbringen wird, um die Russen zum Verlassen des rumänischen Territoriums zu vermögen.

**Nr. MCDXLVIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 60.**

(Telegramm.)

Bukarest, 17. Juni 1916.

Herr *Bratiano*, der mich heute empfangen, ließ sich von mir militärische Lage im Osten darstellen und äußerte, sehr erfreut zu sein, daß wir die Lage mit absoluter Ruhe und völlig unverminderter Sigeszuvorsicht betrachten. Herr *Bratiano* betonte noch, daß die Russen ihre Erfolge sehr hoch einschätzen, und wiederholte, daß eine Besetzung der Bukowina seine Stellung wesentlich erschweren würde. Ich erwiderte, daß ich ein weiteres Vordringen der Russen auch nicht wünsche, daß ich aber als genauer Kenner der hiesigen

Verhältnisse wisse, daß selbst eventuelle russische Erfolge nicht imstande wären, die Stellung Herrn *Bratianos* irgendwie zu beeinflussen, da er die Situation hier vollständig beherrsche, und schloß an diese Ausführungen das sehr energische Verlangen, Vorsorge treffen zu wollen, damit sich ein russischer Durchmarschversuch nicht wiederhole. Herr *Bratiano* gibt zu, daß es möglicherweise ein russischer Versuchsballon gewesen sein könnte, um zu erproben, ob die Situation für die Kooperation Rumäniens reif sei, verspricht mir aber neuerlich, einen solchen Versuch mit allen Mitteln zu verhindern; andererseits erklärte Herr *Bratiano*, es sei noch nicht aufgeklärt, ob die Russen nicht aus der Bukowina abgedrängt worden seien und daher keine Absicht im Spiele sei.

Ich betonte, daß wir infolge des raschen und kategorischen rumänischen Befehls an die Russen, Rumänien zu räumen, nicht weiter über die Vergangenheit sprechen wollen, wiederholte jedoch das Ersuchen, daß Truppen in die nördliche Moldau gesendet und zweiter Versuch verhindert werde, und erhielt die positive Zusage des Herrn *Bratiano*, daß dies nunmehr erfolgen werde.

Seine Majestät, von dem ich soeben in Privataudienz empfangen wurde, wiederholte mir das gleiche Versprechen und fügte erklärend bei, es werde Kavallerie, Infanterie und auch eine Batterie in der von den Russen gefährdeten Ecke Rumäniens belassen werden, so daß jeder weitere Versuch der Russen auf Widerstand stoßen würde.

Unsere Lage im Osten beurteilt Seine Majestät der König optimistisch, worin ich ihn selbstverständlich bestärkte. Seine Majestät scheint ziemlich genau orientiert und erwartet einen baldigen Stillstand der russischen Offensive. Allerdings ließ auch Er durchblicken, daß ein Fortschritt der russischen Offensive die Situation hier verschärfen würde.

Die Anhänger *Take Jonescus* und *Filipescus* haben eine gemeinsame Sitzung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, mit allen Mitteln den sofortigen Krieg gegen die Zentralmächte zu erzwingen.

Zusammenfassend kann ich sagen, daß ich für den Augenblick keine Gefahr seitens Rumäniens sehe, daß aber ein Fortschritt der russischen Offensive selbstverständlich eine Änderung der Lage zur Folge hätte.

**Nr. MCDXLIX. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 61.**

Sinaia, 19. Juni 1916.

Bei meiner Rückkehr aus Wien habe ich die Lage hier so gefunden, wie Euer Exzellenz und meine Wenigkeit erwartet haben: gesteigerte Hoffnungen, uns bald mit Erfolg anfallen zu können, aber noch kein Entschluß, das Experiment schon jetzt zu wagen.

Der lange mündliche Gedankenaustausch, den ich mit Euer Exzellenz zu haben die Ehre hatte, macht es überflüssig, eingehender die Verfassung zu schildern, in der sich Herr *Bratiano* befindet. In wenigen Worten gesagt,

bewegt sich der Herr Ministerpräsident zwischen zwei Polen: einerseits den Moment nicht zu verpassen, noch rechtzeitig an dem von ihm erwarteten Siege der Entente teilzunehmen, andererseits denkbarst spät und daher mit möglichst geringem Risiko gegen uns loszuschlagen. Mit der ihm eigenen Geschicklichkeit windet sich Herr *Bratiano* zwischen diesen beiden Klippen durch — wartet, fürchtet und hofft.

Im allgemeinen kann man sagen, daß wir in Rumänien heute wieder ungefähr dort sind, wo wir vor einem Jahre waren. Die schon verblaßte Hoffnung auf Siebenbürgen lebt wieder auf, und die Zerschmetterung der Monarchie nimmt in der hiesigen Psyche wieder greifbare Gestalt an und wie damals so lautet heute meine Diagnose, daß die Entscheidung über die rumänische Politik auf dem Kriegsschauplatze fallen wird.

Was geschehen kann, um auf Herrn *Bratiano* verzögernd einzuwirken, wird geschehen — diplomatische Arbeit kann gefährliche Schritte Rumäniens aufschieben und verzögern — in letzter Instanz verhindern kann sie sie nicht; die durch die Kanonen geschaffenen Fakta sind viel stärker als diplomatische Kniffe, ihnen gebührt das letzte Wort und sie werden entscheiden.

In meiner vorgestrigen einstündigen Unterredung mit Herrn *Bratiano* schlug derselbe die bekannten Töne an und schilderte in grellsten Farben, wie „unendlich schwierig“ seine Situation werden müßte, falls die russische Offensive fortschreiten würde; er ließ hiebei durchblicken, daß öffentlich gemachte Anbote der Entente auf österreichisches von Russen besetztes Gebiet das Land derart erregen würden, daß er in eine äußerst bedrängte Lage käme; ich gab die Möglichkeit eines lokalen russischen Erfolges zu, erinnerte aber Herrn *Bratiano* daran, daß die Russen Czernowitz schon zweimal besetzt hatten und zweimal wieder räumen mußten (die Unterredung fand noch vor der abermaligen Einnahme von Czernowitz durch die Russen statt), und deutete meinem Mitredner an, in welche Lage er gekommen wäre, wenn er sich von den Russen hätte betören lassen und ihre früheren vorübergehenden Erfolge als dauernden Sieg eingeschätzt hätte.

Ich verließ den Herrn Ministerpräsidenten in der festen Ueberzeugung, daß er unsere Niederlage erhofft und an dieselbe glaubt, aber noch warten wird.

**Nr. MCDL. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 62.**

(Telegramm.)

Sinaia, 24. Juni 1916.

Aus dem Gewirre der sich widersprechenden Meldungen und aus den kontrastierenden Äußerungen hiesiger Politiker ein vollständig klares Bild der momentanen politischen Situation zu geben, ist wahrlich nicht leicht.

Herr *Bratiano* ist für eine Woche auf das Land gereist und empfängt niemand; die übrigen Minister, insbesondere Minister des Äußern, haben bekanntlich fast keinen Einfluß auf die äußere Politik.



Es scheint mir, daß *Bratiano* neben einer fortschreitenden russischen Offensive gewisse Maßregeln gegen Bulgarien verlangt und außerdem gewisse Munitions- und Artilleriepostulate aufrecht erhält, bevor er mit der Entente kooperieren will. Daraus ergibt sich, daß uns für den Augenblick von Rumänien keine Gefahr droht.

König beurteilt unsere militärische Lage im Osten zuversichtlich, betonte jedoch seiner Umgebung gegenüber, daß Er sehr bedauere, daß Czernowitz gefallen sei, wegen der unvermeidlichen Resonanz in Rumänien.

Die oppositionelle Agitation hält an.

Ich konkludiere, daß ich die momentane Situation hier durchaus nicht als beunruhigend betrachte, daß aber ungünstige militärische Ereignisse die Lage sehr rasch verschlechtern können.

Hingegen dürfte der eventuelle definitive Niederbruch der russischen Offensive Vertrauen in Rußland sehr stark erschüttern; denn Ansicht, daß sie den letzten großen Versuch Rußlands darstelle, ist hier allgemein verbreitet.

**Nr. MCDLI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 63.**

(Telegramm.)

Sinaia, 25. Juni 1916.

Aus guter Quelle höre ich, daß in dem letzten Ministerrate die auswärtige Lage besprochen und beschlossen worden sei, die Neutralität zugunsten der Entente zu verlassen.

Ich hielt es daher für angezeigt, sofort von Seiner Majestät dem Könige eine Unterredung zu erbitten, die mir soeben gewährt wurde und bei welcher ich obige Nachricht vorbrachte.

Seine Majestät war äußerst verlegen, erklärte, Er wisse hievon noch nichts, ein solcher Beschluß Ministerrates könnte nicht erfolgt sein, ohne daß Er Kenntnis davon erlangt hätte. Im weiteren Gespräche gab Seine Majestät zu, daß *Bratiano* sehr impressioniert sei von dem gewaltigen Ansturm der Russen, und gab auch zu, daß die Minister vielleicht die Möglichkeit besprochen hätten, gegen uns zu mobilisieren. Seine Majestät wiederholte mehrmals, ein Beschluß liege bestimmt nicht vor, und knüpfte daran mehrmals die Frage, ob wir imstande sein würden, den Russen den Uebergang über die Karpathen zu verwehren.

Ich beruhigte Seine Majestät über diesen Punkt und wies ferner nachdrücklichst darauf hin, daß die russische Offensive im Norden bereits zum Stehen gebracht sei und die Russen baldigst auch in der Bukowina aufgehalten werden würden.

Ich habe den Eindruck, daß die Nachricht tatsächlich übertrieben ist und noch kein derartiger Beschluß des Ministerrates vorliegt. Hingegen bin ich überzeugt, daß Rumänien bereits intensiv mit der Entente verhandelt, und daß weitere russische Siege die Situation hier sehr kritisch gestalten werden.

Noch niemals bisher hat Seine Majestät der König mir zugegeben, daß die Eventualität, Italiens Beispiele zu folgen, in dem Ministerrate besprochen werden könne, und sehr deutlich war zwischen den Worten des Königs der Gedanke zu lesen, daß Herr *Bratiano* ein weiteres Fortschreiten der russischen Offensive benutzen dürfte, um die Neutralität zu verlassen.

Ich habe bereits in meinem mündlichen Vortrage bei Euer Exzellenz darauf hingewiesen, daß wir mit dieser Eventualität rechnen müssen, falls wir die russische Offensive nicht aufhalten können. Ich glaube aber, daß Herr *Bratiano* vorerst mit Eifer darangeht, alle Modalitäten für diesen Fall vorzubereiten, ein rumänischer Angriff jedoch nicht unmittelbar bevorsteht.

**Nr. MCDLII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 64.**

(Telegramm.)

Bukarest, 27. Juni 1916.

Herr *Bratiano*, den ich soeben sprach, leugnet nachdrücklich irgend einen Beschluß des Ministerrates, betont jedoch demonstrativ die „Schwierigkeiten seiner Stellung, die schwieriger sei, als zur Zeit der italienischen Kriegserklärung“, und macht mich aufmerksam, daß wohl in Zukunft noch „viele ähnliche Gerüchte lanciert werden würden.“

Ministerpräsident vermied es, deutlich von einer definitiven Neutralität zu sprechen, sondern kleidet seine Absicht in den Satz: Er werde trachten, der hartnäckig auf ihn ausgeübten Kriegspression zu widerstehen.

Ich kann als Gesamteindruck der hiesigen Lage nur meine frühere Meldung wiederholen und meiner Ansicht Ausdruck geben, daß noch kein *fait accompli* vorliegt, die Neutralität gegen uns zu verlassen, daß aber Herr *Bratiano* sich ernstlich mit diesem Gedanken befaßt und die Lage unbedingt kritisch werden würde, wenn die Russen nach Ungarn eindringen sollten.

Vide 63.

**Nr. MCDLIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 65.**

(Telegramm.)

Bukarest, 27. Juni 1916.

Ich erfahre von einer in der Regel vorzüglich informierten Seite, daß Rumänien nunmehr große Mengen von Munition auf dem Wege über Rußland erhalten soll, ferner einige schwere Batterien aus Frankreich.

Die Bestellungen dürften zum Teile die Ladungen der Schiffe bilden, die in Archangelsk und Wladiwostok angekommen sein sollen, zum Teile auf der „Bistritza“ verladen sein.

Sollte, wie ich erwarte, Rußland den Transit gestatten, so ist dies ein klarer Beweis für die politische Lage.

**Nr. MCDLIV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 66.**

Sinaia, 28. Juni 1916.

Wie ich in allen meinen einschlägigen Telegrammen der letzten Tage gemeldet habe, hat Herr *Bratiano* nicht die Absicht, sofort gegen uns loszuschlagen, bereitet sich jedoch politisch und militärisch auf diese Eventualität vor.

Er tut dies, indem er in regen Verhandlungen mit der Entente steht. Soviel ich erfahren konnte, sind die Postulate Herrn *Bratianos* ungefähr folgende:

I. Eine allgemeine Offensive der Entente und ein siegreiches weiteres Vordringen der russischen Kräfte.

II. Eine Rückendeckung gegen Bulgarien.

III. Siebenbürgen, das Banat und die Bukowina als Preis für die Kooperation.

IV. Die rumänische Kriegserklärung erfolgt nur an die Monarchie und nicht an Deutschland.

V. Lieferung von Munition und Artillerie.

Ob diese Postulate genau so lauten, kann ich allerdings nicht sagen, aber daß sie ungefähr den Rahmen der *Bratianoschen* Wünsche enthalten, ist sicher.

Aus diesen Bedingungen läßt sich sehr leicht die zu erwartende Politik Rumäniens bestimmen. Vor allem ist es klar, daß die weiteren militärischen Ereignisse, und zwar insbesondere an der Ostfront, maßgebend für die Haltung Rumäniens sein werden. Verlieren wir weiter an Terrain und gelangen die Russen nach Ungarn, so wird die Situation unbedingt sehr kritisch werden.

Andererseits sprechen gewisse Momente dafür, daß Herr *Bratiano* noch einige Wochen vor sich haben möchte, bevor er den entscheidenden Schritt wagt. Erstens kann Rumänien die geforderte Artillerie und Munition nicht vor sechs bis acht Wochen erhalten, zweitens dürften die von *Bratiano* geforderten militärischen Erfolge der Entente wohl auch im schlechtesten Falle nicht über Nacht hereinbrechen und — last not least — steht die Ernte vor der Türe, die Herr *Bratiano* gerne abwarten möchte. Daraus folgt, daß das kritische Stadium im Kopfe Herrn *Bratianos* ungefähr in die zweite Hälfte August fallen dürfte, immer vorausgesetzt den Fall, daß unsere militärische Gesamtlage der rumänischen Regierung den ventilierten Verrat möglich scheinen läßt.

Einige Details der Vorgänge scheinen noch von Interesse, so insbesondere das angebliche neue Postulat *Bratianos*, den Krieg nur an uns, nicht aber an Deutschland erklären zu wollen. Der König ist eine schwache Hilfe für unsere Sache, weil er — wie bekannt — neben *Bratiano* eine verschwindende Rolle spielt; dennoch dürfte das Sträuben des „Hohenzollern“, diesen schmählischen Verrat an seinem eigenen Blute zu begehen, von einer gewissen Bedeutung sein.

Nicht uninteressant ist ferner die mir aus guter Quelle zukommende Nachricht, daß Rußland sich geweigert haben soll, die verlangte Artillerie und Munition zu liefern, bevor nicht eine bindende Erklärung Herrn *Bratianos* vorläge, auch wirklich in Aktion zu treten, und daß Englands Einfluß es erreicht hat, die St. Petersburger Bedenken zu zerstreuen. Rußland traut Herrn *Bratiano* also auch nicht mehr als wir!

**Nr. MCDLV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 67.**

(Telegramm.)

Bukarest, 30. Juni 1916.

Herr *Bratiano* entwickelte mir heute seine Lage folgendermaßen: Seine Situation sei furchtbar schwierig. Er könne jede Minute von der Bukowina Besitz ergreifen, tue es trotzdem aber nicht. Anders würde die Sache stehen, wenn die Russen nach Siebenbürgen kämen, dann würde hier ein solcher Sturm entstehen, daß seine Situation unhaltbar werden würde.

Er habe in früheren Epochen in verschiedenen Stadien gezeigt, daß er neutral bleiben wolle und vergangene bedrängte Situation der Monarchie nicht ausgenützt; die Besetzung Siebenbürgens aber würde eine viel größere Schwierigkeit darstellen als die früheren Stadien.

Er werde für die Neutralität jedoch „kämpfen“, solange er könne.

Eine Kooperation zwischen ihm und *Tacke Ionescu*, von der man hier spricht, sei ausgeschlossen. Die großen Munitionsvorräte — so deutete Herr *Bratiano* an — würde er jetzt bedingungslos von Rußland erhalten.

Immer wieder und mit offener Absicht betont Herr *Bratiano*, daß die russische Offensive bald aufgehalten werden müßte, wobei er von unserem Rückzuge bei Kolomea sprach und dergleichen machte, sehr erfreut zu sein, von mir zu hören, daß dies bloß ein lokaler russischer Erfolg und die russische Offensive bereits zum Stehen gebracht sei, sowie daß in wenigen Wochen das ganze Bild ein anderes sein werde.

Ich habe den Eindruck, daß das Land viel ruhiger ist als zuvor und Herr *Bratiano* nur von der allgemeinen ihn treibenden Erregung spricht, um seine eigenen Wünsche und Absichten zu verbergen.

Ich glaube, daß das kritische Stadium nach der Absicht Herrn *Bratianos* in ungefähr sechs bis acht Wochen, das heißt nach der Ernte und nach dem Eintreffen der Munition aus den russischen Häfen eintreten dürfte; es soll die Absicht bestehen, durch sechs Wochen täglich je 15 Waggons von Archangelsk und Wladiwostok nach Rumänien zu liefern, in welchem Falle die rumänische Artillerie dann nach Andeutungen rumänischer militärischer Kreise über zirka 3000 Schüsse pro Kanone verfügen würde.

Wir rechnen, daß diese Lieferungen zweite Hälfte August bewerkstelligt sein könnten.

Ich kann Euer Exzellenz leider meinen Eindruck nicht verhehlen, daß die Situation hier mit jedem Tage kritischer wird. Die Entscheidung steht



zwar nicht unmittelbar bevor, jedoch verschärft sich die Situation und meine heutige Unterredung mit Herrn *Bratiano* hat mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Ministerpräsident noch niemals seit Kriegsbeginn so nahe daran war, die Neutralität verlassen zu wollen als jetzt.

Natürlich würde ein wesentlicher Umschwung auf dem Kriegstheater die Situation auch hier sofort völlig ändern; wenn dieser Umschwung nicht in absehbarer Zeit eintritt, erscheint eine pessimistische Auffassung bezüglich Rumäniens gerechtfertigt.

**Nr. MCDLVI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 68.**

Sinaia, 1. Juli 1916.

Wenn es für mich noch eines Beweises bedurft hätte, daß Herr *Bratiano* seine große Stunde kommen fühlt, so hätte meine gestrige Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten mir diesen Beweis erbracht.

Ich habe bereits anläßlich meines mündlichen Vortrages bei Euer Exzellenz darauf hingewiesen, welch großer Unterschied in der rumänischen Psyche zwischen früher und jetzt besteht, und betont, daß die Rumänen es nicht mehr ertragen werden, die Russen in die Monarchie weiter vordringen zu sehen. Als die Russen in Lemberg und Przemyśl standen, als sie gegen Breslau marschierten, war die Situation hier besser als heute, weil Herr *Bratiano* nicht an ein Definitivum glaubte, während er heute das Ende des Krieges herannahen fühlt, ein Ende, bei dem er um jeden Preis dabei sein will.

Es gelang mir gestern, ihn sprechen zu machen, besser und deutlicher als seit langem. Herr *Bratiano* begann die „furchtbaren internen Schwierigkeiten“ zu beleuchten, die er habe, um den „Kriegshetzern zu widerstehen“, und erschöpfte sich in der Aufzählung seiner Verdienste, die er in der Vergangenheit um die Erhaltung der Neutralität gesammelt hätte. Nun besteht momentan weder eine Aufregung noch eine Kriegshetze, wenigstens in viel geringerem Maße, als sie die letzten zwei Jahre bestanden hat. Die Herren *Filipescu* und *Jonescu* sind relativ ruhig, sie melden sich kaum, natürlich nur weil sie wissen, daß sie so gut wie am Ziele, und weitere Austreibungen völlig überflüssig sind.

Ich machte denn auch Herrn *Bratiano* in freundlicher Form darauf aufmerksam, daß seine Politik der letzten zwei Jahre ihm das Vertrauen des Landes erobert habe, welches ihm in voller Zuversicht und ohne Einmischungen die Führung überlasse, und drückte dem Herrn Ministerpräsidenten meine Bewunderung aus, daß er das Land in den verschiedenen kritischen Momenten der Vergangenheit vor einer Katastrophe und davor bewahrt habe, in einen aussichtslosen Krieg mit den Zentralmächten verwickelt zu werden. Und da entfuhr Herrn *Bratiano* ein Wort, welches wie ein elektrischer Scheinwerfer seine Auffassung beleuchtete. „Was Sie sagen, ist ganz richtig; aber dies-

mal ist es nicht mehr dasselbe. Der Krieg geht seinem Ende entgegen“ (*C'est bien vrai ce que vous dites, mais cette fois-ci n'est plus du tout la même chose. La guerre touche à sa fin*) und darauf ließ er einige Bemerkungen fallen, daß unser erschöpftes Menschenmaterial ganz unerschöpflichen Massen der Entente und besonders Rußlands gegenüberstände.

Herr *Bratiano* hörte meine Replik ruhig an. Ich entwickelte, wie falsch seine Auffassung sei, welch starke Reserven Deutschland und wir noch im Lande haben, wie gefestigt und einig wir daständen, während sich im feindlichen Lager gewaltige Zersetzungerscheinungen zeigen, und wies mit positiver Gewißheit darauf hin, daß schon die allernächsten Wochen ein ganz verändertes Bild zeigen würden.

Herr *Bratiano* war meinen Ausführungen nicht ganz unzugänglich und gab auch zu, daß in Rumänien selbst eine Strömung für die Neutralität sei, wie die gestrige große sozialdemokratische Demonstration bewiesen habe.

Wir lassen uns aber durch diese Ausführungen Herrn *Bratianos* nicht irre führen; dieser schlaue Politiker, der immer noch einige Wochen Zeit gewinnen will, ist sehr froh, der ihn drängenden Entente gegenüber darauf hinweisen zu können, daß er „gegenüber der pazifistischen Strömung im Lande, die keinen Krieg will“, große Schwierigkeiten habe. Der Ministerpräsident glaubt sicherer denn je, daß es ihm baldigst vergönnt sein wird, einen militärischen Spaziergang nach Siebenbürgen zu machen; noch scheint ihm die Frucht nicht ganz reif.

Die Lage ist kritisch. Einige Wochen wird sich — wenn nichts Unerwartetes eintritt — Rumänien noch ruhig halten lassen, dann nicht mehr, wenn die Kriegslage sich nicht ändert und unser Zurückweichen andauert.

Es ist meine Pflicht, Euer Exzellenz meine Anschauung ganz offen klarzulegen, so unangenehm sie leider auch berühren muß. Ich weiß mich ebenso frei von Schwarzseherei wie von jenem Optimismus, der sich einredet, eine Gefahr bestünde nicht, wenn man die Augen zumacht und sie nicht sehen will.

Wie heute alles in Europa, so ist die rumänische Politik die unmittelbare und direkte Reflexerscheinung der militärischen Vorgänge, noch viel unmittelbarer und noch viel direkter als voriges Jahr, weil hier alle Welt glaubt, daß das letzte Kapitel des großen Dramas begonnen hat.

Dieser einzige Satz enthält eigentlich alle von hier aus mögliche Berichterstattung: Werfen wir die Russen zurück oder halten wir sie definitiv auf, wird Rumänien weiter warten, im entgegengesetzten Falle müssen wir mit dem Kriege gegen Rumänien rechnen.

**Nr. MCDLVII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 69.**

(Telegramm.)

Sinaia, 7. Juli 1916.

Ich erfahre aus der Regierung nahestehenden Kreisen, daß die Entente einzeln (nicht kollektiv) Rumänien habe sagen lassen, wenn dasselbe jetzt

nicht miteingreife, werde sich die Entente bei Friedensschluß nicht um Rumänien kümmern.

In dem darauf einberufenen Ministerrate hätten sich alle Minister — mit Ausnahme des Finanzministers — auf den Standpunkt Herrn *Bratianos* gestellt, daß Rumänien momentan die Neutralität bewahren müsse. Der Finanzminister plädierte für den Eintritt in Aktion und ferner dafür, daß *Filipescu* in das Kabinett aufgenommen werde. Auch letzteres wurde mit allen gegen seine Stimme abgelehnt.

**Nr. MCDLVIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 70.**

(Telegramm.)

Sinaia, 12. Juli 1916.

Laut übereinstimmenden Meldungen haben alle Bürgermeister Rumäniens den geheimen Auftrag erhalten, für hinreichende Lebensmittelvorräte zu sorgen, da die ersten Wochen nach einer Mobilmachung auf keine Zufuhr vom Lande gerechnet werden könne.

Die Laternen der Straßen Bukarests wurden abgeblendet, um bei Fliegerangriffen kein Licht nach oben zu werfen.

Außer diesen Symptomen habe ich keine neuen nennenswerten Anzeichen für ein Verlassen der Neutralität, außer daß verschiedene Offiziere an der Donau liegender Regimenter ihre Familien wegsenden, was aber schon einmal der Fall war.

Herr *Bratiano* sagte mir heute, er habe aus der österreichisch-ungarischen Regierung nahestehenden Kreisen die Nachricht erhalten, ich hätte Euer Exzellenz gemeldet, Rumänien werde uns in wenigen Wochen den Krieg erklären und verlangte eine Aufklärung.

Ich erwiderte, ich hätte Euer Exzellenz selbstverständlich dergleichen nicht gemeldet, es sei übrigens klar, daß der wirkliche Inhalt meiner Meldungen niemandem bekannt werde, der sie weiter erzählen würde, es liege also offenbar eine Vermutung vor, die nicht durch meine Berichte, aber durch Herrn *Bratiano*s Benehmen begründet sei. Ich entwickelte Herrn *Bratiano* alle seine mir bekannten Kriegsvorbereitungen, die feindliche Haltung Finanzministers und bat ihn, er möge mir einen Bericht mit den wahren Motiven an Euer Exzellenz diktieren. Der Ministerpräsident erwiderte, er leugne die Kriegsvorbereitungen nicht, diese seien notwendig, da er sich sonst der Opposition gegenüber nicht halten könne; er könne auch nicht verschweigen, daß sein Stand furchtbar schwer werden würde, wenn die Russen weiter vordringen. Ich sei ein Optimist, die Lage sei nach russischen Meldungen anders und viel weniger günstig für uns.

Betreffs *Costinescus* gab Herr *Bratiano* zu, daß dieser vielleicht in der von mir behaupteten Weise spreche, er könne daran nichts ändern.

Der von mir bezüglich der neuen Ernte interpellierte Ackerbauminister erklärte auf das bestimmteste, nicht hinter unserem Rücken mit der Entente

verhandeln zu wollen, jedoch darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die Entente uns Konkurrenz mache, daher über die Modalitäten noch nichts gesagt werden könne.

In vier Wochen, wenn die einschlägigen Verhandlungen beginnen sollen, werden wir jedenfalls klarer erkennen können, ob wir noch weiter mit der Neutralität Rumäniens rechnen können oder nicht: bis dahin glaube ich nicht an eine ernste Gefahr — wie ich wiederholt gemeldet habe —, wenn nicht eine unerwartete Wendung am Kriegsschauplatze eintritt.

**Nr. MCDLIX. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 71.**

(Telegramm.)

Sinaia, 12. Juli 1916.

Von einem verlässlichen Gewährsmanne erfahre ich, daß die von der rumänischen Regierung in Frankreich und England bestellte schwere Artillerie in kürzester Zeit zur Ablieferung gelangen soll. Die zur Uebernahme der Geschütze bestimmten Offiziere sollen schon designiert sein.

Aus derselben Quelle höre ich, daß die Verhandlungen über von Rußland noch beizustellende Remonten einer für Rumänien günstigen Erledigung entgegengehen.

**Nr. MCDLX. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 72.**

(Telegramm.)

Sinaia, 17. Juli 1916.

28 Waggons Artilleriematerial, angeblich Munition, sind an der russisch-rumänischen Grenze angekommen; zu ihrer Uebernahme sind rumänische Offiziere dahin abgegangen.

**Nr. MCDLXI. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 73.**

Wien, 18. Juli 1916.

Ich habe bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß Herr *Bratiano* mit den Ententekabinetten neuerdings in einem Gedankenaustausche steht über die Bedingungen, unter denen Rumänien sich vertraglich verpflichten würde, an der Seite unserer Feinde in den Krieg einzutreten. Als nächste Phase kämen dann die Besprechungen der Grundlagen des Vertrages in Betracht.

Ob Herr *Bratiano* heute schon den festen Entschluß gefaßt hat, diese Verhandlungen zu einem baldigen Abschlusse zu bringen, wie dies die Entente angeblich dringend verlangt, oder ob er damit vorderhand nur wieder die Taktik befolgt, sich durch Hinhalten der Entente etwaigen unerwünschten Pressionen von ihrer Seite zu erwehren und die für Rumänien so wichtige Entscheidung noch hinauszuschieben, sind wir nicht in der Lage zu entscheiden.



Wie dem auch sei, zwecklos müßte es erscheinen, Herrn *Bratiano* von eventuellen weiteren Schritten, die sein Land endgültig unseren Gegnern zuführen würden, durch das Vorhalten moralischer Bedenken abzuhalten.

Was aber Seine Majestät den König betrifft, so liegen die Dinge vielleicht doch anders.

Wenn wir auch den eventuellen Widerstand König *Ferdinands* gegen einen unverhüllten Vertragsbruch bei der wenig selbstsicheren und wenig energischen Natur Seiner Majestät nicht allzu hoch in Anschlag zu bringen vermöchten, so dürfte es sich doch für alle Fälle empfehlen, einen Versuch zu unternehmen, Seiner Majestät dem Könige das moralisch Erdrückende eines krassen Wortbruches wieder einmal vor Augen zu führen.

Wir haben uns mit dem zu Anfang des Krieges gefaßten Beschlusse des rumänischen Kronrates abgefunden, in Uebereinstimmung mit dem verstorbenen Könige *Carol* aber festgestellt, daß durch diese Entscheidung der Bestand des Bündnisses nicht berührt würde.

Es schiene mir erwünscht, wenn Euer Exzellenz gelegentlich Seiner Majestät dem Könige gegenüber dieses Thema berühren würden. Gesprächsweise ließe sich dabei einfügen, daß unser Vertrag das gegenseitige Versprechen der Vertragsschließenden enthält, kein Bündnis oder keine Verpflichtung einzugehen, welche gegen einen ihrer Staaten gerichtet wären, und daß wir, als wir mit anderen Staaten in ein neues Vertragsverhältnis traten, auf das peinlichste darauf bedacht waren, unseren Vertragsverpflichtungen Rumänien gegenüber Rechnung zu tragen.

**Nr. MCDLXII. Baron Burián an Gottfried Prinzen zu Hohenlohe.**

**Rb. Rum. 74.**

Wien, 18. Juli 1916.

Auszug.

Im Nachstehenden gebe ich Euer Durchlaucht einen Ueberblick über die Lage Rumäniens, wie sie sich mir heute in Ansehung des Eintrittes dieses Landes in den Krieg gegen uns teils aus der Berichterstattung Grafen *Czernins*, teils aus anderen glaubwürdigen Informationen darstellt.

In der Zeit, als die k. u. k. Truppen sich vor überlegenen russischen Kräften aus der Bukowina zurückzogen, wandten sich die Ententeregierungen in Bukarest an Herrn *Bratiano*, um ihm klarzumachen, daß nun der Augenblick gekommen sei, wo Rumänien in seinem eigenen Interesse an der Seite der Entente in den Krieg eintreten sollte.

Herr *Bratiano* nahm diese Mitteilungen gleicherweise mit der Bemerkung zur Kenntnis, daß er die Sache einer reiflichen Prüfung unterziehen müsse. In der Folge äußerte er sich dahin, daß Rumänien, ohne das ihm zur Kriegführung nötige Kriegsmaterial in Händen zu haben, aus der Neutralität nicht heraustreten könnte. Nur wenn es sich etwa um einen ganz kurzen Krieg handeln würde, könnte Rumänien davon absehen. Die Kriegs-

lage wäre aber heute keine solche, die ein rasches Ende des Krieges voraussehen ließe. Erst die nächsten Wochen würden zeigen, ob die bisher allerdings erfolgreiche russische Offensive sich zu einer auf die Herbeiführung endgültiger Kriegsergebnisse angelegten entwickeln werde, dann werde der Moment der Entscheidung für Rumänien gekommen sein.

Trotz dieser Vorbehalte formulierte Herr *Bratiano* bereits die Bedingungen, unter denen Rumänien an der Seite der Entente in den Krieg treten würde.

Die dem rumänischen Ministerpräsidenten schon vorgelegten Grundlagen, auf denen ein Abkommen mit Rumänien hergestellt werden könnte, enthalten angeblich nachstehende Punkte: Geheimhaltung des Abkommens; Zusicherung an Rumänien bestimmter Territorien der österreichisch-ungarischen Monarchie; Abschluß einer Militärkonvention zwischen dem rumänischen und dem russischen Generalstabe; freier Durchzug der russischen Truppen durch Rumänien; Fixierung eines möglichst kurzen Termines zwischen Abschluß des Abkommens und dem Eintritte Rumäniens in den Krieg.

Die Entente, die mit einer gewissen Angst *Bratianos* vor Bulgarien rechnet, trägt sich mit der Absicht, die wiederholt angekündigte Offensive des Generals *Sarrail* in nächster Zeit tatsächlich auszuführen. Dadurch soll Rumänien von den Befürchtungen befreit werden, die es rücksichtlich einer Bedrohung durch Bulgarien hat, und es soll der Druck der Entente durch ein gleichzeitiges weiteres Vordringen der Russen auf dem Bukowinaer und dem galizischen Kriegsschauplatze ein so starker werden, daß Rumänien, wenn Herr *Bratiano* selbst in jenem Augenblicke noch zögern sollte, sich ihr anzuschließen, unabhängig von ihm zum Eingreifen in den Krieg sich veranlaßt sehen würde.

Das Abkommen mit Rumänien wird — wie oben erwähnt — den freien Durchzug der Russen durch das Königreich vorsehen; damit würde die von Herrn *Bratiano* schon öfters gestellte Bedingung erfüllt, daß russische Truppen bei der Verteidigung Rumäniens gegen die Bulgaren in wirksamer Weise mithelfen. Eine uns zugekommene spezielle Information, wonach Vorbereitungen der Russen an der unteren Donau (z. B. Eindecken von Schlepps zur Beförderung von Mannschaften) auf die Absicht eines Durchmarsches durch Rumänien und eines Angriffes gegen Bulgarien hinweisen, erhärtet obige Ausführung. Was nun die Geschützlieferungen an Rumänien anlangt, so soll der erste Transport bereits an der rumänischen Grenze eingetroffen sein.

Ich ersuche Euer Durchlaucht, von vorstehenden Darlegungen dem Herrn Reichskanzler vertraulich Kenntnis geben zu wollen. Die angeführten Tatsachen sprechen für sich.

**Nr. MCDLXIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 75.**

(Telegramm.)

Sinaia, 18. Juli 1916.

Finanzminister ist hier eingetroffen.

Ich hatte mit ihm lange Unterredung.

Herr *Costinescu* erklärte feierlich, er sei mit seinen Kollegen einig, daß die Neutralität Rumäniens erhalten bleiben solle. Es sei nicht wahr, daß er zum Kriege treibe. Nach Bessarabien zu marschieren, wäre ein Wahnsinn und auch Siebenbürgen käme momentan nicht in Betracht, da der Krieg noch sehr lange dauern werde. Natürlich würden die Zentralmächte schließlich unterliegen, aber es sei möglich, daß Deutschland dies rechtzeitig einsehen und einen akzeptablen Frieden vorschlagen werde. In diesem Falle werde sich nicht viel in Europa ändern und Rumänien gut getan haben, neutral geblieben zu sein.

Der Druck der Entente sei gegenwärtig allerdings stark, aber auch ihre rumänischen Anhänger hätten eingesehen, daß bis zum Herbst nichts zu machen sei, und in einigen Wochen könne vieles anders sein.

Wir kamen dann auf eventuellen russischen Durchmarsch zu sprechen. Finanzminister sagte, er glaube nicht an solchen Versuch, falls Rußland aber mit starken Kräften einmarschiert, könne sich Rumänien natürlich nicht wehren, sondern werde es dulden müssen; wenn wir dann ebenfalls in das Land kämen, werde sich Rumänien dem Sieger anschließen; die Rolle Griechenlands sei keine angenehme, aber es sei nicht ausgeschlossen, daß Rumänien in die gleiche Lage käme.

Mein Gesamteindruck der Konversation ist, daß Finanzminister sehnlichst hofft und auch glaubt, daß die Ereignisse sich bald derartig gestalten werden, daß Rumänien ziemlich gefahrlos in Siebenbürgen einmarschieren wird können und daß er es auch nicht ungern sehen würde, wenn Rußland gegen Rumänien einen Gewaltstreich ausführen würde.

#### **Nr. MCDLXIV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 76.**

(Telegramm.)

Sinaia, 19. Juli 1916.

Man hofft hier offenbar, daß die Ablieferung der ausländischen Munition und entscheidende russische Erfolge in der zweiten Hälfte August zusammenfallen dürften, und will für diesen Fall bereit zum Kriege sein.

Die zahlreichen an unserer Grenze stehenden Truppen sind ohnehin bereits auf Kriegsstand. Die in anderen Zonen stehenden Truppen dürften nicht weit von ihren Ausrüstungsstationen mit hohen Ständen üben, um im Bedarfsfalle rasch zur Hand zu sein.

Ich glaube zwar nicht, daß ein Angriff auf uns bereits festgesetzt wurde, glaube aber, daß alle Vorbereitungen für diese Eventualität getroffen werden.

Ich bleibe daher bei meiner wiederholt gemeldeten Ansicht, daß noch kein *fait accompli* geschaffen ist, daß sich Rumänien jedoch intensiv darauf vorbereitet, uns, wenn die allgemeine Lage danach ist, in ungefähr 4 Wochen anzufallen.

**Nr. MCDLXV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 77.**

(Telegramm.)

Sinaia, 20. Juli 1916.

Herr *Bratiano* sagte, daß die kursierenden Gerüchte über eine bevorstehende Probemobilisierung nicht richtig wären, doch sei es wahr, daß im August Truppenübungen vorgenommen werden. Ich schöpfe aus allem den Eindruck, daß man hier, um für alle Fälle größere Kräfte konzentriert zu haben, wahrscheinlich für Mitte August eine größere Kriegsbereitschaft der Armee anstreben dürfte.

**Nr. MCDLXVI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 78.**

(Telegramm.)

Bukarest, 26. Juli 1916.

Ich glaube Euer Exzellenz Intentionen zu entsprechen, indem ich einerseits Herrn *Bratiano* klarmache, daß wir auf alle Eventualitäten gefaßt sind, andererseits ihm aber durch eine freundschaftliche Behandlung zeige, daß er den Rückzug zu uns immer noch offen hat, da ich ihn sonst in die Arme der Entente treiben würde.

Ich habe versucht, in meiner heutigen langen Ausführung beiden Standpunkten Rechnung zu tragen.

*Bratiano* führte Folgendes aus: Er leugne nicht, daß, wenn die Monarchie zugrunde geht, er Siebenbürgen für Rumänien haben wolle. Er sei aber überzeugt, dies werde nicht eintreten; denn die Monarchie und Deutschland zusammen stellten eine solche Kraft dar, die nicht zu zerschmettern sei. Er leugne ferner nicht, daß er der Entente sage, daß er bei der Zerteilung der Monarchie dabei sein werde, und daß er sich ihr Wohlwollen erhalten wolle, schon wegen der Munitionslieferung. Er habe sich aber in keiner Beziehung gebunden und würde eher seine Demission geben, als jetzt in den Krieg einzugreifen. Er könne dies der Entente und der Opposition nicht sagen, da er sonst die Revolution im Lande hätte, er könne nichts anderes machen, als den Termin fort und fort verschieben, bis die für uns wieder günstigere militärische Lage die Erregung im Lande abflauen mache.

Er sei immer mehr und mehr überzeugt, daß der Krieg noch lange dauern und resultatlos enden werde, und nur auf diese Art und Weise könne er das Land vor der Revolution bewahren.

Daß er ebensowenig wie irgend ein anderer Staatsmann passiv bleiben könne, wenn die Russen „gegen Budapest“ marschieren, sei wahr, aber das sei nur eine theoretische Frage.

Auf meine sehr freundschaftlich, aber sehr deutlich vorgebrachten Andeutungen über Notwendigkeit von Verteidigungsmaßregeln an unserer Grenze erwiderte der Ministerpräsident, er wisse ganz genau, daß wir keine Offensivabsicht hätten. Bezüglich der Manöver handle es sich um ein Mißver-



ständnis. Er wolle gar keine vornehmen, sondern lediglich kleine Brigadeübungen wie alle Jahre, auch voriges Jahr. *Iliescu* werde bestimmt nicht Chef des Generalstabes werden.

Mein Gesamteindruck ist: Es ist noch kein *fait accompli* geschaffen und der Ministerpräsident beabsichtigt, die nächste Zeit noch nicht einzugreifen. Ob die Neutralität anhält und wie lange sie anhält, hängt ausschließlich von den Kriegereignissen ab.

Die einstündige Unterredung trug einen sehr freundschaftlichen Charakter.

**Nr. MCDLXVII. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 79.**

(Telegramm.)

Wien, 27. Juli 1916.

Es ist sehr richtig. Herrn *Bratiano* einerseits die Entschlossenheit vor Augen zu halten, mit der wir allen Eventualitäten zu begegnen gesonnen sind, andererseits bei ihm den Eindruck wach zu erhalten, daß er für freundschaftliche Beziehungen zu uns den Weg noch immer offen findet. Dieser doppelte Gesichtspunkt, unter dem Sie Ihre Konversation mit dem Herrn Ministerpräsidenten geführt haben, findet meine volle Billigung.

Vide 78.

**Nr. MCDLXVIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 80.**

(Telegramm.)

Sinaia, 27. Juli 1916.

In der Audienz, die Seine Majestät mir gewährte, sprach ich im aufgetragenen Sinne.

Seine Majestät der König verhielt sich ziemlich passiv hiebei und betonte nur, Er habe ganz die gleichen Ansichten wie Sein Onkel, obzwar weniger Autorität als dieser. Er schien damit sagen zu wollen, daß er keinen Vertragsbruch begehen werde.

Der Druck der Entente sei sehr groß. Er glaube nicht, daß Herr *Bratiano* sich zu weit engagiere, aber, auch wenn dies der Fall sei, so binde das nicht den König. Bezüglich der Tendenz *Bratianos* meinte der König, derselbe wolle wohl bei einer eventuellen Zerteilung der Monarchie dabei sein, nicht aber sie herbeiführen. (Seine Majestät konstruierte hierin einen großen Unterschied, obwohl das „Dabei sein“ wohl davon abhängig sein dürfte, daß die Zerteilung „mit herbeigeführt“ worden ist).

Sehr abfällig betonte Seine Majestät die Redereien und Hetzereien im Lande, das sich „im Fieber befinde“. In der militärischen Lage habe sich trotz kleiner Erfolge der Entente weder im Osten noch im Westen viel geändert. Rußland habe aber noch sehr viel Menschenmaterial, aber Mangel an Offizieren. Einen russischen Durchmarsch werde Rumänien nicht zulassen.

Für mich ist es zweifellos, daß der König momentan nicht daran denkt, die Neutralität zu verlassen, und es nur dadurch geschehen könnte,

daß Herr *Bratiano* ihn vor ein fait accompli stellt. Aber auch letzteres glaube ich für den Augenblick nicht.

Vide 73.

**Nr. MCDLXIX. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 81.**

Sinaia, 29. Juli 1916.

Um die verblüffend zynische Offenheit, welche Herr *Bratiano* in seiner vorletzten Unterredung mit mir an den Tag legte, zu erklären, bedarf es einiger erläuternder Worte und eines Hinweises auf die Art und Weise, wie ich die Konversation einzuleiten mich bemüßigt fand. Ich sagte dem Herrn Ministerpräsidenten, daß ich den Eindruck habe, daß dies vielleicht eine der letzten Unterredungen zwischen uns sei. Es sei mir eine Genugtuung, in den drei Jahren meines hiesigen Aufenthaltes mit ihm auf wirklich intimeren Freundschaftsfuß gekommen zu sein, und es wäre unserer beider unwürdig, zum Abschlusse nicht ganz offen zu sein. Ich wisse, daß er den Krieg vorbereite. Er verhandle mit der Entente, alle seine Intimen erklärten die Mobilisierung als unmittelbar bevorstehend, er selbst erzeuge absichtlich die öffentliche Meinung derart, daß Bukarest bereits einem Narrenhause gleiche etc.; wir wollten das alte Thema der Bündnispflicht und der politischen Moral nicht wieder anschneiden, aber er möge wissen, daß wir einer Kriegserklärung sehr kalt ins Auge sehen. Dies brachte ich in einer Form vor, die, glaube ich, nicht schroff erschien.

Herr *Bratiano* ging sofort auf diesen freundschaftlichen Ton ein. Er habe mich niemals belogen. Er habe mir niemals verheimlicht, daß, wenn die Monarchie zerfalle, Rumänien „dabei sein wolle“ (que la Roumanie ne peut pas rester à l'écart). Siebenbürgen dürfe in diesem Falle nicht mehr bei Ungarn bleiben. Aber das sei keine Spezialpolitik von ihm, *Bratiano*; kein rumänischer Politiker sei imstande, Rumänien aufzuhalten, wenn die Russen „gegen Budapest“ marschieren. Daß dies geschehe, glaube er allerdings nicht (hier log der Ministerpräsident), sondern la fin de la guerre en queue de poisson, ohne territoriale Veränderungen, werde immer wahrscheinlicher. Er habe meine Berichte an Euer Exzellenz nicht gelesen, er vermute aber, daß ich melde, daß er, *Bratiano*, der Entente gegenüber ganz anders spräche. Das sei auch wahr. Er lasse der Entente die Hoffnung, daß Rumänien noch an ihrer Seite fechten werde. Dies tue er aber nur aus internen Gründen, um die Revolution zu verhindern (hier log Herr *Bratiano* das zweite Mal), und er verschiebe das Eingreifen Rumäniens von Termin zu Termin, „um uns Zeit zu lassen, die militärische Lage wieder zu verbessern und dadurch die rumänische Kriegslust abzukühlen“ (diese dritte Lüge war direkt grotesk). Die Munition, die er bereits vor langem bezahlt habe, wolle er haben und natürlich könne er sie nur bekommen, wenn die Entente ihm wohlwollend gesinnt sei. Momentan denke er nicht an einen Krieg, nicht wegen unserer Verteidigungsmaßregeln, sondern weil er gar nicht

beabsichtige, unsere Situation zu erschweren, und — wie gesagt — nur dabei sein wolle, wenn unsere Niederlage so wie so unabänderlich sei. (Dieses Geständnis, welches auf deutsch heißt, er wolle Siebenbürgen ohne Krieg bekommen, das heißt nicht erobern, sondern stehlen, war zwar für uns nichts Neues, aus seinem Munde aber doch nicht ohne Interesse). Hieran anknüpfend, erschöpfte sich Herr *Bratiano* in Details über die Schwierigkeiten seines Kampfes für die Neutralität und wollte wissen, ob ich denn dies nicht einsehen könne.

Ich ging bis zu einem gewissen Grade auf Herrn *Bratianos* Ideen ein. Ich glaube, Herr *Bratiano* darf nicht meinen, daß er den Rückweg zu uns für immer verloren hat, er muß glauben, daß wir ihm aufsitzen und in ihm einen gewissen Anker der Neutralität sehen. Ich erwiderte denn, natürlich sei seine Lage sehr schwierig, seine Ideen mit den „Russen vor Budapest“ kämen mir aber komisch vor. Das werde er nicht erleben und der Glaube, „die Zentralmächte wären besiegt“, könne in einem gegebenen Momente für das kleine Rumänien verhängnisvoll werden. Ich könne ihm da nur eine sehr genaue Kontrolle vor der Tat empfehlen, denn der für tot gehaltene Löwe könne mit einem Tatzenschlage aus Rumänien ein Serbien machen.

Die einstündige Konversation schloß in der freundschaftlichsten Form und Herr *Bratiano* bemühte sich sogar, einige sentimental herzliche Töne anzuschlagen.

So weit die Unterredung. Entkleidet man die Erklärungen Herrn *Bratianos* von den lügenhaften Paraphrasen, so ergibt sich die Lage, wie folgt: Herr *Bratiano* ist fest davon überzeugt, daß unser Niederbruch bevorsteht. Er wird aber vorerst noch etwas warten. Wie lange, steht dahin. Jedenfalls nur so lange, als er uns fürchtet, keine Minute länger.

In ihm die Ueberzeugung zu erhalten, daß sein Verrat damit beantwortet werden wird, daß auch deutsche Truppen nach Siebenbürgen geworfen werden und eine halbe Million Bulgaren ihm in den Rücken fallen, ist jetzt ungefähr das Um und Auf der hiesigen Politik.

Mit dem Könige sprach ich in dem aufgetragenen Sinne. Es ergab sich ganz von selbst, daß ich etwas weiter gehen mußte. Wir sprachen von König *Carol* und da sagte ich Seiner Majestät, Sein seliger Onkel habe mir gesagt: „Wenn Italien uns anfalle, so wäre das eine Schweinerei, deren ein Hohenzollern unfähig sei.“ Der König erwiderte, Er teile diese Ansicht Seines Onkels; ich möge aber Bedenken, daß Er über viel weniger Autorität als dieser verfüge. Ich erwiderte, daß ich dies nur so verstehen könne, daß Seine Majestät nicht dafür garantieren könne, ob Er auch seinen Willen durchsetzen, daß Er aber mit Seinem Willen stehen oder fallen werde. Seine Majestät blieb die Antwort schuldig.

Euer Exzellenz sind ja genau orientiert und wissen, daß kein großer Verlaß auf Seine Majestät ist. Er ist ein Werkzeug in den Händen *Bratianos*.

„Haben die Rumänen noch Furcht oder haben sie keine mehr?“ — so steht die ganze politische Frage und der König wird uns nichts mehr helfen, wenn Herr *Bratiano* keine Furcht mehr hat.

Vide 78.

**Nr. MCDLXX. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 82.**

Wien, 1. August 1917.

Da mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die Ereignisse einen solchen Verlauf nehmen, der es schwer machen könnte, Euer Exzellenz von hier aus rechtzeitig die Ausführung der seitens der Gesandtschaft, beziehungsweise der Konsulate hinsichtlich der Sicherung der Archive vorzunehmenden Maßnahmen aufzutragen, über deren Zeitpunkt eine Bestimmung zu treffen ich mir seinerzeit vorbehalten hatte, so ermächtigte ich Sie hiemit, die Entscheidung wegen deren Durchführung nach eigenem Ermessen selbständig zu treffen.“

Für den Fall des Abbruches der Beziehungen zu Rumänien hätte ich die Absicht, Ihrem dortigen niederländischen Kollegen die Uebernahme des Schutzes unserer Staatsangehörigen und Interessen anvertrauen zu lassen, und ich ersuche Euer Exzellenz, sich hiezu zu äußern.

**Nr. MCDLXXI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 83.**

(Telegramm.)

Bukarest, 1. August 1916.

Ich hielt es für geboten, Herrn *Bratiano* darauf aufmerksam zu machen, daß entgegen seinen mir gemachten Versicherungen fortgesetzt Truppen an unsere Grenze gehen, und gab ihm einige mir vom Militärattaché gelieferte Daten.

Ministerpräsident bestritt dies auf das entschiedenste und erklärte, es könne sich nur um Mannschaft handeln, die für die Ernte beurlaubt war und jetzt wieder einrückt. Er gab vor mir Auftrag, sofort nachzufragen, ob die von mir angeführten Fälle wahr seien.

Ueber Rußlands Erfolge wollte *Bratiano* sich sehr besorgt zeigen; als ich ihm jedoch erklärte, daß diese Erfolge sehr übertrieben würden und die Offensive seit 4 Wochen dauere, ohne recht vorwärts zu kommen, und daß viele Lügen verbreitet würden, um Rumänien zu gewinnen, erwiderte Herr *Bratiano*, dies sei wahr. Rußland mache es wie der Birkhahn, der vor seinen Hennen tanzt.

Ministerpräsident konstatierte schließlich, daß in der Bevölkerung des Königreiches in den letzten Tagen eine gewisse Beruhigung eingetreten sei.



**Nr. MCDLXXII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 84.**

(Telegramm.)

Bukarest, 2. August 1916.

Spontan versicherte mir heute Herr *Bratiano*, daß er nicht daran denke, die Neutralität zu verlassen. Die Situation hier sei gesicherter als verschiedene Male seit Beginn des Krieges und es sei nicht der geringste Grund vorhanden, welcher glauben machen könne, daß die Neutralität Rumäniens in der nächsten Zeit nicht erhalten werden könne.

Ich füge bei, daß mir die Worte *Bratianos* insofern aufrichtig scheinen, als dank den bulgarischen militärischen Vorkehrungen eine Entspannung eingetreten ist.

**Nr. MCDLXXIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 85.**

(Telegramm.)

Bukarest, 3. August 1916.

Ich fasse die Situation folgendermaßen auf: Eine momentane Entspannung, hervorgerufen durch die Absicht des Herrn *Bratiano*, vorerst neutral zu bleiben, dabei jedoch die Unsicherheit, die durch fortwährende Truppentransporte an unsere Genze begründet wird. Ich zweifle, ob diese andauernden Verschiebungen ohne Wissen Herrn *Bratianos* erfolgen oder ob sie die Folgeerscheinung jener Befehle sind, die vor 14 Tagen offenbar in der Absicht loszuschlagen, gegeben wurden.

**Nr. MCDLXXIV. Generalkonsul Freiherr von Felner an Baron Burián.****Rb. Rum. 86.**

(Telegramm.)

Galatz, 5. August 1916.

Ich höre, daß gegebenenfalls eine spezielle Mobilisierungsorder überhaupt nicht publiziert werden soll, da Rumänien nach den bereits getroffenen Vorbereitungen und den erfolgten Einberufungen schon tatsächlich fertig ist.

Indes ist die Stimmung hier wieder ruhiger und es wird eher erwartet, daß durch eine überraschende Aktion von russischer Seite Rumänien mitgerissen werden soll.

**Nr. MCDLXXV. Baron Burián an Gottfried Prinzen zu Hohenlohe in Berlin.****Rb. Rum. 87.**

(Telegramm.)

Wien, 7. August 1916.

Der k. u. k. Gesandte in Rumänien telegraphiert:

„Der Fall, daß die Russen mit stärkeren Kräften in Rumänien einbrechen, liegt im Bereiche der Möglichkeit.“

Wenn wir uns hiebei passiv verhalten, so wird Rumänien sich wahrscheinlich mit einem platonischen Proteste in St. Petersburg begnügen. Das einzige Mittel, welches möglicherweise Herrn *Bratiano* veranlassen könnte, bewaffneten Widerstand zu leisten, wäre seine Ueberzeugung, daß eine solche Gebietsverletzung durch die Russen den gleichen Schritt unsererseits nach sich ziehen und Rumänien zum Kampfplatz machen würde.“

Ich hielte es für zweckmäßig, auf diesen Gedankengang einzugehen, und bin gesonnen, den k. u. k. Gesandten in Rumänien zu beauftragen, sich ungefähr in nachstehendem Sinne Herrn *Bratiano* gegenüber mündlich zu äußern:

Confiant dans les assertions de M. *Bratiano* que la Roumanie repousserait par la force toute atteinte armée à sa neutralité, éventualité qui — à l'instar de l'incident de Mamornitza — pourrait se renouveler d'un jour à l'autre dans des dimensions bien autrement sérieuses, le Gouvernement Impérial et Royal dans l'intention d'éclairer et de rassurer dès à présent le Gouvernement roumain lui fait savoir que dans le cas où le Gouvernement roumain ne se trouverait ou ne se croirait pas à même de s'opposer efficacement à une invasion armée russe, il prendra de sa part toutes les mesures militaires que la sécurité des frontières austro-hongroises exigerait et qui seraient jugées nécessaires pour rétablir un état de choses qui permettrait à la Roumanie de garder sa neutralité.

Ich möchte aber einen solchen Schritt nur im Einvernehmen mit der kaiserlich deutschen Regierung tun und es wäre mir sehr willkommen, wenn der deutsche Gesandte in Bukarest ebenfalls angewiesen würde, in freundschaftlicher Form, aber mit wünschenswerter Deutlichkeit Herrn *Bratiano* gegenüber eine analoge Sprache zu führen.

Von Vorstehendem wollen Euer Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler, beziehungsweise Staatssekretär Mitteilung machen und sehe ich einer telegraphischen Antwort entgegen.

**Nr. MCDLXXVI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 88.**

(Telegramm.)

Sinaia, 7. August 1916.

Euer Exzellenz Weisung vom 1. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich hege zwar die feste Hoffnung, daß ich in der allernächsten Zeit nicht in die Lage versetzt werde, mich an diese Instruktionen halten zu müssen, weil meiner Ansicht nach eine unmittelbare Gefahr derzeit noch immer nicht vorliegt; da ich jedoch in Anbetracht des zweifellosen Ernstes der hiesigen Lage die Möglichkeit des Kriegausbruches — wenn auch in einem etwas entfernten Zeitpunkte — dennoch ins Auge fassen muß, so hielte ich es gewiß für zweckmäßig, die königlich niederländische

Regierung wegen der eventuellen Betrauung ihres hiesigen Gesandten mit dem Schutze unserer Staatsangehörigen und unserer Interessen in Rumänien zu sondieren.

Vide 82.

**Nr. MCDLXXVII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 89.**

(Telegramm.)

Sinaia, 7. August 1916.

Laut einer Meldung des Gerenten des k. u. k. Vizekonsulates in Giurgevo ist in der dortigen Stadtbevölkerung eine fieberhafte Aufregung zu bemerken. Viele schaffen ihr Hab und Gut auf ihre Landsitze, während andere dasselbe, in Kisten verpackt, an Verwandte und Bekannte in das Innere des Landes befördern lassen.

**Nr. MCDLXXVIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 90.**

(Telegramm.)

Bukarest, 8. August 1916.

Meine heutige längere Unterredung mit Herrn *Brătiano* brachte den von mir längst erwarteten Erpressungsversuch, indem der Ministerpräsident mir sagte, wir könnten ihm mit einem territorialen Anbote in der Bukowina sehr helfen, die Neutralität zu erhalten. Ich konnte diesen Anwurf um so entschiedener ablehnen, als ich nicht nur die diesbezüglichen Intentionen Euer Exzellenz kenne, sondern auch selbst von jeher der Ansicht war, daß eine territoriale Konzession für die Neutralität ganz ausgeschlossen sei. Rumänien würde eine solche Konzession annehmen, uns aber dennoch später anfallen, wenn es uns für geschlagen hielte, um dergestalt noch mehr zu erhalten.

Unsere Unterredung begann mit Vorwürfen meinerseits über seine fortgesetzten Truppenverschiebungen gegen uns. Ich sprach diesmal noch deutlicher wie gewöhnlich und sagte dem Ministerpräsidenten, „wenn er den Krieg haben wolle, so könne und werde er ihn haben, nur solle er nicht glauben, daß ich so einfältig sei, seine Vorbereitungen nicht zu sehen.“

Herr *Brătiano* geriet in eine gewisse Erregung und leugnete wie immer kategorisch meine im Detail vorgebrachten Daten.

Der Ministerpräsident entwickelte:

Soweit seine militärischen Vorgehungen meinen Angaben entsprächen, seien sie durch die bekannten internen Gründe hervorgerufen und ferner durch die Besorgnis, von den Bulgaren überfallen zu werden. Letzteres sei gar nicht so ausgeschlossen, denn es sei wohl möglich, daß man sich bei uns und in Sofia Rumäniens definitiv entledigen wolle.

Ich erwiderte, dies sei lächerlich, wir würden Rumänien sehr energisch begegnen, wenn es uns anfalle, wünschen aber nichts anderes wie dessen korrekte Neutralität und gute Beziehungen zu uns. Uebrigens könne er die

Wahrheit meiner Worte sofort auf die Probe stellen: Er möge demobilisieren und öffentlich die endgültige Neutralität erklären, dann verpflichte ich mich, dafür zu haften, daß unsere Truppen zurückgezogen würden.

Herr *Bratiano* erwiderte: Wir hätten hier Hunderte von Spionen, welche alle seine Maßnahmen überwachen, während er weder bei uns noch in Bulgarien die Truppenbewegungen kontrollieren könne; abgesehen davon sei für ihn die Demobilisierung aus internen Gründen vollständig ausgeschlossen. Ich solle ihm „wie bisher“ Vertrauen schenken und ihm glauben, daß er alles Mögliche mache, um die Neutralität zu erhalten.

**Nr. MCDLXXIX. Gottfried Prinz zu Hohenlohe an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 91.**

(Telegramm.)

Berlin, 8. August 1916.

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern, betreffend die Eventualität eines russischen Einbruchs in Rumänien:

Herr *von Jagow* ist ebenfalls der Ansicht, daß unsere Gesandten Herrn *Bratiano* gegenüber mit allem Nachdrucke auf diese Eventualität hinweisen sollten. Freiherr *von dem Bussche*, der sich übrigens selbst schon in analogem Sinne geäußert hätte, werde dementsprechend instruiert werden.

Vide 87.

**Nr. MCDLXXX. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 92.**

(Telegramm.)

Wien, 9. August 1916.

Es entspricht vollkommen meinem Standpunkte, wenn Euer Exzellenz jedem Erpressungsversuche Herrn *Bratianos* eine sachlich entschiedene, in der Form sehr freundschaftliche Ablehnung entgegensetzen.

Vide 90.

**Nr. MCDLXXXI. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.**

**Rb. Rum. 93.**

(Telegramm.)

Wien, 10. August 1916.

Zu Euer Exzellenz Information und zu Ihrer Richtschnur.

Von verschiedenen Seiten kommen uns verläßlich erscheinende Informationen zu, wonach zwischen Rumänien und Rußland über den Abschluß einer Militärkonvention verhandelt werde. Ebenso stehe eine Konvention zwischen den vier Ententemächten und Rumänien über dessen Anschluß und Eintritt in den Krieg in Verhandlung.

Ueber den Punkt, wonach Herr *Bratiano* behufs ungefährdeter Durchführung der Mobilisierung durch entsprechende Bindung der bulgarischen Heereskräfte eine Offensive von Salonik aus vor Eintritt in den Krieg fordere, scheine Einigung bisher nicht erzielt worden zu sein.



Wir müssen uns noch abwartend verhalten und besonders Herrn *Bratiano* gegenüber nicht den Eindruck erwecken, als hielten wir seine Entscheidung gegen uns für bereits gefallen.

**Nr. MCDLXXXII. Baron Burián an Freiherrn von Giskra im Haag.**

**Rb. Rum. 94.**

(Telegramm.)

Wien, 11. August 1916.

Für den Fall, daß es zum Abbruche der Beziehungen zu Rumänien käme, würde ich beabsichtigen, den Schutz unserer Staatsangehörigen und unserer Interessen in Rumänien dem dortigen königlich niederländischen Gesandten übertragen zu lassen.

Ich ersuche daher Euer Exzellenz, sich ganz vertraulich darüber zu orientieren, wie sich die königlich niederländische Regierung voraussichtlich verhalten würde, wenn die k. u. k. Regierung mit dem Verlangen um Schutzübernahme an sie herantreten sollte.

Ersuche um Drahtbericht.

Vide 88.

**Nr. MCDLXXXIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 95.**

(Telegramm.)

Sinaia, 11. August 1916.

Wie ich aus guter Quelle höre, hat sich ein Vertrauensmann des Königs dahin geäußert, daß die Lage sich nicht verschlechtert hätte. Die Spannung zwischen Entente und Herrn *Bratiano*, die vor einer Woche eingetreten, hätte sich verschärft. Herr *Bratiano* hätte mit Entente nicht abgeschlossen. Wenn er dies täte, würde König es nicht annehmen, ihn fallen lassen und Herrn *Majorescu* berufen.

**Nr. MCDLXXXIV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 96.**

(Telegramm.)

Sinaia, 11. August 1916.

Aus einigen Teilen des Landes liegen mir Nachrichten folgenden Inhaltes vor:

Die Einberufungen der Jahrgänge 1896 bis 1914 finden in großen Gruppen statt und ältere Klassen haben Auftrag erhalten, sich für die Einrückung bereit zu halten; die Ausrüstung der Eingerrückten findet meistens in der Nacht statt und die Truppenkörper werden im geheimen sukzessive auf den Kriegsstand gebracht. Offiziersurlaube sind eingezogen.

**Nr. MCDLXXXV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 97.**

(Telegramm.)

Sinaia, 12. August 1916.

König sagte heute einem Gewährsmann, Er hoffe über die jetzige Krise hinwegzukommen.

**Nr. MCDLXXXVI. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.****Rb. Rum. 98.**

(Telegramm.)

Wien, 14. August 1916.

Zu meiner Weisung vom 1. August 1916.

Es würde sich empfehlen, zumindest den wichtigsten Teil der geheimen politischen Akten — wenn dies unauffällig durchführbar — in einer der zwei Partien durch Kurier hierher zu senden.

Angesichts der Fülle der im letzten Augenblicke zu bewältigenden Arbeit schiene mir eine solche Vorsichtsmaßnahme angezeigt.

Vide 82.

**Nr. MCDLXXXVII. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.****Rb. Rum. 99.**

(Telegramm.)

Wien, 14. August 1916.

Ich ersehe aus Ihrer Berichterstattung, daß Seine Majestät der König möglicherweise die in Seinem Lande vorgenommenen militärischen Kriegsvorbereitungen nicht kennt; auch ist aus Ihren Meldungen nicht ersichtlich, ob Euer Excellenz alle Ihnen hierüber zur Verfügung stehenden beweiskräftigen Informationen Höchstdemselben gegenüber zur Sprache gebracht haben; dies wäre gegebenen Falles nachzuholen.

Euer Excellenz wollen auch Seine Majestät mit der nötigen Vorsicht darauf aufmerksam machen, daß Herr *Bratiano* in den Verhandlungen mit der Entente bezüglich eines Anschlusses Rumäniens an dieselbe und dessen Kriegseintritt gegen uns sich immer mehr verstricke, so daß er sich darin, bevor noch Seine Majestät von ihm informiert würde, unwiderruflich verfangen könnte.

Hierauf verweisen die allgemein, auch in Bukarest, kursierenden Nachrichten und vertrauliche uns zugekommene Informationen bestätigen es.

**Nr. MCDLXXXVIII. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.****Rb. Rum. 100.**

(Telegramm.)

Wien, 17. August 1916.

*Freiherr von Giskra* hat den Herrn königlich niederländischen Minister des Aeußern bezüglich der eventuellen Schutzübernahme durch die königlich niederländische Gesandtschaft in Bukarest vertraulich sondiert. *Jonkheer Loudon* hat sich persönlich und unverbindlich dahin geäußert, er sehe kein

Bedenken, das der Uebnahme dieses Mandates durch die niederländische Regierung entgegenstünde, und sei überzeugt, daß auch der Ministerrat die gegebenenfalls gestellte offizielle Anfrage zustimmend beantworten würde.

Angesichts dieses Ergebnisses der Sondierung ersuche ich Euer Exzellenz im Falle des Abbruchs der Beziehungen zu Rumänien und falls vorher nicht mehr möglich wäre, die Schutzübernahme offiziell mit dem Haager Kabinette zu erörtern, den Schutz unserer Staatsangehörigen und Interessen provisorisch Ihrem niederländischen Kollegen zu übergeben, und dies dann gleichzeitig der rumänischen Regierung zu notifizieren.

Vide 94.

**Nr. MCDLXXXIX. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 101.**

(Telegramm.)

Bukarest, 18. August 1916.

Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 14. d. M.

Der wichtigste Teil hieramtlichen politischen Archives geht Sonntag per Kurier ab.

Mit nächstem Kurier geht der Rest.

Vide 98.

**Nr. MCDXC. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 102.**

(Telegramm.)

Sinaia, 19. August 1916.

Soweit ich die Lage beurteilen kann, hat sie sich äußerlich keineswegs verschlechtert, vielleicht sogar etwas gebessert. Die Besserung scheint darin zu liegen, daß nach vertraulicher Mitteilung aus der Umgebung des Königs Seine Majestät langsam zu verstehen anfangt, daß es mit einem Ministerium *Bratiano* nicht weiter gehen werde, und daß Er mit der Kombination *Majorescu* zu rechnen beginne.

In Hofkreisen höre ich die Ansicht vertreten, *Bratiano* mache im Gegensatz zu seiner bisherigen Politik jetzt den Fehler, zu rasch zu der Entente zu schwenken. König werde sich nicht sträuben, gegen die Zentralmächte zu gehen, wenn sie wirklich geschlagen seien; Er glaube aber noch gar nicht an den Sieg der Entente.

**Nr. MCDXCI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 103.**

(Telegramm.)

Sinaia, 20. August 1916.

Zufolge einer aus dem Auslande stammenden geheimen Nachricht soll Herr *Bratiano* dieser Tage eine politische Konvention mit Rußland unterschrieben haben und hätten die übrigen hiesigen Vertreter der Entente den Auftrag erhalten, sich dem anzuschließen.

Noch fehlen mir Beweise für die Richtigkeit dieser Nachricht.

**Nr. MCDXCII. Baron Burián an Ottokar Grafen Czernin.****Rb. Rum. 104.**

(Telegramm.)

Wien, 22. August 1916.

Ich ersuche Euer Exzellenz Seine Majestät den König und Herrn *Bratiano* darauf aufmerksam zu machen, daß die rumänischen Truppenansammlungen an unserer Grenze weit darüber hinausgehen, was dem Begriffe einer Grenzsicherung entsprechen würde. Während Rumänien auf diese Art der Entente geradezu Handlangerdienste leiste, hätte es sich noch immer nicht dazu aufgerafft, an der russischen Grenze militärische Vorbereitungen zu treffen, die — wenn es der rumänischen Regierung ernstlich um die Wahrung einer strikten Neutralität zu tun wäre — schon längst hätte durchgeführt werden müssen.

Euer Exzellenz wollen den Nachdruck darauf legen, daß, während die Rumänen uns fortgesetzt versichern, daß sie sich einem russischen Einfall entgegenstellen würden, sie die russische Grenze ungeschützt und wehrlos lassen, hingegen intensive Kriegsvorbereitungen an unserer und der bulgarischen Grenze treffen.

Ihre Konversation wäre in einem zwar ernsten aber für Rumänien noch immer freundschaftlichen Tone zu führen.

**Nr. MCDXCIII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 105.**

(Telegramm.)

Bukarest, 23. August 1916.

Ich höre, daß wahrscheinlich anfangs nächster Woche ein Kronrat einberufen wird, zu dem folgende Herren Einladungen erhalten sollen:

1. sämtliche aktive Minister,
2. *Filipescu* und *Take Ionescu*.
3. *Carp*, *Majorescu*, *Marghiloman*, *Rosetti*.

Ich kann nicht verhehlen, daß mir die Idee eines Kronrates als für uns gefährlich und schädlich erscheint, da sich die Majorität im besten Falle für die gegenwärtige Politik *Bratianos* aussprechen wird.

**Nr. MCDXCIV. Generalkonsul von Felner an Baron Burián.****Rb. Rum. 106.**

(Telegramm.)

Galatz, 24. August 1916.

In den Passagierzügen zwischen Braila und Galatz werden seit gestern abends bei geschlossenen Fenstern die Vorhänge herabgezogen; den Bahnhofsdienst versieht das Militär.

Viele reichsdeutsche Familien, einige wenige unserer verlassen das Land; viele, auch rumänische Israeliten schaffen Gelder und Wertsachen nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland, hauptsächlich aus Furcht vor einem russischen Durchmarsche. Ausländische Bankbeamte sind zur Abreise bereit.



**Nr. MCDXCV. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 107.**

(Telegramm.)

Sinaia, 25. August 1916.

Géstriges Amtsblatt veröffentlicht zwei Ministerialbeschlüsse, wonach der außerordentliche Militärkredit von 600 auf 800 Millionen erhöht und Nationalbank ermächtigt wird, Ein- und Zwei-Leischeine in Verkehr zu bringen, und zwar in der Höhe von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, beziehungsweise 8 Millionen.

**Nr. MCDXCVI. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.****Rb. Rum. 108.**

(Telegramm.)

Bukarest, 26. August 1916.

Kronrat, der über Krieg oder Frieden entscheiden soll, ist für morgen früh einberufen.

Ich wurde soeben von Seiner Majestät in einstündiger Audienz empfangen. Ich begann das Gespräch im Sinne Euer Exzellenz Weisungen und betonte, wie Euer Exzellenz mir dies aufgetragen, in einer für Rumänien freundschaftlichen Weise den Umstand, daß Rumänien, streng genommen, nicht mehr neutral sei, da es intensiv Kriegsvorbereitungen treffe. Ich wies darauf hin, daß wir durch unsere ganze Haltung bewiesen hätten, daß wir nichts anderes wollen als freundschaftliche Beziehungen zu Rumänien und eine korrekte Neutralität des letzteren, gab aber Seiner Majestät zu verstehen, daß, wenn Er den Krieg wolle, Er uns bereit finden werde, und betonte nachdrücklichst, daß das Fortsetzen der rumänischen Kriegsvorbereitungen eine entscheidende Stellungnahme unsererseits kategorisch erfordert.

Der König antwortete in der Ihm eigenen nicht klaren Weise. Er erklärte, morgiger Tag würde entscheidend sein, Er wolle den Krieg nicht, könne aber eine Bestimmung nicht allein auf Sich nehmen, daher der Kronrat. Er hoffe, es werde Ihm möglich sein, neutral zu bleiben, aber versprechen könne er es mir nicht. Gebunden fühle Er sich allerdings nicht durch eventuelle Abmachungen *Bratianos*, aber andererseits glaube Er, daß Seine Armee einen Durchmarsch der Russen nicht werde aufhalten wollen, Er sei daher nicht ganz Herr Seiner Entschlüsse.

Ich übergebe alles, was ich Seiner Majestät entgegenhielt und über die Propaganda in der Armee sagte; der König gab manches bedauernd zu und sprach auch *Bratiano* davon nicht frei.

Sehr warm sprach der König von *Majorescu*, auf den Er hoffe, wiewohl Er nicht überzeugt sei, daß dieser im Parlamente eine Mehrheit werde finden können, obzwar, wie der König selbst betonte, 90 Prozent der Bevölkerung den Krieg nicht wollen!

Daß wir eine weitere Kriegsvorbereitung gegen uns nicht dulden könnten, erklärte der König als ganz selbstverständlich und Er betonte, der morgige Tag werde, falls die Neutralität beschlossen würde, die Abrüstung mit sich bringen.

Mein Eindruck ist, daß Er die Neutralität erhofft und auch an sie glaubt, daß es aber leicht möglich ist, daß *Bratiano* ihn in eine solche Zwangslage bringen wird, daß Er nicht widerstehen können. Im morgigen Kronrate soll laut Seiner Majestät nur *Bratiano* und nicht die übrigen Mitglieder des Kabinettes sprechen, die Zahl der Anhänger und Gegner des Krieges werde daher ungefähr gleich sein.

Abstimmung wird nicht stattfinden.

Ich habe die Ueberzeugung, daß die Entente gemeinsam mit *Bratiano* nunmehr dem Könige droht, daß, wenn Er nicht nachgibt, die Russen den Durchmarsch durch Rumänien erzwingen werden.

Der amtliche „Viitorul“ gibt soeben eine Sonderausgabe heraus, worin er zur Ruhe mahnt und den Eindruck gibt, als ob Herr *Bratiano* eventuell nochmals für eine Weile einschwenken wollte.

Eine Klärung wird der morgige Tag jedenfalls bringen.

Vide 104.

#### Nr. MCDXCVII. Ottokar Graf Czernin an Baron Burián.

Rb. Rum. 109.

(Telegramm.)

Bukarest, 26. August 1916.

Herr *Bratiano*, den ich in der Nacht noch lange sprach, erklärte auf das bestimmteste, er wolle, könne und werde neutral bleiben; der morgige Kronrat werde mir beweisen, daß er die Wahrheit spreche. Kronrat sei gegen seinen Willen einberufen und er deutete an, daß *Majorescu* ihn verdrängen wolle.

Ministerpräsident erklärte wiederholt, Rumänien werde unter seiner Leitung nur dann in den Krieg eintreten, wenn es angegriffen werde, welche Absicht er den Bulgaren auf das bestimmteste zumutet.

Kronrat wahrscheinlich auf Nachmittag verschoben.

Anzeichen mehren sich, daß Seine Majestät der König auch zum Kriege entschlossen sei.

Vide 104.

#### Nr. MCDXCVIII. Der königlich rumänische Gesandte in Wien an den Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern.<sup>\*)</sup>

Vienne, le 14/27 août 1916.

D'ordre de son Gouvernement le soussigné Ministre de Roumanie a l'honneur de remettre à Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères la notification ci-jointe.

*Edgar Mavrocordato* m. p.

L'Alliance conclue entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie et l'Italie n'avait, d'après les déclarations mêmes des Gouvernements, qu'un caractère essen-

\*) Am 27. August 1916 um 8<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr abends im k. u. k. Ministerium des Aeußern abgegeben.

tiellement conservateur et défensif. Son objet principal était de garantir les pays alliés contre toute attaque du dehors et de consolider l'état de choses créé par les Traités antérieurs. C'était dans le désir d'accorder sa politique à ses tendances pacifiques que la Roumanie se joignait à cette Alliance.

Vouée à l'oeuvre de sa reconstitution intérieure et fidèle à sa ferme résolution de demeurer dans la région du bas Danube un élément d'ordre et d'équilibre, la Roumanie n'a cessé de contribuer au maintien de la paix dans les Balkans. Les dernières guerres balcaniques en détruisant le statu quo lui ont imposé une nouvelle ligne de conduite. Son intervention a hâté la paix et a rétabli l'équilibre; elle s'est contentée pour elle-même d'une rectification de frontière qui lui donnait plus de sûreté contre une agression et qui en même temps réparait l'injustice commise à son détriment au Congrès de Berlin. Mais, dans la poursuite de ce but, la Roumanie a eu la déception de constater qu'elle n'avait pas rencontré auprès du Cabinet de Vienne l'attitude à laquelle elle était en droit de s'attendre.

Lorsque la guerre actuelle a éclaté, la Roumanie, ainsi que l'avait fait l'Italie, a décliné de s'associer à la déclaration de guerre de l'Autriche-Hongrie dont elle n'avait pas été prévenue par le Cabinet de Vienne. Au printemps de 1915 l'Italie déclarait la guerre à l'Autriche-Hongrie: la Triple Alliance n'existait plus. Les raisons qui avaient déterminé l'adjonction de la Roumanie à ce système politique disparaissaient en même temps. Au lieu d'un groupement d'Etats cherchant par des efforts communs à travailler d'accord pour assurer la paix et la conservation des situations de fait et de droit créées par les Traités, on se trouvait en présence de Puissances se faisant la guerre précisément dans le but d'arriver à transformer de fond en comble les anciens arrangements qui avaient servi de base à leur Traité d'Alliance. Ces profonds changements étaient pour la Roumanie une preuve évidente que le but qu'elle avait poursuivi en s'adjoignant à la Triple Alliance ne pouvait plus être atteint et qu'elle devait diriger ses vues et ses efforts vers des voies nouvelles, d'autant plus que l'oeuvre entreprise par l'Autriche-Hongrie prenait un caractère menaçant pour les intérêts essentiels de la Roumanie ainsi que pour ses aspirations nationales les plus légitimes.

En présence d'une modification aussi radicale de la situation créée entre la Monarchie Austro-Hongroise et la Roumanie, cette dernière a repris sa liberté d'action.

La neutralité que le Gouvernement Royal s'est imposée à la suite d'une déclaration de guerre faite en dehors de sa volonté et contraire à ses intérêts, avait été adoptée en première ligne à la suite des assurances données au début par le Gouvernement Impérial et Royal que la Monarchie, en déclarant la guerre à la Serbie, n'avait pas été inspirée par un esprit de conquête et qu'elle ne poursuivait en aucune façon des acquisitions territoriales. Ces assurances ne se sont pas réalisées.

Aujourd'hui nous nous trouvons devant des situations de fait d'où peuvent sortir de grandes transformations territoriales et des changements

politiques de nature à constituer une grave menace pour la sûreté et l'avenir de la Roumanie. L'œuvre de paix que la Roumanie, fidèle à l'esprit de la Triple Alliance, avait essayé d'accomplir, a été ainsi rendue stérile par ceux-là même qui étaient appelés à l'appuyer et à la défendre.

En adhérant en 1883 au groupe des Puissances Centrales, la Roumanie, loin d'oublier les liens de sang qui unissaient les populations du Royaume aux Roumains sujets de la Monarchie Austro-Hongroise, avait vu dans les rapports d'amitié et d'alliance qui s'étaient établis entre les trois Grandes Puissances, un gage précieux pour sa tranquillité intérieure aussi bien que pour l'amélioration du sort des Roumains d'Autriche-Hongrie. En effet l'Allemagne et l'Italie qui avaient reconstitué leurs Etats sur la base du principe des nationalités ne pouvaient pas reconnaître la légitimité du fondement sur lequel reposait leur propre existence. Quant à l'Autriche-Hongrie, elle trouvait dans les relations amicales qui s'établissaient entre elle et le Royaume de Roumanie des assurances pour sa tranquillité tant à l'intérieur qu'à nos frontières communes; car elle n'était pas sans savoir à quel point le mécontentement de la population Roumaine se répercutait chez nous, menaçant à chaque instant de troubler les bons rapports entre les deux Etats.

L'espoir que nous avions fondé à ce point de vue sur notre adhésion à la Triple Alliance a été trompé. Pendant une période de plus de 30 ans, les Roumains de la Monarchie non seulement n'ont jamais vu introduire une réforme de nature à leur donner même un semblant de satisfaction, mais ils ont au contraire été traités comme une race inférieure et condamnés à subir l'oppression d'un élément étranger qui ne constitue qu'une minorité au milieu des nationalités diverses dont se compose l'Etat Austro-Hongrois. Toutes les injustices qu'on faisait ainsi subir à nos Frères ont entretenu entre notre Pays et la Monarchie un état continu d'animosité que les Gouvernements du Royaume n'arrivaient à apaiser qu'au prix de grandes difficultés et de nombreux sacrifices.

Lorsque la guerre actuelle a éclaté, on pouvait espérer que le Gouvernement Austro-Hongrois, tout au moins à la dernière heure finirait par se convaincre de la nécessité urgente de faire cesser cette injustice qui mettait en danger non seulement nos relations d'amitié, mais même les rapports normaux qui doivent exister entre des Etats voisins.

Deux années de guerre, pendant lesquelles la Roumanie a conservé la neutralité, ont prouvé que l'Autriche-Hongrie, hostile à toute réforme intérieure pouvant rendre meilleure la vie des peuples qu'elle gouverne, s'est montrée aussi prompte à les sacrifier qu'impuissante à les défendre contre les attaques extérieures.

La guerre à laquelle prend part presque toute l'Europe met en discussion les plus graves problèmes touchant au développement national et à l'existence même des Etats; la Roumanie mue par le désir de contribuer à hâter la fin du conflit et sous l'empire de la nécessité de sauvegarder ses intérêts de race



se voit forcée d'entrer en ligne à côté de ceux qui peuvent plus assurer la réalisation de son unité nationale.

Pour ces raisons elle se considère dès ce moment en état de guerre avec l'Autriche-Hongrie.

Bucarest; le 14/27 août 1916

9 heures du soir.

Em. Porumbaro m. p.

**Nr. MCDXCIX. Graf Hadik an Baron Burián.**

**Rb. Rum. 111.**

(Telegramm.)

Stockholm, 23. September 1916.

Gesandter Graf *Czernin*, auf der Durchreise durch Schweden, ersucht mich, nachstehendes Telegramm an Euer Exzellenz zu leiten:

„Zur Ergänzung meiner Berichterstattung aus Bukarest:

„Am 24. August hat Rußland ein Ultimatum gestellt; einerseits weitgehende Versprechungen (Siebenbürgen, Banat, Bukowina, anscheinend auch Donaumündungen) machend, andererseits mit Einmarsch von 100 000 Mann drohend; Rumänien solle wählen, ob diese als Feind oder als Freund kämen. Kronrat wurde durch König vor fait accompli gestellt. Schon zur Stunde, als Kronrat zusammentrat, wurde Gesandtschaft militärisch abgesperrt. Herr *Bratiano* hat mir kurz vor Kronrat noch sein Ehrenwort gegeben, neutral zu bleiben, und schob im letzten Momente den König vor, um die Verantwortung abzulenken, falls es schief ginge. Es scheint zweifellos, daß Herr *Bratiano* lieber noch eine kurze Zeit gewartet hätte. Der von mir vorausgesehene Fall, daß die Entente die Aktion plötzlich erzwingen werde, war eingetreten.

„Mitglieder unserer Gesandtschaft und Konsularämter sowie deren Familien und einige Mitglieder unserer Kolonie, im ganzen ungefähr 150 Personen waren durch 10 Tage auf der Gesandtschaft interniert, jeder Verkehr verboten; wir wurden wie Sträflinge behandelt, die zu Wucherpreisen notdürftig ernährt wurden. Mir schlug Herr *Bratiano* allerdings vor, gleichzeitig mit Personal der Gesandtschaften unserer Verbündeten abzureisen; da jedoch die den Missionen offiziell zugeteilten, zum Teil verhafteten Herren sowie die auf die Gesandtschaft geflüchteten Kolonienmitglieder dadurch schutzlos geworden wären, lehnte ich Anerbieten ab und erklärte, erst nach deren Freigabe reisen zu wollen. Rumänische Soldaten drangen in die Gesandtschaft ein und verhafteten einen Diener, der erst durch Intervention holländischen Gesandten freigelassen wurde. Vorgehen gegen unsere Kolonie spottet jeder Beschreibung, Tausende wurden fortgeschleppt und unter roher Behandlung interniert, auch Frauen und Kinder. Letztere sollen angeblich freigelassen werden.“

**Nr. MD. Armeeoberkommandobefehl des Erzherzog Friedrich vom 28. August 1916.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 30. August 1916, Nr. 240. Erste Ausgabe).

„Wien, 28. August. Heute ist folgender Armeeoberkommandobefehl erlassen worden:

Soldaten, Kriegskameraden! Ich habe Euch mitteilen lassen, daß in der Reihe unserer Gegner ein neuer Feind aufgetaucht ist: das Königreich Rumänien. Euer ehrlicher Soldatensinn wird für diesen räuberischen Ueberfall das richtige Maß an Verachtung finden. Wir haben in den vergangenen Jahren manche schwere Stunde überwunden, wir werden auch den neuen Strauß in Ehren durchkämpfen, unserem Eidschwur zu den Fahnen des Allererhöchsten Kriegsherrn getreu! Gott mit Euch!

Erzherzog *Friedrich*,  
Feldmarschall.“

**Nr. MDI. Proklamation des König Ferdinand von Rumänien vom 28. August 1916.\*)**

„Roumains.

La guerre qui depuis deux ans enserre de plus en plus nos frontières et ébranle profondément les anciennes fondations de l'Europe prouve que le jour est arrivé où doit être assurée la vie paisible de nos peuples, le jour attendu depuis des siècles par la conscience nationale, le jour de fonder l'Etat roumain par l'union des principautés, préparée par la guerre de l'indépendance et par le travail infatigable de la race pour la renaissance nationale.

Aujourd'hui nous devons achever l'oeuvre de nos pères et réaliser pour toujours ce que Michel le Brave ne put réaliser que pour un instant: l'union des Roumains des deux versants des Carpathes, des monts et des plaines de Bukovine où Etienne le Grand repose depuis un siècle. En nous, en nos vertus, en notre vaillance, réside le moyen de restaurer la grande et libre Roumanie prospère et pacifique, conformément aux aspirations de notre race.

Roumains, animés par le devoir sacré qui nous est imposé, résolus à affronter virilement tous les sacrifices inhérents à une guerre acharnée, marchons au combat avec l'élan puissant d'un peuple qui a une confiance inébranlable dans son destin. Les fruits glorieux de la victoire nous récompenseront. Pour Dieu, en avant!

*Ferdinand.*“

---

\*) Ans besonderer Quelle. — Herausgeber.

**Nr. MDII. Verbalnote des deutschen Auswärtigen Amtes vom 28. August 1916 an den rumänischen Geschäftsträger in Berlin betr. die deutsche Kriegserklärung an Rumänien. \*)**

Berlin, den 28. August 1916.

Der Kaiserliche Gesandte in Bukarest ist heute angewiesen worden, der Königlich Rumänischen Regierung zu erklären, daß infolge der rumänischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn Deutschland sich seinerseits auch als im Kriegszustand befindlich mit Rumänien betrachtet. Freiherr von dem Bussche wird die Pässe verlangen und abreisen.

**Nr. MDIII. Bulgariens Kriegserklärung an Rumänien. („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. September 1916. Nr. 244. Erste Ausgabe).**

„Sofia, 1. September. Ministerpräsident und Minister des Aeussern Radostawow hat an den rumänischen Gesandten folgende Note gerichtet:

Herr Gesandter!

Ich habe die Ehre gehabt, in den letzten Monaten der Königlich Rumänischen Gesandtschaft, sei es durch Verbalnoten, sei es durch an Euere Exzellenz oder in Ihrer Abwesenheit an den Geschäftsträger gerichtete Schreiben, die allzu zahlreichen Fälle zu melden, welche unsere mit der Bewachung der rumänisch-bulgarischen Grenze beauftragten Truppen ununterbrochen in Atem gehalten haben. Diese sich mehr und mehr häufenden Zwischenfälle, die trotz der mehr als korrekten Haltung der bulgarischen Behörden und trotz der von der rumänischen Gesandtschaft verschwendeten Versicherungen und Freundschaftsbeteuerungen immer von seiten Rumäniens hervorgerufen wurden, haben schließlich dazu geführt, Absichten ins rechte Licht zu setzen, welche die bulgarische Regierung ihrem Nachbar zuzumuten Bedenken trug, da die noch ganz frische Vergangenheit sie nicht ganz und gar die Gefühle lebhafter Sympathie des bulgarischen Volkes gegenüber Rumänien vergessen machen konnte. Diese Gefühle datieren aus ferner Zeit, und da die ganz frische Vergangenheit, von der ich spreche, ist — Euere Exzellenz weiß es sehr wohl — der Balkankrieg vom Jahre 1912/13, wo Rumänien die blutigen Prüfungen, die das bulgarische Volk durchmachte, für sich ausnützte, um Bulgarien zu einer Zeit, zu der es im Kampf um

\*) Anm.: In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 29. August 1917, Nr. 239, Zweite Ausgabe, ist folgende Nachricht veröffentlicht: Berlin, 28. August. (W. T. B.) Nachdem, wie bereits gemeldet, Rumänien unter schmählichem Bruch der mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland abgeschlossenen Verträge unserem Bundesgenossen gestern den Krieg erklärt hat, ist der Kaiserliche Gesandte in Bukarest angewiesen worden, seine Pässe zu verlangen und der rumänischen Regierung zu erklären, daß sich Deutschland nunmehr gleichfalls als im Kriegszustand mit Rumänien befindlich betrachtet.

seine Existenz lag, ein Stück seines Gebietes zu rauben, wobei es einen harten Haß, der durch nichts gerechtfertigt war, bekundete.

Es folgte der Bukarester Friede, der Bulgarien die schwersten Opfer auferlegte, nichtsdestoweniger ergab sich Bulgarien in sein Schicksal, und wollte sogar noch seinem Nachbarn freundlich die Hand reichen; es wurde in seinen Hoffnungen getäuscht.

Und seither folgten die Beweise von Feindseligkeit aufeinander ohne Unterlaß. Zunächst die Haltung der rumänischen Presse, welche Bulgarien und seinen Souverän mit Beschimpfungen überhäuft, die Schwierigkeiten ohne Ende, betreffend die Durchfuhr von für Bulgarien bestimmten Waren, die Weigerung, Bulgarien trotz der ordnungsmäßigen Verträge, die in Rumänien gekaufte Waren für den dringendsten Bedarf, wie Salz, Petroleum usw. zu liefern, die Plackereien, welche den Bulgaren, die in Rumänien wohnen oder die nur Rumänien passieren, ausgesetzt sind, die am 3. Juli erfolgte Schließung der rumänischen Grenze für Waren und Reisende aus und nach Bulgarien, weiter die Proteste, welche die Königlich rumänische Gesandtschaft in Sofia mit äußerster Energie gegen angeblich von bulgarischen Grenzwachen herbeigeführte Zwischenfälle erhebt, die niemals stattgefunden haben, so der Zwischenfall von Rahovo, bezüglich dessen ich die Ehre hatte, Eurer Exzellenz am 15. August zu schreiben und von Rascano am 21. desselben Monats, dem unaufhörlich aber mehr oder weniger gutartige Grenzzwischenfälle folgten, wirkliche kriegsmäßige Angriffe, die von rumänischen Abteilungen gegen bulgarische Grenzposten unternommen wurden. So wurde der Posten Nummer 9 östlich Kemanlar in der Nacht vom 25. auf den 26. August angegriffen, ebenso die Posten 10 und 13.

Weiter kurz nachher wirkliche Kriegsoperationen, welche rumänische Truppen an der Grenze unternehmen. Das Bombardement von Kladowa am 28. August und die Beschießung von Russe (Rustschuk) am selben Tage. Am 29. August eröffnet die rumänische Wachabteilung No. 1 ein lebhaftes Gewehrfeuer gegen die ihr gegenüberliegenden bulgarischen Posten, bald darauf dehnt sich das Feuer an der Grenzlinie bis zum bulgarischen Posten Nr. 17 aus, ebenso greifen zwischen der Küste des Schwarzen Meeres und der Tschausch-Köj rumänische Grenzwachen heftig bulgarische Posten an und werden zurückgeschlagen.

Schließlich — der bulgarische Gesandte in Bukarest Radew wird seit letztem Sonnabend, den 26. August, gehindert, mit seiner Regierung zu verkehren. Es werden ihm seine Pässe zugestellt, ohne daß die Königlich bulgarische Regierung ihm auch nur einen Augenblick Instruktionen gegeben hätte, die sich irgendwie auf einen eventuellen Abbruch der Beziehungen bezogen hätten. Und am 30. August waren es Sie, Euer Exzellenz, der seine Pässe verlangt und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen notifiziert, eine sehr natürliche Folge von alldem, was vorhergegangen war. Inzwischen, in der Nacht vom 30. auf den 31. August, versuchten die rumänischen Armeen, ohne daß eine ausdrückliche Kriegserklärung erfolgt wäre, eine Brücke



über die Donau bei Kladowo zu schlagen und den Fluß an derselben Stelle zu übersetzen.

Eure Exzellenz begreift selbst, welches seither die Lösung ist — gewollt von der rumänischen Regierung und aufgezwungen durch die Gewalt der Tatsachen, da ja die Lage so ist, wie sie eben diese Regierung geschaffen hat; Bulgarien ist genötigt, die vollendete Tatsache hinzunehmen, und ich habe die Ehre, Herr Gesandter, Eurer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen, daß sich Bulgarien von heute früh an als mit Rumänien im Kriegszustand befindlich betrachtet.

Genehmigen Sie, Herr Gesandter, die Versicherung meiner Hochachtung.  
gez. *Radoslawow*."

**Nr. MDIV. Mitteilung betr. die türkische Kriegserklärung an Rumänien. \*)**

„Le Conseil des ministres ottomans, rénni le 28 août 1916, a décidé de déclarer la guerre à la Roumanie: cette décision a été immédiatement sanctionnée par un iradé du Sultan.“

**Nr. MDV. Mitteilung des türkischen Botschafters in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amts betr. die türkische Erklärung des Kriegszustandes mit Rumänien. \*\*)**

„Ambassade Impériale Ottomane“. Nr. 17268, S. 268.

Berlin, le 1 septembre 1916.

Monsieur le Secrétaire d'Etat,

J'ai l'honneur d'informer Votre Excellence que le Gouvernement Royal de Roumanie ayant déclaré la guerre au Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie, allié de la Turquie, le Gouvernement Impérial Ottoman se considère à partir du 30 août dernier à 8 heures du soir en état de guerre avec le Gouvernement Roumain.

Le Gouvernement a adressé une note conçue dans ce sens au Chargé d'Affaires de Roumanie à Constantinople en mettant à sa disposition les passeports d'usage et a invité son Ministre à Bucarest à faire de son côté une communication identique au Gouvernement Roumain et à demander ses passeports pour rentrer à Constantinople.

Veuillez agréer, Monsieur le Secrétaire d'Etat, les assurances de ma haute considération.

gez. *Hakky*.

Son Excellence Monsieur *de Jagow*, Ministre d'Etat, Secrétaire d'Etat au Département Impérial des Affaires Etrangères d'Allemagne etc. etc. etc.

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

**Nr. MDVI. Manifest des Königs der Bulgaren vom 1. September 1916.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 4. September 1916. Nr. 245).

„Sofia, 2. September. Gestern vormittag wurde folgendes Manifest durch Anschlag veröffentlicht:

**Manifest an die bulgarische Nation!**

Bulgaren! Im Jahre 1913, nach Beendigung des bulgarischen Krieges, als Bulgarien gezwungen war, sich mit seinen treulosen Verbündeten zu schlagen, griff uns unser nördlicher Nachbar, Rumänien, unter dem Vorwand eines Bruches des Gleichgewichts auf dem Balkan verräterisch an und fiel in die nicht verteidigten Teile unseres Vaterlandes ein, ohne daselbst Widerstand zu finden. Durch diesen räuberischen Ueberfall in unser Land hinderte es uns nicht nur daran, die heiligen Früchte des Krieges zu ernten, sondern es gelang ihm auch, infolge des Friedens von Bukarest uns zu demütigen und uns unsere fruchtbaren Teile der Dobrudscha, den Mittelpunkt unseres ersten Königreiches, zu entreißen. Meinen Befehlen gemäß hat unsere tapfere Armee damals keinen einzigen Gewehrscuß gegen den rumänischen Soldaten abgegeben und hat ihn einen traurigen militärischen Ruhm erwerben lassen, dessen zu rühmen er sich bis jetzt nicht getraut. Bulgaren, heute, da es Bulgarien mit der Unterstützung der tapferen Truppen unserer Verbündeten gelungen ist, den Angriff Serbiens gegen unsere Gebiete abzuweisen, das letztere niederzuschlagen und zu zerschmettern, und die Einheit des bulgarischen Volkes zu verwirklichen — heute, da Bulgarien der Herr beinahe aller Gebiete ist, auf welche es geschichtliche und völkische Rechte besitzt, hat dieser selbe Nachbar Rumänien unserem Verbündeten Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt, und zwar wiederum unter dem Vorwand, daß der europäische Krieg wichtige territoriale Veränderungen auf dem Balkan in sich birge, die seine Zukunft bedrohen würden.

Ohne irgendeine Kriegserklärung von Bulgarien haben die rumänischen Truppen, schon am 28. August die bulgarischen Donaustädte Rustschuk, Swistow usw. beschossen.

Wegen dieser Herausforderung seitens Rumäniens befehle ich unserer tapferen Armee, den Feind aus den Grenzen des Königreiches zu jagen, den treubruchigen Nachbar zu vernichten, die um den Preis so vieler Opfer verwirklichte Einheit des bulgarischen Volkes zu sichern und unsere Brüder in der Dobrudscha von der Knechtschaft zu befreien. Wir werden Hand in Hand mit den tapferen siegreichen Truppen unserer mächtigen Verbündeten kämpfen. Ich rufe die bulgarische Nation zu einer neuen ruhmreichen Heldentat auf, durch die sie ihr gegenwärtiges Befreiungswerk krönen wird. Möge der bulgarische Soldat weiter von Sieg zu Sieg eilen. Vorwärts, Gott segne unsere Waffen!

*gez. Ferdinand.“*

**Nr. MDVII. Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zur Vorgeschichte der Beteiligung Rumäniens am Kriege. (30. August 1916. Nr. 240, Erste Ausgabe.)**

„Die Kriegserklärung Rumäniens an Oesterreich-Ungarn, die die Kriegserklärung Deutschlands an Rumänien zur Folge gehabt hat, kommt für niemand als Ueberraschung. Schon gewisse Vorgänge, die sich in Rumänien in der letzten Zeit in der Oeffentlichkeit abspielten, machten es klar, daß starke Kräfte dort an der Arbeit waren, um das Land an der Seite unserer Gegner in den Krieg hineinzuziehen. Als im August 1914 der Weltkrieg ausbrach, hätte ein loyales Einhalten des zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rumänien bestehenden Freundschafts- und Bündnisvertrages Rumänien an die Seite Deutschlands und Oesterreich-Ungarns führen müssen. Rumänien entzog sich seinen Bündnispflichten ebenso wie Italien. König Carol wünschte zwar als echter Hohenzollernsproß das Wort einzulösen, das er verpfändet hatte, aber er vermochte es nicht, seinen Willen gegenüber den verfassungsmäßigen Faktoren des Landes durchzusetzen. Die seelischen Erregungen dieses Konflikts führten den Tod des greisen Herrschers herbei.

Rumänien entschloß sich zur Neutralität. Nur zu bald zeigte es sich, daß diese Neutralität keine unparteiische war, sondern daß die rumänische Regierung in der Wahrnehmung ihrer Neutralitätspflichten unsere Gegner begünstigte. Das kam vor allem in den wirtschaftlichen Maßnahmen Rumäniens zum Ausdruck, insbesondere in der Sperrung der Getreideausfuhr nach Deutschland, Zollschwierigkeiten und Schikanen verschiedener Art. Als die Kriegsereignisse nicht den von der Entente gewünschten Verlauf nahmen, als insbesondere das Eingreifen Italiens in den Krieg nicht den erhofften militärischen Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns herbeiführte, begann Herr Bratianu, der Träger der vertragswidigen rumänischen Politik, einzulenken. Die rumänischen Kornkammern wurden dem deutschen Bedarf geöffnet und Vereinbarungen mit Deutschland getroffen, die die Ausfuhr der gekauften Zerealien und Futtermittel sicherstellten. Die Vereinbarungen wurden pünktlich eingehalten.

Von Ausbruch des Krieges an sind die Ententemächte bemüht gewesen, durch weitgehende Versprechungen Rumänien zur aktiven Teilnahme am Kriege zu bewegen. Gebietsteile unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen wurden ihm in liberalster Weise als Lockspeise angeboten. Es ergab sich nur das Hindernis, daß die Ländergier Rußlands und Serbiens sich zum Teil auf dieselben Objekte erstreckte, die den Gegenstand der rumänischen Begehrlichkeiten bildeten. Eine volle Verständigung kam unter diesen Umständen nicht zustande und die Hoffnungen verwirklichten sich nicht, die die Entente zur Zeit des Eintritts Italiens in den Krieg auf das gleichzeitige Eingreifen Rumäniens gesetzt hatte.

Die Erfolge der russischen Offensive im vergangenen Frühjahr ermutigten die Entente dazu, ihre Anstrengungen zu erneuern. Die Verhältnisse hatten inzwischen dadurch eine Erleichterung erfahren, daß Serbien zerschmettert am Boden lag und notgedrungen in seinen Ansprüchen bescheidener werden

mußte. Die Ententemächte, die seit Wochen den denkbar stärksten Druck auf die rumänische Regierung ausgeübt haben, um sie dazu zu bewegen, in ihrem Interesse Rumänien zum Kriegsschauplatz herzugeben, hatten unter diesen Umständen leichteres Spiel. Es ist ihnen anscheinend gelungen, Rumänien territoriale Angebote zu machen, die ihm verlockend genug erschienen sind, um das Land in den Krieg zu stürzen.

Der Kaiserlichen Regierung sind die Verhandlungen, die Herr *Bratianu* mit den Vertretern der Ententemächte führte, nicht unbekannt geblieben. Sie hat nicht unterlassen, Seine Majestät den König und die nicht vollständig in den Bannkreis der Entente geratenen rumänischen Politiker immer wieder auf das gefährliche und unaufrichtige Treiben des rumänischen Ministerpräsidenten hinzuweisen. Vergebens.“

**Nr. MDVIII. Auslassung des Oesterreichischen K. K. Telegr.-Korrespondenzbüro zur Antwort Oesterreich-Ungarns an Rumänien.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. September 1916, Nr. 242. Erste Ausgabe.)

„Wien, 30. August. Zu der Note, mit der die rumänische Regierung die rumänische Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn begründet, verbreitet das K. K. Telegr. Korrespondenzbüro nachstehende Bemerkungen:

Unsere Oeffentlichkeit wird für die hier wiedergegebene Stilübung der Bukarester Vertreter die richtige Einschätzung finden und anerkennen, daß sich die rumänische Kriegserklärung als ein ungeschicktes Plagiat der italienischen darstellt. An Erbärmlichkeit der Gesinnung gleicht eben der Judas im Südosten dem im Südwesten, und wenn man durchaus einen Unterschied in der Stilistik beider konstruieren will, so liegt er darin, daß Italien seinen vorbedachten Treubruch mit den ihm von alters her geläufigen machiavellistischen Phrasen motiviert, während die plumpere Form der rumänischen Enunziationen das deutliche Gepräge des nur von einer Tünche europäischer Kultur überdeckten transkarpathischen Bojarentums aufweist.

Wir wollen uns nur mit einigen Bemerkungen zu dem rumänischen Schriftstück äußern.

Herr *Porumbaru* — wir nageln hiermit diesen Namen, dem wir früher in der Führung der rumänischen Politik selten begegnet sind, für die Nachwelt an — muß in der Einleitung zugeben, daß die Allianz der Zentralmächte, der sich Rumänien angeschlossen — mit dem Dreibund als solchem hat Rumänien bekanntlich nichts zu tun — einen eminent friedlichen Charakter hatte. Wahrheitgemäß hätte der rumänische Minister des Aeußern hinzufügen müssen, daß Rumänien diesem Friedensbund, dem es durch mehr als 30 Jahre angehörte, eine geachtete Stellung in Europa und eine aufsteigende politische und wirtschaftliche Entwicklung verdankte.

Wenn in dem Dokument anspielend auf die Periode der Balkankriege gesagt wird, daß Rumänien berechtigt gewesen sei, eine andere Haltung des Wiener Kabinetts zu erwarten, so mag als Gegenzeuge der damalige Regie-



rungschef *Majorescu* gehört werden, der seinerzeit im Dezember 1913 im rumänischen Parlament ausdrücklich der Legende entgegentrat, als ob Oesterreich-Ungarn nicht jederzeit voll und tatkräftig für Rumänien eingetreten war.

Daß Rumänien es vorzog, statt durch eine ausgleichende Tätigkeit die Herstellung eines gerechte Dauer verbürgenden Zustandes am Balkan zu fördern, an dem zu Boden liegenden Bulgarien Erpressungen zu verüben, konnten wir natürlich nicht gutheißen.

Ganz nach italienischem Vorbilde versuchte die rumänische Regierung die Weigerung Rumäniens, bei Ausbruch des Konfliktes zwischen den Zentralmächten und Rußland seine Bündnispflichten zu erfüllen, damit zu rechtfertigen, daß das Vorgehen der Monarchie mit dem friedlichen und konservativen Charakter der Allianz in Widerspruch gewesen wäre. Wir brauchen hier nicht neuerlich auf die bereits welthistorisch gewordene Tatsache hinzuweisen, daß die von Rußland patronisierten Provokationen Serbiens dazu bestimmt waren, unsere Langmut zu erschöpfen und uns den Kampf um die Integrität der Monarchie aufzuzwingen. Bündnisse werden nicht allein für die sonnigen Tage des Friedens, sondern auch für die ernsten Tage kriegerischer Bedrohung geschlossen. Rumänien, das die Segnungen der Allianz während einer dreißigjährigen Friedensperiode genossen hat, hat sie verleugnet, als es galt, im Ernstfalle für sie einzutreten.

Daß Rumänien aber bis jetzt wenigstens neutral geblieben ist und seinen Ueberfall auf die Monarchie bis zu diesem ihm günstig erscheinenden Moment verschoben hat, will es damit erklären, daß Rumänien unseren Versicherungen geglaubt hatte, wonach wir keine territorialen Erwerbungen beabsichtigen, daß es jetzt aber eines anderen belehrt sei. Woher weiß Herr *Porumbaru*, daß wir uns so geändert haben? Glaubt er, daß das Vordringen in Feindesland die Absicht von Annexionen involviert, und hat er nicht davon gehört, daß die Besetzung feindlicher Gebiete das natürliche Ergebnis erfolgreicher militärischer Operationen ist? Den Partherpfeil glaubt Herr *Porumbaru* in dem letzten Absatz seiner Schmähschrift abzusenden, in welchem er den Versuch macht, über die inneren Verhältnisse der Monarchie zu Gericht zu sitzen.

Dieser Versuch ist ebenso unverfroren als seine Behauptungen über die Behandlung des rumänischen Volksstammes in der Monarchie lügenhaft sind. Es gibt keinen Rumänen, der nicht wüßte, daß die kulturelle Renaissance des Rumänentums gerade von jenen Gebieten ausging, in welchen das rumänische Element angeblich unterdrückt und verfolgt wird. Die rumänischen Staatsmänner täten besser, sich um das Schicksal ihrer eigenen Landbevölkerung zu kümmern, die im Zustande des Helotentums und des Analphabetentums ein menschenunwürdiges Dasein fristet. Verzweifelte Aufstände des unglücklichen rumänischen Bauentums mußten noch vor wenigen Jahren in Strömen von Blut erstickt werden; die Reformen, die der Inspirator der rumänischen Note damals seinen eigenen Landsleuten verhiß, stehen bekanntlich heute noch auf dem Papier.

Wenn schließlich die rumänische Regierung das Schicksal der Bukowina bedauert, wo die neuen kosakischen Bundesgenossen Herrn *Bratianus* die rumänische Bevölkerung drangsaliieren, so stünde es dem rumänischen Minister besser an, über die Zukunft seines eigenen Landes Betrachtungen anzustellen, das er mutwillig allen Schrecknissen eines unehrlich begonnenen Krieges ausliefert. Die Sorge für die Verteidigung unseres Gebietes mag er getrost unseren tapferen Heeren überlassen, die den alten wie den neuen Eindringlingen den Weg hinaus mit Nachdruck zu zeigen wissen werden.“

**Nr. MDIX. Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza im Magnatenhaus.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. September 1916. Nr. 244. Zweite Ausgabe).

„Budapest, 2. September. Im Magnatenhause sagte der Ministerpräsident Graf Tisza vor Eintritt in die Tagesordnung: da seit der rumänischen Kriegserklärung die erste Sitzung im Reichstage stattfinde, wolle er einige kurze Äußerungen machen. Die rumänische Kriegserklärung reihe sich würdig dem italienischen Treubuch an: es trete darin dieselbe zynische Verleugnung der vertragsmäßigen Verpflichtungen zutage. Gleichzeitig sei dieser Schritt Rumäniens nicht nur eine Versündigung gegen Treue und Ehre, sondern auch eine Verkennung des eigensten nationalen Interesses. Er wolle sich nicht im einzelnen mit den Behauptungen beschäftigen, mit denen in der rumänischen Note die Kriegserklärung zu begründen versucht werde. Dieses Aktenstück sei ein Gewebe der vermessensten Behauptungen und an den Haaren herbeigezogener Vorwände. „Was sollen wir dazu sagen“, sagte Tisza, „wenn uns in dieser Note Rumänien bedrohende Expansionsbestrebungen zugeschrieben werden?“ Der Ministerpräsident bestreitet ferner entschieden die Richtigkeit der Behauptung, daß die Monarchie während des Balkankrieges von 1912/13 nicht in vollem Maße gegenüber Rumänien alles geleistet habe, was dieses von einem Freunde und Verbündeten hätte erwarten können.

„Im Gegenteil“, sagte Tisza, „hat die Monarchie Rumänien damals in seinen Bestrebungen ehrlich und andauernd unterstützt. Selbstverständlich konnte in diesem Dokument auch die Behauptung von der Unterdrückung der rumänischen Stammesgenossen nicht fehlen. Ich wage jedoch zu behaupten, daß die Rumänen in Ungarn sich nicht nur besser befinden, als die fremdsprachigen Untertanen Rumäniens, sondern daß die ungarländischen Rumänen unter dem Schutze der ungarischen Krone in jeder Beziehung, wirtschaftlich, kulturell und sittlich, höher stehen und günstiger gestellt sind, als das rumänische Volk im Königreich. Die Wahrheit dieser meiner Behauptung wird auch dadurch bewiesen, daß unsere rumänischen Mitbürger während des ganzen Verlaufes des Krieges nicht nur größten Patriotismus und Opferwilligkeit an den Tag gelegt haben, sondern daß ihre Führer, selbst diejenigen, die durch politische Gegensätze von uns getrennt sind, seit der Kriegserklärung ihrem Unwillen und ihrer Entrüstung gegen Rumänien unverhohlen Ausdruck verliehen haben. Der Versuch, durch einen meuchlerischen Ueberfall

uns die schönste Perle in der ungarischen Krone, Siebenbürgen zu entreißen. hat in allen Ungarn, wenn möglich, die todesverachtende Entschlossenheit und Kampfbegier noch gesteigert, und diejenigen unserer Mitbürger, die genötigt gewesen sind, infolge dieses tückischen Ueberfalls Haus und Herd zu verlassen, mögen versichert sein, daß wir, vereint mit unseren Bundesgenossen, deren Treue in diesen kritischen Tagen wenn möglich noch heller erstrahlte, alles aufbieten werden, um den Feind aus dem Lande zu vertreiben und ihnen die alten Wohnstätten wieder zu erobern.“

**Nr. MDIXa. Russischer Bericht vom November 1916 über das russisch-rumänische Abkommen und Rumäniens Eingreifen in den Krieg.**\*) („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. Dezember 1917, Nr. 163.)

„Seit Entstehung des europäischen Krieges hatte Rumänien offiziell eine neutrale Haltung angenommen, welche sehr häufig und merklich bald nach der einen und bald nach der anderen Seite schwankte in Abhängigkeit von dem Stand der militärischen Operationen. Dem lagen zwei Haupterwägungen zugrunde: der Wunsch, nicht zu spät zu kommen zur Aufteilung Oesterreichs und das Bestreben, möglichst viel zu verdienen auf Kosten der Kriegführenden. Unsere Erfolge in Galizien und der Bukowina im Jahre 1914 und zu Anfang 1915 (Einnahme von Lemberg und Przemyśl) und das Erscheinen unserer Vortruppen jenseits der Karpathen brachte die Frage des Eingreifens Rumäniens auf die Tagesordnung. Die eingeleiteten Verhandlungen zogen sich in die Länge, weil unsere Militärs darauf bestanden, die strategische Grenze in der Bukowina so zu ziehen, daß dieses ganze Gebiet im Besitze Rußlands verbleibe. Ende Mai desselben Jahres erfolgte unser Rückzug aus Galizien und Polen unter Aufgabe der Bukowina. Dementsprechend änderte sich auch die Stimmung der leitenden rumänischen Kreise, und die Unterhandlungen wegen eines Eingreifens Rumäniens in den Krieg kamen von selbst in Stillstand. Ende 1915 und Anfang 1916 neigte sich nach der Zerschmetterung Serbiens und dem Auftreten Bulgariens die Politik Rumäniens sehr merklich auf die Seite unser Feinde. Die rumänische Regierung schloß in jener Zeit eine ganze Reihe sehr vorteilhafter Handelsabkommen mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland ab betreffend den Verkauf von Getreide und die Lieferung anderer Verpflegungsmittel und erhielt zum Ausgleich dafür Gold und die erforderlichen Manufakturwaren. Dieser Umstand zwang unser Militär-, Finanz- und Handelsressort, sich mit großer Vorsicht zu der Frage der Ausfuhr von Gegenständen der militärischen

\*) Vorbemerkung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: „Wie aus Stockholm gemeldet wird, setzt *Trotzki* die Veröffentlichung der Geheimdokumente fort. Der 240. Bericht betrifft Rumänien und die Verbündeten, die Umstände des Eingreifens Rumäniens in den Krieg und die letzten Vorgänge an der rumänischen Front.“ — Herausgeber.



Ausrüstung wie auch verschiedener Vorräte aus Rußland nach Rumänien zu stellen, die in die Hände unserer Feinde fallen konnten. Tatsächlich war die gesamte Ausfuhr beinahe eingestellt. Die glänzende Offensive des Generals Brussilow im Frühling und Sommer 1916 neigte die rumänische Neutralität wieder nach der Seite der Ententemächte hin und gab die Möglichkeit, die unterbrochenen Verhandlungen wegen des Eingreifens Rumäniens zu erneuern. Es ist zu bemerken, daß von Anfang an der Stabschef des Höchstkommandierenden aus militärischen Erwägungen die Beibehaltung der Neutralität Rumäniens für uns vorteilhafter hielt, als seine aktive Einmischung in den Krieg. Später stellte sich General *Alexejew* auf den Standpunkt der Alliierten, welche in dem Auftreten Rumäniens den entscheidenden Schlag für Oesterreich und das Nahen des Kriegsendes erblickten. Im August 1916 wurde mit Rumänien ein militärisch-politisches Abkommen unterzeichnet, welches ihm solche Land-erwerbungen überließ (Bukowina und ganz Transsylvanien), welche ganz offenbar nicht dem Maße einer Beteiligung Rumäniens an den militärischen Operationen entsprachen, weil es sich verpflichtet hatte, nur Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären und sich auf Operationen nur in Transsylvanien beschränkt hatte. Die folgenden Ereignisse haben gezeigt, wie sehr sich unsere Alliierten getäuscht hatten, indem sie das rumänische Eingreifen überschätzten. Augenblicklich hat die Entwicklung der militärischen Operationen an der rumänischen Front alle politischen Fragen an die zweite Stelle gerückt. Das meiste Interesse von ihnen hat jetzt die Räumung der Moldau, falls die militärischen Umstände sie erfordern. In Voraussicht dessen war eine besondere Kommission gebildet worden unter dem Vorsitz des Senators *Sasjadko*, nach der Auflösung dieser Kommission hingegen wurde die ganze Räumungsangelegenheit dem Sonderbevollmächtigten *Sterligow* übertragen. Vorgesehen ist die Verlegung der Regierung, des Parlaments und der Stadtbehörden nach Cherson unter Zubilligung des Rechts der Exterritorialität für die rumänische Regierung nach dem Beispiel Belgiens. Der Goldschatz ist bereits nach Moskau übergeführt. Betreffend Wegführung der Verwundeten, Flüchtlinge, Fabriken usw. führt die Kommission Unterhandlungen mit den zuständigen Ressorts. Unter dem Eindruck der erfolgten Katastrophe bestehen in Rumänien selbst Strömungen, die sich einer Fortsetzung des Krieges gegenüber ablehnend verhalten und sich baldigsten Friedensschluß, und sei es auch ein Sonderfrieden, zur Aufgabe gemacht haben. Allein die Entschlossenheit des Königs und seiner Regierung, die Prüfungen bis ans Ende zu ertragen, ist offenbar unerschütterlich. Die in der letzten Zeit im Kabinett *Bratianu* erfolgten Veränderungen im Sinne eines Uebereinkommens zwischen der liberalen und der konservativen Partei haben der ganzen Regierung einen mehr nationalen Charakter gegeben und ihre Stellung gefestigt. Das Unglück, welches Rumänien betroffen hat, ist eine natürliche Folge der völligen militärischen Nichtbereitschaft unter der „zweiseitigen“ Politik *Bratianus*. Die leichten Siege 1913 und der diplomatische Erfolg, den Rumänien nach dem Balkankriege zu verzeichnen hatte, haben im bedeutenden Maße zur Selbstüberschätzung von



Gesellschaft und Regierung beigetragen. In politischer und militärischer Beziehung haben sich die Rumänen sehr überschätzt und erleben jetzt eine bittere Enttäuschung. Vom Standpunkt der russischen Interessen aus müssen uns bei Beurteilung der augenblicklichen Lage der Dinge in Rumänien folgende Erwägungen leiten: Wenn die Dinge sich so entwickelt hätten, daß die militärisch-politische Abmachung mit Rumänien vom Jahre 1916 ihre völlige Verwirklichung erlangt hätte, so wäre auf dem Balkan ein sehr starker Staat entstanden, bestehend aus Moldau—Walachei—Dobrukscha (dem jetzigen Rumänien), Transsylvanien, Banat und Bukowina (Erwerbungen nach dem Verträge von 1916) mit einer Bevölkerung von annähernd 13 Millionen. In der Zukunft wäre der Staat Rußland gegenüber schwerlich freundschaftlich gesinnt gewesen und hätte das Streben, seine nationalen Träume in Bessarabien zu verwirklichen, schwerlich unterlassen. Auf dem Balkan hätte er sich gleichfalls bemüht, dem Einfluß Rußlands entgegenzutreten, und angesichts des überwiegend romanischen Charakters seiner Bevölkerung unter der starken politischen Einwirkung Italiens und Frankreichs gestanden. Infolgedessen steht den politischen Interessen Rußlands der Zusammenbruch der Großmachtspläne Rumäniens in den erwähnten Maßen nicht besonders entgegen. Dieser Umstand muß von uns ausgenützt werden zwecks Festigung jener gezwungenen Bande für möglichst lange Zeit, welche Rußland mit Rumänien verknüpfen. Wenn uns aber die Bildung mächtiger Staaten auf dem Balkan nicht vorteilhaft ist, so ist auch die völlige Vernichtung oder Schwächung der bestehenden politischen Organismen für uns ebensowenig vorteilhaft. Somit bildet der Schutz Rumäniens gegen eine endgültige Zerschmetterung augenblicklich eine unserer hauptsächlich militärisch-politischen Aufgaben. Unsere Erfolge an der rumänischen Front haben für uns eine außerordentliche Bedeutung als einzige Möglichkeit ihrer Art, die Frage betr. Konstantinopel und die Meerengen ein für allemal in dem von uns gewünschten Sinne zu entscheiden. Die jetzt in Rumänien geschehenen Ereignisse haben die Bedingungen des Vertrages von 1916 von Grund aus geändert. Statt der verhältnismäßig bescheidenen militärischen Unterstützung, die Rußland in der Dobrukscha zu leisten verpflichtet war, mußte es die Verteidigung des rumänischen Territoriums auf allen Seiten fast ausschließlich russischen Truppen übertragen. Diese militärische Hilfe Rußlands hat jetzt einen solchen Umfang angenommen, daß das in dem obenerwähnten Verträge vorgesehene Versprechen der Landentschädigungen Rumäniens für seinen Eintritt in den Krieg unzweifelhaft einer Nachprüfung unterzogen werden muß. Wenn es unter den augenblicklichen Verhältnissen auch vielleicht nicht angezeigt ist, die Frage anzuregen, so muß sie gleichwohl in dem nächsten geeigneten Augenblick auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Mit dem Original gleichlautend.

Poliwanow, 7. 20. November 1916.\*

## g) Eintritt Chinas in den Krieg.

**Nr. MDX. Note des chinesischen Gesandten in Berlin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 24. Februar 1917.** (Deutsches Weißbuch: „Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917.“ [Nr. 24].)

(Chinesische Gesandtschaft.)

Berlin, den 24. Februar 1917.

Der Unterzeichnete beehrt sich Seiner Exzellenz dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ergebenst mitzuteilen, daß er den vollen Wortlaut der dem Kaiserlich Deutschen Gesandten in Peking am 9. d. M. vom Waichiaopu überreichten Note durch Telegramm vom 17. Februar erhalten hat und gestattet sich denselben nachstehend den Anweisungen seiner Regierung gemäß Seiner Exzellenz zu übermitteln.

„Durch unsern Gesandten in Berlin wurden wir telegraphisch benachrichtigt, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung durch Note vom 31. Januar die Einzelheiten der geplanten Kriegsmaßnahmen zur See bekanntgegeben hätte, nach denen neutrale Schiffe, die die Sperrgebiete vom 1. Februar ab befahren würden, dies auf eigene Gefahr täten.

Das Waichiaopu beehrt sich zu bemerken, daß die Methoden des U-Boot-Krieges, die Deutschland bisher angewandt hat, bereits vielen chinesischen Staatsangehörigen das Leben gekostet haben. Die neuen Methoden, nach denen der U-Boot-Krieg von nun an geführt werden soll, werden die Gefährdung chinesischer Staatsangehöriger in höchstem Maße vergrößern. Die neuen Methoden stehen überdies nicht mit den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts im Einklang und stören den legitimen Handel zwischen Neutralen einerseits und zwischen Neutralen und Kriegführenden andererseits. Wenn die Chinesische Regierung sich ihnen ruhig unterwerfen wollte, würde es den Anschein erwecken, als ob sie Bestimmungen, die nicht mit dem Völkerrecht im Einklang stehen, guthieße.

Daher legt die Chinesische Regierung gegen die geplanten Kriegsmaßnahmen zur See energischen Protest ein und hofft, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung auf die Rechte und Interessen der Neutralen Bedacht nehmen, die freundlichen Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern im Auge behalten und die neuen Methoden des U-Boot-Krieges nicht in vollem Umfang anwenden wird. Die Chinesische Regierung gibt sich dem Glauben hin, daß ihr Protest die erhoffte Wirkung haben wird. Sollte er jedoch wider alles Erwarten ohne jede Wirkung bleiben, so könnte möglicherweise der für die Chinesische Regierung höchst unerwünschte und bedauerliche Fall eintreten, daß sie sich vor die Notwendigkeit versetzt sähe, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abubrechen.

Es erübrigt sich wohl, zu erwähnen, daß das Ziel der Chinesischen Regierung die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und die Achtung und Unverletzlichkeit des Völkerrechts bei ihrem Vorgehen ist.“

Der Unterzeichnete ergreift die Gelegenheit, um Seiner Exzellenz dem Herrn Staatssekretär die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. Yen.

Seiner Exzellenz dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts,  
Herrn Dr. Zimmermann, Berlin.

**Nr. MDXa. Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio betr. die Hereinziehung Chinas in den Krieg.**  
(„Iswestija“\*) vom 14. Dezember 1917. — Uebersetzung.  
[Aus besonderer Quelle].)

#### Rußland und Japan.

„Iswestija“ vom 14. 12. veröffentlicht folgende, bisher von der deutschen Presse noch nicht wiedergegebenen Geheimberichte, die für die Kenntnis der Beziehungen zwischen Rußland und Japan im Jahre 1917 von großem Werte sind:

##### 1. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 8. Februar 1917. Nr. 40.

Ich habe keine einzige passende Gelegenheit vorüber gehen lassen, ohne vor dem Minister des Auswärtigen darauf zu bestehen, daß es im Interesse Japans selbst wünschenswert wäre, China zu einem Eingreifen gegen Deutschland zu bewegen und noch in der vorigen Woche habe ich mit ihm ein Gespräch aus diesem Anlaß gehabt. Jetzt habe ich ihn wieder darauf aufmerksam gemacht, daß der jetzige Augenblick besonders günstig dafür wäre, und zwar infolge der von den Vereinigten Staaten angenommenen Stellung und dem von ihnen den neutralen Mächten gemachten Vorschlag, ihrem Beispiele zu folgen, insbesondere aber in Anbetracht der kürzlichen Schritte des amerikanischen Gesandten in Peking.

Vicomte *Motono* antwortete mir, daß er selbst zuerst einen Bruch Chinas mit Deutschland begrüßen würde und nicht zögern würde, in dieser Richtung Schritte in Peking zu unternehmen, wenn er die Ueberzeugung hätte, daß die chinesische Regierung bereit wäre, diesen Weg zu betreten. Bisher hätte er aber diese Ueberzeugung nicht gewonnen, und er befürchtet, daß ein erfolgloses Drängeln in Peking dem Verbande nur schaden könnte. Er versprach mir, ohne Zeit zu verlieren, in Peking das Terrain zu sondieren und, falls Hoffnung auf Erfolg vorhanden wäre, dem Kabinett vorzuschlagen, einen Entschluß in der gewünschten Richtung zu fassen.

Andererseits wies mich der Minister auf die Notwendigkeit für ihn hin, aus Rücksichten auf das Verhalten der öffentlichen Meinung in Japan gegenüber dieser Frage, ferner um die Stellung Japans auf der zukünftigen Friedenskonferenz zu sichern, falls China zu dieser zugelassen werden würde, sich die Unterstützung der verbündeten Mächte für die Wünsche Japans in

\*) Anm.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.

den Fragen bezüglich Schantung und der Südsee-Inseln zu sichern. Diese Wünsche sind dahin zusammenzufassen, daß Japan alle Rechte und Privilegien erhalten möchte, die Deutschland in Schantung hatte, ferner die Erwerbung der Inseln nördlich vom Aequator, die die Japaner jetzt besetzt halten. *Motono* sagte mir mit Bestimmtheit, daß die japanische Regierung jetzt gleich ein positives Versprechen der kaiserlichen Regierung erhalten möchte, daß diese die oben angeführten japanischen Wünsche unterstützen würde.

Um die in höchstem Grade wichtige Frage des Bruches Chinas mit Deutschland vorwärts zu bringen, erscheint es mir außerordentlich wünschenswert, den Japanern das von ihnen erbetene Versprechen zu geben, und zwar umso mehr, als, soweit man es hier beurteilen kann, die Gesamtheit der Beziehungen zwischen England und Japan in der letzten Zeit zum Schlusse berechtigt, daß die japanischen Wünsche auf seiten des Londoner Kabinetts auf keinen Widerstand stoßen werden.

Eine Kopie wird nach Peking mitgeteilt.

*Krupensky.*

**Nr. MDXb. Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio vom 11. März 1917 betr. Unterstützung Chinas durch Japan.** („Iswestija“\*) vom 14. Dezember 1917.  
— Uebersetzung. [Aus besonderer Quelle].)

2. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio  
vom 11. März 1917. Nr. 72.

Nr. 2. Laut vertraulichen Mitteilungen, die ich aus verschiedenen Quellen im Ministerium des Aeußern erhalten habe, neigen die Politiker in China, die direkt oder indirekt das politische Leben ihres Landes leiten, zu einem Bruch mit Deutschland. Als einziges Hindernis auf diesem Wege dient die Stellung des Präsidenten der Republik, die sich in der angeführten Frage noch nicht vollständig geklärt hat. Nach Ansicht der japanischen Regierung wird es vielleicht notwendig werden, einen starken Druck auf China auszuüben, wenn die verbündeten Mächte wollen, daß letzteres ganz auf ihre Seite tritt. Wenn wir uns entschließen, diese Stellung einzunehmen, so müssen wir bereit sein, China gewisse materielle Kompensationen zuzuerkennen und China die Garantie unserer Unterstützung zu geben für den Fall aggressiver Handlungen Deutschlands gegenüber China. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß der Hauptgrund der Schwankungen einiger Politiker in China die Angst vor Deutschland ist. Daher ist es notwendig, daß die verbündeten Mächte sich bezüglich folgender Punkte einigen:

1. China sind gewisse Vorteile hinsichtlich der Erhöhung der Zollsätze zuzugestehen.
2. Der Antrag Chinas in der Frage der Tilgung der Schuldzahlung aus dem Jahre 1901, der sogenannten Boxer-Entschädigung, ist unter gewissen Bedingungen zu erfüllen.

---

\*) An m.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.



3. China muß die Garantie erhalten, daß es auf unsere Unterstützung rechnen kann, falls Deutschland aggressive Handlungen gegen China unternimmt.

4. Falls China in den Kriegszustand mit Deutschland eintritt, sind alle diplomatischen Verträge und Abkommen zwischen Deutschland und China außer Kraft zu setzen, und China braucht nicht die Frage der Zahlungen der Boxer-Entschädigung gegenüber Deutschland zu lösen.

Jedenfalls ist China bestrebt, von den Verpflichtungen gegenüber Deutschland sowohl während des Krieges als auch nach dem Friedensschluß befreit zu sein. Die kaiserliche Regierung bittet, ihr möglichst bald die Ansicht der Regierung mitzuteilen, deren Vertreter Sie sind. Kopie nach Peking.

*Krupensky.*

**Nr. MDXI. Chinesische Note an Deutschland vom 14. März 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Chinas zu Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 25. März 1917. Nr. 83. Erste Ausgabe.)

„Berlin, 24. März. Der hiesige chinesische Gesandte hat dem Auswärtigen Amt folgendes Telegramm seiner Regierung mitgeteilt:

Peking, den 14. März 1917.

Das folgende Dekret des Herrn Präsidenten ist heute veröffentlicht worden:

Seit Beginn des europäischen Krieges hat China strenge Neutralität bewahrt. Zu unserem lebhaften Erstaunen erhielt die chinesische Regierung am 1. Februar d. J. eine Note der Deutschen Regierung, in welcher der Beginn des neuen U-Boot-Krieges angekündigt wurde, mit Sperrgebieten, in denen neutrale Schiffe vom obigen Datum an nur auf eigene Gefahr fahren könnten. Nun hat aber der U-Boot-Krieg gegen Handelsschiffe, wie er bis dahin von der Deutschen Regierung geführt wurde, bereits schweren Schaden an chinesischem Leben und Gut angerichtet, und die neue Form des U-Boot-Krieges wird die Schäden in stärkstem Maße vergrößern.

Von der Absicht bewogen, dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen und das Leben und Eigentum der chinesischen Staatsangehörigen zu schützen, hat unsere Regierung einen scharfen Protest an die Kaiserlich Deutsche Regierung gerichtet, mit dem Bemerken, daß, falls diese ihre Politik nicht aufgeben würde, die bisherigen diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen.

Wir hatten uns der Hoffnung hingegeben, daß die deutsche Regierung nicht strikt an ihrer Politik festhalten und ihre freundliche Haltung China gegenüber beibehalten würde. Seit unserem Protest ist nunmehr leider über ein Monat verflossen, ohne daß die deutsche Regierung ihre neuen Methoden der Kriegsführung zur See aufgegeben hätte. Viele Handelsschiffe sind versenkt worden, und zahlreiche chinesische Staatsangehörige haben bei dieser Gelegenheit ihr Leben eingebüßt.

Vor einigen Tagen, am 11. März, hat die Deutsche Regierung uns ihre formelle Antwort zukommen lassen, welche besagt, daß es ihr nicht möglich wäre, den U-Boot-Krieg mit Sperrgebieten aufzugeben. Diese Antwort entspricht durchaus nicht unsern Hoffnungen und Wünschen.

Um unsere Achtung vor dem Völkerrecht zu beweisen und um Leben und Gut unserer Staatsangehörigen zu schützen, verkünde ich hiermit, daß die chinesische Regierung vom heutigen Tage an keine diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reiche mehr unterhält.“

**Nr. MDXII. Deutsche amtliche Mitteilung vom 19. August 1917 betr. Chinas Erklärung des Kriegszustandes mit Deutschland vom 14. August 1917.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 20. August 1917. Nr. 229.)

„Berlin, 19. August. Laut amtlicher Mitteilung der niederländischen Regierung, welche den Schutz der deutschen Interessen in China ausübt, hat die chinesische Regierung am 14. d. Mts. den Kriegszustand mit Deutschland verkündet.“

**Nr. MDXIIa. Geheimtelegramm des russischen Ministers des Auswärtigen an die russischen Botschafter und Geschäftsträger in Paris, London, Tokio und Rom vom 30. August 1917.** („Iswestijar“ vom 2. Dezember 1917. — Uebersetzung. [Aus besonderer Quelle.]

Ende April schlug die englische Regierung, um mit den Schwankungen Chinas in der Frage der Kriegserklärung an Deutschland ein Ende zu machen, den Verbündeten vor, China diesen Schritt durch das Angebot materieller Kompensationen zu erleichtern, und zwar durch die Stundung der Entschädigungen aus dem Boxer-Aufstand für die Zeit des Krieges und fünf Jahre nach diesem, ohne Hinzuzählung von Zinsen und ohne Erhöhung der Zolltarife.

Da die russische Regierung einem schleunigen Eingreifen Chinas in den Krieg eine große Bedeutung beimaß, und um mit den Verbündeten solidarisch zu sein, war sie im Prinzip bereit, sich auf dies Entgegenkommen einzulassen, trotzdem sie der Hauptgläubiger Chinas aus dem Boxer-Aufstande war (auf unserem Teil entfallen etwa 29 v. H. der ganzen Schuld) und bei den besonders ungünstigen Bedingungen des sinkenden Rubelkurses, der zum Teil durch die Silbereingänge für Rechnung unseres Anteiles an der Entschädigung gestützt wurde, die größten Opfer tragen mußte. Bekanntlich kam das Uebereinkommen nicht zustande, und China erklärte erst kürzlich den Mittelmächten ohne jede Bedingung den Krieg.

Jetzt ist auf Anregung der japanischen Regierung, die dabei durch die englische unterstützt wird, der Gedanke wieder aufgetaucht, China durch die Stundung der Entschädigungszahlungen auf fünf Jahre ohne Hinzuzählung von Zinsen eine Unterstützung zu gewähren.

Wir sind der Ansicht, daß in Anbetracht der von Grund auf veränderten Umstände wir durch unsere früheren Erklärungen nicht mehr gebunden sind. Indem wir aber dennoch dem neuen Verbündeten einen freundschaftlichen Dienst erweisen wollen und im Namen der Solidarität mit den alten Verbündeten, verweigern wir nicht das finanzielle Opfer, das für uns augenblicklich besonders empfindlich ist, finden es aber gerecht, es nur in einem Verhältnis zu bringen, das nicht den die anderen Mächte treffenden Anteil übersteigt. Indem wir nun dementsprechend berücksichtigen, daß das prozentuale Verhältnis gegenüber der Gesamtsumme der Entschädigung bei England 2, bei Frankreich (Zahl unleserlich), bei Amerika 7, bei Japan 8 und bei Italien 6 v. H. ausmacht, sind wir bereit, indem wir die arithmetische Mitte zwischen diesen Zahlen feststellen, von unseren über 28 v. H. 10. v. H. nachzulassen, wenn die Mächte einstimmig zum Entschluß kommen, China auf der von Japan vorgeschlagenen Grundlage zu entschädigen.

### h) Panama.<sup>\*)</sup>

**Nr. MDXII b. Reutermeldung betr. Kriegserklärung Panamas an Oesterreich-Ungarn.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 12. Dezember 1917. Nr. 381.)

„New York, 11. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Panama hat Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt.“

### i) Cuba.

**Nr. MDXIII. Deutsche Mitteilung über die Stellungnahme der Cubanischen Regierung zur deutschen Sperrgebiets-erklärung vom 31. Januar 1917.** (Deutsches Weißbuch: „Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. Mai 1917.“ [Nr. 18.] )

Die Cubanische Regierung hat laut Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Havanna vom 7. Februar 1917 erklärt, daß sie ihr Einverständnis mit dem Schritte der Kaiserlichen Regierung nicht aussprechen könne, da er ihren Handelsbeziehungen, Interessen sowie den Prinzipien der Meeresfreiheit und den Rechten der Neutralen zuwiderlaufe.

<sup>\*)</sup> Anm.: Nach besonderer Nachricht sollen sich seit dem 7. April 1917 Panama und das deutsche Reich im Kriegszustand befinden. — Belege dafür liegen bis jetzt — 15. II. 1918 — nicht vor. — Herausgeber.

**Nr. MDXIII a. Mitteilung der Kriegserklärung Kubas\*) an Deutschland, April 1917.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 12. April 1917. Nr. 100. Erste Ausgabe).

„Der hiesige kubanische Gesandte hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts eine Note überreicht, worin er erhaltenem Auftrage gemäß mitteilt, daß seine Regierung die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abbricht und sich mit ihm als im Kriegszustand befindlich betrachtet.“

**Nr. MDXIII b. Mitteilung vom 13. Dezember 1917 betr. Kubas Erklärung des Kriegszustandes mit Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 14. Dezember 1917. Nr. 385.)

„Amsterdam, 13. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet aus New York: Nach einer Depesche aus Kuba hat das Repräsentantenhaus den Kriegszustand zwischen Kuba und Oesterreich-Ungarn beschlossen.“

## j) Brasilien.

**Nr. MDXIV. Note des brasilianischen Gesandten in Berlin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts vom 9. Februar 1917. Protest gegen die deutsche Sperrgebietserklärung vom 31. Januar 1917.** (Deutsches Weißbuch: „Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917.“ [Nr. 20.]

Berlin, le 9 février 1917.

Excellence,

Aussitôt que j'ai eu l'honneur de recevoir, le 1<sup>er</sup> courant, la Note de Votre Excellence en date du 31 janvier, je me suis empressé d'en porter le contenu à la connaissance de mon Gouvernement, par la voie télégraphique.

Votre Excellence a bien voulu me communiquer ce qui est en substance la résolution du Gouvernement Impérial Allemand d'établir le blocus des côtes de la Grande-Bretagne et de l'Irlande et des îles du Royaume Uni, lui avoisinant, de celles de la France et de l'Italie, et la Méditerranée orientale, par le moyen de bateaux sousmarins, lesquels, à partir du 1<sup>er</sup> février courant, empêcheront tout trafic maritime dans les zones précitées, — les restrictions ci-devant apportées dans l'emploi des moyens de combattre dans la mer restant supprimées, et, par contre, étant admis tous les moyens armés conduisant à la destruction de bateaux.

---

\*) Anm.: Nach besonderer Nachricht: Von Cuba abgegangen am 6. April 1917, in Berlin überreicht am 10. April 1917. — Herausgeber.



La Note de Votre Excellence ajoute encore, dans sa teneur générale, que le Gouvernement Impérial, en plaçant sa confiance dans l'appréciation exacte que le Brésil fera des moyens de guerre ci-dessus indiqués. — lesquels, suivant le Gouvernement Impérial, sont adoptés par des circonstances qui l'ont forcé à les mettre en pratique. — espère que les bateaux brésiliens soient avertis du danger qu'ils courent en entrant dans les zones interdites, ce qui s'appliquerait pareillement aux voyageurs nationaux brésiliens et aux marchandises qui se trouveraient être à bord de tous les bateaux de commerce, qu'ils soient ou qu'ils ne soient pas neutres.

**Nr. MDXIVa. Brazilianische Note an Deutschland vom 16. April 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Brasiliens zu Deutschland. Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Note.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 17. April 1917. Nr. 105. Erste Ausgabe.

„Berlin, 16. April. Der hiesige brasilianische Gesandte hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts eine Note überreicht, der zufolge die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und die Pässe für die Gesandtschaft und die Konsulate erbeten werden.

Als Begründung hierfür wird die Zerstörung des brasilianischen Dampfers „Paraná“\*) durch deutsche Seestreitkräfte angegeben. Die Note nimmt bezug auf die früheren Erklärungen Brasiliens, in denen die Verantwortung für die im Widerspruch zum Völkerrecht erfolgenden Verletzungen der brasilianischen Staatsangehörigen, Waren und Schiffe Deutschland überlassen worden sei. Der Kaiserliche Gesandte sei bereits auf die Folgen aufmerksam gemacht worden, die jeder Angriff auf brasilianische Schiffe haben würde, und zwar betrachte es die brasilianische Regierung als ihr gutes Recht, daß kein brasilianisches Schiff auf irgend welchem Meere und unter irgend einem Vorwande angegriffen werden dürfe, selbst wenn es Konterbande führe, da die kriegführenden Mächte alle Arten von Waren unter diesen Begriff gestellt hätten. Die brasilianische Regierung sei bereit, pflichtgemäß die Freiheit der Schifffahrt und die Lebensinteressen Brasiliens zu verteidigen.

Der Dampfer „Paraná“ sei unter folgenden Umständen versenkt worden: Er sei mit verminderter Geschwindigkeit unter vorschriftsmäßiger Beleuchtung gefahren und habe den Namen „Brasilien“ getragen. Er sei nicht zur Unterbrechung seiner Fahrt aufgefordert, ohne vorherige Warnung und ohne daß er Widerstand geleistet hätte, torpediert und beschossen worden. Das deutsche U-Boot habe ihm keinen Beistand geleistet.

\*) Anmerkung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung: „Wie wir erfahren, ist der Dampfer „Paraná“ am 4 d. M. nördlich von Barilleur, im englischen Kanal, also im Sperrgebiet versenkt worden. Da er vor dessen Befahren durch die allgemeine Ankündigung des uneingeschränkten U-Bootkrieges rechtzeitig und nachdrücklich gewarnt worden war, bedurfte es einer besonderen Warnung nicht.“

Dies alles stelle gegenüber den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland einen feindlichen Akt dar. Es sei dadurch großer Sachschaden, sowie namentlich der Tod und die Verwundung brasilianischer Staatsangehöriger im Widerspruch zu den Grundsätzen des Völkerrechts und zu den von Deutschland selbst angenommenen Konventionen verursacht worden. Da diese Handlungsweise gegen die früheren von der brasilianischen Regierung abgegebenen Erklärungen verstoße, halte der Präsident weitere diplomatische Erklärungen und Verhandlungen nicht mehr für möglich.

Für den deutschen Gesandten in Brasilien, dem seine Pässe zugestellt worden seien und das Personal der Gesandtschaft und der Konsulate, werde der Dampfer „Rio de Janeiro“ zur Fahrt nach Amsterdam zur Verfügung gestellt. Den Schutz der brasilianischen Interessen in Deutschland habe die Schweiz übernommen.

Wie heute nachmittag durch das W. T. B. bekanntgegeben worden ist, hat der brasilianische Gesandte dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß Brasilien die Beziehungen zu Deutschland abbreche.

Zur Begründung wird angeführt, daß der brasilianische Dampfer „Paraná“, ohne den Befehl zur Unterbrechung der Fahrt erhalten zu haben, und ohne vorherige Warnung torpediert und beschossen worden sei. Wegen der erschwerenden Umstände und in Uebereinstimmung mit den früheren Erklärungen der brasilianischen Regierung erfolge der Abbruch der Beziehungen.

Ob der von Brasilien angegebene Tatbestand richtig ist, mag dahingestellt bleiben. Schon jetzt ist festgestellt worden, daß der Dampfer im Sperrgebiet versenkt worden ist, vor dessen Befahren er durch die allgemeine Ankündigung des uneingeschränkten U-Bootkrieges gewarnt worden war. Es ist aber kaum anzunehmen, daß der wirkliche Grund für den Abbruch der Beziehungen die Torpedierung der „Paraná“ ist, vielmehr wird auch hier wie bei China der Druck der Vereinigten Staaten und der Entente ausschlaggebend gewesen sein. Brasilien stand schon vor dem Kriege mehr als die übrigen beiden großen südamerikanischen Länder, die sich anscheinend uns gegenüber einstweilen neutral verhalten wollen, unter dem Einfluß der Union, und zwar namentlich, weil es für seinen Kaffecabsatz zum größten Teile auf den nordamerikanischen Markt angewiesen ist, und dafür günstige Bedingungen braucht. Infolgedessen mußte es schon früher als Gegenleistung erhebliche Konzessionen auf wirtschaftlichen Gebieten machen. Während des Krieges haben sich die lange Zeit im argen liegenden Finanzen Brasiliens noch verschlechtert, und es kann eine Errettung aus dieser Lage nur von den mit Ententegeld gesättigten Vereinigten Staaten erhoffen, da seine früheren Geldgeber, England und Frankreich genug zu tun haben, ihre eigenen finanziellen Lasten zu tragen. Bedauerlich ist es immerhin, daß Brasilien, das bisher in freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland stand, und das seine wirtschaftliche Entwicklung zu einem großen Teile der Mitarbeit tüchtiger und fleißiger deutscher Kaufleute und Kolonisten verdankt, die zu dem besten Teile seiner

Bevölkerung gehören, sich in das Schlepptau der Nordamerikaner und der Entente nehmen läßt. Es schlägt hierdurch nicht nur jedem Gefühl der Gerechtigkeit und Dankbarkeit ins Gesicht, sondern verfolgt damit eine sehr kurzsichtige Politik. Abgesehen davon, daß Brasilien infolge der verlogenen Propaganda der Entente, der hinreichend entgegenzutreten wir wegen der Unterbindung des Verkehrs mit den überseeischen Ländern außerstande waren, sich anscheinend darüber im Irrtum befindet, zu wessen Gunsten sich die Schale in dem Weltkrieg schließlich senken wird, schadet es auch sonst seinen eigensten Interessen durch sein Vorgehen.

Indem es sich den Vereinigten Staaten anschließt, fördert es deren seit vielen Jahren beharrlich verfolgten ehrgeizigen panamerikanischen Pläne, die auf eine Beherrschung des ganzen amerikanischen Kontinents durch die Union hinauslaufen. Brasilien wird zu seinem Schaden später erkennen, daß diese Bevormundung, die namentlich eine Fesselung und Beeinträchtigung seines blühenden Aus- und Einfuhrhandels mit den großen europäischen Ländern zugunsten der Nordamerikaner zur Folge haben wird, nicht gerade zu seinem Vorteile ausschlagen wird.

Zunächst hat Brasilien lediglich den Abbruch der Beziehungen, nicht aber den Kriegszustand angekündigt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es auch hierin dem Präsidenten Wilson Gefolgschaft leisten wird.

Auch ein solcher Entschluß könnte Deutschland kühl lassen. Einen Zuwachs an Macht wird auch die Entente von Brasilien kaum erwarten. Sein Heer und seine Flotte sind nicht von einer solchen Qualität und Quantität, daß ihr Auftreten auf dem europäischen Kriegsschauplatze irgendwelchen Eindruck machen könnte. Ueber den Gedanken einer finanziellen Unterstützung der Entente würde man sich eines Lächelns nicht erwehren können. Sollte sich Brasilien auf Betreiben der Entente an den in seinen Häfen liegenden deutschen Schiffen oder an den Personen und dem Hab und Gut der deutschen Kaufleute und Kolonisten vergreifen, so möge es sich bewußt sein, daß Deutschland solche Handlungsweise nicht vergessen und früher oder später Mittel und Wege finden würde, das Land hierfür verantwortlich zu machen.“

**Nr. MDXV. Brasilianische Note an Deutschland vom 2. Mai 1917 betr. die deutschen Schiffe in Brasilien.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Mai 1917. Nr. 121. Zweite Ausgabe.)

„Berlin, 2. Mai. (W. T. B.) Die brasilianische Regierung hat dem Auswärtigen Amt durch Vermittelung der Schweizerischen Regierung mitgeteilt, daß sie Maßregeln habe treffen müssen, um eine Schädigung der brasilianischen Häfen durch die Zerstörung deutscher Schiffe zu verhindern. In einer von ihr veröffentlichten amtlichen Note wird ausgeführt, daß die deutschen Besatzungen Zerstörungshandlungen gegen diese Schiffe ausgeführt hätten, die unter der Gerichtsbarkeit und dem Schutze der brasilianischen



Behörden ständen, namentlich seitdem eine deutsche Vertretung dort nicht mehr bestehe. Es seien ferner entgegen den Vorschriften der Hafenbehörden Maschinenteile und andere Gegenstände in das Meer geworfen worden, auch hätten die Schiffsbesatzungen die Absicht bekundet, einige oder alle Schiffe zu versenken. Die Ausführung dieser Absicht könne die brasilianische Regierung wegen der zu erwartenden Schädigung der Schifffahrt und der Häfen nicht zulassen. Sie habe daher als Polizei- und Sicherungsmaßregel, die nicht den Charakter einer Beschlagnahme trage, dem Marineminister befohlen, die Schiffe durch Mannschaften seines Befehlsbereiches besetzen zu lassen, solange die gegenwärtige Lage dauere. Die Besetzung habe in der besten Ordnung stattgefunden, und die deutschen Schiffsbesatzungen seien, ohne daß ihre frühere Lebensweise geändert worden wäre, an Bord belassen worden.“

**Nr. MDXVI. Botschaft des Präsidenten von Brasilien.** („Nord-deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 6. Mai 1917. Nr. 124. Zweite Ausgabe.)

„Rio de Janeiro, 4. Mai. (Havasmeldung.) Die vom Präsidenten *Venceslao Braz* im Kongreß verlesene Botschaft bemerkt zur internationalen Politik, daß Brasilien trotz seiner lebhaften Sympathie für die Wiederherstellung des Friedens sich stets einer Unterstützung der gemachten Vorschläge enthalten hat, und spendet dem bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesenen guten Willen der französischen und der englischen Regierung Lob. Die Botschaft gibt dann einen Ueberblick über die „Parana“-Angelegenheit und erinnert an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und die Besetzung der deutschen Dampfer. Staatssekretär *Zimmermann* habe sein Bedauern wegen der Torpedierung der „Parana“ ausgedrückt, da aber Brasilien die Tür zu Verhandlungen mit Deutschland sich nicht öffnen lassen wolle, habe es geantwortet, daß es diese Kundgebung als nicht befriedigend erachte. Die Botschaft erinnert ferner daran, daß Brasilien sich geweigert habe, die deutschen Behörden um ein besonderes Exequatur für seine Konsuln in Belgien zu ersuchen. Mit Beziehung auf den Bruch mit Deutschland schloß der Präsident:

„Ich habe das Bewußtsein, daß die Regierung in diesen heiklen Fragen loyal und würdig ihre Pflicht getan hat, ohne Ueberstürzung oder Uebertreibung. Die ausführende Gewalt hat innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Rechte gehandelt, und da die Zeit Ihres ordentlichen Zusammentritts heran nahte, habe ich mich entschlossen, Ihnen von der ersten internationalen Lage, in der sich Brasilien befindet, Kenntnis zu geben. Ich bin sicher, daß Sie in dem Rahmen der weitgehenden Ihnen von der Verfassung übertragenen Befugnisse in Ihrer Vaterlandsliebe mit der von den Umständen erheischten Entschlossenheit handeln werden“.



**Nr. MDXVII. Bericht des diplomatischen Ausschusses der Brasilianischen Kammer.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 31. Mai 1917. Nr. 148. Zweite Ausgabe.)

„Rio de Janeiro, 29. Mai. (Agence Havas.) Der Bericht des diplomatischen Ausschusses der Kammer über die Botschaft des Präsidenten betreffend die Torpedierung des Dampfers „Tijuca“ weist auf die Gefahr hin, die die nationale Handelsmarine und der auswärtige Handel Brasiliens laufen, ebenso auf die Notwendigkeit von Verteidigungsmaßnahmen gegen eine Angriffshandlung Deutschlands. Der Ausschußbericht schließt mit der Einbringung des nachstehenden Gesetzentwurfes: Der Kongreß bevollmächtigt die Ausführende Macht

1. die in den brasilianischen Häfen vor Anker liegenden deutschen Handelsschiffe zu benutzen,
2. von sich aus Maßnahmen zu treffen, um die auswärtige brasilianische Schifffahrt zu verteidigen,
3. sich mit den alliierten Staaten über Maßnahmen zu verständigen, die die Freiheit des Ein- und Ausfuhrhandels sichern sollen, und zu diesem Zweck die Neutralitätserklärung zu widerrufen, sobald es ihr dienlich erscheint.“

**Nr. MDXVIII. Reutermeldung vom 30. Mai 1917 über Brasiliens Aufgabe der Neutralität.\*)** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 31. Mai 1917. Nr. 148. Zweite Ausgabe.)

„Rio de Janeiro, 30. Mai. (Reuter). Die Kammer hat den Gesetzentwurf angenommen, durch den die Neutralität im deutsch-amerikanischen Kriege aufgegeben, die Verwendung der deutschen Schiffe, die in brasilianischen Häfen liegen, gestattet, und die Regierung ermächtigt wird, Maßnahmen zur Verteidigung der Schifffahrt und zur Widerrufung der Beschlüsse betreffend die Neutralität im Kriege zwischen der Entente und den Mittelmächten zu treffen.“

## k) Guatemala.

**Nr. MDXIX. Mitteilung vom 2. Mai 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Guatemalas zu Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Mai 1917. Nr. 121. Zweite Ausgabe.)

„Berlin, 2. Mai. Der Gesandte von Guatemala hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen seien, und um seine Pässe gebeten.

Die Vertretung der deutschen Interessen in Guatemala hat die spanische Regierung übernommen.“

\*) Anm.: Nach besonderer Nachricht sollen sich Brasilien und Deutschland seit dem 26. Oktober 1917 im Kriegszustand befinden. — Belege dafür liegen bis jetzt — 15. II. 1918 — nicht vor. — Herausgeber.

## l) Bolivien.

**Nr. MDXX. Mitteilung vom 5. Mai 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Boliviens zu Deutschland.**  
(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 6. Mai 1917. Nr. 124. Zweite Ausgabe).

„Berlin. 5. Mai. Da Bolivien zurzeit in Deutschland eine diplomatische Vertretung nicht besitzt, so hat der bolivianische Generalkonsul in Hamburg, der bereits seit einiger Zeit in der Schweiz weilte, dem Auswärtigen Amte mitgeteilt, daß nach einem Telegramm seiner Regierung die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen seien.“

## m) Honduras.

**Nr. MDXXI. Mitteilung vom 28. Mai 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen von Honduras zu Deutschland am 17. Mai 1917.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. Mai 1917. Nr. 146).

„Berlin. 28. Mai. Nach amtlicher Meldung des Kaiserlichen Gesandten bei den mittelamerikanischen Republiken hat die Regierung von Honduras durch Dekret vom 17. d. Mts. die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reiche abgebrochen und dem Kaiserlichen Konsul in Tegucigalga das Exequatur entzogen. Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten von Honduras hat erklärt, daß die deutschen Reichsangehörigen, welche friedlich ihren Privatgeschäften nachgingen, für ihre Person und ihr Eigentum, ebenso wie jeder andere, den Schutz der Landesgesetze genießen würden.“

## n) Liberia.

**Nr. MDXXII. Mitteilung vom 20. Mai 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Liberias zu Deutschland. \*)**  
(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 22. Mai 1917. Nr. 140. Zweite Ausgabe).

„Berlin, 20. Mai. Die Regierung der Republik Liberia hat in einem an ihren bisherigen Geschäftsträger gerichteten Telegramm mitgeteilt, daß sie als Protest gegen den uneingeschränkten Unterseebootkrieg, der das Leben der liberianischen Passagiere und Seeleute auf den Schiffen der Alliierten und Neutralen bedrohe und liberianische Staatsangehörige schweren finanziellen und wirtschaftlichen Schädigungen aussetze, die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe.“

---

\*) Anm.: Nach besonderer Nachricht sollen sich Deutschland und Liberia seit dem 4. August 1917 im Kriegszustand befinden. — Belege dafür liegen bis jetzt — 15. II. 1918 — nicht vor. — Herausgeber.

## o) Nicaragua.

**Nr. MDXXIII. Mitteilung vom 6. Juni 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Nicaraguas zu Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 7. Juni 1917. Nr. 155. Zweite Ausgabe).

„Berlin, 6. Juni. Nach amtlicher Meldung des Kaiserlichen Gesandten bei den mittelamerikanischen Republiken hat Nicaragua die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen.“

## p) Haiti.

**Nr. MDXXIV. Neutralitätserklärung Haitis vom 7. August 1914.\*)**

La guerre ayant malheureusement éclaté entre diverses puissances de l'Europe avec lesquelles la République d'Haiti est en paix, le gouvernement a pour devoir de garder la plus stricte neutralité pendant toute la durée du conflit.

Conformément aux principes généraux du droit des gens, il est recommandé aux Haïtiens et aux nationaux des puissances en guerre de ne commettre sur le territoire national et les eaux maritimes environnantes aucun acte pouvant violer la neutralité de la République.

Il est notamment interdit de faire aucune manifestation en faveur ou contre l'un des belligérants, d'ouvrir des bureaux d'enrôlement, d'armer des navires en guerre, de fournir ou d'aider à fournir aucun moyen de guerre à l'un des belligérants sous peine d'être frappé par les lois.

Port-au-Prince, le 7 août 1914.

Signé: *Enoch Desert*.

**Nr. MDXXV. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Haiti, Juni 1917.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 8. Juni 1917. Nr. 156. Zweite Ausgabe).

„Berlin, 7. Juni. Der Geschäftsträger von Haiti hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts eine Note übergeben, in der gegen den uneingeschränkten Unterseebootkrieg Einspruch erhoben wird. Zugleich wird Ersatz des Schadens verlangt, der dem haitianischen Handel durch die Versenkung mehrerer Schiffe erwachsen sei; bei den Versenkungen hätten auch haitianische Staatsangehörige ihre Leben verloren. Endlich werden in der Note Bürgschaften für die Zukunft verlangt.

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

Da die Forderungen der haitianischen Regierung in einer ungewöhnlichen Form gestellt sind und die Erfüllung binnen einer Frist verlangt wird, in der es nicht einmal möglich gewesen wäre, die angegebenen Gründe nachzuprüfen, so hat es die kaiserliche Regierung für angezeigt gehalten, dem haitianischen Geschäftsträger sogleich seine Pässe zuzustellen.“

**Nr. MDXXVI. Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Vorgänge in Haiti vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 6. November 1917. Nr. 314. Erste Ausgabe).

„Bekanntlich hatte Haiti Deutschland ein in ungewöhnlichen Formen gehaltenes Ultimatum gestellt, das den Abbruch der Beziehungen zur Folge hatte. Zeitungsmeldungen zufolge soll Haiti uns sogar den Krieg erklärt haben. Die Erfahrungen der letzten Jahre machten es schon von vornherein unwahrscheinlich, daß die Republik diese Schritte aus freiem Entschluß getan hätte. Vielmehr mußte man annehmen, daß auch Haiti hierbei dem Drucke unserer Feinde, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, nachgab. Diese Vermutung wird durch nunmehr vorliegende zuverlässige Berichte über die letzten Vorgänge vor dem Bruche zwischen Deutschland und Haiti vollauf bestätigt. Danach hatte das Parlament in Port au Prince, der Hauptstadt Haitis, sich einstimmig gegen einen Krieg mit Deutschland ausgesprochen. Nach der Abstimmung herrschte im Sitzungssaale große Freude, es wurden sogar Hochrufe auf Deutschland ausgebracht. Als sodann unter dem brutalen Drucke der Nordamerikaner die Ereignisse trotzdem ihren Lauf nahmen, ersuchten Deputierte und Senatoren Haitis den deutschen Vertreter vor seiner Abreise, aller Welt davon Kenntnis zu geben, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Amerikaner gegen das kleine Volk von Haiti ebenso wie gegen das von San Domingo vorgehen, und wie mißlich die Lage dieser kleinen Freistaaten durch die fortgesetzten Mißhandlungen von amerikanischer Seite geworden ist.

Die Spannung, die zwischen den Amerikanern sowie den Angehörigen aller Ententeländer einerseits und den Haitianern andererseits besteht, kommt im Leben Haitis nahezu täglich zum Ausdruck. Als der französische Gesandte den Nationalfeiertag seines Landes, den 14. Juli, im Beisein der einheimischen Vertreter durch Theatervorstellungen und ein Wohltätigkeitsfest feiern wollte, erhielt er von ihnen ohne Ausnahme deutliche Absagen. Dagegen erschienen viele einflußreiche Haitianer in der Deutschen Ministerresidentur, um an der Feier des Geburtstages des Deutschen Kaisers teilzunehmen, wobei die Haitianerinnen die Büste des Kaisers mit Rosen schmückten. Aber auch an blutigen Zusammenstößen zwischen den Haitianern und den Bedrückern des Landes hat es nicht gefehlt. Vor etwa Jahresfrist stürmten bewaffnete Haitianer das Gefängnis in Port au Prince. Sie überwältigten die dort befindliche amerikanische Wache, entwaffneten sie und setzten



sämtliche Gefangene, darunter zahlreiche politische, d. h. Feinde der Vereinigten Staaten, in Freiheit. Unter diesen Umständen hielten es die Amerikaner für ratsam, von den Haitianern die Ablieferung aller Feuerwaffen zu verlangen. Sie erhielten jedoch nur alte und unbrauchbare Gewehre, die sie den Besitzern teuer bezahlen mußten. Tatsächlich fühlen die Amerikaner sich in der Republik keineswegs sicher und sie wissen genau, daß sie sogar nicht sich auf die von ihnen selbst ausgebildete haitianische Gendarmerie verlassen können.“

### q) San Domingo.

**Nr. MDXXVII. Mitteilung vom 11. Juni 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen San Domingos zu Deutschland im Juni 1917.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 12. Juni 1917. Nr. 160. Erste Ausgabe).

„Berlin, 11. Juni. Der spanische Botschafter hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß nach einer ihm zugegangenen amtlichen Nachricht die Dominikanische Republik von den Vereinigten Staaten von Amerika veranlaßt worden sei, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen.

Die Vertretung der deutschen Interessen in der Republik hat Spanien übernommen.“\*)

### r) Siam.

**Nr. MDXXVII a. Note des Siamesischen Gesandten an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts vom 19. März 1917. Protest gegen die Sperrgebietserklärung vom 31. Januar 1917.** (Deutsches Weißbuch: „Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917“. Nr. 26).

(Siamese Legation.)

Berlin, March 19th, 1917.

Sir,

In referring to my note of February 2nd last, I now have the honour to bring to the knowledge of Your Excellency, that His Majesty's Government, after having been apprised of the contents of the note of January 31st last by which Your Excellency has been kind enough to inform me of the measures which His Imperial Majesty's Government has felt compelled to adopt with regard to the establishment of a forbidden zone round the British, French and Italian coasts, have now instructed me to bring under the attention of His Majesty's Government, that the measures in question and the methods adopted by Germany since February 1st last with regard to submarine war are, would seem to my Government to constitute a departure

\*) Anm.: Nach besonderer Nachricht soll die Dominikanische Republik in Wirklichkeit noch jetzt — 7. März 1918 — eine diplomatische Vertretung in Berlin unterhalten. — Herausgeber.

from the accepted principles of International Law, as confirmed and sanctioned by the Convention of the Hague. In these circumstances my Government as one of the signatoires to that convention feel it their duty hereby to enter a formal protest against those measures and methods and to make full reservation of their rights for the future for any prejudice which may result from same to Siamese subjects or Siamese trade.

In the hope that Your Excellency will not fail to bring the present note to the knowledge of His Imperial Majesty's Government, I avail myself of the present opportunity to offer Your Excellency the renewed expression of my very high consideration.

gez. *Traidos Prabandt.*

His Excellency Herr Zimmermann,

1. Secretary of State for Foreign Affairs, etc. etc. etc.

Berlin.

„Die erwähnte Note vom 2. Februar enthält lediglich die Bestätigung des Empfangs der deutschen Note vom 31. Januar“. (*Anmerkung des Weißbuches.*)

**Nr. MDXXVII b. Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 26. Juli 1917 zur Haltung Siams.** (26. Juli 1917. Nr. 204. Erste Ausgabe Nr. 269).

„Nach Meldungen von Reuter und sonstigen Nachrichten in der feindlichen Presse soll die siamesische Regierung den Kriegszustand mit Deutschland erklärt, deutsche und österreichische Staatsangehörige, um sie außer Landes zu bringen, verhaftet und deutsche Schiffe beschlagnahmt haben. Die Kaiserliche Regierung hat Schritte getan, um festzustellen, was der Nachricht zugrunde liegt. Für den Fall, daß sie sich bewahrheiten sollte, ist Vorsorge getroffen, die deutschen Interessen gegen völkerrechtswidrige Verletzungen zu schützen und entsprechende Genugtuung und Schadenersatz geltend zu machen.

Gegenüber der von London verbreiteten Behauptung, Siam habe sich aus eigenem Antrieb den Feinden Deutschlands angeschlossen, ist festzustellen, daß sichere Nachrichten über die Machenschaften vorliegen, durch die England und Frankreich unter Beteiligung Italiens und schließlich auch Rußlands seit langem mit immer mehr steigendem Drucke auf Siam einzuwirken suchten, um ein neues Opfer für die Ententeinteressen zu gewinnen.“

**Nr. MDXXVIII. Mitteilung vom 28. Juli 1917 betr. Siams Eintritt in den Kriegszustand mit Deutschland. \*)** (Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. Juli 1917. Nr. 207. Zweite Ausgabe).

„Berlin, 28. Juli. Der siamesische Gesandte hat im Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Siam sich im Kriegszustand mit Deutschland erachtet.

\*) Anm.: Nach besonderer Nachricht sollen sich Deutschland und Siam seit dem 22. Juli 1917 im Kriegszustand befinden. — Herausgeber.

Dem Gesandten ist eröffnet worden, daß er seine Pässe erhalten wird, sobald sichere Nachricht darüber vorliegt, daß für die Kaiserliche Vertretung in Bangkok freies Geleit nach Deutschland gewährleistet ist. Dem Gesandten ist ferner kein Zweifel darüber gelassen worden, daß seine Regierung für jeden Schaden, den Reichsangehörige in Siam in völkerrechtswidriger Weise erfahren sollten, zur vollen Verantwortung gezogen werden wird.

Entsprechend dem Vorgehen der siamesischen Regierung gegen die in Siam befindlichen Reichsangehörigen werden die sich in Deutschland aufhaltenden siamesischen Staatsangehörigen wehrpflichtigen Alters interniert.

Die Königlich Niederländische Regierung ist um Uebernahme der deutschen Interessenvertretung in Siam gebeten worden.“

**Nr. MDXXIX. Mitteilung vom 30. Juli 1917 betr. die Kriegserklärung Siams an Oesterreich-Ungarn.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 31. Juli 1917. Nr. 209. Zweite Ausgabe).

„Wien, 30. Juli. Die Kriegserklärung Siams an Oesterreich-Ungarn wurde der K. u. K. Regierung in Form einer Note bekanntgegeben. In diesem Schriftstücke wird die Kriegserklärung damit begründet, daß die siamesische Regierung sich nicht mehr der Tatsache verschließen könne, daß Oesterreich-Ungarn trotz dem am 1. April 1917 überreichten siamesischen Proteste fortwährende Kriegsmethoden anzuwenden, die sowohl jedem menschlichen Empfinden als auch den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts widersprechen.“

## s) Argentinien.

**Nr. MDXXX. Neutralitätserklärung Argentinien vom 5. August 1914.** („Republica argentina, Boletin del ministerio de relaciones exteriores y culto, t. XLIII“ S. 3).\*)

Buenos-Aires, le 5 août 1914.

Vu les communications reçues par le Pouvoir exécutif: de la légation impériale et royale d'Autriche-Hongrie, en date du 26 juillet courant, faisant connaître la rupture des relations entre ce pays et la Serbie; des représentants diplomatiques de Russie et d'Allemagne, en date des 2 et 3 août respectivement, faisant connaître l'état de guerre survenu entre les deux pays; de la légation d'Allemagne, en date du 4 août, déclarant que l'Empire se trouve en état de guerre avec la France; de la légation de Sa Majesté britannique, en date d'aujourd'hui, déclarant que le Royaume-Uni se trouve en guerre avec l'Empire allemand; de la légation de Belgique, en date d'aujourd'hui, exposant que des troupes allemandes ont pénétré dans son pays et que son

\*) Anm.: Französische Uebersetzung aus besonderer Quelle. —  
Herausgeber.

gouvernement a décidé de résister par la force; et considérant: — que l'état de guerre survenu entre des nations amies de la République argentine impose la nécessité de déterminer le critérium et les règles de conduite qu'il convient d'adopter pour maintenir la neutralité de la République dans le conflit; — que les principes du droit international consacrés par l'opinion des auteurs et par la pratique des nations ont été condensés dans les clauses de la convention signée à la Haye le 18 octobre 1907; — que, bien que cette convention, signée par les plénipotentiaires argentins, n'ait pas encore été approuvée par le Congrès, cette circonstance ne diminue en rien la valeur qu'elle possède comme corps de doctrine, en déterminant les devoirs et les droits des nations neutres dans les cas de guerre; — qu'il est indispensable, pour se conformer aux indications du gouvernement argentin, d'assurer la plus grande uniformité de traitement vis-à-vis de toutes les nations belligérantes; — le vice-Président de la nation argentine décrète:

Art. 1. — Tant que durera l'état de guerre entre les nations ci-dessus indiquées ou entre quelques-unes d'entre elles, le gouvernement de la République argentine maintiendra la plus stricte neutralité.

Art. 2. — Pour rendre effective cette disposition, on suivra dans tous les cas les règles de doctrine et manière de procéder consignées dans la convention relative aux droits et devoirs des puissances neutres signée à la Haye le 18 octobre 1907.

Art. 3. — Les ministres, chacun en ce qui le concerne, adopteront les mesures et donneront les instructions nécessaires pour l'exécution du présent décret.

Art. 4. — Ce décret sera communiqué, publié et inscrit au registre national.

Signé: Plaza José Louis Murature.

**Nr. MDXXXI. Aus der Botschaft des Präsidenten der Argentinischen Republik Dr. de la Plaza an den Kongreß bei Eröffnung der 54. Periode der ordentlichen Sitzungen, Mai 1915.** („La Plata Post“ vom 16. Mai 1915. 31. Jahrgang. Nr. 1611).

„Die Republik sucht mit allen Ländern freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr uns der Ausbruch des europäischen Krieges nahegeht. Der gegenwärtige Krieg, welcher das Schicksal großer und mächtiger Nationen, die alle Freunde unseres Volkes sind, der Entscheidung der Waffen preisgibt, verletzt auch unsere heiligsten Gefühle und einige unserer wichtigsten Interessen. Bei der großen Entfernung des Kriegstheaters wird uns die Beobachtung der Neutralität leicht. Unsere Pflichten den kriegführenden Mächten gegenüber haben wir bis jetzt erfüllt, so weit das Einlaufen, Verbleiben, Laden und Löschen von Schiffen in argentinischen Häfen oder Gewässern in Betracht kommt. Sollte die Regierung einen Irrtum begangen haben, so ist dies geschehen, ohne im Mindesten das aufrichtige Bemühen ihrer Entscheidungen zu opfern oder in



irgend einem Augenblick ihren Einfluß oder ihre Handlungsweise zugunsten einer oder zum Nachteil einer anderen der kriegführenden Mächte geltend zu machen.

Unendlich viele Probleme hat der Krieg für die neutralen Staaten gezeitigt. Auf den Geist der Gerechtigkeit der kriegführenden Mächte vertrauend, stellte Argentinien durch seinen Botschafter in Washington den Antrag, daß alle amerikanischen Staaten durch ihre Vertreter die Rechte und Pflichten der Neutralen prüfen und festlegen sollten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ist aber über die Kommissionsberatung nicht hinausgekommen.

Die friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ist auf Grund der Bemühungen der A. B. C.-Staaten durch die Verhandlungen der Friedenskonferenz von Niagara Falls geglückt. Die damalige Annäherung führt demnächst zum Kanzlerbesuch.

Ueber die Grenzfestlegung mit Chile und über die Grenzlinie zwischen den Lakarsee und dem 52. Breitengrad sind die Dokumente unterzeichnet worden. Die Frage wegen der südlichen Inseln hat unsere Freundschaft zu Chile nicht trüben können; unser Kanzleramt schlug der chilenischen Regierung die Unterzeichnung eines Protokolls darüber vor; das französische Parlament nahm denselben an; hier fehlt noch die Billigung durch die Deputiertenkammer. Ein Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten ist unterzeichnet worden. Ein Auslieferungsvertrag mit Spanien, Handelsverträge mit Paraguay und Brasilien sind in Vorbereitung. Die Finanzkonferenz in Washington wurde von Argentinien besickt.

Die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten in Buenos Aires und Argentinens in Washington erhielten den Botschafterrang. Das Ministerium des Aeußeren wurde reorganisiert.“

**Nr. MDXXXII. Neutralitätserklärung Argentinens vom 26. Mai 1915 für den Krieg zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn.** („República Argentina. Boletín del Ministerio de Relaciones exteriores y culto. Nr. III. Tomo XLIV Abril de 1915. Buenos Aires 1915.“ S. 248).

Decreto de Neutralidad en el Estado de Beligerancia entre Italia y Austria Hungría.

Buenos Aires, mayo 26 de 1915.

Vista la nota de fecha 24 del corriente mes recibida por este departamento de la legación de Italia aquí acreditada, por la que, en virtud de instrucciones de su gobierno comunica al de esta república que Italia declara considerarse, desde esa fecha, en estado de guerra con Austria Hungría; y atento a los principios de orden internacional que fundaron el decreto del gobierno argentino de 5 de agosto de 1914 declarando su neutralidad mientras dure el estado de guerra entre las naciones europeas.

## El Presidente de la Nación Argentina

Decreta:

Artículo 1. — Hácese extensivo al estado actual de guerra entre Italia y Austria Hungría, el decreto del gobierno argentino de 5 de agosto de 1914 declarando su mas estricta neutralidad mientras subsista dicho estado de guerra.

Artículo 2. — Comuníquese a los ministerios correspondientes a los efectos de las disposiciones del citado decreto, publíquese en el Boletín Oficial y dése al Registro Nacional.

(Fdo.) Plaza

*José Luis Murature.*

**Nr. MDXXXIII. Mitteilung vom 15. September 1917 über die argentinische Note betr. Zustellung der Pässe an Graf Luxburg.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 16. September 1917. Nr. 256. Zweite Ausgabe).

„Berlin, 15. September. Der argentinische Gesandte überreichte heute im Auswärtigen Amt eine Note, in der er im Auftrage seiner Regierung die Mitteilung machte, daß Graf Luxburg infolge der in seinen Telegrammen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen aufgehört hätte, persona grata zu sein, und daß ihm infolgedessen die Pässe zugestellt wurden. Nach gleichzeitiger Äußerung des argentinischen Gesandten richtet sich die getroffene Maßnahme ausschließlich gegen die Person des Grafen Luxburg.“

**Nr. MDXXXIV. Zeitungsnachrichten vom 20. September 1917 über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Argentiniens zu Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 22. September 1917. Nr. 262. Erste Ausgabe).

„Buenos Aires, 20. September. (Reutermeldung). Der Senat beschloß beinahe einstimmig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Die Entschließung wird jetzt der Deputiertenkammer vorgelegt werden. Die öffentliche Meinung ist stark zugunsten ihrer endgültigen Annahme.

Buenos Aires, 20. September. (Central News-Meldung). Der Beschluß des argentinischen Senats, die Beziehungen zu Deutschland abzubauen, wurde mit 23 gegen eine Stimme gefaßt.“

t) *Costarica.*

**Nr. MDXXXV. Mitteilung vom 3. Oktober 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Costaricas zu Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 4. Oktober 1917. Nr. 274. Zweite Ausgabe).

„Berlin, 3. Oktober. Zufolge einer amtlichen Mitteilung der spanischen Regierung hat die Regierung der Republik Costarica die diplomatischen Be-

ziehungen zum Deutschen Reiche abgebrochen. Wegen Uebernahme des Schutzes der deutschen Interessen durch eine neutrale Macht ist das Erforderliche in die Wege geleitet.“

## u) Uruguay.

### I. Aus den Graubüchern der Republik Uruguay\*).

#### Nr. MDXXXVI. Neutralitätserklärungen Uruguays vom August 1914.

Ur. Gb. Núm. 8. S. 653—656.

#### 1. Neutralitätserklärung für den Krieg zwischen Deutschland einerseits, Rußland und Frankreich andererseits.

Montevideo, 4 de Agosto de 1914.

Vistas las comunicaciones recibidas de la Legación de Alemania y del Consulado de Rusia, sobre declaración de guerra entre Alemania y Rusia y Alemania y Francia, desde el 1. del corriente,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Acútese recibo de las comunicaciones á que se ha hecho referencia, manifestando que se dictarán las instrucciones oportunas para la observancia de los deberes que incumben al Uruguay, como país neutral, en presencia de dicha guerra.

Art. 2. Los Ministerios de Relaciones Exteriores y Guerra y Marina quedan encargados del cumplimiento del presente decreto y demás que corresponda.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

#### 2. Neutralitätserklärung für den Krieg zwischen Deutschland einerseits, Belgien und England andererseits.

Montevideo, 7 de Agosto de 1914.

Vistas las comunicaciones recibidas de las Legaciones de Inglaterra, de Bélgica y de Francia, sobre estado de guerra entre esos países y Alemania,

---

\*) **Graubücher der Republik Uruguay:** República Oriental del Uruguay. Boletín del Ministerio de Relaciones Exteriores. Año II. Montevideo 1914. Nrs. 8, 9, 11, 12.

(Angeführt als „Ur. Gb.“)

Herausgeber.

## El Presidente de la República

## Acuerda y Decreta:

Art. 1. Contéstense las comunicaciones de las Legaciones de Inglaterra, de Bélgica y de Francia, manifestando que se declaran extensivas á esos nuevos estados de guerra las prescripciones y advertencias sobre derechos y deberes que corresponden al Uruguay como país neutral.

Art. 2. Los Ministerios de Relaciones Exteriores y Guerra y Marina quedan encargados del cumplimiento del presente decreto y demás que corresponda.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

### 3. Neutralitätserklärung für den Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn.

Montevideo, 14 de Agosto de 1914.

Vista la comunicación hecha á la Legación de la República en Francia, por el Gobierno Francés, sobre el estado de guerra en que se considera Francia respecto de Austria-Hungría, desde el día 12 de Agosto,

## El Presidente de la República

## Acuerda y Decreta:

Art. 1. Declárase extensiva al nuevo estado de guerra, la aplicación de las disposiciones sobre neutralidad, de acuerdo con los decretos del 4 y 7 del corriente.

Art. 2. Los Ministerios de Relaciones Exteriores y Guerra y Marina quedan encargados del cumplimiento del presente decreto y demás que corresponda.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

### 4. Neutralitätserklärung für den Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits, England und Rußland andererseits.

Montevideo, 14 de Agosto de 1914.

Vistas las comunicaciones recibidas de la Legación en Inglaterra y del Consulado Imperial de Rusia, sobre estado de guerra entre Inglaterra y Austria-Hungría y entre Austria-Hungría y Rusia,

## El Presidente de la República

## Acuerda y Decreta:

Art. 1. Contéstense las comunicaciones referidas, expresándose que se hace extensiva á los nuevos estados de guerra, la aplicación de las disposiciones sobre neutralidad, prescriptas por los decretos del 4 y 7 del corriente.



Art. 2. Los Ministerios de Relaciones Exteriores y Guerra y Marina quedan encargados del cumplimiento del presente decreto y demás que corresponda.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

**Nr. MDXXXVII. Verordnung vom 7. August 1914 betr. Neutralitätsregeln für die Gewässer Uruguays.**

**Ur. Gb. Num. 8. S. 656—662.**

Reglas marítimas de neutralidad que deberán observarse en todos los puertos, radas ó aguas territoriales y jurisdiccionales de la República.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 7 de Agosto de 1914.

Vistos: Las prescripciones de las Convenciones de La Haya de 1907, prácticamente adoptadas por todas las naciones marítimas y otras y ajustadas á los principios del Derecho Internacional;

Las prescripciones contenidas en las tres reglas del convenio entre Inglaterra y Estados Unidos del 8 de Mayo de 1871, igualmente consideradas de aplicación general práctica, con relación á los deberes de los países neutrales en casos de guerra marítima;

Los artículos 139, 140, 141, 142, 143, 144 y 145 del Código Penal de la República, relativos á los delitos contra el Derecho de Gentes,\*)

\*) Código Penal. — Sección III. — De los delitos contra el Derecho de Gentes.

139. Incurrirá en la pena de cuatro á seis años de penitenciaría, el que con actos ilegales, ó no autorizados, provocare ó diere motivo á una declaración de guerra contra la República por parte de una nación extranjera, ó expusiere á los habitantes de aquélla á sufrir hostilidades ó represalias en sus personas ó en sus bienes.

Si la guerra no llegase á declararse, ó no sucediesen las hostilidades ó represalias, se impondrá, la pena de dos á cuatro años de penitenciaría.

140. Incurrirá en la pena de dos á cuatro años de penitenciaría el que sin autorización bastante, levantara tropas en el territorio de la República para el servicio de una nación extranjera, ó destinare buques al corso, cualquiera que sea el objeto que se proponga ó la nación á que intente hostilizar.

141. Será castigado con quince á dieciocho meses de prisión:

1. El que violase la neutralidad de la República, comerciando con los beligerantes en artículos declarados contrabando de guerra por las ordenanzas ó proclamas de neutralidad, expedidas por la autoridad competente.

142. Son considerados piratas:

1. Los que perteneciendo á la tripulación de un buque mercante cualquiera, apresaren á mano armada alguna embarcación nacional ó de otro Estado amigo que navegare en el mar, ó cometieren actos de depredación y violencia sobre el cargamento ó contra las personas que se hallaren á su bordo;

## El Presidente de la República

## Acuerda y Decreta:

Art. 1. En caso de guerra entre dos ó más países y en que la República sea neutral, se aplicarán las siguientes disposiciones en todos los puertos, radas y aguas territoriales de ella:

Art. 2. De acuerdo con el principio consagrado en el Tratado de Montevideo, de 1889 (Derecho Penal, artículo 12), y con los principios generalmente admitidos sobre la materia, las aguas se consideran territoriales hasta el límite de cinco millas desde la costa de tierra firme é islas, de los bancos visibles dependientes y del balizamiento fijo que determine el límite de los bancos no visibles.

Para las bahías, el radio de cinco millas se medirá desde una línea recta trazada al través de la bahía en la parte más próxima á la entrada.

Fuera de las bahías ó radas consagradas por las leyes y costumbres, serán consideradas bahías aquellos lugares de la costa que tengan la forma característica de tales, y una apertura no mayor de diez millas. Para las demás aguas limítrofes el régimen será, según los casos, el de la línea media, el thalweg ó la jurisdicción común, de acuerdo con los diferentes Tratados y situaciones.

Art. 3. El número máximo de navíos de guerra (acorazados, cruceros acorazados, cruceros protegidos, transportes armados ó exploradores) de un beligerante, que podrán encontrarse al mismo tiempo en un puerto ó en una rada de la República será de cuatro.

2. Los que, constituidos en bando ó cuadrilla asaltaren y se apoderaren, por la fuerza, de una embarcación cualquiera, ya se halle ésta navegando en aguas territoriales de la República, ó surta en sus puertos y bahías, ó cometieren los actos de depredación y violencia mencionados en el inciso anterior;

3. Los que, sublevándose contra el capitán ó patrón de una embarcación á cuyo bordo navegaren, se apoderaren de ésta ó de su cargamento;

4. Los que, en tiempo de guerra, hicieren el corso sin la patente legítima del Gobierno ó con patentes de distintos Gobiernos.

143. El delito de piratería será castigado de la manera siguiente: A los capitanes, patrones ó jefes de cuadrilla, se les impondrá la pena de quince á diecisiete años de penitenciaría. A los demás culpables, se les impondrá la de diez á doce años de penitenciaría. Cuando el delito vaya acompañado de homicidio, de lesiones graves, de atentados contra la honestidad, ó cuando se hayan dejado algunas personas sin medio de salvarse, el capitán, patrón, ó jefe será castigado con treinta años de penitenciaría ó muerte\*\*), y los demás piratas con veintidós á veinticuatro años de penitenciaría.

144. Además de las penas establecidas en el artículo anterior, se decomisarán, las embarcaciones de los piratas, siempre que sean apresadas.

145. Los que, residiendo en la República, traficaren con piratas, conocidos como tales, serán castigados como encubridores.

\*\*) Modificado en este punto por la ley de 23 de Septiembre de 1907, que abolió la pena de muerte en lo civil y militar cuya publicación podrá verse en el Año I. página 1206.

Art. 4. Los navíos de flotillas (contratorpederos, torpederos, submarinos, etc.), serán admitidos en grupos, según su organización normal. Su número, sin embargo, no podrá ser superior á doce.

Art. 5. Los navíos de guerra beligerantes, con excepción de los exclusivamente destinados á una misión religiosa, filantrópica ó científica, no podrán permanecer en los puertos, radas ó aguas territoriales ó jurisdiccionales uruguayas, durante más de setenta y dos horas.

En ese plazo estará comprendido el tiempo necesario para formalidades administrativas y tratos con los abastecedores, antes del embarque eventual de combustible.

Art. 6. Si después de recibida la notificación de apertura de hostilidades, por el Gobierno de la República ó después que sea notoriamente conocido el estado de guerra, un navío de guerra de un beligerante se encuentra en un puerto, rada ó aguas territoriales ó jurisdiccionales del Uruguay, le será notificado que debe partir en el plazo de setenta y dos horas á contar de la notificación.

Art. 7. Los navíos de guerra beligerantes no podrán prolongar su permanencia en los puertos ó aguas de la República fuera del plazo señalado, á no ser por causa de avería ó por el estado del mar, y deberán partir desde que cese la causa del retardo.

Art. 8. Los navíos de guerra beligerantes no podrán abastecerse de víveres y artículos de consumo más que hasta completar sus provisiones normales de tiempo de paz.

En cuanto al combustible, podrán completar sus carboneras propiamente dichas, salvo razones de circunstancias que obliguen á imponer la reducción de la provisión.

Art. 9. Los navíos beligerantes deberán servirse de pilotos diplomados en los casos que lo requiera la entrada y salida de puerto ó la navegación por aguas territoriales ó jurisdiccionales.

Art. 10. Los navíos beligerantes quedan obligados á observar todos los reglamentos sanitarios, de puertos, aduanas y policía.

Art. 11. El acceso de los puertos y radas es permitido á las presas, escoltadas ó no, cuando sean llevadas para quedar en secuestro á la espera de la decisión del Tribunal de Presas.

En los demás casos regirán las disposiciones aplicables á los navíos de guerra beligerantes.

Art. 12. Los navíos de comercio que se encuentren ó lleguen á puertos, radas ó aguas territoriales ó jurisdiccionales, mientras dure el estado de guerra, y que pertenezcan á cualquiera de las naciones beligerantes, serán requeridos por las autoridades marítimas inmediatamente de su llegada, ó desde que empiecen á regir las disposiciones del estado de guerra, sobre la clase de operaciones que se proponen realizar en el puerto ó aguas de la República.

Si declaran pertenecer á la reserva de la marina de guerra de su respectiva nación y que desean gozar de las prerrogativas de nave de guerra, les serán aplicables las medidas á que se refieren los artículos 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 y 10.

Si declaran que sólo se ocuparán de operaciones comerciales lícitas, se vigilará para que se limiten a ellas y se verificará si tienen ó no á bordo contrabando de guerra ó elementos para transformarse, en el puerto ó en alta mar, en navíos de corso ó capaces de fines guerreros.

Si se comprueba la existencia de tales elementos, se les intimará el desembarco de ellos (para quedar depositados hasta que cesen las circunstancias de guerra); y en caso de negativa, se les aplicarán las medidas que corresponden á los navíos de guerra y se les impondrá la salida con término de veinticuatro horas.

Art. 13. Se prohíbe á todos los navíos el uso de sus aparatos de telegrafía sin hilos, mientras estén en los puertos ó aguas de la República.

Art. 14. Se declara contrabando de guerra, á los efectos previstos en el inciso 1. del artículo 141 del Código Penal: toda clase de armas, aparatos de guerra, cañones, obuses, ametralladoras, revólvers, bombas, torpedos, y cualquier otra arma de fuego, explosivas ó incendiarias; las armas blancas, la pólvora y las substancias fulminantes; los útiles de ingeniería militar; los cascos, corazas, arneses, sillas y monturas uniformes, embarcaciones de guerra y partes de ellas (torres, blindajes, espolones, etc.); todos los instrumentos ú objetos especialmente fabricados para las necesidades de la guerra, en tierra ó en mar; las municiones navales, maderas de construcción de naves; y materiales destinados, á la fabricación ó reparación de naves y substancias y máquinas para la fabricación de municiones de guerra (exceptuados los nitratos y fosfatos para abono, según la declaración de la Conferencia de Londres de 1909).

Art. 15. Las autoridades marítimas vigilarán á las naves mercantes á fin de que no embarquen contrabando de guerra ni elementos adecuados para convertirlas en naves de corso ó aptas para fines de guerra; ni recluten tripulación ó tropa en los puertos y aguas de la República.

A tal efecto revisarán los papeles de las naves y en caso de que ellos no estén en regla con relación á su cargamento ó con las operaciones que se proponen realizar, les intimarán la continuación del viaje, dentro del término de veinticuatro horas, sin hacer operaciones, á menos que se sometan á las medidas que disponga la autoridad para garantía de los deberes de neutralidad.

Art. 16. Los infractores, aparte de las medidas de seguridad y secuestro de los artículos de contrabando, serán sometidos á la autoridad judicial á los efectos previstos en las disposiciones del Código Penal.

*Battle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

*Juan Bernassa y Jerez.*



**Nr. MDXXXVIII. Verordnung vom 18. August 1914 betr. Eintragung von Schiffen Kriegsführender in das Schiffsregister.**

**Ur. Gb.,** Num. 8. S. 662.

Abanderamiento de nave de potencia beligerante.

Declárase inasequible por parte del Uruguay, Nación neutral. — (Consulta del Consulado General en el Brasil).

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Montevideo, 18 de Agosto de 1914.

Vistos: 1. La consulta del Consulado General en el Brasil, sobre la solicitud de una Empresa brasileña que desea tomar la bandera uruguaya para un vapor que lleva actualmente la bandera de una Potencia beligerante;

2. La declaración de la Conferencia Naval de Londres del 26 de Febrero de 1909, en su artículo 56, que dice: „La transferencia bajo bandera neutral de un navío enemigo, efectuada después del rompimiento de hostilidades, es nula, á menos que se establezca que esa transferencia no ha sido efectuada en vista de eludir las consecuencias que comporta el carácter de navío enemigo;“

3. La dificultad en el caso en consulta, de establecer otro objeto que no sea el previsto por la citada declaración, desde que no se trata de un navío adquirido por Empresa ó persona uruguaya y para servicios de interés y utilidad del país cuya bandera se quiere tomar,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art 1. En el caso en consulta no se considera procedente la concesión de embanderamiento como nave uruguaya de la nave que lleva bandera de un país beligerante.

Art. 2. Comuníquese, insértese y publíquese.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

**Nr. MDXXXIX. Verordnung vom 31. August 1914 betr. Verbot drahtloser Telegrafie zwischen Kriegs- und Handelsschiffen in den Gewässern Uruguays.**

**Ur. Gb.,** Num. 9. S. 748.

Neutralidad de la República.

Prohibése en los puertos nacionales, aguas de su jurisdicción é interiores, toda comunicación telegráfica sin hilos, directa, entre naves de guerra ó mercantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 31 de Agosto de 1914.

Vistos: 1. Lo dispuesto en el artículo 13 del decreto del 7 de Agosto corriente,\*) respecto del uso de aparatos de telegrafía sin hilos por los navíos que se encuentren en los puertos ó aguas de la República; y 2 Los artículos 8 de la Convención Telegráfica Internacional de San Petersburgo, 17 de las Convenciones de Radiotelegrafía de Berlin y Londres y 5º. y 25 de la Convención XIII de La Haya de 1907,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Se prohíbe en los puertos, aguas jurisdiccionales y territoriales toda comunicación telegráfica sin hilos directamente de nave á nave, sean éstas de guerra ó de comercio.

Art. 2. Las comunicaciones radiotelegráficas procedentes de naves ó dirigidas á éstas, deberán redactarse en lenguaje claro y en los idiomas español, francés, inglés, alemán, italiano ó portugués. Tampoco se permite en los despachos las abreviaturas ni las direcciones ó firmas convencionales.

Los despachos procedentes de Gobiernos ó Legaciones podrán circular en lenguaje cifrado ó convencional, siempre que lleven constancia fehaciente de la procedencia.

Art. 3. Las estaciones de telegrafía sin hilos advertirán á toda nave de guerra ó mercante que entre en aguas territoriales ó jurisdiccionales que le está prohibido hacer uso de sus aparatos, salvo para el caso de peligro, y en este caso sólo para dirigirse á estaciones costeras.

Art. 4. Las estaciones que noten cualquier comunicación entre naves que se encuentren en aguas territoriales ó jurisdiccionales, harán las advertencias dispuestas en el artículo 3º, y darán cuenta inmediatamente á las autoridades marítimas, transmitiendo el texto de las comunicaciones que hayan podido recibir.

Art. 5. Sin perjuicio de las penas que corresponde aplicar por desacato á los mandatos de la autoridad, se obligará á desmontar los aparatos de telegrafía á toda nave que en puertos ó aguas de la República infrinja las disposiciones del presente decreto; y cuando esta medida no pudiera aplicarse, se le prohibirá el acceso á los puertos. (Art. 9º de la Convención XIII de La Haya).

Art. 6. La Inspección General de Telegrafía sin Hilos queda encargada del cumplimiento de las disposiciones de este decreto.

Art. 7. Comuníquese, insértese y publíquese.

*Batlle y Ordóñez.**Baltasar Brum.**Juan Bernassa y Jerez.*

\*) Decreto fijando las reglas marítimas de neutralidad, cuya observancia se impone en todos los puertos, radas ó aguas territoriales y jurisdiccionales de la Nación. — Inserto en el Año II página 656. —

[Siehe oben Nr. MDXXXVII. — Herausgeber.]

**Nr. MDXL. Zusatz vom 8. September 1914 zu der Verordnung vom 7. August 1914 betr. bewaffnete Handelsschiffe.**

**Ur. Gb. Num. 9. S. 750.**

Adición al decreto de 7 de Agosto de 1914 que fija los deberes del país, como potencia neutral, en lo concerniente á buques de comercio con armas defensivas.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 8 de Septiembre de 1914.

Vistos 1. Que se han presentado á las autoridades marítimas dudas sobre el alcance de las disposiciones contenidas en los artículos 12 y 15 del decreto de 7 de Agosto de 1914, en cuanto á las naves que, no obstante declarar que sólo se ocupan de operaciones comerciales, llevan á bordo algunas armas que podrían servir para fines hostiles;

2. El artículo 8. de la Convención XIII de La Haya, que establece la obligación para los Gobiernos neutrales de usar de todos los medios de que dispongan para impedir que en su jurisdicción se arme cualquier navío para navegar en corso ó concurrir á operaciones hostiles contra una Potencia con la cual esté en paz, é impedir que parta un navío en las mismas condiciones:

3. Que puede y debe considerarse compatible con el destino de operaciones comerciales lícitas el hecho de tener las naves algunas armas destinadas á su defensa, siempre que esas naves, por las demás condiciones de su equipo y navegación, ofrezcan las seguridades de su verdadero carácter.

El Presidente de la República,

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Serán consideradas dedicadas al comercio, aun cuando tengan armas á su bordo, las naves que lleguen á puertos de la República conduciendo carga y pasajeros, en operaciones normales de navegación.

Será exigida para cada nave la declaración expresa por escrito: 1. De que está destinada al comercio; 2. De que no se transformará en nave de corso; y 3. De que las armas que tiene á bordo sólo sirven para defensa de la nave en caso de ataque.

Art. 2. Si las autoridades tienen dudas respecto del destino de las armas ó municiones que tenga la nave, por su cantidad, disposición, etc. procederán con arreglo á las disposiciones del decreto del 7 de Agosto.

Art. 3. La nave de comercio que no lleve pasajeros ó carga será considerada también en dicho carácter, aun cuando tenga armas, si la Legación del país á que pertenece hace por escrito al Ministerio de Relaciones Exteriores una declaración equivalente á la del artículo 1.

Art. 4. La falsedad en las declaraciones á que se refiere el artículo 1. dará lugar á la aplicación de lo dispuesto en el artículo 9. de la Convención

XIII de La Haya y demás que corresponda cuando la nave esté en la jurisdicción de la República.

Art. 5. Comuníquese, insértese y publíquese.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

*Juan Bernassa y Jerez.*

**Nr. MDXLI. Zusatz vom 29. September 1914 zu der Verordnung vom 31. August 1914 \*) betr. das Verbot drahtloser Telegrafie zwischen Kriegs- und Handelsschiffen in den Gewässern Uruguays.**

**Ur. Gb. Num. 9. S. 833.**

Neutralidad de la República.

Adición al decreto de 31. de Agosto de 1914 que prohíbe en los puertos nacionales, aguas de su jurisdicción é interiores, toda comunicación telegráfica sin hilos, directa, entre naves de guerra ó mercantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 29 de Septiembre de 1914.

Considerando necesario ampliar el decreto del 31 de Agosto pasado\*) relativo á las comunicaciones por telegrafía sin hilos en los puertos y aguas jurisdiccionales y territoriales,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Las naves que por cualquier circunstancia permanezcan estacionadas en los puertos ó radas por más de setenta y dos horas, deberán tener desmontados los aparatos de telegrafía sin hilos, en forma que no puedan transmitir ni recibir comunicaciones.

Art. 2. La Inspección General de Telegrafía sin Hilos, de acuerdo con las autoridades marítimas, tomará las medidas oportunas para el cumplimiento de este decreto.

Art. 3. Comuníquese, insértese y publíquese.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum*

*Juan Bernassa y Jerez.*

---

\*) Anm.: Siehe Nr. MDXXXIX S. 639. — Herausgeber.



**Nr. MDXLII. Verordnung betr. drahtlose Telegrafie vom 20. Oktober 1914.**

**Ur. Gb.** Num. 11. S. 932.

**Telégrafos sin Hilos.**

Reglaméntase su instalación y funcionamiento en tierra y en buques de las marinas nacional ó extranjera surtos en puertos ó aguas de la Nación.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Ministerio de Industrias. — Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 20 de Octubre de 1914.

Vistos: 1. Las disposiciones de los artículos 1, 6, 8 y 21 de la Convención del 5 de Julio de 1912 sobre la telegrafía sin hilos, y el artículo 9. del reglamento adicional, que se refiere á las obligaciones de imponer las reglas internacionales convenidas á todas las estaciones, á la comunicación entre las Potencias de las estaciones que se establezcan en cada país, á la previsión de no perturbar el servicio de unas estaciones por otras y á la necesidad de la autorización para el funcionamiento de estaciones, etc.:

2. Los artículos 3 de la Convención V, 5 y 25 de la Convención XIII de La Haya de 1907; y

3. Los decretos del 31 de Agosto y 29 de Septiembre de 1914\*) sobre limitación en el uso de aparatos de telegrafía sin hilos;

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Ninguna persona ó Empresa podrá establecer estaciones de telegrafía sin hilos, ni instalar ó hacer funcionar aparatos para telegrafía sin hilos en tierra ó en buques de la matrícula nacional, sin un permiso del Poder Ejecutivo.

Art. 2. No se podrá usar aparatos instalados en los buques que se encuentren en los puertos ó aguas territoriales ó jurisdiccionales de la República, sino de acuerdo con las disposiciones de la autoridad nacional.

Art. 3. En el pedido de autorización para instalar ó hacer funcionar estaciones ó aparatos de telegrafía sin hilos se deberá establecer:

- a) La clase de aparato, con especificación de la potencia y origen de la energía.
- b) El uso á que se destinará.
- c) El local ó nave donde se instalará.
- d) El nombre de la persona ó Empresa propietaria del local ó nave y su nacionalidad, acompañando documentos justificativos.
- e) Un esquema de la instalación interna y exterior, con indicación de las medidas.

\*) Promulgados respectivamente en el Año II, paginas 748 y 833.

[Siehe oben Nr. MDXXXIX u. MDXLI. — Herausgeber]

Art. 4. El Poder Ejecutivo se reserva autorizar ó no el funcionamiento de la estación ó aparato, así como exigir cualquier informe ó documentación suplementaria para estudiar, en cada caso, la posibilidad de la autorización.

Art. 5. Bajo la denominación de telegrafía sin hilos se comprenderá toda clase de aparatos de los sistemas Marconi, Telefunken, Rochefort y cualquier otro semejante para la transmisión de comunicaciones sin alambre ó cables; aparatos telegráficos adaptables al mismo uso y cualquier mecanismo ó medio equivalente, como ser aparatos ópticos, de señales, luces, banderas etc.

Art. 6. Las solicitudes para cualquier trámite relacionado con este decreto serán presentadas al Ministerio de Guerra y Marina.

Art. 7. Toda persona ó Empresa que tenga instalados estaciones ó aparatos de telegrafía sin hilos en tierra ó en naves de la matrícula nacional, ó en extranjeras fondeadas para permanecer más de tres días en puertos ó aguas de la República, deberá, dentro del plazo de diez días, hacer la comunicación correspondiente al Ministerio de Guerra y Marina, de acuerdo con lo dispuesto en el artículo 3.

Art. 8. Vencido el plazo que se establece en el artículo 7, serán desmontadas é inutilizadas todas las estaciones ó instalaciones que se hallen en contravención con la disposiciones vigentes.

Art. 9. Las autoridades marítimas, el Telégrafo Nacional y la Usina Eléctrica de Montevideo prestarán á la Inspección Nacional de Telegrafía sin Hilos el concurso necesario para comprobar la existencia de estaciones ó instalaciones de telegrafía sin hilos y para el exacto cumplimiento de las disposiciones del presente decreto. Igual concurso se solicitará de las Empresas telegráficas y telefónicas privadas.

Art. 10. Las infracciones á lo dispuesto en este decreto serán castigadas con la penalidad prevista en la sección IX del libro II, título III del Código Penal, \*) sin perjuicio de la inutilización que se hará de los aparatos é instalaciones, ó de las medidas que prevén los decretos del 31 de Agosto y 29 de Septiembre de 1914.

Art. 11. Comuníquese, insértese y publíquese.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

*José Ramasso.*

*Juan Bernassa y Jerez.*

---

\*) Código Penal. — Libro II. — Título III. — Sección IX. — Atentado y desacato contra la autoridad. — 190 Incurrir en el delito de atentado, los que, sin alzamiento público, amenazan ó acometen á la autoridad pública ó á sus agentes ó emplean fuerza contra aquélla ó éstos al tiempo de ejercer sus funciones ó con motivo de haberlas ejercido.

191. Si el atentado se cometiere á mano armada, será castigado con quince á dieciocho meses de prisión. Si se cometiere sin armas, la pena será de seis á nueve meses de prisión.

192. Cometen desacato contra la autoridad:

1. Los que provocan á duelo ó injurian á un funcionario público en su presencia, hallándose en el ejercicio de sus funciones, ó con motivo de éstas;

**Nr. MDXLIII. Verordnung vom 20. Oktober 1914 betr. von Uruguay nicht für Kriegskonterbande angesehene Artikel.**

**Ur. Gb. Num. 11. S. 936.**

**Comercio Autorizado con Naciones Beligerantes.**

Determinanse los productos y artículos que la República no considera contrabando de guerra y cuyo riesgo será por cuenta de los interesados.

Ministerio de Relaciones Exteriores. — Ministerio de Industrias.

Montevideo, 20 de Octubre de 1914.

Vistos: 1. El artículo 18 de la Convención V de La Haya de 1907, que se refiere á los aprovisionamientos á los beligerantes;

2. Los artículos 22, 23, 24, 28 y 29 (Capítulo II), de la Declaración de Londres de 1909 sobre clasificación del contrabando de guerra y excepciones, y las disposiciones del mismo capítulo II y del III sobre confiscación de mercaderías y naves y asistencia hostil;

3. El artículo 14 del decreto del 7 de Agosto de 1914,\*) que contiene la declaración de contrabando de guerra, y el art. 141, inciso 1. del Código Penal;

4. Que es posible autorizar el comercio, con beligerantes, de artículos que la legislación de la República no considera contrabando de guerra, aun cuando sean de aquellos que la Declaración de Londres considere contrabando absoluto ó condicional;

5. Que el comercio á que se refiere el número anterior debe hacerse en todos los casos por cuenta y riesgo de los comerciantes, proveedores ó compradores, quedando excluida toda responsabilidad del Estado en el caso de confiscación;

2. Los que, en las sesiones de las Cámaras, ó en las audiencias de los Tribunales ó Juzgados, introducen el desorden con gritos, actitud amenazante ó con manifestaciones ofensivas al decoro de los Representantes ó Magistrados;

3. Los que entran armados, manifiesta ú ocultamente, al salón de sesiones de las Cámaras Legislativas, ó al despacho de los Tribunales ó de cualquiera otra autoridad;

4. Los que resisten abiertamente á los mandatos de la autoridad.

193. Los culpables de cualquiera de los delitos comprendidos en el número 1. del artículo anterior, sufrirán la pena de seis á nueve meses de prisión, si el delito se cometiére en el local donde la autoridad ejerce sus funciones ó en el despacho del funcionario público; y con prisión de tres á seis meses cuando el delito se cometa fuera de dicho local.

Los reos de los delitos expresados en los demás números del artículo 192, sufrirán multa de cien á doscientos pesos.

Los desacatos cometidos en juicio por las partes mismas, sus abogados y procuradores, y no comprendidos en el número 1. del artículo 192, se rigen por las disposiciones de los Códigos de Procedimiento.

\*) Decreto fijando las reglas marítimas de neutralidad que deberán observarse en todos los puertos, radas ó aguas territoriales y jurisdiccionales de la República, insertado en el Año II, página 656. — [Siehe oben Nr. MDXXXVII. — Herausgeber.]

## El Presidente de la República

## Acuerda y Decreta:

Art. 1. Se declara lícita la venta de víveres, los forrajes y granos propios para alimentos de animales, las ropas, tejidos y calzados, los cueros curtidos, los caballos y mulas, el ganado vacuno, lanar y porcino en pie, aun cuando sean adquiridos para ejércitos en guerra.

Art. 2. No son considerados contrabandos de guerra, de acuerdo con los artículos 28 y 29 de la Declaración de Londres, las lanas y materias primas de industria textil, así como los hilados, los granos oleaginosos, los cueros en bruto y los cuernos, los abonos para la agricultura, los minerales, las tierras, arcillas, cal, tiza, piedras, mármoles, ladrillos, tejas, los jabones, colores y materias destinadas á producirlos, y los barnices, el papel y la materia preparada para su fabricación, las plumas de todo género, crines y sedas, objetos de mobiliario ó adorno, muebles y accesorios de oficinas, objetos y materiales que sirvan exclusivamente para cuidar enfermos y heridos (salvo derecho de requisición pagada en caso de ser destinados al territorio de un enemigo ó territorio ocupado por él ó sus fuerzas), objetos y materiales destinados al uso de la nave en que se encuentren y al uso de la tripulación y pasajeros durante la travesía;

Art. 3. Los fletadores deben tener en cuenta, para el riesgo, las disposiciones de los capítulos II y III de la Declaración de Londres, y especialmente que aún el navío neutro es considerado sujeto á confiscación, cuando es fletado en totalidad por un Gobierno beligerante.

Art. 4. En caso de confiscación de cargamentos ó de naves procedentes de la República, como en los demás riesgos y conflictos que puedan ocasionarse á los cargadores y vendedores, se estará, antes de la partida de la nave del puerto uruguayo, á lo dispuesto en la legislación respectiva; y tanto en ese caso, como una vez empezado el viaje, queda excluida toda intervención de carácter diplomático del Uruguay.

Art. 5. Comuníquese, publíquese é insértese.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

*José Ramasso.*

**Nr. MDXLIV. Neutralitätserklärungen Uruguays vom 6. November 1914 für den Krieg zwischen Frankreich, England und der Türkei.**

**Ur. Gb. Num. 11. S. 938.**

**Neutralidad de la Nación.**

Preceptos y advertencias en observancia por la República, con motivo del estado de guerra entre las Potencias aliadas Francia y Gran Bretaña contra Turquía.



Ministerio de Relaciones Exteriores.

Montevideo, 6 de Noviembre de 1914.

Vista la comunicación de la Legación de la República Francesa sobre declaración de guerra á Turquía,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Decláranse extensivas al estado de guerra entre la Francia y Turquía las disposiciones y advertencias contenidas en los decretos del 4 y 7 de Agosto\*) y demás relativos á la neutralidad de la República.

Art. 2. Los Ministerios de Relaciones Exteriores y de Guerra y Marina quedan encargados del cumplimiento del presente decreto.

Art. 3. Comuníquese, insértese y publíquese.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Montevideo, 6 de Noviembre de 1914.

Vista la comunicación hecha á la Legación de la República en Inglaterra por el Gobierno Británico sobre declaración de guerra á Turquía,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Decláranse extensivas al estado de guerra entre la Gran Bretaña y Turquía las disposiciones y advertencias contenidas en los decretos del 4 y 7 de Agosto y demás relativos á la neutralidad de la República.

Art. 2. Los Ministerios de Relaciones Exteriores y de Guerra y Marina quedan encargados del cumplimiento del presente decreto.

Art. 3. Comuníquese, insértese y publíquese.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

**Nr. MDXLV. Verordnung betr. die Kriegsschiffe Kriegsführender vom 15. Dezember 1914.**

**Ur. Gb. Num. 12. S. 1023.**

Neutralidad de la Nación.

Nuevas reglas marítimas á observarse respecto de las naves de guerra beligerantes.

\*) Prescripciones sobre derechos y deberes del país como Estado neutral y reglas marítimas para su observancia en todos los puertos, radas ó aguas territoriales y jurisdiccionales de la República. — Véase el Año II, páginas 653, 656, 662, 748, 750, 833 y 932.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 15 de Diciembre de 1914.

Vistos: 1. Los artículos 12 y 15 del decreto de 7 de Agosto de 1914 y el decreto del 8 de Septiembre\*) que se refieren á las naves de comercio y á las condiciones y formalidades para considerarlas en ese carácter, á los efectos de la permanencia en los puertos de la República, tomar provisiones, etc., etc.;

2. La conveniencia de completar y precisar reglas que sirvan para determinar con toda imparcialidad el carácter de las naves y la observacion de los principios de neutralidad;

3. Los antecedentes autorizados de los reglamentos dictados por los Estados Unidos de América y otros países americanos;

4. La situación de los puertos de la República con relación á las grandes líneas de navegación, su condición de proveedores en gran escala de carbón y provisiones generales de marina, las distancias de los puertos de países vecinos de frecuente escala y demás circunstancias particulares,

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. A los efectos de evitar que los puertos de la República sean tomados como base de operaciones de las naves de guerra beligerantes, se observarán las siguientes reglas:

- A. Se presume que puede ocurrir el hecho cuando se carga en un puerto combustibles y provisiones para aquellas naves, más de una vez dentro del término de tres meses, desde el comienzo de la guerra ó durante ésta, sea directamente ó por intermedio de naves auxiliares adjuntas á la flota beligerante, sea por intermedio de buques mercantes de nacionalidad beligerante ó neutral que obren como auxiliares.
- B. Los simples rumores de que una nave carga combustible ó provisiones navales con la intención de entregar su carga á una nave de guerra beligerante en alta mar, cuando no se apoyan en pruebas directas ó indirectas, no imponen el deber á las autoridades neutrales de detener la nave mercante con el fin de hacer una investigación, á menos que se sepa que esa nave ha transportado precedentemente provisiones para una nave de guerra beligerante.
- C. Cuando se tiene una prueba indirecta que confirma el rumor ó suposición de que la nave mercante tiene la intención de abastecer en alta mar con combustible ú otras provisiones á un navío de guerra

\*) Han sido publicados correlativamente en este mismo Año, páginas 656 y 750. [Siehe oben Nr. MDXXXVII u. MDXL. — Herausgeber.]

Las demás prescripciones referentes á neutralidad, así como sus concordancias, podrán verse en las páginas 653, 662, 748, 833, 932, 936 y 938 del nombrado Año II.

beligerante, procede la detención de la nave sospechosa hasta que se pueda verificar su intención. Este procedimiento debe adoptarse sobre todo: cuando se sabe ó existe una fuerte presunción de que un navío de guerra beligerante está al largo cerca del puerto donde la nave mercante toma cargamento que puede ser utilizado para aprovisionamiento naval; cuando la nave mercante es de la nacionalidad del beligerante á que pertenece el navío de guerra cuya presencia en la costa es notoria; cuando una nave mercante que, en su viaje precedente entre un puerto uruguayo y un puerto de un país neutral, ha llegado al puerto de destino sin tener á bordo la carga de provisiones navales tomadas en el puerto de partida y pretende tomar una carga semejante; cuando agentes de un gobierno beligerante comprenden combustibles ú otras provisiones y sean cargados en una nave mercante que no es expedida para un puerto del país beligerante, sino para un puerto vecino neutral, y cuando agentes del gobierno beligerante toman pasaje á bordo de la nave mercante que toma cargamento de combustible ó de otras provisiones y que es expedida para un puerto vecino neutral.

- D. Aunque una nave mercante cargada de combustibles ó de otras provisiones navales trate de partir en circunstancias que den motivo á suponer fundadamente que tiene la intención de llevar el combustible ó provisiones á un navío de guerra beligerante, no se procederá á su detención por ese solo hecho, si el caso es aislado y si ni la nave mercante ni al navío de guerra al que se suponen destinadas las provisiones no han cargado precedentemente provisiones semejantes desde el comienzo de la guerra ó dentro del término de tres meses.
- E. Para juzgar que un beligerante trata de convertir el territorio neutral en base de operaciones navales, hay que tener en cuenta como idea esencial la partida repetida de ese territorio de un navío auxiliar de la flota de un beligerante ó de una nave mercante al servicio de un beligerante, cargados de combustible ó de otras provisiones navales.
- F. No será detenida ni se le impedirá cargar á una nave mercante que habiendo tomado antes un cargamento de provisiones navales en un puerto de la República para un puerto neutral lo haya llevado á su destino y aunque se trate de una carga igual, y aun cuando el puerto neutral de destino pueda ser base de operaciones de un beligerante.
- G. El deber de impedir un acto contrario á la neutralidad corresponde exclusivamente al país neutral cuyo territorio es utilizado como base; y aun cuando las provisiones sean transportadas directamente para una base naval establecida en territorio de un beligerante ó en un territorio dominado por un beligerante, no están las autoridades uruguayas obligadas por deber de neutralidad á limitar esos cargamentos ó detener las naves ó trabar el comercio de otra manera.

Art. 2. Las naves de comercio con bandera de un país beligerante, que se encuentren en puertos de la República por haber interrumpido sus viajes

á causa del estado de guerra ó que lleguen á los puertos por causas relacionadas con ese estado de guerra, no podrán salir, aun cuando no existan motivos de sospecha sobre su intención de faltar á la neutralidad (según lo prescribe el artículo 1.), sin que medie la declaración del representante consular del respectivo país, indicando los puertos de escala y el puerto de destino y asegurando que el viaje tiene un fin puramente comercial.

Art. 3. Cuando una nave mercante haya salido ó salga de un puerto de la República y se pruebe que no ha llenado el itinerario declarado por el Cónsul, no podrá hacer operaciones en ningún puerto, y sólo podrá entrar para permanecer en el lugar que le señalen las autoridades hasta el fin de la guerra, sin perjuicio de las demás medidas que procedan en vista de la falsa declaración del Cónsul ó de la falta del armador ó capitán.

Art. 4. Para impedir las partidas clandestinas de naves mercantes que se encuentren en los puertos, las autoridades tomarán las siguientes disposiciones:

- A. No permitir que empiecen á cargar provisiones antes de tenerse las declaraciones y seguridades previstas en el artículo 2.
- B. Obligarles á descargar todo el combustible y provisiones que no sean estrictamente necesarios para las exigencias de la permanencia en el puerto.
- C. Fijarles un fondeadero que permita la mejor vigilancia.
- D. Cualquier otra medida de previsión (como la que impida el funcionamiento de las máquinas), sin perjudicar la seguridad y buena conservación de la nave.

Art. 5. Las disposiciones de este decreto se aplicarán á las naves de comercio que se encuentren en puertos de la República en la fecha del mismo, y á las que lleguen en adelante hasta el fin de la guerra.

Art. 6. Comuníquese, etc.

*Batlle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

*Juan Bernassa y Jerez.*

**Nr. MDXLVI. Verordnung vom 15. Dezember 1914 betr. Versorgung der Kriegsschiffe Kriegführender mit Kohlen in den Häfen Uruguays.**

**Ur. Gb. Num. 12. S. 1028.**

Disposiciones relativas á la provisión de carbón en los puertos de la República, por parte de los buques de guerra beligerantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 15 de Diciembre de 1914.

Vistos: 1. Los artículos 5 y 19 de la Convención XIII de la Haya (1907).

2. La iniciativa del Gobierno de la República de Chile respecto de la adopción de ciertas reglas que sirvan para mejor garantía de la neutralidad,



iniciativa que ha merecido el apoyo de este Gobierno y ha sido tomada en cuenta también en otro decreto de la fecha del presente,\*)

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Las naves de guerra de los beligerantes sólo podrán proveerse de carbón en los puertos de la República en la cantidad necesaria para llegar al primer puerto carbonero de la nación vecina al Uruguay.

Art. 2. Las autoridades tendrán en cuenta, para la determinación de la carga máxima de combustible, el consumo normal de la nave con relación á su marcha y á la distancia del puerto inmediato á que se dirija.

Art. 3. Queda modificado por este decreto el inciso 2 del artículo 8 del decreto del 7 de Agosto de 1914.

Art. 4. Comuníquese, etc.

*Battle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

*Juan Bernassa y Jerez.*

**Nr. MDXLVII. Verordnung vom 15. Dezember 1914 betr. Beschränkung der Aufenthaltsdauer von Kriegsschiffen Kriegführender in den Gewässern Uruguays.**

**Ur. Gb. Num. 12. S. 1029.**

Limitase á veinticuatro horas el tiempo de permanencia en los puertos, radas ó aguas de jurisdicción nacional, de los navíos de guerra beligerantes.

Ministerio de Relaciones Exteriores.

Ministerio de Guerra y Marina.

Montevideo, 15 de Diciembre de 1914.

Vistos: 1. El artículo 12 de la Convención XIII de la Haya (1907) relativo al tiempo de permanencia de los navíos de guerra de los beligerantes en puertos, radas ó aguas neutrales; y el artículo 5 y concordantes del decreto del 7 de Agosto de 1914, que se refiere á esa permanencia:

2. La conveniencia de uniformar las disposiciones vigentes en la República con las de otros países, especialmente los americanos, que han limitado á veinticuatro horas el plazo de permanencia normal de tales navíos.

El Presidente de la República

Acuerda y Decreta:

Art. 1. Limitase á veinticuatro horas el tiempo de permanencia en los puertos, radas ó aguas de la República, de los navíos de guerra de los beligerantes, salvo en los casos y excepciones previstos en la Convención XIII de La Haya y en los artículos 5, 7 y 12 del decreto del 7 de Agosto, conformes con las disposiciones de esa Convención.

Art. 2. Comuníquese, publíquese é insértese.

*Battle y Ordóñez.*

*Baltasar Brum.*

*Juan Bernassa y Jerez.*

---

\*) Referencia al decreto anterior.

## II. Sonstige Kundgebungen und Nachrichten.

**Nr. MDXLVIII. Havasmeldung vom 7. Oktober 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Oktober 1917. Nr. 279. Zweite Ausgabe).

„Montevideo, 7. Oktober. Die Kammer nahm mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland an. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen.“

**Nr. MDXLIX. Mitteilung vom 11. Oktober 1917 über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 12. Oktober 1917. Nr. 282. Zweite Ausgabe).

„Berlin, 11. Oktober. Der Geschäftsträger der Republik Uruguay hat dem Auswärtigen Amte auftragsgemäß ein Dekret seiner Regierung mitgeteilt, in welchem die Beziehungen zum Deutschen Reiche ohne Angabe von Gründen als abgebrochen erklärt werden. Zugleich hat er um Aushändigung seiner Pässe gebeten.“

### v) Peru.

**Nr. MDL. Havasmeldung vom 7. Oktober 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Peru und Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Oktober 1917, Nr. 279. Zweite Ausgabe.)

„Lima, 7. Oktober. (Havas). Der Kongreß von Peru beschloß mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland.“

**Nr. MDLI. Mitteilung vom 10. Oktober 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Peru und dem Deutschen Reiche.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 11. Oktober 1917. Nr. 281. Erste Ausgabe.)

„Berlin, 10. Oktober. Der Peruanische Gesandte hat dem Auswärtigen Amt eine Note übergeben, worin der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Perus zum Deutschen Reiche mitgeteilt wird. Gleichzeitig hat der Gesandte um Zustellung seiner Pässe gebeten.“

## w) Vorgänge hinsichtlich Griechenlands.

**Nr. MDLII. Rede des Präsidenten Venizelos in der griechischen Kammer am 4. Oktober 1915.\*)**

En ce moment, j'estime n'avoir plus le droit de cacher ni à la représentation nationale, ni au pays, le fait que le traité de notre alliance avec la Serbie est un traité général, un traité défensif, sur la base duquel chacun des États s'engage à aider l'autre, si l'un d'eux, sans provocation de sa part, était attaqué par un tiers.

*M. Popp.* — Un tiers quelconque?

*M. Venizelos.* — Il n'y a pas quelconque, il y a tiers. C'est sur la base de ce traité, Messieurs, que, lorsque en mai 1914 nos relations avec l'empire ottoman ont pris une tournure aiguë, nous nous adressâmes à la Serbie, lui expliquant les motifs pour lesquels nous allions affronter une nouvelle guerre contre la Turquie, guerre que nous considérions comme défensive, même si nous attaquions, nous les premiers, car les provocations de l'autre côté étaient devenues intolérables. C'est donc sur cette base que nous nous sommes adressés à la Serbie pour invoquer son concours dans le cas où, durant cette guerre, nous aurions été attaqués par un autre État.

Je ne vous propose certainement pas de déclarer la guerre à l'Allemagne et à l'Autriche. Mais si, Messieurs, en appliquant le programme de notre politique nationale, si, remplissant nos devoirs d'alliance, défendant les intérêts vitaux de la nation, nous nous trouvions en face des puissants, je suis certain que, tout en exprimant notre regret, nous ferons notre devoir . . .

Devant le danger manifeste que nous arrive du Nord pour nous enlever ce que nous avons conquis au cours des deux dernières guerres, j'aurais été irrésolu et lâche en ne m'empressant pas de prendre des décisions que le devoir, l'honneur, l'intérêt suprême imposent à la nation.

**Nr. MDLIII. Rede Asquiths im Unterhaus am 2. November 1915 betr. Griechenland.** („The Times“, Nr. 41002 vom 3. November 1915).

... Further, when the Allies are reproached, as they are in some quarters, with being too late in providing active help for Serbia, it must be remembered that up to the very last moment there was the strongest reason to believe that Greece would acknowledge and act upon her treaty obligations to Serbia. When, on September 21, after the Bulgarian mobilization had begun, *M. Venizelos*, who was then the Prime Minister of Greece, asked France and ourselves for 150,000 men, it was on the express understanding that Greece would mobilize also. Greece did in fact mobilize under

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

his direction on September 24, but it was not until October 2 that M. *Venezelos* found himself able to agree to the landing of British and French troops under the formal protest, a merely formal protest, which he had already made to the French Government. On October 4 - J wish these dates to be borne in mind — M. *Venezelos* announced what had happened to the Greek chamber, and at the same time declared that Greece must abide by her treaty with Serbia. The next day the King repudiated the declaration and then M. *Venezelos* resigned. The new Government which succeeded declined to recognize that a *casus foederis* had arisen between Greece and Serbia, in spite of our constant insistence that Greece should make common cause with Serbia, and the new Greek Government, while declaring their desire to remain on friendly terms with the Allies, declined to depart from their attitude of neutrality. Those are facts which ought to be taken into account by the people who criticize the alleged inertia of the Allied Governments. I make no comment upon that for the moment. It is better not to do so. The result is that Serbia, without Greek support, was left to bear the brunt of a frontal invasion by Germany and Austria and a side attack from the King of Bulgaria.

**Nr. MDLIV. Rede von Venizelos in der griechischen Kammer am 3. November 1915. \*)**

J'admets le désaccord entre la Couronne et le gouvernement responsable tant que la Couronne croit que celui-ci ne se trouve point en harmonie avec l'opinion du peuple. C'est dans ces conditions qu'a eu lieu le changement de politique en février 1915. C'est dans cet esprit qu'a eu lieu en février le désaccord entre la Couronne et le gouvernement. Mais ce désaccord a été supprimé par le vote du peuple. Si vous croyez que la Couronne est excusable, suivant le sens de notre régime parlementaire, de ne point prendre en considération la volonté accomplie par de libres élections, libres du moins dans le sens de la lutte de l'opposition, non pas libres par l'exercice des moyens employés par le gouvernement, si vous croyez que la Couronne a le droit, après que l'appel a été fait au peuple et que ce dernier s'est prononcé, de ne pas suivre la volonté manifestée par le peuple, mais de procéder à une nouvelle dissolution pour demander le soi-disant verdict du peuple et de nouveau un autre verdict de ce dernier, alors cela signifie que vous admettez que le régime libéral grec sous lequel nous avons vécu pendant un demi-siècle est devenu pire qu'un chiffon de papier, comme d'aucuns ont qualifié les traités internationaux. . . .

... Il s'agissait seulement des trois cazas de Cavalla, Drama et Sari-Chaban, c'est-à-dire d'une étendue d'environ deux mille kilomètres carrés.

---

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



J'ai proposé la cession de ces trois cazas dans les conditions et présuppositions suivantes :

Premièrement : nous recevriions les cazas ae Doiran et de Guevghéli d'une étendue de 1.000 à 1.200 kilomètres carrés, soit une étendue égale à la moitié environ du territoire cédé en Macédoine orientale. Au point de vue de la richesse, ils étaient certes d'une valeur très inférieure ; mais au point de vue stratégique ils sont beaucoup plus précieux. De plus nos concessions à la Bulgarie étaient faites pour acheter non pas la neutralité de la Bulgarie, mais sa coopération contre la Turquie afin que la Bulgarie attaquât cette dernière du côté de la Thrace, pendant que nous l'attaquerions du côté de l'Asie Mineure, rendant ainsi plus rapide la destruction de l'empire ottoman.

En outre, nous cédions les 2.000 kilomètres carrés à la condition que les puissances de l'Entente reconnaîtraient que les concessions qu'elles nous avaient promises, de vastes concessions territoriales, auraient l'étendue que je traçais dans mon second mémoire au roi. . . Si vous voulez trouver quelle étendue probable pouvait avoir la concession de Smyrne avec la principale partie de son hinterland, il faut prendre en considération que l'Hermos et le Méandre appartiennent naturellement à cet hinterland, et que leurs thalwegs arrivent à une étendue de 275 kilomètres à l'intérieur de l'Asie Mineure.

De plus, je demandais la nomination d'une commission internationale qui aurait procédé à l'échange des populations après que les limites définitives de la Grèce et de la Bulgarie auraient été tracées. La Bulgarie aurait en outre racheté les biens des habitants des pays cédés qui auraient voulu émigrer dans la nouvelle Grèce, la grande Grèce qu'aurait créée ma politique, cette politique que vous n'avez pas suivie . . .

Il n'est pas permis à *M. Théotokis* de dire que, puisque nous étions disposés à céder Cavalla et Sari-Chaban, il fallait être aveugle pour ne pas comprendre que la Bulgarie, en recevant ces pays ainsi que toutes les possessions serbes de la Macédoine, serait devenue colossalement puissante et dangereuse pour nous. Car la Bulgarie n'aurait reçu de la Serbie que la zone non contestée qui revenait à la Bulgarie par le traité bulgare-serbe conclu avant la guerre.

Cette zone non contestée avait une étendue d'environ 10.000 kilomètres carrés. Si vous y ajoutez les 2.000 kilomètres carrés que nous aurions cédés en Macédoine orientale, si vous y ajoutez encore 14.000 kilomètres carrés que la Bulgarie aurait reçus en Thrace avec la ligne Enos-Midia, vous trouverez que la Bulgarie se serait accrue de 25.000 kilomètres carrés environ : elle aurait donc eu, dans l'ensemble, une étendue de 140.000 kilomètres carrés. Comment pourrez-vous donc soutenir que cette Bulgarie aurait été dangereuse en face de la Grèce qui, par son extension en Asie Mineure, aurait mesuré 250.000 kilomètres carrés ?

. . . *M. Théotokis* attend le salut des puissances centrales. Je lui dis, moi, que la Grèce ne peut pas non seulement s'agrandir, mais même subsister

dans ses limites actuelles, si elle se trouve en opposition avec les puissances maitresses de la mer . . . J'ai le droit de vous dire aujourd'hui que vous ne voyez pas clair si vous admettez que, dans le cas où la Serbie serait écrasée, et où la Bulgarie occuperait une grande partie des territoires de ce royaume, il sera facile, quelle que soit l'issue finale de la guerre, de déloger la Bulgarie des territoires qu'elle aura occupés. Croyez-vous qu'après la fin de la guerre européenne, les peuples ayant pris part à cette lutte épuisante permettront jamais à leurs gouvernants de marquer la signature de la paix par le commencement d'une nouvelle guerre, d'une guerre contre la Bulgarie, pour l'obliger à retirer ses armées des lieux qu'elle revendique? Je vous répète encore une fois qu'en poursuivant votre politique, vous n'assurez qu'une seule chose: la création d'une grande Bulgarie qui, avant que nous arrivions à fêter le centenaire de notre indépendance, se ruera contre nous, plus faibles militairement, sans amis et sans alliés.

Nous avons l'ancien monde de la Grèce représenté par le nouveau Cabinet; nous avons le nouveau monde, le monde d'après la révolution, représenté par le parti libéral. La vieille idéologie que représente le Cabinet actuel est celle qui croyait que la Grèce ne pouvait produire une armée de plus de 60.000 hommes; celle qui croyait que la Grèce ne devait contracter aucune alliance pour la réalisation de ses revendications nationales; c'est la Grèce dont les vues pour nos revendications étaient nébuleuses, étaient indécises autant qu'indéfinies, c'est la Grèce dont la préparation était diamétralement contraire à la grandeur de ses revendications. Nous ne nous rendions pas compte alors du point jusqu'où pouvaient s'étendre nos justes revendications légitimes. Nous les étendions souvent si loin que ceux des hommes politiques qui se contentaient de n'étendre nos frontières du nord que jusqu'à Kroussovo étaient accusés par nous de trahir les droits de l'hellénisme.

Il est donc naturel qu'aujourd'hui encore, quand se présentent de nouveau devant la Grèce des faits analogues à ceux de 1912, il est naturel que nos conceptions politiques soient aussi distantes les unes des autres que les deux pôles. A l'heure actuelle comme du temps jadis, vous ne voulez pas la guerre avec des alliés. Et quand je vous dis que le calice n'est pas définitivement éloigné, qu'il ne l'est que provisoirement pour revenir de nouveau à vos lèvres afin que vous le vidiez jusqu'à la lie, vous nous dites: „Eh bien, c'est à vous la faute, à vous qui nous avez conduits jusqu'aux bords du Nestos.“

Ne croyez-vous pas, messieurs, qu'alors la Grèce nouvelle a le droit de dire à l'ancienne: „Messieurs, devant les grandes difficultés qui se présentent, vous avez, de nouveau, le devoir de vous écarter et de faire place à la Grèce nouvelle qui possède la force d'âme nécessaire pour faire face à la nouvelle situation?

**Nr. MDLV. Manifest von Venizelos vom 21. November 1915. \*)**

Le gouvernement veut jouer une comédie politique indigne d'un peuple libre. C'est par dérision qu'il donne à cette comédie le nom de manifestation de la volonté nationale.

A cette comédie politique qui a précisément pour objet de ne pas laisser se manifester la volonté nationale et de donner à croire par un scrutin faussé que le peuple approuverait non seulement la honte de la non-exécution d'un traité d'alliance, qui a permis à la Grèce d'étendre ses frontières jusqu'au Nestos, mais aussi l'avilissement de notre régime politique et l'éloignement des amis naturels de la Grèce, — à cette comédie politique, dis-je, le parti libéral a le devoir de ne pas prendre part, afin de ne pas donner une apparence de légalité à ce qui doit être dénoncé, conformément à la réalité des choses, comme la violation de la loi constitutionnelles et de la morale.

Le parti libéral, en ne participant pas aux élections, n'abandonne pas la politique et ne se dérobe pas à la lutte. Au contraire, par cette abstention, il continue à participer à la politique.

Il laisse au gouvernement, auteur de cette situation, la responsabilité pleine et de la déviation de notre régime politique et des désastres auxquels cette politique conduit la nation. En même temps, notre parti essaye aussi de prévenir d'autres dangers, ceux qui pourraient résulter d'une lutte intestine, susceptible de devenir rapidement aiguë, au milieu d'une crise extérieure.

Quand la crise extérieure sera terminée, et si les désastres que nous prépare la politique du gouvernement ne prennent pas des proportions telles qu'en soit ébranlée notre foi dans l'avenir de l'hellénisme, le parti libéral sera prêt à entreprendre la lutte où le pays est poussé pour la défense de ses libertés constitutionnelles.

Quelle que puisse être l'acuité de cette lutte future, elle sera conduite, alors, dans des conditions moins dangereuses que si elle se produisait aujourd'hui, au milieu de la crise nationale la plus terrible que nous ayons traversée.

La restauration des libertés, du peuple hellène sera la condition indispensable du salut de l'État. Seule elle pourra le préserver du marasme et d'une fin sans gloire, auxquels le conduirait l'établissement définitif du despotisme dans notre pays.

**Nr. MDLVI. Bulgarische Note betr. Schaffung einer neutralen Zone an der serbisch - griechischen Grenze. Anfang 1916. \*\*)**

Depuis la prise de Bitolia (Monastir) et de Resna, l'armée bulgare est arrivée tout près de la frontière grecque. Par suite de ce mouvement, l'état-

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Der vollständige Text lag zur Zeit der Drucklegung nicht vor. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



major général de Bulgarie redoute qu'à la frontière, entre les avant-postes de l'armée bulgare et les postes de garde grecs, il se produise facilement des collisions.

Désireux d'éviter la possibilité de pareils incidents, le gouvernement bulgare invite le gouvernement grec à donner son acquiescement à la création d'une zone neutre sur la frontière serbo-grecque, et à accepter que le long de la frontière grecque les troupes soient retirées des deux côtés à la distance d'une portée de fusil.

**Nr. MDLVII. Russische Denkschrift über die griechische Frage.** („Iswestija“ \*) vom 24. November 1917. — [Uebersetzung aus besonderer Quelle].

Nr. 1. Das Angebot Süd-Albaniens an Griechenland.

Am 5. Dezember 1914 haben die Gesandten Rußlands, Englands und Frankreichs in Athen der griechischen Regierung erklärt, daß der südliche Teil Albaniens mit Ausnahme von Valona Griechenland überlassen würde, falls es sofort mit den Waffen Serbien zu Hilfe kommen würde.

Für ein sofortiges Eingreifen Griechenlands verlangte *Venizelos* die „feste Garantie Rumäniens“ gegen einen Ueberfall seitens der Bulgaren auf Griechenland. Diese Garantie hat Rumänien nicht gegeben, infolgedessen ist Griechenland Serbien nicht zu Hilfe gekommen und dies Angebot verlor seine Geltung.

Nr. 2. Das Angebot klein-asiatischer Gebiete an Griechenland.

Am 25. Januar 1915 erklärte der englische Gesandte in Athen auf Befehl seiner Regierung *Venizelos*, daß, wenn Griechenland im Augenblick eines neuen Vorstoßes Deutschlands gegen Serbien letzterem zu Hilfe käme, die Verbandsregierungen mit wichtigen territorialen Erwerbungen Griechenlands an der Küste Klein-Asiens einverstanden wären.

Am 28. Januar 1915 überreichten die drei griechischen Gesandten in Petersburg, Paris und London die Antwort der griechischen Regierung auf den englischen Vorschlag, die eine ganze Reihe von Bedingungen enthielt.

Am 2. Februar umschrieb *Venizelos* in einem Gespräch mit dem englischen Gesandten genauer die griechischen Wünsche in Klein-Asien.

Die bereits begonnenen Verhandlungen wurden durch Verhandlungen über ein Eingreifen Bulgariens auf seiten der Verbandsmächte (eine der Bedingungen der Griechen) verzögert und durch den Rücktritt *Venizelos* am 6. März 1915 abgebrochen.

Am 22. März 1915 überreichte der griechische Minister des Auswärtigen *Zographos* den Gesandten in Athen eine Note, in der das Kabinett *Gunaris* den Wunsch aussprach, die durch den Rücktritt *Venizelos* abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Am 12. April begannen die Gesandten der Verbandsmächte als Antwort hierauf neue Verhandlungen mit einer Er-

\*) Anm.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.



klärung, in der sie die Bereitwilligkeit der Regierungen Rußlands, Englands und Frankreichs zum Ausdruck brachten, Griechenland im Falle seines Eingreifens gegen die Türkei Erwerbungen im Wilajet Aidin zu garantieren, wobei sie mündlich hinzufügten, daß dieses Angebot hinfällig sein würde, wenn sich Griechenland nicht sofort mit einem Eingreifen einverstanden erklären würde.

In einer Antwortnote erklärte sich das Kabinett *Gunaris* am 14. April 1915 mit einem sofortigen Eingreifen einverstanden, sowie die Verbandsmächte bereit wären, gemeinsam mit den griechischen Truppen die militärischen Operationen gegen die Türkei zu beginnen. Das Eingreifen wurde abhängig gemacht von der formellen Garantie der territorialen Unversehrtheit Griechenlands mit Einschluß von Nord-Epirus und den Inseln für die Dauer des ganzen Krieges und eines bestimmten Zeitraumes nach demselben. Die territorialen Erwerbungen Griechenlands in Klein-Asien und an anderen Stellen sollten den Gegenstand einer späteren Beratung bilden.

Die Verhandlungen wurden im Laufe eines ganzen Monats nicht wieder aufgenommen, und am 14. Mai erklärte der griechische Minister des Auswärtigen, daß, da die Verbandsmächte offenbar nicht beabsichtigten, die territoriale Unversehrtheit Griechenlands zu garantieren, das Kabinett *Gunaris* beschlossen hätte, auch in Zukunft die Neutralität zu bewahren.

### Nr. 3. Die Frage der Abtretung Kawallas an Griechenland.

Am 2. Februar 1915 beauftragte *Venizelos* den englischen Gesandten in Athen, *Grey* davon zu benachrichtigen, daß er in Uebereinstimmung mit dem König mit der Abtretung Kawallas an die Bulgaren einverstanden wäre unter der Bedingung, daß Bulgarien auf seiten des Dreiverbandes in den Krieg eingreifen würde.

Nach dem Rücktritt *Venizelos* änderte sich der Standpunkt der griechischen Regierung bezüglich dieser Abtretung, und in einer Note vom 31. März 1915 protestierte sie dagegen, daß in einer Erklärung, die die drei Verbandsgesandten in Sofia *Raduslawow* über die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen am 29. Mai abgegeben hatten, alle Bemühungen anzuwenden, um Bulgarien die Abtretung Kawallas zu sichern, diese Bereitwilligkeit Griechenlands erwähnt worden sei. Dieser Protest wurde unbeantwortet gelassen.

Am 3. August 1915 machten die Gesandten Rußlands, Englands, Frankreichs und Italiens dem griechischen Minister des Auswärtigen Mitteilung vom Teile einer Erklärung, die gleichzeitig von dem englischen Gesandten in Sofia der bulgarischen Regierung abgegeben wurde, und welche die Frage der Ueberlassung Kawallas mit seinem Hinterland an die Bulgaren betraf, wobei die Größe des Hinterlandes von der Größe der griechischen Erwerbungen in Klein-Asien abhängig gemacht wurde.

Am 12. August überreichte die griechische Regierung eine neue Protestnote gegen die Abtretung Kawallas an Bulgarien.

Nr. 4. Die Frage der Abtretung des Bezirks von Doiran seitens Serbiens an Griechenland.

In einem Gespräch mit dem serbischen Gesandten in Athen am 21. September 1915 verlangte *Venizelos*, daß im Falle einer Hilfeleistung Griechenlands an Serbien letzteres Griechenland den Bezirk von Doiran und Gewgeli abtrete und nach Erfolgen der Verbündeten gegen die Bulgaren keine Ansprüche mehr auf Strumitza erhebe.

Am 24. September 1915 erklärte sich die serbische Regierung für den Fall eines erfolgreichen Krieges mit der Abtretung von Doiran und ebenso mit der oben erwähnten Verpflichtung bezüglich der Strumitza einverstanden.

Nach dem Rücktritt *Venizelos* und der Beibehaltung der Neutralität seitens Griechenlands wurde im Oktober 1915 die Frage der Besetzung des Bezirks von Doiran durch griechische Truppen, nachdem die Serben ihn geräumt hatten, angeregt.

Diese Besetzung fand nicht statt, weil Griechenland sich nicht in die bulgarisch-serbischen Kriegsoperationen einmischen wollte, und am 24. Oktober 1915 erklärte der König von Griechenland, daß das Gerücht von der Absicht Griechenlands, Monastir, Gewgeli und Doiran oder überhaupt irgendeinen Teil des serbischen Gebietes zu besetzen, jeder Grundlage entbehre, und daß Griechenland fortfahre, sich als Verbündeten Serbiens zu betrachten.

Nr. 5. Angebot der Insel Zypern an Griechenland.

Am 20. Oktober 1915 sprach der englische Gesandte in Athen dem griechischen Minister des Auswärtigen die Bereitwilligkeit Englands aus, Griechenland die Insel Zypern in dem Falle abzutreten, wenn es unverzüglich mit seiner ganzen Armee Serbien zu Hilfe käme.

Am 25. Oktober 1915 erklärte die englische Regierung, daß sie dies Angebot als hinfällig ansehe, da Griechenland nicht Serbien zu Hilfe kommen wolle.

Nr. 6. Die Verpflichtungen der Verbandsmächte bezüglich Salonikis.

Am 23. November 1915 fand ein Schritt der Verbandsmächte aus Anlaß der Besetzung von Saloniki und Umgebung durch Verbandstruppen statt. In dieser Note übernehmen die Mächte die Verpflichtung, alle besetzten Gebiete wieder herauszugeben und ferner alle Schäden zu ersetzen, die durch die Besetzung angerichtet worden wären.

Diese Erklärung wurde von der griechischen Regierung in einer Antwortnote vom 24. November 1915 zur Kenntnis genommen.

Nr. 7. Die Lage in Nord-Epirus.

Die zunehmende Anarchie in Epirus bewog Anfang Oktober 1914 *Venizelos*, sich an die Vermittlung des Londoner Kabinetts mit der Bitte zu wenden, die Verhandlungen Griechenlands mit Rom über die Einführung eines Polizeidienstes seitens der griechischen Truppen, ohne dadurch für die Zukunft eine Entscheidung über das fernere Schicksal dieser Gebiete treffen zu wollen, in Nord-Epirus unterstützen zu wollen, wobei Italien die Einführung einer ebensolchen Aufsicht im Bezirke von Valona überlassen werden

sollte. Die italienische Regierung sprach ihr Einverständnis damit aus. Am 27. Oktober begannen griechische Truppen mit der Besetzung von Santi Quaranta, Premeti und Argyrokastro.

Am 27. Februar 1915 fand ein Schritt der drei Gesandten der Verbandsmächte in Athen mit einer Warnung vor weiteren Gebietserwerbungen in Albanien statt. *Venizelos* versicherte den Gesandten, daß er nicht die Absicht gehabt habe, irgendwelche Eroberungen in Albanien vorzunehmen.

Im Mai 1915 fand die Besetzung von 18 Dörfern nordwestlich von Koritza durch griechische Truppen statt.

Das Erscheinen albanischer Banden in Berat im Februar 1916 rief einen Protest hervor, der am 10. März 1916 von den vier Verbandsgesandten in Athen gegen die Bildung dieser Banden in der Zone der griechischen militärischen Kontrolle und gegen die Anwerbung von dortlebenden Griechen für diese Banden erhoben wurde. In einer Antwortnote erklärte die griechische Regierung, daß die Banden nicht im Gebiete der griechischen Okkupation gebildet würden, und daß in den Banden, die in Berat operierten und aus 1600 Miriditen bestünden, kein einziger Grieche wäre.

Am 20. März 1916 sprach der griechische Ministerpräsident *Skuludis* in einer Antwort auf eine Anfrage des Abgeordneten *Spiromilio* über Nord-Epirus die Ueberzeugung aus, daß „Nord-Epirus in seiner augenblicklichen Abgrenzung für die Zukunft einen untrennbaren Teil des Königreichs Griechenland bilde.“ Schon früher im Februar 1916 hatte die griechische Regierung in Epirus zwei Präfekten in Argyrokastro und Koritza ernannt, indem sie durch sie die militärischen Okkupationsbehörden ersetzte, und bei der Eröffnung der neuen griechischen Kammer am 24. Januar 1916 Abgeordnete aus Epirus zu den Sitzungen zugelassen. Gegen diese Handlungen der griechischen Regierung, die zum Ziele hatten, Nord-Epirus Griechenland einzuverleiben, überreichten am 26. März 1916 die vier Verbandsgesandten der griechischen Regierung eine Protestnote, in der sie darauf hinwiesen, daß diese Maßnahmen mit den feierlichen Erklärungen unvereinbar seien, die in der griechischen Denkschrift vom 13. November 1914 enthalten wären.

In ihrer Antwort erklärte die griechische Regierung am 29. März 1916, daß sie in keiner Weise die Erklärungen aus dem Jahre 1914 außer acht ließe und es nur für notwendig gehalten hätte, in Epirus die dem liberalen Geiste der Griechen nicht entsprechende Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Gesetzen des Königreichs zu ersetzen. Am selben Tage wurde der griechischen Regierung durch die vier Gesandten eine neue Note überreicht, in der sie Aufklärung darüber verlangten, wie die Zulassung von Abgeordneten aus Nord-Epirus zu den Erklärungen passe, die *Gunaris* und *Venizelos* im August 1915 in dieser Richtung abgegeben hatten. Die Antwortnote des Kabinetts *Skuludis* vom 31. März 1916 begründete die Teilnahme der epirotischen Abgeordneten mit der Notwendigkeit von Ausgaben für die Verwaltung von Epirus, die durch Steuern der lokalen Bevölkerung gedeckt werden müßten, insofern müßte



der letzteren das Recht der Kontrolle über diese Ausgaben eingeräumt werden.

**Nr. MDLVIII. Kollektivnote Frankreichs, Englands und Rußlands an Griechenland vom 21. Juni 1916.** (Englisches Blaubuch: „Miscellaneous. Nr. 27 (1916.) [Cd. 8298]. London 1916<sup>a</sup>. Nr. 1.)

Collective Note addressed to the Greek Government by the French, British, and Russian Ministers.

(Translation).

„D'Ordre de leurs Gouvernements, les soussignés, Ministres de France, de Grande-Bretagne et de Russie, représentants des Puissances garantes de la Grèce, ont l'honneur de faire au Gouvernement hellénique la déclaration suivante, qu'ils ont également reçu l'ordre de porter à la connaissance du peuple grec :

Ainsi qu'elles l'ont déjà déclaré solennellement et par écrit, les trois Puissances garantes de la Grèce ne lui demandent pas de sortir de sa neutralité. Elles en donnent une preuve éclatante en mettant au premier rang de leurs demandes la démobilisation totale de l'armée grecque pour assurer au peuple hellénique la tranquillité et la paix. Mais elles ont des motifs nombreux et légitimes de suspicion contre le Gouvernement grec, dont l'attitude à leur égard n'est pas conforme à ses engagements réitérés, ni même aux principes d'une neutralité loyale. C'est ainsi qu'il a trop souvent favorisé les agissements de certains étrangers qui ont travaillé ouvertement à égarer l'opinion du peuple grec, à fausser sa conscience nationale et à créer sur le territoire hellénique des organisations hostiles, contraires à la neutralité du pays, et tendant à compromettre la sécurité

„Under instructions from their Governments, the undersigned, Ministers of France, Great Britain, and Russia, representatives of the guaranteeing Powers of Greece, have the honour to make the following declaration to the Hellenic Government, which they have also been instructed to bring to the notice of the Greek people: —

As they have already declared solemnly and in writing, the three guaranteeing Powers of Greece do not ask her to depart from her neutrality. They give a striking proof of this in putting amongst the first of their requests the complete demobilisation of the Greek army in order to insure tranquillity and peace to the Greek people. But they have numerous and legitimate grounds of suspicion against the Greek Government, the attitude of which towards them is not in accordance with its repeated engagements, or even with the principles of a loyal neutrality. It has too often favoured the activities of certain foreigners, who have been openly working to mislead the opinion of the Greek people, to pervert its national conscience, and to create on Greek territory hostile organisations contrary to the neutrality of the country, and tending to



des forces militaires et navales des Alliés.

L'entrée en Grèce des forces bulgares, l'occupation du fort de Rupel et d'autres points stratégiques avec la connivence du Cabinet hellénique constituent pour les troupes alliées une nouvelle menace, qui impose aux trois Puissances l'obligation de réclamer des garanties et des mesures immédiates.

D'autre part, la Constitution grecque a été méconnue, le libre exercice du suffrage universel empêché, la Chambre a été dissoute pour la seconde fois en moins d'un an contre la volonté nettement exprimée du peuple, les électeurs convoqués en pleine mobilisation, si bien que la Chambre actuelle ne représente qu'une faible partie du collège électoral, le pays tout entier a été soumis à un régime d'oppression et de tyrannie policières et conduit à la ruine sans égard aux justes observations des Puissances. Celles-ci ont non seulement le droit, mais l'impérieux devoir, de protester contre de pareilles violations des libertés dont elles ont la garde vis-à-vis du peuple grec.

L'attitude hostile du Gouvernement hellénique envers les Puissances qui ont affranchi la Grèce du joug étranger et assuré son indépendance, la collusion évidente du Cabinet actuel avec leurs ennemis, sont pour elles des raisons plus fortes encore d'agir avec fermeté, en s'appuyant sur les droits qu'elles tiennent des traités et qui se sont affirmés pour la sauvegarde du peuple grec, chaque fois qu'il a été menacé dans l'exercice de ses droits ou dans la jouissance de ses libertés.

compromise the security of the naval and military forces of the Allies.

The entry of Bulgarian troops into Greece, the occupation of Fort Rupel and of other strategical points with the connivance of the Greek Cabinet, constitute a fresh threat for the Allied troops, which imposes on the three Powers the obligation to demand guarantees and immediate action.

On the other hand, the Greek constitution has been ignored, the free exercise of universal suffrage prevented, the Chamber dissolved for the second time in less than a year against the clearly expressed wishes of the people, the electors summoned with general mobilisation in force, with the result that the present Chamber only represents a small part of the electorate, the whole country subjected to a régime of police oppression and tyranny, and led towards ruin without attention being paid to the justifiable observations of the Powers. The latter have not only the right, but the imperative duty, to protest against such violations of the liberties of which they are trustees to the Greek people.

The hostile attitude of the Greek Government towards the Powers who liberated Greece from the foreign yoke and assured her independence, the evident collusion of the present Cabinet with their enemies, are yet stronger reasons for them to act with firmness, basing themselves on the rights which they hold from treaties to safeguard the Greek nation, and which have been strengthened each time the exercise of its rights and the enjoyment of its liberties has been threatened.

En conséquence, les Puissances garantes de la Grèce se voient dans la nécessité d'exiger l'application immédiate des mesures suivantes :

1. Démobilisation réelle et totale de l'armée grecque, qui devra être remise, dans le plus bref délai, sur le pied de paix ;

2. Remplacement immédiat du Ministère actuel par un Cabinet d'Affaires, sans nuance politique, et offrant toutes les garanties nécessaires pour l'application loyale de la neutralité bienveillante que la Grèce s'est engagée à observer à l'égard des Puissances alliées, ainsi que pour la sincérité d'une nouvelle consultation nationale ;

3. Dissolution immédiate de la Chambre des Députés, suivie de nouvelles élections, dès l'expiration des délais prévus par la Constitution, et après que la démobilisation générale aura remplacé le corps électoral dans des conditions normales ;

4. Remplacement, d'accord avec les Puissances, de certains fonctionnaires de la police, dont l'attitude, inspirée par des directions étrangères, a facilité les attentats commis contre de paisibles citoyens ainsi que les insultes faites aux légations alliées et à leurs ressortissants."

Toujours animées envers la Grèce de l'esprit le plus bienveillant et le plus amical, mais décidées en même temps à obtenir sans discussion ni délai l'application de ces mesures indispensables, les Puissances garantes ne peuvent que laisser au Gouvernement hellénique l'entière responsabilité des événements qui se produiront

"Consequently, the guaranteeing Powers find themselves compelled to insist that the following measures should immediately be put into force:—

1. The real and complete demobilisation of the Greek army, which is to be placed on a peace footing with the least possible delay.

2. The existing Ministry to be immediately replaced by a Cabinet of Affairs of no political complexion, affording all necessary guarantees for the loyal application of the benevolent neutrality which Greece has undertaken to observe towards the Allied Powers, as well as for the sincerity of a new appeal to the country.

3. The immediate dissolution of the Chamber of Deputies, followed by a general election immediately after the expiration of the term laid down by the Constitution and after the general demobilisation shall have restored the electorate to its normal conditions.

"4. The removal, in accord with the Powers, of certain police officials, whose attitude, inspired by foreign influence, has facilitated assaults on peaceful citizens as well as insults offered to the Allied legations and their nationals."

Ever animated by the most benevolent and most friendly feeling towards Greece, but at the same time resolved to obtain without discussion or delay the application of these indispensable measures, the guaranteeing Powers can only leave to the Greek Government the entire responsibility for the events which may occur if

si leurs justes demandes n'étaient pas immédiatement acceptées.

*J. Guillemin.*

*F. Elliot.*

*Demidof.*

Athènes, le 8/21 juin, 1916.

their just demands are not immediately accepted.

**Nr. MDLIX. Griechische Antwort vom 23. Juni 1916 auf die Kollektivnote.\*)** (Englisches Blaubuch: „Miscellaneous Nr. 27 [1916] Presented to both Houses of Parliament by Command of His Majesty. August 1916. [Cd. 8298]. London 1916.“ Nr. 2.)

Note communicated to the Entente Representatives by *M. Zaimis*.

(Translation.)

*M. Zaimis*, Président du Conseil, Ministre des Affaires Étrangères, a pris connaissance de la note collective que les Ministres de France, de Grande-Bretagne et de Russie ont, d'ordre de leurs Gouvernements, adressée, en date du 8/21 de ce mois, à son prédécesseur, *M. Skouloudis*, et par laquelle ils déclarent se trouver dans la nécessité d'exiger l'application immédiate des mesures suivantes:

1. Démobilisation réelle et totale de l'armée grecque, qui devra être mise, dans le plus bref délai, sur le pied de paix.

2. Remplacement immédiat du Ministère actuel par un Cabinet d'Affaires sans nuance politique et offrant toutes les garanties nécessaires pour l'application loyale de la neutralité bienveillante que la Grèce s'est engagée à observer à l'égard des Puissances alliées, ainsi que pour la sincérité d'une nouvelle consultation nationale.

*M. Zaimis*, President of the Council and Minister for Foreign Affairs, has taken cognisance of the collective note which the Ministers of France, Great Britain, and Russia, under instructions from their Governments, addressed on the 8/21 of this month to his predecessor, *M. Skouloudis*, declaring that they found themselves compelled to demand the immediate application of the following measures:—

1. Real and complete demobilisation of the Greek army, which is to be placed on a peace footing with the least possible delay.

2. The existing Ministry to be immediately replaced by a Cabinet of Affairs of no political complexion, and affording all necessary guarantees for the loyal application of the benevolent neutrality which Greece has undertaken to observe towards the Allied Powers, as well as for the sincerity of an appeal to the country.

\*) Anm.: Siehe Nr. MDLVIII. — Herausgeber.



3. Dissolution immédiate de la Chambre des Députés, suivie de nouvelles élections, dès l'expiration des délais prévus par la Constitution, et après que la démobilisation générale aura replacé le corps électoral dans des conditions normales.

4. Remplacement, d'accord avec les Puissances, de certains fonctionnaires de la police dont l'attitude, inspirée par des directions étrangères, a facilité les attentats commis contre de paisibles citoyens, ainsi que les insultes faites aux légations alliées et à leurs ressortissants.

*M. Zaimis* prend acte de la note précitée et a l'honneur d'informer leurs Excellences les Ministres de France, de Grande-Bretagne et de Russie que le Gouvernement Royal hellénique, tenant compte de leur déclaration finale, à savoir, que, "toujours animées envers la Grèce de l'esprit le plus bienveillant et le plus amical, mais décidées en même temps à obtenir sans discussion ni délai l'application des mesures qu'elles considèrent indispensables, les Puissances garantes ne peuvent que laisser au Gouvernement hellénique l'entière responsabilité des événements qui se produiraient si leurs justes demandes n'étaient pas réalisées," s'engage à exécuter intégralement les demandes précitées.

Athènes, le 10/23 juin, 1916.

3. The immediate dissolution of the Chamber of Deputies, followed by new elections after the expiration of the term laid down by the Constitution and after the general demobilisation has restored the electorate to its normal conditions.

4. The removal, in accord with the Powers, of certain police officials whose attitude, inspired by foreign influences, has facilitated assaults on peaceful citizens as well as insults offered to the Allied legations and their nationals.

*M. Zaimis* takes act of the above note and has the honour to inform the French, British, and Russian Ministers that the Greek Government, having noted their final declaration that, "ever animated by the most benevolent and most friendly feeling towards Greece, but, at the same time, resolved to obtain, without discussion or delay, the application of the measures which they consider indispensable, the guaranteeing Powers can only leave to the Greek Government the entire responsibility for the events which may occur if their just demands are not carried out," undertakes to execute the above demands in their entirety.

**Nr. MDLX. Auslassung der „Times“ vom 23. Juni 1916 betr. die Kollektivnote Frankreichs, Englands und Rußlands an Griechenland vom 21. Juni.\*)** („The Times“ Nr. 41201 vom 23. Juni 1916.)

Great Britain, France, and Russia derive their title to intervene in Greece from their historic position as the Protectors of Hellenic liberty, as

\*) Anm.: Siehe Nr. MDLVIII und MDLIX. — Herausgeber.



finally affirmed in the Treaties of 1863, which represent the charter of Hellenic constitutional rights.

In presenting their Demands the Allied and Protecting Powers are careful to point out that the rigorous terms which they have been compelled to impose have been provoked by the fault of the *Skouloudis* Administration, and that no vengeful sentiments are entertained by them towards the Greek people.

According to reports from Rome, copies of the Note have been distributed broadcast throughout Greece.

In connexion with the demand for changes in the personnel of the Police, The Times is entitled to claim this as completely attesting the accuracy of the strictures passed upon the Athens Police by a Special Correspondent in a message which the *Skouloudis* Administration had the temerity to describe as mendacious and malicious.

**Nr. MDLXI. Französische Notifikation der Blockade Kallias vom 16. September 1916 an.** (*Journal Officiel de la République Française* vom 20. September 1916. S. 8303.)

A la date du 16 septembre 1916, le commandant en chef de l'armée navale en Méditerranée, agissant en vertu des pouvoirs qui lui sont conférés par le gouvernement de la République, a, vu l'état de guerre avec la Bulgarie et l'occupation de Cavalla par les forces armées bulgares, déclaré en état de blocus la côte de Macédoine depuis l'embouchure de la Strouma (40° 46'' latitude Nord, 23° 53'' longitude Est, Greenwich), jusqu'à la frontière gréco-bulgare (40° 51'' latitude Nord, 24° 50'' longitude Est, Greenwich).

Le blocus est déclaré effectif à dater du 16 septembre 1916.

Les navires neutres pourront, jusqu'au 21 septembre 1916, à huit heures du matin (heure de l'Europe orientale), quitter les lieux bloqués.

Notification de ladite déclaration a été adressée aux autorités locales.

**Nr. MDLXII. Proklamation von Venizelos an das griechische Volk vom 27. September 1916. \*)**

Ce n'est pas le moment maintenant de chercher les responsables pour les malheurs accumulés. Ce qui s'impose, c'est de tâcher, tandis qu'il en est encore temps, de sauver ce qui peut être sauvé. Le moyen le plus sûr de chercher le salut serait certes de rétablir l'unité nationale rompue, afin que cette oeuvre soit entreprise avec la coopération de toutes les forces nationales.

Mais il n'y a qu'un seul moyen susceptible de refaire cette unité nationale brisée. C'est de revenir sans retard à la politique que dicte la

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — *Venizelos* erließ die Proklamation von Kreta aus. Der vollständige Text lag zur Zeit der Drucklegung nicht vor. — Herausgeber.

conscience nationale; c'est de chercher, aux côtés de nos alliés serbes et des grandes puissances qui suttent avec eux, dont trois sont les puissances garantes de notre indépendance, à débarrasser notre territoire de l'invasion de l'ennemi abhorré; c'est de coopérer avec ces puissances afin que, non seulement l'Europe soit définitivement délivrée du danger de l'hégémonie allemande, mais aussi les Balkans de prétentions à la suprématie bulgare.

Nous nous estimerons heureux si le roi se décide, fût-ce en ce moment suprême, à se mettre à la tête des forces nationales afin que, dans une union nationale inébranlable, nous poursuivions l'application de cette politique nationale. Mais si cela ne peut être obtenu, il ne reste plus qu'une seule voie de salut: l'action isolée de cette partie de la nation qui croit que, si nous ne coopérons pas avec nos alliés naturels à l'oeuvre de la recreation de l'Orient, qui résultera de la grande guerre européenne, l'État et la nation hellénique s'achemineront vers la ruine.

Pour cette raison, assumant par devoir mais aussi avec enthousiasme le mandant que le peuple nous a confié, nous adressons un appel à l'hellénisme entier et lui demandons son concours dans l'oeuvre que nous entreprenons. Puisque l'État a trahi ses devoirs, c'est à la nation qu'incombe de tenter la réalisation de l'oeuvre qui s'impose à un État. Nous invoquons le concours de toute force nationale qui sent qu'une tolérance plus longue des désastres et des humiliations qu'a suscités la politique appliquée, équivaudrait à la mort nationale.

Nous entreprenons cette lutte dans la pleine conviction que la nation, appelée en l'absence de l'État à une levée en masse, réalisera de nouveau le miracle qui est nécessaire pour ramener la nation dans la voie dont elle s'est écartée depuis un an et demi.

**Nr. MDLXIII. Bekanntmachung der griechischen Regierung vom 2. Dezember 1916. \*)**

Les ministres de France, de Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie ayant déclaré, au nom de l'amiral commandant en chef les forces alliées en Méditerranée, qu'ils acceptaient la livraison de six batteries au lieu de dix qui avaient été demandées pour le 1 décembre, et ayant d'autre part recommandé à leurs gouvernements de ne pas insister sur les autres demandes de cession de matériel de guerre, le Gouvernement hellénique déclare de son côté qu'il consentira à ce que les six batteries soient mises à la disposition des Alliés.

**Nr. MDLXIV. Französische Notifikation der Blockade Griechenlands vom 7. Dezember 1916.** („Journal Officiel de la République Française“ vom 8. Dezember 1916. S. 10591.)

Le gouvernement de la République française, étant d'accord avec ses alliés pour déclarer le blocus de la Grèce, notifie par la présente les conditions dans lesquelles il y sera procédé.

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

Le blocus est déclaré effectif à dater du 8 décembre 1916, huit heures du matin.

Le blocus s'étend aux côtes de la Grèce, y compris les îles d'Eubée, Zante et Sainte-Maure, depuis un point situé par 39°20' Nord, 20°20' Est de Greenwich jusqu'à un point situé par 39°50' Nord et 22°50' Est de Greenwich, ainsi qu'aux autres îles actuellement sous la dépendance ou l'occupation des autorités royales helléniques.

Les navires des tierces puissances se trouvant dans les ports bloqués pourront librement en sortir jusqu'au 10 décembre, huit heures du matin.

L'ordre a été donné au commandant en chef des forces navales effectuant le blocus de procéder auprès des autorités locales à la notification de la présente déclaration.

Paris, le 7 décembre 1916.

#### **Nr. MDLXV. Italienische Note an Griechenland \*).**

L'Italie affirme par la présente communication sa solidarité générale avec les Alliés. Elle s'associe aux demandes et aux déclarations contenues dans la note susdite concernant les garanties militaires que les puissances de l'Entente estiment nécessaire d'exiger de la Grèce en vue de la situation actuelle dans les Balkans, ainsi que les réparations que ces mêmes puissances croient leur être dues à la suite des événements du 1 décembre.

Pour ce qui concerne les revendications contenues dans le paragraphe 4 de la note des puissances garantes, attendu qu'elles touchent à des questions d'ordre intérieur, l'Italie ne croit pas avoir de titre pour y intervenir et déclare se désintéresser de l'examen desdites revendications.

#### **Nr. MDLXVI. Aus dem Ultimatum Frankreichs, Englands, Italiens und Rußlands an Griechenland vom 8. Januar 1917. \*\*)**

D'autre part, les Puissances Alliées affirment à la Grèce leur volonté de respecter entièrement sa volonté de rester définitivement hors de la guerre européenne . . . en donnant à la Grèce des assurances précises pour sa neutralité . . .

D'autre part, les Puissances Alliées s'engagent à ne pas permettre que le retrait des troupes grecques dans le Péloponèse soit mis à profit par terre

---

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Die Note der Alliierten, auf die in dieser Note Bezug genommen wird, ist vom 31. Dezember 1916. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Der vollständige Text des Ultimatus lag zur Zeit der Drucklegung nicht vor. — Herausgeber.

ou par mer par les partisans du gouvernement provisoire pour occuper une partie quelconque du territoire grec, ainsi privé de tout moyen de résistance. Les Puissances Alliées s'engagent également à ne laisser s'installer les autorités du gouvernement provisoire dans aucun des territoires actuellement en possession du gouvernement royal, qu'elles pourraient se trouver amenées à occuper elles-mêmes temporairement pour des raisons d'ordre militaire.

**Nr. MDLXVII. Erklärung der Alliierten an das griechische Volk vom 19. Februar 1917. \*)**

Les représentants des Alliés ont déjà appelé l'attention du gouvernement royal sur l'attitude hostile de la presse grecque et sur le danger que ferait courir à la Grèce la persistance d'excitations et d'attaques souvent fondées sur le mensonge et la calomnie. Par exemple, dans l'affaire du blocus, certains journaux essayent de répandre l'impression que cette mesure, est injustement maintenue, la Grèce ayant, disent-ils, tenu tous ses engagements. C'est manifestement inexact. Le contrôle militaire des Alliés ne peut pas prendre la responsabilité de déclarer que les garanties promises ont été données, tant qu'il reste dans la Grèce continentale une grande quantité d'armes dont l'existence est reconnue par le Gouvernement grec lui-même, puisqu'il a fixé aux autorités la date où elles doivent être livrées. Le contrôle des Alliés peut d'autant moins consentir à laisser en deçà de l'Isthme ces armes clandestines, qu'elles pourraient être employées par les organisations hostiles qui continuent à exister dans toutes les parties de la Grèce, et particulièrement en Thessalie, où elles constituent une menace permanente pour l'armée d'Orient. D'autres faits graves ont été portés directement à la connaissance du Gouvernement grec par le chef du contrôle, par exemple, les travaux de mines exécutés sur les rives du canal de Corinthe. Dans ces conditions, le peuple grec ne doit pas s'étonner que, faute d'une attitude correcte que les Alliés ont le droit d'attendre de la Grèce, les garanties stipulées dans la note du 8 janvier ne puissent pas encore être regardées comme obtenues. Néanmoins, loin d'être indifférentes aux souffrances d'une population innocente, les puissances alliées ont déjà examiné comment elles s'y prendront pour ravitailler la Grèce aussitôt que les circonstances le permettront. En conséquence, les ministres alliés rappellent au Gouvernement grec la grave responsabilité qu'il encourrait s'il tolérait plus longtemps les excès de la presse anti-ententiste, qui semble n'avoir d'autre dessein que d'égarer l'opinion grecque et d'empêcher ainsi le rétablissement de bonnes relations entre la Grèce et les puissances alliées.



**Nr. MDLXVIII. Griechische Note an Frankreich vom 27. März 1917 betr. Vorgehen der französischen Truppen.**  
(„Echo de Grèce“ vom 12. Mai 1917).

Note verbale adressée le 27 mars 1917 par le Ministre des Affaires Etrangères de Grèce à la Légation de France à Athènes.

Le Ministre des Affaires étrangères a l'honneur d'attirer la sérieuse attention du Ministre de France sur les faits suivants, signalés par les autorités royales des provinces au sud de la zone neutre.

Les troupes françaises entrées à Diminitsa le 6 mars, ont arrêté et amené paysans. Une dépêche arrivée aujourd'hui annonce que hier matin six d'entre eux conduits à Diminitsa, ont été fusillés. A Louzani, les troupes françaises ont mis le feu aux maisons de deux paysans qui étaient absents. Elles ont également brûlé l'église St. Georges du village Eleuthero-hori qui a été réduit en cendres. Le 11 mars, les troupes françaises ont enlevé du village de Strouma toutes les quantités d'orge disponibles. Le président de la Commune d'Ostrovro a été arrêté par un détachement français et conduit dans un endroit inconnu. Le sous-préfet de Kipourio et le commissaire de police de la même localité ont été envoyés sous Escorte à Grevena et ont été incarcérés. A Coutsouffiani, un détachement français a emmené le 7 mars Lappas dont le sort est inconnu. Il a également enlevé son troupeau composé de 200 brebis. Un détachement de cavaliers a rencontré hors de Velenistri deux gendarmes.

Les cavaliers ont tiré contre eux et en ont tué un, l'autre après avoir été désarmé, a été relâché. Les paysans de ces provinces épouvantés abandonnent leurs foyers pour se réfugier dans les villes de Thessalie.

**Nr. MDLXIX. Griechische Note an Frankreich betr. die französischen Maßnahmen auf der Insel Zante. \*)**

„Protestation adressée par le Gouvernement royal hellénique aux représentants de l'Entente à Athènes:

Le Gouvernement royal a été péniblement surpris d'apprendre que le commandant des troupes françaises à Zante se livrait depuis quelques temps à toute sorte d'actes arbitraires tels que: désarmement et arrestation de vingt et un gendarmes et de huit sous-officiers, emprisonnement du député Musaki, expulsion du procureur du roi et d'autres fonctionnaires. Finalement le 10 mars il a mis en acte l'abolition complète de toute autorité royale dans l'île qui reste ainsi à la disposition de quelques partisans, du comité séditieux. L'amiral français résidant à Céphalonie, dès qu'il eut connaissance de ces faits, avaient ordonné le rétablissement de l'administration hellénique de Zante et envoyé d'Argostoli par navire français trente gendarmes avec sous-officiers et un officier pour y assurer l'ordre. Le préfet de Zante reprit

\*) Anm: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

possession de son poste, mais le commandant des troupes françaises sans aucun avertissement préalable et contre toute attente, fit arrêter le 22 mars à 7 heure du matin le préfet de Zante, le président de tribunal le juge faisant fonctions de procureur le chef de police, le directeur des postes et télégraphes, le secrétaire de la préfecture, les députés Lombardos et Carrère le maire de la ville, le consul du Danemark, médecin principal de la localité et onze autres citoyens de Zante qu'il fit conduire par contre-torpilleur français à Cylène au Peloponnèse avec défense expresse de retourner tant que les troupes françaises seront dans l'île. Il abolit ainsi les quelques vestiges de l'autorité royale qu'il avait laissé subsister dans l'île dont il resta maître absolu.

Le Gouvernement royal s'explique difficilement cette initiative qui, allant nettement à l'encontre de ce qui a été convenu avec les puissances alliées ne peut certainement pas répondre à leurs intentions. Il se plaint à espérer que les Gouvernements alliés prenant en considération les assurances précises qu'ils ont bien voulu accorder au Gouvernement royal pour sa politique intérieure, ainsi que leurs engagements solennels de ne laisser s'installer les autorités au comité de Salonique dans aucun des territoires en sa possession se feront un devoir de faire rapporter par le commandant des troupes françaises à Zante qui évidemment transgressa ses pouvoirs, les mesures prises par lui. Ils voudront bien donner des instructions en vue de réinstaller les autorités royales à Zante."

**Nr. MDLXX. Griechische Note an Frankreich betr. Verhalten des Königs Konstantin.\*)**

„Le gouvernement hellénique adressa la note suivante au ministre de France à Athènes: „Dans un article intitulé: „Le dossier du roi Constantin“ le Temps du 11 avril relate une série de faits et propos tendant à démontrer que le Gouvernement de S. M. le roi n'ont cessé de manifester pendant la guerre des intentions hostiles aux puissances de l'Entente. Le gouvernement royal a été péniblement surpris de voir à quel point dans un journal d'une importance mondiale la vérité a pu être dénaturée. Se rendant compte du préjudice qu'ont causé des allégations infondées et les renseignements émanant de sources diverses ayant l'intérêt d'envenimer les rapports franco-grecs, le gouvernement royal se voit obligé d'opposer le démenti le plus formel et le plus catégorique à l'article précité. La bonne fois du Temps a été évidemment surprise. L'Article repose sur des interviews que S. M. le roi n'a jamais données; sur des propos qu'il n'a jamais tenus ainsi que sur une communication hostile à l'Entente, qui n'a jamais eu lieu. Il est notoire qu'il n'existe ni n'a existé une télégraphie sans fils au Palais royal est que depuis le mois de juin jusqu'au mois de décembre 1916 la station radiotélégraphique était sous le contrôle des Alliés, tandis que depuis décembre 1916 cette station ne fonctionne plus, par conséquent l'envoi de télégrammes ou toute autre communication télégraphique est interrompue avec les empires centraux

Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

le sens des allocutions royales à la flotte et à l'armée a été également déformé. La prétendue dépêche de l'empereur d'Allemagne adressée à S. M. le roi lui donnant des conseils en vue de „conserver son trône“ est de pure invention. On est surpris de voir reproduite une fois de plus l'assertion selon laquelle les sous-marins allemands étaient ravitaillés par la Grèce. Bien que toutes les côtes qui pourraient être soupçonnées de servir de repaire aux dits sous-marins soient aujourd'hui entre les mains et sous le contrôle des Alliés, les torpillages n'ont pas diminué. Il est donc avéré que c'est ailleurs qu'il faut chercher les points d'appui de la flotte sous-marine allemande. Pour finir le gouvernement royal repousse une fois de plus avec indignation l'accusation d'un guet-apens contre les marins alliés débarqués le 1 décembre par l'amiral Fournet ainsi que l'accusation d'avoir jamais organisé et entretenu des bandes de comitadjis. Non seulement aucune accusation de ce genre ne ressort de la correspondance échangée avec le chef du contrôle militaire allié à Athènes, mais encore elle prouve que le gouvernement royal n'a épargné aucun effort pour assurer le maintien de l'ordre au sud de la zone neutre. De la même correspondance il pourrait aussi être facilement constaté que le gouvernement hellénique s'est toujours scrupuleusement appliqué à exécuter les engagements assumés vis-à-vis des Puissances de l'entente.“

**Nr. MDLXXI. Erklärung Jonnarts an die griechische Regierung vom 11. Juni 1917 betr. Verlangen der Abdankung des Königs Konstantin \*).**

A bord de la Justice, le 11 juin 17.

Monsieur le Président.

Les Puissances protectrices de la Grèce ont décidé de reconstituer l'unité du Royaume sans porter atteinte aux institutions monarchiques constitutionnelles qu'elles ont garanties à la Grèce.

Sa Majesté le roi Constantin, ayant manifestement violé la Constitution dont la France, la Grande Bretagne et la Russie sont les garantes, j'ai l'honneur de déclarer à Votre Excellence que le Roi a perdu la confiance des Puissances protectrices et que celles-ci se considèrent comme dégagées à Son égard des obligations résultant de leurs droits de protection.

J'ai en conséquence pour mission, en vue de rétablir la vérité constitutionnelle, de réclamer l'abdication de S. M. le roi Constantin, qui désignera Lui-même, d'accord avec les puissances protectrices, un successeur parmi Ses héritiers.

*Jonnart.*

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

Je suis dans l'obligation de vous demander une réponse dans un délai de vingt-quatre heures.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma haute considération.

#### Aide-Mémoire.

Le Haut-Commissaire des Puissances protectrices de la Grèce a l'honneur de faire connaître à S. E. Monsieur le Président du Conseil des ministres que le Diadoque, ne présentant pas les garanties que la France, la Grande-Bretagne et la Russie sont actuellement dans l'obligation d'exiger de la part du Souverain constitutionnel des Hellènes, elles ne pourraient donner leur agrément qu'à la désignation d'un autre de ses héritiers.

Le Haut-Commissaire est en outre autorisé à déclarer, au nom des Puissances protectrices, que le roi Constantin, après son abdication et lorsqu'il aura quitté la Grèce, entrera en possession d'un revenu personnel et viager d'une valeur égale à un demi million de francs.

Le Haut-Commissaire ajoute qu'aucune représaille ne sera exercée et que la proclamation d'une amnistie générale sera immédiatement envisagée, mais il doit informer M. le Président du Conseil de la décision des Puissances protectrices de ne tolérer, ni à Athènes, ni dans aucune ville du royaume des désordres de nature à compromettre la vie et les intérêts étroitement associés de leurs nationaux et de la population grecque. Si l'espoir que l'ordre soit strictement maintenu, grâce à la sagesse du Gouvernement et des Hellènes de tous les partis, se trouvait déçu, le Haut-Commissaire est autorisé à intervenir énergiquement avec les forces dont disposent les Puissances protectrices en vue d'obtenir immédiatement le rétablissement de l'ordre.

Le 11 juin 1917.

#### **Nr. MDLXXII. Antwort des griechischen Ministerpräsidenten Zaimis \*) vom 11. Juni 1917 auf die Erklärung Jonnarts vom 11. Juni \*\*).**

Athènes, le 29/11 juin 17.

Monsieur le Haut-Commissaire,

La France, la Grande Bretagne et la Russie ayant réclamé par votre Note d'aujourd'hui l'abdication de Sa Majesté le roi Constantin et la Désignation de son successeur, le soussigné, président du Conseil des ministres, ministre des Affaires étrangères, a l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que Sa Majesté le Roi, soucieux comme toujours du seul intérêt de la Grèce, a décidé de quitter avec le Prince Alexandre.

Veuillez agréer, Monsieur le Haut-Commissaire, les assurances de ma haute considération.

A. Zaimis.

\*) Anm.: Vgl. Nr. MDLXXI. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



**Nr. MDLXXIII. Telegramm des griechischen Ministerpräsidenten Zaimis an die griechische Gesandtschaft in Berlin vom 13. Juni 1917 betr. Abreise des Königs Konstantin.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. Juni 1917. Nr. 163. Zweite Ausgabe.)

Berlin. 14. Juni. Die königlich griechische Gesandtschaft hat auf indirektem Wege folgendes Telegramm des Ministerpräsidenten *Zaimis* erhalten, datiert vom 13. Juni:

„Tief gerührt teile ich Ihnen mit, daß Seine Majestät König *Konstantin*, gezwungen durch höchste politische Notwendigkeit, infolge eines Schrittes der Dreimächte, Griechenland mit Ihrer Majestät der Königin und dem Kronprinzen *Georg* verläßt. Seine Majestät setzte den Prinzen *Alexander* auf den Thron. Der neue König leistete heute den Eid auf die Verfassung. Der Schmerz des griechischen Volkes über die Trennung vom König *Konstantin* und von der Königin *Sophie* ist unbeschreiblich.

*Zaimis.*”

**Nr. MDLXXIV. Proklamation Jonnarts an das griechische Volk.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 19. Juni 1917, Nr. 167, Zweite Ausgabe.)

Frankreich, Großbritannien und Rußland wollen die Unabhängigkeit, Größe und Blüte Griechenlands. Sie beabsichtigen, das edle Land zu verteidigen. Ein neues Zeitalter des Friedens und der Arbeit fängt für Euch an. Wisset denn, daß aus Achtung der nationalen Selbständigkeit die Schutzmächte keineswegs die Absicht haben, vom griechischen Volke allgemeine Mobilisation zu verlangen.

**Nr. MDLXXV. Griechische Note an Deutschland vom 1. Juli 1917 betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland\*).** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 2. Juli 1917. Nr. 180).

Berlin, den 1. Juli. Der griechische Geschäftsträger *Polychroniadis* hat der deutschen Regierung gestern im Auftrage des Außenministers *Politis* die nachstehende Erklärung übermittelt:

\*.) Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu der Note:

„Die Begründung des Abbruchs der Beziehungen durch die griechische Regierung ist bemerkenswert. Eine Kriegserklärung wird nicht ausgesprochen. Dagegen wird die Tatsache verzeichnet, daß an der Balkanfront schon mehrere griechische Regimenter gegen uns fechten. Diese kämpfenden Truppen waren bisher im Verhältnis zu Griechenland als Abtrünnige anzusehen. Jetzt sucht die griechische Regierung, an deren Spitze das Oberhaupt der Abtrünnigen, *Venizelos*, getreten ist, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und tut so, als sei *Venizelos* von jeher das einzige rechtmäßige

„Infolge der soeben glücklich zustande gekommenen Vereinigung der beiden bisher getrennten Parteien Griechenlands und angesichts der Tatsache, daß mehrere griechische Regimenter an der Balkanfront an den Feindselig-

---

Oberhaupt Griechenlands gewesen und als hätte sich der dem König ergebene, weit überwiegende Teil des Volkes nach langer Irrfahrt glücklich an *Venizelos* herangefunden.

Der Zweck dieser Entstellung ist offenbar ein mehrfacher. Erstens soll es auf diese Weise den königstreuen Elementen Griechenlands erleichtert werden, einen Pakt mit ihrem Gewissen zu schließen und ihren Uebergang zu *Venizelos* als eine Tat der vaterländischen Pflicht anzusehen. Gelänge das, so wäre für *Venizelos* der große Vorteil erreicht, daß er Volk und Heer leidlich geschlossen hinter sich hätte. Der zweite Zweck, den die Erklärung verfolgt, ist offenbar auf die Entente und auf das Urteil der Welt über deren Vorgehen berechnet. In dem Augenblick, wo Griechenland reuig an *Venizelos* als den wahren Vertreter seiner nationalen Interessen heranrückt, ist natürlich auch die Behauptung hinfällig, daß Griechenland von der Entente vergewaltigt worden sei. Die Griechen müssen dann der Entente sogar noch dafür danken, daß diese sie endlich von dem vaterlandsfeindlichen König befreit hat. Eine Kriegserklärung an uns ist nicht mehr nötig und wäre sogar auch nicht einmal logisch, denn das wahre Griechenland (*Venizelos*) ist ja auf Grund der serbischen Verträge und der seinerzeit von Saloniki aus erfolgten Kriegserklärung des Herrn *Venizelos* schon lange mit uns im Krieg. Noch obendrein in einem gerechten Kampf, den es ohne Druck der Entente auf sich genommen hat. Griechenland führt (nach dieser falschen Darstellung) den Krieg allein zur Erfüllung „heiliger Bündnispflichten“, beileibe nicht zu Eroberungszwecken oder im Solde der Entente. Aufgezwungen ist ihm der Kampf nicht durch die Engländer und Franzosen, sondern durch uns, denn wir haben ja das unschuldige Serbien angegriffen!

Geht der Kampf für uns günstig aus, so ist unter diesen Umständen selbstverständlich jede Gebietserweiterung unserer Bundesgenossen auf Kosten Griechenlands eine „brutale Vergewaltigung“. Auch jeder andere politische Anspruch an Griechenland würde unter diese Kennzeichnung fallen. Verliefe die Sache dagegen, was freilich nicht zu erwarten ist, zugunsten des neuen Griechenlands, günstig, so wären dessen etwaige Eroberungspläne natürlich nur von dem berechtigten Wunsch nach besserer Sicherung diktiert.

Noch einen dritten Zweck scheint *Venizelos* zu verfolgen, der ihn als Meister taktischer Vorsicht zeigt. Er weiß noch nicht, in welchem Ausmaß und Tempo sich seine Macht befestigen, ob er rechtzeitig und in genügender Zahl seine Griechen auf den Kampfplatz bringen wird. Gelingt ihm die Mobilisierung achtbarer Streitkräfte, so kann er sie ins Feuer werfen, sobald es ihm paßt, denn die Form, wie er die Beziehungen abgebrochen hat, war ja für jeden, der sehen wollte, gleichbedeutend mit Krieg. Mißlingt jedoch das Experiment, so wartet er ab, was wir und unsere Verbündeten tun. Gehen wir zum Angriff über, so zetert *Venizelos* über den hinterlistigen Ueberfall auf das friedfertige Griechenland. Denn dieses hatte doch nur die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und kein Wort vom Krieg gesagt.

Die griechische Erklärung ist also gar nicht übel ausgedacht und gefaßt. Aber eben deshalb scheint es uns gut, von vornherein zu zeigen, daß ihr Zweck uns nicht verborgen geblieben ist. Wir werden damit manchen späteren Entstellungen vorbeugen können und die Verantwortung für die Folgen der venizelistischen Kriegspolitik von Anfang an den Hetzern und Verführern aufbürden, die an dem Unglück des griechischen Volkes die wirklich Schuldigen sind.“

keiten teilnehmen, hält es die griechische Regierung nicht für möglich, weiter amtliche Beziehungen zur deutschen Regierung zu unterhalten."

Zugleich forderte der Geschäftsträger für sich, das Gesandtschafts- und Konsulatspersonal die Pässe zur Rückreise über die Schweiz.

Den Schutz der griechischen Interessen sollen die Niederlande übernehmen.

**Nr. MDLXXVI. Griechische Note an Bulgarien betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 4. Juli 1917, Nr. 182. Erste Ausgabe.)

Sofia, 3. Juli. Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Der griechische Gesandte *Naum* hat heute um 11<sup>1/2</sup> Uhr vormittags dem Minister des Aeußern *Radoslawow* eine Note folgenden Inhalts überreicht: Infolge der soeben glücklich zustande gekommenen Einigung der beiden bisher getrennten Parteien Griechenlands hält die griechische Regierung mit Rücksicht darauf, daß hellenische Regimenter an den Feindseligkeiten an der Balkanfront teilnehmen, es für unmöglich, weiterhin amtliche Beziehungen mit der bulgarischen Regierung zu unterhalten. Demgemäß verlangt der griechische Gesandte die Pässe, um mit dem Personal der griechischen Gesandtschaft und der griechischen Konsulate in Philippopol, Varna und Burgas nach Griechenland zurückzukehren.

**Nr. MDLXXVII. Türkische Mitteilung vom 3. Juli 1917 über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 4. Juli 1917, Nr. 182. Erste Ausgabe.)

Konstantinopel, 3. Juli. Der griechische Gesandte hat gestern nachmittag der Pforte den Abbruch der Beziehungen mitgeteilt. Man versichert, Holland werde den Schutz der Griechen übernehmen.

**Nr. MDLXXVIII. Communiqué der russischen provisorischen Regierung vom Juli 1917 betr. die Vorgänge in Griechenland \*).**

Une conférence des Alliés sera convoquée à Paris à la mi-juillet relativement aux questions qui se rapportent aux affaires balcaniques.

La nécessité de la convocation de cette conférence découle de la complexité extrême de la situation politique et stratégique dans les Balcons et du désir de faire concorder les points de vue des Alliés relativement à ces questions et d'établir à ce sujet une direction commune.

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.



Outre des indications relatives aux questions purement militaires, nos représentants à la Conférence ont reçu l'instruction de défendre, lors de la solution des questions politiques survenues dans les Balcons les points de vue du gouvernement provisoire et d'insister tout particulièrement sur l'application des principes généraux de la politique extérieure proclamés par la démocratie russe. En particulier, ces instructions ont trait à la question grecque, en rapport avec les derniers événements.

Dans cette question, nous n'avons pas pu ne pas désapprouver les moyens par lesquels se produisit le remplacement d'un roi par la force d'un roi par un autre. Certainement à ce sujet, nous étions animés, non par le désir de soutenir le roi *Constantin*, dont nous continuons de désapprouver la politique personnelle, mais par l'inadmissibilité d'une immixtion dans les affaires intérieures du peuple hellénique. Cela nous a portés à formuler une objection correspondante et à renoncer à la participation de nos troupes à l'expédition dans la Grèce meridionale.

Dans les pourparlers avec les Alliés, nous sommes placés au point de vue que l'établissement de la ferme du gouvernement grec ainsi que son organisation administrative appartiennent exclusivement au peuple grec et nous avons déclaré que les sympathies du peuple russe qui vient de se libérer du joug dynastique vont exclusivement à une libre solution analogue de la part du peuple grec lui-même.

Il est indispensable de relever que les opérations militaires de nos troupes renforcent notre voix dans les affaires internationales et que la parole de la démocratie russe, appuyée sur les actions de l'armée révolutionnaire, acquiert un poids particulier. Cela est très important en vue de la conférence projetée à Paris et dont les travaux certainement seront en corrélation avec les travaux de la Conférence générale des Alliés qui aura lieu bientôt et à la préparation de laquelle le gouvernement provisoire procède déjà.

**Nr. MDLXXIX. Geheimtelegramm des russischen Ministers des Aeußern Terestschenko an den russischen Geschäftsträger in Paris vom Juli 1917 betr. Abberufung der russischen Abteilung auf dem Berge Athos durch Sarraïl.** „Iswestija“\*) vom 13. Dezember 1917. — Uebersetzung. [Aus besonderer Quelle.]

Geheimtelegramm des Ministers des Aeußern an den Geschäftsträger von Paris vom 18. Juli 1917. Nr. 3052.

Ich nehme Bezug auf das Telegramm des Ministeriums Nr. 5671 vom vorigen Jahr und Nr. 646 von diesem Jahr und Ihre Telegramme Nr. 136 und 148.

---

\*) Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.



Aus der Ihnen übermittelten Kopie des Telegramms des Verwesers des Generalkonsulats in Saloniki unter Nr. 140 ist Ihnen bereits bekannt, daß General *Sarrail* die auf dem Berge Athos befindliche russische Abteilung dort abberufen hat.

Wollen Sie sich bitte in freundschaftlicher Weise aus diesem Anlasse mit der französischen Regierung aussprechen, indem Sie sie daran erinnern, daß die Entsendung der russisch-französischen Abteilung auf den Berg Athos im vorigen Januar auf unsere Bitte hin und nach vorhergehender Einigung mit den Franzosen stattgefunden habe, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die für uns sehr wichtigen Interessen unserer Einrichtungen und der zahlreichen russischen Mönche zu schützen, die auf dem heiligen Berge wohnen. Dabei meldet der Verweser des Generalkonsulats, daß unmittelbar nach dem Abzug der russischen Abteilung die übliche Bedrängung unserer Mönche seitens der Griechen wieder begonnen habe. Folglich kann die verhältnismäßige Ruhe auf dem Berge Athos, die durch die Anwesenheit von Verbandstruppen dortselbst erreicht worden war, Gefahr laufen, durch scharfe Zusammenstöße zwischen den griechischen und russischen Mönchen abgelöst zu werden, was seinerseits einen ungünstigen Einfluß auf die eben herbeigeführte Einigung zwischen Griechenland und den Verbandsmächten ausüben kann. Infolge des religiösen Charakters der erwähnten Zusammenstöße verfügt das Kontingent der auf dem Berge Athos verbliebenen französischen Abteilung anscheinend nicht über genügende Sachkenntnis, um sich darin zurechtzufinden, und ist daher der Möglichkeit beraubt, eine beruhigende Einwirkung auszuüben, wie es das russische Element der Abteilung zweifellos getan hat.

Das sind die schwerwiegenden Beweggründe, die uns dazu führen, auf der Rückführung der russischen Abteilung nach dem Berge Athos und auf ihrem Verbleiben dortselbst bis zum Kriegsende gemeinsam mit den Franzosen zu bestehen, und zwar um so mehr, als seinerzeit die französische Regierung ihr Einverständnis hiermit erklärt hat.

Bei der Auseinandersetzung dieser Frage dürfen Sie nicht die Beschlüsse der Londoner Konferenz außer acht lassen, wonach der Berg Athos eine Sonderstellung einnimmt und nicht einen Teil des griechischen Gebietes bildet.

Falls es sich herausstellt, daß die französische Abteilung ebenfalls vom Berge Athos abberufen worden ist, so versuchen Sie bitte, entweder die Rückführung der ganzen gemischten Abteilung durchzusetzen, oder aber, wenn die Franzosen aus irgendeinem Grunde es vorziehen, von der Entsendung ihrer Abteilung abzusehen, dann jedenfalls die russische dortzulassen, da unsere Mönche unter keinen Umständen ohne den erforderlichen Schutz gelassen werden können.

Ueber Ihre Schritte bitte ich mich telegraphisch zu benachrichtigen.

*Terestschenko.*

## x) Ecuador.

**Nr. MDLXXIX a. Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Ecuador und Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. Dezember 1917. Nr. 376.

([Reuter] Privattelegramm.)

„Guayaquil, 8. Dezember.

Amtlich wird mitgeteilt, daß Ecuador die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe.“

## y) Guatemala.

**Nr. MDLXXIX b. Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Guatemala und Deutschland.** („Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. April 1918. Nr. 207.)

„New York, 23. April (Reuter).

Guatemala das vor einem Jahre die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat, erklärte, es nehme dieselbe Haltung wie die Vereinigten Staaten gegenüber den europäischen Kriegführenden ein. Man hält dies für gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung an die Mittelmächte.“\*)

---

\*) Dazu bemerkt a. a. O. die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

An deutscher amtlicher Stelle ist bis zu dieser Stunde noch nichts von der Kriegserklärung Guatemalas bekannt. — Herausgeber.

## Nachträge

zu Band I und II der völkerrechtlichen  
Urkunden des Weltkrieges.

---

## I. Zur Vorgeschichte des Krieges (zu Band I).

**Nr. MDLXXX. Brief des Präsidenten der französischen Republik Poincaré an König Georg von England vom 31. Juli 1914.** („Times“ vom 20. Februar 1915, Nr. 40, 783.)

Paris, July 31, 1914.

Dear and great Friend,

In the grave events through which Europe is passing, I feel bound to convey to your Majesty the information which the Government of the Republic have received from Germany. The military preparations which are being undertaken by the Imperial Government, especially in the immediate neighbourhood of the French frontier, are being pushed forward every day with fresh vigour and speed. France, resolved to continue to the very end to do all that lies within her power to maintain peace, has, up to the present) confined herself solely to the most indispensable precautionary measures. But it does not appear that her prudence and moderation serve to check Germany's action; indeed, quite the reverse. We are, perhaps, then, in spite of the moderation of the Government of the Republic and the calm of public opinion, on the eve of the most terrible events.

From all the information which reaches us it would seem that war would be inevitable if Germany were convinced that the British Government would not intervene in a conflict in which France might be engaged; if, on the other hand, Germany were convinced that the entente cordiale would be affirmed, in case of need, even to the extent of taking the field side by side, there would be the greatest chance that peace would remain unbroken.

It is true that our military and naval arrangements leave complete liberty to your Majesty's Government, and that, in the letters exchanged in 1912 between Sir *Edward Grey* and M. *Paul Cambon*, Great Britain and France entered into nothing more than a mutual agreement to consult one another in the event of European tension, and to examine in concert whether common action were advisable.

But the character of close friendship which public feeling has given in both countries to the entente between Great Britain and France, the confidence with which our two Governments have never ceased to work for the maintenance of peace, and the signs of sympathy which your Majesty has ever shown to France, justify me in informing you quite frankly of my impressions, which are those of the Government of the Republic and of all France.



It is, I consider, on the language and the action of the British Government that henceforward the last chances of a peaceful settlement depend.

We, ourselves, from the initial stages of the crisis, have enjoined upon our Ally an attitude of moderation from which they have not swerved. In concert with Your Majesty's Government, and in conformity with Sir *E. Greys* latest suggestions, we will continue to act on the same lines.

But if all efforts at conciliation emanate from one side, and if Germany and Austria can speculate on the abstention of Great Britain, Austria's demands will remain inflexible, and an agreement between her and Russia will become impossible. I am profoundly convinced that at the present moment the more Great Britain, France, and Russian can give a deep impression that they are united in their diplomatic action, the more possible will it be to count upon the preservation of peace.

I beg that your Majesty will excuse a step which is only inspired by the hope of seeing the European balance of power definitely reaffirmed.

Pray accept the expression of my most cordial sentiments.

*R. Poincaré.*

**Nr. MDLXXXI. Brief des Königs Georg von England an den Präsidenten der französischen Republik Poincaré vom 1. August 1914.** („Times“ vom 20. Februar 1915, Nr. 40. 783.)

Buckingham Palace, August 1, 1914.

Dear and great Friend,

I most highly appreciate the sentiments which moved you to write to me in so cordial and friendly a spirit, and I am grateful to you for having stated your views so fully and frankly.

You may be assured that the present situation in Europe has been the cause of much anxiety and preoccupation to me, and I am glad to think that our two Governments have worked so amicably together in endeavouring to find a peaceful solution of the questions at issue.

It would be a source of real satisfaction to me if our united efforts were to meet with success, and I am still not without hope that the terrible events which seem so near may be averted.

I admire the restraint which you and your Government are exercising in refraining from taking undue military measures on the frontier and not adopting an attitude which could in any wise be interpreted as a provocative one.

I am personally using my best endeavours with the Emperors of Russia and of Germany towards finding some solution by which actual military operations may at any rate be postponed, and time be thus given for calm discussion between the Powers. I intend to prosecute these efforts without intermission so long as any hope remains of an amicable settlement.

As to the attitude of my country, events are changing so rapidly that it is difficult to forecast future developments; but you may be assured that my Government will continue to discuss freely and frankly any point which might arise of interest to our two nations with M. Cambon.

George R.I.

**Nr. MDLXXXII. Rede Pichons vom 1. März 1918 betr. das Telegramm des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris vom 31. Juli 1914. \*)** („Le Matin“ vom 2. März 1918. Nr. 12422.)

„Je prends d'abord, disait Frédéric II venant en Silésie, je trouverai toujours des pédants pour prouver mes droits.“ Les droits de l'Allemagne sur nos provinces n'ont jamais été prouvés par aucun pédant, parce qu'ils ne peuvent pas l'être. Dès l'époque de Louis XIV elles étaient connues comme notoirement françaises. Cent cinquante ans plus tard, le général Foy disait: „Si jamais l'amour de tout ce qui est grand et généreux s'affaiblissait dans les coeurs des habitants de la vieille France, il faudrait qu'ils passassent les Vosges et qu'ils vinssent en Alsace pour y retremper leur patriotisme et leur énergie.“

Ce qui était vrai sous la Restauration ne l'est pas moins aujourd'hui. Ils le savent bien, les hommes qui, non contents de provoquer la plus affreuse des guerres, ont tenté, le jour où de propos délibéré ils la rendaient inévitable, de nous déshonorer par la plus lâche complicité dans le guet-apens où ils attiraient l'Europe.

Je l'établis par la révélation d'une pièce que la chancellerie allemande, après l'avoir rédigée, conserve soigneusement (vous allez voir pourquoi) dans le mystère profond de ses archives les plus secrètes. Nous ne la connaissons que depuis peu de temps et son authenticité défie toute contestation. Elle porte la signature de M. de Bethmann-Hollweg et la date du 31 juillet 1914.

On sait — notamment par une publication officielle faite dans le Livre blanc allemand — que, ce jour-là, le chancelier d'empire, en chargeant M. de Schoen de nous notifier l'état de danger de guerre vis-à-vis de la Russie, avait invité son ambassadeur à nous demander de rester neutres et à nous impartir pour la réponse un délai de dix-huit heures. Ce qu'on ignore et ce que je révèle, c'est que le télégramme qui contenait ces instructions se terminait par ces mots:

„Si le gouvernement français déclare rester neutre, V. E. voudra bien lui déclarer que nous devons, comme garantie pour neutralité, exiger la remise des forteresses de Toul et de Verdun, que nous occuperions et restituerions après achèvement de la guerre avec la Russie. La réponse à cette dernière question doit être ici avant samedi après-midi, 4 heures.“

---

\*) Anm.: Vgl. „Jahrbuch des Völkerrechts“ III 377 (Nr. CCXII). —

Herausgeber.

Voilà comment l'Allemagne voulait la paix à l'heure où elle déclarait la guerre; voilà comment elle est sincère en prétendant que nous l'avons contrainte à prendre les arbitres pour sa défense; voilà de quel prix elle intendait nous faire payer notre bassesse si nous avions eu l'infamie de lui livrer la Russie alliée et de renier notre signature comme la Prusse a renié la sienne en déchirant le traité qui garantissait la neutralité de la Belgique. Elle commençait par exiger, sous assurance d'accord avec nous la consommation de son crime, la cession de deux de nos forteresses les plus chères et les plus glorieuses — dont l'une a conquis depuis par l'héroïsme de ses défenseurs un surcroît de renom immortel. Qui peut dire où elle se serait arrêtée si nous avions été assez vils pour nous laisser prendre à l'amorce grossière de son ignominieuse perfidie?

**Nr. MDLXXXIII. Bericht<sup>\*)</sup> über die Zeugenaussagen in dem Prozeß gegen den russischen General Suchomlinow<sup>\*\*)</sup>.**

(„Nowoje Wremja“ vom 26. August 1917. — Uebersetzung.  
[Aus besonderer Quelle.] )

Das Gericht beginnt mit der Zeugenvernehmung. Der erste Zeuge ist der ehemalige Stabschef des Höchstkommandierenden, General *Januschke-witsch*. Seine Aussagen zeichnen sich durch große Flüssigkeit aus; er ist sichtlich ein geübter Redner, der in jeder Lage zu sprechen versteht. (Seine ersten Aussagen beziehen sich auf den Munitionsmangel, der sich sofort nach der Kriegserklärung bemerkbar machte, auf die Beziehungen *Suchomlinow*s

\*) Anm.: Die im Text eingeklammert mit dem Schlußzeichen „Red.“ versehenen Bemerkungen rühren von der Uebersetzungsstelle her. —

Herausgeber.

\*\*) Vgl. auch den Bericht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 3. September 1917. Nr. 243. Zweite Ausgabe. — Folgende ergänzende Darstellung der Verhandlung gibt die „Birschewija Wjedomosti“ vom 26. August 1917 (Uebersetzung aus besonderer Quelle):

„Der Oberstaatsanwalt wendet sich an General *Januschke-witsch* mit folgender Frage: Können Sie erklären, Zeuge, warum die Frage der allgemeinen Mobilmachung gerade in einem Augenblick verzögert wurde, als die Kriegsgefahr bereits klar feststand, und warum nur eine Teilmobilisation durchgeführt wurde? Können Sie ferner erklären, welche Rolle in dieser Beziehung der Kriegsminister *Suchomlinow* und das Ministerium des Aeußeren gespielt haben?

*Januschke-witsch*: „Als sich herausgestellt hatte, daß der Krieg unvermeidlich war, bestand ich auf der Forderung einer allgemeinen Mobilmachung, da es für mich klar war, daß die Anstifter nur vorgeschobene Leute in dem fremden Spiele wären. Gleichzeitig war es für mich klar, daß die Anordnung einer Mobilmachung die Kriegserklärung seitens Deutschlands hervorzurufen drohte. Da aber die Stellung Deutschlands keinerlei Zweifel zuließ, so bestand ich dem Ex-Zaren gegenüber auf der Anordnung einer allgemeinen Mobilmachung und fuhr am 27. Juli in den Ministerrat, wo ich mir die Unterschriften der drei Minister (des Krieges, der Marine und des Aeußeren) sicherte, die für die Erklärung einer allgemeinen Mobilmachung erforderlich sind. Danach traf ich sofort die entsprechenden Anordnungen und erteilte



zu *Miassojedow*. Red.) Hierauf wird die Frage der Mobilmachung seitens des Verteidigers Rechtsanwalts *Sacharjin* angeschnitten. Rechtsanwalt *Sacharjin* fragt sodann den Zeugen, ob ihn nicht am Tage der Mobilmachung der Exzar telephonisch angerufen und ihm gesagt habe, daß die Mobilmachung entweder verschoben oder aufgehoben werden müsse. Der Zeuge antwortet,

die entsprechenden Instruktionen. Am Abend des 29. Juli wurde ich telephonisch angerufen (der Zeuge gibt nicht an, wer ihn angerufen hat; aus seinen Aussagen geht aber hervor, daß es von seiten des Zaren aus Zarskoje Sselo erfolgte) und gefragt, wie es mit der Mobilmachung stände. Ich antwortete, daß der Chef der Mobilisationsabteilung bereits die Telegramme wegschicke. Darauf wurde mir mitgeteilt, daß ein Telegramm Kaiser *Wilhelms* eingetroffen sei, in dem er auf sein Herrscherehrenwort versicherte, daß Deutschland nicht gegen Rußland auftreten würde, wenn Rußland die Mobilmachung rückgängig machen würde.“

Indem der Zeuge nun etwas von dem Thema seiner Aussagen abschweift, berichtet er, daß man damals in Deutschland aufs allerbeste über alles unterrichtet war, was bei uns vorging. In Berlin kannte man bis in die allerkleinsten Einzelheiten den Inhalt der allerheimlichsten Berichte, der amtlichen Beratungen und der privaten Besprechungen.

Dann fuhr *Januschkewitsch* fort: „Ich konnte telephonisch durch Vermittlung des Fernsprechamtes nicht frei sprechen, da sich sofort irgendeine dritte Person in mein Gespräch einschalten ließ. Als ich dies an zuständiger Stelle gemeldet hatte, wurde mir erwidert, daß diese Vorstellung ein Werk seiner Phantasie sei. Aber das Geräusch des Einschaltens einer dritten Person ist so charakteristisch, daß ich mich gar nicht irren konnte. Schließlich war ich genötigt, eine direkte Fernsprechleitung in meinem Dienstkabinett anlegen zu lassen, die mich direkt mit Zarskoje Sselo verband, damit ich nicht die Vermittlung des Fernsprechamtes in Anspruch zu nehmen brauchte.“

Weiter sagt der Zeuge aus, daß ihm zu dem Zeitpunkt des erwähnten Telefongesprächs mit Zarskoje Sselo betreffend das Telegramm Kaiser *Wilhelms* schon ganz genaue Meldungen des Inhalts vorgelegen hätten, daß Deutschland bereits 400 000 Mann mobilisiert hätte. In Deutschland und Rußland seien die Mobilmachungsvorschriften verschieden. In Deutschland könne die Mobilmachung heimlich auf dem Wege eines einfachen Befehles ausgeführt werden — nach den russischen Gesetzen müsse die Mobilmachung durch ein Manifest angeordnet werden, so daß alle Welt davon Kenntnis erhält.

*Januschkewitsch*: Ich bat aufs inständigste, den Befehl der allgemeinen Mobilmachung nicht rückgängig zu machen, aber das Ehrenwort Kaiser *Wilhelms* siegte, und ich erhielt den Befehl, nur eine Teilmobilmachung anzuordnen. Ich teilte das dem Minister des Aeußeren *Sasonow* mit und zeigte ihm gleichzeitig auf der Karte unseren Mobilmachungsplan. Am 30. Juli fuhr der Minister des Aeußeren nach Zarskoje Sselo, wo er erreichte, daß das Einverständnis mit einer Neuberatung der Mobilmachungsfrage erklärt wurde. Auf denselben Tag wurde eine geheime Sitzung einberufen und fand auch statt, an der nur drei Personen teilnahmen: der Minister des Aeußeren, der Kriegsminister *Suchomlinow* und ich. Die Sitzung dauerte nur fünf Minuten. Wir erklärten einstimmig, daß die Mobilmachung nötig wäre und berichteten in diesem Sinne nach Zarskoje Sselo. Unser Bericht wurde gebilligt, und erst darauf erfolgte der Befehl zur Mobilmachung.“

Im Zusammenhang mit diesen Aussagen des Generals *Januschkewitsch* äußerte der Angeklagte General *Suchomlinow* den Wunsch, noch ergänzende Äußerungen zu machen. Der Angeklagte spricht sehr schnell wie ein sehr



daß ein solcher telephonischer Anruf erfolgt sei, daß die Unterredung sich aber nicht um Aufhebung der Mobilmachung, sondern nur um die Ersetzung der allgemeinen Mobilisierung durch eine teilweise — der vier südwestlichen Militärbezirke — drehte. Auf Vorschlag der Verteidigung, über sein Telephongespräch mit dem Exzaren genauer zu berichten, erzählt der Zeuge die

aufgeregter Mensch und nicht genügend klar und laut. Die Geschworenen hören gespannt seinen Aussagen zu, verstehen ihn aber anscheinend nur schwer. Der Angeklagte bemerkt dies und schlägt vor: „Vielleicht spreche ich zu leise und werde schlecht verstanden; ich kann deshalb vielleicht etwas näher herantreten.“ Auf Anordnung des Vorsitzenden tritt der Angeklagte in Begleitung eines Postens in die Mitte des Saales, wo er nun seine Aussagen macht, die beinahe eine Stunde dauerten. Bezüglich der Mitteilungen, die General *Januschkewitsch* über die Mobilmachungsfrage gemacht hatte, sagt der Angeklagte: In der Nacht zum 30. Juli rief mich der Ex-Zar telephonisch an und sagte, daß es notwendig wäre, die Mobilmachung in drei Militärbezirken abbrechen. Dabei ging aber die Mobilmachung bereits glänzend vor sich, und der Befehl, sie abzubereiten, war gleichbedeutend mit der vollständigen Einstellung der Mobilmachung, da man diese infolge technischer Unmöglichkeit nicht abbrechen, sondern nur ganz einstellen kann, weil zuviel Zeit mit der Vorbereitung und Versendung der neuen Karten usw. vergeht. Ich wies damals den Ex-Zaren darauf hin, daß nach meiner Uebersetzung das Telegramm Kaiser *Wilhelms* an sich absolut nichts garantiere und nur das niemanden und zu nichts verpflichtende Versprechen enthalte, auf Oesterreich einzuwirken. Ich wies auch darauf hin, daß inzwischen sowohl Deutschland wie Oesterreich die Mobilmachung vornehmen und wir auf den Krieg gänzlich unvorbereitet sein könnten. Der Zar bestand aber auf seiner Ansicht, und ich machte ihm folgenden Vorschlag: Wenn Ew. Majestät mir nicht glauben, daß es technisch unmöglich ist, die Mobilmachung zu unterbrechen, so mögen sich Ew. Majestät an den Chef des Generalstabs wenden. Tatsächlich erkundigte sich der Zar dieserhalb beim General *Januschkewitsch*, und letzterer rief nach einer halben Stunde den früheren Kriegsminister an und teilte ihm mit, daß der Zar ihm telephonisch den Befehl erteilt habe, die Mobilmachung zu unterbrechen.

Nach den Aussagen *Suchomlinow*s erfolgte zwischen ihm und General *Januschkewitsch* folgendes Zwiegespräch:

*Suchomlinow*: „Was haben Sie denn dem Zaren auf den Befehl geantwortet, die Mobilmachung abbrechen?“

*Januschkewitsch*: „Ich antwortete, daß dies technisch unmöglich, ja ganz undenkbar wäre.“ Darauf fragte der Kriegsminister: „Und was erwiderte darauf der Zar?“ — Der Zar befahl: „Lassen Sie trotzdem die Mobilmachung abbrechen!“ *Januschkewitsch* war über diesen Befehl so bestürzt, daß er den Kriegsminister fragte: „Was soll ich denn jetzt tun?“ — „Tun Sie gar nichts“, antwortete ich; das hieß: die Mobilmachung kann ruhig weitergehen. Der Angeklagte fügte noch hinzu, daß General *Januschkewitsch* ihm für diese Antwort aufs lebhafteste gedankt habe. Darauf fuhr der Angeklagte fort: „Durch diese Antwort habe ich tatsächlich eine ungeheure Verantwortung auf mich genommen. Dadurch konnte ich der am Ausbruch des Krieges mit Deutschland Schuldige sein. Bei diesem Gedanken verlor ich beinahe den Verstand. Glücklicherweise traf am Morgen aus Berlin von unserem Botschafter *Swerbejew* ein Telegramm mit der Mitteilung ein, daß in Deutschland die Mobilmachung voll im Gange sei. Und der Monarch sprach mir noch für meine Entschlossenheit seinen Dank aus.“

Vorgänge, die der Kriegserklärung vorausgingen: Anfänglich war beschlossen worden, nur eine Teilmobilmachung — der vier Bezirke — zur Abschreckung Oesterreich-Ungarns zu erklären, dann aber wurde diese Frage anders entschieden, und am 30. Juli nach meinem Vortrage bei dem Exzaren wurde von diesem der Ukas an den Senat betreffend die allgemeine Mobilmachung unterschrieben. Indem ich auf der allgemeinen Mobilmachung bestand, erklärte ich damals, daß es unerlässlich sei, Rußlands Haltung nicht nur Oesterreich-Ungarn gegenüber, sondern auch gegenüber dem hinter seinem Rücken stehenden Deutschland zu zeigen. Wir waren uns völlig klar darüber, daß er (dieses „er“ ist unverständlich, wahrscheinlich ein Druckfehler, da „Deutschland“ im Russischen weiblich ist, Red.), im Augenblick von ihr (wahrscheinlich Oesterreich Red.) sich nicht lossagen kann, denn sie (wahrscheinlich Deutschland Red.) weiß, daß unser militärisches Programm im Jahre 1915 fertig sein wird; deswegen muß sie die Zeit bis zur Durchführung dieses Programms benutzen. Von Peterhof begab ich mich zur Sitzung des Ministerrats und brachte den vom Zaren unterschriebenen Mobilmachungsbefehl mit. Am selben Tage aber gegen 11 Uhr abends wurde ich vom Zaren telephonisch angerufen. Mir wurde die Frage vorgelegt: Wie steht es mit der Mobilmachung? Ich antwortete, daß die Sache bereits in die Wege geleitet sei. Mir wurde eine neue Frage vorgelegt: Ginge es nicht, die allgemeine Mobilmachung nicht bekannt zu geben, könnte man sie nicht durch eine Teilmobilmachung ausschließlich gegen Oesterreich-Ungarn ersetzen? Ich antwortete, daß das außerordentlich schwierig sei, daß es eine Katastrophe nach sich zu ziehen drohe, daß die Mobilmachung bereits begonnen habe, daß schon 400 000 Reservisten zu den Waffen gerufen seien. Alsdann wurde mir vom Exzaren rückhaltlos erklärt, daß er von *Wilhelm* ein Telegramm erhalten habe, in dem dieser sich mit seinem Ehrenwort verbürgt, daß, wenn die allgemeine Mobilmachung nicht erklärt werden wird, die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wie bisher freundschaftlich bleiben werden.

Nach dieser Unterredung mit dem Exzaren — fährt der Zeuge fort — fuhr ich zum Minister des Auswärtigen *Sasonow* und überzeugte ihn davon, daß ein Widerruf der allgemeinen Mobilmachung im Augenblick unmöglich sei. Es wurde beschlossen, daß er am nächsten Morgen dem Zaren neuen Vortrag halten solle. Er hielt diesen Vortrag wirklich, und am folgenden Tage um 4½ Uhr fand eine Sitzung im Schloß statt, an der der Minister des Auswärtigen, der Kriegsminister und ich teilnahm. In 10 Minuten beschlossen wir, daß eine Zurücknahme der allgemeinen Mobilmachung unmöglich sei, und daß diese Zurücknahme für Rußland katastrophal sein würde. U. a. erzählt General *Januschkewitsch*, daß der Inhalt aller seiner Unterredungen, darunter auch die Unterredung mit dem Zaren, dem deutschen Generalstabe gut bekannt waren. Jedesmal, wenn er in jenen Tagen mit irgend jemanden verbunden wurde, hörte er am Telefon das charakteristische Geräusch einer Verbindung mit einer dritten Person. Nach einigen Tagen ließ sich General *Januschkewitsch* einen direkten Draht legen.

Nach *Januschkewitsch* erhebt sich General *Suchomlinow* und erklärt, daß er einige Ergänzungen zu den Aussagen des Generals über die Umstände, die der Kriegserklärung vorausgingen, zu machen habe. Der Gerichtshof gestattete ihm das. Die Ergänzungen des Angeklagten wuchsen sich in eine ganze Rede aus. Da die Akustik im Saale schlecht ist, drückte *Suchomlinow* selbst den Wunsch aus, den Geschworenen näher zu treten. Unter militärischer Bedeckung wurde er in die Mitte der Estrade geführt und macht lange und unzusammenhängende, aber inhaltlich sehr interessante Aussagen. *Suchomlinow* spricht sehr einfach, ist sehr erregt und macht weitausholende Handbewegungen, schlägt sich auf die Brust usw.

In der Nacht zum 30. Juli, sagte er, telephonierte mich der Exzar an und befahl, die Mobilmachung aufzuheben. Ich erhielt einen direkten Befehl, einen ganz bestimmten Befehl, der keine Einwendungen zuließ. Ich war ganz verduzt. Die Mobilmachung war schon erklärt, und ihre Zurücknahme drohte mit einer Katastrophe. Was sollte ich tun? Ich wußte, daß die Mobilmachung nicht rückgängig zu machen ist, daß das technisch unausführbar ist, daß dann in Rußland Gott weiß was für ein Durcheinander entstehen würde. Ich fühlte, daß ich zu Grunde gebe. Auch der Generalstabschef hat eben darüber gesprochen. Fragen Sie ihn, wenn Sie mir nicht glauben, wendet sich *Suchomlinow* an die Geschworenen. Eine halbe Stunde nach dem Gespräch mit dem Zaren läutete der General *Januschkewitsch* an und sagte mir, daß ihm der Zar die Einstellung der Mobilmachung eröffnet habe. Und was haben Sie darauf geantwortet, fragte ich ihn. Er sagte: Ich antwortete, daß das technisch unmöglich sei, aber der Zar hat trotzdem befohlen, die Mobilmachung einzustellen. General *Januschkewitsch* fragte mich, was jetzt zu tun sei. Ich antwortete ihm: machen Sie garnichts! Ich merkte am Telephon, wie sich ihm ein Seufzer der Erleichterung entrang. Am nächsten Morgen belog ich den Zaren, indem ich sagte, daß die Mobilmachung nur in den Militärbezirken des Südwestbezirks vor sich gehe. An diesem Tage habe ich den Verstand verloren. Ich wußte, daß die volle Mobilmachung im Gange sei und daß keine Möglichkeit bestehe, sie aufzuhalten. Zum Glück hat man den Zaren am selben Tage umgestimmt, und ich erhielt eine Danksagung für gute Durchführung der Mobilmachung. Andernfalls wäre ich schon längst im Zuchthause, sagt lebhaft *Suchomlinow*.

Aufs neue wird General *Januschkewitsch* vorgerufen. Zwischen der Verteidigung und dem Ankläger entspinnt sich eine Erörterung darüber, welche Lesart richtiger ist: Hat der Zar befohlen, die Mobilmachung vollständig aufzuheben, oder drehte sich die Unterredung nur um die Ersetzung der allgemeinen Mobilmachung durch eine teilweise. *Januschkewitsch* bleibt bei seiner Behauptung, erklärt aber, daß er die Einzelheiten seines Gesprächs mit *Suchomlinow* nicht genau im Gedächtnis hat. Dafür aber erinnert er sich genau, daß er mit dem Exzaren nur über die Ersetzung der allgemeinen Mobilmachung durch eine teilweise gesprochen hat. Außerdem aber teilt er sehr interessante Einzelheiten von historischem Werte über den Tag mit, der



der Verkündung der Mobilmachung vorausging. Am 29. Juli, als die Entscheidung über die Mobilmachung stattfand, sie aber noch nicht bekannt gegeben war, beauftragte mich der Exzar, dem deutschen Botschafter zu sagen, daß die Mobilmachung Rußlands kein feindlicher Akt Deutschland gegenüber sei und trug mir auf, dem deutschen Botschafter zu versichern, daß Rußland gewillt sei, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland zu wahren. Ich machte von diesem Auftrage *Sasonow* Mitteilung. Der Minister hatte eine sehr geringe Meinung von dem ehemaligen deutschen Botschafter. Er sagte mir, daß Graf *Pourtalès* das in seiner Manier auslegen werde und riet mir, lieber mit dem deutschen Militärattaché zu sprechen, der diese Fragen besser verstehe. Der Militärattaché erschien auf meinen Anruf im Generalstab. Früher kam er immer in Uniform zur genau bestimmten Stunde und sprach nur russisch. An diesem Tage ließ er mich eine ganze Stunde warten, war in Zivil und sprach nur französisch. Ich erklärte, daß Rußland keine aggressiven Absichten Deutschland gegenüber habe. Der Major antwortete, daß leider die Mobilmachung in Rußland begonnen habe. Ich versicherte ihm, daß sie noch nicht begonnen habe. Als der Militärattaché mit außerordentlicher Bestimmtheit erklärte, daß er hierüber genauere Nachrichten habe, gab ich ihm das Ehrenwort des Generalstabschefs, daß in diesem Augenblick, genau um 3 Uhr am 29. Juli, die Mobilmachung noch nicht erklärt war. Ich erinnere mich an diesen wichtigen Augenblick in allen Einzelheiten. Der Major glaubte mir nicht. Ich schlug vor, ihm dies schriftlich zu geben. Er lehnte höflich ab. Ich hielt mich für berechtigt, ihm eine solche schriftliche Erklärung zu geben, weil in diesem Augenblick es tatsächlich noch keine Mobilmachung gab. Den Befehl hatte ich noch in der Tasche.

**Nr. MDLXXXIV. Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Betr. den Lyoner Funkspruch vom 21. September 1917 und Telegramm des Reichskanzlers an Pourtalès vom 29. Juli 1914.** (7. Oktober 1917; Nr. 277. Zweite Ausgabe.)

Lyon funkte am 21. September folgendes:

„Am 29. Juli stellte der deutsche Gesandte, Graf *Pourtalès*, Rußland ein tatsächliches Ultimatum (Orangebuch Nr. 58): Wenn nicht jede Mobilmachungsmaßnahme zurückgezogen und die Hegemonie Deutschlands anerkannt würde, wäre der sofortige Krieg unvermeidlich. Dieser Schritt ist die Hauptsache. Er zeigt ganz deutlich, daß Deutschland den Krieg provoziert hat und die Verantwortung dafür trägt. Noch nie hat ein deutscher Funkspruch den Versuch unternommen, gerade diesen Punkt zu beantworten. Wir fordern die Leiter des Nauener Funkspruches auf, sich hierüber zu rechtfertigen. Solange sie hierauf nicht antworten, bleiben alle ihre schwächlichen Beweisführungen ganz einfach Demonstrationen der deutschen Regierung zu ihrer Rechtfertigung. Der General *Januschkeiwitsch* erklärte am 29. Juli 4 Uhr nachmittags dem deutschen Militärattaché, daß die allgemeine Mobil-



machung Rußlands noch nicht begonnen habe, er aber andererseits für die Zukunft keine Garantien geben könne. Diese Erklärung war völlig loyal, war die klare und einfache Folge des Manövers mit dem Ultimatum von seiten des Grafen *Pourtalès* am 29. Juli.“

Hierauf folgten in den nächsten Tagen, zum Teil gestützt auf Ausführungen des „*Temps*“, weitere Funksprüche, in denen noch genauer ausgeführt wurde, die Erklärung des Grafen *Pourtalès* an *Sasonow* vom 29. Juli sei ein drohendes, auf Einstellung aller vorbereitenden militärischen Maßnahmen gerichtetes Ultimatum gewesen; dieses habe die russische Regierung zur Mobilmachung veranlaßt. Das gehe deutlich aus dem Telegramm *Sasonows* in Nr. 58 des russischen Orangebuches hervor: „Da wir den Wunsch Deutschlands nicht erfüllen können, bleibt uns nur noch übrig, unsere eigenen Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidbarkeit des Krieges zu rechnen.“ Der „*Temps*“ speziell meint, Rußland sei durch dieses Ultimatum in eine Zwickmühle gekommen. Und da gab es keine Wahl; es blieb ihm nichts anderes übrig, als schleunigst zum Kriege zu rüsten. Das Telegramm des deutschen Kanzlers, womit er dem Grafen *Pourtalès* die Erklärung an *Sasonow* aufgetragen habe, habe die Katastrophe unvermeidlich gemacht. „Was sagen nun die Auserwählten des deutschen Volkes zu einer Regierung, die ein solches Verbrechen hinter verschlossenen Türen beschloß, ausführte und hartnäckig in 37 Kriegsmonaten weiter verheimlichte? Denn das Telegramm des Kanzlers an den Grafen *Pourtalès* ist niemals veröffentlicht worden.“

Auf den ersten französischen Funkspruch ist vom deutschen Funkendienst folgendes zurückgefunkt worden:

„Wir sind gerne bereit, die bisher vermißte Antwort zu erteilen. Zunächst zitiert der Funkspruch falsch. Im Orangebuch Nr. 58 ist von einer Anerkennung der Hegemonie Deutschlands nichts gesagt. Sodann können wir erklären, daß am 29. Juli keinerlei Ultimatum gestellt ist. Graf *Pourtalès* hat an diesem Tag lediglich den Auftrag erhalten, Herrn *Sasonow* nochmals, wie schon früher (vgl. Weißbuch Denkschrift S. 9 und Rotbuch Nr. 46), darauf hinzuweisen, daß die russische Mobilisierung uns zur Mobilmachung zwingen würde. Daß von einem Ultimatum nicht die Rede war, zeigt am besten die Meldung des Botschafters über die Ausführung des Auftrags. „Habe dem Minister des Auswärtigen eben die befohlene Mitteilung gemacht und dabei betont, daß es sich keineswegs um eine Drohung, sondern um freundschaftliche Mahnung handele. Minister erwiderte, er werde dem Kaiser Meldung erstatten.“ Wenn der Funkspruch weiter die russische Gesamtmobilmachung als Folge der Erklärung des Grafen *Pourtalès* vom 29. Juli hinstellt, so ist er auch damit im Unrecht. Denn diese Erklärung ist gegen Abend erfolgt während General *Januschewitsch* den Ukas über die allgemeine Mobilmachung bereits um 3 Uhr nachmittags in seiner Tasche hatte. Was bleibt nun noch übrig?“

Zu den Ausführungen der weiteren französischen Funksprüche wird uns von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Der Charakter des vom „Temps“ als „Ultimatum“ charakterisierten deutschen Schrittes dürfte in der Tat am deutlichsten aus dem Text des Telegramms an den Grafen *Pourtalès* vom 29. Juli hervorgehen, womit er den Auftrag zu der erwähnten Erklärung an *Sasonow* erhalten hat. Dieses von den Franzosen so stürmisch verlangte und übrigens bereits in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 26. Februar 1916 vollinhaltlich abgedruckte Telegramm lautet folgendermaßen:

(Germania.)

St. Petersburg.

Weisen Sie bitte Herrn *Sasonow* erneut sehr ernst darauf hin, daß wir durch weiteres Fortschreiten russischer Mobilisierungsmaßnahmen zur Mobilmachung gezwungen würden. Dann aber werde der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten sein.

gez. *Bethmann Hollweg*.Ab Berlin 29. VII. 14, 1<sup>15</sup> nachm.An St. Petersburg 29. VII. 14, 4<sup>35</sup> nachm.

## II. Luxemburg.

**Nr. MDLXXXV. Mitteilung der luxemburgischen Gesandtschaft in Frankreich vom 19. April 1915 betr. den Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg. \*)**

Paris, 19 avril 1915.

L'attitude du gouvernement luxembourgeois, lors de l'envahissement du grand-Duché par l'Allemagne, a donné lieu, dans la presse française, à certaines critiques. Ces critiques partent de la supposition que le gouvernement luxembourgeois n'aurait pas protesté contre l'invasion des troupes allemandes et qu'il y aurait même, tacitement, consenti. A ce propos, la légation du Luxembourg en France communique les documents suivants:

### Premier document.

Lettre de M. *Eyschen*, ministre d'Etat, Président du gouvernement grand-ducal, à M. *Buch*, ministre d'Allemagne au Luxembourg (Traduction du texte allemand).

2 août 1914, 6 h. matin.

Je vous ai déjà informé, par téléphone, de la présence d'officiers et soldats allemands sur le territoire du grand-Duché. J'apprends encore qu'un convoi de troupes se dirige sur le Luxembourg par la voie ferrée, et qu'un grand nombre d'automobiles est passé par Wasserbillig. Le gouvernement

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

du grand-Duché proteste énergiquement contre cette violation flagrante de la neutralité du pays et il réserve tous ses droits.

Je vous prie de transmettre immédiatement cette protestation au gouvernement de l'Empire.

*S. Eyschen.*

#### Deuxième document.

Télégramme du ministre d'Etat, Président du gouvernement, aux grandes puissances signataires du traité de Londres, expédite le 2 août, à 7 heures du matin.

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence les faits suivants :

Dimanche 2 août, de grand matin, les troupes allemandes, d'après les informations qui sont parvenues au gouvernement grand-ducal, à l'heure actuelle, ont pénétré sur le territoire luxembourgeois par les ponts Wasserbillig et Dœmich, se dirigeant spécialement vers le Sud du pays et vers la ville de Luxembourg, capitale du grand-Duché.

Un certain nombre de trains blindés, avec des troupes et des munitions, ont été acheminés, par la voie des chemins de fer, de Wasserbillig à Luxembourg, où l'on s'attend à les voir arriver d'un instant à l'autre.

Ces faits impliquent des actes manifestement contraires à la neutralité du grand-Duché garantie par le traité de Londres de 1867.

Le gouvernement luxembourgeois n'a pas manqué de protester énergiquement contre cette agression auprès des représentants de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne à Luxembourg.

Une protestation identique va être transmise, télégraphiquement, au secrétaire d'Etat pour les affaires étrangères à Berlin.

Le ministre d'Etat, Président du gouvernement,  
*S. Eyschen.*

Ce télégramme a été communiqué, ce même jour, 2 août, à M. von Jagow, secrétaire d'Etat à Berlin.

[Es folgen hier noch drei weitere Dokumente, die im „Jahrbuch des Völkerrechts“ III 709 ff., abgedruckt sind. — Herausgeber.]

### III. Türkei und Dardanellen.

**Nr. MDLXXXVI. Erklärung Serbiens.** („Journal officiel serbe“ vom 8. Januar 1915.)

La Turquie ayant déclaré la guerre sainte à la Serbie et à ses alliés, les traités, conventions et accords passés entre la Turquie et la Serbie cessent d'avoir effet, ainsi que le traité du 1<sup>er</sup> mars 1914, à partir du 1<sup>er</sup> décembre.

**Nr. MDLXXXVII. Zirkularnote der Pforte vom Mai 1915 an die befreundeten und neutralen Mächte über die Feindseligkeiten in Aegypten und im Suezkanal. \*)**

Considérant que le gouvernement britannique non seulement n'a pas observé vis-à-vis des puissances les engagements auxquels l'oblige la convention de 1888 stipulant qu'aucun bâtiment de guerre ne peut demeurer dans le canal de Suez, mais qu'en outre il fortifie maintenant le canal, tandis que d'un autre côté le gouvernement français, en vue d'une action hostile contre l'Empire ottoman, a débarqué des troupes en Egypte, le gouvernement impérial ottoman s'est vu, en raison de ces faits, dans la nécessité impérieuse de prendre des mesures militaires pour la protection du territoire impérial, dont l'Egypte fait partie, et d'étendre les hostilités au canal de Suez: Si de telles mesures causent un préjudice quelconque à des bâtiments neutres, il est bien évident que la responsabilité en reviendra aux gouvernements français et anglais.

**Nr. MDLXXXVIII. Geheimtelegramme des russischen Ministers des Auswärtigen Sasonow an den Botschafter in Paris. Zur Frage Konstantinopels und der Meerengen. \*\*)**  
(„Iswestija“ \*\*\*) vom 23. November 1917. — Uebersetzung.  
[Aus besonderer Quelle.]

a) Geheimtelegramm des Ministers des Auswärtigen an den Botschafter in Paris.

18. März 1915. Nr. 1226.

Am 8. März hat mir der französische Botschafter im Namen seiner Regierung erklärt, daß Frankreich bereit ist, sich in der wohlwollendsten Weise gegenüber der Durchführung der in meinem Telegramm an Sie Nr. 937 dargelegten Wünsche Rußlands bezüglich der Meerengen und Konstantinopels zu verhalten, wofür ich Sie beauftragt habe, *Delcassé* meinen verbindlichen Dank auszusprechen. In seinem Gespräch mit Ihnen hat *Delcassé* auch früher wiederholt die Ueberzeugung ausgesprochen, daß wir auf die Zustimmung Frankreichs rechnen können und berief sich nur auf die Notwendigkeit, die Stellungnahme Englands, von dessen Seite er Entgegnungen befürchtete, klarzustellen, bevor er uns in der angegebenen Richtung bestimmte Versicherungen gäbe.

Jetzt hat die englische Regierung schriftlich ihr volles Einverständnis mit der Vereinigung der Meerengen und Konstantinopels mit Rußland ausgesprochen, und zwar in dem von uns besprochenen Umfange, und hat sich

\*) Anm.: Aus besonderer Quelle. — Herausgeber.

\*\*) Anm.: Die Nummern MDLXXXVIII — MDXCI beruhen auf den russischen Veröffentlichungen von Geheimdokumenten 1917, 1918. — Herausgeber.

\*\*\*) Anm.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.



nur dabei die Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Interessen vorbehalten und ein ebenso wohlwollendes Verhalten unsererseits gegenüber den politischen Wünschen Englands auf anderen Gebieten.

Für mich persönlich, der ich von weitgehendem Vertrauen zu *Delcassé* erfüllt bin, genügt vollständig die von ihm erhaltene Versicherung, aber für die kaiserliche Regierung sind genauere Erklärungen über das Einverständnis Frankreichs mit der vollen Erfüllung unserer Wünsche wünschenswert, und zwar in derselben Weise, wie es die englische Regierung getan hat.

*Sasonow.*

b) Geheimtelegramm des Ministers des Auswärtigen an den  
Botschafter in Paris.

20. März 1915. Nr. 1265.

Bezugnehmend auf das Memorandum der hiesigen englischen Botschaft vom 12. März wollen Sie bitte *Grey* den tiefgefühlten Dank der kaiserlichen Regierung für das volle und endgültige Einverständnis Englands mit der Lösung der Frage bezüglich der Meerengen und Konstantinopels entsprechend den Wünschen Rußlands aussprechen. Die kaiserliche Regierung weiß die Gefühle der englischen Regierung in vollem Umfange zu schätzen und ist überzeugt, daß die aufrichtige Anerkennung der beiderseitigen Interessen für immer eine dauerhafte Freundschaft zwischen Rußland und England sichern wird. Nachdem die kaiserliche Regierung bereits Versprechungen bezüglich der Handelsbedingungen in den Meerengen und Konstantinopel abgegeben hat, erblickt sie keinen Hinderungsgrund, um ihr Einverständnis auszudrücken: erstens mit der Einführung der Freiheit des Transitverkehrs für Waren durch Konstantinopel, die nicht aus Rußland kommen und nicht nach Rußland gehen, zweitens der Freiheit der Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen.

Um den von den Verbündeten unternommenen Durchbruchversuch durch die Dardanellen zu erleichtern, ist die kaiserliche Regierung bereit, an der Heranziehung derjenigen Länder, deren Mitwirkung England und Frankreich zweckmäßig erscheint, auf vernünftigen Grundlagen zu dieser Sache mitzuwirken.

Die kaiserliche Regierung teilt vollständig die Ansicht der englischen Regierung, daß die heiligen Stätten des Islam auch in Zukunft unter unabhängiger mohammedanischer Herrschaft verbleiben müssen. Es ist wünschenswert, sofort festzustellen, ob es beabsichtigt wird, diese Gebiete unter der Herrschaft der Türkei zu belassen unter Beibehaltung des Kalifats seitens des türkischen Sultans, oder ob beabsichtigt wird, neue selbständige Staaten zu bilden, da nur im Zusammenhang mit dieser oder jener Lösung die kaiserliche Regierung imstande sein wird, ihre Wünsche zu formulieren. Ihrerseits würde die kaiserliche Regierung es für sehr wünschenswert halten, das Kalifat von der Türkei zu trennen. Die Freiheit der Wallfahrten muß natürlich durchaus gesichert sein.

Die kaiserliche Regierung bestätigt ihr Einverständnis mit der Einverleibung der neutralen Zone Persiens in die englische Interessensphäre. Dabei hält sie es jedoch für gerechtfertigt, zu bemerken, daß die Gebiete der Städte Ispahan und Jesel, die mit diesem ein untrennbares Ganzes bilden, Rußland überlassen werden, da dort russische Interessen entstanden sind.

Die neutrale Zone dringt jetzt wie ein Keil zwischen der russischen und afghanischen Grenze ein und nähert sich der russischen Grenze bei Sulfager. Daher wird es notwendig sein, einen Teil dieses Keils mit der russischen Einflußsphäre zu vereinigen.

Wesentliche Bedeutung hat für die kaiserliche Regierung die Frage des Eisenbahnbaues in der neutralen Zone, der einen weiteren freundschaftlichen Meinungsaustausch erfordern wird.

Die kaiserliche Regierung rechnet in Zukunft mit der Anerkennung ihrer vollständigen Handlungsfreiheit in der ihr zugeteilten Interessensphäre, besonders mit der Ueberlassung der vorzugsweisen Entwicklung über finanziellen und wirtschaftlichen Absichten in dieser Sphäre.

Schließlich hält es die kaiserliche Regierung für wünschenswert, daß gleichzeitig auch die Fragen bezüglich des an Rußland grenzenden nördlichen Afghanistan gelöst werden in dem Sinne, den das kaiserliche Ministerium in dieser Hinsicht während der im vorigen Jahre vorangegangenen Verhandlungen für wünschenswert erklärt hat.

*Sasonow.*

**Nr. MDLXXXIX. Russische Denkschrift über die kleinasiatische Frage.** („Iswestija“\*) vom 24. November 1917.  
— Uebersetzung. [Aus besonderer Quelle]

6. März 1917.

In Verfolg der Verhandlungen, die im Frühjahr 1916 in London und Petersburg stattfanden, sind die verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands zu einem Abkommen bezüglich der zukünftigen Verteilung ihrer Einflußsphären und territorialen Erwerbungen in der asiatischen Türkei gelangt, ferner auch bezüglich der Bildung eines unabhängigen arabischen Reiches oder einer Konföderation arabischer Staaten in den Grenzen des jetzigen Arabiens.

Dieses Abkommen besteht in allgemeinen Grundzügen aus folgendem:

Rußland erhält die Bezirke von Erzerum, Trapezunt, Wan und Bitlis, ferner das Gebiet des südlichen Kurdistan bis zur Linie Muscha-Sert, Ibn-Omar, Amalia, persische Grenze. Der Endpunkt der russischen Erwerbungen an der Küste des Schwarzen Meeres wird ein Punkt westlich von Trapezunt sein, der noch in Zukunft näher bestimmt werden soll.

Frankreich erhält den Küstenstrich Syriens, das Wilajet Adana und ein Gebiet, das im Süden durch die Linie Aintab—Mardin bis zur zukünftigen

---

\*) Anm.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.

russischen Grenze und im Norden durch die Linie Ala-Dag, Cäsarea- Ak-Dag. Ildys-Dag, Sara, Ogin, Charput begrenzt wird.

England erhält den südlichen Teil Mesopotamiens mit Bagdad und behält sich in Syrien die Häfen Haifa und Akka vor.

Nach einem Abkommen zwischen Frankreich und England bildet die Zone zwischen dem französischen und dem englischen Bezirk eine Konföderation arabischer Staaten oder ein unabhängiges arabisches Reich, für welches gleichzeitig auch die Einflußsphären näher bestimmt werden.

Alexandrette wird zum Freihafen erklärt.

Um die religiösen Interessen der verbündeten Länder sicher zu stellen, wird Palästina mit den Heiligen Stätten aus dem Bestand des türkischen Reiches ausgeschieden und wird einem besonderen Regime gemäß einem Abkommen zwischen Rußland, Frankreich und England unterworfen.

Als allgemeine Regel verpflichten sich die Mächte gegenseitig, die schon vor dem Kriege vorhandenen Konzessionen und Vorrechte in den von ihnen erworbenen Gebieten anzuerkennen.

Sie sind damit einverstanden, den ihren Erwerbungen entsprechenden Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen.

(Unterschrift.)

**Nr. MDXC. Geheimitelogramm des russischen Ministers des Aeußern Terestschenko an den russischen Geschäftsträger in Paris betr. das Abkommen über Kleinasien.** („Iswestija“\*) vom 24. November 1917. — Uebersetzung. [Aus besonderer Quelle.]

25. September 1917.

Bezugnehmend auf Ihr Telegramm Nr. 947. Vom Standpunkte der russischen Interessen aus kann das Abkommen über Klein-Asien nicht als gesondert dastehend betrachtet werden. Seine Durchführung des Abkommens über die Meerengen. Dieser Gedanke ist in dem ersten Telegramm über unsere Absichten auf Konstantinopel vom 4. März 1915 Nr. 937 in dem Schlußsatze ausgedrückt und in der Denkschrift über das klein-asiatische Abkommen wiederholt worden, das dem englischen und französischen Botschafter in Petersburg am 17. März 1916 unter Nr. 205 überreicht worden ist. In letzterem Dokumente heißt es: Zweifellos steht das Einverständnis Rußlands mit den vorhergehenden Punkten in Abhängigkeit von der Durchführung des Abkommens zwischen Frankreich und England bezüglich Konstantinopels und der Meerengen.

Da unsere erwähnten Erklärungen von der französischen Regierung ohne jede Einwendung entgegen genommen worden sind, so folgt hieraus, daß das klein-asiatische Abkommen nicht getrennt von dem Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen und umgekehrt betrachtet werden kann.

\*) Anm.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.



irgendwelche Veränderungen in letzterem müssen unvermeidlich so oder anders eine Einwirkung auf das erstere ausüben.

Wenn dabei in Uebereinstimmung mit *Ribot* das klein-asiatische Abkommen als nicht endgültig anzusehen ist, so hat es um so weniger verpflichtende Kraft.

Diesen Standpunkt wollen Sie bitte ohne jede Abweichung im Falle eines weiteren Meinungsaustausches mit der französischen Regierung einhalten.

Kopie nach London. Der Schluß nur für London.

Der Text des Telegramms *Sevastopulos* unter Nr. 947 wird Ihnen besonders mitgeteilt werden.

*Terestschenko.*

**Nr. MDXCI. Geheimtelegramm des Pariser Botschafters vom 11. März 1917.** Nr. 168. („Iswestija“\*\*) vom 23. November 1917. — Uebersetzung. [Aus besonderer Quelle.]

Meine Antwort auf das Telegramm Nr. 167.

Nr. 2. — In dem Wunsche, die ganze Wichtigkeit und Bedeutung der Verträge, die im Jahre 1916 mit der russischen Regierung abgeschlossen worden sind, um nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges die Frage bezüglich Konstantinopels und der Meerengen entsprechend den Wünschen Rußlands zu regeln, andererseits in dem Wunsche, ihren Verbündeten in militärischer und industrieller Hinsicht alle Garantien zu sichern, die für die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches wünschenswert sind, erkennt die Regierung der französischen Republik die volle Freiheit Rußlands in der Feststellung seiner westlichen Grenzen an.

*Iswolski.*

#### IV. Rumänien.\*)

**Nr. MDXCII. Geheimtelegramm des russischen Militäragenten in Rumänien vom 8. Februar 1916 an die Abteilung des Generalquartiermeisters beim Generalstab betr. rumänisch-bulgarischen Zwischenfall.** („Iswestija“\*\*) vom 19. Januar 1918. — Uebersetzung. [Aus besonderer Quelle.]

Am 4. Februar flogen drei rumänische Flugzeuge über Lom-Palanka und Nikopol. Bulgarische Truppen eröffneten auf sie Feuer ohne Folgen. Ein Aeroplan ging an der bulgarischen Küste nieder, aber man erlaubte ihm, wieder aufzusteigen. In Bukurest wurde von der bulgarischen Gesandtschaft Protest erhoben. Der Zwischenfall ist erledigt.

Beglaubigt: Stabsrittmeister (Unterschrift).

\*) Anm.: Alle Nummern dieser Abteilung (MDXCII — MDXCIV) beruhen auf den russischen Veröffentlichungen von Geheimdokumenten 1917/18.

Herausgeber.

\*\*) Anm.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.



**Nr. MDXCIII. Russische diplomatische Schriftstücke betr.**  
**Beeinflussung der rumänischen Presse.** („Prawda“ vom  
 19. Januar 1918. — Uebersetzung. [Aus besonderer Quelle.]

1.\*) Schreiben des russischen Gesandten in Bukarest an den  
 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt A. A. Neratow.

Geheim.

Sehr geehrter Herr *Anatoli Anatoliewitsch*.

Bei meiner Anwesenheit in Petersburg hatte ich die Ehre, Eurer Exzellenz zu berichten, daß die Notwendigkeit eintreten kann, der kaiserlichen Mission in Bukarest einen besonderen Kredit anzuweisen, um eine gewisse Einwirkung auf die rumänische Presse zu gewinnen, und um den zugunsten des Dreiverbandes arbeitenden hiesigen Journalisten Geldunterstützungen zu gewähren. Ich gestattete mir hierbei, mich dahin auszusprechen, daß es für uns unmöglich und nicht zweckentsprechend sei, auf diesem Gebiete mit den Deutschen und Oesterreichern zu konkurrieren, die hier ein kolossales Geld ausgeben; daß es aber angesichts des allmählichen Ueberganges vieler hiesiger Zeitungen und Journalisten auf die Seite unserer Feinde dennoch für uns unerläßlich sei, die dem Verband treu gebliebenen Organe der rumänischen Presse zu unterstützen und von Zeit zu Zeit durch Geldgeschenke einige Herren der hiesigen Presse anzufeuern, die an Bestechungen gewöhnt sind, und die nicht verstehen, umsonst zu arbeiten.

Bisher hat mein französischer Kollege für den eben angeführten Zweck etwa 100 000 Franken ausgegeben und er wird um die Eröffnung eines neuen Kredits ersuchen. Der hiesige großbritannische Gesandte erhielt die Erlaubnis für die Presse 500 Pfund Sterling auszugeben. Es ist ihm aber versprochen, daß dieser Kredit erhöht wird, wenn auch die übrigen Vertreter der mit England verbündeten Mächte mit derartigen Krediten versehen sein werden. Mein italienischer Kollege ist ebenfalls bevollmächtigt, für die Presse 25 bis 30 000 Francs auszugeben, wovon ein großer Teil bereits ausgegeben ist, und er wird um Vergrößerung dieses Kredits einkommen.

Da die meinen Kollegen zur Verfügung stehenden Geldbeträge bisher für die verhältnismäßig nicht sehr großen Ausgaben für die hiesige Presse ausreichten, hielt ich mich nicht für berechtigt, um die Gewährung eines besonderen Kredits für diesen Zweck nachzusuchen. Jetzt haben aber meine Kollegen ihre Kredite nahezu erschöpft, während andererseits unter dem Einfluß der Bestechung die Zahl der auf unserer Seite stehenden rumänischen Zeitungen ständig abnimmt, wie ich die Ehre hatte Eure Exzellenz in meiner geheimen Depesche vom 18. Mai vorigen Jahres unter Nummer 10 zu berichten. In dieser Depesche erlaubte ich mir auch, am Ende meines Berichts auf einige Maßregeln hinzuweisen, die in unserem Interesse zweckmäßigerweise hier getroffen werden sollten.

\*) Anm.: Die (gesperrten) Ueberschriften sind diejenigen der „Prawda“.  
 Herausgeber.

Obenstehendes bewog mich auch, mit einem Geheimtelegramm an den Chef der zweiten politischen Abteilung vom 19. Mai vorigen Jahres unter Nummer 308 um Gewährung eines besonderen Kredits in Höhe von 50 000 Francs an die kaiserliche Mission zu bitten.

Außerdem teilte gestern *Take Jonesku* geheim dem französischen Botschafter mit, daß die hiesigen deutschen Gesellschaften aufgehört haben, in der Zeitung „*Adeverul*“ ihre Anzeigen zu veröffentlichen, und daß das rumänische Papierfabriken-Syndikat, das aus Herrn *Mille* feindlich gesinnten Persönlichkeiten besteht, der Zeitung „*Adeverul*“ vor einigen Tagen den Papierpreis furchtbar erhöht hat. Unter Hinweis darauf, daß diese zwei Umstände zum zeitweiligen Aufhören dieser Zeitung führen können, bat Herr *Take Jonesku* Herrn *Blondel*, Herrn *Mille* zu helfen, bei einer der hiesigen Banken ein Darlehen von 70 000 oder 80 000 Lei aufzunehmen.

Die hiesigen Banken aber können den erwähnten Vorschuß nur unter der Bedingung gewähren, daß besondere Garantien gegeben werden, die aber Herr *Mille* nicht leisten kann, oder wenn eine der hiesigen Missionen Bürgschaft leistet. Infolgedessen denken meine Kollegen und ich in Berücksichtigung des tatsächlichen Schadens für unsere Interessen, den das Eingehen der Zeitung „*Adeverul*“ mit sich bringen würde, daß die hiesigen vier Missionen jede Herrn *Mille* ein Darlehn von 20 000 Lei gewähren sollte. Gleichzeitig natürlich ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieses Darlehen uns niemals zurückerstattet wird.

Obwohl ich im allgemeinen kein Anhänger davon bin, Staatsgelder allzu freigebig herauszuwerfen, so kann ich doch nicht umhin, die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf den ganzen Ernst der von mir auseinandergesetzten Beweggründe zu lenken, Beweggründe, die mich veranlassen, um eine möglichst baldige Anweisung von 50 000 Francs zur Gewährung von Subsidien an die rumänische Presse und an hiesige Journalisten zu bitten. Empfangen Sie, geehrter Herr usw.

Gezeichnet: *E. Poklewski-Kosell.*

## 2. Geheimes Telegramm des Gesandten in Bukarest.

24. November 1915. Nr. 767.

Ihr Telegramm Nr. 6006 erhalten. Mit Rücksicht darauf, daß die von uns angeforderten Summen in Vergleich mit den hier von den Deutschen ausgegebenen Millionen nur winzig kleine Beträge darstellen, konnten wir ein besonders ins Auge fallendes Ergebnis nicht erreichen. Dennoch war die in meinem Brief vom 9. Juni Nr. 58 erwähnte Ausgabe durchaus unerlässlich, da wir sonst Gefahr liefen, unsere Hauptstütze in der rumänischen Presse infolge äußerer Umstände zu verlieren. Ebenso unerlässlich war es, ohne deren Wissen die Zeitung der hiesigen studierenden Jugend zu unterstützen, die während der ganzen Kriegsdauer eine patriotische und für uns sehr nützliche Rolle gespielt hat. Außerdem müssen wir doch von Zeit zu Zeit den Deutschen ein Gegengewicht bieten, wenn wir auch

weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit haben eine so intensive Propaganda zu führen, wie es die Deutschen vermitteltst Broschüren und anderen Presseerzeugnissen tun. Infolgedessen haben wir die Ausgabe von Broschüren gefördert — haben auch eine bestimmte Anzahl davon gekauft — wie zum Beispiel solche, die das System der deutschen Bestechung in Rumänien oder die österreichischen Grausamkeiten in der Bukowina enthüllen usw.

Endlich muß man auch von Zeit zu Zeit verhältnismäßig nicht sehr große Geldunterstützungen an Leute geben, die uns mit ihrer publizistischen Tätigkeit bereits Dienste geleistet haben und noch leisten. Ich bin nicht nur der Ansicht, daß derartige Ausgaben auch in Zukunft nützlich sind, sondern meine sogar, daß im Zusammenhange mit den Umständen sich die Notwendigkeit größerer Ausgaben herausstellen kann. Deswegen erscheint es mir erwünscht, daß das Ministerium sich auf einmal sogleich einen größeren Kredit von 100 000 Rubel erbitten möge, um die nötigen Hilfsquellen für den Fall zur Verfügung zu haben, daß in Zukunft ein diesbezügliches Gesuch der Mission die Billigung des Ministeriums finden sollte. Ich halte es für meine Pflicht, hinzuzufügen, daß die zur Verfügung meiner Kollegen gestellten Gelder zu diesem Zweck aus dem Geheimfonds der Regierung angewiesen werden.

(Gezeichnet) *Poklewski-Kosell*.

### 3. Notiz für den Minister.\*)

10. Dezember 1915.

In der ersten Hälfte 1915 wurden dem wirklichen Staatsrat *Poklewski-Kosell* 50 000 Frs. zur Einwirkung auf die rumänische Presse überwiesen. Ungefähr ebenso große Summen wurden seitens der französischen und englischen Regierung zur selben Zeit deren Vertretern in Bukarest zur Verfügung gestellt. Erwähnte Geldmittel wurden verausgabt zur Unterstützung der einflußreichsten unter den uns wohlgesinnten Zeitungen. Finanziell wurden auch die Zeitung der studierenden Jugend und zweckentsprechende Broschüren unterstützt sowie kleine Unterstützungsgelder verschiedenen Personen gewährt. Infolge Verausgabung obenerwähnter 50 000 Frs. erbat der Gesandte in Bukarest einen Ergänzungskredit von 100 000 Rubel. Das Ministerium wendet sich an den Ministerrat behufs Eröffnung desselben.

### 4. Geheimes Telegramm des Gesandten in Bukarest.

12. März 1916. Nr. 142.

Ich nehme Bezug auf meinen Bericht vom 29. 2. 1915. Nr. 22. Um den Verkauf der Zeitung „Universul“ an die Deutschen zu verhindern, hat einer

\*) Anmerkung der „Prawda“:

Am 26. 1. 1916 beschloß der Ministerrat, 100 000 Rubel für die Auszahlung der Subsidien an verschiedene Bukarester Presseorgane sowie an einige Privatpersonen anzuweisen. Auf dem Original geruhte Seine Kaiserliche Majestät eigenhändig zu zeichnen: „Einverstanden“ in Zarskoje Selo am 9. 2. 1916.

Vor Empfang dieses Geldes bittet *Poklewski* telegraphisch um eine Unterstützung von 350 000 Frs. und zwar 50 000 Frs. jährlich für die Dauer von sieben Jahren an die Zeitung „Universul“. — Herausgeber.



der Freunde *Take Jonesku* im vorigen Jahre mit der Besitzerin dieser Zeitung einen Pachtvertrag gegen Zahlung einer Pachtsumme von 200 000 Lei jährlich für die Zeitung abgeschlossen. Kurze Zeit darauf aber hat die Besitzerin unter dem Einfluß ihres Mannes die Erfüllung des erwähnten Kontraktes verweigert, was den Pächter zur Einbringung zweier Klagen bei Gericht veranlaßte: die eine strebte die Verhängung der Zwangsverwaltung über die Zeitung an sowie die Uebergabe derselben zur Verfügung des Klägers, und die zweite war eine Schadenersatzklage. Die erste Klage wurde bereits vor dem Oberlandesgericht verhandelt und ein Urteil zugunsten des Pächters erlangt, so daß die Zeitung sich vorderhand in seiner Verfügung befindet, das Urteil wurde aber im Kassationswege angefochten. Die zweite Klage soll in den nächsten Tagen vor der ersten Instanz zur Verhandlung kommen. *Take Jonesku* ist keineswegs überzeugt vom endgültig günstigen Ausgange des Prozesses und ist der Ansicht, daß man den von dem Manne der Besitzerin vorgeschlagenen Vergleich annehmen soll, wonach die Zeitung dem Pächter auf sieben Jahre überlassen wird unter der Bedingung der Erhöhung der Pachtsumme auf 250 000 Lei im Jahre. *Take Jonesku* ist bereit, dem Pächter seine Garantie für diese überschießenden 50 000 Lei zu geben, in der Hoffnung, daß der Ertrag der Zeitung, der jetzt 300 000 Lei im Jahre beträgt, in Zukunft die Pachtsumme übersteigen wird. Aber er würde sich in einer schwierigen Lage befinden, wenn er die garantierte Summe aus eigener Tasche zahlen müßte. Da es außerordentlich wünschenswert ist, „Universul“ in den Händen unserer Freunde zu halten und *Take Jonesku* in dieser Sache zu unterstützen, so bitte ich um die Erlaubnis, im Namen der kaiserlichen Regierung *Take Jonesku* jede persönliche Ausgabe in der obenerwähnten Angelegenheit im Laufe von sieben Jahren in einem Betrage bis zur Höhe von 50 000 Lei im Jahre zu garantieren. Ich erlaube mir auch hinzuzufügen, daß *Take Jonesku* diese Angelegenheit absolut geheim halten möchte, weswegen es erwünscht wäre, auch unsere Verbündeten nicht davon zu unterrichten. Ich erbitte schleunige Anweisungen.

(Gezeichnet) *Poklewski*.

5. Geheimtelegramm des russischen Unterstaatssekretärs im Ministerium des Auswärtigen Amtes an den Gesandten in Bukarest.

4./17. März 1916. Nr. 1101.

Mit Bezug auf ihre Nr. 142 (Zeitung „Universul“) unternimmt das Ministerium, indem es Ihrer Ansicht beipflichtet, daß es erwünscht ist, die erwähnte Ausgabe zu machen, entsprechende Schritte, um das Einverständnis für den nötigen Kredit zu erlangen.

(Gezeichnet) *Neratow*.

6. Geheimtelegramm des Rates der Zweiten politischen Abteilung an den Gesandten in Bukarest.

8. Mai 1916. Nr. 1887.

In Verfolg unseres Telegrammes Nr. 1101. Der Kredit von 50 000 Lei ist bewilligt, und das Geld kann Ihnen vom ersten Departement sofort telegraphisch überwiesen werden.

(Gezeichnet) *Petrajew*.



**Nr. MDXCIV. Russische diplomatische Schriftstücke betr.  
Ankauf von rumänischem Benzin und Getreide.**  
(„Iswestija“\*) vom 25. Januar 1918. — Uebersetzung.  
[Aus besonderer Quelle].)

1. Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

An den Gehilfen des Finanzministers *Neratow*.

18. Juni 1916. Nr. 268.

Ich erhielt Ihr Telegramm Nr. 2546. Das ganze von den drei Regierungen gekaufte Benzin wurde nach dem Kauf übernommen und wird in Konstanz, Ploesti und einigen dazwischen liegenden Punkten aufbewahrt. Die Tonnenmenge des uns gehörigen Benzins ist in meinem Telegramm Nr. 198 angegeben, aber wo unser Anteil an dem Benzin aufbewahrt wird, kann erst dann genau bestimmt werden, wenn er aus dem ganzen, den drei Regierungen gehörigen Vorrat ausgesondert ist und entsprechend der in dieser Frage mit meinem Kollegen zu erzielenden Vereinbarung. *Kostanesku* gab mir seinerzeit das Versprechen, keine Hindernisse der Ausfuhr des von uns gekauften Benzins nach Rußland zu machen.

(Unterschrift) *Poklewski*.

2. Geheimtelegramm des Botschafters in Rom.

25. Juni 1916. Nr. 442.

Der französische Botschafter fragte *Sonnino*, wie Italien sich zu dem Vorschlag verhalten würde, das ganze rumänische Getreide im Werte von mehr als einer Milliarde Frs. zu kaufen. *Sonnino* sagte mir heute, daß er sich zu diesem Vorschlag nicht zustimmend verhalte, umso mehr, als Italien kein Geld habe. Jetzt fügte er hinzu, daß er die Zweckmäßigkeit des Kaufes nur in dem Fall verstehe, wenn Rumänien sich schriftlich verpflichte, gegen Oesterreich in der kürzesten Frist, nicht später als nach drei Wochen in den Krieg einzutreten. Ein solcher Kauf würde Rumänien als Entschädigung für den Verlust der deutschen Käufer dienen.

(Unterschrift) *Giers*.

3. Vertrauliches Telegramm des russischen Gesandten  
in London.

18. Juni 1916. Nr. 419.

Erhielt Telegramm Nr. 3088. *Grey* ist abwesend. *Crew* teilte mir mit, daß Rumänien als Bedingung für seine Teilnahme am Kriege eine Anleihe und den Kauf des Restes der Ernte von 1915 gestellt habe, ohne etwas von der Ernte des laufenden Jahres zu sagen. *Crew* sagte mir, daß diese Bedingungen angenommen werden müßten. Er fügte hinzu, daß nach seiner Meinung jeder Verbündete seinen Teil an diesem Kauf haben solle.

(Unterschrift) *Benkendorf*.

\*) Anm.: Organ der Maximalistenregierung. — Herausgeber.

## 4. Vertrauliches Telegramm des Gesandten in London.

24. Juni 1916. Nr. 426.

Erhielt Ihr Telegramm Nr. 3188. Dieses Telegramm muß zusammengetroffen sein mit dem Telegramm, in welchem ich dem Kaiserlichen Minister mitteilte, daß das Londoner Kabinett einverstanden ist, Rumänien eine Anleihe von 40 Millionen Pfund Sterling, zahlbar am Tage seines Eintritts in den Krieg zu geben, sowie auch den Rest der Ernte von 1915 zu kaufen. Der Finanzminister teilte mir mit, daß *Mac Kenna* ihm gestern von dieser Entscheidung der englischen Regierung Kenntnis gegeben habe.

(Unterschrift) *Benkendorf*.

## Registerteil.

### A. Verzeichnis der in diesem Bande vorkommenden Buntbücher.

*Die mit \* bezeichneten Buntbücher sind vollständig in diesem Band enthalten.*

**Aeg. Rb. I** und **Ae I** = *Ägyptisches Rotbuch. Auf den Krieg bezügliche Dokumente 3. August 1914 bis 31. Juli 1915* (s. S. 1 in diesem Bande).

**Aeg. Rb. II** und **Ae II** = *Ägyptisches Rotbuch. Auf den Krieg bezügliche Dokumente 1. August 1915 bis 31. Juli 1915* (s. S. 1 in diesem Bande).

\* **Bb. II** = *Englisches Blaubuch zum Kriege mit der Türkei* (s. S. 88 in diesem Bande).

\* **Bb. III** = *Englisches Blaubuch, Bericht des englischen Botschafters in Konstantinopel* (s. S. 88 in diesem Bande).

**Gb. II** = *Belgisches Graubuch II: Royaume de Belgique Correspondance diplomatique relative à la guerre de 1914—1915. II. Paris 1915.*

\* **Grb.** = *Italienisches Grünbuch* (s. S. 393 in diesem Bande).

\* **Ob. II** = *Russisches Orangebuch zum Kriege mit der Türkei 1. August bis 1. November 1914* (s. S. 48 in diesem Bande).

\* **Rb. Vorgesch. m. It. I** und **Vg.** = *Oesterreichs Rotbuch zur Vorgeschichte des Krieges mit Italien* (s. S. 209 in diesem Bande).

\* **Rb. Vorgesch. m. It. II** und **Vg. I** = *Oesterreichisches Rotbuch betr. die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Italien 20. Juli 1914 bis 23. Mai 1915* (s. S. 209 in diesem Bande).

\* **Rb. Rum.** und **RbR.** = *Oesterreichisches Rotbuch betr. die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rumänien 22. Juli 1914 bis 27. August 1916* (s. S. 541 in diesem Bande).

**Ur. Gb.** = *Graubücher der Republik Uruguay* (s. S. 633 in diesem Bande).

## B. Verzeichnis der aufgenommenen Urkunden nach deren Zeitfolge.

*Die Bezeichnungen hinter dem senkrechten Strich geben die Nummern in den Buntbüchern, in den ägyptischen Rotbüchern jedoch die Seitenzahlen an. Die angewendeten Abkürzungen sind aus dem vorstehenden Register A ersichtlich.*

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1883, 1891, 1902.</b>	Aus dem Dreibundvertrag . . .	208	<b>Vg. I Anh.</b>
<b>1900</b>			
20. XII.	Der italienische Minister des Aeußern an den italienischen Botschafter in Wien . .	388	<b>Vg. Anh.</b>
<b>1901</b>			
9. II.	Der k. u. k. Minister des Aeußern an den k. u. k. Botschafter in Rom . . . . .	389	" "
<b>1909</b>			
15. XII.	Guicciardini an Avarna . . . . .	379	<b>Vg. I Anh.</b>
<b>1911</b>			
26. IX.	Aehrenthal an Ambrózy . . . . .	380	" "
21. X.	Mérey an Aehrenthal . . . . .	381	" "
6. XI.	Aehrenthal an Mérey . . . . .	382	" "
15. XI.	Aehrenthal an Mérey . . . . .	382	" "
29. XI.	Aehrenthal an Szögyény . . . . .	383	" "
<b>1912</b>			
1. III.	Berchtold an Mérey . . . . .	383	" "
3. III.	Berchtold an die k. u. k. Botschafter in Berlin, Konstantinopel, London, Paris, Rom und Petersburg . . . . .	384	" "
6. IV.	Berchtold an Mérey . . . . .	384	" "
15. IV.	Berchtold an Mérey . . . . .	385	" "
21. V.	Szögyény an Berchtold . . . . .	386	" "
23. V.	Berchtold an Mérey . . . . .	386	" "
<b>1914</b>			
20. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	220	<b>Vg. I. 1</b>
20. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	221	" 2
21. VII.	Mérey an Berchtold . . . . .	223	" 3
22. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	224	" 4
22. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	225	" 5
22. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	227	" 6



## 1914.

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
22. VII.	Berchtold an Czernin . . . . .	541	<b>RbR.</b> 1
23. VII.	Mérey an Berchtold . . . . .	227	<b>Vg.I.</b> 7
24. VII.	Mérey an Berchtold . . . . .	227	" 8
25. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	228	" 9
26. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	228	" 10
26. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	229	" 11
26. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	230	" 12
26. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	230	" 13
26. VII.	Berchtold an Czernin . . . . .	541	<b>RbR.</b> 2
28. VII.	Mérey an Berchtold . . . . .	233	<b>Vg.I.</b> 14
28. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	233	" 15
28. VII.	Czernin an Berchtold . . . . .	542	<b>RbR.</b> 3
29. VII.	Mérey an Berchtold . . . . .	234	<b>Vg.I.</b> 16
30. VII.	Mérey an Berchtold . . . . .	236	" 17
31. VII.	Mérey an Berchtold . . . . .	236	" 18
31. VII.	Berchtold an Mérey . . . . .	237	" 19
31. VII.	Poincaré an König Georg von England . .	682	
1. VIII.	König Georg von England an Poincaré . .	683	
1. VIII.	Aegyptische Verordnung betr. Postverkehr mit dem Ausland . . . . .	5	<b>Ae. I</b> 10
1. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	48	<b>Ob. II</b> 1
1. VIII.	Berchtold an Mérey . . . . .	237	<b>Vg.I.</b> 20
1. VIII.	Kaiser Franz Joseph an den König von Italien . . . . .	238	" 21
1. VIII.	Mérey an Berchtold . . . . .	238	" 22
2. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	49	<b>Ob. II</b> 2
2. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	49	" 3
2. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	49	" 4
2. VIII.	Der König von Italien an Kaiser Franz Joseph . . . . .	239	<b>Vg.I.</b> 23
2. VIII.	Berchtold an Mérey . . . . .	239	" 24
2. VIII.	Mérey an Berchtold . . . . .	240	" 25
2. VIII.	Mérey an Berchtold . . . . .	240	" 26
2. VIII.	Eyschen an Buch . . . . .	692	
2. VIII.	Telegramm Eyschens . . . . .	693	
3. VIII.	Aegyptische Verordnung betr. Postverkehr mit dem Auslande . . . . .	5	<b>Ae. I</b> 10
3. VIII.	Aegyptische Anweisung betr. Schiffe der Kriegführenden in aegyptischen Gewässern	1	" 4-8
3. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	50	<b>Ob. II</b> 5
3. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	50	" 6

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
3. VIII.	Grey an Beaumont . . . . .	88	<b>Bb. II</b> 1
3. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	88	" 2
3. VIII.	Mérey an Berchtold . . . . .	242	<b>Vg.I.</b> 27
3. VIII.	Mérey an Berchtold . . . . .	242	" 28
3. VIII.	Italienische Neutralitätserklärung . . . . .	472	
4. VIII.	Aegyptisches Moratorium . . . . .	4	<b>Ae. I</b> 9
4. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	50	<b>Ob. II</b> 7
4. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	88	<b>Bb. II</b> 3
4. VIII.	Grey an Beaumont . . . . .	89	" 4
4. VIII.	Berchtold an Mérey . . . . .	242	<b>Vg.I.</b> 29
4. VIII.	Berchtold an Mérey . . . . .	243	" 30
4. VIII.	Berchtold an Mérey . . . . .	244	" 31
4. VIII.	Berchtold an Mérey . . . . .	244	" 32
4. VIII.	Czernin an Berchtold . . . . .	543	<b>RbR.</b> 4
4. VIII.	Berchtold an Czernin . . . . .	543	" 5
4. VIII.	Neutralitätserklärung Uruguays . . . . .	633	<b>Ur.Gb.</b>
5. VIII.	Verordnung des aegyptischen Ministerrats betr. die Verteidigung Aegyptens . . . . .	5	<b>Ae. I</b> 11
5. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	51	<b>Ob. II</b> 8
5. VIII.	Mérey an Berchtold . . . . .	245	<b>Vg.I.</b> 33
5. VIII.	Mérey an Berchtold . . . . .	245	" 34
5. VIII.	Czernin an Berchtold . . . . .	543	<b>RbR.</b> 6
5. VIII.	Neutralitätserklärung Argentinien's . . . . .	629	
6. VIII.	Benckendorff an Sasonow . . . . .	51	<b>Ob. II</b> 9
6. VIII.	Czernin an Berchtold . . . . .	544	<b>RbR.</b> 7
7. VIII.	Neutralitätserklärung Uruguays . . . . .	633	<b>Ur.Gb.</b>
7. VIII.	Verordnung betr. Neutralitätsregeln für die Gewässer Uruguays . . . . .	635	"
7. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	51	<b>Ob. II</b> 10
7. VIII.	Grey an Beaumont . . . . .	89	<b>Bb. II</b> 5
7. VIII.	Neutralitätserklärung Haitis . . . . .	625	
8. VIII.	Aegyptische Verordnung betr. Postverkehr mit dem Ausland . . . . .	9	<b>Ae. I</b> 18
8. VIII.	Mitteilung des aegyptischen Ministerrats über die Auslegung der Verordnung vom 5. August . . . . .	10	" 21
8. VIII.	Sasonow an Giers . . . . .	51	<b>Ob. II</b> 11
8. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	52	" 12
8. VIII.	Czernin an Berchtold . . . . .	545	<b>RbR.</b> 8
9. VIII.	Aegyptisches Moratorium . . . . .	9	<b>Ae. I</b> 19
9. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	52	<b>Ob. II</b> 13

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
9. VIII.	Sasonow an Giers . . . . .	52	" 14
9. VIII.	Benckendorff an Sasonow . . . . .	52	" 15
9. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	89	<b>Bb. II</b> 6
9. VIII.	Berchtold an Mérey . . . . .	245	<b>Vg.I.</b> 35
10. VIII.	Sasonow an Giers . . . . .	53	<b>Ob. II</b> 16
11. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	53	" 17
11. VIII.	Sasonow an Giers . . . . .	53	" 18
11. VIII.	Benckendorff an Sasonow . . . . .	53	" 19
11. VIII.	Ambrózy an Berchtold . . . . .	247	<b>Vg.I.</b> 36
11. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	90	<b>Bb. II</b> 7
11. VIII.	Grey an Beaumont . . . . .	90	" 8
11. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	90	" 9
11. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	90	" 10
12. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	54	<b>Ob. II</b> 20
12. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	54	" 21
12. VIII.	Grey an Beaumont . . . . .	91	<b>Bb. II</b> 11
12. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	91	" 12
12. VIII.	Grey an Beaumont . . . . .	91	" 13
12. VIII.	Berchtold an Ambrózy . . . . .	248	<b>Vg.I.</b> 37
13. VIII.	Verordnung des ägyptischen Ministerrats betr. Verteidigung Aegyptens . . . . .	11	<b>Ae. I</b> 21
13. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	54	<b>Ob. II</b> 22
13. VIII.	Tewfik Pascha an Grey . . . . .	92	<b>Bb. II</b> 14
14. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	55	<b>Ob. II</b> 23
14. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	55	" 24
14. VIII.	Sasonow an Giers . . . . .	55	" 25
14. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	92	<b>Bb. II</b> 15
14. VIII.	Englische Note an die Pforte . . . . .	110	" 62
14. VIII.	Neutralitätserklärung Uruguays . . . . .	634	<b>Ur.Gb.</b>
15. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	92	<b>Bb. II</b> 16
15. VIII.	Der englische Vizekonsul an den Darda- nellen an Beaumont . . . . .	93	" 19
16. VIII.	Grey an Beaumont . . . . .	93	" 17
16. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	93	" 18
16. VIII.	Beaumont an Grey . . . . .	93	" 19
16. VIII.	Antwortnote der Pforte an England . . . . .	111	" 63
16. VIII.	Berchtold an Macchio . . . . .	249	<b>Vg.I.</b> 38
17. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	55	<b>Ob. II</b> 26
18. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	94	<b>Bb. II</b> 20
18. VIII.	Grey an Mallet . . . . .	95	" 21

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>	Verordnung betr. Eintragung von Schiffen		
	Kriegsführender ins Schiffsregister (Uruguay)	639	<b>Ur.Gb.</b>
19. VIII.	Demidow an Sasonow . . . . .	56	<b>Ob. II</b> 27
19. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	56	" 28
19. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	56	" 30
19. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	95	<b>Bb. II</b> 22
19. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	95	" 23
19. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	110	" 62
19. VIII.	Der deutsche Vizekonsul an den Dardanellen		
	an Mallet . . . . .	97	" 25
20. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	56	<b>Ob. II</b> 29
20. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	57	" 31
20. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	96	<b>Bb. II</b> 24
20. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	97	" 25
20. VIII.	Berchtold an Macchio . . . . .	249	<b>Vg.I.</b> 39
21. VIII.	Sasonow an die russischen Botschafter in		
	Frankreich und England . . . . .	57	<b>Ob. II</b> 32
21. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	97	<b>Bb. II</b> 26
21. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	98	" 27
21. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	110	" 63
21. VIII.	Macchio an Berchtold . . . . .	250	<b>Vg.I.</b> 40
21. VIII.	Berchtold an Macchio . . . . .	251	" 41
22. VIII.	Iswolsky an Sasonow . . . . .	58	<b>Ob. II</b> 33
22. VIII.	Grey an Mallet . . . . .	98	<b>Bb. II</b> 28
22. VIII.	Tewfik Pascha an Grey . . . . .	99	" 29
22. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	99	" 30
22. VIII.	Hohenlohe an Berchtold . . . . .	252	<b>Vg.I.</b> 42
23. VIII.	Sasonow an Giers . . . . .	58	<b>Ob. II</b> 34
23. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	99	<b>Bb. II</b> 31
23. VIII.	Berchtold an Hohenlohe . . . . .	252	<b>Vg.I.</b> 43
23. VIII.	Berchtold an Macchio . . . . .	253	" 44
23. VIII.	Czernin an Berchtold . . . . .	545	<b>RbR.</b> 9
24. VIII.	Iswolsky an Sasonow . . . . .	59	<b>Ob. II</b> 35
24. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	100	<b>Bb. II</b> 32
25. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	100	" 33
25. VIII.	Grey an Mallet . . . . .	100	" 34
25. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	101	" 35
25. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	101	" 36
25. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	101	" 37
25. VIII.	Macchio an Berchtold . . . . .	253	<b>Vg.I.</b> 45
25. VIII.	Berchtold an Macchio . . . . .	254	" 46



**1914.**

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
26. VIII.	Grey an Tewfik Pascha . . . . .	101	<b>Bb. II</b> 38
26. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	102	" 39
27. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	59	<b>Ob. II</b> 36
27. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	59	" 37
27. VIII.	Barclay an Grey . . . . .	102	<b>Bb. II</b> 40
27. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	102	" 40
27. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	102	" 41
27. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	103	" 42
27. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	104	" 43
27. VIII.	Macchio an Berchtold . . . . .	254	<b>Vg.I.</b> 47
28. VIII.	Benckendorff an Sasonow . . . . .	60	" 38
28. VIII.	Cheetham an Grey . . . . .	104	<b>Bb. II</b> 44
28. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	104	" 45
28. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	104	" 46
28. VIII.	Bax-Ironside an Grey . . . . .	105	" 47
28. VIII.	Berchtold an Macchio . . . . .	254	<b>Vg.I.</b> 48
28. VIII.	Berchtold an Macchio . . . . .	255	" 49
29. VIII.	Giers an Sasonow . . . . .	60	<b>Ob. II</b> 39
30. VIII.	Mallet an Grey . . . . .	106	<b>Bb. II</b> 48
31. VIII.	Aegyptische Verordnung betr. Postverkehr mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn .	11	<b>Ae. I</b> 67
31. VIII.	Verordnung betr. Verbot drahtloser Telegrafie in den Gewässern Uruguays . . . . .	639	<b>Ur.Gb.</b>
... VIII.	Erklärung Radoslawows in der Sobranje .	530	
1. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	60	<b>Ob. II</b> 40
1. IX.	Mallet an Grey . . . . .	107	<b>Bb. II</b> 49
1. IX.	Mallet an Grey . . . . .	107	" 50
1. IX.	Mallet an Grey . . . . .	107	" 51
1. IX.	Grey an Mallet . . . . .	107	" 52
2. IX.	Mallet an Grey . . . . .	107	<b>Bb. II</b> 53
2. IX.	Mallet an Grey . . . . .	108	" 54
3. IX.	Mallet an Grey . . . . .	108	" 55
3. IX.	Grey an Mallet . . . . .	108	" 56
4. IX.	Grey an Mallet . . . . .	108	" 57
4. IX.	Grey an Mallet . . . . .	109	" 58
5. IX.	Mallet an Grey . . . . .	109	" 59
5. IX.	Mallet an Grey . . . . .	109	" 60
5. IX.	Hohenlohe an Berchtold . . . . .	255	<b>Vg.I.</b> 50
6. IX.	Mallet an Grey . . . . .	109	<b>Bb. II</b> 61
6. IX.	Mallet an Grey . . . . .	112	" 64
6. IX.	Berchtold an Hohenlohe . . . . .	256	<b>Vg.I.</b> 51

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
7. IX.	Mallet an Grey . . . . .	113	<b>Bb. II</b> 65
8. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	61	<b>Ob. II</b> 41
8. IX.	Cheetham an Grey . . . . .	113	<b>Bb. II</b> 66
8. IX.	Grey an Mallet . . . . .	113	" 67
8. IX.	Mallet an Grey . . . . .	114	" 68
8. IX.	Hohenlohe an Berchtold . . . . .	256	<b>Vg. I.</b> 52
8. IX.	Zusatz zu der Verordnung vom 7. VIII. betr. bewaffnete Handelsschiffe (Uruguay) . . .	641	<b>Ur. Gb.</b>
9. IX.	Türkische Note betr. Abschaffung der Kapi- tulationen . . . . .	62	<b>Ob. II</b> 43
9. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	61	" 42
9. IX.	Mallet an Grey . . . . .	114	<b>Bb. II</b> 69
9. IX.	Mallet an Grey . . . . .	115	" 70
9. IX.	Mallet an Grey . . . . .	115	" 71
9. IX.	Berchtold an Hohenlohe . . . . .	257	<b>Vg. I.</b> 53
10. IX.	Giers an Said Halim, Protestnote gegen die Aufhebung der Kapitulationen . . . . .	64	" 43
10. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	61	" 43
10. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	65	<b>Ob. II</b> 45
10. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	65	" 46
10. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	65	" 47
10. IX.	Sasonow an die russischen Botschafter in Frankreich und England . . . . .	66	" 48
10. IX.	Sasonow an Giers . . . . .	66	" 49
10. IX.	Mallet an Grey . . . . .	116	<b>Bb. II</b> 72
10. IX.	Mallet an Grey . . . . .	116	" 73
11. IX.	Macchio an Berchtold . . . . .	257	<b>Vg. I.</b> 54
12. IX.	Hohenlohe an Berchtold . . . . .	257	" 55
13. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	66	<b>Ob. II</b> 50
13. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	67	" 51
13. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	67	" 52
13. IX.	Mallet an Grey . . . . .	116	<b>Bb. II</b> 74
13. IX.	Czernin an Berchtold . . . . .	545	<b>RbR.</b> 10
14. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	67	<b>Ob. II</b> 53
14. IX.	Mallet an Grey . . . . .	116	<b>Bb. II</b> 75
14. IX.	Berchtold an Czernin . . . . .	546	<b>RbR.</b> 11
15. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	67	<b>Ob. II</b> 54
15. IX.	Mallet an Grey . . . . .	117	<b>Bb. II</b> 76
16. IX.	Grey an Mallet . . . . .	117	" 77
16. IX.	Downing and Handcock an Grey . . . .	118	" 78
16. IX.	Mallet an Grey . . . . .	119	" 79

**1914.**

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
17. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	68	<b>Ob. II</b> 55
18. IX.	Mallet an Grey . . . . .	120	<b>Bb. II</b> 80
18. IX.	Mallet an Grey . . . . .	120	" 81
18. IX.	Der englische Konsul in Basra an Mallet .	120	" 80
19. IX.	Sasonow an Giers . . . . .	68	<b>Ob. II</b> 56
19. IX.	Mallet an Grey . . . . .	120	<b>Bb. II</b> 82
19. IX.	Czernin an Berchtold . . . . .	546	<b>RbR.</b> 12
20. IX.	Mallet an Grey . . . . .	121	<b>Bb. II</b> 83
20. IX.	Mallet an Grey . . . . .	121	" 84
21. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	69	<b>Ob. II</b> 57
21. IX.	Cheetham an Grey . . . . .	122	<b>Bb. II</b> 85
21. IX.	Mallet an den Sultan. Englische Note . .	136	" 112
22. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	69	<b>Ob. II</b> 58
22. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	69	" 59
22. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	70	" 60
22. IX.	Mallet an Grey . . . . .	123	<b>Bb. II</b> 86
22. IX.	Mallet an Grey . . . . .	123	" 87
22. IX.	Mallet an Grey . . . . .	135	" 112
22. IX.	Mallet an den Sultan . . . . .	137	" 112
22. IX.	Czernin an Berchtold . . . . .	546	<b>RbR.</b> 13
23. IX.	Grey an Mallet . . . . .	124	<b>Bb. II</b> 88
23. IX.	Mallet an Said Halim . . . . .	157	" 143
23. IX.	Czernin an Berchtold . . . . .	547	<b>RbR.</b> 14
24. IX.	Sasonow an Giers . . . . .	70	<b>Ob. II</b> 61
24. IX.	Grey an Mallet . . . . .	124	<b>Bb. II</b> 89
24. IX.	Mallet an Grey . . . . .	124	" 90
24. IX.	Mallet an Grey . . . . .	125	" 91
25. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	70	<b>Ob. II</b> 62
25. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	70	" 63
25. IX.	Cheetham an Grey . . . . .	126	<b>Bb. II</b> 92
25. IX.	Grey an Mallet . . . . .	126	" 93
25. IX.	Mallet an Grey . . . . .	126	" 94
25. IX.	Mallet an Grey . . . . .	127	" 95
26. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	71	<b>Ob. II</b> 64
26. IX.	Sasonow an Giers . . . . .	71	" 65
26. IX.	Mallet an Grey . . . . .	128	<b>Bb. II</b> 96
27. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	72	<b>Ob. II</b> 66
27. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	72	" 67
27. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	72	" 68
27. IX.	Mallet an Grey . . . . .	128	<b>Bb. II</b> 97
27. IX.	Said Halim an Mallet . . . . .	154	" 140

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
28. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	73	<b>Ob. II</b> 69
28. IX.	Note der Pforte an England . . . . .	165	<b>Bb. II</b> 145
28. IX.	Czernin an Berchtold . . . . .	547	<b>RbR.</b> 15
29. IX.	Mallet an Grey . . . . .	129	<b>Bb. II</b> 98
29. IX.	Mallet an Grey . . . . .	129	" 99
29. IX.	Grey an Mallet . . . . .	129	" 100
29. IX.	Grey an Mallet . . . . .	130	" 101
29. IX.	Adviser des ägyptischen Ministeriums des Innern an Cheetham . . . . .	143	<b>Bb. II</b> 125
29. IX.	Macchio an Berchtold . . . . .	258	<b>Vg. I.</b> 56
29. IX.	Czernin an Berchtold . . . . .	548	<b>RbR.</b> 16
29. IX.	Zusatz zu der Verordnung vom 30. VIII. betr. Verbot drahtloser Telegrafie (Uruguay) . .	642	<b>Ur. Gb.</b>
30. IX.	Iswolsky an Sasonow . . . . .	73	<b>Ob. II</b> 70
30. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	74	" 72
30. IX.	Grey an Mallet . . . . .	130	<b>Bb. II</b> 102
30. IX.	Cheetham an Grey . . . . .	143	" 125
30. IX.	Czernin an Berchtold . . . . .	548	<b>RbR.</b> 17
31. IX.	Iswolsky an Sasonow . . . . .	73	<b>Ob. II</b> 71
31. IX.	Giers an Sasonow . . . . .	74	" 73
1. X.	Giers an Sasonow . . . . .	74	" 74
1. X.	Mallet an Grey . . . . .	130	<b>Bb. II</b> 103
1. X.	Mallet an Said Halim . . . . .	155	" 140
1. X.	Englische Note an die Pforte . . . . .	156	" 142
2. X.	Giers an Sasonow . . . . .	75	<b>Ob. II</b> 75
2. X.	Mallet an Grey . . . . .	131	<b>Bb. II</b> 104
2. X.	Mallet an Grey . . . . .	154	" 140
2. X.	Mallet an Grey . . . . .	155	" 141
2. X.	Mallet an Said Halim . . . . .	155	" 141
2. X.	Mallet an Said Halim . . . . .	162	" 143
2. X.	Mallet an Said Halim . . . . .	164	" 144
2. X.	Czernin an Berchtold . . . . .	548	<b>RbR.</b> 18
3. X.	Giers an Sasonow . . . . .	75	<b>Ob. II</b> 76
3. X.	Giers an Sasonow . . . . .	76	" 77
3. X.	Mallet an Grey . . . . .	132	<b>Bb. II</b> 105
3. X.	Móricz an Berchtold . . . . .	258	<b>Vg. I.</b> 57
3. X.	Der englische Konsul in Basra an Mallet .	132	<b>Bb. II</b> 106
4. X.	Sasonow an Giers . . . . .	76	<b>Ob. II</b> 78
4. X.	Mallet an Grey . . . . .	132	<b>Bb. II</b> 106
4. X.	Grey an Mallet . . . . .	132	" 107
4. X.	Mallet an Grey . . . . .	156	" 142



## 1914.

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
4. X.	Mallet an Grey . . . . .	157	<b>Bb. II</b> 143
4. X.	Englische Note an die Pforte . . . . .	169	" 145
4. X.	Mallet an Said Halim . . . . .	171	" 146
4. X.	Mallet an Talaat Bey . . . . .	174	" 147
5. X.	Giers an Sasonow . . . . .	76	<b>Ob. II</b> 79
5. X.	Giers an Sasonow . . . . .	77	" 80
5. X.	Giers an Sasonow . . . . .	78	" 81
5. X.	Mallet an Grey . . . . .	133	<b>Bb. II</b> 108
5. X.	Mallet an Said Halim . . . . .	172	" 147
5. X.	Berchtold an Macchio . . . . .	259	<b>Vg. I.</b> 58
6. X.	Giers an Sasonow . . . . .	78	<b>Ob. II</b> 83
6. X.	Mallet an Grey . . . . .	133	<b>Bb. II</b> 109
6. X.	Mallet an Grey . . . . .	134	" 110
6. X.	Mallet an Grey . . . . .	164	" 144
6. X.	Mallet an Grey . . . . .	165	" 145
6. X.	Mallet an Grey . . . . .	171	" 146
6. X.	Mallet an Grey . . . . .	171	" 147
6. X.	Der englische Konsul in Basra an Mallet . . . . .	134	" 110
6. X.	Macchio an Berchtold . . . . .	259	<b>Vg. I.</b> 59
7. X.	Grey an Mallet . . . . .	135	<b>Bb. II</b> 111
7. X.	Mallet an Grey . . . . .	138	" 113
7. X.	Mallet an Grey . . . . .	138	" 114
7. X.	Berchtold an Macchio . . . . .	259	<b>Vg. I.</b> 60
8. X.	Macchio an Berchtold . . . . .	260	" 61
9. X.	Giers an Sasonow . . . . .	78	<b>Ob. II</b> 82
9. X.	Berchtold an Macchio . . . . .	260	<b>Vg. I.</b> 62
9. X.	Czernin an Berchtold . . . . .	548	<b>RbR.</b> 19
9. X.	Czernin an Berchtold . . . . .	549	" 20
10. X.	Giers an Sasonow . . . . .	78	<b>Ob. II</b> 84
10. X.	Mallet an Grey . . . . .	139	<b>Bb. II</b> 115
10. X.	Macchio an Berchtold . . . . .	260	<b>Vg. I.</b> 63
10. X.	Czernin an Berchtold . . . . .	550	<b>RbR.</b> 21
10. X.	Czernin an Berchtold . . . . .	550	" 22
11. X.	Grey an Mallet . . . . .	139	<b>Bb. II</b> 116
12. X.	Mallet an Grey . . . . .	140	" 118
12. X.	Mallet an Grey . . . . .	141	" 119
12. X.	Mallet an Grey . . . . .	141	" 120
12. X.	Mallet an Grey . . . . .	141	" 121
12. X.	Berchtold an Macchio . . . . .	261	<b>Vg. I.</b> 64
13. X.	Giers an Sasonow . . . . .	79	<b>Ob. II</b> 85
13. X.	Mallet an Grey . . . . .	142	<b>Bb. II</b> 122

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
13. X.	Grey an Mallet . . . . .	142	<b>Bb. II</b> 123
13. X.	Englischer Konsularoffizier in Basra an Mallet	142	" 122
14. X.	Mallet an Grey . . . . .	143	" 124
14. X.	Mallet an Grey . . . . .	149	" 126
14. X.	Mallet an Grey . . . . .	150	" 127
14. X.	Mallet an Grey . . . . .	150	" 128
15. X.	Giers an Sasonow . . . . .	79	<b>Ob. II</b> 86
15. X.	Mallet an Grey . . . . .	150	<b>Bb. II</b> 129
15. X.	Mallet an Grey . . . . .	150	" 130
16. X.	Giers an Sasonow . . . . .	79	<b>Ob. II</b> 87
16. X.	Bax-Ironside an Grey . . . . .	151	<b>Bb. II</b> 131
16. X.	Mallet an Grey . . . . .	151	" 132
16. X.	Mallet an Grey . . . . .	152	" 133
16. X.	Mallet an Grey . . . . .	152	" 134
17. X.	Mallet an Grey . . . . .	152	" 135
17. X.	Elliot an Grey . . . . .	153	" 136
17. X.	Grey an Mallet . . . . .	153	" 137
17. X.	Mallet an Grey . . . . .	153	" 138
17. X.	Czernin an Berchtold . . . . .	550	<b>RbR.</b> 23
18. X.	Giers an Sasonow . . . . .	79	<b>Ob. II</b> 88
18. X.	Mallet an Grey . . . . .	153	<b>Bb. II</b> 139
18. X.	Macchio an Berchtold . . . . .	261	<b>Vg. I.</b> 65
19. X.	Mallet an Grey . . . . .	174	<b>Bb. II</b> 148
19. X.	Mallet an Grey . . . . .	175	" 149
19. X.	Mallet an Grey . . . . .	175	" 150
19. X.	Mallet an Grey . . . . .	175	" 151
19. X.	Macchio an Berchtold . . . . .	262	<b>Vg. I.</b> 66
20. X.	Giers an Sasonow . . . . .	80	<b>Ob. II</b> 89
20. X.	Verordnung betr. drahtlose Telegrafie (Uruguay) . . . . .	642	<b>Ur.Gb.</b>
20. X.	Verordnung betr. von Uruguay nicht für Kriegskonterbande angesehene Artikel . . .	645	"
20. X.	Cheetham an Grey . . . . .	184	<b>Bb. II</b> 181
21. X.	Mallet an Grey . . . . .	175	" 152
21. X.	Mallet an Grey . . . . .	176	" 153
22. X.	Mallet an Grey . . . . .	176	" 154
22. X.	Mallet an Grey . . . . .	176	" 155
22. X.	Grey an Mallet . . . . .	176	" 156
22. X.	Mallet an Grey . . . . .	176	" 157
22. X.	Mallet an Grey . . . . .	177	" 158
22. X.	Berchtold an Macchio . . . . .	262	<b>Vg. I.</b> 67

**1914.**

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
22. X.	Macchio an Berchtold . . . . .	263	<b>Vg.I.</b> 68
23. X.	Grey an Mallet . . . . .	177	<b>Bb.II</b> 159
23. X.	Grey an Cheetham . . . . .	177	" 160
23. X.	Mallet an Grey . . . . .	178	" 161
23. X.	Mallet an Grey . . . . .	178	" 162
23. X.	Mallet an Grey . . . . .	178	" 163
23. X.	Mallet an Grey . . . . .	178	" 164
23. X.	Mallet an Grey . . . . .	179	" 165
24. X.	Grey an Mallet . . . . .	179	" 166
24. X.	Berchtold an Macchio . . . . .	263	<b>Vg.I.</b> 69
25. X.	Mallet an Grey . . . . .	180	<b>Bb.II</b> 167
26. X.	Aegyptische Verordnung betr. das Moratorium und die Verordnungen des Ministerrats vom 5. und 13. August 1914 . . . . .	12	<b>Ae. I</b> 135
26. X.	Buchanan an Grey . . . . .	180	<b>Bb.II</b> 168
26. X.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	264	<b>Vg.I.</b> 70
27. X.	Mallet an Grey . . . . .	180	<b>Bb.II</b> 169
27. X.	Mallet an Grey . . . . .	181	" 170
28. X.	Mallet an Grey . . . . .	181	" 171
28. X.	Cheetham an Grey . . . . .	181	" 172
28. X.	Cheetham an Grey . . . . .	181	" 173
28. X.	Grey an Mallet . . . . .	182	" 174
28. X.	Mallet an Grey . . . . .	182	" 175
29. X.	Giers an Sasonow . . . . .	80	<b>Ob. II</b> 90
29. X.	Sasonow an Giers . . . . .	80	" 91
29. X.	Mallet an Grey . . . . .	182	<b>Bb.II</b> 176
29. X.	Buchanan an Grey . . . . .	183	" 177
29. X.	Roberts an Grey . . . . .	183	" 178
30. X.	Giers an Sasonow . . . . .	80	<b>Ob. II</b> 92
30. X.	Giers an Sasonow . . . . .	81	" 93
30. X.	Giers an Sasonow . . . . .	81	" 94
30. X.	Iswolsky an Sasonow . . . . .	81	" 95
30. X.	Russisches Ultimatum an die Türkei . . . . .	85	
30. X.	Grey an Mallet . . . . .	183	<b>Bb.II</b> 179
30. X.	Mallet an Grey . . . . .	184	" 180
30. X.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	264	<b>Vg.I.</b> 71
31. X.	Bekanntmachung der Pforte betr. Angriff der russischen Flotte auf türkische Schiffe . . . . .	31	
31. X.	Bekanntmachung der Pforte betr. drohende russische Minensperre . . . . .	31	

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
31. X.	Bekanntmachung der Pforte betr. Angriff türkischer Kriegsschiffe auf die russische Küste . . . . .	32	
31. X.	Benckendorff an Sasonow . . . . .	81	<b>Ob. II</b> 96
31. X.	Berchtold an Macchio . . . . .	264	<b>Vg. I.</b> 72
1. XI.	Sasonow an die russischen Botschafter in Frankreich und England . . . . .	82	<b>Ob. II</b> 97
1. XI.	Russische Erklärung betr. Angriff des russischen Geschwaders auf die türkische Flotte . . . . .	85	
1. XI.	Sasonow an Benckendorff . . . . .	188	<b>Bb. II</b> 182
1. XI.	Said-Halim an Grey . . . . .	190	" 183
1. XI.	Englische Note über die englisch-türkischen Beziehungen . . . . .	201	
1. XI.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	265	<b>Vg. I.</b> 73
2. XI.	Englische Proklamation des Belagerungs- zustandes in Aegypten . . . . .	13	<b>Ae. I</b> 148
2. XI.	Englische Proklamation betr. die Geltung des Kriegsrechts in Aegypten . . . . .	14	" 149
2. XI.	Bekanntmachung der Pforte betr. drohende russische Minensperre . . . . .	32	
2. XI.	Bekanntmachung der Pforte betr. russische Angriffe gegen die kaukasische Grenze . . . . .	33	
2. XI.	Mitteilung Benckendorffs an die englische Regierung . . . . .	188	<b>Bb. II</b> 182
2. XI.	Französische Note zum Abbruch der diplo- matischen Beziehungen mit der Türkei . . . . .	204	
3. XI.	Russische Note . . . . .	86	
3. XI.	Grey an Bertie, Buchanan und Greene . . . . .	189	<b>Bb. II</b> 183
4. XI.	Grey an Buchanan . . . . .	190	" 184
5. XI.	<b>Englische Erklärung des Kriegs- zustandes mit der Türkei . . . . .</b>	203	
5. XI.	Englische Order in Council. Annexion Cyperns . . . . .	203	
5. XI.	<b>Französische Erklärung des Kriegs- zustandes mit der Türkei . . . . .</b>	206	
6. XI.	Neutralitätserklärungen Uruguays . . . . .	646	<b>Ur. Gb.</b>
6. XI.	Kriegserklärung an die Türkei durch den Oberbefehlshaber der englischen Streitkräfte in Aegypten . . . . .	14	<b>Ae. I</b> 154



		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
9. XI.	Davignon an die belgischen diplomatischen Vertreter im Ausland . . . . .	206	<b>Gb. II</b> 64
7. XI.	Korrespondenz zwischen dem englischen Geschäftsträger in Aegypten und dem Prä- sidenten des aegyptischen Ministerrats . .	15	<b>Ae. I</b> 157
7. XI.	Aegyptische Proklamation betr. Ausdehnung der Verordnung des Ministerrats vom 5. August 1914 auf die Türkei . . . . .	16	, 159
12. XI.	<b>Türkische Irade: Kriegserklärung an Rußland . . . . .</b>	33	
12. XI.	Manifest des Sultans an Heer und Flotte .	35	
13. XI.	Fetwa über den heiligen Krieg . . . . .	41	
13. XI.	Giers an Sasonow . . . . .	82	<b>Ob. II</b> 98
14. XI.	Czernin an Berchtold . . . . .	550	<b>RbR.</b> 24
20. XI.	Erklärung des türkischen „geistlichen Rats“	43	
20. XI.	Bericht Mallets über die zum Abbruch der Beziehungen zwischen England und der Türkei führenden Ereignisse . . . . .	191	<b>Bb. III</b>
22. XI.	Erlaß des Kalifen-Sultans . . . . .	47	
XI.	Proklamation Enver Paschas . . . . .	38	
XI.	Antwort der Pforte auf die englische Kund- gebung vom 31. Oktober . . . . .	39	
XI.	Bericht des russischen Admiralstabs betr. Haltung der türkischen Flotte im Schwarzen Meer . . . . .	86	
2. XII.	Czernin an Berchtold . . . . .	551	<b>RbR.</b> 25
4. XII.	Grey an Mallet . . . . .	200	<b>Bb. III</b> 2
9. XII.	Sonnino an Avarna . . . . .	393	<b>Grb.</b> 1
9. XII.	Sonnino an Avarna . . . . .	395	, 2
12. XII.	Berchtold an Macchio . . . . .	265	<b>Vg. I.</b> 74
12. XII.	Berchtold an Macchio . . . . .	266	75
12. XII.	Avarna an Sonnino . . . . .	395	<b>Grb.</b> 3
13. XII.	Berchtold an Macchio . . . . .	268	<b>Vg. I.</b> 76
13. XII.	Berchtold an Macchio . . . . .	269	77
13. XII.	Avarna an Sonnino . . . . .	397	<b>Grb.</b> 4
14. XII.	Thronrede des Sultans . . . . .	48	
14. XII.	Avarna an Sonnino . . . . .	397	, 5
15. XII.	Verordnung betr. die Versorgung der Kriegs- schiffe Kriegführender mit Kohlen in den Häfen Uruguays . . . . .	650	<b>Ur. Gb.</b>

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
15. XII.	Verordnung betr. die Kriegsschiffe Krieg- führender (Uruguays) . . . . .	647	<b>Ur.Gb.</b>
15. XII.	Verordnung betr. Beschränkung der Aufent- haltsdauer von Kriegsschiffen Kriegführender in den Gewässern Uruguays . . . . .	651	"
16. XII.	Sonnino an Avarna . . . . .	397	<b>Grb.</b> 6
18. XII.	Englische Proklamation des Protektorats über Aegypten . . . . .	17	<b>Ae. I</b> 189
20. XII.	Avarna an Sonnino . . . . .	399	<b>Grb.</b> 7
20. XII.	Sonnino an Avarna . . . . .	400	" 8
19. XII.	Englische Proklamation über die Absetzung des Khediven und die Ernennung des Prinzen Hussein Kamil zum Khediven mit dem Titel „Sultan von Aegypten“ . . . . .	17	<b>Ae. I</b> 189
19. XII.	Note der englischen Regierung an den Prinzen Hussein Kamil Pascha . . . . .	18	" 191
19. XII.	Der Sultan von Aegypten an Hussein Ruchdi Pascha . . . . .	20	" 199
19. XII.	Hussein Ruchdi Pascha an den Sultan von Aegypten . . . . .	21	" 199
19. XII.	Dekret des Sultans von Aegypten betr. Ein- setzung des Ministeriums . . . . .	22	" 202
21. XII.	Berchtold an Macchio . . . . .	269	<b>Vg.I.</b> 78
21. XII.	Macchio an Berchtold . . . . .	272	" 79
25. XII.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	273	" 80
25. XII.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	273	" 81
26. XII.	Berchtold an Ambrózy . . . . .	273	" 82
26. XII.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	274	" 83
28. XII.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	275	" 84
28. XII.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	275	" 85
29. XII.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	275	" 86
... XII.	Fetwas des Schaichul 'Islam gegen Hussein Kamil . . . . .	29	
... XII.	Türkische Bekanntmachung betr. Hussein Kamil . . . . .	29	
<b>1915</b>			
1. I.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	275	<b>Vg.I.</b> 87
4. I.	Berchtold an Macchio . . . . .	276	" 88
5. I.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	277	" 89
6. I.	Macchio an Berchtold . . . . .	277	" 90
6. I.	Bollati an Sonnino . . . . .	402	<b>Grb.</b> 9

## 1915.

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
7. I.	Berchtold an Macchio . . . . .	278	<b>Vg.I.</b> 91
7. I.	Berchtold an Macchio . . . . .	278	" 91
7. I.	Sonnino an Avarna . . . . .	402	<b>Grb.</b> 10
8. I.	Berchtold an Macchio . . . . .	279	<b>Vg.I.</b> 92
11. I.	Mayrhauser an Berchtold . . . . .	280	" 93
12. I.	Macchio an Berchtold . . . . .	280	" 94
12. I.	Berchtold an Macchio . . . . .	281	" 95
14. I.	Burián an Macchio . . . . .	283	" 96
15. I.	Sonnino an Bollati und Avarna . . . . .	404	<b>Grb.</b> 11
18. I.	Avarna an Sonnino . . . . .	407	" 12
19. I.	Burián an Macchio . . . . .	283	<b>Vg.I.</b> 97
20. I.	Burián an Macchio . . . . .	284	" 98
22. I.	Bollati an Sonnino . . . . .	409	<b>Grb.</b> 13
23. I.	Sonnino an Avarna . . . . .	409	" 14
25. I.	Englisch - aegyptische Proklamation betr. Handel mit Personen in feindlichem Gebiet	23	<b>Ae. I</b> 224
26. I.	Sonnino an Avarna und Bollati . . . . .	410	<b>Grb.</b> 15
28. I.	Avarna an Sonnino . . . . .	411	" 16
29. I.	Burián an Macchio . . . . .	286	<b>Vg.I.</b> 99
29. I.	Mayrhauser an Burián . . . . .	287	" 100
1. II.	Mayrhauser an Burián . . . . .	288	" 101
2. II.	Macchio an Burián . . . . .	288	" 102
2. II.	Sonnino an Bollati . . . . .	413	<b>Grb.</b> 17
4. II.	Macchio an Burián . . . . .	288	<b>Vg.I.</b> 103
4. II.	Sonnino an Avarna . . . . .	414	<b>Grb.</b> 18
7. II.	Sonnino an Avarna . . . . .	414	" 19
9. II.	Avarna an Sonnino . . . . .	415	" 20
11. II.	Burián an Macchio . . . . .	288	<b>Vg.I.</b> 104
11. II.	Burián an Avarna (Aide-Mémoire) . . . . .	288	" 104
12. II.	Avarna an Sonnino . . . . .	417	<b>Grb.</b> 21
12. II.	Sonnino an Avarna . . . . .	417	" 22
14. II.	Avarna an Sonnino . . . . .	421	<b>Grb.</b> 23
15. II.	Macchio an Burián . . . . .	293	<b>Vg.I.</b> 105
15. II.	Burián an Macchio . . . . .	294	" 106
17. II.	Macchio an Burián . . . . .	296	" 107
17. II.	Sonnino an Avarna . . . . .	422	<b>Grb.</b> 24
18. II.	Sonnino an Bollati . . . . .	422	" 25
19. II.	Macchio an Burián . . . . .	296	<b>Vg.I.</b> 108
21. II.	Sonnino an Bollati . . . . .	424	<b>Grb.</b> 26
22. II.	Avarna an Sonnino . . . . .	424	" 27
23. II.	Burián an Macchio . . . . .	297	<b>Vg.I.</b> 109

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>			
24. II.	Avarna an Sonnino . . . . .	428	<b>Grb.</b> 30
25. II.	Sonnino an Avarna . . . . .	427	" 28
25. II.	Sonnino an Bollati . . . . .	428	" 29
26. II.	Bollati an Sonnino . . . . .	428	" 31
26. II.	Avarna an Sonnino . . . . .	429	" 32
27. II.	Macchio an Burián . . . . .	299	<b>Vg.I.</b> 110
27. II.	Sonnino an Avarna . . . . .	431	<b>Grb.</b> 33
1. III.	Burián an Macchio . . . . .	300	<b>Vg.I.</b> 111
2. III.	Burián an Macchio . . . . .	301	" 112
3. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	432	<b>Grb.</b> 34
4. III.	Burián an Macchio . . . . .	302	<b>Vg.I.</b> 113
4. III.	Sonnino an Avarna . . . . .	434	<b>Grb.</b> 35
4. III.	Sonnino an Avarna . . . . .	435	" 36
4. III.	Czernin an Burián . . . . .	552	<b>RbR.</b> 26
6. III.	Macchio an Burián . . . . .	303	<b>Vg.I.</b> 114
7. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	435	<b>Grb.</b> 37
8. III.	Sonnino an Bollati und Avarna . . . . .	435	" 38
9. III.	Burián an Macchio . . . . .	303	<b>Vg.I.</b> 115
9. III.	Sonnino an Bollati und Avarna . . . . .	436	<b>Grb.</b> 39
9. III.	Bollati an Sonnino . . . . .	436	" 40
9. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	437	" 41
10. III.	Hohenlohe an Burián . . . . .	304	<b>Vg.I.</b> 116
10. III.	Sonnino an Avarna . . . . .	438	<b>Grb.</b> 42
10. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	439	" 43
12. III.	Italienische Erklärung betr. Kompensations- frage (Avarna an Burian) . . . . .	304	<b>Vg.I.</b> 117
13. III.	Burián an Macchio . . . . .	304	" 117
13. III.	Sonnino an Avarna . . . . .	440	<b>Grb.</b> 44
15. III.	Burián an Macchio . . . . .	306	<b>Vg.I.</b> 118
16. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	441	<b>Grb.</b> 45
17. III.	Burián an Macchio . . . . .	308	<b>Vg.I.</b> 119
17. III.	Sonnino an Bollati und Avarna . . . . .	443	<b>Grb.</b> 46
17. III.	Sonnino an Avarna . . . . .	445	" 47
17. III.	Sonnino an Bollati und Avarna . . . . .	445	" 48
18. III.	Czernin an Burián . . . . .	553	<b>RbR.</b> 27
18. III.	Sasonow an den russischen Botschafter in Paris . . . . .	694	
19. III.	Burián an Macchio . . . . .	308	<b>Vg.I.</b> 120
19. III.	Macchio an Burián . . . . .	309	" 121
19. III.	Burián an Macchio . . . . .	309	" 122
20. III.	Macchio an Burián . . . . .	310	" 123



## 1915.

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
20. III.	Sonnino an Bollati und Avarna . . . . .	446	<b>Grb.</b> 49
20. III.	Sonnino an Bollati und Avarna . . . . .	447	„ 50
20. III.	Sasonow an den russischen Botschafter in Paris . . . . .	695	
21. III.	Burián an Macchio . . . . .	310	<b>Vg.I.</b> 124
21. III.	Burián an Macchio . . . . .	311	„ 125
21. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	448	<b>Grb.</b> 51
22. III.	Mayrhauser an Burián . . . . .	312	<b>Vg.I.</b> 126
22. III.	Sonnino an Avarna . . . . .	449	<b>Grb.</b> 52
23. III.	Burián an Macchio . . . . .	312	<b>Vg.I.</b> 127
23. III.	Macchio an Burián . . . . .	313	„ 128
23. III.	Sonnino an Bollati und Avarna . . . . .	450	<b>Grb.</b> 53
24. III.	Macchio an Burián . . . . .	314	<b>Vg.I.</b> 129
24. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	451	<b>Grb.</b> 54
24. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	452	„ 55
25. III.	Burián an Macchio . . . . .	315	<b>Vg.I.</b> 130
27. III.	Avarna an Sonnino . . . . .	452	<b>Grb.</b> 56
28. III.	Burián an Macchio . . . . .	315	<b>Vg.I.</b> 131
29. III.	Carlotti an Sonnino . . . . .	454	<b>Grb.</b> 57
31. III.	Macchio an Burián . . . . .	317	<b>Vg.I.</b> 132
31. III.	Sonnino an Avarna . . . . .	454	<b>Grb.</b> 58
1. IV.	Macchio an Burián . . . . .	317	<b>Vg.I.</b> 133
1. IV.	Sonnino an Avarna . . . . .	456	<b>Grb.</b> 59
2. IV.	Burián an Macchio . . . . .	318	<b>Vg.I.</b> 134
2. IV.	Macchio an Burián . . . . .	320	„ 135
2. IV.	Burián an Macchio . . . . .	320	„ 136
2. IV.	Avarna an Sonnino . . . . .	456	<b>Grb.</b> 60
2. IV.	Bollati an Sonnino . . . . .	458	„ 61
3. IV.	Macchio an Burián . . . . .	320	<b>Vg.I.</b> 137
6. IV.	Burián an Macchio . . . . .	322	„ 138
6. IV.	Avarna an Sonnino . . . . .	458	<b>Grb.</b> 62
7. IV.	Macchio an Burián . . . . .	322	<b>Vg.I.</b> 139
7. IV.	Macchio an Burián . . . . .	323	„ 140
8. IV.	Sonnino an Avarna . . . . .	458	<b>Grb.</b> 63
8. IV.	Sonnino an Avarna . . . . .	459	„ 64
10. IV.	Avarna an Sonnino . . . . .	461	„ 65
10. IV.	Squitti an Sonnino . . . . .	461	„ 66
11. IV.	Burián an Macchio . . . . .	324	<b>Vg.I.</b> 141
12. IV.	Hohenlohe an Burián . . . . .	326	„ 142
13. IV.	Sonnino an Avarna . . . . .	461	<b>Grb.</b> 67
13. IV.	Cucchi an Sonnino . . . . .	462	„ 68

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>			
14. IV.	Macchio an Burián . . . . .	327	<b>Vg.I.</b> 143
14. IV.	Avarna an Sonnino . . . . .	462	<b>Grb.</b> 69
15. IV.	Bollati an Sonnino . . . . .	462	" 70
16. IV.	Burián an Macchio . . . . .	328	<b>Vg.I.</b> 144
16. IV.	Burián an Macchio . . . . .	330	" 145
16. IV.	Avarna an Sonnino . . . . .	462	<b>Grb.</b> 71
17. IV.	Burián an Macchio . . . . .	331	<b>Vg.I.</b> 146
18. IV.	Macchio an Burián . . . . .	331	" 147
18. IV.	Burián an Macchio . . . . .	332	" 148
19. IV.	Burián an Macchio . . . . .	333	" 149
19. IV.	Mitteilung der luxemburgischen Gesandtschaft in Frankreich betr. den Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg . . . . .	692	
20. IV.	Macchio an Burián . . . . .	334	" 150
21. IV.	Burián an Macchio . . . . .	335	" 151
21. IV.	Sonnino an Avarna . . . . .	466	<b>Grb.</b> 72
21. IV.	Avarna an Sonnino . . . . .	467	" 73
22. IV.	Macchio an Burián . . . . .	335	<b>Vg.I.</b> 152
22. IV.	Burián an Macchio . . . . .	336	" 153
22. IV.	Burián an Macchio . . . . .	337	" 154
24. IV.	Czernin an Burián . . . . .	553	<b>RbR.</b> 28
25. IV.	Avarna an Sonnino . . . . .	467	<b>Grb.</b> 74
26. IV.	Macchio an Burián . . . . .	337	<b>Vg.I.</b> 155
26. IV.	Macchio an Burián . . . . .	338	" 156
26. IV.	Vertrag Englands, Frankreichs und Rußlands mit Italien . . . . .	509	
27. IV.	Burián an Macchio . . . . .	338	" 157
28. IV.	Burián an Macchio . . . . .	338	" 158
28. IV.	Macchio an Burián . . . . .	341	" 159
28. IV.	Macchio an Burián . . . . .	342	" 160
29. IV.	Burián an Macchio . . . . .	342	" 161
29. IV.	Avarna an Sonnino . . . . .	468	<b>Grb.</b> 75
30. IV.	Burián an Macchio . . . . .	343	<b>Vg.I.</b> 162
1. V.	Macchio an Burián . . . . .	343	" 163
1. V.	Macchio an Burián . . . . .	344	" 164
2. V.	Burián an Macchio . . . . .	345	" 165
2. V.	Burián an Macchio . . . . .	345	" 166
2. V.	Macchio an Burián . . . . .	346	" 167
3. V.	Macchio an Burián . . . . .	346	" 168
3. V.	Sonnino an Avarna . . . . .	471	<b>Grb.</b> 76
4. V.	Burián an Macchio . . . . .	347	<b>Vg.I.</b> 169

## 1915.

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
4. V.	Burián an Macchio . . . . .	348	<b>Vg.I.</b> 170
4. V.	Macchio an Burián . . . . .	350	" 171
4. V.	Avarna an Sonnino . . . . .	472	<b>Grb.</b> 77
5. V.	Burián an Macchio . . . . .	352	<b>Vg.I.</b> 172
5. V.	Macchio an Burián . . . . .	354	" 173
6. V.	Macchio an Burián . . . . .	354	" 174
6. V.	Macchio an Burián . . . . .	355	" 175
9. V.	Burián an Macchio . . . . .	355	" 176
10. V.	Burián an Macchio . . . . .	356	" 177
10. V.	Macchio an Burián . . . . .	357	" 178
10. V.	Burián an Macchio . . . . .	358	" 179
11. V.	Czernin an Burián . . . . .	553	<b>RbR.</b> 29
12. V.	Macchio an Burián . . . . .	358	<b>Vg.I.</b> 180
13. V.	Burián an Macchio . . . . .	359	" 181
13. V.	Macchio an Burián . . . . .	359	" 182
14. V.	Burián an Macchio . . . . .	360	" 183
14. V.	Macchio an Burián . . . . .	360	" 184
15. V.	Macchio an Burián . . . . .	361	" 185
15. V.	Macchio an Burián . . . . .	364	" 186
15. V.	Macchio an Burián . . . . .	365	" 187
16. V.	Burián an Macchio . . . . .	365	" 188
16. V.	Macchio an Burián . . . . .	367	" 189
17. V.	Burián an Macchio . . . . .	368	" 190
17. V.	Macchio an Burián . . . . .	368	" 191
17. V.	Rede Tiszas im ungarischen Abgeordneten- haus . . . . .	390	
18. V.	Macchio an Burián . . . . .	368	" 192
18. V.	Macchio an Burián . . . . .	369	" 193
18. V.	Macchio an Burián . . . . .	369	" 194
18. V.	Reichstagsrede des Reichskanzlers . . . . .	495	
19. V.	Macchio an Burián . . . . .	370	" 195
19. V.	Macchio an Burián . . . . .	370	" 196
20. V.	Macchio an Burián . . . . .	371	" 197
20. V.	Macchio an Burián . . . . .	371	" 198
20. V.	Rede Salandras in der Deputiertenkammer	472	
21. V.	Burián an Macchio . . . . .	373	<b>Vg.I.</b> 199
21. V.	Burián an Macchio . . . . .	373	" 200
21. V.	Macchio an Burián . . . . .	376	" 201
21. V.	Ausslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zur Kündigung des Dreibundver- trages . . . . .	500	

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>			
21. V.	Czernin an Burián . . . . .	554	<b>RbR.</b> 30
22. V.	Burián an Macchio . . . . .	377	<b>Vg.I.</b> 202
23. V.	Macchio an Burián . . . . .	377	" 203
23. V.	Burián an Macchio . . . . .	378	" 204
23. V.	Macchio an Burián . . . . .	379	" 205
23. V.	Burián an Czernin . . . . .	554	<b>RbR.</b> 31
23. V.	Proklamation des Kaisers Franz Joseph .	378	
23. V.	Italienische Antwort auf die österreichische Note v. 21. V. . . . .	474	
23. V.	<b>Italiens Kriegserklärung an Oesterreich - Ungarn . . . . .</b>	475	
23. V.	Italienische Notifikation des Kriegszustandes mit Oesterreich-Ungarn an die Mächte . .	476	
23. V.	Deutsche Bekanntgabe der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn . .	495	
26. V.	Rede Tiszas im ungarischen Abgeordneten- haus . . . . .	391	
26. V.	Italienische Erklärung der Blockade der österr. und alban. Küsten . . . . .	481	
26. V.	Czernin an Burián . . . . .	555	" 32
26. V.	Neutralitätserklärung Argentiniens für den Krieg zwischen Italien und Oesterreich- Ungarn . . . . .	631	
28. V.	Reichstagsrede des Reichskanzlers . . . .	497	
29. V.	Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zur Geschichte des Dreibunds . .	503	
30. V.	Italienische Erklärung der Beschränkung der Blockade der albanischen Küsten . . . .	482	
V.	Erklärung Italiens an die Schweiz betr. Ach- tung der Neutralität der Schweiz . . . .	480	
V.	Botschaft des Präsidenten der Argentinischen Republik an den Kongreß . . . . .	630	
V.	Zirkularnote der Pforte an die befreundeten und neutralen Mächte über die Feindselig- keiten in Aegypten und im Suezkanal . .	694	
2. VI.	Rede Salandras vom Kapitol . . . . .	483	
9. VI.	Czernin an Burián . . . . .	555	" 33
10. VI.	Burián an Czernin . . . . .	556	" 34
23. VI.	Czernin an Burián . . . . .	556	" 35
26. VI.	Czernin an Burián . . . . .	556	" 36



		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>			
6. VII.	Italienische Note betr. Blockade des Adriatischen Meeres . . . . .	482	<b>RbR.</b> 37
13. VII.	Czernin an Burián . . . . .	557	" 38
16. VII.	Czernin an Burián . . . . .	557	
16. VIII.	Englisch-ägyptische Proklamation betr. Handelsverkehr mit feindlichen Personen in Ägypten . . . . .	25	<b>Ae. II</b> 329
21. VIII.	Zirkulartelegramm der italienischen Regierung an die diplomatischen Vertreter im Ausland betr. Kriegserklärung an die Türkei . . . . .	492	<b>RbR.</b> 39
28. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	557	
31. VIII.	Französische Bekanntmachung der italienischen Kriegserklärung an die Türkei . . . . .	494	" 40
10. IX.	Czernin an Burián . . . . .	557	" 41
11. IX.	Burián an Czernin . . . . .	558	" 42
14. IX.	Czernin an Burián . . . . .	559	" 43
17. IX.	Czernin an Burián . . . . .	560	" 44
22. IX.	Czernin an Burián . . . . .	560	" 45
24. IX.	Czernin an Burián . . . . .	561	" 46
24. IX.	Czernin an Burián . . . . .	561	" 47
25. IX.	Burián an Czernin . . . . .	562	
4. X.	Russisches Ultimatum an Bulgarien . . . . .	533	
4. X.	Rede des Präsidenten Venizelos in der griechischen Kammer . . . . .	653	
12. X.	Bulgarische Kundgebung . . . . .	530	
14. X.	<b>Bulgarische Notifikation des Kriegszustandes mit Serbien . . . . .</b>	530	
15. X.	<b>Englische Notifikation des Kriegszustandes mit Bulgarien . . . . .</b>	535	
16. X.	Englisch-ägyptische Bekanntgabe des Kriegszustandes zwischen Großbritannien und Bulgarien . . . . .	27	<b>Ae. II</b> 372
16. X.	Englisch-ägyptische Proklamation betr. Ausdehnung der Verordnungen des Ministerrats vom 5. 8. 15 und der Proklamationen vom 25. I. und 16. 8. 15 auf Bulgarien . . . . .	27	" 373
19. X.	<b>Italienische Bekanntgabe der Kriegserklärung an Bulgarien . . . . .</b>	536	
22. X.	Bulgarische Protestnote gegen Beschießung offener Städte . . . . .	532	

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>			
... X.	<b>Serbische Erklärung des Kriegszustandes mit Bulgarien . . . . .</b>	533	
... X.	Kundgebung des Königs der Bulgaren . . .	531	
... X.	Russische Denkschrift zur Balkanlage . .	534	
... X.	Russischer Erlaß . . . . .	535	
... X.	<b>Französische Notifikation des Kriegszustandes mit Bulgarien . . . . .</b>	536	
... X.	Französische Notifikation der Blockadeerklärung der bulgarischen Küsten . . .	536	
2. XI.	Rede Asquiths im Unterhaus betr. Griechenland . . . . .	653	
3. XI.	Rede von Venizelos in der griechischen Kammer . . . . .	654	
3. XI.	Burián an Czernin . . . . .	562	<b>RbR.</b> 48
4. XI.	Czernin an Burián . . . . .	562	" 49
21. XI.	Manifest von Venizelos . . . . .	657	
24. XI.	Geheimtelegramm des russischen Gesandten in Bukarest . . . . .	700	
10. XII.	Russische Notiz für den Minister . . . .	701	
... 1915	Bulgarische Denkschrift . . . . .	511	
<b>1916.</b>			
8. II.	Geheimtelegramm des russischen Militäragenten in Rumänien betr. rumänisch-bulgarischen Grenzzwischenfall . . . . .	698	
7. III.	Burián an Czernin . . . . .	563	<b>RbR.</b> 50
9. III.	<b>Deutschlands Kriegserklärung an Portugal . . . . .</b>	537	
10. III.	Czernin an Burián . . . . .	563	" 51
12. III.	Geheimtelegramm des russischen Gesandten in Bukarest . . . . .	701	
14. III.	Rede Greys im Unterhaus . . . . .	539	
14. III.	Nachricht über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Portugal . . . . .	540	
17. III.	Geheimtelegramm des russischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt an den Gesandten in Bukarest . . . . .	702	
8. V.	Geheimtelegramm an den russischen Gesandten in Bukarest . . . . .	702	
12. V.	Czernin an Burián . . . . .	564	<b>RbR.</b> 52

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1916.</b>			
13. V.	Czernin an Burián . . . . .	564	<b>RBR.</b> 53
26. V.	Czernin an Burián . . . . .	566	" 54
10. VI.	Wodianer an Burián . . . . .	567	" 55
11. VI.	Wodianer an Burián . . . . .	567	" 56
11. VI.	Wodianer an Burián . . . . .	567	" 57
12. VI.	Wodianer an Burián . . . . .	568	" 58
12. VI.	Felner an Burián . . . . .	568	" 59
17. VI.	Czernin an Burián . . . . .	568	" 60
18. VI.	Geheimtelegramm des russischen Gesandten in London . . . . .	703	
18. VI.	Geheimtelegramm des russischen Gesandten Bukarest . . . . .	703	
19. VI.	Czernin an Burián . . . . .	569	" 61
21. VI.	Kollektivnote Frankreichs, Englands und Rußlands an Griechenland . . . . .	662	
23. VI.	Griechische Antwort auf die Kollektivnote	665	
23. VI.	Auslassung der Times zu der Kollektivnote an Griechenland . . . . .	666	
24. VI.	Czernin an Burián . . . . .	570	" 62
24. VI.	Telegramm des russischen Gesandten in London . . . . .	704	
25. VI.	Czernin an Burián . . . . .	571	" 63
25. VI.	Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Rom . . . . .	703	
27. VI.	Czernin an Burián . . . . .	572	" 64
27. VI.	Czernin an Burián . . . . .	572	" 65
28. VI.	Czernin an Burián . . . . .	573	" 66
30. VI.	Czernin an Burián . . . . .	574	" 67
1. VII.	Czernin an Burián . . . . .	575	" 68
7. VII.	Czernin an Burián . . . . .	576	" 69
12. VII.	Czernin an Burián . . . . .	577	" 70
12. VII.	Czernin an Burián . . . . .	578	" 71
17. VII.	Czernin an Burián . . . . .	578	" 72
18. VII.	Burián an Czernin . . . . .	578	" 73
18. VII.	Burián an Hohenlohe . . . . .	579	" 74
18. VII.	Czernin an Burián . . . . .	580	" 75
19. VII.	Czernin an Burián . . . . .	581	" 76
20. VII.	Czernin an Burián . . . . .	582	" 77
26. VII.	Czernin an Burián . . . . .	582	" 78
27. VII.	Burián an Czernin . . . . .	583	" 79
27. VII.	Czernin an Burián . . . . .	583	" 80

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1916.</b>			
29. VII.	Czernin an Burián . . . . .	584	<b>RbR.</b> 81
1. VIII.	Burián an Czernin . . . . .	586	" 82
1. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	586	" 83
2. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	587	" 84
3. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	587	" 85
5. VIII.	Felner an Burián . . . . .	587	" 86
7. VIII.	Burián an Hohenlohe . . . . .	587	" 87
7. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	588	" 88
7. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	589	" 89
8. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	589	" 90
8. VIII.	Hohenlohe an Burián . . . . .	590	" 91
9. VIII.	Burián an Czernin . . . . .	590	" 92
10. VIII.	Burián an Czernin . . . . .	590	" 93
11. VIII.	Burián an Giskra . . . . .	591	" 94
11. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	591	" 95
11. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	591	" 96
12. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	592	" 97
14. VIII.	Burián an Czernin . . . . .	592	" 98
14. VIII.	Burián an Czernin . . . . .	592	" 99
17. VIII.	Burián an Czernin . . . . .	592	" 100
18. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	593	" 101
19. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	593	" 102
20. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	593	" 103
22. VIII.	Burián an Czernin . . . . .	594	" 104
23. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	594	" 105
24. VIII.	Felner an Burián . . . . .	594	" 106
25. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	595	" 107
26. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	595	" 108
26. VIII.	Czernin an Burián . . . . .	596	" 109
27. VIII.	Italienische Notifikation des Kriegszustandes mit Deutschland an Frankreich . . . . .	495	
27. VIII.	Porumbaro an Burián. <b>Kriegserklärung Rumäniens an Oesterreich-Ungarn</b>	596	" 110
28. VIII.	<b>Kriegserklärung Italiens an Deutschland</b> . . . . .	494	
28. VIII.	Ausslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zur Kriegserklärung Italiens an Deutschland . . . . .	505	
28. VIII.	Armeeoberkommandobefehl des Erzherzog Friedrich . . . . .	600	



		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1916.</b>			
28. VIII.	Proklamation des Königs Ferdinand von Rumänien . . . . .	600	
28. VIII.	Verbalnote des deutschen Auswärtigen Amts an den rumänischen Geschäftsträger in Berlin	601	
30. VIII.	Aussassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zur Vorgeschichte der Beteiligung Rumäniens am Kriege . . . . .	605	
30. VIII.	Aussassung des K. u. K. Telegr.-Korrespondenzbüro zur Antwort Oesterreich-Ungarns an Rumänien . . . . .	606	
VIII.	Mitteilung betr. die türkische Kriegserklärung an Rumänien . . . . .	603	
1. IX.	Radoslawow an den rumänischen Gesandten in Sofia. <b>Bulgariens Kriegserklärung an Rumänien</b> . . . . .	601	
1. IX.	Hakky Pascha an Jagow. Notifikation des Kriegszustandes der Türkei mit Rumänien	603	
1. IX.	Manifest des Königs der Bulgaren . . .	604	
2. IX.	Bericht über Rede von Tisza im Magnatenhaus . . . . .	608	
23. IX.	Hadik an Burián . . . . .	599	<b>RbR. 111</b>
27. IX.	Proklamation von Venizelos an das griechische Volk . . . . .	667	
IX.	Französische Notifikation der Blockade Kawallas . . . . .	667	
XI.	Russischer Bericht über das russisch-rumän. Abkommen und Rumäniens Eingreifen in den Krieg . . . . .	609	
2. XII.	Bekanntmachung der griechischen Regierung	668	
7. XII.	Französische Notifikation der Blockade Griechenlands . . . . .	668	
	Italienische Note an Griechenland . . . .	669	
... 1916	Bulgarische Note betr. Schaffung einer neutralen Zone an der serbisch-griechischen Grenze . . . . .	657	
<b>1917.</b>			
8. I.	Aus dem Ultimatum Frankreichs, Englands, Italiens und Rußlands an Griechenland . .	669	
8. II.	Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio . . . . .	613	

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts
<b>1917.</b>		
9. II.	Note des brasilianischen Gesandten in Berlin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts	618
19. II.	Erklärung der Alliierten an das griechische Volk . . . . .	671
24. II.	Der chinesische Gesandte in Berlin an Zimmermann . . . . .	612
6. III.	Russische Denkschrift über die kleinasiatische Frage . . . . .	697
11. III.	Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Paris . . . . .	698
11. III.	Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio . . . . .	614
14. III.	Note Chinas an Deutschland betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen . . . . .	615
19. III.	Note des Siamesischen Gesandten in Berlin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts . . . . .	627
27. III.	Griechische Note an Frankreich betr. Vor- gehen der französischen Truppen . . . . .	671
12. IV.	Mitteilung der <b>Kriegserklärung Ku- bas an Deutschland</b> . . . . .	618
16. IV.	Mitteilung über brasilianische Note an Deutschland und Auslassung der Norddeut- schen Allgemeinen Zeitung über die Note . . . . .	619
2. V.	Mitteilung über brasilianische Note an Deutschland betr. die deutschen Schiffe in Brasilien . . . . .	621
2. V.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Guatemalas zu Deutschland . . . . .	623
5. V.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Boliviens zu Deutschland . . . . .	624
20. V.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Liberias zu Deutschland . . . . .	624
28. V.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen von Honduras zu Deutschland . . . . .	624
30. V.	Reutermeldung über Brasiliens Aufgabe der Neutralität . . . . .	623
V.	Botschaft des Präsidenten von Brasilien . . . . .	612
V.	Bericht des diplomatischen Ausschusses der brasilianischen Kammer . . . . .	623

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1917.</b>			
6. VI.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Nicaraguas zu Deutschland .	625	
7. VI.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Haiti	625	
11. VI.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen San Domingos zu Deutschland	627	
11. VI.	Erklärung Jonnarts an die griechische Regierung betr. Abdankung des Königs Konstantin . . . . .	673	
11. VI.	Antwort der griechischen Regierung auf die Erklärung Jonnarts vom 11. VI. . . . .	674	
13. VI.	Telegramm des griechischen Ministerpräsidenten Zaimis an die griechische Gesandtschaft in Berlin betr. Abdankung des Königs Konstantin . . . . .	675	
VI.	Proklamation Jonnarts an das griechische Volk . . . . .	675	
1. VII.	Griechische Note an Deutschland betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland . . . . .	675	
3. VII.	Türkische Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei . . . . .	677	
26. VII.	Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zur Haltung Siams . . . . .	628	
28. VII.	Mitteilung betr. <b>Siams Eintritt in den Kriegszustand mit Deutschland</b> .	628	
30. VII.	Mitteilung betr. <b>die Kriegserklärung Siams an Oesterreich-Ungarn</b> . .	629	
VII.	Griechische Note an Bulgarien betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien	677	
VII.	Communiqué der russischen provisorischen Regierung betr. die Vorgänge in Griechenland . . . . .	677	
VII.	Geheimtelegramm Terestschenkos an den russischen Geschäftsträger in Paris betr. Abberufung der russischen Abteilung auf dem Berge Athos durch Sarraill . . . . .	678	
19. VIII.	Deutsche Mitteilung betr. <b>Chinas Erklärung des Kriegszustandes mit Deutschland</b> . . . . .	616	

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1917.</b>			
30. VIII.	Geheimtelegramm des russischen Ministers des Auswärtigen an die russischen Botschafter und Geschäftsträger in Paris, London, Tokio und Rom . . . . .	616	
... VIII.	Bericht über die Zeugenaussagen in dem Prozeß gegen den russischen General Suchomlinow . . . . .	685	
15. IX.	Mitteilung über die argentinische Note betr. Zustellung der Pässe an Graf Luxburg . .	632	
20. IX.	Zeitungsnachrichten über Abbruch der diplo- matischen Beziehungen Argentinien zu Deutschland . . . . .	632	
25. IX.	Geheimtelegramm Terestschenkos an den russischen Geschäftsträger in Paris betr. das Abkommen über Kleinasien . . . . .	697	
3. X.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Costaricas an Deutschland . .	632	
7. X.	Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung betr. Lyoner Funkspruch vom 21. IX.	690	
7. X.	Havasmeldung betr. Abbruch der diploma- tischen Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland . . . . .	652	
7. X.	Havasmeldung über den Abbruch der diplo- matischen Beziehungen zwischen Peru und Deutschland . . . . .	652	
10. X.	Mitteilung betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Peru und dem Deutschen Reiche . . . . .	652	
11. X.	Mitteilung über den Abbruch der diploma- tischen Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland . . . . .	652	
6. XI.	Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Vorgänge in Haiti vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen . .	626	
... XI.	Russische Veröffentlichung eines Memoran- dums betr. Abkommen über Konstanti- nopol und die Meerengen mit England und Frankreich . . . . .	506	
... XI.	Russische Veröffentlichung betr. Ueberein- kommen mit Italien vom Jahre 1915 . .	508	



		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1917.</b>			
... XI.	Russische Veröffentlichung des Vertrages Englands, Frankreichs und Rußlands mit Italien vom 26. IV. 15 . . . . .	509	
8. XII.	Reutermeldung über den Abbruch der diplo- matischen Beziehungen zwischen Ecuador und Deutschland . . . . .	680	
11. XII.	Reutermeldung betr. Kriegserklärung Pana- mas an Oesterreich-Ungarn . . . . .	617	
13. XII.	Mitteilung betr. Kriegserklärung Kubas an Oesterreich-Ungarn . . . . .	618	
... 1917	Deutsche Mitteilung über die Stellungnahme der Kubanischen Regierung zur deutschen Sperrgebietserklärung vom 31. Januar . .	617	
... 1917	Griechische Note an Frankreich betr. die französischen Maßnahmen auf der Insel Zante . . . . .	671	
... 1917	Griechische Note an Frankreich betr. Ver- halten des Königs Konstantin . . . . .	672	
<b>1918.</b>			
1. III.	Rede Pichons betr. das Telegramm des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris vom 31. VII. 14 . .	684	
Ohne Datum.	Russische Denkschrift über die griechische Frage . . . . .	658	
" "	Erklärung Serbiens . . . . .	693	
" "	Schreiben des russischen Gesandten in Bukarest an den Unterstaatssekretär im russischen Auswärtigen Amt . . . . .	699	
" "	Oesterreichische Darstellung der Vorge- schichte des Krieges mit Italien . . . . .	209	Vg. 1—18

## C. Verzeichnis der im Urkundenregister und in den Urkunden vorkommenden Staatsmänner.

[Vgl. dazu auch das Verzeichnis im vorhergehenden Band S. 761.]

- Abbas Hilmi Pascha*, Khedive von Aegypten.  
*Aehrenthal*, A. Graf von Lexa von, österreichisch-ungarischer Minister des  
 Aeußern (1911).  
*Ambrozy*, von Zéden, Ludwig, Graf, österreichisch-ungarischer Botschaftsrat  
 in Rom.  
*Avarna*, G. Herzog, italienischer Botschafter in Wien.  
*Barrère*, Camille, französischer Botschafter in Rom.  
*Bax-Ironside*, Sir H., englischer Geschäftsträger in Sofia.  
*Beaumont*, englischer Geschäftsträger in Konstantinopel.  
*Benckendorff*, Alexander, Graf, russischer Botschafter in London.  
*Berchtold*, Leopold, Graf, österreichisch-ungarischer Ministerpräsident.  
*Bernassa y Jerez*, J., Präsident d. mil. Gerichtshofs, Div.-General, Uruguay.  
*v. Bethmann-Hollweg*, Dr., Reichskanzler, Präsident des Staatsministeriums  
 und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.  
*Bollati*, R., italienischer Botschafter in Berlin.  
*Bompard*, Louis Maurice, französischer Botschafter in Konstantinopel.  
*Bratianu*, Ionel, rumänischer Ministerpräsident und Kriegsminister.  
*Braz*, Dr. Wenceslao Pereira Gomes, Präsident der Vereinigten Staaten von  
 Brasilien.  
*Brum*, Dr., Baltasar, Minister für Inneres und Kultus — Uruguay.  
*v. Buch*, deutscher Truppenkommandant in Luxemburg.  
*Buchanan*, Sir George W., englischer Botschafter in Petersburg.  
*v. Bülow*, Bernhard H. M. K. Fürst, deutscher Botschafter in Rom.  
*Burián von Rajecz*, Baron, österreichischer Minister des Aeußern.  
*Bussche-Haddenhausen*, Freiherr von dem, deutscher Gesandter in Bukarest.  
*Cambon*, Paul, französischer Botschafter in London.  
*Carlotti di Riparbella* Marquis A., italienischer Botschafter in Petersburg.  
*Cartwright*, Sir F. L., englischer Botschafter in Wien (1912).  
*Cheetham*, Milne, englischer Geschäftsträger in Aegypten.  
*Costinescu*, Emil, rumänischer Finanzminister.  
*Cucchi* (F. Cucchi Boasso), italienischer Gesandter in Sofia.  
*Czernin von und zu Chudenitz*, Graf, österreichisch-ungarischer Gesandter  
 in Bukarest.

- Davignon*, J., belgischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.  
*Delcassé*, Th., französischer Botschafter in St. Petersburg.  
*Demidow*, E., *Prinzipe di San Donato*, russischer Gesandter in Athen. 1915.  
*Desert*, Enoch, Dr., Staatssekretär — Aeußeres und Justiz — Haiti.  
*Djavid* Bey, türkischer Finanzminister.  
*Djemal* Pascha, türkischer Marineminister.  
*Doumergue*, G., französischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.  
  
*Elliot*, F. E. H., englischer Gesandter in Athen.  
*Enver* Pascha, türkischer Kriegsminister.  
*Eyschen*, luxemburgischer Ministerpräsident.  
  
*Fahreddin* Bey, türkischer Geschäftsträger in Petersburg.  
*v. Felner*, österreichisch-ungarischer Generalkonsul in Galatz.  
*Fitzroy*, Sir Almeric, Clerk im Geheimen Rat des Königs von England.  
*Flotow*, Dr. H. von, deutscher Botschafter in Rom.  
  
*Garroni*, C. Marquis, italienischer Botschafter in Konstantinopel.  
*Giolitti*, Giov., italienischer Ministerpräsident und Minister des Innern.  
*Giers*, M. N. v., russischer Botschafter in Konstantinopel.  
*v. Giesl*, W., Freiherr v. *Giesl-Gieslingen*, österreichisch-ungarischer Gesandter in Belgrad.  
*Giskra*, J. K., Freiherr von, österreichisch-ungarischer Gesandter im Haag.  
*Goluchowsky*, Graf, österreichisches Herrenhausmitglied, vormaliger Minister des Aeußern.  
*Greene*, Sir Conynham, Mitglied des Geheimen Rats des Königs von England.  
*Grey*, Sir Edward, englischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.  
*Guicciardini*, Conte, italienischer Minister des Aeußern.  
*Guillemin*, J., französischer Gesandter in Athen.  
*Gunaris*, D., griechischer Minister des Innern.  
  
*Hadik von Futak*, Graf, österreichisch-ungarischer Gesandter in Stockholm.  
*Hakki* Pascha, Hoheit, türkischer Botschafter in Berlin.  
*Halil* Bey, Präsident des türkischen Abgeordnetenhauses.  
*Harcourt*, Lewts, englischer Staatssekretär der Kolonien.  
*zu Hohenlohe-Schillingsfürst* Gottfried, Prinz, österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin.  
  
*Iswolsky*, russischer Botschafter in Paris.  
  
*v. Jagow*, deutscher Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten.  
*Januschkewitsch*, Generalstabschef der russischen Armee.  
*Jonnart*, Charles C. A., „High Commissioner of the Protecting Powers“ in Griechenland.  
  
*Kamil* Pascha, Hussein, am 19. Dezember 1914 von England zum Khediven mit dem Titel „Sultan von Aegypten“ ernannt.

*Krupensky*, russischer Botschafter in Tokio.

*Loudon*, Dr., Jonkheer J., niederländischer Minister des Aeußern.

*Macchio*, Freiherr von, österreichisch-ungarischer Botschafter in Rom.

*Mac Kenna*, R., englischer Finanzminister.

*Majoresco*, T., rumänischer Ministerpräsident und Minister des Aeußern.

*Mallet*, Sir Louis, französischer Botschafter in Konstantinopel.

*Marghiloman*, Al., rumänischer Finanzminister.

*Martini*, J., italienischer Kolonialminister.

*Martino*, Nobile de, Generalsekretär des Ministeriums des Aeußern — Italien.

*v. Mayrhauser*, österreichisch-ungarischer Konsul in Valona.

*Maxwell*, John Grenfell, Generalleutnant, Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte in Aegypten.

*Mérey, von Capos*-, österreichisch-ungarischer Botschafter in Rom.

*Mjassojedow*, N. A., Geheimrat und Senator im russischen Reichsrat.

*v. Möricz*, österreichisch-ungarischer Konsul in Ancona.

*Motono*, Baron J., japanischer Botschafter in Petersburg.

*Murature*, José Louis, Ministersekretär für auswärtige Angelegenheiten und Kultus — Argentinien.

*Naum*, A., griechischer Gesandter in Bulgarien.

*Neratow*, A., Gehilfe des russischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten.

*Nicolson*, Sir Arthur, englischer Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

*Nigra*, Graf, italienischer Botschafter in Wien.

*Nousret Sadoullah* Bey, türkischer Gesandter bei der belgischen Regierung in Le Havre.

*Pallavicini*, J., Markgraf von, österreichisch-ungarischer Botschafter in Konstantinopel.

*Pichon*, französischer Minister des Aeußern.

*Poincaré*, Raymond, Präsident der französischen Republik.

*Poklewski-Kosell* (oder *Poklewski-Koziell*), Wirklicher Staatsrat, russischer Gesandter in Rumänien.

*Politis*, G., Mitglied der „Revolutionären Regierung“ in Saloniki.

*Poliwanow*, russischer Kriegsminister.

*Polychroniadis*, griechischer Geschäftsträger in Berlin.

*Porumbaru*, rumänischer Gesandter in Wien.

*Pourtalès*, Friedr., Graf, deutscher Botschafter in Petersburg.

*Prabandh*, Prinz Traidos, siamesischer Gesandter in Berlin.

*Prinetti*, italienischer Minister des Aeußern.

*Radoslawow*, Dr. V., bulgarischer Ministerpräsident und Minister des Aeußern.

*Renell-Rodd*, Sir J., englischer Botschafter in Rom.

*Ribot*, französischer Finanzminister.

*Rizoff*, D., bulgarischer Gesandter in Berlin.



- Roberts, J. F.*, englischer Generalkonsul in Odessa.
- Ruchdi Pascha, Hussein*, Ministerpräsident und Inneres — Aegypten.
- Said-Halim*, türkischer Großwesir und Minister des Aeußern.
- Salandra, A.*, italienischer Minister-Präsident und Minister des Innern (April 1914 bis 13. Juni 1916).
- San Giuliano, A. Marquis di*, italienischer Minister des Aeußern.
- Sasonow, S. D.*, russischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
- v. Schön, Frhr.*, deutscher Botschafter in Paris.
- Sewastopulos, M.*, russischer Botschaftsrat in Paris.
- Skuludis*, griechischer Ministerpräsident und Minister des Aeußern.
- Sonnino, Baron Sidney*, italienischer Minister des Aeußern (seit 5. Nov. 1914).
- Suchomlinow, W. A.*, russischer Kriegsminister.
- Swerbejew, S. N.*, russischer Botschafter in Berlin.
- v. Szögyény-Marich, L.*, Graf, österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin.
- Take Jonescu*, rumänischer Minister des Aeußern ohne Portefeuille seit 1917.
- Talaat Bey*, türkischer Minister des Innern.
- Terestschenko, M. J.*, Russischer Minister des Aeußern.
- Tewfik Pascha*, türkischer Botschafter in London.
- v. Tisza, Boros-Jenö et Szeged, Stephan*, Graf, ungarischer Ministerpräsident.
- Tittoni, T.*, italienischer Botschafter in Paris.
- Torrigiani*, Vizepräsident des italienischen Senats.
- Trotzki, Leo D. Braunstein*, russischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
- v. Tschirschky und Bögendorff, Heinrich Leonhard*, deutscher Botschafter in Wien.
- Venizelos, E.*, Vorsitzender des griechischen Ministeriums und Minister des Aeußern vom 23. August 1915 bis 4. Oktober 1915, seit 26. September 1916 Mitglied der „Revolutionären Regierung“ in Saloniki.
- Visconti Venosta*, Marquis, italienischer Minister des Aeußern.
- v. Wodianer*, österreichisch-ungarischer Gesandter in Bukarest.
- Yen, Dr. W. W.*, chinesischer Gesandter in Berlin.
- Zaimis, Alexandros*, griechischer Ministerpräsident und Minister des Aeußern.
- Zimmermann*, deutscher Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, später Staatssekretär.
- Zographos, Giorgios Christakis*, griechischer Minister des Aeußern.

## D. Inhaltsverzeichnis nach der Zeitfolge der Geschehnisse des Weltkrieges.

### Vorbemerkung:

*Die Bezeichnungen hinter dem senkrechten Strich geben die Nummern in den Buntbüchern, in den ägyptischen Rotbüchern jedoch die Seitenzahlen und in den Graubüchern Uruguays die Nummern der Graubücher an. Die angewendeten Abkürzungen sind aus dem vorstehenden Register A ersichtlich.*

	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>		
<b>23. Juli.</b> Oesterr. Note an Italien betr. das österr. Ultimatum an Serbien . . . . .	225	<b>Vg.I.</b> 5
<b>25. „</b> San Giuliano und Salandra erklären dem deutschen Botschafter in Rom, daß Italien in einem etwaigen österr.-russischen Kriege nicht verpflichtet sei, Oesterreich-Ungarn Hilfe zu leisten	485	
<b>25. „</b> Avarna versichert Berchtold der freundschaftlichen Haltung Italiens in einem etwaigen österr.-serbischen Kriege . . . . .	228	„ 9
<b>27. und 28. Juli.</b> Italien stellt Oesterreich-Ungarn gegenüber Kompensationsansprüche für eine etwaige Besetzung serbischen Territoriums durch Oesterreich-Ungarn . . . . .	233, 485	„ 15
<b>28. Juli.</b> Bericht des österr. Gesandten in Bukarest über eine Unterredung mit dem König von Rumänien betr. Wahrung der Neutralität Rumäniens .	542	<b>RbR.</b> 3
<b>29. „</b> Telegramm des Reichskanzlers an Pourtalès betr. Mobilmachung . . . . .	692	
<b>29. „</b> Ital. Antwort auf die österr. Note 23. VII. Aufrollung der Kompensationsfrage . . . .	235	<b>Vg.I.</b> 16
<b>29./30. Juli.</b> Allgemeine Mobilmachung in Rußland .	686, 688, 689	
Dazu: Bericht über die Zeugenaussagen im Suchomlinowprozeß . . . . .	685	
<b>31. Juli.</b> Poincaré bittet den König von England um diplomatische Hilfe zur Erhaltung des Friedens	682	
<b>31. „</b> Telegramm des Reichskanzlers an Schön .	684	
Dazu: Rede Pichons . . . . .	684	
<b>1. Aug.</b> Erklärung Berchtolds an den ital. Botschafter in Wien betr. Anerkennung der ital. Interpretation des Art. VII des Dreibundvertrages unter der Bedingung freundschaftlicher Haltung Italiens	237	<b>Vg.I.</b> 20

	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>		
1. Aug. Kaiser Franz Joseph benachrichtigt den König von Italien von der Mobilmachung . . . . .	238	<b>Vg.I.</b> 21
1. „ Antwort des Königs Georg an Poincaré . . . . .	683	
2. „ Allgemeine Mobilmachung in der Türkei . . . . .	49, 50	<b>Ob.II</b> 3, 5
2. „ Der König von Italien versichert Kaiser Franz Joseph der freundschaftlichen Haltung Italiens . . . . .	239	<b>Vg.I.</b> 23
2. „ Luxemburgischer Protest gegen die Grenzüberschreitung deutscher Truppen . . . . .	693	
3. „ Neutralitätserklärung Italiens . . . . .	242, 472	, 27
3. „ Der türk. Ministerrat beschließt Wahrung der Neutralität . . . . .	50	<b>Ob. II</b> 7
3. „ Aegyptische Anweisung betr. Schiffe der Kriegführenden in aegyptischen Gewässern . . . . .	1	<b>Ae I</b> 4
3./4. „ Requisition türkischer Kriegsschiffe durch England *) . . . . .	88, 89	<b>Bb. II</b> 1, 2, 4, 6
4. „ „Leichte Mobilisierung“ in Italien . . . . .	244	<b>Vg.I.</b> 31
4. „ Neutralitätserklärung Uruguays für den Krieg Deutschlands mit Rußland und Frankreich . . . . .	633	<b>Ur.Gb.</b> 8
4. „ Die Türkei legt Minen im Bosphorus und in den Dardanellen . . . . .	50	<b>Ob. II</b> 7
4. „ Der rumänische Kronrat lehnt ein Eingreifen Rumäniens in den Krieg ab . . . . .	543, 544	<b>RbR.</b> 4, 7
4. „ Aegyptisches Moratorium . . . . .	4	<b>Ae I</b> 9
5. „ Verordnung des aegypt. Ministerrats betr. die Verteidigung Aegyptens für den Krieg zwischen England und Deutschland . . . . .	5	, 11
5. „ Neutralitätserklärung Argentinien für den europäischen Krieg . . . . .	629	
7. „ Neutralitätserklärung Haitis . . . . .	625	
7. „ Neutralitätserklärung Uruguays für den Krieg Deutschlands mit Belgien und England . . . . .	633	<b>Ur.Gb.</b> 8
7. „ Verordnung betr. Neutralitätsregeln für die Gewässer Uruguays . . . . .	635	, 8
8. „ Aegyptische Mitteilung über die Auslegung der Verordnung vom 5. VIII. . . . .	10	<b>Ae.I</b> 21
9. „ Aegyptisches Moratorium . . . . .	9	, 19
10./11. Ang. „Goeben“ und „Breslau“ laufen in die Dardanellen ein und werden von der Türkei angekauft **) . . . . .	53, 90	<b>Ob. II</b> 17 <b>Bb.</b> 117, 8, 9

\*) Anm.: Vgl. **Bb.** II 24, 34, 64.\*\*) Anm.: Zur Stellung der „Goeben“ und „Breslau“ vgl. **Bb.** II 10, 11, 13, 15, 18, 20, 21, 41, 42, 53, 55, 56, 60, 64, 65, 76, 79, 84, 88, 94, 99, 107, 131, 138, 141, 151, 167, 168, 174.

	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>		
13. Aug. Türk. Neutralitätserklärung gegenüber England	92	<b>Bb.</b> II 14
13. „ Aegyptische Verordnung betr. die Verteidigung Aegyptens für den Krieg zwischen Oesterreich- Ungarn und England . . . . .	11	<b>Ae.I.</b> 21
14. „ Türk. Neutralitätserklärung gegenüber Rußland	55	<b>Ob.</b> II 25
14. „ Englische Protestnote gegen die Durchsuchung engl. Schiffe in Chanak durch die „Breslau“ und die Festhaltung engl. Schiffe . . . . .	110	<b>Bb.</b> II 62
14. „ Neutralitätserklärung Uruguays für den Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn .	634	<b>Ur.Gb.</b> 8
14. „ Neutralitätserklärung Uruguays für den Krieg Oesterreich-Ungarns mit England und Rußland .	634	„ 8
15. „ Die Offiziere der englischen Marinemission in Konstantinopel werden durch türkische ersetzt	92	<b>Bb.</b> II 16
16. „ Antwortnote der Pforte auf die engl. Note vom 14. VIII. . . . .	111	<b>Bb.</b> II 63
18. „ Verordnung Uruguays betr. Eintragung von Schiffen Kriegführender in das Schiffsregister .	639	<b>Ur.Gb.</b> 8
22. „ Türkische Note an England. Versprechen-freier Schiffahrt in den türkischen Gewässern für alle Handelsschiffe und der Ersetzung der deutschen Offiziere und Mannschaften auf den türkischen Schiffen durch Türken . . . . .	99	<b>Bb.</b> II 29
31. „ Verordnung betr. Verbot drahtloser Telegrafie zwischen Kriegs- und Handelsschiffen in den Gewässern Uruguays . . . . .	639	<b>Ur.Gb.</b> 9
31. „ Aegypt. Verordn. betr. Beschränkung des Post- verkehrs mit Deutschland u. Oesterreich-Ungarn	11	<b>Ae.I.</b> 67
1. Sept. Englische Mitteilung über den Suezkanal . .	107	<b>Bb.</b> II 52
8. „ Verordn. Uruguays betr. bewaffnete Handelsschiffe	641	<b>Ur.Gb.</b> 9
9. „ Note der Pforte betr. Aufhebung der Kapitu- lationen vom 1. X. an *) . . . . .	62	<b>Ob.</b> II 43
10. „ Gleichlautende Protestnote der Vertreter der europäischen Staaten in Konstantinopel gegen die Aufhebung der Kapitulationen . . . . .	64	„ 43
13./22. „ Zurückziehung der engl. Marinemission aus Konstantinopel **) . . . . .	67, 137	„ 52 <b>Bb.</b> II 112

\*) Zur Aufhebung der Kapitulationen vgl. **Ob.** II 44, 48, 51, 54, 55, 56, 61, 63—65, 74, 80. **Bb.** II 24, 28, 69—71, 73, 76, 77.

\*\*) Vgl. **Bb.** II 67, 68.



	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>		
20. Sept. Auslaufen der „Breslau“ ins Schwarze Meer .	69, 121	<b>Ob.</b> II 58 <b>Bb.</b> II 83
21. „ Engl. Mitteilung an die Pforte betr. die Zurückhaltung zweier türk. Kriegsschiffe in England	136	<b>Bb.</b> II 112
23. „ Engl. Note an die Pforte. Protest gegen militärische Vorbereitungen in Syrien gegen Aegypten	157	„ 143
26. „ Russische Note an die Pforte zur Aufhebung der Kapitulationen . . . . .	71, 128	<b>Ob.</b> II 65 <b>Bb.</b> II 97
26. „ Ein englisches Kriegsschiff verhindert die Ausfahrt eines türkischen Torpedoboots aus den Dardanellen . . . . .	72	<b>Ob.</b> II 67
26./27. „ Schließung der Dardanellen durch die Türkei*)	72	„ 67
26./27. „ Der englische, französische und russische Botschafter protestieren bei der Pforte gegen die Schließung der Dardanellen . . . . .	128, 72	<b>Bb.</b> II 97 <b>Ob.</b> II 68
27. „ Note der Pforte an England betr. Aufhebung der engl. Post in der Türkei . . . . .	154	<b>Bb.</b> II 140
28. „ Note der Pforte an England betr. die Kriegsschiffe Kriegführender in türk. Gewässern . .	165	„ 145
29. „ Verordnung betr. das Verbot drahtloser Telegrafie zwischen Kriegs- und Handelsschiffen in den Gewässern Uruguays . . . . .	642	<b>Ur.Gb.</b> 9
1. Okt. Engl. Antwortnote auf die Note der Pforte vom 27. IX. . . . .	155	<b>Bb.</b> II 140
1. „ Engl. Protestnote an die Pforte gegen die Abschaffung der Kapitulationen . . . . .	1, 56	„ 142
2. „ Engl. Note an die Pforte. Protest gegen militärische Vorbereitungen gegen Aegypten . .	162	„ 143
2. „ Engl. Note an die Pforte betr. Mißbrauch drahtloser Telegrafie durch deutsche Schiffe . . .	164	„ 144
4. „ Engl. Note an die Pforte betr. Kriegsschiffe Kriegführender in türk. Gewässern . . . .	169	„ 145
4. „ Engl. Note an die Pforte. Protest engl. Kriegsschiffe gegen Maßnahmen im Schatt-el-Arab .	171	„ 146
5. „ Engl. Note an die Pforte über die feindliche Haltung der türk. Presse gegen England . .	172	„ 147
7. „ Bericht über russisch-türkische Grenzfälle . .	138	„ 114
10. „ Der rumänische Ministerrat beschließt, an der Neutralität festzuhalten . . . . .	550	<b>RbR.</b> 22

\*) An m.: Vgl. **Bb.** II 102, 105, 107, 108.

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>			
11. Okt.	Protestnote der Pforte an England gegen die Verletzung der türk. Neutralität durch 2 engl. Kriegsschiffe im Schatt-el-Arab . . . . .	140	<b>Bb. II</b> 117
12. „	Antwortnote der Pforte auf die engl. Note vom 2. X. betr. Aegypten . . . . .	140	„ 118
13. „	Engl. Antwortnote auf die Note der Pforte v. 11. X. . . . .	142	„ 123
20. „	Verordnung Uruguays betr. drahtlose Telegrafie . . . . .	643	<b>Ur.Gb.</b> 11
20. „	Verordnung betr. von Uruguay nicht für Kriegs- konterbande angesehene Artikel . . . . .	645	„ 11
27. „	Griechische Truppen besetzen Nord-Epirus . . . . .	661	
28./29. „	Beginn der Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei im Schwarzen Meer . . 31 ff., 86, 186		<b>Bb. II</b> 177, 178
30. „	Der russische, engl. und französische Botschafter in Konstantinopel verlangen ihre Pässe . . . 81, 184		<b>Ob. II</b> 94, 95, 96 <b>Bb. II</b> 180
30. „	Russisches Ultimatum an die Türkei . . . . .	85	
30. „	Ital. Okkupation der Insel Saseno . . . . .	264, 265	<b>Vg. I.</b> 71 „ 72
31. „	Abreise des russ. Botschafters aus Konstantinopel . . . . .	85	<b>Ob. II</b> 98
... „	Der rumänische Ministerpräsident verweigert die Erlaubnis zur Durchfuhr türk. Pferde . . . . .	550	<b>RbR.</b> 23
1. Nov.	Engl. Note über die engl.-türk. Beziehungen . . . . .	201	
1. „	Abreise des engl. und franz. Botschafters aus Konstantinopel . . . . .	199	<b>Bb. II</b>
1. „	Der amerikanische Botschafter in Konstantinopel übernimmt die Wahrnehmung der französischen und englischen Interessen . . . . .	199	„
2. „	Engl. Proklamation des Belagerungszustandes in Aegypten . . . . .	13	<b>Ae. I</b> 148
2. „	Engl. Proklamation betr. die Geltung des Kriegsrechtes in Aegypten . . . . .	14	„ 149
2. „	Dem türkischen Botschafter in Petersburg werden die Pässe zugestellt . . . . .	82	<b>Ob. II</b> 97
3. „	Russische Note zum Beginn der Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei . . . . .	86	
4. „	Türkische Note zum Beginn der Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei . . . . .	33	
4. „	Der türk. Botschafter in London verlangt s. Pässe . . . . .	190	<b>Bb. II</b> 184
5. „	Franz. Erklärung d. Kriegszustandes m. d. Türkei . . . . .	206	
5. „	Engl. Erklärung des Kriegszustandes mit der Türkei . . . . .	203	

	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>		
5. Nov. Engl. Order in Council. Annexion Cyperns . . . . .	203	
6. „ Kriegserklärung an die Türkei durch den Ober- befehlshaber der engl. Streitkräfte in Aegypten . . . . .	14	<b>Ae. I</b> 154
6. „ Der türkische Gesandte bei der belgischen Re- gierung in Le Havre verlangt seine Pässe . . . . .	206	
6. „ Der belgische Gesandte in Konstantinopel erhält den Auftrag, seine Pässe zu fordern . . . . .	207	
6. „ Neutralitätserklärung Uruguays für den Krieg der Türkei mit Frankreich und England . . . . .	646	<b>Ur.Gb.</b> 11
7. „ Aegyptische Proklamation betr. Ausdehnung der Verordnung vom 5. VIII. auf die Türkei . . . . .	18	<b>Ae. I</b> 159
12. „ Türkische Kriegserklärung an Rußland, Eng- land und Frankreich . . . . .	33	
12. „ Türkische Manifeste an Heer und Flotte . . . . .	35	
13. „ Verkündung des Heiligen Krieges . . . . .	41	
22. „ Türkische Erklärung zum Heiligen Krieg gegen den Dreiverband . . . . .	43, 47	
5. Dez. Angebot Südalbaniens an Griechenland von Rußland, England und Frankreich . . . . .	658	
11. „ Der ital. Botschafter in Wien fordert Verhand- lungen über die Kompensationsfrage auf Grund des Art. VII des Dreibundvertrages . . . . .	265, 393	<b>Vg.I.</b> 74 <b>Grb.</b> 1
14. „ Thronrede des Sultans . . . . .	48	
15. „ Verordnung Uruguays betr. die Kriegsschiffe Kriegführender . . . . .	647	<b>Ur.Gb.</b> 12
15. „ Verordnung betr. Versorgung der Kriegsschiffe Kriegführender mit Kohlen in den Gewässern Uruguays . . . . .	650	„ 12
15. „ Verordnung betr. Beschränkung der Aufent- haltsdauer von Kriegsschiffen Kriegführender in den Gewässern Uruguays . . . . .	651	„ 12
18. „ Engl. Proklamation d. Protektorats über Aegypten . . . . .	17	<b>Ae. I</b> 189
19. „ England setzt den Khediven ab und ernennt des Prinzen Hussein Kamil zum Khediven mit dem Titel „Sultan von Aegypten“. (Englische Proklamation und englische Note an den Prinzen Hussein Kamil.) . . . . .	17, 18	„ 190 „ 191
19. „ Der „Sultan von Aegypten“ ernennt Hussein Ruchdi zum Ministerpräsidenten und setzt das Ministerium ein . . . . .	20, 22	„ 199 „ 202

	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1914.</b>		
19. Dez. Beginn der „Konversationen“ zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn über die Kompen- sationsfrage auf Grund des Art. VII des Drei- bundvertrages . . . . .	270, 399	<b>Vg.I.</b> 78 <b>Grb.</b> 7
... „ Türkische Bekanntmachung und Fetwa gegen Hussein Kamil . . . . .	29	
25. „ Besetzung Valonas durch Italien . . . . .	273	<b>Vg.I.</b> 80, 81, 82 ff.
<b>1915.</b>		
25. Jan. Angebot kleinasiatischer Gebiete an Griechen- land durch England . . . . .	658	
25. „ Engl.-ägyptische Proklamation betr. Handel mit Personen in feindlichem Gebiet . . . . .	23	<b>Ae. I</b> 224
28. „ Griechische Antwort auf das engl. Angebot kleinasiatischer Gebiete vom 25. I. . . . .	658	
... „ Serbien erklärt die Aufhebung der Verträge mit der Türkei . . . . .	693	
2. Febr. Venizelos erklärt unter der Bedingung des Ein- greifens Bulgariens in den Krieg Griechenland mit der Abtretung Kawallas an Bulgarien ein- verstanden . . . . .	659	
9. „ Burian meldet dem ital. Botschafter in Wien den österr.-ung. Kompensationsanspruch für die ital. Besetzung des Dodekanesos und Valonas an	288, 417	<b>Vg.I.</b> 104 <b>Grb.</b> 21
21./22. „ Italien verlangt Einstellung der österr. Ope- rationen auf dem Balkan bis zur Fertigstellung eines Kompensationsvertrages auf Grund von Gebietsabtretungen Oesterreich-Ungarns . . .	297, 424	<b>Vg.I.</b> 109 <b>Grb.</b> 26
27. „ Die Verbandsmächte warnen Griechenland vor weiteren Gebietserwerbungen in Albanien . .	661	
4. März Russische Denkschrift an England und Frank- reich betr. das Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen und die Annexion türkischer Gebiete . . . . .	506	
9. „ Oesterreich-Ungarn nimmt die Diskussionsbasis der Abtretung eignen Gebietes an Italien für die Verhandlungen in der Kompensationsfrage an	303, 436	<b>Vg.I.</b> 115 <b>Grb.</b> 39ff.
18. „ Telegramm Sasonows an den Botschafter in Paris betr. Vereinigung der Meerengen und Konstantinopels mit Rußland . . . . .	694	



	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>		
19. „ Errichtung eines unter ital. Leitung stehenden Hafenkapitanats in Valona . . . . .	312	<b>Vg.I.</b> 126
20. „ Telegramm Sasonows: Frage Konstantinopels und der Meerengen, — der Trennung des Kali- fats von der Türkei, — Persien und Afghanistan . . . . .	696	
20. „ Bülow übermittelt in Rom die Zusicherung der deutschen Regierung für die loyale Aus- führung des zwischen Italien und Oesterreich- Ungarn zu schließenden Vertrages . . . . .	446	<b>Grb.</b> 49
27. „ Erstmaliger Entwurf zu einem Vertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien über die Kom- pensationsfrage, dem ital. Botschafter in Wien von Burian vorgelegt . . . . .	315, 452	<b>Vg.I.</b> 131 <b>Grb.</b> 56
31. „ Protest Griechenlands betr. die Abtretung Ka- wallas an Bulgarien . . . . .	659	
. . . „ Rumänien verweigert die Erlaubnis zur Durch- fuhr türkischer Munition . . . . .	553	<b>RbR.</b> 27
10. April Der ital. Botschafter in Wien legt Burián seinerseits einen Vertragsentwurf von 11 Ar- tikeln über die Kompensationsfrage vor . . . . .	324, 459	<b>Vg.I.</b> 141 <b>Grb.</b> 64
12. „ Die Verbandsmächte garantieren Griechenland im Falle seines sofortigen Eingreifens gegen die Türkei Erwerbungen im Wilajet Aidin . . . . .	659	
14. „ Griechenland macht in einer Antwortnote an die Verbandsmächte sein Eingreifen gegen die Türkei von der Garantie seiner territorialen Unversehrtheit abhängig . . . . .	659	
16. „ Oesterr. Antwort auf den ital. Vertragsentwurf vom 10. IV.; Zugeständnisse betr. Südtirol . . . . .	328, 462	<b>Vg.I.</b> 144 <b>Grb.</b> 71
19. „ Mitteilung der luxemburgischen Gesandtschaft in Frankreich betr. Protest gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg . . . . .		
21. „ Der ital. Botschafter in Wien erklärt die österr. Antwort auf den ital. Vertragsentwurf vom 16. IV. für unbefriedigend . . . . .	336, 466, 467	<b>Vg.I.</b> 153 <b>Grb.</b> 72, 73
26. „ Vertrag Englands, Frankreichs und Rußlands mit Italien zur Sicherung der Hilfe Italiens . . . . .	509	
29. „ Oesterr. Antwort auf die ital. Erklärungen vom 21. IV. zur Kompensationsfrage, Nachgiebig- keit betr. Albanien . . . . .	338, 468	<b>Vg.I.</b> 158 <b>Grb.</b> 75

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>			
4. Mai	Kündigung des Dreibundvertrages durch Italien	348, 471	<b>Vg.I.</b> 170
	dazu: Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung . . . . .	500	<b>Grb.</b> 76
6. „	Der österr. Botschafter in Rom teilt dem ital. Minister des Aeußern weitere Zugeständnisse Oesterreichs an Italien betr. Kompensations- frage mit . . . . .	354, 352	<b>Vg.I.</b> 174 „ 172
10. „	Ueberreichung einer Liste der österr.-ung. Kon- zessionen an Italien durch Bülow und den österr. Botschafter in Rom . . . . .	357	„ 178
14. „	Der ital. Ministerrat (Kabinett Salandra) reicht dem König seine Demission ein . . . . .	360	„ 184
14. „	Griechische Erklärung der Wahrung der Neu- tralität an die Verbandsmächte . . . . .	659	
16. „	Der König von Italien lehnt das Demissions- gesuch des ital. Ministerrats ab . . . . .	367	<b>Vg.I.</b> 189
18. „	Der österr. Botschafter in Rom überreicht Sonnino einen ausführlichen Vertragsentwurf über die Kompensationsfrage . . . . .	369	„ 194
18. „	Reichskanzlerrede über die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien . .	495	
19. „	Der österr. Botschafter in Rom teilt Sonnino weitere Konzessionen als Ergänzung zu dem am 18. V. überreichten Vertragsentwurf mit .	370	<b>Vg.I.</b> 195
20. „	Sitzung der ital. Kammerr . . . . .	371	„ 198
20. „	Rede Salandras in der Deputiertenkammer . .	472	
21. „	Oesterr. Antwort auf die Kündigung des Drei- bundvertrages durch Italien . . . . .	373	„ 200
21. „	Der rumänische Ministerpräsident wiederholt die Verweigerung der Durchfuhrerlaubnis für türk. Munition . . . . .	554	<b>RbR.</b> 30
23. „	Ital. Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn .	378, 475	<b>Vg.I.</b> 204
23. „	Dem österr. Botschafter in Italien werden die Pässe zugestellt . . . . .	379	„ 205
23. „	Ital. Antwort auf die österr. Note vom 21. V.	474	
23. „	Ital. Notifikation des Kriegszustandes mit Oesterreich-Ungarn an die Mächte . . . . .	476	
23. „	Deutsche Bekanntgabe der ital. Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn . . . . .	495	
24. „	Abreise des österr. Botschafters aus Rom . .	379	<b>Vg.I.</b> 205

	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>		
26. Mai Ital. Erklärung der Blockade der österr. und albanischen Küsten . . . . .	481	
26. „ Neutralitätserklärung Argentiniens für den Krieg zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn . .	631	
28. „ Reichstagsrede des Reichskanzlers zur ital. Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn . . .	497	
30. „ Ital. Erklärung der Beschränkung der Blockade der albanischen Küsten . . . . .	482	
... „ Erklärung Italiens an die Schweiz betr. Achtung der Neutralität der Schweiz . . . . .	480	
... „ Botschaft des Präsidenten der argentinischen Republik . . . . .	630	
... „ Zirkularnote der Pforte über die Feindseligkeiten in Aegypten und im Suezkanal . . .	694	
... „ Besetzung von 18 Dörfern bei Koritza durch griechische Truppen . . . . .	661	
2. Juni Rede Salandras vom Kapitol zur ital. Kriegserklärung . . . . .	483	
6. Juli Ital. Note betr. Blockade des adriat. Meeres .	482	
16. „ Der rumänische Ministerpräsident verweigert Oesterreich-Ungarn gegenüber die Durchfuhrerlaubnis für Munition . . . . .	557	<b>RbR.</b> 38
3. Aug. Ital. Ultimatum an die Türkei . . . . .	493	
3. „ Mitteilungen Rußlands, Englands, Frankreichs und Italiens an Bulgarien und Griechenland betr. Abtretung Kawallas . . . . .	659	
5. „ Antwort der Pforte auf das ital. Ultimatum vom 3. VIII. . . . .	493	
12. „ Griechenland protestiert gegen die Abtretung Kawallas an Bulgarien . . . . .	659	
16. „ Engl.-aegyptische Proklamation betr. Handelsverkehr mit feindlichen Personen in Aegypten .	25	<b>Ae. II</b> 329
20. „ Ital. Kriegserklärung an die Türkei . . . .	494, 492	
21. „ Ital. Zirkulartelegamm an die diplomatischen Vertreter im Ausland betr. Kriegserklärung an die Türkei . . . . .	492	
31. „ Franz. Bekanntmachung der ital. Kriegserklärung an die Türkei . . . . .	494	
10. Sept. Erklärung des rumänischen Präsidenten über rumänische Truppenverstärkungen an der österr.-ung. Grenze . . . . .	558	<b>RbR.</b> 40

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1915.</b>			
14. Sept.	Unterredung des österr. Gesandten in Bukarest mit dem König von Rumänien betr. Zusage der Zurückziehung rumänischer Truppen von der Grenze	559	<b>RbR. 24</b>
21. „	Venizelos verlangt von Serbien im Falle der Hilfeleistung Griechenlands die Abtretung des Bezirks von Doiran und Gewgeli und Verzicht auf Strumitza . . . . .	660	
24. „	Serbien erklärt sich mit den am 21. IX. von Venizelos vorgeschlagenen Verpflichtungen einverstanden . . . . .	660	
4. Okt.	Russ. Ultimatum an Bulgarien . . . . .	533	
4. „	Rede von Venizelos in der griech. Kammer. .	653	
14. „	Bulgarische Notifikation des Kriegszustandes mit Serbien an Deutschland . . . . .	530	
13. oder 14. Oktober.	Serbische Erklärung des Kriegszustandes mit Bulgarien . . . . .	533	
15. Okt.	Engl. Notifikation des Kriegszustandes mit Bulgarien. . . . .	535	
... „	Bulgarische Denkschrift über die Politik Bulgariens während des Krieges . . . . .	511	
... „	Franz. Notifikation des Kriegszustandes mit Bulgarien. . . . .	536	
... „	Ital. Kriegserklärung an Bulgarien . . . .	536	
16. „	Engl. Bekanntgabe des Kriegszustandes mit Bulgarien in Aegypten . . . . .	27	<b>Ae. II 372</b>
16. „	Engl.-ägyptische Proklamation betr. Ausdehnung der Verordnungen vom 5. VIII 14, 25. I. 15 und 16. VIII. 15 auf Bulgarien . .	27	<b>Ae. II 373</b>
20. „	England bietet Griechenland Cypern für den Fall unverzüglicher Hilfeleistung an Serbien an	660	
24. „	Der König von Griechenland erklärt, daß sich Griechenland weiterhin als Verbündeten Serbiens betrachte . . . . .	660	
25. „	England erklärt sein Angebot Cyperns an Griechenland für hinfällig . . . . .	660	
2. Nov.	Rede Asquiths im Unterhaus betr. Griechenland	653	
3. „	Rede von Venizelos in der griechischen Kammer	654	
21. „	Manifest von Venizelos . . . . .	657	
22. „	Die Verbandsmächte erklären bezüglich der Besetzung Salonikis, die besetzten Gebiete herausgeben zu wollen und alle Schäden zu ersetzen	660	



	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1916.</b>		
<b>Anfang 1916.</b> Bulgarische Note betr. Schaffung einer neu- tralen Grenze an der serbisch-griechischen Zone	657	
<b>4. Febr.</b> Rumänische Flugzeuge überfliegen Bulgarien	698	
<b>23. „</b> Beschlagnahme deutscher Schiffe durch Portugal	538	
<b>27. „</b> Deutschland legt in Lissabon Protest gegen die Beschlagnahme der deutschen Schiffe durch Portugal ein und verlangt deren Aufhebung	537	
<b>4. März</b> Portugal lehnt die Aufhebung der Beschlagnahme deutscher Schiffe ab	537	
<b>9. „</b> Deutschlands Kriegserklärung an Portugal Dazu: Auslassung der Norddeutschen Allge- meinen Zeitung	537	
<b>10. „</b> Unterredung des österr. Gesandten in Bukarest mit dem König von Rumänien betr. Rumäniens Haltung bei etwaigem russischen Durchmarsch	563	<b>RbR.</b> 51
<b>14. „</b> Rede Greys im Unterhaus über Portugals Ein- tritt in den Krieg	539	
<b>„</b> Abbruch der diplomat. Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Portugal	540	
<b>10. Juni</b> Verletzung der rumänischen Grenze durch russische Truppen	567	<b>RbR.</b> 56, 57
<b>21. „</b> Ultimatum Frankreichs, Englands und Ruß- lands an Griechenland	662	
<b>23. „</b> Griechische Antwort auf das Ultimatum vom 21. VI.	665	
<b>28. „</b> Bericht des österr. Gesandten in Bukarest über Verhandlungen Rumäniens mit der Entente	573	<b>RbR.</b> 66
<b>7. Juli</b> Bericht des österr. Gesandten in Bukarest über den Beschluß des rumänischen Ministerrats zur momentanen Wahrung der Neutralität	576	„ 69
<b>17. „</b> Bericht des österr. Gesandten in Rumänien über an der russisch-rumänischen Grenze angekom- menes Kriegsmaterial	578	„ 72
<b>11. Aug.</b> Bericht des österr. Gesandten in Rumänien über heimliche Mobilisierung Rumäniens	591	„ 96
<b>24. „</b> Russisches Ultimatum an Rumänien	599	„ 111
<b>27. „</b> Rumänischer Kronrat	596	„ 109
<b>27. „</b> Kriegserklärung Rumäniens an Oesterreich- Ungarn Dazu: Auslassung der Norddeutschen Allge- meinen Zeitung und des Oesterr. K. und K. Korrespondenzbüros	596 605, 606	„ 110

	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1916.</b>		
27. Aug. Ital. Notifikation des Kriegszustandes mit Deutschland an Frankreich . . . . .	495	
28. „ Italiens Kriegserklärung an Deutschland . . Dazu: Auslassung der Norddeutschen Allge- meinen Zeitung . . . . .	494 505	
28. „ Armeeoberkommandobefehl des Erzherzog Fried- rich zum Kriege gegen Rumänien . . . . .	600	
28. „ Proklamation des Königs Ferdinand von Ru- mänien zu Rumäniens Eintritt in den Krieg . .	600	
28. „ Verbalnote des deutschen Auswärtigen Amtes an den rumänischen Geschäftsträger in Berlin betr. die deutsche Kriegserklärung an Rumänien	601	
28. „ Beschießung bulgarischer Städte durch rumän. Truppen . . . . .	602, 604	
30. „ Abbruch der diplomatischen Beziehungen Ru- mäniens zu Bulgarien . . . . .		
30. „ Der rumänische Gesandte in Sofia fordert seine Pässe . . . . .	602	
30./31. „ Rumänische Truppen versuchen, bei Kladowo über die Donau zu setzen . . . . .	603	
„ Militär-politisches Abkommen zwischen Rußland und Rumänien . . . . .	610	
1. Sept. Kriegserklärung Bulgariens an Rumänien . .	601	
1. „ Mitteilung des türk. Botschafters in Berlin betr. die türk. Erklärung des Kriegszustandes mit Rumänien . . . . .	603	
1. „ Manifest des Königs der Bulgaren zum Kriege gegen Rumänien . . . . .	604	
2. „ Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza im Magnatenhaus zur rumänischen Kriegs- erklärung . . . . .	608	
16. „ Französische Erklärung der Blockade Kawallas	667	
27. „ Proklamation von Venizelos an das griechische Volk: Aufruf zum Krieg gegen die Mittelmächte	667	
20. Nov. Russischer Bericht über das russisch-rumänische Abkommen und Rumäniens Eingreifen in den Krieg . . . . .	609	
2. Dez. Bekanntmachung der griechischen Regierung zu der Ueberlassung von 6 Batterien an die Alliierten . . . . .	668	

	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1917.</b>		
8. Jan. Ultimatum Frankreichs, Englands, Rußlands und Italiens an Griechenland . . . . .	669	
1. Febr. Deutschland teilt China die Sperrgebietser- klärung vom 31. Januar mit . . . . .	615	
7. „ Bericht des deutschen Gesandten in Cuba, Pro- test gegen die deutsche Sperrgebietserklärung . . . . .	617	
8. „ Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio betr. die Hereinziehung Chinas in den Krieg . . . . .	613	
9. „ Chinesische Protestnote gegen die deutsche Sperrgebietserklärung vom 31. Januar. (Der Waichiaopu an den deutschen Gesandten in Peking.) . . . . .	612	
9. „ Brasilianische Protestnote gegen die deutsche Sperrgebietserklärung vom 31. Januar . . . . .	618	
19. „ Erklärung der Alliierten an das griechische Volk . . . . .	670	
24. „ Chinesische Protestnote gegen die deutsche Sperrgebietserklärung vom 31. Januar (Der chinesische Gesandte in Berlin an den Staats- sekretär des Auswärtigen Amts.) . . . . .	612	
6. März Russische Denkschrift über die kleinasiatische Frage . . . . .	696	
11. „ Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio betr. Unterstützung Chinas durch Japan . . . . .	614	
11. „ Frankreich erkennt die Freiheit Rußlands in der Feststellung seiner westlichen Grenzen an . . . . .	698	
14. „ Chinesische Note an Deutschland betr. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Chinas zu Deutschland . . . . .	615	
19. „ Protest Siams gegen die deutsche Sperrgebiets- erklärung vom 31. Januar . . . . .	627	
27. „ Griechische Note an Frankreich betr. Vorgehen der französischen Truppen . . . . .	671	
6.—10. April. Kriegserklärung Cubas an Deutschland . . . . .	618	
7. „ Kriegszustand zwischen Panama und Deutsch- land . . . . .	617	
16. „ Abbruch der diplomatischen Beziehungen Bra- siliens zu Deutschland . . . . .	619	

		Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1917.</b>			
2. Mai	Brasilianische Note an Deutschland betr. die deutschen Schiffe in Brasilien . . . . .	621	
2. „	Abbruch der diplomatischen Beziehungen Guatemalas zu Deutschland . . . . .	623	
5. „	Abbruch der diplomatischen Beziehungen Boliviens zu Deutschland . . . . .	624	
17. „	Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Honduras und Deutschland . . . . .	624	
20. „	Abbruch der diplomatischen Beziehungen Liberias zu Deutschland . . . . .	624	
„	Botschaft des Präsidenten von Brasilien betr. den Bruch mit Deutschland . . . . .	622	
„	Bericht des diplomatischen Ausschusses der Brasilianischen Kammer betr. Schifffahrt . . . . .	623	
6. Juni	Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Nicaragua und Deutschland . . . . .	625	
7. „	Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Haiti . . . . .	625	
11. „	Abbruch der diplomatischen Beziehungen San Domingos zu Deutschland . . . . .	627	
11. „	Erklärung Jonnarts an den griechischen Ministerpräsidenten: die Schutzmächte verlangen die Abdankung des Königs Konstantin . . . . .	679	
11. „	Antwort des griechischen Ministerpräsidenten: König Konstantin verläßt Griechenland . . . . .	674	
13. „	Prinz Alexander von Griechenland leistet den Eid auf die Verfassung . . . . .	675	
... „	Proklamation Jonnarts an das griechische Volk . . . . .	675	
31. „	Abbruch der diplomatischen Beziehungen Griechenlands zu Deutschland . . . . .	675	
2. Juli	Abbruch der diplomatischen Beziehungen Griechenlands zur Türkei . . . . .	677	
3. „	Abbruch der diplomatischen Beziehungen Griechenlands zu Bulgarien . . . . .	677	
18. „	Protest Terestschenkos gegen die Abberufung der russischen Abteilung auf dem Berge Athos durch Sarraïl . . . . .	678	
22./28. Juli.	Erklärung des Kriegszustandes zwischen Siam und Deutschland . . . . .	628	
30. „	Kriegserklärung Siams an Oesterreich - Ungarn . . . . .	629	



	Seite im Jahrbuch des Völkerrechts	Bezifferung in den Bunt- büchern
<b>1917.</b>		
14. Aug. China erklärt den Kriegszustand mit Deutsch- land . . . . .	616	
19. „ Deutsche amtliche Mitteilung betr. Chinas Er- klärung des Kriegszustandes mit Deutschland . . . . .	616	
30. „ Geheimtelegramm des russischen Ministers des Auswärtigen betr. finanzielle Unterstützung Chinas . . . . .	616	
15. Sept. Argentinische Note über die Zustellung der Pässe an Graf Luxemburg . . . . .	632	
21. „ Lyoner Funkspruch, betr. angebliches deutsches Ultimatum an Rußland am 29. VII. 14 . . . . .	690	
Dazu: Auslassung der Norddeutschen Allge- meinen Zeitung . . . . .	690	
25. „ Telegramm Terestschenkos betr. das Abkommen über Kleinasien . . . . .	698	
3. Okt. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Costaricas zu Deutschland . . . . .	632	
10. „ Abbruch der diplomatischen Beziehungen Uru- guays zu Deutschland . . . . .	652	
11. „ Abbruch der diplomatischen Beziehungen Perus zu Deutschland . . . . .	652	
. . . Abbruch der diplomatischen Beziehungen Ecua- dors zu Deutschland . . . . .	680	
13. Dez. Reutermeldung über den Kriegszustand zwischen Kuba und Oesterreich-Ungarn . . . . .	618	
„ Kriegserklärung Panamas an Oesterreich-Ungarn . . . . .	617	
„ Griechische Note an Frankreich betr. die französischen Maßnahmen auf der Insel Zante . . . . .	671	
<b>1918.</b>		
1. März. Rede Pichons betr. Telegramm des Reichskanzlers an Schön vom 31. VII. 14 . . . . .	684	











JX  
21  
J2  
Bd.4

Jahrbuch des Völkerrechts

PLEASE DO NOT REMOVE  
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

---

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

---



